utiliser, pour les trains légers, du vieux matériel de chemin de fer. Cela est impossible.

„Herr Däniker führt aus, dass im ganzen Lande rund 19 000 Lastwagen vorhanden sind; von diesen ist aber mehr als die Hälfte für militärische Zwecke nicht tauglich. Die Tatsache, dass wir einen sehr alten Lastwagenpark haben, ist auf die gegenwärtige Unsicherheit, die sich vor allem auf die Entwicklung des Fernverkehrs bezieht, zurückzuführen. Diese Unsicherheit beeinträchtigt den Ankauf neuer Fahrzeuge. Auch wenn wir keinen allzu strengen Masstab anlegen, fallen für die Requisition nur 8700 Fahrzeuge in Betracht."

Et, plus loin (permettez-moi ces citations, elles ont leur importance, dans les circonstances que nous traversons):

Maintenant, ce n'est plus le colonel Däniker qui parle, mais un homme qui a exercé une très grande influence sur la question des transports en Suisse, M. Schrafl, ancien président de la direction générale des C.F.F., colonel à l'Etat-major général, section des chemins de fer.

„Im übrigen verweist der Sprechende auf den Entwurf zu einer Automobiltransportordnung, der gegenwärtig zur Behandlung steht. Es besteht grosse Gefahr, dass der Entwurf abgelehnt wird, vor allem wegen der Dringlichkeitsklausel."

«Vous retrouverez là le fin politicien qu'est le colonel Schrafl.»

„Die Armee hätte es in der Hand, für Annahme dieses Entwurfes zu wirken; durch ihn würde vor allem Ordnung geschaffen."

Et on reprend cet argument: „Herr Däniker bemerkt, wie bereits Herr Schrafl ausgeführt hat, dass der Entwurf vor allem Ordnung schaffen will. Das Militärdepartement hat ihm zugestimmt."

C'est toujours le leitmotiv qui revient, l'insécurité du régime actuel.

„Nichts ist für die Militärbehörden unangenehmer als die gegenwärtige Unsicherheit. Er führt den Rückgang der schweren Lastwagen auf die gegenwärtige unsichere Lage zurück. Weil nicht feststeht, wie sich der Fernverkehr entwickeln wird, will niemand grosse Wagen anschaffen."

Enfin, M. Schrafl conclut:

„Im übrigen regt er an, der Präsident unserer Subkommission sei zu beauftragen, den Departementsvorsteher aufzusuchen und ihm zu erklären, unsere Subkommission halte es für wünschenswert, dass dieser dringende Beschluss über eine Automobiltransportordnung angenommen werde."

Voilà la voix de ceux qui ont la responsabilité de la préparation de notre armée à la guerre. Je m'en voudrais d'y ajouter quoi que ce soit de plus.

Vous connaissez les raisons pour lesquelles nous demandons l'urgence. A vous de la voter ou d'assumer la responsabilité de la refuser.

Walder: Ich beantrage in bezug auf die Dringlichkeitserklärung Namensaufruf.

Abstimmung. — *Vote.*

Der Antrag findet nicht die reglementarische Unterstützung.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	77 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	32 Stimmen

Titel und Ingress. — Titre et préambule.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	96 Stimmen
Dagegen	3 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 22. Sept. 1938. Séance du 22 septembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

Zu 3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 7. Juni 1938 (Bundesblatt I, 857). — Message et projet d'arrêté du 7 juin 1938 (Feuille fédérale I, 861).

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Eintreten und Annahme des Beschlussentwurfes.

Minderheit

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber-St. Gallen, Meierhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

Nichteintreten.

Majorité:

Passer à la discussion des articles et adopter le projet d'arrêté.

Minorité

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber-St. Gallen, Meierhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

Ne pas passer à la discussion des articles.

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Die Kommission, die bestellt wurde zur Beratung der Vorlage des Bundesrates betreffend Ausbau der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss Ihnen heute erklären, dass eine Behandlung der Vorlage in der jetzigen Session nicht

möglich ist. Sie empfiehlt Ihnen dafür eine Uebergangslösung, die dem Bundesrat die nötigen Kredite einräumen will, damit eine Anhandnahme der nicht aufschiebbaren militärischen Arbeiten möglich ist und eine Unterbrechung der Aktion für Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vermieden wird. Die Kommission hofft, dass diese Interimsvorlage womöglich in dieser Session noch von beiden Räten verabschiedet werden kann und dass dann die grosse Vorlage so gefördert wird, dass sie von unserem Rat in der Dezembersession behandelt und auch erledigt wird.

Durch ein solches Vorgehen, ein Vorgehen in zwei Etappen, würde weder der Ausbau der Landesverteidigung beeinträchtigt, noch würde die Arbeitsbeschaffungsaktion unterbrochen. Die Kommission muss jeden Vorwurf, als ob die Angelegenheit verschleppt worden wäre, entschieden ablehnen. Sie nimmt für sich in Anspruch, die Sache nach Möglichkeit gefördert zu haben, aber sie wollte nicht eine Vorlage vor die Räte bringen, die nicht zugleich eine Deckung in sich schliesst.

Ich erinnere Sie kurz an den Werdegang der Vorlage. Der Bundesrat bezog mit Botschaft vom 12. Oktober 1937 Stellung zu der von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz im März 1937 eingereichten Initiative, die die Aufstellung eines nationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms zum Gegenstand hatte. Der Bundesrat kam zu einer Ablehnung der Initiative, weil er fand, dass die Möglichkeit des Staates, die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit in wesentlichem Masse zu beheben, überschätzt wird und weil er ausserdem fand, dass die Heranziehung des sogenannten Abwertungsgewinnes der Nationalbank zur Finanzierung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms mit Rücksicht auf die unsichern politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht angängig sei. Sie wissen, dass der Ständerat der Auffassung des Bundesrates zustimmte und damit einverstanden war, dass die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk und den Ständen zur Ablehnung empfohlen werde.

In unserem Rat ging die Sache nicht mehr so glatt. Die Erklärung dafür liegt vor allem darin, dass unterdessen in Europa einiges passiert war. Unterdessen hatte der Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich stattgefunden, und damit waren die militärischen Grenzverhältnisse unseres Landes wesentlich modifiziert worden. Dazu hat die allgemeine politische Beunruhigung Europas einen solchen Grad erreicht, dass die Diskussion über einen möglichen Kriegsausbruch in Mitteleuropa zum Tagesgespräch wurde und es noch heute ist. Das hat bewirkt, dass das Militärdepartement eine grosse Kreditforderung vorbereitete, die in bedeutendem Masse zugleich eine Aktion der Arbeitsbeschaffung in sich schloss. Man wusste aber auch, dass andere Arbeiten dringend geworden waren, deren Dringlichkeit vorher noch mindestens hatte in Zweifel gezogen werden können. Ich erwähne z. B. den Ausbau der Gotthardlinie auf Doppelspur, ich erwähne eine bessere Verbindung des Kantons Graubünden mit dem Zentrum der Schweiz und andere Projekte mehr, Projekte, die sicher durch den Anschluss Oesterreichs an Dringlichkeit gewonnen hatten. Und dazu war es klar, dass ja nie in Frage gestanden hatte, auch die Arbeitsbeschaffungsaktion weiterzuführen und den Export zu fördern.

Deshalb war denn die Argumentation eines Grossteils unseres Rates, der damals dem Bundesrat in den Arm fiel, vielleicht nicht so ganz abwegig. Diese Argumentation war die folgende: Ist es richtig, jetzt die Arbeitsbeschaffungsinitiative einfach abzulehnen und dadurch einen Abstimmungskampf mit eventuell zweifelhaftem Ausgang zu riskieren, wenn fast zu gleicher Zeit ein vielleicht ebenso grosses Programm — es ist in Wirklichkeit grösser geworden — wenn auch zum Teil militärischer Art, aufgestellt wird? Kann man nicht alle diese beabsichtigten Aktionen zusammenfassen und sie in einem auf mehrere Jahre zu verteilenden Programm eventuell der Initiative entgegenstellen? Vielleicht erreicht man damit auch, dass die Initianten auf ihre Initiative verzichten und uns den Abstimmungskampf in dieser Zeit ersparen. Ich sage nicht, dass ich so argumentiert habe, aber ich sage, das war wahrscheinlich die Argumentation des Grossteils unseres Rates, der damals dem Antrag des Bundesrates nicht mehr folgen wollte.

So unterbrach unser Rat die Beratung der Initiative, und Herr Bundesrat Obrecht sagte zu, auf die Junisession dieses Jahres dieses auf einige Jahre zu verteilende Programm einzubringen. Das ist denn auch geschehen mit Botschaft des Bundesrates vom 7. Juni 1938.

Ich will heute nicht auf die materielle Behandlung dieser Vorlage eingehen; sie wird uns dann beschäftigen, wenn sie einmal zur Diskussion gestellt sein wird. Dann soll über das Problem der Arbeitslosigkeit und über die zu ihrer Bekämpfung zu ergreifenden Mittel diskutiert werden. Für heute will ich nur erwähnen, dass der Bundesrat einen Kredit von 415 Millionen verlangte, wovon 173 auf eigentliche militärische Bedürfnisse und der Rest vorwiegend auf zivile Arbeitsbeschaffungsprojekte entfällt, die allerdings zum Teil auch militärischen Einschlag haben. Der Bundesrat dachte sich die Finanzierung dieser Vorlage so, dass für den militärischen Teil der Vorlage gemäss den neuen Finanzbestimmungen vom nächsten Jahre an für drei Jahre die Krisensteuer reserviert werden soll und dass nachher eine die Krisensteuer ersetzende Wehrsteuer die nötigen Mittel liefern soll. Für den zweiten Teil, für den Teil der Arbeitsbeschaffung, hatte der Bundesrat eine Sondersteuer auf Grossunternehmungen des Einzelhandels, also auf Warenhäuser, Kaufhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Filialunternehmungen und Betriebe mit fahrenden Läden vorgesehen. Dabei sollten allerdings die genossenschaftlichen Verteilungsgeschäfte von der Steuer befreit werden.

So begannen die Kommissionsverhandlungen. Sie waren zuerst einmal einer grundsätzlichen Besprechung der beiden Programme gewidmet, und es ist zu sagen, und es muss auch hier festgehalten werden, dass diese Programme im grossen und ganzen die Zustimmung der Mehrheit der Kommission gefunden haben und dass wohl auch die Vorlage des Bundesrates in ihrem Ausmasse die Billigung der Mehrheit der Kommission finden wird. Die Schwierigkeiten ergaben sich nicht hier, sondern bei der Deckungsfrage. Die weitere Beratung wurde

deshalb unterbrochen und der Bundesrat eingeladen, in der Zwischenzeit einige Anregungen und Beschlüsse der Kommission zu prüfen und weiter zu verfolgen. Die Kommission fasste nämlich folgende grundsätzliche Beschlüsse: 1. eine Zweiteilung der Vorlage in einen militärischen und einen Arbeitsbeschaffungsteil, wie aus dem Schoss der Kommission verlangt worden war, ist abzulehnen; 2. auch für den zweiten Teil der Vorlage soll die notwendige und ausreichende Finanzierung vorgesehen werden; 3. für die Deckung sind in Aussicht zu nehmen einmal eine Umsatzsteuer auf allen Geschäften des Detailhandels, auch die genossenschaftlich organisierten mit einem Umsatz von mehr als 200,000 oder 250,000 Franken — das wurde nicht fixiert — und mit gegenüber der bundesrätlichen Vorlage ermässigten Ansätzen, anderseits eine teilweise Heranziehung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank unter Mitbeteiligung der Kantone.

Der Bundesrat musste in der zweiten Tagung der Kommission erklären, dass die Abklärung dieser Fragen auf die Septembersession nicht möglich sei. Die Kommissionsmehrheit ist mit dem Bundesrat überzeugt, dass eine praktische Unmöglichkeit zur Abklärung dieser Frage bestand. Deshalb wird Ihnen heute eine Interimslösung unterbreitet. Es sollen dem Bundesrat in einem nicht allgemein verbindlich zu erklärenden Bundesbeschluss rund 70 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. Dieser Kredit wird ausreichen, um in den nächsten Monaten, sagen wir praktisch für das I. Semester des Jahres 1939 die nötigen militärischen Arbeiten auszuführen und die Arbeitsbeschaffungsaktion fortzusetzen. In der Zwischenzeit soll die grosse Vorlage dem Volke zur Abstimmung unterbreitet werden. Dieser Interimsvorschlag hat die Zustimmung der Mehrheit der Kommission gefunden.

Es liegt Ihnen heute ein Antrag der Minderheit vor, in dem es heisst: „Für den Fall, dass auf die kleine Vorlage des Bundesrates nicht eingetreten wird ...". Das ist ein indirekter Antrag. Ich nehme an, dass das heissen will, es solle heute auf die kleine Vorlage des Bundesrates nicht eingetreten werden, sondern auf die grosse Vorlage. Nur ganz beiläufig bemerkt: Das ist eine praktische Unmöglichkeit, denn wenn der Rat heute beschliessen würde, auf die kleine Vorlage nicht einzutreten, sondern auf die grosse, so müssten wir Ihnen sofort beantragen, die Verhandlungen zu unterbrechen, weil die Kommission nicht in der Lage ist, die grosse Vorlage vor Ihnen zu vertreten.

Ist nun aber diese Zwischenlösung gerechtfertigt? Es ist festzuhalten, dass in der Beratung der Kommission Eintreten auf die Vorlage des Bundesrates einstimmig beschlossen wurde. Es hat sich, wie ich schon erwähnt habe, gezeigt, dass die Mehrheit der Kommission willens ist, ungefähr eine Summe im Ausmass des bundesrätlichen Antrages zu bewilligen. Das will doch immerhin etwas heissen in einer Zeit des Ringens, ich möchte fast sagen des vergeblichen Ringens um das finanzielle Gleichgewicht im Budget. Die Kommissionsmehrheit war denn auch durchaus bereit, die Vorlage so rasch als möglich zu verabschieden. Sie hat das, glaube ich, durch ihre intensive Arbeitsweise unter Beweis gestellt. Sie wurde jedoch aufgehalten, weil sie den Grundsatz aufstellte: „Die Vorlage muss eine genügende Finanzierung aufweisen." — Diese Finanzierung sieht die Kommission für den ersten Teil der Vorlage als einigermassen gelöst an. Ich drücke mich etwas vorsichtig aus, denn die Kommission ist sich sehr bewusst, dass auch nach Annahme der neuen Finanzvorlage die Krisensteuer, die die Militärvorlage finanzieren soll, nur für 3 Jahre gesichert ist, und dass die Wehrvorlage, die diese Finanzierung nachher fortsetzen soll, noch zuerst vom Volke angenommen werden muss. Aber sie glaubt, dass eine solche Steuer, wenn sie gerecht und billig aufgebaut ist, den Entscheid des Volkes nicht zu fürchten hat.

Schwieriger lag und liegt die Sache für den Sektor der Arbeitsbeschaffung. Ich muss darauf kurz eintreten, weil das der Grund ist, warum Ihnen heute die Zwischenlösung beantragt wird. Es waren zwei Ueberlegungen, die die Kommissionsmehrheit aufstellte, einmal die, dass die in Aussicht genommene, sagen wir kurz Warenhaussteuer, als Sondersteuer einer Verallgemeinerung bedarf — ich trete im übrigen auf diese Steuer nicht ein — ferner, dass die vorgesehene Amortisationsdauer für den zweiten Teil der Vorlage zu lang ist. Wenn man davon ausgeht, dass diese Amortisationsdauer zu lang ist, ergab sich die Notwendigkeit der Suche nach einer weiteren Finanzquelle. Diese weitere Finanzquelle sah die Kommission in der erwähnten teilweisen Beanspruchung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank. Man dachte sich die Sache so, dass ein Teil des sogenannten Abwertungsgewinnes der Nationalbank — ich nenne keine Summe, es sind übrigens in der Kommission zwei Summen genannt worden — für diesen Zweck reserviert würde, und zwar zum Teil für den Bund und zum Teil für die Kantone. Denn auch die Kantone werden durch die Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes belastet und haben kantonale Krisenvorlagen zu verabschieden, für die sie teilweise die Deckung nicht vorgesehen haben, weil sie sie wahrscheinlich nicht finden konnten. So ergab sich die Unmöglichkeit der Weiterberatung.

Die von der Kommission gewünschte Erweiterung der Umsatzsteuer auf Detailhandelsgeschäfte erforderte vom Bundesrat gewisse Erhebungen, und die Kommission wollte bestimmte Unterlagen haben, hatte sie doch das Gefühl, dass diese Umsatzsteuer, wenigstens nach dem Material, das der Kommission zur Verfügung stand, nicht übermässig solid untermauert war. Dann aber war es namentlich der Beschluss der Kommission, den Abwertungsgewinn der Nationalbank herbeizuziehen, der eine weitere Abklärung notwendig machte. Ich trete auch da auf die Streitfrage nicht ein, sondern möchte nur erwähnen, dass in der Kommission Herr Bundesrat Obrecht ausdrücklich alle Vorbehalte machte in bezug auf diesen Punkt, indem er darauf hinwies, dass bisher Bundesrat und Nationalbank einstimmig und kategorisch diese Forderung abgelehnt haben. Die Kommission durfte sich auch der Argumentation nicht verschliessen, dass eine derart wichtige Entscheidung nicht ohne nochmalige Konsultation der Organe der Nationalbank getroffen werden kann. Auch die Kantone müssen konsultiert werden, denn sie sind schliesslich auch nicht unbeteiligt.

Es wäre doch ein beispielloses Vorgehen, die Nationalbank, die immerhin eine Aktiengesellschaft und nicht eine Verwaltungsabteilung des Bundes ist, oder die Kantone, die doch auch mitbetroffen werden, nicht anzufragen. Ausserdem muss man sich bewusst sein, dass mit diesem Postulat die alte Streitfrage wieder auflebt, wem dieser sogenannte Abwertungsgewinn gehöre, der Bank, dem Bund oder den Kantonen. So standen wir leider vor der Unmöglichkeit, die Vorlage in unserem Rate im September zu behandeln und noch in diesem Jahre zur Volksabstimmung zu bringen. Trotzdem aber durfte die Aufrüstung, die im Gange ist, nicht verzögert werden, auch die Arbeitsbeschaffung durfte nicht unterbrochen werden. Deshalb die Zwischenlösung. Sie soll keine Verschleppung der Angelegenheit bedeuten. Es ist der Wille des Bundesrates und der Kommission, die grosse Vorlage sofort weiterzubehandeln, sobald die Fragen, die wir dem Bundesrat gestellt haben, beantwortet sind. Wir hoffen, dass das geschieht bis gegen Mitte Oktober. Die Kommission hat in Aussicht genommen, in der zweiten Hälfte des Oktober ihre Arbeit fortzusetzen. Man hofft, die Vorlage so zu fördern, dass eine Volksabstimmung über die grosse Arbeitsbeschaffungsvorlage im Mai des nächsten Jahres möglich wäre. Wenn Sie das Resultat der Kommissionsberatungen ansehen, sehen Sie, dass sie diesem Gedanken in Art. 2 Ausdruck gegeben hat, indem sie beifügte: „Diese Vorlage ist so zu fördern, dass sie spätestens im Mai 1939 der Volksabstimmung unterbreitet werden kann."

Wir sind uns alle bewusst, was für einen Charakter eine solche Vorschrift hat. Es ist keine Zwangsvorschrift, die das erzwingen kann, was sie ausspricht, aber es ist doch eine gewisse Disziplinierungsmassnahme für Bundesrat und Parlament, die nicht ganz ohne Wert sein dürfte.

Wenn man Bundesrat und Kommission den Vorwurf gemacht hat, dass sie die Frage nicht spruchreif gemacht haben, so frage ich: Gibt es einen andern Weg?

Man sagt, ja, es gebe einen Weg und es wäre der Kommission möglich gewesen, diesen Weg zu beschreiten, sie müsste nur die Finanzierungsfrage beiseite lassen. Da liegen ja eben die Schwierigkeiten. Wenn Sie die Deckungsfrage beiseite lassen, dann sind diese Schwierigkeiten in der Tat nicht da, dann hätte die Kommission die Vorlage behandeln können, und wir könnten sie auch im Rate besprechen. Diese Finanzierung, sagt man, solle man normalerweise der im Wurf liegenden Bundesfinanzreform überlassen. Wenn wir aus Zweckmässigkeitsgründen für die Bundesfinanzreform eine Zeitdauer von 3 Jahren reserviert haben, warum soll man nicht auch die Finanzierung, die in diesen Rahmen hineingehört, gerade mit dem andern zu erledigen versuchen?

Man behauptet, das werde weder der Währung noch dem Vertrauen des Auslandes in die Finanzen Abbruch tun. Das ist eben die grosse Frage. Ich will sie nicht beantworten, aber ich will etwas anderes erwähnen. Man begründet die Ansicht, die Finanzierung wegzulassen, auch damit, dass man sagt, was Bundesrat und Kommission vorschlagen, sei eigentlich etwas ganz Neues, noch nie Dagewesenes. Denn das Parlament habe die Kompetenz, solche Vorlagen endgültig zu verabschieden.

Man sagt, es sei eine Vermengung der Kompetenzen, ja, es sei eine ganz unklare Verfassungsrechtslage, die man schaffe, wenn jetzt auf einmal ein ganz anderes Verfahren eingeschlagen werde, während bisher alle ähnlichen Kredite immer durch die Bundesversammlung gewährt worden seien.

Diese Kompetenz des Parlamentes besteht unzweifelhaft für den militärischen Teil. Man ging bei der bisherigen Uebung von der Erwägung aus: Die Verteidigung des Vaterlandes ist der vornehmste Zweck des Staates und als solcher in der Bundesverfassung festgelegt. Die verfassungsmässige Grundlage für die Wehrausgaben besteht also, so dass es unzweifelhaft unnötig ist, einen neuen Verfassungsartikel vorzubringen, durch den man einen militärischen Kredit bewilligt. Das ist nicht der richtige Weg, weil die Erfüllung des Zweckes der Wehrhaftigkeit des Landes, der in der Bundesverfassung verankert ist, Aufgabe des Bundesrates und des Parlamentes ist. Diese teilen sich in die Kompetenzen. Sie haben die Verantwortung dafür und auch die nötigen Mittel zu bewilligen.

Das ist eine Argumentation, die nicht von der Hand zu weisen ist und die auch von Mitgliedern der Mehrheit der Kommission unter Umständen ganz gerne zu der ihrigen gemacht wird. Aber man soll dabei eines nicht vergessen. Die Konsequenz dieser Anschauung ist die Trennung der Vorlage in einen militärischen und einen zivilen Teil. Das kann gemacht werden und hätte auch gemacht werden können. Es ist auch in der Kommission ein solcher Antrag gestellt worden. Wenn die Mehrheit der Kommission sich nicht auf diesen Standpunkt begeben hat, so geschah es vor allem deswegen, weil sie geglaubt hat, durch die Trennung der Vorlage dem Arbeitsbeschaffungsteil zu schaden. Denn es ist so, dass der populäre Teil der Vorlage der militärische ist. Die Verbindung mit dem andern Teil hat vielleicht zur Folge, dass dieser andere Teil mit dem militärischen zusammen dann leichter verdaut wird. Das möge die Minderheit bedenken, wenn sie ihre Anträge betreffend Loslösung der Finanzierung stellt, dass nämlich damit dem Begehren auf Trennung in zwei Teile gerufen wird. So berechtigt die vorstehende Argumentation für den militärischen Teil der Vorlage ist, so wenig berechtigt ist sie für den zivilen Teil. Denn es besteht keine verfassungsmässige Grundlage dafür, wenigstens jetzt noch nicht (wenn wir den neuen Verfassungsartikel hätten, wäre die Sache anders). Ausser man ziehe den Allerwelts-Wohlfahrtsartikel herbei. Ich gebe zu, das wäre ein auch schon dagewesenes Vorgehen.

Auch der Hinweis darauf, dass man die bisherige Arbeitsbeschaffungsvorlagen durch das Parlament aus eigener Kompetenz habe beschliessen lassen, etwa so wie wir es durch die Interimsvorlage wieder tun, denn diese wollen wir ja auch mit einem nicht allgemein verbindlichen Bundesbeschluss erledigen, ist nicht so schlüssig. Hier handelt es sich um eine Ueberbrückung, das andere wäre ein Kompetenzanspruch des Parlaments in einer Vorlage, die immerhin 200 Millionen Franken umfassen würde, auch wenn man den militärischen Teil als quasi gedeckt beiseite liesse. Ich glaube nicht, dass das

Parlament in dieser Zeit sich diese Kompetenz anmassen darf.

Ist es nun aber wirklich Verschleppung, was da gemacht wird? Ich habe schon erklärt: Materiell ist es nicht der Fall. Es leidet gar nichts beim Vorgehen nach dem Vorschlage der Kommission. Darunter leidet weder die militärische Wehrbereitschaft noch die Arbeitsbeschaffung. Also soll man den Vorwurf der Verschleppung nicht machen. Ist es Verschleppung in bezug auf den ersten Teil? Wir freuen uns ja sehr und aufrichtig über die Erkenntnis der gesamten Kommission, auch der Minderheit, dass die schweizerische Demokratie für alle etwas verkörpert, das verteidigungswert ist, wir freuen uns darüber, dass unser Volksheer und seine Bedürfnisse heute von allen Seiten bejaht werden. Aber die Minderheit wird zugeben, dass die gleiche Einsicht und Opferwilligkeit sicher auch auf Seite der Mehrheit der Kommission vorhanden ist. Wenn man boshaft sein wollte — ich will es aber nicht sein — könnte man vielleicht sagen, dass wir in dieser Beziehung gewisse Prioritätsrechte hätten.

Was den zweiten Teil anbetrifft, ist folgendes zu sagen: Wir bedauern in gleicher Weise wie die Minderheit die Geissel der Arbeitslosigkeit. Wir haben auch Verständnis für die materielle und seelische Not der Arbeitslosen, auch für die möglichen politischen Auswirkungen infolge der starken Arbeitslosigkeit. Wir sind ebenso gewillt, zu versuchen, die Not zu lindern und Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Wir sind also auch für die Arbeitsbeschaffungsaktion. Aber man wird immerhin noch einzelne vorgeschlagene Mittel und Wege diskutieren dürfen. Das sollte auch in der schweizerischen Demokratie erlaubt und gestattet sein, ohne dass man deswegen den Vorwurf der Verschleppung auf sich nehmen muss. Es sind sogar noch schärfere Worte gefallen, so, es sei Sabotage. Es ist ungerecht, wenn man der Mehrheit den Vorwurf machen will, man hätte kein Verständnis für die Not der Zeit und die Bedürfnisse des Augenblicks. Lassen wir alle Vorwürfe beiseite, wir wollen alle das gleiche Ziel. Ueber den eingeschlagenen Weg wollen wir uns miteinander auseinandersetzen als gute Schweizer, ohne Unterschiebungen, die vor allem in der heutigen schweren und ernsten Zeit nicht am Platze sind.

Die Kommissionsmehrheit stellt fest: 1. Es besteht auch bei ihr der feste Wille, die Gesamtvorlage so rasch als möglich zu verabschieden und Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten. 2. Die von ihr als notwendig betrachtete Finanzierung liess sich innert nützlicher Frist nicht abklären. 3. Sie erachtet deshalb die rasche Verabschiedung der Interimsvorlage als nötig, damit auf der einen Seite die notwendigen militärischen Arbeiten fortgesetzt werden können und damit anderseits die Arbeitsbeschaffungsaktion keine Unterbrechung erleidet. Aus diesen Erwägungen empfiehlt Ihnen die Kommissionsmehrheit Eintreten auf die Vorlage des Bundesrates.

M. **Rossi,** rapporteur de la majorité: Je veux profiter de la première occasion qui se présente aujourd'hui de suivre les sages conseils et les précieuses suggestions contenues dans un mémoire adressé par nos collègues, MM. Schmid-Rüdin, Widmer et Rittmeyer, au bureau du Conseil, en date du 16 septembre dernier, et dans lequel ils ont engagé les rapporteurs à limiter la durée de leur exposé. Je tâcherai donc de réduire mon rapport à un exposé très synthétique, schématique, desséché même si vous voulez, des raisons qui ont déterminé la solution provisoire présentée dans le projet en discussion; mais je me réserve, et je le déclare ici de la façon la plus explicite, de reprendre la parole ultérieurement si le développement de la discussion l'exige.

Au cours de la session de mars, nous avions abordé l'examen du rapport du Conseil fédéral, du 12 octobre 1937, relatif à la demande d'initiative concernant un programme national de création d'occasions de travail. La longue discussion qui s'est instituée autour du dit rapport aboutit, le 21 mars, à la proposition de notre collègue, M. Saxer, acceptée par le Conseil à la très forte majorité de 92 voix contre 40 (majorité bourgeoise contre minorité de gauche) d'ajourner nos délibérations jusqu'à la session de juin, en invitant le Conseil fédéral à élaborer dans l'intervalle un programme de travaux à soumettre à l'Assemblée fédérale. Diligemment, le Conseil fédéral s'est acquitté de cette tâche dans le délai prévu; par son message du 7 juin dernier, il nous a soumis le projet d'un article constitutionnel visant le renforcement de notre défense nationale ainsi que la lutte contre le chômage et prévoyant l'ouverture de deux crédits, l'un de 193 millions, destiné aux besoins de la défense nationale, l'autre de 202 millions consacré à la création d'occasions de travail dans le sens de la lutte contre le chômage. Pour les détails, permettez-moi de vous renvoyer au message même où vous trouverez, page 15, la récapitulation des diverses dépenses envisagées.

Au reste, il est inutile d'examiner maintenant ce projet général. Il reviendra en discussion devant cette assemblée lorsque la commission aura terminé ses travaux.

La couverture des dépenses est prévue en ce sens que la dépense afférente au renforcement de la défense nationale devrait être couverte par le produit d'un impôt dit de défense nationale, prévu à l'art. 42ter du projet d'arrêté fédéral de 1938, relatif à la réforme constitutionnelle des finances, tandis qu'un impôt compensatoire sur les grandes entreprises du commerce de détail devrait permettre d'amortir les dépenses nécessitées par la création d'occasions de travail à concurrence d'une somme de 202 millions.

Mais les prévisions et les calculs du Conseil fédéral ont été partiellement déjoués, sinon anéantis, à la suite du vote du 24 juin 1938 du Conseil national rejetant le projet de réforme constitutionnelle des finances. Ainsi la couverture des dépenses d'ordre militaire se trouvait subitement faire défaut. Cependant, le résultat de la conférence des groupes parlementaires, du 10 août dernier, a permis au Conseil fédéral de fixer les propositions d'entente (établies et acceptées par la dite conférence) dans un projet d'arrêté fédéral remplaçant les programmes financiers; ce projet daté du 19 août prévoit de nouveau l'introduction d'un impôt fédéral de défense nationale.

Je souligne ce fait uniquement pour expliquer l'attitude de votre commission, laquelle, quant à la couverture des dépenses militaires, s'est fondée sur la supposition — pleinement justifiée du reste à ce moment-là — que les propositions du Conseil fédéral du 14 août (y compris celle de l'impôt de défense nationale), n'auraient rencontré aucune opposition.

Dans une première session, tenue à Klosters du 22 au 25 août, votre commission unanime — je souligne cette unanimité — décida l'entrée en matière sur le projet et elle approuva aussi sans opposition tous les crédits visant le renforcement de la défense nationale. Quant au programme de travaux pour combattre le chômage, il donna lieu à quelques critiques et à quelques réserves, mais dans ses lignes générales, il fut également agréé par une forte majorité.

Pour être complet, j'ajouterai qu'une proposition tendant à séparer nettement les deux parties du projet: d'une part, les crédits pour la défense nationale, d'autre part, les crédits pour la lutte contre le chômage, ne fut appuyée que par une très faible minorité. On a voulu par cette décision lier, dans le projet intégral du Conseil fédéral, le sort des deux questions en jeu (comme vient de le dire M. le rapporteur de langue allemande), ne se souciant pas tant du succès assuré du projet intéressant la défense nationale, mais de l'issue éventuelle d'un vote populaire sur la question des travaux contre le chômage.

Le problème de la couverture des dépenses pour la lutte contre le chômage donna lieu à des oppositions très vives et forma la pièce de résistance des délibérations de votre commission. Les oppositions étaient de double nature: il y avait, d'une part, l'opposition de principe de certains groupes à résoudre avec le problème de la dépense la question de la couverture et, d'autre part, l'opposition au système de couverture prévu par le Conseil fédéral. D'ordre plutôt politique, la première opposition était déterminée, paraît-il, par le souci d'éviter le rejet du projet par le peuple, toujours un peu récalcitrant devant la perspective de nouvelles charges fiscales. Je ne veux pas rechercher si d'autres raisons ont pu dicter cette attitude négative; il me suffit d'indiquer que la majorité de la commission a pris à cet égard une position tout à fait nette en décidant: pas de projet sans couverture. Cette décision est, me semble-t-il, l'expression du bon sens, de la sagesse, et elle est conforme en même temps aux commandements d'une saine politique administrative. A l'heure présente et vu les conditions précaires des finances fédérales, il serait insensé de voter des dépenses de l'ordre de 200 millions sans se préoccuper de la façon dont l'on devra les couvrir. L'Etat ne saurait accroître encore sa dette par la voie de l'emprunt sans ruiner le crédit, d'ailleurs déjà assez limité, dont il jouit; et le prélèvement d'une somme aussi considérable sur les recettes courantes de la Confédération empêcherait complètement le rétablissement de l'équilibre budgétaire. Il faut donc placer le peuple devant la réalité, afin qu'il sache que pour de nouvelles dépenses extraordinaires, il devra supporter de nouveaux sacrifices. Il est trop facile de voter des dépenses et de renvoyer à plus tard la votation sur les moyens d'y faire face, lorsqu'on sait combien il est difficile de faire accepter par le peuple de nouveaux impôts. L'intérêt général exige donc que les deux parties du problème soient adoptées simultanément. L'insouciance à l'égard de la création de dettes nouvelles doit faire place au sentiment que les dettes doivent être acquittées, faute de quoi on courrait à la faillite et à la ruine.

D'ailleurs, la décision de la majorité de la commission s'harmonise parfaitement avec la nature du projet d'arrêté du Conseil fédéral en tant qu'il représente un complément à la Constitution fédérale. Il serait parfaitement inutile d'ajouter un appendice à notre Constitution s'il s'agissait seulement de voter l'ouverture de crédits. On pourrait très bien arriver à ce résultat au moyen d'une loi ou même d'un simple arrêté muni de la clause d'urgence. Au surplus, il ne faut pas oublier que les propositions du Conseil fédéral forment un tout, une unité indivisible et représentent un contre-projet à la demande d'initiative du parti socialiste concernant l'établissement d'un programme national de création d'occasions de travail. Or, cette initiative prévoit le financement dudit programme au moyen de l'utilisation du bénéfice résultant de la dévaluation. On peut discuter sur ce moyen, toujours est-il que la couverture de dépenses est prévue dans cette initiative. Le Conseil fédéral et à son tour le Conseil national ne pourraient pas se montrer, vis-à-vis des auteurs de l'initiative, moins diligents et moins soucieux des exigences de l'Etat en laissant de côté la solution du problème de la couverture.

Le vaste et hardi projet du Conseil fédéral se heurte déjà, nous le savons, à certaines oppositions, à certaines résistances. Il serait définitivement condamné, à mon avis, s'il n'assurait pas la couverture des dépenses qui sont prévues. Ceci dit quant à l'opposition de principe, j'ajouterai que l'opposition de la commission au système de couverture envisagé par le Conseil fédéral s'inspirait de considérations d'ordres absolument différents.

Pour les uns le système est trop unilatéral parce que la charge fiscale de l'impôt compensatoire ne frappe qu'une catégorie restreinte de contribuables.

Pour ceux qui pensent que les consommateurs devront, en fin de compte, supporter tout le sacrifice, le système apparaît injuste. Pour d'autres, il souffre d'une préparation trop hâtive et se base sur des prévisions trop optimistes.

Le Conseil fédéral a reçu des renseignements d'après lesquels le taux de 5 % appliqué aux magasins qui ont un volume d'affaires supérieur à 10 millions est un taux raisonnable; d'autres, au contraire, soutiennent qu'il est absolument impossible pour les grands magasins de payer un taux de 5%, étant donné que les bénéfices nets de ces dernières années représentent à peu près le 3 % au maximum du volume d'affaires.

Cette question n'est pas encore tout à fait éclaircie et la commission a pris une décision qui me paraît sage en priant le Conseil fédéral, avant la prochaine session de la commission, d'inviter les représentants des grands magasins à donner leur avis.

Pour d'autres encore, cette mesure fiscale épuiserait les ressources de certains cantons, tels les

cantons de Zurich, de Bâle et même de Berne où les grands magasins représentent évidemment quelque chose de très intéressant pour le fisc.

Pour d'autres encore, cela entraînerait des conséquences fâcheuses dans l'industrie qui approvisionne les grands magasins. Enfin, on lui reproche d'exclure de l'imposition les coopératives d'entr'aide qui devraient — je ne dis pas d'après une décision de la commission, mais de l'avis de quelques-uns — être soumises, elles aussi, à cet impôt. Enfin, on lui reproche d'aboutir, par des voies détournées, à la protection du petit commerce, protection qui devrait être envisagée non pas par une mesure d'ordre fiscal, mais par une législation économique. Cette protection, du reste, serait, à mon avis, absolument fictive, car l'impôt compensatoire a une durée très limitée qu'on prévoit entre 15 et 20 ans. Passé ce délai, la protection qui serait réalisée par l'impôt spécial à la charge des grands magasins tomberait immédiatement et la situation serait probablement pire qu'auparavant.

Nous nous trouvons enfin en face de ceux qui soutiennent avec raison ou non — je ne me prononce pas — que l'impôt compensatoire provoquerait nécessairement une organisation plus serrée des grands magasins (réduction du personnel, standardisation des systèmes, etc.). Le résultat sera que les grands magasins pourront toujours faire concurrence aux petits magasins, tandis qu'ils mettront au chômage certains employés qu'ils licencieraient à la suite de l'introduction de cet impôt.

J'ai indiqué ces différentes objections simplement pour montrer quelles ont été les réactions au sein de la commission vis-à-vis de l'impôt. La commission décida de suspendre ses délibérations à ce sujet et d'inviter le Conseil fédéral à examiner à nouveau le problème de la couverture d'après les indications suivantes:

1° Prélèvement de 150 millions sur les bénéfices de la dévaluation, dont une moitié serait assignée aux cantons et l'autre moitié à la couverture des dépenses.

Dans une certaine mesure, cette indication de la commission vient à l'encontre de l'idée exprimée dans l'initiative présentée par le groupe socialiste. Elle est discutable. Le Conseil fédéral devra renseigner la commission sur la décision du comité et du conseil de la Banque nationale à propos de cette suggestion.

2° Les 127 millions restants devront être couverts par un impôt général sur le chiffre d'affaires frappant le commerce de détail. Le taux de l'impôt sera fixé dans des limites modestes variant de 1 °/₀₀ à 3 % au maximum. Les magasins dont le chiffre d'affaires est inférieur à 150 000 fr. ne seront pas assujettis à l'impôt.

Le Conseil fédéral aurait dû s'exprimer sur ces propositions avant la deuxième session de la commission convoquée à Baden le 12 septembre. S'il lui fut possible, jusqu'à cette date, de se prononcer nettement pour le maintien de l'impôt compensatoire tel qu'il était prévu par le projet du 7 juin, le Conseil fédéral ne fut pas à même de fixer l'opinion du comité et du conseil de la Banque nationale, ainsi que des Gouvernements cantonaux à propos de la mise à contribution des bénéfices réalisés sur la dévaluation. L'adoption du programme général dans le courant de cette année devenait donc impossible.

Dans ces conditions, une solution provisoire s'imposait. Elle est contenue dans le projet en discussion présenté par le Conseil fédéral avec son message du 9 septembre. Il s'agit d'ouvrir au Conseil fédéral des crédits au montant de 70 300 000 fr. pour lui permettre de réaliser partiellement en 1939 le programme prévu par le projet du 7 juin 1938 en attendant qu'il soit approuvé par les commissions et par les Chambres.

Ces crédits sont destinés pour 15 300 000 fr. au renforcement de la défense militaire; pour 10 millions au renforcement de la défense économique; pour 45 millions à la création d'occasions de travail. Ils sont contenus dans des limites très modestes, tout juste pour éviter que, par le retard dans l'adoption du programme d'ensemble, notre préparation militaire soit fâcheusement entravée et la lutte contre le chômage brusquement paralysée. Ils doivent permettre au Conseil fédéral de commander le matériel dont la livraison est soumise à de longs délais, de poursuivre les travaux en cours, de commencer à temps les travaux les plus urgents, d'assurer l'approvisionnement du pays en marchandises indispensables — comme il est prévu par la loi fédérale du 20 juillet 1938, d'élaborer un programme complet de création de possibilité de travail pour 1939. Ces crédits sont aussi indispensables qu'urgents.

La couverture des dépenses dans le projet appelé «transitoire» n'est pas assurée, ce qui ne manque pas de provoquer quelques critiques. Toutefois, cette couverture est prévue à l'art. 2 du projet où il est dit que «les crédits accordés par le présent arrêté seront couverts conformément aux prescriptions applicables au cas où serait adopté, comme suite au projet du Conseil fédéral du 7 juin 1938, un article constitutionnel sur le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage».

On prend en somme une sorte d'hypothèque sur l'avenir en garantissant que le peuple suisse votera et le programme fiscal transitoire prévu pour 3 ans et aussi l'impôt dit de la défense nationale.

Je pense que ces prévisions sont exactes. Néanmoins elles pourraient être trompées et alors nous aurions comme résultat dans l'exercice budgétaire ordinaire de la Confédération un déficit de l'ordre de 70 millions. Cependant, j'estime que l'on ne pouvait faire mieux dans le bref délai dont disposaient le Conseil fédéral et la commission.

Permettez-moi maintenant d'ouvrir une brève parenthèse. L'adhésion de votre commission à la solution provisoire a suscité des murmures et des polémiques à n'en plus finir: on a parlé même de sabotage du projet, de manœuvres, de trucs, de capitulations du Conseil fédéral devant les réactionnaires, etc. Je dois contester énergiquement le bien-fondé d'une pareille campagne véritablement absurde, de même que je ne puis lui reconnaître le mérite de la sincérité. Le représentant du Conseil fédéral et les porte-paroles des principaux groupes ont déclaré catégoriquement au sein de la commission que la solution transitoire ne devait aucunement entraver ou retarder l'adoption du projet d'ensemble. Cette volonté est ancrée dans la modification apportée par la commission à l'art. 2 du projet que nous discutons. Il est dit: «Ce projet

(celui du 7 juin 1938) doit être discuté de façon à pouvoir être soumis au vote du peuple au plus tard en mai 1937. C'est là un engagement pris par les membres de la commission, engagement d'une certaine importance, encore qu'il ne revête pas une portée juridique. Je peux vous déclarer que rien ne sera perdu en attendant que d'ici au mois de mai le projet général soit voté par le peuple. Voilà la pensée du Conseil fédéral et de votre commission. Il est donc tout à fait inutile de chercher à brouiller les cartes; c'est un jeu qui ne peut pas réussir. Veut-on créer, par cette attitude, une atmosphère hostile au projet financier? Je n'y crois guère. Le peuple suisse a un jugement beaucoup plus sain et plus clair que certains ne voudraient lui reconnaître. Aux heures pénibles, dans les moments difficiles, il a toujours donné la preuve éclatante de sa maturité politique.

Dans ces conditions, ne nous préoccupons donc pas outre mesure des hauts cris des Cassandres intéressés qui voient dans la solution provisoire la source de Dieu sait quels malheurs. La sagesse des aphorismes nous enseigne qu'il faut tout prendre au sérieux, mais ne rien prendre au tragique.

Nous ne pouvons pas précipiter nos décisions sur le programme général en laissant de côté le souci du problème de la couverture. Il ne s'agit pas d'une bagatelle, il s'agit d'une somme de 400 millions en chiffre rond.

En l'état actuel des choses, la solution transitoire s'impose de toute évidence et votre commission vous propose de voter l'entrée en matière sur le projet d'arrêté fédéral du 9 septembre 1938.

Bringolf, Berichterstatter der Minderheit: Namens der Kommissionsminderheit beantrage ich Ihnen, auf die Gesamtvorlage einzutreten und dem Antrag der Kommissionsmehrheit nicht zuzustimmen. Ich habe selbstverständlich mit grosser Aufmerksamkeit die Ausführungen der Herren Referenten der Kommissionsmehrheit gehört und von ihnen Kenntnis genommen. Für die Minderheit und die sozialdemokratische Fraktion steht jedoch im Vordergrund die Verantwortung für die Arbeitsbeschaffungsinitiative. Wir haben anfangs des Jahres 1937 diese Arbeitsbeschaffungsinitiative eingeleitet und mit rund 280 000 Unterschriften eingereicht, und nicht nur wir, die Unterzeichner auf den Unterschriftenbogen, sondern die Allgemeinheit war und ist heute noch der Auffassung, dass die Initiative ein ausserordentlich dringendes Begehren enthält, das Begehren auf eine planmässige, umfassende Organisation der Arbeitsbeschaffung von wirtschaftlicher, sozialer und insbesondere auch politisch-psychologischer Bedeutung. Es ist deshalb nicht irgendwie Laune oder Oppositionswillen, wenn wir heute den Antrag stellen, auf die Gesamtvorlage einzutreten. Im Jahre 1937, in den Monaten Februar und März, konnte man immerhin annehmen, dass eine Initiative, die eine derart bedeutende Unterschriftenzahl auf sich vereinigt, noch im Laufe desselben Jahres zur Abstimmung kommen werde, dass das Volk noch im Laufe des Jahres Gelegenheit hätte, sich darüber zu entscheiden. Insbesondere da ja im Anfang der Bundesrat und auch die mit ihm einverstandenen Kreise die Initiative rundweg ablehnten und nicht einmal daran gehen wollten, ihr einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Sie erinnern sich an die Debatte über das Volksbegehren hier im Saale, an den Antrag Saxer, und ich will durchaus nicht darauf verzichten, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, dass ich selbst dem Antrag Saxer Opposition gemacht habe, aus der Befürchtung heraus, dass ein solcher Antrag dazu führen könnte, die Sache selbst zu verzögern, diese bedeutende Sache hinauszuschieben, vielleicht — man musste das damals auf alle Fälle befürchten — sogar zu verunmöglichen. Nun will ich auch gleich beifügen, dass in der Folge mit der Behandlung des Antrages Saxer, der ja hier eine Mehrheit erhielt, der Bundesrat eine Umstellung vorgenommen hat, indem er ein Osterprogramm ausarbeitete und es uns als verspätetes Ostergeschenk auf den Tisch legte. Die Initianten, zu denen auch ich gehöre, haben vom ersten Augenblick an nicht zurückgehalten mit der Anerkennung dieses Vorgehens des Chefs des Volkswirtschaftsdepartementes, Herrn Bundesrat Obrecht und auch des Bundesrates. Wir anerkennen, dass es etwas bedeutet, nach der ablehnenden Haltung gegenüber der Initiative, einen Gegenvorschlag im Sinne des Umfanges der bundesrätlichen Vorlage zu machen. Obwohl auch uns, wie übrigens auch andern Kreisen und sicherlich auch dem Bundesrat selbst klar war, dass die Vorlage in ihren Einzelheiten eine ganze Reihe von Positionen enthält, die auch ohne irgendwelche Initiative hätten den Räten zur Behandlung und Genehmigung vorgelegt werden müssen, und obwohl die Vorlage gewisse Mängel und Unzulänglichkeiten enthält, haben wir trotz alledem aus unserer grundsätzlichen Zustimmung und Anerkennung für diesen Schritt nie ein Hehl gemacht. Wir haben insbesondere an der Vorlage des Bundesrates anerkannt, dass sie den ersten grösseren Versuch darstellt, die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in einem Programm zusammenzufassen, sie zu konzentrieren auf eine gewisse Zeit, und dass es gelinge, durch diese Konzentration, durch diese Zusammenfassung und Planmässigkeit — ich hoffe, es erschrecke niemand, wenn ich dieses Wort gebrauche — die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und zu überwinden.

Die Gliederung der Vorlage in zwei Teile, in einen Kredit für die Landesverteidigung und einen Kredit für die Förderung und Subventionierung der übrigen, sogenannten zivilen Arbeitsbeschaffung, war auch eine Sache, die nicht besonders überraschen konnte. Allein ich möchte doch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass der Teil der Vorlage des Bundesrates, der sich mit dem Kreditbegehren für den Ausbau und für die Sicherung der Landesverteidigung beschäftigt, auch ohne die Vorgeschichte notwendig gewesen wäre; dass dieser Teil Elemente enthält, die im Laufe der Jahre notwendig geworden wären, auch ohne den Vorstoss der Initianten mit der Arbeitsbeschaffungsinitiative und ohne diese Zusammenfassung und Zusammenstellung im bundesrätlichen Programm.

In dieser Beziehung ist es doch wichtig, dass die Dinge auf das Mass zurückgeführt werden, in das sie hineingehören. Wenn Herr Wetter heute davon gesprochen hat, dass gerade dieser Teil ja der populärere sei, so will ich das nicht ohne wei-

teres bestreiten, obwohl ich gerade in der heutigen Stunde einige Hemmungen gegen diese Auffassung auch nicht unterdrücken will, wenn man sieht, wie es einem Staate in Europa geht, der auch gut gerüstet war. Aber immerhin sei zugegeben, dass dieser Teil gegenüber dem andern eine gewisse Popularität besitzt. Der andere Teil des Programms aber, derjenige der sog. zivilen Arbeitsbeschaffung, ist dafür um so wesentlicher, notwendiger und dringender. Ich gebe zu, beim Eintreten auf den andern Teil kann nicht jeder unter uns überall eine gewisse Popularität erwerben. Ich gebe zu, dass es beim Eintreten für den Teil der zivilen Arbeitsbeschaffung noch eine ganze Reihe von Ueberlegungen gibt, die da und dort geltend gemacht werden und die versuchen, diesen Teil als nicht unbedingt notwendig zu erklären. Ich bitte aber doch, daran zu denken, wie es im Lande mit der Arbeitslosigkeit und der Lage der Arbeitslosen steht. Ich bitte daran zu denken, dass es Herr Bundesrat Obrecht war, der uns in der Kommission jenes Wort eines österreichischen Industriellen, eines seiner früheren Geschäftsfreunde, mitteilte, das dieser im vergangenen Sommer aussprach und das, wenn ich es richtig wiedergebe, lautet: „Herr Bundesrat, denken Sie daran, dass der Untergang Oesterreichs weitgehend daraus erklärt werden kann, dass die frühere österreichische Regierung es nicht verstand, die Arbeitslosigkeit entschieden zu bekämpfen und zu mildern." Ich gebe zu, dass diese Mitteilung auch auf mich einen gewissen Eindruck machte, obwohl sie nichts Neues enthielt. Ich hoffe nur, dass sie auf Herrn Bundesrat Obrecht, woran nicht zu zweifeln ist, eine noch grössere Wirkung gehabt hat, wie übrigens auf alle Kommissionsmitglieder. Man muss diesen Gedanken hier erwähnen, weil ja vor der Kommissionsberatung im Lande Stimmen laut wurden, die sich gegen die Vorlage richteten, die sie als übersetzt, als verrückt, als sozialistisches Machwerk usw. hinstellten, weil sie im gesamten ein Kreditbegehren von 415 Millionen enthält. Man wollte darin eine Unterhöhlung unserer Bundesfinanzen und der Kreditfähigkeit des Staates erblicken. Jene Kreise, von denen ich soeben sprach, haben auch alle Anstrengungen gemacht, die Vorlage des Bundesrates in eine militärische und eine zivile Vorlage zu trennen. Jenen Kreisen wäre es am liebsten gewesen, eben aus der von ihnen gewünschten Popularität heraus, sie hätten für die militärische Vorlage eintreten können, weil man ja nicht gerne offen gegen derartige Kreditbegehren ist, und sie hätten dafür den Teil der Vorlage, der das zivile Arbeitsbeschaffungsprogramm umfasst, bodigen können, um auf diese Weise ihren Anschauungen zum Durchbruch zu verhelfen. Ich stelle ohne weiteres fest, dass die Kommissionsberatung in Klosters von diesen Anschauungen sozusagen nichts teilte. Das geht aus dem Beschluss der Kommission auf einstimmiges Eintreten hervor. Es ergibt sich auch aus dem Geist der ganzen Beratung. Es fällt mir gar nicht ein, irgend jemanden, der der Kommission angehörte, den guten Willen, auf diesem Gebiet etwas zu tun, abzusprechen; ich hätte auch gar keine Ursache dazu. Allein, daran kann man nicht vorbeigehen, dass bei einem Teil der Kommissionsmitglieder doch noch nicht in genügendem Masse die Erkenntnis vorhanden ist, wie dringend das Vorgehen gegen die Arbeitslosigkeit mit einer umfassenden, planmässigen, auf einige Jahre übersehbaren Vorlage ist.

Die Kommission in Klosters hat den ersten und zweiten Teil des Programms durchberaten und dann zur Finanzierung Stellung genommen. Wir vertraten den Standpunkt und vertreten ihm jetzt noch, dass die Finanzierung von der Vorlage getrennt behandelt werden soll, dass die Finanzierung in die Finanzreform hineingehört. Dort ist sie am richtigen Ort, dort sichert sie auch die Möglichkeit, dass alle Kreise, die verpflichtet werden müssen, an die Arbeitsbeschaffung und die Bekämpfung der Krisenfolgen den ihnen gebührenden Anteil zu tragen, herangezogen werden können.

Diese Auffassung, dass die Finanzierung zu trennen sei, drängte sich bei uns aber nicht nur auf aus sachlichen Gründen. Herr Kommissionsreferent Wetter hat bereits darauf hingewiesen, wie ungenügend der Vorschlag über die Ausgleichssteuer abgeklärt war und ist. Die Trennung der Finanzierung drängte sich auch auf aus taktischen Gründen. Unsere Befürchtungen haben sich heute erfüllt. Da lässt sich nun eben nichts mehr wegdiskutieren. Weil man die Finanzierung mit der Vorlage verbunden hat, sind wir heute vor der vorliegenden Situation. Wir haben einen Antrag der Kommissionsmehrheit und der Kommissionsminderheit. Hätten wir die Finanzierung abgetrennt, dann würde heute die Gesamtvorlage zur Beratung stehen und wir könnten darüber Beschluss fassen. Immerhin war der Beschluss der Kommission, den Abwertungsgewinn in Anspruch zu nehmen, unzweifelhaft ein Fortschritt. Er kam, und das ist ja auch erfreulich — aus der Erkenntnis heraus, dass der Bund die Mittel irgendwo hernehmen muss. Er kam aus der weitern Erkenntnis, dass er bestimmt, dass das Kapital zum mindesten heute noch nicht die ihm zustehenden Opfer bringen will. Ich muss allerdings zugeben, dass diese Erkenntnis nicht bei allen Mitgliedern der Kommission notwendig war oder zuerst ausreifen musste. Wir waren ja schon im Text der Initiative und seither eher mehr noch als damals der Meinung, dass der Abwertungsgewinn der Nationalbank für derartige Zwecke, wie sie die Arbeitsbeschaffung darstellt, unbedingt herangezogen werden kann. Dabei gestatte ich mir, auch hier festzustellen, dass der Beschluss der Kommission in Klosters, es sei grundsätzlich der Abwertungsgewinn zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsvorlage heranzuziehen, nicht etwa in dem Sinn gefasst wurde, dass der Bundesrat eingeladen werde, zu prüfen, sondern im Sinne eines Antrages an den Nationalrat, bezw. in der weitern Entwicklung an die Bundesversammlung. Erst nachdem der Beschluss gefasst war, hat man in der Kommission interpretiert und zwar aus der Befürchtung heraus, er könnte in der Oeffentlichkeit in gewissen Kreisen eine nicht gewünschte Wirkung haben. Ich habe diese Feststellung auch in der Kommissionssitzung in Baden gemacht. Ich mache sie hier noch einmal, weil sie doch zeigt, dass bei jenen, die diesem Antrag zustimmten, die Meinungen ausgereift sind in bezug auf ihre Stellungnahme zur Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes.

Und nun hat die Kommission damals beschlossen, es sei die Nationalbank einzuladen, sofort Stel-

lung zu nehmen, es habe der Bundesrat die Frage bezüglich der Anzapfung des Abwertungsgewinnes zu prüfen; man hat wegen der Wichtigkeit der ganzen Sache ein beschleunigtes Tempo in Aussicht genommen. Als wir nun letzte Woche in Baden zusammenkamen, müssten wir jedoch plötzlich vernehmen, dass die Nationalbank noch keine Zeit gefunden habe, diese Sache genügend zu studieren und dass der Bundesrat auch noch nicht Stellung bezogen habe; bei den Finanzdirektoren sei dasselbe der Fall, so dass wir eine Uebergangslösung vorsehen müssen, bis die Abklärung erfolgt sei.

Wir kennen ja den Standpunkt der Nationalbank, wenigstens beim Präsidenten der Generaldirektion. Wahrscheinlich werden die Herren Generaldirektoren der gleichen Ansicht sein. Ich hätte es lieber gesehen — es ist ja die ganze Sache schon wiederholt geprüft worden — wenn die Nationalbank uns ihre Meinung rechtzeitig bekanntgegeben hätte, gleichgültig, ob sie positiv oder negativ ausgefallen wäre. Dasselbe hätte ich auch vom Bundesrat gewünscht, der ja gegen die Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes ist. Es könnte sein, dass er unterdessen seine Stellung geändert hätte. Aber vorher war er jedenfalls dagegen. Ich hätte also gewünscht, dass der Bundesrat seine Stellungnahme mitgeteilt hätte, damit eine klare Situation vorliegen würde. Auch die Herren Finanzdirektoren hätte man sicherlich zu einem Entscheid veranlassen können, um ein klares Bild über die Sachlage zu haben. Ich hege nämlich die Befürchtung, dass, wenn wir heute den Antrag der Kommissionsminderheit ablehnen, diese Konsultationen und Vernehmlassungen über die Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes noch einmal wochen-, ja vielleicht monatelang dauern werden, trotz allem guten Willen, der da und dort vorhanden ist, diese Angelegenheit zu beschleunigen. Nach allen bisherigen Erfahrungen darf man, ja muss man sogar solche Befürchtungen hegen.

Ueber die Auffassung, es sei eine Gefahr, den Abwertungsgewinn in Anspruch zu nehmen, kann man diskutieren. Ich habe selbst, das gestehe ich offen ein, darüber diskutiert, was nur erklärt, dass ich einfach nicht verstehen kann, weshalb man Gold und Geld angehäuft liegen lässt, ohne es in zweckmässiger Weise für die Wirtschaft und die Bekämpfung der Krise, der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Niemand wird unserem Volke verständlich machen können, dass es nicht richtiger und nicht wertvoller wäre, die vorhandenen brachliegenden Geldmittel in die Wirtschaft hineinzupumpen, anstatt sie in den Gewölben der Nationalbank liegen zu lassen und dass es nicht besser wäre, diese Geld- und Goldvorräte der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, um so wirtschaftliche Werte zu schaffen. Niemand wird annehmen können, dass das nicht richtig wäre und man sich auf den Standpunkt stellen könne, den die grossen Theroretiker einnehmen. Man hat natürlich Therorien aufgenommen, es gibt eine Finanzwissenschaft, eine nationalökonomische Wissenschaft usw. Alle diese Herren sind wissenschaftlich gebildet, haben so und so viele Theorien aufgenommen, vertreten diese und diese Theorien. Aber sehen Sie sich doch einmal die Wirklichkeit an, in der wir uns befinden, und dann werden Sie mir zugeben müssen, dass in den letzten Jahren alle Theorien schwer havariert worden sind (Zwischenruf Bundesrat **Obrecht:** Auch in Frankreich.), ganz gleichgültig, woher diese Theorien kommen mögen, Herr Bundesrat Obrecht. Wir haben uns nicht einmal gegenseitig etwas vorzuhalten; wir haben jetzt alle bloss zu erkennen, dass es uns allen etwa gleich ergangen ist. Ich erlaube mir, das hier ganz deutlich zu sagen. Aber daraus sollte man rechtzeitig die nötigen Schlüsse ziehen.

In Bezug auf die Arbeitsbeschaffung rechtfertigt es sich, an das Volk, an die Arbeitslosigkeit, an den Menschen zu denken und nicht an Theorien und an wissenschaftliche Spekulationen.

Die Kommission in Baden hat leider für diese Auffassung kein Verständnis gehabt. Ihre Mehrheit hat dort beschlossen, es sei nun doch die Uebergangslösung zu wählen. Ich ersehe voraus, dass Sie der Kommission zustimmen und die Uebergangslösung annehmen werden. Ich erlaube mir deshalb, dazu zu sagen, dass dieser Beschluss bei den Arbeitslosen, bei den Gewerbetreibenden, bei vielen, denen die Not der Arbeitslosigkeit auf den Nägeln brennt, sicher keinen Jubel auslösen, ja sogar eine Enttäuschung bereiten wird. Ich kann immer noch nicht verstehen, warum nicht auch im Bundesrat etwas mehr Fingerspitzengefühl herrscht, weshalb man nicht mehr erkennt, dass gerade in solchen Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, zu einer grossen Handlung ausgeholt werden sollte und dass diese kleinlichen, ungenügenden und unzusammenhängenden Massnahmen nicht mehr fortgesetzt werden dürfen.

Es wäre diese Herbstsession des Nationalrates zu einer der glücklichsten Sessionen geworden, wenn diese grosse Arbeitsbeschaffungsvorlage behandelt und verabschiedet worden wäre. Ich sage das, trotzdem heute in der Neuen Zürcher Zeitung ein Artikel zu lesen ist, der, wenn man ihn befolgen würde, dazu führte, dass man uns das Maul zubände. Ich weiss, dass im Laufe der Beratungen — auch der Herr Kommissionsreferent hat es getan — auf die jetzige Lage in Europa hingewiesen wird. Es überrascht mich nicht, wenn unser Standpunkt, es sei auf die Vorlage einzutreten und die Kritik daran, dass es nicht geschieht, mit dem Hinweis auf die europäische Lage, auf die schwere Zeit, in der sich unser Land und Volk befinden, bekämpft wird. Ich wundere mich nicht, wenn man an uns appelliert, in dieser Zeit doch daran zu denken, wo wir stünden und wie sich die Zukunft so düster abzeichne. Ich lasse durchaus gelten, dass man derartige Ueberlegungen anstellt, aber ich lasse es nicht gelten, sie dazu zu verwenden, unsern Standpunkt zu bekämpfen. Denn gerade in dieser schweren Zeit, die die Demokratien, insbesondere die kleinen Länder in Europa durchleben, wäre es ein Zeichen innerer Kraft und Entschlossenheit, wenn man zur Vorlage des Bundesrates nicht nur Stellung nehmen, sondern sie bereinigen und dem Volke zur Annahme vorlegen könnte.

Jene Kreise, die etwa glauben, dass in schweren Zeiten andere Meinungen als die offiziellen zu schweigen hätten, dass die Kritik zu schweigen hätte, befinden sich sicherlich in einem Irrtum. Damit wäre weder dem Volke noch dem Lande gedient. Uebrigens haben wir trotz aller schweren

Vorkommnisse nicht etwa den Schlotter in den Knien, nehme ich wenigstens an. Ich hoffe, dass wir nicht etwa der Meinung sind, deshalb, weil Europa in seinen demokratischen Institutionen derart bedroht ist, hätten wir plötzlich leise zu treten, deshalb sollen wir unsere Ueberzeugung nicht mehr aufrecht erhalten. Ich hoffe, dass das nicht der Fall sei. Ich bedaure es deshalb, dass die schweizerische Demokratie heute zur Vorlage des Bundesrates — ich betone immer zur Vorlage des Bundesrates — Stellung nimmt, um sie zu behandeln, zu bereinigen und dem Volke vorzulegen.

Ich muss meinen Antrag aufrecht erhalten, auf die Beratung der gesamten Vorlage einzutreten, und bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Allgemeine Beratung. – *Discussion générale.*

Fenk: Zum ersten Teil der heutigen Vorlage, der die Landesverteidigung betrifft, will ich nicht sprechen; damit bin ich ohne weiteres einverstanden. Hingegen möchte ich zum zweiten Teil derselben, zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung, Stellung nehmen. „Das Rheintal in Not", das haben Sie gewiss alle im Laufe dieses Jahres zur Genüge zu hören und zu lesen bekommen, und es war insoweit erfreulich, die Wahrnehmung machen zu dürfen, dass dieser Notschrei im ganzen Schweizerlande herum ein verständnisvolles Echo gefunden hat. Darin offenbarte sich noch ein guter Kern freundeidgenössischer Gesinnung. Wie sollte ich dann als Vertreter dieser Talschaft schweigen können in dem Moment, wo eventuell die Möglichkeit besteht, meinen notleidenden Mitbürgern zu Hilfe zu eilen? Das würde vom Rheintalervolk nicht verstanden werden.

Gestatten Sie mir deshalb noch einige Wünsche und Anregungen anzubringen, die zur Linderung der Notlage im Rheintal beitragen sollen, sei es, dass sie schon beim Vollzuge des vorliegenden, eigentlich nur provisorischen Arbeitsbeschaffungsprogramms Berücksichtigung finden, zum mindesten aber, sofern das nicht der Fall sein sollte, dann doch bei der Hauptvorlage, die erst noch nachfolgen wird, wenn es nach dem Antrage der Kommissionsmehrheit geht.

Nochmals in Details auf alle die Ursachen einzutreten, die uns in diese verhängnisvolle Situation hineingeführt haben, darauf glaube ich heute verzichten zu können. Es dürfte für diesmal genügen, nur einige der wichtigsten Tatsachen festzuhalten. Der schwerste Schlag, der uns getroffen hat, war und ist zweifellos der fast völlige Zusammenbruch der Stickereiindustrie, wodurch Tausenden und aber Tausenten fleissigen Händen, männlichen und weiblichen Geschlechts, im Haupt- und Nebenerwerb auskömmlicher Verdienst verloren ging; genügender Ersatz hierfür ist leider bis dato noch nicht gefunden worden. Zu der jahrelangen Krise in der Landwirtschaft wirkte sich diese industrielle Rückbildung namentlich auch für unsern Kleinbauernstand, der im Rheintal typisch zu Hause ist, und dort die grosse Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung bildet, höchst nachteilig aus. Ohne entsprechende Füllarbeit, ohne Nebenverdienst ist er nicht existenzfähig und insbesondere nicht in der Lage, zu den hohen ordentlichen Steuern noch die ausserordentlich drückenden Abgaben in Form von Perimeterlasten aller Art zu tragen, Perimeterlasten, die man an den meisten andern Orten in unserem Schweizerlande ja gar nicht kennt.

Zu all diesem Ungemach kam im vergangenen Monat März, wie Sie alle wissen, noch die politische und territoriale Umwälzung in unserem Nachbarlande Oesterreich hinzu. Das dem Rheintal benachbarte Vorarlberg, mit dem wir stets im sogenannten Grenzverkehr einen lebhaften Handel und Warenaustausch unterhielten, wurde über Nacht zu Grossdeutschland geschlagen, und von diesem Momente an hörten sozusagen alle bisherigen Verbindungen auf, wodurch hauptsächlich der rheintalische Gewerbestand in arge Mitleidenschaft gezogen wurde. Als Beweis hierfür nur ein einziges Beispiel. Auf dem Bahnhofbuffet in St. Margrethen sind seit dem Anschluss Oesterreichs an Deutschland die Jahreseinnahmen um 68 % zurückgegangen. Alle diese schädlichen Einflüsse mit ihren unliebsamen Begleiterscheinungen haben wenigstens bei einem erheblichen Teil der Rheintaler Bevölkerung eine Atmosphäre geschaffen und Gefahren wachgerufen, an denen unsere Behörden nicht achtlos vorbeigehen konnten und durften. Sie haben denn aber auch den Ernst der Situation rechtzeitig erkannt und erfasst und schon unterm 5. Mai laufenden Jahres hat die st. gallische Regierung in einer ausführlichen und wohlbegründeten Eingabe an den hohen Bundesrat verlangt, dass aus triftigen staatspolitischen und staatserhaltenden Gründen sofort dafür gesorgt werden müsse, im Rheintal vermehrte Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, um so rasch wie möglich die Arbeitslosen von der Strasse wegzunehmen. In der letzten ausserordentlichen Julisession des st. gallischen Grossen Rates verlangten nicht weniger als drei Interpellanten von der Regierung Auskunft darüber, was sie zur Linderung der Notlage im Rheintal zu tun gedenke, und was sie eventuell nach dieser Richtung schon vorgekehrt habe. Der Sprecher des Regierungsrates, unser geschätzter Kollege, Herr Nationalrat Gabathuler, hat dann in einem eindrucksvollen Votum zu beruhigen vermocht. Er wies darauf hin, wie im Unterrheintal durch Ausbau des alten Rheins vom Bodensee bis Bruggerhorn bereits Arbeitsmöglichkeiten geschaffen worden seien. Für den mittleren Teil des Rheintals sei die Widenbachverbauung Altstetten-Eichberg in Aussicht genommen und weitere Arbeiten werden folgen. So die Antwort unseres verehrten st. gallischen Volkswirtschaftsministers. Da möchte ich nun anknüpfen und sagen, dass die Widenbachverbauung als alleiniges Arbeitsbeschaffungsobjekt für den Bezirk Oberrheintal zur Bekämpfung der dortigen Arbeitslosigkeit bei weitem nicht genügen wird. Dieser Einsicht haben sich fortschrittliche und führende Männer im Bezirk Oberrheintal selbst, mit Herrn Bezirksammann Lüchinger an der Spitze, ebenfalls nicht verschlossen, indem sie die Initiative für die Durchführung des grosszügigen Meliorationswerkes im Altstättener Riet, ähnlich demjenigen der Linthebene, ergriffen. Ich wünsche nur, dass im Zusammenhang mit dieser Arbeitsbeschaffungsvorlage auch dieses neue Unternehmen im Bundeshaus eine wohlgefällige Aufnahme und weitgehende finan-

zielle Unterstützung finde, ansonst es für die wenig bemittelten Grundbesitzer nicht ausführbar ist, obwohl es geeignet wäre, die nötigen Grundlagen zu schaffen, unsere Bauern in der dortigen Umgebung wieder einmal von den Staatskrücken frei zu machen und sie auf eigene Füsse zu stellen. Es besteht dort sogar die Möglichkeit, Neusiedlungen für Arbeitslose zu gewinnen, ein Werk also von grösster ethischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung, wo sich Kapitalinvestierungen durchaus rechtfertigen.

Nichts, aber auch gar nichts ist, wie ich leider in Erfahrung bringen musste, vorgesehen für die Arbeitsbeschaffung im oberen Teile des st. gallischen Rheintales, für den Bezirk Werdenberg, trotzdem gerade das von der st. gallischen Regierung in der bereits erwähnten Eingabe vom 5. Mai mit Nachdruck verlangt wurde, in Anbetracht dessen, dass im Wonnemonat Mai in den 6 werdenbergischen Gemeinden über 400 ganzarbeitslose Männer gezählt worden sind. Diese Zahl hat sich seither noch wesentlich erhöht. (Zwischenruf Bundesrat **Obrecht:** Denken Sie an die Befestigung Ragaz.) Ja, das ist schön und recht, aber mehr für Sargans als für den Bezirk Werdenberg bestimmt. Was soll nun mit diesen Arbeitslosen im kommenden Winter geschehen? Sollen sie weiter stempeln gehen, sollen sie weiter am Hungertuch nagen? Was sollen die vielen Kleinbauern in der gleichen Gegend anfangen, die, wie ich Ihnen schon sagte, auf Nebenverdienst angewiesen sind? Wenn man so etwas feststellen muss, möchte man meinen, in den Köpfen unserer Herren Bundesräte habe schon die Auffassung platzgegriffen, der Bezirk Werdenberg sei vom Fürstentum Liechtenstein erobert worden und gehöre gar nicht mehr zur Schweiz. So weit ist es aber noch nicht. Dass wir weit weg sind von Bern, das wissen wir allerdings, und hat uns das auch schon oft geschadet. Heute aber sind Zeit und Umstände in unserer Gegend zu ernst, als dass wir uns ein Uebergangenwerden gefallen lassen könnten. Ich muss deshalb an dieser Stelle in Uebereinstimmung mit der Forderung der st. gallischen Regierung verlangen, dass sofort an den Ausbau der Wildhauser Passtrasse herangetreten werde, einer Strasse, welcher eine grosse militärische Bedeutung zukommt. Es ist auch diejenige Strasse, welche den zweitgrössten Postautoverkehr zu bewältigen hat. Gleichzeitig mit dem Ausbau der Wildhauser Passtrasse sollte auch die Anschlussecke Gams-Haag-Bendern in Angriff genommen werden. Auch damit ist der Kanton St. Gallen einverstanden, obwohl er bekanntlich nicht im Gelde schwimmt. Dort bestünde eventuell die Möglichkeit, wenigstens eine kleinere Anzahl Arbeitsloser aus dem Fürstentum Liechtenstein zu beschäftigen, was aus staatspolitischen und militärischen Gründen sehr im Bestreben der st. gallischen Regierung und auch unserer Militärsachverständigen liegt.

Als weitere Notstandsarbeit möchte ich, so unpopulär das im gegenwärtigen Zeitpunkt auch sein mag, noch einmal den Um- und Ausbau des internationalen Bahnhofs in Buchs in Erinnerung rufen, wofür die technischen Arbeiten schon längst abgeschlossen sind. Das Dringendste ist dort vor allem, den schienengleichen Strassenübergang zu beseitigen und durch Unterführungen zu ersetzen. Es ist direkt beschämend — von den grossen Gefahren, die damit verbunden sind, gar nicht zu reden — dass auf einem internationalen Bahnhof im Range von Buchs noch eine verkehrsreiche, stark frequentierte Staats- und Landstrasse, die grosse Ortschaften und zwei Länder miteinander verbindet, über offene Geleise hinwegführt. Ein fertiges Projekt liegt auch für diese Unterführungen vor und es sollen, wie aus der Eingabe der st. gallischen Regierung an den Bundesrat vom 5. Mai hervorgeht, die Kosten auf 905,000 Franken beziffert sein, woran die schweizerischen Bundesbahnen einen Beitrag von 280,000 Franken leisten wollen. Dass aber der Krisenkanton St. Gallen, der übrigens grundsätzlich auch mit dieser Arbeitsbeschaffung einverstanden ist, den Restbetrag übernehmen kann, ist nicht denkbar, selbst dann nicht, wenn auch die zumeist interessierte Gemeinde Buchs hieran noch mit einem bescheidenen Beitrag beispringt. Hier muss also die eidgenössische Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung mithelfen, die Finanzierung zu ermöglichen. Sie entlastet dadurch anderseits den Bund von Arbeitslosenunterstützungen.

Und schlussendlich möchte ich nochmals, ohne hierüber bereits früher Gesagtes zu wiederholen, auf die ganz unhaltbaren Zustände bei der st. gallischen Rheinkorrektion hinweisen. Durch die fortwährende Geschiebezufuhr aus dem Einzugsgebiet des Rheins in den Bündner Bergen erhöht sich die Flussohle im Rheintal zusehends und die Gefahr eines Rheineinbruchs wird von Jahr zu Jahr grösser. Man spricht zwar im Rheintal sehr viel davon, dass die st. gallische Rheinkorrektion, im bisherigen Rahmen durchgeführt, technisch eine Fehlleitung sei, wobei Zwängerei, Setzköpfigkeit, über Genie, Vernunft und wohlüberlegte, sachliche Abwägungen den Sieg davongetragen haben. Ich persönlich glaube das auch, ohne mir als Laie indessen anzumassen, hierüber ein abschliessendes Urteil zu fällen. Sei dem aber wie ihm wolle, auf keinen Fall darf es vorkommen, dass das Rheintalervolk noch länger unter diesem Drucke zu leiden hat und auf keinen Fall kann dem Rheintalervolke zugemutet werden, auf ewige Zeiten hinaus Perimeterlasten zu bezahlen und trotzdem von einer Ueberschwemmungskatastrophe nicht einmal gesichert zu sein, einer Katastrophe, wie sie unser Land in einem ähnlichen Ausmasse noch nie erlebt hat. — Von der zunehmenden Verschlechterung und Versumpfung des Bodens infolge Druckwasser vom Rheine her, will ich jetzt gar nicht reden. — Auf Bundesrat und Parlament lastet eine ungeheure Verantwortung, wollte man diesem gefahrdrohenden Zustand noch länger tatenlos zusehen. Rasche Abhilfe tut also hier dringend not, das gibt Arbeit in Hülle und Fülle.

Damit habe ich als Vertreter des Rheintales dem hohen Bundesrat einen Wunschzettel auf das Pult gelegt, dem er hoffentlich in Uebereinstimmung mit dem vorhandenen schweizerischen Volksempfinden seine volle Aufmerksamkeit schenken wird. Hier handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als darum, am notleidenden Rheintal einen wirtschaftlichen Sanitätsdienst zu erfüllen.

In diesem Sinne stimme ich für Eintreten auf die Vorlage.

Gysler: Ich beantrage Ihnen im Namen der einstimmigen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion, auf die Beratung der Vorlage einzutreten. Wir haben die bestimmte Auffassung, dass der Bundesrat zu dieser Lösung schreiten muss, und die begonnenen Arbeiten in bezug auf den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht einfach unterbricht.

Es ist heute mit Vorwürfen gegenüber dem Bundesrat eigentlich nicht gekargt worden, auch nicht in der Presse. Ich glaube deshalb, es sei an der Zeit, dass wir uns fragen, ob es denn wirklich nur an der Führung, immer nur am Bundesrate fehle, ob nicht auch uns hier mit grossen Teilen des Volkes alles das, was man der obersten Landesbehörde einfach mit der grössten Kritisiersucht glaubt unterschieben zu müssen, mit zur Last fällt. Und dass wir uns eigentlich auch nicht mehr zu geschlossenen Taten aufraffen können, möchte ich Ihnen daran beweisen, dass wir eine ganze Anzahl wichtiger und grosser Vorlagen aus eigenem Verschulden, nicht aus Verschulden des Bundesrates, auf die lange Bank geschoben haben. Ich erinnere an das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb, an das Bundesgesetz über die Entschuldung landwirtschaftlicher Betriebe, an die SBB-Sanierung, die Wirtschaftsartikel und einiges andere mehr. Und wie es mit der neuen grossen Vorlage des Bundesrates ausgesehen hat, als sie der Oeffentlichkeit bekannt wurde, das wissen Sie. Das grosse nationale Arbeitsprogramm, das in weiten Kreisen als grosse Tat des Bundesrates bezeichnet wurde, ist von ebenso vielen Kreisen aufs schärfste bekämpft worden. Es enstund ein grosser Meinungsstreit darüber, ob der Bundesrat berechtigt gewesen sei, diese grosse Vorlage auszuarbeiten. Da tut es, so glaube ich, gerade heute not, unsere eigene Haltung einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen und einen bedeutend grösseren Willen zur Verständigung zu zeigen.

So konnte man sich fürs erste fragen, ob nicht die Vorlage des Bundesrates vom 7. Juni zur Behandlung kommen sollte. Es ist aber in der Kommission von Herrn Bundesrat Obrecht und heute vom Herrn Kommissionsreferenten mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, dass die Fragen der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung einfach unabgeklärt sind, dass die Kommission selbst die Heranziehung des Abwertungsgewinns in Erwägung gezogen hat, dass die Ausgleichssteuer auch in der Kommission die grösste Gegnerschaft erfuhr. Unter diesen Umständen halten wir es für ganz ausgeschlossen, dass heute die grosse Vorlage in die Diskussion gezogen werden kann. Ich halte dafür, dass der Bundesrat uns eine brauchbare Vorlage unterbreitet hat. Sie ist volkswirtschaftlich durchaus richtig. Wir haben in der Kommission selbst Veranlassung genommen, dass sie jetzt nicht mehr weiter beraten wird. Das gesamte Arbeitsbeschaffungsprogramm wird nun nach der finanziellen Seite hin erst im Dezember, wenn die weiteren Beratungen vorbereitet sind, erledigt werden können. Wir haben aber jetzt raschestens die nötigen Ueberbrückungsmassnahmen zu treffen. Herr Bringolf hat heute Morgen gesagt, der heutige Tag bedeute für weite Kreise des Volkes, für die Arbeiter, die Gewerbetreibenden und andere Kreise, eine grosse Enttäuschung. Es mag sein. Aber vielleicht noch grössere Enttäuschung würde der heutige Tag bedeuten, wenn wir die grosse Vorlage in Diskussion ziehen würden und dann die Diskussion abbrechen müssten, wie es schon zu verschiedenen Malen geschehen ist. Die beteiligten Kreise verlangen jetzt eine Hilfe und möchten nicht, dass die Ueberbrückungsmassnahmen nicht beschlossen und getroffen werden.

Nun wurde allerdings in der letzten Sitzung der Kommission von prominenter sozialistischer Seite erklärt: Die Deckung, die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, müsse in das Finanzprogramm eingebaut werden. Und von ebenso prominenter sozialistischer Seite wurde erklärt, es bedeute Sabotage, wenn man das Arbeitsbeschaffungsprogramm unbedingt mit der Finanzierung in Verbindung bringen und die Finanzierung sicherstellen wolle. Ich muss Ihnen gestehen: Eine derartige Argumentation kann ich nicht verstehen. Ich kann nicht begreifen, dass man sich einfach auf das Geldausgeben einrichtet und die Abtragung der aufgelaufenen Schulden unseren Kindern, den nachkommenden Generationen, überlässt. Ich frage mich, ob nicht gegen eine solche Massnahme und gegen solche Forderungen gerade der gesunde Menschenverstand beim Arbeiter rebellieren würde. Ich unterstreiche: Wenn Sie reaktionäre Vereinigungen im ganzen Lande hochzüchten und die Gegensätze im Volke weiter verschärfen wollen, dann müssen sie nur mit solcher Politik weiterfahren und erklären: Wir verschieben die Finanzierung, wir versuchen, die Vorlage durchzubringen, ohne dass die Finanzierung in Ordnung gebracht worden ist. Schliesslich ist es doch bei Ihnen allen, vor allem bei den Herren auf der Linken so, dass sie auch im Privatleben darnach trachten, immer für Deckung zu sorgen. Ich kenne auch die Finanzpolitik der Gewerkschaften sehr gut. Niemand wird behaupten wollen, dass sie nicht eine gesunde Finanzpolitik getrieben hätten und dass sie nicht bei allen ihren Beschlüssen für Deckung zu sorgen pflegten.

Ich glaube, wir brauchen heute Lösungen der Mitte. Wir verwahren uns einerseits dagegen, dass man im Volke mit dem Schlagwort, das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Bundesrates sei eine neue Auflage der Kriseninitiative, grosse Kreise kopfscheu zu machen versucht. Wir müssen uns aber auf der andern Seite unter allen Umständen ausbedingen, dass die Linkskreise zu einer Verfassungsbestimmung Hand bieten, die Hand und Füsse hat, und es nicht einfach darauf ankommen lässt: „Die andern sollen zahlen". Wenn es uns ernst ist, unsere Demokratie gegen lauernde Gefahren zu schützen, dann müssen wir eben aufbauende Verständigungsarbeit nach den bewährten Regeln der Staats- und Finanzpolitik leisten.

Noch eine Bemerkung sei mir in diesem Zusammenhang gestattet. In der letzten Sitzung erklärte ein Mitglied der Kommission, es würde, wenn das Volk z. B. die Ausgleichssteuer annehmen sollte, schon Mittel und Wege finden, sich dieser Steuer zu entziehen. Ich glaube, dass wir in der heutigen Zeit einen andern Geist nötig haben, wenn wir unsere Demokratie erhalten und innerlich auch wieder erstarken lassen wollen.

So geht meine Ueberzeugung dahin, dass es unsere Pflicht ist, bei der gegebenen Sachlage zuerst einmal die rasche zustimmende Behandlung der Ueberbrückungsvorlage an die Hand zu nehmen um dem mit Bestimmtheit zu erwartenden erneuten Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Winter 1938/39 und erst recht im Jahre 1939 die entsprechenden Kredite entgegensetzen zu können. Es schadet dabei wohl mehr als es nützt, wenn wir glauben, für diese Ueberbrückungskredite die Postulate einzeln überprüfen und darüber einer besondern Diskussionslust huldigen zu müssen, denn schon ein oberflächlicher Blick zeigt uns an, dass die allerdringlichsten und zu raschem Einsatz bereiten Aufgaben, die im grossen Projekt Aufnahme gefunden haben, hier einfach vorweggenommen worden sind. Wir gehen von der bestimmten Auffassung aus, dass die grosse Arbeitsbeschaffungsvorlage unter allen Umständen im Dezember hier zur Behandlung kommen muss und ich verhehle mir auch gar nicht, dass, wenn wir die Vorlage nicht unter Dach bringen, wenn wir uns nicht verständigen können hinsichtlich der Finanzierung, des Ausmasses der Vorlage, die sozialistische Arbeitsbeschaffungsinitiative vom Volke angenommen wird. Das ist meine vollendete Ueberzeugung. Wir haben alles Interesse daran, hier der grossen Vorlage des Bundesrates eben zuzustimmen. So glaube ich, es genüge vorläufig, wenn ich in der Eintretensdebatte nur einige allgemeine Hinweise mache.

Einmal in wehrpolitischer Hinsicht. Die aussenpolitische Hochspannung der letzten Tage und Wochen lehrt uns ja mit aller Nachdrücklichkeit, die kaum mehr grösser sein könnte, dass wir der Kriegsvorsorge die grösste Aufmerksamkeit schenken müssen. Ich halte durchaus dafür und habe das schon verschiedentlich zum Ausdruck gebracht, dass bedeutend grössere Vorräte angeschafft und angelegt werden sollten. Ich bin aber auch dafür, dass den Privaten mit Bezug auf ihre Lagerhaltung ein Opfer zugemutet werden könne. Wir haben in den letzten Jahren immer in hohen Tönen gemacht, als es sich um die Wehranleihe handelte. Wenn man der Sache etwas näher auf den Grund geht, sieht man, dass wir besondere Opfer nicht brachten. Wir zählen 1,1 Millionen stimmberechtigte Bürger, etwa 90,000 Personen haben sich bei der Wehranleihe finanziell beteiligt. Wenn wir davon die Frauen, Behörden, Organisationen usw. in Abzug bringen, so sind es dann noch 5—6 % der stimmberechtigten Bürger. Da halte ich schon dafür, dass der Bundesrat den Privaten ein Opfer in der Weise zumuten könne, dass er gewisse Vorschriften für die private Lagerhaltung erlässt.

Sodann halte ich das Problem der Schaffung einer eigenen privaten Flugzeugindustrie in der Schweiz für so wichtig, dass man meines Erachtens die grössten Anstrengungen darauf richten sollte, auch hier zu einem positiven Ziele zu kommen. Da versteht es sich, glaube ich, von selbst, dass eine engere Fühlung der Kriegstechnischen Abteilung mit der Flugtechnischen Abteilung der E.T.H. an die Hand genommen werden muss. Es ist in diesem Kreise ja schon zu verschiedenen Malen die Rede davon gewesen, ob nicht die Flugzeuge aus dem Ausland, aus Amerika, beschafft werden sollen. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass der technische Nachschub das eigentlich verunmöglicht, zum mindesten in dem Umfange, wie das geplant ist. Aber es ist sicher so, dass wir im eigenen Lande ganz gut eine eigene Flugzeugindustrie aufbauen könnten. Es ist einmal daran zu erinnern, dass in Altenrhein selbst für den Export Flugzeuge hergestellt werden, und ich bin fest überzeugt, dass wir in der Schweiz eine grosse Anzahl interessierter Firmen zur Schaffung einer eigenen Industrie heranziehen könnten. Was aber fehlt, das ist der Kontakt zwischen der Forschungsarbeit der Eidgenössischen Technischen Hochschule und dem Militärdepartement. Herr Kollege Walther hat in der Kommission ein Postulat angekündigt; er wird es heute ja noch begründen. Wir haben allen Grund, diesen Dingen etwas näher nachzugehen und alle Bestrebungen der Flugtechnischen Abteilung der E.T.H. entsprechend zu unterstützen.

Was die Exportförderung anbelangt, so lehren die Erfahrungen eindeutig, dass der Staat hier nur in beschränktem Masse etwas ausrichten kann und eingreifen darf, und dass unter Umständen eine forcierte Exportförderung mehr schadet als nützt. Aber sicher ist, dass wir daran denken müssen, unsere Handelsvertretungen im Ausland noch vermehrt auszubauen, und es wird auch notwendig sein, dass man studiert, ob nicht die Exportrisikogarantie durch eine Exportkreditversicherung abgelöst werden soll.

Ueber die Notwendigkeit und Wünschbarkeit weiterer Arbeitsbeschaffungsmassnahmen begegnet man ja vielfach eigentümlichen Auffassungen, selbst in sogenannten Wirtschaftskommissionen von Parteien, die ja übrigens bei der Diskussion über das Gesamtprogramm und auch mit ihrer Stellungnahme zu andern Objekten ein eigenartiges Zeugnis ihres Beurteilungsvermögens abgelegt haben. Wohl ist es richtig, dass beispielsweise im Baugewerbe die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen ist. Man kann nicht mehr davon sprechen, dass die Krise so gross sei, dass Hunderttausende von Leuten keine Arbeit mehr finden. Aber sicher ist, dass in den kommenden Monaten die Zahl der Arbeitslosen auch im Baugewerbe wieder zunimmt. In diesem Saale ist auch schon zu verschiedenen Malen von der Uebersetzung des Baugewerbes gesprochen worden. Ich halte dafür, dass man nicht wie mit einer Rosskur von einem Tag auf den andern hier sanieren kann, sondern dass es eine gewisse Zeit braucht.

Es gehört in das Kapitel der Uebersetzung des Baugewerbes aber noch eine andere Frage, das ist die, was wir mit den nicht voll verwendungsfähigen Leuten, die heute zu Hunderten und zu Tausenden in den lokalen und kantonalen Arbeitsstatistiken figurieren, anfangen sollen. Auch hier muss eine Sichtung vorgenommen werden, soweit es sich dabei um brauchbare, arbeitsfähige Leute handelt, soll vom Bund an die Subventionserteilung die Auflage geknüpft werden, dass bei den betreffenden Arbeiten zum mindesten in einem bestimmten Ausmass Arbeitslose zu beschäftigen seien, nicht nur gegenüber den privaten Bauherren und Unternehmern, sondern ebenfalls gegenüber den Gemeinden und Kantonen. Es ist ja bekannt, dass eine grosse Zahl von Arbeitsbeschaffungsprojekten ge-

genwärtig in Ausführung begriffen sind in Kantonen, die über keine besonders grosse Arbeitslosigkeit sich zu beklagen haben. Die Kantone stellen sich aber auf den Standpunkt: Wir übernehmen aus den andern Kantonen keine Arbeitslosen, weil wir Gefahr laufen, dass sie uns hängen bleiben, sich in unserem Kanton niederlassen und wir für Unterstützung aufkommen müssen. Ich halte dafür, dass der Bund an die Erteilung der Subvention die Bedingung knüpfen muss, dass aus arbeitslosen Zentren Arbeitslose eingestellt werden müssen. Nur auf diesem Wege werden wir zu einer gewissen Sanierung kommen. (Zwischenruf **Kägi:** Es können Arbeitslose ja nicht einmal von einer Gemeinde zur anderen gehen.) Das liegt daran, dass die Subventionsbehörden diese Vorschriften in der Hauptsache nicht immer machen. Diejenigen Leute, die sich als nicht tauglich oder als zugewandte Orte ergeben, sind von den Arbeitsämtern wegzunehmen und in einen ihren Fähigkeiten angemessenen neuen Betätigungskreis zu stellen. Unter Umständen muss auch ein gelinder gesetzlicher Schutz zur Anwendung kommen. Ich glaube aber, dass es keine Konkurrenz gegenüber dem Baugewerbe ist, wenn wir vor allem an einen weiteren Ausbau der Arbeitslager und Berufslager denken. Die bundesrätliche Botschaft macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, geeignete Verwendungsmöglichkeiten für solche Lager zu schaffen. Es will mir aber scheinen, dass sich Gelegenheiten bieten sollten, auch für solche Lager eine grosse produktive Arbeit in Aussicht zu nehmen. Ich denke beispielsweise an leichtere Lose der Doppelspur Brunnen-Flüelen oder für kleinere Alpenstrassen. Ich möchte diese Anregungen machen, weil ich der bestimmten Ueberzeugung bin, dass wir in den Berufs- und Arbeitslagern heute gute Arbeit leisten und es dringend notwendig ist, dass vor allen die ledigen Leute vom städtischen Pflaster einmal verschwinden. Die Hauptsache bleibt aber, dass wir uns bei der Beratung dieser Vorlage von aller Besserwisserei und aller Eigenbrödelei fernhalten und uns nicht neuerdings auf Verschleppungen und Verzögerungen einlassen. Ich glaube, dass die Fragen der Arbeitsbeschaffung zu den dringendsten zählen. Sie sind geeignet, der Befriedigung brennender Bedürfnisse zu dienen; ich empfehle Ihnen, auf den Vorschlag des Bundesrates einzutreten.

Müller-Grosshöchstetten: Wenn wir beantragen, auf die Vorlage vom 7. Juni 1938 einzutreten, dann möchten wir diesen Antrag verbinden mit der Anerkennung und dem Dank an den Bundesrat. Es ist nicht etwas Alltägliches, dass wir dem Bundesrate danken können. Um so mehr wollen wir es tun, wenn wir dazu Gelegenheit haben. Hier ist es der Fall. Auch wenn wir mit der Programmatik der Vorlage nicht zufrieden waren, auch wenn wir mit der Lösung der Deckungsfrage nicht einverstanden waren, so werteten wir die Vorlage des Bundesrates vom 7. Juni doch als eine mutige Tat. Die Demokratie raffte sich auf. Herr Bundesrat Obrecht hat für diese Tat sogleich auch seinen Lohn empfangen. Er wurde „Marxist". Er teilte mit uns das Schicksal, als Demagoge verschrien zu werden. Ja, es hat Leute aus den Rechtskreisen gegeben, die in der Kommissionssitzung dieses Werk, das wir heute diskutieren, als „Theatercoup des Bundesrates" bezeichnet haben. Nicht nur staatspolitisch, sondern auch psychologisch ist das, was der Bundesrat getan hat, von grosser Bedeutung. Die junge Generation auf dem Lande hat nicht mehr die Möglichkeit, sich selbständig zu machen; die Arbeit des Bauern langt kaum zum Zinsenzahlen. Reserven, um eine junge Generation auf eigene Füsse zu stellen, können nicht mehr gemacht werden. Eine junge Generation in der Stadt, in den Industrieorten, steht vor der Unmöglichkeit, Arbeit zu finden. 80 % der Schüler einer Klasse einer technischen Schule mussten in Deutschland Arbeit suchen, weil sie in unserer Heimat keine fanden.

Ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Botschaft des Bundesrates. In der Botschaft selbst kommt ein gewisser Pessimismus über die Möglichkeit und die Kraft des Staates zum Ausdruck. Auf Seite 14 schreibt der Bundesrat: „Der Staat wird nie imstande sein, Handel und Wandel zu alimentieren, wenn sie mangels Nachfrage in Stockung geraten sind." Mangels Nachfrage! Schade, dass der Bundesrat nicht geschrieben hat, was die Nachfrage in diesem Falle bedeutet.

Es muss doch das Ziel jeder Wirtschaftsführung sein, nicht immer nur in Flickwerk zu machen, sondern dafür zu sorgen, dass die Nachfrage sich nicht erschöpft, dass die Wirtschaft nicht in Stockung gerät.

Ich weiss ganz gut, dass man gegen uns hier einwendet, die Krise sei eine internationale Erscheinung, die Krise sei unser Schicksal. Zugegeben, die internationalen Störungen haben ihre Rückwirkungen auf jede nationale Wirtschaft. Aber es ist einfach nicht wahr, dass die Krise nur auf internationale Störungen zurückgeht. Nordische Nationalökonomen haben seit Jahren den Nachweis erbracht, wie weitgehend ein Staat intern Krise und Konjunktur durch entsprechende Wirtschafts- und Währungspolitik selbst bestimmen kann. Ich betrachte das, was der Staat hier tut, als Flickwerk. Zugegeben als heute nötiges Flickwerk. Grundsätzlich falsch, weil es zu immer weiteren Eingriffen in die einzelnen Betriebe und damit zu einem eigentlichen Etatismus führt. Während wir der Auffassung sind, dass sich der Staat darauf beschränken sollte, allgemein die Wirtschaft zu leiten, die Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, unter denen der initiative Einzelbetrieb seine Existenzgrundlage finden kann. Es ist unsere Ueberzeugung, dass der Staat dies nicht mit seinen Einzelmassnahmen, nicht mit Subventionen erreicht, sondern mit entsprechender Wechselkurs-, Währungs-, Kredit- und Zinspolitik. Oder mit andern Worten: Der Haupteinfluss des Staates auf die Wirtschaft muss von der Geldseite her geschehen. Wie grundsätzlich verkehrt und verhängnisvoll die Wirtschaftspolitik unseres Staates ist, ermessen Sie, wenn Sie ein einzelnes Beispiel daraus betrachten: die schweizerische Agrarpolitik, die im Zeichen der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge ihr Ziel darin erblickt, die Produktion zu beschränken. Im Zeichen der totalen Landesverteidigung muss das Ziel einer vernünftigen Landwirtschaftspolitik darin bestehen, eine immer weitergehende rationelle Intensivierung der

Produktion zu erreichen. Das ist das Primäre. Was wir hier tun, das ist das Sekundäre.

Es ist eine Tragik, dass der Bundesrat mit seinen wirtschaftspolitischen Massnahmen im gleichen Moment, da er hier Arbeit schaffen will, seine Massnahmen in ihrer Auswirkung bis zu einem gewissen Grade selbst wieder zunichte macht. Ich denke da an die Folgen der offiziellen Milchpolitik.

Dies ein paar grundsätzliche Bemerkungen.

Zu den einzelnen Kreditbegehren will ich mich hier nicht äussern; das soll in der Einzelberatung geschehen.

Die Lösung der Deckungsfrage.

Das war die grosse Schwäche der bundesrätlichen Vorlage vom 7. Juni 1938. An dieser Frage ist sie gescheitert. Die Deckungsfrage enthält keine konstruktive Idee. Die Auslagen für die Landesverteidigung hangen vollkommen in der Luft. Für das Aufbringen der Mittel zur Lösung der zivilen Aufgaben sieht der Bundesrat die Ausgleichssteuer vor!

Keine Begeisterung dafür auf der einen Seite. Heftig bekämpft, auf der andern Seite. Andere verlangen ihre weitere Ausdehnung. Es ist eine falsche Meinung, dass die Lösung der Deckungsfrage dorthin verwiesen wird, wo dem Staate die Mittel zur Lösung neuer Aufgaben geschaffen werden sollen, d. h. in die Finanzreform. Das ist ja ihr Ziel. Es ist nicht Schuldenmacherpolitik und ein Abwälzen der Lasten auf andere Generationen, wenn wir die Deckungsfrage dort zu lösen vorschlagen. Es ist doch keine Finanzpolitik des Staates, wenn wir für jede Vorlage immer eine neue Steuer ersinnen und erfinden müssen. Wenn die Deckungsfrage trotzdem gleichzeitig gelöst werden soll, dann ist es unsere Meinung, dass die brachliegenden Gelder in erster Linie dazu herangezogen werden sollen. Das war der Grund, weshalb wir von Anfang an die Mobilisierung eines Teiles des Abwertungsgewinnes zur Ueberwindung sozialer Not und zur Lösung grosser Aufgaben des Staates forderten. Wir haben von Anfang an verlangt, dass wir wenigstens für die Beschaffung lebenswichtiger Güter für unser Land die Mittel aus diesem Gewinne mobilisieren sollten. Schon das wäre ein Erfolg gewesen. Die Botschaft des Bundesrates fusst auf der unseligen alten orthodoxen Geld- und Goldtheorie. Wohin diese Theorie geführt hat in andern Staaten, wissen wir. Ein anderes Land hat dieses Experiment bis zum bittern Ende durchgekostet. Wo wir mit ihr landen, das kann ich mit ein paar Worten sagen: In der Nationalbank türmt sich das Gold, während immer weitere Kreise unseres Volkes verarmen.

Das ist der Erfolg Ihrer alten Geld- und Goldtheorie auch in unserem Lande.

Diese Erkenntnis hat sich auch in der Kommission immer mehr durchgesetzt. Mit 18 gegen 3 Stimmen hat sie beschlossen, einen Teil des Abwertungsgewinnes zur Lösung dieser Aufgaben zu mobilisieren. Ich muss sagen, dass diese Aufgeschlossenheit der Kommission in Klosters für uns etwas vom Erfreulichsten war. Und ausgerechnet in diesem Moment steht der Bundesrat auf und erklärt: Das wird für uns eine Prestigefrage. Der Bundesrat lässt sich nicht auf die Knie zwingen.

Der Bundesrat macht hier, wo es um die Goldmillionen der Nationalbank geht, eine Prestigefrage. Merkwürdig! Der gleiche Bundesrat lässt, wenn er von Rechtskreisen als Marxist und Demagoge verschrien wird, auf den ersten Pfiff sein Werk im Stiche. Warum gibt es hier für ihn keine Prestigefrage? Warum nur dort, wo es sich um die Hilfe für das arbeitende Volk handelt?

Der Bundesrat flüchtet sich hinter die Nationalbankleitung. Diese gibt vor, sie müsse ihre Fristen einhalten. Wir müssen Ihnen ganz offen gestehen: Eine so jämmerliche Begründung haben wir noch selten gehört. Wenn man dem Volke beweisen wollte, dass die demokratische Staatsform nicht mehr fähig sei, grosse Aufgaben zu lösen, dann müsste man es so machen, wie es hier geschehen ist. Das ist der allerbeste Anschauungsunterricht dafür, dem Volke zu beweisen, dass die Demokratie nicht mehr die Kraft hat, die grossen Aufgaben der Zeit zu lösen. Ich bedauere das tief.

Sachlich möchte ich dazu folgende Bemerkungen machen: Ich möchte fragen: Wer trägt die Verantwortung für die Verluste, die auf den Goldmillionen dann eintreten werden, wenn, wie in diesen Tagen, die Rohstoffpreise steigen, der Goldwert sinkt? Ein einziges Prozent Sinken des Goldwertes macht einen Verlust von 40 Millionen Fr. aus. Wer trägt die Verantwortung für diese Verluste? Ich glaube, die Nationalbankleitung und der Bundesrat könnten einst an eine sehr ernste Verantwortung erinnert werden.

Man sagt uns, der Abwertungsgewinn sei nötig zum Schutze der Währung. Das sei der Grund, weshalb man ihn nicht angreifen dürfe. In meinen Augen ist das heller Unsinn. Das können nur Leute sagen, die nichts gelernt haben aus dem, was am 26. September 1936 geschehen ist. Die Nationalbank kann bis unter das Dach hinauf mit Gold angefüllt sein, wenn die Wirtschaft zusammenkracht, wenn der Sturm von aussen kommt, wird es noch einmal so geschehen wie am 26. September 1936. Der Schutz unserer Währung besteht in etwas ganz anderem als in der unnötigen Anhäufung von Gold.

Warum wehrt sich denn die Nationalbank so gegen die Mobilisierung auch nur eines Teiles des Goldgewinnes? Die Nationalbank kämpft um die Anlagemöglichkeiten brachliegender Gelder: das ist der wahre Grund. Hinter der ganzen Opposition gegen die Verteilung des Abwertungsgewinnes steckt nichts anderes als das fanatische Bestreben, den Zinsfuss nicht sinken zu lassen. Und hier kapituliert der Bundesrat. Er lässt sich damit eine ungeheure Möglichkeit zerschlagen. In unsern Augen gibt es gerade hier nur ein Entweder — Oder. Es ist die Frage: Was ist wertvoller, die Arbeitskraft unseres Landes oder der Zins?

Niemand kann hier zweien Herren dienen. Es ist eine Ausrede, wenn man sagt, die Nationalbank müsse noch lange beraten, damit sie ihre Antwort erteilen könne. Es besteht eine nationalrätliche Kommission zur Begutachtung dieser Frage. Die Nationalbank hat an diese Kommission längst ihre Antwort erteilt. Wir kennen diese Antwort. Wir brauchen gar nicht erst noch darauf zu warten. Der Bundesrat dürfte hier nicht kapitulieren. Und wenn der Bundesrat kapituliert, dann dürfen wir,

die Vertreter des Volkes, es nicht tun. Wir müssen seine erste Vorlage wieder aufnehmen.

Es ist eine Frage staatspolitischen Ausmasses, die wir hier diskutieren. Es ist nicht nur die Zahl der Millionen, die hier in Frage kommt. Es ist nicht nur die direkte Wirkung, sondern es ist ganz besonders die indirekte Wirkung, es sind vor allem die psychologischen Rückwirkungen der Vorlage im Volke, über die wir uns so gefreut haben, auf die wir so grosse Hoffnungen gesetzt haben für unsere Wirtschaft. Weite Kreise haben wieder Hoffnung geschöpft.

Sobald man aber die Gesamtvorlage zerstückelt, nur tropfenweise dem Patienten, der kranken Wirtschaft die Medizin eingeben will, ist diese psychologische Wirkung dahin. Wenn Sie die Bedeutung dieser psychologischen Wirkung ermessen wollen, dann mache ich Sie noch einmal auf einen Satz aus der Eingabe der Regierung des Kantons St. Gallen vom 5. Mai 1938 aufmerksam: „Diese wirtschaftliche Depression hat ihre grossen staatspolitischen Gefahren. Die Bevölkerung verliert den Glauben an jede Besserung und beginnt, an Staat und Staatsform zu zweifeln." Das waren keine Demagogen und junge Hetzer, die diese Eingabe verfasst haben. Sie ist unterzeichnet von unserem ehrwürdigen Kollegen, dem Landammann von St. Gallen, Herrn Grünenfelder. Hoffentlich steht er noch heute dazu. (**Grünenfelder:** Nicht zu Ihrer Auslegung.) Es gibt nur eine Auslegung dieser Worte. Alles andere ist gekniffen, Herr Landammann.

Das ist hier die letzte Frage: Wollen wir vor dem Zins kapitulieren? Das dürfen wir nicht tun. Man macht uns auf den ausserordentlichen aussenpolitischen Ernst der Lage auch unseres Landes aufmerksam. Wir verwahren uns dagegen, wir protestieren dagegen, dass man versucht, mit diesen aussenpolitischen Gefahren unsoziale Dinge in unserem Lande zu konservieren, wie das heute in der „Neuen Zürcher Zeitung" geschieht.

Aus all diesen Gründen beantragen wir, nicht auf das Flickwerk Nr. 2 einzutreten, sondern auf die grosse Vorlage des Bundesrates vom 7. Juni 1938.

M. **Graber:** Il me paraît indispensable de rappeler tout d'abord un fait qui est d'une certaine importance au cours de ces débats et que pourtant on oublie: c'est que le point de départ du problème que nous examinons aujourd'hui est une initiative populaire, initiative qui a réuni, il y a 10 mois, quelque 290 000 signatures, initiative qui doit être soumise au peuple et qui demande la présentation d'un programme de travaux de l'ordre de 300 millions, avec la couverture financière correspondante.

Ce point de départ, dis-je, je crois bien qu'on l'oublie. En effet, que nous demande-t-on, à nous? On nous demande de renoncer à cette initiative en faveur du programme de travaux... et nous sommes prêts, en effet, à y renoncer si l'on nous offre une compensation suffisante à cette retraite que nous opérerions ainsi. Mais que l'on n'oublie pas l'importance et la portée considérable du geste que l'on attend ainsi de notre part!

Cette initiative était pour nous d'une importance capitale. Je ne voudrais rien exagérer; mais à notre sens, au milieu de toutes les mesures qui ont été prises dans notre pays et dont nous discutons en ce moment, c'est cette initiative qui représente l'essentiel. Ceux qui ont eu le douloureux privilège de vivre pendant 7 années au cœur des régions et parmi des populations frappées par le chômage, comme celles que nous connaissons, ceux-là peuvent mesurer toute l'importance d'une pareille initiative, car ils savent combien le chômage est destructeur et corrosif, autant au point de vue physique qu'au point de vue moral, combien il est néfaste pour le corps comme pour l'âme. Contrairement à ce que la malice de nos adversaires voudrait peut-être faire croire, nous ne sommes pas du tout partis avec cette initiative dans le dessein de nous tailler devant l'opinion publique un certain succès. Les temps que nous traversons sont, me semble-t-il, assez graves, graves à un tel point que ceux qui voudraient mettre de la malice ou de l'habileté dans leur attitude seraient indignes de faire de la politique dans un pays comme le nôtre. Non, nous y avons véritablement attaché une importance considérable et lorsqu'on nous demande de la retirer, au moins faut-il qu'on nous accorde en échange quelque chose qui soit rassurant.

Or, est-ce que l'attitude des autorités fédérales à l'égard de notre initiative est rassurante pour nous? M. le rapporteur de langue française, désireux sans doute de prouver qu'il est d'une culture très supérieure, a lancé contre nous des accusations où l'élégance le disputait à l'amabilité. Il a déclaré que nos critiques étaient absurdes, que nous étions des Cassandres intéressés — intéressés, Monsieur Rossi! — il a dit que nous étions des brouilleurs de cartes... Je ne veux pas à ces aménités répondre par des amabilités du même genre. Je dis simplement que nous avons des raisons d'éprouver certaines craintes. En effet, cette initiative, lancée au printemps de 1937, a été soumise au Parlement au printemps de 1938 seulement, avec un préavis du Conseil fédéral demandant le rejet et ne présentant même pas un contre-projet.

Vous vous souvenez des débats qui ont eu lieu ici même; vous savez comment au dernier moment, à la dernière minute, on a demandé que cette affaire fût renvoyée une fois encore au Conseil fédéral. Cela devait évidemment nous procurer déjà beaucoup de tranquillité quant aux intentions du Conseil fédéral... Ensuite, celui-ci a présenté un projet, un grand projet... A Klosters, j'ai déjà dit à M. le conseiller fédéral Obrecht que je n'entendais pas chercher à diminuer le plaisir qu'il pouvait éprouver à proclamer: «J'ai présenté un très grand projet». Mais qu'il me soit permis de faire certaines réserves, d'autant plus que je vois déferler à l'adresse du Conseil fédéral un flot de louanges qui me paraît quelque peu disproportionné. Hé oui, Monsieur Obrecht, vous avez présenté un projet, un projet de 425 millions. Sur ces 425 millions figurent toutefois 225 millions consacrés à des travaux militaires et alors je pose la question: Ce projet de travaux intéressant la défense nationale, l'avez-vous présenté parce qu'il y avait une initiative réclamant l'organisation de travaux de chômage ou bien tout simplement parce que certains tra-

vaux militaires devaient être exécutés coûte que coûte et que vous les auriez évidemment fait faire quand même, avec ou sans l'initiative?

Si des raisons militaires impérieuses exigeaient l'exécution de travaux militaires représentant une dépense de 225 millions, que l'on ne vienne pas alors chanter les louanges du chef du Département de l'économie publique d'avoir présenté ce projet. Je le comprends d'autant moins que ces travaux, encore une fois, étaient indispensables (on a même critiqué l'insuffisance de ce programme, jugé insuffisant par certains, non pas du point de vue de la création d'occasions de travail, mais en se plaçant sous l'angle de la seule défense nationale). Je ne conteste pas sa valeur. Je ne conteste même pas que l'exécution des dits travaux militaires va contribuer à atténuer le chômage, ce serait ridicule de ma part; je dis simplement que ceux qui tressent des couronnes au Conseil fédéral parce qu'il apporte d'un coup un programme de 425 millions, devraient en bonne logique réduire de moitié et dire: Pardon! l'effort n'a pas été si considérable; l'état-major avait, lui, depuis longtemps dans ses cartons un projet de renforcement de la défense nationale Ceci mis au point, je n'entends pas chicaner là-dessus: j'admets que nous sommes en présence d'un projet, d'un grand projet.

Mais il y a autre chose: on a insinué et dit que nous serions des brouilleurs de cartes et M. Gisler a allégué qu'il fallait ici, à l'occasion de ce programme financier, que chacun fît sa part.

C'est pourquoi aujourd'hui je tiens à rappeler et préciser ce qui s'est passé au sein de la conférence interpartis du 10 août. Que nous a-t-on demandé dans cette circonstance? On nous a demandé, à nous, de soutenir pendant trois ans encore la prolongation du programme financier III que nous avions combattu. Pouvions-nous donner de notre extrême bonne volonté une preuve plus éloquente, plus éclatante en consentant à appuyer ce programme contre lequel nous nous étions insurgés et avec raison puisqu'il créait ou aggravait des impôts indirects frappant douloureusement, cruellement les masses ouvrières; nous l'avons combattu parce que c'était un programme de déflation, contraire à tous les intérêts de la classe ouvrière. Et puis, le 10 août, ce programme contre lequel nous nous étions élevés, on nous demande soudainement si nous serions disposés à le défendre, à le défendre même pas seulement ici au Parlement, ce serait relativement facile, mais dans une votation populaire, devant le peuple. Oui, voilà ce qu'on attendait de nous, socialistes. Ceux qui prétendent que nous n'avons rien fait, que nous ne faisons rien pour chercher un terrain d'entente, se méprennent me semble-t-il, singulièrement sur l'importance des sacrifices que nous consentons. Il n'est pas, que je sache, un parti politique qui accepterait un renoncement pareil. Y a-t-il un parti auquel nous demanderions quelque chose de semblable? A nous, vous nous l'avez demandé, nous nous sommes déclarés prêts à y consentir; que l'on ne vienne donc pas dire que nous ne sommes pas de ceux qui apprécient sainement la nécessité de consentir de lourds sacrifices, étant donné la gravité des temps!

Il est vrai qu'alors nous avons demandé pour notre part que l'on hâtât la liquidation du problème des travaux de chômage. On nous a fait certaines promesses; à Klosters, lorsque nous avons examiné ce programme, nous avons constaté qu'une partie des travaux prévus étaient insuffisamment préparés; que d'aucuns qui constituaient des pièces de résistance demanderaient encore une période d'étude avant de pouvoir être entrepris, ce qui veut dire que tout cela nous renvoyait on ne sait à quel moment pour la résorption du chômage. Il fallut de nouveau que nous insistions sur l'importance qu'il y avait à résorber le chômage en Suisse. Les événements de ces jours, qui hantent nos esprits et créent une atmosphère nouvelle en Europe, sont venus encore nous apporter de nouvelles préoccupations sur ce point. Une chose apparaît désormais: c'est que nous assistons à la fin de l'indépendance des petites nations en Europe. Les grandes nations armées disposent selon leurs intérêts et leur gré de nos territoires et de nos populations! Il n'est plus une petite nation qui ose prétendre être sûre de la sécurité de son indépendance. Au moins faut-il que nous, à l'intérieur, nous sachions agir de telle façon qu'il y ait chez nous une ferveur plus grande en faveur du pays et lorsque nous demandons que l'on résorbe le chômage, c'est que nous voudrions que les démocraties puissent donner la preuve que, elles aussi, sont capables sans d'éternels ajournements, d'apporter devant le peuple des programmes qui tendent à résorber cette plaie, des programmes suffisants et qui se présentent assez rapidement pour qu'on puisse donner une sorte d'assurance à ceux qui sont aujourd'hui frappés par l'insécurité des temps.

Remarquez combien ces ajournements successifs diminuent la confiance. M. Gysler disait à propos de la couverture financière que nous demandons de séparer de l'autre question, que nous voulons rejeter sur les générations prochaines le poids des dépenses que nous faisons aujourd'hui. Rien de semblable dans nos intentions. Nous n'avons pas demandé que l'on couvre la dépense des travaux de chômage par des emprunts que paieraient les futures générations. Nous avons offert un moyen de couvrir cette dépense: l'appel aux bénéfices de la dévaluation. On le critique. Soit! Il y a peut-être sur ce point certains côtés faibles. Il en est d'autres qui ont cependant leur valeur. Nous admettons qu'on le critique, mais nous précisons que nous n'avons jamais fait appel à l'emprunt. Nous disons simplement que pour assurer la couverture des dépenses de travaux de chômage, il y a toutes les mesures d'ordre financier que nous prenons à telles enseignes que notre revendication la plus pratique dans ce domaine, c'est que ces deux projets soient votés en même temps. Pourquoi demandons-nous que ces projets soient ainsi votés simultanément? Je répète que devant la classe ouvrière, il sera très difficile, beaucoup plus difficile que vous ne l'imaginez, d'obtenir un vote favorable aussi bien sur le programme financier transitoire que sur le programme financier définitif que vous présenterez dans trois ans. Ce sera une des difficultés les plus grandes que nous aurons rencontrées dans le pays au cours de bien des années. Nous savons que pour favoriser l'acceptation du programme financier, il faudrait qu'au même moment on donnât au monde du travail,

l'assurance qu'un grand programme de travaux de chômage est là et qu'il se réalisera. C'est l'un qui sauvera l'autre. Tout cela, on le conteste encore; mais je regrette toute cette atmosphère de suspicion qui fait qu'on travaille dans une ambiance de méfiance. On peut bien n'être pas d'accord mais au moins qu'on se débarrasse des suspicions, qu'on se débarrasse de cette idée que tout ce que nous demandons, nous le demandons par des manœuvres pour torpiller le Gouvernement. Je pense qu'aujourd'hui il faut bien que tous nous nous rendions compte de l'importance pour le pays tout entier de ce programme et c'est parce qu'il n'a de valeur que dans sa forme globale que nous demandons de nous prononcer sur le programme global et non seulement sur une fraction de ce programme.

Ah! je sais bien! On nous dit: On vous promet que le reste viendra rapidement. Nous avons déjà entendu ici beaucoup de promesses. Sans remonter à la promesse Comtesse, qui commence à devenir quelque peu caduque, je rappellerai qu'il y a des promesses plus récentes. Vous vous souvenez que le Conseil fédéral nous avait promis, lorsque nous discutions le programme financier, qu'après un an, il nous présenterait un programme définitif. Vous vous rappelez comment on nous a promis un programme de travaux de chômage qui viendrait rapidement et qui pourrait être discuté de même. Je dis que nous n'avons plus une confiance absolue dans ces promesses. Ne sommes-nous pas justifiés lorsque nous montrons notre inquiétude, lorsque nous disons que bien mieux que des promesses, nous préférerions que le Parlement lui-même se prononçât sur l'ensemble de ce programme. La couverture financière, je le répète, peut d'autant plus facilement en être séparée dans le programme lui-même qu'elle peut être intégrée dans le programme financier que nous avons à discuter et à accepter et qui peut être présenté au peuple le même jour. Il y a, malgré tout, de la cohérence dans notre proposition. Il n'y a pas du tout cette division et cette opposition dont on a fait étalage ici.

Pouvons-nous, dans des moments aussi critiques que ceux que nous traversons, faire appel à un esprit de bienveillance, de bonne volonté pour la solution et la réalisation de ce problème? Hélas! j'en doute. Malgré les lourds sacrifices que nous avons faits le 10 août pour chercher à créer une entente entre les partis, nous avons le sentiment très net que le danger que vous aviez senti à vos portes lors de l'Anschluss autrichien, ce danger s'étant pour vous quelque peu dissipé, déjà vous oubliez la nécessité qu'il y aurait dans le pays à créer cette entente et déjà vous organisez les choses comme si vous vouliez diriger le pays sans la classe et sans les forces ouvrières Il est bien évident que vous pouvez le faire. Vous avez une majorité. Mais vous ne pouvez pas le faire sainement et je vous mets au défi, le jour où vous aurez provoqué, par une politique d'atermoiements, par une politique négative chaque fois que nous présentons quelque chose, le jour où vous aurez provoqué cette rupture, je vous mets au défi devant le peuple de faire adopter quelque programme financier que ce soit. Quand on en est là, on tient compte de ces faits. Certains pays qui ne sont pas très éloignés du nôtre ont donné la tragique preuve de ce qui arrive lorsqu'un gouvernement s'est coupé de la masse ouvrière. Si le gouvernement Schuschnigg avait pu tenir avec la classe ouvrière autrichienne, peut-être n'aurions-nous pas assisté à ce que nous avons vu. Ce n'est pas en vain que dans une démocratie comme la nôtre, les partis politiques majoritaires, le Gouvernement, peuvent essayer de vouloir diriger la politique sans la classe ouvrière. Ah! si celle-ci, par démagogie, voulait se montrer intraitable et proposait des conditions inacceptables, je comprendrais qu'on lui résistât mais ici, vous devrez pourtant nous accorder ce témoignage que dès le 10 août et dans toutes nos rencontres, nous avons apporté des propositions qui n'étaient pas démagogiques ni excessives, mais des solutions réalisables et acceptables. C'est parce qu'elles le sont que je voudrais vous voir préoccupés davantage des propositions qui viennent de notre côté et leur accorder une attention plus bienveillante, car tout l'avenir du pays en dépend.

Scherer-Basel: Entschuldigen Sie, wenn ich das Wort ergreife, ohne gleichzeitig einen Antrag über Erhöhung eines der Posten um einige Millionen austeilen zu lassen. Ich mache dem ganzen System der Arbeitsbeschaffung gegenüber, wie es in der Vorlage des Bundesrates wiederum zum Ausdruck kommt, meine Reserven. Ich bin persönlich durch das, was ich gesehen habe, davon überzeugt, dass die Wirksamkeit dieser vielen Millionen für Arbeitsbeschaffung überschätzt wird; ich habe den Eindruck, dass der Erfolg, der mit dieser Arbeitsbeschaffung erreicht wird, in einem ungünstigen Verhältnis steht zu den Summen, die aufgewendet werden. Aber ich möchte der Sache kein Hindernis in den Weg legen. Ich möchte den Bundesrat nur um eines bitten: Er soll wenigstens dafür sorgen, dass es sich wirklich um Arbeitsbeschaffung handelt, d. h. um die Unterstützung von Arbeiten, die sonst nicht zur Ausführung gelangen würden. Es handelt sich immer noch um die Durchführung des Beschlusses über Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung vom 23. September 1936. Da ist der Grundsatz aufgestellt worden, dass die Bundesmittel aufgewendet werden sollen zur Unterstützung von Arbeiten, die ohne diese öffentlichen Mittel nicht zur Ausführung kämen. Wenn man einzelne Fälle sieht — ich will keine Beispiele nennen; exempla sunt odiosa — so muss man sich fragen, ob dieser Grundsatz immer beobachtet worden ist. Sind nicht Arbeiten ausgeführt worden, da und dort im Lande, die auch ausgeführt worden wären, wenn der Bund die Unterstützung aus den Arbeitsbeschaffungskrediten nicht gegeben hätte? Ich kenne solche Fälle und fürchte, dass aus den neuen Krediten, die nun beschlossen werden sollen, Kantone und Gemeinden Subventionen erhalten an Arbeiten, die sie auch ausführen würden, wenn sie die Subventionen nicht erhielten. Das meine Vorbehalte.

Erlauben Sie mir noch, den Gedanken der Verstärkung der Landesverteidigung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der im Titel der Vorlage zum Ausdruck kommt, von einer andern Seite zu beleuchten. Meines Erachtens besteht die

Möglichkeit, diese beiden Ziele: Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, noch durch andere Massnahmen zu erreichen. Wir geben viele Millionen, Hunderte von Millionen aus für die technische und materielle Landesverteidigung, wir haben insbesondere Verteidigungsanlagen an allen Grenzen unseres Landes errichtet, und wenn man sie besucht, erhält man den Eindruck, es sei hier etwas geschaffen worden, was uns im Ernstfall nützliche Dienste leisten könnte. Ich selber hatte dabei immer nur eine Sorge. Diese Anlagen sind gut und klug angelegt und erstellt, sie erwecken Vertrauen, sind richtig armiert. Aber ich habe mir immer gesagt: Beim System des überfallmässigen Krieges, das heute gelehrt wird, besteht die Gefahr, dass die militärischen Anlagen, die wir besitzen, im Moment des plötzlichen Ueberfalls nicht die genügende Besatzung haben, die vorhanden sein sollte, um sie wirksam auszunützen. Nach meiner Meinung stehen nicht genügend militärische Kräfte an der Grenze, um unsere Anlagen sofort voll wirksam werden zu lassen. Wir besitzen die wenigen freiwilligen Grenzschutzkompagnien. Wir wissen alle, dass diese Kompagnien nicht kriegsstark sind und ich habe die Sorge, dass diese Grenzschutzkompagnien in ihren jetzigen Beständen nicht ausreichen, um bei einem plötzlichen Ueberfall die militärischen Anlagen, die wir besitzen, festzuhalten und wirksam zu verteidigen. Die Frage ist: Kann der Gedanke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht verknüpft werden mit diesem Bedürfnis nach einem stärkeren Bestand von militärischen Kräften, die präsent sind und jeden Moment eingesetzt werden können? Ich denke mir das nicht für alle Zukunft, aber vielleicht für die nächsten 2—3 Jahre, bis die Welt vielleicht wieder vernünftiger wird und die militärischen Dinge nicht mehr die entscheidende Rolle mehr spielen werden. Aber heute darf man die militärischen Dinge nicht ausser acht lassen. Man sollte dafür sorgen, dass die soliden Werke, die wir an der Grenze errichten, bei einem Ueberfall auch genügend verteidigt werden können. Ich möchte also den Bundesrat fragen und um Auskunft bitten — ich reiche keine Motion ein und stelle kein Postulat, man kann den Bundesrat ja auch einmal etwas fragen, ohne den Weg über das Postulat zu nehmen —, ob es nicht möglich wäre, militärisch ausgebildete ledige Arbeitslose aufzubieten — sie nicht etwa nur freiwillig zum Dienst zu veranlassen — und in Einheiten zusammenzufassen, um sie jederzeit an unserer Grenze disponibel zu haben. Sie hätten einen anständigen Sold zu bekommen, wie sie heute bereits eine anständige Unterstützung erhalten. Ich kann mir denken, dass die Mehrauslagen für den Bund nicht sehr gross sein werden, aber ich halte es für verkehrt, dass wir in diesen kritischen Zeiten an der Grenze nur wenige Leute haben, während in unsern Städten und Städtchen Arbeitslose, die militärisch ausgebildet sind und für uns nützlich sein können, spazieren gehen müssen. Ich wollte mir erlauben, diese Frage an den Bundesrat zu richten und bitte um Antwort.

M. **Picot:** Je suis frappé d'une chose: c'est du contraste évident qui règne aujourd'hui entre la situation tragique dans laquelle se trouve l'Europe, les difficultés financières de toutes sortes de notre économie et l'optimisme de la plupart des députés qui viennent de prendre la parole.

M. Wetter, qui pourtant donnait si souvent des conseils de prudence, comme M. Scherer, qui a commencé son discours en disant qu'il lui paraissait difficile qu'on luttât vraiment contre le chômage par ce projet, ces hommes de sagesse se révèlent très optimistes en présence de la possibilité de trouver, en plus des 200 millions nécessaires à la défense nationale, encore 200 autres millions pour des travaux civils.

Je m'excuse d'être le premier à parler une autre langue, mais j'ai le sentiment qu'avec les projets de juin et de septembre qui nous sont soumis, nous nous engageons sur une mauvaise voie au point de vue financier, une mauvaise voie — et ceci est encore plus important — dans la lutte contre le chômage. Il est certain que les crédits qui sont demandés aujourd'hui par le dernier message ne sont pas des crédits critiquables, mais ils font partie de l'ensemble du plan. Et l'on peut concevoir qu'en votant les 70 millions on donne déjà son adhésion aux 400 millions.

Lorsqu'on a lancé, le 7 juin, ce grand projet financier, on a quelque peu oublié la situation générale des finances de la Confédération. Notre dette consolidée fédérale est de 2236 millions; notre dette flottante de 356 millions; notre compte passif de 1300 millions pour la Confédération, sans compter les déficits des caisses de retraite et le compte passif des C.F.F., sans compter les déficits annuels des cantons qui, ces trois dernières années, ont été au total de 50 millions, 27 millions et 34 millions. On n'a pas pensé au flot montant des dépenses fédérales qui, de 1924 à 1938, ont passé de l'ordre de grandeur de 300 millions à 500 millions. Et l'on n'a pas pensé non plus à nos charges militaires, à la nécessité absolue de conserver des réserves, des forces fraîches qui pourront être utilisées en cas de nécessité. Les semaines que nous venons de vivre, la journée même que nous vivons sont assez éloquentes pour montrer que ce ne sont pas maintenant des dépenses d'ordre secondaire qui doivent être votées au mépris des finances fédérales. Il faut avant tout conserver nos forces pour toutes les éventualités qui peuvent se présenter.

Il me semble aussi qu'au cours de ce projet on n'a pas envisagé la charge fiscale qui repose déjà sur l'ensemble du peuple suisse. On parlait, il y a un ou deux ans, lorsque l'on discutait des plans financiers, d'une charge fiscale de 900 millions. Ce chiffre est maintenant dépassé et atteint, pour cette année, plus d'un milliard. Cette situation financière extrêmement lourde est cause de chômage. Elle a des répercussions de tout genre dans chaque budget, dans chaque ménage touché par la fiscalité; elle est un élément de création de nouveau chômage. Je ne vous donnerai qu'un exemple. Si vous aviez une fiscalité moins lourde, combien d'horticulteurs trouveraient du travail, combien de garagistes trouveraient du travail, combien de constructeurs, d'architectes aussi, parce que l'on constituerait dans chaque famille de nouveaux capitaux, de la nouvelle épargne et que cette épargne

se dépenserait pour procurer du travail à ces divers métiers.

Avec des projets qui marchent par centaines de millions, on va dans un sens absolument contraire à ce qui est le bon sens même, c'est-à-dire laisser à l'économie privée des ressources suffisantes pour faire travailler la classe ouvrière. Je crois que c'est une grave imprudence de se lancer, dans un but politique — car le but politique, on ne le dissimule pas, c'est de faire pièce à l'initiative socialiste — de se lancer à la poursuite des socialistes pour arriver finalement au même résultat qu'eux, c'est-à-dire à des coups terribles portés à notre édifice financier.

A Klosters, il y a eu unanimité à droite et à gauche, une unanimité réjouissante pour voter les dépenses militaires. Par contre, il y a eu de fortes réserves faites, sur lesquelles MM. les rapporteurs n'ont pas insisté, à l'égard des 200 millions de travaux civils.

Il faut regretter que la commission n'ait pas accepté la proposition que j'avais faite et qui avait été soutenue par mon collègue, M. Berthoud, de disjoindre ces deux matières. Si on veut être loyal, il faut se présenter devant le peuple avec une question relative aux crédits militaires et une question relative aux crédits civils. Il ne faut pas mettre les patriotes dans cette situation tout à fait fausse qu'ils seraient obligés d'accepter les crédits civils parce qu'ils ne voudraient pas voter contre les crédits militaires. Il me semble qu'un gouvernement doit, loyalement, nettement, poser deux questions séparées et non pas une seule. Je me réserve de revenir sur ce sujet lorsque nous discuterons l'ensemble du projet.

Plusieurs orateurs ont déjà remarqué combien la couverture de ce projet est incertaine. L'impôt sur le chiffre d'affaires des grands magasins n'a pas résisté à un examen approfondi de la commission. Je n'insiste pas. Vous savez que le chiffre de cet impôt dépasse, dans beaucoup de cas, le revenu des contribuables. J'ai pu examiner les chiffres de certains grands magasins de Genève, certaines entreprises à succursales multiples, et j'ai pu me rendre compte que ces entreprises qui travaillent sur des chiffres considérables, n'arrivent pas à réaliser un bénéfice représentant le 5 % du revenu. Songez, par exemple, aux entreprises de journaux. Sur des journaux qui se vendent 10 ou 15 centimes, ou des revues qui se vendent 30 centimes, l'entreprise ne réalise jamais un bénéfice de 5 %. Il est beaucoup plus faible. Or, on n'a jamais vu le fisc vouloir prendre davantage que ce qui est un bénéfice.

Le canton de Zurich a donné des chiffres à cet égard. Il a démontré que, à lui seul, le canton de Zurich, paierait environ 9 millions d'impôts sur le chiffre d'affaires, soit le double de ce que les grands magasins paient au fisc communal et cantonal. Il s'agit donc de chiffres exorbitants, qui ne sont pas dans la mesure de ce que les impôts fédéraux doivent être, à côté des impôts communaux et cantonaux.

Cet impôt drainerait l'argent dans les régions où le chômage est le plus fort. En effet, où est-ce que le chômage est le plus important? A Bâle, à Zurich, à Genève, à Saint-Gall. Or, c'est précisément là que se trouvent les grands magasins.

L'impôt sur les grands magasins augmentera le coût de la vie. Il fera diminuer le pouvoir d'achat de la population, dans toutes ces villes, afin de pouvoir payer des chômeurs dans les régions qui ne sont pas les plus menacées. Enfin, cet impôt est injuste, puisqu'on cherche à faire supporter, dans quelques cantons, à 6, 7 ou 8 contribuables seulement, les charges formidables de la lutte contre le chômage. Je ne crois pas que, dans l'histoire fiscale de la Suisse, on ait jamais introduit un impôt aussi peu étudié.

Evidemment, l'idée de cet impôt a cédé à d'autres préoccupations. A Klosters, nous avons assisté à ce spectacle étonnant de voir M. le conseiller national Meyer, un des chefs du parti radical lucernois, proposer au Conseil fédéral de reprendre la question du prélèvement sur le bénéfice de la dévaluation. Or, c'est là un point sur lequel le Conseil fédéral, depuis quelques années, s'est tenu à une ligne de conduite très ferme. Il a dit, avec la Banque nationale: «Le bénéfice de la dévaluation résulte d'une opération comptable, il n'est pas encore acquis; il y a des capitaux qui, en certaines circonstances, peuvent nous être absolument nécessaires; nous ne devons pas commettre l'erreur de les entamer; nous ne devons pas imiter la Belgique qui, elle, ayant touché aux bénéfices de sa dévaluation, le regrette aujourd'hui et est obligée de constater qu'elle n'a pas réussi à résorber le chômage plus que la Suisse. Gardons-nous donc de cette erreur». Et c'est un chef du parti radical qui vient maintenant demander au Conseil fédéral, en majorité radical, de revenir sur cette ferme résolution! Pour ma part, je crois que la Banque nationale a eu infiniment raison de résister jusqu'à présent à cette suggestion. Elle doit tenir demain une nouvelle assemblée; j'espère qu'elle décidera de rester sur ce terrain de la résistance car, dans la situation où nous nous trouvons, au milieu de l'Europe en armes et alarmée, il ne faut pas commettre l'erreur de puiser dans des réserves importantes pour des fins et des buts temporaires. Nous devons conserver ces capitaux en prévision de quelque suprême nécessité. Sans doute, toutes les considérations financières, toutes, devraient céder le pas si nous avions véritablement le sentiment, la conviction que la lutte contre le chômage pourrait se terminer par une complète victoire. Il est certain, en effet, que ce résultat vaudrait et justifierait les plus grands sacrifices financiers. Mais, Messieurs les députés, vous l'avez reconnu dans des conversations particulières, et Messieurs les Conseillers fédéraux en conviennent eux-mêmes: un certain scepticisme est permis à cet égard.

Je le disais il y a un instant: où le chômage sévit-il avec une particulière intensité? Il est surtout à Bâle, il est à Zurich, il est à Genève, il est à St-Gall. Eh bien, je vous le demande, est-ce que vraiment les chantiers de Taverna, de Flüelen, du Brünig, du Kistenpass, pourraient occuper de nombreux chômeurs zurichois ou bâlois? Vous ne le croyez pas vous-mêmes. Vous savez bien et nous le savons également, nous autres conseillers d'Etat, que le transfert de chômeurs d'un canton dans un autre est toujours quelque chose d'extrêmement

difficile. Cela réussit pour quelques célibataires, mais nous ne pouvons pas placer dans des baraquements des pères de famille avec leur femme et leurs enfants. Cela se peut là où règnent des gouvernements dictatoriaux qui transforment le pays en caserne, mais on ne peut pas le faire dans la libre Suisse. Dès lors, ces chantiers attireront les chômeurs ou les demi-chômeurs des régions avoisinantes, mais ne permettront pas de fournir du travail à la main-d'œuvre sans emploi dans les véritables centres de chômage.

Et la Suisse romande? Dites-moi, je vous prie, où, dans ces grands travaux de chemins de fer, de routes, etc., se trouve la part octroyée à la Suisse romande? La question a déjà été évoquée ici plus d'une fois et je n'insiste pas. M. le conseiller fédéral Obrecht nous répond: «Il y a les subventions pour le bâtiment, 35 millions sont présentés aujourd'hui sur le plan de 90 millions ...» J'ai la plus grande expérience de ces subventions cantonales de chômage. Il en faut, il en faudra peut-être l'année prochaine et c'est pourquoi nous ne ferons pas absolument opposition au crédit inscrit dans le budget de 1939, mais nous estimons que c'est une grave imprudence que de vouloir en introduire d'ores et déjà pour les années 1940 et 1941. L'industrie du bâtiment connaît une grande pléthore de main-d'œuvre. Elle construit dans les grandes villes des maisons superflues, ainsi à Genève où l'on compte 6000 appartements vides. Dans ces conditions, est-il indiqué de lui injecter un excitant pour le faire travailler avec plus d'intensité encore? Je ne le crois pas. J'estime qu'il faut établir un plan de démobilisation, de retour des travailleurs à la terre, de façon à permettre un assainissement de l'industrie du bâtiment, mais non pas favoriser encore l'encombrement du marché du travail dans cette profession. Les subventions octroyées aux cantons pour des travaux du bâtiment ont certainement été utiles, mais j'ai la conviction qu'il n'y a pas lieu de les continuer pendant de longues années. Nous avons fait cette expérience aussi: nombre de propriétaires qui se proposaient de refaire les façades de leurs immeubles ou d'y accomplir d'autres travaux privés, ont été fort étonnés de recevoir dans ces circonstances une subvention fédérale, dont ils ignoraient en effet l'existence. Ils avaient commandé les travaux à leurs architectes et c'est ceux-ci qui, connaissant les lois mieux qu'eux, cela va de soi apportèrent un formulaire au Département des travaux publics cantonal, puis à la centrale des possibilités de travail et ces braves gens qui voulaient faire 10.000 francs de travaux, ont appris tout à coup que la Confédération leur avait fait un cadeau de 2000 francs. Est-il nécessaire de dépenser ainsi l'argent de la Caisse fédérale pour des contribuables aisés qui, de toutes façons, auraient dépensé leur argent?

Dans ces conditions, le plan général des 40 millions est erroné. Nous ne disons pas qu'il n'y a pas lieu de faire certaines étapes de travaux pour le chômage, mais non pas à ce rythme-là et avec cette ampleur.

Le 21 août 1938, la veille du jour où se réunissait la commission à Klosters, M. Daladier, président du conseil des ministres français, a prononcé un grand discours. La politique française — a-t-il dit — doit changer d'orientation; il faut reviser la ligne de conduite suivie depuis les célèbres élections de 1936. Il faut alléger les charges fiscales, enrayer la hausse des prix, restaurer la marge bénéficiaire et la stabilité des prix de revient. Dans ce discours mémorable, qui a eu le plus grand retentissement partout, le président du Conseil français a reconnu implicitement que la politique de grands travaux qui avait été instituée par le Gouvernement de 1936, avait fait fausse route.

Le projet des 400 millions et son enfant, celui des 70 millions n'allègent pas les charges fiscales, ils n'enraient pas la hausse des prix puisqu'au contraire ils pousseront tous les magasins à hausser leurs prix; ils ne restaurent pas la marge bénéficiaire puisqu'ils la mangent et n'amènent pas une stabilisation des prix de revient. Cette leçon donnée par le président du Conseil français, un des chefs du front populaire, nos collègues socialistes doivent l'écouter. Tout le pays doit l'entendre, car elle indique que ce n'est pas dans une politique de grandes dépenses que nous trouverons le salut contre le chômage.

Aujourd'hui, nous ne sommes que devant un projet partiel de 70 millions. C'est par là qu'on aurait dû commencer ou plutôt, on aurait dû en rester au principe proclamé par le Conseil fédéral le 28 mars indiquant qu'une exagération de la politique de grands travaux était une exagération inutile. Et l'on aurait dû se contenter de nous présenter des crédits comme ceux d'aujourd'hui. Il est normal qu'on nous demande 15 millions pour la continuation des travaux de l'armée; il est non moins normal qu'on nous demande 10 millions pour des approvisionnements dans une heure aussi critique que celle d'aujourd'hui. On peut admettre encore une trentaine de millions de subventions cantonales au budget de 1939. Mais arrêtons-nous là et nous qui sommes contre le projet des 400 millions, nous déclarons ici d'une façon tout à fait nette que si nous donnons notre appui, crédit par crédit, à ces différentes dépenses, nous sommes obligés de faire les plus expresses réserves pour le reste du plan.

Je voudrais encore ajouter un mot. On a réédité ici, ce matin, le célèbre slogan autrichien qui consiste à dire: Si vous n'arrivez pas à supprimer le chômage, vous aurez le sort de l'Autriche. J'aimerais vraiment qu'on renonce à nous sortir ce bateau-là. Il y a 20, 30 pays qui ont du chômage et ces pays ne se sont pas tous crus obligés de se jeter dans les bras de l'Allemagne. L'Autriche est tombée pour bien d'autres causes que pour le chômage. Je reprendrai ici les chiffres qui ont été donnés le 28 mars par M. le conseiller fédéral Obrecht: l'Angleterre a 3,2% de chômeurs, les Etats-Unis 4%, la Hollande 5,5%. Nous, nous sommes restés autour de 3%. Ce n'est pas parce que nous avons 3% de chômeurs et que nous voulons faire tout notre possible pour en diminuer le nombre, ce n'est pas à cause de ce chiffre de chômeurs que nous allons subir le sort malheureux de l'Autriche. Sans doute, quelques députés socialistes voulant réfuter mon discours diront: «M. Picot ne veut rien faire contre le chômage!» Je proteste d'avance contre cette affirmation. Nous avons soutenu ici le Conseil fédéral dans la politique in-

telligente qu'il a faite contre le chômage. Personnellement, comme président du Conseil d'Etat de Genève, je me suis occupé ces dernières semaines encore d'établir des chantiers de chômeurs avec mes collègues M. Pugin, du Département du travail et M. Casaï, du Département des travaux publics. Je sais quelles sont nos obligations vis-à-vis des chômeurs, mais tout cela doit être fait dans la limite des possibilités financières de la Confédération et non pas simplement dans un but politique avec des chiffres considérables pour lutter contre une initiative que l'on doit vaincre en révélant au peuple la vérité, c'est-à-dire le fait que la politique de grandes dépenses de la Confédération nous conduit à des difficultés financières insurmontables.

Vous voulez pendant 3 ans dépenser 400 millions. On ne peut pas vivre 10 ans à ce train-là. Tout le monde est d'accord avec moi sur ce point.

Qu'arrivera-t-il au bout de trois ans? Vous aurez les charges d'amortissement de ces 400 millions, vous aurez les charges d'intérêt des emprunts, vous aurez toutes ces difficultés et vous n'aurez plus l'excitation donnée au marché du travail d'une façon artificielle. Vous vous trouverez dans des difficultés que vous aurez doublées au lieu de les avoir réduites.

C'est, Messieurs les députés, un appel à la bonne tenue de nos finances, à la sagesse et à la modération, que j'adresse au Parlement.

Meierhans: Unser Herr Kommissionspräsident hat äusserst geschickt versucht, uns die Verwirklichung des grossen Programms in Aussicht zu stellen und damit auch zu erklären, wir könnten uns vorläufig mit diesem Teilstück begnügen, in der sichern Erwartung, dass das grosse Programm angenommen werde. Wir haben soeben eine Rede von Herrn Picot gehört, die solche Hoffnungen zertrümmert; eine Rede, die zeigt, was eigentlich beabsichtigt ist. Man will uns vorerst dazu bewegen, auf das grosse Programm zu verzichten, eventuell sogar in eine Trennung zwischen militärischer und ziviler Arbeitsbeschaffung einzuwilligen, um das zivile Arbeitsbeschaffungsprogramm, auf das wir wenigstens so viel Wert legen, wie Sie auf das andere, später zu erledigen. Es ist nicht so, wie gesagt worden ist, dass es sich heute schon um eine mutige Tat gehandelt hätte, sondern meines Erachtens lag bloss ein mutiges Versprechen vor, das nicht in die Tat umgesetzt worden ist, ein mutiges Versprechen, vor dem man dann, als es zur Erfüllung gebracht werden sollte, zurückschreckte. Man hat geglaubt, indem man die Finanzierung hineinnahm, sozusagen das Ei des Kolumbus auf die Spitze zu stellen. Aber es hat sich erwiesen, dass kein Ei des Kolumbus auf die Spitze gestellt wurde, sondern bloss eine ungenießbare Omelette entstand. Es hat sich erwiesen, dass gerade das, was wir immer behaupteten: wenn Ihr die Finanzierung hineinnehmt, schafft Ihr dem ganzen Plan Schwierigkeiten, erreicht Ihr es, dass das ganze Projekt in die Brüche geht — auf Wahrheit beruht. Man hat das lange nicht glauben wollen. Man hat uns erwidert, Ausgaben müssten ihre Deckung finden. Ich möchte daran erinnern, dass der Nationalrat den Versuch, einen solchen Grundsatz in ein Finanzprogramm hineinzunehmen, mehrheitlich abgelehnt hat. Ich möchte daran erinnern, dass der Nationalrat schon dutzende Male in der Vergangenheit gegen sein ehrliches Bestreben dazu gekommen ist, Ausgaben zu bewilligen, ohne dass irgendwelche Deckung vorhanden war. Ich fürchte, dass auch hier der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist.

Man sagt heute — es ist vor allem Herr Picot, der so redet — die Eidgenossenschaft befinde sich in einer derart schlimmen finanziellen Lage, dass irgendwelche höheren Ausgaben nicht mehr möglich seien. Demgegenüber möchte ich daran erinnern, dass heute noch die Eidgenossenschaft als eines der reichsten Länder Europas gilt, dass heute noch die Eidgenossenschaft in ihrer Finanzlage geradezu von allen andern Staaten, die um uns liegen, beneidet wird. Wenn wir jetzt am Mittag gelesen haben, dass gestern 12 Tonnen Gold in 8 Flugzeugen der englischen Fluggesellschaft nach Basel spediert wurden, soll man nicht kommen und sagen, wir hätten kein Geld, um irgendwie eine grosszügige Arbeitsbeschaffung durchzuführen. Ich weiss, dass diese 12 Tonnen Gold den Gegenwert jenes Goldes darstellen, das wir in den vergangenen Monaten nach Deutschland ausgeführt haben, und das wir nun durch eine Zession auf englisches Gold zurückerhalten. Ich will auf eine weitere Tatsache verweisen. Wenn ein Volk von 4 Millionen 50 bis 60 Milliarden Vermögen sein eigen nennt, wenn 18 Milliarden dieses Vermögens der bisherigen Besteuerung entzogen wurden — diese Tatsache ist nicht bestritten, die Behauptung ist auch nicht von uns aufgestellt worden, sondern von einem Finanzwissenschafter, der unserer Partei absolut nicht nahesteht — da soll man doch nicht kommen und sagen, die Besteuerung habe in der Schweiz ein solches Ausmass erreicht, dass es nicht mehr erhöht werden könne. Ich mache auf eine dritte Tatsache aufmerksam. In der Botschaft des Bundesrates zum Finanzprogramm ist seinerzeit eine Aufstellung erfolgt, in der die Steuerbelastung des Vermögensertrages in den verschiedenen Staaten aufgeführt ist und mit der Steuerbelastung in der Schweiz verglichen wird. Was hat sich ergeben? Es hat sich aus jenen vom Finanzdepartement aufgestellten Berechnungen ergeben, dass alle Staaten um uns und der weitaus grösste Teil aller europäischen Staaten eine Belastung des Vermögensertrages durch Steuern kennt, die weit über das hinausgeht, was wir in der Schweiz haben, ja sogar das Doppelte dessen erreicht, was in der Schweiz abgegeben werden muss. Man soll uns nicht als die ärmsten Leute im europäischen Armenhaus darstellen, sondern wir sollen erkennen, dass wir die Möglichkeit hätten, wirklich auch eine Arbeitsbeschaffung zu finanzieren.

Man sagt nun, ja die Deckung müsse in dieser Vorlage vorhanden sein. Man hat eine Konstruktion herausgefunden, dass die militärischen Ausgaben wohl verfassungsmässig zulässig seien, dass aber die zivilen Massnahmen und die zivilen Kredite verfassungsmässig nicht gedeckt werden können. Das stimmt nicht. Auch das zivile Arbeitsbeschaffungsprogramm ist absolut verfassungsmässig zulässig und ist schon durch die Bundesverfassung gewährleistet. Wir brauchten dazu eigentlich gar keine Abänderung der Verfassung.

Der Herr Präsident hat andeutungsweise auf unsern sogenannten Wohlfahrtsartikel, Art. 2 der Bundesverfassung hingewiesen, wo es heisst, dass der Bund zum Zweck habe die Wahrung der Rechte der Eidgenossen und die Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt. Eine solche Arbeitsbeschaffung ist sicher eine Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt. Aber dazu kommt ein anderes. Wir haben nicht nur diesen allgemeinen Art. 2, den sog. Wohlfahrtsartikel, sondern auch einen Art. 23, in dem es heisst: „Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Teiles derselben auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen." Das ist doch ganz klar zugeschnitten auf ein ziviles Arbeitsbeschaffungsprogramm, das ja nichts anderes als öffentliche Werke umfasst. Es wird niemand behaupten wollen, dass die Erstellung einer Passtrasse kein öffentliches Werk sei, wenn sie durch die Eidgenossenschaft ausgeführt wird. Das gleiche gilt von der Doppelspur Brunnen–Flüelen. Wir sagen, diese verfassungsmässige Grundlage ist an und für sich vorhanden.

Aber nun will man auf dem Wege der Aufstellung eines neuen Verfassungsartikels die Zustimmung des Volkes erhalten. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass es an und für sich eine Schmälerung der Rechte der Volksvertreter bedeute, wenn man für die abschliessende Kreditbefugnis der Räte noch durch irgendeine Volksabstimmung die Zustimmung einholen will. Aber wir sind so gute Demokraten, dass wir nichts dagegen einzuwenden haben. Wir haben auch in unserer Initiative, in der uns übrigens kein anderer Weg blieb, diese Volksbefragung ohne weiteres provoziert.

Das Programm, das vorliegt, ist ein eigentliches Krisenprogramm. Andere Staaten sind weitergegangen, haben sogar sog. Krisenbereitschaftsprogramme aufgestellt, d. h. ohne dass die Krise schon da war, der Regierung Kredite in grossem Ausmass zur Verfügung gestellt, damit wenn die Krise eintrete, man der Krise wirksam entgegentreten könne. Das war der Fall in Schweden. Anfangs dieses Jahres hat das schwedische Parlament einen Kredit von 260 Millionen Kronen an die Regierung bewilligt für den Fall, dass in Schweden die Arbeitslosigkeit zunehmen oder eine allgemeinere Wirtschaftskrise einsetzen sollte. Die Hauptschwierigkeit liegt ja, wie der Herr Kommissionspräsident ausgeführt hat, nicht im Ausmass des Programms, obschon dort Schwierigkeiten vorhanden sind, wie das Votum von Herrn Picot gezeigt hat. Ich vermute nämlich, dass jene Stimmen nachher eben verbreitet würden und sich Leute gegen das Programm wenden, die heute noch sagen, man könne ihm im grossen und ganzen zustimmen. Ich möchte diese Bemerkung nicht gegen unsern Herrn Kommissionspräsidenten gerichtet wissen. Ich weiss, dass er frei ist von solchen boshaften Absichten.

Man sagt nun, die Schwierigkeit in der Finanzierung liege darin, dass es unmöglich sei, den Abwertungsgewinn der Nationalbank heranzuziehen. Die Umsatzsteuer, die da das Ei des Kolumbus sein sollte, ist einer Opposition begegnet, die es meines Erachtens als aussichtlos erscheinen lässt, diese Umsatzsteuer in irgendeiner Form durchzubringen, sofern nicht vorher eine Sonderbelastung des Kapitals stattfindet. Eine solche Sonderbelastung ist die Vorbedingung jeder Umsatzsteuer in irgendeiner Form, auch wenn die Ansätze noch so gering wären.

Nun aber das andere Mittel, das in der Initiative enthalten ist, nämlich die Heranziehung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank. Die Ansichten haben ja gewechselt. Man kann sagen: «Les idées sont en marche». Man hat früher diesen Gedanken überhaupt abgelehnt, grundsätzlich erklärt, davon könne gar keine Rede sein, das sei eine Massnahme, die geradezu die Währung und die ganze Wirtschaft zerstören würde. Die Kommission von Klosters hat nun in dieser Beziehung eine grundsätzlich andere Auffassung mit überwältigender Mehrheit zum Ausdruck gebracht. Dieses Rührmichnichtan, das in bezug auf das Gold galt, ist auf die Seite gestellt worden. Durch die Meinungsäusserung, wonach eine Verwendung des Abwertungsgewinnes ins Auge gefasst werden sollte, ist ein grundsätzlicher Einbruch in die bisherigen Auffassungen erfolgt. Es würde sich also nur noch um das Mass der Verwendung des Abwertungsgewinnes handeln.

Es ist von Bedeutung, dass Herr Dr. L. F. Meyer in Klosters diesen Antrag selbst gestellt hat. Wir hoffen nur, dass dieser Einbruch ein endgültiger sei und dass nicht aus dem sog. Studium heraus sich wieder die alten Ansichten erheben werden. Wir lehnen eine Politik der Goldhortung ab, wir lehnen es ab, dass das Gold nicht irgendwie zur Belebung der Wirtschaft verwendet wird. Und entgegen der Meinung von Herrn Picot erlaube ich mir, noch einmal auf das Beispiel von Oesterreich hinzuweisen und auf die Leitung der Oesterreichischen Nationalbank, die genau so verfuhr, wie heute die Schweizerische Nationalbank vorgeht. Es war Herr Kienböck, der ehemalige Leiter der Nationalbank und ehemaliger Finanzminister, der im Jahre 1937 in Zürich einen Vortrag hielt. Herr Kienböck sagte an diesem Vortrag: „Versuchen wir, uns darüber klar zu werden, welche Mittel bereitstehen, um eine durch Verfall des Staatshaushaltes drohende Währungsverschlechterung aufzuhalten. Als erstes Zentrum der Abwehr erscheint eine unabhängige Notenbank. Sie soll der Idee nach bedenklichen Zumutungen des Staates, ihm bei seinen Geldbedürfnissen beizustehen, wirksamen Widerstand entgegensetzen."

Das ist das, was bei uns auch von der Nationalbank vertreten wird. Man solle dem Geldbedarf des Staates wirksamen Widerstand entgegensetzen. Und das ist die Theorie, die heute morgen auch von Herrn Picot vertreten wurde. An einer Stelle seines Vortrages sagt dann Kienböck weiter: „Es ist nicht erfreulich, dass sich der Ausdruck „Arbeitsbeschaffung" so stark eingebürgert hat."

Man ist dann in Oesterreich dieser Theorie gefolgt. Und heute ist nicht nur die österreichische Währung, sondern der ganze österreichische Staat nicht mehr vorhanden. Wir wenden uns also mit aller Entschiedenheit gegen diese Kienböckerei, auch wenn sie in Form der «Picoterie» in der Schweiz Eingang finden soll. Man sagte, es sei der

Nationalbank nicht möglich gewesen, die Sache zeitig abzuklären. Diese Frage ist abgeklärt. Man konnte seinerzeit auch sehr rasch sein. Ich erinnere an den Abwertungsbeschluss des Bundesrates, der ja viel tiefer in die gesamte Geld- und Wirtschaftsstruktur, auch der Nationalbank eingegriffen hat. Von einer Stunde auf die andere musste dieser Beschluss gefasst werden. Man konnte nur die Meinung des Nationalbankpräsidenten einholen, und hat dann übrigens entgegen dieser Meinung gehandelt. Aber man ist nicht auch noch auf die Idee gekommen, das gesamte Direktorium und den Aufsichtsrat der Nationalbank, ferner die kantonalen Finanzdirektoren zur Meinungsäusserung heranzuziehen. Dort musste und konnte man rasch handeln. Dabei möchte ich es nicht unterdrücken, meine persönliche Auffassung in bezug auf den Abwertungsgewinn hier mit aller Offenheit zu sagen. Ich bin nämlich nicht der Meinung, dass dieser Abwertungsgewinn einen Reingewinn im Sinne des Nationalbankgesetzes darstellt. Das sage ich ganz offen. Das hat mit einem Reingewinn dieser Art nichts zu tun. Ich habe vielmehr die Meinung, dass der Abwertungsgewinn der Nationalbank in seiner Totalität der Eidgenossenschaft gehöre, denn er entstand durch einen autonomen Beschluss des Bundesrates. Aber wenn dem so ist, muss man der Auffassung sein, dass eben die Eidgenossenschaft als solche die Pflicht hätte, diesen Abwertungsgewinn in der nationalen Wirtschaft einzusetzen und dabei den Kantonen mit diesen Mitteln in irgendeiner Form beizuspringen. Es würde das meines Erachtens am besten so geschehen, dass der Bund die Subventionen für die Notstandsarbeiten der Kantone in einem wesentlich höheren Betrage festsetzen würde.

Man hat übrigens nicht nur bei uns eine solche Verwendung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank gefordert. Auch konservative Blätter; ich erinnere an das „Vaterland" vom 20. August 1938, mit dem Artikel „Aktive Konjunkturpolitik", wo gesagt wird, dass eine Kreditausweitung, wie sie ohne weiteres die logische Konsequenz der Verwendung des Abwertungsgewinnes für die Arbeitsbeschaffung wäre, nach modernen Auffassungen solange ohne Gefahr für das Preisniveau und die Währung durchgeführt werden könne, als freie Arbeitskräfte und freie Produktionsanlagen zur Verfügung stehen.

Jener Artikelschreiber hat dann nachgewiesen, dass bei uns freie Arbeitskräfte zur Verfügung stehen; ferner auch, dass freie Produktionsanlagen vorhanden sind, und dass, um diese freien Arbeitskräfte in diesen freien Produktionsanlagen zu verwenden, die Herbeiziehung des Abwertungsgewinnes ohne weiteres nicht etwa eine Gefährdung der Währung, sondern eine Stärkung der Wirtschaft und damit auch der Währung mit sich bringen würde.

Es ist heute behauptet worden, man müsse darnach trachten, die bewährten Regeln der Finanzpolitik bei unserer Wirtschaftsführung zu beachten. Diese bewährten Regeln haben in verschiedenen Staaten zum Zusammenbruch geführt. Nicht bewährte, sondern unbewährte Regeln sind in andern Staaten mit Erfolg zur Anwendung gekommen. Haben wir denn wirklich so bewährte Regeln in der eidgenössischen Finanzpolitik, dass man diese einfach anzuwenden braucht, um zum Erfolge zu kommen? Es scheint mir, dass diese Ueberzeugung nicht vorhanden sein kann, wenigstens nicht, wenn nun die Finanzlage der Eidgenossenschaft so ist, wie sie heute geschildert wurde.

Noch eine letzte Bemerkung: Sie dürfen diese Vorlage über die Arbeitsbeschaffung nicht isoliert betrachten. Sie dürfen sie nicht von den andern grossen politischen und wirtschaftlichen Fragen der Eidgenossenschaft lösen, Sie dürfen nicht vergessen, dass alle andern Aufgaben im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffungsvorlage stehen, vor allem deshalb, weil die Vorlage vom 7. Juni Hoffnungen geweckt hat. Wenn Sie diese Hoffnungen enttäuschen, wenn Sie diese Versprechungen auf die lange Bank schieben, ja wenn Sie dazu noch, was Herr Picot getan hat, die Vorlage bekämpfen, dann werden Sie verstehen, dass grosse Gefahren für alle anderen Vorlagen drohen. Deshalb haben wir gefordert, dass die Arbeitsbeschaffungsvorlage gemeinsam mit der Uebergangslösung zur Finanzreform zur Abstimmung vor das Volk gebracht werde, aus dieser Einsicht heraus, und ich bin auch heute der Ueberzeugung: Wenn Sie die Arbeitsbeschaffungsvorlage nicht erledigen vor dem Tage der Volksabstimmung über die Uebergangslösung der Finanzreform, dann haben Sie der Uebergangslösung das sichere Grab geschaufelt, auch wenn alle Parteien hier im Rat für diese Uebergangslösung einstehen. Deshalb glaube ich, dass es klug wäre, wenn man das verhindern will, wenn man ein Versagen der ganzen Demokratie verhindern will, dafür zu sorgen, dass einmal geweckte Hoffnungen in Erfüllung gehen und solche Enttäuschungen nicht entstehen.

Wenn man sagt, das könne man nicht, so kann man etwas anderes tun, man kann gemeinsam mit der Uebergangslösung zur Finanzreform die Arbeitsbeschaffungsinitiative zur Abstimmung bringen. Der Bundesrat wehrt sich mit Händen und Füssen dagegen und erklärt, dieses 400-Millionen-Projekt sei ein Gegenvorschlag zur Initiative. Das stimmt nicht. Gesetzt den Fall, die Initiative würde mit der Uebergangslösung zur Finanzreform vor das Volk gebracht und angenommen, wäre etwa damit der Gegenvorschlag des Bundesrates erledigt? Auf keinen Fall, sondern der Gegenvorschlag des Bundesrates bekäme einfach den Sinn eines Ausführungsgesetzes zu der vom Volk angenommenen Initiative. Keine Rede davon, dass damit etwa der Gegenvorschlag des Bundesrates erledigt wäre, sondern im Gegenteil, die Durchsetzung des Gegenvorschlages des Bundesrates wäre viel eher garantiert, als wenn Sie vorher durch Ihre Weigerung auch die Uebergangslösung zur Finanzreform gefährden. Sie haben die Mehrheit, anders zu entscheiden, aber Sie wissen, dass die Mehrheiten hier im Rat nicht kongruent sind den Mehrheiten im Volke draussen. Ich fürchte sehr, dass diese Inkongruenz, die entstehen könnte aus dieser Vorlage, gewaltige schädliche Rückwirkungen auf alle andern Landesfragen hätte. Deshalb sind wir im Recht, wenn wir verlangen, dass Klarheit geschaffen werde in bezug auf die grosse Arbeitsbeschaffungsvorlage. Wir hätten am liebsten gesehen, sie wäre heute erledigt worden, das wäre möglich gewesen;

aber wenn Sie das nicht wollen, müssen Sie unter allen Umständen, bevor die Abstimmung über die Uebergangslösung angesetzt wird, Garantien dafür schaffen, dass es mit der Vorlage über Arbeitsbeschaffung wirklich ernst gemeint sei.

Präsident: Das Wort hat Herr Condrau (Schlussrufe). Ich bin nicht schuld, dass so viel geredet worden ist; Herr Condrau ist der letzte Redner, nachher werde ich die Frage auf Schluss der Rednerliste dem Rat unterbreiten und morgen Herrn Bundesrat Obrecht das Wort erteilen.

Condrau: Ich will gnädiger sein, als der Herr Präsident und mich ganz kurz fassen. Herr Bringolf stellt den Antrag, wir sollen auf die Hauptvorlage von 400 Millionen greifen und diese Diskussion hier abbrechen. Ich möchte bitten, diesen Antrag abzulehnen und auf die Ueberbrückungsvorlage des Bundesrates einzutreten.

Eine erste Feststellung: In der Kommission wurde mit überwiegender Mehrheit Eintreten auf die grosse Vorlage beschlossen. Wir haben diesen Beschluss gefasst, trotz einiger Kritik und trotz einiger Bedenken, die etwa angeführt werden können. Wir haben diesen Beschluss gefasst aus der Ueberzeugung, dass in dieser Vorlage, so wichtige Werke vorgesehen sind, die absolut nötig sind für die Herstellung unserer Wehrmacht und Sicherung unserer Landesverteidigung. Wir haben dies aber in zweiter Linie auch getan, weil wir ein Herz haben für die Arbeitslosen und das Schicksal der Arbeitslosigkeit zu würdigen wissen. Dabei ist es vielleicht den Kritikern entgangen, dass auch im zweiten Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms wichtige Werke enthalten sind, wichtige Arbeiten vorgesehen sind, die ebensosehr militärischen Charakter haben, wie jene Arbeiten des ersten Teils. Ich nenne hier nur die Verbindung Glarus–Graubünden oder Uri–Graubünden; ich nenne den Ausbau der Pragelstrasse, den Ausbau der Gotthardlinie, der Brünigbahn usw., Objekte, die unbedingt auch vom militärischen Gesichtspunkt aus gewürdigt werden müssen.

Eine zweite Feststellung. Wir sind auf die Vorlage eingetreten unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die Deckungsfrage mit der Arbeitsbeschaffungsvorlage verbunden werde. Ich glaube, es ist ein guter und gesunder Grundsatz, wenn wir uns sagen: Keine Vorlage ohne Deckung! In den Kantonen macht man es gleich; wichtige, grosse Arbeitsbeschaffungsprogramme werden nur dann angenommen, wenn auch für die genügende Deckung gesorgt wird. Ich halte diesen Grundsatz für gut, schon wenn wir daran denken, dass wir zu leicht der Vergesslichkeit anheimfallen. Wir beschliessen eine Ausgabe und vergessen dann post factum zu leicht, sie zu finanzieren. So ist es u. a. gegangen mit der sog. Wehranleihe. Es wäre jedenfalls gut gewesen, wenn man gleich von Anfang an auch die Amortisation und Verzinsung dieser Wehranleihe hier vorgesehen hätte.

Eine dritte Bemerkung betrifft den Abwertungsgewinn. Sie haben davon gehört, dass die Kommission in Klosters mit 18 gegen 3 Stimmen und einigen Enthaltungen einen Beschluss gefasst hat, der verschieden gedeutet wird. Nach meiner Auffassung kann dieser Beschluss nur den Sinn haben, dass der Bundesrat eingeladen wurde und noch wird, die Frage der Verwendung des Abwertungsgewinnes für die Arbeitsbeschaffung zu prüfen und Anträge zu stellen, denn sonst hätte man ja nicht eine zweite Sitzung anberaumen müssen, nicht einen Bericht des Bundesrates erwarten müssen. Dabei möchte ich den Mitgliedern der Kommission noch in Erinnerung rufen, dass Herr Bundesrat Obrecht uns in keiner Weise im Zweifel gelassen hat, dass diese Frage nicht leicht beantwortet werden könne, sondern gründlich erwogen werden müsse.

Eine vierte Bemerkung betrifft die Finanzierung, wie sie in der Vorlage vorgesehen ist. Der Bundesrat schlägt uns eine sog. Ausgleichssteuer vor. Gegen diese Ausgleichssteuer haben sich die Interessenten mit Macht gewehrt. Ich sage mit Macht, weil sie eben auch über die nötigen Mittel verfügen, diese Macht anzuwenden. Nach meiner Meinung sollte der Bundesrat daran festhalten und namentlich mit Rücksicht auf den Mittelstand diese Frage der Ausgleichssteuer in richtiger Form uns vorlegen. Ich glaube, dass wir in dieser Steuer ein Schutzmittel finden für den Mittelstand, der sonst der Konkurrenz der Grossen unbarmherzig ausgesetzt ist. Jenen Kreisen, die hier Widerstand leisten, möchte ich in Erinnerung rufen, dass man sich vielleicht rechtzeitig vorsehen sollte, damit nicht etwa noch andere Probleme aufgerollt werden, die in der Schweiz bis jetzt noch nicht zu Problemen geworden sind.

Ich glaube also zum Schluss, dass wir auf die Vorlage des Bundesrates von 70 Millionen Fr. eintreten sollten. Sie bringt uns eine praktische Lösung für das Jahr 1939; unterdessen findet man Zeit, die grosse Vorlage noch etwas zu überprüfen, einzelne Posten vielleicht noch etwas näher zu besehen, um rechtzeitig auf das Frühjahr die Volksabstimmung durchführen zu können.

Präsident: Wir wollen nach Art. 79 über Schluss der Debatte abstimmen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für Schluss der Debatte Einstimmigkeit

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	V
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	05
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	22.09.1938
Seite Page Pagina	731-756
Ref. No	20 032 600

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 23. Sept. 1938.
Séance du 23 septembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung — *Suite.*

Siehe Seite 731 hiervor. — Voir page 731 ci-devant.

Präsident: Sie haben gestern beschlossen, dass die Rednerliste in bezug auf die Eintretensdebatte geschlossen sein soll. Das Wort hat nun Herr Bundesrat Obrecht.

Bundesrat **Obrecht:** Als Folge des Auftrages, den Sie dem Bundesrat in der Märzsession erteilt haben, haben Sie heute zwei Vorlagen vor sich: Die sog. Hauptvorlage mit einem Programm für den Ausbau der Landesverteidigung, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und mit einem Vorschlag über die Deckung der zivilen Arbeitsbeschaffungskredite. Sie haben sodann die Vorlage zu einer Zwischenlösung (die Botschaft vom 9. September), welche bezweckt, die dringendsten Kredite vorwegzunehmen, um der Kommission und dem Bundesrate ausreichend Zeit einzuräumen, die verschiedenen Anschauungen und Anregungen mit der nötigen Gründlichkeit abzuklären und wenn möglich im Geiste der Einigung zu lösen.

Die Hauptvorlage ist heute nicht spruchreif. Es ist nichts entschieden, als dass in der Kommission ohne jede Stimmenthaltung einstimmig Eintreten beschlossen wurde. Das ist aber auch das einzig positive Produkt der bisherigen Beratungen in der Kommission. Es wäre so, wie der Herr Kommissionspräsident gestern gesagt hat: wenn Ihr Rat beschliessen würde, auf die Hauptvorlage einzutreten, müsste er nach diesem Beschluss den Antrag stellen, die Arbeit abzubrechen, damit Ihre Kommission die Arbeit weiterführen kann. — Man kann also heute auf die Hauptvorlage nicht eintreten. Darum kommt auch nicht die Alternative in Betracht, ob man die Hauptvorlage oder die Nebenvorlage behandeln wolle, sondern es besteht nur die Alternative, zu der einzig spruchreifen Zwischenvorlage Ja oder Nein zu sagen. Wer sich mit dieser Zwischenvorlage nicht versöhnen kann, wer glaubt, sie sei ein Verschleppungsmanöver, wird gegen Eintreten stimmen, und die andern, die diese Zwischenlösung als nötig betrachten, werden für Eintreten stimmen.

Ich möchte mich auf diese Eintretensfrage beschränken. Was Sie gestern gehört haben, ging über diesen Rahmen weit hinaus. Es war eine Art Vorprobe für die Eintretensdebatte zur Hauptvorlage. Das führt notwendig zu Wiederholungen und die wollen wir im Interesse der Zeitersparnis vermeiden.

Welches waren die Beweggründe für das Einbringen dieser Zwischenvorlage? Sie bezweckt einzig und allein die Sicherstellung der Kontinuität in der Arbeitsbeschaffung. Unsere Berechnungen haben ergeben, dass mit einem Bundesaufwand von 30 Millionen Franken zum Zwecke der Auslösung von Hoch- und Tiefbauarbeiten, von Umbau- und Renovationsarbeiten 35 000 Arbeitskräfte beschäftigt werden können, und zwar für das ganze Jahr. Wenn Sie nun nach dem vorliegenden Antrag für das Jahr 1939 wiederum 35 Millionen Franken bewilligen, so kann ich Ihnen nicht versprechen, dass die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter, Handlanger und Taglöhner, zurückgehen wird, denn wir haben einen Einsatz von 30 oder 35 Millionen Franken bereits für 1937 und 1938 vorgenommen. Trotzdem hatten wir in der besten Bausaison immer noch zirka 15 000 unbeschäftigte Arbeitskräfte des Baugewerbes. Wenn wir also wiederum 35 Millionen einsetzen, so ist nicht zu erwarten, dass der letzte Bauarbeiter zu Arbeit und Brot kommen wird. Aber das steht fest: wenn Sie durch Nichtbewilligung des Kredites für das Jahr 1939 die Arbeitsbeschaffungsaktion in der Bauwirtschaft unterbrechen würden, hätten wir in der Bauwirtschaft 35 000 Arbeitslose mehr. Das darf nicht geschehen. Sie werden begreifen, dass der Bundesrat die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahre nicht um durchschnittlich 35 000 ansteigen lassen will. Ich glaube, eine solche Erscheinung wäre volkspsychologisch katastrophal. Man versteht es ja schon nicht, dass wir es nicht fertig bringen, die Arbeitslosigkeit endlich mit Stumpf und Stiel auszurotten. Ich muss immer wieder betonen, dass dies sogar Deutschland nicht gelungen ist, das doch keine Mittel scheut und ohne jeden Rückhalt die Arbeitslosigkeit bekämpft. Deutschland hatte Ende Juli auch noch 218 000 Arbeitslose. Solange es eine Arbeitslosenversicherung, eine Krisenunterstützung und eine Arbeitslosenstatistik gibt, wird es auch Arbeitslose geben. Aber eine Verdoppelung der Zahl der Unterstützten in den besten Sommerzeiten wäre volkspsychologisch von übler Wirkung. Ich möchte dann die Zeitungen hören, die heute finden, dass wir mit den 35 Millionen zuviel täten für die Bauwirtschaft. Sie würden fragen, wo blieb da wieder die vorsorgliche Hand des Bundesrates? Diese vorsorgliche Hand ist nötig. Damit der Bundesrat seinen Arbeitsbeschaffungsplan richtig in Funktion setzen kann, braucht er für das nächste Jahr wiederum für Arbeitsbeschaffung im Gebiete der Bauwirtschaft einen Kredit von 35 Millionen, nicht mehr und nicht weniger. Aber er braucht diesen Kredit heute; denn wenn wir die Sache richtig aufziehen wollen, so müssen wir in den Wintermonaten die Vorlagen der Kantone in bezug auf Arbeitsbeschaffungsobjekte in aller Ruhe und Gründlichkeit behandeln und über sie entscheiden können. Wir müssen unsere Subventionszusicherung im Verlaufe des Winters geben können, damit mit Beginn der Bausaison im März 1939 die Bautätigkeit, die zusätzlich angekurbelt werden soll, richtig einsetzen kann.

Das ist meine grosse Sorge, dafür bin ich verantwortlich und darum habe ich zu dieser Zwischen-

vorlage Veranlassung genommen, sobald ich feststellen musste, dass der Zeitplan mit der Hauptvorlage eine Verzögerung erleiden wird.

Ich möchte hier eine Antwort an Herrn Nationalrat Scherer-Basel einschalten. Er hat gestern in die Zweckmässigkeit unserer Arbeitsbeschaffungsmassnahmen Zweifel gesetzt. Er hat die Frage aufgeworfen, ob man nicht die Zahl der Arbeitslosen dadurch vermindern könnte, dass man unsere Grenztruppen verstärkt, indem wir arbeitslose Wehrmänner aus dem Zivilleben herausnähmen, in die Uniform steckten und sie als Grenzsoldaten verwendeten. Wir haben ja diesen Zweck eigentlich bei der Aufstellung der Grenzkompagnien erreicht, denn wir haben dort Ausschreibungen gemacht, haben die arbeitslosen Wehrmänner aufgefordert, sich zu melden. Diese Grenzkompagnien sind vorwiegend aus arbeitslosen Wehrmännern zusammengesetzt worden. Ich glaube kaum, dass hier ein Obligatorium denkbar wäre; denn die Militärdienstpflicht ist gesetzlich geordnet; und wenn Sie Aktivdienst verfügen müssen, dann müssen Sie ganze Einheiten aufbieten. Sie können nicht einen Wehrmann militärisch aufbieten, weil er arbeitslos ist; das sieht das Gesetz nicht vor. Es käme eine andere Möglichkeit in Betracht: Man könnte daran denken, die Besucher der Arbeitslager obligatorisch aufzubieten, sie zu verpflichten, sich in den Arbeitslagern zu betätigen. Allein die Leute, die sich mit den Arbeitslagern seit Jahren beschäftigen, haben uns immer wieder betont: Verschont uns mit dem Obligatorium. Die Lager bewähren sich ausgezeichnet, wenn die kommen, die guten Willens sind; sobald Sie aber das Obligatorium verfügen, kommen üble Elemente herein und dann spielt die Sache nicht mehr, wie sie spielen sollte. Ich will aber immerhin den Gedanken des Herrn Nationalrat Scherer noch mit meinem Kollegen vom Militärdepartement besprechen. Es wird nicht ausgeschlossen sein, dass wir zu einer weiteren Vermehrung der Grenzkompagnien schreiten müssen und dann werden wir sehen, dass wir dort für die Entlastung des Arbeitsmarktes ein Maximum herausholen können.

Nicht nur die Verhinderung eines weiteren Ansteigens der Arbeitslosenzahlen, nicht nur das Bestreben, die vorhandene Zahl möglichst weit herunterzubringen, bildet die Sorge des Chefs des Volkswirtschaftsdepartementes, sondern er fühlt sich auch verantwortlich, weil ihm der Bundesrat die schwere Aufgabe überbunden hat, für die Landesversorgung, für die Versorgung von Armee und Volk im Kriegsfall zu sorgen. Das ist keine leichte, sondern eine ausserordentlich komplexe und schwierige Aufgabe, und sie enthält eigentlich ein Uebermass an Verantwortung. Als ich diese Aufgabe übernehmen musste, haben wir ein Gesetz ausgearbeitet für die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern; dieses ist von den Räten mit anerkennenswerter Raschheit erledigt worden, es steht seit dem Juli in Kraft. Aber damit, dass ein Gesetz geschaffen wurde, ist noch nichts getan. Wenn wir Lagerräume schaffen müssen, wenn wir Lager anlegen müssen, brauchen wir dazu Kredite und die Kredite sind in der Hauptvorlage vorgesehen. Es war für mich eine grosse Enttäuschung, diese Hauptvorlage sich verzögern zu sehen angesichts der Dringlichkeit jener Aufgabe. Wir mussten darum auch bei dieser Zwischenvorlage zum Mittel greifen, einen vorläufigen Teilkredit vorzusehen. Wir haben die Hälfte des Gesamtkredites von 20 Millionen Franken in die Zwischenvorlage aufgenommen.

Aber auch im Ausbau der Landesverteidigung darf ein Unterbruch nicht eintreten. Es sind da fliessende Aufträge im Gange, die bisherigen Kredite gehen teilweise zur Neige. Wenn wir die Zwischenkredite nicht zur Verfügung hätten, dann müssten wir die Aufträge an die Industrie zum Teil unterbrechen; wir könnten auch jene Lieferungen, die besonders lange Fristen erfordern, nicht rechtzeitig abschliessen. Darum haben wir den bescheidenen Kredit von 15 Millionen Franken hier eingesetzt.

Diese drei Posten, 35 Millionen Franken für die Förderung der Bauwirtschaft, 10 Millionen Franken für die wirtschaftliche Kriegsvorsorge und 15 Millionen für die militärischen Bedürfnisse, machten zusammen 60 Millionen Franken von diesen 70,3 Millionen aus, die wir angefordert haben. Von den restlichen 10 Millionen entfallen 5 Millionen Franken auf die Exportförderung. Darüber haben Sie in den letzten paar Monaten reichlich viel lesen können. Man hat fast nicht mehr eine Zeitung in die Hand nehmen können, ohne dass Empfehlungen für die Förderung der Exportindustrie darin zu vernehmen gewesen wären und ein Appell an den Bundesrat, wir möchten doch der notleidenden Exportindustrie wieder behilflich sein, um ihre Lage erträglicher zu gestalten. Auch das ist eine dringliche Massnahme. Wir können hier nicht zuwarten, bis die Hauptvorlage die Beratung im Parlament und die Volksabstimmung passiert hat. Wir haben einen Kredit von 5 Millionen Franken vorgesehen. Dann sind 2 weitere Millionen vorgesehen für die Arbeitslager und Kurse. Wir werden die Arbeitslager nicht aufgeben dürfen; wir müssen sie sogar noch vermehren. Ich habe Ihnen bereits erklärt, dass mit den 35 Millionen Franken nicht erreicht werden wird, dass der letzte Handlanger und Arbeiter wieder Arbeit findet, und dass wir für die, die dabei zu kurz kommen, eben die Arbeitslager haben müssen. Schliesslich sind noch 3 Millionen vorgesehen für Bodenverbesserungen, Waldwirtschaft und Wasserbauten. Es handelt sich hier um dringliche Projekte, die wir im Rahmen der gekürzten Budgetkredite nicht berücksichtigen könnten.

Es wird niemand finden, wir hätten unsere Forderungen überspannt. Aber es wird solche geben, die finden, wir hätten noch weiter gehen sollen. Anträge liegen ja bereits vor. Hinsichtlich all dieser weitergehenden Anträge möchte ich die Bitte an die Räte richten, diesen Anträgen nicht zu entsprechen, sondern es bei den wohlabgewogenen Kreditbegehren des Bundesrates bewenden zu lassen.

Ich habe noch etwas anderes gehört: wir hätten vergessen, für diese 70 Millionen Franken auch für die Deckung zu sorgen. Ich freue mich ja, dass nun dieser Gedanke der Deckung auch auf eidgenössischem Gebiete anfängt, Leben und Verständnis zu finden. Aber dann hätte man nicht so unerbittlich über den Bundesrat herfallen sollen, als er

sich letztes Frühjahr unter dem Druck des Nationalrates dazu hat bekehren lassen, auch seinerseits ein grosses Arbeitsbeschaffungsprogramm zu präsentieren. Denn bei dieser Bekehrung hat ja gerade die Ueberlegung mitgewirkt, dass wir in unserer gespannten Finanzsituation nicht einfach Jahr für Jahr mit einem Kreditbegehren von 30, 35, 40 oder 50 Millionen vor die Räte kommen können, ausser Budget, sondern dass wir daran denken müssen, wie wir diese ausserordentlichen Ausgaben auch wieder decken. Die Deckungsfrage lässt sich aber nicht auf die Weise lösen, dass wir sie für jedes Kreditbegehren von 10 oder 20 Millionen Franken aufwerfen, sondern nur dadurch, dass wir ein umfassendes Programm für längere Zeit ins Auge fassen. Das war mit anderem ein Grund, weshalb wir uns für dieses mehrjährige Programm haben entschliessen müssen, weil wir uns sagten: Das gibt die Grundlage dafür, dass wir die Deckungsfrage richtig behandeln und einen Vorschlag machen können. Darum haben wir diesmal nicht mehr 30 oder 35 Millionen für ein Jahr angefordert, sondern 90 Millionen für 3—4 Jahre vorgesehen. Das ist mengenmässig nichts Neues, sondern nur eine Massnahme für mehrere Jahre, während wir bisher von Jahr zu Jahr disponiert haben. Dazu sind in der Hauptvorlage 25 Millionen für Export- und Fremdenindustrie, hauptsächlich für die Exportindustrie vorgesehen. Ich habe in der Presse darüber nur eine Kritik gelesen: wir seien zu wenig weit gegangen; die 20 oder 25 Millionen seien unzulänglich. Ich glaube daher, dieser Kredit wird zu denjenigen gehören, mit denen sogar Herr Picot sich wird einverstanden erklären können. Und die 35 Millionen Franken, um die militärischen Verbindungen nach unserer Südostschweiz herzustellen und für das ganze Jahr zu sichern — da hat Herr Picot vielleicht recht, dass es schwierig sein wird, Arbeitslose aus den Städten an die Arbeit zu bringen. Aber hier liegt das Primäre ja nicht in der Arbeitsbeschaffung, sondern bei den militärischen Belangen. Wir müssen den Verhältnissen, wie sie durch die Aenderungen eingetreten sind, Rechnung tragen. Es braucht ein Minimum von militärgeographischen Kenntnissen, um einzusehen, dass wir, so wie die Verhältnisse heute liegen, neue Verbindungen schaffen müssen, damit unsere Südostschweiz im Kriegsfalle zur Winterszeit mit dem übrigen Vaterland die Verbindung aufrechterhalten kann. Das ist eine absolute militärische Notwendigkeit; man hätte diese 35 Millionen gerade so gut dem militärischen Programm einverleiben können, wie wir sie nun unter die Arbeitsbeschaffung eingereiht haben. Wir werden darauf bedacht sein, auch hier trotz allem auch unterstützte Arbeitslose an die Arbeit zu bringen. Wir werden an diese Objekte ja die Hauptsache zur Finanzierung beitragen müssen.

Weitere 10 Millionen betreffen den Ausbau der Gotthardbahn. Auch da ist die Situation eine andere geworden zufolge des Anschlusses von Oesterreich, da der Brenner nun die direkte Verbindung zwischen Deutschland und Italien geworden ist. Deshalb müssen wir darauf bedacht sein, die Gotthardlinie in ihrer technischen Ueberlegenheit zu erhalten. Das ist auch wieder eine neue Situation. Diese 10 Millionen stellen einen Beitrag des Bundes an unsere Bundesbahnen dar, um diese Hauptader durch das Land rechtzeitig auszubauen. Man wird also auch hier nicht sagen können, wir seien masslos und unbedacht.

Dann sind 8 Millionen für die Arbeitslager und die Kurse vorgesehen. Das ist für diesen Zweck ein minimaler Aufwand.

Wenn Sie nun diese Kreditgruppen aus dem Hauptprogramm der zivilen Arbeitsbeschaffung herausnehmen und zusammenzählen, dann haben Sie so ziemlich alles schon beisammen. Diese Posten machen 170 Millionen aus von den insgesamt 190 Millionen.

Man wird uns also nicht vorwerfen können, wir hätten jeden gesunden Masstab verloren oder wir seien der marxistischen oder der Richtlinienduselei verfallen oder gar der linkspolitischen Liebedienerei, wie wir das zu hören bekommen haben. Diese Vorhalte schmerzen, weil sie ungerecht sind. Ich lege dagegen Verwahrung ein.

Wir haben aus unserer Verantwortlichkeit heraus so gehandelt. Wir mussten dabei hauptsächlich zwei Umständen Rechnung tragen, einmal dem, dass seit der Zeit der Ausarbeitung des Berichts über die Arbeitsbeschaffungsinitiative die Verhältnisse in unserer Wirtschaft sich wieder ganz erheblich verschlechtert haben. Statt aufwärts wie vorher, ging es wieder abwärts. Das ist eine neue Situation, der wir Rechnung tragen müssen.

Dann der zweite Umstand: die Wirkungen des Anschlusses Oesterreichs — auch eine Tatsache, die eine vollständig neue Situation geschaffen hat. Diesen neuen Verhältnissen musste Rechnung getragen werden, und aus reinem Verantwortungsgefühl heraus haben wir das getan.

Wenn möglich noch etwas leichter hat es sich die Kritik gemacht mit der Art, wie wir die Deckung suchen wollen, nämlich mit der sogenannten Ausgleichssteuer. Es hat genügt, dass eine Handvoll Warenhausmagnaten aus ihren reichen Mitteln einen Antipropagandafonds zusammenlegten und die Zeitungen mit entsprechenden Artikeln bedienen liessen, um weite Kreise glauben zu machen, diese Ausgleichssteuer im Ausmass bis zu 5 % sei ein Unding, ein unbedachter Vorschlag, der einer ernsthaften Kritik nicht standhalten könne. Demgegenüber behaupte ich heute nur eines: eine solche Abgabe ist für eine Grossunternehmung tragbar; diese Abgabe darf gar nicht geringer sein, wenn wir dem immer mehr in die Enge getriebenen kaufmännischen Mittelstand endlich wieder einigen Lebensraum verschaffen wollen. Auf die Frage kommt es an, ob es uns ernst sei, den Mittelstand gegenüber der ständigen Bedrohung und Beengung in Schutz zu nehmen. Wer das will, der wird diesem Mittel beipflichten, und wer es nach dieser Richtung leicht nimmt, der wird eben nicht damit zu befreunden sein.

Nun nochmals die Deckungsfrage. Mit Bezug auf diese 70 Millionen ist es so, dass diese Kredite natürlich jetzt definitiv beschlossen werden müssen. Wir müssen darüber verfügen können. Wenn die Hauptvorlage kommt, sollen dann diese 70 Millionen eingerechnet werden. In der Hauptvorlage werden diese 70 Millionen für die Deckung inbegriffen sein. Einen andern Ausweg hat es nicht gegeben.

Ich möchte zum Schluss noch Verwahrung einlegen gegen die Verdächtigungen, als hätten wir hier den Hintergedanken, mit dieser Zwischenlösung unsere Idee mit dem grossen Programm schon wieder zu verlassen, um auf Schleichwegen wieder überzugehen zur alten Methode, Jahr für Jahr die notwendigen Kredite anzubegehren. Dieser Hintergedanke existiert nicht. Wir haben überhaupt keinen Hintergedanken. Wir haben nur aus der Not heraus Zuflucht genommen zu dieser Uebergangslösung. Wenn Sie die Verantwortung trügen für das Nichtentstehen einer Vermehrung der Zahl unserer Arbeitslosen, wenn Sie im Gegenteil dafür sich einsetzen müssten, dass die Zahl der Arbeitslosen weiter zurückgeht, dann hätten Sie nicht anders handeln können, als ich es an meinem Platze getan habe. Wenn ich Prestige- und andere Gründe hätte mitspielen lassen, so hätte ich vielleicht anders gehandelt.

Diese Zwischenvorlage kann nur eines beweisen, dass es uns im innersten Herzen ernst ist, rechtzeitig das Nötige zu tun für die Beschäftigung der Arbeitslosen. Darum sind mir auch die Bedenken, wie sie im Hinblick auf die Finanzvorlage von Herrn Nationalrat Meierhans zum Ausdruck gebracht worden sind, eigentlich nicht verständlich. Dem Arbeitslosen kommt es nicht darauf an, ob wir nach der Initiative vorgehen oder nach der Hauptvorlage oder nach der Zwischenvorlage. Für ihn kommt es darauf an, dass wir ihm Arbeit bereitstellen, und zwar zur rechten Zeit.

Ich möchte Ihnen deshalb empfehlen, dieser Zwischenvorlage zuzustimmen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	102 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	49 Stimmen

Artikelweise Beratung – *Discussion des articles.*

Präsident: Titel und Ingress werden ausgestellt.

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Minderheit

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber-St. Gallen, Meierhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

III.

Zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung:

a. Für Förderung einer Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in den Kantonen etc. Fr. 50 000 000.—.

b. .....

c. Für Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs Fr. 10 000 000.—.

d. .....

Antrag Berthoud.

III.

Zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung:

a. Für Förderung und Durchführung der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in den Kantonen ... Fr. 30 000 000.—.

Antrag Müller-Grosshöchstetten.

III.

d. Bodenverbesserungen, Wasserbau und Waldarbeiten (ausserordentlicher Kredit) Fr. 6 000 000.

Proposition de la commission.

Majorité:

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Minorité

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber-St-Gall, Meierhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

III.

Pour créer des possibilités de travail et ranimer l'économie:

a. Subventions en faveur de travaux de chômage dans les cantons etc. Fr. 50 000 000.

b. .....

c. Mesures destinées à promouvoir les exportations et le tourisme Fr. 10 000 000.

d. .....

Proposition Berthoud.

III.

Pour créer des possibilités de travail et ranimer l'économie publique:

a. Subventions en faveur de travaux de chômage dans les cantons Fr. 30 000 000.

Amendement Müller-Grosshöchstetten.

III.

d. Améliorations foncières, corrections de cours d'eau, travaux forestiers (crédit extraordinaire) Fr. 6 000 000.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Im Art. 1 haben wir eine Aufstellung des Programmes, das in dieser Zwischenvorlage ausgeführt werden soll. Ich möchte nicht auf die einzelnen Kredite eintreten, sondern als Gesamtbemerkung folgendes vorausschicken:

Die Kommission beantragt Ihnen mit Mehrheit, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Summen zu bewilligen und keine Abänderungen daran vorzunehmen.

Zur Begründung dieses Standpunktes diene folgendes: Die Zeit, zu den einzelnen Summen, die für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgesetzt werden, Stellung zu nehmen, wird dann gekommen sein, wenn wir die Gesamtvorlage zu besprechen haben. Dann können wir die verschiedenen Summen miteinander in eine gewisse Relation bringen. Heute ist nach Ansicht der Kommission dieser Moment nicht da, denn es handelt sich jetzt um eine Uebergangslösung, für die die vorgesehenen Kredite absolut genügen. Die Kredite sollen ja nur so lange ausreichen, bis die Gesamtvorlage vom Parlament verabschiedet und dem Volke zur Abstimmung unterbreitet wird. Die vorgesehenen Summen reichen für die militärischen Bedürfnisse, für die Bauaktion, die Unterstützung

des Exportes und für die Zwecke der Bodenverbesserungen. Es hat also keinen praktischen Zweck, jetzt diese Beträge erhöhen zu wollen. Wenn Sie für die bessere Dotierung des einen oder andern Postens Wünsche haben, so werden Sie diese bei der Diskussion der Hauptvorlage anbringen können.

Die Kommission beantragt Ihnen also Ablehnung aller Abänderungsanträge. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird darunter nicht leiden. Alle die gestellten Anträge mögen den Charakter von Gesten haben, sie mögen auch einen gewissen demonstrativen Zweck verfolgen; sie haben aber im Moment keine praktische Bedeutung.

Die Antragsteller mögen sich bewusst sein, dass sie mit ihren Anträgen unter Umständen die Gesamtvorlage gefährden. Wenn wir jetzt einen sehr hohen Kredit bewilligen, könnte die Reaktion leicht die sein, dass sich das Volk dann, wenn die Gesamtvorlage zur Abstimmung gelangt, folgende Ueberlegung macht: Das Parlament hat aus eigener Machtvollkommenheit eine möglichst grosse Summe vorweg genommen und uns gibt man nur noch den Rest zur Entscheidung. — Ich will mit dieser Interpretation nicht sagen, dass sie in der Absicht derjenigen liege, die Abänderungsanträge stellen. Dieser Vorwurf könnte aber vom Volk gemacht werden. Man darf deshalb vielleicht sogar behaupten: Nicht diejenigen nützen der Arbeitsbeschaffungsvorlage am meisten, die heute vielleicht wohlgemeinte Abänderungsanträge stellen, sondern diejenigen, die veranlassen wollen, dass eine solche falsche Interpretation nachher in der Volksabstimmung keinen Platz hat.

Und endlich ist es in der Zeit des Ringens um das Budgetgleichgewicht wirklich nicht nötig, dass wir den Bundesrat in seinen Anträgen übersteigern. Ist das im Interesse der Finanzvorlage, die innert kurzer Zeit zur Abstimmung kommen wird? Auch diese Fragen sollen Sie sich überlegen. Die Kommission beantragt Ihnen die vorgeschlagenen Ansätze.

Und noch eine letzte Bemerkung zur Eintretensdebatte.

Ich will mich nicht mit den Geld- und Goldtheorien des Herrn Dr. Müller auseinandersetzen. Ich hoffe, dass wir in unserm Lande nie in die Lage kommen werden, am eigenen Leibe seine Fehltheorien erfahren zu müssen.

Gegenüber Herrn Dr. Meierhans möchte ich betonen: vielleicht ist die Theorie und die Praxis des Präsidenten der früheren österreichischen Nationalbank, den er gestern in einer Weise, die vielleicht an Courtoisie zu wünschen übrig liess, behandelt hat, auf die Dauer die bessere als die Theorie des Herrn Dr. Meierhans.

Herr Dr. Müller: es ist ein starkes Stück und eine bewusste Irreleitung der öffentlichen Meinung, wenn man hier im Parlament angesichts der öffentlichen Tribüne die Meinung vertritt, man trete mit unseren Anträgen den Arbeitslosen irgendwie zu nahe und vertrete nicht ihre Interessen. Sie wissen genau so gut wie wir, dass das nicht wahr ist. Das nenne ich Unterschiebungen, von denen ich in meinem Eintretensrefereat gsprochen habe. Sie sind in der heutigen ernsten und schweren Zeit nicht am Platze.

Ich beantrage Genehmigung der Ansätze des Bundesrates.

M. **Rossi,** rapporteur de la majorité: Il fut un temps où l'on devait faire de grands efforts pour convaincre le Conseil national d'approuver les crédits militaires demandés par le Conseil fédéral.

Aujourd'hui, la situation est toute différente. Nous recommandons au Conseil national de ne pas voter un crédit supérieur à celui proposé par le Conseil fédéral. Les dépenses prévues ont été fixées par les autorités responsables. Elles suffiront aux besoins de la défense nationale jusqu'au moment où le projet général pourra être voté.

La commission vous recommande donc chaudement de voter les crédits tels qu'ils sont demandés par le Conseil fédéral.

Präsident: Ich lasse nun die Minderheitsanträge begründen. Für die Anträge der Minderheit der Kommission hat für den ersten Teil, soweit es Ziffer *a* und *b* betrifft, Herr Nationalrat Schneider das Wort.

Schneider, Berichterstatter der Minderheit: Namens meiner Freunde habe ich Ihnen den Antrag eingereicht, dass für die Förderung und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in den Kantonen der Kredit von 35 auf 50 Millionen Franken zu erhöhen sei und dass weiter für die Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs der Kredit auf 10 Millionen erhöht werden müsse. Obwohl Herr Bundesrat Obrecht und vorhin auch die Kommissionsreferenten erklärt haben, dass diejenigen, die diese Anträge stellen, nicht in erster Linie den Arbeitslosen dienen, so kann ich nicht umhin, Gründe bekanntzugeben, die sehr für diese Anträge sprechen.

Für die grosse Arbeitsbeschaffungsvorlage hat uns der Bundesrat eine Tabelle unterbreitet, aus der hervorgeht, was durch die einzelnen Kreditsummen, die darin aufgeführt sind, an Arbeitsvolumen ausgelöst wird. Was dort für die grosse Arbeitsbeschaffungsvorlage gesagt wurde, gilt selbstverständlich entsprechend auch für die kleine. Aus jenen Zahlen geht hervor, dass für die 90 Millionen, die zur Förderung der kantonalen Arbeitsbeschaffung vorgesehen waren, 101 000 Jahresarbeiter Beschäftigung finden, währenddem für die restlichen 325 Millionen, mit denen der Bund vollständig aus eigenen Mitteln Arbeit beschafft, nur 75 800 Jahresarbeiter Beschäftigung finden können.

Daraus geht hervor, dass mit der Subvention an die Kantone unendlich viel mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan werden kann, als wenn der Bund Arbeiten selbständig ausführt. Es ist auch von Herrn Bundesrat Obrecht nicht bestritten worden, dass die Subventionen an die Kantone das Kernstück der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bilden. Wenn man sich nun die gegenwärtige Situation einen Augenblick vor Augen hält, sieht man, dass der Antrag, den wir stellen, nicht so abwegig ist, wie das aus den Ausführungen der Vorredner hätte geschlossen werden können.

Zunächst handelt es sich hier um zwei Besonderheiten: Das, was ich bereits erklärt habe, trifft auch für die kleine Vorlage mit den 35 bezw.

50 Millionen zur Förderung der Aktion in den Kantonen zu, weil damit viel mehr Arbeitslose Beschäftigung finden als mit den restlichen Krediten. Zum Zweiten ist darauf hinzuweisen, dass diese 35 Millionen für das Jahr 1939 reichen sollen, während bei den anderen Krediten das zutrifft, was Herr Dr. Wetter vorhin gesagt hat: Es handelt sich dort einfach darum, Kredite zu bekommen, bis die grosse Arbeitsbeschaffung unter Dach ist. Das trifft für die Arbeitsbeschaffung der Kantone nicht zu, weil hier bestimmt werden soll, dass dieseSumme für 1939 ausreichen soll. Dazu ist darauf hinzuweisen, dass diese 35 Millionen nicht voll verfügbar sein werden, sondern dass 6 Millionen Ueberbrückungskredit davon abgehen, der bereits bewilligt ist, so dass für 1939 faktisch nur 29 Millionen verteilt werden können.

Gestatten Sie mir nun, einen Augenblick darauf hinzuweisen, wie die Lage aufdem Arbeitsmarkt gegenwärtig ist. Sie ist nicht in der ganzen Schweiz die gleiche. In den Grenzkantonen und in den grösseren Ortschaften ist die Arbeitslosigkeit grösser als irgendwo anders; es ist notwendig, dass auf diese Besonderheit Rücksicht genommen wird. Tatsache ist, und das wird auch nicht bestritten, dass die Arbeitslosigkeit im ganzen zunimmt, dass aber in erster Linie davon die Grenzkantone und auch die grossen Ortschaften im Innern des Landes betroffen werden. Es ist deswegen durchaus mit Recht verlangt worden, dass die Verteilung des Kredites je nach der Stärke der Arbeitslosigkeit, also etwas anders zu geschehen habe, als das in der Vergangenheit der Fall war. Wenn ich darauf verweise, dass es beispielsweise im Kanton Basel-Stadt trotz der grössten Bemühungen des Kantons selber es nicht gelingt, die Arbeitslosenzahlen unter einen bestimmten Satz hinabzudrücken, weil die Zuwanderung von der Schweiz her immer wieder diese Bemühung zunichte macht, scheint es uns durchaus gerechtfertigt zu sein, wenn durch diese neue Vorlage auch jene Gebiete, die besonders betroffen werden, besser berücksichtigt werden, wenn der Prozentsatz der Subventionen erhöht wird und wenn die Projekte, die eingereicht werden, in einem andern Mass subventioniert werden, als das bis jetzt der Fall gewesen ist.

Alle diese Erwägungen sprechen dafür, dass der Kredit zur Unterstützung der Arbeitsbeschaffung in den Kantonen von 35 auf 50 Millionen Franken erhöht wird, damit ihnen im Jahr 1939 die Möglichkeit gegeben ist, da überall einzusetzen, wo eingesetzt werden muss.

Der andere Erhöhungsantrag für die Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs spricht für sich. Es ist notwendig, dass auch da in einem überaus wichtigen Zweig unserer Wirtschaft ein Uebriges geschieht. Ich möchte Sie bitten, dass Sie diesen Anträgen zustimmen.

M. **Berthoud:** A l'encontre de la proposition qui vient d'être faite, je voudrais recommander au Conseil national d'abaisser de 35 à 30 millions le crédit pour le subventionnement de travaux. Non pas que je veuille affaiblir la position des cantons; bien loin de là, et plus particulièrement pas celle du canton que je représente ici.

Sur la base du chiffre réduit, que je propose, on devrait, plus que par le passé, tenir compte des circonstances spéciales à chaque canton et accroître le pourcentage de subventions accordées aux cantons qui souffrent d'une façon plus particulière du chômage. Mais l'ensemble de la somme me paraît excessive, et cela pour les raisons suivantes:

Tout d'abord est-on bien certain que «la création d'occasions de travail» constitue un moyen efficace de lutte contre le chômage? J'ai de fortes raisons de croire le contraire et, si nous considérons les résultats obtenus et les effets produits jusqu'à présent, on est fondé à douter sérieusement qu'ils soient en rapport avec les sommes dépensées. De plus, l'importance de ces sommes dépasse les possibilités financières actuelles de la Confédération. Il faut envisager ce qu'il adviendra, non pendant la période durant laquelle, par ce moyen artificiel, on soutient l'industrie du bâtiment, mais après. Pourra-t-on, du jour au lendemain, mettre fin à ce système coûteux de subventionnement? Je ne le crois pas.

Les cantons, les communes ont pris l'habitude, aujourd'hui, de n'engager des travaux que s'ils sont assurés d'une subvention fédérale. Les particuliers qui ont des transformations à faire à leurs immeubles ont adopté cette même tactique. Pourra-t-on s'en défaire si l'on continue de pratiquer la politique suivie jusqu'ici? Je suis persuadé du contraire.

Et l'industrie du bâtiment, est-ce qu'on lui rend les services que l'on croit? J'en doute, car le subventionnement aux travaux particuliers a pour effet essentiel de provoquer une anticipation de travaux. On accumule dans les années présentes tout un ensemble de travaux qui autrement se répartiraient sur une période sensiblement plus longue. Il ne faut pas s'imaginer que l'on pourra mettre fin sans autre à ce système de subventionnement, lorsque nous serons arrivés au terme de la période de trois ou quatre ans, dont on parle. Nous nous trouverons en face d'une situation encore plus difficile que celle où nous sommes aujourd'hui.

C'est la raison pour laquelle nous devons envisager dès maintenant non pas le maintien, moins encore l'augmentation des crédits affectés jusqu'à présent à ce moyen de lutter contre le chômage, mais la diminution de ceux-ci. Il faut réaliser cette diminution par étapes. Si je me sentais tout à fait libre, je n'hésiterais pas à vous proposer une réduction sensiblement plus accentuée et j'utiliserais simplement le chiffre qui figure dans le message du Conseil fédéral concernant la réforme des finances fédérales, message du 18 mars de cette année. Le Conseil fédéral lui-même considérait, dans son plan financier, que, pour l'année 1938, une somme de 20 millions suffirait au subventionnement de la création des possibilités de travail. Pour les années 1939 à 1947, il prévoit une moyenne de 15 millions. La proposition qui nous est soumise est, on le voit, en opposition et en contradiction flagrante avec celle que faisait le Conseil fédéral, il n'y a pas 6 mois. On ne peut que s'étonner de ce revirement. Si, encore, on était sûr de l'efficacité de la mesure il n'y aurait que demi-mal; mais je viens de vous signaler les inconvénients inhérents à ce système.

Il semble vraiment qu'on ne creuse pas beaucoup le problème, lorsqu'on considère le subventionnement de travaux comme un moyen propre à ranimer

notre économie. Il faut trouver d'autres méthodes plus rationnelles. Le processus économique n'a pas pour point de départ l'industrie du bâtiment et l'activité des professions qui s'y rattachent. Cette activité en est l'aboutissement. Le point de départ, c'est l'encouragement de nos industries d'exportation et de notre tourisme. Si l'on veut promouvoir notre économie, c'est de là qu'il faut partir; c'est sur nos industries d'exportation et sur le tourisme que nous devons porter l'effort principal. Une fois ces branches d'activité ranimées, un élan sera automatiquement donné à l'économie intérieure du pays, il en résultera entre autres une recrudescence d'activité de la construction.

Aurait-on peut-être interprété au rebours du bon sens le fameux dicton: «Quand le bâtiment va, tout va?» S'imaginerait-on que cela signifie que pour que tout aille, il faut faire marcher le bâtiment? Ce serait une erreur profonde. Si la sagesse populaire dit: «Quand le bâtiment va, tout va», c'est qu'elle fait une constatation; lorsque le bâtiment va, c'est parce que les affaires sont actives. C'est donc cet état de prospérité générale qu'il faut déclencher et promouvoir. Ce que nous faisons en concentrant notre effort sur le subventionnement de travaux ressemble fort à ce que ferait un meunier qui amènerait son eau au bas de la roue de son moulin au lieu de l'amener au haut! Je vous recommande de ne pas suivre cette méthode; il faut que l'eau arrive au haut de la roue pour que le moulin tourne d'une façon permanente et régulière, profitable à tous.

A cet effet, j'estime que dès maintenant et sans plus attendre, nous devons envisager l'abaissement graduel des sommes consacrées à l'encouragement des occasions de travail. Les sommes disponibles ne devront pas être dépassées et, si les demandes forment un total supérieur à celui qui avait été envisagé, il faut abaisser en proportion le pourcentage des subventions. Aujourd'hui, ce pourcentage est à peu près de 15. Que l'année prochaine on l'abaisse à 12, l'année suivante à 9 et la troisième à 5 ou 6! Si l'on procède ainsi, les demandes diminueront et l'on pourra revenir sans àcoup à une situation saine et normale. Nous aurons fait aussi un bien meilleur travail qu'en nous obstinant à consacrer des sommes sans cesse croissantes pour soutenir artificiellement une seule branche de notre économie.

Je vous recommande avec insistance de bien vouloir abaisser de 35 à 30 millions la somme affectée au subventionnement des occasions de travail.

Müller-Grosshöchstetten: Zunächst eine persönliche Erklärung: Herr Dr. Wetter hat es sich sehr billig gemacht, als er sich mit den von mir vorgebrachten Tatsachen befasste. Er hat sich nicht mit diesen Tatsachen auseinandergesetzt. Er spricht mir einfach den guten Glauben ab. Das ist sehr billig, aber auch sehr wenig heldenhaft. Wer so kämpfen muss, der beweist damit, dass ihm sachliche Argumente fehlen. Sie wissen, Herr Dr. Wetter, dass das, was Sie gesagt haben, nicht stimmt, und dass es nicht wahr ist.

Zur Begründung meines Antrages: Die Minderheit beantragt Ihnen, den Kredit für die Bodenverbesserungen, Wasserbauten und Waldarbeiten von 3 Millionen auf 6 Millionen Fr. zu erhöhen. In der Botschaft des Bundesrates steht über diesen Kredit geschrieben, dass gegenwärtig für Bodenverbesserungen, Meliorationen usw. 200 Projekte ausführungsreif bereit liegen. Dafür ist ein Betrag von 25 Millionen Fr. nötig. Die Kredite sind in den letzten Jahren auf diesen Positionen gekürzt worden, von über 9 Millionen Fr. auf etwas über 2 Millionen Fr. Die Botschaft des Bundesrates sagt selbst, dass diese Kürzung wieder gut gemacht werden musste durch ausserordentliche Zuschüsse. Sie stellt aber selber fest, dass sich dieser Weg für den Bund nicht bewährt habe und namentlich keine Ersparnisse zur Folge gehabt habe; es sei kein Gewinn gewesen. Die Geschäftsprüfungskommission unseres Rates hat hier selbst festgestellt, dass die ausserordentliche Kürzung der Kredite für diese Arbeiten sich draussen ausserordentlich schlecht bewährt und sehr schlimme Folgen nach sich gezogen habe. Ja, es ist hier im Rate gesagt worden, dass über den Armenetat wieder gut gemacht werden musste, was wir gefehlt hätten.

In der Vorlage vom 7. Juni sah der Bundesrat noch 20 Millionen Fr. vor. Er setzte diese in der kleinen Vorlage auf 12,5 Millionen Fr. hinunter, 1,1 Million Fr. für die Pragelstrasse weggerechnet. Sie kennen die Situation, wie sie entstanden ist, durch Ihre Massnahmen in der Milchfrage; Sie kennen den Rückschlag auf den Viehmärkten. Wenn wir hier nicht helfen, dann kommt es zu einer Katastrophe. Wir müssen zusätzliche Arbeit schaffen.

Das ist der Grund, warum Ihnen die Minderheit beantragt, zum allermindesten diesen Kredit für die Arbeitsbeschaffung in den Bergen und auf dem Lande von 3 auf 6 Millionen Fr. zu erhöhen.

M. **Robert:** Je regrette de ne pas partager l'opinion de M. Berthoud. Contrairement à lui, je pense que des crédits importants s'imposent, à l'heure actuelle, pour occuper les chômeurs. Cela est absolument nécessaire.

Hier, en entendant énumérer les localités touchées par le chômage, je me suis permis de penser qu'on oubliait la région horlogère neuchâteloise et jurassienne. Contrairement aux nouvelles publiées par la presse, qui m'a paru fort mal renseignée à ce sujet, le chômage y grandit. Tous les renseignements donnés par ceux qui paient des indemnités de chômage sont concordants à cet égard. Nous avons l'impression qu'on se retrouvera bientôt dans la situation des années de crise, que d'aucuns croyaient à jamais révolues. Cela est dû, en partie, à la situation internationale. Il est bien compréhensible qu'une industrie d'exportation doit être touchée par les événements internationaux. Mais certaines mesures prises par les autorités fédérales l'atteignent également. Ces mesures, récemment signalées dans la presse, consistent en des interdictions d'importation de produits de certains pays, ce qui a pour conséquence d'entraîner le refus de nous laisser exporter des montres. Dans le cas particulier, il s'agit des pays scandinaves.

Je pense donc que nous avons le droit, vu la situation internationale, vu les mesures prises par notre propre Gouvernement, de demander que des

mesures particulières soient envisagées pour notre région.

On a dit, tout à l'heure, que la situation financière des communes et des cantons était fort différente. C'est exact. Toutefois, je me permets de vous faire remarquer que la situation financière des communes et des cantons est particulièrement critique précisément là où, au cours de ces dernières années, le chômage a été considérable. Or, tel est le cas dans la région horlogère, notamment. L'industrie horlogère est l'une de celles qui ont été les plus frappées par la crise. Ces communes et cantons sont aux prises, à l'heure actuelle, avec une situation financière difficile. Je vous ai dit, tout à l'heure, que nous entrions à nouveau en pleine crise. De quelle façon pourront-ils faire face à leurs charges? Voilà le problème. Dans ces conditions, je suis surpris du sens de certaines interventions.

L'erreur commise par certains de nos collègues est la suivante: Ils s'opposent à l'intervention de la Confédération; ils s'opposent à certaines dépenses indispensables; ils se considèrent comme liés ensuite par leur opposition et, lorsqu'il s'agit de réclamer ce qui revient équitablement à leur région, ils se trouvent dans une situation fausse.

Pour ma part, je considère que ces dépenses étant décidées — ce qui est certain — on doit faire valoir les arguments que j'ai invoqués en faveur des régions particulièrement touchées. Nous avons beaucoup de chômeurs. Puisqu'il s'agit de travaux de chômage, il me paraît — et c'est là un point fort de l'exposé que M. Picot a fait hier — que les travaux de chômage devraient être prévus tout d'abord dans les régions où les chômeurs sont le plus nombreux. Ainsi que l'a dit très justement M. Picot, ce ne sont pas les chômeurs de Bâle, de Zurich ou de La Chaux-de-Fonds — que je me permets d'ajouter à sa liste — qui pourront aller travailler en Suisse centrale. Il faut qu'ils puissent travailler dans leur région. Il convient également de tenir compte de l'effectif des chômeurs, de la situation financière de ces régions, situation dont les autorités ne sont pas responsables, puisqu'elle est due à la crise, à laquelle ils ne pouvaient pas parer.

Il y a aussi un troisième élément dont on a parlé. Il s'agit de travaux intégralement payés par la Confédération. Les travaux de fortification, par exemple, ne coûtent rien, que je sache, aux cantons et communes. Cependant, en certaines régions, ils permettent d'occuper un grand nombre de chômeurs. Pour combattre mieux le chômage, on devrait augmenter les sommes versées aux cantons qui n'ont pas bénéficié de ces travaux militaires. Or, nos régions n'ont pas eu leur part des travaux payés intégralement par la Confédération. Il est cependant certain qu'il y aurait beaucoup de besogne à faire dans nos régions. Point n'est besoin de se mettre le cerveau à la torture pour en trouver. Il y aurait lieu, par exemple, de procéder à la réfection des routes. Si la situation financière ne s'améliore pas, il ne nous sera pas possible avant de nombreuses années de mettre nous-mêmes ces travaux en chantier. Nous pourrions immédiatement nous y atteler, à condition de bénéficier d'une aide spéciale de l'autorité fédérale.

De même, dans les régions viticoles neuchâteloises, on s'est plaint des dégâts causés par les orages, qui ont entraîné une perte considérable pour les vignerons. On a envisagé des travaux de protection contre les dégâts provoqués par les eaux. Ce sont là des travaux intéressants, qu'il n'est pas possible de réaliser actuellement, faute de moyens financiers. Bien d'autres travaux semblables pourraient encore être exécutés. Mais, pour cela — encore une fois — il faut de l'argent.

Autre chose encore. Nous avons à considérer l'effet que produirait sur le public de nos régions une décision des Chambres entraînant des dépenses considérables auxquelles tous les citoyens seraient appelés à participer et dont nous n'aurions pas notre part. Lorsqu'il s'agit de payer un impôt, on est volontiers disposé à rechigner. Mais, lorsqu'il s'agit de payer une contribution en échange de laquelle on ne reçoit rien, on rechigne encore bien davantage. Ceux d'entre vous qui tiennent beaucoup à l'exécution du prochain programme feraient bien d'y songer. Pour ma part, je ne me sentirais pas très à l'aise si je devais demander à nos citoyens neuchâtelois de voter des contributions considérables dont ils ne recevraient pas leur juste part.

Il ne faut donc pas faciliter l'opposition. On doit considérer le problème à résoudre sous son véritable aspect.

Monsieur le Président, j'ai terminé, pour le plus grand soulagement de tous ceux qui parlent dans cette salle...

Duttweiler: Ich habe zur Eintretensfrage das Wort nicht ergriffen. Unsere Gruppe hat sich dazu nicht geäussert.

Die Worte von Herrn Bundesrat Obrecht haben mich veranlasst, ein Wort zum allgemeinen Aspekt vorzubringen. Ich glaube, es geht nicht an, in dieser Zeit wiederholt Feststellungen zu machen, von denen man weiss, dass sie unzutreffend sind. Das behaupte ich von der Feststellung, dass die 30 Millionen für die Hoch- und Tiefbauarbeitssubventionen 35 000 Arbeitern zusätzlich Beschäftigung verschaffen. Das ist eine Unrichtigkeit, auf die Herr Bundesrat Obrecht in den Kommissionen in Klosters und Baden von den verschiedensten Seiten aufmerksam gemacht worden ist. Mit diesen 30 Millionen Franken 35 000 Arbeiter zusätzlich zu beschäftigen, das ist eine Unmöglichkeit! Aber richtig ist, dass wir heute die Morphiumspritze fortsetzen müssen, dass sofort ein Rückgang der Bautätigkeit einträte, wenn eben dieser Zuschuss des Bundes ausbliebe.

Ich glaube, wir müssen uns klar werden, ob wir einen normalen Wirtschaftsablauf haben oder nicht. Ich sage, wir müssen der Vorsehung dankbar sein, wenn sie uns noch einige Jahre von dem wirtschaftlichen Aspekt schenkt, wie wir ihn letztes Jahr und sogar dieses Jahr hatten. Wir stehen einer ungewissen Zukunft gegenüber und wissen nicht, ob wir nicht vielleicht schon in den nächsten drei Jahren unter einen gewaltigen wirtschaftlichen Druck genommen werden, wie andere Länder, Oesterreich und die Tschechoslowakei, die schon lange unter dem wirtschaftlichen Druck Deutschlands gelitten haben. Wir hätten in diesem Falle ganz gewaltige Anstrengungen zu machen, und es

ist deshalb nicht zu verantworten, dass man heute mit künstlichen Mitteln die Innenwirtschaft beleben will.

Der Export und der Fremdenverkehr sind unser Lebensnerv. Das haben alle Teile gesagt, es sei eine Schwäche der Regierung, dass sie immer den Forderungen der Verbandssekretäre nachgebe, damit sich diese daheim über ihre Erfolge ausweisen könnten.

Ein solches Regime ging früher; in einer Zeit, wo wir hunderttausend Arbeitslose hatten, war es gerechtfertigt. Heute aber sind andere Methoden am Platz. Die Lage könnte bedeutend gebessert werden, wenn es gelänge, die in der Textilindustrie brotlosen Arbeiter in der Hotellerie zu beschäftigen, wenn Verständnis für eine praktische Werbung im Ausland für den schweizerischen Fremdenverkehr, den Hotelplan, bestände; anstatt ihn in unsinniger Weise auch im Ausland zu bekämpfen. Das ist unser Feld; dort wird die Entscheidung über die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit fallen. Es handelt sich nur darum, diese Dinge mit Energie und Zuversicht in die Tat umzusetzen.

Ein zweiter Fall, in dem die Regierung versagt hat, ist die Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern. Man weiss nicht, was man will und man sollte deshalb nicht erklären, dass das Schicksal an der gegenwärtigen Notlage schuld sei. Das ist unrichtig. Das Bundesgesetz, das Sie beschlossen haben, das am 1. April von den Räten verabschiedet wurde, hätte den Bundesrat absolut berechtigt und ihn sogar verpflichtet, sofort zu handeln.

Wir sehen, nach der Abwertung war man nicht fähig, eine Umstellung nach den neuen Verhältnissen vorzunehmen. Nach dem Fall von Oesterreich und nach der tschechoslowakischen Situation ist man nicht in der Lage, eine Aenderung der Massnahmen, des Tempos herbeizuführen. Wir können uns nicht umorientieren, wir können uns der Situation nicht anpassen. Es ist so, dass wir machen, was wir nicht machen sollten, dass wir uns über andere Dinge unterhalten, die Zeit mit Nebensächlichkeiten totschlagen. Das ganze Volk denkt das, was ich hier sage: „Wir können uns der Grösse der Zeit und ihren Anforderungen nicht anpassen."

Nobs: Ich möchte zu Art. 1 noch einige Wünsche vorbringen, in bezug auf die Durchführung dieser Massnahmen. Dem Kreditbeschluss liegt ein Programm zugrunde. Ob es in allen Teilen durchführbar sein wird, ist ja nicht gewiss. Das hängt einesteils von den Kantonen, dann von den Gemeinden, ja sogar auch von Privaten ab, ob sie nun die Wege, welche diese Kredite weisen, beschreiten werden. Selbst bestimmte Arbeiten des Bundes sind ja nicht von vorneherein gewiss.

Darum möchte ich dem Gedanken Ausdruck geben, dass das Arbeitsbeschaffungsprogramm, wie es in der Botschaft steht und wie es in Art. 1 wiedergegeben worden ist, nicht in der Weise für den Bundesrat verbindlich sein soll, dass er nicht gewisse Veränderungen soll vornehmen dürfen. Wenn sich also ergäbe, dass die eine oder andere Massnahme nicht durchführbar wäre, so sollte der Bundesrat befugt sein, die dafür ausgesetzten Kredite der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen für eine andere hier erwähnte Kategorie von Arbeiten zu verwenden. Dieser Gedanke ist ausgesprochen in der Botschaft des Bundesrates vom 7. Juni. Wenn er nun auch nicht in der heutigen Zwischenlösung wiederholt worden ist, so möchte ich doch dem Wunsche Ausdruck geben, dass das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und der Bundesrat eine bestimmte Bewegungsfreiheit für eine elastische Handhabung dieser Massnahmen erhalten sollen.

Noch einige wenige Worte über den Vollzug dieser Massnahmen. Der Berechnungsmodus des Bundesanteiles bei gemeindeeigenen Bauten ist noch nicht zur Befriedigung geregelt. Ich möchte den Chef des Volkswirtschaftsdepartementes sehr bitten, diese Angelegenheit persönlich noch einmal einer Prüfung unterziehen zu wollen. Auch das nachträgliche Herabsetzen der Subventionsansätze des Bundes hat im Vollzug Schwierigkeiten zur Folge gehabt. Es wäre sodann wünschenswert, dass der Grad der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Landesteilen etwas stärker berücksichtigt würde bei der Zuteilung der Arbeit. Dass wir bei Massnahmen der Landesverteidigung natürlich nicht darauf Rücksicht nehmen können, ist klar. Um so mehr aber sollte das bei den andern Arbeiten der Fall sein. Hier ist eine solche Rücksichtnahme möglich. Wir wollen uns keiner Täuschung hingeben. Es hiesse ja, uns selber und unser Volk über die Wirksamkeit dieser grossen Kredite täuschen, wenn wir in einigen Monaten, wenn wir in den kommenden Jahren 1939 und 1940 feststellen müssten, dass zwar die grossen Kredite beschlossen worden seien, dass aber dort, wo die Arbeitslosigkeit wirklich vorhanden ist, diese unvermindert anhält.

Ich wünsche sodann auch, dass der Herr Chef des Volkswirtschaftsdepartementes darauf Bedacht nähme, den Kantonen von vorneherein eine bestimmte Kreditquote zu sichern, damit sie eine bessere Klassifikation der Projekte durchführen können, die auf die Dringlichkeit und die Zweckmässigkeit, auf den Grad der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Arbeitsintensität Rücksicht nähme, die ja bei den verschiedenen Projekten ungleich ist. Damit könnte ein bestimmter Ausgleich getroffen werden, und wir bekämen nicht das Chaos, das aus dem Wettlauf entsteht, wobei die ersten zuerst an die Reihe kommen und nicht diejenigen, die wirklich zuerst Berücksichtigung finden sollten.

Das sind stichhaltige Gründe, um im Vollzug Modifikationen eintreten zu lassen, die dem Zweck der ganzen Aufgabe sehr dienlich wären.

Ich möchte auch das unterstützen, was Herr Nationalrat Schneider gesagt hat: Wir fürchten sehr, dass gerade in unserem zürcherischen Krisengebiet die Kredite bei der Beschränkung, wie sie heute ausgesprochen werden soll, in wenigen Monaten erschöpft sein werden und dass für die fernere Periode nichts übrig bleibt. Schon in der Vergangenheit wurde durch das Liegenbleiben der Gesuche in Bern während Fristen von vielen Monaten unsere gesamte Tätigkeit auf diesem Gebiet zeitweilig vollständig lahmgelegt, während in Gemeinden mit starker Arbeitslosenzahl Dutzende von Arbeitsbeschaffungsvorlagen bereitstanden, die nicht ausgeführt werden konnten, weil die Kredite erschöpft waren.

Ich möchte mit einem Wort auch das unterstützen, was Herr Nationalrat Duttweiler über die Situation in der Exportindustrie gesagt hat. Ich komme aus einem Wirtschaftsgebiet, in dem die Exportindustrie, und nicht zum Nachteil der schweizerischen Volkswirtschaft, seit langen Jahrzehnten eine grosse Bedeutung erlangt hat. Wir sehen, wie diese Bedeutung immer mehr zurückgeht. Es wird keine Wirtschaftsgruppe, auch nicht die Landwirtschaft, verkennen können, dass der Verlust unserer Exportindustrie für die gesamte schweizerische Wirtschaft ein furchtbarer Schlag wäre. Ich möchte mit allem Nachdruck auch wegen der zahlreichen, in der Exportindustrie tätigen Arbeitskräfte bitten, die Bedeutung der Exportindustrie für die gesamte Volkswirtschaft nicht zu unterschätzen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung über geistige Krisenbekämpfung. Wenn ich als Volkswirtschaftsdirektor dazu komme, in Arbeitslosenversammlungen zu sprechen, muss ich sagen, dass wir vermehrte Kredite haben werden, aber damit bei weitem nicht für alle Arbeitslosen werden Arbeit beschaffen können. Ich muss ihnen die bittere Wahrheit sagen, dass sie sich mit der Arbeitslosenversicherung und mit Fürsorgemassnahmen abfinden müssen. Wenn man dann sieht und hört, wie die Moral der Arbeitslosen durch die Unmöglichkeit, Arbeit zu bekommen, beeinflusst wird, können sie einem leid tun. Letzte Woche habe ich mit den Leitern der Arbeitslager gesprochen. Diese Leiter geben sich grosse Mühe, für die Arbeitslagerteilnehmer Arbeit zu beschaffen. Es hat mir Eindruck gemacht, als einer berichtete, das Traurigste und Deprimierendste sei, zu sehen, wie ein 50- oder 60jähriger, wackerer Mann, nachdem er 6 Monate im Arbeitslager gearbeitet habe und hoffte, Arbeit zu finden, dann mit seinem kleinen Gepäck abzotteln müsse, in die gleiche Trostlosigkeit hinein, aus der er vor Monaten ins Lager gekommen ist. Wir können nach dieser Seite nicht genug tun. Wir haben gegenüber den Arbeitslosen auch eine psychologische Aufgabe zu erfüllen. Es ist mir unlängst berichtet worden, wie gerade unter den Menschen, die dieses schwerste Schicksal zu ertragen haben, die Gefahr besteht, dass sie geistig vollständig heimatlos werden, weil sie das Vertrauen zum Lande und seinen Behörden verlieren. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen auf uns nehmen, um dieser geistigen Heimatlosigkeit nicht Vorschub zu leisten.

In einer Zeit wie der heutigen dürfen wir Schweizer nicht in der Entmutigung untergehen. Das Vertrauen, dass unser Land die aus dem Gang der Weltwirtschaft und der Weltpolitik drohende Gefahr überwinden werde, dürfen wir nicht verlieren. Dieses Vertrauen darf in unserem Volke nicht untergehen. Ich möchte Sie deshalb sehr bitten, bei der Beschlussfassung über die Kredite, aber auch bei der Ausführung der Massnahmen, die wir hier beschliessen wollen, diese Gesichtspunkte nicht ausser acht zu lassen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 26. Sept. 1938.
Séance du 26 sept. 1938, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

Zu 3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 757 hiervor. — Voir page 757 ci-devant.

Held: Einige Worte zu den Minderheitsanträgen, die dahin zielen, die Beiträge für Bodenverbesserungen und Förderung des Fremdenverkehrs und des Exportes zu verdoppeln. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion ist der Auffassung, dass die ordentlichen Kredite für Bodenverbesserungen zu gering sind und im Budget zu generell beschnitten wurden. Darauf ist unserseits schon wiederholt hingewiesen worden und auch die Geschäftsprüfungskommission hat festgestellt, dass öfters baureife Projekte zurückgelegt werden müssen, weil die nötigen Kredite fehlen, wogegen auf andern Gebieten Arbeitsgelegenheiten gesucht werden müssen, um die Leute zu beschäftigen. Nach wie vor sind wir der Auffassung, dass die Bodenverbesserungen das beste Mittel sind, um die Arbeitslosen auf dem Lande zu beschäftigen, also dort zu beschäftigen, wo sie sind und sie dort zu erhalten. Noch bis vor einigen Jahren sind für diese Zwecke zirka 8 Millionen bewilligt worden. Diese Summe ist auf kaum einen Drittel zurückgegangen und im letzten Budget ist der Kredit für diese Bodenverbesserungen nochmals um Fr. 200 000 auf 2,6 Millionen zurückgesetzt worden. Diese Summe ist absolut ungenügend und die zuständigen Instanzen beklagen sich, dass sie wirklich baureife Vorlagen nicht ausführen können, weil der Bundeskredit mangelt. In gewissen Kantonen wird das keine Inkonvenienzen hervorrufen, aber gewisse andere kantonale Werke sind einfach blockiert. Wir müssen daher darauf Bedacht nehmen, dass aus andern Quellen, aus Notstandskrediten oder aus dieser Vorlage die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Bodenverbesserungen, die notwendig sind, durchführen zu können.

Wir begrüssen es deshalb, dass in der Gesamtvorlage des Bundesrates für die Arbeitsbeschaffung 20 Millionen eingestellt worden sind. Wir freuen uns dessen und danken dem Bundesrat, dass er trotz der Reduktion im ordentlichen Budget für diesen Zweck 20 Millionen zur Verfügung stellt. Wir hätten es auch begrüsst, wenn auf einem andern Gebiete etwas vorgesorgt worden wäre. Es betrifft die Unterstützung des Heimatwerkes zur Förderung der Heimarbeit in den Bergtälern, wo Wäsche und Kinderkleiderstücke hergestellt werden können, wenn der nötige Kredit da ist, um der

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	V
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	06
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	23.09.1938
Seite Page Pagina	757-766
Ref. No	20 032 601

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Ich möchte mit einem Wort auch das unterstützen, was Herr Nationalrat Duttweiler über die Situation in der Exportindustrie gesagt hat. Ich komme aus einem Wirtschaftsgebiet, in dem die Exportindustrie, und nicht zum Nachteil der schweizerischen Volkswirtschaft, seit langen Jahrzehnten eine grosse Bedeutung erlangt hat. Wir sehen, wie diese Bedeutung immer mehr zurückgeht. Es wird keine Wirtschaftsgruppe, auch nicht die Landwirtschaft, verkennen können, dass der Verlust unserer Exportindustrie für die gesamte schweizerische Wirtschaft ein furchtbarer Schlag wäre. Ich möchte mit allem Nachdruck auch wegen der zahlreichen, in der Exportindustrie tätigen Arbeitskräfte bitten, die Bedeutung der Exportindustrie für die gesamte Volkswirtschaft nicht zu unterschätzen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung über geistige Krisenbekämpfung. Wenn ich als Volkswirtschaftsdirektor dazu komme, in Arbeitslosenversammlungen zu sprechen, muss ich sagen, dass wir vermehrte Kredite haben werden, aber damit bei weitem nicht für alle Arbeitslosen werden Arbeit beschaffen können. Ich muss ihnen die bittere Wahrheit sagen, dass sie sich mit der Arbeitslosenversicherung und mit Fürsorgemassnahmen abfinden müssen. Wenn man dann sieht und hört, wie die Moral der Arbeitslosen durch die Unmöglichkeit, Arbeit zu bekommen, beeinflusst wird, können sie einem leid tun. Letzte Woche habe ich mit den Leitern der Arbeitslager gesprochen. Diese Leiter geben sich grosse Mühe, für die Arbeitslagerteilnehmer Arbeit zu beschaffen. Es hat mir Eindruck gemacht, als einer berichtete, das Traurigste und Deprimierendste sei, zu sehen, wie ein 50- oder 60jähriger, wackerer Mann, nachdem er 6 Monate im Arbeitslager gearbeitet habe und hoffte, Arbeit zu finden, dann mit seinem kleinen Gepäck abzotteln müsse, in die gleiche Trostlosigkeit hinein, aus der er vor Monaten ins Lager gekommen ist. Wir können nach dieser Seite nicht genug tun. Wir haben gegenüber den Arbeitslosen auch eine psychologische Aufgabe zu erfüllen. Es ist mir unlängst berichtet worden, wie gerade unter den Menschen, die dieses schwerste Schicksal zu ertragen haben, die Gefahr besteht, dass sie geistig vollständig heimatlos werden, weil sie das Vertrauen zum Lande und seinen Behörden verlieren. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen auf uns nehmen, um dieser geistigen Heimatlosigkeit nicht Vorschub zu leisten.

In einer Zeit wie der heutigen dürfen wir Schweizer nicht in der Entmutigung untergehen. Das Vertrauen, dass unser Land die aus dem Gang der Weltwirtschaft und der Weltpolitik drohende Gefahr überwinden werde, dürfen wir nicht verlieren. Dieses Vertrauen darf in unserem Volke nicht untergehen. Ich möchte Sie deshalb sehr bitten, bei der Beschlussfassung über die Kredite, aber auch bei der Ausführung der Massnahmen, die wir hier beschliessen wollen, diese Gesichtspunkte nicht ausser acht zu lassen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 26. Sept. 1938.
Séance du 26 sept. 1938, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

Zu 3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 757 hiervor. — Voir page 757 ci-devant.

Held: Einige Worte zu den Minderheitsanträgen, die dahin zielen, die Beiträge für Bodenverbesserungen und Förderung des Fremdenverkehrs und des Exportes zu verdoppeln. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion ist der Auffassung, dass die ordentlichen Kredite für Bodenverbesserungen zu gering sind und im Budget zu generell beschnitten wurden. Darauf ist unserseits schon wiederholt hingewiesen worden und auch die Geschäftsprüfungskommission hat festgestellt, dass öfters baureife Projekte zurückgelegt werden müssen, weil die nötigen Kredite fehlen, wogegen auf andern Gebieten Arbeitsgelegenheiten gesucht werden müssen, um die Leute zu beschäftigen. Nach wie vor sind wir der Auffassung, dass die Bodenverbesserungen das beste Mittel sind, um die Arbeitslosen auf dem Lande zu beschäftigen, also dort zu beschäftigen, wo sie sind und sie dort zu erhalten. Noch bis vor einigen Jahren sind für diese Zwecke zirka 8 Millionen bewilligt worden. Diese Summe ist auf kaum einen Drittel zurückgegangen und im letzten Budget ist der Kredit für diese Bodenverbesserungen nochmals um Fr. 200 000 auf 2,6 Millionen zurückgesetzt worden. Diese Summe ist absolut ungenügend und die zuständigen Instanzen beklagen sich, dass sie wirklich baureife Vorlagen nicht ausführen können, weil der Bundeskredit mangelt. In gewissen Kantonen wird das keine Inkonvenienzen hervorrufen, aber gewisse andere kantonale Werke sind einfach blockiert. Wir müssen daher darauf Bedacht nehmen, dass aus andern Quellen, aus Notstandskrediten oder aus dieser Vorlage die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Bodenverbesserungen, die notwendig sind, durchführen zu können.

Wir begrüssen es deshalb, dass in der Gesamtvorlage des Bundesrates für die Arbeitsbeschaffung 20 Millionen eingestellt worden sind. Wir freuen uns dessen und danken dem Bundesrat, dass er trotz der Reduktion im ordentlichen Budget für diesen Zweck 20 Millionen zur Verfügung stellt. Wir hätten es auch begrüsst, wenn auf einem andern Gebiete etwas vorgesorgt worden wäre. Es betrifft die Unterstützung des Heimatwerkes zur Förderung der Heimarbeit in den Bergtälern, wo Wäsche und Kinderkleiderstücke hergestellt werden können, wenn der nötige Kredit da ist, um der

armen Bergbevölkerung solche gratis abgeben zu können. Wir hoffen, dass dann im Gesamtprogramm dieser Forderung Rechnung getragen werden könne.

In der Uebergangsvorlage, in dieser reduzierten Vorlage sind für die Bodenverbesserungen drei Millionen eingestellt. Bei der Beratung in Baden hat Herr Dr. Müller den Antrag gestellt, den Kredit auf 6 Millionen zu erhöhen. Er wurde einerseits unterstützt von den Vertretern der Linken. Herr Kollege Nobs hat dazu gesprochen und ihn warm unterstützt. Auch Herr Crittin aus dem Wallis hat den Antrag unterstützt, in der Auffassung, dass auch etwas abfallen möchte zur Unterstützung der notleidenden Weinbauern, die in diesem Jahr bekanntlich vielerorts eine totale Fehlernte haben. Auch ich habe diesen Antrag unterstützt, in der bestimmten Auffassung, dass drei Millionen eventuell nicht genügen werden und in der Befürchtung, dass eben noch andere Projekte aus diesem Kredit subventioniert werden könnten, wie die Pragelstrasse, Wasserbauten usw., so dass für eigentliche Meliorationsarbeiten herzlich wenig verfügbar wäre. Wir wurden aber orientiert, dass das nicht der Fall sei und sind in der Kommission in Minderheit geblieben, allerdings mit bloss 9 gegen 10 Stimmen.

Unsere Fraktion möchte nun ihre Haltung davon abhängig machen, was der Bundesrat dazu sagt und was für Aussichten er uns macht hinsichtlich der Verwendungsmöglichkeiten dieser Kredite für die eigentlichen Bodenverbesserungen. Entsprechend diesen Orientierungen und entsprechend der Stellungnahme des Rates zu verschiedenen anderen Abänderungsanträgen wird auch unsere Fraktion stimmen.

Nun noch einige Worte über das Vorgehen bei Einreichung von Minderheitsanträgen. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch Mitglieder unserer Fraktion zum Antrag auf Erhöhung des Kredites zur Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs gestimmt haben. Wir haben das damit begründet, dass bei Förderung des Exportes auch für landwirtschaftliche Produkte vielleicht vermehrte Kredite notwendig seien, indem die Erträgnisse aus den Futtermittelzöllen, die ja die Landwirtschaft selbst aufbringt, vielleicht zurückgehen werden, zu wenig einbringen, um den so dringend notwendigen Viehexport zu fördern im Interesse unserer Berggegenden, im Interesse der notleidenden Viehzucht. Auch hinsichtlich der Förderung des Fremdenverkehrs haben wir die Auffassung, dass die Landwirtschaft daran ein gewisses Interesse hat, weil die einheimischen Produkte in der Hotellerie Verwendung finden können. Wir sind aber bei Einreichung dieser Minderheitsanträge nicht begrüsst worden, und wir betrachten uns in dieser Beziehung als frei, unsere Stimme nach Belieben zu geben. Der Minderheitsantrag ist unterzeichnet von Vertretern der Linken und von Herrn Dr. Müller. Da müssen wir die Auffassung bekommen, dass diese Leute die Interessen dieser Gruppen zu wahren gedenken.

Noch interessanter ist allerdings der Antrag auf Erhöhung für die Bodenverbesserungen. Da war eine Minderheit von 9:10 und nun haben wir keinen Minderheitsantrag, sondern nur einen mehr oder weniger persönlichen Antrag von Herrn Dr. Müller, der allerdings der Urheber des Antrages in der Kommission ist. Aber es scheint, wie ich informiert bin, dass die Unterstützung von der Linken nicht anbegehrt wurde und dass eine solche von der Rechten auch nicht wünschbar zu sein scheint. Es verhält sich wirklich so. Entweder wird Herr Dr. Müller mit seiner hier bekannten Durchschlagskraft allein durchdringen und uns daher nicht nötig haben, oder aber es ist ihm gar nicht daran gelegen, und er wird einen Misserfolg zu andern Zwecken besser ausnützen können, als wenn wir einen grossen Erfolg für die Bodenverbesserungen erringen würden. Ich glaube, auch darüber werden wir uns verständigen können, aber ich muss ein solches eigenmächtiges Vorgehen doch etwas eigenartig finden und dementsprechend taxieren. Wenn das Resultat zu andern Zwecken ausgenützt werden sollte, müsste ich schon jetzt gegen solche Absichten in aller Form Verwahrung einlegen.

M. **Graber:** Je voudrais attirer votre attention sur un côté de ce problème qui, je le crois, est plus grave que vous ne le supposez généralement. Lorsque le grand programme fut présenté par la commission, nos collègues de la Suisse romande et la presse romande firent remarquer, non sans raison, que ce programme de 425 millions intéressait très peu la Suisse romande. On l'avait presque oubliée. Peut-être n'y avait-il pas en Suisse romande de très grands travaux à entreprendre; mais nous avons pensé qu'on pouvait rétablir l'équilibre en donnant plus d'importance aux travaux que les cantons et les communes de la Suisse romande pouvaient ou devaient entreprendre. C'était un moyen de rétablir l'équilibre. De plus, les travaux des cantons et des communes offrent certains avantages sur lesquels je me permets d'insister quelque peu. Le premier, c'est que les travaux des cantons et des communes permettent un départ plus rapide parce qu'ils sont déjà étudiés et parce que, même s'ils ne le sont pas, ils demandent des études moins longues. Le deuxième avantage, c'est qu'ils permettent aux chômeurs qu'ils occupent de travailler dans la région même où se trouvent leurs familles et cela a, pour une famille, une importance sur laquelle il n'est pas nécessaire d'insister. Mais ces travaux des cantons et des communes ont un point faible: c'est le côté financier. C'est le cas en particulier pour les cantons qui sortent déjà fatigués de la dernière crise. Pour qu'on me comprenne mieux, je vous citerai un cas tout à fait précis.

Je prends la commune de La Chaux-de-Fonds, qui compte 31 500 habitants. Cette commune a subi la crise pendant 7 années et a dépensé, à elle seule, pendant cette période, 13 millions de francs en secours de chômage, ce qui veut dire qu'ayant perdu 7000 habitants, elle sort de cette crise complètement épuisée.

En ce moment même, l'insécurité internationale provoque de nouveaux troubles dans nos exportations et, comme toujours, les régions horlogères sont les premières frappées; ainsi le chômage, qui avait reculé, vient de nouveau de faire un bond; il dépasse aujourd'hui ce qu'il était en 1937, c'est-à-dire que l'on compte actuellement à La Chaux-de-

Fonds 1600 chômeurs complets. Il faut les occuper, dites-vous. C'est très bien, nous sommes d'accord. Mais comment voulez-vous qu'une commune qui a dépensé 13 millions pendant la dernière crise, qui a perdu 7000 habitants, donc un très grand nombre de contribuables, et qui est dans l'obligation de mettre à la charge de la population toutes les dépenses publiques, comment voulez-vous qu'une telle commune entreprenne des travaux de chômage? Et pourtant, il y aurait des travaux à entreprendre. Je veux en signaler quelques-uns qui, en ce moment-ci, présentent un intérêt particulier.

On a demandé aux communes de prévoir des travaux de défense passive. Nous avons à La Chaux-de-Fonds deux quartiers, le quartier des fabriques et celui des écoles, qui devraient prévoir quelque chose contre les attaques aériennes, en exécutant des travaux de défense passive. Les petits travaux de cave dont on parlait autrefois, sont aujourd'hui inutiles. Les événements d'Espagne nous en donnent la preuve. On ne prévoit aujourd'hui que de vastes souterrains. Or, comment voulez-vous qu'une commune comme La Chaux-de-Fonds entreprenne de tels travaux, elle qui n'a pas d'argent? La Confédération nous invite à les faire, c'est très bien; nous serions heureux de pouvoir les entreprendre; mais nous qui avons dû diminuer les intérêts de notre dette, où voulez-vous que nous trouvions l'argent nécessaire? On nous demande aussi de doter le pays d'une jeunesse forte. On a raison; mais, là encore, nous avons dû diminuer les leçons de gymnastique données dans nos écoles moyennes et professionnelles, parce que les subventions de la Confédération ont été réduites et parce que nos halles de gymnastique font défaut. Nous avons, il est vrai, un projet tout prêt de construction de nouvelles halles; tout est prévu, mais nous n'avons pas d'argent. Nous aurions donc à entreprendre des travaux et pour la protection de nos populations et pour le développement de notre jeunesse; mais, je le répète, nous n'avons pas d'argent! Vous pourriez vous adresser au canton, nous dira-t-on peut-être. Or, on a déjà suffisamment discuté dans cette salle de la situation financière du canton de Neuchâtel pour que j'insiste davantage. Vous savez bien que les communes ne peuvent rien attendre du canton.

Alors, comment le Conseil fédéral va-t-il s'y prendre? Puisque l'on demande — et nous avons insisté sur ce point devant la commission — que les travaux de chômage soient effectués dans les régions les plus touchées, comment va-t-on s'y prendre, alors que les régions qui ont le plus grand nombre de chômeurs sont aussi celles dont les possibilités financières sont les plus réduites?

Lorsque nous avions devant nous le vaste projet de 425 millions, nous avions trouvé une solution. La commission, dans sa très grosse majorité, était d'avis que l'on pouvait faire appel aux bénéfices de la dévaluation recueillis par la Banque nationale, en respectant la proportion prévue par la loi: $\frac{1}{3}$ pour la Confédération et $\frac{2}{3}$ pour les cantons. Si donc on avait prélevé sur ce fonds 50 millions pour la Confédération, les cantons auraient reçu en même temps l'argent nécessaire pour entreprendre des travaux que la Confédération aurait ensuite subventionnés. C'était donc là une solution.

Mais — je pose cette question à M. le conseiller fédéral Obrecht — comment le Conseil fédéral va-t-il entreprendre ce programme restreint qu'il nous propose? Et comment va-t-il employer les 35 millions qu'il veut accorder aux cantons et aux communes? A l'entendre, il semble que ce programme de 70 millions ne soit que le commencement du grand programme de 425 millions. L'économie devrait donc être la même, ce qui veut dire que si, pour le programme de 425 millions, on avait prévu que les cantons pourraient recevoir les sommes suffisantes pour entreprendre les travaux en question, il faudrait aussi les prévoir pour le programme de 70 millions. Si ce n'est pas possible, il faudrait alors que la Confédération prît des mesures particulières à l'égard des cantons et des communes ayant le plus souffert de la dernière crise, afin de leur permettre d'entreprendre immédiatement des travaux de chômage.

Si l'on trouve une solution dans ce sens, il est clair que le crédit affecté aux cantons et aux communes, prévu à 35 millions, est insuffisant. Si nous avons demandé que l'on porte ce crédit à 50 millions, ce n'est pas pour faire de la surenchère, mais parce que nous savons que ce sont les cantons et les communes ayant le moins de résistance financière qui sont le plus intéressés à ces travaux et parce que nous n'ignorons pas que ces cantons et ces communes exigeront de la part de la Confédération un sacrifice financier d'autant plus grand.

Nous insistons donc sur l'importance qu'il y a de porter ce crédit à 50 millions. Il ne faut en tout cas pas le diminuer. Nous demandons, en même temps, à M. le conseiller fédéral Obrecht comment il emploiera ce crédit à l'égard des cantons et des communes dépourvus de toute ressource financière.

Nüesch: Die Kommissionsminderheit schlägt Ihnen zur Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs 10 Millionen Franken vor, während der Antrag des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit auf 5 Millionen Franken geht.

Ich möchte Sie nun dringend ersuchen, dem Antrage der Kommissionsminderheit den Vorzug zu geben und zwar aus folgenden Ueberlegungen.

Wie aus den Ausführungen des Herrn Bundesrat Obrecht zu entnehmen ist, macht es den Anschein, dass man gewillt ist, den Export und den Fremdenverkehr mit entsprechenden Mitteln zu heben und zu fördern. Ein Fragezeichen muss man allerdings machen, wenn man auf Grund der Vorlage und der in Aussicht genommenen Summe von 5 Millionen Franken das Wie in den Vordergrund setzt.

Wenn Herr Nationalrat Dr. Wetter als Kommissionsreferent erklärte, dass die Minderheitsanträge, welche eine Erhöhung oder eine Verschiebung der Beträge im Auge hätten, nicht berücksichtigt werden könnten, glaube ich doch, dass hier beim Export und beim Fremdenverkehr dies möglich und im Interesse des Landes liegen könnte.

In dieser Position handelt es sich in erster Linie effektiv nicht um eine Ausgabe, sondern nur um die Verschiebung eines Betrages, welcher aber in der Lage ist, sich im Mehrfachen als Einnahme in unserem Lande auszuwirken. Ich habe die Meinung, wie Herr Bundesrat Obrecht einmal erwähnte, dass man auf die praktische Seite Gewicht legen

sollte und jene Faktoren mit allen Mitteln zu fördern, welche für uns wertvoll und unentbehrlich sind. In dieser Auffassung sind wir alle einig, dass, wenn unser Land nicht eine ausgebaute Exportindustrie zu halten vermag, es auch der Inlandindustrie schlecht gehen muss. Es dürfte dies ohne weiteres verständlich sein, wenn man bedenkt, dass die Schweiz einen Drittel der Bevölkerung durch den Export zu ernähren und durchzuhalten hat. Wenn aber vom Export ge chrieben und gesprochen wird, ist sich jeder bewusst, dass man mit ganz andern Faktoren zu rechnen hat, als dies bei der Inlandindustrie der Fall ist. Wie oft konnte aus dem Munde von Herrn Bundesrat Obrecht vernommen werden, welche Schwierigkeiten nach allen Richtungen zu überwinden seien, dass es sich aber lohne, diesen Zweig, diese unentbehrliche Einnahmequelle durch ansehnliche Beiträge zu fördern und zu stützen. Es konnte also absolut nicht missverstanden sein, dass gerade unser Volkswirtschaftsminister die praktische Seite hervorkehrte und die Werte, welche durch die zur Verfügung gestellten Mittel hereingebracht werden konnten, zu schützen und zu würdigen verstand.

Herr Bundesrat Obrecht hatte bei der Behandlung der wirtschaftlichen Notmassnahmen im Jahre 1936 folgende Worte gebraucht: „Die neuen Säfte zur Ueberwindung der Krankheit, die Mittel und die Kräfte zur Wiedergesundung muss die Wirtschaft selbst aufbringen."

Diese Auffassung teile ich vollständig, bis zur Aufbringung der Mittel. Die Kraft und der Wille, Grosses zu schaffen und zu erreichen, ist auf allen Gebieten vorhanden; nur scheint es mir, bei dieser Vorlage sei das Grosse verloren gegangen, wenn man den Stand unserer Exportindustrie und die Lage im Fremdenverkehr kennt.

In einer Botschaft des Bundesrates heisst es: „Das grosse Hindernis, unsere Aussenwirtschaft (Export und Fremdenverkehr) zu beleben, soweit sie nicht strukturell und voraussichtlich dauernd gehemmt ist, beruht teils in den internationalen Preisunterschieden, die sehr zu unserem Nachteil ausfallen, teils in der Armut vieler Länder. Es muss daher unser Bestreben sein, dieses Hindernis zu überwinden. Mit andern Worten, wir haben zu versuchen, die Preis- bezw. Produktionskostenunterschiede nach Möglichkeit zu reduzieren und ferner zu prüfen, ob es Mittel und Wege gibt, um den kaufwilligen, aber kapitalarmen ausländischen Kunden durch eine ausserordentliche Kreditorganisation entgegenzukommen."

Hier stellt sich wiederum die Frage: Können wir ein derartig grosses Problem lösen mit der Bereitstellung von 5 Millionen Franken? Mit Zwerginvestitionen können — davon bin ich vollständig überzeugt — keine Riesenwerke geboren werden. Ich muss mich fragen, warum gerade hier eine solche Schüchternheit, wo doch nach dieser Richtung die allerbesten Erfahrungen vorliegen, die selbst Herr Bundesrat Obrecht zugegeben hat, wenn er sagte (wieder bei der Behandlung der wirtschaftlichen Notmassnahmen):

„In der Exportindustrie zeichnet sich offensichtlich eine Besserung ab, die auch in der Ausfuhrzahl zollstatistisch langsam aber stetig zum Ausdruck kommt. Im ersten halben Jahr hatten wir nicht nur ein starkes Plus mengenmässig, sondern in bescheidenem Masse auch ein solches wertmässig. Wir hatten zum ersten Male seit vielen Jahren wieder eine Steigerung. In den Monaten Juli und August haben sich steigende Ueberschüsse gegenüber dem letzten Jahre (also 1935) ergeben, so dass man heute glauben darf, wir wären auch hier über dem Berg, wir seien im Begriffe, wieder mehr Export zu erringen. Hier darf das Verdienst hauptsächlich auf die produktive Arbeitslosenfürsorge zurückgeführt werden. Sie hat diesen neuen Elan in die Exportindustrie hineingebracht. Wir hatten im Jahre 1934 mit Hilfe dieser Staatszuschüsse Exportaufträge im Betrage von etwa 17 Millionen eingebracht. Letztes Jahr konnten wir diese Aufträge auf 57 Millionen steigern und in den ersten acht Monaten dieses Jahres gelangten wir auf 60 Millionen, das gibt für 12 Monate voraussichtlich 90 Millionen. Das haben wir herausgeholt mit dieser produktiven Arbeitslosenfürsorge."

Da soll mir nun niemand sagen, es sei verlorenes Geld. Hätten wir mit diesen Ausgaben nicht die ausländischen zusätzlichen Aufträge hereinbringen können, so müssten wir das Geld für die unproduktive Arbeitslosenfürsorge auslegen, weil wir um so mehr Arbeitslose hätten.

Weiter sagte Herr Bundesrat Obrecht an einer andern Stelle: „Es ist übrigens in diesen wirtschaftlichen Dingen so: Recht bekommt man nur durch den praktischen Erfolg. Man muss sich den Dingen anpassen, gerade wie ein Heerführer sich immer an die Lage beim Feind anpassen muss. Wenn er die Lage schief einschätzt, kann er noch so genial disponieren, die Schlacht wird nicht gut ausgehen. Es ist gerade in der Wirtschaft ausserordentlich wichtig, dass man die Wirklichkeit richtig erkennt, und wenn man sie richtig erkannt hat, dann ist es auch relativ leicht zu disponieren."

Wenn nun Herr Bundesrat Obrecht letzte Woche ausführte, dass der Export rapid zurückgegangen sei und wir stellen die obigen Ausführungen vom Jahre 1936 und die nun in Aussicht genommenen 5 Millionen zur Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs gegenüber, dann glaube ich, dass wir keineswegs eine praktische Lösung getroffen haben. Es kann doch nur im Landesinteresse liegen, wenn wir analog dem Erfolge, welchen wir hier zu verbuchen haben, den Kredit ausweiten, ein Vertrauen zu einer Massnahme schaffen, welches die schlummenden Kräfte wieder aufleben lässt.

Sehen wir uns den praktischen Erfolg an, welchen wir in unserer Industrie zu verbuchen hatten. Der Export stieg bei den Stickereierzeugnissen infolge Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge gewaltig. Der Bericht des Bundesrates vom Jahre 1936 schreibt nicht umsonst: „Die bereits seit dem 1. März 1935 in Wirksamkeit getretene produktive Arbeitslosenfürsorge für die Stickereiindustrie hat zusammen mit einer vermehrten Nachfrage nach Stickereierzeugnissen die Exportmöglichkeiten in steigendem Masse verbessert, so dass während eines Teiles des Jahres eine Beschäftigung von 75 bis 80 % des noch vorhandenen Schifflimaschinenbestandes erreicht wurde.

Die st. gallische Regierung hat am 5. Mai dieses Jahres ein grosszügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm dem Bundesrate unterbreitet. Die staatspolitischen Gefahren haben eine grossartige Auswirkung gehabt und wir wollen hoffen, dass die staatspolitischen Gefahren weichen, die Grosszügigkeit aber weiterhin bestehen möge. Die st. gallische Regierung hat es unterlassen, in dieser Eingabe die Stickereiindustrie irgendwie anzuführen, um auch ihr die grösste Aufmerksamkeit zu schenken, und doch bedeutet sie heute noch einen nicht zu unterschätzenden Faktor in unserer Volkswirtschaft. Die Eingabe enthält aber doch einen Hinweis, welchen ich hier anbringen möchte, welcher wiederum darauf anspielt, es sei nötig, genügend Mittel zur Verfügung zu halten, nicht nur für Strassen und Kanäle, sondern auch für die Betriebe.

Sie schreibt: „Das wichtigste Mittel für die Verbreitung des nationalsozialistischen deutschen Einflusses in Liechtenstein ist die im Vorarlberg einsetzende staatliche Arbeitsbeschaffung. Das kleine Liechtenstein wird damit nur ganz unvollkommen Schritt halten können. Wenn nun im Vorarlberg die Arbeitslosigkeit aufhört, in Liechtenstein aber mehr oder weniger weiter besteht, so stellt dies eine ernste Gefahr für die Unabhängigkeit Liechtensteins dar. Es sollte deshalb alles getan werden, um die Arbeitslosigkeit im Fürstentum Liechtenstein von schweizerischer Seite aus zu bekämpfen. Dies kann einmal dadurch geschehen, dass schweizerischen Industriellen, die im Fürstentum Liechtenstein Fabriken betreiben, ermöglicht wird, ihre Betriebe voll aufrecht zu erhalten."

Ich möchte damit keinen Vorwurf erheben gegen diese Ausführungen, aber auch nicht annehmen, dass wir im Rheintal zuerst zum Fürstentum Liechtenstein gehören müssen, bis auch unsere Fabriken einer solchen Obhut teilhaftig werden dürfen.

Wenn wir alle diese Motive ins Auge fassen, welche ein Sofortprogramm darstellen für den Bundesrat, dann halte ich dafür, dass man auch in den Mitteln nicht verschlossen sein kann. Was sind 10 Millionen für ein Land, das mit solchen Waffen zu kämpfen hat, um Tausende von Existenzen zu retten und nicht versinken zu lassen, ja sogar noch für das Ausland sorgen muss.

Ich ersuche Sie, auf Grund dieser Ausführungen dem Bundesrate die praktische Durchführung nicht zu versagen. Stimmen Sie dem Antrage der Minderheit zu.

Escher: Der Bundesrat sagt in einer seiner Botschaften, dass die Frage der Wehrbereitschaft natürlich nicht in der grossen Oeffentlichkeit behandelt werden könne. Es ist das gerade in der heutigen Zeit eine Selbstverständlichkeit. Ich verlange daher auch nicht eine konkrete, bestimmte Antwort auf meine Interpellation, aber ich glaube, dass eine allgemein gehaltene Erklärung zur Beruhigung bestimmter Kreise meiner engern Heimat beitragen würde. Wie überall, so gibt es auch bei uns Linien, Punkte und Fronten, die im Hinblick auf die Landesverteidigung gefährdeter sind als andere, aber man fragt sich heute, welches diese Punkte und Fronten seien. Und gerade mit Rücksicht auf die veränderte militärpolitische Lage gehen vielleicht die Meinungen, wie sie bei uns vertreten werden, mit jenen der massgebenden Stellen auseinander. So zirkulierten in letzter Zeit unsinnige Gerüchte, zuerst im Flüsterton, dann öffentlich und schliesslich sogar in der Presse auftretend, nämlich Gerüchte, dass man gewisse Teile unseres Landes gemäss Beschluss des Generalstabes aufgebe und die Verteidigungslinie weiter nach hinten verlegt habe. Das hat nun die Bevölkerung beunruhigt. Es ist, leider sage ich, keine Berichtigung von zuständiger Seite erfolgt. Diese Gerüchte, die an sich sicherlich unsinnig sind, haben aber einen gewissen Hintergrund. Seit Jahren hat man bei uns von Projekten, von Strassen zu militärischen Zwecken gesprochen, von Festungsbauten und Kasernen, Unterkunftsmöglichkeiten auf bekannten Pässen usw. Es wurden sogar Pläne erstellt und das nötige Bauterrain gekauft. Im letzten Moment hiess es dann aber, dass man alle diese Pläne und Projekte aufgegeben habe. Das hat nun diesen unsinnigen Gerüchten Nahrung gegeben. Ich möchte daher doch dem Bundesrat einmal Gelegenheit geben, festzustellen, dass es mit dem nichts ist, was von unverantwortlichen Leuten herumgeboten, aber in der heutigen unruhigen Zeit allzu leicht geglaubt wird. Ich glaube, der Bundesrat ist gewiss davon überzeugt, dass im Rhonetal ein Volk wohnt ohne irgendein Bedürfnis nach Anschluss, auch wenn es zweisprachig ist, und dass das ein Volk ist, das bis zum Letzten zu verteidigen auch interessant ist trotz aller Schattenseiten, die man ihm in den letzten Tagen noch angedichtet hat.

Ich möchte daher bitten, den Beweis dafür zu erbringen, dass die unsinnigen Gerüchte falsch sind, und zwar dadurch, dass man einige Taten folgen lässt und das Volk sieht, dass wirklich etwas gemacht wird. Der Bundesrat verlangt von uns Vertrauen. Wir können sagen, dass wir dieses Vertrauen in vollem Masse haben. Wenn es aber noch etwas untermauert wird durch diese Taten und sichtbaren Werke, dann wird dieses Vertrauen unerschütterlich sein.

Brawand: Gestatten Sie mir noch einige kurze Worte zu den Erhöhungsanträgen in bezug auf Bodenverbesserungen, Waldwege usw.

Es ist hier schon des öftern dargetan worden, dass wir in unsern Berggegenden ganz besondere Verhältnisse haben in bezug auf Arbeitsbeschaffung und Krisenbekämpfung.

Es ist ja allgemein bekannt, schadet aber nichts, wenn hier trotzdem immer wieder daran erinnert wird, dass in unsern Bergtälern sehr wenig Arbeitslosenkassen existieren, und auch wenn mehr solche Kassen bestünden, so könnten doch die Notleidenden darin nicht aufgenommen werden. Kleinbauern und Kleinbauernsöhne sind keine Bauarbeiter, keine Mechaniker, die in der Arbeitslosenversicherungskasse Platz haben.

Die einzige Art der Linderung der Not ist daher die Arbeitsbeschaffung, und die erfordert Kredite. Diese Kredite müssen in den Berggegenden immer wieder über die Landwirtschaftsdirektionen gewährt, aus den Bodenverbesserungskrediten gespeist werden.

Ganz besonders diesen Herbst ist es wichtig, dass wir die Bergbauern nicht hilflos ihrer Not

überlassen. Es ist ja bekannt, wie schwer unsere Gebirgsbevölkerung darunter leidet, dass im Frühjahr infolge des Heumangels die Viehpreise heruntergeschnellt sind. Dieses Herunterschnellen wurde unterstützt durch die Seuche, die Seuchengefahr und die Seuchengerüchte. Ferner hat die Milchpreissenkung dieser Tendenz neue Nahrung gegeben. Von den ersten Herbstmärkten treffen alarmierende Nachrichten ein. Manche Bergbauern sehen nicht ohne Grund mit grosser Sorge dem Winter entgegen, weil sie ihre einzigen Einnahmen in einer Weise geschmälert sehen, dass es ihnen sehr schwer sein wird, die nötigen Ausgaben bestreiten zu können.

Herrn Held möchte ich sagen, dass wir auf der Linken absolut nicht enttäuscht sind, weil Herr Kollege Dr. Müller allein den Antrag auf Erhöhung dieses Kredites eingereicht hat. Wir sind bereit, ihn zu unterstützen; wir sehen nicht auf den Firmenschild, die Hauptsache ist für uns, dass der Antrag eingereicht wurde.

Ich glaube im Namen meiner Parteifreunde und wahrscheinlich auch von Herrn Dr. Müller sprechen zu dürfen, wenn ich Sie einlade, mit uns für die Erhöhung dieser Kredite zu stimmen.

Schneider, Berichterstatter der Minderheit: Herr Held hat sich darüber beklagt, dass sein Name nicht unter den Minderheitsanträgen stehe. Ich muss hier konstatieren, dass es sich hier um eine sehr erfreuliche Entwicklung bei den Vertretern der Bauernpartei handelt. Bis jetzt war man nicht sehr erpicht darauf, den Namen unter die Anträge der Richtlinienparteien zu setzen. Es erscheint uns natürlich etwas ungewohnt, dass ein Vertreter der Bauernpartei bestrebt ist, unsere Anträge zu unterstützen. Deswegen darf man es nicht verübeln, wenn wir es das erstemal nicht gemerkt haben. Wir werden aber in Zukunft bemüht sein, derartige Regiefehler zu vermeiden.

In bezug auf den Antrag von Herrn Dr. Müller unterstreiche ich das, was mein Kollege Brawand vorhin gesagt hat. Wir haben in der Kommission selbstverständlich den Antrag von Herrn Dr. Müller unterstützt. Wir haben ihn auch vorher besprochen und werden auch hier im Rate dafür eintreten.

Wenn die Namen der Minderheitsvertreter nicht darunterstehen, so braucht man dahinter nicht etwas Besonderes zu suchen, sondern es war ganz einfach so, dass ich Herrn Dr. Müller bat, diesen Antrag einzureichen, und zwar in einem Zeitpunkt, als unsere Kollegen von der Minderheit der Kommission nicht anwesend waren. Jeder einzelne von ihnen wäre ganz sicher damit einverstanden gewesen, wenn auch ohnedies sein Name unter den Antrag gekommen wäre, weil wir materiell durchaus damit einverstanden sind. Ich möchte Herrn Held und seine Fraktionskollegen bitten, diese Minderheitsanträge zu unterstützen, ganz unbekümmert darum, von wem sie eingereicht sind, weil sie tatsächlich allein geeignet sind, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, und zwar dort, wo sie vorhanden ist: Mit Bodenverbesserungen auf dem flachen Land, mit Exportförderung für die Industrie und mit Unterstützung der kantonalen Arbeitsbeschaffung, indem dadurch die Arbeiter in den Städten Arbeit bekommen.

Bundesrat **Obrecht:** Ich spreche zuerst zu der Kreditposition IIIa. Hier liegen drei Anträge vor: Der Antrag des Bundesrates, unterstützt von der Mehrheit Ihrer Kommission, lautend auf Bewilligung eines Kredites von 35 Millionen; ein Antrag der Minderheit, die von Herrn Nationalrat Schneider angeführt ist, auf 50 Millionen, und ein Antrag des Herrn Nationalrat Berthoud, der im Gegensatz dazu den Kredit von 35 auf 30 Millionen heruntersetzen möchte. Ich erinnere mich aus der ersten Zeit, da ich die Ehre hatte, dem Nationalrat anzugehören, wie wir einmal über die Frage gesprochen haben, ob die Zahl der Mitglieder des Bundesrates erhöht werden solle oder nicht: Da hat der immer geistreiche Basler Nationalrat, Herr Prof. Speiser, in lakonischer Kürze seinen Standpunkt wie folgt bezogen: Neun, das wäre zuviel; fünf, das wäre zuwenig; sieben ist das Richtige; also bleiben wir bei sieben. So ungefähr möchte ich es heute halten mit den verschiedenen Kreditanträgen. Ich möchte sagen: 50 Millionen sind zuviel, 30 Millionen nach Antrag des Herrn Berthoud sind zuwenig, richtig sind die 35 Millionen, die der Bundesrat wohl abgewogen vorgeschlagen hat. Bleiben wir auch hier bei 35 Millionen.

Es ist behauptet worden, man müsse deshalb höher gehen, weil wir im Laufe des Jahres vom Bundesrat aus einen Uebergangskredit, einen Vorschusskredit von 6 Millionen Franken beschlossen haben. Die Arbeiten, die daraus subventioniert worden sind, sind aber zum geringsten Teil in diesem Jahr schon zur Ausführung gekommen. Sie befruchten das Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1939. Es werden überdies auch viele andere Arbeiten, die wir schon im laufenden Jahre subventioniert haben, noch auf 1939 übertragen werden müssen.

Dann möchte ich auf einen andern Unterschied aufmerksam machen: Bisher sind aus den 30 resp. 35 Millionen auch noch Objekte subventioniert und teilweise finanziert worden, die mehr den Charakter von Bundesobjekten hatten, Arbeiten, die das Militärdepartement ausführen wollte, die das Post- und Eisenbahndepartement resp. seine Regiebetriebe betroffen haben, usw. In Zukunft sollen aus diesen 35 Millionen fast ausschliesslich nur Subventionen gewährt werden an kantonale Arbeitsbeschaffungsobjekte. Es tritt also hier eine Entlastung ein. Deshalb sind wir überzeugt, dass diese 35 Millionen, die wir hier vorgeschlagen haben, ausreichen werden. Ich möchte Ihnen beantragen, bei diesem Posten zu bleiben.

Ich muss hier einige Detailfragen berühren. Einmal hat Herr Nationalrat Duttweiler am letzten Freitag meine Darlegungen bezweifelt, dass, wenn wir nicht wiederum 35 Millionen Franken einsetzen für die Arbeitsbeschaffung im Gebiete der Bauwirtschaft, man Gefahr laufe, 35—40 000 Arbeitslose mehr zu haben. Ich bleibe bei meinen Zahlen. Unsere Berechnungen des Bauvolumens, die auf sehr eingehenden Schätzungen beruhen, zeigen, dass wir im Jahre 1938 mit einem gesamten Bauvolumen von 1100 Millionen Franken rechnen können. Davon entfallen rund 250—300 Millionen Franken auf

die subventionierten Bauten und 800—850 Millionen auf nicht subventionierte Bauten. Ich möchte diese Zahlen nachdrücklich unterstreichen, weil immer mehr die Meinung überhand nimmt, es werde ohne Subventionen des Bundes überhaupt nicht mehr gebaut. Das ist unrichtig; der grösste Teil unseres Bauvolumens geniesst keine Subventionen; das, was wir subventionieren, sind zusätzliche Arbeiten, die nicht in Angriff genommen würden, wenn nicht ein Staatsbeitrag gegeben würde. Wir prüfen das in jedem einzelnen Fall. Der Bundesbeschluss über die Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung aus dem Jahre 1936, der ja die rechtliche Grundlage bietet, enthält diese Vorschrift, dass nur zusätzliche Bauten subventioniert werden sollen. Diese machen ein Volumen von 250—300 Millionen Franken aus. Es könnte ja sein, dass wenn wir die Subventionen für das Jahr 1939 vollständig sistierten, die eine oder andere Arbeit gleichwohl zur Ausführung käme. Das will ich nicht als ausgeschlossen betrachten. Aber das sind geringe Anteile an diesem zusätzlichen Volumen, das im grossen und ganzen nur ausgelöst wird, weil wir daran Staatsbeiträge verabfolgen.

In den Monatsbulletins über die Stellesuchenden finden Sie jeden Monat eine Anmerkung, dass 11 000—12 000 Stellesuchende bei den Notstandsarbeiten beschäftigt sind. Das sind Stellesuchende, die bei den Arbeitsämtern angemeldet sind, die also da, wo sie berechtigt sind, die Arbeitslosenunterstützung oder die Krisenhilfe beziehen, und die nun von den Arbeitsämtern an subventionierte Notstandsarbeiten zugewiesen werden. Hier kommen fast ausschliesslich nur Tiefbauarbeiten in Betracht; bei diesen Tiefbauarbeiten werden also allein 11 000—12 000 Stellesuchende notweise beschäftigt. Unsere Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung hat ausgerechnet, dass bei diesen Tiefbauarbeiten ungefähr 80 % solche zugewiesene Arbeitslose sind; die andern 20 % sind Arbeitskräfte des Unternehmers, dem die Durchführung der Arbeit übertragen wird. Sie sehen, dass 11 000—12 000 Notstandsarbeiter beschäftigt werden und noch etwa 3000 Arbeiter, die im Dienst des Unternehmers stehen. Das macht einzig für die Tiefbauarbeiten einen durchschnittlichen Arbeiterbestand von 14 000—15 000 Personen. Sie dürfen ohne weiteres annehmen, dass im Hochbau, bei den Neubauten, mindestens ebensoviel Arbeitskräfte an subventionierten Bauten beschäftigt werden. Ergibt zusammen 28—30 000. Dann kommt erst noch die Reparaturaktion, wo die Zahl der ständig Beschäftigten durchschnittlich auf 7—10 000 zu schätzen ist. Dann haben Sie insgesamt 35—40 000 Arbeitskräfte, die bei subventionierten Bauten effektiv beschäftigt werden. Ich glaube also, dass unsere Auffassung richtig ist, und ich möchte sie gegenüber den Zweifeln von Herrn Nationalrat Duttweiler resolut aufrecht erhalten.

Dann hat Herr Nationalrat Nobs darauf hingewiesen, dass im Kanton Zürich immer noch eine Unstimmigkeit vorhanden sei mit Bezug auf den kantonalen Anteil an den Subventionen. Der Bundesbeschluss über Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung sagt, dass der Kanton normalerweise halb so viel aufbringen müsse, wie der Bund gewährt. Das Verhältnis beträgt also 2:1. Die kantonale Leistung braucht nicht normalerweise vollständig eine Leistung aus der Staatskasse zu sein; es kann auch eine Gemeindeleistung sein, wenigstens teilweise. Wir fassen die Bestimmung so auf, es müssen aus den Kantonen öffentlichrechtliche Subventionen mitgewährt werden, etwa in der Hälfte dessen, was der Bund gewährt. Wenn nun der Träger des Bauobjektes der Kanton ist, dann kommt diese Sonderbeteiligung des Kantons überhaupt nicht in Betracht, denn der Bund gibt dann einen Bundesbeitrag, und alles übrige ist Sache des Kantons. Er leistet also in diesem Falle viel mehr als der Bund. — Wenn eine Drittperson das Subventionsobjekt ausführt, dann gibt der Bund eine Subvention, und der Kanton allein oder in Verbindung mit der zuständigen Gemeinde muss halb so viel aufbringen, wie der Bund gewährt. Insoweit sind die Dinge klar.

Wenn nun aber die Gemeinde Trägerin des Objektes ist, wie verhält sich da die Sache? Hier verlangen wir, dass der Kanton unter allen Umständen auch einen Beitrag gibt. Wir wollen nicht, dass der Bund und die Gemeinden allein Arbeitsbeschaffung betreiben. Einmal sind wir angewiesen auf die administrative Mitwirkung der Kantone. Ich habe schon oft hier im Rate aufmerksam gemacht, dass wir eine verhältnismässig bescheidene Verwaltung haben für diese ganze Arbeitsbeschaffungsaktion. Wir wären nicht in der Lage, alle diese Objekte primär zu prüfen. Hier sind wir auf die Organisationen der Kantone angewiesen; schon deshalb ist es gut, wenn die Kantone auch interessiert werden, wenn sie etwas daran leisten müssen.

Man könnte ja rein finanziell den Standpunkt einnehmen, es komme auf dasselbe heraus, ob dieser Beitrag von der Gemeinde aufgebracht wird oder vom Kanton. Wir müssen aber unsern Standpunkt, dass der Kanton mindestens einen Anteil übernehmen muss, aufrecht erhalten. Das halten wir als im Sinn und Geiste des Bundesbeschlusses vom Jahre 1936 liegend.

Nun wird die Sache im Kanton Zürich noch weiter kompliziert. Auf dem Lande sind die Schulgemeinden und die Kirchgemeinden gewöhnlich besondere Gemeinwesen gegenüber der politischen Gemeinde. Sie bilden nicht Bestandteil der politischen Gemeinde. Dagegen gehen in Zürich und Winterthur die Schulgemeinden und, wie ich glaube, auch die Kirchgemeinden in den politischen Gemeinden auf. Auf dem Lande ist nun die Sache so, dass wir sagen, die Kirch- oder Schulgemeinde gilt als eine Drittperson und die politische Gemeinde und der Kanton müssen zusammenspannen, um die kantonale Subvention aufzubringen. Sie wird dann normalerweise durch den doppelten Bundesbeitrag verdreifacht.

Wie ist nun aber die Sache in Zürich und Winterthur, wo die Schulgemeinde in der politischen Gemeinde aufgeht? Da stossen wir auf die Schwierigkeit, dass wir sagen müssen: Auch hier muss der Kanton eine Leistung vollbringen; aber die Leistung braucht nicht 50 % der Bundesleistung zu sein, weil eben die Hauptlasten von der politischen Gemeinde getragen werden.

Damit haben wir den eigenartigen Verhältnissen im Kanton Zürich Rechnung getragen, und ich habe geglaubt, die Sache sei längst in Ordnung ge-

bracht. Herr Nobs ist heute anderer Auffassung. Wenn die Sache immer noch nicht stimmen sollte, so liegt es nicht an der Auslegung des Bundesbeschlusses, sondern an der praktischen Durchführung. Darüber will ich mich mit meinen Durchführungsorganen noch einlässlicher unterhalten.

Herr Graber hat einen besondern Fall aus La Chaux-de-Fonds erwähnt. Es sind mir nicht alle pendenten Fälle immer gegenwärtig; ich kann auf diesen konkreten Fall hier nicht antworten; aber das kann ich Herrn Graber versichern, dass wir gerade gegenüber dem Kanton Neuenburg mit seinen notleidenden Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle einen besondern Masstab angewandt haben im Sinne eines ganz exzeptionellen Entgegenkommens. Trotzdem hapert die Sache hie und da. Wir wissen, dass der Kanton Neuenburg in finanziell ungünstigen Verhältnissen steht; dasselbe ist der Fall bei den Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle. Man hat etwa die Auffassung, der Bund sollte das aufbringen, was der Kanton und die Gemeinden nicht leisten können. Das können wir in einem gewissen Masse tun; aber ein Beitrag des Kantons allein oder mit der Gemeinde ist doch auch hier Vorbedingung. Wenn sich in der Praxis hier Schwierigkeiten ergeben sollten, wollen wir auf die Sache gern zurückkommen.

Nun zur Exportförderung. Da muss ich zunächst darauf hinweisen, dass wir zur Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge immer noch eine Kreditrestanz übrig haben von ca. 3 Millionen. Wir können also die produktive Arbeitslosenfürsorge wieder in Funktion setzen, ohne vorläufig einen neuen Kredit nachzusuchen. Die 5 Millionen, die hier in der Uebergangsvorlage vorgesehen sind, sind nicht für die produktive Arbeitslosenfürsorge bestimmt. Es werden davon 600 000 Franken benötigt, um unsere Werbeorganisation im Ausland für die Export- und Fremdenindustrie noch weiter auszubauen. Wir haben diesen Ausbau planmässig auf Grund des Bundesbeschlusses für die Förderung der Warenausfuhr seit 1936 anhand genommen. Wir sind heute mit dem damaligen Plane fertig; aber es erweist sich als notwendig, noch einige Ergänzungen auszuführen. Dafür nennt die Zentrale für Handelsförderung einen Kreditbedarf von 600 000 Franken. Diese 600 000 Franken werden aus den 5 Millionen herausgenommen. Die andern 4 Millionen stehen uns frei zur Verfügung, und wir möchten damit in der künftigen Unterstützung der Exportindustrie neue Wege beschreiten. Wir möchten nicht rein zurückfallen in die Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Es ist zwar richtig, dass diese produktive Arbeitslosenfürsorge gute Dienste geleistet hat; aber sie hat auch ihre Nachteile. Ich möchte nur darauf verweisen, dass die bezüglichen Bestimmungen obligatorisch vorschreiben, dass die Kantone sich daran beteiligen müssen. Einzelne Kantone haben nun gesagt, das können wir nicht aus der Staatskasse bestreiten, da muss die Gemeinde mithelfen. So ist es dann u. a. im Rheintal vorgekommen, dass, wenn wir einem Fabrikanten in einer Gemeinde eine produktive Arbeitslosenfürsorge gewähren wollten, eine Gemeindeversammlung darüber Beschluss fassen musste. Das ist sehr kompliziert und auch nicht immer angenehm. Wir müssen mit der Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge sehr vorsichtig sein, weil es eine ganze Reihe von Staaten gibt, die sie nicht zulassen. An diesen Gemeindeversammlungen wurde dann die Sache diskutiert, und die Zeitungen brachten darüber Berichte. Die Sache kann auf diese Weise nicht geheim gehalten werden; es ist dann offenkundig, wo die Hilfe hingeht, und das haben wir nicht gerne.

Wir müssen deshalb Formen suchen, wo die einzelnen Gruppen der Exportindustrie sich organisieren, d. h. wo sie Selbsthilfemassnahmen organisieren. Sie sollten diese zum Teil auch aus eigenen Mitteln finanzieren, und wir möchten ihnen daran dann kollektive Beiträge geben. Diese Projekte sind gegenwärtig im Studium. Wir haben im Juli eine Konferenz mit Vertretern der Exportindustrie abgehalten, und dort sind die Pläne besprochen worden. Es ist dann der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins ersucht worden, konkrete Vorschläge einzureichen. Ich weiss also vorläufig nicht bestimmt, wie die 4,4 Millionen Verwendung finden sollen, aber das weiss ich, dass sie bis Frühjahr 1939, bis die grosse Vorlage unter Dach sein soll, ausreichen werden. Mehr als man braucht, sollen Sie nicht geben, Sie dürfen den Bundesrat nicht verwöhnen, indem Sie ihm bei jeder Gelegenheit mehr Kredite bewilligen wollen, als er selber für notwendig erachtet und nachsucht. Auch hier sage ich: Halten Sie Mass, halten Sie sich an das, was die verantwortliche Behörde selbst errechnet hat.

Es wird so viel kritisiert an unserer Handelspolitik und so viel behauptet, unser Export sei wieder in Schrumpfung begriffen. Der Export hat im Jahre 1937 einen recht erfreulichen Aufschwung genommen, und es ist interessant, zu vergleichen, wie er sich 1938 gehalten hat. Ich habe hier die Zahlen für die ersten 7 Monate Januar bis Juli. 1937 hatten wir einen Export von 628 Millionen, in den ersten 7 Monaten dieses Jahres von 658 Millionen, rund 30 Millionen oder 5 % mehr. Das ist kein grosser Auftrieb, das ist bescheiden, aber es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, dass wir eine rückläufige Bewegung hätten, wenigstens bisher nicht; sie kann ja leider vielleicht noch kommen. Wenn wir die Tonnage zugrunde legen, die Mengen, so verhält sich die Sache so, dass wir 1937 338 700 Tonnen exportierten und 1938 335 698; es besteht ein Rückgang von 3000 Tonnen oder 300 Wagen, gleich 1 %. Nun müssen wir diese Bewegungen beurteilen an der internationalen Entwicklung des Handelsverkehrs. Wenn im Ausland der Export zugenommen hätte, und bei uns wäre er rückläufig, dann wäre die Sache schlimm. Ich ziehe hier die Zahlen zu Rate, die das Sekretariat des Völkerbundes allmonatlich herausgibt. Da sind die Ausfuhrwerte berechnet nach Golddollars, damit alles auf einheitliche Preisbasis abgestellt ist. Ich konstatiere, dass in den ersten sieben Monaten 1938 gegenüber 1937 in Deutschland der Export zurückging von 772 Millionen auf 724 Millionen, in Frankreich von 339 auf 291 Millionen. In Klammern möchte ich einschalten, dass seit 1932 Frankreich seinen Export hat schwinden sehen von 451 auf 291 Millionen — das ist die Auswirkung der vielgepriesenen Frontenpolitik. In Grossbritannien Rückgang des Exportes von 869 auf

796 Millionen, in Holland von 206 auf 189, in Belgien-Luxemburg von 297 auf 243, in Italien von 186 auf 183 Millionen. Ueberall Reduktion, mehr oder weniger stark ausgeprägt. Zwei einzige Staaten haben ein Plus in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahr; das sind die Schweiz und die Vereinigten Staaten. In der Schweiz eine Steigerung von 93 auf 97, wiederum kein grosser Fortschritt; ich habe Ihnen die positiven Zahlen gegeben, aber doch ein Aufstieg, während die andern Staaten alle eine mehr oder weniger starke Schrumpfung ihrer Exportzahlen haben in Kauf nehmen müssen. In den Vereinigten Staaten war der Auftrieb von 1048 Millionen auf 1060 Millionen, ein Plus von 12 Millionen für ein Reich wie die Vereinigten Staaten. Das wollte ich noch festgestellt haben, um die Dinge richtigzustellen. Ich will damit in keiner Weise bestreiten, dass wir aufmerksam sein müssen, dass wir bereit sein müssen, dass wir da, wo die Einbrüche in unsere Exportindustrie platzgreifen, helfend eingreifen müssen. Dazu sind wir bereit, aber die Mittel, die wir Ihnen vorschlagen, betrachten wir als ausreichend.

Schliesslich habe ich noch Stellung zu nehmen zum persönlichen Antrag des Herrn Nationalrat Dr. Müller mit Bezug auf die Uebergangskredite für Bodenverbesserungen, Wildbachverbauungen und Waldarbeiten. Für diese drei Kategorien ist der Kredit bestimmt. Es hat etwas Mut gebraucht vom Chef des Volkswirtschaftsdepartementes und vom Bundesrat, vor die Räte zu treten mit ausserordentlichen Kreditbegehren für diese Gebiete, denn Nationalrat und Ständerat waren es ja, die diese Kredite heruntergesetzt haben, unter dem Druck der Sparnotwendigkeit. Die Kredite sind stark gekürzt worden, und man glaubte damit eine effektive Sparmassnahme unter Dach gebracht zu haben. Kaum ist die Sache zwei, drei Jahre in Kraft, so kommt der gleiche Bundesrat und verlangt ausserordentliche Kredite für diese Aufgaben. Wir haben es getan, weil wir einsehen, dass wir mit den reduzierten Krediten über diese schwierige Zeit nicht hinwegkommen. Wir gross der Kredit für die drei Jahre 1939—41 ausfallen soll, darüber werden wir uns dann unterhalten, wenn wir die Hauptvorlage über die Arbeitsbeschaffung behandeln. Die Frage ist heute nur die: Können wir mit den in der Uebergangsvorlage vorgesehenen drei Millionen unser Auskommen finden oder nicht? Die Verwendung wird ungefähr so sein, dass mindestens die Hälfte, sagen wir 1,5 Millionen für die Bodenverbesserungen eingesetzt werden sollen, die andere Hälfte würden wir dem Departement des Innern überlassen, einerseits für die notwendigen Wildbachverbauungen und anderseits für notwendige Waldarbeiten, inkl. Seilbahnanlagen, verbesserte Weganlagen in den Wäldern usw.

Es ist ein Uebergangskredit für 6 Monate. Wir wollen bei der Annahme bleiben, dass unser grosses Arbeitsbeschaffungsprogramm im Mai 1939 unter Dach kommen muss. Wir wollen diesen Standpunkt nicht verlassen. Ich verstehe eigentlich die Herren von der Linken nicht, die sich verängstigt zeigen wie am letzten Freitag und sagen, man nehme die grosse Vorlage nicht mehr ernst. Und hier wollen sie möglichst viel in die Uebergangsvorlage hinüberschaffen. Das ist unrichtig; wir müssen die Kredite so bemessen, dass sie bis Mai 1939 ausreichen, sonst sind wir gegenüber uns selbst nicht ganz ehrlich. Da kann ich versichern, dass für dieses halbe Jahr die 1,5 Millionen für Bodenverbesserungen ausreichen werden, denn wenn Sie das auf das ganze Jahr umrechnen, so macht das drei Millionen, und der ordentliche Budgetkredit ist geringer, nur 2,6 Millionen. Was wir hier ausser Budget Ihnen vorschlagen, ist also noch mehr, als im Budget selbst enthalten ist, so dass man nicht sagen kann, wir hätten hier geknausert. Wir haben das vorgesehen, was sein muss, infolgedessen möchte ich auch hier dringend empfehlen, nicht weiterzugehen. 6 Millionen sind nicht nötig, dieser Antrag ist sachlich nicht begründet, wir kommen mit den 3 Millionen aus.

Ich muss auch feststellen, dass mir dieser Antrag ganz besonders unsympathisch ist, weil er von demjenigen Mitglied des Nationalrates kommt, das das einzige war bei der interfraktionellen Konferenz, die angeordnet wurde, um für die Uebergangsvorlage in den Finanzen des Bundes zu einer Verständigung zu kommen — das einzige nämlich, das sich nicht entschliessen konnte, zuzustimmen. Wenn einer nicht einmal Hand bieten will, unsere Finanzlage in so schwierigen Zeiten über die nächsten drei Jahre hinwegzubringen, und wenn er dann trotzdem ohne sachlich ausreichende Gründe eine Verdoppelung eines Kreditbegehrens verlangt, dann steht mir der Verstand still — allerdings nur für einen Moment, Herr Nationalrat Müller.

Ich bin mit der Kommission der Meinung und möchte ihre Empfehlung nachdrücklich unterstreichen, dass Sie diese Anträge auf der ganzen Linie zurückweisen sollten, dass Sie bei der Uebergangsvorlage bleiben sollen. Damit tun Sie was nötig ist. Wenn Sie da oder dort eine Ausnahme machen würden, entstünde bei der einen Kategorie gegenüber der andern ein Unrecht. Das vermeiden Sie, wenn Sie das Mass einhalten, das wir als richtig erwogen haben.

Präsident: Gegenüber dem Antrage der Kommissionsmehrheit liegen drei Minderheitsanträge vor: Ein Antrag der Minderheit sieht in bezug auf *a* und *b* gewisse Abenderungen vor. Es besteht dann ein Gegenantrag Berthoud, der in bezug auf *a* eine Reduktion vorsieht. Sodann liegt auch in bezug auf *c* ein besonderer Antrag vor, und endlich haben wir einen Minderheitsantrag Müller, der sich auf *d* bezieht.

Ich lasse zunächst eventuell abstimmen zwischen Kommissionsminderheit und Antrag Berthoud (*a*). Die Kommissionsminderheit möchte 50 Millionen einsetzen gegenüber 30 Millionen nach Antrag Berthoud. Das Resultat dieser Eventualabstimmung wird dann dem Antrag der Kommissionsmehrheit auf 35 Millionen gegenübergestellt. Nachher lasse ich über den Antrag zu Al. *c* abstimmen und schliesslich noch über den Antrag Müller zu *d*.

Schneider: Die vorgesehene Abstimmung führt nicht zum richtigen Resultat. Ich glaube, es sollte der Antrag Berthoud demjenigen des Bundesrates gegenübergestellt werden. (Heiterkeit.) Es gibt nichts zu lachen. Was daraus hervorgeht, wird dem Antrag auf 50 Millionen Fr. gegenübergestellt.

Präsident: Zunächst muss der Antrag der Kommissionsminderheit und der Antrag Berthoud bereinigt werden, und erst dann der Antrag der Mehrheit.

Abstimmung. — *Vote.*

Lit. a.

Eventuell — Eventuellement:
Für den Antrag der Minderheit (50 Millionen) 77 Stimmen
Für den Antrag Berthoud (30 Millionen) 56 Stimmen

Definitiv — Définitivement:
Für den Antrag der Mehrheit (35 Millionen) 102 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (50 Millionen) 61 Stimmen

Lit. c.

Für den Antrag der Mehrheit (5 Millionen) 94 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (10 Millionen) 59 Stimmen

Lit. d.

Für den Antrag der Mehrheit (3 Millionen) 80 Stimmen
Für den Antrag Müller-Grosshöchstetten (6 Millionen) 56 Stimmen

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Die durch diesen Beschluss bewilligten Kredite sind in die Deckungsmassnahmen einzurechnen, welche bei Berücksichtigung der Vorlage des Bundesrates vom 7. Juni 1938 betreffend den Erlass eines Verfassungsartikels über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu treffen sind. Jene Vorlage ist so zu fördern, dass sie spätestens im Mai 1939 der Volksabstimmung unterbreitet werden kann.

Proposition de la commission.

Les crédits accordés par le présent arrêté seront couverts conformément aux prescriptions applicables au cas où serait adopté, comme suite au projet du Conseil fédéral du 7 juin 1938, un article constitutionnel sur le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage. Ce projet doit être discuté de façon à pouvoir être soumis au vote du peuple en mai 1939 au plus tard.

Wetter, Berichterstatter: Der Beschluss betreffend 70 Millionen soll gemäss Art. 3 als nicht allgemein verbindlicher Bundesbeschluss in Kraft treten. Es muss das so sein, denn wir können nicht die in den 70 Millionen eingeschlossenen Summen irgendwie an Bedingungen knüpfen. Es muss darüber verfügt werden, indem sie ausgegeben oder zugesichert werden. Diese Summen können also nicht vom Schicksal der Hauptvorlage abhängig sein. Sie müssen definitiv bewilligt werden, selbst dann wenn die Hauptvorlage in der Volksabstimmung keine Gnade finden sollte. Die Hauptvorlage wird dann in ihrer endgültigen Formulierung diese Summe, die wir heute bewilligen, nicht mehr einschliessen.

Aber ein Zusammenhang soll mit der Hauptvorlage doch noch bestehen, und zwar so, dass diese bewilligten 70 Millionen in die Deckung der Hauptvorlage eingeschlossen werden. Die Hauptvorlage wird so aussehen, dass sie ohne diese 70 Millionen zur Volksabstimmung kommt.

Wie ich schon im Eintretensreferat erwähnt habe, hat die Kommission gefunden, sie wolle mit Bezug auf die Hauptvorlage noch eine gewisse Sicherung schaffen. Wir wissen schon, dass diese Sicherung keinen zwingenden Charakter hat, aber sie ist eine Aufforderung an Bundesrat und Parlament, die Hauptvorlage möglichst zu beschleunigen. Diesen Zusatz der Kommission finden Sie im Art. 2, wo es heisst: „Diese Vorlage (d. h. die Hauptvorlage) ist so zu fördern, dass sie spätestens im Mai 1939 der Volksabstimmung unterbreitet werden soll".

Die Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen, den Art. 2 in der Vorlage, wie Sie sie vor sich haben, anzunehmen. Ich möchte noch bemerken, dass auch der Vertreter des Bundesrates der Fassung der Kommission zugestimmt hat.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — *Vote d'ensemble.*
Für Annahme des Beschlussentwurfes 122 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Postulat der Kommission.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, ob nicht die private schweizerische Flugzeugindustrie durch den Bund Förderung erfahren und die flugtechnische Abteilung der E.T.H. ausgebaut werden kann.

Postulat de la commission.

Le Conseil fédéral est invité à examiner si la Confédération ne pourrait pas encourager l'industrie aéronautique suisse et développer la section d'aviation de l'école polytechnique fédérale.

Walther-Luzern: Schon in der letzten Session hat der Sprechende die Anregung gemacht, dass man in vermehrtem Masse den Bestrebungen zur Förderung der schweizerischen flugtechnischen Industrie Unterstützung gewähre und in weitergehendem Masse als das bis anhin der Fall gewesen ist, die wissenschaftlichen Arbeiten der Eidgenössischen Technischen Hochschule auf diesem Gebiet den Interessen der schweizerischen Militäraviatik dienstbar mache, sie fördere und fruktifiziere. Herr Bundesrat Minger hat damals Auskunft erteilt und

erklärt, dass er und seine Organe bereit seien, soweit als möglich zur Förderung der flugtechnischen Industrie Hand zu bieten und dass man eine vermehrte Heranziehung der Wissenschaft bereits in die Wege geleitet habe. Die Erklärungen seitens des Chefs des Militärdepartementes konnten eine gewisse Befriedigung gewähren. Die Lösung dieses Problems hat aber durch die Ereignisse der letzten Wochen und Tage eine derartige Dringlichkeit erfahren, dass ich es für geboten erachtete, sie in der Kommission für Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung neuerdings zur Sprache zu bringen. Die Kommission hat dann einstimmig das vom Sprechenden gestellte Postulat — Sie sehen es hier in der Vorlage — angenommen und auch Herr Bundesrat Minger hat seine Zustimmung erteilt.

Es sei mir gestattet, zur Begründung des Postulats noch einige Ausführungen zu machen. Sehr lange Zeit hatte man es nicht für nötig gehalten, eine lebensfähige schweizerische Flugzeugindustrie zu schaffen und es liess daher bei den zuständigen Organen die nötige Unterstützung auf sich warten, obwohl es nur durch eine tatkräftige staatliche Unterstützung möglich gewesen wäre, die Risiken zu tragen und die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden und zu beseitigen. Wäre man weniger zurückhaltend gewesen, hätte man schon vor Jahren die Grundlagen schaffen können. Man darf heute sagen, dass wir in diesem Falle sehr wahrscheinlich viel unabhängiger vom Ausland wären, als das heute der Fall ist und dass wir auch in der Lage wären, in vermehrtem Masse Fachleute zu beschäftigen. Man hat für Erwerbung ausländischer Lizenzen auf diesem Gebiete grosse Summen aufgewendet. Hätte man doch einen kleineren Teil dieser Gelder für die Entwicklung der schweizerischen Flugzeugindustrie zielbewusst und systematisch eingesetzt, statt nur immer auf die Unzulänglichkeit der Bestrebungen jener hinzuweisen, die ihr Geld, ihre Arbeit und ihr Können in den Dienst der Sache stellten! Wäre man nach dieser Richtung weitsichtiger gewesen, würde man wahrscheinlich schon heute über eine schweizerische Flugzeugindustrie verfügen. Damit wäre aber auch eine gewisse Sicherung gegeben für unsere Unabhängigkeit vom Ausland und für einen sichern Anschluss unseres Landes an die ganze Welt auch über die Grenzen hinaus, von denen wir heute nicht wissen, in welchem Moment sie da und dort oder überhaupt völlig geschlossen werden. Herr Bundesrat Minger hat in der Kommission schon im Juni hier erklärt, dass die Frage des Flugzeugbaues im Inland auf gutem Wege sei. Das kann viel, aber auch wenig bedeuten. Ich bin nicht routiniert in der Interpretation der bundesrätlichen Aussprüche. Ich nehme aber an, es bedeutet ziemlich viel.

Wir wollen nun von dieser Erklärung mit Dank und Befriedigung Kenntnis nehmen. Tatsächlich, ich weiss das zufälligerweise, ist verschiedenes in Prüfung begriffen. Darunter finden sich aber neuerdings wieder Projekte, die weiterhin auf fremden Lizenzbewilligungen grosser ausländischer Firmen basieren und deshalb nicht dem entsprechen, was wir unter eigener nationaler Flugzeugindustrie verstehen. Wir wollen nicht nach fremden, sondern auf Grund eigener Modelle arbeiten und weiterschaffen. Da bisher die Mittel fehlten, war es allerdings sehr schwer, neue Konstruktionen zu schaffen. Infolgedessen gibt es in der Schweiz noch viele Detaillieferanten, aber keine selbständigen privaten Konstrukteure. Eine wirklich selbständige Fabrik, die nicht bloss Montagewerkstätte ist, kann nur existieren, wenn sie von grossen Firmen gehalten wird. Ein solches Unternehmen könnte aber nicht nur für den eigenen Landesbedarf, sondern auch für den Export mit Erfolg arbeiten, vorausgesetzt natürlich, dass die Ausfuhr von Kriegsmaterial durch den Bund gestattet würde.

Ich will Ihnen ein Beispiel aus einem nordischen Staat anführen. Dieser Staat hatte lange Zeit mit fremden Lizenzen gearbeitet, dafür viel Geld ausgegeben und nur gestützt auf die fremden Lizenzen seine Apparate bauen lassen. Nun kam er aber dazu, von diesen fremden Lizenzen abzugehen und eigene Modelle zu bauen, nach eigenen Modellen zu arbeiten. Die wissenschaftlichen Vorarbeiten für diesen nordischen Staat hat die Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich besorgt. Für die Schweiz jedoch hatte sie nicht die Gelegenheit, das Gleiche zu tun.

Die Voraussetzungen für die Schaffung einer schweizerischen Flugzeugindustrie, auch die Möglichkeit zu schaffen, in der Schweiz tüchtige Fachleute nachzuziehen, ist die Aufgabe der E.T.H.

Diese Notwendigkeit ist schon längst von der E.T.H. erkannt worden. Es ist eines der vielen und grossen und hervorragenden Verdienste des gegenwärtigen Schulratspräsidenten, Herrn Prof. Dr. Rohn. Er ging vom Gedanken aus, dass man in einem Lande, das so viele ausgezeichnete Ingenieure, Physiker und Techniker hat — Sie wissen ja, wie die Schweiz so sehr darauf angewiesen ist, Qualitätsarbeit zu leisten — doch tüchtige Leute habe, dass weiter in einem Lande mit so vielen Maschinen- und Konstruktionswerkstätten, die Weltruf geniessen — so argumentierte Herr Schulratspräsident Rohn — für die eigene schöpferische Arbeit und Anregung des Erfinder- und Unternehmergeistes gesorgt werden müsse.

So hatte die E.T.H., ohne nennenswerte Unterstützung von aussen, was ich hervorheben möchte, zuerst einen bescheidenen Unterricht im Flugwesen eingeführt, und zwar in Form von Jahreskursen für bereits diplomierte Ingenieure. Man wusste, dass Flugingenieure in der Schweiz wenig Verwendung finden. Deshalb hat man diese Kenntnis über das Flugwesen den Ingenieuren für Maschinenbau zusätzlicherweise vermittelt. Aber man wusste, dass einmal der Tag kommen werde, da diese wirksamen Vorarbeiten allgemeine Anerkennung finden werden. Heute besitzt die E.T.H. zwei Lehrstühle für Flugwesen, den einen für Aerodynamik, welcher von dem ungemein tüchtigen, hochangesehenen Prof. Dr. Akeret besetzt ist, und einen andern für Statik und Konstruktion der Flugzeuge, der von Herrn Prof. Amstutz besetzt ist, der ebenfalls ein sehr tüchtiger Fachmann ist. Ferner ist ein aerodynamisches Institut geschaffen worden, wo Flugzeuge — im Modell — auf ihre Eignung geprüft werden, sowie ein baustatisches Institut für Flugwesen. Ich sage das nur, um Ihnen den Nachweis zu erbringen, dass die E.T.H., eine Perle unserer

schweizerischen Geistesstätten, auf wissenschaftlichem Boden und im Rahmen der bisher in so bescheidenem Masse zur Verfügung stehenden Mittel die nötigen Vorarbeiten für die Entwicklung einer schweizerischen Flugzeugindustrie getroffen hat. Es wird nun Sache der Privatindustrie sein, auf diesen wissenschaftlichen Vorarbeiten weiterzubauen.

Das aber wird nur mit intensiver, staatlicher Unterstützung möglich sein. Herr Bundesrat Minger hat im Juni abhin darauf hingewiesen, dass zwischen den zuständigen Organen, dem Departement und der Abteilung für Flugwesen an der E.T.H. der nötige Kontakt bestehe, und zwar durch eine vor einiger Zeit ins Leben gerufene Studienkommission für Luftfahrt, der vier Professoren der E.T.H., zwei Vertreter des eidgenössischen Militärdepartementes und zwei Vertreter des Eisenbahndepartementes angehören.

Ich gebe ohne weiteres zu, dass diese Studienkommission den vorhandenen Kontakt verbessert hat. Nun sind aber die der Studienkommission zur Verfügung stehenden Mittel ganz unzureichend, so dass eine Aufteilung derselben auf die verschiedenen in Betracht fallenden Institute nötig ist und das nötige Personal nicht bezahlt werden kann. Die Institute sind daher darauf angewiesen, das für Lehrzwecke vorhandene geringe Personal für Forschungszwecke einzusetzen und aus den Einnahmen für die Untersuchungen daherige Ausgaben zu bestreiten. Dadurch wird die Arbeit gehindert. Auf alle Fälle wird sie sehr verlangsamt. Es ist absolut notwendig, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, so dass vor allem auch qualifiziertes Personal angestellt und angemessen besoldet werden kann. Man muss einen Stock von fachsicheren, tüchtigen Leuten gewährleisten. Gerade wenn neue Fabriken entstehen sollen, muss man auf die Vermehrung des fachtechnischen Personals bedacht sein. Die flugtechnische Abteilung der E.T.H. müsste finanziell ganz anders ausgestaltet werden, als das heute der Fall ist. Diese Mittel können aus den zur Verfügung gestellten Krediten ganz sicher gewährt werden.

Ich darf vielleicht an die sehr bekannt gewordene Rede von Herrn Ministerpräsident Göring erinnern, die er kürzlich gehalten hat. Er hatte darauf hingewiesen, dass gegenwärtig im Flugzeugwesen der vorhandene Mangel viel mehr ein personeller, denn ein materieller sei, und dass Deutschland namentlich darauf bedacht sein müsse, in erhöhtem Masse Flugingenieure heranzubilden. Ich gestatte mir nur, an einem Beispiel zu zeigen, wie trotz allem Kontakte und trotz aller Erklärungen darüber, was alles gemacht werde, es überaus schwer ist, Geld für systematische Forschung im Interesse unserer Landesverteidigung zusammenzubringen. Im letzten Jahr hat die Generalstabsabteilung sich mit der E.T.H. in Verbindung gesetzt wegen der Durchführung von Untersuchungen in der Anstalt für Wasserbau. Und zwar sollte die Wirkung festgestellt werden, welche Fliegerbomben haben können, die in Staubecken in der Nähe einer Staumauer fallen. Für diese Arbeiten wurde zuständigen Ortes eine Ausgabe von 6000 Fr. berechnet. Die E.T.H. hat dieses Geld verlangt. Zuerst hat man rundweg alles abgelehnt; dann kam man auf dem Militärdepartement doch dazu, 2000 Fr. zu geben. Dann musste der Präsident des Schweiz. Schulrates in allen Fonds und Kassen mühsam herumsuchen, um an Mitteln 2000 Fr. zusammenzubringen. Die 2000 Fr., die dann immer noch fehlten, haben schliesslich Private zugesteuert! Unsere Bahnen wurden bekanntlich elektrifiziert, damit wir von den fremden Brennstoffen unabhängig werden. Die Elektrizitätsversorgung ist im Kriegsfall für unser Land eine Lebensfrage erster Ordnung. Voraussetzung ist aber der unbehinderte Unterhalt und Betrieb unserer Elektrizitätswerke. Trotzdem findet man nicht oder kaum das Geld zu Untersuchungen, die zur Sicherung dieser Anlagen dienen sollen. Das sind doch deprimierende Verhältnisse, die unbedingt zum Aufsehen mahnen.

In diesem Zusammenhang ist auch an die Errichtung unterirdischer Kraftwerke zu denken. Es hat die Stadt Bern, dank der bekannten Initiative und dem bewährten Weitblick unseres Herrn Kollegen Grimm, das Problem für sich zum Teil gelöst, aber nur für die Zentrale, indem man den Bau einer unterirdischen Zentrale in Angriff genommen hat. Das Problem muss aber weiter studiert werden. Es müssen auch die Stauseen und die Staumauern gesichert werden können. Dafür bedarf es grosser Untersuchungen.

Unsere technischen Kräfte und wissenschaftlichen Forschungsergebnisse könnten überhaupt in viel weitergehendem Masse in den Dienst der Landesverteidigung gestellt werden, als das bis anhin der Fall gewesen ist. Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung nach dieser Richtung.

Unser Schweizerland hat sich vollständig auf die Defensive eingestellt. Gleichwohl schliessen unsere militärischen Vorbereitungen im wesentlichen immer noch an Methoden an, die dem Ausland mit seinen Offensivmöglichkeiten nachgebildet sind. Könnte man nicht einmal dazu kommen, diese Defensivmassnahmen längs unseren Grenzen nach eigenen Methoden zu treffen, in ganz anderer Weise, als das bisanhin geschehen ist, und zwar Defensivmassnahmen, die man speziell auf unseren grossen technischen Errungenschaften, die wir ja faktisch haben, aufbaut? Wir könnten gewiss an unseren Grenzen — ich denke z. B. an unsere Rheinlinie, die durch den Anschluss Oesterreichs ja so sehr verlängert worden ist — ein auf eigenen technischen Grundlagen aufgebautes Verteidigungssystem schaffen. Aber dafür muss eben die wissenschaftliche Forschung die Grundlagen bringen. Im übrigen — das sei hier speziell erwähnt: auch die alten Schweizer hatten ihr besonderes Verteidigungssystem, das sich nicht immer denen des Auslandes angeschlossen hat; sie haben sich der Uebermacht mit eigenen Systemen erwehrt. Das können wir auch heute noch mit dem, was wir selber besitzen, und können ein eigenes Verteidigungssystem schaffen, wie die alte Eidgenossenschaft. Ich glaube, wir wären dann fähig, uns viel leichter einer Uebermacht zu erwehren. Notwendig ist aber, dass die Fühlungnahme mit den Militärbehörden und den wissenschaftlichen Forschungsstellen zustande kommt, eine Zusammenarbeit, die sich nach jeder Richtung je länger je intensiver gestalten muss.

Den in Betracht kommenden grossen Industrien der Schweiz darf die Hilfe nicht versagt werden,

wenn sie an die Lösung dieser grossen Probleme herantreten wollen. Das schweizerische Militärdepartement muss versuchen, die massgebenden Leute der grossen Firmen zu orientierenden Besprechungen zusammenzubringen und mit ihnen darüber zu reden, wie der schweizerische Flugzeug- und Flugzeugmotorenbau an die Hand genommen werden kann. Es ist ja denkbar, dass nicht eine einzelne Firma den Flugzeugbau als Ganzes wird aufnehmen wollen, dass aber verschiedene zu gründende Gesellschaften die Arbeit nach einem gewissen Verteiler unter sich aufteilen werden. Ein solches Unternehmen hätte eine ganz andere Bedeutung als die bisherigen Unternehmungen von Comte und Favre usw., die nicht mit Glück gearbeitet haben. Man könnte sicherlich dafür sorgen, dass nach bestimmten Vorschriften Garantie für Aufträge geschaffen und dass, wenn irgend möglich, auch der Export ermöglicht würde.

Das Postulat verfolgt also den Zweck, eine Vertiefung der Unabhängigkeit vom Ausland auf dem Gebiete der Flugzeugtechnik durch zielbewusste und zielsichere Zusammenarbeit mit den Militärbehörden und wissenschaftlicher Forschung herbeizuführen. Der Bezug von Flugzeugen aus dem Ausland ist übrigens in letzter Zeit sehr erschwert worden. Lesen Sie einmal, was heute in der „Neuen Zürcher Zeitung", im Handelsblatt, über die amerikanische Flugzeugausfuhr steht, dann wird es Ihnen vielleicht klar werden, wie es kaum möglich sein dürfte, innert kurzer Zeit 800 oder 1000 Flugzeuge aus Amerika zu beziehen. Alles das redet eine deutliche Sprache zugunsten einer eigenen Industrie.

Nur noch zwei Schlussworte. Die Sache ist so wichtig, dass diese mir vielleicht noch gestattet werden.

Präsident: Es sollte nur nicht so sein, dass am Schlusse bloss noch ein paar Leute da sind.

Walther-Luzern: Diese Möglichkeit hat auch ihre politische Bedeutung, nämlich die, dass viele Leute beschäftigt werden können. Gerade in den Kreisen der künftigen Ingenieure und Techniker könnte eventuell die geistige Beeinflussung seitens benachbarter Grosstaaten nach und nach wirksam werden, wenn sie die dortigen wirtschaftlichen Erfolge, die sichere Aussicht auf Arbeit und Verwendung vor Augen haben und sich täglich die Erfolge einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur durch systematisch betriebene Radiopropaganda einhämmern lassen müssen. Was wir postulieren, ist nur ein Ausschnitt aus den vielen grossen Problemen, die uns heute beschäftigen müssen. Nichts darf heute unterlassen werden, was den Willen zur landeseigenen Arbeit und Forschung und damit zur Hebung und Förderung unserer Volkskraft wirksam vertiefen kann. An diese Kraft wollen wir namentlich in den Schicksalsstunden des heutigen Tages glauben und ihr vertrauen. Auch ein militärisch nicht starkes Volk ist zu erfolgreichem Widerstand fähig, wenn es den Willen dazu hat.

Im Juni abhin habe ich hier eine Verlängerung der Rekrutenschulen um einen Monat postuliert. Ich habe dabei wenig Erfolg gehabt. Sie werden es deshalb verstehen, dass es mir eine grosse Genugtuung bereitet hat, dass in den allerletzten Tagen eine gewaltige Versammlung in Zürich in der Stärke von 3500 Mann als eines der dringendsten Postulate die Verlängerung der Rekrutenschulen bezeichnet hat. Ich habe auch bis jetzt nicht Glück gehabt mit meiner Anregung betreffend Unterstützung und Förderung der privaten Flugzeugfabrikation. Ich hoffe, dass es doch gelingen werde, auch hier nach und nach einen Erfolg herbeizuführen. Es liegt ganz in Ihrer Hand und in der Hand des Bundesrates, den bisherigen Teilerfolg zu einem vollständigen zu machen. Wenn Sie einhellig das Postulat der Kommission annehmen, dann wird sich der Bundesrat der Verwirklichung desselben nicht entziehen dürfen. Es ist ein ernster Appell, der in ernster Stunde an alle ergeht. (Bravorufe.)

Bundesrat **Obrecht:** Der Doyen des Rates hat das Postulat der Kommission mit so viel jugendlichem Schwung und durchschlagender Ueberzeugungskraft begründet, dass er auch mich als Nichtfachmann mitgenommen hat. Ich bin deshalb froh, dass der Bundesrat mich ermächtigt hat, das Postulat entgegenzunehmen. Auf die Materie will ich nicht eintreten, weil sie in das Gebiet des Militärdepartementes gehört und ich als Stellvertreter hier nicht improvisieren möchte.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 27. Sept. 1938.
Séance du 27 septembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

3749. Fiskalnotrecht. Ersatz.
Programmes financiers. Remplacement.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. August 1938 (Bundesblatt II, 309). — Message et projet d'arrêté du 19 août 1938 (Feuille fédérale II, 313).

Beschluss des Ständerates vom 22. September 1938.
Décision du Conseil des Etats, du 22 septembre 1938.

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Antrag Bodenmann.

Nichteintreten.

Proposition Bodenmann.

Ne pas passer à la discussion des articles.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Zu 3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	V
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	07
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	26.09.1938
Seite Page Pagina	766-778
Ref. No	20 032 602

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 7. Juni 1938 (Bundesblatt I, 857). — Message et projet d'arrêté du 7 juin 1938 (Feuille fédérale I, 861).

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Wetter, Berichterstatter: Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 12. Oktober 1937, in der er zu der Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die die Aufstellung und Durchführung eines sogenannten nationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms zum Gegenstand hatte, Stellung genommen und dabei seiner Meinung über die Möglichkeit und die Wirksamkeit staatlicher Arbeitslosen- und Krisenbekämpfung Ausdruck gegeben. Diese Ausführungen des Bundesrates verdienen, wenigstens in einigen wenigen Punkten nicht ganz vergessen zu werden. Der Bundesrat hat damals folgendes gesagt:

Es ist und bleibt eine Selbsttäuschung, wenn man annimmt, durch eine grössere staatliche Kraftleistung sei es möglich, eine darniederliegende Wirtschaft in einigermassen normale Funktionen zurückzuversetzen. Diese Annahme ist genau so unhaltbar wie die andere, es könne der Ausfall an Erwerbsgelegenheiten, wie sie eine lang andauernde Krise in Industrie, Handel und Gewerbe naturgemäss zur Folge hat, durch Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln wenigstens einigermassen wett gemacht werden. Wer von solchen oder ähnlichen Annahmen ausgeht, der missachtet die gewaltigen Dimensionen der Privatwirtschaft, umfassend die Inland- und Exportindustrie, die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, die Banken und Versicherungen und den Fremdenverkehr."

Der Bundesrat hat damals weiter gesagt:

„Der Staat kann die Privatwirtschaft nicht erhalten, er kann sie auch nicht ersetzen, er hat dazu weder die Substanz noch die erforderlichen laufenden Einnahmequellen. Was er aufwendet, um einer Krise der Privatwirtschaft entgegenzuwirken, ist für ihn weitgehend und überwiegend unproduktiv. Er muss die Mittel bei der Privatwirtschaft holen im Wege der Anleihe oder im Wege der Besteuerung. Durch die Fiskalmehrleistung wird die Not der Privatwirtschaft noch verschlimmert."

Endlich hat der Bundesrat damals, als er speziell zu der Initiative, die 300 Millionen für diese Zwecke zur Verfügung stellen wollte, gesagt:

„Es ist eine Illusion zu glauben, dass ein Aufwand von 300 Millionen Franken die Arbeitslosigkeit zu überwinden vermöchte. Wir haben die Pflicht, das Schweizervolk vor einer solchen Selbsttäuschung zu warnen. Die Wirtschaft lässt sich nicht durch Subventionen hochbringen. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Schweiz hängt in erster Linie von der natürlichen Wiederbelebung der Ausfuhr und des Fremdenverkehrs ab. Davon muss die Befruchtung der Binnenwirtschaft ausgehen."

Der Bundesrat hat in der zur Diskussion stehenden Botschaft für den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom 7. Juni 1938 solche Ueberlegungen, wie die Ihnen dargelegten, nicht mehr gemacht. Aus dem Umstande, dass er heute Massnahmen vorschlägt, von denen er noch vor Monaten absehen wollte, hat man einen Gegensatz konstruiert zwischen dem Bundesrat in der Botschaft vom 7. Juni 1938 und dem Bundesrat in der Botschaft vom 12. Oktober 1937. Man hat sich gefragt, wie dieser Unterschied in der Beurteilung durch den Bundesrat zu erklären sei.

Ich glaube, diese Erklärung ist nicht allzu schwer. Welches war die Stellung des Bundesrates in seiner Botschaft über das Volksbegehren betreffend ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm? Er lehnte die Bereitstellung von 300 Millionen für ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm ab, ebenso die damals vorgeschlagene Finanzierung, d. h. die Heranziehung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank. Er lehnte es aber nicht ab, überhaupt die Arbeitsbeschaffungsaktion weiterzuführen. Er sah dafür aber in dem Masse, wie es nötig sein sollte, alljährliche Kreditbegehren vor.

Was hat nun die Aenderung in der Stellung des Bundesrates bewirkt? In diesem Saale sollte man eigentlich diese Frage nicht stellen müssen, denn die heutige Stellung des Bundesrates ist in der Handlung des Nationalrates begründet, der die Weiterbehandlung der damaligen Vorlage sistierte und den Bundesrat einlud, auf die Junisession seinerseits ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen. Der Bundesrat hat also nichts anderes getan als dass er dem damaligen Auftrag des Nationalrates nachgekommen ist.

Aber noch etwas anderes hat den Wechsel in der Stellungnahme des Bundesrates veranlasst. Ich sage nicht, der Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich sei es gewesen. Es ist meiner Meinung nach falsch, in der Schweiz und für die Schweiz aus diesem Ereignis irgendwelche Parallelen ziehen zu wollen. Es ist vielleicht nicht ganz unberechtigt, wenn man an der Botschaft des Bundesrates speziell diese Stellen etwas kritisiert hat. Aber Tatsache ist, dass das genannte Ereignis eine bedeutende Veränderung der strategischen Lage der Schweiz verursacht hat. Niemand will damit sagen, dass der neue Nachbar irgendwelche Absichten auf unser Land habe, wie wir das auch von keinem andern Nachbarn annehmen. Aber die Tatsache, dass wir nun von drei Grosstaaten umgeben sind, die unter Umständen miteinander in Konflikt kommen könnten, ist nicht abzustreiten. Da ist es unsere Aufgabe, unsere Pflicht als neutrales Land, gegenüber jedem dieser Nachbarn unser Land zu schützen und unsere Grenze zu befestigen. Das bildet militärisch unsere neue Aufgabe gegenüber früher. Und es ist weiter

Tatsache, dass vor dem Anschluss Oesterreichs schon, dass aber ganz besonders nachher in Europa auf politischem Gebiete Dinge vor sich gegangen sind, die alle Staaten ohne Ausnahme zu einer fieberhaften Aufrüstung veranlassten. Das kann auch an uns nicht vorbeigehen. So ist es denn durchaus richtig, wenn der Bundesrat sagt, dass sich seither der politische Himmel Europas verfinstert habe, und dass die ernste Nachprüfung unserer Wehrbereitschaft zwangsläufig zu weitern grossen Aufwendungen zwinge, wenn wir Aussicht haben wollen, im Ernstfalle die Probe zu bestehen. Man hat das als Eingeständnis etwelcher Unterlassungssünden hinstellen wollen. Ich glaube, das ist falsch. Die Situation hat sich verändert. Wenn der Bundesrat sagt, dass diese Ereignisse nun die Schweiz zu neuen Anstrengungen veranlassen, so ist das nicht das Eingeständnis irgendeiner Unterlassungssünden, sondern nur die Feststellung der Tatsache, dass wir uns den neuen veränderten Verhältnissen anpassen müssen, genau wie alle andern Länder. Im übrigen will ich auf dieses militärische Gebiet nicht weiter eintreten. Sie haben gestern mit Bezug auf die Notwendigkeit der militärischen Aufrüstung einen edlen Wettstreit aller Lager erlebt, der Ihnen noch in guter Erinnerung sein wird, so dass es sich für mich erübrigt, in diesem Punkte weitere Ausführungen zu machen.

Tatsache ist also, dass eine weitere Vorlage für militärische Massnahmen kommen musste. Dazu kommen eine Reihe weiterer Objekte, die direkt oder indirekt mit der Wehrbereitschaft zusammenhängen. Dann kam das auf drei Jahre berechnete Programm der eigentlichen zivilen Arbeitsbeschaffung, dieses Programm, das unser Rat vom Bundesrate verlangt hat. Ich glaube also, die Vorlage des Bundesrates ist zu verstehen und, von gewissen Einzelheiten abgesehen, zu denen man sich verschieden einstellen mag, auch zu begrüssen. Auch darüber kann man selbstverständlich verschiedener Meinung sein, ob das Ausmass des bundesrätlichen Antrages nicht etwas wuchtig ausgefallen sei, und darüber, ob die Auswahl der Programmpunkte jeder Kritik standhalte.

Die Vorlage ist zur Hauptsache eine Vorlage zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auch der militärische Teil darin ist in weitem Umfang Arbeitsbeschaffungsvorlage; denn, wenn man in diese Sachen etwas eingeweiht ist, so weiss man, wie diese militärischen Bedürfnisse und die Bestellungen, die daraus resultieren, in das ganze Land hineingehen bis in die kleinste Werkstätte der Gewerbetreibenden und bis in die grossen Fabriken der Metallindustrie.

Die Arbeitslosigkeit ist das grosse Problem und die schwere Geissel der Nachkriegszeit. Sie hat alle Länder ergriffen und ist wirtschaftlich und politisch gleich gefährlich. Die Arbeitslosigkeit hat der bestehenden Wirtschaftsordnung vielleicht mehr Abbruch getan als irgendeine andere wirtschaftliche Unvollkommenheit. Und sie hat nicht zuletzt die Umstellung einer ganzen Reihe von Staaten in Ganz- oder Halbdiktaturen begünstigt. Und diese Entwicklung ist wohl heute noch nicht zum Stillstand gekommen. Dies zeigt, wie wichtig das Problem auch für unser Land ist. Gewiss geben die Zahlen der Statistik in der Schweiz und im Auslande teilweise ein verzerrtes Bild über das Ausmass der Arbeitslosigkeit. Eine gewisse Arbeitslosigkeit bestand immer und überall. Heute aber wird gezählt und gestempelt, und damit werden Leute als arbeitslos in die Statistik aufgenommen, die eigentlich aus andern Gründen aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind. Da sollte einmal eine genaue Untersuchung stattfinden, damit die eigentliche Arbeitslosigkeit von der Armengenössigkeit geschieden wird. Es ging ja schliesslich noch an, mit Bezug auf diese Statistik und die Ergreifung der Arbeitslosigkeit nicht allzu genau zu sein, solange man die Arbeitslosigkeit als etwas Vorübergehendes betrachtete. Heute aber sind in dieser Beziehung jedenfalls viele Illusionen gewichen, und so gilt es auch auf diesem Gebiete Ordnung zu schaffen.

Die eigentliche, wirkliche Arbeitslosigkeit aber muss mit allen Mitteln gemildert und bekämpft werden. Sie ist ein soziales und politisches Krebsübel. Sie schafft Unzufriedenheit, sie bringt Not, sie verursacht viel seelische Qual und schürt die Unzufriedenheit des Betroffenen gegenüber dem Staat, der menschlichen Gesellschaft, der Gesellschaftsordnung, überhaupt gegenüber Gott und den Menschen. Auf diesem Boden der Unzufriedenheit wächst selbstverständlich auch der Geist der Unruhe, der Widersetzlichkeit und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Der einzelne Betroffene muss innerlich schon ausserordentlich stark sein, wenn er durch die Arbeitslosigkeit nicht an seinem Charakter Schaden leiden soll. Lässt ihn doch die Arbeitslosigkeit essen, auch wenn er nicht arbeitet. Er muss nicht im Schweisse seines Angesichtes sein Brot verdienen, er erhält es mit Herumstehen und mit Stempeln. Das ist das Böse an der Geschichte. Kein Mensch ist gegen diese Schäden der Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen moralischen und politischen Gefahren blind oder taub. Aber wir alle wissen, dass die Mittel zur Abhilfe nicht so einfach sind.

Was haben denn die grossen Wirtschaftsmächte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan? Denn schliesslich wollen wir uns fragen, ob wir da Anregungen holen können. Die totalitären Staaten haben ja nie einen besondern Respekt vor überlieferten Wirtschaftssystemen bekundet, so wenig wie vor politischen Ueberlegungen. Und ihre junge Machtstellung musste greifbare Resultate zeitigen. Sie mussten die Arbeitslosigkeit wenn irgendwie möglich überwinden; denn durch dieses Versprechen waren sie doch teilweise so hochgekommen. Soweit das nicht dadurch gelang, dass man die Leute in verschiedenfarbige Uniformen steckte und bei militärischem Sold und militärischer Verpflegung die für den Staat eigentlich billigste Arbeitslosenversorgung schuf, wurde in gewaltigem Masse Arbeitsgelegenheit geschaffen. Das ist ja auch das, was bei weiten Kreisen bei uns Eindruck machte. Riesige Ländereien wurden urbar gemacht, man schuf ein imposantes Netz von Autostrassen, die auch militärisch nicht ohne Bedeutung sind, man stampfte Industrieanlagen an strategisch günstiger Lage aus dem Boden und man betrieb eine militärische Aufrüstung, die nach und nach die ganze Welt zwang, ein Gleiches zu tun. Es soll nicht bestritten werden, dass durch diese Organisation

der Wirtschaft, durch diese gewaltigen Bauten und Wirtschaftspläne grosse Leistungen vollbracht worden sind; und es sei noch viel weniger bestritten, dass der Hauptzweck dieser Kraftanstrengung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in diesen Staaten eigentlich restlos gelungen ist. Das will etwas heissen. Aber die Mittel und der Zwang, die dabei angewendet wurden, das sind wohl ebensowenig Exportgüter, wie die betreffenden politischen Systeme selber. Die Entwicklung bei ihnen hat eine Staatswirtschaft herbeigeführt, die allerdings mit starker und gelegentlich auch sehr unsanfter Hand in den noch bestehenden privaten Sektor der Wirtschaft eingegriffen hat. Es wurde aber damit auch in weitem Masse die Wirtschaft verstaatlicht. Es wird daraus für jeden klar, der es noch nicht wissen sollte und nicht wissen will, dass auf die Dauer nicht zwei Systeme: eine staatliche Planwirtschaft und eine freie Privatwirtschaft, nebeneinander existieren können.

Aber diese Entwicklung hat eine Kehrseite. Sie hat in diesen Staaten eine Anspannung der Staatsfinanzen bis zur Unmöglichkeit zur Folge gehabt. Es entstand eine Staatsverschuldung, die sich fast in geometrischer Weise fort entwickelte, und die wohl mit den bisher üblichen Mitteln der staatlichen Finanzwirtschaft, die da sind: „Bezahlung erträglicher Steuern", auf die Dauer nicht bewältigt werden kann. Eine solche Staatswirtschaft wird kaum eine wiederholte Vermögensabgabe und damit eine Zerstörung des Kapitals entbehren können. Es wird eine solche Wirtschaft mit Bezug auf die finanzielle Situation wohl in Zukunft die Probe aufs Exempel erst noch zu bestehen haben.

Schwieriger haben es die nicht autoritär regierten Staaten, die glauben, an der freien Wirtschaft, nicht nur dem Namen nach, noch einigermassen festhalten zu können. Aber selbst demokratische Staatsgebilde, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, die die Möglichkeit besitzen, wenigstens vorübergehend, eine gewisse Wirtschaftsdiktatur ausüben zu können, auch solche Staaten haben es nicht leicht. Auch hier ist das Resultat kein überwältigendes. Bald hört man Gerüchte über eine weitere Dollarabwertung, bald spricht man von einer Abwertung des Goldes. Die Preise nehmen nicht die Entwicklung, die man gerne hätte, und der industrielle Motor läuft mit Störungen, die man früher nicht kannte. Vielleicht zeigen gerade die Erfahrungen und Ergebnisse in Amerika, dass man ein liberales Wirtschaftssystem nicht mit antiliberalen Mitteln zum Funktionieren bringen kann.

Nun, meine Herren: die Schweiz. Nur böser Wille kann behaupten, dass man bei uns nicht sehr viel getan habe. Schon während der Krisenjahre 1919—1925 hat der Bund allein für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten und die Förderung der Hochbautätigkeit 200 Millionen Franken ausgegeben. Im Laufe der Krisenjahre 1934—1936 hat der gleiche Bund für die Beschaffung von Arbeit, für die Bekämpfung der Krise, in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe und für die Ueberwindung und Milderung der Arbeitslosigkeit weitere 300 Millionen Fr. verwendet. Und diese Summen setzen ja immer noch entsprechende Aufwendungen der Kantone und eventuell der Gemeinden voraus. Dazu kamen noch die in den vergangenen Jahren bewilligten Summen zur Erhöhung der Schlagkraft unserer Landesverteidigung. Es waren 97 Millionen Fr. im Jahre 1933 und 335 Millionen, d. h. das Ergebnis der Wehranleihe, im Jahre 1936. Mit den heutigen Aufwendungen sind es zusammen rund 600 Millionen Fr. für Wehrzwecke. Es wird also niemand behaupten können, dass die Schweiz nicht im Rahmen des für sie Tragbaren ausserordentlich viel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan habe. Das soll man doch nicht vergessen, wenn man gelegentlich so tut, als ob die Schweiz gegenüber der Arbeitslosigkeit ihre Pflicht nicht erfüllt habe. Wenn die grossen Opfer vielleicht nicht so ausgiebig wirkten, wie entsprechende Aufwendungen in den Diktaturstaaten, so liegt das darin begründet, dass man bei uns nicht dieselben Methoden, auch nicht gegenüber den Arbeitslosen, anwenden kann. Diejenigen, die uns diese ausländischen Vorbilder immer vor Augen halten, wären wohl die ersten, dagegen zu protestieren. Also, gehandelt worden ist bei uns. Vielleicht nicht immer planmässig genug, vielleicht nicht immer durchgreifend genug, vielleicht — entschuldigen Sie den Ausdruck — auch nicht immer rücksichtslos genug.

Es ist nun aber erfreulich, dass langsam auch in den Kreisen, die bis jetzt mit Kritik nur allzu leicht bereit waren, sich die Einsicht geltend macht, dass die Schweiz doch auf diesem Gebiet ihre Pflicht erfüllt habe und dass wir eigentlich doch nicht so böse Menschen seien. Ich habe letzthin im „Eisenbahner" folgenden Passus gelesen:

„Wenn wir die beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes als eine staatspolitische Notwendigkeit bezeichneten, so müssen wir hinzufügen, dass auf dem Gebiete der Krisenpolitik noch die andere staatspolitische Notwendigkeit besteht. Und zwar meinen wir die Notwendigkeit einer sachlichen Beurteilung und Würdigung dessen, was unser demokratisches Staatswesen auf dem Gebiete der Krisenbekämpfung bis heute geleistet hat. Wenn wir das nicht tun, wenn wir uns nur auf die Kritik beschränken und im kritischen Uebereifer die wirtschaftliche Lage unseres Landes schwärzer malen, als sie wirklich ist, dann bereiten wir im Bewusstsein des Volkes jener Propaganda den Weg, die die Demokratie überhaupt als unfähig zur Lösung grosser Probleme hinzustellen pflegt. Selbstverständlich gibt es in unserem Lande noch viel Not zu lindern und viel soziales Unrecht zu beseitigen. Aber bei alledem müssen wir doch stets den wirtschaftlichen Grundwahrheiten Rechnung tragen. Wir dürfen nie vergessen, dass die Schweiz zu denjenigen Ländern gehört, die die Wirtschaftskrise am besten, und zwar ohne Rosskuren und ohne ungebührliche Freiheitsbeschränkungen, überstanden haben. Wir dürfen nicht vergessen, dass im Durchschnitt der letzten 10 Jahre die Arbeitslosigkeit in der Schweiz geringer war als in den meisten Industriestaaten, und wir dürfen nicht vergessen, dass, gemessen am Lebensstandard der breiten Massen, die Schweiz zu den drei oder vier fortschrittlichsten Ländern Europas gehört."

Sie haben gestern mit Bezug auf die Demokratie ja teilweise andere Töne gehört. Ich glaube, es tut

gut, wenn man hier eine Anerkennung der Leistung der Demokratie zur Kenntnis nehmen kann.

Nun zur Vorlage. Ich habe nur wenige allgemeine prinzipielle Bemerkungen vorzubringen. Der erste Teil der Vorlage betrifft die militärischen Kredite. Der militärische Laie masst sich kein Urteil an und kann sich keines anmassen über die Zweckmässigkeit oder die Notwendigkeit oder die Dringlichkeit der einen oder der andern Forderung. Was wir wissen, ist das: Wir leben in einer unruhigen und unsicheren Zeit, und die Berufung auf das Recht kann keinen Staat vor Angriffen und vor dem Untergang retten. So ist es die Pflicht jedes Staates, der Lebenswille und Lebenskraft hat, und es ist die Pflicht nicht zuletzt der neutralen Schweiz, alles daran zu setzen, um dem Ausland zu zeigen, dass die Schweiz ihre Neutralität verteidigen will, dass sie sich dazu stark genug fühlt und dass sie sich darauf vorbereitet. Den zuständigen militärischen Organen müssen wir zutrauen, dass sie die Gelder, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, zweckmässig, gewissenhaft und sparsam verwenden. Denn bei aller Anerkennung und bei aller Betonung des Opferwillens zur Aufrechterhaltung unserer Unabhängigkeit und Freiheit dürfen wir nicht vergessen, dass auch auf diesem Gebiet die Begriffe des absolut Notwendigen relativ sind und dass die Wirtschaft und das Land auch für diese Zwecke nicht unbeschränkte finanzielle Opfer bringen können. Die Kommission hat auch diese Seite der Frage betont. Dabei hat sie aber, in Erkenntnis ihrer eigenen Unzulänglichkeit und in Bekundung ihres Vertrauens in die militärische Führung, dem vorliegenden militärischen Programm ohne Aenderung zugestimmt. Sie will diese Zustimmung nicht sklavisch verstanden haben und will den verantwortlichen militärischen Stellen die notwendige Bewegungsfreiheit innerhalb der bewilligten Summen zugestehen. Für diesen militärischen Teil der Vorlage ist die Deckung in der provisorischen Finanzvorlage geregelt. Die Krisensteuer soll vom Jahre 1939 an für die ausserordentlichen militärischen Aufwendungen reserviert werden. Sie soll das bis und mit dem Jahre 1941. Bis dann hofft man eine eigentliche Wehrsteuer unter Dach zu bringen, die dann die Verzinsung und Amortisation der Wehrkredite übernehmen soll. Deshalb ist über die Deckung dieses militärischen Teiles in der Vorlage selber nichts enthalten.

Gewiss kann man dieser Regelung entgegenhalten, dass sie nicht absolut sicher und dass sie eigentlich nur für drei Jahre gesichert sei. Aber es ist anzunehmen, dass einer späteren Wehrsteuer keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen, und dass so die Deckung wohl auch für die Zukunft als gesichert betrachtet werden kann.

Der zweite Teil der Vorlage betrifft das zivile Arbeitsbeschaffungsprogramm. Ich werde bei der Einzelberatung auf die verschiedenen Kategorien des Arbeitsbeschaffungsprogrammes eintreten und mich hier auf eine allgemeine Betrachtung beschränken. Man darf nicht vergessen, dass die Vorlage nichts anderes ist als die Ergänzung der Interimsvorlage, die Sie im September in diesem Rate verabschiedet haben. Jene Summen mussten, damit darüber sofort verfügt werden konnte, definitiv bewilligt werden. Das ist in einem nicht allgemein verbindlichen Bundesbeschluss geschehen. Was wir hier als Programm bringen, ist nur die Differenz zwischen der ursprünglichen bundesrätlichen Vorlage und der von Ihnen bewilligten Interimsvorlage vom September. Wenn Sie z. B. heute noch für die Arbeitsbeschaffung in den Kantonen, also für die Bauaktion, eine Summe von 55 Millionen eingesetzt haben, so müssen Sie die in der Interimsvorlage schon bewilligten 35 Millionen hinzurechnen, was dann zusammen die 90 Millionen der bundesrätlichen Vorlage ergibt. Die gleiche Rechnung gilt für die übrigen Posten.

Anderseits sind in der Vorlage einige Posten weggelassen worden. Sie betreffen Arbeiten, für die entweder schon Bundesbeschlüsse ergangen sind oder für die sie noch vor den Räten liegen. Es sind das z. B. die Kredite für die Linthebene, die Zürichseeregulierung, das Rinnsal im alten Rhein, die Weltausstellung in New York und die Pragelstrasse, im Ausmass von zusammen rund 13 Millionen Franken. Diese Posten sollen allerdings in die Finanzierung mit einbezogen werden.

Gewiss, dieses zivile Arbeitsbeschaffungsprogramm ist nun nicht unbestritten. Die Oeffentlichkeit spart nicht mit der Kritik. Dem einen geht das Programm zu wenig weit, der andere findet es übertrieben. Aber im Prinzip ist wohl jeder damit einverstanden, dass heute nicht auf eine Arbeitsbeschaffungsaktion verzichtet werden kann, dass etwas getan werden muss. Wenn dem einen die Bauaktion als zu weitgehend erscheint und er davon überzeugt ist, dass nur der steigende Export imstande sein wird, die Arbeitslosigkeit überhaupt zu bannen, dass also dafür eventuell grössere Mittel eingesetzt werden sollten, so kann er sich allerdings zur Begründung auf die Botschaft des Bundesrates selbst beziehen. Oder auf das seinerzeit vom Bundesrat verlangte Gutachten Grimm-Rothpletz, das mit Bezug auf diesen Punkt folgendes ausgesagt hat: „Was bei den bisherigen Massnahmen Endpunkt war, muss für die Zukunft Ausgangspunkt sein. Die Förderung des Exportes steht an der Spitze aller Massnahmen." Die Kommission hat alle diese verschiedenen Gesichtspunkte diskutiert. Sie hat schliesslich mit einer einzigen Korrektur alle Anträge des Bundesrates mit Bezug auf das Programm unverändert gutgeheissen, bedeuten doch diese bewilligten Summen keine Verpflichtung, das Geld wirklich auch auszugeben. Ist für den einen Zweck mit etwas weniger auszukommen, desto besser, wenn dafür für einen andern, vielleicht wirksameren Zweck etwas mehr zur Verfügung steht. Solche Kreditverschiebungen sollen dem Bundesrat, allerdings unter Berichterstattung an das Parlament, zugestanden werden.

Es ist die Frage zur Diskussion gestellt worden, die Vorlage zu teilen in einen militärischen Abschnitt und einen Teil betreffend zivile Arbeitsbeschaffung. Sie sehen diesen Vorschlag im Rate wieder aufgenommen durch unseren Kollegen, Herrn Picot. Dabei ist auch schon der Meinung Ausdruck gegeben worden, es könnte der zivile Arbeitsbeschaffungsteil aufgelöst werden und es könnte der Bundesrat Jahr für Jahr die Kredite verlangen, die er jedesmal als nötig erachtet. Für die Teilung der Vorlage wurde ins Feld geführt, dass man dann nicht zwei Fragen miteinander ver-

binden würde, die im Grunde genommen nicht zusammen gehören; den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es sei doch anzunehmen, dass sich die Bürger unter Umständen ganz verschieden zu den beiden Problemen einstellen werden. In der heutigen Zeit dürfte die Mehrheit des Schweizervolkes für eine Verstärkung der Landesverteidigung und eine Bewilligung der dafür nötigen Kredite zu haben sein. Anders dagegen ist es unter Umständen mit dem zivilen Arbeitsbeschaffungsprogramm, wo vielleicht weniger das Prinzip als solches bekämpft wird, aber das Ausmass, und vielleicht auch die Verteilung der Summen für die einzelnen Zwecke einer Kritik ruft. Wenn nun der Bürger beide Teile mit einer einzigen Willensäusserung zu beantworten hat, so kann er leicht innerlich in Konflikt kommen, und das Resultat der Abstimmung kann unter Umständen weder der einen noch der anderen Aufgabe gerecht werden.

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Teilung viele Gründe für sich hat, vor allem auch verfassungsmässige. Dann müsste man es aber vielleicht anders machen, als Herr Nationalrat Picot das vorgesehen hat. Es ist nämlich bisher noch nie ein Kredit für militärische Aufwendungen anders bewilligt worden als durch das Parlament, und zwar endgültig. Die Verteidigung des Vaterlandes ist die oberste Aufgabe des Bundes. Sie ist auch in der Bundesverfassung verankert. Es besteht also unzweifelhaft auch die Pflicht, diesen Zweck durch eine entsprechende Rüstung zu erfüllen. Das Parlament hat sich bisher immer als kompetent erklärt, diese Kredite zu bewilligen. Ich erinnere Sie nur an die Kredite, die durch die Wehranleihe aufgebracht wurden und die zusammen wesentlich grösser sind, als was Ihnen heute zur Annahme unterbreitet wird.

Nun will man heute die militärischen Kredite in einem Verfassungsartikel unterbringen, während ein Verfassungsartikel für die Pflege des Wehrwesens schon längst besteht. Das wäre eigentlich etwas doppelt genäht.

Etwas anders verhält es sich mit dem zweiten Teil der Vorlage, dem zivilen Arbeitsbeschaffungsprogramm. Hier besteht keine einwandfreie, verfassungsmässige Grundlage. Alle die Herren, die anderer Meinung sind, werden sich erinnern, dass in den neuen Wirtschaftsartikeln ausdrücklich eine Bestimmung aufgenommen werden soll, die solche Ausgaben des Bundes in Zukunft verfassungsmässig ermöglicht. Auf alle Fälle ist natürlich eine Verfassungsbestimmung nötig, wenn man die Dekkungsfrage nach dem Vorschlag des Bundesrates ordnen will. Für die geplante Ausgleichssteuer besteht keine verfassungsmässige Grundlage.

Warum hat nun die Kommission trotzdem die beiden Teile beisammen gelassen? Es sind namentlich praktische, aber auch politische Ueberlegungen. Einmal machte man die schon erwähnte Ueberlegung, dass für die Arbeitsbeschaffungsvorlage und die Ausgleichssteuer eine verfassungsmässige Grundlage nötig ist, aber auch die weitere Ueberlegung, dass es für eine so grosse Ausgabe vorsichtig und klug ist, das Volk darüber entscheiden zu lassen, ob es zustimmt und wie die Summe aufgebracht werden soll. Endlich ist eine politische Ueberlegung nicht zu vergessen, die vielleicht einzelne zu wenig beachten.

Es besteht heute zu Recht eine Initiative, die den Bundesrat einlädt, für ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm 300 Millionen zur Verfügung zu stellen und dafür eventuell den Abwertungsgewinn der Nationalbank in Anspruch zu nehmen. Wenn wir es dahin bringen wollen, dass die Initianten auf die Weiterverfolgung dieser Initiative verzichten, oder aber, wenn sie das nicht tun, wenn wir im Abstimmungskampf Aussicht auf Erfolg haben wollen, dann müssen wir vielleicht doch daran denken, dass wir dieser Initiativ-Vorlage eine andere entgegenstellen, die einigermassen den Vergleich damit aushält. Es ist also wohl nicht zuletzt diese politische Ueberlegung, die die Mehrheit der Kommission dazu geführt hat, dieses Experiment zu machen und es zu wagen, die beiden Teile beisammenzulassen. Ich gebe zu, dass vielleicht auch auf gewissen Seiten die Absicht, den militärischen Teil als Vorspann für den zivilen Teil zu benützen, mitgesprochen hat.

Die Finanzfrage ist von der Kommission noch nicht endgültig bereinigt worden. Sie kann also, wenn überhaupt, von unserem Rat in dieser Session nur teilweise erledigt werden. Aber die Frage ist zu entscheiden: Soll die Vorlage überhaupt mit der Finanzierung verbunden werden? Ich komme auf die Finanzfrage nur deswegen zu sprechen, weil Sie einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei vor sich haben, der dahin geht, die Finanzierung von der übrigen Vorlage zu trennen. Die Kommission hat sich hier der Ansicht des Bundesrates angeschlossen, wonach eine derartige Ausgabe nicht beschlossen werden darf, ohne dass dem Volk auch gesagt wird, wie die Mittel aufzubringen sind. Ich erinnere daran, dass das Parlament in zwei Finanzprogrammen beschlossen hat, es sollen in Zukunft keine Ausgaben mehr ohne die entsprechende Deckung beschlossen werden. Gewiss ist das ein Grundsatz, der nicht für jede kleine Ausgabe befolgt werden kann; aber hier handelt es sich um Summen die nicht mehr als „kleine Ausgaben" taxiert werden können. Es wäre ja vielleicht bequemer, wenn man die Finanzierung auf die grosse eidgenössische Finanzreform verweisen wollte; aber diese wird noch mit genug Problemen zu tun haben, auch wenn sie nicht auch noch hier für die Deckung zu sorgen hat. Die Abschlusszahlen für das Budget 1939 zeigen das ja in fast erschreckender Weise.

Ich gehe im übrigen auf die vom Bundesrat vorgesehene Ausgleichssteuer in keiner Weise ein. Die Kommission hat dazu noch nicht Stellung genommen. Es ist vielleicht gut, wenn der Rat in seiner Diskussion sich ebenfalls noch nicht darüber verbreitet; er könnte es sonst erleben, über etwas diskutiert zu haben, das ihm nachher in ganz anderer Form unterbreitet wird.

Aber eine Frage ist noch kurz zu erörtern. Der Verfassungsartikel, der dem Bundesrate den nötigen Kredit einräumen will, stellt auf ein von der Bundesversammlung genehmigtes Programm ab. Die Kommission hat diese Forderung so erfüllt, dass sie dieses Programm in die Form eines Bundesbeschlusses gekleidet hat. Es wird also für das Parlament eine erste Aufgabe sein, nach dem Abschluss der Eintretensdebatte dieses Programm in

Angriff zu nehmen. Sobald dieses Programm festgesetzt ist, steht auch die Summe fest, die dann in den nachher zu behandelnden Verfassungsartikel aufzunehmen ist.

Endlich noch eine Art Entschuldigung, wenn Sie so wollen, für die Kommission vor Ihrem Rate. Die Kommission kommt vor Sie mit einer Vorlage, die noch nicht fertig durchberaten ist. Das ist neu und ungewöhnlich. Das sollte wohl auch in unserem parlamentarischen Betriebe nicht zur Regel werden. Denn wenn auch die Kommission seinerzeit ihr Eintreten auf die Vorlage ohne Gegenstimme beschlossen hat, so hat sie doch eine Schlussabstimmung über die Vorlage nicht vornehmen können. Denn eine Schlussabstimmung kann natürlich nur dann stattfinden, es kann nur dann einem Mitglied zugemutet werden, endgültig sein Ja oder Nein abzugeben, wenn es genau weiss, wie die Vorlage definitiv aussieht. Die Kommission hat nun das Programm durchberaten, also den Programmbeschluss; sie hat den Verfassungstext so weit durchberaten, dass sie auch für die Finanzierung Vorschläge machen kann, mit Ausnahme der Ausgleichssteuer. Warum haben wir nun dieses ungewöhnliche Vorgehen gewählt? Es ist in der Kommission der Wunsch ausgesprochen worden. dass man in dieser Session wenn immer möglich auf die Vorlage eintreten und einen Teil von ihr durchberaten solle. Die Mitglieder der Kommission, die diesen Wunsch geäussert hatten, haben dies getan mit Rücksicht auf die Abstimmung vom 27. November. Sie haben geglaubt, unter Umständen mehr Verständnis für die Finanzlösung zu finden, wenn man in der Oeffentlichkeit sehe, dass man auch mit Bezug auf diese Vorlage nichts versäumen wolle. Die Mehrheit der Kommission hat gefunden, wenn dieser Zweck erreicht werden könne, so wolle man dieses ungewöhnliche Verfahren in Kauf nehmen. So stehen wir heute vor Ihnen, um Ihnen Eintreten auf die Vorlage zu beantragen, die in einem einzigen, allerdings wichtigen Punkte, noch nicht abgeschlossen ist.

M. **Graber,** rapporteur: Toutes les idées générales concernant la nécessité d'adopter un vaste programme de travaux pour lutter contre le chômage ayant été présentées à deux reprises déjà devant ce Conseil, en mars et en septembre derniers, je ne pense pas qu'il soit nécessaire de les rééditer.

Je résumerai, très brièvement, les faits qui ont conduit à l'élaboration du programme soumis à vos délibérations. Le point de départ est l'initiative populaire demandant qu'un tel programme soit préparé. L'initiative prévoyait, en outre, que trois cents millions devaient être consacrés à cette œuvre en trois années et qu'ils pouvaient être prélevés sur le bénéfice réalisé par la Banque nationale, lors de l'opération de la dévaluation du franc suisse.

Le 12 octobre 1937, le Conseil fédéral déposa un rapport concluant au rejet de cette initiative et à l'inutilité de déposer un contre-projet.

Le 29 mars 1938, une proposition Saxer d'ajourner les délibérations jusqu'à la session de juin et d'inviter le Conseil fédéral à présenter un programme de travaux, fut adoptée par le Conseil national à une forte majorité.

Le 7 juin, le Conseil fédéral déposa son message concernant le renforcement de notre défense nationale et la lutte contre le chômage. Il prévoyait un crédit de 193 millions pour le premier et de 202 pour la seconde. Les 193 millions nécessaires au renforcement de la défense nationale devaient être couverts par un impôt de défense nationale. Un impôt dit compensatoire devait assurer l'amortissement des 202 millions consacrés aux travaux civils.

Dans sa session de Klosters, votre commission vota l'entrée en matière à l'unanimité. Les crédits concernant le renforcement de la défense nationale furent adoptés presque sans discussion. Le programme de travaux destinés à combattre le chômage provoqua des critiques et des réserves en ce sens que plusieurs postes furent considérés comme insuffisamment préparés ou comme n'étant par propres à fournir du travail durant la période prévue.

La proposition de séparer la première partie du programme de la seconde fut repoussée par une très forte majorité, qui ne voulut pas se laisser entraîner dans une voie pleine de confusion et propre à engendrer les plus légitimes suspicions, voire aussi de dangereuses divisions dans le pays. Un projet ainsi modifié n'aurait pu, en tout état de cause, ni permettre le retrait de l'initiative en cause, ni servir de contre-projet.

La proposition de présenter le programme de travaux sans couverture financière et de renvoyer l'adoption de celle-ci au plan général de réorganisation financière, fut également repoussée; la majorité estimait que cette proposition aurait favorisé une telle opposition, dans certaines régions du pays, que tout le projet eût été mis en danger.

Mais le manque de clarté entourant les deux éléments de cette couverture financière, l'un, prévu par le projet du Conseil fédéral: l'impôt compensatoire; l'autre, introduit par la commission en sa grosse majorité: un prélèvement sur le bénéfice réalisé par la Banque nationale lors de la dévaluation, obligea votre commission à en renvoyer l'examen à une session ultérieure. Le Conseil fédéral fut chargé par elle de faire une étude sur la base: *a.* d'un prélèvement de 150 millions sur le dit bénéfice; *b.* d'un impôt sur le chiffre d'affaires frappant le commerce de détail, le taux devant en être modeste.

Lors de la deuxième session de votre commission, à Baden, le Conseil fédéral n'ayant pu terminer l'examen des propositions de la commission — le prélèvement sur les bénéfices de la Banque nationale exigeant, selon lui, des études prolongées — proposa une mesure transitoire. Il demanda qu'un crédit de 70 millions lui fût ouvert, afin de lui permettre de commencer, en 1939 déjà, la réalisation du programme de travaux. Les mesures financières étaient renvoyées au moment où tout le programme prévu dans le message du 7 juin serait adopté.

Ce projet ne manqua pas d'éveiller des critiques et des craintes, malgré la disposition précisant que le grand programme devrait être soumis au vote du peuple au plus tard en mai 1939.

Le 22 septembre dernier, le Conseil national eut à délibérer sur ce projet partiel.

Une proposition de reprendre le programme d'ensemble, afin de répondre avec plus de vigueur à la demande faite par l'initiative qui, au début

de 1938, avait recueilli 280 000 signatures et afin de donner des chances plus grandes à la démocratie, de fortifier la ferveur du peuple, fut repoussée par 102 voix contre 49.

Au cours de ce débat, plusieurs propositions furent examinées:

1. Porter la subvention en faveur des travaux exécutés par les cantons à 50 millions au lieu de 35 (proposition Schneider et consorts),

2. ramener au contraire cette subvention à 30 millions (proposition Berthoud),

3. porter la subvention destinée à favoriser les exportations et le tourisme à 10 millions (proposition Schneider et consorts),

4. prévoir un crédit extraordinaire de 6 millions pour les améliorations foncières, corrections de cours d'eau et travaux forestiers (amendement Müller).

La proposition Berthoud succomba en un vote éventuel.

La proposition 1 fut repoussée par 102 voix contre 61; la proposition 3 le fut par 94 voix contre 59; la proposition 4 le fut par 80 voix contre 56.

Au vote d'ensemble, le projet fut adopté par 122 voix sans opposition.

Le 14 octobre suivant, le Conseil fédéral écrivit à votre commission, qu'après un nouvel examen la Banque nationale maintenait son point de vue concernant l'utilisation du bénéfice de la dévaluation. La direction, le comité de banque et le conseil de banque s'opposaient à ce que ce bénéfice eût d'autres fins que des buts de politique monétaire.

Le 18 octobre, le Conseil fédéral déposa son rapport sur l'impôt compensatoire.

Il constatait que la proposition de la commission préférait un impôt frappant tous les magasins de détail à l'impôt dit compensatoire sur les seules grandes entreprises. Cet impôt devait non plus couvrir 202 millions, mais 125 seulement, puisque 75 millions devaient être fournis par le bénéfice de la dévaluation. La limite dès laquelle l'impôt serait dû devait être abaissée de 250 000 à 200 000 fr. Enfin, un certain nombre de membres avaient élevé des objections de principe nécessitant un nouvel examen. Rappelons que les dépenses nécessitées par les mesures de la défense nationale seront couvertes tout d'abord par le rendement de l'impôt de crise prolongé et, plus tard, par un impôt dit de défense nationale, sans qu'il soit nécessaire de prévoir des dispositions constitutionnelles particulières.

Votre commission siéga du 24 au 26 octobre. Tout en maintenant la décision de ne point séparer le programme des travaux des mesures financières, elle proposa de ne point apporter encore de propositions sur l'impôt compensatoire, ou l'impôt sur le chiffre d'affaires. Les propositions qui surgirent, le sentiment quelque peu pénible que ce thème n'était pas suffisamment éclairci, engagèrent votre commission à en différer l'examen jusqu'à la session de décembre. Il est donc inutile de s'y attarder dans le présent rapport. Cela l'allégera considérablement, car c'est cet objet qui a retenu le plus longuement notre attention et qui nous a valu les plus nombreux, les plus divers et les plus volumineux mémoires venant de tous les coins du pays.

Passons maintenant rapidement en revue les délibérations de la commission. Personne n'a contesté la nécessité d'adopter la première partie du programme, celle qui concerne la défense nationale. Il est ainsi inutile de la justifier.

Après un bref échange de vues sur la nécessité de prévoir des mesures plus amples encore, en ce qui concerne l'aviation en particulier, il fut constaté que le crédit présenté étant de 148,3 millions et le crédit accordé par le programme partiel de 11,7 millions, le total atteint 160 millions, soit 10 millions de plus que le projet primitif. Ce crédit fut adopté sans autre.

Les crédits accordés au Département de l'Intérieur pour des constructions militaires étaient de 23 millions. Ils sont ramenés à 16,425 millions, soit, en en déduisant ceux du projet provisoire, à 12,825 millions, ce qui fut adopté sans discussion.

Département de l'Economie publique: mesures destinées à assurer l'approvisionnement du pays en marchandises indispensables.

Un crédit de 40 millions est accordé. Après déduction de la valeur réalisable des stocks — 20 millions — et du crédit transitoire — 10 millions — il est porté au tableau pour 10 millions.

Créations de possibilités de travail:

I. Subventions aux cantons: 90 millions, moins les 35 millions adoptés avec le projet transitoire, soit 55 millions.

II. Grands travaux: 26 075 000, moins 2 millions du projet transitoire, soit 24 075 000.

III. Communications avec la Suisse orientale: 35 millions.

IV. *a.* Améliorations foncières, 7,5 millions.
b. Corrections de cours d'eau, 4 millions.
c. Travaux forestiers, 3,5 millions.

A déduire du projet transitoire sur ces trois derniers postes: 3 millions; reste 12 millions.

V. Mesures spéciales en faveur de l'industrie, de l'artisanat et du tourisme: 25 millions, moins les 5 millions du projet provisoire, soit 20 millions.

Le crédit global adopté par votre commission s'élève ainsi à 317 200 000 fr., ce qui porte l'ensemble à 387 500 000 fr.

Sur le chapitre global dit de la «création de possibilités de travail», nous aurons à parler des diverses propositions qui survinrent, au fur et à mesure que nous aurons à en adopter les cinq parties.

Il faut cependant, en tant que rapporteur de langue française, que je m'arrête à certaines critiques émanant de représentants de la Suisse romande.

Le secteur I a paru à d'aucuns inutile, puisque le projet transitoire contient des mesures applicables pour la fin de l'année 1938 et pour 1939.

Dans le secteur II, on trouve des travaux — tels ceux qui concernent les C.F.F. — qui ne sont point propres à résorber l'armée des chômeurs des régions où le chômage sévit avec le plus d'intensité. Ces mêmes voix trouvent anormal qu'on ait pratiqué des économies en réduisant les subventions destinées aux améliorations foncières et aux corrections et qu'on vote de nouveaux crédits dans ce même but. Afin de ne pas augmenter les mesures fiscales, il importe, au contraire, de réduire ce programme.

Tout cela, c'est oublier que si on veut répondre à l'esprit même de l'initiative populaire dont on demande le retrait, que si on ne veut pas voter annuellement des crédits nouveaux et rechercher aussi

chaque année de nouvelles mesures financières, que si on veut soumettre au peuple un article constitutionnel accordant des crédits et des mesures financières propres à armer la Confédération pour plusieurs années, il est indispensable de prévoir un programme s'étendant sur plusieurs années. Il ne s'agit pas ici de préparer un arrêté, mais bien un article constitutionnel.

Quant aux travaux des C.F.F., nous y reviendrons plus tard.

La critique essentielle formulée en Suisse romande est que celle-ci est désavantagée par ce programme. Tous les grands travaux seront exécutés en Suisse alémanique, dit-on. Ne pourrait-on pas prévoir une double ligne pour le Simplon, une décentralisation de l'industrie de l'armement? Certains grands cantons aisés seront les grands profiteurs de cette action.

On exagère ainsi de beaucoup l'importance de la part du programme concernant les «grands travaux» dont la Suisse romande serait frustrée. Le programme, dans son ensemble, représente environ 176 800 journées de travail. Ces fameux «grands travaux» n'en représentent que 9.300, soit le 5,5 % du programme total.

Quant à tous les autres postes, l'art. 2 rassure la Suisse romande et particulièrement les régions où un chômage intense sévit, puisque les subventions de la Confédération seront affectées à des travaux de secours «effectués dans les régions où le chômage sévit avec intensité». En outre, la commission a complété cette disposition en ajoutant:

«Il dépend donc des cantons et des communes intéressés de prendre les initiatives nécessaires. C'est pourquoi, à mon sens, il eût été bon de relever le crédit du chiffre I. Il est vrai que ces cantons et communes sont ceux qui sortent fortement obérés de la grande crise. C'est là un argument de plus en faveur de la participation du bénéfice de la dévaluation. Si 75 millions sont répartis aux cantons — et je veux espérer que dans la répartition on tiendra largement compte pour chaque canton du degré du chômage et de la misère financière due à la crise — ceux-ci retireront des sommes qui leur permettront d'entreprendre de grands travaux et de bénéficier ainsi de crédits prévus dans le programme que nous examinons.

La décision sur l'impôt compensatoire ou l'impôt sur le chiffres d'affaire du commerce de détail étant ajournée, il ne me reste plus à parler que du chiffre 4 de l'article constitutionnel, proposé par la commission et qui prévoit précisément que sur le bénéfice de la dévaluation, dès que ce bénéfice sera disponible, 75 millions seront prélevés pour amortir une partie des dépenses de la Confédération, tandis que 75 millions seront versés aux cantons. Cette formule peut éveiller des inquiétudes légitimes qui d'ailleurs se firent nettement jour devant la commission. Nous y reviendrons plus tard. A ce sujet, il est cependant nécessaire que nous relevions ici le passage suivant du rapport de la Banque nationale:

«Indépendamment de la question de la mise à contribution du bénéfice de réévaluation, le message du Conseil fédéral concernant le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage, du 7 juin 1938, proposait de financer les mesures de crise économique en recourant à l'émission de rescriptions. Il prévoyait également d'emprunter en premier lieu la voie des rescriptions pour réunir les moyens nécessaires au renforcement de la défense nationale. Nous tenons à confirmer expressément par la présente que nous sommes disposés à octroyer des crédits à la Confédération et nous soulignons en même temps que la possibilité d'obtenir des avances pour des buts économiques est offerte également aux cantons. Aussi longtemps que la banque possédera en ses réserves un appui solide, elle sera en mesure de consentir, pour les conditions de ces crédits et dans le cadre des limites d'escompte dont la fixation incombe aux autorités de la Banque, des facilités considérables.»

Il semble ainsi qu'il serait possible que ces rescriptions soient accordées à un taux inférieur au taux d'escompte officiel, voire sans intérêt ou presque.

Je crois avoir tracé un tableau assez complet de ce que furent nos délibérations en ce qui concerne l'économie générale des projets présentés et n'aurai plus qu'à apporter des précisions au cours de l'examen en détail.

Je suis persuadé qu'une grosse majorité de ce Conseil refusera de se laisser paralyser par des considérations partisanes ou d'ordre secondaire et saura, en face de la gravité des temps que nous vivons, entrer résolument dans la voie que ce projet ouvre pour notre pays, pour en consolider l'unité intérieure et pour établir que la démocratie est capable d'action en une atmosphère de pleine liberté d'examen critique. Il faut accroître la vitalité de notre économie en réalisant un vaste programme de travaux qui servira de stimulant et qui sera un effort sérieux pour résorber la sombre armée des chômeurs. Une nation démocratique qui s'honore ne doit point tolérer qu'il y ait sur son sol des dizaines de milliers de citoyens, de ces citoyens sur lesquels repose la souveraineté nationale et que la Constitution décrète égaux devant la loi, qui soient condamnés à la misère parce que la nation ne peut leur donner du travail. C'est là à notre écusson une tache qui doit disparaître, grâce à un effort de solidarité clairvoyante et agissante.

Ordnungsantrag Picot.

Der Bundesbeschluss betreffend die Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in zwei Beschlüsse zu teilen, einen ersten über Verstärkung der Landesverteidigung mit einem Programm von 171 125 000 Fr. (lit. *a*) und einen zweiten über Arbeitsbeschaffung mit einem Programm von 146 075 000 Fr. (lit. *b*).

Diese beiden Beschlüsse haben gleichzeitig zwei verschiedene Verfassungsbeschlüsse zu bilden, wodurch in die Bundesverfassung ein Artikel betreffend die Verstärkung der Landesverteidigung und ein solcher betreffend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden.

Die beiden Verfassungsartikel sind jeder für sich der Abstimmung des Volkes und der Stände zu unterbreiten.

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Nationalrat für die weitere Beratung ohne Verzug zwei getrennte Texte vorzulegen.

Motion d'ordre Picot.

L'article fédéral fixant le programme relatif au renforcement de la défense nationale et à la lutte contre le chômage est scindé en deux arrêtés, l'un relatif à la défense nationale avec un programme de 171 125 000 fr. (lettre *a*), l'autre relatif à la création de possibilités de travail avec un programme de 146 075 000 fr. (lettre *b*).

Ces deux arrêtés feront aussi l'objet de deux arrêtés fédéraux constitutionnels distincts, portant additions à la Constitution fédérale d'articles relatifs, l'un à la défense nationale, l'autre à la lutte contre le chômage.

Les deux arrêtés constitutionnels seront soumis distinctement chacun au vote du peuple et des cantons.

Le Conseil fédéral est invité à soumettre sans délai les textes scindés au Conseil national pour la suite de la délibération.

M. **Picot:** Je n'aurai pas besoin de la demi-heure réglementaire pour développer une proposition qui, au moins, a le mérite d'être claire, simple et loyale: je propose de disjoindre les deux parties du projet, à savoir, d'une part la partie militaire et de l'autre, celle concernant les travaux civils. C'est une proposition que j'ai eu l'honneur de présenter déjà au mois d'août devant la commission réunie à Klosters et qui a alors rassemblé un petit nombre de voix, notamment celles de mes collègues de la Suisse romande.

Dans le projet qui nous est soumis, il y a deux objets tout à fait distincts et qui, du point de vue de la votation populaire, revêtent un caractère nettement différent. (Rumeurs, conversations particulières, bruits.)

M. **Robert:** Oserais-je prier M. le président de bien vouloir ordonner le silence? Quand c'est un député romand qui parle, il y a toujours un bruit infernal dans la salle. (Approbation notamment dans la députation romande.)

M. **Picot:** Nous avons, en effet, d'un côté un projet militaire qui, sans aucun doute, ralliera l'unanimité des voix du peuple suisse. Il a été approuvé par tout le monde. Chacun souhaite, en effet, dans les circonstances difficiles que traverse actuellement l'Europe, le développement de notre défense nationale. Les plans qui nous sont soumis sont raisonnables. Nous avons pu nous rendre compte hier qu'ils sont accueillis avec approbation. Le vote massif du peuple suisse sera l'occasion d'une manifestation de la volonté nationale. Il aura un grand retentissement à l'étranger où il montrera que notre peuple entend vivre.

Considéré sous l'angle financier, ce projet possède déjà sa couverture, le produit de l'impôt de crise, ensuite celui de l'impôt de défense nationale sur lequel le peuple suisse est prêt à faire de sérieux sacrifices. Le projet ne rencontre donc pas d'objections sérieuses sur le terrain financier.

Le peuple suisse doit être consulté, par oui ou par non, sur ce projet de crédits militaires.

En face de ce projet, nous avons celui dit «création d'occasions de travail». C'est peu dire qu'il est essentiellement discutable et discuté. Il est contraire à la doctrine exposée par le Conseil fédéral dans son message relatif à l'initiative des lignes directrices. Il est contraire au remarquable discours prononcé dans cette salle, le 28 mars dernier, par M. le conseiller fédéral Obrecht. Il est contraire aux déclarations constantes du Conseil fédéral en ce qui concerne l'équilibre financier.

Ce projet ne se tient pas au point de vue financier. Il prouve ses défauts par le simple fait qu'on lui cherche vainement une couverture financière.

On a parlé, dans certain pays étranger, d'une «Chambre introuvable». On peut parler, en Suisse, d'une «couverture financière introuvable». L'impôt sur les grands magasins a été combattu partout. Pour trouver les ressources indispensables, on en est réduit à renoncer au principe de l'égalité des citoyens devant la loi. On a également cherché à prendre l'or de la Banque nationale. On s'est heurté à une forte résistance, soit du Conseil fédéral, soit des organes réguliers de la Banque nationale.

Ce projet constitue une imprudence. On peut dire qu'il a «torpillé» le projet de réforme financière défendu par M. le conseiller fédéral Meyer au mois de juin dernier. L'échec du 24 juin dernier est dû au fait qu'on envisageait déjà de nouvelles dépenses.

Ce projet n'est pas solide au point de vue de la lutte contre le chômage. Il engage déjà l'avenir pour 1940 et 1941 alors que, lors de la dernière session, nous avons voté un crédit de 70 millions qui permet de n'avoir aucun souci pour ce qui concerne la lutte contre le chômage en 1939.

Nous savons combien l'ouverture de grands chantiers à Flüelen, à Taverne, au Brünig, est critiquable au point de vue lutte contre le chômage. Nous savons que ce ne sont pas les chômeurs issus de centres douloureux qui seront appelés sur ces chantiers, mais bien plutôt les paysans des régions avoisinantes.

Enfin, ce projet pose un redoutable point d'interrogation pour l'avenir. Il engage des sommes considérables pendant trois ans. Il faudra payer les intérêts des capitaux engagés. On ne nous dit pas comment notre économie continuera à subsister, lorsque ce soutien artificiel aura disparu.

On ne peut pas mêler deux projets aussi différents: le projet de renforcement de la défense nationale, qui sera voté par le peuple suisse unanime, et le projet de création d'occasions de travail, qui soulève les plus grandes discussions au point de vue politique et économique.

On ne peut pas faire passer ce qui est mauvais par ce qui est bon. Tout à l'heure, mon collègue M. Fauquex, me rappelait que seule la Confédération avait fait mélanger les excellents vins de 1934 aux vins médiocres de 1935. Il ne faut pas essayer de nous jouer un tour pareil. Il ne faut pas nous dire: «Si vous ne votez pas la seconde partie du projet, Messieurs les patriotes, vous vous dresserez automatiquement contre sa première partie.» On ne pourra pas nous jouer ce vilain tour. Si vous refusez la disjonction, nous dirons, comme M. Wetter, que le Parlement peut voter les crédits militaires sans faire appel au peuple. La défense nationale est l'une des tâches essentielles du pouvoir central, alors que la

lutte contre le chômage peut aussi se poursuivre sur le terrain cantonal ou communal.

Je fais appel à la loyauté helvétique. Nous devons poser au peuple des questions claires et ne pas chercher à piper les dés du suffrage universel. Nous devons agir avec la loyauté des vieux Suisses, cette loyauté connue à l'étranger!

Le dernier argument avancé contre ma motion est que son adoption rendrait moins efficace la lutte contre l'initiative des lignes directrices. C'est là un mauvais argument, qui permet de toucher du doigt l'erreur que constitue ce plan de 400 millions. On ne lutte pas contre une initiative dangereuse en s'exposant, soi-même, à un danger semblable. On ne lutte pas contre la course aux dépenses en s'y précipitant soi-même. Il ne faut rien exagérer. La lutte contre le chômage est générale. Particuliers, communes, cantons et Confédération s'en occupent. A ce point de vue, nous faisons autant, si ce n'est plus, que plusieurs pays voisins. Nous traitons nos chômeurs beaucoup mieux que certains pays cités en exemple par les socialistes. Jusqu'à maintenant, la politique suivie à cet égard a été raisonnable. Restons dans des normes raisonnables!

Qu'on ne nous dise donc pas que la défense nationale et la défense économique forment un tout. C'est précisément sur quoi nous ne sommes pas d'accord. Le projet de défense nationale n'est pas discuté et celui de 400 millions n'est pas un projet économique, puisqu'il menace les forces de la nation précisément au point de vue de notre défense économique.

Qu'on ne se dise pas, non plus, que ces bons conseillers nationaux du parti libéral ne représentent que 7 voix et que leur opinion est sans importance pour le peuple. Je vous rappellerai que, le jour où l'on a voté, dans cette salle, le projet Forrer, qui était une copie des lois germaniques sur les assurances, un seul député libéral, M. Odier, s'est prononcé contre. Mais, lors de la votation populaire, il y eut le peuple avec lui. Il en a été de même avec les lois Schulthess. Les libéraux ont organisé le referendum et, le 7 décembre 1931, ces quelques députés ont eu le peuple avec eux.

Dans cette affaire, où nous défendons une politique saine, une véritable politique financière, nous aurons le peuple avec nous.

Ordnungsantrag der Kommissionsminderheit.

(Meierhans, Bringolf, Graber, Grimm, Huber, Müller-Gr., Nobs, Rosselet, Schneider):

Der Bundesbeschluss betr. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in zwei Beschlüsse zu teilen:

1. Kreditbeschluss der Räte über 315 Millionen Franken samt Programmbeschluss der durchzuführenden Arbeiten. Nach Bewilligung des Kredits ist mit der Durchführung der Arbeiten zu beginnen.

2. Beschluss betr. Ergänzung der Verfassung enthaltend die Ermächtigung zur Erhebung einer besondern Steuer zur Deckung der Ausgaben betr. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Ausführungsvorschriften sind in einem besondern Bundesgesetz zu erlassen.

Motion d'ordre de la minorité de la commission.

(Meierhans, Bringolf, Graber, Grimm, Huber, Müller-Gr., Nobs, Rosselet, Schneider):

L'arrêté fédéral concernant le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage est scindé en deux arrêtés:

1° Un arrêté de l'Assemblée fédérale ouvrant un crédit de 315 millions de francs et comprenant un programme de travaux. Les travaux commenceront dès que le crédit aura été voté;

2° Un arrêté constitutionnel autorisant la perception d'un impôt spécial pour couvrir les dépenses nécessitées par le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage. Les dispositions d'exécution seront édictées dans une loi spéciale.

Meierhans, Berichterstatter der Minderheit: Es ist mir vielleicht nicht möglich, das Rezept unseres Präsidenten völlig einzuhalten, in 10 Minuten fertig zu werden mit etwas, mit dem man in einer halben Stunde sonst nicht fertig wird. Ich muss auch gestehen, dass es bei einem Kredit von über 300 Millionen wirklich nicht angeht, in einem solch forcierten Tempo vorgehen zu wollen; denn zuletzt handelt es sich doch um einen Betrag, den man sonst nicht hoch genug werten kann.

Ich glaube, wenn hier im Parlament die Sache nicht gründlich behandelt und abgeklärt wird, besteht die Gefahr, dass nachher in der Volksabstimmung das zertrümmert wird, was wir hätten aufbauen sollen.

Nur ein kurzes Wort zum Antrag Picot. Würden wir den Antrag Picot annehmen, d. h. eine Trennung der Kredite für militärische Bedürfnisse und der Kredite für zivile Arbeitsbeschaffungsbedürfnisse (die Kredite für die militärischen Bedürfnisse wären durch das Parlament zu bewilligen, und die andern vor die Volksabstimmung zu bringen), so hätte das ganz einfach zur Folge, dass die Initianten ihre Initiative aufrecht erhielten. Zu diesem militärischen Programm kämen noch die 300 Millionen für das zivile Arbeitsprogramm hinzu. Sie dürfen sicher sein, dass wir nicht unglücklich sein werden, wenn sie diesen Weg einschlagen, denn dann werden für die zivilen Arbeitsbeschaffungsbedürfnisse nicht bloss die 200 Millionen in diesem Programm zur Verfügung stehen, sondern noch die 300 Millionen dazu, und ferner dürfen Sie auch sicher sein, dass dann in bezug auf die Finanzierung des Programmes jener Standpunkt durchdringt, der unseres Erachtens heute das einzig Richtige wäre, nämlich die Heranziehung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank. Schlagen Sie diesen Weg ein. ...

Wir stellen Ihnen einen andern Ordnungsantrag, nämlich es sei grundsätzlich die Frage der Kredite durch das Parlament zu regeln; dem Volke sei lediglich die Kompetenz zum Erheben einer neuen Steuer zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffungskredite vorzulegen. — Sie werden einwenden, warum wir gerade diesen Vorschlag machen; wir hätten doch eine Initiative lanciert und dadurch auch dem Volke die Kompetenz zur Bewilligung der Kredite geben wollen. — Wir wollen im Parlament die Kredite deshalb abschliessend bewilligen,

weil auf dem Wege der Initiative kein anderer Vorschlag möglich war.

Sobald man in diesem Programm die Finanzierung mit der Arbeitsbeschaffungsvorlage verbindet, besteht die Gefahr, dass sie überhaupt nicht durchgeführt wird. Wir haben ja in den letzten Wochen und Monaten erfahren, was es heisst, eine Steuervorlage mit der Arbeitsbeschaffung zu verbinden. Ein zu Anfang relativ harmlos erscheinender Vorschlag der Ausgleichssteuer führte zu einem ungeheuren Sturm in unserem Lande. Nicht einmal jene, die sozialpolitisch geschützt werden sollten, der Mittelstand, haben vollständig zugestimmt. Herr Picot hat vorhin erwähnt, dass sogar der genferische Mittelstand gegen die Ausgleichssteuer, die zu dessen Schutze gedacht ist, Stellung nimmt. Sie werden also keine solche Arbeitsbeschaffungsvorlage durchbringen, oder dann nur unter grossen Gefahren, wenn Sie sie mit einer solchen neuen Steuervorlage verbinden. Es würde auch für jede andere Regierung schwer halten, eine Steuervorlage zu finden, die ohne weiteres die Zustimmung des Volkes und der Stände fände. Ganz besonders gefährlich ist es in unserem Fall, eine Steuer mit der Vorlage zu verbinden. Es ist grundsätzlich falsch, so vorzugehen.

Wenn jedes Departement anfängt, für sich Finanzpolitik zu betreiben, wird das Finanzdepartement eigentlich ausgeschaltet. Das Volkswirtschaftsdepartement, das Militärdepartement schlagen bei ihren Vorlagen zugleich eine Deckung vor. Morgen wird vielleicht das Departement des Innern eine Vorlage über den Ausbau der Technischen Hochschule bringen und damit eine besondere Finanzvorlage verbinden. Jedes Departement finanziert heute, nur das Finanzdepartement nicht! Die übrigen 6 Departemente schaffen ihre besondern Finanzministerien. Das kann nicht zum Wohle der allgemeinen Politik ausschlagen; die Finanzierung muss Sache des Finanzdepartementes bleiben, und zwar nicht nur formhalber, sondern weil nur auf diesem Wege eine Finanzpolitik von allgemeinen Gesichtspunkten aus betrieben werden kann, die der allgemeinen Politik einigermassen entspricht. Es war uns deshalb unverständlich, weshalb das Finanzdepartement sozusagen abgedankt hat vor den Ansprüchen anderer Departemente. Wir waren immer der Meinung, die übrigen Departemente hätten mit der Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben genügend Schwierigkeiten zu überwinden, dass sie nicht noch Aufgaben übernehmen könnten, die andern Departementen in Tat und Wahrheit zukommen.

Man sagt, das Parlament stehe doch auf dem Standpunkt, dass für jede Neuausgabe die Deckung vorhanden sein müsse. Das ist ein theoretischer Vorsatz; der Weg zu einer guten Finanzpolitik ist ja immer mit guten Vorsätzen gepflastert. Aber dieser theoretische Vorsatz ist von unserem Parlamente nie eingehalten worden. Jedermann wird zugeben, dass z. B. die Militär-Kredite nicht davon abhängig gemacht werden können, ob zum vornherein eine Deckung vorhanden ist. Man sieht ohne weiteres ein, dass es Staatsaufgaben gibt, die erfüllt werden müssen, ganz unabhängig davon, ob die Mittel schon vorhanden sind oder nicht. Sie haben das praktische Beispiel in dieser Vorlage selbst. Hier sind für rund 200 Millionen Franken Militärausgaben vorgesehen. Sie behaupten nun, es sei für Deckung gesorgt. Das ist einfach nicht wahr. Es wird ja erst entschieden werden, ob die Krisenabgabe als Deckung für die militärischen Bedürfnisse für die nächsten drei Jahre in Frage komme. Weder das Volk noch die Stände haben hier schon beschlossen. Wie wollen Sie da behaupten, es sei für Deckung gesorgt. Aber angenommen, am 27. November werde vom Volk diesem Finanzkompromiss zugestimmt. Ist dann für die militärischen Aufwendungen Deckung vorhanden? Keineswegs. Sie haben dann für die nächsten drei Jahre dreimal 30 Millionen, also 90 Millionen Bundeseinnahmen zur Deckung der militärischen Bedürfnisse; aber Sie haben nicht 200 Millionen. Sie verweisen auf die Wehrsteuer, die nach der Krisenabgabe folgen werde. Haben Sie diese Wehrsteuer schon im Sack? Sie wissen, wie schwierig es ist, ein definitives Finanzprogramm aufzustellen, und in wie weiter Ferne es steht. Da können Sie doch nicht behaupten, es sei Deckung vorhanden.

Wir wollen uns einmal auf den Boden Ihrer Argumentation stellen und annehmen, der Grundsatz der Deckung sei wirklich erfüllt. Dann kann unser Standpunkt in bezug auf die Arbeitsbeschaffung nicht mehr mit dem Argument bekämpft werden, es sei keine Deckung vorhanden. Wir wollen für die zivilen Kredite genau den gleichen Weg einschlagen, den Sie für die militärischen eingeschlagen haben. Im Grunde genommen haben Sie für die Deckung der militärischen Kredite auf das definitive Finanzprogramm verwiesen. Wir verlangen das gleiche für die zivilen Kredite. Es ist mir unerfindlich, wieso man das, was man für die militärischen Kredite ohne weiteres als richtig annimmt, dann bekämpft, sobald man es auf die zivilen Kredite überträgt.

Uebrigens haben Sie von diesem Programm bereits 70 Millionen bewilligt, ohne für die Deckung gesorgt zu haben. Sie haben im Nationalrat in der letzten Septembersession vorschussweise 70 Millionen bewilligt; gestern hat der Ständerat zugestimmt; Deckung ist dafür in keiner Weise vorhanden. Wir machen daraus dem Parlament absolut keinen Vorwurf, sondern sehen daraus nur, wie es in eine Zwangslage versetzt ist. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Krise, sowie die Verstärkung der Landesverteidigung sind die primären Aufgaben; sie müssen zuerst gelöst werden, mit oder ohne Deckung. Wenn Sie diese Aufgabe nicht primär lösen, reiten Sie den Staat in den Abgrund hinein mit der schönen Deckung, die Sie beschlossen haben könnten.

Von Seiten gewisser Vertreter sagt man, das sei Etatismus, Staatssozialismus. Ich bin immer erstaunt, wenn die Vertreter der kleinen Kantone dazu beitragen helfen wollen, die Eidgenossenschaft finanziell zu schwächen und den Standpunkt einnehmen, die Kantone müssen für sich sorgen. Wenn der Finanzförderalismus irgendwo keine Gefahr bedeutet, so gilt das für die grossen Kantone. Sie können sich eventuell helfen. Zürich, z. B. wenn es nichts mehr an die Eidgenossenschaft abliefert, wird viel besser bestehen können als heute, ohne eidgenössische Hilfe und Subventionen. Ganz anders ist es aber für die kleinen Kantone. Ich

mache darauf aufmerksam, dass z. B. von den Einnahmen des Kantons Uri im Betrage von 1 924 000 Fr. nicht weniger als 741 000 Fr. auf Bundessubventionen entfallen; also 38½ % der Gesamteinnahmen des Kantons Uri kamen aus Bundessubventionen. Da möchte ich die Vertreter des Kantons Uri fragen, ob sie den Bundesfiskus schwächen wollen, damit er dann gezwungen wird, gerade den Kantonen die Bundessubventionen zu kürzen? Im Kanton Schwyz z. B. entfallen von 3 449 000 Fr. Einnahmen auf Bundessubventionen 1 673 000 Fr. oder fast die Hälfte der Gesamteinnahmen. Kanton Obwalden: von 1 660 000 Fr. Einnahmen entfallen auf Bundessubventionen 899 000 Fr. oder 54,7 %! Und der Kanton Wallis, wo es ja ganz besonders Herr Troillet ist, der diesen Riesenkampf gegen den Bund und für den Föderalismus führt, wie steht es dort? Für 1937 entfallen im Kanton Wallis von 11 217 000 Fr. Einnahmen nicht weniger als 7 332 000 Fr. auf Bundessubventionen; zwei Drittel aller Gesamteinnahmen des Kantons Wallis sind Bundessubventionen. Angesichts dieser Verhältnisse ist man ja erstaunt, wie man diesen Finanzföderalismus gerade von diesen Kantonen aus vertreten kann. Aber ich glaube, es ist Ihnen nicht so ernst. Die Zentralisation ist Ihnen schon recht, solange es von dieser Eidgenossenschaft her Geld gibt. Sie wird erst dann bekämpft, wenn man etwas für sie leisten sollte.

Darum sagen wir: Der Einwand des Etatismus, der hier erhoben wird, mit der Begründung, es handle sich darum, die Kantone selbständig zu erhalten und grosse Ausgaben des Bundes zu vermeiden, damit nicht etwa der Etatismus überhand nehme, kann allenfalls von gewissen Kantonen erhoben werden, aber nicht von den Kantonen der Innerschweiz, die gerade von diesen Bundessubventionen leben müssen. Ich mache ihnen wohlverstanden keinen Vorwurf daraus; ich kenne ihre Lage und weiss, dass sie darauf angewiesen sind. Niemand, der ihre kargen Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse kennt, wird ihnen die eidgenössische Hilfe missgönnen. Aber das nur nebenbei.

Wir glauben, auch die zivilen Arbeitsbeschaffungskredite können durch die Räte bewilligt werden. Sie haben heute schon die verfassungsmässige Grundlage dazu. Es ist ja nicht so, wie der Herr Kommissionspräsident meint, dass die verfassungsmässige Grundlage für die zivile Arbeitsbeschaffung fehle und nur eventuell für die militärischen Kredite bestehe. Ich will mich nicht auf Art. 2 der Bundesverfassung stützen, der von der Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt spricht, worunter man ja ohne grosse advokatische Kniffe auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verstehen könnte. Sondern es gibt noch den Art. 23 der Bundesverfassung, der ausdrücklich davon redet, dass es eine Aufgabe des Bundes sei und ihm das Recht zustehe, auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen. Worum handelt es sich hier in diesem Programm? Das sind doch alles öffentliche Werke. Deshalb vertreten wir die Meinung, die Kreditbewilligung falle in die Kompetenz des Parlaments. Es ist noch gar nie vorgekommen, dass man Kredite vor das Volk gebracht hat, einfach deshalb, weil es bei unserer Ausscheidung der Kompetenzen wirklich Sache des Parlaments ist, Kredite zu bewilligen. Wenn die Initiative andere Wege ging, so nicht deshalb, weil man glaubte, die Kompetenzen wären nicht vorhanden, sondern weil auf dem Wege der Initiative gar nichts anderes möglich war. Das Parlament soll beschliessen, die militärischen sowohl wie die zivilen Kredite. Nur dann ist an das Volk zu gelangen, wenn neue Kompetenzen des Bundes in Anspruch genommen werden müssen. Das ist der Fall bei einer Steuer: wenn eine neue Steuer eingeführt werden soll, so bedingt das eine Ergänzung der Verfassung; und jede Abänderung der Verfassung muss selbstverständlich von Volk und Ständen bewilligt werden.

Soweit schon für die Deckung der Kredite insgesamt eine besondere Steuer verlangt wird, ist naturnotwendig eine Volksabstimmung zu verlangen; sie kann nicht umgangen werden, sondern muss stattfinden. Deshalb glauben wir, die Trennung dieses Programmes in einen Teil, der den Kreditbeschluss den Räten vorbehält, und in einem andern Teil, der die Kompetenz zur Erhebung einer Steuer dem Bunde überbindet, sei richtig. Das hat aber zur Folge, dass dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm rasch durchgeführt werden könnte. Es hat keinen Sinn, hier jahre- und monatelang über irgend ein Programm zu debattieren. Von schönen Programmen hat niemand gelebt; nicht einmal die Parteien. Wichtiger ist, dass das Programm durchgeführt werde. Wenn Sie wollen, dass diese Arbeitsbeschaffung wirklich durchgeführt wird, dann können Sie das nicht mit einer Steuervorlage verbinden, weil dies ungeheure Komplikationen und Schwierigkeiten mit sich bringt. Das Experiment mit der Ausgleichssteuer ist ja bezeichnend genug. Wenn Sie wollen, dass wirklich etwas gemacht wird, dann müssen Sie den Kreditbeschluss als Sache der Räte betrachten und den Steuerbeschluss vor die Volksabstimmung bringen. Dann können Sie mit der Durchführung der Arbeiten auch beginnen und müssen nicht warten und das Volk in diesen Zeiten der Krise vertrösten.

Ja, lebten wir in einem allgemeinen Aufschwung, so könnte vielleicht der andere Weg verantwortet werden. Aber es ist so, dass heute Zeichen der zunehmenden Krise vorhanden sind. Die Krise ist ja nicht überwunden; wir leben in einem Dauerzustand der Krise, und die Symptome unserer Wirtschaft in den letzten Wochen sind ja derart, dass eine grössere Intervention des Staates unerlässlich erscheint, wenn nicht weitere Divisionen von Arbeitslosen auf die Strasse geworfen werden sollen. Es muss sogar rasch gehandelt werden; und es kann rasch gehandelt werden. Die verfassungsmässige Möglichkeit, um rasch zu handeln, ist vorhanden. Es handelt sich darum, dass man auch will.

Ich will hier nicht auf das Problem der Finanzierung eintreten und nicht auf den Abwertungsgewinn der Nationalbank, weil er später noch zur Sprache kommen wird. Ich will zu diesem Punkte nur eines sagen. Die Initianten der Arbeitsbeschaffungsinitiative haben ja an die Deckung gedacht und sahen die Schwierigkeiten ihrer Deckung voraus, die im Volke und bei den Ständen entstehen müssen. Darum haben sie dem Bund als

ein Deckungsmittel die Heranziehung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank empfohlen. Wohlverstanden, in der Initiative selbst ist nicht die Rede davon, dass das geschehen müsse; sondern den Initianten kommt es auf etwas ganz anderes an, nämlich darauf, dass die Eidgenossenschaft das Verfügungsrecht über diesen Abwertungsgewinn der Nationalbank erhalte. Das ist der springende Punkt, das Entscheidende im Text der Initiative; weniger vielleicht die praktische Heranziehung: wenn eine andere oder bessere Finanzierung gefunden werden kann, steht dem in der Initiative gar nichts entgegen. Die verfassungsmässige Möglichkeit der Heranziehung des Abwertungsgewinnes für die Bedürfnisse der Eidgenossenschaft ist das Wesentliche. Sie wissen, das war bis jetzt bestritten. Es gibt Finanzpolitiker in den Kantonen, die meinen, dieser Gewinn gehöre ihnen. Die Nationalbank stellt sich auf den Standpunkt, der Gewinn gehöre weder den Kantonen noch der Eidgenossenschaft, sondern der Nationalbank. Wenn aber in einem Verfassungsbeschluss festgelegt wird, dass der Abwertungsgewinn der Nationalbank für bestimmte Zwecke der Eidgenossenschaft zur Verfügung zu stehen hat, dann kann kein Bankrat der Nationalbank mehr etwas dagegen einwenden, noch sonstwer; dann ist das eben der souveräne Wille des Schweizervolkes, der auch in dieser Richtung zu entscheiden hätte.

Wenn man dem Programm einen Vorwurf machen kann, wobei ich nicht vergessen möchte, für den ursprünglichen Schwung in diesem Programm zu danken (ich kann es leider nicht mehr gegenüber dem vorliegenden Text), so darf man eines nicht vergessen: Der Hauptfehler besteht darin, dass man die Arbeitsbeschaffung mit der Finanzpolitik verquickt und nicht eine Scheidung vorgenommen hat. Ich frage mich nun: Hat eine zwingende Notwendigkeit bestanden, diesen Weg zu gehen? Dieser Weg wäre verständlich, wenn die Eidgenossenschaft über keine andern Mittel verfügt hätte, um solche Kredite für die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes zu erlangen. Dem ist aber nicht so, sondern heute ist in der Eidgenossenschaft eine grosse Geldfülle festzustellen. Der Bund bekommt zu sehr billigem Zinsfuss Geld in Hülle und Fülle, um diese öffentlichen Werke, die eine primäre Aufgabe der Eidgenossenschaft darstellen, auszuführen. Wir haben ja das Angebot der Nationalbank, die sogar Kredite zur Verfügung stellen will zu einem Zinsfuss von einem halben Prozent oder sogar nur zu einer bescheidenen Gebühr, die lediglich die eigenen Unkosten der Nationalbank deckt.

Am schweizerischen Bankiertag hat man sich dagegen gewehrt, dass der Abwertungsgewinn der Nationalbank herangezogen werden soll. Warum? Weil die schweizerischen Bankiers darauf zählen, dass sie ihre brachliegenden Gelder auch der Eidgenossenschaft zur Verfügung stellen können.

Wir haben also genügend Möglichkeiten finanzieller Natur, um das definitive Finanzprogramm abzuwarten, um jene Deckung zu finden, die dann im Rahmen der allgemeinen Finanzpolitik gefunden werden müsste. Wir wollten keine Etatisierung, und das Programm hat auch gar nichts mit diesem Ziele zu tun, ebensowenig wie mit einem sog. Staatssozialismus, sondern dieses Programm ist wirklich Landesverteidigung, von der man gestern sprach. Alle diese militärischen Vorkehren, so sehr wir sie unterstützen, dessen dürfen wir gewiss sein, nützen nichts, wenn nicht der ungebrochene Lebenswille der Nation dahintersteht. Dieser ist nur dann vorhanden, wenn jeder einzelne Staatsbürger das Gefühl hat, dass er in seiner Not und seinem Elend eine sichere Stütze in diesem Staate findet. Er wird dieses Gefühl nur erhalten, wenn er gewiss ist, dass vor allem die Starken in einem solidarischen Willen für die Schwachen einstehen, wenn er das Gefühl hat, dass der Staat ihn nicht vergisst, auch in gewöhnlichen Friedenszeiten nicht.

Sie müssen aber auch rasch handeln, denn es steht nicht nur das allgemeine Ansehen des Parlamentes auf dem Spiel, sondern auch das Ansehen der Demokratie. Ich will mich gar nicht auf ausländische Vorbilder berufen in bezug auf die Arbeitsbeschaffung. Wir wissen, mit welchen Methoden der Sklaverei diese Ziele erreicht worden sind, und wir wären die ersten, die solche Methoden ablehnen. Wir wissen, dass eine Arbeitsbeschaffung, die gleichzeitig einen Raub der Freiheit bedeutet, nicht mehr im Sinne unserer Institutionen liegt. Aber eines ist sicher: trotz alledem muss unsere Demokratie, unsere Eidgenossenschaft zeigen, dass sie kraft ihrer Mittel der Krise Herr wird, und dass sie auch rasch handeln kann.

Gehen Sie in das Volk hinaus. Dort sagt man: Im Mai hat man den Vorschlag gemacht, das grosse Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wir waren damals hocherfreut, dass etwas geschehen sollte. Heute sind wir am Ende des Jahres und nichts ist entschieden.

Wenn Sie nicht wollen, dass die Idee der Demokratie untergraben wird in diesem Staate, dann muss das Parlament rasch handeln. Es muss zum mindesten die Kredite des Programms beschliessen, und, um rasch handeln zu können, ist es auch notwendig, dass unser Vorschlag angenommen wird, der auf eine Trennung der Finanzierung hinausläuft.

Präsident: Der Antrag Picot will also eine Spaltung der Vorlage in den zivilen und in den militärischen Teil. Der Ordnungsantrag Meierhans will eine Spaltung nach einer andern Richtung, nämlich die Bewilligung der Kredite. Die Dekkungsfrage soll separat behandelt werden. Die Diskussion beschränkt sich auf diese beiden Ordnungsanträge. Die materielle Debatte, zu der sich eine „erfreuliche" Anzahl von Rednern eingeschrieben hat, kommt nachher.

M. **Crittin:** Je veux me conformer exactement au vœu exprimé par notre président, en me bornant à discuter uniquement les deux motions d'ordre soumises en ce moment à l'attention de la Chambre.

Qu'en est-il de la première, qui a pour auteur notre collègue M. Meierhans?

Cette motion, comme du reste celle qui est due à M. Picot, comporte ce que l'on appelle en droit une division de la cause.

Vous aurez certainement remarqué que la motion de M. Meierhans comporte tout d'abord un

arrêté fédéral non soumis à la clause d'urgence, par conséquent susceptible d'un referendum. Arrêté qui ne comprend que le programme des travaux. Puis, un second arrêté constitutionnel concernant la couverture financière. Cette motion n'est pas recommandable à cause des éventualités qui peuvent se produire. Il peut advenir que le programme soit repoussé alors que les moyens financiers seraient admis. Comprenez, Messieurs, que nous nous trouverions dans une situation ridicule qui ne manquerait pas d'atteindre le prestige du Parlement et l'autorité du Gouvernement fédéral. Je m'empresse d'ailleurs de vous apporter un apaisement en déclarant que cette éventualité, selon moi, ne se produira probablement pas. Notez que je ne la souhaite pas. En revanche, il se pourrait que le peuple donne son agrément au programme des travaux proposés, mais ne fournisse pas les moyens de les payer. Et alors, serions-nous bien avancés? Croyez-vous que la lutte contre le chômage aurait à gagner à une telle situation? Je dis que non. C'est pourquoi je crois devoir vous mettre en garde en criant casse-cou et en vous recommandant de ne pas suivre notre collègue M. Meierhans.

Il y a l'autre proposition présentée sous forme de motion d'ordre par M. Picot. Je dirai tout de suite que celle-là me paraît juste; je dirai même qu'elle s'impose si l'on veut s'inspirer réellement d'un souci de clarté, de netteté et de logique. Je puis en parler à mon aise, car, en tant que membre de la commission, lors de la première réunion de celle-ci à Klosters, j'ai été le premier à suggérer la disjonction des deux projets. J'appuierai donc la motion Picot, mais pour des motifs quelque peu différents de ceux invoqués par son auteur. Dans son intervention on devine, en effet, un désir de voir sombrer la partie du projet concernant les travaux dits de lutte contre le chômage.

Je ne partage pas ce sentiment; je suis de ceux qui estiment qu'il faut faire une distinction entre ce que l'on appelle un plan économique et un programme de travail. Je suis un adversaire résolu du premier, parce que sa réalisation n'est possible qu'en supprimant la liberté individuelle. C'est un système qui n'est applicable que dans les pays totalitaires. Au reste, malgré la floraison des plans économiques qui sont émis dans les milieux les plus extrêmes de gauche et de droite en passant par le centre radical, aucun d'eux n'a réussi.

Il en va tout autrement s'il s'agit d'un programme de grands travaux dans un pays de démocratie comme le nôtre. Il en est de lui comme de la langue dont parlait Esope: Ce peut être la pire on la meilleure des choses. Je pense que le programme présenté par le Conseil fédéral est bon parce qu'il permettra de lutter avec succès contre le chômage, à la condition, toutefois, qu'il ne mette pas les finances fédérales à une trop rude épreuve. C'est la raison pour laquelle je déclare que je suis un fervent partisan de ce programme de grands travaux, ce qui n'est peut-être pas le cas de M. Picot. Ceci dit, qu'en est-il de la disjonction demandée par notre collègue?

Une première constatation: les deux parties du projet représentent deux objets essentiellement différents et par leur essence et par leur portée pratique.

La défense nationale tend au maintien de l'intégrité territoriale. L'armée est un des facteurs de notre politique extérieure.

En revanche, les grands travaux ont un caractère social qui ne regarde que le ménage intérieur de la Suisse. Et, que l'on soit un enthousiaste ou un tiède partisan du programme des grands travaux, force est bien de reconnaître qu'ils n'ont pas la même portée, qu'ils ne tendent pas au même but que ceux intéressant la défense nationale.

D'autre part, ceux qui, hier encore, pouvaient hésiter à donner la main à la motion Picot ne doivent plus aujourd'hui avoir la moindre hésitation. Nous nous sommes rendu compte hier des préoccupations qui animent tous les groupes de cette Chambre, à l'exception des communistes. Je suis de ceux qui d'ores et déjà les excluent, car un parti communiste ne peut pas être sincèrement partisan de la défense nationale ...

M. **Meierhans:** Et les frontistes?

M. **Crittin:** Je n'en dis pas davantage, parce qu'il s'agit d'un parti encore représenté dans cette enceinte. En revanche, vous, Monsieur Meierhans, je vous considère, bien que socialiste, comme un partisan sincère de la défense nationale. La discussion d'hier a été marquée, par moments, d'une note d'actualité dramatique. Quant à moi, j'ai été profondément impressionné par le développement de la motion Vallotton qui comportait un programme substantiel de renforcement de la défense nationale. Avec une objectivité et une clarté saisissantes, M. Vallotton a souligné — je dis cela tout bas, pour qu'on ne le sache pas hors de nos frontières — les défauts de notre appareil de défense du pays.

Au lieu de former un bloc de notre défense nationale, nous donnons le spectacle de la dispersion. Aujourd'hui, programme de renforcement selon le projet en discussion; en décembre, le nouveau programme qu'impose l'acceptation, hier, de la motion Vallotton. Défaut total de coordination, que nous éviterons en acceptant la motion Picot.

Il est une autre raison qui motive cette motion: la couverture financière est trouvée en ce qui concerne les travaux dits «militaires». Elle ne l'est pas en ce qui touche les travaux civils. Je suis même à me demander ce qu'il sortira de nos délibérations de décembre à propos de l'impôt compensatoire et des bénéfices de la dévaluation qui doivent servir à payer les travaux de lutte contre le chômage! En séparant les deux objets, le plus urgent, celui qui intéresse l'armée, pourrait recevoir une exécution presque immédiate. Il n'en sera pas de même de la seconde partie.

Bien plus: il est bon qu'à l'extérieur on sache que nous ne lésinons pas sur les dépenses de consolidation de notre armature militaire et que le peuple suisse, sur ce point, est fort moralement et financièrement.

Une dernière considération: il n'est pas niable que si le programme militaire et son financement réunissent l'unanimité, il n'en va pas de même pour les travaux civils. Je répète que je suis partisan de ceux-ci. Mais le nombre de citoyens qui

pensent comme M. Picot n'est pas négligeable. On peut d'ailleurs de bonne foi diverger sur l'efficacité de ces travaux comme moyen de lutte contre le chômage. Il faut nous garder de faire du totalitarisme dans cette salle en considérant comme de mauvais citoyens tous ceux qui ne sont pas de fervents partisans des travaux civils, car en maintenant la fusion des deux programmes de travaux, vous allez faire surgir un cas de conscience chez les citoyens qui voudraient voter la première partie du projet et refuser l'autre. Le résultat le plus clair de cet état de choses, c'est que la partie concernant le renforcement de la défense nationale ne recueillera pas le nombre de suffrages suffisant pour impressionner favorablement l'étranger, ce qui pourtant serait plus que souhaitable.

A ceux qui m'objectent que la disjonction proposée par M. Picot met en péril le sort de la partie concernant la lutte contre le chômage, je dis que cela n'est pas démontré et que si cela était, il faudrait convenir que la tactique seule s'oppose à la disjonction. Circonstance d'ailleurs fort regrettable, car en aucun cas l'armée ne doit servir comme un moyen de combat ou comme un instrument de propagande contre ou pour une réforme d'ordre interne, qu'elle soit politique, économique, financière ou sociale.

Si nous voulons persuader l'étranger que le peuple suisse est uni et fort au sujet des sacrifices que lui impose la défense de son territoire, il nous faut accepter la proposition de disjonction.

Bundesrat **Obrecht:** Der Bundesrat hat bis zu diesem Frühjahr den Standpunkt vertreten, es sei zweckmässiger, im Gebiete der Arbeitsbeschaffung Jahr für Jahr die Situation neu zu beurteilen und je nach der Lage dem Parlament eine neue Kreditvorlage zu unterbreiten. So ist es geschehen Ende 1936 für das Jahr 1937, wiederum 1937 für 1938.

Durch die Beratungen hier im Nationalrat im März dieses Jahres ist der Bundesrat veranlasst worden, diese Taktik zu ändern und einzutreten auf die Idee eines umfassenderen Programmes, nicht nur für ein Jahr, sondern für eine längere Periode. Wir reden von 3, eventuell von 4 Jahren.

Dieser Umschwung in der Auffassung des Bundesrates ist ihm in der Westschweiz übel vermerkt worden. Es war nicht nur Herr Picot allein, sondern viele andere Welschschweizer, die gefunden haben, der Bundesrat habe sich unrichtigerweise durch das Parlament, durch die Volksinitiative und anderes verleiten lassen. Ganz sicher hat dabei die Existenz der Initiative mit hineingespielt, denn — machen wir uns keine Illusionen — diese Initiative der Richtlinienbewegung für Arbeitsbeschaffung ist eine gefährliche Sache. Sie ist populär, weil sie Arbeit schaffen will im Ausmass von 300 Millionen Franken, wobei von militärischen Aufwendungen nicht die Rede ist, sondern nur von ziviler Arbeitsbeschaffung. Die Initiative will diese 300 Millionen herholen bei der Nationalbank aus dem Abwertungsgewinn. Es heisst im Verfassungstext, man könne das tun, und kompetent erklärt wird für diese Massnahme die Bundesversammlung.

Stellen Sie sich die Situation vor, wenn durch die Annahme der Initiative das Parlament in diese Lage hinein manöveriert würde, dass es zu entscheiden hätte. Wenn dann die Bundesversammlung auf die Idee der Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes nicht einginge, würde sie sich in Gegensatz stellen zum Willen des Volkes, nachdem dieses die Initiative gutgeheissen hätte. Würde sie dagegen die 300 Millionen heranziehen, dann wäre eine Kollision mit den Ansprüchen der Kantone zu erwarten.

Nun macht man sich die Sache in der Westschweiz etwas zu leicht, indem man glaubt, es sei ungefährlich, dem Rat zu folgen, den der Bundesrat anfänglich gegeben hat, nämlich mit dieser Initiative einfach vor das Volk zu treten und die Verwerfung zu empfehlen. Das hatte der Bundesrat vorgeschlagen, der Ständerat hat es beschlossen. Aber Sie haben alle doch die Hemmungen im Nationalrat im März dieses Jahres deutlich spüren müssen. Ich glaube tatsächlich, dass in der Einstellung der Volksmeinung gegenüber dieser Initiative in der deutschen Schweiz eine wesentlich andere Auffassung herrscht als in der Westschweiz. Ich glaube ohne weiteres, dass man in der Westschweiz mit der Initiative im Sinne der Verwerfung fertig würde; aber ich habe grosse Zweifel, ob das auch in der deutschen Schweiz möglich wäre.

Aber das war nicht der einzige Grund, weshalb wir von der ursprünglichen Idee abgekommen sind. Wir hatten unsere Botschaft vom Oktober 1937 in einer Zeit geschrieben, in der sich unsere Wirtschaft infolge der Abwertung von Monat zu Monat ganz erfreulich gebessert hat. Die Zahl der Teilarbeitslosen sank von 25 000 auf 10 000 und die der Ganzarbeitslosen verminderte sich um 30 000. Kaum war dieser Bericht draussen, so hat es angefangen, sich in der Wirtschaft zu wenden. Statt zunehmende Verbesserung musste man wieder neue Kriseneinbrüche konstatieren. Die Zahl der Teilarbeitslosen ist vom Oktober 1937 bis Herbst 1938 um 150 % gestiegen. Die Reduktion von 25 000 auf 10 000 ist wieder verloren gegangen; heute haben wir wieder Teilarbeitslose im Ausmass von 23—27 000. Das ist ein Wandel in der Konjunktur, und mit ihm wandelt sich die Beurteilung der Zukunft. Wir durften, nachdem das so eingetreten war, nicht mehr dem Optimismus huldigen, die Wirtschaft werde sich nun dank der Abwertung weiterhin günstig entwickeln, wie das in den ersten 12 Monaten der Fall war, sondern wir mussten einsehen, dass wieder krisenhafte Rückfälle eintreten werden, denen wir Rechnung tragen müssen. Immer hat das Uebel so begonnen, dass zuerst die Zahl der Teilarbeitslosen zugenommen hat. Man setzt den einzelnen Arbeiter auf reduzierte Arbeitszeit, und nach und nach wird daraus ein Ganzarbeitsloser. Diese schlimmen Anzeichen mussten uns sagen: Prenez garde — diese Verbesserung wird nicht anhalten, sondern es wird mit einer neuen Krisenwelle zu rechnen sein. Das war ein zweites Moment, das uns in unserm Sinneswechsel wesentlich beeinflusste.

Dann kamen als drittes Moment die Vorgänge ausserhalb unserer Grenzen. Es ist nicht zu verkennen, dass durch die Tatsache, dass wir an unserer Ostgrenze nicht mehr einen selbständigen Staat Oesterreich haben, von dem niemals das Geringste zu befürchten gewesen wäre, eine wesentlich andere

Situation entstanden ist. Es hat sich unsere militärische und geographische Lage sogar wesentlich verändert. Das darf man mit aller Offenheit sagen; denn jedem, der von Militärgeographie etwas versteht, liegen diese Dinge offen vor Augen: Unsere Ostfront muss heute anders beurteilt werden als vor dem Anschluss Oesterreichs. Nehmen wir nur das Beispiel der Verbindungen mit unserm lieben Kanton Graubünden. Wir haben nie damit gerechnet, dass die Verbindung über Sargans nach dem Kanton Graubünden in Frage gestellt werden könnte. Wenn es aber zu einem Konflikt käme, könnten wir auf diese Verbindung über Sargans nicht mit Sicherheit rechnen. Diese Strasse ist stellenweise nur noch 2 km von der Landesgrenze entfernt; es wäre geradezu naiv, diese Verbindung als unter allen Umständen gesichert anzunehmen. Ausser der Strasse über Sargans gibt es aber mit dem Kanton Graubünden überhaupt keine Verbindung, die auch zur Winterszeit zuverlässig fahrbar wäre. (M. le **Vice-Président:** Je me permets de vous faire remarquer, M. le Conseiller fédéral, que nous ne discutons que les deux motions d'ordre.) Ich werde sofort darauf zu sprechen kommen. Wir müssen uns darüber klar sein, dass uns die Verhältnisse dazu gezwungen haben, verschiedene Dinge ganz anders zu beurteilen. Insbesondere müssen wir neue Kommunikationen schaffen, die mit einer grossen finanziellen Tragweite verbunden sind. Das war auch ein Novum, mit dem wir im Oktober 1937 bei der Abfassung unserer Botschaft nicht rechnen konnten.

Wir mussten uns also sagen, es werde sich die Wirtschaft nicht so geradlinig aufwärts entwickeln, wie wir das im Oktober 1937 angenommen hatten; wir müssen mit einer längeren Auswirkung der Krise rechnen, als wir es damals getan haben, sogar mit einer Verstärkung der Aufwendungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, müssen Veränderungen militärgeographischer Natur in Betracht ziehen, aber auch den Ausbau unserer Landesverteidigung verstärken. Darüber musste sich der Bundesrat schon im Frühjahr, im Anschluss an die Veränderungen ausserhalb unseres Landes klar werden. Nachdem man das alles überlegt hatte, haben wir uns gefragt: Geht es noch an, dass wir nach der alten Methode Jahr für Jahr eine Kreditvorlage einbringen, bei der man nicht an die Deckung denkt? Es sind 30, 35 Millionen verlangt worden. Wir hatten dieses Jahr in Verbindung mit den erweiterten Bedürfnissen ein Kreditbegehren von vielleicht 60—70 Millionen vorgelegt. Wir haben das mit der Uebergangsvorlage gezwungenermassen ja auch getan. Aber man hat dabei nie an die Deckung gedacht, weil man sich sagen musste, wegen einer einmaligen Ausgabe von 60—70 Millionen könne man nicht eine neue Einnahme als Deckungslösung vorschlagen. Nun frage ich Herrn Nationalrat Picot — er war ja kantonaler Finanzdirektor wie ich früher auch, wir sollten uns also verstehen — ist es für die Bundesfinanzen besser, wenn wir drei Jahre hintereinander je einen Kredit von 60—70 Millionen vorbringen, ohne den Mut zu haben, die Deckungsfrage aufzuwerfen, oder ist es besser für den Fiskus, wenn man für drei Jahre zusammen einen Kredit von 200 Millionen beschliesst und dann den Boden schafft, um die Deckungsfrage zu stellen? Gerade die Sorge um die Bundesfinanzen war mit ein treibender Faktor, dass wir unsere Einstellung geändert haben. Das sollte mehr gewürdigt und mehr verstanden werden, besonders in der Westschweiz, wo man um die Entwicklung unserer Bundesfinanzen besorgt ist. Ich freue mich dessen, dass man sich dort um die Bundesfinanzen kümmert. Ich habe schon im März erklärt, wo man uns eingeladen hat, wir möchten ein grosses, umfassendes Programm vorlegen, das könne für den Bundesrat nur in Frage kommen, wenn damit die Deckungsfrage kombiniert werde. Nun haben wir eine Vorlage gebracht mit 200 Millionen für Arbeitsbeschaffung. Das ist nichts als eine Zusammenfassung von dreimal 60—70 Millionen, die ohnehin in Jahresraten gekommen wären, aber wir haben damit die Deckungsfrage verbunden.

Ich hätte geglaubt, dass man sich weit herum freuen sollte, wenn der Bundesrat in der entschlossenen Art erklärt: Es gibt keine ausserordentlichen Kredite ausser Budget, ohne dass man die Deckungsfrage stellt. Wir sind nicht verstanden worden, jedenfalls habe ich von Freude wenig bemerkt. Es ist mir aber auch klar, warum, denn sobald man die Deckungsfrage stellte, ist das nicht eine theoretische oder wissenschaftliche Frage, sondern eine eminent praktische Frage. Wenn wir die ausserordentlichen Ausgaben decken wollen, müssen wir dem Bund Einnahmen schaffen, die zur Deckung dienen. Irgend jemand muss sie erleiden. Derjenige, der sie zahlen soll, schreit auf und sagt, das fehle gerade noch, dass der Bund mit neuen Fiskallasten auftrete. Ohne neue fiskalische Lasten kann ich mir die Lösung der Deckungsfrage aber nicht denken, es sei denn, dass wir das bequeme Mittel anwenden, so wie die Initiative, bei der Nationalbank anzuklopfen. Aber damit greifen wir in die Ansprüche der Kantone ein, die es nicht dulden würden, dass wir mehr als die Hälfte des ganzen Abwertungsgewinnes — nach dem Sinn und Geist der Initiative — für den Bund heranziehen und die Kantone dadurch in ihren Ansprüchen zurücksetzen. Wenn wir die Deckungsfrage lösen wollen, müssen wir irgendwelche Kreise im Volke belasten. Wir mögen die Sache angreifen, wie wir wollen, so lösen wir Widerstände und Bewegungen aus, die sich gegen die Lösung der Deckungsfrage richten. Dürfen wir uns dadurch beirren lassen? Wir haben vielleicht insofern etwas unvorsichtig gehandelt, als wir mit der Ausgleichssteuer eine Kategorie von Steuerpflichtigen getroffen haben, die es verstehen, laut zu schreien; es sind die Inhaber der grossen Warenhäuser, die es verstehen, Reklame zu machen, mit der Presse umzugehen, grosse Inserate für propagandistische Zwecke zu erlassen. Ich darf also sagen, dass wir hier gleich den Stier bei den Hörnern genommen haben. Aber wir wollen diesen Kampf aufnehmen und durchfechten; es wäre nicht zu verstehen, wenn schon im Parlament ein gewisser Schlotter um sich greifen würde wegen dieser Propaganda, die gegen die Ausgleichssteuer gerichtet worden ist. Deswegen dürfen wir jedenfalls vom Gedanken der Deckung nicht abweichen; denn es steht für mich fest: wenn wir weiter so grosse Ausgaben ausserhalb des Budgets, das auch defizitär

ist, immer nur beschliessen, ohne die Deckungsfrage zu lösen, dann reiten wir den Bund naturnotwendig in eine finanzielle Situation hinein, die eines Tages zum Verhängnis führen muss, zu einer Vertrauenskrise im Kredit; und das ist der Anfang vom Ende. Diese Gefahr sehe ich voraus, und da sind meine Kollegen mit mir völlig einig, insbesondere der Herr Chef des Finanzdepartementes. War es nicht das Finanzdepartement, das in der definitiven Finanzvorlage den Grundsatz aufstellen wollte: Es gibt keine neuen Ausgaben ohne Deckung! War es das Volkswirtschaftsdepartement, das diesen Gedanken erfunden hat? Das war Gedankengut unseres Finanzdepartementes. Sie sehen daraus, dass hier die Denkungsart des Finanzdepartementes und die des heutigen Chefs des Volkswirtschaftsdepartementes sich absolut decken.

Nun darf man nicht wie Herr Meierhans uns sagen: Das Deckungsprinzip führt zu einer departementsweisen Finanzpolitik. Es ist doch natürlich, dass wir die Deckungsfrage gleichzeitig mit der Kreditvorlage lösen müssen; und wenn einmal ein anderes Departement diese Kredite vertritt als das Finanzdepartement, so führt das mit sich, dass das betreffende Departement auch die Deckungsfrage vertritt. Das braucht aber nicht naturnotwendig so zu sein. Es wäre im vorliegenden Falle auch denkbar gewesen, dass der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes die Kredite und sein Kollege vom Finanzdepartement die Deckungsfrage vertreten hätte. Wenn es etwas anders gekommen ist, so ist das darauf zurückzuführen, dass damals, unter der knappen Frist, die Sie uns gesetzt hatten, um diese Vorlage einzubringen, der Chef des Finanzdepartementes mit seinem Finanzprogramm so in Anspruch genommen war, dass er mich ersuchte, die Deckungsfrage hier ebenfalls zu vertreten. Das ist aber ein Ausnahmefall. Er beweist nicht, dass wir uns damit auf unrichtigem Boden bewegen. Wenn wir die Militäraufwendungen ausserordentlicher Natur decken wollen, dann wird nicht Herr Kollege Minger die Wehrsteuer oder das Wehropfer vor Ihnen vertreten; das wird das Finanzdepartement tun. Also ziehen Sie daraus, dass zufällig die Ausgleichssteuer vom Chef des Volkswirtschaftsdepartementes als Vertreter der Gesamtvorlage hier vertreten wird, nicht unrichtige Schlüsse, die materiell nicht gerechtfertigt wären.

Nun die Frage: Soll man die Militärkredite von den Zivilkrediten trennen? Gestern ist es jedem eindrucksvoll zum Bewusstsein gekommen, dass der Sinn und der Wille im Parlamente und im Volke vorhanden ist, dass wir in unserer Aufrüstung, in der Verstärkung der Landesverteidigung keine Unterbrechung eintreten lassen dürfen. Der Bundesrat war derart besorgt, eine Unterbrechung in der Frage der Landesverteidigung zu vermeiden, das er schon bei dieser Vorlage, die am 7. Juni 1938 geboren wurde, rund 185 Millionen Fr. neue Wehrkredite vorgesehen hat. Er ist also derjenige, der auch hier wieder mit dem neuen Kredit zuerst aufgestanden ist, bevor es Motionen und Interpellationen im Parlament gegeben hat, wie das gestern der Fall war. Wir haben rechtzeitig an die Fortsetzung der Aufrüstung der Landesverteidigung gedacht und Ihnen darum schon im Juni Vorschläge für neue Wehrkredite unterbreitet. Wir hätten das auch separat machen können; das ist nicht zu bestreiten. Aber es gibt erhebliche Gründe, die dafür sprechen, dass man dies jetzt nicht mehr separat tue, sondern kombiniert. Einmal die innern Gründe. Sehen Sie sich die verschiedenen Kredite an, so werden Sie nicht bestreiten können, dass auch die Aufwendungen für die Landesverteidigung Aufwendungen sind, die Arbeit bringen; die Aufträge, die an die Industrie vergeben werden, die Befestigungsarbeiten, die ausgeführt werden sollen, die Militärbauten, die vorgesehen sind, das alles bringt Arbeit. Deshalb ist eine innere Verwandtschaft da mit den besondern Krediten, die wir speziell für Arbeitsbeschaffung verlangen. Aber umgekehrt gibt es unter den Arbeitsbeschaffungskrediten eine ganze Reihe, die sehr stark auch militärischen Charakter tragen. Die 35 Millionen Fr. Ergänzungskredit für das Alpenstrassenprogramm haben doch ganz wesentlich militärischen Charakter. Ich habe es Ihnen angedeutet. Wir müssen diese neuen Kommunikationen schaffen, damit der Kanton Graubünden, mag kommen was mag, verbunden bleibt mit dem Vaterland. Und auch der Kanton Tessin muss durch eine durchgehende Strassenverbindung nebst dem Gotthard, nämlich durch eine solche über den Lukmanier, an das Vaterland gekettet werden. Das sind militärische Aufgaben wirtschaftlichen Einschlags. Infolgedessen besteht hier ein innerer Zusammenhang, ein Zusammenhang zwischen dem, was wir für das Militär tun, weil es zugleich Arbeitsbeschaffung ist, und den eigentlichen Arbeitsbeschaffungskrediten, weil ein grosser Teil davon auch militärische Zwecke erfüllen soll.

Zum andern müssen wir auch bei diesen ausserordentlichen Militärkrediten doch endlich daran denken, eine definitive Lösung der Deckungsfrage herbeizuführen. Es ist jetzt im Uebergangsprogramm eine Lösung für drei Jahre vorgesehen. Das ist aber, da haben die Kritiker recht, keine zuverlässige Lösung. Es muss an die definitive Lösung der Deckungsfrage für die 600 Millionen Fr. ausserordentliche Militärkredite herangetreten werden. Da wird entweder die Wehrsteuer oder das Wehropfer herhalten müssen. Das eine wie das andere muss vom Volke beschlossen werden. Da glauben wir, es sei eine psychologische Vorarbeit, wenn wir die ausserordentlichen Militärkredite dem Volke unterbreiten und von ihm genehmigen lassen. Das bringt Sie in diesen Landesverteidigungsfragen in Kontakt mit dem Volke. Sie werden, wenn Sie diese Vorlage vertreten müssen, dem Volke sagen, warum man das alles tun will. Es wird das sicher leicht verstehen, und es wird im Volke die Beruhigung fördern, wenn Sie mit ihm über die Armeeaufrüstung sprechen. So wird der Boden vorbereitet, auf dem dann eine Wehrsteuer oder ein Wehropfer wirklich auch die Annahme des Volkes finden kann. Es wäre konsequent und praktisch gewesen, wenn man die Frage der Wehrsteuer oder des Wehropfers gleich auch hier hätte lösen können; aber die Frage der Steuer ist nicht reif. Sie wird deshalb separat vor das Volk gebracht werden müssen. Damit, dass wir die Militärkredite vor das Volk bringen, schaffen wir eine wertvolle Vorarbeit für die spätere Annahme der Wehrsteuer oder des Wehropfers.

Ich bin deshalb der Meinung, man sollte diese beiden Dinge jetzt beieinanderlassen, und ich bin Ihrer Kommission dankbar, dass Sie mit überwältigender Mehrheit diesen Standpunkt eingenommen hat. Ich halte ihn fest, auch gegenüber den Ausführungen des Herrn Crittin. Was wollen wir mit der ganzen Vorlage erreichen? Wir wollen, dass im Ausbau unserer Landesverteidigung kein Unterbruch eintritt. Wir wollen die Fortsetzung der bisherigen Arbeitsbeschaffung unter Einbezug einzelner besonderer Objekte, die durch die Veränderungen ausserhalb unserer Grenzen dringlich geworden sind. Wir wollen aber auch die Deckung der ausserordentlichen Ausgaben, wenigstens für den zivilen Teil der Kreditvorlage. Wir wollen diese Deckungsfrage für die zivilen Kredite lösen, und wir wollen sie für die militärischen Kredite vorbereiten. Und im gleichen Atemzuge, wo wir diese Aufgaben zur Erstarkung und Beruhigung unseres Volkes tun, erledigen wir automatisch die Arbeitsbeschaffungsinitiative. Das hat Ihnen heute Herr Nationalrat Meierhans neuerdings in Aussicht gestellt. Das ist aber nur der Fall, wenn wir mit einer Gesamtvorlage vor das Volk treten und nicht anfangen, Stückwerk zu treiben. Deshalb empfehle ich Ihnen, beide Ordnungsanträge abzulehnen.

Huber - St. Gallen: Herr Bundesrat Obrecht hat Ihnen beantragt, den Antrag Picot abzulehnen und darauf hingewiesen, dass eine saubere Trennung nicht möglich ist. Man darf ruhig feststellen, dass die Hauptausgaben, die unter dem Titel „Arbeitsbeschaffung" figurieren, direkt auch Ausgaben für die Landesverteidigung sind. Ich will darüber nicht weitere Ausführungen machen; aber ich möchte wiederholen, was ich in der Kommission gesagt habe: Man könnte ganz ruhig die ganze Vorlage als eine Vorlage für die Landesverteidigung bezeichnen; denn die Arbeitsbeschaffung ist in erster Linie Landesverteidigung. Sie können Befestigungen an unsern Grenzen bauen soviel Sie wollen. und Sie können unser Volk bewaffnen so stark Sie wollen; das alles ist vollständig wertlos, wenn das Volk innerlich zermürbt wird durch eine andauernde Arbeitslosigkeit, und wenn das Vertrauen zum Staate untergraben wird durch die Untätigkeit in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich will darüber keine weitern Worte verlieren.

In bezug auf den Antrag des Herrn Dr. Meierhans möchte ich einige Bemerkungen machen, speziell gegenüber den Ausführungen von Herrn Bundesrat Obrecht. Herr Bundesrat Obrecht hat auch hier wieder einmal erklärt, es müsse nun endlich einmal der Grundsatz durchgeführt werden: „Keine neuen Ausgaben ohne Deckung." Das ist ein Grundsatz, der sehr schön klingt und mit dem man da und dort Eindruck machen kann. Es ist ein Grundsatz, der vollständig im Widerspruch steht mit unsern Methoden. Mit diesem neuen Grundsatz dürfte man zwar alte Ausgaben ruhig fortsetzen, auch wenn sie nicht gedeckt sind, neue Ausgaben aber dürften nicht mehr beschlossen werden, ohne dass gleichzeitig für diese neuen Ausgaben ein neues „Kässeli" geschaffen wird. Es ist richtig, dass dieser Grundsatz schon in den Finanzprogrammen enthalten war. Aber ebenso richtig ist, dass der Bundesrat sich selber nicht daran gehalten hat, weil er weiss, dass das ganz unmöglich ist.

Auch diese Vorlage entspricht ja gar nicht dieser angeblich grundsätzlichen Haltung. Es ist eine Irreführung des Volkes, wenn man behaupten will, dass in ihr der Grundsatz „keine neuen Ausgaben ohne Deckung" gewahrt sei. Man muss die Vorlage nur ein bischen lesen, um sofort festzustellen, dass es eine Täuschung ist, wenn man dies dem Volke gegenüber behaupten will. Wo ist denn in dieser Vorlage auch nur ein Rappen Deckung für die militärischen Ausgaben enthalten, obwohl nicht nur 200 Millionen, sondern wahrscheinlich 250 bis 300 Millionen tatsächlich für Militärausgaben bestimmt sind? Wo, Herr Bundesrat, ist die Deckung für diese Millionenausgaben? Haben Sie einen Rappen Deckung in dieser Vorlage drin? Wenn Sie mir das zeigen können, so will ich alles zurücknehmen, was ich in bezug auf die Täuschung behauptet habe.

Man hat verwiesen auf die Vorlage, die am 27. November zur Abstimmung kommt. Ueber das Schicksal dieser Vorlage kann man verschiedener Meinung sein. Aber in der heute diskutierten Vorlage selbst ist kein Wort gesagt, dass sie etwa abhängig gemacht werde von der Annahme der andern Vorlage. Und es ist nichts vorgesehen für den Fall, dass jene Vorlage nicht angenommen würde. Auch die Vorlage, die am 27. November zur Abstimmung kommt, enthält nicht einen Rappen neue Einnahmen, insbesondere nichts für das Militärwesen. Es ist eine kleine Schiebung darin enthalten, indem gesagt wird, dass das, was die Krisenabgabe abwerfe, in Zukunft, statt, wie bisher für die allgemeine Verwaltung, zur teilweisen Deckung der Militärausgaben zu dienen hat. Das ist aber keine neue Einnahme. Mit der gleichen Methode könnte man beschliessen, dass in Zukunft jährlich von den Zolleinnahmen 50 Millionen verwendet werden müssen für die Deckung der Arbeitsbeschaffungsausgaben. Das wäre auch eine „neue" Einnahme, wie jene der Krisenabgabe, d. h. man hätte einfach eine alte Einnahme ihrem ursprünglichen Zwecke entfremdet.

Ich wiederhole also: Es ist für die Militärausgaben auch nicht ein Rappen Deckung vorgesehen, deshalb darf man nicht vor dem Rat und noch viel weniger vor dem Volke die Behauptung aufstellen: „Keine neuen Ausgaben ohne Deckung".

Wie steht es nun mit der Deckung für die Arbeitsbeschaffungsausgaben? Eine kleine Zwischenfrage: Warum haben Sie es gerade so gemacht, und nicht umgekehrt? Sie hätten ja sagen können, und das wäre meines Erachtens sachlich gerechtfertigter gewesen und hätte dem Sinn der Krisenabgabe entsprochen: „Das Erträgnis der Krisenabgabe soll verwendet werden zur Deckung von Krisenausgaben und Arbeitsbeschaffungsausgaben." Dann machen wir die Militärausgaben von der neuen Deckung abhängig. Das wollten Sie nicht, weil Sie eben den Grundsatz nicht durchführen wollen. Sie sehen ganz genau, dass es Ausgaben gibt, die man machen muss, auch wenn die Deckung nicht sofort vorhanden ist. Wenn ein Familienvater arbeitslos ist und keine Unterstüt-

zung mehr bekommen kann, kann er nicht erklären: Jetzt werde ich keine Ausgaben mehr machen, werde das Essen, Kleiden und Wohnen einstellen, bis ich neue Einnahmen habe. Die gleiche Situation ergibt sich beim Staat.

Nun kommt diese famose Ausgleichssteuer. Sie ist ja gar nicht aus dem Bedürfnis heraus geboren, eine Deckung zu verschaffen. Man hat mit der Ausgleichsteuer einen Zweck in die Vorlage hinein getragen, der mit ihr nicht in direktem Zusammenhang steht. Man glaubt, mit der Vorlage gleichzeitig ein Stück Mittelstandspolitik betreiben zu können. Ich habe durchaus nichts dagegen, dass man dem Mittelstand hilft, bin im Gegenteil davon überzeugt, dass er Hilfe nötig hat. Aber Sie diskreditieren die Hilfe für den Mittelstand, wenn Sie glauben, mit diesen merkwürdigen Methoden vorgehen zu müssen. Bringen Sie doch eine Vorlage, wie sie vom Mittelstand wiederholt gefordert worden ist, die dem Zweck bestimmt ist, ihm zu helfen, und zwar nicht mit einem solch untauglichen Mittelchen. Dann wollen wir mit dem Mittelstand zusammen für eine solche Vorlage eintreten. Aber sammeln Sie doch nicht alle Oppositionsmöglichkeiten, damit dann „glücklicherweise" weder der Mittelstand seinen Schutz bekommt noch diese Vorlage für Arbeitsbeschaffung durchdringen kann.

Der Bundesrat hat in seinem zweiten Bericht deutlich gesagt, Zweck der Ausgleichssteuer sei die Verteuerung der Lebenshaltung, weil dadurch dem Mittelstand geholfen werden soll. Glauben Sie, dass das Volk sich mit derartigen Methoden für eine Vorlage gewinnen lässt?

Wie steht es denn mit dieser Deckung? Herr Bundesrat Obrecht hat vorhin erklärt, in bezug auf die Militärvorlage habe man nichts beschliessen können über eine Wehrsteuer, denn das sei steuertechnisch noch nicht abgeklärt. Herr Bundesrat Obrecht, ist die Ausgleichssteuer technisch abgeklärt? Ich habe noch nie eine derartig beschämende Situation gesehen in einer Kommission, wie wir es in der letzten Kommissionssitzung erlebt haben, wo man erst in letzter Stunde, veranlasst durch einen Antrag des Herrn Dr. L. F. Meyer, diesen Dingen nähergekommen ist und es sich herausgestellt hat, dass diese ganze Idee in die Vorlage hineingekommen ist, ohne dass die Steuerverwaltung vorher sie gründlich überdacht und praktisch ausgearbeitet hatte. Ja, Sie können schon den Finger erheben, Sie wissen genau, wie das gegangen ist. Es ist bei der Arbeitsbeschaffung ähnlich gegangen. Man hat die Fachleute erst nachher gerufen. Es hat sich gezeigt, dass von den Kommissionsmitgliedern vielleicht drei eine Ahnung hatten, wie es gemeint war. Herr Dr. L. F. Meyer hat, als der Referent der Steuerverwaltung gesprochen hatte, erklärt: „Wenn ich diese Tabelle gekannt hätte, dann wäre mein Antrag anders ausgefallen. Ich anerkenne allerdings die Richtigkeit dieser Tabelle nicht." Aber eine richtige, von ihm anerkannte, kannten wir auch nicht. Die Tatsache ist doch so, dass die Kommission bis auf den heutigen Tag keine blasse Ahnung davon hat, wie der Bundesrat diese Ausgleichssteuer durchzuführen gedenkt. Inwieweit blasse Ahnungen an anderer Stelle vorhanden sind, kann ich nicht beurteilen. So liegen die Dinge. Deshalb haben wir am Schlusse unserer letzten Kommissionssitzung gar keinen andern Ausweg gewusst, als dass wir fast einstimmig die Geschichte wieder an den Bundesrat zurückweisen und bitten mussten, dass uns die Ausgleichssteuer mit den nötigen Erklärungen, wie sie durchgeführt werden solle, vorgelegt werde, damit man besonders in der Kommission einigermassen Bescheid wisse. Wir haben darauf hingewiesen, dass nicht nur der Rat das wissen sollte, sondern auch das Volk, so wie man seinerzeit bei früheren Vorlagen dem Volke genau gesagt hat, wie eine Krisensteuer usw. durchgeführt werden solle. In bezug auf die Ausgleichssteuer kann man nicht etwa behaupten, sie sei von den zuständigen Departementen mit grösserer Gründlichkeit und Zuverlässigkeit vorbereitet worden als die Wehrsteuer. Wenn sie vorbereitet ist, ist das bis jetzt als ein tiefes und heiliges Staatsgeheimnis behandelt worden, von dem man uns nichts gesagt hat.

Es ist ganz merkwürdig, mit welchen Methoden gearbeitet wird. Als wir bei der Beratung der Finanzvorlage die Kapitalertragsteuer, die Quellensteuer verlangten, hat man erklärt, das könne man nicht, man wüsste noch nicht, wie man sie handhaben müsste; das, obwohl die Herren Experten, die man einberufen hatte, darüber beraten und sich für die Einführung der Quellensteuer ausgesprochen hatten. Bei dieser famosen Ausgleichssteuer aber hat noch kein Experte überhaupt einen Auftrag erhalten. Wir wissen, dass in Solothurn seinerzeit so ein Projekt ausgearbeitet worden ist, dass es aber wegen Verfassungswidrigkeit fallen gelassen wurde. Wir wissen auch, dass etwas Aehnliches im Kanton Glarus versucht worden ist; jene Steuer musste vom Bundesgericht als verfassungswidrig erklärt werden. Seither ist nach dieser Richtung überhaupt nichts geschehen. Es wird gar nicht möglich sein, in tauglicher Frist diese Vorlage vor das Volk zu bringen, wenn sie von der Ausgleichssteuer abhängig gemacht wird, weil wir da am allerersten Anfang der Diskussion stehen. Wir haben lange über die sogenannten Grundsätze gesprochen, ohne praktische Vorstellungen. Es sind Abänderungsanträge gekommen, aber ebenfalls ohne praktische Vorstellungen. Nicht für einen einzigen Antrag hatten wir eine zuverlässige Berechnung darüber, wer und wieweit die Steuerpflichtigen betroffen werden, welches Ergebnis diese Steuer bringen werde und für wie lange sie erhoben werden soll. Da tappen wir alle samt und sonders noch im schwärzesten Dunkel (M. le **Vice-président:** Je serais reconnaissant à M. Huber de se limiter aux motions d'ordre.) Ich spreche doch die ganze Zeit davon und sagte, dass die Frage der Ausgleichssteuer getrennt werden müsse, weil das Problem der finanziellen Deckung überhaupt von niemandem abgeklärt worden ist.

Soll das Volk die Ueberzeugung bekommen, dass teils aus Irrtum, teils aus Berechnung diese Arbeitsbeschaffungsvorlage immer und immer wieder verschleppt wird, und dass, um sie verschleppen zu können, eine solche Deckungssteuer damit verquickt wird, über die man keine Klarheit hat und gegen die die grössten Bedenken bestehen. Das Volk will, dass die Landesverteidigung verstärkt wird. Das Volk will aber auch, dass Arbeit beschafft wird, und erwartet, dass der Bundesrat

endlich einmal eine umfassende Neuordnung der Finanzfrage bringe, nicht bruchstückweise, nicht als Flickwerk, sondern dass nun wirklich einmal etwas getan werde, das es verdient, dass man das grosse Wort ausspricht: man habe den Stier bei den Hörnern gepackt. Vorläufig hat man höchstens ein Kälblein beim Schwanze gefasst. Wie würde jetzt diese Vorlage aussehen, wenn es nach den Vorschlägen des Bundesrates käme? Dann hätten wie die Hälfte bis drei Viertel der Militärausgaben überhaupt ohne jede Deckung; dann hätten wir nach dem Beschlusse der Kommission für 150 Millionen (der Bund 75 Millionen) ein Anleihen bei der Nationalbank, also eine Schuld, die aber nicht abgetragen, sondern später verrechnet werden soll mit dem Anteil am Abwertungsgewinn. Und dann hätten wir noch irgendeinen Teil, für welchen dann Deckung durch eine Steuer gesucht werden soll, die nirgends in der Welt bis heute besteht, von der wir nicht wissen, wie sie eigentlich geplant ist und wie sie aussehen soll, von der aber sicher ist, dass sie im Volke mit grösstem Misstrauen aufgenommen wird. Wenn es Ihnen darum zu tun ist, eine rasche und glatte Erledigung der Landesverteidigungsvorlage und der Arbeitsbeschaffungsvorlage zu erzielen, dann nehmen Sie den Antrag des Herrn Meierhans an; dann werden Sie auch die Kreditfrage durch Beschlussfassung zu erledigen in der Lage sein und die Deckungsfrage dorthin verweisen, wo sie hingehört, nämlich zur Finanzsanierung des Bundes; und vorbereiten und durchführen werden diese nicht das Volkswirtschaftsdepartement oder das Militärdepartement, sondern unter Führung des Finanzdepartementes Bundesrat, Räte und Volk.

Wetter, Berichterstatter: Es liegen Anträge der Herren Picot und Meierhans vor. Beide Anträge haben der Kommission vorgelegen und sind von ihr mit grosser Mehrheit abgelehnt worden. Einmal der Antrag Meierhans: Herr Dr. Meierhans will aus dem Programm einen Bundesbeschluss machen; er will also die Arbeitsbeschaffungsvorlage als nicht allgemein verbindlichen Bundesbeschluss definitiv erledigt haben, wie wir das im Dezember mit der Interimslösung gemacht haben. Er stützt sich auch bei seiner Begründung auf diesen Vorgang. Er will dann in zweiter Linie, was Herr Huber jetzt noch besonders vertreten hat, die Finanzierungsfrage ausschalten und die Finanzierung der grossen Sanierungsaktion dem Bunde überweisen.

Ich will nicht mehr auf die verfassungsmässige Grundlage zurückkommen, worin Herr Dr. Meierhans leider mit mir nicht gleicher Meinung ist; ich will ihm nur zeigen, dass ich auch von ihm nicht überzeugt worden bin. Er stützt sich für die Verfassungsmässigkeit der zivilen Arbeitsbeschaffungsvorlage auf Art. 23 der Bundesverfassung, wo von „öffentlichen Werken" die Rede ist, und sagt: „Was schaffen wir eigentlich mit dieser Vorlage anderes als öffentliche Werke?" Man kann ja vielleicht den Schlachthof in Basel, die Tonhalle in Zürich und zur Not auch ein Hallenstadion als „öffentliche Werke" betrachten, besonders wenn man, wie Herr Dr. Meierhans sagt: „öffentliche Gebäude", statt „öffentliche Werke". Aber nicht als „öffentliche Werke" kann man wohl die Reparatur des Hauses des Herrn A. in X. und die Renovation eines Hotels in Y. oder gar die Förderung des Exportes oder des Fremdenverkehrs betrachten. Ich glaube, dieser Schluss wäre etwas gewagt, besonders wenn man weiss, dass man in der Wirtschaftsvorlage ja gerade die Notwendigkeit empfunden hat, für diese Tätigkeit des Bundes eine einwandfreie, verfassungsmässige Grundlage zu schaffen, die wir da noch nicht haben, die wir aber für den militärischen Teil besitzen. Ich will auch nicht darauf zurückkommen, ob das von der Partei des Herrn Dr. Meierhans ausserordentlich demokratisch ist, wenn sie jetzt diese Ausgaben durch die Bundesversammlung definitiv beschliessen lassen will. Ich lehne aber den Vergleich mit der Septembervorlage ab. Wir wollten damals die Arbeiten, die unbedingt an die Hand genommen werden mussten, nicht unterbrechen. Wir hätten aber diese Septembervorlage überhaupt nie auf diesem Wege verabschiedet, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, sie auf dem Wege zu erledigen, den wir jetzt einschlagen wollen. Dazu reichte die Zeit nicht aus. Deshalb hat man damals den provisorischen Weg eingeschlagen, den man heute niemals mit den gleichen Gründen motivieren könnte.

Ein Wort zu den Vorschlägen des Herrn Huber. Er sagt, was man hier mache, sei eine Täuschung; man verschiebe ja einfach eine Einnahme, die man bis jetzt der allgemeinen Bundeskasse habe zuführen müssen, und bringe sie auf das Konto der Militärausgaben; man erziele aber damit keinen Rappen mehr Einnahmen. Das Letzte ist richtig. Aber wenn hier das Wort „Täuschung" gebraucht wird, so ist das irreführend. Ich verstehe unter Täuschung immer eine bewusst falsche Darstellung eines Sachverhaltes. Deshalb möchte ich den Vorwurf zurückweisen, für mich sowohl als für die Kommission. Das Projekt, die Krisensteuer den Militärbedürfnissen zuzuweisen, ist ja alt; es kam in der ersten Finanzierungsvorlage des Bundesrates, die im Juni dieses Jahres hier im Rate Schiffbruch erlitten hat. Man hätte das damals schon tun sollen, weil man einmal die Finanzierung der Militärausgaben sicherstellen wollte und dann das Defizit, das selbstverständlich auf der andern Seite dadurch entstand — das wollte vielleicht Herr Huber sagen, wenn er sich etwas urbaner ausgedrückt hätte — auf den Weg der allgemeinen Finanzreform verweisen musste. Aber eine Täuschung ist damit dem Volke gegenüber nicht beabsichtigt gewesen und auch nicht begangen worden.

Nun erhebt Herr Huber namentlich den Vorwurf: Warum wollen Sie jetzt hier diese Finanzierung hineinnehmen, wenn sie doch in ihrer Art noch nicht definitiv feststeht? Dagegen frage ich: Wer ist denn eigentlich schuld, wenn man schon von Schuld sprechen will, dass wir hier überhaupt über diese Vorlage reden, bevor der Artikel über die Finanzierung fertig geworden ist? Es sind doch die Freunde des Herrn Huber, die gewünscht haben, dass die Vorlage trotzdem heute zur Sprache komme, auch wenn die Finanzierungsfrage nicht endgültig gelöst sein sollte. Die Kommissionsmehrheit hätte schliesslich zuwarten können, bis die Finanzierungsartikel fertig bereinigt gewesen wären. Dann hätte Herr Huber wenigstens den

Vorwurf nicht erheben können, dass man über die Finanzierung nichts weiss. Man hätte dann mit einem Vorschlag kommen können, der diese Präzisierung gebracht hätte. Herr Huber hat mit der Kapitalertragssteuer exemplifiziert und gesagt, die Mehrheit habe sie seinerzeit abgelehnt mit der Begründung, man wisse nicht, wie die Sache aussehe. Hier aber mute man einem zu, zur Finanzierung zuzustimmen, bevor sie endgültig feststehe. Ich lehne den Vergleich ab. Niemand mutet Ihnen so etwas zu. Sie werden im Dezember den Vorschlag der Kommission für die Finanzierung erhalten. Sie werden also in voller Kenntnis der Sachlage Ihr endgültiges Urteil über die Vorlage abgeben können.

Ein Wort zum Antrag des Herrn Picot. Ich gestehe offen, er ist mir im Grunde genommen persönlich ausserordentlich sympathisch. Aber ich kann nach reiflicher Ueberlegung trotzdem diesem Antrage nicht zustimmen. Wenn ich für eine Trennung der beiden Teile wäre, würde ich es nicht so machen, wie Herr Picot; dann würde ich den militärischen Teil durch die Bundesversammlung endgültig verabschieden lassen. Denn dafür besteht schon eine Grundlage in der Verfassung. Sie gibt die Kompetenz, aufzurüsten und auszurüsten, soviel als notwendig ist. Es ist also nicht der Weg einer Verfassungsbestimmung nötig; denn zwei Bestimmungen über den gleichen Staatszweck brauchen wir nicht in der Verfassung. Aber nun, abgesehen von dieser Formfrage: Trotz der sehr warmen Unterstützung des Antrages Picot durch Herrn Crittin, die er mit dem Temperament seiner südlichen Heimat vorgetragen hat, vergessen wir doch nicht, dass eine Initiative besteht, die eine Forderung von 300 Millionen Fr. aufstellt. Ich weiss wohl, Herr Picot hat gesagt, dass es nicht das richtige Mittel sei, eine Initiative zu bekämpfen, wenn man sie gleichsam noch übertrumpfe. Ich habe schon einleitend gesagt, über das Mass der bundesrätlichen Vorlage hätte man verschiedener Meinung sein können; aber etwas müssen wir sicher machen.

Ich erinnere Sie an das, was hier in diesem Saale geschehen ist und in den Fraktionen im März dieses Jahres. Ich gehörte damals zu den wenigen Getreuen, die zum Bundesrate standen und diese grosse Vorlage nicht verlangt haben. Die grosse Mehrheit in diesem Saale aber, nicht nur die Herren Dr. Meierhans, Huber, Grimm und Konsorten, sondern die grosse, auch bürgerliche Mehrheit, verlangte vom Bundesrat ein grosses Arbeitsbeschaffungsprogramm für einige Jahre. Und wenn ich an das denke, so kann ich mir eine Gegenüberstellung einer so reduzierten Vorlage gegenüber der Initiative doch nicht als so leicht vorstellen. Ich glaube, man habe mit einer — wie ich wenigstens die Sache ansehe — vernünftigen Vorlage vielleicht doch viel eher Aussicht auf Erfolg. Ich möchte also bitten, bei der Beurteilung dieser Frage das politische Moment nicht zu vergessen, und ich möchte Ihnen deshalb im Namen der Kommission empfehlen, beide Ordnungsanträge abzulehnen.

M. **Graber,** rapporteur: Etant moi-même signataire de la motion d'ordre qui demandait que la couverture financière fût supprimée du programme des travaux, je n'ai rien à répondre, vous le pensez bien, à ceux qui ont défendu ce point de vue. En revanche, je voudrais très brièvement adresser quelques mots de réponse à M. Picot.

Il a perdu de vue, paraît-il, un fait essentiel. Il ne faut pas oublier, en effet, la séance de mars 1938. A quel mobile la grosse majorité de ce Parlement a-t-elle obéi alors, en demandant le renvoi au Conseil fédéral, afin que celui-ci présentât un programme de vastes travaux — car ce fut en quelque sorte un ordre donné au Gouvernement? A quel mobile, dis-je, cette majorité a-t-elle obéi? Ce faisant, elle était inspirée d'une première préoccupation: il devenait manifeste que, dans toutes les classes du pays ou presque, on réclamait avec insistance le recours à un vaste programme de travaux afin de mieux combattre et de résorber le chômage non seulement parmi la classe ouvrière, mais chez les artisans aussi. On sentait ce besoin naître et s'affirmer de tous côtés, les revendications venir de toutes parts, on avait le sentiment que l'initiative lancée par le parti socialiste au mois de janvier 1937 portait avec elle des chances de succès. Cependant ce ne fut pas (du moins telle est mon opinion) la préoccupation dominante. Il y en eut une autre. On avait craint à ce moment là qu'une bataille ne s'engagât dans le pays autour de ce programme et de cette initiative et on le redoutait parce qu'on ne voulait pas qu'une telle lutte vint compromettre le succès de l'effort que l'on déployait alors pour aboutir à une sorte d'unité nationale. Tout cela, il ne faut pas l'oublier.

Aujourd'hui, nous sommes en présence d'un projet qui nous est apporté par le Conseil fédéral. M. Picot s'efforce de démontrer qu'il comporte deux parties très différentes, absolument distinctes, l'une de l'autre. Je dirai que je suis étonné de voir M. Crittin insister, lui aussi, sur cette différence que, pour mon compte, je n'admets pas; je crois, au contraire, qu'il y a dans ce projet beaucoup plus d'unité.

Nous y trouvons de l'unité d'abord en ce sens que l'un et l'autre des deux chapitres — programme de renforcement de la défense nationale et programme de travaux de chômage — doivent aboutir au même résultat: fournir du travail aux chômeurs. Cette préoccupation n'est peut-être pas celle qui domine chez M. Picot; je le veux bien; elle s'affirme davantage chez d'autres. Quoi qu'il en soit, je dis qu'à ce point de vue-là il y a de l'unité. Sous un autre aspect encore, je trouve de l'unité entre les deux chapitres. Non seulement, parce que comme l'a relevé il y a un instant M. le conseiller fédéral Obrecht, le programme des travaux comporte des ouvrages civils qui ont tout de même un caractère militaire très marqué, mais encore parce que selon nous — et nous ne sommes pas les seuls à en juger ainsi, la majorité de ce Conseil l'a compris en mars dernier — la défense nationale ne se mesure pas uniquement au nombre des instruments et des appareils dont on dispose, elle repose aussi sur cet élément moral qu'est la volonté populaire. Or, cette volonté populaire dépend en grande partie de l'effort que nous allons entreprendre pour résorber le chômage en Suisse. Si l'on veut susciter, surtout dans les régions de notre pays où le chômage grossit de nouveau — et il en est où il redevient très menaçant — une sorte de ferveur populaire, si l'on veut pou-

voir parler non plus sur un ton littéraire, mais dans la réalité d'unité nationale, il faut pour cela que le pays voie nettement qu'un effort réellement considérable est accompli pour faire reculer le chômage. Alors on aura vraiment favorisé un élément moral nécessaire et capital de la défense nationale.

Ainsi, qu'on envisage le problème d'une façon ou de l'autre, on doit arriver à la conclusion qu'entre les deux chapitres du projet, en dépit de leurs titres différents, il y a en réalité de l'unité et beaucoup plus que M. Picot ne paraît le croire.

Enfin, dernière considération: l'adoption de sa motion nous ferait courir un immense danger et je crois qu'au fond il ne peut pas ne pas l'apercevoir lui-même. En effet, les auteurs de l'initiative dite des 300 millions ne retireraient pas leur initiative, sans cela ils manqueraient de sûretés. Qu'arriverait-il alors? C'est que nous serions en présence non plus seulement de deux projets, mais encore et en plus de l'initiative lancée en janvier 1937. Vous vous rendez bien compte que ce serait là une situation extrêmement confuse et qu'il faut l'éviter.

Je pense qu'ici nous pouvons, nous aussi, faire l'unité en adoptant ensemble ces deux projets sans pour autant, selon l'expression employée tout à l'heure par M. Picot, qu'il soit question de piper les dés du suffrage universel. Le peuple suisse saura alors clairement et nettement en face de quoi il est placé. Il saura qu'il est en présence d'un double effort qui tendra, d'un côté, à renforcer la défense nationale au point de vue tant moral que matériel et, de l'autre, à donner du travail à ceux qui en manquent.

Pour ces diverses raisons, je crois qu'il n'est pas possible qu'il se trouve dans ce Parlement une majorité en faveur de la proposition de M. Picot.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Ordnungsantrag Picot	Minderheit
Dagegen	Mehrheit
Für den Ordnungsantrag der Minderheit	54 Stimmen
Dagegen	87 Stimmen

Allgemeine Beratung. — *Discussion générale.*

Flückiger: Der Sprechende gehört zu denen, die die Arbeitsbeschaffungsvorlage begrüssen. Ich beantrage, auf dieselbe einzutreten. Ich tue das nicht nur wegen ihrer dringenden Notwendigkeit, sondern nicht zuletzt auch deshalb, weil die neue Arbeitsbeschaffungsvorlage einer gewissen Grosszügigkeit nicht entbehrt. Die Vorlage bezweckt vorab die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung. Wir haben über dieses Problem in unserem Rat und auch in der Oeffentlichkeit wiederholt schon gesprochen, und ich bin der Ansicht, dass die Notwendigkeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung nach wie vor besteht.

Wenn heute morgen der Präsident der nationalrätlichen Kommission, Herr Dr. Wetter, gesagt hat, es wäre ein Irrtum, zu glauben, dass durch solche künstliche Massnahmen das Wirtschaftsleben unseres Staates normal gestaltet werden könnte, so stimme ich dieser Auffassung durchaus zu. Es wird nicht möglich sein, durch solche künstliche Massnahmen das Wirtschaftsleben normal zu gestalten. Es muss da meiner Ansicht nach, in Uebereinstimmung mit der Auffassung von Herrn Kollega Dr. Wetter, der natürliche Gesundungsprozess einsetzen. Wie im Eintretensreferat sehr richtig gesagt wurde, muss die Förderung des Exportes im Vordergrund stehen, und zwar der industrielle wie der landwirtschaftliche. Wir dürfen auch die Förderung des Fremdenverkehrs nicht ausser acht lassen, sondern müssen ihm alle Aufmerksamkeit schenken.

Es werden immer und immer wieder Klagen laut, dass die Exportförderungsbestrebungen von den Auslandsvertretern unseres Landes zu wenig unterstützt werden. Diese alte Klage hört man immer wieder; sie entspricht auch den tatsächlichen Verhältnissen. Es ist dringend nötig, dass dieser Frage seitens des Bundesrates die allergrösste Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

Es ist eines der ernstesten Gebote der heutigen Zeit, dass wir die Arbeitslosen durchhalten, die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Wir müssen offen gestehen, dass für die Durchhaltung der Arbeitslosen in unserem Lande Grosses geleistet worden ist. Es wäre unrichtig, wenn man das Gegenteil behaupten würde. Wir haben frühzeitig ein sogenanntes Subventionsgesetz für die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Unsere Arbeitslosen haben einen rechtlichen Anspruch auf den Bezug der Arbeitslosenunterstützung. Wir wissen auch, dass die Krisenunterstützungen gewährt werden, dass die Winterhilfe in der ganzen Eidgenossenschaft zugunsten der Arbeitslosen durchgeführt wird.

Trotz all dieser Massnahmen lässt es sich nicht bestreiten, dass Not, Armut und Sorgen Tausenden von Arbeitslosen bis heute nicht erspart geblieben sind. Gerade in meiner Tätigkeit als Arbeitersekretär habe ich schon in Tausenden von Fällen feststellen müssen, dass die seelische Not der Arbeitslosen oft grösser ist als die materielle. Ich stehe immer auf dem Boden, dass es nichts Schlimmeres gibt für den, der gesunden Geist, gesunde Glieder und den nötigen Arbeitswillen hat, als der Arbeit nicht nachgehen, seine Existenz nicht selber erringen zu können. Da müssen wir einfach eingreifen, um die Arbeitslosigkeit, soweit es in unsern Kräften liegt, zu vermeiden. Für uns stellt sich die Frage, ob die bisherige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genügend war und ist, oder ob nicht noch andere Massnahmen ergriffen werden sollten, um ihr noch mehr entgegenzutreten. Darüber müssen wir auch hier im Parlament einmal in aller Offenheit reden. Ich gehöre zu jenen, die wegen der Arbeitslosigkeit in unserem Lande von grösster Besorgnis erfüllt sind. Die Arbeitslosigkeit ist ausserordentlich gross und lastet stark auf unserem Wirtschaftsleben und auf der Volksseele. Es ist nötig, dass wir der Arbeitslosigkeit auf den Grund gehen und alle Massnahmen ergreifen, um ihr Einhalt zu gebieten.

Es sind in der Oeffentlichkeit nach dieser Richtung schon verschiedene Vorschläge gemacht worden. Auch der Sprechende hat sich mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wiederholt eingehend befasst und seine Auffassung darüber in den Zeitungen klargestellt. Ich erlaube mir daher auch heute ein Wort an den Bundesrat und das eidgenössiche Parlament zu richten, um darauf hinzuweisen,

dass mit den bisherigen Massnahmen die Arbeitslosigkeit nicht genügend bekämpft werden kann, und dass es ein dringendes Gebot der Stunde ist, noch weitere Massnahmen zu ergreifen. Ich bin überzeugt, dass es Mittel gibt, die Remedur schaffen können. Nur folgende Vorschläge will ich skizzenhaft nennen:

Wenn wir die Statistik durchgehen, können wir feststellen, dass über eine halbe Million Frauen und Töchter heute in der Industrie tätig sind. Ich halte dafür, dass gerade hier ein Problem liegt, dem wir nachgehen müssen. Wir müssen unbedingt versuchen, die Frauenarbeit in der Industrie einigermassen einzuschränken, die Töchter nach Möglichkeit aus der Industrie zurückzuziehen und für die freiwerdenden Stellen junge arbeitslose Leute, die heute auf der Strasse stehen und moralisch zugrunde gehen, zu placieren. Ich habe wiederholt mit Industriellen darüber gesprochen, und es ist mir gesagt worden, dass die Lösung dieses Problems durchaus möglich sei, nur wurde verlangt, dass hier nach gleichem Mass gearbeitet und dass insbesondere auch auf die Exportindustrie Rücksicht genommen werde.

Es gibt auf diesem Gebiet vieles, das ungesund ist. Die Mentalität, die heute bei unsern Schweizertöchtern besteht, nicht mehr in die Dienstboten- und Haushaltungsstellen zu gehen, sondern die Fabrik-, Bureau- und Ladenarbeit vorzuziehen, ist ungesund. Da muss behördlicherseits einmal eingegriffen werden, und wir müssen versuchen, die Frauenarbeit soweit wie möglich einzuschränken.

Ich vertrete nicht die Auffassung, dass alle Frauenarbeit in der Industrie beseitigt werden müsse. So etwas zu verlangen, wäre ein Unsinn; anderseits aber ist es ein wirtschaftlicher Unsinn, dass unsere Töchter fast ausschliesslich der Fabrik-, Bureau- und Ladenarbeit nachgehen und wir für die offenen Dienstbotenstellen ausländische Dienstmädchen hereinlassen müssen. Heute sind in unserem Lande noch Tausende ausländischer Dienstmädchen, die allerdings nicht nur wegen der Dienststellen in die Schweiz kommen, sondern noch ganz andere Absichten haben, nämlich einen jungen Schweizer zu heiraten. Wer das nicht glauben will, soll nur einmal unsere Zivilregister nachsehen, er wird sich überzeugen können. Ich will nicht weiter über die Frauenarbeit in der Industrie reden, aber eines möchte ich im Parlament sagen: Ich habe es schon oft sehr unangenehm empfunden, dass beispielsweise auch das Bundeshaus in allen Bureaux vollgepfropft ist von weiblichen Bureauangestellten, Tipfräuleins, währenddem die kaufmännischen Angestellten zu Tausenden auf der Strasse stehen und nicht wissen, wo sie Unterkunft finden und ihr Brot verdienen sollen. Auch da muss meiner Ansicht nach einmal Remedur geschafft werden. Wir müssen unter allen Umständen darauf hin tendieren, dass der kaufmännische Angestellte seine Existenz verdienen kann; wir müssen ihm nach dieser Richtung Tür und Tor öffnen.

Eine andere Frage steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich habe auch in meiner Tätigkeit wiederholt feststellen müssen — das kann übrigens jeder der Herren Kollegen tagtäglich feststellen — dass wir noch eine grosse Zahl von älteren Arbeitern, die über 60 Jahre alt sind, haben, die in Industrie- und Gewerbebetrieben arbeiten, während auf der andern Seite Tausende von 18-, 20-, 25- und 30jährigen jungen Leuten auf der Strasse stehen. Da frage ich: Lässt sich nicht auch diese Frage einmal prüfen, ob nicht gerade diese alten Leute, die bereits 30 und 40 und noch mehr Jahre in der Industrie und im Gewerbe tätig gewesen sind, zurückgezogen werden können, und ob hier die Stellen, die dadurch frei werden, durch junge Leute besetzt werden können? Es hat sich auf diesem Gebiete eine interessante Tatsache gezeigt, nämlich, dass diese jungen Leute und die Leute mittleren Alters nicht in der Lage sind, mit der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung voll auszukommen, insbesondere dann, wenn noch eine ziemlich grosse Kinderschar vorhanden ist. Diese Leute sind notwendigerweise dazu gezwungen, die Armenunterstützung nebst der Arbeitslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen, während ich vollauf überzeugt bin, dass die alten Leute, die über 60jährigen, mit solchen Unterstützungsbeiträgen, wie die Arbeitslosenversicherungskassen sie ausrichten, ihre Existenz finden könnten. Darum muss meiner Ansicht nach auch diese Frage einmal gründlich studiert werden.

In diesem Zusammenhange liesse sich auch über das Doppelverdienertum, das auch im Bund noch ziemlich stark vertreten ist, etwas sagen. Ich will, um nicht allzu lang zu werden, diese Frage nicht näher erörtern. Ich stehe auch auf dem Boden, dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Abwanderung vom Lande in die Stadt und in die Industrien abzubremsen. Nach dieser Richtung ist ja schon Etliches geschehen. Aber es muss meiner Ansicht nach noch viel mehr geschehen. Die Abwanderung vom Lande in die Industrie und in die Städte ist heute immer noch gross. Gerade kürzlich hat mir ein Landwirtschaftsvertreter gesagt, es sei eigentlich merkwürdig, dass wir immer noch eine so grosse Arbeitslosigkeit in unserm Lande haben und anderseits die Landwirtschaft immer wieder über Mangel an Arbeitskräften sich beklage. Ich glaube, hier liegt wirklich ein Problem, das wir lösen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass insbesondere die Söhne der Bauern nicht mehr in Industrie und Städte abwandern. Wir müssen Verhältnisse schaffen, dass diese Leute weiterhin in landwirtschaftlichen Betrieben tätig sein können.

Dann muss auch in bezug auf das berufliche Bildungswesen in unserm Lande noch mehr getan werden. Auch hier zeigt sich, dass gewisse Verhältnisse bestehen, die auf die Dauer nicht haltbar sind. Es ist interessant, wie oft wir gerade von den Arbeitsnachweisämtern hören müssen, dass diese Industrie oder jenes Gewerbe Spezialarbeiter aus dem Ausland verlange, weil die berufliche Ausbildung in unserem Lande für gewisse Spezialfälle einfach nicht vorliege. Auch da muss der Sache einmal auf den Grund gegangen werden.

Meiner Ansicht nach muss noch eine weitere Massnahme ergriffen werden. Sie besteht in der Schaffung der Arbeitsmöglichkeit für unsere technischen Berufe. Man redet heute so viel von der geistigen Landesverteidigung. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist auch ein Stück geistiger

Landesverteidigung. Aber ich möchte doch in diesem Zusammenhange auf etwas aufmerksam machen. Wir müssen in der heutigen Zeit konstatieren, dass unser technisch geschultes Personal, das aus den Universitäten und Techniken kommt, heute sehr wenig Gelegenheit hat, in der Industrie, im Gewerbe, überhaupt im Arbeitsprozess unterzukommen; und wir haben die bedauerliche Tatsache festzustellen, die gerade vom Standpunkt der geistigen Landesverteidigung aus eine gewisse Rolle spielt, dass ein grosser Teil der jungen Techniker nach Deutschland abwandert und dort mit offenen Armen aufgenommen und in den Arbeitsprozess eingeführt wird. Glauben Sie nur nicht, dass diese Leute vom betreffenden Lande nur empfangen werden, um ihre Kraft in seinen Dienst zu stellen, sondern glauben Sie, dass dabei auch andere Absichten mit im Spiele sind. Da ist es notwendig, dass wir gerade dieser Frage die grösste Aufmerksamkeit entgegenbringen und für diese Techniker Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Ich weiss, dass mir der Herr Bundesrat entgegenhalten wird, dass für alle diese Forderungen, die ich aufstelle, die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Aber es haben schon andere Dinge keine gesetzlichen Grundlagen gefunden, und man hat sie gleichwohl gemacht. Und wenn es nicht anders geht, so muss man sie eben in Gottes Namen einmal schaffen. Denn die Verhältnisse mit bezug auf die Arbeitslosigkeit sind in unserm Lande unhaltbar und müssen viel energischer bekämpft werden als bisanhin. Persönlich stehe ich auf dem Boden, dass wir alle Vorschläge, die dazu dienen könnten, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, prüfen und alle durchführbaren Vorschläge auch nachher durchführen müssen.

Das sind einige Anregungen aus meiner langjährigen Erfahrung in bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie dürfen versichert sein, dass ich mir diese Fragen gründlich überlegt habe, und dass die Möglichkeit ihrer Durchführung besteht. Es wäre sehr begrüssenswert, wenn einmal von der obersten Bundesbehörde aus nach dieser Richtung das Arbeitslosenproblem in Angriff genommen würde. Man hat nach dieser Richtung in den Kantonen bereits Vorkehren getroffen. Aber überall heisst es, es sei unbedingt notwendig, dass der Bund in dieser Sache vorangehe. Ich möchte deshalb das zuständige Departement bitten, allen diesen Vorschlägen seine Aufmerksamkeit entgegenzubringen und wenn immer möglich für ihre Durchführung zu sorgen.

Gafner: Ich möchte mich nicht zum Gesamtkomplex der durch die bundesrätliche Arbeitsbeschaffungsvorlage aufgeworfenen Fragen äussern, sondern nur einen Teil herausgreifen, nämlich den der Exportförderung, und mir gestatten, auf Lücken in der Vorlage hinzuweisen, zu zeigen, wo diese ausbaubedürftig ist, und zum Schlusse meiner Ausführungen einige konkrete Vorschläge über neue Wege zu unterbreiten, die beschritten werden sollten, wenn wir den Export möglichst fördern wollen.

Der Präsident des englischen Exportinstitutes in London, Mister Knowles, hat kürzlich den Exporteur wie folgt definiert: „Der Exporteur ist ein Mann, der sich anstrengt, das Ausland davon zu überzeugen, von ihm Ware zu kaufen. Wenn der Ausländer sie kauft, so hat er kein Geld auf der Bank. Hat er aber doch Geld auf der Bank, so darf er es nicht abheben. Darf er es aber doch abheben, so darf er es nicht ins Ausland schicken. Darf er es aber doch ins Ausland schicken, so kann der Exporteur die Ware nicht ausführen. Darf er es doch und schickt der Käufer das Geld, so weiss der Exporteur nicht, ob er es je bekommt. Wenn er das Geld trotz alledem bekommt, so weiss er nicht, ob es dann überhaupt noch etwas wert ist."

Diese Feststellungen eines kompetenten Engländers gelten nicht nur für England, sondern auch für die schweizerischen Exporteure.

Allerdings brachte uns die Abwertung des Schweizerfrankens durch Anpassung unserer Währung an die Weltmarktverhältnisse einen erfreulichen wirtschaftlichen Aufschwung. Wir können 1937 eine Exportzunahme von 34 % — mengenmässig — und von 46 % — wertmässig — verzeichnen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Exportindustrie beträgt 1937 rund 50 %. Im Verlaufe dieses Jahres haben sich aber die Verhältnisse wieder verschlimmert, insbesondere in der Textilindustrie. Die Botschaft des Bundesrates nennt als Gründe dieser Verschlimmerung einerseits eine Baisse auf gewissen Rohstoffmärkten, die gespannte politische Lage und die damit zusammenhängende Zurückhaltung des ausländischen Käufers, soweit es sich nicht um Artikel des Kriegsbedarfes handelt. Anderseits haben wichtige Exportländer durch vermehrte Exportzuschüsse, Devisenmassnahmen und andere staatliche Hülfsmittel der dortigen Exportindustrie Vorteile verschafft und damit vielfach den schweizerischen Exporteuren verunmöglicht, aus eigenen Kräften sich zu helfen.

Es ist klar, dass wir in der Schweiz der notleidenden Exportindustrie helfen müssen. Die Exportindustrie ernährt 30 % unserer Bevölkerung; aber auch das Schicksal der übrigen 70 % unseres Volkes ist in weitgehendem Masse von dem Blühen und Gedeihen der Exportwirtschaft abhängig.

Herr Flückiger hat soeben mit Recht darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit das Schlimmste ist, was den Menschen treffen kann, dass sie an sein Lebensmark geht, dass sie viel demoralisierender wirkt als jedes andere Leid, und dass es deshalb Pflicht der Behörden ist, hier helfend einzugreifen.

Das brennende Problem der Gegenwart lautet deshalb: Wie erhalten wir unserem Volke Arbeit und Verdienst, und vor allem: Wie schaffen wir neue Arbeit? Diesem Ziel will die Vorlage dienen. Wir müssen uns nun aber die Frage stellen: Wie weit findet die besondere Lage der Exportindustrie und des Fremdenverkehrs in der Arbeitsbeschaffungsvorlage des Bundesrates ihre Berücksichtigung? Genügen die in Aussicht genommenen Mittel und die vorgeschlagenen Wege?

Der Bundesrat möchte der Exportindustrie insbesondere helfen durch eine Wiederaufnahme der produktiven Arbeitslosenfürsorge, allerdings, wie die Botschaft bemerkt, nur in beschränktem Ausmasse und vorderhand nur als Hilfe für die Textilindustrie.

Wir halten entschieden dafür, dass diese Beschränkung unrichtig ist. Die produktive Arbeitslosenfürsorge muss für alle Zweige der Exportindustrie wieder in Kraft gesetzt werden. Vor allem genügt es aber nicht, die früheren veralteten Bestimmungen, die sich in der Praxis nicht bewährt haben, wieder in Kraft zu setzen.

Der Sprechende hat bereits 1932 bei Beratung der ersten Vorlage auf gewisse Lücken hingewiesen. Die Erfahrungen haben ihm Recht gegeben. Er hat 1936 neuerdings zu dieser Angelegenheit gesprochen. Man hat ihm damals vom Bundesratstisch aus gewisse bestimmte Zusicherungen gegeben und die Richtigkeit seiner Kritik anerkannt. Dann kam aber die Abwertung — und die produktive Arbeitslosenfürsorge wurde suspendiert. Ein Ausbau der produktiven Arbeitslosenfürsorge ist aber deshalb unbedingt notwendig, weil sie die idealste staatliche Exportförderung bedeutet. Sie schafft Arbeit, die dem Lande sonst verloren geht. Ihr Grundgedanke besteht darin, dass „der Arbeiterschaft die Beschäftigung an ihrer regelmässigen Arbeitsstätte und dem Unternehmer bisherige wertvolle Geschäftsbeziehungen gesichert und sein Produktionsapparat intakt und leistungsfähig erhalten werden sollen." Für den Staat ist sie aber auch insofern die idealste Lösung, weil die Mittel produktiv verausgabt werden, statt unproduktiv in der Form von Beiträgen an Arbeitslosenversicherungskassen und Krisenunterstützungen an Arbeitslose.

Wenn das Ziel, das die produktive Arbeitslosenfürsorge und die bezüglichen Bundesbeschlüsse erstrebten, nicht voll erreicht werden konnte, so deshalb, weil die Vorschriften zu eng waren und die Mittel ungenügend. Wären die Vorschriften weitherziger gewesen, den praktischen Verhältnissen angepasst, dann wären die Mittel auch rascher aufgebraucht worden. Stellen wir fest, dass von 1919—1936 für die Krisenhilfe und Arbeitslosigkeit, also für unproduktive Zwecke, 450 Millionen Franken verausgabt wurden, während in der gleichen Zeit für die produktive Arbeitslosenfürsorge vom Bund nur 16 Millionen ausbezahlt wurden. Seither kamen für unproduktive Zwecke 100 Millionen dazu, insgesamt also 550 Millionen. Für die produktive Arbeitslosenfürsorge beträgt der Gesamtbetrag der vom Bunde ausbezahlten Beträge bis heute nur rund 19 Millionen. Damit konnten rund 130 Millionen Franken an Mehrexport und damit vermehrte Arbeitsgelegenheiten in der Exportindustrie geschaffen werden.

Ein besonderer Vorteil der produktiven Arbeitslosenfürsorge besteht auch darin, dass sie jederzeit abgestoppt werden kann, wenn die Verhältnisse auf dem Weltmarkt sich wieder zugunsten der schweizerischen Preisparität ändern. In der Botschaft des Bundesrates wird bemerkt, dass man prüfen müsse, inwiefern sich eine Neuordnung der produktiven Arbeitslosenfürsorge aufdränge. Hier möchte ich mit meinen Ausführungen einsetzen. Ich möchte den Herrn Departementschef bitten, die von mir nun zu machenden praktischen Vorschläge zu prüfen und sie zu verwirklichen, weil ich weiss, dass diejenigen Organe seines Departementes, die sich Jahr für Jahr mit diesen Fragen beschäftigt haben, mit meinen Vorschlägen einig gehen.

Die Vorschläge gehen dahin:

1. Der Produktionsgüterindustrie wurde durch den Bundesbeschluss vom Jahre 1934 eine Vorzugsstellung eingeräumt, indem hier die Zuwendung des Bundes und der Kantone in der Regel 20 %, ausnahmsweise 30 % des vertraglich festgesetzten, Lieferungspreises betragen darf. Was aber für die Produktionsgüterindustrie recht ist, soll auch für die andern Exportindustrien billig sein, um so mehr, als beispielsweise heute die Textilindustrie insbesondere notleidend ist und nicht die Produktionsgüterindustrie.

2. Die Ausrichtung der Bundessubvention sollte in besonderen Fällen auch ohne die Bedingung einer finanziellen Beitragsleistung der Kantone gewährt werden. Ich weiss aus der Praxis — ich hatte mich ebenfalls häufig mit diesen Fragen zu befassen —, dass in vielen Fällen in den Kantonen die guten Tendenzen der produktiven Arbeitslosenfürsorge deshalb nicht zur Ausführung gelangen konnte, weil die Kantone und Gemeinden nicht über die Mittel verfügten, einzuspringen. Die Gemeinden wurden in der Folge zwar von der Beitragspflicht entlastet. Wir sind darüber dankbar. Ferner wurde die Beitragspflicht des Staates auf ¼ herabgesetzt. Aber auch dieser geringe Anteil bleibt verschiedenenorts zu viel. Einigenorts fehlt es allerdings auch am Verständnis der Exportindustrie gegenüber. Man muss daher dazu kommen, in besonderen Fällen dem Bundesrat die Kompetenz zu geben, auch die Kantone von ihrer Beitragspflicht zu entbinden.

3. Die Vorschriften des Bundesbeschlusses sind insofern viel zu eng, als nach Art. 2 die Beschränkung der Bundeshilfe auf die Betriebe vorgenommen wird, deren Personal gegen Arbeitslosigkeit versichert ist. Wenn das Personal nur teilweise versichert ist, so beschränkt sich die Bundeshilfe auf den versicherten Teil des Personals. Es ist dies eine unverständliche Härte. Der Sprechende hat in einem konkreten Falle beim Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit interveniert und es ist ihm gelungen, in der Praxis hier die notwendige Erleichterung zu schaffen. Nun verstösst aber diese Erweiterung, wie sie durch die Praxis erfolgt ist, eigentlich gegen das Gesetz. Es sollte daher auch hier die gesetzliche Korrektur erfolgen.

4. Ungerecht ist weiter die Bestimmung, dass der Unternehmer auch bei Einrechnen des Fabrikationszuschusses keinen Gewinn erzielen darf, sondern vielmehr selbst angemessene Opfer bringen muss und ihm trotzdem die Verpflichtung auferlegt werden kann, die Zuwendung aus allfälligen spätern Geschäftsgewinnen, auch wenn solche mit dem betreffenden Geschäfte nichts zu tun haben, ganz oder teilweise zurückzuerstatten. Der Bund zwingt damit den Unternehmer direkt zu geschäftswidrigem, unkaufmännischem Verhalten, zur Preisunterbietung und Schmutzkonkurrenz. Das erachten wir nicht als richtig.

5. Nicht nur der Exportindustrielle, sondern gleichermassen auch der exportierende Kaufmann soll in den Genuss der produktiven Arbeitslosenfürsorge kommen. Letzterer ist vielfach der eigentliche Pionier für den Export unserer Produkte. Auch hier habe ich, gestützt auf konkrete Fälle, beim Bundesamt seinerzeit interveniert und eine Inter-

pretation der Bundesbeschlüsse erhalten, die den Bedürfnissen der Praxis gerecht wird. Ich danke dafür. Es ist aber nötig, dass auch hier eine klare gesetzliche Grundlage geschaffen wird.

Die Kommission beantragt Ihnen die Bewilligung eines neuen Kredites für die produktive Arbeitslosenfürsorge von 20 Millionen Franken. Diese Hilfe soll aber nicht nur der produktiven Arbeitslosenfürsorge dienen, sondern auch andern Zwecken der Exportförderung. Ich erachte diese Kredithilfe als ungenügend, wenn sie einigermassen wirksam sein soll.

Der Bundesrat nennt in seiner Botschaft als weitere Exportförderungsmassnahme die Exportrisikogarantie, die Unterstützung von technischen und wissenschaftlichen Bestrebungen im Dienste unserer industriellen Leistungsfähigkeit, die Förderung der Einführung neuer, sowie den Ausbau bestehender Industrien und Gewerbe und ferner Massnahmen zur Sicherung des Zahlungseingangs. Nehmen wir als Beispiel die Exportrisikogarantie. Auch hier halte ich dafür, dass neue Wege beschritten werden müssen. Nach dem Bundesbeschluss vom 8. Oktober 1936 gilt die Exportrisikogarantie grundsätzlich nur für die Produktionsgüterindustrie. Nach Art. 4 kann allerdings, wenn besondere Verhältnisse vorliegen, ausnahmsweise auch andern Exportindustriezweigen die Exportrisikogarantie zugute kommen. Meines Wissens, Irrtum vorbehalten, geschah dies bisher aber nur in zwei Fällen. Der Bundesbeschluss läuft Ende 1939 ab, und es ist ganz klar, dass ein neuer Bundesbeschluss kommen muss. Darin sollte dann eben die Exportrisikogarantie für alle Zweige gleichermassen ermöglicht werden. Ich halte ferner dafür — es scheint mir dies der Prüfung wert —, dass die Exportrisikogarantie in eine Exportkreditversicherung erweitert werden sollte, und zwar auf gemischtwirtschaftlicher Grundlage, wie sie beispielsweise Deutschland und die Tschechoslowakei haben. Die Vorteile einer solchen Exportkreditversicherung wären:

1. eine versicherungstechnisch-kaufmännische Grundlage, da der Exporteur für die Deckung des Risikos ebenfalls eine Prämie bezahlen müsste;
2. könnte das Kundenrisiko ebenfalls einbezogen werden, währenddem — auch das ist meines Erachtens ein Mangel — nach der geltenden Ordnung der Exportrisikogarantie nur die Fälle des force majeure eingeschlossen sind;
3. wäre eine Erhöhung der Garantierate möglich;
4. bestünde die Gelegenheit, alle Waren schweizerischen Ursprungs zu versichern und
5. bestünde auch die Möglichkeit der Rückversicherung der Risiken bei andern Versicherungsgesellschaften.

Ich möchte noch auf England verweisen, wo man mit der Exportkreditversicherung gute Erfolge zu verzeichnen hat. Jedenfalls möchte ich bitten, auch diesen Fragenkomplex zu prüfen.

Ueber die Exportfinanzierung sagt die Vorlage überhaupt nichts. Ich erachte auch sie als wirksames Mittel der Exportförderung. Es wurde seinerzeit die Gründung einer schweizerischen Exportbank diskutiert, das Projekt aber wieder fallen gelassen. Ich glaube mit Recht. Die in der Schweiz bestehenden Banken könnten durch Filialen im Ausland dieser Aufgabe sehr wohl gerecht werden. Es würde sich ihnen sogar ein volkswirtschaftlich sehr dankbares Tätigkeitsgebiet damit eröffnen. Meines Wissens besteht zur Zeit nur eine einzige Filiale unserer schweizerischen Banken im Ausland, nämlich in London, während wir solche Banken insbesondere zur Finanzierung unserer ausländischen Kunden, gerade in Südamerika und im Osten nötig hätten. Es würde dies eine vermehrte und bessere Finanzierung unserer Auslandkundschaft erlauben, sowie eine bessere Kontrolle. Heute sind die Verhältnisse so, dass wir uns an ausländische Bankunternehmungen wenden müssen. Bei den heutigen Nationalisierungsbestrebungen ist es ganz klar, dass sehr oft Indiskretionen vorkommen, schweizerische Geschäftsgeheimnisse auf diese Weise preisgegeben werden, dass z. B. eine ausländische Bank die Interessen ihrer und nicht der schweizerischen Exporteure in den Vordergrund stellt.

Ich erwähne ferner den Kapitalexport, der ein wirksames Mittel ist, unsern schweizerischen Exportwaren den Weg ins Ausland zu öffnen. Auch auf diese Weise muss der Export weiter gefördert werden.

Dann der Ausbau unseres Ausfuhrwerbedienstes im Sinne einer Verstärkung unserer wirtschaftlichen Auslandsorganisationen. Ich möchte mir nur den Hinweis gestatten, dass insbesondere die Achse Berlin-Rom-Tokio mit allen Mitteln und mit ungeheurem Kraftaufwand den Export fördert. Deutschland war beispielsweise mit seinen Ausfuhrprämien, Scrips usw. direkt bahnbrechend. Es hat letztes Jahr an Subventionen für die Exportwirtschaft eine Milliarde Reichsmark aufgebracht, und zwar 700 Millionen für die Exportindustrie und 300 Millionen für den Exporthandel. Minister Funk hat in einem kürzlichen Aufruf erklärt, dass die Förderung des Exportes nicht nur dringend notwendig sei, sondern dass seine Vernachlässigung eine schwerste Pflichtvernachlässigung am Volksganzen bedeute. Diese Feststellung von Minister Funk gilt sicher auch für die Schweiz.

Das Beispiel des Auslandes muss uns Warnung und Lehre sein, vor allem deshalb, weil nirgends wie gerade in der Exportwirtschaft mit relativ so wenig Mitteln volkswirtschaftlich produktiv so viel herausgeholt werden kann. Wir müssen leider feststellen, dass die Exportindustrie und der Fremdenverkehr im Vergleich zu der Inlandswirtschaft nach der bundesrätlichen Vorlage ganz ungenügend berücksichtigt sind. Beispielsweise wurde für die Exportindustrie ein Kredit von nur 15 Millionen vorgesehen; das macht nicht einmal 8 % der Aufwendungen für die zivile Arbeitsbeschaffung aus. Wenn wir uns bewusst sind, dass auch unsere militärische Aufrüstung zum grössten Teil unserer Inlandswirtschaft zugute kommt, so müssen wir feststellen, dass nicht einmal 4 % des Gesamtaufwandes für die Exportindustrie vorgesehen sind. Wir freuen uns über die grosszügige Hilfe für die Inlandswirtschaft und möchten daran nicht Kritik üben. Wir müssen aber auf die Ungerechtigkeit der Exportwirtschaft gegenüber hinweisen und eine Verbesserung der Hilfe für diese verlangen. Jede Erhöhung des Umsatzes unserer Exportin-

dustrie wirkt sich sofort günstig auf die gesamte Volkswirtschaft aus.

Ich komme zum Schluss und fasse meine grundsätzlichen Gedanken in nachfolgenden Forderungen zusammen:

1. Der Kredit für die Exportwirtschaft ist auf den Betrag zu erhöhen, der im Einklang steht mit der Bedeutung der Exportwirtschaft für unser Land.

2. Mit der Wiedereinführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge darf diese nicht nur auf die Textilindustrie beschränkt werden, sondern sie soll auf alle Exportindustrien ausgedehnt werden, soweit sie die grundsätzlichen Voraussetzungen der Bundeshilfe erfüllen. Diese gesetzlichen Voraussetzungen bedürfen aber dringend der Erweiterung und einer largen Handhabung, insbesondere auch in der Richtung, dass dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben wird, in besonderen Fällen die Kantone von ihrer Beitragspflicht zu entbinden. Uebrigens hiezu eine Rechtsfrage: Nach der bundesrätlichen Botschaft und gemäss dem Text der Krediterteilung hat der Bundesrat einen sehr weitgehenden Spielraum in der Verwendung dieser Kredite. Da frage ich mich, ob der Bunderat nach der neuen Vorlage nicht bereits die Ermächtigung habe, die Kantone von ihrer Beitragspflicht in besonderen Fällen zu entbinden. Es wird aber gut sein, diese Frage noch rechtlich abzuklären.

Es sollte ferner die Bestimmung von Art. 3, wonach der Unternehmer selbst angemessene Opfer bringen muss, obschon er keinerlei Gewinne aus dem betreffenden Exportauftrag erzielen darf, fallen gelassen werden.

3. Ein neuer Bundesbeschluss über die Exportrisikogarantie ist vor Ende 1939 notwendig, weil er nächstes Jahr abläuft. Dieser Beschluss sollte nach den bisherigen Erfahrungen im Sinne meiner Ausführungen erweitert werden. Ich möchte den Herrn Departementschef ferner bitten, nicht nur die Frage zu prüfen, ob der Bundesbeschluss nicht nur grundsätzlich für alle Exportindustriezweige gleichermassen gelten soll, sondern auch zu prüfen, ob nicht auch die Exportrisikoversicherung einbezogen werden könnte, im Sinne meiner Vorschläge.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 10. Nov. 1938.
Séance du 10 nov. 1938, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 891 hiervor. — Voir page 891 ci-devant.

M. **Nicole:** Le rapporteur français de la commission, M. Graber, a souligné, ce matin, que le grand programme de travaux préparé par le Conseil fédéral délaissait quelque peu la Suisse romande. D'autre part, je constate que de nouvelles revendications s'accumulent sur les pupitres des conseillers. A l'exception de la construction d'une fabrique de sucre dans le canton du Valais, je crois que toutes ces revendications ont trait à des travaux à exécuter en Suisse allemande.

Je n'ai pas l'intention de présenter des revendications spéciales pour la Suisse romande, ni même pour le canton que j'ai l'honneur de représenter ici. Je voudrais simplement me contenter de demander à M. le conseiller fédéral Obrecht quand le Conseil fédéral a l'intention, non pas de prévoir de nouveaux travaux pour le canton de Genève, mais d'exécuter ceux qui lui ont été promis et qui sont, d'ailleurs, d'un intérêt considérable pour toute la Suisse.

Il y a déjà un quart de siècle que le Conseil fédéral a fait voter par les Chambres fédérales une loi dite du rachat de la gare de Cornavin. Il est stipulé dans la convention passée et ratifiée par les Chambres fédérales qu'un certain nombre de travaux ferroviaires devaient être exécutés sur le territoire du canton de Genève dans un délai assez restreint, actuellement dépassé depuis plus de 15 ans. Ces travaux n'ont jamais été exécutés au complet. Ils devaient atteindre la somme de 52 à 56 millions. Or, jusqu'à maintenant, on en a exécuté pour 15 ou 16 millions, au maximum.

Lorsque, ce matin, l'honorable président du Conseil d'Etat de Genève, M. Picot, a pris la parole, je pensais qu'il allait demander au Conseil fédéral quand il avait l'intention d'entreprendre les travaux promis depuis 25 ans. Il paraît que M. Picot a d'autres soucis. Il craint qu'on n'exécute trop de travaux en Suisse. Il est adversaire des travaux civils. C'est pourquoi je me suis senti obligé, en ma qualité de représentant du canton de Genève, de parer à ce que je considère comme une défaillance — en cette matière — du président du Conseil d'Etat de Genève. Je demande donc au Conseil fédéral quand il a l'intention de faire exécuter ces travaux. Je le demande donc, non pas mu par une sorte de cantonalisme étroit, mais parce que je sens qu'il est de mon devoir d'attirer l'attention du Conseil fédéral sur l'importance de ces travaux. Voici pourquoi.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Novembersession Session de novembre Sessione di novembre
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	04
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	10.10.1938
Seite Page Pagina	891-917
Ref. No	20 032 638

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

dustrie wirkt sich sofort günstig auf die gesamte Volkswirtschaft aus.

Ich komme zum Schluss und fasse meine grundsätzlichen Gedanken in nachfolgenden Forderungen zusammen:

1. Der Kredit für die Exportwirtschaft ist auf den Betrag zu erhöhen, der im Einklang steht mit der Bedeutung der Exportwirtschaft für unser Land.

2. Mit der Wiedereinführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge darf diese nicht nur auf die Textilindustrie beschränkt werden, sondern sie soll auf alle Exportindustrien ausgedehnt werden, soweit sie die grundsätzlichen Voraussetzungen der Bundeshilfe erfüllen. Diese gesetzlichen Voraussetzungen bedürfen aber dringend der Erweiterung und einer largen Handhabung, insbesondere auch in der Richtung, dass dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben wird, in besonderen Fällen die Kantone von ihrer Beitragspflicht zu entbinden. Uebrigens hiezu eine Rechtsfrage: Nach der bundesrätlichen Botschaft und gemäss dem Text der Krediterteilung hat der Bundesrat einen sehr weitgehenden Spielraum in der Verwendung dieser Kredite. Da frage ich mich, ob der Bunderat nach der neuen Vorlage nicht bereits die Ermächtigung habe, die Kantone von ihrer Beitragspflicht in besonderen Fällen zu entbinden. Es wird aber gut sein, diese Frage noch rechtlich abzuklären.

Es sollte ferner die Bestimmung von Art. 3, wonach der Unternehmer selbst angemessene Opfer bringen muss, obschon er keinerlei Gewinne aus dem betreffenden Exportauftrag erzielen darf, fallen gelassen werden.

3. Ein neuer Bundesbeschluss über die Exportrisikogarantie ist vor Ende 1939 notwendig, weil er nächstes Jahr abläuft. Dieser Beschluss sollte nach den bisherigen Erfahrungen im Sinne meiner Ausführungen erweitert werden. Ich möchte den Herrn Departementschef ferner bitten, nicht nur die Frage zu prüfen, ob der Bundesbeschluss nicht nur grundsätzlich für alle Exportindustriezweige gleichermassen gelten soll, sondern auch zu prüfen, ob nicht auch die Exportrisikoversicherung einbezogen werden könnte, im Sinne meiner Vorschläge.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 10. Nov. 1938.
Séance du 10 nov. 1938, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 891 hiervor. — Voir page 891 ci-devant.

M. **Nicole:** Le rapporteur français de la commission, M. Graber, a souligné, ce matin, que le grand programme de travaux préparé par le Conseil fédéral délaissait quelque peu la Suisse romande. D'autre part, je constate que de nouvelles revendications s'accumulent sur les pupitres des conseillers. A l'exception de la construction d'une fabrique de sucre dans le canton du Valais, je crois que toutes ces revendications ont trait à des travaux à exécuter en Suisse allemande.

Je n'ai pas l'intention de présenter des revendications spéciales pour la Suisse romande, ni même pour le canton que j'ai l'honneur de représenter ici. Je voudrais simplement me contenter de demander à M. le conseiller fédéral Obrecht quand le Conseil fédéral a l'intention, non pas de prévoir de nouveaux travaux pour le canton de Genève, mais d'exécuter ceux qui lui ont été promis et qui sont, d'ailleurs, d'un intérêt considérable pour toute la Suisse.

Il y a déjà un quart de siècle que le Conseil fédéral a fait voter par les Chambres fédérales une loi dite du rachat de la gare de Cornavin. Il est stipulé dans la convention passée et ratifiée par les Chambres fédérales qu'un certain nombre de travaux ferroviaires devaient être exécutés sur le territoire du canton de Genève dans un délai assez restreint, actuellement dépassé depuis plus de 15 ans. Ces travaux n'ont jamais été exécutés au complet. Ils devaient atteindre la somme de 52 à 56 millions. Or, jusqu'à maintenant, on en a exécuté pour 15 ou 16 millions, au maximum.

Lorsque, ce matin, l'honorable président du Conseil d'Etat de Genève, M. Picot, a pris la parole, je pensais qu'il allait demander au Conseil fédéral quand il avait l'intention d'entreprendre les travaux promis depuis 25 ans. Il paraît que M. Picot a d'autres soucis. Il craint qu'on n'exécute trop de travaux en Suisse. Il est adversaire des travaux civils. C'est pourquoi je me suis senti obligé, en ma qualité de représentant du canton de Genève, de parer à ce que je considère comme une défaillance — en cette matière — du président du Conseil d'Etat de Genève. Je demande donc au Conseil fédéral quand il a l'intention de faire exécuter ces travaux. Je le demande donc, non pas mu par une sorte de cantonalisme étroit, mais parce que je sens qu'il est de mon devoir d'attirer l'attention du Conseil fédéral sur l'importance de ces travaux. Voici pourquoi.

Durant la période de 1914 à 1918, la Suisse n'a pas été approvisionnée par Bâle seulement, mais surtout par Genève. Les marchandises destinées à la Suisse arrivaient au port de Sète. On y avait installé une administration fédérale spéciale, qui était chargée de réceptionner les bateaux de vivres arrivant pour la Suisse et de les acheminer sur notre pays, via Genève. A cette époque, le port de Sète était donc attribué à la Suisse. Mais, si je suis bien informé, le ravitaillement de Sète à Genève nous a coûté une quantité énorme de matériel: locomotives, wagons, etc.

Aujourd'hui, il est question de rendre le Rhône navigable de Marseille à Genève, de façon à permettre le ravitaillement de la Suisse par eau, en cas de conflit. Certes, il est important que notre ravitaillement soit assuré, à la frontière nord, par le port marchand de Bâle. Cependant, si nous voulons véritablement garantir l'indépendance économique du pays, nous devons veiller à ne pas nous contenter du port de Bâle. Nous devons chercher à nous rendre indépendants de certaines pressions économiques qui peuvent être faites par le IIIe Reich, que traverse la plus grande partie de la voie fluviale du Rhin. Nous devrions être soucieux de nous rendre indépendants d'une telle pression en établissant un port fluvial à Genève. Ce sont précisément ces travaux qui, à mon sens, sont d'une importance considérable, non pas pour le canton de Genève seulement, mais pour la Suisse tout entière, dont le ravitaillement, la sécurité économique, seraient assurés quoi qu'il arrive.

Sans doute me répondra-t-on ce qu'on a déjà dit à plusieurs reprises: la navigation sur le Rhône est encore purement théorique. Cela n'est plus vrai aujourd'hui. Je dois attirer l'attention du Conseil fédéral sur ce point, car il semble que le Département fédéral des postes et des chemins de fer ne semble pas savoir ce qui se passe actuellement en France. Les rapides du Rhône, qui rendaient impossible la navigation fluviale entre Marseille et Genève, sont sur le point d'être vaincus. On a toujours dit qu'il était inutile de parler de l'établissement d'un port fluvial à Genève, aussi longtemps que les Français n'auraient pas commencé les travaux de construction de l'usine de Genissiat. Or, ces travaux ont commencé il y a plus d'un an. Sans être technicien, je m'y suis intéressé, comme beaucoup d'autres citoyens de Genève. Il s'agit d'une œuvre absolument grandiose. Le génie civil français exécute à Genissiat des travaux considérables, qui dépasseront tout ce qui a été fait dans ce genre en Europe. Les rapides du Rhône vont être vaincus. On est en train d'établir les écluses qui permettront de faire monter les bateaux jusqu'à Genève. Il y a encore d'autres paliers. L'usine de Pouilly-Chancy est déjà construite. D'autre part, la troisième usine électrique de Genève est également en construction. Tout est préparé pour rendre le Rhône navigable jusqu'à Genève.

La Confédération suisse va-t-elle demeurer indifférente? Alors que pour garantir son indépendance économique, elle a besoin d'une deuxième source de ravitaillement, à part Bâle, va-t-elle laisser les choses en l'état? Ne pense-t-on pas le moment venu d'entreprendre, d'entente avec le canton, ces travaux de construction d'un port fluvial à Genève et d'entreprendre aussi — ce qui pourrait se faire immédiatement — les travaux promis au canton de Genève depuis 1912 pour le raccordement de la gare de Cornavin à une gare aux marchandises à établir à La Praille, précisément sur l'emplacement prévu pour le futur port fluvial?

Voilà des choses qui me paraissent d'une importance capitale. J'ai dit tout à l'heure que cela me semblait important du point de vue de la neutralité de notre pays, je pense n'avoir pas besoin d'insister sur ce point. Non seulement il ne faudrait pas que notre pays parût se rattacher politiquement plus ou moins à l'axe Rome-Berlin, encore faudrait-il que, économiquement aussi, il n'eût point l'air de s'y aligner. Enfin, il faudrait que sur le plan économique il fît tout ce qui est possible pour bien manifester sa volonté d'échapper précisément à ces pressions économiques du troisième Reich, qui pourraient devenir absolument déterminantes au cas où la Suisse n'aurait pas su prendre à temps des dispositions permettant d'assurer son ravitaillement par le sud, via Marseille-Genève.

Et la raison principale de mon intervention aujourd'hui est la suivante:

A Genève, nous avons l'impression d'être véritablement délaissés par la Confédération. Il y a, je le sais, beaucoup de gens que cela n'intéresse guère. Ils s'étonnent lorsqu'on parle de Genève port franc. Qu'ils ne s'étonnent pas quand Genève se plaint d'être délaissée par l'autorité fédérale. Il y a là de la part du Conseil fédéral toute une politique au sujet de laquelle je désire attirer son attention. Il est clair que cette politique, consistant à laisser Genève de côté, a suscité chez nous un état d'esprit qui, en se développant, peut avoir des répercussions un peu plus que désagréables — je n'en veux pas dire davantage pour l'instant.

Mais ce qui nous a particulièrement émus, l'autre jour, c'est d'apprendre que, alors que la Confédération a signé en faveur du canton de Genève une promesse relative à la construction d'une gare de marchandises à La Praille, les C.F.F. — je crois qu'il s'agit, j'insiste là-dessus, d'une manœuvre de l'arrondissement de Lausanne — avaient trouvé le moyen de licencier le personnel de leur bureau de constructions ferroviaires existant jusqu'ici à Genève et de lui ordonner de regagner Lausanne. Dès l'instant où les C.F.F. démobilisent tout ce service, nous en avons déduit que leur intention est de renoncer à toute construction ferroviaire nouvelle sur le territoire de notre canton. Et c'est là une des raisons principales de mon intervention: je voudrais connaître le but que l'on vise en agissant comme on vient de le faire, par cette décision de retransférer à Lausanne le personnel du service de constructions dont je viens de parler, jusqu'ici domicilié et ayant travaillé à Genève. Il y a là, me semble-t-il, de la part des C.F.F., la marque d'une intention d'abandonner désormais toute espèce de travaux sur le territoire genevois.

Nous allons maintenant à Genève — et je tiens à le dire en passant, car cela appartient également au présent débat — nous mettre d'accord très certainement et assez rapidement pour l'exécution de cet ensemble de travaux. L'argent nécessaire, nous le trouverons, nous saurons le trouver. Nous ne ferons pas, nous qui sommes présentement parti

d'opposition, ce qu'ont fait MM. les bourgeois au temps où eux étaient dans l'opposition. Les travaux auraient d'ailleurs déjà pu commencer, si de 1933 à 1936, on ne s'était pas ingénié à nous mettre toujours les bâtons dans les roues. Quant à nous, nous n'avons nulle intention de gêner l'action du Gouvernement genevois; au contraire. Nous l'appuierons dans toutes ses entreprises, dans toutes ses démarches, dans tout ce qu'il proposera en vue de fournir les sommes dont le canton a besoin pour assurer l'exécution des dits travaux.

Je voudrais simplement, en passant, émettre un vœu. Ces temps-ci, les affaires politiques à Genève marchent de telle sorte que nous nous trouvons aujourd'hui en présence d'une crise gouvernementale à l'état latent: une partie des troupes sur lesquelles pouvait compter le Gouvernement de M. Picot abandonne ce gouvernement. Il y a crise à l'intérieur de l'Union nationale, si bien qu'il n'est pas impossible que sous peu il y ait à Genève une autre majorité gouvernementale. Or, après avoir entendu ce qu'ont dit MM. les rapporteurs au sujet de l'attitude de la Banque nationale, disposée, paraît-il, à consentir fort généreusement des avances aux cantons et aux communes qui ont des travaux à faire exécuter, je voudrais à ce propos demander que la Banque nationale ne se livre pas à ce qu'on appelle maintenant des luttes idéologiques, c'est-à-dire qu'elle veuille bien accorder des fonds aussi bien à un gouvernement de gauche qu'elle les accorderait à un gouvernement de droite. Il est d'autant plus nécessaire de dire ces choses que par expérience — l'expérience de 1933 à 1936 — nous savons que la Banque nationale ne craint pas de se mêler parfois à ces sortes de luttes idéologiques. Voilà tout ce que je tenais à dire.

Je me résume en priant le Conseil fédéral de bien vouloir nous indiquer — et il est très important qu'il le fasse encore durant la présente session, M. Obrecht comprendra certainement mes raisons — s'il considère toujours le canton de Genève comme faisant partie de la Confédération ou bien si, sur le plan politique comme sur le plan militaire, il veut peut-être l'abandonner jusqu'à la ligne de la Versoix, sinon jusqu'à celle de la Venoge. Et si le Conseil fédéral est d'avis que le canton de Genève fait encore partie du territoire de la Confédération, je lui demanderai alors: quand a-t-il l'intention d'exécuter les promesses qui nous ont été faites, et qui sont maintenant vieilles de 26 années puisqu'elles remontent à 1912, au sujet de la construction de la gare de La Praille? Quelles sont enfin les intentions du Conseil fédéral touchant la navigation fluviale de Marseille jusqu'à Genève, ceci dans l'intérêt, non pas du seul canton de Genève, mais dans l'intérêt bien entendu de la sécurité de la Confédération et de son ravitaillement?

Bodenmann: Nach dem, was wir aus den Zeitungen über die Kommissionsverhandlungen erfahren haben, nach Kenntnisnahme von den Beschlüssen des Bundesrates zur Frage der Heranziehung des Abwertungsgewinnes und auch nach dem, was wir heute in diesem Saale gehört haben, glaube ich nicht, dass zwischen der Stellungnahme des Bundesrates seinerzeit zur Arbeitsbeschaffungsinitiative und seiner heutigen Stellungnahme eine wesentliche Differenz bestehe. Ich halte vielmehr dafür, dass auch jetzt die Linie fortgesetzt wird, so wie sie in der Botschaft des Bundesrates vom Oktober 1937 dargelegt wurde. Was sagte damals der Bundesrat zur Arbeitsbeschaffungsinitiative? Er bezeichnete dieses Volksbegehren als überflüssig und gefährlich; er erklärte: „Der Bundesrat hat die Pflicht, das Schweizervolk von einer solchen Selbsttäuschung zu warnen. Der Bundesrat beansprucht für sich, alles getan zu haben, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder in ihren Folgen zu mildern"; und zum Schluss erklärt er, dass er das Schweizervolk vor dem Experiment, wie er die Initiative bezeichnet, zu warnen habe. Ich glaube, diese Linie wird heute im grossen und ganzen fortgesetzt. Wie war denn die Lage im März dieses Jahres hier im Rate? Der Bundesrat kam her und begründete mit seiner Botschaft und in mündlichen Ausführungen die Ablehnung der sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsinitiative. Und damals gab es in diesem Rate einen plötzlichen Konjunkturaufschwung, einen ähnlichen, wie wir ihn gestern in einer andern Frage erlebt haben. Damals gab es in diesem Saale nicht einen einzigen Redner, der sich auf den ablehnenden Standpunkt des Bundesrates gestellt hätte. Es gab nicht eine einzige Fraktion in diesem Rate, die nicht in Form von Postulaten oder Motionen verlangte, es müsse in der Arbeitsbeschaffung etwas getan werden. Erst nachdem der Bundesrat sich völlig verlassen sah, nachdem kein Mann seinen Standpunkt geteilt hatte, hat er darauf verzichtet, den Entscheid sofort herbeizuführen. Ich bin der Meinung, dass es ein Fehler der sozialdemokratischen Fraktion war, dass sie sich darauf einliess, die Initiative resp. den Entscheid darüber zu verschieben. Die Abstimmung über die Arbeitsbeschaffungsinitiative hätte nach meiner Meinung die Beschaffung der Arbeit für die Arbeitslosen gefördert. Es wäre eine klare Meinung des Volkes zum Ausdruck gekommen, und wir könnten uns jetzt auf diesen Volksentscheid stützen.

Nachdem der Bundesrat im März die Arbeitsbeschaffungsinitiative in Bausch und Bogen ohne Gegenvorschlag abgelehnt hatte, musste seine plötzlich einsetzende Grosszügigkeit etwas überraschen. Wer die Dinge etwas näher besah, dem wurde es aber sofort klar, dass diese Grosszügigkeit doch nicht jenen Umfang besass, wie er vielleicht aus den 400 Millionen Fr., die da genannt wurden, abgeleitet werden konnte. Und was wir nun inzwischen erlebt haben, zeigt eben, dass man Schritt um Schritt die Frage der Arbeitsbeschaffung hinausschiebt. Ja, ich glaube, man muss es in diesem Rate aussprechen, was im Volk und in den Zeitungen gesagt wird, nicht nur in den kommunistischen, sondern auch in den sozialdemokratischen: dass diese Arbeitsbeschaffung einfach sabotiert wird. Drei Kommissionssitzungen, von Klosters über Baden nach Bern — und wir sind im Grunde genommen noch heute dort, wo wir waren, als die Herren in Klosters zusammenkamen. Die Finanzierung ist die Kernfrage: Wie soll diese Arbeit finanziert werden? — das Problem ist nicht gelöst. Ich denke, das Votum von Herrn Huber heute morgen habe über diese Frage genügend Klarheit geschaffen. Ich bin der Ueberzeugung, dass die

Methode, mit der die Arbeitsbeschaffungsvorlage in der nationalrätlichen Kommission behandelt wurde und hier weiter behandelt wird, für das Land ungeheuer schädlich ist. Ich gehe weiter und erkläre: Schlimmer könnte man der Demokratie nicht zusetzen, als durch eine derartige Behandlung einer Vorlage, auf die breite Massen des werktätigen Volkes, die ärmsten Teufel in unserem Lande, warten.

Wenn hier der Entscheid gefallen ist — zunächst kommen wir aber nicht zur Entscheidung der Finanzierung — wenn der Entscheid über Programm und Finanzierung hier gefallen ist, geht die Sache ja an den Ständerat, und es ist nicht daran zu zweifeln, dass der Ständerat die Vorlage mit einem solchen Tempo behandeln wird, wie er die Sanierung der Bundesbahnen behandelt. Und was dann übrigbleibt, ist ein Fragezeichen. Nur eine leise Hoffnung besteht, dass es etwas schneller geht: diese Hoffnung bilden die Nationalratswahlen vom Herbst 1939.

Ich glaube, es handle sich tatsächlich um eine ausserordentlich dringliche Angelegenheit. Wir haben in der besten Zeit des Sommers 50 000 Arbeitslose registriert. Ich unterstreiche ausdrücklich: registriert. Es gibt neben diesen 50 000 Ganzarbeitslosen viele Tausende, die schon müde geworden sind vom Gang auf das Arbeitsamt, weil sie infolge ihrer langen Arbeitslosigkeit überhaupt von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind, schon seit Jahren von der Armenpflege leben und deshalb in diesen registrierten Zahlen gar nicht gemeldet werden. Die Tatsache jedenfalls, dass auch bei der besten Sommerszeit 50 000 Totalarbeitslose da sind, und die Gewissheit, dass diese Zahl im Dezember und Januar auf 80—85 000 steigen wird, sollte genügen, um die Notwendigkeit der raschen Lösung zu begründen. Daneben sind nach der Mitteilung von Herrn Bundesrat Obrecht von heute morgen 25 000 Teilarbeitslose zu rechnen. Aus den Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission geht hervor, dass selbst, wenn dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt würde, wir noch bei der besten Sommerszeit 15 000 arbeitslose Bauarbeiter haben. Was wurde dort gesagt? Es bestehe die Möglichkeit, diese Bauarbeiter, die auch bei der Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms keine Beschäftigung finden, teilweise in Arbeitslager zu bringen. Dabei wurde — vom Bundesrat ist das abgelehnt worden — die Frage des Zwanges der Beschäftigung in Arbeitslagern zur Diskussion gestellt. Aber ich möchte unterstreichen, dass die Einweisung in Arbeitslager keinerlei Lösung bringt. Der Arbeitslose, der gezwungen ist, in ein Arbeitslager zu gehen, verdient dort nichts . Er kann in dieser Zeit auch nicht einen Rappen herauswirtschaften, sondern es laufen bei ihm sogar Schulden auf, wenn er sein Zimmer oder seine Wohnung nicht aufgeben kann. Er kann sich keinerlei Kleider, Schuhe, gar nichts anschaffen. Der einzige Vorteil dieser Arbeitslager besteht darin, dass wenigstens die Tage, die diese Bedauernswerten in diesen Arbeitslagern zubringen, als Arbeitstage angerechnet werden, so dass sie im folgenden Jahre wieder in den Besitz der Arbeitslosenunterstützung kommen. Von einer Milderung der Lage der Arbeitslosen ist heute keine Rede bei ihrer Beschäftigung in den Arbeitslagern. Ich brauche nur zu unterstreichen, was hier heute und gestern gesagt worden ist. Ich bin der Meinung, dass die Beschaffung von Arbeit, Brot und Auskommen das beste Mittel der Landesverteidigung ist; denn die militärische Aufrüstung genügt nicht. Die Leute müssen aufgerüstet bleiben, die diese neu geschaffenen Waffen gebrauchen und anwenden müssen. Es ist zweifelsohne so, dass diese gewaltige Arbeitslosigkeit ein ungeheuerlich hemmender Faktor sein wird für die Verteidigung der schweizerischen Demokratie.

Hier eine kleine Nebenerscheinung. Ich glaube, alle Zeitungen haben eine Meldung über die Einreisequoten nach Mexiko publiziert. Darin stund u. a., dass 1000 Schweizer nach Mexiko gehen dürften. Ich habe diese Agenturmeldung mit der Ueberschrift „Tausend Schweizer können nach Mexiko" veröffentlicht und am folgenden Tage hatte ich eine ganze Menge von Zuschriften von Arbeitslosen, die von mir wissen wollten, wie man nach Mexiko gelangen könne. Das ist eine kleine, scheinbar unbedeutende Erscheinung; sie zeigt aber, in welcher Lage sich diese Leute befinden, und wenn sie dann wirklich nach Mexiko ausreisen, so sind sie dann jedenfalls nicht mehr da für die Verteidigung der schweizerischen Demokratie.

Heute morgen hat Herr Crittin mit aussergewöhnlicher Schärfe behauptet, die Kommunisten kommen für die Landesverteidigung nicht in Frage. Er hat sie von der Landesverteidigung ausgenommen usw. Ich möchte demgegenüber bemerken, entweder glaubt Herr Crittin nicht an das, was er sagt, oder er ist der Gefangene des Musy'schen Lügenfeldzuges gegen die kommunistische Partei. Ohne jegliches Pathos und ganz nüchtern will ich erklären: Wenn die Unabhängigkeit des Schweizerlandes auf dem Spiele steht, dann wird der letzte Kommunist seine Pflicht gegenüber dem Schweizerlande erfüllen. Und ich füge dem bei: Ich hoffe es nicht, und ich wünsche es nicht. Aber die Lage ist so ernst, dass wir, trotz dem Münchner Abkommen, in kurzer Zeit vor eine Situation gestellt sein können, die noch zugespitzter sein wird als die letzten Tage des Septembers dieses Jahres. Wenn die Lage dann ernst ist, dann wird jeder kommunistische Soldat bereit sein, sein Blut und sein Leben für das Schweizerland einzusetzen. Ob auf der andern Seite — ich sage ausdrücklich: „auf der andern Seite" — alle das Gleiche tun werden, das wage ich zu bezweifeln. Ich befürchte, dass die Leute, deren Métier zur Zeit die antibolschewistische Hetze ist, in jenem Zeitpunkte, wo es ernst wird, wo es gilt, den Mann zu stellen, versuchen werden, sich selber und das von ihnen durch die Arbeiter sauer verdiente Geld in Sicherheit zu bringen. Die Geschichte ist ein harter Lehrmeister, und wir werden vielleicht Gelegenheit bekommen, Herrn Crittin gegenüber die Frage zu stellen, wer die Pflicht gegenüber dem Lande besser erfüllt hat, die Arbeiter, auch die kommunistisch orientierten Arbeiter, oder die Herren des Geldsacks.

Ich betrachte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Arbeitsbeschaffung für 50 000 als etwas vom wichtigsten, was wir tun können gegen die faschistische Beeinflussung. Wie oft ist in diesem Ratssaale über die Lage des Rheintales ge-

sprochen worden? Warum gehen die Agenten des Dritten Reiches ins Rheintal, warum sind sie nicht in Basel-Stadt? Basel-Stadt würde ihnen ja näher liegen. Sie gehen deshalb ins Rheintal, weil sie wissen, dass ein grosser Teil der rheintalischen Bevölkerung sich in einer wirtschaftlich trostlosen Lage befindet. Und ich will in diesem Zusammenhang die Frage aufwerfen: Welche ernsthaften Massnahmen sind ergriffen worden, um dieser rheintalischen Bevölkerung zu Hilfe zu kommen?

Der Faschismus, der nationalsozialistische Einfluss in der Schweiz, ist dann gefährlich, wenn er Fuss fassen kann bei den werktätigen Schichten unseres Volkes, den Arbeitslosen, aber auch bei den schlecht bezahlten Kategorien der Angestellten und beim Mittelstand usw. Und darum ist die Frage der Arbeitsbeschaffung für diese Leute eine der entscheidenden Voraussetzungen, um den Kampf gegen den Faschismus in der Schweiz mit Erfolg zu führen.

Mir haben die Kundgebungen des Mittelstandes vom letzten Sonntag imponiert. An 5 Versammlungen waren 25 000 Mittelständler anwesend. Ich bin der Meinung, dass man über eine solche Tatsache nicht so leicht hinweggehen sollte. Ich weiss nicht, ob, wenn hier nicht rasche Hilfe eintritt, auch der Boden vorhanden ist für nationalsozialistische Einflüsse. Dabei will ich sagen, nach meiner Meinung liegt die Hauptursache der Not des Mittelstandes nicht nur bei jenen Punkten, die in den Resolutionen dieser Kundgebungen enthalten sind. Eine der Hauptursachen der schlechten Lage des Mittelstandes ist nach meiner Meinung zu suchen in dem ungenügenden Einkommen der breiten Massen, der Arbeiter, Angestellten und andern Schichten des werktätigen Volkes. Ich nehme eine Gruppe, wie die Wirte und nenne Basel. In Basel haben gewiss die alkoholfreien Wirtschaften und die automatischen Restaurants die schlechte Lage der Wirte nicht herbeigeführt. Diese spielen dort eine untergeordnete Rolle. Aber herbeigeführt hat diese schlechte Lage das ungenügende Einkommen breiter Arbeiterschichten. Diese schlecht bezahlten Arbeiter können nicht daran denken, ins Wirtshaus zu gehen. Diese Arbeiter müssen zuerst besorgt sein, ihre Familie zu ernähren, und dann bleibt manchmal nur wenig übrig, um das Wirtshaus zu besuchen. Ich glaube darum, dass auch die Ausgleichssteuer, oder sagen wir wie es ist, die Konsumsteuer, dem Mittelstand keine Lösung bringt und für die übrigen Schichten der werktätigen Bevölkerung unannehmbar ist, weil sie Preiserhöhungen und Lohneinkommensverminderung für Angestellte der betreffenden Geschäfte zur Folge hat.

Herr Bundesrat Obrecht hat heute gesagt, man wollte bei den Grosskaufhäusern den Stier bei den Hörnern packen und sei auf eine Schicht gestossen, die verstehe, Propaganda zu machen. Ich stehe nicht im Verdacht, die Interessen der Grosskaufhäuser zu vertreten und brauche deshalb in bezug auf diese Sache nichts zu sagen. Aber die Grosskaufleute verstehen nicht nur Propaganda zu machen, sie werden es auch verstehen, die Steuer auf jene abzuwälzen, die schwächer sind, nämlich auf die Konsumenten und Angestellten.

Ich schliesse daraus, dass, um das Programm der Arbeitsbeschaffung in Kraft setzen zu können, es nötig ist, finanzielle Mittel dort zu suchen, wo sie vorhanden sind. Wir haben gestern etwas erlebt, was man selbst in diesem Saale nicht alltäglich gewohnt ist. Mit welcher Inbrunst ist von allen Fraktionen die Notwendigkeit der Landesverteidigung begründet worden, und in dem Momente, in dem es sich darum handelte, 1 % des Vermögens, ich unterstreiche 1 %, für diese entscheidende Angelegenheit der Verteidigung des Schweizerlandes nicht etwa jetzt auf den Tisch des Hauses zu legen, sondern den Bundesrat zu ersuchen, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten, wo war da der Patriotismus? Vergleichen Sie dieses 1 %ige Opfer der Vermöglichen mit demjenigen, was der arme Teufel als Arbeitsloser opfert, derjenige, der 7—9 Monate jährlich von der Unterstützung und Armenfürsorge lebt, vielleicht schuldlos nicht nur ein Jahr, sondern 3—4 Jahre hintereinander kaum die Arbeitstage aufbringt, um seine Unterstützung beziehen zu können. Diese Arbeitslosen, wenn sie trotz der schlimmen Lage aufrecht durch die Strassen gehen und ihre Bürgerpflicht erfüllen, stehen in meinen Augen turmhoch über denjenigen, die grosse patriotische Reden halten, um im Moment, da es sich darum handelt, den Patriotismus nicht durch alte Hosenknöpfe, sondern durch Silberlinge, Banknoten und Wertpapiere zu begleiten, dann erklären, nein, jetzt wollen wir davon nichts wissen.

Ich bin jetzt schon überzeugt, nach der Abstimmung vom 27. November dieses Jahres werden die Herren Picot und Crittin stärkeren Anhang bekommen. Ob die Abstimmung so oder anders herauskommt, wird der Gedanke der Teilung dieser Vorlage mächtig an Boden gewinnen; vielleicht nicht zuerst in diesem Rat, sondern aus der andern Kammer wird eine Differenz kommen, und dann wird die Mehrheit dem Ständerat folgen und die Vorlage teilen. Dann werden wir auf der einen Seite das Programm der Landesverteidigung haben, finanziert, wie es heute morgen ausgezeichnet geschildert wurde, und auf der andern Seite steht das zivile Arbeitsbeschaffungsprogramm. Das wird nicht durchgehen, wenn die Konsumsteuer damit verbunden ist, und dann haben die Arbeitslosen das Nachsehen. Ich glaube, der Verlauf der Dinge in dieser Frage, wie ich ihn jetzt gekennzeichnet habe, wäre von ausserordentlich grossem Schaden für das Land und selbstverständlich für die zunächst Betroffenen, die Arbeitslosen selber. Das Beste, was geschehen könnte, nicht bloss für die Arbeitslosen, sondern auch für die Landesverteidigung, wäre, die Verwirklichung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes in grossem Umfang nicht mehr weiter hinauszuzögern, sondern so rasch wie möglich darüber Beschluss zu fassen.

Condrau: Die katholisch-konservative Fraktion ist bereit, auf die Vorlage einzutreten. Wenn wir für diese Vorlage einstehen, so haben wir nicht die Auffassung, dass bisher nichts geschehen sei. In dieser Beziehung dürfte man vielleicht gerade Herrn Bodenmann in Erinnerung rufen, was Herr Bundesrat Obrecht uns am 28. März 1938 gesagt hat. Diese Rede des Departementschefs hat uns Auf-

schluss gegeben über die Leistungen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden in den letzten Jahren zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es ist möglich, dass man in der Oeffentlichkeit von dieser Rede zu wenig Notiz genommen hat. Wir sehen, dass man z. B. in der ersten Periode 1920/24, während 5 Jahren, nicht weniger als 170 Millionen Franken verausgabt hat, dass man im Jahre 1930/36 für die Arbeitslosenversicherung rund 300 Millionen aufgewendet hat, 1932/36 durch Krisenunterstützungen 75 Millionen. Mit den 55 Millionen vom Jahre 1937 haben wir einen Gesamtbetrag von 600 Millionen im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit verwendet. Ich darf Sie vielleicht auch daran erinnern, dass man in den Jahren 1931/37 an die 140 Millionen für Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe aufgewendet hat.

Die gegenwärtige Vorlage erscheint uns als eine Zusammenfassung der nötigen und möglichen Arbeiten, die auf dem Gebiete der militärischen und zivilen Arbeitsbeschaffung vorliegen. Wir wenden hier 170 Millionen für die Verstärkung der Landesverteidigung und 140 Millionen für die zivile Arbeitsbeschaffung auf. Nachdem wir gestern so viel über die Notwendigkeit unserer Wehrbereitschaft gesprochen und gehört haben, dürfte es sich erübrigen, noch weiter davon zu sprechen, dass dieser erste Teil der Vorlage unbedingte Annahme verdient. Jenen, die vielleicht noch zögern möchten, könnte man entgegenrufen: „Hic Rhodus, hic salta". Mit dem Aufwand von 170 Millionen für das Militär kommen wir auf den hohen Betrag von 600 Millionen Fr. für die Landesverteidigung. Ich persönlich habe die Auffassung, dass man hier besonders auf das Gutachten der Militärs abstellen soll und vielleicht den gutgemeinten Ratschlägen der Professoren noch etwas Zurückhaltung entgegenbringen. Graubünden und Tessin finden in dieser Vorlage einen Vorschlag, der sie besonders interessieren muss. Er betrifft die Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz. Sie wissen, dass man im Tessin schon früher um die sichere Verbindung mit der übrigen Schweiz beunruhigt war, weil der Gotthardpass und die Gotthardbahn in einem Ernstfalle leicht einem Artilleriefeuer vom Passo S. Giacomo ausgesetzt sein könnten. Daher gingen vom Gotthardkommandanten Bestrebungen aus für den Ausbau der Oberalpstrasse und des Lukmaniers als eines Teilstückes der Gotthardostfront. Aus dem Tessin kam die Idee einer Strassenverbindung von Glarus nach dem Vorderrheintal und über den Lukmanier dem Tessin entgegen.

Nach dem Anschluss von Oesterreich wurde nun die strategische Lage von Graubünden und Tessin schlaglichtartig beleuchtet. Sie haben heute morgen aus den Worten von Herrn Bundesrat Obrecht gehört, wie prekär die Situation in einem Ernstfall werden kann. Ich darf Sie daran erinnern, dass auch der frühere Generalstabschef von Sprecher Sorge trug um die Luziensteig; Oberstleutnant Brunner hat vor wenigen Jahren einen bemerkenswerten Artikel in der NZZ geschrieben, in dem er darauf hinwies, in welche Gefahr Graubünden und Tessin kommen könnten, wenn das Sarganserbecken von feindlichen Truppen besetzt würde. Ja, schon im Jahre 1860 hat der Bundesrat in einer Botschaft auf die Gefahr hingewiesen, die für die Schweiz entstehen könnte, wenn das Sarganserbecken von fremden Truppen besetzt würde. Nun sind drei verschiedene Strassenprojekte entstanden. Ich will nur kurz darauf hinweisen: Ein Projekt besteht für einen Alpenübergang über den Segnes-, eines über den Panixer- und eines über den Kistenpass. Alle drei Projekte sind von entsprechenden Interessenten geprüft und erwogen worden. In Graubünden hat man eine gewisse Befürchtung geäussert, man könnte durch einen Strassenübergang, der zu sehr westlich liege, wichtige Verkehrsinteressen gefährden. Darum entstand dort auch die Idee, man könnte vielleicht die Verbindung nach Westen durch eine Bahn besser bewerkstelligen. Gegenwärtig hat man ein Projekt der Rhätischen Bahn für eine Bahnverbindung Rueras—Urnerloch. Wie wir in der Kommission vernehmen konnten, lautet das Gutachten über dieses Projekt nicht günstig. Gleichzeitig hat die Furka-Oberalpbahn Herrn Ingenieur Bernasconi, den früheren Oberingenieur der Rhätischen Bahn, beauftragt, die Frage eines Umbaues der Oberalpbahn zu prüfen. Hier liegen meines Wissens zwei Projekte vor, das eine für den Umbau der Oberalpbahn über den Berg, und das zweite für einen Durchstich des Nurschallas. Wie Sie in der Vorlage sehen, spricht man hier unter Ziff 3: von einer Alternative: „Strassenverbindung oder Bahnverbindung". Ich glaube, dass sowohl im Kanton Glarus wie im Kanton Tessin der Wunsch rege ist, man möchte diese Frage nun möglichst bald abklären, womöglich noch vor der Dezembersession, damit wir bei der endgültigen Verabschiedung des Beschlusses über das Arbeitsbeschaffungsprogramm hier bereits klare Sicht haben und nach Annahme des Verfassungsentwurfes durch das Volk bereits an die Arbeit gehen können. Denn es liegt eine gewisse Dringlichkeit darin. Wir müssen uns vorsehen, dass die Südostschweiz in einem gefährlichen Moment nicht von der übrigen Schweiz abgeschnitten werde. Man möge auch prüfen, ob es nicht möglich wäre, die Oberalpbahn mit der Oberalpstrasse auszubauen und für den ganzjährigen Betrieb sicherzustellen. Das sei also unser Wunsch an das Departement!

Wir sind der Auffassung, dass auch der zweite Teil, der besonders die zivile Arbeitsbeschaffung betrifft, heute notwendige Arbeiten und Massnahmen vorsieht. Wir haben diese Frage bereits bei der Besprechung des kleinen Arbeitsbeschaffungsprogrammes bejaht, bei der Vorlage von 70 Millionen Fr. für das Jahr 1939. Es ist ja klar, dass der Staat mit den Subventionen die Wirtschaft nicht vollauf retten kann; aber er kann doch der Privatwirtschaft einen gewissen Anreiz geben, so dass Arbeit geschaffen und geboten wird. Das gilt namentlich für die 55 Millionen, die für das Baugewerbe vorgesehen sind. Wir vernahmen in der Kommission, dass das Bauvolumen heute in der Schweiz so stark zurückgesunken ist, dass hier unbedingt mit Staatsmitteln etwas nachgeholfen werden muss. Ich glaube, dass dieser Vorschlag von Gutem ist. Darin möchte ich auch der Ansicht von Herrn Gafner volles Recht geben. Die Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Durch

Export und Fremdenverkehr bringen wir neues Geld ins Land, was von ausserordentlicher Wichtigkeit sein wird. Dabei dürfte man auch gewisse Wünsche an die Organe, die besonders mit dem Fremdenverkehr beschäftigt sind, äussern, Wünsche mit bezug auf eine einheitliche Reklame, eine einheitlichere Organisation der Schweiz gegenüber dem Ausland. Ich erinnere Sie an die guten Anregungen unseres Kollegen von Almen.

Aus der Westschweiz hören wir eine gewisse Klage, sie sei in der Vorlage zu wenig berücksichtigt. Es stimmt, dass keine grösseren Werke, keine grösseren Arbeiten in der Westschweiz vorgesehen sind. Aber ich glaube, dass wir doch darauf hinweisen dürfen, dass besonders die Anforderungen für das Militär Arbeitstätten im ganzen Lande beschäftigen werden. Die Baukredite sind besonders für jene Orte vorgesehen, die an stärkerer Arbeitslosigkeit leiden; und hier dürfen wir vielleicht unsern Freunden in der Westschweiz in Erinnerung rufen, dass z. B. aus einem einzigen Kanton der Westschweiz Projekte mit einem Bauvolumen von rund 30 Millionen Fr. angemeldet sind. Herr Bundesrat Obrecht hat uns in der Kommission auch dargelegt, dass sich von dem gesamten Effekt dieser Arbeiten nur 9 % auf die Zentral- und Ostschweiz allein beschränken, während sich 91 % über das ganze Land ergiessen.

Wir legen Wert darauf, dass die Vorlage, so wie sie vorliegt, und nicht getrennt, dem Volke zur Abstimmung unterbreitet werde. Wir begrüssen deshalb den Beschluss von heute morgen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das dürfen wir sagen, bildet damit einen gewissen Gegenvorschlag gegen die Initiative der sozialdemokratischen Partei. Wir begrüssen auch den Beschluss, die Deckungsfrage mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verknüpfen. Das ist eine wichtige Bedingung und dürfte namentlich auch den Freunden der Vorlage dienen. Denn gerade mit Bezug auf die finanzielle Tragweite des Arbeitsbeschaffungsprogramms wurden grosse Bedenken geäussert. Sie treten diesen Bedenken entgegen, wenn Sie rechtzeitig oder sagen wir lieber gleichzeitig mit dem Arbeitsprogramm auch für die finanziellen Mittel sorgen. Ich weiss, dass man sich keinen Illusionen hingeben darf mit Bezug auf die Staatssubventionen und die Wirtschaft. Die Subventionen, die hier vorgesehen sind, sollen aber jenen eine gewisse Miderung bringen, die von der Arbeitslosigkeit am ärgsten betroffen sind. Was wir indessen erwarten und erhoffen, das ist eine Neuordnung der Wirtschaft, die auch in dieser Beziehung uns vielleicht bessere Zeiten bringen möge. Hier bestehen grosse Hoffnungen in bezug auf die Wirtschaftsartikel. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass eine wichtige Voraussetzung für die Arbeitsbeschaffung die Ordnung im Finanzhaushalt des Bundes ist. In dieser Beziehung möchte ich ganz besonders an alle Freunde der Arbeitsbeschaffungsvorlage appellieren: Mögen Sie am 27. November für die neue Finanzvorlage eintreten!

Scherrer-St. Gallen: Die bisherige Diskussion hat im allgemeinen Zustimmung zur Vorlage und ihrer Grundlinien für die Arbeitsbeschaffung ergeben. Allein die uns zunächst beschäftigende Frage der Trennung der beiden Vorlagen in zwei Sondervorlagen lässt doch die Tendenz sichtbar werden, dass man die militärischen und die zivilen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen nicht im gleichen Masse anerkennen und würdigen will. Die Arbeitslosigkeit ist der Ausdruck einer krisenerschütterten Wirtschaft; sie hat eine schwerwiegende soziale Auswirkung und ist geeignet, dadurch die innere geistige Widerstandskraft des Volkes gegen die Krise zu brechen. Die Arbeitslosigkeit macht den Arbeiter ja zum Bettler; sie nimmt ihm die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Selbstbehauptung und begründet für ihn ein drückendes Abhängigkeitsverhältnis zum Staat, zu den Behörden, zur Allgemeinheit. Existenzlosigkeit bedeutet ja soziale Entwurzelung, Verlust des festen, wirtschaftlichen Standortes. Aber es bleibt ja nicht nur bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwurzelung dieser Leute. Diese führt weiter zum Verlust des sittlichen, inneren Haltes und damit einer Eigenschaft der Volksglieder, auf die wir niemals verzichten können. Wenn der seelische Halt des Volkes zusammenbricht, so fällt damit auch die Widerstandskraft gegen die Krise und ihre Erscheinungen. Wir müssen uns doch schliesslich immer wieder die Frage stellen: Wie stellt sich der Volksgenosse zum Staat, zum Vaterlande, der besitzlos, existenzlos, verdienstlos geworden ist. Ich glaube, sagen zu dürfen, dass es natürlich ist, wenn dieser entwurzelte Volksgenosse das Land, die Heimat, den Staat und seine Ordnung nicht mehr als verteidigungswert und -würdig hält. Da liegt der tiefe innere Zusammenhang mit der geistigen Landesverteidigung. Aus diesem Gedanken heraus muss alles daran gesetzt werden, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzuschalten.

Wir anerkennen ja, dass die Oeffentlichkeit (Bund, Kantone und Gemeinden) gewaltige Leistungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgebracht hat. Wir wollen das alles nicht verkleinern, aber auch sagen, dass wir es auf die Dauer nicht ertragen, dass ein so grosser Teil des Volkes wirtschaftlich entwurzelt bleibt. Die Situation verlangt heute den Einsatz neuer Mittel, vielleicht auch neuer Methoden; denn die wirtschaftlichen und finanziellen Reserven sind beim einzelnen kleinen Manne, beim Mittelstande, aufgezehrt. Dasselbe ist zu sagen auch in bezug auf eine Reihe öffentlicher Körperschaften. Die Hilfe der Allgemeinheit wird umso dringlicher, als diese Quellen der bisherigen privaten und öffentlichen Leistungen allmählich versiegen.

Man spricht heute besonders auch, und mit Recht, über den vermehrten Schutz der Familie. Es ist wahr, die Familie, die gesunde Familie, ist die Voraussetzung für einen gesunden Staat. Da müssen wir alles daran setzen, dass der Ernährer der Familie, der Vater, der Mann, in die Lage versetzt wird, den Unterhalt seiner Familie mit ehrlicher und rechtschaffener Arbeit zu verdienen.

Herr Flückiger hat heute Vormittag die Frage der Frauenerwerbsarbeit aufgeworfen. Ich stimme mit ihm überein in der Forderung, dass die verheiratete Frau und Mutter wieder ihrer natürlichen gottgesetzten Aufgabe zurückgegeben wird. Aber

warum sind so viele Frauen heute darauf angewiesen, eine eigene Erwerbstätigkeit auszuüben? Weil der Lohn des Mannes in vielen Fällen nicht ausreicht, um eine Familie ernähren zu können. Es gibt wohl verhältnismässig wenig Frauen, die aus blosser Neigung und aus Vergnügen in die Fabrik gehen. Es ist die Not, welche die meisten Frauen zwingt, den heimischen Herd zu verlassen und eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Wir geben uns ja auch nicht Rechenschaft, dass diese Frauen in den Fabriken, in den Bureaux und in den Geschäften eine Doppelaufgabe übernehmen müssen. Sie haben an ihrem Berufsort, in der Fabrik, in den Ateliers, ihre ganze Kraft für den Beruf aufzuwenden, und daneben obliegt ihnen noch die Sorge, als Gattin und Mutter die Aufgaben im Haushalt und in der Familie zu erfüllen. Das ist eine Doppelbelastung, die sowohl nach der sozialen, wie nach der sittlichen Seite bedenklich ist. Ich unterstütze deshalb alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Frau von dieser Erwerbstätigkeit, wo es angängig und möglich ist, wegzunehmen. Geben wir uns auch da keinen Täuschungen hin. Man glaubt, dass die Frau im allgemeinen die Ausübung eines Erwerbsberufes nicht nötig habe. Da ist zu sagen, dass die durchschnittliche Dauer der Ehe ja nur 15 Jahre beträgt. Vor der Ehe und beim Eintritt des Todes des Mannes ist die Frau in den meisten Fällen auf sich selbst angewiesen. Wir zählen 170 000 Witwen in unserem Lande. Wieviele sind es davon, die nun die Pflicht des Ernährers der Familie zu übernehmen haben? Wohl die grosse Mehrheit. Daher ist es begründet, dass auch die Frau einen Erwerbsberuf erlernen muss. Man sagt ja, gewiss mit vollem Recht, dass die Hausdienstleistung heute in den Vordergrund gerückt werden müsse. Aber woher kommt es, dass der Haushaltsberuf, die Hauswirtschaft, nicht mehr den hohen Geltungswert hat, nicht mehr jene sittliche und soziale Würdigung findet, auf die er Anspruch erheben kann? Man übergeht ja das Mädchen, das „nur" Dienstbote, „nur" Magd ist. Man gibt ihm nicht die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie dem Fräulein, das im Büro oder im Atelier arbeitet. Erst wenn einmal der Mann wieder die Haushaltsarbeit und die gewaltige Aufgabe, die die Frau in der Hauswirtschaft zu lösen hat, anerkennt, dann wird es nach dieser Richtung besser werden können. Das Problem der Frauenerwerbsarbeit haben vor allem die jungen Männer, die heiraten wollen und heiraten sollten, zu lösen. Ist es denn nicht so, dass gerade das Dienstmädchen sitzen bleibt? Alle andern kommen eher unter. Das rechtschaffene Dienstmädchen, die Hausangestellte steht so manchem biedern Eidgenossen eben zu wenig hoch. Wenn die Hilfe nicht von dieser Seite kommt, können Sie noch lange darüber predigen, dass die Frauen keine Erwerbstätigkeit ausüben sollen! Dann gibt es nach dieser Richtung — und es ist vielleicht gut, das auch einmal im Nationalrat zu sagen — ein Problem, und das ist die Ueberwindung der Heiratsfaulheit der Männer. Die Zahl der ledigen, im heiratsfähigen Alter stehenden Frauen, ist ja annähernd so gross wie die Zahl der verheirateten Frauen. Woher das kommt, will ich in diesem Zusammenhange nicht untersuchen. Es mag vor allem mangelnde Opferbereitschaft sein, die Pflichten zu übernehmen, die eine Familie mit sich bringt.

Es ist heute gesagt worden, dass die deutschen Dienstboten etwa noch am ehesten unter die Haube kommen. Man darf vielleicht da sagen, hier wäre, nachdem so oft die Ausländerinnen bevorzugt werden, der Ruf am Platze: „Die Schweiz den Schweizern", oder auf diese Frage angewendet: „Die Schweizerinnen den Eidgenossen".

Die Arbeitsbeschaffung gewinnt ganz besondere Bedeutung für die Jungen. Es liegt ein tragisches Geschick über der heutigen Jugend, die in klarer Erkenntnis der grossen Schwierigkeiten, die unser Land zu überwinden hat, nicht in die Lage kommt, helfen und arbeiten zu können. Die Jugend sieht vielfach den Weg in die Zukunft verbaut, daher ist es vor allem Pflicht, dafür zu sorgen, dass sie ihre Kräfte in gesunder, natürlicher Weise entwickeln kann. Nichts kann ja das Volk schmerzlicher und empfindlicher treffen als die Demoralisierung seiner Jugend, die dann eintritt, wenn sie beschäftigungslos herumlungern muss. Sie haben das Prinzip im allgemeinen anerkannt, dass statt Unterstützung Arbeit geschafft werden soll. Aber man hört immer wieder ängstliche Töne, dass man diese Aufwendungen nicht rechtfertigen könne. Sie sind heute sozialpolitisch dringlicher nötig als zu Zeiten der wirtschaftlichen Prosperität. Wir müssen mit der Sozialpolitik dort einsetzen, wo der Einzelne eine drohende Gefahr nicht abwenden oder bestehende Uebelstände aus eigener Kraft nicht beseitigen kann.

Ich begrüsse es ausserordentlich, dass man dazu übergegangen ist, immer mehr den Arbeitslosen in seinem angestammten Beruf zu beschäftigen. Das ist wesentlich, denn die Zahl der blossen Hilfsarbeiter ist viel zu gross. Wenn der Arbeiter wieder einen gewissen Standesstolz, eine Standesehre gewinnen will, muss er einen erlernten Beruf ausüben, etwas leisten können, das ihm den Anreiz zur Arbeit und auch die Genugtuung gibt, durch seine Tätigkeit etwas Wertvolles schaffen zu können. Daher sollen diese Bestrebungen fortgesetzt werden.

Die Lage unseres Landes, seine Abhängigkeit vom Weltmarkt gebietet uns ja vor allem, den Export und die Fremdenindustrie zu fördern, weil wir auf sie nicht verzichten können. Viele geben sich wohl nur ungenügend darüber Rechenschaft, dass der schweizerische Unternehmer nicht nur seinem Konkurrenten, dem Unternehmer im Ausland gegenübersteht; zwischen beide hinein hat sich der ausländische Staat, d. h. die politische Macht gestellt. Das Ausland setzt die politischen Machtmittel in einem Ausmasse ein, wie wir das noch nie gekannt haben. Dies zwingt wohl oder übel auch unsern Staat zu tief eingreifenden Interventionen.

Es ist in dieser Debatte vom nötigen Schutz des Mittelstandes gesprochen worden. Dieser Schutz ist in der Vorlage einigermassen verankert. Einmal wird ja das mittelständische Handwerk und Gewerbe durch die allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen mit profitieren. Es soll auch durch die Ausgleichssteuer ein Stück Mittelstandsschutz geschaffen werden. Freilich geht man hier vielleicht in den Hoffnungen zu weit. Wir werden uns gründlich überlegen müssen, wie diese Ausgleichssteuer

zu gestalten ist. Wir werden, wenn wir die mittelständischen Existenzen schützen wollen, nicht vergessen dürfen, welche Leute, Gewerbetreibende und Handwerker, im Schatten der Warenhäuser und grossen Handelsbetriebe liegen. Man hat hier, nicht in diesem Saale, aber in der öffentlichen Diskussion, von der Vernichtung grösserer Unternehmungen gesprochen. Ich glaube, das geht zu weit, auch wenn man an die Warenhäuser und ähnliche Betriebe denkt. Unsere Aufgabe wird sein, eine richtige Relation zwischen Gross-, Mittel- und Kleinbetrieb zu schaffen. Weder der eine noch der andere ist zu vernichten, sondern es ist ein gesunder, vernünftiger Ausgleich zu schaffen. Der christlichsozialen Arbeiterschaft ist der Gedanke, die mittelständischen Betriebe und den Mittelstand insgesamt zu schützen, durchaus sympathisch, und zwar vor allem deshalb, weil in diesem Betrieb noch der persönliche, verantwortungsbewusste Unternehmer und Arbeitgeber dem Arbeiter gegenübertritt. Wir haben hier nicht den anonymen Arbeitgeber. Aus dieser Mentalität, aus dieser mittelständischen Atmosphäre möchte auch etwas anderes herauswachsen, eine immer kräftigere Verbindung zwischen den einzelnen Klassen. Es soll die Wirtschaft letzten Endes so dirigiert werden, dass in allen Schichten des Volkes für den tüchtigen, ehrlichen und strebsamen Menschen gewisse Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen sind. Für die Reichen wie für das Proletariat gilt vielleicht das Wort des grossen heiligen Augustinus, der sagt: „Vor zu grossem Reichtum und vor Armut bewahre mich, o Herr!" Ich glaube, dass die Landespolitik, die Wirtschafts- und Sozialpolitik alles daran setzen muss, um diese gesunde, mittlere Schicht zu halten und dass auch der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben werden muss, in diese Linie aufzusteigen.

Wir suchen nach Arbeitsgelegenheiten. Es gibt in kleinbäuerlichen Verhältnissen viele Bauern, welche reparaturbedürftige Häuser und Scheunen haben. Alle die Massnahmen, die wir bis jetzt getroffen haben, nützen hier nichts, weil der kleine Bauer und der kleine Arbeiter mit einem eigenen Häuschen und einem Schopf daran gar nicht über die Mittel verfügen, die sie selbst aufzubringen hätten. Ich habe schon früher einmal in einer Kommission über die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen die Anregung gemacht, dass hier gewisse Darlehen zu niedrigem oder gar keinem Zins gewährt werden sollten, damit gerade in den Gebieten, wo die Not am grössten ist, etwas nachhaltiger geholfen werden kann. Sie helfen damit auch dem kleinen und mittelständischen Handwerk und Gewerbe.

Ich komme von der Ostgrenze des Landes. Es hat gestern und heute ja in diesem Saale wiederholt der Gedanke Ausdruck gefunden, dass wir an der Ostgrenze der Eidgenossenschaft etwas überängstlich geworden seien. Ich will darüber hier doch noch ein Wort verlieren. Die fast vollständige Abschnürung des Wirtschaftsverkehres zwischen dem Rheintal und dem Vorarlberg musste ja in der rheintalischen Bevölkerung eine Reaktion hervorrufen. Die Schwierigkeiten der Existenzbehauptung wachsen. Da ist nun eine erste und berechtigte Forderung dieser Talschaft, dass die Lasten, welche allein aus dem Charakter des Grenzlandes herauswachsen, und welche die anderen Eidgenossen nicht zu tragen haben, von der Allgemeinheit übernommen werden. Das ist eine notwendige Hilfe, die hier dem Rheintal gewährt werden muss. Die zweite Forderung ist, dass Arbeit beschafft wird, und zwar nach allen Seiten. Wenn über dem Rhein die Arbeitsbeschaffung in grosszügiger Weise vorgenommen wird und unsere Rheintaler Arbeiter, Handwerker und Bauern vor dem Nichts stehen, sind diese Forderungen zu verstehen. Es ist nicht Untreue gegenüber dem Vaterland, es ist nicht so, dass wir Zweifel in die aufrichtige staatsgenössische Gesinnung dieser Talschaft setzen dürften! Es ist eine tiefe Besorgnis, dass nicht im ganzen Land und nicht bei allen zuständigen Stellen das richtige Verständnis für die Gefahr da ist, die heute wohl oder übel besteht.

Deshalb möchte ich Sie bitten, aus weitem grosszügigem Herzen heraus und mit einem klaren Verstand für die wirklichen Bedürfnisse dieser Grenzlandesteile einzustehen. Die Probleme sind ja freilich nicht leicht zu lösen. Das enthebt uns nicht der Pflicht, es ernsthaft zu versuchen.

Wenn ich noch eine Frage hier kurz aufgreifen darf, so ist es die mit dem ganzen Problem zusammenhängende Frage der Arbeitslosenversicherung. Wir haben auf diesem Gebiete ungleiche Lasten. Wir haben bei den einen die grössten Risiken, den grossen Kraft- und Finanzaufwand, bei den andern keine oder eine nur geringe Belastung. Ich glaube, wir kommen nicht daran vorbei, hier einen Risikoausgleich zu schaffen, und wenn es über den Weg eines Ausgleichsfonds geschehen müsste, an den alle in gleicher Weise beizutragen haben.

Nun wissen wir alle, dass das Volk ohne Ausnahme der Stände, der Sprache und Konfessionen von uns etwas Ganzes erwartet. Grosse geschichtliche Ereignisse von grösster Tragik spielen sich vor unsern Augen ab. Da ist es doch letzten Endes eine Freude, dass unser Volk auch nach einem grossen Zug in der Landespolitik ruft und vom Parlamente ganze Arbeit verlangt. Ich glaube, wenn wir diese ganze Arbeit leisten, dass das Volk auch die Opfer trägt, welche die Zeit zur Rettung der Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat fordert.

Müller-Grosshöchstetten: Im September und gestern abend habe ich hier im Namen und Auftrag unserer Gruppe ausgeführt, was zur vorliegenden Frage grundsätzlich zu sagen ist. Wir verweisen darauf und beschränken uns für heute auf folgende Erklärung:

Ein Staat, der in seinen Banken das Geld und Gold brachliegen und grosse Teile seiner jungen Generation ohne Zukunft, ohne Arbeit und ohne die Möglichkeit, auf dem Lande sich selbständig zu machen, verzweifeln lässt, der geht einen ernsten und gefährlichen Weg. Wenn wir dies feststellen, schmälern wir nicht den Dank für wirklich geleistete Arbeit und Hilfe. Wir haben es aber auch gar nicht nötig, wie man das uns so gerne vorhält, die Dinge schwärzer zu malen als sie wirklich sind. Sie sind für jeden, der Augen hat, zu sehen, und ein Herz, um mitzufühlen, wahrhaftig ernst und dunkel genug. Stellt der Staat seine Finanz-, Geld-, Währungs- und Wechselkurspolitik nicht

in den Dienst seiner Wirtschaft, dann muss er auf Wegen, wie wir sie hier zu gehen gezwungen sind, ein Stück weit wieder gutzumachen suchen, was er am arbeitenden Volke unterlassen und gefehlt hat. Der Bauer bezahlt mit Preisabbau und Kontingentierung seiner Produktion — der Arbeiter mit Arbeitslosigkeit und Lohnabbau — beide bezahlen mit Verzweiflung den falschen Weg. Im Widerstreit zwischen Kapital-Zinsertrag und Arbeit stellen wir die Arbeit kompromisslos und unter allen Umständen vor das Kapital. Von dieser Erkenntnis werden wir uns in unserer Stimmabgabe leiten lassen, ohne hier schon zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen. Wir bedauern tief die unverantwortliche Art der Behandlung auch dieser Schicksalsfrage unserer Demokratie. Sie bedeutet nichts anderes als eine ruhmlose Kapitulation vor der Macht des Geldes.

Präsident: Da Herr Duttweiler abwesend ist, ist die Rednerliste erschöpft. Im übrigen sind die Voraussetzungen des Art. 69 des Reglementes erfüllt. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass, da kein Antrag auf Nichteintreten erfolgt ist, der Rat in der Lage ist, über Schluss der Eintretensdebatte abzustimmen.

Abstimmung — *Vote.*

Für Schluss der Eintretensberatung	79 Stimmen
Dagegen	11 Stimmen

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.
Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles.

Präsident: Ich werde nun Abschnitt um Abschnitt behandeln und dann gleich die entsprechenden Anträge begründen lassen.

Art. 1.

Ingress und lit. A, Ziff. I.

Antrag der Kommission.

Unter Vorbehalt der Krediteröffnung wird das nachfolgende Programm über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genehmigt:

A. Landesverteidigung.

I. Militärdepartement:	Fr.
a. Ausbau der Bewaffnung	23 100 000
b. Ausbau der Fliegerwaffe	45 300 000
c. Ausbau der Befestigungsanlagen .	36 700 000
d. Anlage von Munitionsreserven . .	26 600 000
e. Ergänzung des Korpsmaterials und Schaffung genügender Materialreserven	11 880 000
f. Massnahmen zur Sicherstellung des Bahnbetriebes und des telephonischen Verkehrs	1 300 000
g. Erstellen militärnotwendiger Gebäude	2 500 000
h. Unvorhergesehenes	920 000
	148 300 000

Art. 1er.

Préambule et lettre A, ch. I.

Proposition de la commission.

Est approuvé sous réserve de l'ouverture des crédits, le programme suivant relatif au renforcement de la défense nationale et à la lutte contre le chômage:

A. Défense nationale.

I. Département militaire:	Fr.
a. Renforcement de l'armement . .	23 100 000
b. Développement de l'aviation . .	45 300 000
c. Développement des ouvrages fortifiés	36 700 000
d. Création de réserves de munitions	26 600 000
e. Complétement du matériel de corps et création de réserves de matériel suffisantes	11 880 000
f. Mesures pour assurer l'exploitation des chemins de fer et les communications téléphoniques	1 300 000
g. Construction de bâtiments militaires	2 500 000
h. Imprévus	920 000
	148 300 000

Wetter, Berichterstatter: Ich habe schon im Eintretensreferat erwähnt, dass wir in bezug auf die Kreditbegehren für die Landesverteidigung auf die Fachleute in Armee und Militärdepartement haben abstellen müssen. Wir haben in der Kommission sowohl den Chef des eidgenössischen Militärdepartementes wie auch den Generalstabschef angehört. Wir haben alle wünschbaren Auskünfte und Informationen erhalten, auch solche, die sich nicht hier für die Wiederholung im Rate eignen. Wir sind zur Ueberzeugung gekommen, dass die militärischen Kredite mit Umsicht und mit dem Gefühl der schweren Verantwortung verlangt werden und dass das Bestreben an den leitenden Stellen besteht, mit diesen Krediten so sparsam als möglich umzugehen und damit den grössten Nutzeffekt zu erreichen.

Es sind unter diesem Titel schon eine Anzahl Kredite in der Interimsvorlage bewilligt worden, nämlich Kredite im Betrage von rund 12 Millionen. Wenn heute nochmals neue Summen von 148 Millionen anbegehrt werden, so bedeutet das gegenüber der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates eine Steigerung um rund 11 Millionen. Davon entfallen 10 Millionen auf die vermehrten Kredite für die Fliegerwaffe, wo der Kredit von ursprünglich 40 auf 50 Millionen erhöht worden ist. Es kommt dann noch ein weiterer Posten dazu von rund 1 Million für Unvorhergesehenes. Die Kommission hat diese Abteilung der Kreditbegehren einstimmig genehmigt.

Man könnte sich nun fragen, und es ist schon im Gespräche die Frage gestellt worden, ob angesichts der gestern angenommenen Motionen sich eventuell eine Aenderung auch dieses Postens aufdränge. Ich glaube nein. Bei unserer Vorlage handelt es sich um ein bestimmtes, abgeklärtes Programm und eine Deckung, die bereinigt ist.

Ob der Bundesrat in Weiterverfolgung der Motionen weitere grössere Kredite verlangen wird

und welcher Art und welchen Umfanges diese Kredite sind, wissen wir nicht. Was wir aber wissen, was feststeht, das muss jetzt erledigt werden, jetzt und nicht später. Das vorliegende militärische Programm erleidet keinen Aufschub. Am allerwenigsten werden die Motionäre, die ja doch eine vermehrte, beschleunigte Aufrüstung wünschen, so etwas wünschen und die Verantwortung dafür übernehmen wollen.

Die Kommission beantragt Ihnen Genehmigung der Kredite unter I.

M. **Graber,** rapporteur: Je n'ai pas d'observation spéciale à ajouter au message du Conseil fédéral dont le contenu vous est certainement familier.

Devant la commission une question fut posée: le programme présenté ne serait-il qu'une partie d'un programme beaucoup plus complet auquel il a été fait allusion au cours d'une séance du comité directeur du parti radical? M. Obrecht s'expliqua sur ces délibérations et déclara que la motion qui y fut annoncée, après que le tableau des insuffisances de notre préparation militaire serait établi, visera plutôt l'instruction de l'armée que le matériel et qu'elle sera déposée à la session de novembre. C'est d'ailleurs maintenant chose faite.

Pour le moment, il serait imprudent de vouloir modifier le présent programme. Il doit rester au premier plan de nos préoccupations. Si des modifications interviennent quant à l'instruction de la troupe, elles auront des répercussions sur l'armement. Il est prématuré d'en tenir compte dans le présent tableau.

Au cours du rapport introductif, je vous ai signalé que les 148,3 millions prévus, s'ajoutant au crédit voté lors du programme transitoire, donnent un total de 160 millions dépassant de 10 millions le chiffre du programme primitif.

Duttweiler: Ich möchte noch eine kleine Bemerkung machen. Ich habe mich eingeschrieben für die Eintretensdebatte, und es wurde mir zugesichert, dass unsere kleine Fraktion zu Worte kommen könne. Herr Müller-Schmitten hat erklärt, dass ich sprechen werde.

Es war bisher Uebung, dass ein Mitglied der Kommission, ein einziger Vertreter einer kleinen Fraktion, immerhin zu einer so grossen Vorlage, an der er zudem als Kommissionsmitglied beteiligt war, sprechen darf. Ich frage mich, ob es einen Sinn hat, Parlamentarismus zu treiben, wenn es nicht mehr gestattet ist, zu einer grossen Vorlage als Wirtschafter — das ist mein Beruf — das Wort zu ergreifen. Als ich mich mit höflichen Worten beschwerte, habe ich zur Antwort bekommen, ich sei ein frecher Mensch. Ich war nicht unhöflich gegenüber dem Herrn Präsidenten.

Präsident: Das gehört nicht zur Sache.

Duttweiler: Ich habe das Recht, eine persönliche Erklärung abzugeben.

Präsident: Sie haben das Recht dazu, nicht aber bei Behandlung des Abschnittes Militärdepartement.

Duttweiler: Ich teile Ihnen mit, dass jeder Parlamentarier am Anfang seiner Rede eine Bemerkung machen darf, mit Ausnahme von mir. Ich füge noch bei, dass Sie gestern meine Motion in ein Postulat abgeändert haben, ohne mich zu fragen. Ich weiss auch da nicht, ob das Uebung ist oder nicht. Ich stelle nur fest, dass ich das auf alle Fälle noch nicht erfahren habe.

Was nun das Militärdepartement anbelangt, so stehe ich unter dem Eindruck, dass es keinen grossen Sinn hat, die einzelnen Posten zu diskutieren, nachdem gestern zugegeben wurde, dass eine neue Vorlage notwendig ist, eine Vorlage, die jedenfalls dem Umfange nach bedeutender ist als die gegenwärtige. Was sollen wir uns da mit Posten streiten? Wir können nur feststellen, dass die Ereignisse die Voraussicht des Bundesrates weit überholt haben, dass die Anregungen von unten gemacht werden müssen und dass der Weg nicht gefunden wird, eine genügende Vorlage zu schaffen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Rest der Vorlage. Ich werde Gelegenheit haben, meine Ausführungen zu machen, wenn das Kapitel Arbeitsbeschaffung an die Reihe kommt, und ich stelle nur fest — und man wird das nicht bestreiten können —, dass eine gewisse Planlosigkeit herrscht, dass nicht ein festes, ganzes Ziel ins Auge gefasst wird, sondern dass stückweise Vorlagen gemacht werden, die von den Ereignissen weit überholt werden.

Präsident: Ich persönlich habe einen Vertreter der Fraktion der Unabhängigen kommen lassen und ihn gebeten, mir mitzuteilen, ob jemand von ihnen sprechen werde. Es wurde mir mitgeteilt, dass das Herr Duttweiler sei. Ich habe Herrn Duttweiler rechtzeitig das Wort gegeben. Er war nicht da, und ich bin nicht verpflichtet, zu warten, bis er seine privaten Geschäfte draussen erledigt hat.

Was das Postulat betrifft, so habe ich nicht die Abänderung vorgenommen, sondern die Kanzlei, und zwar hat der Vertreter des Herrn Duttweiler, mit dem man sich darüber besprach, eingesehen, dass es sich nicht um eine Motion, sondern um ein Postulat handelte. Ich habe dem betreffenden Herrn erklärt, dass das Postulat in eine Motion umgewandelt werden müsse, da es imperativen Charakter habe. Das ist aber nicht geschehen. Es war die Pflicht des Büros, darauf aufmerksam zu machen. Herr Duttweiler weiss das ganz genau, er kam noch immer zu Worte. Es hat aber keinen Sinn, zu reklamieren und dergleichen zu tun, als ob er über alle Rechte der Parlamentarier erhaben sei.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziff. II.

Antrag der Kommission.

II. Departement des Innern:

Baudirektion für militärische Bauten:	Fr.
a. Benzintankanlagen	8 000 000
b. Kavernen im Gebirge	1 000 000
c. Unterirdische Magazine	2 720 000
d. Kaserne für leichte Truppen . . .	630 000
e. Montagegebäude für Flugzeuge . .	2 000 000

f. Magazine für Proviant und Fourage	1 000 000
g Verlegung des Zeughauses für Ersatzmaterial	800 000
h. Werkstätte der Kriegsmaterialverwaltung	275 000
Gesamtkredit	16 425 000
abzüglich des Uebergangskredits, enthalten im Bundesbeschluss vom über die Eröffnung von Krediten für Wehrbereitschaft und Arbeitsbeschaffung, von	3 600 000
	12 825 000

Ch. II.

Proposition de la commission.

II. Département de l'intérieur:	
Direction des constructions:	
Pour des bâtiments militaires:	
a. Réservoirs à benzine	8 000 000
b. Cavernes dans la montagne . . .	1 000 000
c. Magasins souterrains.	2 720 000
d. Caserne pour les troupes légères . .	630 000
e. Bâtiment pour le montage des avions	2 000 000
f. Magasins d'approvisionnements et de fourrages	1 000 000
g. Déplacement de l'arsenal pour le remplacement du matériel	800 000
h. Atelier de l'intendance du matériel de guerre.	275 000
Crédit total	16 425 000
A déduire le crédit transitoire contenu dans l'arrêté fédéral du..... ouvrant des crédits destinés à renforcer la défense militaire et à créer des possibilités de travail.	3 600 000
	12 825 000

Stäubli: Ich möchte beantragen, dass der Posten unter II *e.* „Montagegebäude für Flugzeuge" im Betrage von 2 Millionen Fr. gestrichen werde. Diese Montagehalle für Flugzeuge soll eine staatliche Flugzeugfabrik werden.

Es ist Ihnen allen aus der Presse bekannt, dass vor kurzer Zeit eine private Gesellschaft gegründet wurde, die eine Flugzeugfabrik bauen wird. Die nötigen Grundstücke dazu sollen bereits gekauft sein. Deshalb glaube ich, dass es nicht mehr notwendig ist, daneben noch eine staatliche Flugzeugfabrik zu bauen. Ich weiss nicht, ob unter dem Titel I. *b.*, Ausbau der Fliegerwaffe, von 45,3 Millionen oder I. *g.*, Erstellen militärnötiger Gebäude 2,5 Millionen auch noch Teilstücke für eine Flugzeugfabrik verborgen sind; wenn dort solche drin sind, möchte ich beantragen, auch sie zu streichen, denn zwei Flugzeugfabriken in unserer kleinen Schweiz ist zu viel. Ich beantrage also Streichung der Position II. *e.*

Bundesrat **Obrecht:** Es handelt sich hier nicht um eine Flugzeugfabrik, sondern um eine Montagehalle auf dem Flugplatz Emmen. Wir haben bis jetzt in der Schweiz keine andere Flugzeugfabrik gehabt als die an der Peripherie, im Gebiet des Alten Rheins. Wir können uns auf diese Fabrik nicht verlassen, weil sie zu exponiert gelegen ist. Nun war die Meinung der Militärverwaltung die, dass sie eine Montagehalle bauen wollen, wo dann die einzelnen Bestandteile, die in den verschiedenen Fabriken der Schweiz hergestellt werden, zu fertigen Flugzeugen zusammengesetzt würden. Das ist die Montage. So liegt der Plan. Nun bin ich wohl im Bilde, dass sich eine Studiengesellschaft gegründet hat, die eine eigentliche Flugzeugfabrik, nicht nur eine Montagehalle bauen möchte. Diese Studiengesellschaft hat ein Kapital von 100 000 Fr. zusammengelegt. Ich habe den Eindruck, es sei den Herren ernst. Aber wir dürfen nun nicht wegen einer Studiengesellschaft, die sich mit einem Studienkapital von 100 000 Fr. gebildet hat, jetzt sagen, die Flugzeugfabrik sei gesichert, wir können den Kredit streichen. So eilig geht die Sache nicht. Wir wollen sicherer sein und zuerst feststellen, dass es in der Tat eine private Flugzeugfabrik geben wird; wir wollen auch das Projekt zuerst kennen, um zu sehen, ob und wieweit die Fabrik die Flugzeughalle in Emmen überflüssig macht. Darüber haben wir heute noch keine Vorstellung. Es sind noch keine Projekte eingereicht worden.

Wenn es dann so kommt, wie Herr Nationalrat Stäubli annimmt, dass eine Fabrik gebaut wird in der Gegend von Stans oder irgendwo in der Innerschweiz, die diese Montagehalle in Emmen ganz oder teilweise überflüssig macht, werden wir sie natürlich nicht deshalb bauen, weil der Kredit da ist, sondern wir werden froh sein, die Kreditrestanz für etwas anderes zur Verfügung zu haben. Ich will also jedenfalls die Versicherung geben, dass nicht doppelt gebaut wird.

Präsident: Herr Nationalrat Stäubli hat den Antrag gestellt, den Posten II. *e*, Departement des Innern, Montagegebäude für Flugzeuge, 2 Millionen, zu streichen. Der Bundesrat und die Kommission halten an dem Posten fest.

Abstimmung. — *Vote.*

Lit. e.

Für den Streichungsantrag Stäubli — Minderheit
Dagegen — Mehrheit

Angenommen. — *Adopté.*

Ziff. III.

Antrag der Kommission.

III. Volkswirtschaftsdepartement:	
Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern:	
a. Beschaffung von Kohle	22 800 000
b. Beschaffung anderer Waren . . .	10 000 000
c. Erstellung von Tankanlagen und Lagerräumlichkeiten	7 200 000
	40 000 000
Davon werden als wiedereinbringbarer Erlös aus Warenvorräten in Abzug gebracht	20 000 000
Gesamtkredit	20 000 000
abzüglich des Uebergangskredits von	10 000 000
	10 000 000

Ch. III.

Proposition de la commission.

III. Département de l'économie publique:	
Mesures destinées à assurer l'approvisionnement du pays en marchandises indispensables:	
a. Achat de charbon	22 800 000
b. Achat d'autres marchandises . . .	10 000 000
c. Construction de réservoirs et d'entrepôts	7 200 000
	40 000 000
A déduire la valeur réalisable des stocks de marchandises	20 000 000
Crédit total	20 000 000
A déduire le crédit transitoire de . .	10 000 000
	10 000 000

Wetter, Berichterstatter: Das Bundesgesetz über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern, das in Kraft getreten ist, sieht jährliche Kredite für diese Sicherstellung der Landesversorgung vor. Es gibt dem Bund das Recht, auch bundeseigene Lager anzulegen und die Einlagerung von Vorräten Dritter zu fördern. Zur Hauptsache kann diese vermehrte, nötige Lagerhaltung auf Grund freiwilliger Vereinbarungen mit der Privatwirtschaft erreicht werden. Das ist auch für den Bund das Billigste und im Ganzen das Zweckmässigste. Es ist auf diesem Boden schon viel geschehen. Die Lagerhaltung gewisser wichtiger Rohstoffe verursacht aber der Privatwirtschaft zu grosse Kosten, als dass sie ihr in vermehrtem Masse auferlegt werden könnte. Ich nenne, um nur ein Beispiel anzuführen, die Benzinlagerung. Hier wird der Bund, abgesehen von der Lagerhaltung für die Armee, auch die private Lagerhaltung mit eigenen Mitteln verstärken müssen. Für solche Tankanlagen wird in der Vorlage ein Betrag von 7,2 Millionen vorgesehen.

Ein weiterer Posten ist die Kriegskohlenreserve des Bundes, deren sichtbarer Ausdruck Sie längs der verschiedenen Bahnlinien im Lande herum sehen. Diese Kriegskohlenreserve geht auf das schweizerisch-deutsche Reiseabkommen zurück, in dem der seinerzeitige Clearingsaldo von 23,3 Millionen durch einen Sonderbezug deutscher Kohlen abgedeckt werden muss. Der Bund übernimmt bei diesen Bezügen $^{7}/_{10}$, die Privatwirtschaft $^{3}/_{10}$, und zwar geteilt für Handel, Industrie und Gaswerke.

Neben Kohle und Benzin sollen je nach Bedürfnis noch andere Waren beschafft werden können, und es sollen dafür auch die nötigen Kredite zur Verfügung stehen.

Aus der Vorlage ergibt sich für die Beschaffung von Waren ein Gesamtkredit von 32,8 Millionen Fr. Natürlich geht bei der Realisierung dieser Vorräte nicht mehr alles ein. Schon die Kosten der Lagerhaltung fressen einen Teil des Betrages auf. Wieviel, weiss man nicht. Ein anderer Teil wird unter Umständen Preisfluktuationen zum Opfer fallen. Auch hier ist die Summe nicht vorauszusehen. Der Bundesrat rechnet aber mit einem Wiedereingang von 20 Millionen Fr. Es resultiert also aus dem ganzen Abschnitt ein Gesamtnettokredit von 20 Millionen Fr. Sie haben in der Septembersession eine erste Tranche von 10 Millionen Fr. beschlossen. Es bleibt heute ein Restbetrag von 10 Millionen zu bewilligen. Die Kommission empfiehlt Ihnen das.

M. **Graber,** rapporteur: Dix millions ont déjà été accordés par le programme transitoire, sur les 20 millions prévus.

Ces 10 millions ne sont-ils pas dérisoires, a demandé un commissaire, si on tient compte de la gravité de la situation et, plus encore, de l'insécurité qui règne sur le marché mondial?

Un autre commissaire proposa un crédit de 1,5 million, pour permettre que le minerai de fer du Fricktal soit travaillé dans le pays et non expédié dans ce but en Allemagne. Il y aurait là de multiples avantages pour notre économie et même pour notre sécurité.

Ce crédit n'est cependant pas nécessaire, ceux dont dispose le Département étant suffisants, si la Confédération veut entrer dans cette voie. Il faut d'ailleurs permettre que les expériences en cours pour arriver à traiter le fer sans recourir à un emploi aussi considérable de houille, soient terminées. Momentanément, nous dit M. le conseiller fédéral Obrecht, l'Allemagne nous livre en échange un matériel qui est, pour nous, d'une importance aussi grande que le fer retiré de notre sol. Les richesses en fer du Fricktal sont d'ailleurs si considérables que les quantités exportées ne jouent qu'un rôle minime. Il faut d'ailleurs se rendre compte que nous n'avons pas besoin de fer seulement, mais encore et surtout d'acier.

Répondant aux préoccupations de M. Duttweiler, M. le chef du Département de l'économie publique expose que, sur la base du contingentement des importations, il est possible d'exiger des importateurs qu'ils disposent d'entrepôts permettant de maintenir dans le pays des réserves de marchandises suffisantes. Pour la benzine, une exception est faite. La Confédération fera construire elle-même des tanks, d'où le crédit de 7,2 millions. Il se peut que d'autres exceptions s'imposent et que la Confédération doive prendre en main la constitution de réserves de certaines marchandises. A cet effet seulement, on a prévu un crédit de 20 millions.

Après ces explications, votre commission adopte les postes du chiffre romain III sans modification.

Angenommen. — *Adopté.*

Lit. B. Arbeitsbeschaffung.

Ziffer I.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

	Fr.
I. Bundesbeiträge an die Arbeitsbeschaffung in den Kantonen (Fortsetzung der bisherigen Arbeitsbeschaffungsaktion) für die Jahre 1940, 1941, eventuell auch 1942:	
Gesamtkredit	90 000 000
abzüglich des Uebergangskredits von	35 000 000
	55 000 000

Minderheit
(Bringolf, Graber, Grimm, Huber, Myerhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

I. Bundesbeiträge an die Arbeitsbeschaffung in den Kantonen . . .	85 000 000

Lettre B. Création de possibilités de travail.

Chiffre I.

Proposition de la commission.

Majorité:

	Fr.
I. Subventions fédérales pour la création de possibilités de travail dans les cantons (suite des mesures prises antérieurement):	
années 1940, 1941 et peut-être aussi 1942:	
Crédit total	90 000 000
A déduire le crédit transitoire de . .	35 000 000
	55 000 000

Minorité
(Bringolf, Graber, Grimm, Huber, Meyerhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

B. Création de possibilités de travail.

	Fr.
I. Subventions fédérales pour la création de possibilités de travail dans les cantons	85 000 000

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Für diese Aufgabe ist der grösste Betrag, nämlich 55 Millionen ausgesetzt, was mit den von Ihnen im September schon bewilligten 35 Millionen zusammen die seinerzeit vom Bundesrat vorgeschlagenen 90 Millionen ausmacht. Es ist daran zu erinnern, dass das Parlament schon im März 1938 auf Rechnung der später zu bewilligenden Kredite einen Vorschusskredit von 6 Millionen für diese Zwecke gewährt hat, damit die Aktion, die für die einzelnen Projekte immer grosse Vorbereitungen erfordert, nicht ins Stocken komme. Diese 6 Millionen sind in der Interimsvorlage von 35 Millionen inbegriffen. Der Bundesrat rechnet die Verwendung der 90 Millionen so, dass im Jahre 1939 rund 40 Millionen, im Jahre 1940 rund 30 Millionen und im Jahre 1941 rund 20 Millionen zur Verwendung kommen würden. Selbstverständlich darf auch eine Uebertragung stattfinden, und der Bundesrat spricht die Hoffnung aus, dass die bewilligten Kredite auch noch einen gewissen Rest für das Jahr 1942 übrig lassen. Ob das eintreten wird, werden wir später sehen.

Für die Beanspruchung dieser Kredite kommt nun in Betracht einmal die private Wohnbautätigkeit, dann die kantonalen und kommunalen Bauten und drittens die Reparatur- und Renovationsaktion. Die letztere soll mit Ausnahme der für die Hotellerie zu verwendenden Posten auf die Monate November bis Februar beschränkt werden. Es soll auch zur Unterstützung der Hotellerie und zum besseren Ausbau der schweizerischen Heilbäder für diese Projekte über die Subventionssätze gemäss Art. 5a des Bundesbeschlusses vom 23. September 1936 heraufgegangen werden dürfen. Es soll also der dort vorgesehene Subventionssatz von 15 % beispielsweise verdoppelt werden können. Es ist nicht zu vergessen, dass wir in diesen Baukrediten eine erste Massnahme zur Förderung der Hotellerie sehen dürfen.

Zweite Art der Förderung: Die ganze Bauaktion ist heute ein sehr umstrittener Teil der Vorlage. Während er auf der einen Seite, beim Gewerbe und den kantonalen und kommunalen Behörden, selbstverständlich warm befürwortet, und auch vom Bundesrat als ausserordentlich wirksame Arbeitsbeschaffungsmethode gepriesen wird, sind andere Kreise skeptisch.

Was den privaten Wohnungsbau betrifft, verweist man auf den heutigen Wohnungsüberfluss in den Städten und grossen Ortschaften resp. auf ihren grossen Leerwohnungsstand. Man verweist darauf, dass bei unseren sinkenden Geburtenziffern, bei der sinkenden Zahl der Eheschliessungen, bei dem verlangsamten Wanderungsgewinn ein sinkender Wohnungsbedarf die naturgemässe Folge sein muss. Da durch die sinkenden Geburtenziffern und die verringerte Sterblichkeit der Bevölkerung ausserdem eine Ueberalterung der Bevölkerung sich immer mehr bemerkbar macht, steigt auch der Anteil der Bevölkerung an über 50 Jahre alten Menschen. Das ist das Alter, wo wieder langsam eine Abgabe von Wohnungen stattfindet. Der Statistiker ist imstande — er kann ja viel — den Augenblick voraus zu berechnen, in dem überhaupt vom Standpunkt der Bevölkerungsbewegung aus in der Schweiz keine einzige Wohnung mehr notwendig wird und der neue Bedarf sich nur noch auf den Ersatz alter Wohnungen, also z. B. Altstadtsanierung, beschränkt. Es ist also wohl nach dieser Richtung mit Vorsicht vorzugehen. Es ist daraus zu schliessen, wie der Bundesrat das auch feststellt, dass das Baugewerbe nicht darum herumkommen wird, sich auf das künftig zu erwartende Bauvolumen einzustellen.

Was die Reparatur- und die Renovationskosten anbetrifft, so finden viele Kreise etwas Stossendes daran, dass Gesellschaften und wohlhabende Private von diesen Krediten Gebrauch machen können. Es darf doch in der Schweiz nicht so weit kommen, dass schliesslich keiner mehr sein Haus renoviert, ohne dafür einen Bundesbeitrag und dazu vielleicht noch einen entsprechenden kantonalen oder kommunalen Beitrag zu erhalten. Das ist eine gefährliche Einstellung der Bürger. Ausserdem handelt es sich bei diesen Arbeiten teilweise um vorgegessenes Brot, und zukünftige Jahre dürften wohl darunter zu leiden haben, Jahre, von denen wir ja noch nicht sicher sind, dass dann der Baubedarf grösser ist als heute.

Und endlich die kantonalen und kommunalen Bauten. Hier sind natürlich die Bundesbeiträge auch sehr willkommen. Aber niemand wird behaupten wollen, dass nicht ein grosser Teil dieser Bauten, heute in verschiedenen Kantonen und Städten nicht gebaut würde, wenn sie nicht eine entsprechende Bundessubvention erhielten. Es ist möglich, dass eine Reihe dieser Bauten vielleicht auch etwas bescheidener ausfallen würde, was, nebenbei gesagt, auch nicht ein grosses Unglück wäre. So aber, wie es heute ist, muss sich ja ein städtischer oder kantonaler Baudirektor einen Vorwurf machen, wenn er nicht alle in den nächsten 10 Jahren möglicherweise fälligen Bauprojekte

hervorholt und möglichst rasch baureif gestaltet. Sonst riskiert er ja, dass er später keine Bundesbeiträge mehr erhält. Und als gewissenhafter Haushalter muss er doch für seine Gemeinde oder seinen Kanton diese gute Gelegenheit noch ausnützen! Was also auch hier der Zukunft vorweggenommen wird, ist schwer zu bestimmen. Aber es ist wohl ein ganz beträchtliches Bauvolumen. Wenn wir die heutige Flauheit im Baugewerbe nur als vorübergehende Erscheinung bewerten könnten, wäre eine starke Förderung der Bautätigkeit unbedingt am Platze. Wie aber heute die Aussichten sind, ist ein solches Vorgehen nicht ungefährlich.

Aber selbst, wenn alle diese Zweifel und Bedenken gerechtfertigt sind, so bleibt doch für den Moment bestehen, dass die Bauaktion weitergeführt werden muss. Wir haben im Baugewerbe noch eine sehr grosse Zahl Arbeitsloser, und eine Rückbildung des Baugewerbes selber kann, wie der Bundesrat ausführt, nur dann ohne Erschütterung für die Gesamtwirtschaft durchgeführt werden, wenn der Export wieder in einem Masse zunimmt, dass die Industrie die überflüssigen Bauarbeiter aufnehmen kann. Das ist heute noch nicht der Fall. Die Kommission ist deshalb nach einlässlicher Beratung über diesen Punkt dazu gekommen, alle Anträge auf Erhöhung abzulehnen, aber auch die Anträge auf Ermässigung des Postens nicht gutzuheissen.

Ich beantrage Ihnen die unveränderte Annahme des Postens von 55 Millionen Franken.

M. **Graber,** rapporteur de la majorité: A l'occasion du débat sur le programme transitoire, il fut déjà demandé d'élever le crédit de 90 000 000 de fr. Une minorité de la commission, minorité à laquelle se rattache votre rapporteur, propose de le porter à 120 000 000 de fr.

La première raison évoquée est que le chômage dans le bâtiment est encore considérable — environ 26 000 chômeurs en août 1938 — et que le bâtiment constitue un stimulant très efficace pour la vie économique générale.

La seconde raison intéresse particulièrement la région romande et toutes les régions les plus durement frappées par le chômage: les cantons et les communes qui sont le mieux à même d'entreprendre dans le plus bref délai des travaux propres à occuper les chômeurs sont ceux où le chômage sévit avec le plus d'intensité. Parmi les chômeurs, le nombre des jeunes a une assez forte tendance à diminuer, car l'industrie a une préférence très marquée à les embaucher. Ce sont cependant ceux qu'il serait le plus aisé de déplacer. La chose devient difficile et pleine d'inconvénients dès qu'il s'agit de chômeurs mariés.

Ces cantons et communes ravagés par le chômage, le mot n'est pas trop fort, ne disposent plus de moyens financiers leur permettant d'entreprendre des travaux coûteux. Le Conseil fédéral et le Parlement ont fait preuve, à plusieurs reprises, de compréhension à l'égard de la situation faite par la crise à certaines régions du pays. Ne le feront-ils pas une fois encore en leur accordant des taux de subventions plus élevés, afin de leur permettre des initiatives? Si, d'un autre côté, une part équivalente à celle de la Confédération leur est attribuée sur le bénéfice de la dévaluation, on sera tranquillisé et, dès le printemps 1939, de nombreux chantiers de travail pourront s'ouvrir dans toutes les régions les plus intéressées à occuper des chômeurs. Le tableau donnant les estimations du nombre des ouvriers-années, correspondant aux divers postes du programme, souligne l'importance de celui-ci. Les 90 millions prévus permettraient d'accomplir pour 616 millions de travaux, représentant 101 000 ouvriers-années, soit le 60 % environ des 176 800, représentant les effets de l'ensemble du programme.

La grande crainte de la minorité est que l'insuffisance du taux de subvention paralyse précisément les cantons et communes qui doivent affronter les plus graves effets du chômage.

Devant la commission, de tout autres voix se firent entendre. L'une d'elles allait jusqu'à demander la suppression pure et simple de ce poste, sous le prétexte que le programme transitoire suffit pour 1939.

Une autre proposition fut faite, tendant à diminuer ce poste de 5 millions. La raison était les craintes que l'on peut éprouver en habituant les intéressés à compter sur les subventions fédérales pour les travaux du bâtiment. Il s'agirait, au contraire, d'abaisser graduellement le taux de ces subventions pour tendre à leur disparition. L'effet de ces subventions n'est pas propre à supprimer le chômage, mais simplement à faire reculer momentanément le nombre des chômeurs.

Il est nécessaire, en face de ces diverses propositions, de fournir des précisions. On comptait, en 1936, 43 000 chômeurs dans le bâtiment. En septembre 1938, ce nombre est tombé à 26 000. Le crédit annuel de 30 à 35 millions a donc eu d'heureux effets. Au cours de cette année, le volume des travaux exécutés sera de l'ordre de plus d'un milliard — dont le quart environ a été subventionné. Sans tenir compte de l'instabilité économique actuelle, on peut avoir des craintes en ce qui concerne le bâtiment lui-même. Le nombre des mariages recule et le nombre des logements inoccupés monte. De là, la nécessité de favoriser, dans les cantons, l'ouverture de chantiers et l'initiative de constructions. Selon votre rapporteur, les cantons — et particulièrement ceux de la région du Jura — auraient d'importants chantiers à ouvrir pour des réfections routières. En outre, les communes devraient être plus largement soutenues dans leurs efforts pour mettre à la disposition de notre jeunesse des établissements favorables au développement des sports: piscines, pistes, halles de gymnastique, etc.

La proposition d'élever ce poste de 55 à 85 millions fut repoussée par 15 voix contre 8 voix.

La proposition d'abaisser ce poste de 5 millions fit 6 voix. Celle de le supprimer en fit 2.

Schneider, Berichterstatter der Minderheit: Die Minderheit beantragt Ihnen, statt 90 Millionen deren 120 einzusetzen, abzüglich 35 Millionen, so dass im Ganzen 85 Millionen Fr. zu bewilligen wären. Ich will nicht wiederholen, was ich bei der Begründung eines entsprechenden Antrages in der Herbstsession gesagt habe. Immerhin ist darauf zu verweisen, und das ist von den Herren Refe-

renten ebenfalls unterstrichen worden, dass es sich hier um das Kernstück der Vorlage handelt, nämlich jenen Teil, der am meisten Arbeit auslöst, und womit am meisten Arbeiter beschäftigt werden können.

Eine Aufstellung der Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung sagt uns, dass mit den 90 Millionen Fr. die vorgesehen sind, im Ganzen für 616 Millionen Baukredite ausgelöst werden können; damit können 101 000 Jahresarbeiter Beschäftigung finden. Sie ersehen daraus, dass von allen Krediten, die in der Vorlage aufgeführt sind, durch die Unterstützung der Arbeitsbeschaffung in den Kantonen weitaus am meisten Arbeitslose Beschäftigung finden können.

Ich möchte zur Begründung unseres Antrages, dass wir 30 Millionen mehr einsetzen wollen, als der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission beantragen, in der Hauptsache zwei Gründe anführen. Wir können konstatieren, dass Ende September 22 745 eigentliche Bauarbeiter arbeitslos waren, und zwar waren arbeitslos 2104 Maurer, 1215 Maler und Lackierer, 606 Zimmerleute, 450 Gipser und Stukkateure, 200 Polsterer und Tapezierer, 137 Dachdecker, 116 Steinhauer, 14 634 Bauhandlanger und Erdarbeiter; zusammen mit den Haus- und Glasarbeitern 22 745 Arbeitslose im eigentlichen Baugewerbe. Es ist festzustellen, dass vom August bis Ende September die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe neuerdings zugenommen hat. Davon ist allerdings ein Teil, etwa 6000 Mann, bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Aber immerhin sind 15 bis 16 000 eigentliche Bauarbeiter vollständig arbeitslos, und es scheint uns notwendig zu sein, alles zu tun, um gerade diese Arbeiterkategorie wiederum in den Arbeitsprozess einre hen zu können. Es ist anzunehmen, dass im Laufe des Winters die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe weiter steigt, und dass es deswegen notwendig ist, dafür zu sorgen, dass die notwendigen Kredite zur Verfügung stehen, um die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe einmal zu beseitigen. Nun wird allerdings entgegengehalten, man müsse sehr vorsichtig sein, weil eine Ueberdimensionierung des Baugewerbes nicht erwünscht sei. Wir sind auch dieser Auffassung; aber es ist doch eigentümlich, dass die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter nicht wesentlich herabgesetzt werden kann, und wir sind der Meinung, dass durch ein stärkeres Eingreifen auf diesem Gebiete die Möglichkeit besteht, hier die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren.

Damit komme ich zum zweiten Grund, der uns veranlasst, diesen Antrag zu stellen. Sie wissen, dass die Voraussetzung der Inanspruchnahme dieser Bundessubventionen die Mithilfe der Gemeinden und Kantone ist. Die Gemeinden und Kantone sind nicht in guter finanzieller Lage, und es ist Ihnen sehr oft nicht möglich, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, weil die Mittel dazu fehlen. Da vertritt nun die Minderheit die Auffassung, dass der Bund eine höhere Subventionsquote an die Kantone und Gemeinden ausrichten sollte, um Ihnen die Inangriffnahme von derartigen Arbeiten zu erleichtern. Wenn Sie überlegen, dass diese Mittel nur in Bewegung gebracht werden können, wenn Gemeinden und Kantone dazu beisteuern, dann können Sie ohne weiteres begreifen, dass die Notwendigkeit besteht, dass der Bund etwas stärker eingreift und einen höhern Subventionssatz bewilligt, als das bisher der Fall gewesen ist.

Wir haben in der Herbstsession darauf aufmerksam gemacht, dass man die Arbeitslosigkeit mit Arbeiten bekämpfen müsse, die eben in jenen Gebieten zur Ausführung gelangen sollten, wo die Arbeitslosigkeit am grössten ist. Wir haben in dieser Vorlage und auch in der kleinen Arbeitsbeschaffungsvorlage eine ganze Reihe von Projekten, die dort ausgeführt werden müssen, wo die Arbeitslosigkeit ganz gering oder überhaupt nicht vorhanden ist, währenddem in den grossen Städten, wo viele Arbeitslose beeinander sind, unter Umständen die Mittel fehlen, um diesen Leuten Beschäftigung zu geben.

Es ist auch vom Herrn Kommissionspräsidenten darauf hingewiesen worden, dass man nicht zuviel Wohnungen bauen dürfe, weil immer weniger Wohnungen beansprucht würden. Die ausgerichteten Subventionen werden nicht in erster Linie für den Wohnungsbau in Anspruch genommen, sondern durch andere Bauten, die an sich durchaus zweckmässig sind und eine Notwendigkeit für die Gemeinden und Kantone bedeuten.

Ich möchte Sie bitten, aus diesen Erwägungen dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

von Almen: In den Kreisen des Fremdenverkehrs begrüsst man es als wohltuend, dass die finanzielle Unterstützung von Renovationen und Reparaturarbeiten fortgesetzt werden soll. Dieser Beschluss wird um so mehr anerkannt, als das Gastgewerbe gegenwärtig immer noch nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft den notwendigen Unterhalt der Immobilien zu bestreiten.

Trotzdem die abgelaufene Sommersaison frequenzmässig nur etwa 10 % schlechter ist als die letztjährige, so ist doch mit einem Ausfall von 30 bis 40 Millionen Fr. zu rechnen. Der heutige Jahresumsatz von ca. 260 Millionen macht ungefähr die Hälfte eines normalen Jahres aus. Die neuen Rückschläge sind hauptsächlich eine Folge der nochmaligen Abwertung in Frankreich, der Annexion Oesterreichs und der Kriegsgefahr in Europa, die namentlich im anglo-amerikanischen Reiseverkehr ein vorzeitiges Saisonende herbeiführten. Infolge dieser „force majeure" steht das Gastgewerbe heute im siebenten Krisenjahr und kann bestenfalls die allgemeinen Betriebsunkosten decken und einen Teil der Zinsverpflichtungen erfüllen. An einen ordnungsgemässen Unterhalt der Mobilien ist gar nicht zu denken. Bekanntlich erfordert der bescheidene Unterhalt der Immobilien, auf 1 % des Schatzungswertes berechnet, 16 Millionen Fr. Ganz abgesehen davon, dass dieser minimale Ansatz dringend nötig ist, ist zu bedenken, dass Handwerk und Baugewerbe in den ausgesprochenen Fremdenverkehrsgebieten nahezu ausschliesslich von diesen Renovationsarbeiten leben. In der Praxis hat es sich gezeigt, dass die schweizerische Hotellerie von den bisher aufgewendeten 65 Millionen für Arbeitsbeschaffungskredite nur ca. 800 000 Fr. erhalten hat. Diese sicher unhaltbaren Misstände sind deshalb entstanden, weil von einzelnen Geschäften und Gemeinden, besonders in den

krisengeschwächten Berggegenden, zum Teil in ganzen Kantonen die zugemuteten Aufwendungen zur Ablösung der eidgenössischen Subventionen behaftet werden könnten. Wenn der Bund der Hotellerie, dem Handwerk und Baugewerbe in diesen finanzschwachen Gemeinden wirklich helfen will, muss eine Lösung gefunden werden, die es ermöglicht, in Ausnahmefällen von den 50 %igen Beitragspflichten teilweise zu entbinden. Persönlich hege ich keine Zweifel, dass eine solche Anpassung gefunden werden kann, nachdem die zuständigen Amtsstellen bisanhin alles getan haben, was im Bereich ihrer Möglichkeit lag.

Bundesrat **Obrecht:** Da ich in der Eintretensdebatte nicht mehr zu Worte gekommen bin, möchte ich hier im Anbeginn der Beratung über die Arbeitsbeschaffungskredite einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken.

Es ist verschiedentlich geschrieben und gesagt worden, man hätte bei der Aufstellung des Arbeitsbeschaffungsprogramms nur an die Zentralschweiz und an die Ostschweiz gedacht, hätte aber die Nord- und namentlich die Westschweiz vollständig vergessen. Ich gebe zu, dass, wenn man das Programm überblickt, dieser Eindruck entstehen kann, denn es sind eine ganze Reihe von Krediten örtlich bedingt. 35 Millionen, die für die Ergänzung des Alpenstrassenprogramms bestimmt sind, sollen, wie ich heute schon ausführte, ausschliesslich für die Kommunikationen in der Ostschweiz verwendet werden. Ebenso waren anfänglich im Gesamtkredit die Linthebene und die Zürichseeregulierung inbegriffen, sowie Beiträge des Bundes für das Rinnsal im alten Rhein. All diese Objekte befinden sich zufällig in der Zentral- oder Ostschweiz, auch der Gotthardbahn. Das hängt teils mit den aussenpolitischen Veränderungen zusammen, die im letzten Frühjahr eingetreten sind. Sie haben diese Aufwendungen in der Ostschweiz zur Notwendigkeit gemacht, wir müssen eben diese Kommunikationen jetzt ausbauen, wo sie fehlen. Wir haben aber berechnet, wieviel diese örtlich gebundenen Kredite nach dem Arbeitsvolumen, gemessen am Ganzen, ausmachen. Wir kommen dabei zu folgenden Resultaten: Das ganze Programm, wie es hier vorgelegt wird, die Militärkredite mit inbegriffen (also Militär- und Zivilkredite) gibt ein Arbeitsvolumen, mit dem 176 800 Arbeiter ein ganzes Jahr hindurch beschäftigt werden können. Da die Sache für drei Jahre gedacht ist, gibt es pro Jahr eine Beschäftigung für 58 900 Arbeiter, sagen wir rund 60 000 Jahresarbeiter. Für diese schaffen wir während drei Jahren mit dem Militär- und Zivilprogramm Arbeit. Wieviel ist nun davon örtlich gebunden? Da kommt in Betracht die Linthebene, die Zürichseeregulierung, die Arbeit am Rinnsal des alten Rheins, die Gotthard- und die Brünigbahn, dann namentlich der Ausbau der Alpenstrassen mit dem Ergänzungskredit von 35 Millionen Fr. Das Arbeitsvolumen dieser örtlich gebundenen Arbeit ergibt total 15 900 Jahresarbeiter; am Ganzen gemessen von 176 800 sind es genau 9 %. Auf Grund seriöser Berechnungen kann ich hier die Feststellung machen, dass die Arbeiten, die nicht nach Massgabe der Arbeitslosigkeit über das Land verteilt werden können, sondern wo man in der Verwendung der Kredite örtlich gebunden ist, nur 9 % des gesamten Nutzeffektes ausmachen. Das muss man sich vor Augen halten; dann wird man sicher vom Gefühl bekehrt, als ob man nur an einen Teil unseres Landes gedacht und andere Teile vergessen hätte.

Dies vorausgeschickt, will ich an Hand der bisherigen Aufwendungen im Gebiete der Förderung des Bauwesens, in der Verwendung der 30 Millionen für 1937 und der 35 Millionen für 1938 feststellen, dass mit diesen 65 Millionen ausgelöst worden sind: für 118,4 Millionen Tiefbauarbeiten, für 183 Millionen Hochbauarbeiten, 128,6 Millionen Renovationsarbeiten und für 36 Millionen Arbeiten anderer Art (Niveauübergänge, Bahnbauten usw. inbegriffen), im ganzen für 466 Millionen Arbeiten. Das ergibt im Durchschnitt für beide Jahre einen Betrag von 233 Millionen. Wir haben Ihnen immer gesagt, dass wir mit diesem Aufwand ein Bauvolumen von ungefähr 250 Millionn auslösen können. Das ist mit 35 Millionen sicher der Fall, mit 30 Millionen reicht es schon nicht mehr ganz.

Bei den Hochbauten ist festzustellen, dass von den 183 Millionen subventionierter Neubauten zwei Drittel auf öffentliche Gebäude entfallen und ein Drittel auf privatwirtschaftliche Objekte. Das ist vielleicht der schwache Punkt. Da hat der Kommissionspräsident mit einem gewissen Recht gefragt: Ist das ein Segen für unser Land, wenn wir, angeregt durch diese Bundessubventionen, allzu viel tun in der Erstellung neuer öffentlicher Gebäude, Verwaltungsgebäude, Schulhäuser, Kirchen usw.? Es ist zweifellos, dass in den meisten Fällen, wir untersuchen das von Fall zu Fall, die betreffenden Bauten noch nicht hätten in Angriff genommen werden können, wenn wir nicht einen Beitrag von Bundes wegen gegeben hätten. Das bringt jeweilen die Sache in Fluss, und weil wir jetzt Mangel haben an solchen Arbeitsstellen, wollen wir sie eben auslösen. Allerdings ist das vorweg gegessenes Brot. Wir werden in den kommenden Jahren weniger öffentliche Gebäude erstehen sehen. Trotzdem rechnen wir damit, dass wir sukzessive abbauen können. Ja, ich sage vielleicht besser, dass wir sukzessive abbauen müssen. Es sind in der Uebergangsvorlage für 1939 auf Vorschlag des Bundesrates 35 Millionen bewilligt worden, gleichviel wie für 1938. Aber wir haben in der Botschaft angedeutet, dass wir bei Verwendung der restlichen 55 Millionen uns die Sache so vorstellen, dass, wenn die Lage im Baugewerbe ungefähr gleich bleibt, wir trotzdem im Jahr 1940 auf 30 Millionen und 1941 auf 25 Millionen zurückgehen werden, denn sonst kämen wir mit den 55 Millionen nicht aus. Diese würden dann so aufgeteilt: 35 Millionen für 1939, 30 Millionen für 1940 und 25 Millionen für 1941.

Wir haben angedeutet, dass wir die leise Hoffnung haben, auch noch für 1942 mit dem Kredit auszukommen. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir die Degression noch schärfer anwenden, müssen dann für 1940 von 35 auf 25 Millionen hinuntergehen, 1941 auf 17,5 Millionen und 1942 auf 12,5 Millionen. Das sind Hoffnungen; wie weit sie sich erfüllen lassen, hängt von der Entwicklung der Wirtschaft ab, hauptsächlich von zwei Momenten: einmal davon, wie sich die Wohnbautätigkeit entwickeln wird, die wir nicht subventionieren. Es

werden an Wohnneubauten keine Bundesbeiträge geleistet. Trotzdem zeigt die Statistik, dass die Zahl der Baubewilligungen für Wohnbauten in den Städten sukzessive zunimmt. Man kann nach der Statistik sagen, die Zahl der Ehen und Geburten gehe zurück, infolgedessen werden auch die Wohnbauten zurückgehen. Wir haben aber trotzdem die erfreuliche Feststellung machen können, dass die Zahl der Baubewilligungen für Wohnungen wieder im Steigen begriffen ist, und zwar anhaltend. Je mehr nun subventionsfreie Wohnungen gebaut werden, um so weniger brauchen wir nachzuhelfen. Das ist die eine Hoffnung; ich hoffe, dass sie nicht trügerisch sein werde. Die andere Hoffnung ist die: es sind, als die Krise über die Industrie hereingebrochen war, viele Arbeiter abgebaut, weggedrängt worden von der Industrie, weil sie keine Arbeit mehr hatten. Dann haben sie sich den grossen Zentren zugewandt. Aus der Ostschweiz sind sie nach Zürich gekommen, aus dem Fricktal nach Basel. Sie wanderten in die Städte, weil dort für die Arbeitslosen besser gesorgt wird als auf dem Lande. Dort fanden sie nicht die Möglichkeit, als Industriearbeiter Beschäftigung zu finden; sie meldeten sich als Bauarbeiter oder Handlanger und fallen den Arbeitsämtern zur Last. Wir haben bis jetzt immer noch eine steigende Entwicklung im Export. Ich habe heute morgen das Bulletin über den Monat Oktober vorgefunden und festgestellt, dass die 10 Monate Januar bis Oktober in unserem Export immer noch ein Plus aufweisen gegenüber dem Vorjahr. Wir sind in der Exportindustrie jedenfalls noch nicht krisenrückfällig geworden.

Nun wollen wir trotzdem auf den Entschluss zurückkommen, den wir im Anschluss an die Abwertung gefasst haben, nämlich die produktive Arbeitslosenfürsorge einzustellen. Wir wollen die Exportförderung wieder in Szene setzen. Wir wollen den Export von Staats wegen wieder fördern; wie, das werde ich Ihnen später auseinandersetzen. Wenn es uns nun gelingt, den Export anzukurbeln, wird die umgekehrte Bewegung eintreten; dann können wieder Arbeiter, die als Bauarbeiter und Bauhandlanger tätig sind, von der Industrie aufgenommen werden. Jener Prozess, der sich in den letztn Jahren abgespielt hat, sollte nach und nach wieder rückläufig werden. Wenn das mit der Förderung der Industrie allmählich erreicht werden kann, insbesondere der Exportindustrie, dann haben wir eine Entlastung am Arbeitsmarkt namentlich des Baugewerbes zu erwarten, und dann kann unser Plan verwirklicht werden.

Ich möchte Sie bitten, wie die Kommission, hier nicht weiter zu gehen, als der Bundesrat vorschlägt. Wir sind mit den Massnahmen, wie sie der Bundesrat bisher angewandt hat, planmässig vorgegangen und gut gefahren. Ich glaube, das in Anspruch nehmen zu dürfen. Es muss hier mit einem sukzessiven Abbau gerechnet werden, dieweil wir auf der andern Seite Export- und Fremdenindustrie wieder kräftiger unterstützen wollen. Auf beiden Seiten Erhöhungen, für die Exportförderung und für das Baugewerbe, das führte zu einer Ueberlastung. Ich möchte mich auf diese wenigen Worte beschränken, indem ich noch einmal beantrage, beim Antrag des Bundesrates und der Kommission zu bleiben.

Bossi-Chur: Ich möchte Ihnen beantragen, bei der Hotellerie, und wenn es irgend möglich ist, auch für andere Berufsgruppen die Sache nicht so einzurichten, dass die Subvention unbedingt an die Bedingung geknüpft wird, dass auch Gemeinde und Kanton einen entsprechenden Beitrag an das Projekt leisten. Sie kennen alle die grosse Bedeutung der Hotellerie in der ganzen Schweiz. Ich glaube, es sind 2—3 Milliarden Franken, die darin investiert sind. Sie wissen, dass die Landwirtschaft vielfach damit verknüpft ist; Sie wissen, dass eine grosse Anzahl von Arbeitern und Angestellten ihr Brot darin verdient, so dass wir auch für die Hotellerie, neben den andern Berufsgruppen, warm eintreten müssen. Ich verweise darauf, dass kürzlich vom Schweizerischen Hotelierverein eine Eingabe an die Bundesversammlung gerichtet worden ist, worin es unter anderem heisst, dass im letzten Vorkrisenjahr 1929 nach den Erhebungen, die damals gemacht worden sind, der Gesamtaufwand für den ordentlichen Unterhalt der Gebäude ohne Mobiliar auf 20 Millionen Franken oder rund 1,3 % des Brandversicherungswertes zu stehen gekommen ist. In den letzten Jahren konnte die Hotellerie aber, weil sie eben finanziell schlecht stand, höchstens 5 Millionen abschreiben. Es wird ferner festgestellt, dass es einer grossen Anzahl, speziell auch der sanierten Betriebe, unmöglich ist, die Zinsen zu bezahlen. Wenn wir berücksichtigen, dass z. B. nur in Graubünden allein zehn Bäder bestehen, die dem allgemeinen Bäderverband angeschlossen sind, dass diese Bäder vielfach in armen Berggemeinden liegen, dann werden Sie begreifen, dass für die hier geforderten Renovationsbeiträge die Gemeinden unmöglich aufkommen können. Aus allen diesen Gründen, die übrigens Herr von Almen bereits aufgeführt hat, möchte ich Sie ersuchen, dem Bundesrate nahezulegen, wohlwollend die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich gemacht werden könnte, bis zu 30 % zu gehen ohne die absolute Notwendigkeit, dass Gemeinden und Kantone ebenfalls Beiträge leisten. Wir wissen, dass auf den ärmeren Kantonen und Gemeinden diese Bestimmung, dass sie auf jeden Fall einen gleichen Beitrag wie der Bund leisten müssen, immer schwer lastet. Ich möchte in diesem Sinne den Herrn Departementschef ebenfalls bitten, im Sinne der Anregung von Almen die Sache wohlwollend zu prüfen.

Der Betrag, der für die Hebung des Fremdenverkehrs vorgeschlagen wird, 4 Millionen Franken, ist auch zu klein; es ist zwar hier nicht der Moment, das hier auseinanderzusetzen; ich möchte nur darauf hinweisen, dass später dann ein entsprechender Antrag eingereicht wird im Sinne der Gruppe für Verkehr und Touristik; ich glaube, dass eine Erhöhung auf 6 Millionen Franken absolut notwendig ist.

Präsident: Ich mache Herrn Bossi darauf aufmerksam, dass das Kapitel Fremdenverkehr nicht zur Diskussion steht.

Escher: Gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen hinsichtlich der Subventionenpolitik und in bezug auf einige Ausführungen von Herrn Meierhans.

Man hat uns heute im Zusammenhang damit, ob den Kantonen und Gemeinden zugemutet werden

darf, immer einen gleichen Beitrag zu leisten wie der Bund, vorgeworfen, wieviel Subventionen gewisse Kantone im Verhältnis zu ihren eigenen Einnahmen beziehen. Wir wollen uns aber doch zuerst verständigen, was wir unter Subventionen verstehen sollen. Unter der Summe, die Herr Nationalrat Meierhans genannt hat, finden wir auch den Benzinzollanteil, ferner die Einnahmen aus der Nationalbank, die Einnahmen aus den Steuern; das sind alles Beträge, die uns von Gesetzes wegen zukommen, und nicht eigentliche Subventionen. Aber die Tatsache, dass das Geld, das von Bern kommt, für etliche Kantone einen unverhältnismässig grossen Teil ihrer Gesamteinnahmen ausmacht, ist leider wahr. Indessen die Zahlen, die Herr Meierhans gebracht hat, haben Eindruck gemacht, und ich habe gesehen, wie einzelne Herren aufgezuckt sind, als sie hörten, dass der Kanton Wallis bei etwas über 11 Millionen Gesamteinnahmen 7 Millionen Franken an Bundessubventionen beziehe. Wenn man das hört, dann hat man leicht den Eindruck, dass einzelne Kantone mehr erhalten, als sie erhalten sollten.

Nun möchte ich doch die Frage stellen: Beziehen wir eigentlich zuviel Subventionen? Im Jahre 1936 — ich habe soeben die Zahlen nachgeprüft — hat der Bund 261 Millionen Franken an Subventionen ausgegeben, pro Kopf der Bevölkerung 65 Fr. Der Kanton Wallis, absolut genommen, hätte daher Anspruch auf 8,8 Millionen Franken gehabt. Erhalten haben wir an Subventionen aber eigentlich nur 4,5 Millionen Franken, also genau 50 %. Aehnlich sind die Verhältnisse in den Kantonen Uri und Schwyz, die ebenfalls aufgeführt worden sind. Nun stimmt es: Wir haben im Jahre 1936 bei einer Einnahme von rund 11 Millionen 4,5 Millionen Franken als Subventionen bekommen. Aehnlich ist es in Uri und Schwyz. Daraus folgt aber nun die Tatsache, dass es wirklich Kantone gibt, die in ihren eigenen Mitteln sehr beschränkt und darum in den Finanzen von Bern abhängig geworden sind. Das müssen wir zugeben. Das ist nach meiner Auffassung aber eben eine grosse Gefahr für diese Kantone. Ich begreife es, und es ist etwas verdient, wenn man mitunter spöttelt, und sagt, ihr seid gute Föderalisten, aber nur dann, wenn ihr Geld von Bern bekommt. Das ist richtig. Es ist aber traurig, dass die Verhältnisse es dazu gebracht haben, dass wir in finanzieller Beziehung in dieses Abhängigkeitsverhältnis zu Bern gekommen sind.

Warum ist es so gekommen? Wir wollen auch die Ursache untersuchen. Einmal hat man den Kantonen ihre eigenen Einnahmequellen abgegraben und gibt ihnen nun heute via Bern, was sie sonst selber haben einziehen können. Ich erinnere an die Krisenabgabe, an die Kriegssteuer, an die Stempelsteuer, an die Wegnahme des Notenmonopols usw. Man gibt nun den Kantonen via Bern einen Teil des Genommenen wieder zurück. Ferner ist noch die Tatsache zu erwähnen, dass gerade diese Bergkantone in viel rascherem Masse als die anderen Kantone durch die Krise verarmt sind, dass in ihnen die Kapitalbildung vollständig aufgehört hat. Sie haben ihre Reserven verbraucht.

Wir haben also in der Schweiz — und das ist für die Subventionspolitik eben wichtig — reiche und arme Kantone. Es ist daher unrichtig — ich habe das gestern schon gesagt —, wenn man nun bei der Subventionspolitik auf die Tradition pocht und immer sagt: Es muss jeder Kanton die Hälfte beitragen. Dass wir reiche und arme Kantone haben, das können Sie aus der Statistik über die Kriegssteuer und die Krisenabgabe ersehen. Man hat z. B. in Basel pro Kopf der Bevölkerung eingenommen: Kriegssteuer Fr. 299, Krisenabgabe Fr. 84; in Genf Fr. 215 und Fr. 47; in Uri Fr. 16 und Fr. 4,2; im Kanton Schwyz Fr. 22 und im Wallis Fr. 17.

Und aus der Statistik des Staatsvermögens ist ersichtlich, dass das Staatsvermögen von Zürich 254 Millionen Franken beträgt. Bern hat ein Staatsvermögen von 46 Millionen, Basel von 184 Millionen, Uri von 4,9 Millionen, Schwyz von 9 Millionen und Wallis von 19 Millionen. (Zwischenruf: Und die Schulden?) Die Schulden werde ich auch sofort nenenn.

Und das steuerbare Vermögen? Sie haben in Zürich 6 562 000 000 steuerbares Vermögen, in Bern 4 751 000 000, im Kanton Wallis 650 Millionen. — Steuerbares Einkommen: Sie haben in Zürich 1 305 000 000 steuerbares Einkommen, im Wallis 43 Millionen, genau der dreissigste Teil. Wir haben 136 000 Einwohner, und Zürich besitzt 600 000.

Nun zur Statistik der Millionäre. Zürich hat das Glück, 421 Millionäre zu haben, Uri hat keinen, Schwyz 3 und Wallis 3.

Die Industriegesellschaften, die in den grossen Kantonen ihren Sitz haben, kommen zu uns zur Arbeit. Steuern bezahlen sie dort, wo sie den Sitz haben. Wir können ihnen höchstens das Wasser liefern und sind noch froh darüber. — Ich vergönne das alles den reichen Kantonen nicht. Ich bin glücklich, dass es noch Kantone gibt, die sich nicht in unserer Situation befinden. Aber wehren müssen wir uns, wenn man uns unsere Lage noch vorhält. Sie sollten nicht eine Subventionspolitik betreiben, durch die sich unsere Situation noch verschlimmert.

Wir haben Kantone, die materiell arm sind, das sind diese Bergkantone, die heute genannt worden sind. Aber das sind gerade diejenigen Kantone, die ausserordentlich reich sind an kinderreichen Familien, die eine überschüssige Bevölkerung haben, welche sie nicht beschäftigen können. Diese überschüssige Bevölkerung ist dann für die reichen Kantone. Diese Leute gehen dann in die Kantone, wo der Reproduktionswille ausgestorben ist. Diese Kantone sollten uns dafür dankbar sein, und man sollte uns nicht noch unsere ideellen Güter durch neue Lasten zerstören. Und eben gerade durch die Finanzpolitik, die Sie betreiben, zerstören Sie diese ideellen Güter. Es geht einfach nicht mehr an, dass man von solchen Kantonen die Hälfte dessen an Beiträgen verlangt, was der Bund gibt. Es sollte nicht mehr vorkommen, dass man den Kantonen sagt, entweder zahlt Ihr den Beitrag oder Ihr könnt nichts ausführen.

Welches waren die Folgen dieser Politik für den Kanton Wallis? Wir haben innert 9 Jahren unsere Schuldenlast von 20 auf 45 Millionen erhöht, und zwar einzig und allein deshalb, weil wir die Werke ausgeführt haben, die eidgenössisch subventioniert wurden. Wir waren vor das Problem gestellt, entweder nichts, oder wir bringen die vor-

geschriebene Summe auf. Die Folge davon ist, dass untragbare Lasten da sind, dass die Bevölkerung die Steuern nicht mehr aufbringen kann. Wir werden von anderen Werken absehen müssen, und die weitere Folge wird sein, dass die Bevölkerung auswandern muss. Ich möchte deshalb den Bundesrat dringend ersuchen, von dieser Subventionspolitik abzugehen.

Zu all dem Gesagten kommt noch, wie Herr Bundesrat Obrecht erwähnt hat, die Lockung der Stadt. Der Genuss der Kulturgüter lockt eben die Leute. Wenn es so weiter geht, wird es dazu kommen, dass auch die Berge entvölkert werden. Dann hat der schöne Spruch, der auf dem Denkmal des grossen Förderers und Gönners der Bergbauern, Baumberger, steht: „Ex montibus salus" keine Berechtigung mehr.

Erhalten Sie die ideellen Güter, die wir noch haben, diesen ideellen Reichtum, und zerstören Sie ihn nicht durch neue Lasten!

Abstimmung — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	40 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 11. Nov. 1938. Séance du 11 novembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

Zu 3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Siehe Seite 731 hiervor. — Voir page 731 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 9. November 1938.
Décision du Conseil des Etats, du 9 novembre 1938.

Differenzen. — *Divergences.*

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Wetter, Berichterstatter: Der Ständerat hat Stellung genommen zum Beschluss des Nationalrates vom 26. September betreffend Interimsvorlage zur Verstärkung der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er hat am Beschluss des Nationalrates drei Aenderungen vorgenommen. Die neuen Anträge sind Ihnen ausgeteilt worden.

In Art. 1 hat der Ständerat den Hinweis auf die Vorlage vom 7. Juni 1938 weggelassen. Das ist eine reine Formsache und hat in bezug auf den Inhalt keine Bedeutung. Die Kommission beantragt Ihnen Zustimmung.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Wetter, Berichterstatter: Die erste hier vorliegende Differenz ist rein redaktionell. Wir beantragen Zustimmung.

Der Ständerat streicht den Schlussatz: Die Hauptvorlage ist so zu fördern, dass sie spätestens im Mai dem Volk unterbreitet werden kann. Wir haben im Nationalrat schon darauf hingewiesen es sei das eine blosse Ordnungsvorschrift, die wir eigentlich nur zur Beruhigung aufgenommen haben. Der Ständerat hat nun protokollarisch festgelegt, dass auch er die Absicht habe, die Hauptvorlage so zu fördern, dass das erreicht werde, was wir hier vorgesehen haben. Die Kommission beantragt Ihnen deshalb Zustimmung. Damit wäre die Differenz behoben.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

3769. Schuhmachergewerbe. Verlängerung der Schutzmassnahmen. Cordonniers. Prorogation des mesures protectrices.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 4. Oktober 1938 (Bundesblatt II, 477). — Message et projet d'arrêté du 4 octobre 1938 (Feuille fédérale II, 481).

Beschluss des Ständerats vom 10. November 1938.
Décision du Conseil des Etats, du 10 novembre 1938.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Präsident: Es liegt ein Schreiben des Präsidenten der Kommission vor. Er schreibt:

„Die nationalrätliche Kommission zur Vorberatung des Bundesbeschlusses über die Verlängerung des Bundesbeschlusses über Massnahmen zum

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Novembersession Session de novembre Sessione di novembre
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	05
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	10.10.1938
Seite Page Pagina	917-936
Ref. No	20 032 639

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Il est bien entendu, en effet, que ces dispositions d'exception doivent prendre fin pour faire place à une politique agraire complète et qui ne soit pas une politique d'exception. C'est là un vœu de la population des campagnes. Celle-ci attend que l'on manifeste pratiquement une compréhension des problèmes ruraux, car il ne suffit pas de critiquer des abus comme on le fait systématiquement dans certains milieux sans jamais apporter une solution pratique positive. On a placé «sur un piédestal la défense militaire du pays», c'est très bien; mais une économie saine servira à la défense spirituelle du pays et celle-ci est essentielle.

Angenommen — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 917 hiervor. — Voir page 917 ci-devant.

Art. 1 lit. B (Fortsetzung. — *Suite*).

Ziff. II.

Antrag der Kommission.

II. Aufwendungen bzw. Beiträge zur Durchführung folgender Arbeiten bzw. Massnahmen:	Fr.
a. Doppelspur Brunnen-Flüelen, Beitrag an die S.B.B.	8 000 000
b. Doppelspur Taverne-Lugano, Beitrag an die S.B.B.	1 750 000
c. Elektrifikation der Brünigbahn, Beitrag an die S.B.B.	4 100 000
d. Beitrag an die Berninabahn zur lawinensichern Linienführung	225 000
e. Ausbau der zivilen Luftfahrt	4 000 000
f. Arbeitslager, Kurse, Sonderhilfen für kaufmännische, technische, wissenschaftliche und künstlerische Berufe	8 000 000
Gesamtkredit	26 075 000
abzüglich des Uebergangskredits von	2 000 000
	24 075 000

Antrag Chassot.

II. Aufwendungen bzw. Beiträge zur Durchführung folgender Arbeiten bzw. Massnahmen:	
b. 1. Doppelspur Taverne-Lugano	
b. 2. Doppelspur Romanshorn-Genf, Strecke Freiburg-Romont	
	2 300 000

Antrag Schmid-Solothurn.

II. Aufwendungen bzw. Beiträge zur Durchführung folgender Arbeiten bzw. Massnahmen:	Fr.
b. 1. Doppelspur Taverne-Lugano	
b. 2. Doppelspur Olten-Biel	
	2 000 000

Antrag Petrig-Foppa.

II. *f.* ... wissenschaftliche und künstlerische Berufe und bergbäuerliche Heimarbeit.

Ch. II.

Proposition de la commission.

II. Dépenses ou subventions destinées aux travaux et mesures suivants:	Fr.
a. Double-voie Brunnen-Flüelen, subventions aux C.F.F.	800 000
b. Double-voie Taverne-Lugano, subventions aux C.F.F.	1 750 000
c. Electrification du chemin de fer du Brünig, subventions aux C.F.F.	4 100 000
d. Subside au chemin de fer de la Bernina afin de mettre la voie à l'abri des avalanches	225 000
e. Développement de l'aviation civile	4 000 000
f. Camps de travail, cours, aides spéciales en faveur des chômeurs des professions commerciales, techniques, scientifiques et artistiques	8 000 000
Crédit total	26 075 000
A déduire le crédit transitoire de	2 000 000

Proposition Chassot.

II. Dépenses ou subventions destinées aux travaux et mesures suivants:	Fr.
b. 1. Double-voie Taverne-Lugano	
b. 1. Double-voie Romanshorn-Genève, tronçon Fribourg-Romont	
	2 300 000

Amendement Schmid-Soleure.

II. Dépenses ou subventions destinées aux travaux et mesures suivants:	Fr.
b. 1. Double voie Taverne-Lugano	
b. 2. Double voie Olten-Bienne	
	2 000 000

Amendement Petrig-Foppa.

II. *f.* ... et artistiques, travail à domicile des paysans de la montagne.

Wetter, Berichterstatter: Unter Punkt II, „Aufwendungen bzw. Beiträge zur Durchführung bestimmter Arbeiten bzw. Massnahmen" fallen einmal Beiträge für die durchgehende Doppelspur Brunnen-Flüelen, dann die Doppelspur Taverne-Lugano, für die Elektrifikation der Brünigbahn und ein Beitrag an die Berninabahn zur lawinensichern Linienführung.

Für alle diese Bahnprojekte, die hier vereinigt sind, ist zu beachten, dass ihre Ausführung auch von grosser militärischer Bedeutung ist. Aus dieser

Erwägung heraus erklärt sich auch die Beitragsleistung des Bundes an die betreffenden Bahnverwaltungen. Ich möchte das den andern auch hier angemeldeten Vorschlägen für andere Bahnen entgegenhalten und den betreffenden Antragstellern sagen, dass im allgemeinen die Bundesbahnen für ihr Liniennetz selber aufzukommen haben, und dass nur da, wo grosse militärische Gesichtspunkte im Spiele stehen, wie bei diesen Linien, eine ausserordentliche Beitragsleistung des Bundes sich rechtfertigt.

Einmal die Verbesserung der Gotthardlinie. Hier sind es sicher militärische Gründe, aber auch allgemein wirtschaftliche Interessen, die mitspielen. Noch ist heute die Gotthardlinie die wichtigste Alpenbahn, und sie ist heute noch die wichtigste Nord–Süd-Verbindung. Die Schweiz hat alles Interesse, trotz der jüngsthin erfolgten territorialen Aenderungen in Mitteleuropa, die Flinte nicht ins Korn zu werfen und der Konkurrenz anderer Alpenbahnen nicht zu weichen. Im Gegenteil, die Linie muss voll leistungsfähig gehalten werden, damit sie den Wettbewerb mit anderen Nord–Süd-Verbindungen aufnehmen und womöglich gewinnen kann.

Dann die Elektrifikation der Brünigbahn. Sie ist noch umstritten. Statt der Elektrifikation der bestehenden Schmalspurbahn wird von verschiedenen Seiten eine Normalspurbahn mit Basistunnel gefordert. Dafür würden dann allerdings die Kosten wesentlich grösser sein. Es kann nicht bestritten werden, dass der strategische Wert dieses Projektes grösser ist. Weil die Frage aber noch nicht abgeklärt ist, soll der Bundesversammlung vorgängig der Inangriffnahme der Ausführungsarbeiten ein besonderer Antrag zur Genehmigung unterbreitet werden. Die Einsetzung eines Betrages von 4,1 Millionen Fr. ist also nur eine vorsorgliche. Das Parlament wird seinerzeit Stellung zu nehmen haben und Stellung nehmen können, ob diese Elektrifikation der Schmalspurbahn vorgenommen oder eventuell eine andere Lösung getroffen wird.

Dann ist für die Arbeitslager und die verschiedenen Sonderhilfen für kaufmännische, technische, wissenschaftliche und künstlerische Berufe schon in der Interimsvorlage ein Kredit von 2 Millionen Fr. bewilligt worden. Heute wird noch eine Ergänzungssumme von 6 Millionen Fr. für den gleichen Zweck verlangt. Es handelt sich unter diesem Titel um Hilfe für verschiedene Kategorien von Arbeitslosen, welche sich bisher bewährt haben und wo eine Weiterführung durchaus angezeigt erscheint. Ob nicht die Arbeitslager in Zukunft einmal für junge, arbeitslose Männer obligatorisch erklärt werden müssen, wird noch zu untersuchen sein. Das Argument, dass dann Elemente in die Arbeitslager kämen, die ihnen nicht gut täten und die die Disziplin gefährden würden, ist meiner Ansicht nach nicht stichhaltig. Im Gegenteil. Gerade diese Elemente hätten wohl eine Arbeit besonders nötig. Jetzt aber werden ihre besondern, nicht sehr sympathischen, Eigenschaften damit belohnt, dass sie ihre Unterstützung ohne Arbeit beziehen können. Aber diese Frage ist noch nicht so weit; sie wird einer spätern Beschlussfassung vorbehalten bleiben.

Die Kommission beantragt Ihnen, die Kredite, die unter II. aufgeführt sind, unverändert anzunehmen.

M. **Graber,** rapporteur: II. Dépenses ou subventions destinées aux travaux et mesures suivants.

On a laissé entendre que certains des travaux entrevus dans ce chiffre n'étaient pas propres à combattre le chômage. Il faut donc apporter quelques explications.

Double-voie Brunnen-Flüelen.

Jusqu'ici, le canton d'Uri a pu occuper bon nombre de chômeurs dans les travaux de l'Axenstrasse. Ceux-ci touchent à leur fin. Il est nécessaire de fournir à ces ouvriers une nouvelle occasion de travail.

Double-voie Taverne-Lugano.

Le recul dans la construction et la crise en général ont causé dans le canton du Tessin un chômage intense. Aussi bien aurait-on souhaité dans le canton du Tessin que ce travail fût étendu encore au parcours Taverne-Rivera-Bisonico. D'autres travaux encore sont urgents dans ce canton: ceux du pont de Mélide, par exemple. On s'est donc limité aux travaux les plus urgents.

Ajoutons que ces travaux ont, en outre, un caractère militaire qui justifie l'exception faite en les englobant dans un programme tel que celui-ci.

A la demande de quelques commissaires, il fut convenu que le chef du Département des chemins de fer serait entendu. Celui-ci fit valoir devant la commission toute l'importance conservée par la ligne du Gothard, malgré l'Anschluss, et l'urgente nécessité de doter les deux tronçons envisagés d'une double voie, étant donné leur très haut coefficient de trafic. Les travaux projetés exigeront d'ailleurs qu'on recoure à des spécialistes qui viendront d'autres régions du pays.

Tout cela étant dit, la commission adopte ce chapitre sans aucune modification.

Notons encore que le crédit sous lettre *c*, électrification du Brunig, n'est accordé que sous réserve de l'approbation ultérieure de l'Assemblée fédérale.

M. **Chassot:** Vous ne serez pas étonné si, au cours de ces débats, je viens revendiquer la double voie entre Romont et Fribourg. Pendant bien des années, mon distingué collègue M. Aeby s'est fait le porte-parole des revendications fribourgeoises pour le traitement des C.F.F. à l'égard du canton de Fribourg.

Ce qui nous étonne, c'est que, lorsque nous jetons un coup d'œil sur les travaux projetés, nous remarquons que la Suisse française fait presque complètement défaut parmi tous ces travaux à exécuter. Cela provient peut-être du fait que les délégués de la Suisse romande n'étaient pas très nombreux dans la commission qui a traité cette question, car nous aurions pu alors présenter nos revendications. Nous devons le faire aujourd'hui devant l'assemblée plénière du Conseil national.

Je dois vous dire qu'il est pour nous inadmissible et incompréhensible que la double voie qui traverse la Suisse dans sa plus grande longueur, soit de Genève à Romanshorn — ce qui représente à peu près 350 km. — que cette voie ne soit pas double sur une distance de 23 km., c'est-à-dire entre Romont et Fribourg. Il y a là quelque chose d'extraordinaire et soit le Département fédéral des chemins de fer, soit le Département des travaux publics pourront

peut-être nous dire les raisons qu'ils jugeront opportunes; mais nous trouvons, nous, toujours extraordinaire qu'on ait jugé indispensable la double-voie sur une distance de 350 km. à l'exception d'un tronçon de 23 km., précisément sur notre territoire.

On a enlevé au canton de Fribourg à peu près tout ce qu'il tirait des C.F.F. On lui a enlevé des ateliers, on lui a enlevé des employés, les uns après les autres.

Ce tronçon de 23 km. entre Romont et Fribourg est très simple; il n'y a là aucun ouvrage d'art, il n'y a pas de grand pont à élever; il ne s'agirait en somme que de travaux de terrassement qui, par les temps de chômage que nous subissons, sont excessivement intéressants. Il faudrait faire des remblais ou des déblais, travaux qui conviennent particulièrement bien à des manœuvres. Mais, comme nous sommes un canton aux ressources très modestes, nous n'avons pas les moyens financiers dont disposent les grandes villes, les cantons plus riches que nous. C'est sans doute pourquoi on nous disait tout à l'heure: «Vous, Fribourgeois, vous avez décidé pour 18 millions de travaux!» Ah! Oui, nous avons pour 18 millions de projets de travaux nouveaux; mais nous n'avons pas les moyens de les exécuter. Notre budget cantonal est dans un tel état qu'il nous est impossible d'entreprendre aucun travail important. C'est pourquoi, en l'occurrence, nous aimerions pouvoir commencer ces travaux cet hiver déjà, car nous avons dans la ville de Fribourg près de 800 chômeurs que nous pourrions facilement occuper à l'établissement de la double voie en question.

Je ne voudrais pas allonger ce débat. Cependant, il est une autre question que je tiens à soulever avant de terminer. Il existe des trains légers que nous appelons, nous, «trains fantômes», parce qu'ils ne s'arrêtent pas sur notre territoire. Or, ces trains on ne sait pas où les garer, parce qu'on ne veut pas qu'ils s'arrêtent à Fribourg. Cependant, avec la double voie, entre Romont et Fribourg, leur passage à travers le pays serait de beaucoup facilité.

Je ne sais pas, d'autre part, si l'état-major général a attiré l'attention du Conseil fédéral sur la situation dans laquelle nous nous trouverions en temps de guerre. Nous sommes obligés de nous défendre aujourd'hui sur trois fronts, aussi bien au nord qu'au sud ou à l'ouest. Si donc nous avions des transports de troupes à effectuer entre Berne et Lausanne, cet étranglement entre Fribourg et Romont compliquerait singulièrement notre tâche. Il faut, par conséquent, qu'on se décide enfin à compléter cette voie de 350 km. entre Genève et Romanshorn par l'établissement de la double voie entre Romont et Fribourg.

Nous lisons dans le message et le projet du Conseil fédéral, à l'art. 3, les lignes suivantes: «Le Conseil fédéral est autorisé, pour lutter efficacement contre le chômage, à opérer des déplacements de crédit. Il pourra affecter à une rubrique dont le crédit est épuisé le solde non employé du crédit afférant à une autre rubrique du programme.» Je prévois la difficulté qui va se produire sous la rubrique «électrification du Brünig». On nous dit que ces Messieurs sont gourmands au Brünig, parce qu'on leur offre 4 millions alors qu'ils en réclament 40. (Comme vous voyez, on a bon appétit dans cette région.) On nous dit que le Brünig ne veut pas se contenter d'une simple voie, mais qu'il réclame une voie normale. On pourrait donc, à mon avis, en vertu de la disposition que j'ai rappelée plus haut, affecter à d'autres travaux une partie tout au moins des 4 millions prévus pour le Brünig.

D'autre part, si nous avions, nous, Fribourgeois, autant de facilités que certaines autres personnes dans cette salle à obtenir des subventions, il y a longtemps que ce que nous réclamons nous aurait été accordé. En effet, il n'y a pas longtemps que nous avons entendu dans cette salle une interpellation d'un de nos collègues. Le résultat en a été, six mois plus tard, l'inscription au budget d'une somme de 8 millions pour la ligne de Brunnen à Flüelen. Je me demande, par conséquent, si l'on ne pourrait pas, étant donné les millions que l'on s'apprête à dépenser, permettre au canton de Fribourg de commencer l'établissement de la double voie entre Romont et Fribourg, travail aujourd'hui plus nécessaire que jamais. C'est une tache sur notre réseau et cette tache doit disparaître le plus rapidement possible. Les estimations qui ont été faites pour l'exécution de ce vaste programme de quelque 400 millions l'ont évidemment été très rapidement; elles n'ont pas été faites sur le terrain; le nombre de millions prévus vous démontre qu'il s'agit d'une appréciation très sommaire, de sorte que si un ou deux millions sont encore disponibles, nous demandons, nous, Fribourgeois, qu'on nous permette de prendre rang en vue de l'établissement de la double voie entre Romont et Fribourg.

Ce sont les vœux que j'avais à exprimer au nom de la députation fribourgeoise et j'espère que vous y donnerez la main.

Schmid-Solothurn: Ich habe den Antrag gestellt, es sei auch die Bundesbahn-Doppelspur Solothurn–Olten zu bauen, d. h. mit einem Beitrag an die Bundesbahnen der Ausbau zu ermöglichen. Letztes Jahr ist das letzte Stück Biel–Solothurn fertiggestellt worden, und es handelt sich nun darum, Olten — Solothurn auszubauen. Der Herr Kommissionsreferent hat erklärt, es könne sich nur dort um Beiträge handeln, wo militärische Interessen im Spiele sind. Das ist nun hier in allererster Linie der Fall. Sie wissen, dass in Oensingen grosse Zeughäuser gebaut wurden. Von diesen Zeughäusern aus soll der Etappendienst der 4. Division erfolgen. Es gehen von dort aus drei Uebergänge über den Jura an die Nordwestgrenze, und diese soll bedient werden mit einer eingleisigen Bahn, die bis jetzt schon dem ordentlichen Verkehr nicht vollständig gerecht werden konnte. Ich könnte Ihnen das begründen an Hand eines ganzen Aktenbündels, das sich auf dem Eisenbahndepartement des Kantons Solothurn angesammelt hat. Wir haben schon seit Jahren eine ganze Anzahl von Begehren aus der Geschäftswelt, von den Handelsreisenden und deren Organisationen, von den Gemeinden von Olten bis Solothurn, die feststellen, dass diese Linie einfach nicht genügt. Die Generaldirektion der Bundesbahnen hat schon im März 1927 geantwortet, dass die Erstellung der Doppelspur in absehbarer Zeit notwendigerweise erfolgen müsse. In den Bauvoranschlägen für 1922/1923 seien schon Rückstellungen für diesen Ausbau erfolgt. Auf dieser einspurigen

Linie, die die Ostschweiz mit der Westschweiz verbindet, gibt es oft Schnellzugshalte wegen Kreuzungen. Das kommt täglich vor, und alle Reklamationen haben nichts genützt. Man hat immer geantwortet, das Geld sei nicht vorhanden. Ob die Rückstellungen, die seinerzeit gemacht worden waren, wieder aufgebraucht wurden, das weiss ich nicht.

Aber wenn nun diese Gelegenheit benützt würde, um den Bundesbahnen einen Beitrag von 2 Millionen zuzuschieben, so bestünde die Möglichkeit, die Doppelspur auszubauen. Sie ist veranschlagt mit 7 Millionen. Zugleich würde eine grosse Anzahl von Arbeitslosen beschäftigt werden können. Wir haben im Kanton Solothurn gegenwärtig wieder an die 1000 arbeitslose Bauarbeiter, abgesehen von den vielen hundert Arbeitslosen aus Uhrenmacherei und andern Branchen, so dass es auch von diesem Gesichtspunkt aus gerechtfertigt wäre, diese Gelegenheit nun zu benützen.

Ich hätte es nicht gewagt, bei diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm die Frage der Doppelspur von Olten–Solothurn zur Vollendung der Doppelspur Zürich–Biel hier aufzuwerfen, wenn nicht hier auch militärische Interessen im Vordergrund stünden. Wie ich schon ausgeführt habe, ist es undenkbar, dass diese Linie in der Zukunft den Bedürfnissen wird vollauf gerecht werden können. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesen Antrag anzunehmen. Ich glaube, wenn die Kommission aufgeklärt worden wäre über dieses Begehren und von den Akten Einsicht genommen hätte, wenn sie gewusst hätte, wie nun schon seit Jahren um diese Doppelspur gekämpft wird und wie sie nun auch aus militärischen Gründen notwendig geworden ist, dann hätte sie wahrscheinlich von sich aus dieses Projekt schon aufgenommen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Petrig: Ich habe Ihnen einen Antrag gestellt, der in bezug auf die Ziffer der Ausgaben keine Veränderung bringt. Ich stelle bloss den Antrag, in lit. f, „Arbeitslager, Kurse aller Art, Hilfe für kaufmännische, technische, wissenschaftliche und künstlerische Berufe", noch beizufügen: „und bergbäuerliche Heimarbeit". Also, wie gesagt, die 8 Millionen, die vorgesehen sind, bleiben unverändert. Der Zweck meines Antrages ist der, dass man auch an die bergbäuerliche Heimarbeit denkt und sie in der Vorlage verankert. Die geographische Lage unserer Bergtäler und des Alpgebietes überhaupt, besonders Witterungs- und Schneeverhältnisse sind derart, dass in langen Wintermonaten ausserordentlich viel Arbeitsmangel herrscht. Arbeitslosenunterstützungen werden keine ausbezahlt, aus den Ihnen bekannten Gründen. Früher war es nicht so. Früher haben diese Leute aus den Bergtälern und dem Alpengebiet Arbeit gefunden in den Städten, im Flachland, und sie sind diesen Arbeiten regelmässig im Winter nachgegangen. Heute ist das nicht mehr möglich. Es ist keine Arbeit mehr für diese Leute vorhanden, weil die Bewohner in den Städten und im Flachland die eigenen Leute beschäftigen müssen. Die Folge davon ist, dass man notgedrungen so oder anders neue Arbeitsgelegenheiten auch in diesen Alpgebieten schaffen muss.

Es ist zuzugeben, dass in den letzten Jahren das Schweizerheimatwerk nach dieser Richtung initiativ vorgegangen ist. Es wurden verschiedene Aktionen unternommen. So wurde in diesen Gegenden Stückarbeit, Akkordarbeit vergeben. Es wurden auch Kleidungsstücke verfertigt und man ist sogar so weit gegangen, dass man in entgegenkommender Weise den armen, kinderreichen Familien solche Arbeitsprodukte, Kleidungsstücke etc. abgeliefert hat. Das Schweizerheimatwerk hat demnach zwei Ziele erreicht, einmal Arbeitsbeschaffung und anderseits Linderung der herrschenden Not. Leider stecken diese Aktionen noch in den Kinderschuhen, weil die finanziellen Mittel dazu fehlen, um eine grosszügigere Aktion in Lauf zu setzen. Wenn Sie meinen Antrag annehmen, so wären vielleicht das Heimatwerk oder auch andere Institutionen berufen, auf diesem bereits erprobten Wege weiter vorzugehen.

Man hat allerdings in den letzten Jahren von Bundes wegen sehr viel nach allen Seiten getan. Man hat Millionen ausgegeben für soziale Werke, für Arbeitslosenunterstützungen usw. Wir anerkennen dies und sind dankbar, dass man es getan hat. Diese Ausgaben jedoch, das wird jeder zugeben, sind eben in erster Linie in die Städte geflossen. Diese Gelder sind meistens in andern Gebieten verwendet worden als in den Berg- und Alpgebieten. Nach meiner Auffassung sollte man hier bei diesem weitumfassenden und grosszügigen Arbeitsprogramm auch die Bergbauern, die bergbäuerliche Heimarbeit nicht vergessen. Es ist in diesen Gebieten noch sehr viel zu tun. Es kommt nicht nur auf Kleidungsstücke an. Es werden auch Schnitzlerarbeiten, z. B. an Möbeln, gemacht; wir haben ausser Kleidungsstücken in Stoff auch Strohhüte; wir haben Heimarbeit in Bergschuhen, kurz zahlreiche Sachen, die zu einem günstigen Preis erstellt werden und im allgemeinen den Ruf haben, von ausserordentlich solider Qualität zu sein. Wenn wir auf diesem Wege versuchen, den Berggegenden und dem Alpgebiet Arbeit zu verschaffen, so wird diesen Leuten, die ohnehin das niedrigste Jahreseinkommen von allen Berufsgruppen und Volksklassen haben, ihr bescheidenes Jahreseinkommen erhalten. Wir wissen, dass heute in diesen Gegenden sehr gute Arbeitskräfte dankbar sind, wenn sie als Knechte oder als Arbeiter in andern Gebieten zu einem Monatslohn von 30 bis 40 Fr. arbeiten können. Wenn Sie diese Ziffer betrachten, so sehen Sie, dass das Jahreseinkommen nicht einmal 500 Fr. ausmacht.

Zum Schlusse möchte ich nur noch auf einen Umstand hinweisen. Es ist in diesem Saale und speziell in dieser Session so viel von Landesverteidigung gesprochen worden. Die Grundlage der Landesverteidigung ist und bleibt der zuverlässige, treue und tüchtige Soldat. Ohne den zuverlässigen, treuen und tüchtigen Soldaten nützt alles andere nichts. Zuverlässige, treue und tüchtige Soldaten finden Sie in hervorragender Weise in den Bergtälern und in den Alpgebieten. Wenn Sie diese Grundlage erhalten wollen, dann müssen Sie auch Hand bieten, den Leuten eine Existenz zu ermöglichen, sonst sind sie gezwungen, abzuwandern. Auch ihre Qualifikation wird sich dann abschwächen, wie das die Umstände eben mit sich bringen. Wenn Sie meinen Antrag annehmen, so werden Sie auch nach dieser

Richtung gute Arbeit für die Landesverteidigung leisten, und ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Schmutz: Ich war eben im Begriffe, den gleichen Antrag einzureichen, aber wegen der sprichwörtlich bekannten, ich sage nicht Langsamkeit, sonden Bedächtigkeit der Berner ist mir Herr Petrig zuvorgekommen. Um so wärmer will ich nun seinen Antrag unterstützen. Herr Petrig hat die Hilfsaktion für die Bergbevölkerung erwähnt, auch diejenige des Schweiz. Bauernverbandes, die seinerzeit ermöglicht wurde durch eine sehr schöne Gabe einer Eisenbahnerorganisation, wenn ich mich recht erinnere. Ich habe Gelegenheit gehabt, bei dieser Aktion aus eigener Erfahrung feststellen zu können, wie Beweise von geradezu rührender Dankbarkeit sichtbar geworden sind bei Leuten, die durch genossene Wohltätigkeit noch nicht verwöhnt waren. Es besteht ein schweizerisches Heimatwerk in Zürich, das sich zum Ziele gesetzt hat, besonders in bergbäuerlichen Gegenden, denen zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten von anderer Seite nicht geboten werden, solche Möglichkeiten zu vermitteln, ihnen dadurch einen bescheidenen Nebenerwerb zu verschaffen und so wieder, nachdem das eine Zeitlang vernachlässigt worden war, eine neue, einfache, den Verhältnissen angepasste, gesunde bäuerliche Kultur herbeizuführen. Zweifellos verdienen derartige Bestrebungen allgemeine Unterstützung und grösste Beachtung.

Ein weiterer Beweggrund, weshalb ich den Antrag Petrig warm unterstützen möchte, ist der, dass ich Gelegenheit hatte, in Bergegenden, auch im Wallis, in der Heimat von Herrn Petrig, Einsicht in die Lebens- und Wohnverhältnisse bergbäuerlicher Bevölkerung zu erhalten, die einem oft geradezu erschütternden Eindruck machen müssen. Herr Escher hat gestern abend nicht übertrieben, als er diese Verhältnisse schilderte.

Diese sind nicht nur interessant wegen der Anspruchslosigkeit, die in diesen Verhältnissen zum Ausdruck kommt, wegen ihrer Einfachheit und Primitivität, sondern auch wegen der in vielen Fällen sichtbaren, unbegreiflichen Armut, von der man sich in andern Gegenden unseres Landes und in andern Kreisen unseres Volkes überhaupt keinen Begriff macht. Es tönt mir heute noch in den Ohren nach, wie eine Tochter aus kinderreicher Familie, die alle Tage im Sommer anderthalb Stunden weit auf die Alp hinaufgeht, um ein paar Liter dort überschüssige Milch ins Tal herunterzuholen, sie verwerten zu können, und die ihren über 80 Jahre alten Vater betreute, mir erklärte: Ja, wirklich, wir sind arm. Es dauert oft lange Zeit, bis wir die nötigen Mittel zur Anschaffung von ein Paar Schuhen zusammenhaben.

Bares Geld ist ja in diesen Familien in der Regel nicht vorhanden. Bei einem andern Besuche war ich von einem Holländer Ehepaar begleitet, das seine Ferien in der Schweiz zubrachte. Die Leute waren überrascht, ich darf wohl sagen ergriffen von der ausserordentlichen Einfachheit und Aermlichkeit der Wohn- und Lebensverhältnisse, in die uns Einsicht geboten wurde, die aber so wohltuend gemildert waren durch eine tadellose Sauberkeit, durch einen so angenehm wirkenden Lebenshumor und eine so wohltuende Lebensphilosophie, wie sie dort in jenem Häuschen von uns angetroffen wurde. Diese Holländer Freunde haben nachher spontan mitgeholfen, aus ihrer grossen Ueberraschung und Ergriffenheit heraus, diesen Leuten, die wir besucht hatten, eine grosse Freude zu bereiten.

Solche Verhältnisse verpflichten! Wir dürfen nicht nur die Schönheit der betreffenden Gegenden und eine gewisse Romantik in den Lebensverhältnissen dieser Bevölkerung bewundern, sondern wir müssen mitfühlend ihre Schwierigkeiten kennen lernen, Einblick in die mit stiller Würde getragene Armut und Bedürfnislosigkeit zu nehmen suchen und soweit irgendwie möglich zur Milderung dieser Verhältnisse beitragen. Heute ist es Tatsache, dass diese Bevölkerung die Ungleichheit und Benachteiligung in den Lebensverhältnissen spürt gegenüber andern Volkskreisen, ja gegenüber der grossen Mehrheit unserer schweizerischen Bevölkerung, und dass sie unter diesem Eindruck leidet.

Wie kann nun in solchen Verhältnissen geholfen werden? Gute Produktenpreise haben die Leute gewöhnlich in diesen Gegenden. Der Milchpreis ist vielfach um 10 Rp. oder noch mehr höher als bei uns im Flachland. Aber diese guten Preise können sich nicht auswirken, weil ein grosser Teil dieser kleinbäuerlichen Familien nichts oder nur sehr wenig zu verkaufen hat, indem er vielfach nicht einmal seine Selbstversorgung durchführen kann. Dazu haben sie sehr viel zuzukaufen, so Brot, Schuhe, Stoffe, Kleider und sonst alles Mögliche, was in diesen Gegenden nicht produziert werden kann. Ich bin davon überzeugt, dass die beste Hilfe für diese Gegenden darin bestehen würde, wenn man den Leuten einen wenn auch bescheidenen Verdienst durch zusätzliche Heimarbeit verschaffen würde. In den langen Wintermonaten haben diese Leute freie Zeit genug zur Verfügung, neben ihrer normalen Beschäftigung in Haus und Stall.

Nun braucht es zu dem, was wir vorschlagen möchten, keine besondere staatliche Organisation. Der schweizerische Bauerverband und das schweizerische Heimatwerk wären bereit, eine Aktion, wie wir sie schon etliche Mal durchgeführt haben, auch in Zukunft wieder regelrecht durchzuführen. Man stelle ihnen Mittel dazu zur Verfügung, um das begonnene Werk und die Aktion ausbauen zu können. Misstände, wie sie in der Vorlage des Bundesrates über die Heimarbeit geschildert werden, können auf diese Art und Weise dort, wo wir uns dafür interessieren, vermieden werden. Hilfe besteht also einerseits darin, dass man diesen armen Familien zusätzliche Heimarbeit zu verschaffen sucht und anderseits darin, die Produktion derselben an noch ärmere, wie es schon einige Male geschehen ist, gratis oder zu ganz billigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Ich habe schon erwähnt, dass diese Aktion einmal mit Hilfe einer Eisenbahnerorganisation, die in sehr verdankenswerter Weise einen grossen Betrag dafür zur Verfügung gestellt hat, durchgeführt werden konnte. Der schweizerische Bauernverband rechnet, um diese Aktion durchführen zu können, mit einem jährlichen Betrag von etwa 200 000 Fr. Ich glaube, dass in diesem grossen 400 Millionenkredit die Möglichkeit bestünde, vorläufig für diese in Aussicht genommene Zeit das durchführen zu können. Wir wollen ja nicht einen

Antrag in bezug auf die Höhe des Betrages stellen. Der Antrag Petrig geht dahin, dass der Grundsatz die Verpflichtung zur Hilfe an diese bergbäuerliche Bevölkerung in die Vorlage aufgenommen werde.

Aus diesen Gründen möchte ich Ihnen den Antrag von Herrn Petrig bestens empfehlen.

Roth-Interlaken: Im Abschnitt IIc ist die Elektrifikation der Brünigbahn vorgesehen. Wie aber bekannt sein dürfte, ist in der Zentral- und Westschweiz eine starke Bewegung im Gange, die sich mit der Elektrifikation nicht zufrieden geben möchte, sondern gleichzeitig auch die Normalisierung dieser auf Schmalspur und Zahnrad aufgebauten Bahn anstrebt. Man ist in diesen Kreisen der Ansicht, dass die Elektrifikation die Leistungsfähigkeit der Bahn nur in ungenügendem Masse verbessern, dagegen den heutigen unbefriedigten Zustand mit Schmalspur und Zahnrad verewigen würde.

Der Nationalrat hat schon 1934 ein Postulat Balmer, das die Normalisierung verlangte und das bis heute unerledigt geblieben ist, ohne Opposition angenommen.

Nun habe ich das Wort hauptsächlich ergriffen wegen eines verbreiteten Irrtums, der auch im Votum des Herrn Kommissionspräsidenten zum Ausdruck gekommen ist. Er besteht darin, dass immer wieder von einem Basistunnel gesprochen wird. Auch bei den Bundesbehörden bestand, soviel ich weiss, bis vor kurzem die irrige Meinung, dass es sich um einen solchen handle. Davon kann natürlich keine Rede sein. Ein Basistunnel würde erstens so ungeheuer viel kosten, dass es unmöglich wäre, die Mittel aufzubringen, und zweitens würde er sehr wichtige Gebiete, wie Lungern und das Haslital, abschneiden. Von einem Basistunnel ist also auch bei den Befürwortern der Normalisierung keine Rede. Es handelt sich deshalb dort, wo die grossen Zahnradsteigungen sind, um eine teilweise Verlegung des Tracés und erst oberhalb Lungern um einen kurzen Scheiteltunnel von nicht mehr als 3,5 km Länge. Es würde also auch der Normalbahn der Charakter einer Touristenbahn mit allen den schönen Ausblicken erhalten bleiben.

Das zur Korrektur des Irrtums, der noch allgemein zu sein scheint. Die Freunde der Normalisierung der Brünigbahn haben nun mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass die nationalrätliche Kommission die Frage, wie die Brünigbahn ausgebaut werden soll, offen gelassen hat und dass dieser Umbau unter den Projekten eingereiht ist, für die den eidg. Räten noch eine besondere Vorlage unterbreitet werden soll. Wir sind der Kommission für diesen Beschluss dankbar. Wir hoffen nun sehr, dass die Bundesbahnen und der Bundesrat die Frage des Ausbaus der Brünigbahn nach allen Richtungen prüfen werden und dass das Normalisierungsprojekt nicht nur nach der technischen und finanziellen, sondern auch nach der volkswirtschaftlichen und militärischen Seite hin gründlich studiert wird. Unser Kollege Herr Bürki hat ein bezügliches Postulat eingereicht, das namentlich die militärische Seite beschlägt und das er am Schlusse unserer Beratung begründen wird. Ich hoffe, dass dieses Postulat angenommen wird, und dass der Bundesrat nach Prüfung aller Faktoren doch schliesslich zur Ansicht kommen wird, dass nur die Normalisierung der Brünigbahn den Anforderungen der Gegenwart und der Zukunft in volkswirtschaftlicher und militärischer Hinsicht genügen kann.

Keller-Aarau: Die Regierung des Kantons Aaargau hat in einer Eingabe vom 4. November, die von den Regierungen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Zug, Schwyz, Uri und Tessin unterstützt wird, das Gesuch gestellt, es möchte der Ausbau aller noch einspurigen Teilstücke der Bahnlinie Basel–Olten–Arth-Goldau–Chiasso auf Doppelspur in das eidgenössische Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgenommen werden, um der Gotthardbahn ihre überragende Stellung im Netz der Bundesbahnen und im internationalen Verkehr zu erhalten, und nicht nur zu erhalten, sondern im Hinblick auf die drohende Konkurrenz der Brennerlinie zu stärken und gleichzeitig in einer Landesgegend, wo grosse Arbeitslosigkeit herrscht, willkommene Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Herr Bundesrat Pilet hat in der Kommission erklärt, dass der übrigens schon begonnene Ausbau der nicht im Arbeitsbeschaffungsprogramm enthaltenen noch einspurigen Teilstücke der genannten Bahnlinie auf Doppelspur gelegentlich zu Lasten der ordentlichen Baukredite der Bundesbahnen erfolgen werde und dass dafür ausserordentliche Zuschüsse des Bundes, wie sie im Programm für die Teilstücke Brunnen–Flüelen und Taverne–Lugano vorgesehen sind, nicht nötig seien. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Vorstehers des Eisenbahndepartementes habe ich davon abgesehen, in der Kommission einen Antrag zu stellen. Ich tue dies auch jetzt nicht, spreche aber die Hoffnung aus, dass die wichtigste und kürzeste Zufahrtslinie von Basel zum Gotthard durch das aargauische Freiamt nicht in Vergessenheit gerate und sobald als möglich auch zu ihrem Rechte komme.

M. **Kuntschen:** Au point où nous en sommes, nous avons eu deux interventions, deux importants discours de M. le conseiller fédéral Obrecht. Il a déjà fouillé profondément le problème et la matière; dans son deuxième discours, il a souligné lui-même la question de la répartition relative des grands crédits mis en discussion pour la Suisse alémanique et la Suisse romande. Il nous a dit que selon les calculs effectués par ses bureaux, les crédits déjà affectés à une région déterminée ne représentaient que le 9 % de l'ensemble de la dépense. Nous croyons à ces calculs, nous ne les combattons pas. Nous devons faire observer, en complément de cette manière d'envisager le problème, que M. le conseiller fédéral Obrecht a mis en ligne dans son calcul les travaux nominativement prévus et fixés sur un point géographique, comme ceux du Gothard, du Klausen, de l'Oberalp et des autres routes; mais il n'a pas tenu compte des 171 millions de francs de travaux prévus pour la défense nationale et qui sont déjà, sans que leur destination soit imprimée dans notre projet, affectés d'une façon déterminée, fixés, cristallisés et immuables. Si l'on se reporte au programme de défense nationale autant qu'on puisse le connaître en gros, la masse de ces crédits

de 171 millions ira aussi vers la Suisse alémanique fort probablement beaucoup plus que vers la Suisse romande. Si nous tenons compte également, à côté des crédits fixés sur un endroit géographique, des crédits déjà affectés dans la même région du pays, nous n'arrivons plus à une proportion de 9 %, mais de 50 % du crédit total, prélevé à l'avance, avant la répartition d'ensemble à tous les cantons suisses. Ces crédits vont à cette même région où sont déjà prévus les travaux explicitement décidés.

Je tenais à faire cette remarque pour compléter et redresser l'impression qu'on a ressentie hier quand nous avions le sentiment que le prélèvement premier en faveur de la Suisse alémanique n'était pas important. Il l'est en réalité si l'on tient compte des travaux globaux de la défense nationale, travaux fort conséquents et fort dispendieux.

Sur 171 millions de travaux de défense nationale, il y a, il est vrai, 59 millions affectés à des achats, en particulier 26 millions pour les munitions, d'autres sommes pour des achats de charbon et autres marchandises. Il est évident que ces 60 millions ne sont affectés, ni à la Suisse alémanique, ni à la Suisse romande en particulier. Ce sont des achats que fera la Confédération et nous espérons bien qu'elle passera aussi par le commerce romand. La munition se fabrique surtout à Thoune, je le sais, mais on peut prendre en considération l'horlogerie de la Suisse romande pour la munition d'artillerie. Si l'on passe par le commerce suisse, on devra sans faute s'adresser aussi au commerce de la Suisse romande. Le montant des achats déduits, il reste encore 112 millions affectés fort probablement aussi aux régions de la direction nord et est, plutôt qu'à celles de la direction sud et ouest. Si nous voulons grouper ces chiffres, il resterait donc à peu près 112 millions de travaux de défense nationale proprement dits, auxquels nous ajoutons 60 millions pour les marchandises; et le solde soit 110 millions en crédits globaux qui se répartiraient sur un pied de stricte égalité entre la Suisse alémanique et la Suisse romande, puisque sur ce solde le 9 % est déjà affecté. Si nous faisons ces calculs, nous constatons que la Suisse romande toucherait sur les crédits totaux de 317 millions, 15 à 20 %, soit du 6e au 8e de la somme, pour autant que l'on puisse, à première vue, s'en rendre compte, sans connaître le détail des chiffres et des dossiers. Il n'y a donc qu'une petite part des crédits du programme qui reviendra à la Suisse romande et nous voudrions qu'on l'élargisse autant que possible dans la répartition à faire afin de compenser quelque peu les régions de la Suisse romande privées de crédits définitivement fixés. Cela sera-t-il fait? Nous n'en voulons pas douter. Mais nous voudrions souligner qu'il ne faudrait pas, sous prétexte d'antidote à la tendance totalitaire, diriger ce solde de 110 millions de crédit principalement du côté de la Suisse alémanique.

C'est là une première remarque que je voulais faire ici et si M. le conseiller fédéral Obrecht peut rectifier mes calculs, j'en serai le premier heureux, parce que ce serait autant que la Suisse romande recevrait réellement en plus sur cet important crédit national.

Permettez-moi maintenant de passer à la situation particulière du Valais. Je constate évidemment que dans ce programme unique de grands travaux — qui ne se reproduira plus de longtemps — dans cet Himalaya des programmes de travaux, il n'y a spécifiquement rien de prévu d'avance pour le Valais, Or, le Valais, isolé par ses chaînes de montagnes, séparé du reste de la Suisse, a fait un effort puissant, je dirai même épuisant — M. Escher le soulignait hier — pour se moderniser et se mettre au niveau des autres cantons. Cet effort économique a été reconnu par l'opinion publique ces dernières années. Il a été souligné dans la presse suisse à différentes occasions. Et pourtant, il reste encore beaucoup à faire. Permettez-moi de parler tout d'abord de la ligne du Simplon. Précisément, au passage que nous discutons en ce moment du programme des grands travaux, on a ouvert la discussion sur la pose de la double voie dans toutes les régions de la Suisse. Il ne serait dès lors pas compréhensible que la ligne du Simplon ne soit pas mise en avant. Je ne fais pas de propositions spéciales, parce que je sais que les commissaires du canton du Valais au sein de la commission ont essayé de demander un crédit pour cette ligne et que la commission, dans sa grande majorité, l'a refusé. Il était pour cela inutile de déposer ici une proposition écrite. Je n'en veux pas moins en parler en passant et vous dire qu'à mon sens cette ligne du Simplon, ligne internationale, alimentée par les portes de Genève et de Vallorbe, mérite d'être mise à double voie comme toutes les autres. Si vous laissez de côté la ligne du Simplon, vous aurez doublé le Gothard et les autres lignes et nous retomberons en Suisse romande dans la situation où nous étions avant le percement du tunnel. La Romandie sera de nouveau un angle mort entre le Gothard et le Mont-Cenis. Forcément le trafic se dirigera par les voies modernisées, techniquement parfaites et notre pauvre voie unique, non doublée sur toute sa longueur, en souffrira de façon particulièrement évidente.

Et pourtant nous savons que l'Italie se prépare à poser la double voie dans la région montagneuse de Domodóssola à Iselle. Ces travaux seront terminés prochainement, soit pour l'ouverture de l'exposition internationale de Rome. Nous estimons que la Suisse doit faire de même et qu'elle doit être prête à la même date, au même moment. Nous avons vu récemment, en matière ferroviaire, que pour ce qui concerne la Furka, nous avons peu de chance de pouvoir la sauver, étant données les dispositions prises lors de la constitution de la législation relative au redressement des chemins de fer secondaires.

Au chapitre que nous discutons en ce moment, nous trouvons également un crédit pour l'aviation civile. Je voudrais à ce sujet rappeler ici que nous avons, dans le canton du Valais, fait un effort considérable pour organiser près de Sion une place d'aviation. Cette place, il faudrait maintenant la parfaire; elle est construite dans ses grandes lignes. La ville de Sion, elle seule, a dépensé à cet effet la somme de 240 000 fr., ce qui est un beau denier pour une ville de 8.000 habitants. Nous voudrions donc demander que, soit par voie militaire, soit par voie civile, on nous accordât quelques secours afin d'arriver à mettre définitivement au point cette place d'aviation. Elle pourra prendre une impor-

tance militaire de premier ordre en cas de conflit sur le front enveloppant du nord et de l'est.

Le chômage en Valais est toujours intense et j'en veux dire quelques mots ici. Nos usines sont des usines au fil de l'eau; elles alimentent les grandes industries. Or, de par leur constitution technique même, elles demandent forcément un grand nombre d'ouvriers l'été et peu en hiver; on en débauche des milliers à l'entrée de la mauvaise saison. Il n'y a pas de remède possible à cette situation et nous sommes obligés, chaque année, de lutter contre le chômage.

Il est vrai que nous avons l'accumulation de Barberine et de la Dixence. Mais la Barberine appartient aux C.F.F. et la Dixençe est à une société romande, l'E.O.S., en sorte que la force de ces deux usines n'est pas affectée aux fabriques du Valais. Nous espérons donc que nous obtiendrons notre part des crédits qui sont prévus pour le tourisme, l'aide à l'artisanat, les travaux forestiers, l'amélioration foncière et même pour cet hôpital nouveau que nous sommes obligés de créer dans le centre de Sion et qui doit répondre enfin aux nécessités de l'hygiène moderne.

Nous n'avons pas de conseiller fédéral ni, dans l'antichambre de notre plus haute autorité, de personnes politiquement bien placées pour être entendues. Mais nous espérons tout de même que nous obtiendrons satisfaction et, encore une fois, que nous obtiendrons notre part des crédits qui seront votés.

Permettez-moi d'ajouter encore les quelques considérations suivantes:

Nous avons d'autant plus de raisons de solliciter le secours de la Confédération que la situation de notre canton, du point de vue routier et militaire, est loin d'être satisfaisante. Il faut dire aussi que les Valaisans ont le sentiment, justifié ou non — j'espère qu'il est injustifié — d'être quelque peu prétérités en ce qui concerne les routes. Une voie reliant la haute vallée du Rhône avec la Suisse allemande est une nécessité économique et militaire. On connaît l'importance de la route à l'époque où nous vivons; il est inutile que j'insiste sur ce point. On ne peut plus se contenter du chemin de fer et j'affirme aussi qu'aucun des 21 autres cantons consentirait à rester détaché du reste de la Suisse par une barrière de montagnes de 100 km. de long sans une seule route au travers. Je ne crois pas pouvoir être démenti en affirmant cela. Les grands pays, même dans leurs colonies lointaines, desservent mieux des régions topographiquement analogues au Valais, c'est-à-dire isolées des grands centres par une barrière de montagnes. De plus, les citoyens valaisans ont le sentiment que leur canton est abandonné au point de vue militaire, au point de vue de la défense nationale. Hier, le vice-président de notre Chambre, M. Vallotton, critiquait la formation des alpins suisses dans les régions de la plaine, loin des montagnes. Mais sait-on qu'on nous refuse une caserne, ou tout crédit qui permettrait de faire les écoles de recrues de montagne dans de meilleures conditions et dans les régions montagneuses par excellence du Valais? On ne veut pas non plus de route nord-sud. Tout se passe véritablement comme si le Valais était sacrifié et abandonné. Sans cette route centrale, il ne pourrait être ni ravitaillé, ni évacué en cas d'hostilités.

Les comparaisons éclairent les situations. Nous avons entendu hier M. Obrecht nous dire que le Tessin devait être également relié militairement par une route nouvelle, le Lukmanier et cela pour des raisons militaires. Or, le Tessin est relié au pays par le Gothard. Pourquoi le Valais ne pourrait-il pas l'être par une route semblable? La seule direction d'évacuation possible pour le Valais est celle du Léman dont les eaux sont internationales et cette voie passe en avant de la ligne fortifiée de St-Maurice. C'est pourquoi une route centrale nous paraît, au point de vue militaire, absolument nécessaire. Si l'on n'est pas de cet avis au Gouvernement, il est alors psychologiquement indispensable de donner à la population des explications destinées à tranquilliser l'opinion. Car nous sommes toujours, comme nos Confédérés, des enfants légitimes et reconnus de la Confédération, qui doivent être protégés et défendus comme les autres le sont, sur le sol cantonal déjà.

Nous demandons aussi que le Gouvernement prenne en considération et couronne les efforts de tous les cantons. Les temps sont difficiles; tous, nous avons besoin de sentir chez nous la défense nationale organisée; tous les cantons ont des besoins économiques certains et connus. Que l'on en tienne compte! Le Conseil fédéral doit tenir compte de l'état d'esprit de nos populations et répartir les travaux qu'il envisage au sud, au nord, comme au centre du pays.

Je m'excuse d'avoir émis aussi ces considérations générales. Mais, en me plaignant, avec raison je crois, du manque de travaux pour la défense nationale, pour les chemins de fer et pour les routes de notre canton, j'espère obtenir plus de largesse, plus de générosité de la part des autorités fédérales dans l'attribution des subventions non encore réparties. Mon intervention a pour but, d'autre part, d'apporter ici un écho de l'état d'âme de mes concitoyens valaisans en ce qui concerne la défense nationale et, également, de provoquer des éclaircissements sans lesquels une suspicion certaine d'injustice ou d'abandon continuerait à régner dans la plupart des esprits des citoyens de mon canton.

Baumann: Ich bin grundsätzlich mit Herrn Kollega Keller einverstanden, dass die Zufahrtslinie zum Gotthard doppelspurig ausgebaut werden soll. Dagegen habe ich die Auffassung, dass an Stelle der Strecke Rupperswil–Lenzburg vielleicht die Linie Aarau–Suhr–Lenzburg umgebaut bezw. die Spitzkehre in Suhr beseitigt werden sollte. Aarau–Rupperswil ist die am meisten frequentierte Linie der ganzen Schweiz. Es kommt nirgends vor, dass die internationalen Züge halten müssen als in Rupperswil, weil die Linie Rupperswil–Aarau nicht frei ist. Darum glaube ich, dass für den Verkehr von Aarau her statt einer Doppelspur Rupperswil–Lenzburg die Linie über Aarau–Buchs direkt nach Hunzenschwil ausgebaut werden sollte. Ich möchte wünschen, dass diese Frage jetzt geprüft wird.

Dann habe ich noch ein Eisenbahnanliegen. Die ältern Herren unter uns erinnern sich an den Rückkauf der Seetalbahn. Damals hat unser Eisenbahn-

fachmann, Ing. Rothpletz, erklärt, die Linie sei ja absolut unvollständig, sie sei nur schwer brauchbar, wenn die Spitzkehre in Lenzburg nicht wegfalle. Diese Spitzkehre besteht heute noch. Ich glaube, es sollten einmal von Bern aus Anstrengungen gemacht werden zur Aufhebung dieser Spitzkehre. Wenn es zu einem kriegerischen Konflikt im Norden unseres Landes kommt, dann ist Lenzburg ein Eisenbahnknotenpunkt, weil Brugg ausser Betracht fällt, da es unter den feindlichen Kanonen liegt. Lenzburg ist aber nicht nur ein Eisenbahnknotenpunkt, sondern auch ein Strassenverkehrspunkt. Die Spitzkehre der Seetalbahn hat in Lenzburg nicht weniger als 4 bewachte Uebergänge. Diese könnten vollständig aufgehoben und der Strassenverkehr dort freigegeben werden. Darum ist es meines Erachtens absolut notwendig, dass von Bern aus im gegenwärtigen Moment und möglichst rasch Schritte getan werden zur Aufhebung dieser Spitzkehre. Es wäre auch eine ausserordentlich günstige Arbeitsgelegenheit, indem es sich nur um Verlegung von Material handelt. Das Material ist vorhanden und es könnte hier viel Arbeit beschafft werden. Ich möchte bitten, dieser Frage volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Bundesrat **Obrecht:** Ich sehe mich zunächst veranlasst, auf die Ausführungen von Herrn Nationalrat Kuntschen zu antworten. Er hat meine gestrigen Darlegungen angezweifelt, in denen ich auseinanderhielt die Kredite, bei denen wir gleichmässig, je nach den Verhältnissen, die Verteilung auf die ganze Schweiz vornehmen können, gegenüber solchen, die ortsgebunden sind. Er hat darauf hingewiesen, dass in diesen Krediten auch für etwa 100 Millionen Beiträge an die Industrie inbegriffen sind. Das ist richtig, das werde ich dann nochmals hervorheben, wenn wir über die Förderung der Industrie reden. Wenn hier in den Aufrüstungskrediten Aufträge von über 100 Millionen inbegriffen sind, so ist das auch eine Förderung der Industrie. Nun habe ich keine Statistik — sie existiert zwar, aber ich habe sie nicht bei mir — darüber, wie sich die Aufträge der Militärverwaltung an Industrie und Gewerbe auf die Kantone verteilen. Dass diese Verteilung nicht genau nach der Zahl der Arbeitslosen erfolgen kann, noch weniger nach der Wohnbevölkerung, ist klar, denn solche Aufträge setzen voraus, dass eine Industrie da ist, die die Aufträge ausführen kann, und dass Gewerbe da sind, die solche Aufträge übernehmen können. Das ist der massgebende Faktor, aber ich weiss, es wäre unrichtig, die Meinung erwecken zu wollen, als ob von diesen industriellen und gewerblichen Aufträgen nichts in die Westschweiz vergeben würde. Ich weiss, dass nach dem Jura, nach dem Kanton Neuenburg, nach dem Waadtland solche Aufträge in ansehnlichem Umfang fliessen. Ich finde, man sollte überhaupt nicht immer die eine Gegend gegen die andere ausspielen. Das ist nicht Förderung der guten eidgenössischen Solidarität. Ich war etwas verblüfft, dass ausgerechnet ein Vertreter des Kantons Wallis auftrat und in langen Ausführungen darlegte, man denke zu wenig an den Kanton Wallis, man vernachlässige ihn, man lasse ihm nicht das zukommen, worauf er Anspruch erheben könne. Ich verfolge die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Wallis seit bald 30 Jahren. Ich kam im Jahre 1910 als junger Regierungsrat zum erstenmal in den Kanton Wallis und habe seither das Land eingehend kennen gelernt, weil ich jahrelang meine Sommerferien im Wallis verbracht habe. Seitdem ich Nationalrat war und Bundesrat geworden bin, hatte ich alle Veranlassung, die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Wallis zu verfolgen. Ich konstatiere, dass in den letzten 20 Jahren im Wallis volkswirtschaftlich ganz gewaltige Fortschritte erzielt worden sind. Das ist ein Kompliment an den Kanton Wallis, ein Kompliment an seine Behörden. Ich spreche dieses Kompliment bewusst aus, aber ich füge sofort bei: Ohne die starke Hilfe des Bundes wären diese volkswirtschaftlichen Erfolge im Wallis niemals möglich gewesen. Nur mit der starken Hand des Bundes ist man derart vorwärts gekommen. Das sollte man anerkennen und nicht immer nur die Leier aufziehen: Es ist noch nicht genug, man bekommt zu wenig, man hat uns da oder dort wieder vergessen. Herr Kuntschen hat, um nur ein Beispiel anzuführen, darauf verwiesen, man sollte den Kanton Wallis noch viel mehr berücksichtigen mit Kasernen, mit militärischen Kursen, mit Waffenplätzen, mit Flugplätzen. Meines Erinnerns hat mein Heimatkanton Solothurn mehr Einwohner als der Kanton Wallis, aber er hat keine einzige militärische eidgenössische Institution. In der letzten Zeit hat man zwar ein Zeughaus in Oensingen gebaut. Aber der Kanton hat heute noch keinen Waffenplatz, keine Kaserne. Ich habe nicht gehört, dass die Vertreter des Kantons Solothurn im Parlament aufgetreten sind und erklärt haben: wir verlangen gleiches Recht, wir verlangen, dass auch einmal im Kanton Solothurn ein Waffenplatz und eine Kaserne erbaut werden. Diese eidgenössische Bescheidenheit möchte ich gerne hervorheben als Gegenstück zum Standpunkt, von dem aus man nie genug sieht und nie genug hat.

Damit gehe ich über zu den Doppelspuren. Wir lieben sonst in der eidgenössischen Verwaltung die Doppelspurigkeit nicht, aber es gibt ein Gebiet von Doppelspuren, wo man von Zeit zu Zeit sogar an uns appelliert. Es sind die Doppelspuren unserer Bundesbahnen. Ich freue mich eigentlich, dass die beiden Kantone Freiburg und Solothurn heute gleichzeitig mit Doppelspurbegehren auftreten und an das eidgenössische Herz appellieren. Wir wollen daran denken, dass diese beiden Kantone am gleichen Tage in den Schweizerbund aufgenommen worden sind. Sie sind als Kinder der Mutter Helvetia am gleichen Tage geboren worden. Es sind also eidgenössische Zwillingskinder. Man sagt sonst, und es ist auch so, dass Zwillingskinder sich zum Verwechseln ähnlich sehen. Beim Vergleich zwischen Freiburg und Solothurn könnte ich das nicht in allen Teilen bestätigen. Aber nehmen wir sie heute als Zwillingskinder; sie stellen ja auch analoge Begehren.

Herr Chassot möchte die Linie von Freiburg nach Romont als Doppelspur ausbauen und Herr Nationalrat und Regierungsrat Schmid die Linie Olten–Biel. Wenn das Herz hier entscheiden dürfte, würde ich schon aus Freude am gemeinsamen Auftreten von Freiburg und Solothurn die Hand zur Güte reichen. Aber es handelt sich um eine Frage

mit weittragenden Konsequenzen und zwar in doppelter Hinsicht. Einmal haben die Bundesbahnen noch sehr viele Strecken, die nur einspurig sind und die sie lieber doppelspurig zur Verfügung hätten. Die Bundesbahnen müssen es machen wie jeder andere Geschäftsinhaber. Sie müssen vorweg immer jene Verbesserungen verwirklichen, die sich als besonders dringlich erweisen. Wir müssen weiter beachten, dass es sich um Ausgaben unserer Bundesbahnen handelt und dass wir uns hüten müssen, eine Subventionspraxis in dem Sinne einzuführen, dass wir in Zukunft alle baulichen Verbesserungen der Bundesbahnen aus der Bundeskasse subventionieren. Es handelt sich hier um Ausnahmefälle. Es sind schon deswegen Ausnahmefälle, weil es sich auf der Strecke Flüelen-Brunnen um ein ausserordentlich kostspieliges Objekt handelt. Schon zur Zeit der alten Gotthardbahn wollte man diese Strecke auf Doppelspur ausbauen. Schon damals hat man Projekte ausgearbeitet. Man wusste bei der Uebernahme der Gotthardbahn, dass eines Tages dieser Ausbau sich aufdrängen werde. Man hat ihn bis zum heutigen Tag immer hinausgeschoben, weil er sehr viel kostet. Wir haben hier einen Beitrag von 8 Millionen vorgesehen. Das ist der dritte Teil der Gesamtkosten. Es handelt sich also trotz einer relativ kurzen Strecke von Brunnen nach Flüelen um einen Kostenaufwand von 24 Millionen. Dass da die Bundesbahnen zurückgehalten haben, zurückgeschreckt sind, namentlich in ihrer heutigen Lage, ist klar, und doch ist zur Zeit die Ausführung dieser Doppelspur eine dringende Notwendigkeit, namentlich auch im Hinblick auf die Veränderungen, die ausser unserm Lande vor sich gegangen sind. Ich will nicht deutlicher reden. Aber nun sagen die Bundesbahnen, sie könnten es nicht aus eigenen Mitteln bestreiten, der Bund müsse ausnahmsweise helfen. Wir wollen hier ganz ausnahmsweise einen Beitrag von einem Drittel leisten. Aehnlich verhält es sich mit der andern Strecke von Taverne nach Lugano.

Wir haben wegen der beiden Doppelspuren von Biel nach Olten und von Freiburg nach Romont unsere Bundesbahnen angefragt, denn die Frage ist nicht erst jetzt gestellt worden, sondern sofort, nachdem unser Arbeitsbeschaffungsprogramm erschienen war. Ich lese Ihnen aus dem Bericht des eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartements nur die allgemeinen Bemerkungen vor:

„Die eingereichten Begehren beziehen sich auf die Strecken Olten–Solothurn und Freiburg–Romont. Zunächst ist daran zu erinnern, dass heute noch keine einzige der die Schweiz durchziehenden Hauptverbindungen, weder in der Richtung West–Ost, noch in der Richtung Nord–Süd, durchgehend und lückenlos mit der Doppelspur ausgerüstet ist. So wünschbar die Schliessung dieser Lücken wäre, so kann gezwungenermassen bei der weiteren Erstellung von zweiten Geleisen nur schrittweise vorgegangen werden. In erster Linie sind solche Strekken zu berücksichtigen, bei denen der Ausbau auf Doppelspur einem wirklich dringenden Bedürfnis entspricht, wie dies für die heutigen Einspurstrecken der Gotthardlinie unbestreitbar zutrifft. Aber selbst diesem Bedürfnis vermöchten die Bundesbahnen ohne wesentliche Beihilfe des Bundes nicht zu genügen. — Bei den in Frage stehenden Linien Olten–Solothurn und Freiburg–Romont hält die Generaldirektion der S.B.B. die Anlage zweiter Geleise zwar für erwünscht, aber nicht für dringlich. Die Kreuzungsstationen folgen sich hier in regelmässigen kurzen Abständen. (Ausnahme: Niederbipp–Wangen, 5,7 km.) Der Verkehr wickelt sich auf beiden Linien ziemlich gleichmässig ab und ein Stossverkehr wie beispielsweise auf der Gotthard- oder Wallenseelinie kommt nicht vor. Die Zugdichte ist relativ gering; im Bedürfnisfall könnte der Fahrplan noch wesentlich verdichtet werden, bis die volle Leistungsfähigkeit der beiden einspurigen Linien erreicht sein wird. Erst dann dürfte die Argumentation des Eisenbahndepartements des Kantons Solothurn, dass eine Verkehrszunahme nicht eintreten könne, weil keine Doppelspur bestehe, anerkannt werden."

Es werden dann noch Spezialausführungen gemacht in bezug auf die beiden separaten Strecken. Ich will Sie damit nicht behelligen, ich möchte nur einen Punkt herausgreifen. Es wird bei beiden Strecken gesagt, dass die Doppelspur schon weitgehend vorbereitet sei und dass namentlich die Arbeiten, welche Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose bieten könnten, eigentlich schon ausgeführt seien, es handle sich mehr noch um die Dammverbreiterung, um die Anschüttung. Das gibt verhältnismässig wenig Arbeit. Für diese Auffüllungen benützen die Bundesbahnen jeweilen das Abraummaterial aus dem Oberbau. Dann machen die Bundesbahnen bei beiden Strecken darauf aufmerksam, dass noch Niveauübergänge vorhanden seien und dass es für die Arbeitsbeschaffung viel interessanter wäre, die Beseitigung dieser Niveauübergänge ins Auge zu fassen. Die Bundesbahnen seien bereit, hier mitzuhelfen.

Das möchte ich den beiden Vertretern von Freiburg und Solothurn hier mitgeben. Aber ich muss Ihnen beantragen, auf diese beiden Anträge nicht einzutreten, weil diese Fälle nicht dringlich sind. Die Bundesbahnen sagen: Wir haben viel dringlichere Strecken, die auf Doppelspur umgebaut werden müssen. Es darf sich nur um ausnahmweise strategisch und sonst wichtige und unaufschiebbare grössere Projekte handeln.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Herrn Nicole antworten auf die Anfrage, die er gestern gestellt hat. Er hat gestern darauf aufmerksam gemacht, dass man auch im Kanton Genf Eisenbahnwünsche hege, indem man von Cornavin nach La Praille eine Fortsetzung der Bahnverbindung erstellen möchte über die Rhone auf das linksseitige Gebiet der Rhone hinüber, um dort Anschluss zu finden an einen Rhone-Hafen und später wahrscheinlich auch Anschluss an die französische Linie, die in der Nähe unserer Landesgrenze verläuft.

Darüber besteht nun eine ganz klare Ordnung. Man will diesen Ausbau vornehmen. Man hat sich vor vielen Jahren schon verständigt, und zwar so, dass die Gesamtkosten, die auf 30 Millionen Fr. veranschlagt sind, wie folgt verteilt werden: Die Bundesbahnen übernehmen einen Drittel, die Genfer Behörden einen Drittel und der Bund einen Drittel — er muss also hier auch wieder helfen. Also jeder übernimmt 10 Millionen Fr. Das ist vertraglich geordnet.

Nun erhebt sich die Frage: Wann will man denn an die Ausführung gehen? Das wäre schon lange möglich gewesen, wenn die Finanzverwaltung des Kantons Genf diese 10 Millionen hätte zur Verfügung stellen können. Die Genfer sagten immer wieder: Wir sind nicht in der Lage, unsern Beitrag von 10 Millionen Fr. beizusteuern, warten wir mit der Sache noch zu. Die Situation ist heute noch so. In dem Moment, wo Genf uns erklärt, wir können nun die 10 Millionen Fr. beschaffen, wird man an die Ausführung dieser Arbeiten gehen. Es scheint mir nun fast, dass Herr Nicole zur Zeit, da er die Regierungsgewalt in Genf in der Hand hatte, es versäumte, diese Sache in Fluss zu bringen (Zwischenruf **Nicole:** Mauvaise volonté de la Banque Nationale). Ja, man muss nicht andere beschuldigen, wenn man das Geld nicht findet, denn wenn man Kredit hat, findet man das Geld immer. (Heiterkeit.)

Herr Nicole hat die Frage gestellt, ob wir den Kanton Genf in Bern überhaupt noch als ein Bundesglied betrachten und es als gleichberechtigt behandeln. Darauf möchte ich Herrn Nicole antworten: Sogar in jener Zeit, da die genferische Regierung unter seinem Präsidium stand, haben wir mit allen Ehren und allen patriotischer Gesinnung Genf als vollwertiges und gleichwertiges Glied betrachtet, obschon uns Herr Nicole das hin und wieder nicht besonders leicht machte. Um so weniger haben wir heute Veranlassung zu sagen, Genf sei uns weniger lieb als andere Kantone, nachdem eine Regierung an der Spitze des Kantons steht, die uns — ich sage das offen — sympathischer ist als jene von Herrn Nicole. (Zwischenruf **Nicole:** C'est au moins sincère!)

Der Flusschiffahrt schenken wir unsere grösste Aufmerksamkeit. Aber all diese Probleme in bezug auf den Ausbau der Flusschiffahrt sind für uns deshalb heillos kompliziert, weil es sich entweder um Grenzflüsse handelt oder um solche, die im weitern Verlauf im Auslande liegen. Ohne die Regierungen der betreffenden Länder kann nichts gemacht werden. Die Verhandlungen mit ihnen sind immer ausserordentlich harzig und zeitraubend. Aber ich interessiere mich gegenwärtig für diese Frage ganz besonders, mit Rücksicht auf die Kriegsvorsorge.

Ich komme damit zur Brünigbahn. Ich will hier nicht weit ausholen, denn es ist in Art. 4 eine Bestimmung vorgesehen, wonach der Entscheid darüber, welcher Bundesbeitrag und an welche Art des Ausbaues der Brünigbahn der Bundesbeitrag gegeben werden soll, der Bundesversammlung vorbehalten ist. Wir waren allerdings im Bundesrat der Auffassung, dass man besser daran täte, die Bundesbahnen machen zu lassen, denn sie wissen, was sie wollen. Sie wollen die Elektrifikation der gegenwärtigen Linie, weil sie damit erreichen können, dass die Fahrzeit von Luzern nach Interlaken und umgekehrt ganz erheblich verkürzt wird. Das wird niemand bezweifeln. Ich möchte alle jene, die sich von Interlaken und Meiringen aus ein voreiliges Urteil erlauben, einladen, einmal eine Fahrt zu unternehmen von Vitznau nach Rigi-Kaltbad. Allerdings muss man früher einmal mit der Dampfbahn auf den Rigi hinaufgefahren sein. Wer früher mit der schnaufenden Dampfbahn auf den Rigi hinaufgefahren ist und heute mit eleganten elektrischen Traktion hinauffährt, der wird sagen müssen, dass das gar nicht mehr zu vergleichen sei. Das ist ja eine Geschwindigkeit wie 1:2. Wenn man den Standpunkt einnimmt, solange mit Zahnrad gefahren werde, könne eine ausreichende Geschwindigkeit nicht erzielt werden, so ist das nicht vollständig richtig. Nach erfolgter Elektrifikation kann man auch über das Zahnrad mit einer Geschwindigkeit fahren, die für den Touristenverkehr genügt.

Nun wollen die Interessenten des Berner Oberlandes unbedingt wenigstens das erreichen, dass nicht nur elektrifiziert, sondern dass die Strecke Interlaken–Meiringen auf Normalspur ausgebaut wird. Dieser Kampf um die Normalspur- oder Doppelspurbahn tobte schon damals, als man die Konzession erteilte. Man hatte sich dann dahin verständigt, es sei eine Schmalspurbahn zu bauen, aber die Terrainerwerbung und die zu erwerbenden Objekte sollen so gestaltet werden, dass dem späteren Ausbau auf Normalspur bereits Rechnung getragen werde. Trotzdem wird ja heute dieser Ausbau noch gegen 7 Millionen Fr. kosten, nebst den 12 Millionen Fr., die für die Elektrifikation erforderlich sind. Da sagen uns nun die Bundesbahnen folgendes: Wir können diesen Aufwand von 12 Millionen Franken, von denen der Bund uns 4 Millionen abnehmen will, so dass wir also noch mit 8 Millionen belastet bleiben, als Bundesbahn nur verantworten, wenn wir damit den Touristenverkehr rationeller bewältigen können. Wenn man von Interlaken nach Meiringen die Linie auf Normalspur ausbaut, muss jeder Passagier, der von Interlaken nach Luzern fährt, oder umgekehrt, in Meiringen umsteigen; man kann nicht das gleiche Wagenmaterial verwenden, denn das eine wäre normalspurig und das andere schmalspurig. Das gibt Zeitverlust und Komplikationen, und von dem wertvollen Zeitgewinn, für den man 12 Millionen einsetzen will, geht ein grosser Teil wieder verloren, weil man in Meiringen Umschlag hat. Die Bundesbahnen sagen, wenn man ihnen diese Auflage mache, könnten sie die Kosten nicht auf sich nehmen. Denn sie kommen nicht zu einer Verbesserung des Betriebes, der diesen Aufwand rentabel erscheinen lässt. Ich befürchte, dass das Begehren nach Ausbau auf Normalspur, wenn es aufrecht erhalten wird, bewirken wird, dass ein sehr harziges Hin und Her entsteht.

Was das Postulat Bürki anbelangt, so würde Herr Bürki besser tun, dem Antrag Gallati zuzustimmen und Art. 4 zu streichen, womit die endgültige Erledigung wieder in die Hände des Bundesrates und der Bundesbahnen verlegt würde. Wenn Sie den Entscheid für sich vorbehalten wollen, tun Sie das, das überlassen wir gerne dem Parlament. Dass daraus eine ganz wesentliche Verzögerung eintreten wird, ist für mich ganz zweifellos.

Nun habe ich noch den Antrag Petrig zu besprechen, der unterstützt wurde von Herrn Foppa und auch von Herrn Schmutz. Es handelt sich um die bergbäuerliche Heimarbeit, eine Aktion, die mir durchaus sympathisch ist, denn es ist verdienstlich, dass man den Arbeitskräften in den Bergtälern in den ruhigen Zeiten des Winters, wo sie sich auf dem Felde nicht betätigen können und durch die Pflege des Viehs nicht vollständig in

Anspruch genommen sind, Heimarbeit zu verschaffen sucht. Diese Aufgabe hat der Schweiz. Bauernverband organisiert. Es existiert das sog. Heimatwerk, das von Herrn Dr. Laur geführt wird, einem Sohn des Bauernsekretärs. Nun krankt diese Aktion immer an Finanzmangel; auch da scheint der Kredit nicht ganz in Ordnung zu sein, denn ich weiss, dass ohne die Bürgschaft des Schweiz. Bauernverbandes das Heimatwerk nicht einmal das hätte einsetzen können, was es eingesetzt hat. Aber es ist daraus eine ziemlich beträchtliche Verpflichtung des Schweiz. Bauernverbandes entstanden, und der Zweck der Aktion darf nun nicht der sein, dass etwa der Bund den Schweiz. Bauernverband ablösen sollte. Die Sache bedarf der Prüfung, auch deshalb, weil wir ja dieses Heimatwerk bereits von Bundes wegen unterstützen. Ich hatte aber in diesen bewegten Tagen, wo ich stündlich Red' und Antwort stehen muss, nicht Zeit, um nachzusehen, wie es sich mit der gegenwärtigen Subventionspraxis verhält. Die gleiche Frage ist auch im Ständerat aufgeworfen worden. Herr Ständerat Amstalden wollte schon bei der Uebergangsvorlage eine solche Ergänzung anbringen, wie sie Herr Petrig im definitiven Text anbringen will. Ich habe ihn gebeten, er möchte sich gedulden bis zur Behandlung der Hauptvorlage, und mir Zeit geben, die Sache abzuklären. Ich wäre Herrn Petrig dankbar, wenn er mir diese Gelegenheit auch geben würde. Die Sache hat mein volles Wohlwollen, aber ich habe Hemmungen, einem solchen Antrag zuzustimmen, solange ich nicht Gelegenheit hatte, die heutige Situation und die Konsequenzen zu untersuchen. Es wäre mir deshalb angenehm, wenn Herr Petrig auf diesen Antrag verzichten könnte. Wenn Sie ihn trotzdem annehmen würden, würden wir die Prüfung nachher vornehmen, und wenn wir zum Resultat kommen sollten, dass schon genug getan wird, müssten wir trotz des Ergänzungsantrages halt Nein sagen, denn es handelt sich nicht um eine Verpflichtung, sondern nur um eine Möglichkeit. Sollten wir dazu kommen, etwas Ausserordentliches zu tun, so könnte das nur in einem einmaligen Beitrag bestehen. Das wird wahrscheinlich die Lösung sein. Man sollte dieses Heimatwerk etwas besser mit Finanzen ausstatten, was mit einem einmaligen Bundesbeitrag geschehen könnte. Aber klar ist mir die Situation gegenwärtig nicht und deshalb wäre es mir lieber, wenn Herr Petrig den Antrag vorläufig zurückziehen würde. Die Frage ist damit nicht abgetan, sie wird wieder kommen.

Herr Präsident **Hauser** übernimmt den Vorsitz.
M. **Hauser,** président, prend la présidence.

Präsident: Hält Herr Petrig seinen Antrag aufrecht?

Petrig: Ja.

Abstimmung — *Vote.*

Für den Antrag Chassot	31 Stimmen
Dagegen	41 Stimmen
Für den Antrag Schmid-Solothurn	61 Stimmen
Dagegen	63 Stimmen
Für den Antrag Petrig	96 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

Ziff. III.

Antrag der Kommission.

	Fr.
III. Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz:	
a. Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal oder Bahnverbindung Disentis–Reusstal . .	35 000 000
b. Ausbau Klausenstrasse, Oberalpstrasse, Lukmanierstrasse .	

Antrag Foppa.

a. ... Glarus–Vorderrheintal und Ausbau der Oberalpbahn.

Antrag Lanicca.

a. ...	
b. ...	
c. Ganzjährige Nord–Süd-Autostrassenverbindung durch die Ostalpen	12 000 000

Ch. III.

Proposition de la commission.

III. Mesures destinées à assurer les communications avec la Suisse orientale:	
a. Route reliant le canton de Glaris et la vallée supérieure du Rhin ou ligne reliant Disentis et la vallée de la Reuss . . .	35 000 000
b. Aménagement des routes du Klausen, de l'Oberalp et du Lukmanier	

Amendement Foppa.

a. ... et la vallée de la Reuss et aménagement de la ligne de l'Oberalp.

Mitunterzeichner — *Cosignataire:* Condrau.

Amendement Lanicca.

a. ...	
b. ...	
c. Etablissement d'une route nord–sud pour automobiles, ouverte toute l'année, à travers les Alpes orientales	12 000 000

Wetter, Berichterstatter: Es liesse sich über diesen Abschnitt sehr viel reden. Wenn ich das nicht tue, sondern mich mit wenigen Andeutungen begnüge, so deshalb, weil es sich hier nicht um die Fixierung und Feststellung irgend welcher definitiver Projekte handelt, sondern einfach darum, eine gewisse Summe — es sind 35 Millionen in Aussicht genommen — in Reserve zu stellen. Die neuen Grenzverhältnisse der Schweiz und die militärische Empfindlichkeit des Beckens von Sargans machen es zu einer politischen und militärischen Notwendigkeit, dass nach dem Kanton Graubünden noch eine weitere, auch im Winter leistungsfähige Verbindung von der Zentralschweiz aus geschaffen wird.

Ueber die Projekte selbst besteht noch keine Einigkeit, auch im Kanton Graubünden nicht. Es steht noch offen, ob es sich um eine neue, auch im Winter offen zu haltende Alpenstrasse über den Segnes-, den Kisten- oder den Panixerpass handelt, oder eventuell um eine Eisenbahnverbindung von Disentis nach dem Reusstal hinüber, also eine Verlängerung, ein weiterer Ausbau der Rhätischen Bahnen ins Reusstal. Die Entscheidung der Frage soll durch die Genehmigung des Postens von 35 Millionen nicht präjudiziert werden, denn es soll der Kredit nur unter der Voraussetzung bewilligt werden, dass der Bundesversammlung vorgängig der Inangriffnahme der Ausführungsarbeiten ein besonderer Antrag zur Beschlussfassung unterbreitet wird. Was das Letzte anbetrifft, so werden Sie ja noch zu einem Antrag von Herrn Gallati Stellung zu nehmen haben, der die Streichung von Art. 4 beantragt, wodurch die endgültige Stellungnahme allerdings vom Parlament in den Bundesrat verlegt würde. Ich nehme dazu vorläufig keine Stellung, weil der Moment hierzu erst gegeben ist, wenn wir den Art. 4 zu behandeln haben. Ich möchte im Namen der Kommission, die einstimmig war, die Genehmigung dieses Postens von 35 Millionen Franken empfehlen.

M. **Graber,** rapporteur: Devant votre commission, une voix s'éleva d'abord demandant que l'on n'entrevoie pas la réfection de routes alpestres seulement, mais plutôt des réfections générales. Il fallut constater que nous nous trouvions en face d'un article constitutionnel qui établit la distinction critiquée. En outre, les deux projets prévus ont un caractère militaire très net. Les autres travaux routiers pourront bénéficier d'une subvention sur les salaires versés à des chômeurs occupés sur leurs chantiers, subvention pouvant aller jusqu'au 75 %.

Aucune proposition ne fut présentée et ce poste fut adopté sans opposition, chacun ayant compris qu'il importait de relier au plus tôt le canton des Grisons à la Suisse intérieure pour le sortir en toute saison d'une possibilité d'isolement en cas d'événements graves. Remarquons que le tracé des travaux qui seront entrepris n'est pas précisé. La route à construire n'est pas désignée. Seul le crédit est ouvert. Quand le Conseil fédéral aura établi son projet, le Parlement aura l'occasion d'en discuter et de prendre position en face de tous les mémoires qui vous ont été si copieusement distribués.

Le crédit fut voté par votre commission sans aucune opposition.

Foppa: Abschnitt B. III der Vorlage enthält die Bestimmungen über die Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz, an denen aber nicht nur die südöstlichen Kantone, sondern die ganze Schweiz interessiert sind. Den Bündnerpässen ist seit Jahrhunderten in wirtschaftlicher wie strategischer Hinsicht grosse nationale und internationale Bedeutung zugekommen. Insbesondere waren es die Verbindungen nach der Südostschweiz, die im Warenverkehr wie im Heeresdienst eine hervorragende Stelle behaupteten.

Die römischen Strassenzüge wurden selten und nur in Notfällen tief in den Abhang eingeschnitten, sondern möglichst aus demselben herausgetragen. Sie folgten den sonnigen Lagen des Berges.

Durch den Zug des russischen Generals Suworoff über den Panixerpass im Jahre 1799 hat dieser Pass welthistorische Bedeutung erhalten.

Die Bestrebungen, das Glarnerland und Bündner Oberland vermittelst einer Passtrasse durch die Alpen zu verbinden, greifen bis zum Jahre 1542 zurück. Zu jener Zeit liess der Rat von Glarus ein Projekt für ein Strässchen über diesen Berg erstellen. Im Jahre 1688 wurden die gleichen Bestrebungen wieder aufgenommen und bezügliche Verhandlungen mit der Bündner Regierung gepflogen. Auch in den Jahren 1771 und 1772 ist im Glarnerland einer Strasse nach dem Bündner Oberland zum Zwecke eines ungehinderten Verkehrs mit dem Tessin im Interesse der Lebensmittelversorgung aus dem Süden gerufen worden. Im Jahre 1872 beschloss die Landsgemeinde von Glarus in aller Form den Bau einer Panixerstrasse und bewilligte einen bezüglichen Staatskredit.

Zufolge der politischen Ereignisse dieses Jahres durch den Anschluss von Oesterreich an Deutschland wie durch die nachfolgenden politischen Ereignisse im Nordosten ist die Frage einer Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal aktuell geworden. Militärstrategische Gesichtspunkte werden in der bundesrätlichen Botschaft für einen Strassenbau Glarnerland–Bündner Oberland in den Vordergrund gestellt. Die einzige Verbindung von Nordosten her über Sargans nach Graubünden bedeutet im Kriegsfall eine Sackgasse, wenn man bedenkt, dass der Bahnhof Sargans nur 2 km von der Liechtensteiner Grenze entfernt ist. Herr Bundesrat Obrecht hat gestern in zutreffender Weise auf diese Gefahr hingewiesen und erklärt, dass für Graubünden neue Strassenverbindungen geschaffen und bestehende Strassenverbindungen ausgebaut werden müssen, damit der Kanton Graubünden nicht abgeschnitten werde.

Nicht allein Graubünden ist gefährdet, sondern auch der Kanton Tessin. Herr Kollege Condrau hat schon gestern darauf hingewiesen, wie leicht Airolo mit der Bahnstation vom Pass St. Giacomo beschossen werden könne. In diesem Falle bildet der Lukmanier einen wichtigen Uebergang, geschützt von gewaltigen Bergen, wie Scopi etc. und bedeutet damit eine ausgezeichnete Verbindung für jeglichen Verkehr.

Die bundesrätliche Botschaft nimmt auf Seite 44 Bezug auf die verschiedenen Strassenbauprojekte zwischen Glarus und Graubünden. Die Regierung des Kantons Glarus hat das Projekt einer Panixer- und Kistenstrasse ausgearbeitet. Für eine Segnesstrasse besteht ebenfalls eine Projektstudie von Ingenieur v. Salis in Flims. Welchem dieser Projekte der Vorzug zu geben ist, dafür werden in erster Linie strategische Gesichtspunkte entscheidend und ausschlagebend sein, weshalb ich auf dieselben nicht näher einzutreten brauche. Für die Landesverteidigung ist eine Strassenverbindung Glarus-Graubünden-Tessin dringlich notwendig.

Nebst den militärischen Gründen kommt einer solchen Strassenverbindung auch eine grosse wirtschaftliche und verkehrspolitische Bedeutung zu

zufolge ihrer Nord–Süd-Verbindung Zürich–Glarus–Bündner Oberland–Tessin, sowie nach dem zentralbündnerischen Strassennetz mit den Strassenzügen: St. Bernhardin, Splügen und Julier. Aus dieser Ueberlegung ist nebst den militärischen Momenten bei der Festsetzung des Strassentracés den verkehrspolitischen und volkswirtschaftlichen Interessen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

In Erkenntnis der grossen Bedeutung einer Strassenverbindung Glarus–Graubünden hat eine grosse, an tausend Personen zählende Volksversammlung am 25. September 1938 in Ilanz, an der auch eine Anzahl Freunde aus dem Kanton Glarus und Tessin teilgenommen haben, folgende Resolution gefasst:

„Die heutige Volksversammlung in Ilanz begrüsst die in der bundesrätlichen Botschaft über Verstärkung der Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung ausgesprochene Absicht, in erster Linie aus Gründen der Landesverteidigung eine neue Alpenstrasse zur Verbindung des Glarnerlandes mit dem Bündner Oberland durch weitgehende Bundeshilfe erstellen zu lassen.

Zu den Erwägungen militärischer Natur kommen Rücksichten auf die Entwicklung der Volkswirtschaft und des Verkehrs in den durch eine solche neue Strassenverbindung bestimmten Landesteilen, so auch des Kantons Tessins, mit welchem das Bündner Oberland alte, wertvolle Beziehungen unterhält.

Die Versammlung richtet sowohl an den Bundesrat, als an die Regierungen der Kantone Graubünden, Glarus und Tessin das Gesuch, mit Rücksicht auf die veränderte politische Lage in Europa alles zu tun, was für eine rasche Inangriffnahme einer Strassenverbindung Glarnerland–Bündner Oberland notwendig ist."

Seit der Drucklegung der bundesrätlichen Botschaft ist wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Frage einer Schmalspurbahn von Gurtnellen nach Sedrun aufgeworfen wird.

Unmittelbar darauf sind weitere Varianten aufgetaucht, so eine mit Ausgangspunkt Göschenen mit Endpunkt Rueras.

Ein drittes Projekt will eine neue Linie bis Rueras mit einem 12 km langen Tunnel. Sodann ist eine neue Linie Disentis–Reusstal entworfen.

Ich sehe davon ab, auf diese verschiedenen Projekte näher einzutreten und überlasse deren Begutachtung den zuständigen Fachinstanzen. Soviel ist bekannt, dass es sich um sehr kostspielige Projekte handelt; um Kostensummen von 40—50 Millionen Franken.

Dem Benehmen nach, sollen bezügliche Gutachten, namentlich das Gutachten der Generaldirektion der Bundesbahnen geradezu vernichtend sein für diese Projekte, so dass deren Ausführung nicht nur aus bau- und finanztechnischen Erwägungen, sondern auch strategischen Gesichtspunkten sehr in Frage gestellt wird.

In letzter Zeit ist bezüglich Bahnverbindung noch eine weitere Lösung in Aussicht gestellt worden, nämlich der Ausbau der Oberalpbahn, um diese Strecke auch für den Winterbetrieb leistungsfähig zu gestalten, als Verbindungslinie zur Schöllenenbahn und Gotthardbahn.

Ein bezügliches Projekt von Herrn Oberingenieur Bernasconi will den Ausbau der Oberalpbahn über den Berg mit der Elektrifikation der Bahn mit einem Kostenvoranschlag von ca. 5 Millionen Franken.

Ein zweites Projekt sieht einen ca. 6 km langen Tunnel von Tschamutt ins Urserental vor und will überdies die östliche Zufahrt ab Disentis verbessern. Dazu käme der Umbau der Schöllenenbahn, Kostenvoranschlag ca. 12 Millionen Franken.

Die bundesrätliche Vorlage sieht nun im Abschnitt B III *a* vor:

a. Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal oder Bahnverbindung Disentis–Reusstal.

Aus strategischen und volkswirtschaftlichen Erwägungen dürfte bei dieser Wahl der Strassenverbindung der Vorzug zukommen.

Aber auch als besseres Arbeitsbeschaffungsobjekt verdient der Strassenbau den Vorzug gegenüber einem Bahnbau mit Tunnel. Hingegen ist die Frage der Prüfung wert, ob nicht neben dieser Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal auch der Ausbau der Oberalpbahn gemäss dem kleinen Projekt Bernasconi ins Arbeitsbeschaffungsprogramm an Stelle der Bahnverbindung Disentis–Reusstal aufgenommen werden kann.

In diesem Sinne habe ich meinen Antrag gestellt, der folgenden Wortlaut hat:

„B. Arbeitsbeschaffung.

III. Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz:

a. ... Glarus–Vorderrheintal und Ausbau der Oberalpbahn."

Diese Lösung würde einerseits die grosse Bedeutung einer Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal in militärischer, verkehrspolitischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht ausserordentlich ergänzen und anderseits tragbare Kosten erfordern. Die Kosten der Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal nebst Ausbau der Oberalpbahn sind auf etwa 20—30 Millionen Fr. kalkuliert gegenüber dem Kostenvoranschlag einer Bahnverbindung Disentis–Reusstal von ca. 40—50 Millionen Fr.

Die dem Jahresbetrieb dienstbar gemachte Oberalpbahn im Mittelpunkt der Strassenzüge Glarus–Graubünden, Tessin–Lukmanier, Gotthardstrasse und Gotthardbahn–Furkastrasse dürfte in Friedens- und Kriegszeiten unschätzbare Vorteile zeitigen. Diese Lösung würde die Verbundenheit der Kantone Tessin und Graubünden mit der übrigen Schweiz sichern.

Ich empfehle meinen Antrag deshalb zur Annahme.

Lanicca: Nachdem das in meiner Motion vom 22. Juni gestellte Begehren: der Ausbau einer ganzjährigen Nord–Süd-Verbindung für den Autoverkehr durch die Ostalpen sei in das vorliegende Arbeitsbeschaffungsprogramm einzubeziehen, keine Berücksichtigung gefunden hat, war ich genötigt, den vorliegenden Antrag einzubringen.

Die Schaffung einer das ganze Jahr befahrbaren Nordsüdverbindung für den Autotourismus ist heute zur Landesfrage geworden. Heute, da wir in wirtschaftlicher Bedrängnis und unter kultureller Beeinflussung von aussen her alles dransetzen müssen, um die wirtschaftliche Existenz

und die geistige Selbständigkeit unseres Landes zu wahren, genügt es nicht mehr, Probleme nur zu diskutieren und in ängstlicher Abwägung untergeordneter Fragen die Hauptforderungen unerfüllt zu lassen. Es gilt, mit etwelcher Grosszügigkeit die realisierbaren Projekte anzupacken und durchzuführen.

Wir wollen weder bestreiten noch bezweifeln, sondern anerkennen, dass solche Erkenntnisse hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, also der Arbeitsbeschaffung, den Bundesrat und insbesondere den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements bestimmt haben, die Vorlage in diesem Ausmasse einzubringen, trotz Anfechtung, die zum Teil jedes Mass sachlicher Kritik überstieg.

Zu den allgemein-schweizerischen Fragen von nicht nur wirtschaftlicher sondern auch kultureller Bedeutung zählen wir die Schaffung einer internationalen Autostrasse durch die Schweiz, die das ganze Jahr, also auch im Winter, befahren werden kann.

Wir wären nun in der Lage, ein Projekt zu realisieren, das mit dem denkbar kleinsten Kostenaufwand den internationalen Autoverkehr Nord–Süd und umgekehrt über grosse Strecken unseres Landes hinleiten würde und zugleich sowohl für Graubünden als auch für die Schweiz ein kulturpolitisches Problem lösen könnte. Diese Möglichkeit bietet der Bau des etwas über 5 km projektierten Bernhardin-Autotunnels. Der Bernhardin bildet die Wasserscheide zwischen dem bündnerischen Hinterrheintal und dem Misox. Die nördliche Zufahrt geht von Chur über Thusis–Andeer–Hinterrhein. Die südliche Anfahrt kommt aus dem Kanton Tessin herauf.

Der Bau von Alpentunnels ist keine Neuheit. Am Bernhardin sind nach den eingeholten Gutachten äusserst günstige geologische Verhältnisse vorhanden. Nur zwei Gneisarten sind zu durchfahren, die gut abzubauen, gut zu sprengen und im Profil stand- und wetterfest sind. Es ist deshalb nicht notwendig, dass der ganze Tunnel ausgemauert wird. Grosse Strecken können roh gelassen werden, so wie das bei Bahntunnels auch geschieht. Wo notwendig, also an wenig festen Partien, ist eine Ausmauerungsstärke von 30 cm vorgesehen, an schlechten Partien und an den Portalen 40 cm.

Die baulichen und geologischen Fragen sind somit hier die gleichen wie beim Bahntunnel. Neue Probleme sind durch den Autotunnel erstanden in Hinsicht auf das Fahrraumprofil und die Tunnelluft.

Was das Fahrraumprofil anbetrifft, ist das Bernhardin-Projekt 1934/1935 entstanden, bevor die Normen der Vereinigung schweizerischer Strassenfachmänner bekannt waren. Das heutige Projekt, das beim Bundesrat eingereicht ist, passt sich den eidgenössischen Normen an und weist eine lichte Höhe von 4,20 m und eine Fahrbahnbreite von 6 m nebst beidseitigem 50 bis 60 cm breiten Gehweg für Tunnelbedienung eventuell für Radfahrer auf. Die Fahrbahn ist nur berechnet für Motorfahrzeuge, an eine Benützung durch Pferdefuhrwerk denkt niemand. Dafür müsste eine bedeutend breitere Fahrbahn erstellt werden.

Mit dieser Wahl des Fahrraumprofils ist es auch möglich, dass drei Wagen kreuzen bezw. vorfahren können, was dann zutreffen kann, wenn ein Wagen aus irgend einem Grunde halten muss.

Ein neues Problem stellte sich in der Belüftungsfrage. Hier fehlen die Erfahrungen im Autotunnelbetrieb im Alpenland. Aber auf Grund der Erfahrungen in den Städtetunneln, den Flusstunneln, unter Berücksichtigung aller abweichenden meteorologischen Verhältnisse haben Berechnungen ergeben, dass für den gut 5 km langen Tunnel zum Zwecke der Lüftung ein 360 m hoher Schacht genügen sollte. Der Schacht enthält eine regulierbare Anlage, die je nach der Luftströmung im Tunnel selbst ein- oder ausgeschaltet werden kann.

Fachmännische Berechnungen, die dem Projekte zugrundeliegen, bezeichnen dieses Längslüftungssystem mit 4 m Strömungsgeschwindigkeit per Sekunde als genügend bis zu einer Dauerfrequenz von 400 bis 500 Autos per Stunde.

Wir sind nicht Fachmann in solchen Fragen, aber wenn wir hören, dass z. B. der 3,3 km lange Col di Tenda-Tunnel zwischen Turin und Nizza ohne künstliche Belüftung dem Autobetrieb genügt, wenn wir weiter bedenken, dass für absehbare Zeit eine Verkehrsdichtigkeit von 400 bis 500 Automobilen per Stunde wohl nicht zu erwarten ist, so darf gesagt werden, dass auch das Lüftungsproblem gelöst ist.

Denn in bezug auf die Verkehrsdichte haben wir einen Anhaltpunkt an den Erhebungen auf verkehrsreichen Strecken, so z. B. hat man am Bahnhofplatz Zürich im Maximum pro Stunde 741 Autos, auf der Strecke Zürich–Baden 161 und Baden–Brugg 125 Autos gezählt. Daraus ist zu ersehen, dass mit 500 Autos pro Stunde am Bernhardin zum mindesten genügend, wahrscheinlich sehr hoch gerechnet ist.

Die Regierung des Kantons Graubünden hat das Projekt einer Expertise durch einen Fachmann unterstellt. Das Ergebnis dieser Expertise lautete günstig, in bezug auf die Lüftung noch optimistischer als die Annahme des Projektverfassers.

Für Graubünden bedeutet die Schaffung dieser internationalen Nord–Südverbindung eine verkehrspolitische Frage ersten Ranges. Nicht nur die an der Linie gelegenen Orte würden eine Verkehrsbelebung erfahren und benötigen, sondern ebensosehr alle bündnerischen Fremdenplätze. Eine das ganze Jahr befahrbare Automobilroute durch Graubünden würde neuen Verkehr, vermehrten Verkehr auf allen Strassen Bündens bringen, sowohl für die schon bestehenden als auch für noch zu bauende Zufahrtsstrassen aus andern Landesteilen her.

Zudem bringt die Bernhardinstrasse die italienischen Talschaften Misox und Calanca ihrem Heimatkanton Graubünden näher. Wir haben heute den Zustand, dass während der Winterszeit Misox und Calanca praktisch vom übrigen Kantonsteil abgeschlossen sind. Der Postverkehr über den Bernhardin ist im Winter eingestellt. Unsere fratelli mesolcinesi müssen sieben Schweizerkantone durchfahren, um die Wintersession des Grossen Rates besuchen zu können. Man soll sich vorstellen, was das heisst, von Ende Oktober bis Ende Mai vom übrigen Kantonsteil, aber auch von der Hauptstadt abgetrennt zu sein, sodass nur auf grossem Umwege noch etwelcher persönlicher Ver-

kehr möglich ist. Der Verkehr richtet sich vollständig nach dem Tessin und doch sind die Einwohner der Mesolcina und des Calancatales in Graubünden zuständig. Trotz aller Misstände in dieser verkehrspolitischen Angelegenheit halten die Bewohner dieser beiden italienischen Talschaften mit zähem Willen an ihrer Parole fest: wir sind Bündner und wollen es sein.

So wie der Tessin gewillt und bestrebt ist, italienische Kultur in Form schweizerisch-demokratischer Auffassung zu wahren und zu fördern, so ist es auch mit unsern Miteidgenossen im Misox und Calanca. Aber um diese Kultur in Anlehnung an unsere gesamtschweizerische Staatsauffassung zu beleben, bedarf es unter anderem auch des persönlichen Verkehrs unter den verschiedensprachigen Mitbürgern. Was dem Tessin in dieser Hinsicht gegenüber der deutschen Schweiz der Gotthard bedeutet, das sollte dem Misox und Calanca im Verkehr mit dem übrigen Kantonsteil Graubündens der Bernhardin bringen. Schon heute fährt die Autopost beidseitig des Bernhardins bis an den Ort der projektierten Portale und zwar das ganze Jahr. Für die Zeit der Sommermonate ist der Autoverkehr über den Bernhardin auch heute verhältnismässig gross.

Wir wollen an Hand einer sehr kurzen Statistik nachweisen, wie trotz schlechten Strassenverhältnissen gegenüber dem Julier die Personenbeförderung über den Bernhardin durch die Post eine sehr ansehnliche ist. Im Juli und August der Jahre 1935, 36, 37, hatten der Julier, der Bernhardin und der Lukmanier folgende Zahlen aufzuweisen:

	1935	1936	1937
Julier	3696	2079	3305
Bernhardin . .	1952	1380	1805
Lukmanier . . .	718	804	1180

Die ganzjährige Verbindung des Mesolcina mit dem Kanton ist seitens der Bevölkerung dieser italienischen Talschaften als ihre Existenzfrage bezeichnet worden. Alle Bestrebungen Graubündens für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung dieser Talschaften haben zur Voraussetzung die Schaffung der ganzjährigen Verbindungsmöglichkeit.

Graubünden befindet sich im Hinblick auf den Ausbau seiner Alpenstrassen in einer wenig beneidenswerten Lage. Mit der Anpassung der Strassen an die Forderungen des modernen Verkehrs ist man noch sehr im Verzuge, trotz der gewaltigen Anstrengungen, die Graubünden nach dieser Richtung macht. Es ist eben zu bedenken, dass dieser territorial grösste Kanton der Schweiz, der jedoch mit 17 Einwohnern auf einen Quadratkilometer sehr dünn bevölkert ist, im ganzen 1254 km Staatsstrassen zu unterhalten hat. So kommt es, dass der Bündner Steuerzahler zwei Drittel der Kosten für den Ausbau seines grossen Strassennetzes mit seinen Steuern aufbringen muss, also weit grössere Lasten auf sich zu nehmen hat als dies im Durchschnitt aller andern Kantone der Fall ist. Graubünden hat neben Appenzell I.-Rh. die weitaus schlechtesten Gesamtdeckungsverhältnisse für seine Strassenaufwendungen und muss eine angemessene eidgenössische Hilfe vermissen. Der Bund übernimmt drei Viertel bis neun Zehntel der Urner, rund die Hälfte der Walliser, vier bis sechs Zehntel der Obwaldner Strassenbaukosten. Graubünden aber wird mit drei bis vier Zehntel abgespeist. Zieht man dabei in Betracht, dass Uri seine Gotthardbahn, der Westen seine Simplonlinie hat, welche Gegenden dadurch an den Weltverkehr angeschlossen sind, so darf Graubünden mit Fug und Recht verlangen, dass ihm der starke Bund für den Bau einer Autostrasse durch den Bernhardin seine besondere finanzielle Hilfe leiste, umsomehr als diese einen gewissen Ersatz für die Ostalpenbahn bieten würde, an die der Bund s. Zt. einen Betrag von 4½ Millionen Fr. vertraglich zugesichert hat. Wenn schon die angeführten Argumente schwerwiegend genug sein sollten, das gestellte Begehren zu rechtfertigen, so kommt heute noch ein weiteres hinzu, ein Argument, das allumfassend ist, also die schon angebrachten Gründe einschliesst. Ich meine nichts anderes als das gesamtschweizerische Interesse an einer für das ganze Jahr befahrbaren Nord–Süd-Verbindung durch die Ostalpen.

Der Verkehr über die bündnerischen Alpenpässe hat von jeher, seit Jahrhunderten, nicht nur die Bündner beschäftigt, sondern darüber hinaus Interesse erweckt.

Die Bündner Alpenpässe waren die kürzesten und die gesichertsten, die gegebenen Verbindungsrouten von Deutschland nach Italien und umgekehrt. Wer die Bündnerpässe beherrschte, hatte die Möglichkeit, auf der kürzesten Strecke in leicht zu bewältigender Weise vom nördlichen Kriegsschauplatz zum südlichen oder umgekehrt Truppenverschiebungen vorzunehmen. Nun ist es nicht meine Aufgabe und auch nicht meine Absicht, die strategische Bedeutung der Bündner Pässe zu beleuchten. Aber ich möchte mit diesem Hinweis nur andeuten, dass schon vor Jahrhunderten die Bündner Pässe die Aufmerksamkeit der Strategen beanspruchten als die gegebenen Uebergangsmöglichkeiten von Norden nach Süden. Diese Erkenntnis in militärpolitischer Hinsicht steht in Uebereinstimmung mit der Entwicklung des Verkehrs in wirtschaftlicher Hinsicht.

Die Bündnerpässe waren seit Jahrhunderten die Routen für den internationalen Warenverkehr zwischen Süddeutschland und Italien; ich erinnere an die Säumerkolonnen über den Septimer, Julier, Bernhardin. Und Graubünden hat sich von jeher bestrebt, diese durch die topographischen Verhältnisse gegebenen Verkehrswege den Zeiterfordernissen entsprechend zu halten und zu unterhalten. Aus diesem Bestreben heraus — nämlich dem Anwachsen des internationalen Warenverkehrs die notwendigen verkehrstechnischen Möglichkeiten gegenüberzustellen — hat Graubünden im Jahre 1823 den ersten bündnerischen fahrbaren Alpenübergang am Bernhardin eröffnet. Demnach galt schon damals der Bernhardin als der leichteste, für den Warenverkehr geeignetste Nord–Süd-Uebergang.

Mit der Entwicklung der Verkehrstechnik hat Graubünden stets versucht Schritt zu halten. Schon zur Zeit, als die erste Schweizerbahn von Zürich nach Baden eröffnet worden war, beschäftigte man sich in Graubünden mit der Ueberschienung der Alpen, und damit begann der Kampf um die Ostalpenbahn. Leider hat die Eisenbahnpolitik im 19. Jahrhundert und zu Anfang des

20. Jahrhunderts verhindert, der Ostschweiz die im Eisenbahngesetz von 1872 zugesicherte Ostalpenbahn zu geben. Für absehbare Zeit ist nicht daran zu denken, dass dieses Werk zustande kommt. Schon diese Tatsache allein gibt der Ostschweiz ein moralisches Anrecht auf besondere eidgenössische Unterstützung in verkehrspolitischer Hinsicht. Dieses Begehren der Ostschweiz ist heute um so mehr gerechtfertigt, als die Schaffung einer das ganze Jahr befahrbaren Alpendurchgangsstrasse für den Autotourismus zur eidgenössischen Schicksalsfrage gereift ist. Die projektierte Autostrasse über den Brenner, als Verbindung zwischen Rom und Berlin, ist zum Teil schon ausgebaut. Die Fertigstellung ist auf das Jahr 1941 vorgesehen. Nachdem nun Oesterreich dem Dritten Reich einverleibt ist, und die beiden Achsenmächte Italien und Deutschland sich am Brenner berühren, ist gar nicht daran zu zweifeln, dass diese beiden Mächte mit ihren autarkischen Wirtschaftsformen unter grösster Beschleunigung den Brennerausbau der Vollendung zutreiben. Was dann? Dann ist die Brennerroute die beste Alpenübergangsstrasse, welche für das ganze Jahr in Frage kommen kann. Denn sie liegt rund 1000 m tiefer als der Julier, hat somit mit den winterlichen Schwierigkeiten des Juliers nicht zu kämpfen. Da der Julier sowieso nicht für das ganze Jahr den gesicherten Durchpass gewährleistet, so wäre die Schweiz für den internationalen Autotourismus Süd–Nord ohne Bedeutung, sie würde umfahren werden. Für den schweizerischen Fremdenverkehr bedeutete dies eine kaum mehr gutzumachende Einbusse, welche indirekt natürlich ebenso andere Wirtschaftszweige berühren müsste. Eine internationale Durchgangsstrasse dient dem ganzen Lande und ist darum eine eidgenössische Angelegenheit. Die Bernhardinstrasse mit Autotunnel qualifiziert sich als erstklassige Nord–Süd-Verbindung, weil sie während des ganzen Jahres befahrbar ist und eine flüssige Linienführung aufweist, weil sie die ganze Schweiz durchfährt und die wichtigsten Fremdengebiete berührt, weil im Norden bequeme Zufahrten durch das Rheintal und nach dem Bau der Walenseestrasse auch über Basel–Zürich vorhanden sind, so dass das Einzugsgebiet im Winter von Basel und dem Rheinland bis nach Augsburg reicht und weil sie im Süden über Bellinzona und Chiasso ins verkehrspolitische und wirtschaftliche Zentrum der Lombardei ausmündet.

Dem Autotourismus kommt im Rahmen des schweizerischen Fremdenverkehrs und der Volkswirtschaft eine wichtige Rolle zu, und eine moderne Autostrasse stellt ein wertvolles Werbemittel dar, wie gerade die Beispiele in Oesterreich und Italien augenfällig beweisen. Die Aufwendungen des Staates für das Strassenwesen im allgemeinen und für eine internationale Durchgangsstrasse im besondern machen sich volkswirtschaftlich bezahlt, um so mehr, als dadurch willkommene Arbeitsgelegenheit geschaffen wird.

Die Schweiz hat, obwohl sie zu den typischen Alpen- und Touristenländern zählt, in den letzten drei Jahrzehnten, also im Zeitalter des Automobils und der verkehrspolitischen Wiedergeburt der Strasse, keine einzige Alpenstrasse neu gebaut. Wohl sieht das Programm über den Ausbau der Alpenstrassen für die nächsten Jahre umfangreiche Arbeiten vor. Allein sie beziehen sich fast ausschliesslich auf die Modernisierung des bestehenden Strassennetzes, und wo, wie beim Susten, eine neue Strecke gebaut wird, überwiegen militärische und regionale Momente.

Durch den Bau des Bernhardintunnels besteht die Möglichkeit, mit verhältnismässig bescheidenen Mitteln etwas Neues, eine ausgezeichnete Durchgangsroute zu schaffen, die dem ganzen Lande zugutekommt und die Schweiz in das europäische Strassennetz von der Nordsee zum Mittelländischen Meer einfügt.

Es kann somit vom schweizerischen Standpunkt aus nur der Bernhardin-Autotunnel in Frage kommen. Sein grosses Einzugsgebiet aus dem nördlichen Verkehrszufluss von Basel bis zum Bodensee, seine leichtsteigenden, von Lawinengefahr freien Zufahrtsrampen, die Ausmündung über Bellinzona und Chiasso in das Zentrum des lombardischen Wirtschaftsverkehrs prädestinieren ihn zum schärfsten Konkurrenten für den Brenner. Darin liegt der Vorzug vor anderen Uebergängen. Und weil dazu noch weitere Faktoren kommen, wie verhältnismässig kleine Aufwendungen, weite Führung über Schweizergebiet, Erleichterung wirtschafts- und kulturpolitischer Aufgaben für den Stand Graubünden, ist es staatspolitische Notwendigkeit, das Bernhardin-Autotunnelprojekt nächstens zu verwirklichen. Und zugleich ist der weitere Ausbau der Zufahrtsrampen zu beschleunigen.

Zur Bekräftigung unserer Ausführungen erlaube ich mir noch zwei Stellen aus einer Korrespondenz an die „Neue Zürcher Zeitung" vom 15. August vorzulesen, die sich ebenfalls mit dem gesamtschweizerischen Interesse befassen:

„Neben der Sicherung des Landes im Kriegsfall dürfen wir dessen wirtschaftliche Existenz im Frieden nicht vergessen. Die Schweiz sieht sich vor die Frage gestellt, ob sie sich die Stellung des wichtigen Transitlandes für den Nord–Süd-Verkehr, welche ihr die Alpenpässe seit dem Mittelalter gegeben hatten und die sie sich durch den Bau der Gotthardbahn im Zeitalter des Eisenbahnverkehrs gesichert hat, auch im Automobilverkehr werde bewahren können."

Ferner: „Graubünden erhebt den Anspruch, dass eine das ganze Jahr sicher befahrbare Durchgangsstrasse für das Automobil in seine Rechte trete. In einer einstimmig erheblich erklärten Motion hat der bündnerische Grosse Rat diesen Anspruch bekundet. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Vertretung eines Rechts gegenüber dem Bund um des Rechtes willen; entscheidend ist vielmehr die Ueberzeugung, dass allen bisher aufgestellten Vorschlägen für eine Nord–Süd-Durchgangsstrasse das Projekt einer Bernhardinstrasse überlegen ist. Es ist gründlich durchgearbeitet, und zwar sowohl in technischer Hinsicht, als auch in bezug auf die Kosten."

Ich bitte Sie also, meinem Antrag zuzustimmen.

Vonmoos: Ich will Gesagtes nicht wiederholen und kann mich auf ganz wenige Bemerkungen beschränken. Ich möchte aber angesichts der grossen Bedeutung einer Nord–Süd-Verbindung den Bundesrat und auch Sie ersuchen, das Bernhardin-Projekt

in das Arbeitsbeschaffungsprogramm einzubeziehen. Wenn wir unsere Stellung als wichtiges Transitland im Nord–Süd-Verkehr im Automobilverkehr, der für unser Land so wichtig ist, bewahren und verbessern wollen, müssen wir unbedingt eine zuverlässige internationale Nord–Süd-Verbindung schaffen. Das darf man wohl sagen, dass den bisher auf gestellten Vorschlägen für eine Nord–Süd-Durchgangsstrasse die Bernhardinstrasse weit überlegen ist. Das Projekt ist, wie der Herr Vorredner ausgeführt hat, in technischer und finanzieller Hinsicht gründlich durchgearbeitet und vermag die Anforderungen an eine internationale Durchgangsstrasse in hohem Masse zu erfüllen. Als Engadiner hätte ich keine Veranlassung, für die Bernhardinstrasse besonders einzutreten, aber die kantonalen und schweizerischen Interessen sprechen für dieses Projekt.

Dazu kommt dieser Verbindung eine besondere staatspolitische Bedeutung zu. Und darauf möchte ich Sie vor allem aufmerksam machen. Sie wissen, dass die italienischen Talschaften jetzt vollständig abgelegen und vereinsamt sind. Durch diese Automobilstrasse werden sie enger an uns angeschlossen; das ist von grosser Bedeutung. Deshalb möchte ich Sie ersuchen, dem Bernhardinprojekt Ihre Unterstützung zu gewähren.

Ruoss: Ich anerkenne mit grosser Genugtuung, dass mein Heimatkanton Schwyz in diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm weitgehend berücksichtigt worden ist und ich möchte es nicht unterlassen, dem Bundesrat, speziell Herrn Bundesrat Obrecht, den aufrichtigen Dank des Schwyzervolkes auszusprechen.

Ich habe den aufrichtigen Wunsch, dass das Volk meines Heimatkantons sich bei den kommenden eidgenössichen Abstimmungen hierfür erkenntliche zeigen werde. Meinerseits werde ich alles tun, dieses Ziel zu erreichen.

Nehmen Sie es mir jedoch nicht übel, wenn ich hier noch eine Wunsch anbringen. Es betrifft dies den Ausbau der Axenstrasse auf schwyzerischer Seite mit Trottoirs. Die Strasse Luzern–Gersau–Brunnen–Flüelen ist bereits ausgebaut, oder diese Arbeiten werden in den kommenden Monaten der Vollendung entgegengehen, mit der einzigen Ausnahme der Axenstrasse auf Schwyzergebiet.

Diese Strecke wurde im Jahre 1935 aus lauter Bescheidenheit unsererseits beim Alpenstrassenprogramm nicht angemeldet. Man wird mir zugeben müssen, dass der Kanton Schwyz seine Durchgangsstrassen nahezu neuzeitlich ausgebaut hat und dass unseren Strassen gewisse strategische Bedeutung zukommt, speziell der Axenstrasse.

Wenn man bedenkt, dass Brunnen und Umgebung als Fremdenkurort sich nie mehr recht erholen kann, solange der Ausbau der Axenstrasse mit Trottoirs auf schwyzerischem Gebiet nicht vollendet ist, weil an ein Begehen dieser Strasse durch Fussgänger kaum mehr ohne Gefahr zu denken ist, so werden Sie den Wunsch der dortigen Landesgegend begreifen.

Wenn man heute die ganze Axenstrasse durchfährt und die auf urnerischer Seite prächtig ausgebaute Strasse mit der Schwyzerstrecke vergleicht, so kann man als echter Schwyzer Kantonsbürger ein gewisses Wehmutsgefühl nicht unterdrücken.

Ich habe bereits ein bezügliches Postulat eingereicht. Ein Projekt ist in letzter Zeit beim Oberbauinspektorat ebenfalls eingegangen. Ich möchte nun Herrn Bundesrat Obrecht zuhanden des Gesamtbundesrates bitten, uns auch in dieser Angelegenheit sein grosses Wohlwollen erneut zu bekunden.

Rittmeyer: Denken Sie nicht, dass ich eine lange Rede halten werde. Ich will mich in meinen Ausführungen möglichst beschränken. Ich möchte Ihnen den Antrag Lanicca zur Annahme empfehlen. Es hat keinen Sinn, das, was schon gesagt wurde, ein drittes Mal zu wiederholen. Sie haben ja auch eine Broschüre mit Karte ausgeteilt erhalten, die Sie orientiert. Sie sind also im Bilde. Ich möchte nur noch einmal die militärische Bedeutung unterstreichen. Man wird uns entgegenhalten, dass die Bernhardinstrasse militärisch nicht die gleiche Bedeutung habe, wie die unter lit. *a* und *b* vorgesehenen Strassenprojekte, die von der Kommission unterstützt werden.

Zweifellos ist es militärisch von grosser Bedeutung, was da vorgeschlagen wird. Vergessen Sie dabei aber auch nicht das Wirtschaftliche, vergessen Sie nicht vor allem die Interessen des Kantons Graubünden und der ganzen Ostschweiz, die von jeher in ihrer Beziehung mit der Südschweiz und mit Italien benachteiligt worden sind. Aber auch, wenn Sie militärische Gesichtspunkte erwägen wollen, ist daran zu erinnern, dass kein Militär uns heute sagen könnte, dass nicht auch eine Bernhardinstrasse militärisch von der allergrössten Bedeutung werden könnte.

Nun das Finanzielle: Ich gehöre zu denen, die prinzipiell Abänderungsanträgen gegenüber diesem Programm Opposition machen wollen und die der Auffassung sind, es sei der Kommission grundsätzlich überall zuzustimmen. Sie werden deshalb erstaunt sein, dass ich in einem bestimmten Punkte den Antrag unterstütze, der mit vollen 12 Millionen Franken über das vorgeschlagene Programm hinausgeht. Ich habe mir vorerst überlegt, ob ich den Antrag Lanicca abändern wolle, indem nur die lit. *c* beantragt werde, unter Streichung der 12 Millionen Fr. Aber dann würden natürlich alle Projekte darunter leiden. Es könnte nichts recht gemacht werden. Wenn ich nun der Ueberzeugung bin, dass der Antrag Lanicca voll und ganz unterstützt werden muss, so möchte ich darauf hinweisen, dass Sie, wenn Sie diese 12 Millionen Fr. gewähren, eigentlich etwas tun, was schon seit Jahrzehnten Pflicht der Eidgenossenschaft gewesen wäre, nämlich die Schaffung irgendeiner Verbindung zwischen dem Süden und der Ostschweiz. Und wenn wir das heute formell unter diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm beschliessen, ist es tatsächlich nichts anderes, als irgendeine Kompensation für das nie in Kraft tretende Ostalpenbahnprojekt. Daher möchte ich Sie bitten, den Antrag Lanicca zu unterstützen und vor allem sich nicht mit dem abfinden zu lassen, was vielleicht von seiten des Bundesrates angeboten wird, wonach man versuchen werde, diese Strasse etwa ins normale Budget hineinzunehmen, etwa unter die 7 Millionen

Fr., die für die Strassen ausgesetzt werden. Damit könnte ein derartiger Strassentunnel nicht ausgebaut werden. Ich möchte daher bitten, mit einem ausserordentlichen Kredit gemäss Antrag Lanicca diese 12 Millionen Fr. zu gewähren und damit den Bau dieser wichtigen Strasse zu ermöglichen.

Meierhans: Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen einen Antrag zu stellen, der von keinen finanziellen Konsequenzen begleitet ist und der den weitern Vorzug hat, in aller Kürze erledigt werden zu können.

Ich stelle Ihnen den Antrag, Abschnitt III einzureihen unter den Hauptabschnitt A, Landesverteidigung.

Es ist ein rein formeller Antrag, der aber begründet ist in der Tatsache, dass auch Herr Bundesrat Obrecht anerkannt hat, diese Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz habe einseitig militärischen Charakter. Es ist deshalb einfach ein Erfordernis der Logik, dass diese Sicherstellung der Verbindungen nach der Ostschweiz unter den Abschnitt A eingereiht wird. Sie können diesem Antrag ohne weiteres zustimmen, da er ja keinerlei finanzielle Konsequenzen hat.

Bundesrat **Obrecht:** Zum Antrag Meierhans: Wir geben zu, dass diese neuen Strassenverbindungen nach dem Kanton Graubünden heute notwendig und dringlich erscheinen vorwiegend aus militärischen Gründen. Aber die militärischen Gesichtspunkte geben nur die Veranlassung dazu, dass man diese Verbindungen heute baut. Wenn man sie aber baut, bieten sie natürlich auch verkehrswirtschaftliche Vorteile. Sobald man die Sache von dieser Seite aus betrachtet, ist der betreffende Kanton an einem solchen Strassenbau mitinteressiert.

Wenn wir durch die Verweisung dieser Kredite in den militärischen Teil sagen würden: „Das sind ausschliesslich Aufwendungen im Interesse der Landesverteidigung", werden uns die Kantone erwidern: Gut, mein lieber Bund, dann baue du die Strassen selber und zwar auf deine Rechnung. Das möchten wir nicht provozieren; es wäre auch eine ungerechte Ausnahmebehandlung gegenüber dem übrigen Alpenstrassen-Ausbauprogramm. Die Gotthardstrasse und viele andere Alpenstrassen, die im Ausbau begriffen sind, sind schliesslich auch von militärischer Bedeutung, und trotzdem hat der Bund nirgends die Kosten zu 100 % auf sich genommen, sondern das Maximum, das er beschlossen hat, sind 90 % an die Sustenstrasse, eine Strasse, bei der man genau so wie bei den heutigen Projekten nach dem Kanton Graubünden sagen kann, dass es eigentlich eine Militärstrasse ist. Da sind wir auf Seite des Kantons Bern auf 75 % und auf Urnerseite, mit Rücksicht auf die starke Belastung des finanzschwachen Kantons auf 90 % gegangen. Aber das ist ein äusserstes Maximum, ein schier gefährliches Maximum, denn diese 90 %, die wir dem Kanton Uri bewilligt haben, werden uns bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit entgegengehalten.

Das sind die Gründe, weshalb wir dem Antrag Dr. Meierhans nicht folgen dürfen. Wir dürfen diese Kredite nicht auf die Kategorie der reinen Militärausgaben verweisen, sondern sie müssen hier bleiben unter dem Titel: „Ergänzungskredite des Alpenstrassenausbauprogramms".

Nun komme ich zu diesem Ergänzungsprogramm für den Ausbau der Alpenstrassen. Ich habe Ihnen in der Eintretensdebatte schon angedeutet, dass die Veränderungen an unserer Ostfront eine neue Situation geschaffen haben mit Bezug auf den Kanton Graubünden. Er hat seine Hauptkommunikation über Sargans, es ist die einzige, die das ganze Jahr hindurch fahrbar ist. Diese Hauptader nach dem Kanton Graubünden scheint heute nicht ungefährdet. Wir müssen im Innern des Landes eine neue Verbindung schaffen nach dem Kanton Graubünden, die auch im Kriegsfall zuverlässig wäre. Wie soll diese Lösung gefunden werden? Wir sind im Bundesrat der Auffassung, dass die richtige Lösung die wäre, dass man von Linthal eine neue Strasse unter dem Kistenstöckli hindurch baut, ausmündend gegen das Plateau von Brigels mit Abzweigung nach Disentis und Fortsetzung nach dem Lukmanier. Von Brigels würde die Strasse nach Ilanz ausgebaut werden müssen, damit man auch talabwärts ausreichende Verbindung bekäme.

Die Bündner Regierung ist ob dieser Lösung nicht erbaut; sie befürchtet, dass diese Verbindung dem Kanton Graubünden zumindest nicht Vorteil bringe, sondern sogar Schaden stiften könnte. Ich erinnere daran, dass die Bündner Regierung anfänglich überhaupt gegen jede neue Verbindung aus dem Kanton Glarus in das Vorderrheintal war, weil man lieber den Ausbau über Sargans–Ragaz, über den Kerenzerberg oder dem Wallensee entlang wollte, damit die Hauptstadt Chur nicht umfahren werde. Das ist ein Standpunkt, den man von der kantonalen Regierung verstehen kann. Jetzt, wo sich die Verhältnisse geändert haben, wo wir uns genötigt sehen, aus dem Kanton Glarus eine neue Kommunikation ins Vorderrheintal zu schaffen, hat die Bündner Regierung eingelenkt und gesagt, sie sei für eine Verbindung zu haben, aber dann über den Segnes, weil der ausmünde in der Richtung Reichenau. Verkehrspolitisch wäre das zweifellos die richtige Lösung, denn so fällt die Ausmündung in die Richtung von Reichenau–Thusis, wo die Abzweigungen in Betracht kommen: links ins Engadin, rechts über den Splügen und Berhardin.

Nun sagen uns aber unsere Militärs, dass eine Segnes-Strasse militärisch nicht als zuverlässige Verbindung in Betracht kommen könne. Sie sehen Gefahrenmomente und sagen: Wenn wir schon aus militärischen Gründen eine neue Verbindung mit Graubünden schaffen wollen, dann dürfen wir sie nicht so weit ostwärts verlegen, dann muss die Lösung durch das Sernftal beiseite gelassen und die Lösung kann nur via Linthal gefunden werden. Diese Lösung via Linthal hat übrigens noch einen besondern grossen Vorteil. Die Gotthardstrasse erscheint in einem eventuellen Kriegsfall auch nicht ganz ungefährdet. Sie wissen, dass italienisches Gebiet so nahe an das Bedrettotal heranreicht, dass mit weittragenden Geschützen sogar Airolo und der Aufstieg durch die Tremola unter Feuer genommen werden kann, so dass vom ersten Tage an, bevor der Angreifer die Grenze überschritten hätte, er uns diese Hauptader in Gefahr bringen könnte oder Störungen bewirken könnte. Wenn wir bedenken, dass das die einzige Verbindung nach dem Tessin

ist, und wir die Sache unter diesem Gesichtswinkel betrachten, müssen wir erkennen, dass wir noch weitere Landesinteressen wahrzunehmen haben durch die Sicherung der Verbindung nach dem Tessin in Gestalt einer zweiten Kommunikation. Dazu kämen wir, wenn wir beim Bau einer Strasse von Glarus nach Disentis auch den Ausbau der Lukmanierstrasse in das Programm einbeziehen würden. So bekommen wir eine Strasse bis Biasca, im Herz des Kantons Tessin, vollständig unabhängig von der Gotthardstrasse.

Da finden wir nun, dass die Schaffung einer solchen neuen Strassenverbindung, einer solchen Hauptader von Zürich über Glarus–Disentis–Lukmanier nach dem Tessin eine nationale Aufgabe sei. Unter diesem Gesichtswinkel gewinnt die Lösung, die unter dem Kistenpass durchführt, den Aspekt, dass es die einzig richtige Verbindung wäre, von militärisch-geographischen Gesichtspunkten aus beurteilt. Die Bündner Regierung, die, wie gesagt, mit diesem Kistenpass-Projekt sich nicht befreunden kann, hat andere Lösungen gesucht und steht auf dem Standpunkt, man sollte von Disentis aus eine Bahnverbindung erstellen nach Göschenen, eine Abzweigung von der Gotthardbahn, die weitgehend durch Berge und Tunnels führt. Das wäre auch eine zuverlässige Ganzjahresverbindung mit dem Kanton Graubünden. Es sind Projekte von der Rhätischen Bahn ausgearbeitet worden; die Rhätische Bahn soll sich auch bereit erklärt haben, den Betrieb einer solchen Strecke zu übernehmen, auf ihre Kosten und ihr Risiko. Das würde natürlich die Ausführung des Gedankens erleichtern, denn man kann nicht eine Bahn bauen nur für den Kriegsfall, sonst geht es so wie hie und da auf dem Dorf mit der Feuerspritze: Wenn man sie brauchen soll, ist sie nicht bereit. Eine so wichtige Verbindungsbahn kann nur bereit sein, wenn sie ständig im Betrieb steht. Diese Frage wäre wahrscheinlich zu lösen. Wir haben nun das Problem auch unsern Bundesbahnen unterbreitet, und ich weiss, dass deren Gutachten fertig erstellt ist, dass es aber ungünstig lautet. Es soll sogar vernichtend lauten. Ich selbst habe es noch nicht gesehen. Wir werden in nächster Zeit im Bundesrat auf diese Frage zurückkommen; weil wir Vorschläge der Bündner Regierung und der Rhätischen Bahn auf der einen Seite haben, auf der andern Seite das Gegengutachten unserer Bundesbahnen, werden wir über diese Frage uns Klarheit verschaffen können. Es wird sich dann fragen, ob es noch nötig sei, den Entscheid der Bundesversammlung vorzubehalten, denn wenn wirklich die Frage durch die Begutachtung der Bundesbahnen so endgültig entschieden wäre, dass wir uns sagen müssten: Es gibt nur eine richtige Lösung, das ist die Strasse über Linthal nach dem Lukmanier, und die Bahn wäre kein befriedigender Ersatz dafür — wenn der Schluss so lauten sollte, dann werden wir Ihnen in der weitern Beratung der heutigen Vorlage vielleicht diesen Antrag gleich stellen, indem wir vorschlagen zu sagen: „Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal" und die Bahnverbindung zu streichen. Dann wäre die Frage gelöst. Im andern Fall müssen wir Ihnen nachträglich noch eine besondere Vorlage unterbreiten; das braucht wieder Zeit und Kommissionssitzungen. Die Herstellung einer zuverlässigen Ganzjahresverbindung nach dem Kanton Graubünden ist jedoch von solcher Wichtigkeit und Dringlichkeit, dass wir sie nicht mit Zögern und Hin- und Herwanken lange hintanhalten dürfen.

Nun stellt Herr Foppa einen Antrag, man solle sagen: „Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal und Ausbau der Oberalpbahn". Das kann nun nicht in Frage kommen, denn beides können wir nicht finanzieren. Da würden die 35 Millionen bei weitem nicht ausreichen. Diese 35 Millionen sind vorab gedacht zur Deckung des Bundesanteils an den Kosten der Kistenpasstrasse, dieser neuen Strasse von Linthal nach Disentis. Es sind aber auch eingerechnet die Kosten für einen bessern Ausbau der Klausenstrasse, weil diese ja auch die militärische Verbindung sicherstellen soll vom Innern der Schweiz, von Altdorf nach Glarus zum Ausgangspunkt der Kistenstrasse als Querverbindung. Aber auch die Oberalpstrasse muss besser ausgebaut werden, ferner die Lukmanierstrasse. Für das alles sind die 35 Millionen gedacht. Neben diesen vier Strassenobjekten hätte eine Bahnlösung nicht auch noch Platz. Infolgedessen vermag ich diesem Gedanken nicht beizupflichten, könnte aber den Antrag des Herrn Foppa insoweit berücksichtigen, dass man nicht unter a), sondern unter b) sagen würde: „Ausbau Klausenstrasse–Oberalpstrasse, eventuell Oberalpbahn–Lukmanierstrasse". Es ist möglich, dass die Detailstudien ergeben, dass der Ausbau der Oberalpstrasse für den Winterbetrieb zu kostspielig würde und man besser täte, die bereits vorhandene Bahn, die Andermatt mit Disentis verbindet, mehr auszubauen. Dann wäre diese Eventualität vielleicht interessant. Man könnte sie andeuten und offen lassen. Wenn Herr Foppa aber seinen ursprünglichen Antrag aufrecht hält, müsste ich Opposition machen.

Nun kommt der Antrag Lanicca. Da handelt es sich um eine Verbindung vom Hinterrhein nach dem Misox. Es wäre das, auf eine grössere Linie übertragen, eine Verbindung von Chur und den nordseitigen Einfalltoren vom Bodensee her, eine Verbindung über Chur–Thusis–Splügen und durch den St. Bernhardin ins Misox nach dem Tessin. Es wäre eine Strasse, die ausschliesslich auf Schweizerboden liegt. Ich begreife die Bündner, wenn sie uns sagen, sie müssten auch ans Misox denken. All das mit der ennetbirgischen Bevölkerung im Misoxertal berührt uns sympathisch, aber das ist eine Frage, die verkehrspolitischen, touristischen Wert hat. Ich will nicht sagen, dass eine solche Strasse militärisch wertlos wäre, aber sie steht nicht derart im Vordergrund wie die Verbindungsprojekte für Graubünden nach der übrigen Schweiz. Es wäre die Verbindung von Chur nach dem Bernhardin ins Tessin gewissermassen eine weitere Parallelverbindung zu den Verbindungen, die ich Ihnen vorhin genannt habe: Gotthard- und Lukmanierstrasse. So hätten wir drei Strassen nebeneinander, alle auf Schweizergebiet. Aber diese St. Bernhardinstrasse hat den gleichen Fehler wie die Gotthardstrasse. Wie diese gegen Westen nahe an das italienische Gebiet heranreicht, so ist es auch mit der Bernhardinstrasse. Darum kommt diese Strasse, jedenfalls vom militärischen Gesichtspunkt aus, nicht in erster Linie in Betracht. Da ist die Verbindung über den Lukmanier viel die rationellere, denn dieser Lukmanier liegt gerade

zwischen den beiden Eckpunkten, wo das italienische Gebiet am weitesten nach Norden ausgreift. Zwischen diesem Gebiet drin, zwischen dem Bedrettotal und dem St. Bernhardin, verläuft der Lukmanier und dort müssen wir die richtige, zuverlässige Verbindung nach dem Tessin schaffen. Es steht also das Bernhardin-Projekt jedenfalls militärisch zurück und infolgedessen fragt es sich: Soll man die Kredite hier auf die neuen Kommunikationen beschränken, die sich vom militärischen Gesichtspunkt aus als dringlich aufdrängen, oder soll man mehr touristisch orientierte Projekte mit einbeziehen? Der Bundesrat steht da unbedingt auf dem Boden, dass man sich, damit die Kreditsumme nicht zu phantastisch wird, auf das heute absolut Notwendige beschränken soll. Diese 35 Millionen haben ausschliesslich den Charakter des Ausbaues militärisch notwendiger Kommunikationen. Sobald Sie ins touristische Gebiet übergreifen, werden unzählige weitere Projekte unterbreitet werden und man sieht kein Mass und Ende. Ich glaube auch sagen zu dürfen, dass das Projekt des Bernhardin technisch noch nicht genügend abgeklärt ist. Aber das wäre nicht ein ausschlaggebender Grund, denn man kann dies schliesslich auch der Kistenpasslösung entgegenhalten. Die Studien sind gegenwärtig, soweit es die Details anbetrifft, auch erst im Gange.

Ich bedauere also, Ihnen beantragen zu müssen, diese 12 Millionen nicht zu bewilligen. Wenn Sie diese 12 Millionen ablehnen, wäre damit auch die Motion abgelehnt, denn die Motion Lanicca verlangt, dass man dieses Bernhardin-Projekt in das heutige Programm einbeziehe. Ich beantrage Ihnen also, wie gesagt, beides abzulehnen, den zusätzlichen Kredit und die Motion.

Nun habe ich mich noch zu äussern über den Wunsch des Herrn Nationalrat Ruoss wegen der Axenstrasse. Ich habe diesen Herbst die Axenstrasse befahren und ich war aufs höchste erfreut, wie ich die Strecke Flüelen–Sisikon besichtigte. Da haben die Urner ein Prachtswerk von einer Strasse geschaffen an einem See entlang, auf historischem Boden, in einem prächtigen alpinen Milieu, mit Trottoirs, Fussteigen, die sogar um den Fels herum führen, während die Strasse durch den Tunnel geht. Das sind wunderschöne Lösungen. Wir müssen solche Lösungen schaffen, damit sie als Attraktion auf unsere Schweizergäste und auf die ausländischen Gäste wirken. Leider war in Sisikon das Lied zu Ende. Da kam ich auf Schwyzerboden und habe hier ohne irgendwelche Veränderungen die alte Axenstrasse wieder gefunden. Die Urner haben hier den Schwyzern den Rang abgelaufen. Ich glaube, Herr Ruoss hat den Grund richtig angegeben. Wir haben im Jahre 1936 den ersten Teil der Kredite für den Ausbau der Alpenstrassen verteilt. Wir haben über 54 Millionen, wenn ich mich recht erinnere, von den insgesamt 81 Millionen verfügt. Da scheinen nun die Schwyzer ihre Axenstrasse nicht angemeldet zu haben, wohl aber die Urner. Infolgedessen haben die Urner ihren Beitrag zugesprochen bekommen und die Schwyzer nicht. Daher ist heute die Axenstrasse auf Urnerseite fix und fertig ausgebaut, auf Schwyzerboden aber haben wir den Vorteil, dass wir noch eine Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit haben. (Heiterkeit). Das ist die gute Seite am Problem, aber das Gesagte zeigte Ihnen, dass hier der Fehler nicht etwa im Bundeshaus zu suchen ist. Wir sind bereit, die Axenstrasse auf Schwyzerboden natürlich gleich zu behandeln wie die Axenstrasse auf Urnerboden, nur muss sich die Regierung in Schwyz dafür einsetzen; sie muss uns ein Gesuch einreichen, die nötigen Unterlagen vorlegen, damit die Sache Prüfung und Berücksichtigung findet.

Meierhans: Herr Bundesrat Obrecht hat ausdrücklich erklärt, dass diese Strassen, die hier geplant sind, deshalb in das Programm aufgenommen werden, weil sie von militärischen Notwendigkeiten ausgehen. Ja sogar die einzige verkehrspolitisch richtige Lösung in bezug auf die Verbindung mit Graubünden wird zurückgestellt zugunsten der militärisch-geographischen Lösung. Es soll aus militärischen Gründen ein Ersatz für die Gotthardstrasse geschaffen werden. Wenn dem so ist, sehe ich gar nicht ein, warum diese Kredite nicht in die Landesverteidigung eingereiht werden sollen.

Herr Bundesrat Obrecht sagt, dadurch würden die Kantone finanziell an diesen Strassen nicht mehr interessiert sein. Ich glaube, der Kanton Graubünden ist finanziell nicht so stark, als dass er unbedingt an diesem Strassenbau festhält. Es könnte ihm ja nur recht sein, wenn die militärisch erforderliche Strasse auf Bundeskosten erstellt wird.

Herr Bundesrat Obrecht hat erklärt, es handle sich um eine militärische Notwendigkeit, um eine nationale Aufgabe, nicht um eine kantonale.

Wenn dem so ist, wenn diese Strasse in erster Linie militärische Bedeutung haben wird, so ist es logisch, wenn wir fordern, dass diese Kredite auf die Landesverteidigung übertragen werden. Ich betone: es entsteht keine neue Situation; es wird dadurch kein einziger Rappen in diesem Programm mehr aufgenommen, sondern es ist lediglich eine Uebertragung, die sich nach logischen Gesichtspunkten rechtfertigt.

Mit Bezug auf die Finanzierung hätte diese Uebertragung aber den Vorteil, dass die Finanzierung dieser Strasse besser gesichert wäre. Nach den Theorien der letzten Tage ist der militärische Teil ja gedeckt. Wenn wir das unter A) einreihen, haben wir also eine absolute Sicherung der Finanzierung und damit die Garantie des Ausbaues dieser Strassen. Deshalb muss ich an meinem Antrage festhalten, und ich denke, dass die Vertreter der Gebirgskantone vor allem daran interessiert sind, dass die Uebertragung auf die Landesverteidigung wirklich vorgenommen wird.

Bossi-Chur: Ich bedaure es, dass der Bundesrat zum Schlusse gekommen ist, den Antrag La Nicca, unterstützt von den Kollegen Vonmoos und Rittmeyer, nicht anzunehmen.

Ich will trotzdem hoffen, dass dieser Antrag vom Rate angenommen wird, wegen der Arbeitsbeschaffung und auch aus militärischen Gründen, besonders aber wegen der verkehrspolitischen Notwendigkeit für den Kanton Graubünden. Das Misoxertal sollte näher an den Kanton Graubünden und die Schweiz herangezogen werden, was durch Annahme dieses Antrages bewirkt würde.

Wenn aber wider Erwarten dieser Antrag hier nicht angenommen wird, sollte auf alle Fälle erklärt werden, dass damit dieses Projekt nicht ohne weiteres begraben, sondern dass damit nur gesagt sei, in diesem Zusammenhang könne das nicht beschlossen werden. Es müsste also damit die Hoffnung verbunden sein, dass dieses Projekt trotzdem in nicht allzu ferner Zeit verwirklicht würde, und zwar selbstverständlich, ohne dass dadurch der begründete Strassenbau nach dem Bündner Oberland irgendwie hintangehalten würde.

Ich will aber doch hoffen, dass dieser Antrag La Nicca beim Rate Zustimmung finde.

Muheim: Ich wollte das Wort nicht ergreifen, da der Kanton Uri in diesem Programm reichlich bedacht wurde. Allein nachdem Herr Bundesrat Obrecht dem Kanton Uri ein so ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt und die Urner so gerühmt hat, weil sie auf dem Gebiete des Strassenbaus vieles und Tüchtiges geleistet haben, kann ich nicht umhin, so höflich zu sein wie mein Freund und Kollege Ruoss vom Kanton Schwyz, und dem Bundesrat dafür zu danken, dass er den Kanton Uri in verschiedener Beziehung und zu verschiedenen Zeiten wohlwollend behandelt hat. Ich möchte speziell Herrn Bundesrat Obrecht danken für alles, was er dem armen Bergkanton Uri zugewandt hat.

Man hat uns vorgehalten, dass wir 90 % Bundessubvention für die Sustenstrasse erhalten haben. Ja, man hat uns spöttischerweise nachgerufen, es seien sogar 105 oder 110 %.

Ich möchte Sie jedoch allen Ernstes darauf aufmerksam machen, dass der kleine Kanton Uri mit seinen 24000 Einwohnern durch den grossen Strassenbau und insbesondere durch den kostspieligen Unterhalt der bestehenden Strassen, die öfters von Lawinen und Steinschlägen, Wildbächen usw. heimgesucht werden, immer noch ganz bedeutende und schwere Lasten zu tragen und grosse Auslagen zu bestreiten hat. Es ist daher sicher nicht richtig und nicht schön, wenn unsere lieben Miteidgenossen uns ständig diese Subventionen vorhalten, denn wir tragen immer noch selbst einen grossen Teil der Lasten für den Unterhalt dieser Strassen, die ja schliesslich nicht nur den Urnern zuliebe gebaut worden sind, sondern im Interesse sämtlicher Eidgenossen.

Wetter, Berichterstatter: Herr Dr. Meierhans beantragt Ihnen, den Posten von 35 Millionen Fr., also die Sicherstellung der Verbindung nach der Südostschweiz, in den militärischen Teil hineinzunehmen, weil diese Projekte militärischen Charakter haben.

Ich wundere mich, dass Herr Dr. Meierhans nicht schon bei Punkt II den Antrag gestellt hat, einen solchen Uebertrag vorzunehmen; denn eine Reihe der dort genannten Bahnverbindungen sind ebenfalls aus militärischen Gründen ausgelesen worden. Herr Dr. Meierhans würde dann seine Rechnung noch viel besser finden, denn er stellt ja seinen Antrag deswegen, weil er sich sagt: Wir wollen die Arbeitsbeschaffung mit diesen Posten erleichtern; nachher geht es dann besser mit der Finanzierung. Denn, so sagt er, der militärische Teil ist ja finanziert.

Herr Dr. Meierhans weiss ganz genau, dass wenn wir dem militärischen Teil 35 und eventuell weitere Millionen aufbürden, der Krisensteuerertrag deswegen nicht grösser wird und dass die Amortisation dann eben nur um so länger dauert. Es ist das fast eine Art Taschenspieler-Kunststücklein, was hier vorgeschlagen wird. An der finanziellen Situation ändert das nichts.

Ich beantrage Ihnen deshalb, den Vorschlag von Herrn Dr. Meierhans abzulehnen.

Präsident: Ich möchte vor der Abstimmung ausdrücklich feststellen, dass die Motion Lanicca aufrecht erhalten bleibt, weil Herr Lanicca keine Gelegenheit hat, sie zu begründen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Lanicca	45 Stimmen
Dagegen	59 Stimmen

Foppa: Herr Bundesrat Obrecht hat meinen Antrag angenommen unter Ziffer *b*. Ich erkläre mich damit einverstanden.

Präsident: Ganz gleich ist die Sache übrigens nicht. Die Kommission hat sich nicht dazu geäussert. Aber nachdem Herr Foppa sich mit der Anregung von Herrn Bundesrat Obrecht einverstanden erklärt, frage ich an, ob sich Widerspruch gegen diese Lösung erhebt. Es ist nicht der Fall. Sie ist angenommen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Meierhans	45 Stimmen
Dagegen	72 Stimmen

Ziff. IV.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

IV. *a.*	Bodenverbesserungen: ausserordentlicher Kredit . . .	7 500 000
b.	Wasserbau: ausserordentlicher Kredit . . .	4 000 000
c.	Forstwirtschaft: ausserordentlicher Kredit . . .	3 500 000
	Gesamtkredit	15 000 000
	abzüglich des Uebergangskredites von	3 000 000

Minderheit:

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber, Meierhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

		Fr.
IV.	Bodenverbesserungen Gesamtkredit	18 500 000
	abzüglich Uebergangskredit . . .	3 000 000
		15 500 000

Antrag Schwar-Roulet.

		Fr.
IV. *a.*	Bodenverbesserungen ausserordentlicher Kredit . . .	6 500 000
a bis.	Urbarmachung der Rhoneebene und Bundesbeitrag für die Erstellung einer Zuckerfabrik	1 000 000

Ch. IV.

Proposition de la commission.

Majorité:

	Fr.
IV. *a.* Améliorations foncières:	
Crédit extraordinaire	7 500 000
b. Corrections de cours d'eau:	
Crédit extraordinaire	4 000 000
c. Travaux forestiers:	
Crédit extraordinaire	3 500 000
Crédit total	15 000 000
A déduire le crédit transitoire de .	3 000 000
	12 000 000

Minorité

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber, Meyerhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

	Fr.
IV. Améliorations foncières:	
Crédit total	18 500 000
En déduction: crédit transitoire .	3 000 000
	15 500 000

Amendement Schwar-Roulet.

	Fr.
IV. *a.* Améliorations foncières:	
Crédit extraordinaire	6 500 000
b bis. Mise en cultures de la Plaine du Rhône et contribution à la construction d'une fabrique de sucre	1 000 000

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Hier hat die Kommission gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag eine Erhöhung vorgenommen. Es ist allerdings zuzugeben, dass der ursprüngliche Antrag des Bundesrates weiter ging. Die Kommission beantragt, statt 9,5 Millionen Fr. 12 Millionen Fr. zu bewilligen, was mit dem schon in der Interimsvorlage bewilligten 3 Millionen Fr. eine Gesamtsumme von 15 Millionen Fr. ausmacht, und zwar sollen diese verteilt werden auf Bodenverbesserungen, ausserordentliche Kredite 7,5 Millionen; Wasserbau, ausserordentlicher Kredit 4 Millionen Fr.; Forstwirtschaft, ausserordentlicher Kredit 3,5 Millionen Fr. Bei diesen Summen ist nicht zu vergessen, dass sie für die Gegenden der grössten Arbeitslosigkeit in der Schweiz, wenn überhaupt, nur reduziert in Betracht fallen. Es ist weiter in Betracht zu ziehen, dass für die hier genannten Zwecke das normale Budget der Eidgenossenschaft schon wesentliche Kredite zur Verfügung stellt. Die Kommission hat weitergehende Anträge unter diesem Titel abgelehnt und beantragt Ihnen die Genehmigung der Summe von 12 Millionen Fr.

M. **Graber,** rapporteur de la majorité: Dans le projet primitif, on avait prévu 20 millions. En fait, on a réduit ce crédit de 6,4 millions. Une première proposition est faite de relever ce poste d'autant et cela afin de lutter contre le chômage des régions campagnardes et montagnardes frappant les petits paysans dont la situation est de plus en plus difficile. Au foyer de beaucoup de ces familles souvent riches en enfants, la faim vient s'installer.

Le représentant du Conseil fédéral reconnaît que dans le désir d'obtenir des économies massives on a par trop comprimé les postes budgétaires affectés à ces trois catégories de travaux. Il propose donc une solution intermédiaire: le poste *a* passerait de 6 à 7,5 millions, le poste *b* de 3,5 à 4 millions, le poste *c* de 3 à 3,5 millions. Il pense ne pas pouvoir aller plus loin, car selon l'esprit du projet, il s'agit d'accorder des crédits pour des travaux qui permettent de mettre au travail des chômeurs secourus. Là où ceux-ci ne peuvent être engagés, ce sont les crédits budgétaires qui doivent intervenir.

Une proposition fut faite de supprimer complètement ce triple poste.

Au vote, cette proposition fut repoussée par une très forte majorité et la proposition intermédiaire de 15 millions fut adoptée.

Müller-Grosshöchstetten, Berichterstatter der Minderheit: Unter dieser Position hat die Kommissionsminderheit einen Antrag eingebracht, Sie möchten den Kredit so belassen, wie er in der bundesrätlichen Vorlage vom 7. Juni eingesetzt war. Damals waren es 20 Millionen. In die Uebergangslösung sind 3 Millionen eingegangen. Für die Pragelstrasse, für die eine Extravorlage ausgearbeitet wird, gehen 1,5 Millionen ab. Es würden hier einzusetzen bleiben 15,5 Millionen. Neuer Antrag des Bundesrates: 9,5 Millionen. Der Bundesrat kürzt also seinen ersten Vorschlag um rund einen Drittel.

Der Antrag der Kommissionsminderheit geht dahin, es beim ersten Vorschlag des Bundesrates zu belassen, abzüglich der Summe, die für die Pragelstrasse speziell vorgesehen wird. In der Begründung kann ich mich kurz fassen.

Ich könnte zur Begründung des Antrages der Minderheit Ihnen einfach vorlesen, was der Bundesrat auf Seite 46ff seiner Botschaft selbst schreibt. Man verweist auf die ordentlichen Kredite und vergisst dabei, dass diese ordentlichen Kredite gerade auf dieser Position seit dem Jahre 1929 bis heute von 9,2 Millionen auf 2,6 Millionen gekürzt worden sind. Die Geschäftsprüfungskommission unseres Rates hat sich mehrfach mit dieser Frage beschäftigt. Sie hat hier im Rate selbst festgestellt, dass die Kürzung auf dem ordentlichen Kredite gerade hier viel zu weit getrieben worden sei. Es gibt Kollegen hier im Rate, die uns gesagt haben, dass das, was wir hier gefehlt haben, in zu weitgehendem Abbau, nachher über den Armenetat in den Gemeinden draussen wieder gutzumachen versucht wird. Und ausgerechnet auf dieser Position will nun der Bundesrat die Kürzung vornehmen.

Welches ist die Begründung für diese weitergehende Kürzung der Kredite? Herr Bundesrat Obrecht hat in der Kommission gesagt, es sei behauptet worden, dass diese Mittel nur sehr bedingt der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit dienen. Der Herr Kommissionsreferent hat vorhin ebenfalls gesagt, dass diese Mittel nur sehr bedingt für jene Gegenden zur Verfügung gestellt werden, die mit der grössten Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Er hat auf das ordentliche Budget aufmerksam gemacht. Ich brauche darüber nicht mehr zu sprechen.

Ein kurzes Wort nur zu dem, was der Herr Kommissionsreferent und was auch Herr Bundesrat Obrecht in der Kommission gesagt haben. Wir stehen, wenn Sie die Vorlage zur Hand nehmen, bei Abschnitt B: Arbeitsbeschaffung. Nirgends,

auch in der Botschaft nicht, steht geschrieben, dass diese Kredite, die hier mobilisiert werden, nur für die Arbeitsbeschaffung zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit in den Städten und in den Industriegegenden eingesetzt werden. Der drakonische Abbau gerade hier kann nur als Konzession an diejenigen Welten gewertet werden, die bei Erscheinen der Vorlage das Ganze als marxistisches Projekt bezeichnet haben, die am Schlusse nicht mehr dazu stehen werden.

Wem kommen die Gelder hier zugute? Der Arbeitsbeschaffung auf dem Lande, ganz kurz gesagt. Wir haben Kantone und Gemeinden, die ohne vermehrte Hilfe des Bundes überhaupt nichts mehr machen können, weil sie am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Es ist in diesem Rate, ganz besonders in dieser Woche, aber auch heute Morgen von der ausserordentlich ernsten Lage in den kinderreichen Kleinbauernfamilien unserer Berggegenden gesprochen worden. Sie sprechen von Bergbauernhilfe, Sie sprechen von Familienschutz! Hier geht es um diese Dinge, hier geht es um das Schicksal dieser kleinen Leute. Ich will nicht wiederholen, was heute Morgen über die Lage in diesen Familien ausgeführt worden ist. Aber wenn Sie hier helfen wollen, dann dürfen Sie nicht nur pro memoria die Sache in die Vorlage aufnehmen, sondern Sie müssen Mittel dazu freimachen. Sie wissen, wie die Situation in diesen Familien ist. Die Frau besorgt mit ihren Kindern das kleine Heimwesen; der Mann sucht Arbeit. Bauern haben nicht mehr die Mittel, wie sie sie vielleicht früher hatten, um Taglöhner einzustellen. Der Holzabsatz stockte lange, weil die Holzpreise nicht einmal die Rüstkosten deckten, ganz abgesehen von den andern grossen Schwierigkeiten des Absatzes. Subventionen kommen diesen Leuten nur sehr bedingt zugute. Sie liefern ja kein Getreide ab, Milch nur ein paar wenige Liter — wenn sie dazu gezwungen sind, geben sie ihren Kindern, um den Zins bezahlen zu können, Tee oder Kaffee anstelle von Milch. Diese Leute sind auf Nebenverdienst angewiesen und den wollen wir ihnen verschaffen. Diese Kredite dürfen wir gerade unter diesem Blickpunkt nicht kürzen, denn wenn diese Familien nicht zusätzliche Arbeit bekommen, dann kehrt bei ihnen der Hunger ein.

Sie werden mir sagen, ich übertreibe. Ich könnte Ihnen jedoch von einem tragischen Fall in einer Familie erzählen, wo der Arzt beim Tode eines Bergbauern als letzte Todesursache Unterernährung festgestellt hat. Ich will über diese Frage hier nicht mehr weitersprechen. Wir sind es diesen Leuten schuldig, dass wir ihnen nicht über Almosen, nicht über den Armenetat helfen, sondern so, dass sie mit ihrer Arbeit ihre Familie ernähren können. Gerade hier dürfen wir nicht abbauen.

In welch gefährlicher Stimmung diese Leute sind, darauf muss ich Sie zum Schlusse noch aufmerksam machen. Es ist nicht nur die beschauliche Lebensphilosophie, von der heute Herr Schmutz erzählt hat, die Sie heute da antreffen. Verzweiflung ist in diesen kleinen Häusern sehr oft daheim. Die Stimmung ist ernst. Der Bundesrat, das ist anzuerkennen, hat dieser Tatsache Rechnung getragen. Wir danken ihm dafür. Er ist leider auf halbem Wege stecken geblieben und deshalb möchten wir Sie bitten, dem Bundesrat zu helfen, dass er die andere Hälfte des Schrittes auch noch tut — dass er die Kredite wieder herstellt, wie sie in seiner Vorlage vom 7. Juni gestanden sind. Wir werden diese Leute nötig haben. Vergessen wir es nicht.

M. **Schwar:** Le canton de Vaud étant le seul canton qui ne soit pas encore intervenu dans ce débat, je me permets de vous demander, non pas par une surenchère quelconque, une augmentation de crédit, mais une répartition plus équitable. La Suisse romande est fort malmenée dans cette répartition. On nous a fait tout à l'heure des promesses. On les avait déjà faites lors de la dernière votation en nous disant que la Suisse romande aurait son tour et qu'elle bénéficierait de certains travaux. Mais il a fallu pourtant des interventions au Conseil des Etats pour obtenir enfin quelques commandes. Le moment est venu de demander au Conseil fédéral d'étudier la possibilité de mettre en valeur les grands terrains qui ont été assainis et dont le coût s'est élevé à 6 millions. Ces terrains sont aujourd'hui à peu près incultes. Il faut absolument que les autorités fédérales et cantonales collaborent à la mise en culture de ces terrains et ce faisant, elles se mettront en accord avec le postulat de M. Abt, accepté par l'assemblée.

Permettez-moi d'ajouter deux mots au sujet de la betterave à sucre et de l'installation d'une fabrique de sucre en Suisse romande. Nous importons actuellement 16 000 wagons de sucre par an. Or, Aarberg en produit 2000 et nous en réexportons 3000. On peut dire que cette réexportation se fait par le moyen du chocolat et du lait condensé, elle est supérieure à la production indigène. D'autre part, la fabrique de sucre présente trois intérêts particuliers: tout d'abord un intérêt agricole. Je ne reviendrai pas sur les débats qui ont eu lieu dans cette salle il y a quelque trois ans à ce sujet. Mais nous savons que si nous mettons en culture la plaine du Rhône, permettant ainsi la construction de cette fabrique, on pourra descendre de la montagne quelque 300 familles qui pourront s'installer et travailler à la culture de la betterave sucrière et des céréales. A côté de cela, en mettant 5000 poses vaudoises en culture, on pourra en quelque sorte donner du travail à des milliers de chômeurs.

J'ai fait un petit calcul: 800 wagons de betteraves travaillées dans une usine procurent une occupation à 800 personnes pendant 90 jours, ce qui représente 72 000 journées de travail; de plus, 300 familles trouvent ainsi une activité à la campagne dans la culture de la betterave.

Il y a trois ans, nous avions étudié la question très à fond. Les projets sont faits, les plans sont établis et les crédits sont à disposition. Seulement ces crédits ne pourront être utilisés que le jour où le Conseil fédéral accordera à la nouvelle usine les mêmes avantages que ceux qu'il a accordés à Aarberg. Des financiers nous ont déclaré — et il y a deux ans déjà — qu'ils étaient prêts à mettre 5 millions de francs à disposition pour la construction d'une usine. Ce que nous demandons ici ce n'est pas l'augmentation d'un crédit, c'est tout simplement un transfert. Nous pourrions prendre un million sur cette somme de 7,7 millions que nous

mettrions à la disposition du canton de Vaud pour permettre cette mise en valeur de la plaine du Rhône et la construction de l'usine en question.

Je n'insiste pas; vous connaissez l'importance qu'a pour notre pays la fabrication du sucre; vous savez que tous les pays du monde produisent aujourd'hui leur sucre; la Suisse est le seul qui n'ait pas encore fait de grands progrès dans ce domaine. La fabrique d'Aarberg travaille aujourd'hui 12 000 wagons de betteraves. Elle devra l'année prochaine contingenter la production de la betterave en Suisse, ce qui serait un non-sens au moment où l'on importe chaque année 16 000 wagons de sucre dans notre pays.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 11. Nov. 1938.
Séance du 11 nov. 1938, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung — *Suite.*

Siehe Seite 939 hiervor. — Voir page 939 ci-devant.

Art. 1, Ziff. IV.
Fortsetzung. — *Suite.*

Held: Als Mitglied der Kommission möchte ich mich zum Antrag der Minderheit bekennen. Auch die Fraktion, der ich angehöre, geht mit unserer Ansicht einig, dass mit Bodenverbesserungen, Waldweganlagen, Wasserbauten, Wildbachverbauungen usw. nicht bloss Arbeit beschafft wird, sondern Werke von dauerndem Wert erstehen. Es liegt nicht nur im Interesse der ländlichen Kreise, sondern im allgemeinen nationalen Interesse, wenn aus Oedland abträgliches Land geschaffen werden kann, aus Moorland Gartenland, Gemüsebauland usw., oder wenn durch Wildbachverbauungen Kulturland vor Ueberschwemmungen und Ueberführung mit Geröll verschont und gerettet wird. Auch was die Waldwege anbelangt, erschliessen diese unsere Wald- oder Holzreservoirs dem Verkehr. Damit wird es möglich, die Transportkosten für unser Holz in abgelegenen Alpentälern zu verringern und das Holz viel nutzbringender zu verwerten und einer ganzen Anzahl von armen Alpbewohnern namentlich im Winter Verdienst zu bringen.

Diese Projekte können aber nicht ausgeführt werden, wenn nicht der Bund, wie es früher der Fall war, durch angemessene Subventionen, durch etwas höhere Quoten als in den letzten Jahren die Ausführung wieder ermöglicht. Es ist bereits gesagt worden, dass noch im Jahre 1929 9¼ Millionen zu diesem Zweck durch den Bund aufgewendet wurden. Im laufenden Jahre ist dieser Kredit auf 2,6 Millionen zusammengeschmolzen. Dass es unter solchen Umständen absolut ausgeschlossen ist, mit den vorhandenen Krediten bereits baureife Projekte auszuführen, liegt auf der Hand, und wir haben uns davon überzeugen lassen, dass unbedingt höhere Subventionen zugesprochen werden müssen als das auf dem ordentlichen Budgetwege geschehen ist.

Man wendet ein, dass wir hier auf Umwegen wieder zu höheren Subventionen kommen wollen, dass wir sie erneut auf diesem Wege zu ergattern suchen. Das ist absolut nicht der Fall, die Minderheit beantragt ja bloss diejenigen Kredite zu bewilligen, die der Bundesrat in seiner ersten Vorlage als absolut notwendig und zweckmässig erachtet hatte. Er hat das ja auch in seiner Botschaft auf Seite 46 und 47 begründet. Mit diesen Krediten hätte z. B. bei den Bodenverbesserungen bei nur 10 Millionen ein Bauvolumen von ca. 60 Millionen in den nächsten drei Jahren ausgewirkt werden können. Da wird doch niemand behaupten wollen, dass dadurch keine Arbeit beschafft werden könne, Arbeit, die in diesen Gegenden willkommenen Verdienst bildet und den Zug vom Land in die Stadt verhindert. Wir haben einer Erhöhung in der Uebergangslösung nicht zugestimmt, in der Hoffnung, dass bei der definitiven Lösung diejenigen Mittel bewilligt werden, die wir nötig haben und die der Bundesrat selbst als notwendig erachtet hat. Wir waren deshalb in der Kommission, wenigstens diejenigen Herren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, sehr erstaunt, dass die Ansätze in der neuen Vorlage um mehr als 6 Millionen Franken zurückgesetzt worden waren. Wir haben dagegen Stellung bezogen. Dank dem Entgegenkommen von Herrn Bundesrat Obrecht war dann die Kommission in der Lage, einen Vermittlungsantrag anzunehmen, der in diesem Punkt eine Linderung schuf, und die Kürzung weniger rigoros erscheinen liess. Aber auch mit dieser Lösung konnten wir uns nicht einverstanden erklären, denn wenn man eine Vorlage ernst nehmen soll, wie das sonst bei uns der Fall ist, kann man nicht ohne weiteres und ohne jede stichhaltige Begründung Kürzungen und Schmälerungen unserer Interessen vornehmen, ohne uns dabei misstrauisch zu machen. Ich glaube, wir bedürfen auch dieser Kreise des Landes, um die Vorlage in der Volksabstimmung endgültig unter Dach zu bringen.

Der Antrag der Minderheit geht also nicht weiter als der erste bundesrätliche Vorschlag. Ich möchte Ihnen deshalb diesen Antrag zur Annahme empfehlen. Es handelt sich um eine grosse Differenz, aber diese Beträge werden ja nicht bloss für eine dieser vorgesehenen Massnahmen bestimmt sein, sondern es ist alles zusammengenommen (Bodenverbesserungen, Wasserbauten inklusive Wildbachverbauungen und Forstwirtschaft), also ein sehr weites Tätigkeitsfeld. Die zuständigen Organe haben uns erklärt, dass sie auch in Zukunft mit diesen Zusatzkrediten sehr vorsichtig und sparsam umgehen müssen, um alle baureifen Projekte

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Novembersession Session de novembre Sessione di novembre
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	06
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	11.10.1938
Seite Page Pagina	939-963
Ref. No	20 032 643

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

mettrions à la disposition du canton de Vaud pour permettre cette mise en valeur de la plaine du Rhône et la construction de l'usine en question.

Je n'insiste pas; vous connaissez l'importance qu'a pour notre pays la fabrication du sucre; vous savez que tous les pays du monde produisent aujourd'hui leur sucre; la Suisse est le seul qui n'ait pas encore fait de grands progrès dans ce domaine. La fabrique d'Aarberg travaille aujourd'hui 12 000 wagons de betteraves. Elle devra l'année prochaine contingenter la production de la betterave en Suisse, ce qui serait un non-sens au moment où l'on importe chaque année 16 000 wagons de sucre dans notre pays.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 11. Nov. 1938.
Séance du 11 nov. 1938, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung — *Suite.*

Siehe Seite 939 hiervor. — Voir page 939 ci-devant.

Art. 1, Ziff. IV.
Fortsetzung. — *Suite.*

Held: Als Mitglied der Kommission möchte ich mich zum Antrag der Minderheit bekennen. Auch die Fraktion, der ich angehöre, geht mit unserer Ansicht einig, dass mit Bodenverbesserungen, Waldweganlagen, Wasserbauten, Wildbachverbauungen usw. nicht bloss Arbeit beschafft wird, sondern Werke von dauerndem Wert erstehen. Es liegt nicht nur im Interesse der ländlichen Kreise, sondern im allgemeinen nationalen Interesse, wenn aus Oedland abträgliches Land geschaffen werden kann, aus Moorland Gartenland, Gemüsebauland usw., oder wenn durch Wildbachverbauungen Kulturland vor Ueberschwemmungen und Ueberführung mit Geröll verschont und gerettet wird. Auch was die Waldwege anbelangt, erschliessen diese unsere Wald- oder Holzreservoirs dem Verkehr. Damit wird es möglich, die Transportkosten für unser Holz in abgelegenen Alpentälern zu verringern und das Holz viel nutzbringender zu verwerten und einer ganzen Anzahl von armen Alpbewohnern namentlich im Winter Verdienst zu bringen.

Diese Projekte können aber nicht ausgeführt werden, wenn nicht der Bund, wie es früher der Fall war, durch angemessene Subventionen, durch etwas höhere Quoten als in den letzten Jahren die Ausführung wieder ermöglicht. Es ist bereits gesagt worden, dass noch im Jahre 1929 9¼ Millionen zu diesem Zweck durch den Bund aufgewendet wurden. Im laufenden Jahre ist dieser Kredit auf 2,6 Millionen zusammengeschmolzen. Dass es unter solchen Umständen absolut ausgeschlossen ist, mit den vorhandenen Krediten bereits baureife Projekte auszuführen, liegt auf der Hand, und wir haben uns davon überzeugen lassen, dass unbedingt höhere Subventionen zugesprochen werden müssen als das auf dem ordentlichen Budgetwege geschehen ist.

Man wendet ein, dass wir hier auf Umwegen wieder zu höheren Subventionen kommen wollen, dass wir sie erneut auf diesem Wege zu ergattern suchen. Das ist absolut nicht der Fall, die Minderheit beantragt ja bloss diejenigen Kredite zu bewilligen, die der Bundesrat in seiner ersten Vorlage als absolut notwendig und zweckmässig erachtet hatte. Er hat das ja auch in seiner Botschaft auf Seite 46 und 47 begründet. Mit diesen Krediten hätte z. B. bei den Bodenverbesserungen bei nur 10 Millionen ein Bauvolumen von ca. 60 Millionen in den nächsten drei Jahren ausgewirkt werden können. Da wird doch niemand behaupten wollen, dass dadurch keine Arbeit beschafft werden könne, Arbeit, die in diesen Gegenden willkommenen Verdienst bildet und den Zug vom Land in die Stadt verhindert. Wir haben einer Erhöhung in der Uebergangslösung nicht zugestimmt, in der Hoffnung, dass bei der definitiven Lösung diejenigen Mittel bewilligt werden, die wir nötig haben und die der Bundesrat selbst als notwendig erachtet hat. Wir waren deshalb in der Kommission, wenigstens diejenigen Herren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, sehr erstaunt, dass die Ansätze in der neuen Vorlage um mehr als 6 Millionen Franken zurückgesetzt worden waren. Wir haben dagegen Stellung bezogen. Dank dem Entgegenkommen von Herrn Bundesrat Obrecht war dann die Kommission in der Lage, einen Vermittlungsantrag anzunehmen, der in diesem Punkt eine Linderung schuf, und die Kürzung weniger rigoros erscheinen liess. Aber auch mit dieser Lösung konnten wir uns nicht einverstanden erklären, denn wenn man eine Vorlage ernst nehmen soll, wie das sonst bei uns der Fall ist, kann man nicht ohne weiteres und ohne jede stichhaltige Begründung Kürzungen und Schmälerungen unserer Interessen vornehmen, ohne uns dabei misstrauisch zu machen. Ich glaube, wir bedürfen auch dieser Kreise des Landes, um die Vorlage in der Volksabstimmung endgültig unter Dach zu bringen.

Der Antrag der Minderheit geht also nicht weiter als der erste bundesrätliche Vorschlag. Ich möchte Ihnen deshalb diesen Antrag zur Annahme empfehlen. Es handelt sich um eine grosse Differenz, aber diese Beträge werden ja nicht bloss für eine dieser vorgesehenen Massnahmen bestimmt sein, sondern es ist alles zusammengenommen (Bodenverbesserungen, Wasserbauten inklusive Wildbachverbauungen und Forstwirtschaft), also ein sehr weites Tätigkeitsfeld. Die zuständigen Organe haben uns erklärt, dass sie auch in Zukunft mit diesen Zusatzkrediten sehr vorsichtig und sparsam umgehen müssen, um alle baureifen Projekte

ausführen zu können, immerhin unter der Voraussetzung, dass sie etwas höhere prozentuale Beiträge bewilligen müssen, wenn es überhaupt möglich sein sollte, sie auszuführen, denn bei 20—24 % Bundeszuschüssen wird es in den meisten Fällen unmöglich sein, diese Arbeiten durchzuführen und die Werke zu erstellen, die im allgemeinen Interesse liegen dürften, sondern 30—40 % werden notwendig sein. Deshalb glaube ich, mit der ersten Ansicht des Bundesrates einig zu gehen, dass es nicht verlorenes Geld ist, wenn diese Millionen zu diesem Zwecke gesprochen werden, denn sie werden Werke von allgemeinem öffentlichem Interesse schaffen die aber noch in keinem Vergleich zum Umfang jener Werke stehen, die in ähnlicher Weise im Ausland zur Förderung der nationalen Produktion und zur Stützung der eigenen Versorgung geschaffen werden. Wenn wir in dieser Hinsicht alles das fördern, was notwendig ist, tragen wir sicher auch ein Stück zur wirtschaftlichen Landesverteidigung bei. Die ganze Vorlage ist ja eine besondere Vorlage für die Verstärkung der wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung. Wir möchten dabei doch auch den Interessen der ländlichen Kreise etwas Rechnung tragen.

Präsident: Es ist ein Ordnungsantrag von Herrn Musy eingegangen. Er ist Ihnen ausgeteilt worden. Herr Musy verzichtet offenbar, da er abwesend ist, auf das Wort.

Bundesrat **Obrecht:** Ich habe mich nur zu den zwei Anträgen Bringolf und Konsorten, sowie Schwar und Roulet auszusprechen.

Sie müssen bei der Behandlung dieser Kredite gegenüber allen andern Krediten einen Unterschied machen, denn es handelt sich hier um ein Gebiet, das wir regelmässig pflegen, wofür Gesetze in Geltung sind. Bodenverbesserungen, Alpverbesserungen, Wildbachverbauungen und Arbeiten zur Förderung des Forstwesens haben wir durch Bundesgesetze geregelt und in den jährlichen Budgets mit regelmässig wiederkehrenden Krediten bedacht. Diese Zwecke wurden kontinuierlich gefördert. Solche Arbeiten sollten deshalb hier eigentlich gar nicht in Betracht kommen. Es geschah dies hier trotzdem, weil man bei der Behandlung der Finanzprogramme die Kredite für die Anwendung der betreffenden Gesetze zu stark gekürzt hat, in einem Masse, dass wir die einlangenden Gesuche nicht mehr wie früher prompt erledigen konnten. Diese Gesuche haben sich aufgestaut. Es handelt sich nun darum, diese zurückgelegten Gesuche, die wegen der Unzulänglichkeit der Budgetkredite nicht berücksichtigt werden konnten, nun doch nachträglich zu behandeln und zu bewilligen.

Wenn dem so ist, muss man sich die Frage vorlegen: Was machen die zurückgelegten Gesuche aus? Wieviel ausserordentliche Kredite brauchen wir dafür. Darüber gibt Ihnen die Botschaft des Bundesrates Aufschluss. In der Botschaft ist ausgerechnet, dass auf dem Gebiete der Bodenverbesserung Gesuche im Gesamtbetrage von 25 Millionen Franken zurückgestellt werden mussten.

Welche Beiträge geben wir? Massgebend ist das Landwirtschaftsgesetz. Es fixiert das Maximum des Bundesbeitrages an die Bodenverbesserungsprojekte auf 50 %. Die Finanzprogramme schreiben uns vor, diese Subvention mindestens um einen Viertel, also auf 37½ % zu kürzen. Das ist heute das effektive Maximum. Wir geben aber nicht etwa in jedem Fall dieses Maximum von 37,5 %, sondern machen das, was im Antrag von Herrn Musy zum Ausdruck kommt: wir nehmen Rücksicht auf die Lage des Objektes, die ökonomischen Verhältnisse der Gegend, der Gesuchsteller und des Kantons, der ja hier auch mit beitragen muss. Die Praxis ist heute die, dass sich die Bundesbeiträge zwischen 20 und 37,5 % bewegen. Daran wollen wir nichts ändern, wir können sogar nichts ändern, weil wir sonst in Widerspruch kämen zu Ihren Beschlüssen, die Sie gefasst haben beim Finanzprogramm. Wenn ich annehme, das Mittel des Subventionsansatzes zwischen 20 und 37,5 % liege bei 30 %, dann brauche ich, um die 25 Millionen rückständige Gesuche berücksichtigen zu können, 7,5 Millionen.

Diesen Posten beantragt Ihre Kommission, und darum habe ich in der Kommission einem Erhöhungsantrag zugestimmt. Noch höher zu gehen, liegt nun aber keine Veranlassung vor. Da liegt der Grund, warum wir den ursprünglichen Betrag von 20 Millionen etwas heruntergesetzt haben. Die genauere Berechnung der rückständigen Vorlagen hat uns dazu geführt, dass im Gebiet der Bodenverbesserungen eine Summe von 7,5 Millionen ausreichen wird, um alle Rückstände zu beheben, die eingetreten sind wegen der starken Kürzung der Budgetkredite.

Ich mache Sie noch auf etwas aufmerksam. 7,5 Millionen pro drei Jahre gibt uns pro Jahr einen ausserordentlichen Kredit von 2,5 Millionen. Der Budgetkredit ist 2,6 Millionen. Was wir hier proponieren, ist also ungefähr eine Verdoppelung des Budgetkredites. Auch das muss Ihnen zeigen, dass wir hier nicht etwa knauserig sind. Wir haben berücksichtigt, was gerechtfertigt ist, und weiter sollten Sie nicht gehen. So verhält es sich zahlenmässig genau im Gebiete der Bodenverbesserung, und analog im Gebiet der Wildbachverbauungen und Aufforstungen. Ich will hier auf parallele Zahlen nicht eintreten.

Damit gehe ich über zum Antrag Schwar-Roulet, der von diesem Kredit von 7,5 Millionen eine Million wegnehmen und sie einer speziellen Aufgabe zuweisen will. Das geht nicht, wenn Sie von den 7,5 Millionen eine wegnehmen, so stimmt die Rechnung nicht mehr, und wir können diesen Rückstand von 25 Millionen nicht aufarbeiten. Schon dieser Grund spricht dagegen, aber namentlich muss ich ganz allgemein sagen, wenn man eine Zuckerfabrik errichten will, fängt man nicht damit an, dass man im Nationalrat einen Kredit beantragt, sondern vernünftige Leute fangen damit an, dass sie zuerst untersuchen, ob man in jener Gegend mit Aussicht auf Erfolg Zuckerrüben pflanzen könne, wie hoch die Produktion sein werde, ob sie ausreichen werde, um eine Zuckerfabrik zu alimentieren und ob diese Zuckerfabrik überhaupt finanziert werden kann. Ich sehe nicht klar, ob die Herren von uns erwarten, dass wir einen Beitrag à fonds perdu von einer Million an die Zuckerfabrik geben. Davon könnte sowieso keine Rede sein.

Also die Sache ist materiell nicht abgeklärt, infolgedessen könnte ich auf einen solchen Kreditvorschlag unmöglich eintreten. Ich beantrage Ihnen deshalb Ablehnung des Antrages Schwar-Roulet und damit Beibehaltung des Postens im vollen Betrage von 7,5 Millionen. Ich beantrage Ihnen aber auch Ablehnung des Antrages der Minderheit.

M. **Quartenoud:** En l'absence de M. Musy, vous voudrez bien me permettre brièvement de présenter son amendement, dont voici la teneur:

«Concernant les améliorations foncières à effectuer dans les montagnes, la participation de la Confédération sera fixée en tenant compte de la situation spéciale des régions alpestres.»

M. Musy voudrait simplement que la Confédération pût augmenter sa participation sans exiger du canton une contre-partie plus ou moins équivalente, ainsi que cela est prévu dans le projet.

Certes, il est bon, en principe, d'exiger la participation des cantons. Cela permet d'éviter les abus. Mais, dans certains cas, notamment lorsqu'il s'agit des régions montagneuses, il est impossible de réaliser un programme quelconque de travaux en exigeant du canton intéressé une participation telle que celle prévue dans le projet. En Gruyère, par exemple, de même que dans d'autres régions alpestres, des programmes de travaux sont prêts. Mais les moyens financiers manquent pour les exécuter. Nous nous trouvons dans une situation paradoxale, car les dispositions du projet tendent à aider ceux qui peuvent se tirer d'affaire tout seuls.

Je vous recommande donc de voter l'amendement de M. Musy. Vous ferez ainsi preuve de cette solidarité helvétique dont nous avons tant besoin actuellement. Ceux d'entre vous qui pourraient craindre de voir le Conseil fédéral courir une aventure financière peuvent être rassurés par le simple fait que la Confédération restera toujours libre de fixer sa participation suivant une saine appréciation des circonstances.

Grünenfelder: Ich empfehle Ihnen Annahme des Minderheitsantrages, wobei ich speziell von den Bodenverbesserungen spreche. Diese Arbeiten geben mancherorts den Kleinbauern die einzige Möglichkeit und Gelegenheit, ausserhalb ihres Landwirtschaftsbetriebleins noch etwas Geld zu verdienen. Wir bauen ja Strassen, Eisenbahnen, zweite Geleise usw.; das geschieht auf den Hauptlinien zum Vorteil für die betreffenden Leute. Aber für die Kleinbauern in vielen andern Gegenden fällt davon nichts ab. Sie sind die wirtschaftlich Aermsten der Armen.

Ich sehe in der Botschaft auf Seite 46, dass für Notstandsarbeiten Kredite vorgesehen sind, und zwar speziell für Bodenverbesserungen, Wasserbauten und Waldwegbauten, die nicht notwendig ausgeführt werden müssten, sondern nur ausgeführt werden, damit Arbeitsgelegenheit geboten wird; nicht nur für die Arbeitslosen allein, die Gelegenheit haben, sich zu versichern, wenigstens für einen Teil der Zeit, wo sie arbeitslos sind, während dies bei diesen Kleinbauern ein Ding der Unmöglichkeit ist. Diese haben auch einen gewissen Anspruch darauf, gleich behandelt zu werden wie die eigentlichen Arbeiter, die arbeitlos werden können; denn gelegentlich haben sie während Monaten nichts zu tun, unter Umständen den ganzen Winter über. Sie sind auf derartige Verdienstmöglichkeiten absolut angewiesen, besonders in der heutigen Zeit, da die Heimarbeit, die früher etwa noch bis in die Bergtäler hinein gereicht hatte, infolge des schlechten Ganges von Industrien ausfällt. Dort steht, dass für Notstandsarbeiten, für Arbeiten, die den Charakter von solchen haben und zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung unternommen werden, vom Bund 30 bis 40 % an die Gesamtkosten geleistet werden. Ich nehme an, dass dieser Grundsatz Geltung habe, obwohl er nicht in der Vorlage selbst niedergelegt ist.

Was Herr Bundesrat Obrecht gesagt hat über die gesetzliche Höhe von 50 % resp. Reduktion bis um einen Viertel, auf 37,5 %, betrifft nur die Gewässerkorrektionen, nicht die Bodenverbesserungen, bei diesen sind die Beiträge nicht maximiert; wir haben nur die Möglichkeit, dies zu tun, und wir sehen ja, dass der Bundesrat in der Tat für diese Notstandsarbeiten, insbesondere auch für Bodenverbesserungen, 30—40 % in Aussicht nimmt.

Nun sagt Herr Bundesrat Obrecht, es seien für 25 Millionen Fr. Projekte in den Schubladen. Der Zustand ist uns wohl bekannt. Seit dem Dezember 1937, glaube ich, war kein Geld mehr vorhanden für die Subventionierung derartiger Arbeiten, insbesondere von Bodenverbesserungen. Ich habe das selbst erfahren müssen. Nun rechne man aus: Es sind 25 Millionen Fr. seit Jahresfrist rückständig für angemeldete Projekte, und dafür reichen, wenn man 30 % gibt, 7,5 Millionen Fr. aus. Aber was an neuen Projekten während 3 Jahren eingeht, dafür steht kein ausserordentlicher Kredit da. Dann soll der reduzierte Kredit wieder Gültigkeit haben, so wie wir ihn aus Sparsamkeitsgründen jeweilen ins Budget aufgenommen haben. Ich sehe voraus, dass wir in kurzer Zeit, vielleicht nach einem oder anderthalb Jahren diesen Kredit vergeben haben und nichts mehr haben für den Rest der Periode, für die neue Projekte vorgesehen werden. Mit den 25 Millionen Fr. Rückständen ist es noch nicht getan. Es werden ganz sicher während dieser Zeit neue Projekte eingereicht werden, und die haben ebenfalls Anspruch darauf, behandelt zu werden wie diejenigen, die jetzt im Rückstand sind. Ich will anerkennen, dass der Bundesrat im Verlaufe dieses Jahres, damit die Arbeiten nicht komplett eingestellt werden mussten, für die dringendsten Arbeiten einen, wie man mir sagte, Vorschusskredit auf das Jahr 1939 zur Verfügung gestellt hat. Aber in Wirklichkeit war der Zustand des mangelnden Kredites in diesem Jahr ein Hindernis für die Ausführung der Bodenverbesserungen und auch anderer Arbeiten. Der Bundesrat hat es immer wieder in der Hand, jeweilen Beiträge zu gewähren, so wie er es nach der Sachlage für gut findet; aber ich möchte nicht zum vorneherein einen Kredit in diese Vorlage eingesetzt wissen, von dem man mit ziemlicher Sicherheit sagen kann, dass er nicht ausreicht für die Zeit, für die das Programm vorgelegt ist. Ich empfehle Ihnen aus diesen Gründen den Antrag der Kommissionsminderheit.

Nobs: Sicher haben wir einen der schwersten Fehler bei der Reduktion der Bundesbeiträge dadurch begangen, dass wir die Beiträge an Meliorationen in so starkem Masse gekürzt haben. Der Erfolg hat gezeigt, dass damit die Meliorationstätigkeit beinahe unterbunden worden ist. Der Rückgang ist ein ganz ausserordentlicher. Wir haben auch in dem Sinne einen Fehler begangen, dass wir eine überaus schätzenswerte Arbeitsgelegenheit unterbunden haben, die wir hatten dank der Staatsbeiträge in der Konjunktur, und die wir dann nicht mehr hatten in der Krise, als sie am nötigsten waren. Das ist doch ein ganz unvernünftiges, nicht zu rechtfertigendes Vorgehen. Nun sind wir dadurch, dass seit Jahren die Meliorationstätigkeit stark zurückgegangen ist, in Rückstand gekommen mit der Ausführung von Meliorationen.

Wie gross die Zahl und das Ausmass der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten auf diesem Gebiete noch ist, das tut uns kein Kompetenterer dar, als Herr Strüby, der Vorsteher des eidgenössischen Meliorationsamtes. In einem Vortrag, den er 1937 an der Präsidenten- und Delegiertenversammlung des Schweizerischen landwirtschaftlichen Vereins gehalten hat, erbrachte er den Nachweis, dass wir auf diesem Gebiet wie kaum auf einem anderen Arbeitsgelegenheiten in Reserve haben. Nach den Angaben der kantonalen Meliorationsämter — es handelt sich also um Angaben der zuständigen Amtsstellen der Kantone — haben wir für Zusammenlegungen noch ein Gebiet von 510 000 ha zu bearbeiten, für Entwässerungen 72 500 ha. Ich spreche nicht von den Strassen und Wegen und anderen Verbesserungen, die auch in Rückstand gekommen sind. Aber wir haben hier eine Reserve von Arbeitsgelegenheiten, wie kaum auf einem Arbeitsgebiet. Darum findet gerade in diesen Verhältnissen der Antrag der Minderheit seine volle Rechtfertigung.

Es ist noch auf einen andern Umstand aufmerksam zu machen, auf den ebenfalls der eidgenössische Kulturingenieur, Herr Strüby, hingewiesen hat, dass nämlich bei vielen Unternehmungen dieser Art die staatlichen Beiträge gar keine Subventionen im gegenwärtigen ominösen Sinne des Wortes sind, sondern „nichts anderes, als die Perimeterbeiträge an Werke, die im öffentlichen Interesse liegen und deren Ausführung eine Aufgabe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden ist."

Zum Schlusse möchte ich noch bemerken, dass diese Arbeiten auch darin eine Besonderheit haben, als sie zwei Volksklassen, die in der Krise besonders betroffen worden sind, gemeinsam helfen: einmal den Arbeitslosen in den Landgemeinden und zum andern den Kleinbauern. In den meisten Kantonen werden die Arbeiten ja auch so ausgeführt, dass diese beiden Gruppen bei der Ausführung ausschliesslich berücksichtigt werden. Ich freue mich sehr, dass Herr Regierungsrat Grünenfelder sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen hat und den Antrag der Minderheit unterstützt. Ich möchte Sie bitten, auch so zu beschliessen.

Vonmoos: Ich möchte die Ausführungen von Herrn Quartenoud zum Antrag Musy unterstützen. Seine Argumentation war durchaus zutreffend. Wenn die Kantone einen grossen Beitrag leisten müssen, um den Bundesbeitrag flüssig zu machen, so kommt es dann so heraus, dass gerade die finanzschwachen Kantone, die diese Arbeiten am nötigsten hätten, sie nicht durchführen können. Es ist schon wiederholt hier in unserem Rate ausgeführt worden, dass das eine Unbilligkeit sei und dass man von diesem Prinzip abgehen müsse. Deswegen möchte ich die Ausführungen von Herrn Quartenoud unterstützen.

Präsident: Wir haben zunächst abzustimmen über den Antrag der Minderheit, der durch Herrn Müller-Grosshöchstetten begründet wurde, und eine Erhöhung der Kredite verlangt. Kommissionsmehrheit und Bundesrat lehnen diesen Antrag ab.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Minderheit	77 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	24 Stimmen

Präsident: Herr Schwar verzichtet auf seinen Antrag und hat dafür ein Postulat gestellt, das sinngemäss das Gleiche bedeutet. Er führt hier aus, dass er wünsche, dass diese Frage, die er in seinem Antrag niedergelegt hat, geprüft werde. Der Bundesrat ist einverstanden, dieses Postulat entgegenzunehmen. Ein Gegenantrag wird nicht gestellt. Sie sind somit einverstanden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Musy.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Musy	41 Stimmen
Dagegen	26 Stimmen

Ziff. V.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

V. Besondere Massnahmen für Industrie, Gewerbe und Fremdenverkehr:	Fr.
a. Exportförderung	20 000 000
b. Beiträge an Treuhandinstitutionen des Gewerbes	1 000 000
c. Förderung des Fremdenverkehrs	4 000 000
Gesamtkredit	25 000 000
abzüglich des Uebergangskredits von	5 000 000
	20 000 000

Minderheit

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber, Meierhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

V. *a.* Exportförderung . . . . . Fr. 30 000 000

Antrag Gafner.

V. *a.* Exportförderung . . . . . Fr. 25 000 000
Mitunterzeichner: Eder, Stampfli.

Antrag Gafner.

V. *c.* Förderung des Fremdenverkehrs . . . . . Fr. 6 000 000
Mitunterzeichner: von Almen.

Ch. V.

Proposition de la commission.

Majorité:

	Fr.
V. Mesures spéciales en faveur de l'industrie, de l'artisanat et du tourisme:	
a. Aide à l'exportation	20 000 000
b. Subvention à des offices fiduciaires de l'artisanat	1 000 000
c. Mesures propres à ranimer le tourisme	4 000 000
Crédit total	25 000 000
A déduire le crédit transitoire de .	5 000 000
	20 000 000

Minorité

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber, Meyerhans, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schneider):

V. *a.* Aide à l'exportation . . . . Fr. 30 000 000

Amendement Gafner.

V. *a.* Aide à l'exportation . . . . Fr. 25 000 000

Cosignataires: Eder, Stampfli.

Amendement Gafner.

V. *c.* Mesures propres à ranimer le tourisme . . . . . Fr. 6 000 000

Mitunterzeichner — *Cosignataire:* von Almen.

Wetter, Berichterstatter: Hier werden noch 20 Millionen Fr. verlangt zu den von Ihnen schon bewilligten 5 Millionen Fr. hinzu, und zwar ist die Verteilung folgende:

Einmal für den Export 15 Millionen Fr., für Treuhandinstitutionen des Gewerbes 1 Million Fr., für die Förderung des Fremdenverkehrs 4 Millionen Fr. Wenn man diese Vorschläge beurteilen will, muss man in Betracht ziehen, dass für die Förderung des Gewerbes die grosse Bauaktion mit ihren 90 Millionen Fr. in erster Linie in Betracht kommt.

Bei der Förderung des Exportes handelt es sich einmal um eine von der schweizerisehen Zentrale für Handelsförderung getätigte Propaganda und die Erweiterung der Absatzorganisation durch Handelsagenturen. Dafür sind 600 000 Fr. pro Jahr aus diesem Kredit in Aussicht genommen. Die übrigen Summen sind für alle fördernden Massnahmen auf dem Gebiete des Exportes bestimmt. Eine solche Förderung ist dringend nötig, handelt es sich hier doch eigentlich um den Kernpunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dabei denkt man im Augenblick wohl weniger in erster Linie an die Wiedereinführung der früheren produktiven Arbeitslosenfürsorge, die neben unbestreitbaren Vorteilen auch ihre Nachteile hatte. Man denkt vielmehr an andere Massnahmen. Diese werden zur Zeit von der Industrie mit dem Volkswirtschaftsdepartement geprüft. Es ist möglich, dass es sich dabei auch um Massnahmen handelt, bei denen Industrie und Bund auch finanziell zusammenarbeiten, wo es sich also zur Hauptsache um eine Unterstützung von Selbsthilfemassnahmen der Industrie handelt.

Dass daneben selbstverständlich der Kampf gegen ausländisches Dumping aufgenommen und durchgeführt werden muss, sei nur nebenbei erwähnt. Im übrigen kommt wohl unter diesem Titel auch die Leistung eventuell nötiger Ueberpreise in Betracht, von Ueberpreisen für Waren, die zur Speisung der Clearing in die Schweiz eingeführt werden müssen. Ich denke dabei vorwiegend an Osteuropa und den nahen Orient. Man darf sich dabei nicht davon abschrecken lassen, dass der Export nach diesen Gebieten prozentual im Verhältnis zum Gesamtexport kein überwältigender ist. Einmal ist seine Bedeutung für die verschiedenen Industrien sehr verschieden. Er ist für einzelne wichtig, ja fast entscheidend. Endlich spielen in der heutigen Zeit einige wenige Prozente mehr Export eine Rolle. Heute, da uns alte Märkte zum Teil verloren gehen oder in Gefahr stehen, uns verloren zu gehen.

Die Förderung des Exportes durch staatliche Mittel ist keine einfache Sache und man gibt sich gelegentlich zu wenig Rechenschaft über die Schwierigkeiten in der Durchführung. Die Förderung ist sehr oft auch handelspolitisch ein ausserordentlich heikles Problem. Die Ankündigung solcher Massnahmen kann unter Umständen das Ausland stutzig machen, ganz ohne Grund zwar, denn wir haben nicht im Sinne, von uns aus mit staatlichen Zuschüssen Dumping zu betreiben. Wohl aber geschieht in der Welt nach dieser Richtung einiges, und wenn man deshalb in irgendeinem Staate oder in irgendeinem Parlamente von der Förderung des Exportes mit Staatsmitteln spricht, denkt man in andern Staaten sofort an Dumpingmassnahmen und wird aufmerksam. Wenn wir auch mit unsern Massnahmen, die wir zu ergreifen gedenken, nach dieser Richtung nichts zu befürchten haben, so empfiehlt es sich doch, beim Kapitel der Unterstützung des Exportes auch im Parlament eine gewisse Reserve nicht zu überschreiten.

Und nun der Fremdenverkehr. Die in Aussicht genommenen 4 Millionen Fr. sollen Verwendung finden für Filmaktionen, für die Beschickung der Ausstellung in New York, für eine grossangelegte Propaganda anlässlich der Landesausstellung in Zürich. Daneben ist nicht zu vergessen, dass für die Hotellerie, wie ich das schon in einem andern Zusammenhang erwähnt habe, und vor allem aus auch für die schweizerischen Bäder eine Unterstützung durch die Bauaktion gefunden werden soll, in vermehrtem Masse als bisher und mit erhöhten Sätzen. Dazu kommt, dass für verschiedene Bedürfnisse des Fremdenverkehrs im ordentlichen Budget der Eidgenossenschaft nicht unbedeutende Beträge ausgesetzt sind.

Die Kommission empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme der vorgeschlagenen Sätze.

M. **Graber,** rapporteur de la majorité: Toujours devant votre commission, une première proposition fut faite d'augmenter de 10 millions le poste visant nos exportations.

Si l'on tient compte que nos exportations en trois ans s'élèvent à environ 3 milliards et demi, on admettra aisément qu'une subvention de 25 millions n'est point abusive. Après la montée de 1936 il faut que nous enregistrions aujourd'hui un nouveau fléchissement qui ne peut être combattu efficacement sur le seul terrain de l'initiative privée. L'Etat doit intervenir. Nous pensons en particulier qu'en plus de l'aide à assurer à certaines branches

de la production suisse il faut entrevoir un énergique soutien des établissements d'essai, de recherches techniques, des offices d'industries nouvelles. Les perturbations qui viennent de se produire en Europe centrale nous ouvrent des chances assez grandes de pouvoir introduire chez nous des industries nouvelles ayant souvent déjà leur marché extérieur assuré. Ce n'est pas la première fois dans l'histoire que l'on verrait des persécutions opérées dans un pays, favoriser des éclosions industrielles en d'autres. Peu de pays exigent, pour leur vitalité économique, un besoin aussi pressant que la Suisse de maintenir l'importance des exportations.

Or, de nouvelles menaces surgissent. Nos exportations en Europe centrale et dans tout le bassin danubien vont rencontrer des conditions de concurrence toutes nouvelles et il faut que la Confédération soit armée pour aider à nos industries à résister avec succès.

Pour favoriser notre balance financière, il est nécessaire d'autre part de veiller au développement de notre tourisme. Celui-ci se trouve menacé par la crise internationale, menacé par les difficultés du change, menacé par les changements territoriaux survenus même à nos frontières. Il faut que l'on sache recourir à de nouveaux moyens pour attirer les étrangers et mettre nos merveilleux moyens de transport mieux à leur portée: par des abonnements généraux spéciaux, par des taxes spéciales ainsi qu'on le fait en Allemagne, en France et en Italie ou certains rabais vont jusqu'au 70 %.

A ces considérations diverses, le chef du Département de l'économie publique répond en constatant que le recul de nos exportations est presque nul. Alors qu'il est sensible en Allemagne, en France, en Angleterre, en Hollande, en Italie durant le premier semestre 1938, on constate en Suisse une augmentation de 8 % environ. Cela ne veut point dire que nos exportations ne soient pas menacées.

Un tiers de ces exportations sont destinées aux pays qui manquent de devises. Elles ont reculé du 50 au 33 %. Nos exportations pour l'est européen ne représentent que le 5 % du total, que le 3,9 % même, si on exclut la Pologne.

La fixation des prix constitue une des grosses difficultés dans les accords. On exige de nous des achats à des prix surfaits. Dans l'ensemble, on peut évaluer cette étrange contribution à 20 millions par an pour la Suisse. Cette politique se trouve stimulée par les conjonctures actuelles et nous crée d'évidentes difficultés.

Une autre difficulté provient du fait que les investissements de capitaux suisses en Allemagne et dans les pays de l'Est européen sont tels et subissent un tel sort qu'il n'est pas facile de songer à de nouveaux investissements dans ces pays.

Sous quelle forme cette aide s'opérera-t-elle? Les pays avec lesquels nous trafiquons sans clearing n'admettent rien qui puisse être considéré comme mesure de dumping. Au côté de l'intervention sous la forme d'aide contre le chômage, il faudra trouver des chemins nouveaux. Si les 20 millions demandés apparaissent comme insuffisants au cours de cet effort, dont on cherche encore les voies d'application, de nouveaux crédits seront demandés.

Nobs, Berichterstatter der Minderheit: Wir sollten uns darüber im klaren sein, dass wir dort, wo wir produktionspolitische Hilfe gewähren können, viel mehr erreichen als dort, wo wir eine absterbende Wirtschaft noch mit Mühe und Not und grossen Kosten zu erhalten suchen. Leider sind durch unsere Sparmassnahmen auch Institute zu Schaden gekommen, deren Aufgabe es gerade ist, unsere Produktion beständig zu erneuern, dafür zu sorgen, dass die Schweiz im Konkurrenzkampf des Weltmarktes in Ehren dastehen kann, dafür, dass unsere für die schweizerische Volkswirtschaft so wichtige Exportindustrie nicht untergeht.

Bei diesen Budget-Sparmassnahmen sind auch die Institute der Eidg. Technischen Hochschule, die der Forschung und der Erfindung dienen, leider zu Schaden gekommen, in einem Augenblick, da sie die allergrösste Förderung verdient hätten. Von dieser Situation hat Herr Professor Rohn in seinem Vortrag vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gesagt: „Es gibt Ersparnisse, die eine mehr oder weniger verhängnisvolle Verschwendung von Menschenkraft und Zukunftsmöglichkeiten bedeuten". Solche Verschwendung haben wir in dem Sinne betrieben, als in den ersten Krisenjahren unsere Institutionen, welche der Förderung der technischen, industriellen Entwicklung dienen sollen, nicht in der Weise unterstützt worden sind, wie sie es gerade in dieser Zeit hätten sein müssen. Ich meine nicht, dass die staatliche Aktion auf diesem Boden etwa die überaus verdienstliche und verdankenswerte Leistung unserer ersten schweizerischen Grossbetriebe überflüssig machen können und sollen; wir wollen sie vielmehr ermutigen und unterstützen, wir wollen aber auch, dass bedeutende Institute, die die Schweiz auf dem Gebiete wissenschaftlicher und praktischer wirtschaftlicher Versuche besitzt, weiter entwickelt werden.

Ich möchte hier wenigstens ein Institut nennen, das für unsere Verhältnisse unbedingt eine Notwendigkeit ist. Ich meine das schweizerische Textiltechnikum. Zu diesem nur eine Bemerkung. Auf dem europäischen Festland sind wir der älteste Textilstaat. Wir haben aber die bedauernswerte Feststellung machen müssen, dass während die Textilindustrie unserer Konkurrenzländer auf dem Festlande sich unaufhaltsam entwickelt hat, unsere schweizerische Textilindustrie die schwersten Einbussen hat hinnehmen müssen. Es ist bedenklich, dass Textilstaaten, die eine viel jüngere Textilindustrie haben als die Schweiz, ich nenne nur die Tschechoslowakei, uns in der Schaffung von Ausbildungsinstituten für den technischen Nachwuchs ganz bedeutend voraus sind und nicht nur eines, sondern mehrere Textiltechniken haben. Der alte Textilstaat Schweiz ist auf diesem Boden vollständig konservativ und unfruchtbar geworden und hat nichts geleistet, sondern überlässt es den jungen Leuten, entweder ins Ausland zu gehen und sich dort die Ausbildung zu holen, oder, was viel mehr der Fall ist, er überlässt es der Industrie, ihre ersten technischen Kräfte aus dem Ausland zu beziehen, statt dass wir hier einheimische Leute beschäftigen würden.

Ich weiss, dass dieses Geschäft heute nicht erledigt wird, aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen (es geschieht im Sinne einer Selbst-

anklage, die hier erhoben werden muss an die Adresse von uns schweizerischen Parlamentariern!), dass wir, beim Vorhandensein der tüchtigsten Arbeitskräfte und der besten Wissenschafter in bezug auf Ausgestaltung der Laboratorien als Arbeitsstätten, bei weitem nicht Schritt gehalten haben mit den gewaltigen Anstrengungen unserer Konkurrenzländer. Diese Tatsache muss hier mit allergrösstem Nachdruck ausgesprochen werden. Es ist weiter Tatsache, dass wir jetzt mit Aufwendung von Dutzenden von Millionen eine parasitäre Wirtschaft unterstützen, um die Menschen zu erhalten, die darin noch ihre Existenz haben, und dass wir, die wir mit so grosser Auszeichnung im 19. Jahrhundert eine schweizerische Exportindustrie entwickelt haben, jetzt in Rückstand gekommen sind und in neuester Zeit nicht geleistet haben, was wir hätten leisten sollen. Ein Gang durch die Institute der E.T.H. wird namentlich die Herren unter Ihnen, die technische Kenntnisse und technisches Interesse haben, vollauf befriedigen und überzeugen, dass es der Schweiz und der schweizerischen Industrie, denen es niemals an Erfindern, niemals an Konstrukteuren, an tüchtigen Menschen gefehlt hat, die wegleitend voran gegangen sind, auch heute nicht an tüchtigen Menschen fehlt. Wir finden das Zeugnis dafür in den Jahresberichten unserer führenden besten industriellen Gesellschaften. An den Köpfen fehlt es nicht, aber es fehlt an den Werkstätten, an den Maschinen, an den Mitteln, die wir ihnen zur Verügung stellen, um ihre Versuche, ihre Arbeit in jener grosszügigen Art und Weise zu entwickeln, wie die ausländische Konkurrenz das tun kann. Was auf diesem Gebiete in den Instituten der E.T.H. heute schon geleistet wird, ist etwas vom Begeisterndsten, was heute in der Eidgenossenschaft sich vollzieht. Ich habe nach einem vielstündigen Gang durch diese Laboratorien und Werkstätten, wo man mir Proben vorgelegt hat von Leistungen, die die Schweiz bisher nicht zu vollbringen vermochte, den denkbar nachhaltigsten, besten Eindruck erhalten. Ich bin mit Enthusiasmus aus den Instituten herausgekommen, mit dem Eindruck, dass neben der absterbenden Schweiz da eine neue Schweiz heranwächst, die für die Erhaltung unserer Wohlfahrt, unseres Brotes und unserer Existenz von allergrösster Bedeutung ist.

Wenn Sie hier unter dem Eindruck und Einfluss der Krise und all ihrer Nöte freigebig und grosszügig gewesen sind bei der Beschaffung von Mitteln, so lässt es sich nicht rechtfertigen, dass wir dort, wo das Brot der kommenden Jahre und Jahrzehnte geschaffen werden muss, knauserig und knickerig sind. Es ist unser Schicksal, wie ein hervorragender Techniker gesagt hat: „La Suisse est condamnée à la qualité!", dass die Schweiz sich in der Qualität bewähren muss. Muss es uns nicht mit Bedrübnis und mit Bedenken erfüllen, wenn wir aus den Berichten unserer Fabrikinspektoren lesen müssen, dass ein gewisser Prozentsatz unserer industriellen und gewerblichen Betriebe eingerostet ist, wie der Ausdruck heisst, technisch nicht mehr auf der Höhe ist, mit veralteten Methoden und Werkzeugen drauflos krautert, nicht mehr das leisten kann, was wir im Hinblick auf die Weltkonkurrenz müssten leisten können? Es ist kein geringerer als Dr. Keller vom eidgenössischen Amt für die Einführung neuer Industrien, der in einem Vortrag darauf hingewiesen hat, wieviel veraltete und nicht konkurrenzfähige Betriebe wir haben. Wenn der Leiter unserer E.T.H., die als Erziehungsinstitut immerhin einen Weltnamen hat, wenn Herr Prof. Rohn uns sagt, der wissenschaftlich gebildete Ingenieur spiele in unserer Industrie eine viel zu geringe Rolle, so haben wir auch aus dieser Feststellung eines Mannes, dem Fachkunde nicht abzusprechen ist, eine Lehre zu ziehen. In einer sehr nahen Zukunft wird vielleicht die jetzige Rüstungskonjunktur abgeschlossen sein, die vermehrte Konkurrenz wird sich auf den Warenmarkt der Weltwirtschaft werfen und es wird dann von entscheidender Bedeutung sein, wie wir dastehen mit unsern Produkten und ob wir diesem Kampf gewachsen sind, einem Kampf, in dem grosse Industriestaaten nach dem Grundsatz: Höchste Technik, tiefste Löhne, plus Exportdumping gegen uns in den Wettbewerb treten. Wir gehen einer sehr schweren Bewährungprobe entgegen. Darum glaube ich, dass unter diesem Gesichtspunkt auch eine schweizerische Aufgabe erfüllt würde und im wohlverstandenen Interesse des ganzen Volkes erfüllt werden muss.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, bevor ich schliesse, noch kurz einen Punkt berühren, der mir ebenfalls zu einer kritischen Auslassung Anlass gibt. Es ist das unsere Exportrisikoversicherung, die heute nicht so organisiert ist und nicht so funktioniert, wie sie funktionieren sollte. Ich darf Sie erinnern, dass ich vor einigen Jahren der Motionär für die Exportrisikoversicherung gewesen bin. Wir waren damals in dieser Sache der letzte Staat Europas. Staaten, die bei weitem nicht die Bedeutung unseres Exportes hatten, waren uns lange mit der Exportrisikoversicherung vorangegangen. Wir haben sie nun seit einigen Jahren. Sie funktioniert, aber die Quote, die sie versichert mit 60—80 %, ist zu gering. Die Risiken sind deshalb für viele Bestellungen zu gross, als dass der betreffende Betrieb sie übernehmen könnte. Ist es nicht bemühend zu sehen, dass unsere Konkurrenzstaaten mit der Uebernahme dieser Risiken bis auf 90 % gehen, dass dabei ihre Versicherungsinstitutionen gut arbeiten und dass sie daher auch uns gegenüber im Feld des internationalen Wettkampfes wieder einen Vorzug haben und wir im Nachteil sind. Ich möchte sehr bitten, dass in dieser Beziehung auch noch ein ganz energischer Schritt getan wird.

Zum Schlusse noch eines. Es ist die Einsicht zahlreicher Industrieller und vieler Kenner auch der schweizerischen Technik, dass es ein schlechter Trost ist, wenn wir uns darauf verlassen, Lizenzen des Auslandes zu erwerben, während wir mit eigenen Konstruktionen, mit eigenen besseren Erfindungen arbeiten müssten. Mit diesen sind wir auf dem Weltmarkt etwas geworden, und nicht mit den Lizenzen der anderen. Es handelt sich hier um geistige Arbeit, um die Tätigkeit der Erfinder und Konstrukteure, die wir in einer viel nachdrücklicheren Weise ermutigen und fördern müssen als bisher. Ich bitte Sie, an diesem so entscheidenden Punkt unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit kräftigeren Mitteln einzusetzen, als der Antrag der Mehrheit es will. Stimmen Sie also dem Antrag der Minderheit zu.

Gafner: Wir beantragen Ihnen, den Kredit für die Exportförderung von 20 auf 25 Millionen Fr. zu erhöhen. Mit den soeben gehörten Ausführungen von Herrn Kollege Nobs gehe ich durchaus einig. Ich möchte nicht wiederholen, was er ausgeführt hat. Ich möchte auch nicht wiederholen, was ich in meinem Votum zur Eintretensdebatte in mehr grundsätzlicher Beziehung zur Frage der Exportförderung gesagt habe.

Zur Begründung meines Antrages, den die Herren Eder und Stampfli mitunterzeichnet haben, möchte ich Ihnen mehr die Zusammenfassung eines Programmes über die Möglichkeiten einer verstärkten Exportförderung geben. Dabei möchte ich dieses Programm nach 3 Gesichtspunkten gruppieren: Selbsthilfe, Privathilfe und staatliche Hilfe. Wenn ich auch die Selbsthilfe und Privathilfe erwähne, so deshalb, weil sich der Staat auch bei diesen beiden Gruppen nicht desinteressieren darf, sondern helfend mitwirken kann.

Unser Export hat leider nicht nur mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihm ausserhalb des Landes erwachsen, sondern es fehlt gelegentlich auch beim Exporteur selbst. Ich möchte in diesem Punkt dem Exporteur kein Sündenregister ablesen. Das steht mir auch nicht zu. Ich möchte nur einige Hinweise geben, wo und wie der Staat durch Exportschulung, d. h. staatliche Kurse oder Mithilfe bei privaten Kursen, unerfahrenen und ungeschulten Exporteuren, und solche gibt es in jedem Lande, helfend beispringen kann. Die im vorliegenden Bundesbeschluss für die Exportförderung vorgesehenen 20 Millionen Fr. sind ja nicht ausschliesslich für die produktive Arbeitslosenfürsorge reserviert, sondern sollen auch für weitere Exportförderungsmassnahmen gemäss Botschaft zur Verfügung stehen.

Unsere Exporteure erschweren hier und dort ihre Exportmöglichkeiten oder verunmöglichen sie direkt aus nachfolgenden Gründen, die, ich wiederhole es nochmals, weder eine Kritik enthalten sollen, noch in der Aufzählung abschliessend sein wollen.

1. Zersplitterung innerhalb der einzelnen Branchen. Ein wirtschaftlich schädigender und dem Ansehen unseres Exportes abträglicher Preiskampf einzelner Firmen gegeneinander. Eine Vielzahl von Marken bei einzelnen Artikeln, beispielsweise beim Schachtelkäse, statt der Einführung von Einheitsmarken für den Warenabsatz im Ausland.

2. Fehlerhafte Offertstellung: Statt in der Sprache des Bestimmungslandes oder in einer doch gebräuchlichen Handelssprache in unseren Landessprachen. Keine Beigabe von Propagandamaterial oder Zustellung von solchem in unseren Landessprachen. Keine oder nur unzulängliche Muster oder deren Abgabe nur gegen Bezahlung. Z. T. ungenügende Angaben über Artikel, Lieferungsbedingungen, Preis. Preisangaben ab Schweizergrenze statt fob. oder cif.

3. Keine oder ungenügende und ungeeignete Reklame namentlich bei der Einführung neuer Artikel.

4. Mangelhafte Zusammenarbeit mit den schweizerischen amtlichen, halbamtlichen oder privaten Stellen im Ausland, wie Gesandtschaften, Konsulaten, Handelskammern, schweiz. Organisationen, Schweizerfirmen oder einzelnen Landsleuten. Inanspruchnahme unserer Vertretungen oft erst dann, wenn das Geschäft bereits aus eigener Schuld verdorben ist.

5. Ungenügendes Studium der fremden Märkte, der Preise, Neuheiten und Handelsmethoden der Konkurrenz.

6. Ungenügende Bearbeitung der fremden Märkte durch Reisende, die nicht immer ihrer Aufgabe gewachsen sind oder andere Interessen mitvertreten, und mangelnder Kontakt mit der ausländischen Kundschaft. Am wertvollsten sind hier immer persönliche Besuche des Firmainhabers oder einer Vertrauensperson.

Das Fazit aus diesen Feststellungen, die aus den persönlichen Wahrnehmungen eines unserer Auslandsvertreter stammen, ist deshalb:

7. Der Zusammenschluss von einzelnen Branchen und Firmen zwecks gemeinsamen Vorgehens auf fremden Märkten, Schaffung von Kollektivvertretungen, sowie eine gemeinsame Preis- und Verkaufspolitik. Durch diese Zusammenfassung werden einerseits die Unkosten für den Einzelnen verringert, anderseits die gegenseitige Bekämpfung und Unterbietung, aus der nur das Ausland Nutzen zieht, vermieden. Ein erfreuliches Beispiel in dieser Richtung ist der kürzliche Zusammenschluss von 3 grossen Schweizerfirmen in Südafrika. Die Vorteile, welche die Abwertung unserem Lande preislich gab, wurden anderseits leider nicht überall voll ausgenützt. Es ist dies ein Beispiel genau im umgekehrten Sinne des soeben gerügten. Ich habe selbst in Belgien unmittelbar nach der Abwertung feststellen können, welche schwere moralische und materielle Schädigung unser Export dadurch erlitt, dass unsere Verkaufspreise sofort im vollen Umfang des Abwertungsbetrages bei verschiedenen Artikeln erhöht wurden und uns damit der Abwertungsvorteil verloren ging, trotzdem beispielsweise beim Käse die Verteuerung nicht durch eine entsprechende Steigerung der Rohstoffe bedingt war. Die Preissteigerung hing z. T. allerdings auch mit dem Wegfall der produktiven Arbeitslosenfürsorge zusammen.

8. Eine zeitgemässe Umstellung unserer Handelsmethoden an die Bedürfnisse der Neuzeit und der Konkurrenz. Volle Ausnützung der Möglichkeiten des Schnellverkehrs, wobei wir allerdings in den Flugpost- und Telegrammtaxen nach Uebersee gegenüber der ausländischen Konkurrenz nicht dermassen handicapiert sein sollten. Die Aufhebung der Zuschläge, wie sie bei uns noch bestehen, würde ein kleines Beispiel aktiver Exportförderung durch den Staat sein.

9. Planmässige Erforschung und Bearbeitung derjenigen Auslandsmärkte, die z. Zt. besonders günstige Chancen für die Schweiz bieten, sei dies nun infolge wirtschaftlicher oder politischer Gründe.

10. Vermehrte Heranziehung der brachliegenden Kräfte stellenloser Auslandschweizer und die Verwertung ihrer Erfahrungen und Verbindungen für unsern Export, sowie eine planmässige Einbeziehung unserer noch im Ausland lebenden Schweizer und unserer Auslandsorganisationen als Träger unseres Exportes. In Verbindung damit eine Verbesserung unseres Produktionsapparates und ihre Auswertung für den Export, wie sie Herr Nobs postuliert hat.

Dies sind einige Hinweise und einige Lehren, wobei die letztern wohl rasch gegeben sind, aber, dessen bin ich mir durchaus bewusst, nicht so rasch verwirklicht werden können. Die Schlussfolgerung aus den 10 Punkten muss aber die Feststellung sein, dass die Exporttechnik, die Exportpsychologie und die Exportschulung bei uns vielfach noch zu wenig entwickelt sind. Der Einzelne ist auf den Zusammenschluss mit andern, auf die Unterstützung von Fachorganisationen, aber auch auf die staatliche Mithilfe angewiesen. Der kantonal-bernische Handels- und Industrieverein hat vor Jahren verschiedene Kurse für Betriebsrationalisierung, Verbesserung des Produktionsapparates, aber auch Schulung der Betriebsinhaber und Betriebsleiter durchgeführt. Diese Kurse wurden aus dem ganzen Kanton ausserordentlich stark besucht. Die Kosten derartiger Kurse sind aber so beträchtlich, dass ein privater Verein sie nicht wiederholt auf sich nehmen kann. Der Staat sollte deshalb entweder seinerseits Exportfachkurse — wir sprechen hier nur von der Exportförderung — zwecks Schulung in Exporttechnik, Organisation und Rationalisierung durchführen, oder derartigen Kursen privater Organisationen geeignete Leute zur Verfügung stellen oder doch finanzielle Unterstützung gewähren.

Eine zweite Gruppe von Vorschlägen enthält neue Möglichkeiten, die durch private Initiative und staatliche Förderung für unsern Export nutzbar gemacht werden könnten:

1. Steigerung besonders des Produktionsgüterexportes, vor allem nach Uebersee, um die Möglichkeiten der dortigen Industrialisierungsbestrebungen auszunützen. Tun nicht wir es, so wird es unsere ausländische Konkurrenz tun.

2. Intensive Bearbeitung jener überseeischen Märkte, namentlich in Amerika und Afrika, wo noch besondere Möglichkeiten für uns als neutrales Land offen sind. Die Sympathien, welche die Schweiz überall besitzt, heisst es verwerten.

3. Zeitgemässe Gestaltung der Kreditpolitik durch vermehrte Gewährung mittel- und langfristiger Kredite an unsere Exportwirtschaft, und zwar nicht nur bei der Produktionsgüterindustrie. Lernen wir aus hier aus deutschen, englischen und amerikanischen Beispielen.

4. Gewährung von Handelskrediten an Auslandschweizer-Unternehmen und von Finanz- und Investitionsanleihen an vertrauenswürdige, im Aufschwung befindliche überseeische Gemeinwesen, besonders in Südamerika, unter Sicherung entsprechender Aufträge und Arbeitsmöglichkeiten für unser Land. Der heutige Kapitalüberfluss in der Schweiz sollte auch diesen Zwecken dienstbar gemacht werden.

5. Schaffung von Filialen von grossen Schweizerbanken im Ausland, insbesondere auf den wichtigsten überseeischen Plätzen. Deren Notwendigkeit habe ich bereits in der Eintretensdebatte mit wenig Worten dargelegt.

6. Enge wirtschaftliche Anlehnung an die demokratischen Staaten Europas und Amerikas.

Bei der soeben erwähnten Gruppe von Vorschlägen handelt es sich um solche, die in erster Linie aus der Privatinitiative herauswachsen müssen. Sie bedürfen aber anderseits der staatlichen Unterstützung und Förderung, wobei letztere nicht einmal finanzieller Art sein muss. So könnte beispielsweise der Staat in Verhandlungen mit den Grossbanken diesen die Gründung von Filialen im Ausland nahelegen. Zur Zeit haben wir eine einzige Bankfiliale im Ausland, nämlich in London.

Und nun eine dritte und letzte Gruppe, die Gruppe der staatlichen Massnahmen:

Hier erwähnen wir und haben zum Teil bereits in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen:

1. Die Wiedereinführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge unter genügender Dotierung und mit Ausdehnung auf alle Exportzweige, sowie Erleichterung der Vorschriften des Bundesbeschlusses im Sinne unserer Ausführungen in der Eintretensdebatte.

2. Ausdehnung der Exportrisikogarantie auf alle Branchen, insbesondere auch auf die Textilindustrie und eventuelle Erweiterung der Grundlage durch Einführung der Exportkreditversicherung.

3. Förderung des staatlichen und auch privaten Kompensationsverkehrs, wenn nötig im Dreieck.

4. Zielbewusste Indienststellung des Importes in den Export, besonders unter Herausholung aller Möglichkeiten des Clearingverkehrs.

5. Neuzeitlich bewegliche, bilaterale Handelsvertragspolitik, unter möglichster Anpassung an die verschiedenen Bedürfnisse und Möglichkeiten jedes einzelnen Landes.

6. Vermehrte Auslandswerbung und weiterer Ausbau des wirtschaftlichen Aussendienstes des Bundes.

7. Abordnung von Studienkommissionen und Handelsdelegationen, ähnlich dem deutschen, japanischen, englischen und amerikanischen Vorbild. Wenn diese Abordnungen von Erfolg begleitet sein sollen, ist eine enge Zusammenarbeit von Fall zu Fall mit den dortigen schweizerischen Handelsvertretungen, mit Schweizerfirmen und Landsleuten notwendig. Ich möchte auch hier wiederum den kantonal-bernischen Handels- und Industrieverein zitieren, der unmittelbar nach der Abwertung eine wirtschaftliche Studienkommission nach Belgien und Holland organisierte. Alle Teilnehmer — die Teilnahme stund allen Interessenten aus dem Mitgliederkreise offen, es nahmen aber auch ausserkantonale Industrielle und Kaufleute daran teil — waren vom Ergebnis der Studienkommission vollauf befriedigt. Bisherige Geschäftsbeziehungen konnten ausgebaut, neue angebahnt werden und aus den Erfahrungen Belgiens aus der Abwertung wurde viel Wertvolles für uns ermittelt. Unsere Auslandsvertretungen in Belgien und Holland und insbesondere die Gesandtschaften, stunden uns dabei in ausserordentlich zuvorkommender Weise zur Verfügung und liessen uns jede nur denkbar mögliche Unterstützung angedeihen.

8. Intensivierung der Wirtschaftspropaganda im Ausland durch umfassende und repräsentative Beteiligung an Messen und Ausstellungen, sowie vermehrte Bearbeitung der ausländischen Presse, Versand von Werbematerial usw. Vorzeigung schweizerischer Industriefilme, aber auch die Organisation von wirtschaftlichen Studienreisen von Ausländern nach der Schweiz, nicht um ihnen einen Einblick in unsere Geschäftsgeheimnisse zu geben, sondern um sie mit unsern Produktionsmöglich-

keiten und unsern Qualitätsprodukten an Ort und Stelle vertraut zu machen.

9. Vermittlung schweizerischer Arbeitskräfte ins Ausland mit Hilfe des Staates als Schrittmacher für unsern Export. Also Menschenausfuhr als Korrelat zur Warenausfuhr.

10. Intensivierung der wissenchaftlich-technischen Forschung und Verwertung von deren Ergebnissen für unsern Export.

Dies ist ein kurzes Programm für private und staatliche Exportförderungsmassnahmen, das keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern das nur einige Hinweise geben will. Dabei bin ich mir bewusst, dass auch unter der Gruppe der staatlichen Massnahmen das meiste schon praktiziert wird. Verschiedenes ist aber noch ausbaufähig und einzelnes erfuhr vom Staat bisher nicht die notwendige entschlossene Förderung und Unterstützung.

Was der Export für unser Land bedeutet, sei nur kurz noch an den nachfolgenden Zahlen illustriert:

Im Jahre 1913 betrug der schweizerische Export rund 1373 Millionen Fr., im Jahre 1919 stieg er auf 3298 Millionen Fr., im Jahre 1929 sank er auf 2078 Millionen Fr., 1932 sogar auf 769 Millionen Fr., um 1937 nach der Abwertung wieder auf 1286 Millionen Fr. anzusteigen. Stellen wir von diesen Zahlen nur drei einander gegenüber: das Rekordjahr 1919 mit rund 3,3 Milliarden Fr. Export, 1932 der Tiefpunkt mit bloss 769 Millionen Fr., somit nicht einmal ein Viertel der Exportsumme von 1919. Die Exportziffer von 1937 mit 1286 Millionen abgewerteten Franken bleibt trotz der Abwertung und trotz der neuen Exportmöglichkeiten immer noch volle 2012 Millionen Fr. unter dem Rekordjahr 1919. Dieser Zahlenvergleich beweist besser, als es Worte vermögen, dass wir uns keinesfalls mit dem Erreichten zufrieden geben dürfen, sondern, dass es der äussersten Anstrengung der Exportwirtschaft wie des Staates bedarf, verlorenes Terrain zurückzuerobern, auch wenn zuzugeben ist, dass ein Vergleich des ersten Nachkriegsjahres mit der heutigen Zeit in verschiedener Beziehung hinkt.

Der Grundgedanke jeder privaten und staatlichen Exportförderung muss sein: wir müssen importieren, um leben zu können und wir müssen exportieren, um importieren zu können. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet bleibt auch für den Staat noch sehr viel Arbeit zu tun übrig. Den vom Bundesrat für die Exportförderung vorgesehenen Kredit erachten wir als völlig ungenügend. Ungenügend bleibt aber auch der Kredit von 20 Millionen Fr. gemäss Kommissionsbeschluss. Eine Minderheit der Kommission, vertreten durch Herrn Nobs, beantragt Ihnen Erhöhung des Kredites auf 30 Millionen Fr. Ich bin glücklich, wenn dieser und nicht unser Antrag durchgeht, weil ich davon überzeugt bin, dass auch 30 Millionen nicht zu viel für eine durchgreifende und wirksame Exportförderung sind. Man wird aber leider mit der Zeit etwas realistisch. Nach all dem, was bisher in dieser Frage in der Kommission, in und ausserhalb unseres Rates ging, besteht leider wenig Hoffnung, dass der Antrag auf Krediterhöhung im Ausmass von 30 Millionen Fr. eine Mehrheit hier im Rate und im Ständerate findet. So sagten wir uns, dass 5 Millionen Krediterhöhung immerhin mehr seien, als überhaupt keine Erhöhung und dass auch mit 5 Millionen verschiedenes Dringliches verwirklicht werden kann. Der Entschluss zur Einreichung eines Antrages auf Erhöhung des Kredites für Exportförderung auf 25 Millionen wurde übrigens gefasst, lange bevor dem Sprechenden der Antrag Nobs bekannt war. Er ergab sich aus einer öffentlichen Versammlung des Handels- und Industrievereins vor 14 Tagen in Bern, an der zur Arbeitsbeschaffungsvorlage des Bundesrates vom Standpunkt der Exportwirtschaft aus Stellung genommen wurde.

Es liegt nun in Ihrer Hand, meine Herren, ob die grosse Aufgabe einer verstärkten Exportförderung in Angriff genommen werden kann oder nicht. Die Voraussetzung hierzu ist die Erhöhung des Kredites, die wesentlich über den Antrag der Kommissionsmehrheit herausgeht. Ich bitte Sie, einer Krediterhöhung von mindestens 5 Millionen Fr., besser aber noch von 10 Millionen Fr., zuzustimmen.

Duttweiler: Es ist ganz erfreulich, dass von sozialdemokratischer Seite und auch von gewerblicher Seite dem Export das Wort geredet wird. Das enthebt mich der Notwendigkeit, auf Details einzugehen. Das Verständnis für die vitale Bedeutung des Exportes ist schon lange Zeit vorhanden, und dieses Verständnis nimmt immer mehr zu, wie wir eben gehört haben. Ich darf vielleicht ein Wort über die Wirtschaftspolitik im allgemeinen sagen. Das gehört zum Thema des Exportes und des Fremdenverkehrs. Der Fremdenverkehr steht allerdings noch nicht zur Diskussion, ich werde mir aber doch gestatten, einige Worte hierüber zu sagen, wenn er nachher separat behandelt wird. 90 Millionen sind vorgesehen für Subventionen im Inland, 20 Millionen für den Export, da haben Sie das umgekehrte Verhältnis zur Einsicht, die überall herrscht. Ich bin der Ansicht, dass wenn man etwas antreiben will, so muss man das Wasser oben auf das Mühlenrad leiten und nicht unten. Wenn Sie die Binnenwirtschaft in erster Linie befruchten, so leiten Sie das Wasser unten hin, das Rad dreht sich allerdings, aber wenn Sie die treibenden Kräfte oben zuführen, dann haben Sie den Vorteil, dass primär die Exportwirtschaft und der Fremdenverkehr belebt wird und sekundär, das ist erwiesen und bekannt, profitiert davon auch die Binnenwirtschaft. Man kann sagen, dass jede Anlage und jede Anstrengung, die zugunsten des Exportes gemacht wird, nicht nur produktiv ist, sondern sozusagen reproduktiv, indem jedes Geschäft, das im Ausland mehr gemacht wird, in der Regel ein weiteres nach sich zieht, während jede Schrumpfung, die Sie im Export feststellen, den Keim zu weiterer Schrumpfung in sich trägt, weil die Kundschaft verloren geht und nur sehr schwer wieder gewonnen werden kann im internationalen Wettbewerb.

Was zu beanstanden ist, ist zusammenfassend das, dass in dem neuen Programm eigentlich gross einzig die 415 Millionen sind, aber ich sehe weder etwas Schöpferisches, noch etwas Grundsätzliches, noch Neues. Wir haben eine Fortsetzung der Krisenprogramme in einer Zeit relativ normaler Wirt-

schaft, wenn wir mit dem Ausland vergleichen — und im Thema Export müssen wir mit dem Ausland vergleichen. Es ist nicht nur ein Krisenprogramm, es ist ein eigentliches Krückenprogramm. In den langen Diskussionen in der Kommission kam immer wieder deutlich zum Ausdruck die bange Frage: Was geschieht in drei Jahren? Soll wieder ein Krisenprogramm entstehen, selbst wenn die Wirtschaft vielleicht dann noch etwas besser geht? Wir sind in ausgefahrenen Geleisen.

Das eine ist eben die Belebung, die Zukunft: die Exportförderung, das Weltgeschäft, und das andere ist das sog. Durchhalten. Es ist bestimmt ein Trugschluss, wenn immer wiederholt wird, mit der Förderung der Binnenwirtschaft, mit der Subvention könnten 60 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden. Es gibt nichts, das schwerer festzustellen wäre, als das sog. Zusätzliche im Geschäft, oder der Arbeitsbeschaffung. Das kann niemand positiv bestimmen, es ist einfach Mode geworden, dass man nichts mehr macht, wenn man nicht eine Subvention erhält. Daher ist es unmöglich, den Begriff und den Umfang des Zusätzlichen festzustellen. Die Parole des Durchhaltens ist falsch, vollständig falsch und wird übrigens denen, die sie immer wieder praktisch verwenden, schwere Enttäuschungen bringen. Es ist hoffnungslos, zu überbrücken. Es ist übrigens sehr interessant, im parlamentarischen Leben festzustellen, dass sich gewisse Begriffe verbrauchen, z. B. das Wort „tragbar" ist nicht mehr nationalratsfähig, und das Wort Ueberbrückung ist auch schon zufolge zu häufigen Gebrauchs nicht mehr kursfähig. Jetzt haben wir die Worte etwas geändert, aber es ist immet noch der alte Geist. Das ist, was ich tadeln möchte. Wir müssen offensiv vorgehen und vor allem rationalisieren. Sie haben vielleicht nicht bemerkt, dass unser verehrter Kollege Nobs eigentlich der Rationalisierung das Wort gesprochen hat, denn wenn man nämlich forscht, so forscht man, um eine Verbesserung zu erzielen. Da hat man das hässliche Wort Rationalisierung erfunden. Das kommt natürlich nicht aus dem Kurs, weil eben die Schlagworte immer stärker wirken, je weniger man eigentlich die Sache versteht. Aber die Lehre ist die: rationalisieren müssen wir, namentlich in der Exportwirtschaft und in allen Zweigen, die der Exportwirtschaft dienen, am ersten, nicht zuletzt in der Warenvermittlung. Es war übrigens noch nie so leicht, für die Schweiz in der Welt zu werben, das wiederhole ich immer wieder. Wir müssen besonders das politische Moment hervorheben.

Ich möchte auch feststellen, dass die Exportwirtschaft zu $^4/_5$ noch freie Wirtschaft ist. Das ist deshalb eine wichtige Feststellung, weil die Exportwirtschaft immerhin bis auf einen ganz geringen Bruchteil selbsttragende Wirtschaft ist. Merkwürdigerweise hat die Exportwirtschaft nach allem, was man hört, noch viel mehr zu leiden als die Binnenwirtschaft. Da die Leute der Exportwirtschaft sozusagen mathematisch sicher wussten, dass ihnen nur in ganz beschränktem Umfang geholfen wird, halfen sie sich nämlich selbst. Das ist das Wichtige, der Zwang, sich zu helfen. In diesem Zusammenhang möchte ich davor warnen, dass man in der Binnenwirtschaft etwas anderes macht und den Gewerbetreibenden auch nur Aussichten macht, dass man ihnen wirklich helfen könne, um so mehr als man weiss, dass man mit negativen Mitteln bestimmt nicht helfen kann. Das ist die Gefahr, die ich sehe, bei der Binnenwirtschaft. Dabei muss gesagt werden, dass die Binnenwirtschaft im allgemeinen immer sicherer und rentabler war als die Exportwirtschaft; das kann nicht bestritten werden. Es ist interessant, dass diesem klarerweise sichern Komplex der Wirtschaft immer künstlich geholfen werden will, dass man glaubt, nur künstlich helfen zu können, während man die Exportwirtschaft weitgehend selbst wirtschaften lässt. Ich stelle nämlich fest, dass die 20 Millionen auf ca. 4 Milliarden Export in den drei Jahren nur 0,5 % Subvention ausmachen. Damit ändern Sie nicht viel, mit dem können Sie gewisse lokale Schäden beheben. Wir müssen ja darnach trachten, dass wir an der Peripherie gewisse Exporte erhalten, aber es ist eine verhältnismässig geringe Hilfe, und die Lehre ist die, dass die, die sich umstellen müssen, sich auch umstellen, z. B. die Stickerei, die ja auf 8 % zurückgegangen ist. Was hat da für eine brutale Umstellung erfolgen müssen, und sie ist zu einem grossen Teil erfolgreich eingetreten! Sie sehen also, dass die lebendigen Kräfte auch heute noch lebendig sind. Nur dort, wo wir selbst keinen Mut haben, nur dort, wo wir die Augen verschliessen vor der Wahrheit und den Tatsachen, gibt sich ein anderes Bild. Daher glaube ich, ist der Moment da, wo wir warnen müssen davor, allzu sehr künstlich unterstützen zu wollen.

Ich warne vor den halben Programmen. Ein bekanntes Beispiel ist die Käsewirtschaft. Ich glaube, das Wort Käse darf heute hier wieder eher ausgesprochen werden, weil dieser Käse resp. die Käseunion den Bund heute viel mehr kostet. Daher darf man vielleicht wieder darüber reden. Man wird sogar darüber reden müssen. Dort haben wir gesehen, dass die Produktion gesteigert wurde, ohne dass das Korrelat gleichzeitig eingeführt wurde, nämlich der Export zu verbilligtem Preise. Also Mehrproduktion und gleichzeitig Minderabgang zufolge zu hoher Preise. Da haben Sie den Unsegen der halben Programme. Man muss Courage haben und man muss vor allem einen ganzen Plan fassen und nicht nur immer interessiert fragen, was einem momentan passt. Wenn man das eine gibt, muss man gleichzeitig das andere bedingen.

In der Exportwirtschaft sehe ich diese Gefahr darin, dass Sie wohl den Import belasten nach den Vorschlägen, die, wie ich glaube, auch Herr Schirmer seinerzeit machte und die ich immer gemacht habe, obwohl ich ein berüchtigter Konsumentenvertreter bin. Sie haben in den letzten Jahren jährlich etwa 50—60 Millionen Mehrbelastung auf dem Import verlangt, aber Sie haben sie nicht in das Kässelein für den Export gelegt. Das ist ein grosser Fehler. Sie hätten nämlich auch den Vorteil gehabt, dass die Operation ausser Budget gegangen wäre, mit dem Leistungssystem im Aussenhandel. Ich glaube, dass besonders die welsche Schweiz es begrüssen würde, wenn man die Importbelastung und die Exportförderung via Separatkonto des Ausgleichssystems an den Aussenhandel geleitet hätte.

Nun ist anzuerkennen, dass man, obwohl man es nicht einmal weiss — ich habe häufig den Eindruck, dass die guten Dinge im Bundeshaus sich

unbewusst machen — mit bestimmten Ländern dieses Leistungssystems eingeführt hat. Es handelt sich nur noch darum, die Sache eigentlich zu verallgemeinern. Ganze Taten mit ganzem Herzen, das ist der Rat! Wenn wir nach aussen schauen, sehen wir, wie das Ausland gewaltige Anstrengungen macht. Kürzlich las man in der deutschen Presse wieder von 4 Milliarden für die Kanäle usw. Unser Land ist klein, ich weiss es, aber es gab doch eine Zeit, wo man ganze Arbeit leistete. Heute können wir nur noch eine Doppelspur Brunnen–Flüelen und Taverne–Lugano machen, wärend man vor 60 Jahren — da waren wir noch nicht so gross wie heute — eine ganze Gotthardbahn gebaut hat. Da überkommt einen ein gewisses Sehnen, wieder einmal etwas Ganzes von A bis Z zu vollbringen.

Ich komme noch auf einen Punkt zu sprechen, der indirekt mit dem Ganzen in Verbindung steht. Es ist ein politischer Punkt. Es ist nicht unbedenklich, wenn wir die Binnenwirtschaft künstlich fördern und namentlich auf die Forderungen nach negativen Eingriffen eintreten. Ich war in Berlin, als die Kleinhändler dort Sturm liefen. Ich bin sogar ein Opfer dieser Kleinhändler geworden. Die Migrosverteilung G. m. b. H. musste aufgelöst werden, weil Hitler dem Kleinhandel Recht gab. Ich habe mich trotzdem beherrscht, im Gegensatz zu vielen Mitbürgern, und habe nachher nicht gegen Deutschland in der Presse losgezogen. Ich bin auch froh darüber, dass ich sachlich war; aber ich frage: Wer hat sich das Grab geschaufelt? Wissen Sie, dass man die Kleinhändler in Berlin auskämmt? Ein sehr schönes, neues Wort, es wird hier vielleicht auch noch einmal Mode. Man erklärt, der Kleinhandel sei nicht mehr notwendig, man müsse die Leute in die Industrie überführen. Der Kleinhandel hat aber den Sturmbock geliefert für das Hitlersystem. Das ist allgemein bekannt. Der rabiate Mittelstand hat dies fertig gebracht, und heute ist er hundertprozentig sein Opfer. Wir befinden uns auf einem ähnlichen Wege. Das ist eine Feststellung, die gemacht werden muss.

Ganz kurz möchte ich noch erwähnen, dass das Ausland auch bei uns indirekt die Finger in der Geschichte hat. Man sagt, dass in St. Gallen über 50 % aller Schreiner Ausländer sind, ebenso 30 % der Wirte. Da hat es Elemente, die ein Interesse haben, diesen Unruheherd zu fördern und hintenherum — die Flüsterpropaganda ist ja heute bekannter als die andere — die Meinung aufkommen lassen, dass man mit Gewalt auftreten müsse, dass man nur auf den Tisch zu klopfen brauche. Da hat das Ausland, ich wiederhole es immer wieder die Hand im Spiele. Das ist die Bresche, durch die man bei uns eindringen will. Darum beantrage ich immer wieder: eine Einheitsfront nach aussen ist das einzig Richtige, und keine Fronten im Innern; das muss durchgekämpft werden.

Das Schweizervolk wird nie zugeben, dass das festeste Aussenbollwerk, der selbständige Mittelstand, die weisse Fahne hisst und den Nacken beugt unter das Joch der Unselbständigmacherei, der Gleichschaltung usw., wie Sie sie einführen wollen. Das wird nicht zugegeben werden. Man wird wohl für die Verwundeten und eventuell die Toten, resp. deren Familien, sorgen müssen, für jene, die einen Schaden in diesem Kampfe davontragen. Aber niemals wird zugegeben werden, dass die Freiheit aufgegeben wird. Ich wiederhole Ihnen: Die Exportwirtschaft ist selbsttragend, hat ihren Kampf mutig bestanden, hat eine ausserordentlich wichtige Funktion nicht nur wirtschaftlich, sondern politisch erfüllt, und das verlangen wir von der Binnenwirtschaft auch bis zum Letzten, und Sie werden sehen, dass das Volk darauf insistiert.

Es gibt so schöne Möglichkeiten, sich zu verständigen, diese Einheitsfront auch im Innern zu bilden, wenn „einmal die Kleinen mit den Grossen zusammensitzen" würden! Seit vielen Jahren reden wir mit diesen Leuten überhaupt nicht mehr, so sagen Sie. Sprechen Sie mit diesen Leuten über das Label-System, über die gerechte Behandlung der gewerblichen Lieferanten. Sie werden sehen, dass wir unendlich weiter kommen, als mit Kampfmassnahmen, die die Gegensätzlichkeit verewigen. Das ist die Wahrheit, die auch in der Kommission ziemlich beifällig aufgenommen wurde.

Ich möchte nicht länger werden. Bloss noch ein Wort über die Möglichkeiten im Fremdenverkehr, damit ich nachher nicht noch einmal das Wort ergreifen muss. Auch dort sind jene Möglichkeiten vorhanden. Der Hotelplan hat als kleiner Laboratoriumsversuch ganz neue Wege gezeigt, die im Ausland als richtig erkannt wurden und im Inland nachgeahmt werden. Da hat es sich gezeigt, dass die freiwillige Zusammenarbeit verschiedener Elemente einer Wirtschaftsgruppe durchaus möglich ist.

Ich möchte nur empfehlen: Nicht allein Millionen. Ich bin zwar für den Antrag Gafner auf eine Erhöhung der Subvention für den Fremdenverkehr, aber bitte etwas mehr Leistung! Verwenden Sie die Laboratoriumsversuche, diese praktischen Beweise, dass andere Wege, die nicht viel kosten, gangbar sind. Und man ruiniere nicht diese Regionalabonnements, die eine so grosse Anziehungskraft hatten. Man hat die Preise derart erhöht, dass der Absatz um 30 % zurückgegangen ist. Ich gratuliere Ihnen zu diesem Sieg über den Hotelplan! Sie treffen nicht mich, sondern etwa 900 meist kleine Existenzen der Hotellerie. Diese haben nun dieses wichtige Instrument praktisch nicht mehr, denn es wird noch weiter zurückgehen. Das ist Ihre Verkehrspolitik! Wo andere Länder 40, 50 und 60 % Rabatt geben, gehen wir hin und erhöhen um 50, 60, 70 und 80 %. Daneben haben Sie noch den grossen Nachteil, dass der Schweizer selbst nicht mehr diese Freude an seinem eigenen Lande hat. Ich will Ihnen etwas sagen: Wenn Sie geistige Landesverteidigung treiben wollen — ich habe das Wort Verteidigung nicht gern, ich ziehe Offensive vor —, dann müssen Sie dem Schweizer ein billiges Regionalabonnement geben, dass er sein Land betrachten und in sein Herz einschliessen kann. Dann haben Sie einen Bürger, der lieber untergeht, als dass er die Freiheit aufgibt. Darauf geht heute alles hinaus: Ich kann kein einziges politisches oder wirtschaftliches Problem durchdenken, ohne zu diesem Ende zu kommen: Alles muss der Verteidigung des Landes dienen, sowohl die Verteidigung des Exportes und des Fremdenverkehrs, wie auch namentlich der Freiheit im Inland. Das sind die Mittel, mit denen

wir uns nicht nur unseren Wohlstand, sondern vor allem unsere persönliche Freiheit und staatliche Unabhängigkeit verteidigen.

Abstimmung — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:

Für den Antrag der Minderheit	47 Stimmen
Für den Antrag Gafner	59 Stimmen

Definitiv — Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit	Minderheit
Für den Antrag Gafner	Mehrheit

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 12. Nov. 1938. Séance du 12 novembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

3769. Schuhmachergewerbe. Verlängerung der Schutzmassnahmen. Cordonniers. Prorogation des mesures protectrices.

Siehe Seite 936 hiervor. — Voir page 936 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 11. November 1938.
Décision du Conseil des Etats, du 11 novembre 1938.

Schlussabstimmung — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	79 Stimmen
Dagegen	3 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 963 hiervor. — Voir page 963 ci-devant.

Artikelweise Beratung – *Discussion des articles.*

Gafner: Wir beantragen Ihnen Erhöhung des Kredites für Förderung des Fremdenverkehrs von 4 auf 6 Millionen Franken. Die Vorlage sieht einen Kredit von 4 Millionen Franken vor für spezielle Fremdenverkehrswerbung. Von diesen 4 Millionen sind aber 3 Millionen bereits festgelegt, nämlich 2 Millionen für die Werbung für das „Jahr der Schweiz" und für Fahrpreisermässigungen und ½ Million für die Weltausstellungen in New York 1939 und Rom 1941, ½ Million zur Förderung der einheimischen Filmproduktion und eine Million für die gesamte übrige Verkehrswerbung. Diese Million ist aber vollständig ungenügend. Mit zwei Millionen mehr kann man für den Fremdenverkehr durch Belebung der ganzen Volkswirtschaft, durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, durch Hebung unserer Zahlungsbilanz ein Vielfaches dieser zwei Millionen herausholen. Zwei Millionen mehr oder weniger spielen in der Fremdenverkehrswerbung eine grosse Rolle, sie spielen aber eine kleine Rolle angesichts eines Gesamtaufwandes von 200 Millionen für die Krisenbekämpfung.

Bevor ich auf die Hilfsmöglichkeiten und die Notwendigkeiten eines Ausbaues unserer Verkehrswerbung mit einigen Worten eintrete, gestatten Sie mir einige Hinweise auf die allgemeine Lage des Fremdenverkehrs.

Die besondere Krisenempfindlichkeit des Fremdenverkehrs ist Ihnen bekannt. Sie wissen, dass der Fremdenverkehr sieben magere Jahre hinter sich hat, wissen aber auch, dass er ganz besonders in Zeiten der Kriegsgefahr und politischer Störungen krisenempfindlich ist. Das haben uns die vergangenen Monate bewiesen.

Die Abwertung löste die Verkrampfung, die auf auch dem Fremdenverkehr lastete und brachte einen erfreulichen Aufschwung. Trotzdem konnten 1937/1938 die Rückschläge der Krisenzeit nicht etwa aufgehoben werden, sondern hiezu braucht es mehrerer guter Jahre. 1937 brachte erst zwei Drittel des Umsatzes vor Einbruch der Wirtschaftskrise. Die Gesamtzahl der Logiernächte in der Schweiz betrug 1929 22 947 400, 1937 15 878 940. Der geldliche Ertrag des Fremdenverkehrs erreichte nicht einmal zwei Drittel der guten Jahre vor der Krise. Während die ausländischen Gäste 1929 über 500 Millionen in unser Land hineinbrachten, betrug die Summe nach verschiedenen Schätzungen 1937 nur 200 Millionen. Das Jahr 1938 brachte der Hotellerie, den Transportanstalten und allen übrigen am Fremdenverkehr beteiligten Erwerbskreisen zum Teil, nicht in allen Landesgegenden, wiederum empfindliche Mindereinnahmen, so dass sich das finanzielle Ergebnis 1938 unter demjenigen von 1937 hält.

Wir möchten hier nicht auf die bekannten Folgeerscheinungen der Notlage des Fremdenverkehrs vor der Abwertung eintreten, wie die Ueberschuldung unserer Hotellerie, die Sanierungsbedürftigkeit unserer Bahn- und Schiffahrtsunternehmungen und die unbefriedigenden Verdienstverhältnisse des Hotelpersonals. Wir möchten auch nicht darauf eintreten, dass der sogenannte indirekte oder unsichtbare Export durch Beherbergung ausländischer Gäste, durch deren Reisespesen, deren Konsumation von Lebens- und Genussmitteln und den Kauf weiterer Güter einen gewichtigen Aktivposten für unsere Zahlungsbilanz darstellt, dass dank des Fremdenverkehrs früher unsere passive Handelsbilanz in eine aktive Zahlungsbilanz umgekehrt werden konnte. Es ist Ihnen auch bekannt, welch bedeutsame Rolle der Fremdenverkehr insbesondere für die Landwirtschaft, aber auch für die Inlandindustrie, das Gewerbe und den

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Novembersession Session de novembre Sessione di novembre
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	07
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	11.10.1938
Seite Page Pagina	963-975
Ref. No	20 032 644

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

wir uns nicht nur unseren Wohlstand, sondern vor allem unsere persönliche Freiheit und staatliche Unabhängigkeit verteidigen.

Abstimmung — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:

Für den Antrag der Minderheit	47 Stimmen
Für den Antrag Gafner	59 Stimmen

Definitiv — Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit	Minderheit
Für den Antrag Gafner	Mehrheit

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 12. Nov. 1938. Séance du 12 novembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Hauser.*

3769. Schuhmachergewerbe. Verlängerung der Schutzmassnahmen. Cordonniers. Prorogation des mesures protectrices.

Siehe Seite 936 hiervor. — Voir page 936 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 11. November 1938.
Décision du Conseil des Etats, du 11 novembre 1938.

Schlussabstimmung — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	79 Stimmen
Dagegen	3 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 963 hiervor. — Voir page 963 ci-devant.

Artikelweise Beratung – *Discussion des articles.*

Gafner: Wir beantragen Ihnen Erhöhung des Kredites für Förderung des Fremdenverkehrs von 4 auf 6 Millionen Franken. Die Vorlage sieht einen Kredit von 4 Millionen Franken vor für spezielle Fremdenverkehrswerbung. Von diesen 4 Millionen sind aber 3 Millionen bereits festgelegt, nämlich 2 Millionen für die Werbung für das „Jahr der Schweiz" und für Fahrpreisermässigungen und ½ Million für die Weltausstellungen in New York 1939 und Rom 1941, ½ Million zur Förderung der einheimischen Filmproduktion und eine Million für die gesamte übrige Verkehrswerbung. Diese Million ist aber vollständig ungenügend. Mit zwei Millionen mehr kann man für den Fremdenverkehr durch Belebung der ganzen Volkswirtschaft, durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, durch Hebung unserer Zahlungsbilanz ein Vielfaches dieser zwei Millionen herausholen. Zwei Millionen mehr oder weniger spielen in der Fremdenverkehrswerbung eine grosse Rolle, sie spielen aber eine kleine Rolle angesichts eines Gesamtaufwandes von 200 Millionen für die Krisenbekämpfung.

Bevor ich auf die Hilfsmöglichkeiten und die Notwendigkeiten eines Ausbaues unserer Verkehrswerbung mit einigen Worten eintrete, gestatten Sie mir einige Hinweise auf die allgemeine Lage des Fremdenverkehrs.

Die besondere Krisenempfindlichkeit des Fremdenverkehrs ist Ihnen bekannt. Sie wissen, dass der Fremdenverkehr sieben magere Jahre hinter sich hat, wissen aber auch, dass er ganz besonders in Zeiten der Kriegsgefahr und politischer Störungen krisenempfindlich ist. Das haben uns die vergangenen Monate bewiesen.

Die Abwertung löste die Verkrampfung, die auf auch dem Fremdenverkehr lastete und brachte einen erfreulichen Aufschwung. Trotzdem konnten 1937/1938 die Rückschläge der Krisenzeit nicht etwa aufgehoben werden, sondern hiezu braucht es mehrerer guter Jahre. 1937 brachte erst zwei Drittel des Umsatzes vor Einbruch der Wirtschaftskrise. Die Gesamtzahl der Logiernächte in der Schweiz betrug 1929 22 947 400, 1937 15 878 940. Der geldliche Ertrag des Fremdenverkehrs erreichte nicht einmal zwei Drittel der guten Jahre vor der Krise. Während die ausländischen Gäste 1929 über 500 Millionen in unser Land hineinbrachten, betrug die Summe nach verschiedenen Schätzungen 1937 nur 200 Millionen. Das Jahr 1938 brachte der Hotellerie, den Transportanstalten und allen übrigen am Fremdenverkehr beteiligten Erwerbskreisen zum Teil, nicht in allen Landesgegenden, wiederum empfindliche Mindereinnahmen, so dass sich das finanzielle Ergebnis 1938 unter demjenigen von 1937 hält.

Wir möchten hier nicht auf die bekannten Folgeerscheinungen der Notlage des Fremdenverkehrs vor der Abwertung eintreten, wie die Ueberschuldung unserer Hotellerie, die Sanierungsbedürftigkeit unserer Bahn- und Schiffahrtsunternehmungen und die unbefriedigenden Verdienstverhältnisse des Hotelpersonals. Wir möchten auch nicht darauf eintreten, dass der sogenannte indirekte oder unsichtbare Export durch Beherbergung ausländischer Gäste, durch deren Reisespesen, deren Konsumation von Lebens- und Genussmitteln und den Kauf weiterer Güter einen gewichtigen Aktivposten für unsere Zahlungsbilanz darstellt, dass dank des Fremdenverkehrs früher unsere passive Handelsbilanz in eine aktive Zahlungsbilanz umgekehrt werden konnte. Es ist Ihnen auch bekannt, welch bedeutsame Rolle der Fremdenverkehr insbesondere für die Landwirtschaft, aber auch für die Inlandindustrie, das Gewerbe und den

Handel spielt. Er vergrössert den Lebensraum unserer Bevölkerung. Genügende Kredite für touristische Zwecke vergrössern die Anziehungskraft des Fremdenverkehrslandes Schweiz. Die Aufwendungen in dieser Richtung sind deshalb in gleicher Weise wie bei der Exportindustrie produktive Aufwendungen.

Es ist vorauszusehen, dass der Kredit des Bundesrates und Ihrer Kommission von 4 Millionen Ende 1939 aufgebraucht sein wird, 3 Millionen sind ja bereits festgelegt. Ich möchte dankbar anerkennen, was das Volkswirtschaftsdepartement, der Bundesrat und Ihr Parlament bisher alles an Hilfe der verschiedensten Art dem Fremdenverkehr zukommen liessen. Die bundesrätliche Arbeitsbeschaffungsvorlage soll aber nicht nur für ein Jahr, sondern für 3 Jahre gelten. Es ist völlig ausgeschlossen, dass man mit einer Million Franken für drei Jahre Wesentliches für den Fremdenverkehr herausholen kann. Unser Antrag auf Erhöhung auf sechs Millionen will daher nichts anderes, als wenigstens eine Million für besondere Werbemassnahmen und für die speziellen Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs pro Jahr zur Verfügung stellen. Wir müssen im Fremdenverkehr auf weite Sicht disponieren. Den bisherigen Werbemassnahmen haftete nur zu oft der Nachteil der Improvisation an.

Gestatten Sie mir, auch hier ein kleines Programm zur Förderung des Fremdenverkehrs zu entwickeln, alles Vorschläge, wo und wie mit Bundesmitteln in verstärktem Masse noch geholfen werden könnte und mit neuen Massnahmen eingesetzt werden sollte.

1. Insbesondere müssen wir unsere Verkehrspropaganda in den Ländern mit freiem Zahlungsverkehr, die ihren Landsleuten für die Ausreise keine Schwierigkeiten bereiten, noch verstärken. Das heisst insbesondere Ausbau unserer Werbetätigkeit in Frankreich, England, Belgien, Holland, den Nordstaaten und Uebersee.

2. Die vorgesehene Zusammenfassung und Vereinheitlichung unserer Verkehrswerbung im Ausland muss raschmöglichst Wirklichkeit werden. Sie ist eine dringende Notwendigkeit.

3. Die Einführung der schweizerischen Skischule bedeutete für unsere Hotellerie einen ausserordentlichen Werbeerfolg. Leider ist der Weiterbestand der schweizerischen Skischule nur für ein Jahr gesichert. Wir möchten auch hier im Sinne der Ausführungen des Postulates von Herrn Kollega von Almen eine Sicherung nicht nur für ein Jahr, sondern für mehrere Jahre.

4. Die Durchführung weiterer Veranstaltungen wie die vorzüglich organisierte und gelungene Schweizerwoche in Stockholm. Jede gute Auslandspropaganda der Schweiz ist gleichzeitig eine Werbung nicht nur für den Fremdenverkehr, sondern auch für unsere schweizerischen Exportprodukte. Wir wollen mit einer qualitativ hochwertigen Kulturpropaganda im Auslande einsetzen, als Gegenstück zur ausländischen politischen Propaganda in der Schweiz. Zwei Beispiele, wie das zu machen ist: Bücher- und Kunstausstellungen, wie sie in den letzten Jahren dank der Initiative von diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz im Auslande — ich erwähne Florenz, Wien, Paris — mit vollem Erfolge durchgeführt wurden; auf diesem Wege heisst es weiterschreiten. Kulturell wie wirtschaftlich ein glänzendes Mittel ist sodann der schweizerische Kultur-, Spiel- und Dokumentarfilm, der insbesondere in England und Skandinavien auf grosses Interesse gestossen ist.

5. Spezielle Werbemassnahmen für unsere Badekurorte und Erziehungsinstitute.

6. Die Unterstützung der Bestrebungen auf Ausbau der Wander- und Hochwege.

7. Die Unterstützung der Bestrebungen auf Veranstaltung von Burgenfahrten in der Schweiz. Der Schweizerische Fremdenverkehrsverband hat bereits vor einem Jahre die Parole ausgegeben, wir möchten unsere Fremdenverkehrswerbung auch noch in der Richtung ergänzen; „Die Schweiz, das Land der Kunstaltertümer, der historischen Schlösser und Burgen". Wir waren sehr erfreut, in der Junisession dieses Jahres durch Herrn Kollega Dollfus ebenfalls die Forderung einer verstärkten Propaganda in dieser Richtung vertreten zu hören. Ich kann Ihnen erklären, dass die Bemühungen fortgesetzt werden, und dass wir hoffen, nächstes Jahr dieser Forderung praktische Gestalt zu geben.

8. Die Organisation des Massenreiseverkehrs in der Schweiz, die ebenfalls der Schweizerische Fremdenverkehrsverband aufgriff. Sie haben alle davon gelesen, dass Deutschland den Reiseverkehr durch „Kraft durch Freude" ganz gewaltig gehoben hat. Sie kennen auch die Bewegung „Dopolavoro" in Italien. Was wir für die Schweiz anstreben, ist keine Kopie dieser ausländischen Beispiele, sondern trägt unsern Verhältnissen Rechnung. Es steht auch nicht in Konkurrenz mit dem Hotelplan des Herrn Duttweiler, sondern es ist etwas ganz anders: die Schaffung einer Reisekasse, die vor allem der Arbeiterschaft und unbemittelten Leuten die Möglichkeit von Ferien bieten soll, ein Projekt, dem eine hohe soziale, aber auch volkshygienische und wirtschaftliche Bedeutung zukommt. Wir sind dem Chef des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Herrn Bundesrat Obrecht, wie Herrn Bundesrat Pilet-Golaz, zu ausserordentlichem Dank verpflichtet, dass sie diesen Anregungen des verstorbenen Herrn Dr. Ehrensperger sofort eine sehr sympathische Aufnahme bereiteten und den Vorschlägen unseres Verbandes zu ihrer Verwirklichung ihre Hilfe nicht versagten. Die Gewerkschaften haben diesen Gedanken gleichfalls mit grosser Sympathie aufgenommen und wir marschieren Hand in Hand mit ihnen und den Arbeitgeberorganisationen.

9. Der Ausbau der Fremdenverkehrsstatistik, insbesondere die Einführung einer Ausreisestatistik. Unsere schweizerische Handelsstatistik ist vorzüglich organisiert. Sie erfasst sowohl die Aktiv- wie die Passivseite unseres Warenverkehrs, während die Reiseverkehrsstatistik bisher nur die Einreisen ausländischer Touristen in die Schweiz erfasste. Das ist ein schwerer Mangel, der sich in den Verhandlungen mit dem Ausland schon wiederholt sehr unangenehm bemerkbar gemacht hat. Der Sprechende war in den letzten Jahren selbst Mitglied unserer Handelsvertragsdelegation und hat dabei persönlich erfahren, wie nachteilig es für unser Land war, dass wohl unsere Vertragspartner,

aber nicht wir, für die Reiseverkehrsverhandlungen über die entsprechenden Zahlen verfügten. Die bundesrätliche Botschaft — und wir wissen auch hier Herrn Bundesrat Obrecht Dank dafür — sieht allerdings auch in dieser Richtung einen Schritt vor. Sie spricht aber nur von gewissen einmaligen Erhebungen, während wir verlangen müssen, dass wir entsprechend dem Vorgehen unserer Konkurrenzländer eine dauernde Ausreisestatistik erhalten.

10. Als letzter Punkt meines Sofortprogrammes erwähne ich die Unterstützung der wissenschaftlichen Erforschung des Fremdenverkehrs, seiner Entwicklungsmöglichkeiten und die Nutzbarmachung der Forschungsergebnisse für unsere Volkswirtschaft. Ich kann Ihnen sagen, dass wir auch hier verschiedene Schritte unternommen haben, und dass wir hoffen, auf nächsten Sommer an einer unserer schweizerischen Universitäten einen Lehrstuhl für Fremdenverkehr zu erhalten. Der Bund muss sich auch dieser Aufgabe annehmen und ihr seine Aufmerksamkeit schenken.

All dies sind Möglichkeiten, die es im Interesse nicht nur des Fremdenverkehrs, sondern des gesamten Landes auszunützen gilt. Aus diesen Erwägungen heraus haben Herr von Almen und der Sprechende Ihnen den Antrag auf Erhöhung des Kredites von 4 auf 6 Millionen Franken eingereicht. Wohl sind es 2 Millionen Franken mehr, als der Bundesrat und Ihre Kommission bewilligen wollen. Ich darf Ihnen aber versichern, dass dieses Geld gut angebracht ist und unserer Volkswirtschaft in vielfachem Ausmasse wieder zugutekommen wird. Die heutige Zeit verlangt Beweglichkeit, Raschheit im Handeln und Anpassungsfähigkeit an die stets veränderten Konkurrenzverhältnisse und Massnahmen des Auslandes. Sie verlangt aber auch genügend Finanzmittel, wenn der Erfolg gesichert werden soll. Hier möchten wir einsetzen und wir geben der Erwartung Ausdruck, dass unser Rat der Krediterhöhung zustimmt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch auf die Eingaben des Schweizerischen Hoteliervereins und des Verbandes Schweizerischer Badekurorte hinweisen, die Ihnen verteilt wurden und die einer gründlichen Ueberprüfung wert sind. Es wird darin unter anderm auch, wie übrigens auch in der Botschaft, die Dringlichkeit einer Modernisierung unserer teilweise stark veralteten Hotel- und Kurbäder dargelegt. Der Fremdenverkehr ist dem Bundesrat und insbesondere dem Chef des Volkswirtschaftsdepartementes für die vorgesehene Bundeshilfe und die Ausnahmeregelung dankbar. Sie genügt aber nicht, weil die bisherige Subventionspraxis Unzukömmlichkeiten ergab. Die Bedingung der Mitsubventionierung durch Kantone und Gemeinden, die der Bund stellt, verunmöglicht in vielen Fällen die Durchführung von Renovationsarbeiten. Verschiedene Kantone und viele Gemeinden sind nicht in der Lage, Subventionen zu diesem Zwecke auszurichten; einzelne Kantone beschränken ihren Subventionsanteil auf kantonseigene oder andere öffentliche Objekte. Die Ausrichtung der Bundessubvention sollte daher in besondern Fällen auch ohne die Bedingung einer finanziellen Beitragsleistung der Kantone und Gemeinden ermöglicht werden. Der Schweizerische Wirteverein unterstützt diese Forderung, stellt sich auf den gleichen Boden und verlangt seinerseits, dass der Bundesrat ermächtigt werde, über die Subventionssätze gemäss Art. 5a des Bundesbeschlusses vom 23. Dezember 1936 hinauszugehen und dass Reparatur- und Renovationsarbeiten auch in den Gastwirtschaften während der Dauer des ganzen Jahres als subventionsberechtigt erklärt werden. Ich möchte auch diesen Wunsch des Wirtevereins unterstützen.

Ich darf zum Schlusse noch bemerken, das Dienstag Abend die parlamentarische Gruppe für Verkehr, Touristik und Hotellerie zusammentrat, um zu all diesen Fragen Stellung zu nehmen. Die Gruppenversammlung war von Vertretern aller grössern Fraktionen, zum Teil auch von solchen der kleinen Parteien, besucht. Es fand eine sehr rege und einlässliche Diskussion statt, nach deren Abschluss über den Grundsatz der Befreiung der Kantone und Gemeinden von der Subventionsanteilpflicht in besondern Fällen, sowie über die Erhöhung des Kreditbegehrens abgestimmt wurde. Die Gruppenversammlung, an der auch verschiedene prominente Vertreter des Ständerates anwesend waren, fasste bezüglich beider Fragen einstimmig zustimmenden Beschluss.

Ich bitte den Rat deshalb, dem hier in Frage stehenden Krediterhöhungsbegehren von 4 auf 6 Millionen Franken zuzustimmen. Ich möchte vor allem den Herrn Departementschef bitten, sein gutes Herz walten zu lassen und dem Antrage keine Opposition zu machen. Die Schwierigkeiten des Fremdenverkehrs sind noch lange nicht überwunden. Es braucht vielmehr auch hier einen vermehrten finanziellen Einsatz, der nicht nur der Hotellerie, dem Gastwirtschaftsgewerbe und den Transportanstalten, sondern dem ganzen Lande zugutekommen wird.

von Almen: Ich unterstütze die Ausführungen, die Herr Gafner gemacht hat. Ich möchte folgendes feststellen: Wenn wir uns im internationalen Konkurrenzkampf des Fremdenverkehrs behaupten wollen, dann genügen die vorgeschlagenen 4 Millionen zur Förderung des Fremdenverkehrs in gar keiner Weise. Sie würden genügen, um die Stosskraft der normalen Landeswerbung zu verbessern. Wie Sie aber soeben gehört haben, sind die 4 Millionen zum grössten Teil zweckgebunden, zur Hälfte für die Landesausstellung, und weiter für die internationalen Ausstellungen in Neuyork und in Rom. Ausserdem sind noch einige hunderttausend Franken für die Förderung des schweizerischen Filmwesens vorgesehen.

Ich frage Sie, ist es richtig, dass diese zweckgebundenen Ausstellungsmillionen allein dem Fremdenverkehr belastet werden? Profitieren nicht alle Wirtschaftsgruppen ebenso sehr von diesen Massnahmen? Was nützen uns die Millionenaufwendungen, wenn dahinter unsere Auslandagenturen mit leeren Händen dastehen? Nur ein Beispiel: Die SBB-Agentur London, unsere wichtigste Vertretung im grossen Reservoir des Reiseverkehrs, hat für ihre eigentliche Werbearbeit in der Presse sage und schreibe 1000 Pfund zur Verfügung. Wenn man weiss, dass dieser Betrag durch ein einziges auffälliges Inserat in den 4 oder 5 grossen englischen Zeitungen aufgebraucht werden kann, so

ist es unverantwortlich, ein grosses Büro mit über 20 tüchtigen Beamten in einer Weltstadt wie London seinem Schicksale zu überlassen. Wenn man ferner bedenkt, dass wir alle hoffen, England rette unsere Wintersaison, so ist man vor den Kopf geschlagen, wenn man hört, wie der Agenturchef von London erklärt, dass alle seine dringenden Begehren für vermehrte Mittel abgelehnt werden. Aehnlich verhält es sich mit allen übrigen 13 Auslandsagenturen, von denen wir abhängig sind.

Ich frage noch einmal: Können wir es länger verantworten, unsere Auslandagenturen derart im Stiche zu lassen. Es muss etwas geschehen, das Risiko ist zu gross. Die Situation ist so dringend, dass schon in den nächsten Tagen neue Mittel greifbar werden müssen, denn alle Kassen sind leer.

Ich bitte Sie daher, unserem Erhöhungsantrag zuzustimmen.

Meyer-Luzern: Auch ich möchte die Ausführungen von Herrn Gafner unterstützen. Ich kenne die Lage in der Zentralschweiz, bei den Verkehrsanstalten und der Hotellerie seit Jahrzehnten. Ich kann Ihnen sagen, es waren früher lange Zeit blühende Unternehmungen. Die aufeinander folgenden Krisen haben sie mehr oder weniger zu Grunde gerichtet und die vorhandenen Reserven verschlungen. Grosse, starke Gesellschaften, wie die Dampfschiffahrtsgesellschaft, eine Reihe von Bergbahnen, sowie zahlreiche Hotels mussten unter schweren Opfern von Kapital und öffentlicher Hand saniert werden. Es handelt sich bei unserer Hotellerie um alteingesessene Gewerbe, meistens schon in der zweiten oder dritten Generation. Die Inhaber wehren sich mit aller Macht und Zähigkeit gegen den Untergang, auch dann noch, wenn sie eigentlich nur noch Treuhänder der Gläubiger sind und nur noch fremdes Gut zu verwalten haben. Diesen Leuten kann man nicht mit einer Subvention helfen. Sie verlangen auch keine solche, wie das Herr Gafner richtig ausgeführt hat. Sie verlangen etwas ganz anderes. Sie wünschen eine starke Verkehrswerbung, eine Werbung, die das Geld wieder mehrfach hereinbringt, das man ausgeben wird oder muss. Die entscheidende Hauptsache für den ganzen Fremdenverkehr ist es, Gäste zu werben, Reisende in das Land zu bringen. Dann ist allen geholfen; den Verkehrsanstalten, der Hotellerie, aber auch der Landwirtschaft und den Arbeitnehmern, die wieder Beschäftigung finden.

Aber mit dieser 1 Million für drei Jahre für die Werbearbeit lässt sich überhaupt nichts anfangen; denn eine Werbung mit 3 bis 350 000 Fr. im Jahr neben der Werbung des Auslandes würde derart armselig aussehen, dass der Effekt gerade der umgekehrte wäre. Bedenken Sie, welch gewaltige Mittel Deutschland, das kleine Ungarn, sowie Italien gerade in den Ländern aufwenden, welche auch wir bearbeiten, nämlich in den Ländern mit freiem Devisenverkehr. Es sind die gleichen Länder, die auch wir bearbeiten wollen. Wenn Sie nun mit dieser Million für 3 Jahre, d. h. mit den mehr als bescheidenen 350 000 Fr. im Jahre für die Werbeaktion auftreten, so haben wir nicht nur keine Wirkung, sondern eher noch eine Schädigung zu erwarten.

Wir sind eben gezwungen, unsere Werbearbeit einigermassen demjenigen anzupassen, was auf diesem Gebiete andernorts geschieht. Bis vor kurzem hatten wir 4 englische Firmen, die namentlich in England tätig waren: Cook, Polytechnic, Sir Henry Lunn und George Lunn. Die beiden letzten Firmen sind den wirtschaftlichen Krisen zum Opfer gefallen. Sie existieren nicht mehr. Diese beiden Firmen gaben jährlich annähernd je 20 000 Pfund, das sind rund 500 000 Schweizerfranken als Werbung für die Schweiz aus. Das geschah durch Broschüren, Inserate, Vorträge, Filme, usw. Das allein also machte 1 Million im Jahr aus zur Bearbeitung des englischen Gebietes. Nach dem Verschwinden der Lunn'schen Unternehmungen haben Cook und Polytechnic ihre Arbeit einigermassen intensiviert. Aber das alles reicht nicht aus, um zu ersetzen, was bisher in England für die Fremdenwerbung getan wurde.

Ich glaube daher, der Antrag Gafner, die Werbeaktion um 2 Millionen zu erhöhen, dürfte wohl das untere Minimum dessen sein, was man tun muss, um hier wirklich mit Erfolg tätig sein zu können.

Bundesrat **Obrecht:** Man hat wieder einmal mehr an das gute Herz des Chefs des Volkswirtschaftsdepartementes appelliert. Ich glaube feststellen zu dürfen: er hat ein gutes Herz, aber gerade deswegen liegt ihm daran, die Sache, die wir hier behandeln, einem guten Ende zuzuführen. Wenn Sie das sicherstellen wollen, dürfen Sie den Wagen nicht überladen. Es ist doch in der bisherigen Beratung unverkennbar geworden, dass weite Kreise, speziell in der Westschweiz, an dieser Vorlage wenig Freude empfinden, weil sie finden, dass ein Aufwand von 400 Millionen Franken über die Kräfte der Eidgenossenschaft hinausgehe. Wir teilen diese Auffassung nicht, sofern wir für die Deckung sorgen. Aber wir müssen mit diesen Bedenken rechnen. Wenn wir nun auch 70 Millionen durch die Uebergangskredite vorweggenommen haben, so werden diese eben auch ausgegeben, und es bleibt bei der Summe von 400 Millionen. Trotzdem wollen Sie noch mehr aufbürden. Sie haben es gestern getan. Es sind in den Damm der sachlichen, ruhigen Ueberlegung und der Mässigung Einbrüche erfolgt. Ich muss befürchten, dass Sie aus dem Gerechtigkeitsgefühl heraus heute sagen werden: Haben wir gestern der Landwirtschaft und der Industrie mehr gegeben, müssen wir jetzt der Fremdenindustrie auch noch mehr gewähren. Ich möchte vor dieser Logik warnen, denn es wird bei den Beschlüssen von gestern ja wahrscheinlich nicht bleiben. Wie ich in der ständerätlichen Kommission bei der Beratung der Uebergangsvorlage herausgefühlt habe, wird dort eine andere Stimmung herrschen.

Wie verhält es sich mit unserer Hilfe an die Fremdenindustrie? Ich muss hier zunächst etwas nachholen, das ich eigentlich beim Kredit von 55 Millionen hätte anbringen sollen, nämlich mit Bezug auf die Subventionierung von Bauarbeiten für die Hotellerie. Ich habe das bis hierhin verspart, damit ich nicht zweimal über die Fremdenindustrie reden musste. Es ist von Herrn Nationalrat Gafner gewünscht worden, dass wir bei der Gewährung von Bausubventionen an die Hotellerie

wenigstens in Ausnahmefällen vom Grundsatz abgehen sollen, wonach Kanton und Gemeinden auch beisteuern müssen. Das können wir nicht; denn für die Verwendung dieser Arbeitsbeschaffungskredite ist für uns der Bundesbeschluss über Krisenbekämpfung und Arbeitslosigkeit vom 23. Dezember 1936 massgebend. Er ist und bleibt in Kraft. Er enthält die Direktiven nach denen wir diese Kredite zu verwenden haben. Dort steht in Art. 1, Abs. 4, folgende Bestimmung: „Kantone und Gemeinden, deren Wirtschaft von der Krise besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wird und deren Finanzlage dadurch notleidend geworden ist, können durch den Bundesrat von der Beitragspflicht teilweise befreit werden." Diese teilweise Befreiung kann erfolgen, wenn bei Kanton und Gemeinden eine besonders ungünstige Finanzlage vorliegt. Von dieser Bestimmung machen wir Gebrauch, aber niemals so, dass wir Kanton und Gemeinden überhaupt von einer Beitragspflicht entbinden. Wir dürfen das teilweise tun, aber nicht ganz. Es wäre auch nicht gerecht. Vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung aus können Sie sich das wie folgt klarlegen. Wenn nicht Arbeit beschafft wird, beziehen die betreffenden Arbeiter die Arbeitslosenunterstützung in Form von Versicherungsgeldern oder Krisenunterstützung. An diese Aufwendungen leisten Kantone und Gemeinden mehr als die Hälfte. Warum sollen sie da, wo man an Stelle der Unterstützung Arbeit schafft, nicht auch einen Beitrag leisten? Das zu tun, ist logisch und konsequent.

Die Kantone sind an der Hotellerie, der Fremdenindustrie noch direkter interessiert als der Bund. Sie sind nämlich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch fiskalisch interessiert, denn ein Hotel, das wieder instandgestellt werden kann und deshalb grössere Frequenz erhält, wird auch wieder mehr Steuern bezahlen können. Der Kanton hat hier einen Gegenwert zu erwarten, der Bund nicht. Wenn man das alles überlegt, darf man den Standpunkt einnehmen, es sei recht und billig, dass sich ausser dem Bund auch die zuständigen Kantone und Gemeinden einigermassen an den Subventionen beteiligen.

Das Maximum für die Gewährung solcher Bausubventionen ist im angegebenen Beschluss auf 25 % limitiert. Wir haben in unserer Botschaft zur Vorlage von heute die Absicht ausgesprochen, dass wir gerade der Hotellerie gegenüber, da wo es nötig erscheint, über diese 25 % hinausgehen möchten. Wir haben in der Botschaft gebeten, die Bundesversammlung möchte von dem Kenntnis nehmen, damit wir das ausnahmsweise tun können. Wir stellen uns vor, dass wir bei der Hotellerie das Maximum, wo es nötig ist, von 25 auf 30 % erhöhen werden. Nun sollte normalerweise der Kanton allein oder zusammen mit den Gemeinden die Hälfte dazusetzen. Das wären 15 %. Damit käme man auf eine Bausubvention von 45 %. Das hat aber den Hotelierverein noch nicht befriedigt. Er hat uns eine Eingabe gemacht, worin er sagte: Sie müssen uns 50 % Subventionen geben und die andern 50 % müssen Sie uns durch unverzinsliche Vorschüsse finanzieren. Man will also gleich 100 %. Das wird der Bund nicht geben. Da wäre auch der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes mit seinem guten Herzen absolut dagegen. In dieser Weise dürfen wir nicht Wirtschaftspolitik treiben. Das muss eine Grenze haben. Ich finde, wenn der Bund bis zu 30 % geht und die Kantone 15 % beifügen, also ein Gesamtbeitrag von 40—45 % à fonds perdu geleistet wird, und es ein Hotelier trotzdem nicht fertig bringt, die übrigen 55—60 % zu finanzieren, dass man sich dann allerdings fragen muss, ob es nicht besser sei, dem Unternehmen seinen natürlichen Lauf zu lassen.

Was die Förderung der Fremdenindustrie durch Werbeaktionen usw. anbetrifft, wollen Sie neben den 4 Millionen, die wir ausserordentlicherweise in Aussicht nehmen, die Beträge nicht übersehen, die in unserem Jahresbudget Jahr für Jahr vorgesehen werden. Im laufenden Budget sind vorgesehen für Sonderwerbung 500 000, für Verkehrswerbung im Ausland noch spezielle 150 000 Franken, Beitrag an die Verkehrszentrale 150 000 Fr. Das sind 800 000 Fr. jährlich wiederkehrende Aufwendungen des Bundes für die Fremdenreklame. Dazu kommt ein Kredit von 1,4 Millionen Fr. für die Fahrkartenverbilligung. Wir leisten jedem ausländischen Gast, der in die Schweiz kommt, einen Beitrag aus Bundesmitteln, damit er billiger an seinen Ferienort reisen kann. Das kostet den Bund 1,4 Millionen Fr. im Jahr. Dann haben wir im Budget noch 1 Million Fr. für die Entschuldungsaktion der Hotellerie eingesetzt. Zusammen sind das 3,2 Millionen Fr. jährlich wiederkehrende Gelder des Bundes zur Förderung und Erhaltung der Fremdenindustrie. Das ist keine Kleinigkeit und muss jedenfalls auch in Betracht gezogen werden. Infolgedessen glaube ich, dass wir es hier bei den 4 Millionen Fr. bewenden lassen können. Es wäre gefährlich, hier wiederum den Bogen zu überspannen und das warme Herz sprechen zu lassen, statt des kühlen Verstandes. Mit dem kühlen Verstand kommen wir bei den sogenannten grossen Vorlagen besser durch, als wenn wir uns von der bloss gefühlsmässigen Beurteilung zu stark beeinflussen lassen. Damit laufen wir Gefahr, dass wir den Wagen überlasten, dass er stecken bleibt und dass für die Fremdenindustrie dann auch nicht das erreicht wird, was ihre besonderen Freunde wollen.

Brawand: Ich habe seit vielen Jahren in einem Kurverein mitgearbeitet und habe infolgedessen hie und da Einblick gehabt in die Propaganda, die von unsern Kurorten im Aus- und Inland gemacht wird. Ich darf Herrn Bundesrat Obrecht versichern, dass da nicht nur mit „warmem Herzen" gearbeitet wird, sondern auch mit „kühlem Verstand". Der kühle Verstand hat sicher diese Kreise dazu geführt, zu erkennen, dass die 800 000 Fr., die möglicherweise übrig bleiben könnten, für die heutige Auslandpropaganda einfach nicht genügen. Gerade heute gilt es doch zu erfassen, was für einen psychologisch ausgezeichneten Moment die Schweiz auszunützen hat, um den Strom der Auslandgäste auf ihre Mühle zu leiten. Das Ausland hat diesen Moment erfasst. Es wehrt sich; es steht dort jedoch in der Defensive; es verteidigt seine Gebiete. Denken wir nur an das für die westliche Kundschaft verloren gegangene Tirol, das heute mit riesigen Summen, mit grossen Mitteln verteidigt wird, die

in Form von Verbilligungen an Benzin, an Fahrkarten, an Geldkursen in Propagandakanäle der fremden Kurorte fliessen. Wir sind diesmal in der Offensive. Nützen wir diese einzige Gelegenheit einmal aus, und seien wir ein ganz klein bisschen grosszügig.

„Der Karren werde überladen". Wir haben gestern der Landwirtschaft geholfen, wir haben gestern dem Gewerbe geholfen; was steht denn dagegen — ich nehme an, man hat auch dem Gewerbe nicht nur mit dem „warmen Herzen" geholfen, sondern auch mit dem „kühlen Verstand" — jetzt auch dem Fremdenverkehr zu helfen? Es gibt sicher in diesem Saale noch andere Herren, die mit einigermassen kühlem Verstande rechnen, als nur die Herren Bundesräte. Aber dass man neben dem Verstand vielleicht auch ein warmes Herz für die Notleidenden haben darf, das wird wohl gestattet sein.

Die Fremdenkurorte haben nicht etwa nur still dagesessen und nichts getan. Sie geben jährlich riesige Summen für Propagandazwecke aus. Ich erinnere Sie daran, dass ein einziger Prospekt, bescheiden ausgeführt, heute einen Kurort auf 10—15 000 Fr. und dass die Plakatierung einer einzigen Saison vielleicht auf 7—8000 Fr. zu stehen kommt. Ich erinnere weiter daran, dass die Hotels Bettentaxen pro Bett und Jahr von 20—30 Fr. zu bestreiten haben, um für die Propagandakosten aufzukommen. Das gibt riesige Belastungen für die einzelnen Kurorte. Aber all dieses Geld ist hinausgeworfen und umsonst aufgewendet, wenn wir jetzt nicht die Unterstützung bekommen, um im Auslande das bereit gestellte Prospektmaterial an den Mann zu bringen.

„Es sollen neue Wege beschritten werden." Wir müssen, um sie beschreiten zu können, auch die nötigen Mittel dazu haben.

Ich bin nicht Hotelier; aber ich komme aus einem Orte, wo ich tagtäglich vor Augen habe, was für eine ungeheure wirtschaftliche Bedeutung die Hotellerie für unsere Alptäler hat. Diese stehen und fallen wirtschaftlich mit der Hotellerie. Die Hotelsubventionen kommen tatsächlich nicht nur den Hotels zugute; das wissen alle, die im Gewerbe tätig sind. Nicht nur dem gewöhnlichen Arbeiter bringen sie Arbeit, sondern vor allem dem Gewerbe. Ich habe keine Bedenken, dass der Karren wegen dieser 2 Millionen Fr. überladen wird und möchte alle Herren ersuchen, dieser kleinen Erhöhung zuzustimmen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Gafner (Erhöhung um 2 Millionen Fr.)	77 Stimmen
Dagegen	20 Stimmen

Präsident: Damit ist Abschnitt III erledigt. Ich möchte beantragen, dass wir wenn möglich noch den ersten Abschnitt, die Art. 2—4 erledigen. Die finanzielle Seite der Angelegenheit würden wir dann zurückstellen, um so mehr, als sie doch noch nicht erledigt werden kann und auch Herr Bundesrat Obrecht erklärt, dass die Frage der Nationalbank noch eine besondere Abklärung erfahren müsse. Wir könnten dann die Frage der Finanzierung im Zusammenhang in einer nächsten Session behandeln.

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Die Beiträge des Bundes an Notstandsarbeiten sind vornehmlich für zusätzliche, volkswirtschaftlich wichtige Arbeiten in Gebieten grosser Arbeitslosigkeit zu verwenden. Die Bundesbeiträge für Arbeiten ausserhalb der eigentlichen Arbeitslosengebiete sind nur unter der Bedingung zu bewilligen, dass Arbeitslose aus Gebieten mit grosser Arbeitslosigkeit in angemessener Weise berücksichtigt werden.

Proposition de la commission.

Les subventions que la Confédération verse pour des travaux de secours doivent être affectées principalement à des ouvrages additionnels qui ont une grande importance économique et qui sont exécutés dans des régions où le chômage sévit avec intensité. Les travaux exécutés hors des zones de chômage ne seront subventionnés que si des chômeurs de régions souffrant d'un chômage intense y participent en nombre suffisant.

Wetter, Berichterstatter: Art. 2 bringt Ordnungsvorschriften über die zu subventionierenden Arbeiten. Einmal erstens: Die Arbeit soll womöglich zusätzlich sein. Zweitens soll es sich um volkswirtschaftlich wichtige Arbeiten handeln. Und endlich sollen sie in Gebieten mit grosser Arbeitslosigkeit, wenn irgendwie möglich, vorgenommen werden. Und dann noch ein weiterer Grundsatz: Wenn Bundesbeiträge ausserhalb der Gebiete der eigentlichen grossen Arbeitslosigkeit gewährt werden, dann kann an ihre Verabfolgung die Bedingung geknüpft werden, dass auch Arbeitslose aus den eigentlichen Arbeitslosengebieten beigezogen werden sollen. Wir haben in dieser Beziehung von ganz merkwürdigen Missständen gehört. Ich will sie hier nicht erwähnen und keine Namen nennen; aber eines geht natürlich nicht an, dass ein Kanton für eine bestimmte Arbeit, obschon er eigentlich keine grosse Arbeitslosigkeit hat, noch den Grundsatz aufstellen darf: Es darf kein ausserkantonaler Eidgenosse dabei beschäftigt werden. Solchen Praktiken soll in Zukunft vorgebeugt werden.

Wir beantragen Ihnen Annahme dieses Art. 2.

M. **Graber,** rapporteur: L'art. 2 doit souligner le caractère très particulier du programme qui nous est soumis. En effet, il pose des conditions précises pour l'attribution des subventions: pour obtenir des subventions de secours, il faut qu'il s'agisse de travaux additionnels, que ces travaux soient d'une grande importance économique, il faut aussi qu'ils soient éxécutés dans des régions où le chômage sévit avec intensité. Votre commission, craignant que cette formule ne fût pas suffisamment précise,a ajouté: «Les travaux exécutés hors des zones de chômage ne seront subventionnés que si des chômeurs des régions souffrant d'un chômage intense y participent en nombre suffisant.» On a voulu ainsi prendre des dispositions telles que ces subventions profitent bien aux régions durement éprouvées par le chômage.

Bundesrat **Obrecht:** Eine Kleinigkeit. Ich möchte Ihnen hier beantragen, den gestern an-

genommenen Zusatzantrag von Herrn Nationalrat Musy zu ersetzen als Abs. 2 dieses Art. 2; denn er passt oben nicht in die Zahlen hinein, er sollte in die Weisungen verlegt werden.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Der Bundesrat wird ermächtigt, im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Kreditverschiebungen in dem Sinne vorzunehmen, dass nichtbeanspruchte Kreditposten zur Ergänzung erschöpfter Kreditposten verwendet werden dürfen. Ueber solche Kreditverschiebungen ist der Bundesversammlung periodisch Bericht zu erstatten.

Proposition de la commission.

Le Conseil fédéral est autorisé, pour lutter efficacement contre le chômage, à opérer des déplacements de crédits; il pourra affecter à une rubrique dont le crédit est épuisé le solde non employé du crédit afférent à une autre rubrique du programme. Le Conseil fédéral soumettra périodiquement à l'Assemblée fédérale un rapport sur les déplacements de crédits.

Wetter, Berichterstatter: Art. 3 bringt die Möglichkeit von Kreditverschiebungen, die sich als notwendig erweisen werden. Sie sollen periodisch in einem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung mitgeteilt werden.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 4.

Antrag der Kommission.

Ueber die Art der Verwendung der Kredite B, II *c* und III sind der Bundesversammlung vorgängig der Inangriffnahme der Ausführungsarbeiten besondere Anträge zur Genehmigung einzureichen.

Antrag Gallati.

Streichen.

Proposition de la commission.

Avant que les travaux soient mis en chantier, des propositions devront être soumises à l'approbation de l'Assemblée fédérale sur l'utilisation des crédits prévus à l'article premier sous lettre B, II *c* et III.

Amendement Gallati.

Biffer.

Wetter, Berichterstatter: Im Programm sind zwei Kredite enthalten, über die noch nicht materiell entschieden ist. Es handelt sich um die Elektrifikation der Brünig-Bahn und die bessere Verbindung mit dem Kanton Graubünden. Hier stehen die Projekte noch nicht definitiv fest. Es ist deshalb in Art. 4 ein Vorbehalt gemacht worden, dass, bevor diese zwei Programmarbeiten an Hand genommen werden können, der Bundesversammlung ein entsprechender Antrag unterbreitet werden muss. Sie soll also das letzte Wort dazu haben, ob die Brünigbahn elektrifiziert werden soll bei Aufrechterhaltung der Schmalspur, oder ob eventuell eine andere Lösung getroffen wird. Endlich werden Sie auch das letzte Wort zu sagen haben, ob eine Strasse oder eine bessere Bahnverbindung nach dem Kanton Graubünden zur Ausführung kommen soll.

Warum hat man diese Bestimmung seinerzeit in den Beschluss aufgenommen? Als die Kommission zum erstenmal über diese Projekte sprach, da schien es wenigstens, als ob sie noch weniger bestimmte Gestalt angenommen hätten, als es gestern aus den Worten von Herrn Bundesrat Obrecht hervorzugehen schien. Er hat eine ziemlich bestimmte Meinung schon über die Verbindung mit dem Kanton Graubünden geäussert. Weil also damals diese Frage noch unentschieden war, wurde aus dem Schosse der Kommission der Wunsch ausgesprochen, nicht definitiv zu entscheiden, bevor das Parlament darüber beschlossen habe. Ein formeller Beschluss wurde in der Kommission nicht gefasst.

In der nächsten Sitzung der Kommission hat der Bundesrat den heutigen Artikel selber vorgeschlagen. Es sind vielleicht nicht alle Mitglieder der Kommission mit dieser Lösung einverstanden gewesen. Ich weiss nicht einmal, ob es die Mehrheit gewesen ist, weil darüber nicht entschieden worden ist. Aber wir wollten in der Kommission nicht päpstlicher sein als der Papst, und nachdem der Bundesrat diese Lösung vorgeschlagen hatte, ging sie ohne weiteres durch.

Ich persönlich — nicht im Namen der Kommission — gestehe Ihnen offen, dass ich gewisse Bedenken habe, ob die Entscheidung über diese Projekte in der Bundesversammlung auf sachlichere Weise geschieht, als wenn die Regierung darüber entscheidet nach Anhörung der wichtigsten in Betracht fallenden militärischen Stellen. Diesen Zweifel scheint auch unser Kollege, Herr Gallati zu haben, der Ihnen den Antrag stellt, diesen Art. 4 zu streichen.

Gallati: Ich habe den Antrag gestellt, den Art. 4 der Vorlage zu streichen, der bestimmt, dass für die Elektrifikation der Brünigbahn und die Sicherstellung der Verbindungen mit der Südostschweiz der Bundesversammlung besondere Anträge einzureichen seien, während für alle übrigen Posten der Bundesrat allein entscheiden soll. Ueber den Beitrag an die Elektrifikation der Brünigbahn will ich mich nicht weiter äussern. Ich erfahre, dass in diesem Punkt bei den interessierten Kreisen eine gewisse Opposition entstanden ist, und ich modifiziere deshalb meinen Antrag dahin, dass der Art. 4 nicht gänzlich zu streichen sei, sondern dass nur die Ziff. III, also die Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz, aus diesem Art. 4 herausgenommen werden soll. Auf die Dringlichkeit dieses Postens im Interesse unserer Landesverteidigung ist schon wiederholt, so auch gestern und vorgestern von seiten des Herrn Bundesrat Obrecht und von militärischen Stellen, ganz besonders hingewiesen worden. Bereits in seiner Botschaft zur grossen Vorlage hat der Bundesrat die Verbindung durch eine Strasse vom Glarnerland ins Vorderrheintal als an erster Stelle stehend er-

klärt. Seither haben wir die Ereignisse vom September mit ihren Auswirkungen erlebt, und ich glaube, es ist heute in der Schweiz niemand zu finden, der die äusserste Dringlichkeit dieser Aufgabe ernsthaft in Zweifel ziehen wollte.

Die Herren Kollegen Condrau und Foppa haben Ihnen gestern über diese Strassengeschichte bereits Ausführungen gemacht; ich brauche mich deshalb darüber nicht weiter zu verbreiten. Nur darauf möchte ich hinweisen, dass diese Frage fast so alt ist, wie unsere Eidgenossenschaft selber. Nach den jüngsten Ereignissen ist der Ruf nach einer Verbindung Glarus–Graubünden, mit Fortsetzung nach dem Tessin um so dringlicher, ja die Angelegenheit ist zu einer der brennendsten Landesfragen geworden. Leider ist es noch nicht gelungen, die verschiedenen interessierten Kreise bezüglich des Tracés unter einen Hut zu bringen. Der Kanton Glarus hätte aus volkswirtschaftlichen Gründen die Panixer- oder Segnesstrasse vorgezogen. Er wird sich aber auch, nachdem die militärischen Belange im Vordergrunde stehen, mit einer Kistenstrasse abfinden müssen. Für uns ist die Hauptsache, dass eine Strasse kommt und nicht eine Bahn. Nach der Richtung hat sich die Lage dadurch kompliziert, dass in letzter Stunde, d. h. unmittelbar fast, nachdem der Bundesrat die Strassenverbindung Glarus–Vorderrheintal in erste Linie gestellt hat, das unglückselige Projekt einer neuen Defizitbahn von Disentis nach dem Reusstal lanciert worden ist, und zwar von einflussreichen bündnerischen Kreisen. Soll nun die Bundesversammlung hier das letzte Wort haben, so bekommen wir einmal einen langwierigen Streit in Parlamenten und Presse über die Frage, ob Bahn oder Strasse, sodann über die Frage, welche Bahn; es existieren ja jetzt schon 5 oder 6 Projekte, dann wieder über die Frage, welche Strasse. Dazu kommt, dass in diesem Fall eine Verzögerung der Lösung dieses brennenden Problems um mindestens 2 oder 3 Jahre eintreten wird. Dies in einer Sache, die kein weiteres Zaudern mehr erlaubt. Das wäre bei den heutigen politischen und militärgeographischen Verhältnissen einfach nicht mehr zu verantworten!

Dazu kommt noch folgendes: Der Kanton Glarus hat im Jahre 1937 in freundeidgenössischer Weise zur Erstellung einer linksufrigen Wallenseestrasse Hand geboten, bei welcher der Nutzen für unsern Kanton im umgekehrten Verhältnis zu den Erstellungs- und Unterhaltskosten steht. Dieser Beschluss wäre von der Landsgemeinde kaum gefasst worden, wenn nicht eine neue Verbindung vom Glarnerland ins Bündnerland in sichere Aussicht gestellt worden wäre. Als dann unmittelbar nachdem der Bundesrat die Strassenverbindung als an erster Stelle stehend erklärte, das Bahnprojekt Disentis–Rheintal auftauchte und dieses in militärischen Kreisen anfänglich eine gewisse Gegenliebe fand, bemächtigte sich eine allgemeine Beunruhigung, ja fast Bestürzung des Glarnervolkes, als deren Ausfluss jener fast einstimmige Beschluss des Landrates zu bezeichnen ist, wonach am Bau der Wallenseestrasse mit keinem Spatenstich begonnen werden dürfe, solange nicht eine Alpenstrassenverbindung Glarus–Graubünden gesichert sei. Dieses Vorgehen ist nach allem, was vorhergegangen ist und nach diesem Torpedierungsversuch durch dieses unglückselige Bahnprojekt psychologisch durchaus verständlich.

Präsident: Angesichts der vorgerückten Zeit mache ich Sie darauf aufmerksam, dass das nicht mit dem Antrag zusammenhängt.

Gallati: Das hängt sehr damit zusammen, Sie werden das gleich sehen.

Präsident: Nein, das werde ich kaum sehen.

Gallati: Es besteht die Gefahr, dass die Landsgemeinde die Kredite für die Wallenseestrasse widerrufen wird, wenn wir keine Gewissheit haben, dass die Strasse Glarus–Graubünden erstellt wird und zum mindesten das Bahnprojekt aus Abschied und Traktanden fällt. Es wäre das angesichts der gewaltigen Opfer und des geringen Nutzens der Wallenseestrasse für uns nicht zu verwundern, auch nicht, angesichts der Vorenthaltung des neuen Alpenüberganges und last not least angesichts der neu ausgebauten, landschaftlich selten schönen Kerenzerbergstrasse, die Glarus und Zürich mit Graubünden genau so verbindet, wie die zukünftige Wallenseestrasse. Nach dem Landratsbeschluss wird die Wallenseetalstrasse gebaut werden, nur der Baubeginn soll so lange hinausgeschoben werden, bis wir einen Rechtstitel auf den Alpenübergang Glarnerland–Graubünden bekommen und dieses Bahnprojekt in die Versenkung verschwindet. Wir wollen nicht hoffen, dass die Landsgemeinde zu einem Widerruf der Krediterteilung kommen wird, aber die Gefahr ist vorhanden. Es haben daher alle an einer Wallenseestrasse interessierten Kreise ohne Ausnahme das grösste Interesse, dass in der Folge der Alpenübergang Glarus–Graubünden keine Verzögerung mehr erleidet. Wenn diese Fragen den langen und steinigen Weg über die Parlamente und deren Kommissionen machen müssen, vergehen fast weitere 3 Jahre. Das kann nicht mehr verantwortet werden. Beim 85 Millionenkredit für die Verbesserung der Alpenstrassen, vor 3 Jahren, wurden die Projekte auch nicht vor die Bundesversammlung gebracht. Ich erinnere an die Sustenstrasse, wie auch an die Wallenseetalstrasse. Warum soll nun diese Frage vor die Bundesversammlung gebracht und eine Verzögerung verursacht werden, die im Interesse der Landesverteidigung niemals verantwortet werden kann? Ich möchte daher dringend bitten, dass Sie meinen modifizierten Antrag, der sich nur noch auf diesen Alpenübergang bezieht, zustimmen. Ich glaube, auch vom Bundesratstische aus wird keine Opposition mehr gemacht, auf Grund der gestrigen Erklärungen; auch die Kommission scheint heute keine Opposition mehr zu machen. Wir müssen verhüten, dass in einer so brennenden Landesfrage, wie die der Kommunikation nach dem Kanton Graubünden, der berühmte „Glarner-Güggel", von dem die Sage geht, dass er bei einem Grenzstreit zwischen Glarus und Uri zu spät erwacht sei, nicht zu einem eidgenössischen wird. Ich bitte Sie also auch besonders im Interesse der militärischen Sicherstellung des Kantons Graubünden, meinen Antrag anzunehmen und so eine weitere Verzögerung zu vermeiden.

Präsident: Es wird mitgeteilt, dass Herr Nationalrat Gallati auf einen Teil seines Antrages verzichtet habe und nur noch Abschnitt III gestrichen haben will.

Gadient: Ich begreife zwar, dass die Freude an einer Verlängerung der Diskussion am letzten Sessionsmorgen nicht gross ist. Aber ich möchte Sie dringend davor warnen, in Form eines scheinbar harmlosen formellen Antrages zu versuchen, noch gleichsam zwischen Tür und Angel wichtigste Landesfragen wenn nicht zu entscheiden, so doch zu präjudizieren.

Wenn man nicht wusste, was mit dem Antrag Gallati gemeint war, hat uns darüber seine Begründung und gestern auch das Votum von Herrn Bundesrat Obrecht belehrt. Wir haben nach den Ausführungen des Herrn Departementschefs gestern darauf verzichtet, nochmals das Wort zu verlangen, möchten aber in aller Form Verwahrung dagegen einlegen, dass die Lösung einer Frage, durch die unter Umständen die verkehrspolitische und damit zum Teil die gesamte wirtschaftliche Lage eines Kantons gefährdet wird, ausschliesslich von militärischen Gesichtspunkten abhängen soll. Ich habe in der letzten Zeit überhaupt den Eindruck bekommen, dass es in den sogenannten militärischen Fach- und Sachfragen in dem Moment, da sie in die Tages- und Wirtschaftspolitik hinüberspielen, ungefähr so ist, wie es in bezug auf die Währungsabwertung eine Zeitlang gehalten wurde: Tabu, der gewöhnliche Sterbliche soll überhaupt nicht davon reden. Was nützen uns schliesslich einseitig militärische Lösungen, wenn wir daran wirtschaftlich zugrunde gehen! Wenn übrigens gestern Herr Bundesrat Obrecht darauf hinwies, dass die militärischen Instanzen sich gegen den Segnes aussprechen, möchte ich nur betonen, dass es auch leitende Militärs gibt, die sich für den Segnes aussprechen. Im ersten Referat hat der Herr Kommissionsreferent ausdrücklich erklärt, dass in bezug auf die Strassenverbindung nach Graubünden noch nichts präjudiziert sei. Im Votum von Herrn Bundesrat Obrecht hat es gestern abend schon anders geklungen, und nun kommt noch Herr Gallati mit dem Antrag, dass der Bundesrat allein entscheiden soll.

Wir haben starken Verdacht, dass im kleinen Kreise die Frage eben doch schon entschieden sei und möchten den Rat daher dringend bitten, am Antrag der Kommission festzuhalten in dem Sinne, dass über eine so wichtige Frage die Bundesversammlung zu entscheiden habe, damit wir nicht Gefahr laufen, dass unkontrollierbare Einflüsse, vielleicht hinten herum, eine Lösung herbeiführen oder erzwingen, die nicht im Gesamtinteresse des Landes liegt.

Noch eine allgemeine Ueberlegung. Wenn es sich um die Verwendung von 35 Millionen handelt, glaube ich, hat die Bundesversammlung schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ein Recht, dabei auch mitzusprechen. Wohl ist es so, wie Herr Gallati ausgeführt, dass der Bundesrat ja auch über die andern Kredite abschliessend verfügen kann. Aber diese Kredite sind festgelegt für ganz bestimmte Projekte, für die Doppelspur Brunnen–Flüelen und Lugano–Taverne usw. Hier aber handelt es sich darum, grundsätzlich zu entscheiden, welche Lösung schlussendlich im Gesamtinteresse des Landes liege. Ich möchte Sie daher bitten, den Antrag Gallati abzulehnen. Gleichzeitig erwarten wir aber auch vom Bundesrat, dass er in dieser Frage keine Vorentscheidung treffe, ohne vorgängig sich nach allen Seiten zu orientieren und die Gesamtinteressen sämtlicher beteiligten Gebiete und insbesondere Graubündens zu berücksichtigen.

Grimm: Nachdem Herr Gallati seinen Antrag abgeändert hat und die Brünig-Linie der Bundesversammlung zur Entscheidung überlässt, hätte ich keinen Grund, zu dieser Sache zu sprechen. Ich könnte mich auch auf den Standpunkt stellen, vom bernisch-luzernischen Gesichtspunkt aus haben wir keine Ursache, bei dieser Sachlage zu intervenieren. Aber die Begründung, die Herr Gallati seinem Antrag gegeben hat, ist so sonderbar und verrät eine solche Gesinnung, dass man doch auch vom Gesichtspunkt der gesamten Landesinteressen aus ein paar Worte dazu sagen muss. Was hat Herr Gallati gesagt? Er hat erklärt: Die Talstrasse wird erst gebaut, wenn uns der Alpenübergang Glarus-Graubünden zugesichert ist. Die Talstrasse wurde vom Bund aus subventioniert; sie wurde gewissermassen erzwungen. Der Bund ist beigesprungen und hat geholfen; und heute erklärt man nun: Wenn wir dann noch den Alpenübergang haben, dann bauen wir die Talstrasse. Ich will das Wort, das sich einem vor einem derartigen Verfahren aufdrängt, nicht in den Mund nehmen; es würde unangenehm und unparlamentarisch klingen. Aber ich denke, der Sinn einer derartigen Erklärung ist so deutlich und so klar, dass die Bundesversammlung nun erst recht darauf beharren muss, dass sie das letzte Wort in dieser Alpenverbindung spricht. Darum bitte ich ebenfalls, den Antrag Gallati abzulehnen.

Gallati: Ich habe nie gesagt, die Talstrasse werde nicht gebaut. Der Beschluss des Landrates lautet auch nicht so. Das wird uns eben total falsch ausgelegt. Sondern wir haben erklärt: Wir können nicht beginnen, bevor wir wissen, ob und wie dieses Problem gelöst wird. (Zwischenrufe: Das kommt aufs gleiche heraus.) Das ist nicht dasselbe. Das muss ich bestreiten. Nun frage ich: Kann man nicht zum Bundesrate das Zutrauen haben in einer Sache, die in erster Linie militärische Interessen betrifft, dass er die Landesinteressen ebensogut zu wahren weiss wie die Bundesversammlung?

Trümpy: Ich möchte gegenüber Herrn Grimm nur feststellen, dass nach der Bundesverfassung meines Wissens heute noch die Kantone souverän sind, über Strassenbauten zu entscheiden. Wir haben heute wieder in diesem Rate gehört, dass die Kantone jetzt beständig durch die Bundessubventionen veranlasst werden, viel zu viel zu bauen. Wer ist denn an der Walenseetalstrasse interessiert? Das Interesse daran haben nicht Glarus und St. Gallen, sondern wir bauen die Walenseetalstrasse für die Pariser und die Wiener, das Interesse wächst im Quadrat der Entfernung. Die Strasse geht an den Grenzen der Kantone St. Gallen und Glarus eben vorbei. Wir haben den Bau der Susten-

strasse dem Bundesrate überlassen; sollen wir nun diese Bauten nicht auch ihm zum Entscheide anheimstellen? Und schliesslich: Sollen wir wegen dieser Strassenbauten einen eidgenössischen Bruderzwist beginnen? Ich glaube, wir haben jetzt Besseres zu tun.

Nobs: Ich bin Vertreter eines Kantons, der nicht so direkt an der Frage beteiligt ist wie der Kanton Glarus. Wie steht es denn mit diesem Streit wegen der Entstehung der Walenseestrasse? Um die Walenseetalstrasse haben sich die Kantone St. Gallen mit der rechtsufrigen Verbindung und Glarus mit der linksufrigen Verbindung beworben. Für das rechte Ufer haben sich die verkehrspolitisch nächstbeteiligten Kantone nach St. Gallen, nämlich Graubünden und Zürich, eingesetzt. Diese gegebene Lösung ist in Bern hintertrieben worden; Glarus hat doch gesiegt, gegen die drei andern Kantone. Glarus hat dieses Zugeständnis der Bundessubvention bekommen, für die Verpflichtung, die Talstrasse zu bauen. Glarus hat dort gesiegt und ist die feierliche Verpflichtung eingegangen, diese linksufrige Talstrasse zu bauen. Heute ist die Situation so: Wir haben vor ein paar Minuten aus dem Munde von Herrn Regierungsrat Gallati gehört, dass Glarus sagt: Wir erfüllen diese Verpflichtung erst, wenn man uns eine weitere Konzession macht. Es ist der berühmte „Spatenstichbeschluss" der Glarner, wonach sie jetzt diese Verpflichtung nicht erfüllen wollen, ohne dass man ihnen eine weitere Konzession macht. Dass ein Kanton in so schwerwiegender Weise gesamtschweizerische Verkehrsinteressen verletzen darf, das kommt nicht in Frage; es ist sicher eine Ungehörigkeit, und kein Wort dessen ist zuviel, was Kollega Grimm vorhin aus einer andern Perspektive gesagt hat.

Präsident: Es liegt ein Antrag Gallati vor, der insofern gegenüber dem gedruckten Antrag abgeändert ist, als er die Streichung nun nur für Abschnitt III vorsieht und Abschnitt II davon ausnimmt.

Abstimmung. — *Vote.*

Für Zustimmung zum abgeänderten Antrag Gallati	19 Stimmen
Dagegen	78 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Schluss des stenographischen Bulletins der November-Session 1938.
Fin du Bulletin sténographique de la session de novembre 1938.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. *O. Vollenweider.* — Druck und Expedition der *Verbandsdruckerei A.-G. Bern.*

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Novembersession Session de novembre Sessione di novembre
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	08
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	12.10.1938
Seite Page Pagina	975-984
Ref. No	20 032 646

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Nous avons fait la même adjonction sous lettre D *a*, où nous avons ajouté aux obligations les créances inscrites au livre de la dette fédérale conformément aux prescriptions de l'article 14, chiffre 5, littera *b*.

Cela allait de soi; nous l'avons fait dans l'esprit que relevait tout à l'heure M. le rapporteur de langue allemande, qui entend préciser qu'il s'agit d'un nantissement à faire uniquement par la Banque nationale et non pas par d'autres banques privées. Je suis d'avance d'accord sur sa proposition, car c'était bien là notre idée en commission. Nous donnons ainsi à la seule Banque nationale la possibilité de faire ces avances sur nantissement; mais, comme je l'ai dit, on propose de l'exprimer d'une manière plus explicite par un complément à la note marginale.

Huber, Berichterstatter: Damit die Gläubiger von Schuldbuchforderungen nicht schlechter gestellt sind als die Inhaber von Bundesobligationen und die Möglichkeit haben, ihre Forderungen bei der Nationalbank zu lombardieren, muss Art. 14 des Nationalbankgesetzes entsprechend geändert werden. Diese Aenderung bedingt ihrerseits wieder eine Ergänzung von Art. 18, Abs. 1, des gleichen Gesetzes in dem Sinne, dass als Notendeckung auch die Schuldbuchforderungen anerkannt werden. Die Kommission beantragt Ihnen Zustimmung.

Um Missverständnissen vorzubeugen, machen wir darauf aufmerksam, dass die Nationalbank natürlich kein Belehnungsmonopol erhält. Jedermann hat das Recht, Schuldbuchforderungen zu belehnen. Insbesondere steht dieses Recht den Banken, aber auch jedem Privatmann zu. Um dieses Missverständnis noch besser zu vermeiden, schlage ich Ihnen vor, das Marginale etwas zu erweitern. Jetzt lautet es: „Belehnung von Schuldbuchforderungen". Bei dieser Formulierung ist man versucht anzunehmen, dass der Art. 13bis überhaupt die Belehnung von Schuldbuchforderungen regelt. Das ist aber gar nicht der Fall. In bezug auf die Belehnung gelten allgemein die Vorschriften des Obligationenrechtes, ergänzt durch Spezialvorschriften dieses Gesetzes. Was im Art. 13bis enthalten ist, wurde, wie gesagt, nur geschaffen, damit die Nationalbank das Recht bekommt, auch Schuldbuchforderungen zu belehnen, während sie sonst nur Obligationen zu belehnen berechtigt ist. Ich schlage Ihnen also vor, das Marginale zu ergänzen und zu fassen wie folgt: „Belehnung von Schuldbuchforderungen durch die Nationalbank".

M. le **Président:** La proposition de la commission, concernant la note marginale, n'est pas combattue.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 14.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Gesetzentwurfs 128 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 13. Dez. 1938.
Séance du 13 décembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3787. Gläubigergemeinschaft. Verlängerung der Sondervorschrift.
Communauté des créanciers. Prorogation des dispositions spéciales.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 12. November 1938 (Bundesblatt II, 701). — Message et projet d'arrêté du 12 novembre 1938 (Feuille fédérale II, 709).

Beschluss des Ständerats vom 7. Dezember 1938.
Décision du Conseil des Etats, du 7 décembre 1938.

Schriftlicher Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Proposition écrite de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

M. le **Président:** Cette question a fait l'objet d'un rapport écrit, qui a été distribué. La parole est-elle demandée? Dans la négative, le projet serait adopté dans son ensemble.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 963 hiervor. — Voir page 963 ci-devant.

Bundesbeschluss Nr. II.
Arrêté fédéral No II.

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Antrag Picot.

Nichteintreten.

Proposition Picot.

Ne pas passer à la discussion des articles.

Mitunterzeichner: — *Cosignataires:* Favrod-Coune, Fauquex, Gorgerat, Gottret, Krügel, Oeri. (6)

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Wetter, Berichterstatter: Ich habe Ihnen zu diesem Traktandum eine Vorbemerkung zu machen. Mit Bezug auf die Ausgleichssteuer sind nämlich der Kommission und auch Ihnen eine ganze Reihe von Eingaben zugegangen. Ich will darauf nicht eintreten. Dagegen ist dem Rat noch eine Petition der Zentralstelle der schweizerischen Waren- und Kaufhäuser mit 6569 Unterschriften eingereicht worden. Es sind die Unterschriften des Personals der in dieser Zentralstelle zusammengefassten Waren- und Kaufhäuser. Ich erwähne nur ganz beiläufig: Die Magazine zum Globus mit 1019 Unterschriften, die Grands Magasins Jelmoli S. A. Zürich mit 849 Unterschriften, die Epa Einheitspreis-Aktiengesellschaft Zürich mit 889 Unterschriften. Es folgen eine Reihe weiterer Firmen mit ca. 4—500 Unterschriften. Dann geht es hinunter in kleinere Zahlen. Die Eingabe dieser Angestellten, deren Unterschriften eigenhändig dem Dokument beigesetzt sind, besagt, dass die beabsichtigte Ausgleichsteuer die Geschäfte, in denen sie arbeiten, ausserordentlich bedrücken oder gefährden würde und dass sie deshalb diese Ausgleichsteuer als eine Ungerechtigkeit empfinden müssten.

Die allgemeine Diskussion über dieses Traktandum hat anlässlich der Eintretensdebatte stattgefunden. Es hat sich daraus ergeben, dass das Geschäft in zwei Teile getrennt wird: in einen Verfassungsartikel und einen Programmbeschluss als Bundesbeschluss. Den Programmbeschluss haben Sie in der November-Session verabschiedet. Aus diesem Programmbeschluss folgt die Kreditsumme von 327,7 Millionen, die heute in den Verfassungsartikel hinübergenommen werden muss. Sie erklärt sich daraus, dass gegenüber der ersten vom Bundesrat vorgeschlagenen Kreditsumme von 415 Millionen die Interimsvorlage mit rund 70 Millionen wegzuzählen ist und dass ferner noch eine Reihe von besonderen Bundesbeschlüssen, die Extrakredite verlangt haben oder verlangen werden, nicht mitgerechnet sind. Man würde, wenn man alles zusammenzählt, auf eine Summe von etwas über 415 Millionen kommen. Sie haben die Kreditsumme von 327,7 Millionen im Programmbeschluss fixiert. Sie hat gegenüber dem ursprünglichen Antrag um 10 Millionen zugenommen.

Heute steht nur der Verfassungsartikel zur Diskussion. Es sind auch in bezug auf diesen Verfassungsartikel die wichtigsten grundsätzlichen Fragen abgeklärt worden. Es wurde darüber abgestimmt. Der Rat hat seinerzeit mit grosser Mehrheit beschlossen, dass der Verfassungsartikel eine Gesamtkreditsumme für die zivilen und die militärischen Kredite bringen soll, dass also keine Teilung stattzufinden habe. Der Rat hat ferner prinzipiell beschlossen, dass die Deckungsfrage im Verfassungsartikel selbst zu lösen sei. Ich habe mit Bezug auf die Einleitung zum Verfassungsartikel und mit Bezug auf die Ziffern 1 und 2 nichts weiter zu bemerken. Es wird sich Gelegenheit geben, bei Ziffer 3 etwas längere Ausführungen zu machen.

M. **Graber,** rapporteur: Au cours de la session extraordinaire de novembre, et sous la forme d'un arrêté fédéral, vous avez adopté un programme prorogeant par une action de 3 années au moins et d'un total de frs 327,70 millions, les deux programmes réunis. L'ensemble de ce programme de travaux nécessite ainsi, de la part de la Confédération, une dépense totale de 317,7 millions. Le projet primitif prévoyait une dépense de 415 millions. La réduction qui se manifeste ici provient de l'abandon de quelques grands travaux, dont la préparation n'était pas suffisamment amorcée pour justifier la perspective d'une réalisation durant cette période triennale.

S'il a suffi d'un arrêté fédéral pour fixer le programme des travaux, il ne pouvait en être de même en ce qui concerne les ressources financières nécessaires à leur exécution.

Les dépenses relatives aux travaux exécutés en vue de la défense nationale seront amorties tout d'abord grâce à la prolongation de l'impôt de crise, et par l'impôt dit de «défense nationale».

Mais pour couvrir les dépenses destinées aux travaux civils, il est indispensable de prévoir de nouvelles ressources. Dès lors, si l'on ne peut pas rentrer dans le régime des arrêtés d'urgence pour droit de nécessité, il est indispensable de recourir à une modification constitutionnelle. C'est à l'examen et à l'adoption de celle-ci que vous appelle votre commission. Vous aurez ainsi exclusivement à vous prononcer sur l'impôt compensatoire et sur le prélèvement à opérer sur le bénéfice résultant de la dévaluation.

Un membre de la commission proposa la suppression du chiffre 1. C'était le renouvellement de la proposition, déjà faite sous une autre forme, d'en rester au projet transitoire de 70 millions adopté en septembre. Cette proposition fut repoussée au sein de la commission par 14 voix contre 2. C'est — nous en avons la persuasion — avec une majorité proportionnellement plus forte encore que vous vous prononcerez contre une telle initiative, qui est d'ailleurs en pleine contradiction avec l'acceptation du programme voté en novembre dernier.

Nous avons ainsi rapporté sur le préambule et sur les chiffres 1 et 2.

M. **Picot:** Je serai très bref, car j'ai déjà eu l'honneur de vous expliquer les motifs qu'a mon groupe de s'opposer à ce projet, en juin lorsqu'il a paru, en septembre, lors du débat général sur la première tranche de 70 millions et, finalement, à la session de novembre pour demander la disjonction du projet en deux parties, disjonction qui a été refusée.

Mais cependant, au moment où l'on va voter le couronnement de l'édifice, c'est-à-dire l'article constitutionnel, il m'est impossible de ne pas revenir sur ce sujet, car il sera traité devant le peuple et les conseillers nationaux qui prennent la lourde responsabilité de voter ces immenses

dépenses doivent savoir quels seront les arguments à évoquer dans la campagne populaire.

Pour lutter contre l'initiative des lignes directives, on a créé un vaste projet. On doit reconnaître qu'il se trouve dans la collectivité des lois de la Confédération et dans le budget comme un ensemble singulièrement malencontreux et singulièrement dangereux. Faut-il vous rappeler les méfaits qu'a déjà commis ce malencontreux projet? On peut bien le dire — et personne ici ne le méconnaîtra — ce projet a fait sombrer les résultats d'un long travail, en ce sens qu'il a amené la chute du projet de revision constitutionnelle des finances, le 24 juin dernier, lors de ce vote mémorable où une voix a manqué à M. le conseiller fédéral Meyer pour mettre sous toit son édifice. Vous vous rappelez le travail du Conseil des Etats, de la commission du Conseil national qui s'était réunie à Spiez; vous vous rappelez les résultats des comptes d'Etat de 1937, qui étaient relativement convenables. Le Parlement était prêt à voter la réforme lentement élaborée par le Conseil fédéral et par les commissions des Chambres; mais lorsque, le 7 juin, date fatidique, ce projet de 400 millions est arrivé sur le bureau de la Chambre, un découragement a saisi tous ceux qui pensaient que la réforme financière devait servir à réaliser des économies et à revenir à l'équilibre du budget. On a compris que les textes les plus catégoriques en faveur des bonnes finances étaient contredits d'une façon manifeste par ce flot de dépenses proposées au Parlement. C'est ainsi qu'un certain nombre de voix a manqué à cette réforme et que, finalement, nous avons dû, la semaine dernière, voter un quatrième plan financier provisoire.

Ce projet a eu encore l'inconvénient de mettre le Conseil fédéral dans une situation désagréable et délicate, c'est-à-dire de l'obliger à se déjuger sur deux points importants sur lesquels il avait affirmé sa politique. Je ne reviens pas sur le discours qu'avait prononcé M. le conseiller fédéral Obrecht contre l'initiative des lignes directives, dans la séance du 28 mars, discours qui avait démontré que cette politique de grands travaux n'était pas nécessaire, que la politique conduite jusqu'ici par le Conseil fédéral avec une très grande sagesse dans la lutte contre le chômage était une politique qui nous menait au but mieux encore que la politique exagérée suivie par d'autres Etats que l'on peut comparer à la Suisse. Le Conseil fédéral est revenu sur cette manière de voir. Il est entré dans la conception des plans à coups de centaines de millions et il est toujours fâcheux de voir un gouvernement se déjuger.

On arrive au même résultat en ce qui concerne le bénéfice de dévaluation. Deux années durant depuis la dévaluation, le Conseil fédéral avait dit: «Nous ne toucherons pas à ces 500 millions». Aujourd'hui, on vous présente un article constitutionnel qui fait déjà brèche — je veux bien: sous une forme indirecte, sous une forme élégante — aux 500 millions et qui en extrait déjà 150 pour le plan des possibilités de travail.

En outre, ce projet a amené la Banque nationale, soumise à des sollicitations courtoises et pressantes, à quitter la ligne de conduite que, si fermement, elle avait suivie depuis 1918 et qui avait toujours maintenu le bon renom de notre monnaie, même au moment de la dévaluation. On ne saurait trop regretter cette atteinte aux principes; vous savez que ce n'est qu'à son corps défendant que la Banque nationale, avec une très petite majorité, a consenti à l'article constitutionnel qui vous est soumis et qui fait ce prélèvement de 150 millions sur la Banque nationale.

Mais ce ne sont là que des inconvénients secondaires. Ce qu'il y a de plus grave dans ce projet, c'est qu'il nous prépare de sombres jours pour l'avenir. Il emploie le moyen d'une excitation de l'économie par des procédés étatistes. Pendant trois ans, il y aura une certaine euphorie, parce qu'on aura jeté dans le gouffre des dépenses des dizaines et des dizaines de millions. Et lorsque ces trois ans seront terminés, lorsque nous n'aurons plus ces centaines de millions et lorsque, au contraire, nous aurons la charge de l'amortissement de ces très grandes dépenses, qu'arrivera-t-il? Voilà la question à laquelle ni les membres de la commission, ni le Conseil fédéral n'ont jamais voulu répondre d'une façon claire; voilà la question que nous poserons au peuple. Nous lui dirons: «Voulez-vous une grande danse de millions pendant trois ans pour vous trouver ensuite dans une situation pire?» On ne peut pourtant pas nous dire qu'au bout de ces trois ans, la situation de l'Europe sera infiniment meilleure, que nous serons à un moment où l'économie privée aura repris ses forces et que bien facilement, par la voie de l'impôt, on paiera ces centaines de millions! Or, à ce moment-là, la situation de l'Europe sera encore difficile. Nous n'aurons pas cet argent, mais nous aurons les charges de l'amortissement.

Et j'attire votre attention sur le fait que ce projet constitue une aggravation des crédits extrabudgétaires. Le chef du Département des finances, le Conseil fédéral, les commissions de finances du Conseil des Etats et du Conseil national ont toujours estimé que l'unité du budget était nécessaire pour la Confédération suisse, qu'il fallait rendre visibles, en un tableau général du budget annuel, les dépenses et les recettes. Nous sommes sortis une première fois à titre exceptionnel — et l'on pensait que c'était pour une fois seulement — nous sommes sortis de cette règle de l'unité du budget pour les 400 millions des dépenses militaires.

Il y avait pour cela de justes motifs, des raisons sérieuses. Mais cette fois, alors qu'il s'agit de travaux civils, pour des postes budgétaires qui ne sont pas nouveaux, nous avons créé, par le plan des 70 millions et par celui des 315 millions, encore des dépenses extrabudgétaires.

Qu'il me soit permis ici de vous rapporter un incident survenu il y a 15 jours à la commission du plan financier nº 4, incident qui montre bien le danger de ces crédits-budgétaires.

Lorsque pour le plan financier 4, qui concernait le budget, nous avons discuté les corrections de cours d'eau pour lesquelles était inscrit un crédit de 4,5 millions, notre collègue M. Müller de Grosshöchstetten a proposé de le porter à 5 millions. La commission a écouté le plaidoyer de M. Müller qui parle toujours en faveur des paysans des montagnes avec une très grande éloquence; elle allait se laisser attendrir et voter 500.000 francs

de plus, lorsqu'un autre député fit remarquer que, dans le plan de crédits extraordinaires qui avait été voté, figurait déjà un autre poste de 4 millions pour les corrections de cours d'eau. Ainsi, en lisant le budget, on croit connaître les dépenses qu'aura à faire la Confédération et, en réalité, c'est ailleurs qu'il faut aller chercher des chiffres beaucoup supérieurs.

J'estime qu'il est extrêmement dangereux de rompre avec le principe de l'unité du budget. Or, c'est ce que l'on fait et d'une façon manifestement exagérée pour ces crédits civils. Est-ce qu'avec ce plan vous arriverez à une amélioration des finances? C'est une ironie que de vous poser cette question.

La semaine dernière, nous avons déjà voté un budget lourdement déficitaire. Avec les dépenses que vous y ajoutez, on court vers l'inconnu. La couverture financière qui vous est proposée ici n'est pas du tout sérieuse.

Qu'est-ce que c'est que cet impôt qui frappe d'une façon si sévère le commerce de détail, non plus seulement les Uniprix, les grands magasins proprement dits et les magasins à succursales multiples; mais, maintenant, aussi les magasins de détail, qui ne sont pas de véritables grands magasins, ainsi que les coopératives? Permettez-moi de vous rappeler un fait. Lorsque le premier projet, celui qui fut discuté à Klosters, a été lancé dans le public, les milieux du petit commerce de la Suisse orientale — ceux qui entourent notre collègue M. Schirmer — y ont applaudi. Ils ont déclaré que c'était là une excellente idée, qu'on faisait bien d'atteindre les Uniprix et les grands magasins.

En Suisse occidentale, au contraire, avec plus de sagesse, on a réservé son jugement. Le petit commerce romand a dit: «Oui, aujourd'hui vous attaquez les grands magasins et les Uniprix; mais demain, cet impôt sur le chiffre d'affaires sera certainement étendu: vous atteindrez les commerçants qui ne sont ni des Uniprix, ni des grands magasins.»

Eh bien, qui donc a eu raison? Est-ce le petit commerce de la Suisse orientale ou celui de la Suisse occidentale? C'est le second qui avait vu juste, car l'impôt qui vous est proposé aujourd'hui n'est plus un impôt sur les grands magasins; c'est un impôt, déjà plus généralisé, sur le chiffre d'affaires de tout le commerce de détail, dès que ce chiffre atteint 200.000 francs.

Il y a pourtant dans cette imposition de profondes injustices, une criante inégalité. Est-ce donc le commerce qui reçoit des subventions? Non, et vous le savez bien: le commerce est toujours prétérité; c'est lui qui paie; c'est lui qui est, au budget, la partie donnante; ce sont d'autres parties du pays qui bénéficient des subventions. Et cependant, c'est, encore une fois, ce commerce que vous frappez, et très lourdement, car un chiffre d'affaires de 200.000 francs dans l'année est vite atteint.

Il est un fait qui devrait vous rendre attentifs au caractère anormal, injuste, inégal de cette imposition: c'est l'opinion émise par M. le professeur Blumenstein. M. Blumenstein, jurisconsulte de la couronne, spécialiste en matière fiscale, est un homme qui fait autorité lorsqu'il s'agit de créer de nouveaux impôts. C'est le plus fiscal des théoriciens du droit fiscal. Eh bien, M. Blumenstein lui-même a reculé, épouvanté, devant la construction juridique qui vous est soumise aujourd'hui. Il a dit que cet impôt heurtait tous les principes d'égalité et de justice qui doivent être respectés en matière fiscale.

Enfin, avez-vous véritablement conscience qu'avec un projet de ce genre on luttera efficacement contre le chômage?

En sa qualité de chef du Département du commerce et de l'industrie de Genève, l'homme qui vous parle s'est continuellement occupé des problèmes du chômage. Continuellement il a présenté des projets dans ce domaine. Il n'est ni un théoricien ni un doctrinaire; il est bien placé pour connaître le monde des chômeurs. Et il vous pose cette question: Croyez-vous vraiment que des chantiers qui seront ouverts à Taverne, au Brünig, à Flüelen, au Panix, vont permettre de lutter efficacement contre le chômage dans les milieux de St-Gall, de Zurich, de Bâle, de Genève, où ce fléau sévit avec tant d'intensité? Croyez-vous que la Suisse romande, qui n'a aucun de ces chantiers, pourra envoyer ses ouvriers dans ces endroits lointains? Croyez-vous enfin que ce soit un bon moyen de combattre le chômage que de faire avant tout un effort de collaboration entre les cantons et la Confédération dans le domaine du bâtiment, alors que partout il y a tant d'appartements vides et que les constructions ont été déjà partout trop nombreuses?

Qu'est-ce qui a amené une recrudescence du chômage? Ce sont surtout les conditions de la production, qui dans les pays voisins est bien meilleur marché que chez nous. Ce sont les dévaluations françaises qui ont provoqué une énorme disparité des prix entre la France et la Suisse; ce sont aussi les conditions de travail existant en Allemagne, où l'on peut imposer des salaires extrêmement bas. De nouveau, la Suisse redevient ce qu'elle était en 1932 et en 1933: un îlot de vie chère, ce qui nuit grandement à notre exportation, à notre commerce international.

Est-ce donc une solution contre le chômage que de déséquilibrer les finances, de créer des occasions de travail purement étatistes? La conséquence sera de renchérir le coût de la vie par de nouveaux impôts, de nouvelles charges financières et, donc, d'augmenter encore notre éloignement des conditions de l'économie mondiale?

Ne pensez pas que vous pourrez faire adopter par le peuple suisse des impôts destinés à couvrir les besoins de cette course effrénée aux dépenses. Non, vous n'y arriverez pas et, ici encore, je puis invoquer un exemple: Lausanne, pas plus tard qu'avant-hier, a repoussé à une très forte majorité un impôt qui lui était proposé. Il faut voir là une tendance à considérer que le plafond fiscal est atteint et qu'il n'est plus possible d'exiger des milieux populaires de nouveaux sacrifices.

Je crois que tout ce projet est construit sur une tendance erronée. On nous a dit: «Après les événements d'Autriche et de Tchécoslovaquie, il nous faut lutter contre le national-socialisme et, pour cela, mettre en œuvre des moyens plus puissants contre le chômage ...». Je dis qu'on ne lutte

pas contre les Etats totalitaires par l'esprit totalitaire. On ne combat pas le national-socialisme par le socialisme; c'est une erreur! La Suisse doit lutter ici par son génie propre.

Elle n'a pas à entrer dans cette voie nouvelle des dépenses massives, des institutions purement étatistes. Elle doit continuer son effort pour lutter contre le chômage comme elle l'a fait jusqu'ici, en poursuivant une tradition d'efforts individuels qui laissent à l'économie privée les moyens de lutter. Jusqu'ici, la collaboration de l'économie privée et de l'économie publique était relativement bien équilibrée. En rompant cet équilibre, vous commettriez une grave faute.

Je suis heureux d'avoir eu l'occasion de vous exposer ces motifs. Je suis persuadé que le peuple suisse les comprendra mieux que le Parlement.

M. le **Président:** M. Picot propose de ne pas entrer en matière. Les rapporteurs de la commission me font observer que nous l'avons déjà votée. Cependant, je reconnais qu'il s'agit ici d'un deuxième arrêté et que, dans ce cas, la proposition de M. Picot peut être discutée et mise aux voix comme motion d'ordre.

Par conséquent, nous allons voter sur la proposition de M. Picot, que vous la considériez comme motion d'ordre ou comme une opposition à l'entrée en matière.

Abstimmung. — *Vote*:

Für den Antrag der Kommission	110 Stimmen
Für den Antrag Picot	8 Stimmen

M. le **Président:** Nous avons reçu une motion d'ordre de M. Wüthrich, tendant au renvoi de ce projet au Conseil fédéral.

Wüthrich: Ich möchte nicht so weit gehen wie Herr Picot soeben beantragt hat, nämlich überhaupt nicht auf die Vorlage einzutreten. Wenn Sie dies beschlossen hätten, so wäre das entschieden ein Fehler gewesen. Ich stelle also zum vorneherein fest, dass ich selbstverständlich dafür bin, dass wir die Landesverteidigungs- und Rüstungsvorlage beendigen und durchberaten. Was ich bei dieser Vorlage beanstande, ist nur Ziffer 3 und 4, die Art der Finanzierung. Ich will keine Missverständnisse aufkommen lassen.

Meine Freunde und ich sind immer für die Vermehrung der Rüstung, d. h. für die Durchführung des ersten Teiles der Vorlage eingetreten. Ja, ich habe den Eindruck, dass wir in unserer Gruppe manchmal nach einer etwas rascheren Aufrüstung geschrieen haben, als es dem betreffenden Herrn Bundesrat lieb war. Wir sind heute noch der Auffassung, dass die Rüstung, wie sie uns vorgeschlagen ist, wahrscheinlich das Kriegsgenügen noch nicht herstellt. Es ist Ihnen allen bekannt, dass wir z. B. für eine Vermehrung der Flugzeuge eintreten. Was uns aber vor allem bei der Rüstungsvorlage auffällt, ist das zu langsame Tempo der Durchführung.

Was nun das Programm der Arbeitsbeschaffung anbetrifft, so treten wir seit Jahren für eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Bereitstellung von Arbeit ein. Wir tun das sowohl theoretisch wie praktisch. Wir haben gepredigt — manchmal als Prediger in der Wüste —, dass es sich darum handle, die Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern sie radikal zu beseitigen; denn wir betrachten die Arbeitslosigkeit als eine Gefahr für unsern Staat. Die Ereignisse der letzten Zeit haben doch nachgerade bewiesen, dass der Ruf „Arbeitslosigkeit ist eine Gefahr für unsern Staat" berechtigt ist. Wir bekämpfen daher die Arbeitslosigkeit aus wirtschaftlichen, politischen und moralischen Gründen. Allerdings hätten wir gewünscht, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an einem etwas anderen Punkte ansetze, als dies durch die Vorlage geschieht, nämlich mehr auf lange Sicht. Wir müssen uns heute fragen, was denn im Jahre 1941 geschehen soll, wenn das Programm der Arbeitsbeschaffung nach der Vorlage des Bundesrates erfüllt ist.

Vor allen Dingen predigen wir aber eine neue Grundlage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung. Wir wünschen ein Verlassen des Systems der Subventionierung und an deren Stelle die Einführung einer echten Finanzierung.

Trotz aller dieser Mängel können wir also für das Programm der Rüstung und für deren Finanzierung durch die verlängerte Krisensteuer eintreten; wir können eintreten für das Programm der Arbeitsbeschaffung auf kurze Sicht, wie diese Vorlage es vorschlägt, aber wir können nicht eintreten auf die Finanzierungsart gemäss Ziffer 3. Wir möchten wünschen, dass an Stelle dieser Ziffer 3 eine andere Art der Finanzierung eintritt, eine solidere, eine besser fundierte, und dies aus folgenden Gründen:

Man könnte der Auffassung sein, das Programm der Arbeitsbeschaffung, das Programm der Rüstung überhaupt von der Finanzierung zu trennen und sie irgendeiner späteren Beratung zu überlassen, vielleicht im Zusammenhang mit der definitiven Sanierung der Bundesfinanzen. Wir sind nicht dieser Meinung, sondern vertreten die Ansicht: Wenn schon ein Programm der Arbeitsbeschaffung Ausgaben beschliesst im Umfang, wie das in der Vorlage vorgesehen ist, so müssen wir auch an die Finanzierung denken. Wir sind uns alle bewusst, dass die öffentliche Hand allgemein im grossen Mass überschuldet ist. Wir wissen auch, dass unsere Budgets defizitär sind, und daher würden wir es als einen Fehler betrachten, Ausgaben zu beschliessen, ohne nicht auch gleichzeitig für die Deckung zu sorgen, um so mehr als es sich um Ausgaben vorübergehender Art handelt, d. h. um ein Programm, dessen Abwicklung im Maximum 3—4 Jahre erfordert. Die Bezahlung eines in 3—4 Jahren abzuwickelnden Programmes dürfen wir doch nicht unsern Kindern überlassen. Wir sind also grundsätzlich für die Einführung einer gleichzeitigen Deckung beim Beschluss über die Durchführung eines Programmes für Arbeitsbeschaffung und Rüstung.

Aber nun kommt das grosse Aber. In der Zusammenstellung der Vorlage hat kein guter Stern gewaltet. Es war eine Zusammenstellung von heterogenen Elementen. Da kommt einmal die Rüstung vor, dann die Krisen- bezw. Wehrsteuer, dann das Arbeitsbeschaffungsprogramm und das unglückliche Novum der Ausgleichsteuer. Ich glaube, es handelte sich um eine Spekulation, aber um eine unschöne Spekulation, auf die Wehrbereitschaft des Volkes. Man sagte sich, das Volk ist heute bereit, grosse Ausgaben zu beschliessen für die Verstärkung der Wehrbereitschaft. Man spekulierte darauf, das Volk

werde in diesem Willen der Wehrbereitschaft auch eine an und für sich unsympathische neue Steuerart schlucken. Ich hoffe sehr, dass das Volk sie nicht schlucken wird.

Im weitern ist zu sagen, dass die neue Steuer in ihrer Auswirkung nicht durchdacht ist. Sie ist eine Augenblicksgeburt. Ich kenne zwar den Herrn aus dem Volkswirtschaftsdepartement nicht, der die Vorlage ausarbeitete, den man den Vater dieser Vorlage nennen kann. Vielleicht war es aber eine Dame, also eine Mutter und kein Vater. Auf jeden Fall muss ich sagen, dass bei der Geburt ein schlechtes Geburtszeichen gewaltet hat, weder Venus noch Merkur, sondern höchstens der düstere Uranus. Die Auswirkungen sind nicht durchdacht, und die Anwendung der Steuer ist ungewiss. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele hiezu: Erstens ist es ungewiss, wer überhaupt darunter fällt. Zweitens: Bei welchen Warengattungen liegen besondere Verhältnisse vor, wie sie stipuliert sind gemäss dem Vorschlag der Kommission? Was sind besondere Verhältnisse? Im weitern: Ist festgelegt, in welcher Art und Weise die Progression gehandhabt wird? Weiter ist nicht klar gesagt, warum gerade bei einem Umsatz von 10 Millionen Fr. die Höchstbelastung eintritt; wenn gerade 10 Millionen die Stichzahl sind zur Anwendung einer Höchstbelastung, so muss man dafür einen Grund haben. Ein Grund könnte z. B. darin bestehen, dass bei 10 Millionen das Optimum eines Geschäftserfolges eintritt. Wenn wir aber Untersuchungen anstellen über den Spesensatz von grossen Handelsunternehmungen, so sehen wir klar, dass nicht bei 10 Millionen das Optimum des Geschäftserfolges eintritt. Deshalb verstehe ich nicht, warum gerade 10 Millionen als Stichzahl für die Höchstbelastung gewählt wurden.

Im weitern ist ungewiss, ob die Importe auch belastet werden, z. B. Importe ausländischer Versandgeschäfte. Es ist Ihnen sicher bekannt, dass die Schweiz von Zeit zu Zeit überschwemmt wird mit schönen Katalogen des „Louvre" oder der „Samaritaine" in Paris. Gute Schweizerfrauen kaufen darauf hie und da einen Hut, ein Kleid, Schuhe oder andere Gegenstände. Wenn aber schon unsere Hausfrauen im Warenhaus kaufen wollen, so ist es mir doch lieber, dass sie beim „Jelmoli" oder beim „Brann" kaufen, anstatt beim „Louvre" oder der „Samaritaine". Aber mit der Vorlage begünstigen wir geradezu die Auslandskäufe, indem nicht ausgedrückt ist, dass Importe auch belastet werden.

Das sind nur ein paar Blüten über die Unsicherheiten der Vorlage und deren Auswirkungen und Anwendungen. Es heisst zwar: „Die Bundesversammlung beschliesst über die Ausführungsbestimmungen". Ich bin aber der Auffassung, bei derartigen Eingriffen in unsere Wirtschaft und bei einer derartigen Umwälzung in unserer Wirtschaftsauffassung müssten wir klarsehen. Wir möchten keine Katze im Sack kaufen.

Ein weiterer Punkt: Es ist auch ungewiss, ob diejenigen Firmen, die von der Steuer betroffen werden, die bezahlten Summen nachher in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung über Unkosten buchen können oder nicht, oder ob sie die bezahlten Steuern wieder versteuern müssen. Es ist bekannt, dass im allgemeinen Gemeinde-, Staats- und Krisensteuern versteuert werden müssen. Diese Steuern existieren wohl unter dem Konto „Unkosten"; sie werden aber zum Einkommen zugezählt. Wie steht es nun mit der Ausgleichsteuer? Kann sie über „Unkosten" endgültig abgebucht werden oder muss sie noch einmal versteuert werden wie die Gemeinde-, Staats- und Krisensteuer? Wenn es der Fall wäre, dass eine Steuer auf die Steuer einträte, dann würden sich die vorgeschlagenen Sätze ganz wesentlich ändern, d. h. die Auswirkung der neuen Steuer wäre noch drückender, als es schon an und für sich der Fall scheint.

Damit komme ich zu einem weitern Punkt, nämlich zur Höhe der Steuer. Ich betrachte sie teilweise als unbedingt prohibitiv. Es ist für gewisse Geschäftsformen durch bundesgerichtlichen Entscheid festgelegt, dass eine Besteuerung der Umsätze von über 2 % als prohibitiv zu betrachten sei. Und gerade für solche Geschäftsformen schlägt die Vorlage vor, eine Steuer von 3 % im Maximum aufzulegen, also über den Satz hinaus, den das Bundesgericht als prohibitiv betrachtet hat. Will man eigentlich mit Gewalt gewisse Geschäftsformen kaputt machen? Dann soll man es sagen und lieber das offene Verbot vorschlagen.

Es ist anderseits richtig, dass einige Warenhausartikel mit einem Umkostenzuschlag kalkuliert werden in der Höhe von 60—80 % auf dem Einkaufspreis. Für solche Artikel wäre natürlich die vorgeschlagene Steuer von 5 % eher tragbar. Im Gegensatz dazu stehen Artikel des täglichen Bedarfes, z. B. Lebensmittel, die mit einem Zusatz von 12—15 % auf den Einkaufspreis kalkuliert werden. Auch für diese soll eine Steuer von 3 % angewendet werden. Das ist unbedingt ein prohibitiver Satz. Warum muss man denn alles über einen Leisten schlagen? Warum kann man denn nicht klar sagen, wie die Steuer sich auswirken wird?

Und ein weiteres: Man meint, mit der Steuer gewisse Geschäftsformen zu treffen, gewissen Geschäftsformen einen Aderlass zu machen. Hat man aber bedacht, dass die Steuer im Grunde genommen nicht die Geschäfte trifft, sondern deren Personal und deren Lieferanten und zum Teil auch deren Kunden? Die Steuer würde nämlich ganz sicher abgewälzt. Hat man auch bedacht, dass die Tatsache der Leistung einer Ausgleichsteuer für die betroffenen Geschäfte geradezu ein Acquisitionsmoment darstellt, und man gross und dick im Schaufenster anschlagen kann: „Jetzt könnt Ihr fröhlich bei uns kaufen, wir zahlen eine ungewöhnlich hohe Steuer." Hat man auch bedacht, dass das für gewisse Geschäfte geradezu ein Argument schaffen würde, ihre sozialen Einrichtungen abzubauen oder zum mindesten nicht weiter zu entwickeln.

Noch ein Punkt: Nach der Abwertung kam der eherne Wille des Bundesrates zum Ausdruck die Lebenskosten möglichst wenig steigen zu lassen Dieser Wille war gerechtfertigt und wir sind den Bundesrate dankbar dafür, dass er damals eingeschritten ist. Diesem Umstande ist es zum grosser Teil zuzuschreiben, dass wir heute den Arbeitsfrieden haben, aber auch dem Einsatz einsichtige Gewerkschafter. Wir sind stolz darauf, dass di Lebenskosten seit der Abwertung nicht um meh als 6 % gestiegen sind. Und jetzt sollen plötzlic

liese Argumente, die den Arbeitsfrieden ermöglicht haben, die Gründe für das Niederhalten der Lebenskosten, keine Geltung mehr haben! Es ist doch klar, dass mit der Einführung der Ausgleichsteuer eine Erhöhung der Lebenskosten eintreten wird. Sie gefährden also mit einer solchen ihre frühere Politik.

Nun weiter zur Rechtsgleichheit. Diese würde gewiss durch die vorgeschlagene Ausgleichsteuer verletzt. Die Rechtsgleichheit ist aber eine der vornehmsten Rechte des Bürgers. Warum eine Differenzierung zwischen verschiedenen Geschäftsformen? Warum eine Begünstigung der Genossenschaften?

Ueber die Begünstigung der Genossenschaften insbesondere möchte ich mir noch ein paar Worte gestatten. Es ist doch ein Witz der Weltgeschichte, dass man heute die Genossenschaften gegenüber den Privatunternehmungen begünstigen will. Als im Jahre 1844 die Rochdaler „Redlichen Pioniere" gegen zu hohe Gewinnzuschläge der privaten Unternehmer zu Felde zogen, haben sie recht getan, ihre Genossenschaften zu gründen. Diese sind gegründet worden, auch die Konsumvereine, um ihren Mitgliedern die notwendigen Güter zu billigeren Preisen anbieten zu können, als es der Privatunternehmer tat, welcher eben eine zu hohe Profitrate drauf legte. Und jetzt soll man plötzlich die Genossenschaften gegen den Privatunternehmer schützen müssen, weil die Genossenschaften nicht leistungsfähig sind, d. h. zu hohe Bruttomargen haben müssen. Das ist doch ein Witz der Weltgeschichte.

Man kann sich zwar fragen, ob die Genossenschaften vielleicht eine höhere Betriebsform darstellen als die Privatunternehmungen. Wenn man diese Frage bejahen wollte, könnte man mit gleichem Recht postulieren, dass Produktionsgenossenschaften auch bei irgendeiner Steuer gegenüber den Privatunternehmungen begünstigt werden, gegenüber Privatfabriken, wie sie z. B. die Firmen Sulzer in Winterthur oder Brown, Boveri in Baden darstellen. Wohin würde das führen? Und das gerade heute, da man predigt, der einzelne solle im Interesse der schweizerischen Industrie Risiken auf sich nehmen!

Ich möchte klar sein und stelle fest, dass ich an und für sich nichts gegen die Genossenschaften habe, im Gegenteil! Der Genossenschaftsgedanke ist ein hoher Gedanke, und ich kann mir die schweizerische Wirtschaft ohne Genossenschaften nicht vorstellen; ich kann mir diese insbesondere nicht denken ohne bäuerliche Genossenschaften. Uebrigens erfüllen auch die viel geschmähten Verbände zu einem grossen Teil genossenschaftliche Funktionen. Aber was ich bekämpfe, das ist eine Lösung, wonach die Genossenschaften nicht auf gleichem Boden kämpfen müssen wie die Privatunternehmungen, dass man sie in dieser Hinsicht begünstigt. Sie sollen aber mit gleichen Waffen kämpfen.

Ein weiterer Punkt ist der Schutz des kleinen Gewerbetreibenden. Dieser Schutz liegt auch mir am Herzen, denn auch ich bin ein kleiner Unternehmer und ich weiss, wie schwer es ist, gegen die Grossen zu kämpfen. Ich halte den Schutz der kleinen Existenzen, der mittleren Unternehmungen und der Kleingewerbetreibenden für eine staatspolitische Notwendigkeit. Wir haben ein Interesse daran, möglichst viele kleine und mittlere Betriebe zu haben. Aber ich frage mich doch: sind durch diese Vorlage diese kleineren und mittleren Betriebe wirklich geschützt? Ich frage: leiden sie nicht mindestens so sehr unter der Konkurrenz der grossen Genossenschaften, die ja riesige Unternehmungen darstellen, wie unter der Konkurrenz der Privatunternehmungen, die man besonders durch die Steuer treffen will? Ist dieser Schutz erreicht? Ich glaube es nicht. Ich glaube eher, dass dieser Schutz für die Zukunft unheilvoll unmöglich gemacht wird. Man wiegt sich im Gedanken, die mittleren und kleinen Betriebe seien nun geschützt, und wenn später wirkliche Schutzmassnahmen für die Kleinen notwendig werden, wird man antworten: Ihr seid ja schon bevorzugt und geschützt. Deshalb halte ich dafür, dass das, was bei dieser Vorlage im Vordergrund steht, nicht erreicht wird.

Ein anderer Punkt, der mir als nicht richtig gelöst erscheint, ist die Verwendung des Abwertungsgewinnes. Ich will mich über diese Frage nicht lange ausbreiten und nur auf folgendes aufmerksam machen: Der Vorschlag, den Ihnen Ihre Kommission unterbreitet, löst im Grunde genommen die Deckungsfrage nicht, sondern nur eine solche der Tresorerie.

Noch ein ganz wichtiges Moment. Ich meine den Zusammenhang der Vorlage mit der Sanierung der Bundesfinanzen. Ich bin davon überzeugt, dass der scheidende Finanzminister an der Ausgleichssteuer keine grosse Freude gehabt hat und dass er vielleicht nicht ganz unglücklich ist, wenn er ihre Auswirkungen seinem Nachfolger überlassen kann. Und dieser wird dann bemerken, dass die definitive Sanierung der Bundesfinanzen unheilvoll präjudiziert worden ist. Ich bin der Auffassung, dass auf die Dauer eine Sanierung der Bundesfinanzen ohne eine Umsatzsteuer nicht möglich sein wird. Wenn wir nun die Ausgleichsteuer, die auch eine teilweise Umsatzsteuer darstellt, beschliessen, präjudizieren wir die künftige Sanierung der Bundesfinanzen.

Aus all diesen Gründen beantrage ich Ihnen Rückweisung an den Bundesrat.

Persönlich möchte ich wünschen: Die beschleunigte Vorlage eines neuen angemessenen Vorschlages zur Finanzierung der Rüstung und der Arbeitsbeschaffung etwa auf folgender Basis:

Einmal eine allgemeine Umsatzsteuer auf die letzten Verkäufe, auf den Verkäufen an die letzten Verbraucher, also nicht eine allgemeine Umsatzsteuer auf allen Verkäufen, die getätigt werden, wodurch eine Steuer sich summieren würde. Ich möchte auch keine komplizierte Zahlungssteuer wünschen, ebensowenig eine Produktionssteuer. Ich möchte auch wünschen, dass die Importe sinngemäss erfasst werden, aber selbstverständlich sollen die Exporte nicht darunter fallen; denn es wäre ein Unsinn, mit der einen Hand von der Exportindustrie zu nehmen, um ihr mit der andern Hand zu geben, damit sie konkurrenzfähig wird auf den Auslandsmärkten. Ich möchte auch eine Bevorzugung der kleinen und mittleren Unternehmungen wünschen, indem man einen Umsatz von Fr. 50 000 als steuerfrei oder abzugsberechtigt erklärt. Dann möchte ich eine ange-

messene Progression wünschen durch Festsetzung eines Belastungssatzes in der Höhe von 0,8 bis maximal 2%, und vor allen Dingen möchte ich Wert darauf legen, dass alle Geschäftsformen gleich behandelt werden; denn die Rechtsgleichheit ist wirklich ein hohes Gut und soll uns als solches bewahrt bleiben. Ich möchte auch wünschen, dass man in der Fassung der Vorlage Rücksicht nehme auf die zukünftigen Bedürfnisse der Sanierung unserer Bundesfinanzen und auf die Abführung eines Teils des Ertrages der neuen Steuer an die Kantone.

Man wird mir nun sagen, das hier aufgestellte Programm sei nicht in kurzer Zeit durchführbar. Ich möchte das bestreiten und darauf hinweisen, dass seit Jahren über die Umsatzsteuer in der einen oder andern Form Studien, Expertisen und Untersuchungen angestellt worden sind, so dass die Frage heute gewiss reif ist. Was es heute braucht, sind nicht neue Untersuchungen und nicht Expertisen, sondern ein Entschluss, einmal etwas Ganzes zu tun und nicht eine halbe Vorlage dem Volk zu unterbreiten. Die Vorteile des vorgeschlagenen Vorgehens liegen klar zutage. Einmal ist die Rechtsgleichheit gewahrt, ein höherer Ertrag kommt heraus, wobei ein Teil abgezweigt werden kann für die Sanierung der Bundesfinanzen und, wenn einmal die Arbeitsbeschaffung abbezahlt ist, haben wir höhere Beträge dauernd zur Verfügung für die Bundesfinanzen. Die Erfassung der Umsätze wäre nicht sehr schwer, die Höhe der Belastung für den Betroffenen erträglich und der Export, das Herz unserer wirtschaftlichen Existenz, nicht geschwächt, und die selbständigen kleinen und mittleren Unternehmungen besser geschützt als durch die Vorlage des Bundesrates.

Aus allen diesen Gründen empfehle ich Ihnen, nicht weiter auf die Vorlage einzutreten, sondern sie an den Bundesrat zurückzuweisen im Sinne meines Antrages.

M. le **Président:** M. Wüthrich propose donc le renvoi du projet au Conseil fédéral. Sur cette motion d'ordre, je donnerai la parole à M. le conseiller fédéral Obrecht, dont je salue le retour parmi nous. Après, nous procéderons au vote.

Nous n'avons entendu que deux orateurs en une heure!... Je suis dans l'obligation de recommander aux orateurs la brièveté, car nous avons une avalanche de propositions et je voudrais, dans la mesure du possible, éviter les séances de relevée.

Bundesrat **Obrecht:** Ich bitte Sie, mir ausnahmsweise zu gestatten, beim Reden sitzen zu bleiben. Ich fühle mich noch etwas geschwächt von einer Herzattacke, die ich mir vor 14 Tagen im Trubel der Amtsgeschäfte, ausnahmsweise wie ich hoffe, zugezogen habe.

Herr Nationalrat Wüthrich stellt, im Gegensatz zu Herrn Picot, den Antrag, die Ziffern 3 und 4 an den Bundesrat zur nochmaligen Erdauerung zurückzuweisen. Mit Bezug auf Ziffer 4 kann ich mich ganz kurz halten.

Nachdem es gelungen ist, einen übereinstimmenden Beschluss herbeizuführen, dem die Mehrheit des Bankrates der Nationalbank, die starke Mehrheit des Bundesrates und die fast einstimmige Kommission zugestimmt hat, glaube ich, dieser Punkt, das Verhältnis zum Abwertungsgewinn betreffend, sei nun in einer Art und Weise abgeklärt, dass es wirklich überflüssig sei, ihn nochmals an den Bundesrat zurückzuweisen. Das würde in Wirklichkeit Nichteintreten bedeuten, denn etwas anderes als diese Verständigung von drei eigentlich ganz verschieden eingestellten Korporationen ist ja gar nicht denkbar. Entweder muss man sich mit diesem Verständigungswerk abfinden, oder dann muss man offen und ehrlich sagen, man wolle überhaupt keinerlei Berührungspunkt mit dem Abwertungsgewinn.

Nun Punkt 3, die Ausgleichsteuer. Ich möchte nicht auf das Wesen dieser Steuer und die Kritik, die an ihr geübt worden ist, eintreten; ich hoffe nachher dazu Gelegenheit zu finden und möchte vermeiden, die einzelnen Punkte zweimal besprechen zu müssen. Ich beschränke mich darauf, Sie auf folgendes aufmerksam zu machen: Die Vorlage geht, wenn sie von Ihnen verabschiedet ist, an den Ständerat. Sie wissen, dass im Ständerat alle Vorlagen ganz besonders vom juristischen Standpunkt aus intensiv unter die Lupe genommen werden. Das wird ganz sicher in der ständerätlichen Kommission auch hier geschehen, und wenn wirklich auch im Kompromissvorschlag Ihrer Kommission noch juristische Unstimmigkeiten oder Unebenheiten enthalten sein sollten, so dürfen Sie sich darauf verlassen, dass das im Ständerat in Ordnung gebracht wird. Das kann zwar kein entscheidendes Argument sein, sondern das entscheidende Argument, weshalb man jetzt nicht wieder zurückweisen sollte, liegt meines Erachtens darin, dass die Regelung aller Ausführungsfragen zu diesem Verfassungsartikel über die Ausgleichsteuer in die Hand der Bundesversammlung gelegt sein soll. Der Bundesrat hatte anfänglich die Auffassung, man solle ihm die Kompetenz dazu geben, weil es sich nur um eine ausnahmsweise und vorübergehende Steuer handle und weil das notwendig sei, damit die Steuer möglichst rasch in Funktion gesetzt werden könne.

Auf die Vorstellungen Ihrer Kommission hin haben wir darauf verzichtet und stimmen nun dem Antrag bei, dass alle die Ausführungsbestimmungen Sache eines Bundesbeschlusses sein und in die Kompetenz des Nationalrates und des Ständerates fallen sollen.

Wenn Sie nun die einzelnen bestrittenen Fragen, die Herr Nationalrat Wüthrich aufgeworfen hat, verfolgt haben, werden Sie gesehen haben, dass das Fragen sind, die man wirklich noch näher untersuchen muss. Aber dazu haben wir Zeit von der Annahme des Verfassungsartikels bis zur Behandlung der Ausführungsbestimmungen, und wenn Sie irgendwo bei der Ausführung mit der Einstellung des Bundesrates nicht einiggehen sollten, haben Sie ja die Möglichkeit, anders zu beschliessen, weil Sie zuständig sind, nicht der Bundesrat. Die Bundesversammlung nimmt also abschliessend zu diesen Fragen Stellung.

Wenn ich Sie damit trösten möchte, so habe ich den weiteren Grund, dass zu befürchten ist, dass wir mit einer Rückweisung unser ganzes Programm zeitlich nicht mehr einhalten könnten. Der

Nationalrat sollte die Vorlage in der Dezember-Session endgültig verabschieden, in der März-Session soll der Ständerat sich damit befassen, hoffentlich auch abschliessend, und in der März-Session sollten auch die Differenzen bereinigt werden können. Dann müsste Ende Mai oder am ersten Sonntag des Juni nächsten Jahres die Volksabstimmung über diese Vorlage stattfinden, damit wir nachher an die Ausarbeitung der Ausführungsvorschriften über die Ausgleichsteuer herangehen können, und damit wir auch die Kredite für die weitere Landesverteidigung definitiv zur Verfügung haben.

Wenn Sie nun dem Antrage Wüthrich auf Rückweisung an den Bundesrat Folge geben, so ist natürlich keine Rede davon, die Vorlage hier im Dezember zu verabschieden, sondern es müsste der Bundesrat neuerdings Bericht erstatten, Ihre Kommission müsste wieder zusammentreten (obwohl sie in vier Sitzungen ihre Aufgabe schon gründlich erledigt hat) und der Nationalrat könnte die Sache bestenfalls in der März-Session verabschieden. Wenn alles gut geht, könnte die Vorlage im Juni an den Ständerat gelangen und die Volksabstimmung würde erst im Spätherbst, mitten in der Wahlperiode drin, stattfinden.

Auch dieses schon optimistisch beurteilte Programm hätte den grossen Nachteil, dass der Ausbau unserer Landesverteidigung eine ganz schlimme Unterbrechung erfahren müsste. Wegen der Frage der Beanspruchung des Abwertungsgewinnes konnte der Nationalrat die Vorlage im September nicht verabschieden, weshalb wir Ihnen eine Zwischenvorlage mit Uebergangskrediten für die Landesverteidigung und die Arbeitsbeschaffung unterbreiteten. Diese Uebergangskredite wurden in beiden Räten genehmigt. Sie sind aber so bemessen, dass sie nur bis Mitte des nächsten Jahres ausreichen, speziell was die Lande verteidigung anbetrifft. Bei der Bemessung dieser Uebergangskredite sind wir von der Annahme ausgegangen, dass wir Ende Mai oder anfangs Juni die Hauptkredite für die Landesverteidigung zur Verfügung haben werden. Ist das nicht der Fall, steht Ende Mai eine Unterbrechung bevor, d. h. wir könnten mit der Landesverteidigung nicht weiterfahren. Ich könnte mir kein klassischeres Beispiel von Widerspruch im Nationalrat denken, als wenn er in dieser und in der letzten Session in allen Tonarten verlangt hat, der Bundesrat solle mit dem Ausbau der Landesverteidigung vorwärts machen, und anderseits hier wieder eine Zensur eintreten lassen würde, wodurch die Hauptkredite nicht zur Verfügung stünden, weil die Volksabstimmung nicht rechtzeitig durchgeführt werden könnte. Ich bin verpflichtet, auf diesen ganz schweren Nachteil hinzuweisen. Sie müssen Ihre Stimme im Bewusstsein abgeben, dass, wenn Sie dem Rückweisungsantrag Wüthrich Folge geben, wir im Ausbau der Landesverteidigung einen Unterbruch haben werden.

Die Sache ist bei der Arbeitsbeschaffung deshalb etwas weniger schlimm, weil wir dort einen Uebergangskredit verlangt haben, wenigstens in bezug auf Subventionen im Bauwesen, der uns erlaubt, ein Programm für das ganze Jahr 1939 in Aktion zu setzen. Dort kämen wir also weniger in Verlegenheit. Aber andere Dinge haben dort auch Eile. Ich verweise auf die Frage der Kommunikationen mit dem Kanton Graubünden. Dort ist eine Verbesserung von grosser Dringlichkeit. Es ist uns im Bundesrat bei der heutigen Situation nicht wohl. Wir möchten je schneller je lieber neue Kommunikationen anlegen, um den Kanton Graubünden auch in schlimmsten Zeiten mit dem übrigen Vaterland in Verbindung halten zu können. Auch das wird einen Aufschub erleiden, wenn Sie die Ziffer 3 an den Bundesrat zurückweisen. Aehnlich verhält es sich mit dem Ausbau der Gotthardbahn und andern Detailpunkten, die im zivilen Arbeitsbeschaffungsprogramm inbegriffen sind.

Nachdem Ihnen die Kompetenz anheimgegeben ist, alle diese Fragen bei Anlass der Aufstellung der Ausführungsvorschriften endgültig zu ordnen, haben Sie ja glänzend Gelegenheit, dort alle Unebenheiten in Ordnung zu bringen, und es besteht keine Veranlassung zu einer Rückweisung. Wir dürfen den grossen Nachteil einer langfristigen Störung des militärischen und eines Teils des zivilen Arbeitsbeschaffungsprogramms nicht in Kauf nehmen. Deshalb beantrage ich Ihnen, auch den Rückweisungsantrag Wüthrich abzulehnen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Rückweisungsantrag Wüthrich	12 Stimmen
Dagegen	120 Stimmen

Artikelweise Beratung. – *Discussion des articles.*

Lit. A.

Antrag der Kommission.

Ingress. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Ziffer 1.

Zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird dem Bundesrat ein Kredit von 327,7 Millionen Franken eröffnet.

Lettre A.

Proposition de la commission.

Préambule. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Chiffre 1.

Il est ouvert au Conseil fédéral un crédit de 327,7 millions de francs à l'effet de renforcer la défense nationale et de lutter contre le chômage.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziffer 2.

Antrag der Kommission.

Der Bundesrat verwendet diesen Kredit nach Massgabe des von der Bundesversammlung genehmigten Programms (Bundesbeschluss vom 11. November 1938).

Chiffre 2.

Proposition de la commission.

Le Conseil fédéral emploie ce crédit conformément au programme approuvé par l'Assemblée fédérale (arrêté fédéral du 11 novembre 1938).

Angenommen. — *Adopté.*

Ziffer 3.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Der Bund ist befugt, zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung eine Ausgleichsteuer von den Grossunternehmungen des Detailhandels zu erheben, bis ihr Ertrag die Summe von 135 Millionen Franken erreicht haben wird.

Dieser Steuer unterliegen alle Detailhandelsunternehmungen, deren Umsatz im Detailverkauf in dem der Veranlagung vorausgehenden Jahr die Summe von 200 000 Franken überstieg.

Die Steuer ist progressiv und bemisst sich nach dem jährlichen Detailhandelsumsatz unter Berücksichtigung der Geschäftsart. Die Ausführungsbestimmungen werden vorsehen, dass der Umsatz in einzelnen Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, bei der Umsatzberechnung ausser Betracht fällt.

Die Belastung des steuerbaren Umsatzes beträgt mindestens eins vom Tausend und höchstens
fünf vom Hundert für Einheitspreisgeschäfte;
drei vom Hundert für Waren- und Kaufhäuser, Unternehmungen mit fahrenden Läden und für Versandgeschäfte, die mehrere Warenkategorien führen;
zwei vom Hundert für Filialunternehmungen;
eins vom Hundert für Selbsthilfegenossenschaften und Detailhandelsunternehmungen anderer Art.

Die Höchstbelastung kommt bei einem Umsatz von 10 Millionen Franken zur Anwendung.

Ueber die zur Durchführung dieser Verfassungsbestimmung erforderlichen Vorschriften beschliesst die Bundesversammlung endgültig.

Minderheit

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber-St. Gallen, Meierhans, Nobs, Rosselet, Schneider):

Hauptantrag. Streichen.

Eventualanträge:

Abs. 2bis. Die Selbsthilfegenossenschaften sind steuerfrei.

Abs. 3, erster Satz. ...der Geschäftsart und der Arbeitsverhältnisse, insbesondere der Sozialleistungen des Steuerpflichtigen und der Höhe des auf eine beschäftigte Person entfallenden Detailumsatzes.

Abs. 3, zweiter Satz. Die Ausführungsbestimmungen werden vorsehen, dass der Umsatz in einzelnen Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, wie Milch und Milchprodukte, feste Brennstoffe und dergleichen, bei der Umsatzberechnung ausser Betracht fällt und dass Geschäfte, deren Produktionsfreiheit durch handelspolitische Massnahmen oder Preisvorschriften des Bundes eingeschränkt ist, steuerfrei bleiben.

Abs. 4. ... für Filialunternehmungen;
fünf vom Tausend für Selbsthilfegenossenschaften und Detailhandelsunternehmungen anderer Art.

Abs. 6. Die Vorschriften für die Durchführung dieser Verfassungsbestimmung werden durch Bundesgesetz geregelt.

Chiffre 3.

Proposition de la commission.

Majorité:

Afin d'amortir partiellement les dépenses qui lui auront été causées par la création de possibilités de travail, la Confédération a le droit de percevoir un impôt compensatoire sur les grandes entreprises du commerce de détail, jusqu'à ce qu'il ait produit 135 millions de francs.

Sont soumises à l'impôt toutes les entreprises du commerce de détail qui, au cours de l'année précédant la taxation, ont vendu au détail pour plus de 200 000 francs.

L'impôt est progressif et se détermine sur le chiffre annuel des ventes au détail, compte tenu du genre de l'établissement. Les dispositions d'exécution prévoiront que le chiffre d'affaires procuré par la vente de certaines sortes de marchandises où règnent des conditions particulières ne sera pas pris en considération.

Le taux applicable au chiffre d'affaires imposable est de un pour mille au moins, et au plus
— de cinq pour cent pour les magasins à prix uniques;
— de trois pour cent pour les grands magasins, les maisons d'assortiment, les maisons à magasins ambulants et les maisons d'expédition tenant diverses espèces de marchandises;
— de deux pour cent pour les entreprises à succursales multiples;
— de un pour cent pour les coopératives d'entr'aide et les autres entreprises du commerce de détail.

Le taux maximum s'applique à partir d'un chiffre d'affaires annuel de dix millions de francs.

L'Assemblée fédérale édicte définitivement les prescriptions nécessaires à l'application de la présente disposition constitutionnelle.

Minorité

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber-St-Gall, Meierhans, Nobs, Rosselet, Schneider):

Proposition principale. Biffer.

Subsidiairement. Le modifier ainsi:

Alinéa 2bis (nouveau). Les coopératives d'entr'aide n'y sont pas assujetties.

3e alinéa, 1re phrase. ... de l'établissement et des conditions de travail, spécialement de la participation du contribuable à des œuvres sociales et du montant du chiffre des ventes au détail afférent à chaque personne occupée.

3e alinéa, 2e phrase. Les dispositions d'exécution prévoiront que le chiffre d'affaires procuré par la vente de certaines sortes de marchandises où *règnent des conditions particulières, par exemple le* lait et les produits laitiers, les combustibles solides et les substances analogues, ne sera pas pris en considération; en outre, les entreprises dont la Confédération gêne la production par des mesures de politique commerciale ou des prescriptions sur les prix seront exemptes d'impôt.

4e alinéa. ... à succursales multiples; de cinq pour mille pour les coopératives d'entr'aide et les autres entreprises du commerce de détail.

6e alinéa. Une loi fédérale édictera les prescriptions nécessaires à l'application de la présente disposition constitutionnelle.

Zusatzantrag Duttweiler zum Antrag der Minderheit.

Abs. 3, erster Satz. ...entfallenden Detailhandelsumsatzes, sowie seiner Leistungen bei der

Mitarbeit zur Lösung allgemeiner Wirtschaftsprobleme.

Antrag Duttweiler.

Abs. 4, letzter Satz. Die Worte streichen: „Selbsthilfegenossenschaften und".

Abs. 4bis (neu). Für Selbsthilfegenossenschaften sind diese Ansätze auf die Hälfte zu ermässigen.

Antrag Walder.

Abs. 5bis (neu). Bezahlte Ausgleichsteuern können bei der Einschätzung für eidgenössische und kantonale Einkommen bezw. Ertragssteuern als geschäftsmässige Unkosten in Abzug gebracht werden.

Abänderungsantrag Schwar zu den Anträgen der Kommissionsminderheit.

Abs. 2bis (neu). Die Selbsthilfegenossenschaften und Selbsthilfeunternehmungen sind steuerfrei.

Abs. 3. ... besondere Verhältnisse vorliegen, wie Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brennstoffe...

Abs. 4. fünf vom Tausend für Selbsthilfegenossenschaften und Selbsthilfeunternehmungen des Detailhandels.

Antrag Gafner.

Abs. 6. Ueber die zur Durchführung dieser Verfassungsbestimmung erforderlichen Vorschriften beschliesst die Bundesversammlung endgültig, wobei insbesondere auch Vorschriften gegen Umgehung der Steuerpflicht zu erlassen sind.

Amendement Duttweiler

à la proposition de la minorité de la commission.

3e alinéa, 1re phrase. ... à chaque personne occupée, ainsi que de son travail de collaboration à la solution de problèmes économiques généraux.

Proposition Duttweiler.

4e al. Biffer les mots: «les coopératives d'entr'aide et».

Al. 4bis (nouveau). Ces taux sont réduits de moitié pour les coopératives d'entr'aide.

Amendement Walder.

Alinéa 5bis (nouveau). Pour le calcul des impôts fédéraux et cantonaux sur le revenu du travail ou du capital, les sommes acquittées au titre d'impôt compensatoire peuvent être portées en déduction comme d'autres frais généraux.

Amendement Schwar aux propositions de la minorité de la commission.

Al. 2bis (nouveau). Les coopératives et entreprises d'entr'aide n'y sont pas assujetties.

3e al. ... conditions particulières, par exemple le lait, les produits laitiers, les produits agricoles, les combustibles...

4e al. ... à succursales multiples; de cinq pour mille pour les coopératives et entreprises d'entr'aide du commerce de détail.

Amendement Gafner.

6e al ... disposition constitutionnelle, qui prévoiront notamment des mesures contre la fraude fiscale.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Ziffer 3 umfasst die Ausgleichsteuer, die von verschiedenen Seiten bekämpft wird. Ich habe Ihnen schon eingangs mitgeteilt, dass eine Eingabe der Zentralstelle der schweizerischen Waren- und Kaufhäuser mit 6569 Unterschriften gegen diese Ausgleichsteuer eingegangen ist. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft zur finanziellen Deckung des zivilen Teils des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine Ausgleichsteuer vorgeschlagen auf dem Umsatz der Grossunternehmungen des Einzelhandels. Dieser Steuer sollten unterworfen werden: Warenhäuser, Kaufhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Filialunternehmungen und Betriebe mit fahrenden Läden. Ausgenommen davon sollten sein die Selbsthilfegenossenschaften. Ein jährlicher Umsatz von 250 000 Fr. war steuerfrei gedacht. Im übrigen sollte die Steuer progressiv erhoben werden mit einem Minimalsatz von 2 ‰ und einem Maximalsatz von 5 %. Der Bundesrat motivierte seine Ausgleichsteuer damit, dass sie neben ihrem finanziellen Ergebnis noch ein anderes bezwecke, nämlich einen Schutz zugunsten des Mittelstandes. Er hielt dafür, die Ausgleichsteuer sei geeignet, die gefährliche Ueberlegenheit und Ueberhandnahme der Grossunternehmungen auf Kosten des kaufmännisch selbständigen Mittelstandes auf ein erträgliches Mass zurückzuführen. Der Bundesrat ging dabei von der Annahme aus, dass die Grossunternehmungen des Detailhandels als Grosseinkäufer und infolge ihrer durch den Grossbetrieb möglichen Rationalisierung einen erheblichen Vorteil gegenüber den Klein- und Mittelbetrieben des Detailhandels besitzen. Ihre Machtposition werde von ihnen auch oft ausgenützt, sei es, dass sie beim Einkauf die Preise der Lieferanten übermässig drücken, sei es, dass sie durch ungewöhnliche Reklame die Käufer gleichsam magnetisch auf sich ziehen. Alle diese Gründe sollen nach Ansicht des Bundesrates eine Sonderabgabe als Ausgleichsteuer rechtfertigen.

Es ist ohne Zweifel richtig, dass sich die Grossunternehmungen im Detailhandel in den letzten Dezennien ausgebreitet haben. Und wie man früher die Konsumvereine als für den kaufmännischen Mittelstand verderblich ansah, so wurde nun den Warenhäusern die gleiche Wirkung zugeschrieben. Als dann noch neuere Formen auftraten, wie die Einheitspreisgeschäfte und die Migros, schien es wirklich, als ob die selbständigen Spezialgeschäfte in ihrem Lebensnerv bedroht wären, dies selbst dann, als man feststellen musste, dass die eigentlichen Warenhäuser ihre Umsätze in den letzten Jahren kaum oder gar nicht vergrössert hatten. Aber es waren dazu die Einheitspreisgeschäfte gekommen mit ihrer besonderen Geschäftsart, es war neu aufgekommen die Migros, deren rasch wachsender Umsatz natürlich zum grossen Teil auf Kosten des privaten Lebensmittelhandels gehen musste.

Es ist also ohne Zweifel richtig, dass im letzten Jahrzehnt die Existenzbasis des privaten Detailhandels verengert, ja, dass stellenweise seine Existenzmöglichkeit in Frage gestellt worden ist. Ein Ausfluss solcher Ueberlegungen bildete ja schon der seinerzeitige Bundesbeschluss über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreis-Geschäften und Filialgeschäften. Wenn man die Filialunternehmungen

in diese Spezialsteuer einbezog, wie man das seinerzeit auch mit Bezug auf das Erweiterungsverbot getan hatte, dachte man dabei wohl ursprünglich an Filialen von Fabrikunternehmungen, also an die Selbstdetaillierung der Produzenten. Man trifft aber damit auch die eigentlichen Detailhandelsgeschäfte, die nichts anderes als Handelsgeschäfte sind, die neben ihrem Hauptsitz einige wenige Filialen haben. Ob das richtig ist, bleibe vorläufig dahingestellt. Schliesslich ordnet der Verfassungsartikel nicht jede Einzelheit, und in den Ausführungsbestimmungen, über die Sie noch zu beraten haben werden, können verschiedene Befürchtungen zerstreut und Härten gemildert werden.

Ich will auf die mittelständische Begründung der Ausgleichsteuer, wie sie die Botschaft bringt, nicht weiter eingehen. Es liesse sich dazu einiges sagen, und man könnte sicher verschiedene Fragezeichen anbringen. Eines ist aber gewiss: In vielen Branchen ist der private Detailhandel ganz bedeutend übersetzt. Sicher ist auch, dass sich oft Elemente in ihm betätigen, die sachlich dazu zu wenig vorgebildet sind und die vielleicht auch nicht genügend eigene Mittel haben, um das Geschäft rationell zu betreiben. Gegenüber solchen Verhältnissen aber kann die Wirkung einer Ausgleichsteuer nur eine sehr beschränkte sein. Es ist vielleicht bei den rationell betriebenen Grossunternehmungen des Detailhandels manchmal weniger der Vorteil ihrer Grösse, der entscheidet, als die fachliche Tüchtigkeit des Unternehmers und seiner Mitarbeiter. Aber sei dem wie ihm wolle, die Tatsache des Umsatzschwundes für die Mittel- und Kleinbetriebe besteht. Es ist an und für sich keine wünschenswerte Entwicklung, wenn die Grossunternehmen sich immer mehr ausbreiten und wenn sie namentlich von der Stadt, wo sie gewiss einem Bedürfnis entsprechen, sich auch auf grössere Ortschaften der Landschaft ausbreiten. Das kann für den kleinen Händler eine grosse Gefahr bedeuten. Aus diesen Gründen ist eine besondere Belastung der Grossunternehmungen des Detailhandels sicher zu verantworten.

Kommission und Oeffentlichkeit sind in der Folge mit Eingaben der von der neuen Steuer bedrohten Kreise reichlich bedacht worden. Sowohl die Warenhäuser, wie die Filialunternehmungen, haben darzulegen versucht, dass die Steuer für sie in dem in Aussicht genommenen Ausmass nicht tragbar sei und dass man sie unter Umständen geradezu zur Liquidation veranlassen werde. Auch von Migrosseite ist dargetan worden, wie eine Steuer von maximal 2% von ihr noch getragen werden könnte und wie sie zu verteilen wäre zwischen Unternehmer, Lieferant und Personal. Auch Kantonsregierungen haben Eingaben gemacht, um darzutun, wie der Bund mit einer solchen Steuer, die als zu weitgehend zu betrachten sei, den Kantonen bisherige Steuererträgnisse wegsteuere, wie also eine Verlagerung eintrete zwischen den bisherigen Einnahmen der Kantone und den künftigen Steuererträgnissen zugunsten des Bundes.

Es ist wohl auch mit Recht darauf hingewiesen worden, dass der Umsatz als Basis der neuen Steuer seine Gefahren in sich schliesst. Eine Umsatzsteuer mit mässigen Ansätzen wird nicht abgelehnt werden können; eine Umsatzsteuer aber mit starker Progression auf dem steigenden Umsatz übersieht die Tatsache, dass der Reingewinn nicht entsprechend dem Umsatz steigt und dass mit zunehmender Grösse eines Unternehmens das Optimum der Ertragsfähigkeit überschritten wird und die Unkosten zum Teil gerade infolge der nötigen Verbureaukratisierung des Grossbetriebes unverhältnismässig stärker steigen.

Es ist klar, dass eine starke Steuerbelastung der von der Steuer betroffenen Geschäftskategorien sie veranlassen muss, zu versuchen, mindestens einen Teil der Steuer abzuwälzen. Dass dabei die Lieferanten, die gegenüber den Grosshandelsunternehmungen keine allzu leichte Stellung haben, herangezogen werden, dürfte auf der Hand liegen. Dass man weiter versuchen wird, einen Teil im internen Betrieb auf Kosten einer verstärkten Rationalisierung einzusparen, dürfte wohl eben so natürlich sein. Ob dann noch ein Rest bleibt, der durch Preiserhöhungen eingebracht werden muss, das wird vom Einzelfalle und von der Branche abhängen. Jedenfalls haben die zahlreichen und teilweise auch gut fundierten Ausführungen der betroffenen Kreise die Kommission zur Ueberzeugung gebracht, dass die ursprünglich in Aussicht genommenen Ansätze nicht aufrecht erhalten werden können. Wohl hat auch der Bundesrat in seiner ursprünglichen Vorlage nur ein Maximum der Ausgleichsteuer von 5% fixiert. Es wäre also auch bei dieser ursprünglichen Formulierung durchaus noch möglich gewesen, in den späteren Ausführungsbestimmungen für einzelne Kategorien von Detailhandelsgeschäften kleinere Ansätze aufzustellen. Aber dafür bestand für die von der Steuer bedrohten Kategorien eben keine Sicherheit. Um diesen Befürchtungen einigermassen entgegenzukommen, hat der Bundesrat im weiteren Verlauf der Verhandlungen wenigstens für die Filialunternehmungen des Handels mit Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen den Maximalsatz von 5% auf 3% ermässigt. Heute erklärt er sich einverstanden mit dem Kommissionsantrag, der je nach der Kategorie der Geschäfte Maxima von 1—5% aufstellt.

Was im ursprünglichen Antrag des Bundesrates weite Kreise der Bevölkerung nicht befriedigte, war die Freilassung der Selbsthilfegenossenschaften. Wohl hat der Bundesrat diese Freilassung seinerzeit motiviert, indem er sagte: „Die Vorzugsstellung der Selbsthilfe-Genossenschaften rechtfertigt sich aus ihrer besonderen wirtschaftlichen Zielsetzung. Unter Verzicht auf Unternehmergewinne werden bei den Genossenschaften alle nicht in das Geschäft selbst fliessenden Ueberschüsse an die Konsumenten zurückgegeben. Auch ist die Kostenersparnis bei den auf demokratischer Grundlage aufgebauten Verwaltungen der Konsumvereine mit der althergebrachten weitgehenden Personalfürsorge geringer, als bei den völlig durchrationalisierten Privatbetrieben."

Ich will nicht untersuchen, ob diese Begründung in allen Teilen stichhaltig ist. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass auch Privatbetriebe des Detailhandels zum Teil musterhafte Sozialfürsorge-Einrichtungen besitzen. Ob der Hinweis auf die demokratische Grundlage des Geschäftes, die also den Geschäftsbetrieb verteuern soll, gerade eine besondere Empfehlung ist, bleibe dahingestellt. Aber es scheint mir diese Begründung, die ich Ihnen nach

der Botschaft des Bundesrates zitiert habe, eigentlich nicht des Pudels Kern zu sein. Der Hauptgrund mag ein ganz anderer gewesen sein, eine politische Ueberlegung, die sich darin äussert, dass der Bundesrat ganz offen schrieb: „Schliesslich darf nicht übersehen werden, dass sich die politischen Widerstände gegen die Einführung der Ausgleichsteuer vervielfachen, wenn man die vorgeschlagene Ausdehnung der Steuerpflicht ins Auge fassen würde." Die Kommission konnte sich in ihrer Mehrheit dieser Argumentation nicht anschliessen, und bei aller Anerkennung der wichtigen Rolle der Selbsthilfegenossenschaften auch im Detailhandel trat sie dafür ein, dass diese Unternehmen im Prinzip zur Steuer heranzuziehen sind. Es wäre vielleicht logisch, zu sagen: „Zur selben Steuer". Wenn die Kommission nicht so weit ging, so hat sie sich vielleicht auch etwas von der politischen Ueberlegung, die auch der Bundesrat angestellt hat, leiten lassen. Es kann gewiss auch nicht der Wille dieser im allgemeinen prosperierenden Organisationen sein, dass sie nichts an die Kosten der Arbeitsbeschaffung beitragen wollen und dass die ganze Last den übrigen Geschäften des Detailhandels überbürdet werden soll. Es ist nun im Vorschlage der Kommission ihrer besonderen Situation dadurch Rechnung getragen worden, dass für sie die Steuer sich nur bewegen soll zwischen einem Promille und einem Prozent, während für die übrigen Unternehmungen die Steuer bis auf 2 und 3 %, ja sogar bis auf 5 %, je nach der Kategorie des Geschäftes geht.

Aus dem gleichen Grunde, nämlich zur Wahrung der möglichsten Rechtsgleichheit auch auf diesem Gebiete der Besteuerung, hat die Kommission die Steuer ausgedehnt auf alle übrigen Detailhandelsgeschäfte, die weder Selbsthilfegenossenschaften, noch Filialgeschäfte, noch Warenhaus, noch Unternehmen mit fahrenden Läden sind. Sie alle sollen die Steuer bezahlen, wenn ihr Umsatz im Jahr 200 000 Franken übersteigt. So bedeutet heute der Vorschlag der Kommission etwas wesentlich anderes als der ursprüngliche Antrag des Bundesrates. Er bedeutet nicht mehr eine Sondersteuer auf Warenhäuser und andere modernen Betriebsformen des Detailhandels, sondern eine allgemeine Umsatzsteuer für alle Geschäfte des Detailhandels.

Für die modernen Formen und die Grossunternehmen der Warenverteilung tritt dabei allerdings eine gewisse Verschärfung der Steuer ein. Von ihr befreit sind also nur die Detailhandelsgeschäfte mit einem Umsatz unter 200 000 Franken, also die eigentlichen Klein- und Mittelbetriebe. So lautet heute der Antrag der Kommission inhaltlich folgendermassen:

„Es ist eine Steuer zu erheben auf dem Umsatz aller Detailhandelsgeschäfte, wenn dieser Umsatz 200 000 Franken im Jahr übersteigt. Die Steuer ist progressiv zu gestalten. Sie beginnt mit einem Minimum von 1 Promille und erreicht ihr Maximum bei einem Umsatz von 10 Millionen Franken."

Für die einzelnen Kategorien sind verschiedene Maximalansätze vorgesehen, und zwar, wie ich schon ausgeführt habe, 5 % für die Einheitspreisgeschäfte, 3 % für die Waren- und Kaufhäuser und Unternehmen mit fahrenden Läden, Versandgeschäfte, die mehrere Warenkategorien führen, 2 % für Filialunternehmungen anderer Art.

Für die Bemessung der Steuer kann in den Ausführungsbestimmungen auch auf die Geschäftsart Rücksicht genommen werden. Wie das geschehen soll, darüber werden Sie selber später zu entscheiden haben. Es können einzelne Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, bei der Umsatzberechnung ausser Betracht fallen. Wenn man ein Beispiel erwähnen soll — ich will nicht mehr Beispiele erwähnen, weil sie ja noch nicht feststehen — das vielleicht nicht strittig sein möchte, so könnte das sein, dass bei der Umsatzberechnung der Detailhandel mit Milch nicht berechnet wird. Ob noch andere Artikel eine ähnliche Vorzugsbehandlung geniessen sollen, wird später in den Ausführungsbestimmungen zu entscheiden sein.

Das ist der materielle Inhalt des Verfassungsartikels. Wenn ich nun zur formellen Erledigung übergehe, so möchte ich Sie bitten, eine Ungenauigkeit in den Anträgen der Kommission noch zu korrigieren. Es wird im Antrag, wie er ihnen ausgeteilt worden ist als Antrag der Kommission, im letzten Alinea zu Ziffer 3 gesagt: „Ueber die zur Durchführung dieser Verfassungsbestimmung erforderlichen Vorschriften beschliesst die Bundesversammlung". Ich möchte nicht in unlauterem Wettbewerb mit der Minderheit arbeiten und deshalb hier feststellen, dass das nicht eigentlich als Kommissionsantrag aufgefasst werden kann; denn in der Kommission standen sich zwei Hälften mit je 11 Stimmen gegenüber. Die eine Hälfte wollte die Lösung, wie Sie sie hier haben, und die andere wollte die Lösung durch ein Bundesgesetz. Welches die „bessere Hälfte" ist, werden Sie dann zu entscheiden haben.

Wie steht es nun mit dieser Ausführung? Der Bundesrat sah ursprünglich vor, dass er selber endgültig die Ausführungsbestimmungen zu erlassen hätte, dass weder das Parlament, noch das Volk seine Meinung dazu abzugeben hätte. Die Kommission lehnte diese Lösung ab. Darnach ergeben sich zwei Möglichkeiten: 1. Die Ausführungsbestimmungen werden endgültig durch die Bundesversammlung erlassen. Das ist die Fassung, die Sie auf dem gedruckten Vorschlag der Kommission haben. Oder aber 2. Es wird zur Ausführung ein Gesetz auf dem normalen Gesetzgebungswege, also mit dem Referendum, erlassen. Das ist der Antrag, den Ihnen die Minderheit stellt.

Der Bundesrat hat sich, nachdem er seinen ursprünglichen Standpunkt verlassen hatte, der ersten Auffassung, also der endgültigen Verabschiedung der Ausführungsbestimmungen durch die Bundesversammlung angeschlossen. Das hat zur Folge, dass der Verfassungsartikel etwas ausführlicher wurde, und dass er Präzisionen enthält, die für einen reinen Kompetenzartikel ausser acht gelassen werden könnten. So haben Sie im Verfassungsartikel neben der Aufzählung der betroffenen Steuerpflichtigen namenlich auch die Steuersätze für die einzelnen Kategorien aufgeführt und nicht nur einen Maximalsteuersatz. Da eben nachher das Volk zur Ausführung der Verfassungsbestimmung seine Meinung nicht mehr abgeben

kann, ist es angezeigt und auch nötig, in der Verfassungsbestimmung selber die wichtigsten Grundsätze der Steuer zu verankern. Ob man so weit gehen kann, das „die Katz im Sacke kaufen" zu nennen, wie das Herr Wüthrich getan hat, das geht, glaube ich, doch zu weit. Für jede Steuerkategorie ist das Maximum und das Minimum des Steueransatzes angegeben. Es wird weiter angeführt, bei welchem Umsatz das Maximum eintritt.

Ich gebe zu, dass eine solche Präzision in einem Verfassungsartikel nicht zu weit gehen kann. Ausserdem macht das den Verfassungsartikel schwerfällig. Und doch werden noch nicht alle das darin finden, was sie gerne darin sehen würden. In der Kommission haben, wie bereits gesagt, beide Anschauungen die gleiche Stimmenzahl auf sich vereinigt.

Aber es besteht die Notwendigkeit der Finanzierung. Die Finanzierung soll gesichert sein, und ich erinnere Sie daran, dass der Rat in einer früheren Tagung mit grossem Mehr beschlossen hat, dass die Vorlage eine genügende Finanzierung enthalten soll. Die Ausführung dieses Prinzipes war sicher mit Schwierigkeiten verbunden. Jetzt ist man so weit, dass man mit dem Rückgriff auf einen Teil des Abwertungsgewinnes der Nationalbank und der Ausgleichsteuer eine vielleicht doch wohl annehmbare Lösung der Finanzierung gefunden hat.

Wenn nun aber der Entscheid über die Ausgleichsteuer in ein Gesetz verlegt wird, so besteht die Sicherheit dieser Finanzierung nicht mehr. Denn es kann sehr wohl der Fall eintreten, dass zwar der Verfassungsartikel mit der Ausgabenkompetenz beim Volke Gnade finden würde, während die spätere Gesetzesvorlage über eine Ausgleichsteuer durch Summierung der verschiedensten Widerstände — dem einen gefällt das nicht, dem andern missfällt jenes, der eine wird da, der andere dort betroffen — zu Fall kommen könnte. Dann haben wir die Ausgaben beschlossen, die Einnahmen aber fehlen zum Teil und damit hätten schliesslich diejenigen das Spiel gewonnen, die von Anfang an die Arbeitsbeschaffungsvorlage und die Finanzierung trennen wollten. Das war aber nicht die Meinung der Mehrheit des Nationalrates.

Aus dieser Ueberlegung heraus legten die Anhänger des heute auch vom Bundesrat vertretenen Antrages so grossen Wert darauf, dass die Steuer durch die Bundesversammlung endgültig geregelt werden kann. Es sollen also die Ausführungsbestimmungen für die sog. Ausgleichsteuer endgültig von der Bundesversammlung verabschiedet werden dürfen. Nur so besteht Sicherheit für die Finanzierung. Wenn das nicht in dieser Weise gelöst wird, so wird sich mancher nachher fragen, ob er denn noch einer Vorlage zustimmen kann, die die Deckung nicht sicher bringt.

Die Anhänger des andern Vorgehens betonen die Notwendigkeit, dass eine neue Steuer dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen sei. Sie übersehen dabei vielleicht doch etwas, nämlich dass man im Verfassungsartikel die Hauptgrundsätze der künftigen Ausgleichsteuer fixiert hat, sodass wesentliche Ueberraschungen auch für die Betroffenen kaum mehr eintreten können.

Im übrigen möchte ich diesen Vorschlag nicht besonders begründen. Ich gehöre zur einen Hälfte der Kommission und mein Herr Kollege, der Herr Mitberichterstatter, gehört zur andern. Sie haben also in der Berichterstattung beide Meinungen vertreten.

Und endlich noch ein letzter Punkt. Es ist auch in der Kommission die Idee erwogen worden, ob nicht die Steuer noch mehr verallgemeinert werden sollte, d. h. ob der Moment nicht gekommen sei, auch in der Schweiz die allgemeine Umsatzsteuer einzuführen. Das ist das Finanzierungsmittel, auf das Herr Wüthrich vorhin hingewiesen hat. Von Seiten der Warenhäuser ist dann auch der Kommission ein fertig ausgearbeiteter Entwurf mit Motiven zugestellt worden. Er beruht auf einer allgemeinen Umsatzsteuer von 0,8% und einem Zuschlag von 0,2% für die Geschäfte des Detailhandels mit einem Umsatz von mehr als 100 000 Franken.

Die Kommission anerkennt gerne die seriöse Arbeit, die durch diesen Entwurf geleistet wurde. Sie glaubte sich aber nicht auf diesen Boden begeben zu können, und zwar aus folgenden Gründen.

Die allgemeine Umsatzsteuer bedarf einer gründlichen Vorbereitung sowohl in bezug auf die Festlegung des Satzes wie auch in bezug auf die einzuschlagende Methode. Eine allgemeine Umsatzsteuer kann auch kaum zur Finanzierung eines derartigen speziellen Zweckes zur Erhebung gelangen. Bei der grossen eidgenössischen Finanzreform, die ja nach der Reservierung der Krisensteuer für militärische Zwecke bedeutende Mehrerträgnisse, bei weitgehenden Einsparungen schaffen muss, wird genau zu prüfen und zu überlegen haben, ob man die Umsatzsteuer noch entbehren kann. Wenn das nicht der Fall sein sollte, wird dannzumal zu untersuchen sein, wie die heute vorgeschlagene Umsatzsteuer auf den Detailhandelsgeschäften in die allgemeine Umsatzsteuer einzubauen ist. Heute aber ist die Behandlung dieser Frage noch nicht spruchreif. Und wenn Herr Kollege Wüthrich geglaubt hat, der Antrag der Kommission schade eigentlich der grossen Finanzreform, so glaube ich, dass gerade dann, wenn man jetzt in dieser Vorlage den Versuch einer allgemeinen Umsatzsteuer machen wollte, der allgemeinen Finanzreform in viel weitergehendem Masse vorgegriffen würde.

Die Kommission empfiehlt Ihnen, auf Ihre Anträge einzugehen und sie zu genehmigen.

M. **Graber,** rapporteur de la minorité: Avec le chiffre 3 nous nous trouvons en présence d'un impôt nouveau qui a fait couler beaucoup d'encre. Le projet fut à deux reprises renvoyé au Conseil fédéral pour nouvelles études et pour modifications. Au premier abord, il ne devait atteindre que les grandes entreprises du commerce de détail. Cette notion avait un sens assez restreint. Il souleva, contrairement à ce qu'on avait supposé tout d'abord, un beau tollé dans tout le pays. Des cantons, celui de Zurich en particulier, ne cachèrent point leur hostilité très catégorique, signalant que la perception de cet impôt non seulement ne frappait que certaines catégories, contrairement à l'égalité devant la loi, mais encore aurait-elle

mis à contribution quelques cantons seulement à l'exclusion de tous les autres. Les grandes entreprises visées présentèrent mémoires sur mémoires pour établir sur des données solides et précises combien un tel impôt eût été dommageable pour elles, pour leur personnel, pour leurs producteurs-fournisseurs, pour les consommateurs aussi.

Ce projet nous lançant dans une voie toute nouvelle, il importe que nous exposions les principaux arguments des intéressés eux-mêmes, autant dire des opposants, pour ne point dire des victimes.

Cet impôt n'atteindra ni le but financier poursuivi, ni la protection du petit commerce. Le but financier ne sera pas atteint. Ne frappant qu'un petit nombre d'entreprises, il devra les frapper fortement, en compromettra l'existence et risquera ainsi de tuer la poule aux œufs d'or. A moins que ces grandes entreprises ne poussent plus loin encore leur effort de rationalisation et, cela, particulièrement aux dépens du personnel et des mesures sociales.

La seule solution serait un impôt sur le chiffre d'affaires, impôt si naturel, semble-t-il, ou plutôt si commode, qu'on l'a pratiqué dans tous les temps et sous toutes les latitudes. Un impôt compensatoire n'aurait que des inconvénients et aucun avantage. Même s'il aboutissait à la suppression de certains grands magasins qui frappent l'attention, cela ne modifierait pas sensiblement la situation du petit commerce, qui souffre d'un tout autre mal. Une telle mesure ne saurait rétablir sensiblement l'équilibre rompu par la chute verticale des ventes qui s'est produite au cours de cette crise, alors que le nombre des détaillants s'est accru par l'apport de chômeurs désireux de courir leurs chances dans le commerce en y investissant leurs épargnes. Une telle mesure ne saurait en rien remédier à l'insuffisance de crédit dont souffrent les classes moyennes. Nous pensons que celles-ci méritent l'appui de l'Etat aussi bien que les paysans, que les vignerons, que les chômeurs industriels, que les artisans. Toutes ces catégories économiques sont si violemment désarçonnées par les perturbations qui bouleversent l'économie nationale et mondiale qu'elles ne peuvent être maintenues que par une intervention systématique et soutenue de l'Etat. Mais on peut se demander si l'impôt compensatoire n'irait pas en sens contraire. Dans une économie à base de concurrence et de profit, il est nécessaire que certaines entreprises rationalisées établissent des niveaux qui donnent de la stabilité au prix de la vie, stabilité particulièrement nécessaire aux catégories de consommateurs à traitements fixes. Est-il sain, est-il sage de frapper des régulateurs d'un impôt spécial qui entraverait leur fonction? Ne vaudrait-il pas mieux que les détaillistes fassent front au danger découlant pour eux des conditions mêmes établies par l'évolution économique, en dirigeant leurs efforts vers la rationalisation des achats, par un contrôle comptable suffisant, par une publicité commune plus fructueuse, par une amélioration du service du crédit, par le contrôle des stocks, par une sérieuse préparation professionnelle?

Au cours d'une entrevue entre le chef du Département et le Groupe des grands magasins, qui eut lieu le 18 novembre, le principe d'un impôt sur la vente des marchandises fut admis. Par contre, la limitation aux grandes maisons seules ne le fut pas, pas plus d'ailleurs qu'une différenciation par catégories. On y propose plutôt une taxe de 0,8 %, mais générale, taxe qui ferait l'objet d'une loi et qui serait appliquée au plus tard dès le 1er janvier 1940. Une taxe supplémentaire frappant les grandes entreprises fournirait des moyens qui seraient mis au service de l'assainissement du commerce indépendant des classes moyennes. M. le conseiller fédéral Obrecht, sans être adversaire en principe d'un impôt général sur le chiffre d'affaires, ne saurait le recommander, car il en résulterait inévitablement une élévation du prix de la vie. On prétend qu'il serait moins impopulaire que l'impôt compensatoire. Il serait, en tout cas, d'une application difficile, exigeant un personnel nombreux. Il risquerait de consacrer de multiples injustices. Pour les éviter, il faudrait un long examen et mettre sur pied une loi compliquée. Si la nécessité de recourir à cette source, même durant les dix années d'application de l'impôt compensatoire, s'affirmait, il n'y aurait aucune impossibilité à le percevoir.

Cet impôt repose-t-il sur une justification juridique suffisante? Ce n'est pas à moi d'en trancher. Il apparaît que la question est pour le moins discutable. On se sont quelque peu ébranlé par le mémoire de M. le prof. Dr E. Blumenstein, dont nous tenons à vous donner les conclusions:

Les considérations ci-dessus montrent que l'impôt compensatoire préconisé par le Conseil fédéral, considéré du point de vue du droit fiscal est un phénomène étrange et insolite. Par sa nature et sa constitution, il entre dans des voies inusitées, et qui, là où l'on a tenté de s'y engager, ont été déclarées inconstitutionnelles par le Tribunal fédéral. Cet impôt, par sa nature et sa construction, viole les principes qui ont été considérés comme déterminants par la doctrine et la pratique fiscales. Il va surtout, à l'encontre du principe de l'imposition d'après la capacité économique, qui est considéré comme essentiel dans des impôts de ce genre. L'impôt qui le viole ne heurte pas seulement les conceptions usuelles sur la justice fiscale; il se révèle aussi comme une atteinte particulièrement brutale à la propriété privée. Il ne permet pas de tenir compte des phénomènes de la vie économique et de ses conditions particulières. Il impose aux contribuables de lourdes charges, sans se préoccuper de savoir si elles sont en relation avec ses bénéfices et si elles peuvent être réellement supportées par eux.

En deuxième lieu, cet impôt viole le principe de l'égalité devant la loi, qui est considéré par la science, depuis plus d'un siècle, comme la pierre angulaire de toute imposition équitable et que le Tribunal fédéral, notamment, a toujours placé en tête des exigences que doit remplir une législation fiscale.

Cette atteinte à l'égalité devant la loi conduit nécessairement à l'arbitraire dans la perception des impôts. Il est impossible que, dans les conditions que créerait le projet du Conseil fédéral, l'on puisse trouver une perception de l'impôt compatible avec les conceptions du droit public moderne.

La structure et la construction de cet impôt

mettraient en péril l'application d'une technique fiscale correcte.

Cet impôt contrevient surtout à la mission qui s'impose à l'Etat de favoriser la propriété privée, ou tout au moins de ne pas lui porter atteinte. Cette tâche est un des principes fondamentaux de toute législation fiscale. Non seulement l'individu, mais l'Etat, lui aussi, a un intérêt primordial au respect de ce principe.

Enfin, l'on a démontré que le prélèvement de cet impôt se ferait en grande partie aux dépens des recettes fiscales des cantons et des communes. L'impôt compensatoire porterait une atteinte grave à l'autonomie fiscale des cantons et des communes et imposerait un sacrifice considérable à ces corporations publiques.

Il va de soi que la réalisation de la grande tâche nationale de la défense militaire et de la lutte contre le chômage ne peut se faire sans mettre à contribution les forces fiscales du pays. A cet effet, l'on pourrait trouver encore des sources fiscales qui n'ont pas été épuisées jusqu'à présent et peuvent, cependant l'être sans offrir les mêmes inconvénients de droit public et d'ordre économique que présente cet impôt compensatoire.

Même si l'on veut mettre à contribution d'une façon spéciale l'échange des marchandises, en faisant notamment entrer en ligne de compte les avantages qu'offre un grand mouvement des affaires, l'on peut y arriver sans recourir à des moyens qui ne sont pas compatibles avec les principes d'une imposition équitable. Un développement de l'impôt de crise, entre autres de l'imposition des sociétés anonymes, des coopératives et des associations économiques, permettrait d'unir les avantages d'une appréciation du niveau des recettes avec ceux qui résultent pour les affaires d'un échange volumineux de marchandises. Ceci me semble être le moyen juste de réaliser d'une façon équitable et rationnelle l'idée d'une imposition du mouvement des affaires. Ainsi, l'on placerait d'emblée la mise en pratique de cette idée sur une base plus large et conforme aux exigences de l'économie privée.

Je ne saurais ainsi reprocher à votre rapporteur de ne pas avoir fait une part très large aux considérations de celui qui combat l'impôt compensatoire que nous vous proposons. J'ai pensé qu'il était loyal d'exposer largement ce point de vue.

Passons maintenant à l'estimation du rendement de l'impôt compensatoire par catégories, tel qu'on peut le prévoir.

	Fr.
Les magasins à prix uniques, dont le taux serait de 0,1 à 5 %, rapporteraient environ	1.515.000
Les grands magasins, maisons d'assortissement et magasins ambulants, dont le taux serait de 0,1 à 4 % (il a été ramené plus tard à 3 %) . .	6.400.000
Les magasins à succursales multiples, succursales de Migros (taux 0,1 à 2 %)	4.400.000
Les magasins spécialisés (taux 0,1 à 1 %)	1.000.000
Les coopératives d'entr'aide (taux 0,1 à 1 % également)	1.400.000
soit au total	14.715.000

Devant votre commission, une première question fut posée: la compétence d'arrêter les mesures d'application; seront-elles précisées dans une loi ou confiées à l'Assemblée fédérale? Il s'agira de dispositions importantes et délicates, en particulier lorsqu'il faudra établir une discrimination entre les différentes catégories d'entreprises soumises à des taux différents. Cette question souleva de multiples interventions, qui révèlèrent combien elle est complexe.

Qu'est-ce que le commerce de détail? Où commence-t-il? Jusqu'où va-t-il? Comment établir et contrôler la vente imposable? Qu'est-ce donc que ces diverses branches commerciales en faveur desquelles on ferait une exception?

On répond qu'il s'agit d'un projet urgent, qu'il faut aller au plus pressé et que l'Assemblée fédérale doit être chargée d'arrêter les normes d'application.

D'autre part, on a reproché à l'échelle des taux allant de 1 à 50 d'être une nouveauté alarmante et hérétique en matière d'impôt. Cependant on a déjà établi, dans l'échelle de l'impôt de crise, une progression allant de 1 à 25.

Au vote sur la proposition de compétence, recours à la loi ou à un arrêté de l'Assemblée fédérale, les voix se partagèrent: 11 contre 11. Vous aurez à départager entre ces deux moitiés de la commission.

L'alinéa premier du chiffre 3 fut adopté sans discussion.

A l'alinéa 2, une proposition d'abaisser le niveau à partir duquel les entreprises seraient soumises à l'impôt de 250.000 à 200.000 fut adoptée par 11 voix contre 8.

A ce moment-là, surgit une discussion sur la proposition faite de soumettre à l'impôt, contrairement aux vues du Conseil fédéral, les coopératives d'entr'aide.

L'augmentation du chiffre d'affaires pour les coopératives, a-t-on dit, ne dépend nullement d'une rationalisation spéciale, ni d'une pression sur les prix du producteur, mais uniquement de l'accroissement du nombre des sociétaires obéissant plus à un esprit d'entr'aide qu'à un intérêt matériel. Les grandes coopératives, étant donné leur service social très étendu, ont même des frais généraux et de personnel proportionnellement plus élevés, car le sort de leur personnel fait partie de leurs préoccupations de premier plan. Ce sont les coopératives opérant le 87,4 % des ventes et représentant le 85,6 % des sociétaires qui seraient atteintes. Aussi le conseil de surveillance de l'Union de Bâle s'est-il nettement prononcé contre la soumission des coopératives à l'impôt compensatoire. Si l'on songe qu'elles représentent 400.000 familles, on doit mesurer de quel poids pourrait être l'opposition des cercles de coopérateurs au nouvel article constitutionnel. Cette disposition fut maintenue par 15 voix contre 8.

Une proposition Huber concernant le début du troisième paragraphe, proposition demandant que l'on tienne compte, dans la progression du taux, du genre d'affaires, des conditions de travail observées, du chiffre de vente par personne occupée, fut repoussée par 13 voix contre 10.

Une autre proposition Huber, tendant à libérer de l'impôt les produits agricoles indigènes de première nécessité, fut également repoussée.

Quelles seront les «sortes de marchandises» dont la vente ne sera pas prise en considération? Ne pourrait-on les désigner dans le procès-verbal, pour écarter l'incertitude? Non, répond M. le conseiller fédéral Obrecht: cette question doit être approfondie encore et l'Assemblée fédérale ne doit pas être liée.

A l'alinéa 4, une proposition d'abaisser ce taux maximum de 4 à 3% pour les entreprises tenant diverses espèces de marchandises fut adoptée par 20 voix contre 1.

Une fois encore, en abordant la 4ème catégorie, la discussion s'attarde sur les coopératives d'entr'aide. Une proposition est faite de supprimer de cette disposition la finale: «... et les autres entreprises du commerce de détail.» Elle crée des équivoques et des difficultés d'interprétation. On a voulu tenir compte de certaines entreprises par actions, mais à part cela assez similaires aux coopératives. On signale qu'avec le nouveau droit des obligations ces pseudocoopératives ne seront plus tolérées. M. Obrecht, qui se rallie au terme «coopératives d'entr'aide» remplaçant le terme «coopérative», tout court, déclare que, quant au reste, il se livrera à une nouvelle étude.

Selon le projet qui vous est remis, l'impôt compensatoire est devenu beaucoup plus général. Il s'applique à tout le commerce de détail dépassant la limite de vente établie, soit 200 000 frs. Ce n'est donc plus un impôt exceptionnel.

J'ai cherché à rapporter fidèlement ce que furent les débats devant votre commission, afin de vous permettre de saisir comment elle en est arrivée à vous proposer le texte qui vous est soumis.

Partisan convaincu de la libération des coopératives d'entr'aide de cet impôt, je me réserve d'intervenir à titre personnel, lorsque la discussion surgira sur l'alinéa 2 bis que vous propose la minorité.

M. le **Président:** La situation est la suivante: Au sujet du chiffre 3, nous avons reçu un grand nombre de propositions, notamment les propositions de la minorité de la commission, dont la principale est de biffer le chiffre 3, et, en plus, toute une série de propositions subsidiaires.

Nous entendrons tout à l'heure, en premier lieu, M. Meierhans sur la proposition principale de biffer le paragraphe et nous limiterons notre discussion à cette proposition principale pour ne parler que plus tard des propositions subsidiaires.

Meierhans, Berichterstatter der Minderheit: Sie haben schon heute Morgen aus den Voten der Herren Nicole, Wetter und andern gehört, welchen Widerständen diese Ausgleichsteuer begegnet, einem Widerstand, der so gross ist, dass dadurch nicht nur die Ausgleichsteuer, sondern die ganze Vorlage gefährdet erscheint.

Grundsätzlich halten wir an unserem Standpunkte fest, dass es verfehlt ist, die Finanzierungsfrage mit der Arbeitsbeschaffung überhaupt zu verbinden. Die Deckung für eine Ausgabe von 400 Millionen Franken gehört in die allgemeine, in die definitive Finanzreform hinein. Nur auf diesem Boden ist es möglich, überhaupt eine gerechte Lösung zu finden. Wir können niemals mit einer Sonderbesteuerung die Grundsätze der Gerechtigkeit, der Steuergleichheit usw. verwirklichen. Das ist nur im Rahmen der allgemeinen Finanzreform möglich.

Man hat auf unsern Ratschlag nicht hören wollen und sich darauf versteift, die Finanzierung hier zu ordnen. Dabei muss man aber sofort erkennen, wie ungemein verhängnisvoll sich eine Steuer überhaupt auswirkt, wenn man wirklich den Hauptzweck, die Arbeitsbeschaffung, will. Die vorgeschlagene Ausgleichsteuer ist ja in ihrem ganzen Inhalt jenem Vorwurf ausgesetzt, den man seinerzeit als Vorwand gegen die Quellenbesteuerung erhoben hat, sie sei in ihren Auswirkungen volkswirtschaftlicher und fiskalischer Natur nicht genügend abgeklärt. Das ist auch verständlich. Die Ausgleichsteuer entspringt ja nicht dem Kopfe des Finanzministers, sondern sie ist das Produkt des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, der von ganz andern Erwägungen als bloss von rein finanzpolitischem ausgehend diese Ausgleichsteuer vorgeschlagen hat. Wenn man aber in der Debatte vom Juni 1938 gegenüber der Quellenbesteuerung den Einwand erhoben hat, jene sei nicht abgeklärt genug und könne nicht in ein provisorisches, auf drei Jahre befristetes Finanzprogramm hineingenommen werden, so trifft dieser Einwand in doppeltem Masse auf diese Ausgleichsteuer zu. Wenn eine Steuer nicht abgeklärt ist, so ist es sicherlich diese Ausgleichsteuer, und all die Einwände, die uns nicht nur von Seiten der Interessenten, den direkt Beteiligten, welche eine neue Belastung vermeiden möchten, sondern auch von wissenschaftlicher und anderer Seite zugekommen sind, zeigen, wie völlig unabgeklärt dieses Problem der Ausgleichsteuer ist. Auch in den Verhandlungen der Kommission zeigte es sich, dass, sobald man in die Einzelheiten gehen wollte oder bestimmte Tatbestände abzuklären versuchte, niemand Auskunft zu geben wusste.

Sollen wir nun eine Arbeitsbeschaffungsvorlage mit einer Steuer belasten, die derart unabgeklärt ist, die an sich schon diesen ungeheuren Widerständen begegnen muss? Die rein steuerpolitischen Bedenken sind ja in einem Gutachten von Herrn Prof. Blumenstein dargelegt worden, einem Finanzwissenschafter von Rang, der ja immer wieder als Experte des Bundesrates beigezogen worden ist, also einem Mann, dem man sicher nicht vorwerfen wird, auch in diesem Saale nicht, dass er sich lediglich aus pekuniären Gutachtererwägungen heraus gegen diese Steuer gewendet hätte. Er ist tatsächlich aus finanzpolitischen und finanzwissenschaftlichen Erwägungen heraus Gegner der Ausgleichsteuer. Was sagt Prof. Blumenstein, rein steuertechnisch, von der Ausgleichsteuer? Ich möchte vorausschicken, dass die Kommission einige Aenderungen gegenüber dem Projekt vorgenommen hat, das Herrn Prof. Blumenstein zur Begutachtung vorlag, aber die Haupteinwände, die er gegen die erste Vorlage des Bundesrates richtete, treffen auch den abgeänderten Vorschlag der Kommission. Er sagt in seinem Gutachten über die Ausgleichsteuer, dass diese Steuer vom steuerrechtlichen Standpunkt aus betrachtet, eine ungewöhnliche

und ungewohnte Erscheinung sei. „Es werden dabei Wege beschritten, die bisher im modernen Steuerrecht und namentlich in demjenigen der Schweiz nicht üblich waren und die, wo sie versucht wurden, vom Bundesgericht als verfassungswidrig zurückgewiesen wurden." Dieser letzte Passus bezieht sich vor allem auf den ursprünglichen Plan, eine Sondersteuer bloss auf gewissen Unternehmungsformen einzuführen. Dieser Einwand trifft vielleicht weniger zu auf die heute vorliegende Form, wo eben alle Unternehmungen mit einem Umsatz von über Fr. 200 000 herangezogen werden. Aber die übrigen Einwände, die er macht, treffen heute noch auf den vorliegenden Entwurf zu. Er sagte: „In der Tat verletzt die geplante Ausgleichsteuer nach ihrem Wesen und ihrem Aufbau Grundsätze, die in der Steuerrechtswissenschaft und in der Steuerpraxis als massgebende Prinzipien betrachtet wurden. Vor allem verstösst sie gegen den Grundsatz einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, wie er für Steuern der vorliegenden Art als unumgänglich betrachtet werden muss. Ohne seine Beobachtung widerspricht eine derartige Steuer nicht nur den hergebrachten Anschauungen über die Steuergerechtigkeit, sondern erweist sich auch als ein ungewöhnlich roher Eingriff in die Privatwirtschaft. Sie erlaubt es nicht, den Erscheinungen des Wirtschaftslebens Rechnung zu tragen und auf besondere Umstände und Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Sie legt dem Steuerpflichtigen schwere Lasten auf, unbekümmert darum, ob sie mit einem geschäftlichen Erfolg im Einklang stehen und von ihm mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage auch wirklich getragen werden können."

Es ist tatsächlich das Charakteristikum dieser Steuer, dass sie ohne Rücksicht auf den Reinertrag einfach den Umsatz belastet, und jede solche Belastung ist tatsächlich eine rohe Steuermassnahme, weil der Reingewinn nicht von der Höhe des Umsatzes abhängt, sondern von der Rentabilität im allgemeinen. Prof. Blumenstein sagt dann aber auch: „Diese Steuer greift in das Postulat der Rechtsgleichheit ein, das seit mehr als hundert Jahren in der Steuerlehre als Grundpfeiler einer gerechten Besteuerung betrachtet wird und namentlich durch die staatsrechtliche Praxis des Bundesgerichtes von jeher an die Spitze derjenigen Anforderungen gestellt wird, die gegenüber der Steuergesetzgebung erhoben werden müssen.

Diese Verletzung führt notwendigerweise bei der Steuererhebung zu Willkür. Es ist ausgeschlossen, dass unter den Voraussetzungen, die der bundesrätliche Entwurf schafft, eine Durchführung der Besteuerung stattfindet, die den Auffassungen des modernen Rechtsstaates entspricht.

Struktur und Aufbau der geplanten Steuer würden aber auch eine steuertechnisch richtige Durchführung gefährden."

Es sind aber nicht nur steuerrechtliche Bedenken, die gegen diese Ausgleichsteuer erhoben werden müssen, es sind auch volkswirtschaftliche Bedenken von Gewicht, die dagegen vorgebracht werden können. Was bezweckt man mit dieser Ausgleichsteuer? Man bezweckt in erster Linie einen fiskalischen Erfolg, man will die 125 Millionen für den zivilen Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms mit dem Ertrag dieser Steuer decken. Man rechnet damit, dass diese Steuer jährlich einen Ertrag von 10, 12, 15 Millionen ergebe, so dass vielleicht in 10 Jahren die Belastung gedeckt sei. Auf der andern Seite aber verfolgt man einen volkswirtschaftlichen Zweck, man will den Mittelstand schützen. Die Idee ist so, der Mittelstand könne nur dadurch vor der Konkurrenz der Grossbetriebe geschützt werden, dass man die Grossbetriebe steuerlich so belastet, dass sie gezwungen werden, ihre Preise zu erhöhen. Wenn die Warenhäuser und Grossgeschäfte ihre Preise erhöhen müssen, dann werden die bisherigen Mittelstandsgeschäfte, die unter dem Preisdruck der Grossgeschäfte litten, ohne weiteres eine Erleichterung verspüren. Theoretisch ist dieser Gedankengang durchaus richtig. Wenn diese Geschäfte, die durch die Steuer belastet werden, gezwungen werden, Preiserhöhungen vorzunehmen, die von den übrigen Geschäften eben nicht vorgenommen werden müssen, weil sie nicht die gleichen Steuern zu tragen haben, dann ist theoretisch die Konkurrenzfähigkeit der Mittelstandgeschäfte verbessert, aber nur theoretisch. Die Grossgeschäfte, die betroffen werden, haben eingewendet, dass sie keine Preiserhöhungen vornehmen, sondern auf jeden Fall den Versuch unternehmen würden, diese Steuer auf ganz andere Weise einzuholen. Sie haben uns darauf hingewiesen, dass sie einmal durch eine verschärfte Rationalisierung ihren Unkostensatz herabsetzen würden, dass sie versuchen würden durch weiteren Lohndruck bei ihren bisherigen Angestellten etwas einzuholen und vor allem, dass sie versuchen werden, bei ihren Lieferanten bessere Konditionen zu erhalten.

Aber dann ist überhaupt zu sagen, dass ein solcher befristeter Mittelstandschutz, wie er durch diese Vorlage gegeben ist, jedenfalls nicht richtig sein kann, denn wenn er wirksam würde, müsste er sehr wahrscheinlich beibehalten werden, und es würde sich nicht mehr um eine vorübergehende Vorlage handeln, sondern um eine Vorlage, die eben auf die Dauer in Kraft treten müsste. Wenn aber diese Rationalisierungsmassnahmen der Grossbetriebe kämen, um den Steuerdruck zu überwälzen, bedeutet das volkswirtschaftlich nichts anderes als eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Grossbetriebe würden versuchen, mit geringerem Personalbestand den bisherigen Umsatz zu erzielen, genau so wie die Lieferanten, die bei gedrückten Konditionen arbeiten müssten, versuchen würden, mit geringerem Personalbestand die gleiche Produktion zu erzielen. Es droht also hier die Gefahr einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit neben der tatsächlichen Gefahr der Vermehrung des Lohndruckes bei den Arbeitern.

Aber angenommen, es würde den Grossgeschäften nicht gelingen, auf diesem Wege die Steuer einzuholen, sie würden gezwungen, die Preise zu erhöhen? Wäre das volkswirtschaftlich unbedingt wünschenswert? Sicher vom Standpunkt der Mittelstandsgeschäfte aus, die von der Steuer nicht betroffen werden, aber vom gesamtvolkswirtschaftlichen Standpunkt aus wären auch gegen eine solche Wirkung gewisse Einwände am Platz. Wir haben seit der Abwertung das Bestreben des Bundesrates, die Kosten der Lebenshaltung niedrig zu halten

Es sind Vorschriften gegen Preiserhöhungen erlassen worden, um zu verhindern, dass als Folge der Abwertung eine Verteuerung der Lebenshaltung einsetzen würde, die über das gerechtfertigte Mass infolge des erhöhten Importpreises hinausginge. Wenn aber eine solche Steuer sich in eine Erhöhung der Konsumentenpreise umsetzt, haben wir eine Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung, die geradezu staatlich gefördert wird, etwas, was man vorher, nach der Abwertung, staatlich unterbinden wollte. Wir glauben, dass diese Ausgleichssteuer auch von diesem Standpunkt aus sehr gefährlich ist.

Man wird einwenden, das könne nicht so gefährlich sein, denn es handle sich um eine Steuerbelastung von jährlich nur 10—15 Millionen Franken. Bei dem wird es aber nicht bleiben, weil jede Umsatzsteuer erstens die Tendenz hat, zu bleiben, weil es eine sehr bequeme Steuer ist, auch wenn sie nur provisorisch eingeführt wird, und dass der Satz erhöht wird. Es ist zu befürchten, dass, wenn man sich einmal an dieses bequeme Mittel gewöhnt hat, dieses dann ad infinitum angewendet wird.

Neben diesen Erwägungen steuertechnischer und volkswirtschaftlicher Natur sprechen auch referendumspolitische Erwägungen gegen diese Art der Finanzierung. Der Bundesrat hat schon referendumspolitische Erwägungen in seiner Botschaft angestellt. Er hat damals schon vorgesehen, die Genossenschaften zu befreien, weil er befürchtet, dass durch eine Belastung der Genossenschaften, die mit ihren rund 400—500 000 Mitgliedern eine Referendumskraft darstellen, die nicht zu unterschätzen ist, eine solche Vorlage gefährdet werden könnte. — Ist die Gefährdung referendumspolitisch heute weniger gross als früher? Gegen die Ausgleichsteuer wenden sich in erster Linie die direkt Betroffenen, die Warenhäuser, Grossunternehmungen und Detailhändler überhaupt. Heute morgen hat Herr Nationalrat Picot darauf hingewiesen, dass sogar der Kleinhandel der welschen Schweiz gegen diese Steuer Stellung genommen hat, im Gegensatz zum Kleinhandel der deutschen Schweiz, der dafür eingenommen ist. Wir haben auch damit zu rechnen, dass die Lieferanten der bisherigen Grossunternehmungen ebenfalls alles unternehmen werden, um diese Steuer zu Fall zu bringen, aus den Befürchtungen heraus, die ich vorhin angeführt habe, nämlich dass durch die Steuerabwälzung und den Konditionsdruck von Seiten der Grossgeschäfte, die sie bisher als Kunden hatten, sie selbst auch gefährdet werden könnten. Es haben sich ferner gegen diese Ausgleichsteuer die Konsumgenossenschaften ausgesprochen, und zwar weil sie mit einem Satz von 1 % belastet werden. Ich bin nicht speziell Vertreter der Genossenschaften in diesem Saale, aber es ist darauf hinzuweisen, dass der Einwand des Bundesrates in seiner eigenen Botschaft eine gewisse Bedeutung bekommt, weil die Spitzen der Genossenschaften gegen jegliche Belastung durch eine solche Ausgleichsteuer bereits mit aller Entschiedenheit (mit allen gegen ganz wenige Stimmen) Stellung genommen haben. Dazu kommt der Widerstand aus jenen Kantonen, die einen Grossteil dieser Steuer zu tragen hätten. Bereits haben wir eine Eingabe der Regierung des Kantons Zürich, die sich ebenfalls gegen diese Steuer wendet, weil sie befürchtet, dass durch die einseitige Belastung der Städtekantone ihre eigene Steuerquelle bedroht würde.

Wenn wir nun alle diese Widerstandskreise addieren, so müssen wir befürchten, dass sie eine solche Kraft erhalten, dass dadurch die ganze Arbeitsbeschaffungsvorlage, die mit einer solchen Finanzierung verbunden ist, in Gefahr komme. Der Hauptzweck dieser Vorlage ist ja nicht ein fiskalischer, sondern die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diesen Zweck dürfen wir nicht vergessen, selbst dann nicht, wenn wir auf die Ausgleichsteuer verzichten müssten. Wir haben nach dem letzten Ausweis wiederum annähernd 70 000 Arbeitslose in der Schweiz auf Ende November. Die Zahl muss jedem von uns zu denken geben, nicht nur wegen der Arbeitslosen an sich, sondern, wie hier schon dutzendmal darauf hingewiesen worden ist, weil in dieser ungeheuren Armee von Arbeitslosen eine politische Gefahr stecken kann. Wir müssen diese Armee ganz bedeutend reduzieren.

Wollen Sie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dadurch gefährden, dass Sie eine Sondersteuer zur Finanzierung hineinnehmen, deren Ertrag ja nach den Berechnungen der amtlichen Quellen nicht so hoch ist, dass er wirklich ins Gewicht fallen würde? Wollen Sie Gefahr laufen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuschanden zu reiten durch eine Steuer, die derartigen Widerständen begegnet? Hier müssen wir zwischen den Nachteilen auf der einen und auf der andern Seite abwägen. Ich glaube, selbst wenn man die Nachteile hoch einschätzt, die aus der Nichtfinanzierung entstehen müssten, so sind sie immer noch viel kleiner als die Nachteile, die entstehen müssten, wenn das Volk den Eindruck bekäme, von bundeswegen werde der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit andern Dingen untergeordnet. Das dürfen wir nicht vergessen. Ein Volk, das über einen Reichtum von 60—70 Milliarden verfügt, über ein Jahreseinkommen von 6—8 Milliarden, sieht die Staatsfinanzen sicher deshalb nicht gefährdet, weil für 1 oder 2 Jahre 125 Millionen Franken nicht durch eine Sondersteuer gedeckt sind. Die Schweiz wird weder wirtschaftlich noch währungspolitisch gefährdet, auch wenn diese neue Steuer nicht eingeführt wird. Selbst wenn es 200 Millionen wären, wird niemand glauben, dass die Finanzen der Eidgenossenschaft oder die Wirtschaft des ganzen Landes gefährdet wären. Das Gegenteil ist der Fall. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat die Ueberwindung der Krise als Zweck, indem die Wirtschaft wiederum besser in Gang kommt, ist die Währung besser geschützt, als wenn Sie zuerst für die Währung sorgen und dadurch die Wirtschaft ruinieren. Die Finanzen sind nur gesichert, wenn die Wirtschaft in Gang gehalten wird. Sie werden niemals eine Sanierung unserer Bundesfinanzen zustande bringen, wenn Sie nicht eine Sanierung der Wirtschaft zustande bringen. Denn wenn die Quelle, aus der die Mittel für den Staat fliessen, versiegt, nützt es gar nichts, wenn Sie Theorien aufstellen über den Schutz der Währung und der Wirtschaft. Indem Sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Krise überwinden, werden Sie den Gang der Wirtschaft beschleunigen und selbst ohne sofortige Finanzierung die Finanzlage des Staates viel mehr

verbessern, als wenn Sie aus lauter Sorge um die Finanzierung die ganze Arbeitsbeschaffungsvorlage gefährden.

Die Situation ist für die Eidgenossenschaft politisch meines Erachtens sehr ernst. Das Volk erwartet von den eidgenössischen Räten eine Tat, nicht mehr ein Markten um 100 oder 125 Millionen. Das Volk ist davon überzeugt, dass den Räten in erster Linie die Aufgabe gestellt ist, die Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung zu bekämpfen und dass erst in zweiter Linie die Finanzierung kommt. Das Volk ist auch davon überzeugt, dass die Schweiz durch diese Methode nicht zugrunde gerichtet wird, sondern dass das die einzige Methode ist, die zum Erfolg führt. Man kann auch zu ängstlich sein in bezug auf die Finanzierung und die Rückwirkung auf die Arbeitsbeschaffung. Ich bin überzeugt, dass Sie durch Ihr Vorgehen die Sanierung der Bundesfinanzen gefährden und dass Sie vor allem das Vertrauen und den Glauben des Volkes an unseren Staat untergraben, wenn Sie es durch solche Bedenken dazu bringen, dass die Arbeitsbeschaffung als solche gefährdet wird. Darum empfehlen wir Ihnen, auf dieses ungeheure Streitobjekt, das Sie geschaffen haben, zu verzichten in der Meinung, dass die Lösung der Finanzierung ja in die definitive Finanzreform hineinkommt, die schon heute eingeleitet werden muss. Deshalb haben wir ja auch einen neuen Bundesrat zu wählen. Wenn es so kommt, wie von gewisser Seite unseres Rates erwartet wird, dass der neue Finanzminister mit der Person des Referenten von heute identisch ist, haben Sie volle Gewähr, dass in bezug auf die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung eine Lösung kommt, die Ihnen sicher nicht besonders wehe tun wird.

M. le **Président:** La discussion est présentement limitée à la proposition principale de minorité. Sur cette seule proposition, 9 orateurs sont inscrits. D'autre part, nous avons à discuter sur une vingtaine d'autres propositions. Inutile de recommander aux orateurs d'être brefs: ils le seront.

Held: Namens der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion kann ich die Erklärung abgeben, dass wir den Anträgen der Kommissionsmehrheit zustimmen werden, namentlich in bezug auf die Erhebung der Ausgleichsteuer, weil dieselbe nebenbei auch den Schutz des gewerblichen Mittelstandes zum Zwecke hat. Die Kommission geht in ihren Beschlüssen und Anträgen wesentlich weiter, als es der Bundesrat anfänglich getan hat, indem die Selbsthilfegenossenschaften in die Steuerpflicht einbezogen werden sollen. Zu diesen Selbsthilfegenossenschaften gehören nun aber auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die steuerpflichtig werden sollen, sofern ihr Umsatz 200 000 Franken für gewisse Artikel erreicht. (Zwischenruf **Huber:** Wie viele Genossenschaften haben Sie?) Das wird sich zeigen. Wir haben gegen diese Einbeziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften grundsätzlich nichts einzuwenden, möchten aber doch von zuständiger Seite vernehmen, dass es sich dabei nur um Einbezug des Detailhandels für gewisse Konsumartikel, Bedürfnisse der Haushaltungen, nicht aber für die Vermittlung von Dünger und Futtermitteln handeln kann, denn man will durch diese Steuer doch nur den Detailhandel von gewissen Grossunternehmungen treffen, wozu dieser Verkehr mit Rohstoffen der landwirtschaftlichen Genossenschaften wohl kaum mitgezählt werden darf. Von kompetenter Seite ist die Zustimmung der Landwirtschaft zu diesem Vorschlag gegeben worden, unter der Voraussicht, dass die Ausführungen im Sinne unserer Auffassungen getroffen werden.

Zu Absatz 6 möchte ich noch bemerken, dass wir der Auffassung derjenigen Hälfte der Kommission sind, die die Ausführungsbestimmungen endgültig durch die Bundesversammlung erlassen will. Ich kann auf die Begründung verzichten, indem der Herr Kommissionsreferent diese Begründung ausdrücklich besorgt hat. Ich möchte aber auch hier, wie es die Kommissionsminderheit übrigens tut, die Zusicherung der namentlichen Aufführung gewisser Artikel verlangen, wie Milch, Milchprodukte, landwirtschaftliche Produkte anderer Art, feste Brennstoffe usw., eventuell aber auch Fleisch inländischer Produktion, die von der Umsatzberechnung ausser Betracht fallen. Es liegt zweifellos im Interesse der Sache, über diese Punkte von Herrn Bundesrat Obrecht noch Aufschluss zu erhalten. Wir müssen eine Umschreibung des Begriffs des Detailhandels namentlich mit Bezug auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben, ferner von den Artikeln, die von der Belastung ausgenommen werden sollen. Ich hoffe, dass diese Auskunft so ausfallen wird, dass unsere Fraktion geschlossen der Vorlage und namentlich den Anträgen der Kommissionsmehrheit zustimmen kann und sie auch vor dem Volk vertreten darf.

Gysler: Gegen den Vorschlag des Bundesrates, zur Deckung der grossen Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung eine Ausgleichsteuer einzuführen, ist im Lande herum mächtig Stimmung gemacht worden. Sie hat sich auch vor peinlichen Angriffen in interessierten Kreisen gegenüber dem Bundesrat nicht gescheut. Um so dürftiger war es denn auch — das geht aus der heutigen Diskussion hervor —, was an neuen konstruktiven Ideen produziert wird. Es scheint mir nachgerade ein grosses politisches Problem zu sein. Auf der einen Seite verlangen wir am laufenden Band eine starke Regierung, die forsch darauf losgehe, die rasch arbeite, und im Moment, wo das gemacht wird — man kann das gegenüber diesem Vorschlag nicht bestreiten —, kommt jeder, dem die Sache nicht gleich passt, der irgendwie an der Vorlage interessiert ist, und erhebt ein grosses Geschrei und beruft sich auf Grundsätze, die er in der Regel überhaupt nicht versteht. Im allgemeinen zeigen die Leute auch keine andern Auswege. Ich frage mich sehr, ob eine Krise der Demokratie, soweit man von ihr spricht, nicht in erster Linie bei gewissen Volkskreisen und bestimmten Schriftgelehrten und grossen Bewirtschaftern besteht, die sich gegen gutes Geld jedermann zur Verfügung stellen.

Ich stehe durchaus auf dem Boden, dass diese Vorlage, die jetzt diskutiert wird, ohne die Deckungsklausel nicht verabschiedet werden kann. Ich habe bereits in der Septembersession darauf hingewiesen, dass man der Arbeitsbeschaffung und der Landesverteidigung den denkbar schlechtesten Dienst er-

weist, wenn man kommt und erklärt: Wir diskutieren über die Finanzierung später. Wenn Sie so politisieren, ziehen Sie in unserem Lande die reaktionären Kreise gross. Ich glaube, die Herren vergessen eine wichtige Tatsache, dass uns allen eine verstärkte militärische Landesverteidigung nichts nützt, wenn wir nicht auch im Innern ein geschlossenes, gekräftigtes Volk dahinter stehen haben. Es will mir scheinen — ich hatte diesen Eindruck schon bei der Diskussion im September —, dass die internationale Septemberkrise bei uns nicht den Eindruck gemacht hat, den sie hätte machen sollen. Staatszersetzende Kräfte und Landesverrat gedeihen nicht nur auf dem Boden von Nationalitätenkämpfen, sondern ebenfalls im Gefolge von wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit.

Wir müssen diese Fragen der Finanzierung der militärischen Landesverteidigung, wie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von einem andern Gesichtspunkt aus betrachten. Es wird nun behauptet — Herr Meierhans hat es soeben getan, Herr Wüthrich heute früh —, die Ausgleichsteuer verstosse gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit. Wenn man ebenso engstirnig und doktrinär sein wollte, könnte man mit demselben Recht die Gegenbehauptung vertreten, dass die Steuer einen Schritt auf dem Wege zur wirklichen Rechtsgleichheit bedeute. Die Steuer wird ja nicht einem willkürlich ausgewählten Kreis von Personen auferlegt, sondern es wird im Verfassungsartikel, über den sich das Volk auszusprechen hat, genau bestimmt, wer der Steuer unterstellt werden soll.

Die Gegner der Vorlage haben sodann — das ist heute auch gesagt worden — die neue Steuer als eine sogenannte Strafsteuer bezeichnet. Sie bilde eine Strafe für die Tüchtigkeit und die Leistungsfähigkeit. Es bleibe für einmal dahingestellt, ob die Warenhäuser und Filialgeschäfte ihre Ueberlegenheit auf dem Markte wirklich nur persönlicher Tüchtigkeit und erhöhter Leistungsfähigkeit oder vielleicht anderen Dingen zu verdanken haben. Es sei für den Augenblick nicht näher untersucht, ob unser Volk, wenn es auf diese Leistungsfähigkeit abstellen wollte, nicht die Rolle des Düpierten spielen würde. Aber ich frage Sie: Spricht nicht eine eigenartige Mentalität daraus, dass die Warenhaus- und Geschäftsfilialherren die in der Ausgleichsteuer liegende Aufforderung, ihre vielgerühmte Leistungsfähigkeit einmal in der Form eines gewissen Opfers für die Durchführung dringender staatlicher Massnahmen zur Verfügung zu stellen, als Strafe empfinden? Soll die Leistungsfähigkeit nur dafür da sein, dem kleineren Detailhandel und den Spezialgeschäften den Lebensraum immer mehr zu verengern und einigen Wenigen grosse Gewinne zu verschaffen? Ich habe sehr den Eindruck, dass das Schlagwort von der „Strafsteuer" nur geprägt wurde, um die wahre Gesinnung zu verdecken, um zu verhüllen, dass die schweizerischen Warenhaus- und Filialgeschäfts-Philanthropen dem Staat jeden ihrer Finanzkraft entsprechenden Beitrag zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Bedrängnis verweigern möchten. Die Herren befinden sich aber noch in einer andern Rolle. Sie spielen die gutmeinenden Warner. Die Ausgleichsteuer — das hat auch Herr Meierhans angeführt — könnte von ihren Betrieben nicht getragen werden, sondern müsste auf die Lieferanten und das Personal, eventuell auf das kaufende Publikum abgewälzt werden. Die Lieferanten würden in Zukunft mit gedrückteren Preisen, das Personal mit niedrigeren Löhnen rechnen müssen, und das Publikum müsste sich auf Preissteigerungen gefasst machen. Bereits hat man ja schon die Lieferanten dieser Betriebe mit Ankündigungen in dieser Richtung unter einen grossen Druck gesetzt.

Wer aber nicht ganz zu den Ahnungslosen zählt, erinnert sich, dass man vielerorts der in Aussicht stehenden Ausgleichsteuer nicht bedurfte, um eine eigentliche „Meisterschaft" im rücksichtslosen Preis- und Lohndruck zu erringen. Auch hier bestätigt die Ausnahme die Regel.

So frage ich denn nun: Will man, dass dieser Preisdruck gleich einer Schraube ohne Ende immer weiter getrieben werde? Die Verbissenheit, mit der die Warenhäuser gegen die Ausgleichsteuer kämpfen, scheint mir der beste Beweis dafür zu sein, dass die Herren doch befürchten, einen Hauptteil der aufzubringenden Opfer eben selber tragen zu müssen. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen ist jedenfalls eine Verteuerung der Güter des täglichen Lebensbedarfes nicht zu befürchten. Es hat in der Kommission einer der kompetentesten Männer erklärt: „Die Steuersätze, so wie sie vorgesehen sind, sind nach meinem Dafürhalten tragbar." Bei der gegenwärtigen starken Konkurrenz vergeht den Leuten von selbst die Lust, die Situation zu Preissteigerungen ausnützen zu wollen. Die betroffenen Grossunternehmungen werden sich bei ihrer kommerziellen Gewandtheit erst recht hüten, zu diesem Behelfe zu greifen. In der Vermeidung der preisverteuernden Wirkung liegt denn auch ein Hauptvorteil dieser Ausgleichsteuer gegenüber einer allgemeinen Umsatzsteuer. Ein weiterer Vorzug wohnt der Ausgleichsteuer insofern inne, als sie sich viel leichter als die Umsatzsteuer erheben lässt und viel weniger Steuerveranlagungskosten verursacht. Anderseits ist es aber nicht richtig, dass die Ausgleichsteuer auf eine teilweise Vorwegnahme der allgemeinen Umsatzsteuer hinausläuft, für den Fall, dass die Anzapfung dieser Geldquelle auch noch notwendig werden sollte. Wir wollen mit allem Nachdruck hoffen, dass wir es mit dieser Eventualität überhaupt nie zu tun bekommen und dass die obige Behauptung von Anhängern der Umsatzsteuer unbegründet ist.

Nur in einem Punkte scheinen mir die Ausführungen von Herrn Kollege Meierhans etwas berechtigt zu sein. Er hat darauf hingewiesen, dass diese Steuer dem selbständigen kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand keinen besonders grossen Schutz biete. Ich gebe zu, dass hier die Hoffnungen vielleicht etwas zu gross sind. In der Tat bleibt die Uebersetzung des Detailhandels bestehen, und die Verdienstmargen werden wegen der Ausgleichsteuer ja nicht grösser. Eine Sanierung, die diesen Namen verdient, wird nur von der Erlangung der gesetzgeberischen Schutzmassnahmen für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand und von der Revision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung, sowie vom Bundesgesetz über den unlautern Wettbewerb zu erwarten sein.

Ich fasse also zusammen: Ich glaube, Ihnen gezeigt zu haben, dass die erhobenen Einwände gegen das Ausgleichsteuerprojekt, dass dieses Projekt

gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit verstosse, dass es sich um eine „Strafsteuer" für Tüchtigkeit handle, dass die Steuer abgewälzt werde und die schwachen Bevölkerungskreise noch mehr in Bedrängnis geraten würden, dass mit Preissteigerungen zu rechnen sei, nicht stichhaltig sind, sondern dass alle diese Einwendungen einfach dazu angetan sind, die Oeffentlichkeit irrezuführen. Die Ausgleichssteuer ist bedeutend besser als ihr Ruf. Die Herren Kritiker haben, trotz der Lebhaftigkeit ihrer Vorwürfe, nichts Besseres vorzuschlagen und an ihre Stelle zu setzen gewusst. Erinnern wir uns daran, dass die Politik die Kunst des Möglichen ist. Ziehen wir die einzig mögliche Konsequenz aus der gegebenen finanziellen und politischen Lage des Landes. Ich empfehle Ihnen, dem Bundesrate zuzustimmen und den Antrag des Herrn Kollegen Meierhans zu verwerfen.

M. **Musy:** Je pourrais me rallier à la solution du Conseil fédéral s'il s'agissait d'une solution définitive; mais en réalité ce n'est qu'une solution isolée, séparée de l'ensemble du problème fiscal. En réalité, c'est encore et toujours du provisoire!

J'ai relevé avec intérêt un passage du message (page 13) où il est dit: «L'aide que l'Etat a apportée à l'économie n'a nulle part donné satisfaction à la longue; elle a bien amené une amélioration passagère et apparente, qui a cependant dégénéré en une recrudescence de la crise.» Il vaut la peine de retenir cette constatation, au moment où l'on examine les moyens financiers destinés à couvrir les dépenses qu'imposera la continuation de la lutte contre le chômage. Le chômage n'est pas un phénomène passager. S'il s'agissait simplement de consacrer 200 millions pour l'éliminer à tout jamais, nous serions tous d'accord. Mais, malheureusement, il s'agit d'un fléau durable. Tout à l'heure je le disais à mon voisin: Il est extraordinaire de constater que nous avons actuellement en Suisse 70 000 chômeurs environ et qu'au milieu du XVIII^e siècle, vers 1750, 70 000 Suisses étaient engagés au service étranger. Depuis la suppression des capitulations, sans doute, nous n'avons plus de concitoyens au service étranger; en revanche, par le fait que nos industries d'exportation et nos exportations sur place baissent, nous sommes aux prises avec une aggravation progressive du chômage. Je ne veux certes pas suggérer le retour au système des capitulations en envoyant nos soldats gagner leur vie hors de nos frontières. Je constate simplement que nous sommes trop nombreux! Si nous ne réussissons pas à ranimer notre exportation, nous n'arriverons pas à assurer l'existence des 4 millions d'habitants installés en Suisse.

Le problème se posera de la manière suivante: S'il nous est impossible de ranimer notre économie d'exportation, il faudra réduire le standing de vie. Il n'y a pas d'autre solution!

J'ai lu avec un certain intérêt l'article que la „Tagwacht" publiait hier sous le titre «Wetter, ein zweiter Musy». Eh bien, j'attends encore de ceux qui combattent l'attitude que j'ai eue au temps où j'étais au Conseil fédéral et l'attitude prise par M. Schulthess dans son discours d'Aarau, j'attends les solutions propres à améliorer la pénible situation actuelle. Je recommande, en particulier à ceux qui se font ici les ardents défenseurs de la „Kaufkrafttheorie", de lire un ouvrage très intéressant qui vient de paraître sous le titre: «La hausse des salaires et la baisse des prix». Ils pourront constater quel a été l'aboutissement de la politique basée là-dessus. Evidemment, nous sommes en présence d'un phénomène durable. Et j'en reviens à ce que je disais tout à l'heure: je redoute énormément que les mesures financières qu'on nous propose — la continuation de la politique fiscale fragmentaire — n'aboutissent pas à un résultat bien solide.

Par ailleurs, j'ai lu dans le message que «la situation des finances de la Confédération et la situation générale du pays sont en somme bonnes...». On ne devrait pas insérer de tels propos dans des messages. La Suisse, en effet, n'est plus un pays riche. Elle possède encore des réserves, mais elles sont fragiles et, pour longtemps encore, nous sommes dans l'incapacité de les reconstituer. Il faut donc voir les choses telles qu'elles sont.

L'autre jour, M. Humbert-Droz, à l'occasion de la discussion du budget, a fait un certain nombre de remarques concernant notre fiscalité. Il a prétendu, en particulier, que les impôts de consommation étaient en Suisse trop élevés, alors que les impôts directs seraient insuffisants... Je mets à la disposition de notre collègue Humbert-Droz une statistique internationale où se trouvent juxtaposés tous les taux des impôts payés dans les différents pays. Il constatera que dans le domaine des impôts directs — je ne m'en plains pas; je constate simplement le fait — c'est la Suisse qui a les maxima; nous avons dépassé l'Angleterre. C'est donc là une fiscalité déjà énormément chargée.

On nous propose maintenant une solution. Mais je ne vois guère comment vous pourrez, plus tard, l'insérer dans le programme financier général. Car enfin il doit venir une fois, ce programme financier général; nous devons sortir du provisoire, en finir avec les moyens dilatoires, renoncer à toutes ces mesures qui ne sont que des palliatifs. Et je constate une chose qu'il est important de dire à cette occasion: la politique fragmentaire que nous pratiquons actuellement conduit d'abord à l'incohérence. L'élaboration du programme financier définitif deviendra singulièrement difficile.

Aujourd'hui, on nous propose un impôt sur les grands magasins. Je suis d'accord qu'il importe de protéger le commerce de détail contre l'emprise tentaculaire des grands magasins. Mais j'aimerais bien que M. Obrecht, qui a été pendant longtemps le secrétaire de la conférence des directeurs des finances, me dise quelle est au point de vue théorique la nature de cet impôt.

Est-ce un impôt de consommation? Je dis immédiatement non, car un impôt de consommation doit atteindre tous les consommateurs. Cet impô

ne frappera — si c'était un impôt de consommation — que ceux qui vont acheter dans les grands magasins et, par conséquent, tous ceux qui feront leurs emplettes dans les autres en seront dispensés. Donc, ce n'est pas un impôt de consommation.

Je ne suis pas exactement renseigné sur la proportion du volume des affaires des grands magasins, comparativement au volume total du commerce dans tout le pays. Mais je sais qu'en Belgique (je suppose que ces chiffres sont connus dans les services où l'on a préparé l'impôt qui nous occupe), où les grands magasins sont assez développés, l'Uniprix en particulier, on n'est pas arrivé dans les calculs concernant le gros commerce de détail à un pourcentage de plus de 6 % du volume total des affaires. Par conséquent, il ne peut pas s'agir d'un impôt de consommation.

Alors, est-ce donc un impôt sur le revenu, sur les bénéfices? Pas davantage, puisque vous prétendez le calculer sur le chiffre d'affaires, sur ce que vous appelez en allemand „Umsatz". Par conséquent, si un magasin a réalisé, par exemple, un chiffre d'affaires de 10 millions par année, à supposer même qu'il ait bouclé ses comptes par un déficit, il devra payer cet impôt sur son chiffre d'affaires, sur un million. Il ne s'agit donc pas d'un impôt sur le revenu, puisqu'il ne frappe pas un bénéfice, puisqu'il n'est pas calculé sur la base des bénéfices, mais bien sur le volume du mouvement des marchandises.

Par conséquent, du point de vue fiscal, c'est incontestablement une sorte d'amphibie. Ce n'est ni un impôt de consommation, ni un impôt sur le revenu, car il n'est pas calculé sur les bénéfices; c'est un impôt qui, au fond et surtout, a un caractère essentiellement social. Je pense que c'est cela qu'on a voulu; mais alors il faudrait le dire carrément.

Si l'on avait songé à la formule d'un impôt spécial sur les grands magasins — et je l'ai suggérée déjà il y a un certain nombre d'années, ici même, au Conseil national — je ne l'aurais pas présentée sous cette forme-là, je l'aurais insérée dans la contribution de crise non soumise au vote populaire. Je ne sais pas si les citoyens accepteront cet impôt-là. Le peuple a accepté, le 27 novembre, très facilement, un programme financier, il est vrai, mais parce que celui-ci ne comportait aucune charge. C'est une bataille qui n'a rien rapporté, pas un franc à la Confédération!... Il sera toujours facile de faire accepter des dispositions fiscales qui n'augmentent pas les charges. Mais lorsqu'il s'agit de faire passer un relèvement des impôts ou des impôts nouveaux, alors c'est infiniment plus difficile! Pour ma part, j'aurais donc tout simplement mis la taxe sur les grands magasins dans la contribution fédérale de crise prévue, comme l'impôt sur le revenu sur les bénéfices des grandes organisations un impôt spécial calculé sur la base d'une progression spéciale pour ce genre d'affaires.

Nous aurions ainsi échappé du point de vue, je dirai constitutionnel, aux reproches que l'on fait à cet impôt de n'être au fond qu'un impôt d'exception. Toutes les mesures d'ordre exceptionnel, et surtout dans une démocratie, sont des choses qu'on n'accepte pas volontiers, dans le domaine fiscal surtout. J'aurais donc voulu l'autre solution, immédiatement, par le jeu d'une réforme de l'impôt de crise.

Ceci soit dit en passant. Et je l'ai dit ce matin à M. Cottier: Il m'est tombé sous les yeux un livre fort intéressant au sujet de la protection du petit commerce. Les Américains n'ont pas cherché dans le domaine de la fiscalité la protection du petit commerce. M. Cottier et tous ceux qui s'occupent du commerce de détail doivent évidemment connaître cela. Je me bornerai à dire qu'il s'agit du groupement de tous les petits magasins qui, se solidarisant, font un contrat avec une ou deux maisons de gros lesquelles s'engagent à leur fournir à des prix très avantageux tout ce dont ils ont besoin pour tenir boutique. Et on va même plus loin, on aide ces petits commerçants au point de vue professionnel: si par exemple l'un d'eux ne possède pas l'éducation professionnelle nécessaire, on vient à son secours, on va faire ses étalages, ses vitrines. Il y a là un ensemble de mesures d'ordre organique qui incontestablement sont très intéressantes. Je regretterais que l'on n'aille pas dans cette direction; on aurait fait quelque chose de durable. Toutes ces mesures, qui ont un caractère provisoire, absorbent progressivement les disponibilités qui nous restent encore et, lorsque nous aurons dépensé notre dernier franc, nous n'aurons encore rien fait de définitif.

J'ai ici un autre livre, fort intéressant — je n'ai pas le temps de vous le lire, mais je le recommande à M. le conseiller fédéral Obrecht — sur la révolution à faire, au point de vue économique. On y trouve tout un chapitre sur le problème des grands travaux. L'auteur conclut en disant: «Tout programme de grands travaux ne peut être que l'aboutissement de la réforme économique et jamais une pièce de base. C'est la réorganisation qui est une nécessité. Nous devrons nous y résigner. Il faudra choisir.»

Enfin, une dernière remarque. Je redoute beaucoup que ces mesures fiscales isolées ne compliquent singulièrement l'établissement du programme définitif. En acceptant, le 27 novembre, l'impôt de crise prolongé, sous forme de «Wehrsteuer», nous avons décidé que cet impôt sera perçu aussi longtemps qu'il le faudra pour couvrir les dépenses militaires extraordinaires déjà votées et toutes celles qui viendront encore. Etant donnée la façon dont on a envisagé la situation, il semble, dans certains milieux, après la psychose de crise, qu'on a tendance à faire une économie de guerre. Je demande combien de temps durera cet impôt. Si on vote, ainsi qu'on le désire, une dépense d'une centaine de millions — si c'est vraiment nécessaire, votons-les! — pour la défense nationale, l'impôt voté le 27 novembre aura la signification d'un impôt direct permanent. Il durera 30 ou 40 ans, je ne sais pas. Et, lorsque vous établirez votre réforme financière définitive, vous vous trouverez dans la situation suivante: il y aura des impôts communaux, des impôts cantonaux, un impôt fédéral et, à côté de cela, l'impôt sur le coupon

et les impôts indirects de consommation (impôts sur la bière, sur le tabac, etc.). Comment allez-vous harmoniser tout cela pour trouver encore au moins 100 millions de recettes supplémentaires?

Je suis tout à fait d'accord qu'il faut faire des économies. En principe, on peut encore en réaliser, à condition d'être courageux, pour une trentaine ou une quarantaine de millions. Mais il faudra un courage qui dépasse les possibilités de presque tous ceux qui sont ici!

Il faudra après cela trouver encore une centaine de millions de recettes nouvelles. Comment veut-on y parvenir? On a parlé de l'impôt à la source. Comment voulez-vous l'introduire, si vous avez déjà un impôt direct au profit de la Confédération, partagé entre les cantons sur la base de 40 à 60 %? Pour moi, il n'est pas exclu qu'un impôt général sur le chiffre d'affaires, sur une base réduite, soit une solution. Mais il faudra alors un contrôle des prix par les organisations professionnelles. On doit empêcher l'augmentation du coût du prix de la vie. C'est là que se trouve la solution et non dans la hausse des salaires. L'amélioration de la situation sociale de la plus grande partie des consommateurs se trouve dans la réduction des prix.

Comment est-ce que vous introduirez l'impôt sur le chiffre d'affaires, généralisé à toutes les branches, si vous avez déjà un impôt spécial, frappant un groupe de contribuables et qui peut atteindre 5 %? J'ai peur de tout cela. Encore une fois, cela me paraît incohérent. Il ne me semble pas que cela puisse être introduit dans un système général. Au surplus, on laisse croire, dans le message, que la situation financière de la Confédération est encore assez brillante, alors qu'elle est en réalité, extrêmement difficile.

Si nous poursuivons la politique fiscale financière d'opportunité que nous pratiquons actuellement, nous aboutirons à l'impasse.

Scherer-Basel: Der Inhalt der Ziffer 3 kann mich nicht befriedigen. Die ganze Bestimmung ist eine eigenartige Kreuzung zwischen gewerbepolitischen und finanziellen Vorschriften. Bei Anlass einer gesonderten Finanzierung der Arbeitsbeschaffung will man gleichzeitig gewerbepolitische Probleme lösen. Das ist ein Novum, etwas Neues in unserer Gesetzgebung, das uns überraschen und zum Nachdenken veranlassen muss. Es ist ein Novum in doppelter Beziehung: Einmal insofern, als man für eine bestimmte Aufgabe eine separate Finanzierung durchführt. Das scheint mir ein schlechter Grundsatz zu sein. Gute Finanzen beruhen darauf, dass die Einnahmen generell geschaffen werden und für alle Aufgaben des Staates zur Verfügung stehen. Man sollte nicht in der Weise vorgehen, dass man eine einzelne Einnahme schafft und erklärt: die ist nun ausschliesslich für den einen Zweck bestimmt. Das darf besonders dann nicht geschehen, wenn dieser eine Zweck in einer Anzahl von Jahren erreicht sein wird. Die Ausgleichsteuer soll bestimmt sein, den Betrag von 135 Millionen Fr. zu tilgen. Was soll mit dieser Ausgleichsteuer geschehen, wenn diese 135 Millionen einmal getilgt sind? Wenn die Ausgleichsteuer etwas Gutes ist, etwas, was sich bewährt hat, was dem Bunde eine sichere schöne Einnahme verschafft, so wäre es doch sinnlos, diese Ausgleichsteuer fallen zu lassen in dem Moment, da diese 135 Millionen Fr. zurückbezahlt sind. Damit will ich lediglich sagen: Es ist nicht richtig, eine Einnahme mit einer einzigen Aufgabe zu verbinden, mit einer Aufgabe, die nach einer gewissen Anzahl von Jahren gelöst sein wird. Das ist ein Novum, und zwar kein gutes Novum.

Das zweite Novum ist die Tatsache, dass man eine finanzielle Belastung gewisser Betriebe vornimmt und damit ein gegen diese Betriebe gerichtetes Mittel der Gewerbepolitik zur Anwendung bringen will. Gewiss, die gewerbepolitischen Probleme sind interessant, und manches von dem, was Herr Gysler vorhin gesagt hat, ist sehr beachtenswert. Aber die finanzielle Belastung ist nicht ein Mittel der Gewerbepolitik. Die neuen Wirtschaftsartikel — ich hoffe, dass sie vernünftig herauskommen, — die gegenwärtig in Diskussion stehen, schaffen die Möglichkeit, über alle diese Probleme, die hier aufgeworfen worden sind, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen. Man kann die Errichtung neuer Warenhäuser verbieten — man hat es ja schon mit dringlichen Bundesbeschlüssen getan —, man kann die interne Ausdehnung der Warenhäuser verbieten, man kann verbieten, dass neue Zweige eröffnet werden, ja, die neuen Wirtschaftsartikel werden sogar die Möglichkeit geben, gewisse Preisvorschriften aufzustellen. Das sind die normalen Möglichkeiten des Staates, gewisse gewerbepolitische Ziele zu erreichen. Die Art und Weise, in der wir gewohnt sind, wirtschaftspolitische Dinge zu ordnen, ist der Erlass von positiven Gesetzesvorschriften. Die Belastung einer einzelnen Branche mit einer separaten Steuer jedoch ist kein gutes Mittel der Gewerbepolitik. Man soll prüfen, welche wirtschaftliche Tätigkeit man als solche erlauben will — wenn man überhaupt Einschränkungen der Gewerbefreiheit zulassen will — und man soll bestimmen, welche Tätigkeit zugelassen ist. Aber der einmal erlaubten Tätigkeit soll man alle Freiheit lassen. Es ist nicht richtig, zu sagen: Im Prinzip erlauben wir jede Tätigkeit, aber einer Anzahl von Geschäften legen wir die schwere Kette einer besonderen Belastung an. Die Vorlage bringt nach meiner Auffassung eine Verbindung von Wirtschafts- und finanzpolitischen Bestimmungen, die eigenartig und unerfreulich ist. Es kommt dabei ein übler Bastard heraus.

Der Inhalt der Ziffer 3 ist übrigens auch rein finanzpolitisch recht unbefriedigend. Es ist ein Stück Umsatzsteuer, eine zeitlich beschränkte Umsatzsteuer, eine mit ihrer Abstufung entartete Umsatzsteuer und eine partielle Umsatzsteuer; sie umfasst nicht allen Umsatz, sondern nur den Umsatz in einer bestimmten Anzahl von Betrieben.

Meines Erachtens darf man nicht in dieser Weise mit der Idee der Umsatzsteuer umspringen. Wir benötigen — das ist meine persönliche Ueberzeugung — die allgemeine Umsatzsteuer für die Ordnung unserer allgemeinen Finanzen. Letzte Woche noch haben wir das Budget für das Jahr 1939 beschlossen. Es sieht ein Defizit von 87 Millionen Fr. vor. Wir müssen unsere Finanzen in Ordnung

bringen, wir müssen 90 Millionen Fr. jährlich neue Mittel aufbringen. Ich habe noch keinen andern brauchbaren Vorschlag gehört, der geeignet wäre, einen Teil dieses Defizites zu decken, als die Idee der allgemeinen Umsatzsteuer, die unsere sämtlichen Nachbarn, die autoritären und die demokratischen, eingeführt haben. Die Franzosen haben den impôt sur le chiffre d'affaires, die Deutschen die Umsatzsteuer, und die Italiener haben etwas Aehnliches. Warum? Weil der moderne Staat, dem grosse Aufgaben gestellt sind, die er erfüllen muss und die er nicht einfach ignorieren kann, sich in grossem Masse Mittel beschaffen muss. Und dieses Instrument zur Beschaffung der grossen Mittel scheint mir auch bei uns die allgemeine Umsatzsteuer zu sein.

Ich weiss, dass auch hier Bedenken bestehen. Es könnte eine Verteuerung der Lebenshaltung eintreten, wendet man ein. Ich weiss nicht, ob das zutrifft. Wir haben die angenehme Erinnerung vom Herbst 1936, als es der Tätigkeit des Bundesrates tatsächlich gelungen ist, das Steigen der Lebenshaltungskosten sehr fühlbar zu bremsen. Ich kann mir auch denken, dass, wenn wir eine allgemeine Umsatzsteuer schaffen, die dadurch verursachte Verteuerung der Lebenshaltung nicht einfach zu Lasten des Konsumenten geht. Ich bin der Auffassung, dass die Umsatzsteuer nicht vom Konsumenten persönlich getragen werden muss, sondern allgemein von der Wirtschaft getragen werden kann. Das geschähe in der Weise, dass man beim Erlass einer Umsatzsteuer die durch diese Steuer verursachte Teuerung der Lebenshaltung von beispielsweise 2 % durch eine Bestimmung korrigieren würde, durch die die Gehalts- und Lohnbezüge aller Bürger, die nicht selbständig sind, um einen entsprechenden Prozentsatz, sagen wir also um ebenfalls 2 % erhöht werden. Das wäre eine Lösung, die die Belastung des Konsumenten verhindern und die Verteuerung der Lebenshaltung auf die Wirtschaft abwälzen würde. Dem Bunde jedoch würden anderseits die Dutzende von Millionen zugeführt, die er haben muss.

Wir halten es aus diesen Gründen für verfehlt, wenn das Problem der Umsatzsteuer in dieser unzulänglichen Weise angeschnitten, wenn ein Stück dieser Steuer vorweggenommen wird. Dadurch stören wir die Schaffung der wirklichen Umsatzsteuer, die wir heute benötigen. Wir präjudizieren damit wichtige Punkte und erschweren die Realisierung dieses wertvollen Gedankens. Nein, man lege das, was uns heute vorgelegt wird, beiseite und gehe rasch an die Schaffung der allgemeinen, nicht der partiellen, der dauernden, nicht der zeitlich beschränkten, ephemeren Umsatzsteuer heran. Wir müssen den Weg freimachen für die allgemeine Umsatzsteuer. Deshalb müssen wir diese Ziffer 3 streichen.

Bodenmann: Wir Kommunisten werden dem Streichungsantrage zustimmen.

Zur Begründung unseres Standpunktes möchte ich anknüpfen an die Schlussbemerkung, die der Bundesrat in seiner Ergänzungsbotschaft zu dieser Vorlage gemacht hat, wo er sagte, er habe die Hoffnung, dass der Geist wirtschaftlicher Verständigung, sozialen Ausgleiches und vaterländischer Opferwilligkeit Fuss fassen werde. Ich weiss nicht, ob nach dem, was hier in den letzten Tagen einmal hinter den Kulissen gegangen ist, und nach den Beschlüssen des Bundesrates der letzten Woche, diese Hoffnung, die der Bundesrat ausspricht, nicht schon an Staatsgefährlichkeit grenzt, denn sie beschlägt immerhin das Gebiet der Aenderung von politischen Einrichtungen, und man könnte Gefahr laufen, dass, wenn man die Hoffnung des Bundesrates in der Oeffentlichkeit zitiert, man schon mit den Bundesratsbeschlüssen der letzten Woche in Konflikt gerät.

Gerade weil wir für die Arbeitsbeschaffung eintreten und immer für sie eingestanden sind, deshalb lehnen wir die Ausgleichsteuer ab. Wir sind der Ueberzeugung, dass durch den Einbezug der Ausgleichsteuer in diese Vorlage die Arbeitsbeschaffungsvorlage als Ganzes gefährdet wird, ja dass sogar in ihr die Gefahr enthalten ist, dass sie die Arbeitslosigkeit vermehrt. Gewisse Repräsentanten der Warenhäuser haben in der Begründung des gegnerischen Standpunktes darauf hingewiesen, die Arbeitsbeschaffung sei nur ein Frage unter andern, sie sei nur eine sekundäre Angelegenheit, und sie stellen sich sogar auf den Standpunkt, dass die Arbeitsbeschaffungsfrage nicht verknüpft und verlötet werden dürfe mit der Frage der Landesverteidigung. Wir lehnen diesen Standpunkt ab und sind der Meinung, dass wenn man von dieser Position aus an die Frage der Ausgleichsteuer herantritt, man es ausschliesslich nur aus dem Gesichtspunkt der nackten Profitinteressen tut. Wir sind der Ueberzeugung, dass die Frage der Arbeitsbeschaffung eine erstrangige Aufgabe des Staates ist und dass sie zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist, dass sie unmöglich losgelöst werden kann von den übrigen Fragen der Landesverteidigung. Jetzt haben wir 70 000 Totalarbeitslose, rund 35 000 Teilarbeitslose; diese Zahlen zeigen, dass in den breiten Schichten eine absolut traurige Notlage vorhanden ist, und wir sind überzeugt, dass die Notlage dieser Schichten das Einfallstor des Nationalsozialismus in die Schweiz bedeutet. Die Arbeitsbeschaffung scheint uns vom Standpunkt der Verteidigung der Demokratie viel wichtiger zu sein als Ausnahmegesetze, wie sie beispielsweise letzte Woche durch den Bundesrat beschlossen worden sind.

Wir lehnen es ab, an die Frage der Arbeitsbeschaffung in der Weise heranzutreten, wie es beispielsweise in der Eingabe der Vereinigung für gesunde Währung getan wird, in jener Eingabe, wo gefordert wird, dass die jungen Arbeitslosen vermehrt in die Arbeitslager gebracht werden, dass eine erhöhte Versetzbarkeit der Arbeitslosen eintrete, wo man den Arbeitslosen Unterstützungsentzug androht und wo man die Arbeitsverweigerung, wie man sich auszudrücken beliebt, bestrafen will. Ich betrachte es einfach als eine Ungehörigkeit, ja sogar als eine Verleumdung gegenüber den Arbeitslosen, wenn man den Gedanken aufkommen lässt, als seien die Arbeitslosen nicht bereit, Arbeit, die ihnen zur Verfügung steht oder gestellt werden kann, anzunehmen. Es ist Tatsache, dass sowohl in bezug auf den Zwang zur Annahme von Arbeit wie in bezug auf die Versetzung in die Arbeitslager Methoden angewendet werden, die zum Teil sogar brutal sind,

und es ist Tatsache, dass ein Arbeitsloser, wenn er sich irgendwelche Vergehen zuschulden kommen lässt, lange nicht so milde behandelt wird, wie beispielsweise die Schnapsfälscher. Wenn es einem Arbeitslosen passiert, dass er, vielleicht sogar infolge Unkenntnis des ganzen Wustes von Bestimmungen, einige Tage Unterstützung zuviel bezogen hat, begnügt man sich nicht damit, diese Unterstützung zurückzufordern, man stellt ihn vor Gericht, man verurteilt ihn und man veröffentlicht seinen Namen viel rascher, als das beispielsweise jetzt bei den Schnapsfälschungen geschieht. In der „Thurgauer Zeitung" wurde am Samstag die Frage des moralischen Anspruchs auf Arbeitsvermittlung aufgeworfen und erklärt, dieser moralische Anspruch bestehe nur, wenn der Arbeitslose bereit sei, jede Arbeit anzunehmen. Eine derartige Begründung scheint mir ganz unmöglich zu sein. Die Frage des Zwanges zur Arbeitsannahme muss immerhin in Zusammenhang gestellt werden mit der Frage der Entlöhnung. Wenn man einem Arbeitslosen eine Arbeit zumutet, die schlecht entlöhnt ist, eine Arbeit, wo er nicht in der Lage ist, sich selbst und seine Familie durchzubringen, dann ist das keine Lösung des Arbeitslosenproblems, sondern man schaut einfach zu, man lässt diese Leute in ihrer ausserordentlich schwierigen Lage einfach weiter vegetieren.

Zur Frage der Ausgleichsteuer wenige Bemerkungen. Wir lehnen sie ab, und zwar deshalb, weil wir davon überzeugt sind, dass als erste Folge der Einführung dieser Ausgleichsteuer eine Preisverteuerung eintreten wird. Ich begreife nicht, wieso einige Vorredner, u. a. Herr Gysler, die Preisverteuerung überhaupt in Frage stellen konnten, nachdem der Bundesrat in seiner Botschaft selber erklären musste: „In der heutigen wirtschaftlichen Situation glauben wir aber mit einer Abwälzung der Steuer auf die Preise rechnen zu dürfen." Weiter: „Wir sehen daher, wie wir es schon oben erwähnt haben, einer teilweisen Erhöhung der Preise entgegen". Und noch mehr: „Den Gegnern der Ausgleichsteuer muss zugegeben werden, dass die Ausgleichsteuer eine Verteuerung gewisser Konsumgüter mit sich bringt". Und schliesslich: „In diesem Sinne ist zuzugeben, dass die Preiserhöhung da und dort vielleicht über Betriebe hinausgeht, die von der Steuer direkt erfasst werden". Der Bundesrat selbst ist also der Meinung, dass die Verteuerung der Waren nicht nur eintreten werde in jenen Geschäften, die die Ausgleichsteuer zu leisten haben, sondern dass die Verteuerung der Waren sogar über diese Geschäfte hinausgreifen werde. Was es bedeutet, in dieser Situation noch Massnahmen zu beschliessen, die eine weitere Verteuerung zur Folge haben, das kann jeder beurteilen, der in der Lage ist, sich ein Bild zu machen von den Verhältnissen, wie sie heute schon bei breiten Schichten des arbeitenden Volkes bestehen. Es wurde die Abwertung durchgeführt; der Lohnausgleich oder die Lohnanpassung erfolgte keineswegs im Ausmasse der Teuerung, im Gegenteil, es gibt breite Schichten der Arbeiterklasse, die überhaupt keine Lohnanpassung erhalten haben. Die Zollerhöhungen, die Verteuerung von Milch, Brot, Fett, all das wurde in der Vergangenheit durchgeführt, und nun soll durch diese Ausgleichsteuer noch eine neue Preissteigerung eintreten.

Eine zweite Folge der Durchführung dieser Ausgleichsteuer wird zweifellos eine Verschlechterung der Lohnbedingungen des Warenhauspersonals sein. Die Herren Warenhausbesitzer oder die Gesellschaften, die über diese Warenhäuser verfügen, haben bereits angekündigt, dass sie beabsichtigen, einen 7%igen Lohnabbau durchzuführen. Sie erklärten auch, dass wenn diese Ausgleichsteuer durchgeführt werde, es ihnen verunmöglicht werde, eine vorsorgliche Personalfürsorge fortzusetzen. Mir scheint, dass die Herren Warenhausbesitzer hier den Mund etwas zu voll genommen haben. Mit der vorsorglichen Personalfürsorge ist es sonderbar oder besser gesagt sehr schlecht bestellt. Jedenfalls bei den Warenhäusern ist von dieser Voraussetzung sehr wenig zu bemerken. Es ist Tatsache, dass von allen Handelsangestellten die Warenhausangestellten am allerschlechtesten bezahlt sind, dass der Durchschnittslohn der Verkäuferinnen der Warenhäuser monatlich 240 Fr. beträgt, und es ist weiter Tatsache, dass ein Viertel sämtlicher Warenhausverkäuferinnen keine 240 Fr. pro Monat beziehen, sondern einen Lohn von 180 Fr. oder noch weniger; also ein Viertel sämtlicher Verkäuferinnen in Warenhäusern verfügt nicht über ein Einkommen, das auch nur das Existenzminimum, das gerichtlich festgesetzt ist, erreicht. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitszeit durchwegs 52—54 Stunden beträgt und dass mit Ausnahme von Baselstadt der halbtägige Freitag pro Woche nicht zu verzeichnen ist. Es ist weiter Tatsache, dass teilweise keine Ferienregelung zu verzeichnen ist, teilweise eine willkürliche, und dass in den Warenhäusern speziell die Verkäuferinnen manchmal 2—4 Jahre beschäftigt sind, ohne einen Anstellungsvertrag zu erhalten. Diese Hinweise will ich hier anbringen, einmal um zu widerlegen, dass die Herren Grosswarenhausbesitzer eine vorsorgliche Personalpolitik betreiben und um anderseits zu unterstreichen, dass sie rücksichtslos genug sein werden, trotz der schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen, die heute schon bestehen, die Folgen dieser Ausgleichsteuer jedenfalls zum Teil auf das Personal abzuwälzen.

Es hätte längst die Möglichkeit bestanden, hier schützend vorzustossen. Ich glaube, es gibt im Volkswirtschaftsdepartement irgendwo in einer Schublade vermodert und verstaubt einen Gesetzesentwurf, der die Arbeitszeit in Handel, Industrie und Gewerbe regeln soll. Vielleicht, wenn man diesen Entwurf früher herausgenommen hätte, die Schutzbestimmungen für das Warenhauspersonal in Kraft gesetzt hätte, wäre dies auch ein gewisser Dämpfer gewesen gegenüber den Methoden, die die Warenhausbesitzer anwenden und weiter anzuwenden im Begriffe sind. Da wo es sich um die Schutzbestimmungen der Angestellten des Warenhauspersonals handelt, geht die Sache im umgekehrten Tempo, wie wenn es sich um die Frage der Ausgleichsteuer und die Belastung der unteren Schichten handelt.

Als dritte Folge dieser Ausgleichsteuer befürchten wir, dass die Warenhausbesitzer in der Lage sein werden, die Lasten auch auf die Lieferanten abzuwälzen. Auch hier kann man sich auf Aeusserungen des Bundesrates stützen, und zwar sind solche schon in der Botschaft vom 17. Juni ent-

halten. Dort sagt der Bundesrat: „Tatsächlich ist in vielen Fällen erstaunlich, was für niedrige Einstandspreise in gewissen Warenkategorien, wie etwa in Textilien und der Konfektion, von den Grossbetrieben des Detailhandels erhandelt werden."

Die Warenhausbesitzer werden also die drei Möglichkeiten ausnützen und versuchen, die Lasten, die ihnen diese Steuer auferlegt, auf die Lieferanten abzuwälzen. Nun sind die Lieferanten nicht durchwegs Grosskapitalisten, sondern darunter sind zu treffen Handwerker, Kleinindustrielle, der Zwischenhandel und in einem ziemlich grossen Ausmasse auch Heimarbeiter. Wie es mit der Entlöhnung der Heimarbeiter bestellt ist, darüber wird in späterem Zusammenhang noch zu sprechen sein. Der Druck auf die Lieferanten wird zweifellos zur Folge haben, dass die Lieferanten versuchen werden, die Arbeitsbedingungen ihres Personals zu verschlechtern; so wird eine Kette der Verschlechterung ohne Ende eingeleitet.

Man sagt, die Ausgleichsteuer sei dazu angetan, dem Gewerbe Schutz zu bringen. Wir sind heute schon vollständig überzeugt, dass das Gewerbe von diesem Schutz wenig oder vielleicht gar nichts, sogar statt Schutz Nachteile zu spüren bekommen wird. Wir wenden uns auch dagegen, dass man den Niedergang des Gewerbes und seine Notlage so darzustellen versucht, als wären nur die Grosswarenhausbesitzer daran schuld. Der Niedergang des Gewerbes ist die Folge der grosskapitalistischen Rücksichtslosigkeit im allgemeinen, einer Politik, die nicht auf den Kleinen und Schwachen Rücksicht nimmt, die auf der ganzen Linie nach den Profitinteressen orientiert ist. Wenn irgend etwas in den letzten Jahrzehnten die Lage des Gewerbes besonders verschlechtert hat, war es zweifellos die Abbaupolitik, die im Bunde, in den Kantonen und teilweise auch in den Gemeinden durchgeführt wurde. Durch die Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen hat das Gewerbe am allermeisten gelitten.

Wir sind der Meinung, dass sich diese Steuer nicht zugunsten des Gewerbes, sondern in der gegenteiligen Linie auswirken wird. Es ist nötig, dem Mittelstand, dem Gewerbe zu helfen, Existenzmöglichkeiten für diese breite Volksschicht zu schaffen. Aber es gibt andere Möglichkeiten als die Ausgleichsteuer; ich will nur nebenbei darauf hinweisen, dass die Herabsetzung der Miet- und der Kapitalzinsen eine viel weitergehende Hilfe wäre als das, was man hier inauguriert. Steuererleichterungen, Gebührenreduktion und vor allem bessere Existenzmöglichkeiten der breiten Massen, Hebung ihrer Kaufkraft, wären Momente, um die Lage des Gewerbes zu verbessern, d. h. diesen breiten Volksschichten bessere Existenzmöglichkeiten zu verschaffen.

Wir sind also der Ueberzeugung, dass bei den Warenhausbesitzern drei Möglichkeiten bestehen werden, diese Steuerlasten von sich abzuwälzen: Einmal in der Preisverteuerung, zweitens in der Lohnreduktion und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Personals überhaupt und drittens in der Verschlechterung der Einkaufsbedingungen gegenüber den Lieferanten.

Ich glaube nicht, dass die Warenhausbesitzer die Drohung wahr machen und die Geschäfte schliessen, sondern eher, dass sie diese Ausgleichsteuer zum Ausgangspunkt der genannten drei Massnahmen machen werden und sogar viel mehr auf die Preise, Löhne usw. abwälzen, als ihnen durch diese Steuer auferlegt wird. Darum wird es keine Ausgleichsteuer sein, sie wird dem Gewerbe nichts nützen, sondern sie wird in der Folge die Lage der breiten Massen verschlechtern.

Es sind andere Möglichkeiten in der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung vorhanden. Ich verweise auf den Vorschlag des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine betreffend die Erhebung einer Vermögenssteuer von 1½ %. Es berührt mich etwas sonderbar, dass dieser einstimmige Antrag des VSK hier noch nicht ausgeteilt worden ist. Es sind bis jetzt eine ganze Menge von Anträgen auf den Tisch des Hauses geschneit, aber der Antrag des VSK liegt noch nicht vor. Allerdings sollte man dann bei dessen Annahme die kleinen Vermögen ausnehmen.

Man kommt einfach zu einer Ausgleichsteuer, weil das Kapital streikt. Es streikt hier wie bei den früheren Anlässen. Es besteht ein ziemlich grosser Gegensatz zwischen dem, was vor dem 27. November gesagt wurde und dem, was heute hier praktiziert werden soll. Im Rundschreiben des Schweizerischen Aktionskomitees für die Finanzvorlage war zu lesen, dass, wenn die Vorlage angenommen werde, der Eidgenossenschaft in der nächsten Zeit die nötigen Gelder zur Verfügung stünden. Es scheint, dass sie jetzt nicht zur Verfügung stehen, deshalb greift man zur Ausgleichsteuer. Weil man nicht an die besitzenden Kreise, die über die nötigen Mittel verfügen, herantreten will, wird wiederum, wie bei allen früheren Vorlagen, der Versuch gemacht, die Mittel dort zu holen, wo heute schon Notlage vorhanden ist. Darum auch hier wieder die Belastung der kleinen Leute, der Schwachen, die kaum in der Lage sind, sich zu wehren.

Ich bin auch der Meinung, dass durch diese Vorlage noch eine schlimmere Sache eingeleitet wird, nämlich die Spaltung gewisser Bevölkerungskreise, die eigentlich natürliche, gemeinsame Interessen haben. Unter dem Vorwand der Arbeitsbeschaffung wird man versuchen, die Arbeitslosen für eine solche Vorlage zu gewinnen und sie gegen diejenigen auszuspielen die heute noch in Arbeit stehen, zum grossen Teil allerdings unter Lohneinkommen, die, gemessen an den Lebensverhältnissen, so gering sind, dass man ihnen nicht zumuten kann, noch weitere Lasten zu übernehmen. Durch die Hineinnahme dieser Ausgleichsteuer wird man solche Widerstände schaffen, dass kaum Aussicht besteht, die Gesamtarbeitsbeschaffungsvorlage durchzubringen. Wenn man sie verwirft, wird das eintreten, worauf ich schon früher hingewiesen habe und worauf von Anfang an gewisse Kreise spekuliert haben. Dann wird man die Vorlage in eine militärische Arbeitsbeschaffung und eine zivile Arbeitsbeschaffung trennen. Für die militärische Arbeitsbeschaffung liegt die Finanzierung vor: Krisensteuer oder später Wehrsteuer. Für die zivile Arbeitsbeschaffung werden keine Mittel vorliegen, und so wird diese entscheidende Aufgabe für die grossen Massen von Arbeitslosen auf die lange Bank geschoben und überhaupt nicht durchgeführt. Es ist eigentlich unbegreiflich, dass man in einer Situation, wo Geld in Hülle und Fülle

vorhanden ist, das Geld nicht dort nimmt, wo es aufgestapelt wird, sondern wiederum den Versuch macht, die Mittel dort zu holen, wo breite Schichten des werktätigen Volkes belastet werden. Weil wir damit nicht einverstanden sind, stimmen wir für den Streichungsantrag.

Bürki: Es war vorauszusehen, dass die Grossbetriebe sich gegen diese Ausgleichsteuer wenden würden und die Opposition sich hier im Rate wiederholen werde. Man will dem Rat und der Oeffentlichkeit ein Gruseln beibringen, indem man von Lohnabbau, Verteuerung, Lieferantendruck usw. spricht. Dabei weist die Botschaft des Bundesrates ausdrücklich darauf hin, dass von einer so ausgesprochenen Auswirkung keine Rede sein kann. Man legt seitens dieser Betriebe und ihrer Gewährsleute eine etwas zu heftige und teilweise auch unsachliche Kritik an. Das sei diesen Herren oder vielen davon ins Stammbuch geschrieben. Bei aller Anerkennung ihrer Sorgen um ihre Geschäfte, scheinen diese Herren doch ein wenig weltfremd geworden zu sein. Sie scheinen nicht zu wissen, um was es heute geht. Sie berufen sich nur auf ihre Rechte, vergessen aber dabei, auch an Pflichten zu denken. Alle Steuern sind unpopulär. Jeder meint, der andere soll. Heute sagen die Vertreter der Grossbetriebe, sie wären mit einer allgemeinen Umsatzsteuer einverstanden. Ich bin überzeugt, wenn diese Umsatzsteuer vorgeschlagen wäre, würde man sie ebensosehr bekämpfen wie die Ausgleichsteuer.

Ich möchte die Vorlage auch noch von einem andern Gesichtspunkt aus begründen, und zwar von dem des Notstandes aus. Sie alle wissen, dass wir in unserem kleinen Lande in einem wirklichen Notstand leben. Was wir für die ordentliche Arbeitsbeschaffung ausgeben, ist bekannt. Wir haben vor noch nicht sehr langer Zeit hier im Rate 35 Millionen Fr. dafür beschlossen. Dass zu dieser ordentlichen Arbeitsbeschaffung auch noch eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung kommen muss, darüber sind wir uns im klaren. Bezüglich der Finanzierung meine ich, dass zu dieser ausserordentlichen Arbeitsbeschaffung auch eine ausserordentliche Finanzierung gehört. Unsere Arbeitslosen, von denen wir leider noch Divisionen haben, müssen beschäftigt werden. Das scheint man vielerorts zu verkennen. Nicht die Geldunterstützung ist das richtige, sondern Arbeit, die nicht nur für den Broterwerb da ist, sondern auch innere Werte fördert. Hauptzweck ist also die Beschäftigung der Arbeitslosen. Darin stimme ich mit Herrn Dr. Meierhans überein. Der Vorschlag des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit ist nicht so abwegig, wie er verschiedentlich beurteilt wird. Er ist wohl überlegt im Lichte aller schwebenden Landesfragen. Es ist eine befristete Vorlage, ein befristeter Steuerbezug bis zur Abtragung der 200 Millionen. Wenn man heute davon spricht, die allgemeine Umsatzsteuer einzuführen, so möchte ich sagen: wir können mit dieser Ausgleichsteuer Erfahrungen sammeln und damit den Uebergang von der Ausgleichsteuer zur allgemeinen Umsatzsteuer erleichtern.

Ist diese partielle Ausgleichsteuer für die in Frage kommenden Betriebe und Unternehmungen so untragbar? Ich glaube es nicht. Ich behaupte mit dem Bundesrat die Tragbarkeit.

Kein Betrieb wird deswegen zugrunde gehen. Die Leistungsfähigkeit dieser Betriebe ist ja ausgewiesen. Sie haben Jahr um Jahr steigende Umsätze. Im übrigen widersprechen sich die Eingaben oft. Das einemal muss man die Geschäfte schliessen, das anderemal will man zu einem verschärften Wirtschaftskampf übergehen. Grundsatz muss doch heute sein, dass der finanziell Starke, der wirtschaftlich Leistungsfähige — und um diese Leute handelt es sich — beitragen, dem Schwachen beizustehen, d. h. in diesem Falle die Arbeitsbeschaffungsvorlage finanzieren zu helfen. Das ist Rechtsgleichheit. Wenn wir die Steuerleistungen und andere öffentliche Abgaben vergleichen, so darf ohne Ueberhebung gesagt werden, dass der kleine und mittlere Betrieb im Verhältnis weit mehr leistet als die hier in Frage stehenden Grossbetriebe. Ich wage das zu behaupten und könnte mit Zahlen aufwarten. Den Hinweis auf die Leistung der Angestellten dieser Betriebe lasse ich zum Teil gelten; das ist wahr. Aber ich stelle diesem Hinweis gegenüber die Tatsache, dass Handwerk, Detailhandel, Gastgewerbe ihren fremden Arbeitskräften die Lohnsumme von 1,1 Milliarde auslösen. Auch von dieser Milliarde werden Steuern bezahlt. Die Ausgleichsteuer ist eine Art Arbeitsrappen, wie wir ihn in Basel und anderswo haben, ein Arbeitsrappen der Leistungsfähigen für eine ausserordentliche Arbeitsbeschaffung. Die Ausgleichsteuer ist nicht da für eine Steigerung der Produktion, sondern für die Beschäftigung unserer Arbeitslosen und damit für die Schaffung von volkswirtschaftlich wichtigen Werken.

Die Anerkennung der Ausgleichsteuer bietet den in Frage kommenden Betrieben nun Gelegenheit zu zeigen, dass sie vorab gewillt sind, auch an Landesfragen mitzuarbeiten, indem sie dieser Vorlage zustimmen und damit über die Not der Zeit hinweghelfen.

Der Antrag von Herrn Dr. Meierhans scheint mir sehr gefährlich. Er würde ganz sicher eine Verschleppung und sogar Verunmöglichung der Durchführung der Arbeitsbeschaffung herbeiführen und das darf nicht sein. Darum möchte ich Sie bitten, den Antrag Dr. Meierhans abzulehnen.

Herzog: Wenn ich mich allein nach der Botschaft des Bundesrates richten wollte, hätte ich eigentlich alle Ursache, für die Ausgleichsteuer einzutreten. Ich habe allen Grund, an dieser Stelle Herrn Bundesrat Obrecht meinen Dank dafür auszusprechen, dass er in der Botschaft für die Genossenschaften diejenigen Worte gefunden hat, die unserer Auffassung nach im allgemeinen angebracht sind. Ich bin aber der Meinung, dass die Ausgleichsteuer im Zusammenhang mit der Vorlage der Arbeitsbeschaffung abgelehnt werden sollte. Ich komme dazu aus verschiedenen Ueberlegungen. Einmal finde ich die Ausgleichsteuer so ausgebaut, wie sie einesteils in der Botschaft des Bundesrates niedergelegt ist, aber dann auch so, wie sie nach den Anträgen der Kommission vorgesehen ist, als ungerecht. Ich finde sie als ungerecht deshalb, weil ich vor allen Dingen befürchte, dass die Ausgleichsteuer eine Erhöhung der Lebenskosten zur Folge haben kann. Wenn sie keine

Erhöhung der Lebenskosten zur Folge haben wird, dann werden die betroffenen Betriebe versuchen, die Ausgaben, die ihnen durch die Ausgleichsteuer entstehen, auf andere Weise wieder hereinzubringen, sei es, indem sie die Lieferantenpreise drücken, vielleicht noch mehr drücken als bisher, oder sei es, dass sie auf andern Gebieten, auf dem Gebiete der Fürsorge für die Angestellten, des Lohnwesens usw., versuchen, den Ausgleich zu finden. Man erklärt, das sei nicht möglich, und zwar deshalb nicht möglich, weil ja die betroffenen Betriebe, insbesondere die Warenhäuser, nicht Lohnansätze oder Sozialeinrichtungen hätten, die sich überhaupt noch verschlechtern lassen könnten. Diese Lohnansätze seien ja so niedrig, dass sie nicht mehr abgebaut werden könnten.

Ich kann dieser Argumentation nicht folgen. Es mag sein, dass die Lohnansätze und sozialen Einrichtungen so schlecht sind, dass sie nach vernünftigen Ueberlegungen einfach nicht mehr verschlechtert werden sollten. Aber es besteht trotzdem die Gefahr, dass das eintritt, und ich glaube, dass das eintreten wird, wenn die betroffenen Betriebe auf irgendwelche Weise versuchen, die Lasten, die ihnen mit der Ausgleichsteuer auferlegt werden, wieder hereinzubringen. Dass diese Betriebe sich am Profit etwas abnehmen lassen wollen, das werden sogar die Herren, die für die Ausgleichsteuer eintreten, selbst nicht annehmen.

Ich komme auch aus Ueberlegungen zur Ablehnung der Ausgleichsteuer, die ich von einem bekannten Experten über Finanzfragen erhalten habe, einem Experten, der im Bundeshaus ein- und ausgeht und der den Herren im Bundesrate wohl bekannt ist. Er schreibt in einem Briefe zur Ausgleichsteuer: „Die vom Bundesrat (Volkswirtschaftsdepartement, nicht Finanzdepartement) vorgeschlagene Ausgleichsteuer dagegen ist Unsinn. Ich finde... usw." Ferner schreibt er: „Da kann ich freilich nicht mehr mitmachen, und ich werde kaum darum herumkommen, solche Steuerprojekte auch öffentlich zu bekämpfen." Das schreibt ein bekannter Finanzexperte des Bundesrates, der, wie bereits erwähnt, im Bundeshaus ein- und ausgeht. Er ist der Auffassung, dass dieses Steuerprojekt Unsinn sei. Ich will mich so weit gar nicht versteigen. Ich erlaube mir das nicht. Ich glaubte nur, das bei dieser Gelegenheit sagen zu dürfen.

Wenn nun von seiten des Gewerbes, insbesondere von den Herren Gysler und Bürki, erklärt wird, dass man mit dieser Steuer dem Mittelstande helfen könne, dann glaube ich, befinden sich diese Herren auf dem Holzwege, wie man im Volksmunde sagt. Mit dieser Ausgleichsteuer können Sie dem bedrängten Mittelstande nicht helfen. Ich glaube, es wäre richtiger, wenn sich die Herren Vertreter des Gewerbes auf den Standpunkt stellen würden, den wir einnehmen müssen, und wenn sie einsähen, dass damit dem Mittelstand und dem kleinen Detailhandel nicht geholfen werden kann. Ich habe die feste Ueberzeugung, dass mit dieser Steuer auch nicht ein einziger kleiner Detailhändler gegenüber den Warenhäusern, der Migros, der Epa oder wem Sie wollen, irgendeine bessere Situation bekommt. Das ist meine vollendete Ueberzeugung. Man hat mir noch nicht ein Argument gesagt, das reichen würde, das zu begründen, was immer und immer wieder erklärt wird, dass mit dieser Ausgleichsteuer dem Mittelstande geholfen werde. Ich glaube das nicht.

Herr Gysler hat erklärt, er wisse auch, dass die Uebersetzung des Detailhandels wesentlich mitschuldig sei an der Misère im Mittelstand und bei den Kleindetailhändlern. Das ist richtig, und es wäre vielleicht eher Aufgabe der Vertreter dieses Standes, wenn sie nach dieser Richtung Wege und Auswege suchen würden. Diese Leute verlassen sich aber darauf, dass sich in den kommenden Wirtschaftsartikeln ein Ausweg finden und zeigen werde. Wann kommen diese Wirtschaftsartikel? Wahrscheinlich dann, wenn ein neuer Bundesrat gewählt ist. Ich weiss nicht, ob Sie das Vertrauen in den neuen Bundesrat haben, dass er dann insbesondere dem Mittelstand mit den Wirtschaftsartikeln die neuen und guten Wege zeigen wird. Ich habe die Auffassung, dass es mit diesen Wirtschaftsartikeln noch lange Weile haben wird und dass Sie sich auf diese Wirtschaftsartikel nicht verlassen können. Ich glaube, dass Sie selbst in Ihren Kreisen den Weg suchen müssen, um aus dieser Situation, in der Sie sich befinden, herauszukommen. Wenn Sie sagen, die Uebersetzung des Detailhandels sei mitschuldig an der Misère, so stimmt das. Ich könnte Ihnen das an Hand von Zahlen belegen. Ich zeige Ihnen ein paar Zahlen bezüglich des Milchhandels in der Stadt Zürich. Sie haben auch Gelegenheit gehabt, dies in dem Bericht nachzusehen, der Ihnen zugestellt worden ist. Es wird da angegeben, dass in Zürich im Jahre 1914 235 Milchhändler sich mit dem Verschleiss von Milch befasst haben. 1936 seien es 426 Milchhändler gewesen, also 81 % mehr als 1914. Da liegt eigentlich „der Hund begraben", wie ein früherer Kollege des Nationalrates jeweilen gesagt hat. Das ist eigentlich der Kernpunkt der Frage, mit dem sich die Herren des Mittelstandes und des kleinen Detailhandels etwas näher befassen sollten. Ich habe die Auffassung, dass man mit der Ausgleichsteuer nicht zum Ziele komme und dass man mit dieser Steuer denen, welchen man helfen will, nicht helfen kann.

Herr Bürki hat gesagt, die Ausgleichsteuer sei so eine Art Arbeitsrappen, wie man ihn im Kanton Basel-Stadt hat. Bei weitem nicht, Herr Bürki! Wenn die Ausgleichsteuer eine Art Arbeitsrappen wäre, wie man ihn bei uns im Kanton Basel-Sadt hat, so müssten Sie auch bezahlen; denn der Arbeitsrappen wird von allen bezahlt und nicht nur von einem Teil.

(Zwischenruf **Bürki:** Der Arbeitsrappen ist eine „Art" Ausgleichsteuer.)

Nein, Herr Bürki, sie ist eine „Abart", keine „Art". Wenn Sie mit uns darüber diskutieren wollen, ob Sie eine Art Arbeitsrappen haben wollen, gut, dann können wir einmal darüber sprechen. Aber das wollen Sie auch nicht; denn dann müssten Sie auch bezahlen.

Man sagt auch, die ganze Opposition sei eine Machenschaft der Grossbetriebe. Nein, ich bin dagegen, weil ich der Auffassung bin, dass damit jenen, denen Sie helfen wollen, nicht geholfen werden kann. Dass dem so ist, wissen Sie selbst. Sie sollten aber den Mut haben, Ihren Leuten mit aller Deutlichkeit zu sagen, dass mit der Einführung dieser Ausgleichsteuer dem kleinen Detailhandel und dem Mittelstand

in keiner Weise geholfen wird, dass unter Umständen lediglich die sozialen Bedingungen des Personals der betroffenen Betriebe noch verschlechtert werden. Wenn Sie zwar die Besteuerung der Genossenschaften beschliessen, werden allerdings bei diesen die sozialen Bedingungen des Personals nicht verschlechtert werden. Die Steuer wird aber eine finanzielle Verschlechterung der Genossenschaftsmitglieder bringen.

Herr Bürki sagte: „Es ist richtig, was Herr Meierhans gesagt hat, dass die Arbeitslosen beschäftigt werden müssen". Glauben Sie denn, Herr Bürki, dass sie durch Kombination der Arbeitsbeschaffungsvorlage mit der Ausgleichsteuer den Arbeitslosen eher helfen können?

Ich hege die grosse Befürchtung, dass bei dieser Kombination das Volk die Vorlage eher verwerfen könnte. Ich will mich zwar nicht in Prophezeiungen ergehen, denn ich kann mir über die Aussichten in der Volksabstimmung noch kein abschliessendes Urteil erlauben, aber die Gefahr der Verwerfung ist bei Kombination mit der Ausgleichsteuer zweifellos grösser. Es ist meine Ueberzeugung, dass Sie mit der Kombination eigentlich für die Verwerfung der Vorlage arbeiten. Wenn Sie diese Vorlage schmackhaft gestalten wollen, dürfen Sie sie nicht mit einem derartigen Steuerprojekt verquicken. Das ist meine Meinung. Ich glaube deshalb, es sei besser, dem Antrage der Minderheit auf Streichung zuzustimmen.

M. **Rosselet:** Je pense que la proposition de la minorité de la commission de supprimer tout le paragraphe 3 de l'article en discussion doit être examinée à la lumière de la ligne générale du projet. Cette ligne est dans le sens du développement de l'économie du pays et tend à donner, à certaines catégories sociales maintenant privées de leurs moyens d'existence, la possibilité de vivre.

Il faut donc que l'ensemble du projet se caractérise dans le sens du développement économique. Or, Messieurs, je crois que les dispositions contenues dans cet alinéa 3 vont à l'encontre du but que l'on désire atteindre, parce que, au lieu de soutenir certaines branches de notre économie nationale, on va, au contraire, en diminuer la vitalité. Je connais assez bien le bilan d'un certain nombre de sociétés coopératives qui vont être, de par les mesures incluses dans ce paragraphe 3, obligées de payer l'impôt compensatoire. Je dis que pour les bilans que je connais, l'application des mesures que nous discutons aura comme conséquence le déséquilibre de ces bilans et l'obligation, pour les entreprises en question, de rétablir d'une façon ou d'une autre l'équilibre de leurs comptes. Or il n'y a pas plusieurs façons de rétablir cet équilibre. Ou bien on pressera sur le prix des fournisseurs, ou bien on réduira les salaires. C'est évidemment dans le sens d'une diminution du prix de revient de la marchandise ou dans celui d'une diminution des salaires que, forcément, ceux qui ont le souci d'un bilan à équilibrer devront s'orienter. Si c'est vrai pour les organisations que je connais, cela est aussi vrai pour d'autres entreprises de la branche commerciale qui vont être frappées davantage que les coopératives. Les Uniprix, les maisons à succursales multiples auront la tendance, elles aussi, de récupérer ce qu'elles devront nécessairement récupérer pour l'équilibre de leur bilan et elles le feront là où la chose est possible. Elles le feront, cela est tout naturel, dans deux sens: la pression sur les prix des fournisseurs et la compression des salaires.

Ces deux conséquences du chiffre 3 de l'article que nous discutons ont pour corollaire que cette partie de l'article va déployer ses effets dans un sens opposé à celui que nous désirons, car la diminution des salaires, d'une part — qu'il sera très difficile d'éviter à mon sens — la compression des prix de revient, d'autre part, auront pour conséquence de nous mettre en face de catégories sociales qui vivent encore assez normalement maintenant, mais qui, par cette circonstance nouvelle, seront aux prises avec des difficultés nouvelles. On va donc à fins contraires de ce que nous désirons en rendant plus difficile l'existence à nombre de fournisseurs des entreprises commerciales dont je parle et en rendant plus difficile aussi l'existence à quantité d'employés et d'ouvriers de ces entreprises.

Il n'est donc pas logique de vouloir rétablir l'économie du pays, en agissant de telle façon que l'on presse sur certaines catégories sociales qui, elles, verront leur situation de vie s'amoindrir encore.

J'admets un instant que ce ne soit pas nécessairement dans la forme dont je viens de parler que s'obtiendra l'équilibre des entreprises visées. La conséquence sera alors l'augmentation des prix, s'il n'y a pas possibilité de compression à l'intérieur du bilan. Cette élévation des prix se fera dans une proportion équivalente à la somme nécessaire pour couvrir l'impôt. Cependant, le renchérissement qui s'ensuivra sur l'ensemble de la consommation ne sera pas seulement en fonction de l'impôt prélevé. Il aura certainement une tendance générale, car je ne crois pas que les prix, qui seront ceux des coopératives et de grands commerces, maintiendront la différence de l'impôt avec les prix du petit commerce. Celui-ci aura tout naturellement la tendance d'augmenter ses prix au niveau de ceux qui seraient appliqués dans les coopératives ou dans les entreprises commerciales.

Ce ne sera donc pas un renchérissement de l'ordre de grandeur de l'impôt que vous allez décider, mais un renchérissement de l'ordre de grandeur de l'ensemble de la modification de prix que vous entraînerez; cela aura donc pour conséquence une augmentation relativement considérable des prix du marché.

Cette augmentation générale pourra, à son tour, avoir comme conséquence de renchérir les prix de production. On a parlé tout à l'heure de la situation de nos industries d'exportation. Le renchérissement général impliquant une élévation des prix de production, nos exportations vont se trouver dans une situation difficile, plus difficile que dans la situation actuelle. Dès l'instant où nous admettons des mesures de ce genre, nous tombons dans un cercle vicieux: les mesures mêmes que nous appliquons se retournent contre le but que nous désirons atteindre, voire contre certaines catégories sociales en difficulté.

Nous sommes d'avis que les petits commerçants sont intéressants comme catégorie sociale; mais

nous sommes également d'avis que vouloir les défendre par une disposition constitutionnelle telle que celle que nous discutons, n'est pas dans le sens de l'organisation économique moderne. Nous avons, autant que quiconque, de la sympathie pour les classes moyennes et les petits commerçants; mais en voulant, dans un article constitutionnel, introduire non plus des mesures tendant à la couverture financière des grands travaux, mais à la protection du petit commerce, c'est commettre une erreur, car de telles mesures se retourneront contre ce petit commerce qui va, lui aussi, se trouver en présence de difficultés nouvelles. Ce dont souffre le petit commerce, ce n'est pas tant de la concurrence des grands magasins que de la situation économique générale, du manque d'organisation, de la dispersion des efforts, dispersion qui devient telle qu'actuellement lorsqu'un homme sans travail a encore quelques moyens, mais ne sait plus qu'entreprendre, il se fait petit commerçant et acquiert de cette façon une situation souvent inférieure à celle d'un chômeur qui reçoit des indemnités lui permettant encore tout juste de subsister.

Cette multiplication de petits commerces, de petites entreprises n'augmente pas le volume de la consommation. En effet, celui-ci se répartit sur l'ensemble des entreprises; plus les entreprises sont nombreuses, plus les frais généraux collectifs s'élèvent, plus deviennent aussi difficiles les situations des petits commerçants.

J'ai entendu de la bouche de M. Musy quelque chose de fort intéressant et sur quoi je suis absolument d'accord. M. Musy a déclaré que si le petit commerce voulait sortir de la situation actuelle, c'était dans le sens de l'organisation qu'il devait aller, dans le sens de l'agglomération de ses forces d'achat. On rend ainsi implicitement hommage au principe de la coopération et le petit commerce doit le faire en le prenant à son profit et en essayant de tirer de ses possibilités d'organisation et d'achats en commun de meilleures conditions d'existence pour lui.

Mais tant et aussi longtemps que dans ce domaine-là on en restera à l'état d'anarchie dans lequel nous sommes, tant et aussi longtemps que la multiplication des petits commerces ira à l'infini — c'est le cas, par exemple, à Genève, où l'on est frappé du développement constant du nombre de toutes petites entreprises qui, à leur naissance, ne sont pas viables, qui, à leur naissance même devraient être condamnées, mais que les circonstances actuelles et l'absence d'organisation dans ce domaine nous obligent bien à tolérer — tant et aussi longtemps qu'il en sera ainsi, des résultats ne peuvent être efficacement obtenus. Nous sommes donc d'accord avec M. Musy — une fois n'est pas coutume — et nous disons que c'est dans le sens de l'organisation du petit commerce qu'il faut aller, c'est aussi dans le sens des possibilités d'achats en commun, dans tout ce qui constitue pour le petit commerce l'application du principe de la coopération et de l'entr'aide. Mais je crois que le problème est plus vaste. Lorsque, par les méthodes que nous utilisons maintenant, nous essayons de raviver l'économie, si intéressants que soient les efforts, si important que soit le volume d'affaires que nous allons créer par l'article constitutionnel en discussion, j'ai l'impression que nous sommes à côté et en dehors de la question.

On a partout la tendance à une limitation, nécessitée par l'organisation économique actuelle: limitation du petit commerce — les petits commerçants sont d'ailleurs d'accord — limitation dans le monde ouvrier, du nombre des apprentis, diminution des possibilités d'instruction des jeunes gens pour protéger le métier — les organisations ouvrières sont d'accord par la force même des choses — limitation dans tous les domaines du développement économique! C'est dans cette direction-là que nous marchons!

Et à quoi aboutirons-nous? A une organisation où une fraction du corps social aura la possibilité de vivre, bien pour les uns, cahin, caha, difficultueusement peut-être, pour les autres, mais enfin encore la possibilité de vivre; mais qui rejettera automatiquement tous ceux qui en des domaines divers sont en surnombre et qui seront exclus ainsi de la possibilité de vivre. Si les chômeurs sont dans une situation difficile, les petits commerçants le sont également; et, en rejetant toute une partie de la collectivité en dehors du corps social, nous aboutissons à avoir chez nous deux catégories sociales importantes; ceux qui ont la possibilité de travailler et qui défendent leur travail; puis ceux qui n'ont plus cette possibilité et qui se défendent alors comme ils peuvent. Nous aboutissons à cela, parce que l'organisation économique dans laquelle nous vivons porte en elle-même une contradiction. Le développement technique extraordinaire créé dans tous les domaines a abouti à ce qu'une partie de l'humanité peut fort bien vivre en utilisant ce développement technique, mais à la condition de rejeter en dehors du corps social quantité de gens qui doivent cependant vivre! Ce que la société actuelle a fait — et ce ne sont que des mesures dans le genre de celles que nous appliquons maintenant qui auront une influence très grande dans ce domaine — ce que la société actuelle a fait, c'est qu'elle a remplacé dans une très forte mesure le labeur humain par le travail mécanique. Le travail humain est cher, parce que l'homme doit vivre, la machine humaine doit vivre. Le travail mécanique, infiniment meilleur marché, ne permet plus d'occuper chaque homme, bien qu'il pourrait nourrir tout le monde. Et alors, nous sommes dans une impasse, non pas seulement dans notre pays, mais dans tous les pays, parce qu'on ne sait ni ne peut adapter les possibilités de consommation aux possibilités de production. Dans le régime où nous vivons, on voit ce miracle de produire de tout en surabondance. Ce côté du miracle, vous l'avez fait; mais vous n'avez pas trouvé la possibilité d'adapter la consommation à vos possibilités de production. C'est là le fond du problème et tout ce que nous pouvons faire, y compris le programme de grands travaux, y compris les 400 millions que nous allons dépenser pour raviver l'économie, tout ce que nous pouvons tenter dans ce domaine-là c'est un emplâtre sur une jambe de bois — permettez-moi cette expression — et il en sera ainsi tant et aussi longtemps qu'on ne s'attaquera pas aux maux fondamentaux dont nous souffrons. C'est là cependant un effort qui pourrait être fait en dehors et au-dessus des partis, car nous avons

tous les mêmes intérêts dans ce domaine-là. Les entreprises qui vivent n'ont pas intérêt à avoir à côté d'elles des masses de gens dans l'indigence, qui ne touchent que tout juste ce qui est nécessaire pour ne pas mourir; ces entreprises ont, au contraire, intérêt à avoir des catégories sociales qui soient des consommateurs aussi importants que possible. Par conséquent, aller dans le sens où nous allons, frapper d'impôts certaines catégories d'entreprises et diminuer de cette façon-là leurs possibilités d'action, augmenter le coût général de la vie, sans réintégrer pour autant les producteurs dans le cycle de la production, c'est faire une œuvre qui n'a pas d'issue. Il s'agit, pour aller de l'avant, de voir le problème d'une autre façon. Je ne suis pas sorcier; Messieurs les conseillers fédéraux non plus. On attend en général tout du Conseil fédéral comme d'une espèce de bon Dieu qui aurait la possibilité de tout faire! ... Je dis que c'est dans toutes les catégories sociales qu'on doit examiner ce problème dans le sens de la vie collective, dans le sens de la vie assurée à chacun.

Je prétends que ce que vous proposez par ce chiffre 3 de l'article en discussion se retourne complètement contre le reste de l'article, qui est tout de même dans le sens de rendre vie à l'économie et qui, malgré cela, n'aboutira pas au résultat qu'on en attend, si nous n'allons pas plus avant.

Je vous demande, Messieurs, de ne pas aggraver les circonstances actuelles en augmentant d'une façon générale le coût de la vie, en chargeant certaines entreprises qui, forcément, devront trouver d'une façon ou d'une autre, pour l'équilibre de leur bilan, ce qui leur est nécessaire. Et je crois qu'en vous demandant, avec mes collègues de la minorité de la commission, la suppression de ce chiffre 3, nous travaillons dans le sens du développement de l'économie du pays. Je vous demande donc instamment d'accepter les propositions de la minorité de la commission.

M. le **Président:** La proposition de la minorité, qui tend à biffer l'article 3, étant une proposition principale, viendra en votation à la fin de l'article 3 en opposition aux décisions subsidiaires que nous prendrons tout d'abord. Le Conseil fédéral répondra donc également à la fin. Nous suspendons ainsi provisoirement cette question.

M. **Lachenal:** Je m'excuse de revenir sur cette question de vote. Tout d'abord, je n'avais pas très bien compris l'opinion de la présidence. Si, maintenant, je l'ai exactement saisie, elle nous propose de suspendre la votation sur la proposition principale de la minorité tendant à biffer tout l'article et de ne procéder au vote sur ce point principal que lorsqu'auront été discutés tous les amendements éventuels. Or, il me semble que si la proposition principale de suppression doit être acceptée, il ne vaut vraiment pas la peine de perdre du temps à discuter un certain nombre d'amendements. Dans ces conditions, il me paraît qu'il serait préférable de procéder au vote sur le biffage général; s'il est négatif, alors nous pourrons discuter les amendements et émettre un vote sur chacun d'eux.

M. le **Président:** La situation est celle-ci:

La minorité de la commission a proposé à titre principal de biffer l'alinéa de l'article 3, et à titre subsidiaire, elle a proposé toute une série de modifications. D'autres membres de l'assemblée ont présenté à leur tour des amendements. En vertu du règlement du Conseil national, je ne puis faire voter sur la proposition principale qu'après que les propositions subsidiaires auront été éliminées et que l'épuration sera faite. L'article 78, al. 1, du règlement est à cet égard tout à fait catégorique.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 14. Dez. 1938.
Séance du 14 décembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 1045 hiervor. — Voir page 1045 ci-devant.

Lit. A. Ziffer 3.
Lettre A. Chiffre 3.

Fortsetzung. — *Suite.*

M. **Cottier:** Vous avez entendu hier les représentants de la minorité de la commission qui se sont élevés contre le chiffre 3. Parmi les raisons invoquées par eux, il en est de bonnes, de moins bonnes et de franchement mauvaises. Je ne tiens pas — le temps me ferait du reste défaut — à disséquer les arguments avancés par ces messieurs. Les uns et les autres ont affirmé qu'ils avaient pour le petit et le moyen commerce de grandes sympathies. Les uns et les autres cependant ont ajouté aussitôt que le petit commerce devait faire lui-même un effort, un effort d'adaptation, de rationalisation et d'organisation. Ils ont parlé de réclame en commun, d'achats collectifs, etc. Il est évident que les conseils ne coûtent absolument rien. Je pense quand même qu'il est de mon devoir de dire à nos contradicteurs, à M. Rosselet par exemple, que le petit et moyen commerce n'a pas attendu les conseils qu'ils ont bien voulu prodiguer hier, pour commencer cet effort d'adaptation. Je peux dire à ces messieurs que dans une profession que je connais particulièrement bien — le commerce de l'alimentation — on a créé depuis une trentaine d'années déjà, si ce n'est plus, des sociétés d'achats en commun. Aujourd'hui, ce

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VII
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	05
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	13.12.1938
Seite Page Pagina	1045-1076
Ref. No	20 032 667

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

tous les mêmes intérêts dans ce domaine-là. Les entreprises qui vivent n'ont pas intérêt à avoir à côté d'elles des masses de gens dans l'indigence, qui ne touchent que tout juste ce qui est nécessaire pour ne pas mourir; ces entreprises ont, au contraire, intérêt à avoir des catégories sociales qui soient des consommateurs aussi importants que possible. Par conséquent, aller dans le sens où nous allons, frapper d'impôts certaines catégories d'entreprises et diminuer de cette façon-là leurs possibilités d'action, augmenter le coût général de la vie, sans réintégrer pour autant les producteurs dans le cycle de la production, c'est faire une œuvre qui n'a pas d'issue. Il s'agit, pour aller de l'avant, de voir le problème d'une autre façon. Je ne suis pas sorcier; Messieurs les conseillers fédéraux non plus. On attend en général tout du Conseil fédéral comme d'une espèce de bon Dieu qui aurait la possibilité de tout faire! ... Je dis que c'est dans toutes les catégories sociales qu'on doit examiner ce problème dans le sens de la vie collective, dans le sens de la vie assurée à chacun.

Je prétends que ce que vous proposez par ce chiffre 3 de l'article en discussion se retourne complètement contre le reste de l'article, qui est tout de même dans le sens de rendre vie à l'économie et qui, malgré cela, n'aboutira pas au résultat qu'on en attend, si nous n'allons pas plus avant.

Je vous demande, Messieurs, de ne pas aggraver les circonstances actuelles en augmentant d'une façon générale le coût de la vie, en chargeant certaines entreprises qui, forcément, devront trouver d'une façon ou d'une autre, pour l'équilibre de leur bilan, ce qui leur est nécessaire. Et je crois qu'en vous demandant, avec mes collègues de la minorité de la commission, la suppression de ce chiffre 3, nous travaillons dans le sens du développement de l'économie du pays. Je vous demande donc instamment d'accepter les propositions de la minorité de la commission.

M. le **Président:** La proposition de la minorité, qui tend à biffer l'article 3, étant une proposition principale, viendra en votation à la fin de l'article 3 en opposition aux décisions subsidiaires que nous prendrons tout d'abord. Le Conseil fédéral répondra donc également à la fin. Nous suspendons ainsi provisoirement cette question.

M. **Lachenal:** Je m'excuse de revenir sur cette question de vote. Tout d'abord, je n'avais pas très bien compris l'opinion de la présidence. Si, maintenant, je l'ai exactement saisie, elle nous propose de suspendre la votation sur la proposition principale de la minorité tendant à biffer tout l'article et de ne procéder au vote sur ce point principal que lorsqu'auront été discutés tous les amendements éventuels. Or, il me semble que si la proposition principale de suppression doit être acceptée, il ne vaut vraiment pas la peine de perdre du temps à discuter un certain nombre d'amendements. Dans ces conditions, il me paraît qu'il serait préférable de procéder au vote sur le biffage général; s'il est négatif, alors nous pourrons discuter les amendements et émettre un vote sur chacun d'eux.

M. le **Président:** La situation est celle-ci:

La minorité de la commission a proposé à titre principal de biffer l'alinéa de l'article 3, et à titre subsidiaire, elle a proposé toute une série de modifications. D'autres membres de l'assemblée ont présenté à leur tour des amendements. En vertu du règlement du Conseil national, je ne puis faire voter sur la proposition principale qu'après que les propositions subsidiaires auront été éliminées et que l'épuration sera faite. L'article 78, al. 1, du règlement est à cet égard tout à fait catégorique.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 14. Dez. 1938.
Séance du 14 décembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 1045 hiervor. — Voir page 1045 ci-devant.

Lit. A. Ziffer 3.
Lettre A. Chiffre 3.

Fortsetzung. — *Suite.*

M. **Cottier:** Vous avez entendu hier les représentants de la minorité de la commission qui se sont élevés contre le chiffre 3. Parmi les raisons invoquées par eux, il en est de bonnes, de moins bonnes et de franchement mauvaises. Je ne tiens pas — le temps me ferait du reste défaut — à disséquer les arguments avancés par ces messieurs. Les uns et les autres ont affirmé qu'ils avaient pour le petit et le moyen commerce de grandes sympathies. Les uns et les autres cependant ont ajouté aussitôt que le petit commerce devait faire lui-même un effort, un effort d'adaptation, de rationalisation et d'organisation. Ils ont parlé de réclame en commun, d'achats collectifs, etc. Il est évident que les conseils ne coûtent absolument rien. Je pense quand même qu'il est de mon devoir de dire à nos contradicteurs, à M. Rosselet par exemple, que le petit et moyen commerce n'a pas attendu les conseils qu'ils ont bien voulu prodiguer hier, pour commencer cet effort d'adaptation. Je peux dire à ces messieurs que dans une profession que je connais particulièrement bien — le commerce de l'alimentation — on a créé depuis une trentaine d'années déjà, si ce n'est plus, des sociétés d'achats en commun. Aujourd'hui, ce

sociétés du petit et moyen commerce effectuent entre elles toutes un chiffre d'affaires annuel de près de cent millions.

Il en est de même de la formation professionnelle à laquelle toutes les organisations du commerce de détail vouent un intérêt majeur. Chaque année, des cours spéciaux ont lieu dans les différentes parties du pays. Les organisations du petit commerce ont créé également des offices fiduciaires et des organismes qui s'occupent de la propagande et des conseils publicitaires. En d'autres termes, je le répète, un effort sérieux a été fait dans les milieux que je représente ici. Ces derniers ont passé à l'action depuis longtemps déjà. Ils n'ont pas attendu pour le faire les conseils dont on a été prodigue hier à leur égard.

Il est une chose que je me dois de relever en passant: c'est le fait que les interventions de l'Etat se sont produites dans les domaines les plus variés. Dès l'instant où l'industrie, l'agriculture, l'hôtellerie, etc., ont sollicité l'aide de l'Etat, celle-ci n'a jamais été refusée. Vous reconnaîtrez avec moi que les classes moyennes du commerce et de l'artisanat n'ont demandé à l'Etat que le minimum de protection auquel elles ont droit. Qu'avez-vous fait, Messieurs les représentants de la minorité de la commission, en faveur de ces classes moyennes pour lesquelles vous avez eu hier de si grands mots de sympathie? Vous leur avez même marchandé cet arrêté fédéral sur les grands magasins, qui l'an dernier a été prorogé pour une nouvelle période de deux années. Cela, avec une majorité extrêmement précaire qui ne venait pas de votre côté. Sans cet arrêté fédéral, il est certain que nous verrions aujourd'hui ces entreprises tentaculaires prendre pied partout. Les ravages des Uniprix, Migros, etc. se seraient produits ailleurs encore que dans les villes où ils exercent leurs déplorables effets. Qu'a-t-on fait pour nos classes moyennes? Une loi contre la concurrence illicite attendue avec impatience par elles. Oui, mais cette loi sur la concurrence illicite dort d'un profond sommeil dans les cartons du Palais fédéral. Vous me direz que la revision des articles économiques de la Constitution fédérale est en cours. Cette revision, vous le savez aussi bien que moi, est très lente et nous l'attendons également avec une vive impatience.

Il y a cinq ans exactement que, dans cette salle, M. Joss lançait un premier cri d'alarme et attirait notre attention sur la grande détresse des classes moyennes. Cet appel n'a pas encore été entendu comme nous l'eussions désiré.

Pour revenir à l'objet de nos délibérations je tiens à signaler la campagne de presse déclenchée contre l'impôt compensatoire par le Bureau central des grands magasins. J'estime inadmissible la pression exercée par cet office. Vous avez vu comme moi cette avalanche de brochures, de tracts, de circulaires, qui s'est abattue sur vos pupitres. Ces messieurs défendent leurs intérêts, c'est entendu; mais ils ont dans les moyens employés, dépassé, à mon sens, les bornes. J'ai reçu par hasard une circulaire adressée aux fournisseurs des grands magasins suisses par le Bureau central dont je parlais il y a un instant. Il vous intéressera sans doute de savoir comment cette campagne a été organisée. Dans cette circulaire signée par des noms bien helvétiques, je lis notamment ce qui suit: «Nous vous recommandons instamment de donner à tous les conseillers nationaux et conseillers aux Etats de votre entourage, de près et de loin, les éclaircissements nécessaires sur cet incroyable projet du Conseil fédéral et d'insister tout spécialement sur les conséquences qui résulteraient d'un report de l'impôt spécial par les entreprises imposées sur les fabricants et le commerce de gros. Nous vous laissons le soin de dépeindre en détail ces conséquences. Il est de toute importance que chaque membre des Chambres fédérales soit orienté de façon objective sur ce projet et ses conséquences, avant le 7 novembre.»

J'ai reçu aussi, quelques jours plus tard, deux ou trois lettres de fournisseurs de grands magasins qui, répondant aux injonctions données par ces derniers, ont su dépeindre avec éloquence la situation critique des entreprises en question. Si les grands magasins devaient être frappés par le fisc, disait-on, ce serait une augmentation du coût de la vie, une diminution des salaires, etc. En d'autres mots: un véritable cataclysme.

Je dois à la vérité de dire que les grands magasins, du moins ceux que je connais, sont pour le fisc des contribuables honnêtes, intéressants et sérieux. Mais j'estime que l'on n'a pas assez insisté jusqu'à présent, dans ces débats, sur le caractère «compensatoire» de l'impôt envisagé. Il y a de nombreuses entreprises qui seront touchées par lui, les sociétés à succursales en particulier, qui paient des impôts ridicules et dérisoires. Je me réserve d'en fournir la preuve au cours de nos délibérations.

Vous avez reçu, également hier, une lettre éplorée des employés de la Migros. J'ai lu ce papier avec beaucoup d'attendrissement, et je comprends la situation de ces employés qui risquent de subir une baisse de salaire. Cependant, dans le même ordre d'idées, je sais que la Migros qui est représentée dans cette salle, acquitte ici ou là des impôts si minimes que, dans sa conscience d'honnête homme, M. Duttweiler a spontanément offert à quelques communes des contributions fiscales supplémentaires et volontaires. C'est dire qu'il y a tout de même dans notre système fiscal des choses qui ne jouent pas. Le Conseil fédéral a eu cent fois raison de songer à y remédier.

Le premier projet du Conseil fédéral a soulevé un tollé général, parce qu'il ne touchait pas les coopératives de consommation. Aussitôt, des rodomontades juridiques plurent de tous côtés. On invoquait le principe de l'égalité des citoyens devant la loi; on parlait d'injustice et d'iniquité, de déni de justice et de violation des droits du citoyen. Pendant ce temps, les coopératives, elles, observaient de Conrart le silence prudent. Elles ne s'en départissaient que pour insister sur leur caractère d'entr'aide. Elles ne devaient pour cette raison pas être assujetties à l'imposition projetée. Aujourd'hui, dans le projet remanié par la commission, les coopératives doivent faire leur part. Elles seront donc touchées. Je m'en félicite quant à moi, car j'estime que le précédent projet avait effectivement des lacunes, puisqu'il laissait de côté les coopératives. Dès l'instant où il est question d'assujettir ces entreprises à l'impôt compensatoire, nous assistons à une levée de boucliers. Je vois à ma droite M. le président de l'Union

suisse des coopératives de consommation qui fait des signes prouvant qu'il n'est pas d'accord. Il est dans son rôle et je le comprends. Si j'étais à sa place, cependant, je serais partisan, par simple souci d'équité, d'un impôt général atteignant tout le monde sans exception. J'irai même plus loin, M. le conseiller national Huber, en déclarant que je suis personnellement partisan d'un impôt général sur le chiffre d'affaires. Car j'ai l'intime conviction que c'est là seulement qu'on trouvera le moyen, une fois pour toutes, de mettre fin à des iniquités fiscales nombreuses dont je pourrais citer certains exemples édifiants.

Les coopératives, institutions d'entr'aide ...? On pourrait disserter longtemps sur le fait de savoir si oui ou non ce sont des œuvres d'utilité publique, comme on le prétend. Je n'entrerai pas dans cette voie qui nous mènerait trop loin. Il me suffit de constater et de déclarer ici à haute voix que de très nombreux commerçants — et de forts capables croyez-m'en, contrairement à ce qui a été dit hier, — sont jetés hors du circuit économique par la concurrence formidable et sans pitié des concentrations commerciales qui éliminent tout ce qui se trouve sur leur passage.

Messieurs les membres de la minorité de la commission tiennent le raisonnement suivant: «Nous sommes opposés à l'impôt compensatoire parce que les coopératives y sont soumises, et parce que l'effort fiscal doit être fait ... par les autres.» Il y a dans ce raisonnement dépourvu de tout esprit de solidarité quelque chose qui me laisse songeur.

Non, Messieurs, cet impôt est destiné à compenser — j'insiste sur ce mot — les avantages dont bénéficient les grandes entreprises. Il est destiné à permettre aux petits et moyens commerçants de concurrencer ces entreprises et à faire rendre gorge à celles qui jusqu'à présent ont su passer entre les mailles du filet fiscal. S'il est appliqué, cet impôt, je le répète, permettra aux commerçants de pouvoir enfin — passez-moi cette expression — «tenir le coup» en face de la concurrence des grandes entreprises tentaculaires. Il n'est pas contraire aux principes de la liberté du commerce et de l'industrie, car dans une société humaine la véritable liberté comporte tout de même le droit pour les petits de vivre et d'être protégés contre les excès des grands.

Plusieurs de nos cantons ont pris ou essayé de prendre certaines mesures d'ordre fiscal qui s'expliquent par le fait qu'ils connaissent beaucoup mieux que les Chambres fédérales la situation désespérée des classes moyennes du commerce et de l'artisanat. C'est ainsi que les cantons de St-Gall, Soleure et Glaris. par exemple, ont voulu introduire une sorte de taxe sur le chiffre d'affaires. Ils furent déboutés par le Tribunal fédéral, qui déclara inconstitutionnel un impôt de ce genre.

S'il vous est arrivé de lire la prose de certains adversaires de l'impôt compensatoire, vous aurez peut-être remarqué que l'on reproche à celui qui vous parle d'en être un partisan et d'être aujourd'hui en contradiction avec ce qu'il écrivait il y a une dizaine d'années dans un livre sur «La crise du petit commerce» ... Eh bien, je le reconnais franchement: j'ai revisé en effet mon jugement. Pourquoi? Parce qu'en 1930, date de l'édition de mon étude, j'étais convaincu que le petit et moyen commerce parviendrait par ses propres moyens à se sortir d'affaire. De nos jours, en présence des concentrations capitalistes et autres, je suis convaincu que l'effort à faire est au-dessus des seules forces de nos petits commerçants. Il importe, par conséquent, que l'Etat leur vienne en aide non pas sous la forme de subventions, qui n'ont jamais été réclamées, mais sous la forme d'une protection juridique et économique.

J'ajoute qu'à nos yeux cet impôt compensatoire n'est qu'un commencement qui est loin de satisfaire aux revendications essentielles des commerçants. Tant que certaines entreprises, telles que les Uniprix, auront le droit d'exister dans de petites villes telles que Vevey, Schaffhouse ou Winterthour, le petit commerce, vous pouvez en être assurés, ne trouvera aucune quiétude. Il n'aura de repos que le jour où ces entreprises malsaines auront complètement disparu de la vie économique suisse. Il vous intéressera de savoir, à titre documentaire, qu'il y a en Suisse cinquante grands magasins ou „Warenhäuser" qui sont la propriété de deux citoyens seulement. Les mêmes citoyens possèdent à eux seuls le capital-actions (six millions) des Uniprix. Vous admettrez avec moi que ce système est incontestablement dangereux. Il n'est pas inutile d'en dénoncer tout le péril. De cette tribune, je voudrais envoyer une pensée de sympathie aux petits commerçants, en particulier à ceux de Schaffhouse, de Winterthour et de Vevey, qui luttent avec l'énergie du désespoir contre une concurrence écrasante et cynique. Je peux le dire en toute connaissance de cause: ces petits commerçants sont aujourd'hui à bout de force. Lorsque, le 8 ou le 9 novembre dernier, ils adressèrent un déchirant appel à l'Assemblée fédérale, on ne leur a pas répondu par les paroles de réconfort et d'espoir qu'ils attendaient. Sans doute il ne s'agit pas, j'en suis persuadé, de la part des autorités fédérales, d'un manque d'intérêt ou de sollicitude, bien au contraire. J'estime néanmoins que notre devoir est de dire à ces petits commerçants que nous voulons mettre tout en œuvre pour leur venir en aide et cela le plus tôt possible. Car il s'agit pour eux non plus d'une question d'années, mais d'une question de jours.

En conclusion, je suis partisan, et un partisan convaincu, de l'impôt compensatoire, parce que j'ai l'intime conviction qu'il apportera une protection effective — première étape — à nos classes moyennes du commerce et de l'artisanat. Cet impôt leur permettra de lutter avec davantage de chance de succès contre les entreprises fortement rationalisées qui les ruinent et les empêchent de vivre. Je suis partisan de cet impôt, parce qu'il a à sa base un principe de justice fiscale. J'en suis partisan enfin parce qu'il est destiné au renforcement de la défense nationale, à la lutte contre le chômage et à la création d'occasions de travail. D'occasions de travail, non pas seulement pour la classe ouvrière mais aussi et encore pour nos petits et moyens commerçants. Telles sont les raisons pour lesquelles je vous recommande de voter ce chiffre de l'arrêté fédéral si ardemment combattu par la minorité de la commission.

Bundesrat **Obrecht:** Es sind gegen diese Ausgleichsteuer viele Steine geworfen worden, vor der gegenwärtigen Session in der Presse, aber auch gestern von Seiten der Minderheit; es waren auch eckige und spitze Steine darunter. Man hat den Chef des Volkswirtschaftsdepartementes sogar persönlich nicht verschont, weil man in ihm den Urheber vermutet hat. Herr Nationalrat Wüthrich hat gestern mit dem Nachtlicht herumgezündet, um die Vaterschaft oder die Mutterschaft herauszufinden. Ich möchte Herrn Nationalrat Wüthrich bitten, bei diesem Bilde nicht zu verweilen, denn er könnte den Chef des Volkswirtschaftsdepartementes in eine unangenehme Situation versetzen oder ihn zum mindesten einem unangenehmen Schein aussetzen. Es verhält sich mit der Urheberschaft so: Ich anerkenne ohne weiteres, ja, ich bin sogar stolz auf diese Feststellung, dass ich der Initiant der Ausgleichsteuer bin. Ich habe die Anregung dazu gegeben, aber ausgearbeitet wurde das Projekt vom steuertechnischen Standpunkt aus von der Eidg. Steuerverwaltung, einer Abteilung des Finanzdepartements, im vollen Einvernehmen mit dem Chef des Finanzdepartements, und die wirtschaftliche Mitberatung hat das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit geleistet. Es ist also eine steuerpolitische und eine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der beiden zuständigen Verwaltungen festzustellen, der Steuerverwaltung und des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit. Die Sache geht durchaus in Ordnung, und ich muss es neuerdings als unangebracht zurückweisen, dass man immer wieder den Anschein erwecken will, es handle sich hier um eine spezifische Finanzpolitik des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes. Ich habe im Eidg. Volkswirtschaftsdepartement der Arbeit und der Sorgen vollauf genug, ich habe keine Lust und kein Bedürfnis, mich auch mit finanzpolitischen Problemen herumzuwälzen. Hier hat sich die Sache so ergeben, dass damals, als wir die grosse Vorlage in Arbeit hatten, in den Monaten April und Mai, der Chef des Finanzdepartementes über Kopf und Hals in Anspruch genommen war durch das definitive Finanzprogramm, mit dem Sie sich in der Junisession eingehend befasst haben. Es war der Wunsch meines Herrn Kollegen, dass der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes sich zur Vertretung dieser Ausgleichsteuer zur Verfügung stelle, im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffungsvorlage überhaupt. So verhält es sich also mit der Urheberschaft, und wenn ich gesagt habe, ich bekenne mich als Initiant, ich sei sogar stolz darauf, so stützte ich mich auf drei Säulen meiner vollen persönlichen Ueberzeugung.

Der erste Punkt ist der, dass nach meiner vollendeten Ueberzeugung eine ausreichende Arbeitsbeschaffung in Zeiten, wie wir sie heute erleben, eine hochpolitische Notwendigkeit ist. Wer das nicht versteht, der muss mit Blindheit geschlagen sein. Man stellt immer wieder die Frage: Ja, was soll aber dann in drei Jahren geschehen? Denken Sie nur zurück, wie sich die Welt veränderte in den letzten drei Jahren. Das Tempo wird nicht langsamer werden; dann werden Sie sich darüber klar sein, dass in drei Jahren die allgemeine Lage wieder eine wesentlich andere sein wird als heute. Niemand kann voraussagen, wie diese Lage nach 3 Jahren aussehen wird, wie wir uns dannzumal einstellen müssen, aber entscheident muss sein, dass wir bei der heutigen Situation unsern Arbeitslosen zu Arbeit verhelfen müssen. Das ist ein hochpolitisches Problem, und dieser Aufgabe wollte der Bundesrat gerecht werden.

Es kommt dazu der zweite Punkt: Trotz der dringlichen Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung stehen wir auf dem Standpunkt, dass grosse neue Belastungen einem überschuldeten Staat nur zugemutet werden dürfen, wenn gleichzeitig die Frage der Deckung gelöst werden kann. Wir halten an diesem Standpunkt fest auch gegenüber dem Antrag Meierhans. Herr Nationalrat Meierhans sagt, was es denn für eine Rolle spiele, ob wir jetzt die 135 Millionen hier hereinbringen, die durch die Ausgleichsteuer gedeckt werden sollen oder nicht, man könne das auch noch auf den gleichen Haufen der Schulden aufhäufen. Ich gebe zu, man kann diesen Standpunkt einnehmen, aber er zeigt uns drastisch, wie wir den notwendigen Respekt vor den Schuldenmillionen verloren haben, wenn wir heute glauben, sagen zu dürfen, ob 135 Millionen mehr oder weniger, das spiele keine Rolle. Ich hoffe, dass das nicht das letzte Wort sei, und ich hoffe insbesondere, wenn, wie es heute aussieht, die sozialdemokratische Partei zur Regierungspartei wird, und wenn ihr erster Vertreter betraut werden sollte mit der Betreuung der Finanzen, dass diese Mentalität dann verschwinde; denn die Auffassung, auf 100 Millionen mehr oder weniger Bundesschulden komme es nicht an, führt uns ins Verderben — glauben Sie mir das. Ich habe mich meiner Lebtag mit Finanzen abgeben müssen, und wenn ich in wirtschaftlichen Dingen persönlich Erfolg zu verzeichnen hatte, so war es nicht zuletzt darum, weil ich immer auf dem Standpunkte stand, in Finanzsachen dürfe man nicht waghalsig sich auf Gott und Glück verlassen; da müsse man mit Tatsachen rechnen und sich immer vor Augen halten, dass Schulden, die man eingeht, auch verzinst und einmal zurückgezahlt werden müssen. Wer von diesem Wege abgeht, geht dem finanzpolitischen Abgrund entgegen. Das müssen wir unserem Lande ersparen.

Die dritte Ueberlegung, die für mich bestimmend war, ist die: eine allgemeine Warenumsatzsteuer, die uns jetzt empfohlen wird, sogar von der Warenhausvereinigung, müsse als vielleicht letzter Ausweg zu einer allgemeinen Sanierung der Bundes- und der Kantonsfinanzen in Reserve gehalten werden und dürfe jedenfalls nicht für einen Spezialzweck gebunden werden. Ich teile die Befürchtung, dass es vielleicht so kommen wird, dass wir auch in der Schweiz ohne eine allgemeine Warenumsatzsteuer nicht auskommen werden. Wenn ich mir das gegenwärtige Budgetdefizit vor Augen halte mit 86 Millionen Fr., und wenn ich mir weiter vorstelle, was die ständig fortschreitende Aufrüstung, die numerische Vermehrung unserer Armee für das Militärbudget jährlich bedeuten wird, wo wir Jahr für Jahr vor einer Steigerung der ordentlichen Militärausgaben von 5—10 Millionen Fr. stehen, frage ich mich, wo soll die Deckung herkommen? Man verweist darauf, dass in diesen 86 Millionen Fr. Defizit ja viele Rückstellungen inbegriffen seien.

Diese Rückstellungen sind nach meiner Ueberzeugung nicht einmal vollständig, und da, wo sie berücksichtigt sind, bilden sie nicht Reserven, sondern sind notwendige Rückstellungen. Nehmen wir das Beispiel der Bundesbahnen: Wenn der Bund eines Tages die Bundesbahnen sanieren will, das Projekt liegt ja vor den Räten, und jezt machen die Bundesbahnen wieder in der Gewinn- und Verlustrechnung Defizite, dann muss doch jemand dieses Jahresdefizit decken, entweder der Bund oder die Bundesbahnen. Die Bundesbahnen können es nicht, folglich muss der Bund es tun. Er muss eine entsprechende Rückstellung machen, sonst stehen wir vor einem weiteren Rückschritt, einer weiteren finanziellen Verschlechterung. Man darf die Rückstellungen im Budget für das Defizit der Bundesbahnen nicht als eine Reserve betrachten. Das ist nur ein Ausgleich eines Ausfalles, der effektiv bei den Bundesbahnen eintritt.

Wenn nun die Möglichkeit besteht, dass wir eines Tages notgedrungen doch auch in der Schweiz zu einer allgemeinen Warenumsatzsteuer Zuflucht nehmen müssen, wie verhält sich dann diese Ausgleichsteuer zu einer eventuellen allgemeinen Umsatzsteuer? Diese Frage muss man sich stellen. Herr alt Bundesrat Musy hat sie aufgeworfen, er hat mir ausdrücklich gesagt, er habe das nicht im Sinne der Opposition getan, sondern möchte nur vom Vertreter des Bundesrates erfahren, wie er darüber denkt. Ich denke darüber so: So, wie die Ausgleichsteuer jetzt aus den einlässlichen Beratungen Ihrer Kommission hervorgegangen ist, ist sie ja nichts anderes mehr, als eine partielle Warenumsatzsteuer. Es ist jetzt nicht mehr eine Gewerbesteuer, wie sie ursprünglich vom Bundesrat gedacht war. Er wollte ganze bestimmte Kategorien von Grossunternehmungen des Detailhandels herausgreifen und sie einer Spezialsteuer unterwerfen. Ihre Kommission unternimmt eigentlich nun einen ersten Schritt zur allgemeinen Warenumsatzsteuer. Dieser erste Schritt beschränkt sich auf den Detailhandel, auf die letzte Phase im Warenumsatz. Er geht über den Import, über den Export, über die Produktion, den Grosshandel und den Zwischenhandel hinweg und beschränkt sich auf die letzte Phase, den Warenumsatz vom Detailhandel zum Konsumenten. Diese letzte Phase wird von einer Ausgleichsteuer betroffen, und zwar werden hier noch alle Detailhandelsgeschäfte als steuerfrei erklärt, die nicht einen Warenumsatz von mehr als 200 000 Franken erreichen. Man will sich auf die Grossunterrehmungen des Detailhandels beschränken und die Kleinen auslassen. Insofern ist nun diese Ausgleichsteuer ein Ausschnitt aus einer allgemeinen Warenumsatzsteuer. Sie brauchen später nur diese Warenumsatzsteuer zu verallgemeinern, indem Sie sie auf gewisse Vorgänge in der Produktion oder im Import oder Export ausdehnen. Das alles bleibt offen; aber diese Sachen sind heute nicht abgeklärt, sind in keiner Weise spruchreif. Das Projekt, das die Warenhausvereinigung eingereicht hatte, ist eine verdienstliche Arbeit, ich stimme da dem Referenten der Kommission zu, aber sie enthält keineswegs eine auch nur einigermassen ausreichende Vorarbeit für dieses wichtige Kapitel.

Wenn nun der künftige Chef des eidgenössischen Finanzdepartementes bei seinen Studien, wie er die Bundesfinanzen sanieren will, dazu kommen sollte, eine allgemeine Warenumsatzsteuer vorzuschlagen, dann wird nichts leichter sein, als diese Ausgleichsteuer in eine allgemeine Warenumsatzsteuer einzubauen. Dann ist es allerdings fertig mit der Befristung auf zehn Jahre, dann wird sie eben mit der allgemeinen Warenumsatzsteuer weitergehen, und es werden wahrscheinlich der Bundesrat und der Chef des Finanzdepartementes dazu kommen, bei dieser allgemeinen Warenumsatzsteuer, soweit sie den Detailhandel betrifft, wiederum eine Verstärkung der Sätze mit Bezug auf die Grossunternehmen gegenüber dem eigentlichen Kleinhandel vorzuschlagen. Der Gedanke, dass man die Grossunternehmungen stärker belastet als den Kleinhandel, der es nicht über 200 000 Fr. Umsatz bringt, wird beibehalten werden müssen und kann ohne weiteres auch im Rahmen einer allgemeinen Warenumsatzsteuer beibehalten werden. Sollte es dagegen dem künftigen Chef des Finanzdepartementes gelingen, ohne eine allgemeine Warenumsatzsteuer durchzukommen — ich hoffe das, zwar kann ich momentan nicht sagen, ich hoffe es mit ihm, weil ich nicht weiss, wer es sein wird —, dann bleibt es eben bei dieser Ausgleichsteuer. Diese ist jetzt nach den Vorschlägen Ihrer Kommission so bemessen, dass sie pro Jahr 13—14 Millionen, im Durchschnitt 13,5 Millionen, abwerfen wird. Wir müssen eine Summe von 135 Millionen decken. Wenn also diese Ausgleichsteuer 10 Jahre durchgeführt sein wird, werden diese 135 Millionen ausgeglichen sein, und dann wird die Steuer, gemäss einer Schlussbestimmung, die im Verfassungstext vorgesehen ist, automatisch untergehen, der Vergangenheit angehören. Sie haben also beide Türen offen, entweder handelt es sich um eine vorübergehende Ausgleichsteuer, die, wenn sie ihren Zweck erreicht hat, wieder untergehen kann, oder es sei denn, dass wir während diesen 10 Jahren doch zu einer allgemeinen Warenumsatzsteuer übergehen müssen; dann wird die Ausgleichsteuer ohne Schwierigkeit dort eingebaut werden können. Infolgedessen sehe ich in dieser Partialmassnahme, die sie ja ist, keinerlei Hindernis für das künftige allgemeine Finanzprogramm des Bundesrates und seines neuen Chefs des Finanzdepartementes. Das ist natürlich von wesentlicher Bedeutung.

Es ist nun gestern die Frage aufgeworfen worden: Aber wenn nach 10 Jahren diese Ausgleichsteuer wieder untergehen würde, was geschieht dann mit dem mittelständischen Schutz, mit dem man hier dem Mittelstand einigermassen unter die Arme greifen will? Dafür haben wir 10 Jahre Zeit. Inzwischen werden die neuen Wirtschaftsartikel hoffentlich unter Dach und Fach gebracht werden können. Dann können diese eine verfassungsrechtliche Grundlage für andere Schutzmassnahmen zugunsten des Mittelstandes sein. Darüber brauchen wir uns heute noch keine grauen Haare wachsen zu lassen.

Ich wiederhole, dass wir beabsichtigen, die Geschäfte des Detailhandels, die es mit ihrem Jahresumsatz nicht über 200 000 Fr. bringen, von der Ausgleichsteuer auszunehmen. Man will sich auf den Detailhandel beschränken und bei diesem, wie

gesagt, nur die grösseren Geschäfte belasten, weil die kleinern es ohnehin schon schwer genug haben. Ich bestätige bei diesem Anlass gegenüber Herrn Nationalrat Held, dass nur der Detailumsatz der Besteuerung unterliegen soll. Geschäften gemischter Natur werden wir Gelegenheit geben, über den Detailumsatz und den andern Umsatz getrennt Buch zu führen. Der Zwischenhandel scheidet dann aus und unterliegt der Besteuerung nicht.

Ich möchte auch gegenüber Herrn Nationalrat Bürki bestätigen, dass bei der Ausarbeitung der Vollzugsvorschriften, über die ja die Bundesversammlung Beschluss zu fassen hat, die Interessenten angehört werden. Wir werden ihnen Gelegenheit geben, sich zu den Ausführungsbestimmungen zu äussern.

Kommission und Bundesrat gehen in der Rücksichtsnahme auf die kleinen Geschäfte so weit, dass die im Verfassungstext selbst festgelegten maximal zulässigen Steuersätze abgestuft werden nach dem Grade der Gefährlichkeit der einzelnen Art von Grossunternehmungen gegenüber dem mittelständischen Kleinhandel.

Ich verstehe es, wenn dieser mittelstandspolitische Einschlag der Steuer mit etwelchen Bedenken aufgenommen wird. Das ist schon deshalb verständlich, weil bisher solche Ausgleichsteuern, die von den Kantonen eingeführt werden wollten, auch als mittelstandspolitische Massnahmen, vom Bundesgericht als unzulässig erklärt wurden. Warum? Weil eine solche Steuer, die zu mittelstandspolitischen Zwecken eingeführt wird, gegen den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit verstösst. Dieser Grundsatz ist für die Kantone verbindlich. Er steht in Art. 31 der Bundesverfassung. Es war deshalb Pflicht des Bundesgerichtes, derartige Gesetze als unzulässig zu erklären. Der Bundesgesetzgeber aber befindet sich in einer vollständig andern Lage. Er kann in der Bundesverfassung Ausnahmen vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit vorsehen. Wenn das nicht möglich wäre, stünden ja die Wirtschaftsartikel total auf einer falschen Grundlage. Ihr Wesen besteht ja gerade in der Schaffung von Ausnahmen vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit. Der Bund darf also auch hier eine solche Ausnahme von der Handels- und Gewerbefreiheit aufstellen, im Gegensatz zu den Kantonen. Dieser Unterschied ist nicht beachtet worden.

Gewiss, die Kombination fiskalischer und wirtschaftspolitischer Absichten ist ungewohnt. Den Grund habe ich Ihnen erklärt. Bisher haben die Kantone solche Versuche gemacht; ihre Erlasse sind aber wegen Verletzung von Art. 31 der Bundesverfassung als unzulässig erklärt worden. Bei Erlassen des Bundes ist die Rechtslage eine andere.

Die Abwägung des Gefährlichkeitsgrades der grossen Gruppen für die kleinen Gruppen erweist sich als eine ziemlich heikle Aufgabe. Darüber sind aber mit der Annahme des Verfassungsartikels und mit der Gutheissung des Grundsatzes und der Festsetzung von Minima und Maxima die Hefte noch nicht geschlossen. Der Verfassungstext lässt für die Bestimmung der Höhe der Steuer innerhalb des Minimums und des Maximums ausser dem Umsatz auch die Möglichkeit offen, auf die Geschäftsart abzustellen. Das ist von mir höchstpersönlich beantragt worden. Dieser Bestimmung ist zu entnehmen, dass nicht eine streng schematische Anwendung der Steuerfaktoren beabsichtigt ist, schon deshalb nicht, weil man mit dieser Art von Steuern bei uns in der Schweiz Neuland betritt. Wir wollen aber auch keine Existenzen vernichten. Ich möchte das laut und deutlich verkünden und doppelt unterstreichen. Wir wollen keine Existenzen vernichten, auch bei den Grossunternehmungen des Detailhandels nicht, obschon nicht bestritten werden kann, dass gerade diese Grossunternehmungen des Detailhandels ihrerseits mit einer teilweise rücksichtslosen Anwendung eines komplexhaften Expansionsdranges vielfach andere Existenzen zugrunde gerichtet haben. Das ist gar nicht zu bestreiten. Trotzdem stehen wir auf dem Standpunkt: Wir wollen keine Existenzen vernichten.

Letztes Jahr sind von den Grossen Räten der Kantone Waadt, Genf und Freiburg Eingaben eingegangen, die dahin gehen, man solle mit Hilfe eines dringlichen Bundesbeschlusses die Kantone ermächtigen, die Epa-Geschäfte von Staates wegen zwangsweise zu schliessen, zur Liquidation zu zwingen. Wir sind der Auffassung, der Rechtsstaat Schweiz solle nicht so radikal vorgehen. Aber die Auferlegung einer Steuer von 5% auf diesen Epa-Geschäften geht in das Mass der Humanität hinein. Das unterscheidet sich wesentlich von der Absicht der Tötung. Wir wollen nicht vernichten, sondern nur fiskalisch belasten und diese Geschäfte verhindern, die Kleinunternehmungen mehr und mehr an die Wand zu drücken und zugrunde zu richten.

Ich gebe ohne weiteres zu, dass die Ausgleichsteuer kein Universalmittel sein wird, um den kaufmännischen Mittelstand zu retten. Es bleiben trotzdem für ihn und den Staat als getreuer Helfer Aufgaben bestehen, wenn wir den kaufmännischen Mittelstand über Wasser halten wollen. Aber es ist wenigstens wieder ein Mittel, das helfend mitwirkt, denn irgendwo müssen diese zwei, drei oder fünf Prozent hergeholt werden. Entweder müssen die Geschäfte mit ihren Verkaufspreisen etwas hinauf, währenddem der Detailhandel das nicht zu tun braucht, denn er wird ja fiskalisch nicht belastet; er kann seine Preise aufrecht erhalten. Oder die Grossgeschäfte sparen in ihrem ungestümen Reklamewesen, das auf ständige Umsatzvermehrung tendiert, das mit dazu beiträgt, dass die mittelständischen Geschäfte ihre Existenz nicht mehr finden können. Wenn wir die Grossunternehmungen da zurückbinden, ist das ganz sicher von wohltätiger Wirkung. Interessant war es, festzustellen, was Grossunternehmungen des Detailhandels, die von dieser Ausgleichsteuer betroffen werden sollen, selber sagen: am einen Tag erklären sie, mit dieser Ausgleichsteuer werde man sie zugrunde richten, und am andern Tag sagen sie, der Mittelstand habe davon rein nichts zu erwarten. Ist denn das möglich, dass man auf der einen Seite die Grossunternehmungen ruiniert und auf der andern Seite der Mittelstand davon nichts profitieren wird? Das sind Uebertreibungen; weder wird es dazu kommen, dass Grossunternehmungen zugrunde gehen, noch wird es dazu kommen, dass für den mittelständischen Kleinhandel nun eine neue rosige Zeit anbrechen wird; die Wirklichkeit wird sich in der Mitte bewegen. Wir werden den Zweck erreichen, dass wir

die Grossunternehmungen in ihrem ungestümen Expansionsdrang zurückbinden, jene Unternehmungen, die immer mehr darauf ausgehen, Umsatz zu schaffen, diesen Umsatz dem mittelständischen Detailhandel wegzunehmen. Da wird eine Bremse angelegt, und diese Bremse wird wohltätig wirken. Zugrunde gehen wird deswegen niemand, vor allem die Grossunternehmungen nicht, und der mittelständische Kleinhandel wird weiterfahren müssen, sich selbst zu helfen mit andern Hilfsmassnahmen des Staates, wozu wir auch bereit sind.

Dieser Mittelstandsschutz ist übrigens nur ein Nebenzweck; der Hauptzweck der Steuer geht nach wie vor dahin, durch eine partielle, auf Grossunternehmungen des Detailhandels beschränkte Warenumsatzsteuer den Hauptteil der Aufwendungen für die nötige Arbeitsbeschaffung wieder hereinzubringen. Ich wiederhole, es handelt sich darum, 10 Jahre lang je 13,5 Millionen im Mittel hereinzuholen. Es handelt sich nicht um eine Steuer, die 20 Jahre lang erhoben werden muss, wie dieser Tage irrtümlicherweise die „Neue Zürcher Zeitung" geschrieben hat, sondern es ist eine Steuer, die in 10 Jahren ihren Zweck wird erfüllen können.

Man hat, sogar in Gutachten, daran Anstoss genommen, dass die Ausgleichsteuer unter Umständen höher ausfallen kann als der Reingewinn der Jahresrechnung. Das ist nicht ausgeschlossen, das ist möglich und wird sogar vorkommen, nicht zuletzt deshalb, weil viele der Grossunternehmungen in den letzten Jahren überhaupt nur noch auf Umsatz gearbeitet haben. Reingewinn war ihnen gewissermassen Nebensache; auf den Umsatz ist man ausgegangen, auf ständige Vergrösserung der Geschäfte. Daran hat der Fiskus aber kein Interesse, denn damit wird der Umsatz kumuliert in den Händen einiger Grossunternehmungen, die Freude und Befriedigung am grossen Umsatz haben. Weil der Fiskus sich bis jetzt darauf beschränkt hat, nur den Gewinn zu besteuern, ist ihm sehr viel entgangen. Würden an Stelle dieser Grossunternehmungen viele Kleinunternehmungen vorhanden sein, so hätte der Fiskus einen viel grösseren Steuerertrag zu erwarten, als das jetzt bei den Grossunternehmungen der Fall ist. Dass man eine Steuer aus dem Reinertrag soll bezahlen können, das ist eine Voraussetzung, die bei den direkten Steuern glücklicherweise eigentlich als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Es kommt zwar auch hier vor, ich bin erst in den letzten Tagen darauf aufmerksam gemacht worden, dass z. B. in Bern Hotelunternehmungen so viel Grundsteuer bezahlen müssen, dass sie nicht einmal diese Grundsteuer, die als Vermögenssteuer, als direkte Steuer gilt, aus dem Reinertrag herauszuwirtschaften vermögen. Aber im allgemeinen gilt bei der direkten Steuer der Grundsatz, dass man die Steuer aus dem Jahresergebnis soll bezahlen können.

Aber dieser Gesichtspunkt wird ganz natürlicherweise ausgeschaltet bei den fiskalischen Abgaben, die auf das Objekt verlegt werden. Wenn Sie eine Ware importieren, müssen Sie auf dieser Ware Zollabgabe leisten, ganz gleichgültig, ob der Importeur mit diesem Posten Ware nachher einen Gewinn erzielt, oder ob ihm das Geschäft umsteht und mit einem Verlust abschliesst. Darauf nimmt der Fiskus keine Rücksicht. Und wenn Sie eine Warenumsatzsteuer einführen würden nach dem Vorschlag der Warenhausvereinigung, so würde man dort auch nicht Rücksicht nehmen darauf, ob der Warenumsatzsteuerpflichtige am Schluss des Jahres mit Gewinn oder mit Verlust abschliesst; er müsste auf seinem Warenumsatz die Steuer bezahlen, ganz unbekümmert darum, wie dann seine Gewinn- und Verlustrechnung aussehen wird.

Das ist also eigentlich nicht neu, und wenn nun einige Steuertheoretiker an diesem Novum dennoch Anstoss genommen haben, so muss ich das bedauern, aber ich sage: es scheint auch für die grossen Wissenschafter hie und da schwierig zu sein, sich mit etwas Neuem abzufinden. Wenn etwas neu und ungewohnt ist, nimmt man daran Anstoss, man stolpert darüber und erstattet dann noch gross aufgezogene Gutachten, worin man eine gute Sache anzweifelt und bekämpft. Wir werden Ihnen auch noch mit Gutachten aufwarten, leider sind sie nicht früh genug fertig geworden auf die heutige Beratung im Nationalrat hin, aber sie werden bereitstehen für die Beratung im Ständerat. Ich kann Ihnen heute schon sagen, dass hochgelehrte Herren der Jurisprudenz mir bereits gesagt haben, Herr Prof. Blumenstein gehe von unrichtigen, unhaltbaren Prämissen aus, infolgedessen seien seine Schlussfolgerungen falsch. Darauf werden wir zurückkommen, hier möchte ich nur sagen: Vertrauen Sie nicht zuviel auf solche Gutachten! Ich bedaure, das feststellen zu müssen, aber ich bin zu dieser Feststellung berechtigt.

Ich muss nun noch von den Befürchtungen wegen einer Lebenskostenverteuerung sprechen. Diesen Befürchtungen ist doch jedenfalls entgegenzuhalten, dass alle Detailhandelsgeschäfte mit einem Jahresumsatz unter Fr. 200 000 von dieser Steuer gar nicht betroffen werden, also keine Veranlassung haben, an ihren Preisen etwas zu ändern. Das hemmt doch die ganze preisliche Auswirkung einer Ausgleichsteuer. Bei den Selbsthilfegenossenschaften, die bei der Erhaltung des Preisniveaus eine grosse Rolle spielen, bewegt sich der Abgabesatz zwischen 1 und 10 ‰ — das Mittel wird 0,5 % sein — während die Eingabe der Warenhausvereinigung, worin sie uns die allgemeine Warenumsatzsteuer empfiehlt, von einer Umsatzabgabe von 0,8 % spricht, wobei Sie sich erst noch vorstellen müssen, dass bei einer allgemeinen Warenumsatzsteuer die Steuer nicht nur einmal erhoben wird, sondern auf verschiedenen Warenumsatzvorgängen. Die Warenhausvereinigung spricht von 2—3maliger Anwendung der Steuer. 2 bis 3 mal 0,8 % gibt schon eine ganz erhebliche Belastung, währenddem hier die Konsumgenossenschaften im Mittel mit 0,5 % belastet würden. Das ist auch nicht eine Abgabe, von der man befürchten müsste, dass sie sich in bezug auf die Preisgestaltung ungünstig auswirken würde. Jedenfalls ist für mich eines sicher, dass eine Steuerabgabe, die im ganzen pro Jahr 13,5 Millionen abwerfen soll, auf das Preisniveau viel ungefährlicher wirkt als eine allgemeine Warenumsatzsteuer, von der die Verfasser der Eingabe, die Herren von der Warenhausvereinigung, sich einen Gesamtertrag von 70 Millionen versprechen.

Was die Befürchtungen anbetrifft wegen der Rückwirkung auf die Lieferanten und auf die Angestellten der Warenhäuser, so glaube ich, dass das alles in das Kapitel der ungefährlichen Drohungen gehört; man wird demonstrieren, wird aus Protest solche Versuche anstellen. Aber das wird bald versagen, denn was aus den Warenhauslieferanten an Preiskonzessionen hat herausgeholt werden können, ist schon herausgeholt. Weiter kann man diesen Leuten die Haut nicht mehr über die Ohren ziehen.

Ich hätte noch einige Detailfragen zu beantworten, will das aber nicht jetzt tun, denn ich hoffe, Ziffer 3 werde bestehen bleiben, dann werden wir zur Detailberatung kommen. Ich werde dort Gelegenheit haben, zu einzelnen Punkten noch Stellung zu nehmen. Ich möchte nur noch die Feststellung anbringen, dass Ihre Kommission, obschon mit einer Flut von Eingaben bombardiert, sich die Sache gründlich angesehen hat, und dass die Schlussabstimmung über diesen finanziellen Teil der ganzen Arbeitsbeschaffungsvorlage in der Kommission mit 17 gegen 1 Stimme für Annahme ausgefallen ist. Das war das Endergebnis der Beratungen.

In einem Punkte allerdings hat man sich zu einem eindeutigen Mehrheitsantrag nicht durchringen können, das betrifft die Frage, ob die Ausführungsbestimmungen durch einen endgültigen Beschluss der Bundesversammlung erfolgen sollen, oder ob dafür ein Gesetz in Aussicht zu nehmen sei. Die Ausführung von Verfassungsbestimmungen ist ja sonst Sache der Gesetze, das ist nicht zu bestreiten. Aber wenn Sie hier den sicheren Weg gehen wollen, müssen Sie den endgültigen Bundesbeschluss vorziehen, denn gegen das Gesetz würde natürlich von den Warenhäusern das Referendum ergriffen; dann hätten Sie die Kredite beschlossen, die Ausgaben wären in vollem Fluss, und wenn nachher das Referendum mit Erfolg ergriffen würde, so wäre die ganze Deckungsfrage eventuell wieder illusorisch. Wenn Sie also die Deckungsfrage mit Sicherheit lösen wollen, müssen Sie dem Vorschlag des Bundesrates folgen und die Ausführungsbestimmungen in die Hand der Bundesversammlung legen. Darin liegt doch für Sie auch eine ganz wesentliche Beruhigung. Wenn man an irgend etwas mit Recht Anstoss nehmen würde, haben Sie in der Detailberatung von Art. 3, aber wiederum bei den Beratungen der Ausführungsbestimmungen Gelegenheit, Ihre Abänderungsanträge zu stellen, und soweit sie tragbar und vernünftig sind, wird der Sprechende immer dafür zu haben sein, darauf in billiger Weise Rücksicht zu nehmen; denn ich weiss sehr wohl, dass man bei einer neuen Steuerart rücksichtsvoll vorgehen muss. Aber eine neue Steuer zur Lösung der Deckungsfrage, die lauter Jubel begegnen würde, gibt es nicht; denn bei jeder neuen Steuerart gibt es neue Steuerpflichtige, und zu denen will in der Schweiz niemand gehören. Da flaut hin und wieder die patriotische Aufwallung sehr rasch wieder ab. Man muss mit Widerständen rechnen, wie sie auch hier zum Durchbruch gekommen sind.

Ich möchte zum Schluss noch einmal sagen: Bleiben Sie dabei, dass Sie solch grosse Kredite nicht mehr ohne Lösung der Deckungsfrage beschliessen. Das ist heute dringende Notwendigkeit geworden in Anbetracht der beängstigend grossen Schuldenlast des Bundes. Wir dürfen nicht immer nur anhäufen, müssen auch einmal die Deckungsfrage stellen. Hier glauben wir einen Vorschlag gefunden zu haben, der annehmbar erscheint. Der Bundesrat hat Sie von allem Anfang an nicht in Zweifel darüber gelassen, ich habe das in der Märzsession schon gesagt, dass, wenn wir für ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm eintreten, wir damit die Deckungsfrage verbinden werden. Ohne das dürfen wir nicht mehr solch grosszügige Kredite beschliessen. Nun war es ganz logisch, dass bei der allgemeinen Eintretensdebatte die Frage aufgeworfen wurde, soll man nur Kredite beschliessen oder soll man damit auch die Deckungsfrage lösen. Herr Nationalrat Meierhans hat in der Eintretensdebatte diese Frage aufgeworfen und den Antrag gestellt, die Deckungsfrage zu trennen und sie nicht im Zusammenhang mit den Krediten zu behandeln. Das war der Moment, um prinzipiell darüber zu beschliessen, und dort hat der Nationalrat mit grosser Mehrheit den Antrag Meierhans abgelehnt. Es wäre nicht ganz fair, wenn man inzwischen die Kredite beschlossen, ein schönes Kreditprogramm aufgestellt hat, und nun hinterher nochmals versuchen würde, die Deckungsfrage streitig zu machen. Sie würden durch Verneinung hinterher den Bundesrat in eine recht unangenehme Situation versetzen. Er müsste sich ja direkt von der ganzen Arbeitsbeschaffungsvorlage distanzieren, denn sie würde nicht mehr seiner Auffassung entsprechen. Ich weiss auch von vielen Herren in Ihrem Rate, dass sie der Arbeitsbeschaffungsvorlage nur dann zustimmen werden, wenn sie sicher sind, dass auch die Finanzierung gleichzeitig gelöst wird. Darum möchte ich Herrn Nationalrat Meierhans darauf aufmerksam machen, dass er ganz grosse Gefahren heraufbeschwört. Er vertröstet Sie vielleicht auf seine Initiative, die immer noch unerledigt ist. Aber ich muss Herrn Nationalrat Meierhans doch in aller Objektivität darauf aufmerksam machen, dass wir auf dem Boden der Arbeitsbeschaffungsinitiative niemals zu einer nationalen Verständigung kommen werden, weder unter den Fraktionen, noch hier im Rate, währenddem wir hier nun einen Boden der Verständigung gefunden haben, sowohl nach der Richtung des Abwertungsgewinnes wie in bezug auf die Ausgleichsteuer. Es wäre ein Frevel, wenn man das Verständigungswerk wieder in Frage stellen wollte. Ich möchte deshalb dringend empfehlen, bleiben Sie dem Beschluss der Novembersession und dem Beschluss treu, den Sie beim neuen Finanzrecht gefasst haben: Keine Ausgaben ohne Deckung! Jetzt handelt es sich um die praktische Anwendung. Bitte, fallen Sie nicht um, um so mehr nicht, als es sich nur noch um die Warenhäuser handelt.

Ordnungsantrag Lachenal.

Ziffer 3 wird an die Kommission zurückgewiesen im Sinne einer Deckung gestützt auf den Grundsatz einer generellen Umsatzsteuer nach folgenden Richtlinien:

Steuerfreiheit bis 200 000 Franken Geschäftsumsatz (Kleinunternehmungen).

Erhöhung des Steueransatzes für die Grossunternehmungen und Ueberhöhung für die Spezialfälle.

Zweckbestimmung des Erträgnisses dieser Steuererhöhung zur direkten Hilfe für den Kleinhandel.

Ausschliessung folgender Zweige: Landwirtschaft, Engroshandel, Ausfuhr- und Einfuhrunternehmungen sowie Hotelgewerbe.

Angemessene jährliche Rückvergütung an die Kantone.

Motion d'ordre Lachenal.

Le chiffre 3 est renvoyé à la commission dans le sens d'une couverture basée sur le principe d'un impôt général sur le chiffre d'affaires ayant les lignes générales suivantes:

Exonération jusqu'à 200 000 francs de chiffre d'affaires (petites entreprises).

Majoration du taux d'impôt pour les grandes entreprises, et supermajoration pour les cas spéciaux.

Affectation du produit de cette majoration à l'aide directe au petit commerce.

Exclusion des branches suivantes: Agriculture, commerce de gros, d'exportation, d'importation et hôtellerie.

Ristourne annuelle équitable aux cantons.

M. **Lachenal:** Je me permets de reprendre ma proposition d'hier, tendant, du moment que la proposition principale du groupe socialiste consiste à biffer l'article, à voter sur ce biffage sans discuter au préalable les propositions éventuelles. Vous m'avez répondu qu'aux termes de l'article 78 du règlement, aucune autre procédure n'était possible. Je comprends bien que dans la règle, lorsque les propositions éventuelles sont destinées à améliorer, à aménager une proposition principale, elles doivent naturellement être discutées et votées avant que l'on règle le sort même de la proposition principale. Mais ici, la proposition principale tend à la suppression, c'est-à-dire au néant. On ne peut pas améliorer, même éventuellement, le néant. Si le médecin est décidé à amputer une jambe, il renoncera à la panser. S'il décide de ne pas l'amputer, alors il la soignera. Non, Messieurs, l'erreur provient simplement du fait suivant: C'est que c'est à tort que le parti socialiste qualifie sa proposition; de «Eventuelle Anträge»; ce sont des «Subsidiäre Anträge». C'est pour le cas seulement où la suppression serait refusée, que l'on propose des amendements; mais dans votre esprit, la première décision, c'est de supprimer l'article. Si l'article est supprimé, vos propositions subsidiaires tombent également. Je crois que c'est clair.

Dans ces conditions, on doit considérer la proposition principale comme une véritable motion d'ordre; si elle est repoussée, ses auteurs se réservent de faire des propositions de modification de l'article ainsi maintenu.

Je ne vois pas d'autre solution au conflit: ou bien M. le président se rendra à mes arguments, et j'espère qu'il pourra le faire, ou alors c'est l'Assemblée qui doit décider elle-même. Mais on ne peut pas opposer une fin de non-recevoir à une opinion interprétant comme une motion d'ordre une proposition principale. Je demande à la présidence de bien vouloir examiner à nouveau la question.

Meierhans, Berichterstatter der Minderheit: Ich schliesse mich den Ausführungen von Herrn Nationalrat Lachenal an, und zwar neben den Reglementsgründen, die er angeführt hat, auch aus praktischen Gründen. Es ist sicher für den Rat viel praktischer, wenn er jetzt darüber entscheidet, ob er grundsätzlich eine solche Ausgleichssteuer zur Finanzierung heranziehen will oder nicht. Wird diese Ausgleichssteuer verworfen, dann kann man die Eventualanträge alle miteinander erledigen. Es sind deren etwa 20. Es hat keinen Sinn, über gewisse Abänderungsanträge zu debattieren, um nachher doch die ganze Ausgleichssteuer fallen zu lassen. Da ist es viel einfacher und für die Arbeit des Nationalrates auch viel wertvoller, wenn jetzt dieser prinzipielle Entscheid gefällt wird.

Dabei möchte ich mir eine Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Bundesrat Obrecht gestatten. Ich weise den Vorwurf der leichtsinnigen Finanzpolitik, der mit diesem Antrag verbunden sei, ganz entschieden zurück. Ich habe ausdrücklich gesagt, wir sind nicht gegen die Deckung, sondern wir sind dafür, dass die Frage im Zusammenhang mit der definitiven Finanzreform auf eine richtige und solide Art gelöst wird.

Das darf ich Herrn Bundesrat Obrecht schon sagen: Wenn die Bundesratsersatzwahl so ausgeht, wie wir es wünschen, ist es um die eidgenössischen Finanzen nicht schlechter bestellt als heute.

M. le **Président:** La situation est exactement la suivante: la minorité a déposé tout d'abord une proposition principale qui tend à biffer tout le chiffre 3. (Je prie, en passant, MM. les membres du Conseil des Etats de bien vouloir respecter le silence religieux de ce sanctuaire.) (Rires.) Je disais donc que la minorité avait déposé un ensemble de propositions: une proposition principale tendant à biffer le chiffre 3 et six propositions subsidiaires. De plus, M. Schwar a déposé des amendements aux propositions subsidiaires de la minorité. M. Duttweiler a déposé trois amendements qui portent sur le texte de la majorité aussi bien que sur le texte de la minorité. M. Walder a déposé deux amendements au texte de la commission. M. Gafner a déposé une proposition d'adjonction au texte de la commission pour l'introduction de dispositions pénales.

Il y a en tout 13 propositions différentes et non pas, comme M. Lachenal paraît le croire, uniquement les propositions de la minorité. 20 orateurs sont inscrits, sans parler du conseiller fédéral et des rapporteurs de minorité.

M. Lachenal a fait une proposition qui, sous la forme où il l'a présentée, n'est pas acceptable. M. Lachenal propose de biffer purement et simplement tout de suite l'article ... (M. **Lachenal:** Non, non!) ... Pardon, j'ai bien compris: M. Lachenal propose de suspendre la discussion de l'article et de passer immédiatement à la votation: biffer ou maintenir. Cette proposition n'est pas acceptable pour le motif qu'il y a des amendements, des sous-amendements et des propositions et que je manquerais à tous les devoirs d'un président en privant les députés de leur droit de faire des propositions

(article 73 du règlement), et également parce qu'on ne peut pas biffer un texte sans que ce texte ait été épuré, sans qu'il ait pris sa forme définitive.

M. Lachenal a dit qu'on ne soigne pas une jambe qu'on veut couper. Je lui réponds qu'avant de couper une jambe, il vaut mieux l'examiner afin de savoir dans quel état elle est. La seule solution possible — car je désire, comme MM. Lachenal et Meierhans, éviter autant que possible des débats trop longs — est celle-ci:

La minorité consentirait à tranformer sa proposition de biffer le chiffre 3 en une proposition indépendante et retirerait ses propositions subsidiaires. De plus, tous les auteurs des diverses propositions y renonceraient. J'ajoute que si l'article est maintenu, si la proposition de biffer est rejetée, tout député aura le droit de demander qu'on revienne sur le chiffre 3, à la fin de la discussion, cela conformément à l'article 74. Je fais donc la proposition suivante, tout en remerciant très sincèrement MM. Lachenal et Meierhans de bien vouloir faciliter la tâche du président:

1. la minorité de la commission fait de sa proposition de biffer une proposition indépendante;
2. la minorité retire ses propositions subsidiaires;
3. les auteurs des amendements et propositions, MM. Walder, Duttweiler, Schwar et Gafner retirent leur proposition. Dans ce cas-là, nous voterions immédiatement. J'espère que vous voudrez bien accepter cette solution. La minorité de la commission est-elle d'accord?

Meierhans, Berichterstatter der Minderheit: Ich bin mit diesem Antrag einverstanden, weil ja, falls Art. 3 verworfen wird, die Diskussion über diese Anträge ohne weiteres wieder weiter geht.

Walther-Luzern: Ich habe zum Antrag, der gestellt worden ist, folgende Erklärung der katholisch-konservativen Gruppe abzugeben:

Unsere Gruppe hat sich einhellig auf den Boden der Vorlage gestellt und ihr zugestimmt unter den Voraussetzungen, wie sie vom Vorsteher des Departementes auseinandergesetzt worden sind. Es besteht die absolute Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung. Aber in gleicher Weise wie der Herr Vorsteher des Departementes steht unsere Fraktion einhellig auf dem Standpunkt, dass die Vorlage trotz ihrer Notwendigkeit nicht beschlossen werden dürfe, ohne dass auch die entsprechende Deckung darin enthalten ist. Ich erkläre im Namen unserer Gruppe, dass wir uns für die endgültige Abstimmung freie Hand vorbehalten müssen, je nachdem in der Vorlage ausreichende Deckung enthalten ist oder nicht.

M. le **Président:**
M. Duttweiler est-il d'accord? — Oui.
M. Walder? — Oui.
M. Schwar? — Oui.
M. Gafner? — Oui.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	94 Stimmen
Für den Streichungsantrag der Minderheit	53 Stimmen

M. le **Président:** Vous me permettrez de constater avec plaisir qu'il s'est trouvé 147 députés pour participer au vote.

Je rappelle à MM. les députés qu'ils ont le droit de demander à revenir sur une question à la fin de la discussion.

Huber-St. Gallen: Es hat keinen Zweck, in dieser Form vorzugehen. Die Kommissionsminderheit hat ausdrücklich durch Herrn Meierhans erklären lassen, dass die Anträge im Falle der Verwerfung automatisch wieder aufgenommen werden sollen. Infolgedessen haben wir hier nicht mit einem Rückkommensantrag Zeit zu verlieren. Man muss also sofort wieder die Diskussion eröffnen.

M. le **Président:** M. Huber, en sa qualité d'ancien président de ce Conseil, ne m'en voudra pas de respecter le règlement. En vertu de ce règlement, MM. les députés ont la faculté de revenir sur l'article 3 après que l'on aura discuté les autres. Ce n'est qu'une question de procédure, mais le règlement est là; après l'article 4 nous reprendrons donc l'article 3. Ou bien le Conseil préfère-t-il revenir tout de suite sur cet article 3? (Assentiment sur de nombreux bancs.) Puisque tel semble être le désir général, il sera donc ainsi fait.

Abs. 1 und 2. Angenommen. — *Adoptés.*

Abs. 2bis.

Huber-St. Gallen, Berichterstatter der Minderheit: Die Minderheit der Kommission beantragt Ihnen, auf den Antrag des Bundesrates zurückzukommen und gemäss seinem Antrage einen Absatz 2bis aufzunehmen mit folgendem Wortlaut: „Die Selbsthilfegenossenschaften sind steuerfrei".

Bevor ich zur Begründung dieses Antrages übergehe, möchte ich mir einige wenige Vorbemerkungen erlauben. Herr Kollege Meierhans hat Herrn Bundesrat Obrecht einen kleinen Vorwurf gemacht, dass er die Bundesratswahl bereits in die Diskussion hineingezogen habe. Ich meinerseits möchte Herrn Bundesrat Obrecht den Dank dafür aussprechen, dass er bereits im voraus einen Vertreter der sozialdemokratischen Partei als Vertreter einer künftigen Regierungspartei im Bundesrate willkommen geheissen hat. Ich hätte gefunden, dass vielleicht eher der Herr Referent der Kommission Anlass gehabt hätte, sich darüber zu beklagen. Aber nachdem ich aus der Neuen Zürcher Zeitung zu meiner Genugtuung gesehen habe, dass er definitiv auf die Kandidatur als Bundesrat verzichtet hat, ist ja dieser Glückwunsch von Herrn Bundesrat Obrecht verständlich geworden.

Herr Bundesrat Obrecht hat sodann von den Gutachten gesprochen, die er noch nicht erhalten habe. Ich glaube, er hat den Wert dieser Gutachten zum voraus wesentlich herabgesetzt, denn obwohl er diese Gutachten noch gar nicht erhalten hat, sagt er zum voraus, zu welchem Schluss sie kommen müssen. Derart bestellte Gutachten sind mit Recht nicht allzu sehr geschätzt.

Noch etwas an die Adresse von Herrn Kollega Gysler. Er hat gestern mit grosser Wärme davon gesprochen, es sei unbedingt notwendig, Arbeit zu beschaffen, dass es ebenso notwendig sei, die Landes-

verteidigung zu verstärken. Und er hat daran angeschlossen die Pflicht, auch für entsprechende Deckung zu sorgen. Mit der rednerischen Gewandtheit, die ihm zur Verfügung steht, hat er darauf hingewiesen, dass für diese Militärausgaben und für die Arbeitsbeschaffung diese Vorlage die Deckung bringe. Ich habe ihm nachher sofort persönlich die kleine Frage gestellt, und ich möchte sie wiederholen und auch gleich die Antwort darauf geben: Wo findet er in der ganzen Vorlage einen Rappen Deckung für die Militärausgaben? Es ist gar keine Deckung für diese Militärausgaben in dieser Vorlage enthalten, sondern nur für die Arbeitsbeschaffung, und da zeigt sich, dass auch Ihre Mahnung, Herr Bundesrat Obrecht, an einem innern Widerspruch krankt. Man kann nicht die Notwendigkeit der Deckung unter allen Umständen fordern und deshalb auch die Zustimmung zu einer bestimmten Steuer, wenn man in der gleichen Vorlage die Hälfte oder effektiv mehr als die Hälfte ungedeckt lässt, und besonders jetzt kann man das nicht mehr unter Berufung auf die Uebergangsordnung des Finanzwesens, nachdem der Nationalrat das Vorrecht der Militärausgaben gestrichen hat und die Militärausgaben gleich behandelt wissen will wie die andern Ausgaben.

Nach diesen Vorbemerkungen möchte ich zum eigentlichen Antrag übergehen und hier wiederum Herrn Bundesrat Obrecht dafür danken, dass er in zwei Botschaften des Bundesrates sich mit aller Entschiedenheit dafür ausgesprochen hat, dass die Selbsthilfegenossenschaften nicht mit einer Ausgleichsteuer belastet werden. In der ersten Botschaft vom Juni 1938 schreibt der Bundesrat:

„Die Vorzugsstellung der Konsumgenossenschaften rechtfertigt sich aus ihrer besonderen wirtschaftlichen Zielsetzung. Unter Verzicht auf Unternehmergewinn werden bei den Genossenschaften alle nicht in das Geschäft fliessenden Ueberschüsse an die Konsumenten zurückgegeben. Auch ist die Kostenersparnis bei der auf demokratischer Gundlage aufgebauten Verwaltung der Konsumvereine mit ihrer althergebrachten weitgehenden Personalfürsorge geringer als bei den vollständig durchrationierten Privatbetrieben."

In Klosters ist die Meinung ausgesprochen worden, es sollen auch die Konsumgenossenschaften dieser Steuer unterstellt werden. Ich will gleich feststellen, dass dieser Antrag nicht etwa von den Vertretern des Kleingewerbes und Kleinhandels ausgegangen ist; von diesen ist kein solcher Antrag gestellt worden. Der Bundesrat hat in seinem Bericht zu dieser Anregung Stellung genommen und in diesem Bericht vom 18. Oktober 1938 geschrieben:

„Bei den Selbsthilfegenossenschaften darf, worauf wir schon in der Botschaft vom 7. Juni hingewiesen haben, die besondere wirtschaftliche Zielsetzung nicht übersehen werden. Auch haben wir an gleicher Stelle schon darauf hingewiesen, dass der Rationalisierung und Kostenersparnis bei den Selbsthilfegenossenschaften weitgehende Grenzen gesetzt sind, insbesondere in bezug auf Lohneinsparungen. Die Prüfung der sich mit den Konsumgenossenschaften befassenden Berichte der Preisbildungskommission des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, insbesondere der Hefte 3 und 4 der Untersuchungen über die Verhältnisse im schweizerischen Lebensmittelkleinhandel, vermitteln diesen Eindruck des bestimmtesten."

Nun hat der Bundesrat schliesslich seine Opposition gegen die Tendenz, die aus dem Schoss der Kommission hervorgegangen ist, aufgegeben und hat damit leider ein Beispiel nachgeahmt, das er schon einmal gegeben hatte: bei der Behandlung der Warenhausbeschlüsse. Man hat im Rat davon gesprochen, es handle sich um eine Privilegierung der Genossenschaften. Es gab Leute, und unsere besondern Freunde von den Warenhäusern haben scheint's mit Erfolg dieses Argument verwertet, die behaupteten, die Nichtbelastung der Genossenschaften mit einer Ausgleichsteuer verletze die Rechtsgleichheit. Rechtsgleichheit besteht darin, dass Gleichartiges gleichartig behandelt wird. Wenn man behaupten will, die Nichtbelastung der Konsumgenossenschaften mit einer Ausgleichsteuer sei eine Verletzung der Rechtsgleichheit, dann muss man die Behauptung aufstellen und den Beweis dafür führen, dass die Selbsthilfegenossenschaften das gleiche seien wie die Warenhäuser, wie die Epa-Geschäfte, wie die Migros usw. Eine derartige Behauptung könnte nur aufstellen, wer von der rein privatkapitalistischen Organisation der Warenhäuser, der Epa-Geschäfte usw. nichts weiss und nichts weiss von der gemeinwirtschaftlichen Organisation der Genossenschaften. Selbsthilfegenossenschaften sind keine Unternehmungen, Selbsthilfegenossenschaften sind Organisationen von Konsumenten, die nicht an irgendwelchem Dritten etwas verdienen wollen, die nicht einen Handel betreiben wollen, um aus diesem Handel kapitalistische Gewinne zu holen, sondern Selbsthilfegenossenschaften sind Vereinigungen von Konsumenten, die die Absicht haben, selber für eine möglichst rationelle Verwertung ihres bescheidenen Einkommens zu sorgen, selber die Warenvermittlung an die Hand zu nehmen, unter Ausschaltung unnötiger Zwischengliederung, unter Ausschaltung von unnötigen Spesen. Es ist Selbsthilfe durch Organisation. Den Selbsthilfegenossenschaften auf wirtschaftlichem Gebiet liegt genau das gleiche Prinzip zugrunde, wie es der Schaffung unseres Staates, der Eidgenossenschaft, zugrunde gelegen hat, ein Zusammenschluss Gleichgesinnter und Gleichgestellter für die gleichen Zwecke, ohne dass sie damit beabsichtigen, auf Kosten anderer Leute Gewinne zu machen. Es war einem Mangel der Gesetzgebung zuzuschreiben, dass während Jahrzehnten die Genossenschaften im Obligationenrecht unter dem Titel der Handelsgesellschaften aufgeführt worden sind. Die Erfahrungen, die Arbeit der Genossenschaften und nicht zuletzt die praktische Betätigung der Genossenschaften haben schliesslich die Erkenntnis in weite Kreise getragen, dass diese formale Gleichstellung falsch war und deshalb haben Sie entsprechend dem Vorschlag des Bundesrates, gestützt auf einen Vorentwurf von Herrn alt Bundesrat Hoffmann, bei der Neuordnung des Gesellschaftsrechtes die Genossenschaften als eigenartige Organisation anerkannt, neben den Handelsgesellschaften. Jetzt gibt es im Obligationenrecht nicht Handelsgesellschaften und als eine Art dieser Handelsgesellschaften Genossenschaften, sondern es gibt auf der einen Seite Handelsgesellschaften in ihren verschiedenen Formen, die private Unternehmungen

sind, und auf der andern Seite Genossenschaften, die keine Erwerbszwecke verfolgen. Also auf der einen Seite haben wir auf Erwerb ausgehende Unternehmungen, auf der andern Seite nicht auf Erwerb ausgehende Selbsthilfeorganisationen, wie sie beispielsweise auch der Kleinhandel sich selber geschaffen hat. Es ist längst dazu übergegangen, das Prinzip der Genossenschaften nicht mehr als etwas Feindliches zu betrachten, sondern als etwas, wovon er im eigenen Interesse mit Nutzen Gebrauch macht, z. B. durch die Usego und andere Grosseinkaufsgesellschaften, die nichts anderes als einen genossenschaftlichen Zusammenschluss bedeuten.

Aber auch abgesehen von dieser rechtlichen Formulierung ist wirtschaftlich die Genossenschaft etwas ganz anderes als ein Warenhaus oder ein Einheitspreis-Geschäft. Die Steuer soll nach Ihrer Absicht eine Ausgleichsteuer sein, d. h. sie soll demjenigen, der den Handel zu Erwerbszwecken betreibt, aber dabei wirtschaftlich schwach ist, durch einen Ausgleich gegen denjenigen schützen, der als Grossunternehmer den Handel ebenfalls zu Erwerbszwecken betreibt. In diesem System hat die Besteuerung der Genossenschaften überhaupt keinen Platz, denn diese betreiben keine Erwerbstätigkeit. Gegen sie braucht es keine Ausgleichsteuer. Allerdings verweist man auf das Gedeihen der Genossenschaften. Jedes Unternehmen, das einen gewissen Umsatz erreicht hat, muss nach dieser Logik zugunsten derjenigen, die ihr Geschäft nicht zur Blüte bringen, gestraft werden. Das kann nicht die Absicht der Mittelstandsbewegung sein, sonst müsste diejenigen ihrer Mitglieder, die blühende Geschäfte haben, ebenfalls mit einer Ausgleichsteuer bedacht werden. (Zwischenruf: „Das tun wir auch.") Das tun Sie nicht, Sie stellen nur auf den Umsatz ab, nicht auf den Erfolg. Man findet es durchaus in Ordnung, dass auch diejenigen, die gar nichts verdienen, überhaupt keinen wirtschaftlichen Erfolg für sich holen wollen, mit einer Ausgleichsteuer belastet werden.

Herr Bundesrat Obrecht hat erklärt, es gäbe Leute, die nur noch für den Umsatz gearbeitet hätten. Ich glaube nicht, dass das richtig ist. Mir sind keine solchen Leute bekannt.

Ich will mich nicht in den Streit zwischen dem Mittelstand und den Warenhäusern, der Epa, der Migros usw. einmischen. Das können diese ruhig untereinander ausmachen. Ich glaube, es liegt im Interesse des Mittelstandes, wenn Sie die Genossenschaften nicht hier hineinziehen, wie das Herr Bundesrat Obrecht selber vorgeschlagen hat. Wenn Sie das Prinzip des Ausgleiches berücksichtigen wollen und sich mit einer gewissen inneren Wärme über Unternehmer empören, die als Inhaber von Grossunternehmungen — Herr Nationalrat Cottier hat davon gesprochen, dass zwei Mann in der Schweiz 50 Warenhäuser hätten und sich davon bereichern könnten, ich kann nicht nachprüfen, ob das richtig ist — hohe Gewinne erzielen, und wenn Sie diesen grosskapitalistischen Grossverdienern ein bisschen etwas abnehmen zugunsten des Staates und damit auch die Interessen des Kleinhandels schützen wollen, ist das in einem gewissen Umfang verständlich. Aber wer sind nun die Mitglieder der Selbsthilfegenossenschaften? Sind das grosskapitalistische Unternehmer? Die Mitglieder der Selbsthilfegenossenschaften sind nahezu 100 % kleine und kleinste Leute mit sehr bescheidenem Einkommen, die sich in der Selbsthilfegenossenschaft zusammengeschlossen haben, damit sie ihre wirtschaftlichen Interessen — nicht auf Kosten anderer, die bei ihnen kaufen müssen, sondern durch Zusammenlegen ihrer Kaufkraft — wahren können. Haben Sie nun ein Interesse daran, diese kleinen Leute zu belasten? Ist es nicht ein Widerspruch in sich selbst, auf diese ganz kleinen Leute eine Ausgleichsteuer legen zu wollen und sie gleich zu behandeln wie die grosskapitalistischen Warenhäuser? Ist Ihnen dieser Widerspruch nicht klar? Er ist zu deutlich, als dass man ihn übersehen könnte.

Gestern ist vom Vertreter der Bauernfraktion gesagt worden, sie schliesse sich grundsätzlich diesem Plane an und habe nichts gegen die Besteuerung der Genossenschaften einzuwenden. Die landwirtschaftlichen Selbsthilfegenossenschaften seien mit der Steuer einverstanden. Das klingt ausserordentlich nobel und opferfreudig. Aber wie es mit dieser Noblesse aussieht, will ich Ihnen an Hand von Zahlen dartun, die vom Volkswirtschaftsdepartement angestellt worden sind. Da stellen wir fest, dass der Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften 237 Genossenschaften hat; von diesen würden ganze 8 von der Ausgleichsteuer erfasst. Da ist es nicht richtig, wenn gestern vom Vertreter der Bauernfraktion gesagt worden ist, wir als Vertreter der Genossenschaften sind damit einverstanden, dass wir belastet werden, sondern man hätte sagen müssen: Wir als Vertreter von Genossenschaften sind damit einverstanden, dass andere Genossenschaften, aber nicht wir belastet werden. Ich will aber feststellen, dass der Redner der Bauernfraktion dabei gewisse Vorbehalte gemacht hat. Er hat Zusicherungen verlangt, dass beispielsweise der Düngerhandel, ich nehme an, auch der Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen usw. nicht erfasst würde. Das ist ein Irrtum. Sie haben heute von Herrn Bundesrat Obrecht die kategorische Erklärung erhalten, dass der letzte Akt, wo die Ware vom letzten Verkäufer an den Selbstverbraucher oder gebrauchenden Käufer geht, mit der Steuer belastet wird, auch wenn sackweise bezogen wird.

Es war sonst üblich, und ich möchte hoffen, dass es auch in Zukunft geschieht, dass unter den Genossenschaften der Gedanke der Solidarität respektiert wird. Nur dieser solidarischen Zusammenarbeit haben wir es zu verdanken, dass wir ein wirkliches Genossenschaftsrecht schaffen konnten. Nur dadurch, dass in der Expertenkommission und nachher in der nationalrätlichen Kommission die Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Kreditgenossenschaften, der Konsumgenossenschaften die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkannt und dafür eingetreten sind, ist dieser Erfolg zu verzeichnen.

Der Verband Schweizerischer Konsumvereine hat sich, wie richtig gesagt worden ist, mit dieser Ausgleichsteuer nicht befasst. Nachdem nun aber dieser Angriff gekommen ist, muss sich der Verband zur Wehr setzen. Beim Verband Schweizerischer Konsumvereine werden über 90 % des Ge-

samtumsatzes aller im Verband vereinigten Konsumgenossenschaften und 90% aller ihnen angehörenden Mitglieder betroffen werden.

Beim Verband Schweizerischer Konsumvereine ist das Verhältnis ganz anders als beim Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften. Hier zeigt sich denn auch die ganze Verkehrtheit der Anwendung der Progression auf Konsumgenossenschaften. Wenn eine Konsumgenossenschaft einen grossen Umsatz hat, kommt das nicht daher, dass eine Kapitalagglomeration oder -Kumulation stattgefunden hat, nicht daher, dass ein kapitalkräftiges Unternehmen, eine kapitalstarke Organisation geschaffen worden wäre, welche den Kleinhandel an sich zieht, sondern das kommt einfach daher, dass so und soviele Mitglieder sich einer Genossenschaft anschliessen, ohne dass aber das einzelne Mitglied mehr erhielte als vorher; es rührt daher, dass entsprechend dem Wachstum der Städte einzelne Genossenschaften sich zusammenschliessen, ohne dass deshalb ihr Gesamtertrag prozentual grösser zu werden braucht. Es kann auch davon herrühren, dass sich Genossenschaften, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit, zu eigenartigen Verbänden zusammenschliessen. Herr Schwar wird Ihnen ein solches Beispiel aus dem Kanton Genf nennen können.

Wie verkehrt die Uebertragung dieser Progression auf diese Art Organisation ist, will ich Ihnen auch an Hand von Zahlen dartun. Es ist falsch, anzunehmen, dass der grössere Umsatz einen grösseren Ertrag bedeute. Nach einer Aufstellung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine können die Konsumvereine mit einem Umsatz von 200—250 000 Fr. 6,8% Rabatt und Rückvergütungen auszahlen, während die Konsumvereine, welche einen Umsatz von 2—5 Millionen Fr. haben, nur 5,4% Rabatt und Rückvergütungen auszahlen können, und die Vereine von 5—8 Millionen Fr. Umsatz sogar nur 4%. Da sehen Sie, wie unrichtig es ist, eine Skala, die für kapitalistische Unternehmungen richtig sein kann, auf Selbsthilfegenossenschaften übertragen zu wollen.

Die Wirkung der Ausgleichsteuer wird also in bezug auf gewisse Kategorien die sein, dass, je geringer der Ertrag ist, um so grösser die Steuer sein wird. Was würden Sie sagen, wenn man jetzt diese Steuer auch erheben wollte von den kommunalen Betrieben? Warum soll eine Gemeinde, die Gas, Wasser, Elektrizität verkauft, nicht auch belastet werden? Das ganz gleiche Unternehmen, wenn es auf dem Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe geschaffen worden ist, wie es bei der Wasser- und Gasversorgung mitunter der Fall war, wird mit einer Steuer belastet, aber wenn die Gemeinde das macht, fällt die Steuer weg.

Nun kommt aber noch ein Haupteinwand: Auch die Genossenschaften schädigen den Privathandel, sagt man. Das ist an sich kein Argument. Dann könnte man mit dem gleichen Rechte sagen: Der Privathandel schädigt die Genossenschaften. Es gibt sogar eine kantonale Verfassung, welche die Pflege und Förderung der Genossenschaften durch den Kanton geradezu zur Pflicht macht. Es ist der Kanton Zürich.

Sind die Genossenschaften schuld, wenn es heute im Kleinhandel tatsächlich schwere Schäden gibt, wenn der Kleinhandel heute leidet? Daran sind nicht die Genossenschaften schuld. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass der Kleinhandel — das haben die Vertreter des Kleinhandels, speziell Herr Gysler und Herr Cottier gesagt — unter einer Uebersetzung mit Läden leidet. Woher kommt das? Das kommt in erster Linie davon her, dass überhaupt die Wirtschaftskraft, die Kaufkraft unseres Schweizervolkes enorm zurückgegangen ist. Ich entnehme einer kleinen wirtschaftlichen Untersuchung, dass der jährliche Verdienstausfall des Schweizervolkes gegenüber dem letzten Jahr der guten Konjunktur in einem Jahr 1 Milliarde Fr. ausmacht. Man nimmt an, dass hiervon etwa 600 Millionen Fr dem Umsatz des Kleinhandels entgehen, und dass das auf den Laden durchschnittlich 10 000 Fr. Minderumsatz ausmacht. Dass dem so ist, ist aber nicht die Schuld der Genossenschaften, sondern das ist die Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Diese üble Erscheinung ist nun noch dadurch verschlechtert worden, dass so und so viele Leute, die in ihrem ursprünglichen Beruf kein Auskommen mehr hatten, geglaubt haben, ihr Auskommen durch die Flucht in solche Geschäfte zu finden. Auch daran sind die Genossenschaften nicht schuld.

Nun soll nach Meinung des Bundesrates der Preis der Ware gesteigert werden. Es soll eine Verteuerung der Lebenshaltung eintreten, damit der Kleinhandel mehr bekommt. Haben denn deshalb die Konsumenten mehr auszugeben, wenn die Ware teurer wird? Deshalb erhöht sich doch bei keinem Krämer der Umsatz, sondern es wird einfach für das gleiche Geld noch weniger Ware gekauft werden können. Zahlenmässig kann das Schweizervolk nicht mehr ausgeben, als es einnimmt. Es verteilen sich diese Geldeinnahmen bei einer Teuerung einfach auf ein geringeres Quantum von Waren oder auf Waren schlechterer Qualität. Es ist ein grosser und gefährlicher Irrtum, dem Kleinhandel einzureden, durch Verteuerung der Lebenshaltung werde seine Situation besser. Sie kann nicht besser werden, sondern sie muss schlechter werden. Das ist allerdings die Hoffnung anderer Leute.

Ich will nun aber sogar die beste Möglichkeit meinen Ueberlegungen zu Grunde legen, ich will einmal sagen, dass wirklich durch diese Massnahme eine gewisse Abwanderung zum Kleinhandel stattfinde, dass eine Preissteigerung eintrete, wovon der Kleinhandel profitieren könne. Was wird die Folge sein? Dass wieder so und so viele Leute glauben, der Kleinhandel sei jetzt ein rentables Geschäft. Statt dass wir weniger Läden haben, werden noch mehr Leute solche Läden auftun. Das ist ein Argument, dem Sie sich nicht verschliessen können. Mit Recht ist von allen, die die Verhältnisse kennen, darauf hingewiesen worden, dass dem Kleinhandel nicht geholfen werden kann, so lange das Setzen von Läden nicht aufhört. Deshalb wird es gar nichts nützen, etwa auf diesem Wege zu versuchen, eine unerwünschte Konkurrenz zu schädigen. Sie werden sich nur neue Konkurrenten schaffen, gegen die sie sich nicht wehren können, denn die werden sofort selber zum kranken Mittelstand gehören und in Ihren Reihen nur den Ruf nach Besserung erheben.

Der Antrag auf Besteuerung der Genossenschaften kommt denn auch gar nicht vom Kleinhandel aus. Ich habe das gestern Herrn Gafner, der Zunge und Bleistift spitzt für seine Antwort, schon gesagt. Es ist interessant, dass an den Bundesrat von keiner einzigen Organisation des Detailhandels das Begehren gekommen ist, die Konsumgenossenschaften zu unterstellen. Auch Herr Cottier hat das Begehren nicht gestellt, weil er die Zusammenhänge viel zu gut kennt. Ich habe vor mir die letzte Eingabe des Schweizerischen Detaillistenverbandes vom 3. November 1938. Mit keinem Wort wird hier die Unterstellung der Genossenschaften verlangt; man spricht nur von einer Fortsetzung und Ergänzung des Bundesbeschlusses über die Warenhäuser und Filialgeschäfte vom 3. September 1937, wo bekanntlich die Genossenschaften ausgenommen worden sind. Der Antrag auf Besteuerung der Genossenschaften ist von Herrn Dr. L. F. Meyer gestellt worden, der doch wahrhaftig nicht den Kleinhandel vertritt.

Wir stehen vor der Gefahr einer ganz ähnlichen Entwicklung wie bei den Warenhausbeschlüssen. Da haben die damaligen Motionäre, Herr Nationalrat Joss und Herr Ständerat Amstalden, erklärt, es sollen selbstverständlich diese Beschlüsse über die Warenhäuser nicht auf die Genossenschaften ausgedehnt werden. Jm Rate wurde das trotzdem durchgesetzt, ch glaube, gerade Herr Gafner war auch mit daran schuld, dass das gemacht wurde. Mit welchem Erfolg? Es hat Ihnen gar nichts genützt, es hat nur Zwist und Streit und Differenzen in die Beziehungen zwischen Genossenschaften und Kleinhandel hineingetragen und eine Erbitterung bei uns geschaffen, wie wir sie vorher nie hatten. Beide Seiten haben eingesehen, dass das der falsche Weg ist und deshalb hat man 1937 die Genossenschaften wieder ausgenommen. Die Genossenschaften fallen nicht mehr unter diese Warenhausbeschlüsse. Wir haben uns verständigt, wir haben eine paritätische Kommission geschaffen, mit deren Entscheiden wahrscheinlich beide Teile nicht immer einverstanden sein werden.

Jetzt aber kommen Leute, die sagen, man müsse den gleichen Fehler repetieren, den Sie vor einigen Jahren bei den Warenhausbeschlüssen gemacht haben. Tun Sie das nicht, auch deswegen nicht, damit Sie nicht die Arbeitsbeschaffung und die Steuer gefährden. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir uns vom Verband Schweiz. Konsumvereine aus in diesen Kampf nicht einmischen wollten. Aber die Ausdehnung der Ausgleichsteuer auf Selbsthilfegenossenschaften bewirkt die Mehrbelastung einer halben Million genossenschaftlich organisierter Schweizerfamilien. Glauben Sie, dass diese genossenschaftlich organisierten Schweizerfamilien sich das widerstandslos bieten lassen? Sie müssen sich das doch nur einen Moment überlegen, ob Sie mit der Ausgleichsteuer eine halbe Million Schweizerfamilien treffen wollen. Das wollten Sie doch gar nicht, das wollte der Bundesrat nicht, er wollte grosskapitalistische Unternehmungen treffen, aber nicht diese kleinen Konsumenten belasten. Ich nehme an, andere Redner, speziell Herr Herzog, werden Ihnen an praktischen Zahlen zeigen, wohin das führt.

Aber überlegen Sie sich das Vorgehen auch nach der politischen Seite, Sie werden uns auf die Seite der grosskapitalistischen Unternehmungen treiben. Sie werden damit zu rechnen haben, dass der V.S.K. nicht passiv bleiben kann, wenn es zur Auseinandersetzung über diese Sache kommt. Ich glaube, Herr Bundesrat Obrecht hatte Ihre Interessen besser im Auge, als er in seinen Botschaften zweimal davor warnte, die Selbsthilfegenossenschaften einzubeziehen. Ich möchte Sie dringend an Ihre Interessen als Vertreter des Mittelstandes erinnern, aber ich möchte auch diejenigen, denen die Arbeitsbeschaffung und Verstärkung der Landesverteidigung am Herzen liegt, dringend bitten, sich noch einmal zu überlegen, ob Sie nicht durch eine zu wenig überdachte Ausdehnung der Steuerpflicht auf Genossenschaften dasjenige gefährden, was Sie sonst auf einem andern Weg vielleicht bekommen können. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

M. le **Président:** M. Schwar a fait une proposition à ce sujet, demandant d'ajouter aux coopératives les « entreprises d'entr'aide ». La proposition de M. Schwar n'étant pas combattue par la minorité de la commission, sera jointe aux propositions de cette minorité. Nous limitons donc la discussion à l'article 2bis nouveau de la minorité.

M. **Graber,** rapporteur de la majorité: Etant donnée la grosse importance de cette question tant au point de vue économique (organisation de la défense des intérêts des consommateurs) qu'au point de vue politique, (succès du projet lors du vote du peuple auquel cette revision constitutionnelle doit être soumise), je voudrais me permettre quelques considérations à l'appui de la proposition de la minorité, ainsi que je vous en avais avisés.

L'impôt compensatoire a le caractère d'un impôt de consommation qu'il est bien difficile de contester. Or, ce sont toujours les moins favorisés de la fortune qui ressentent le plus durement les impôts de consommation. On sait, en effet, que moins le salaire du travailleur est élevé, et plus le pourcentage qui doit être consacré à l'achat de denrées alimentaires est élevé.

Que veut-on, lorsqu'on parle de la création d'occasions de travail, sinon venir en aide aux parties les plus pauvres de notre population, à celles dont la détresse demande un urgent soulagement? Or, pour se procurer l'argent nécessaire, on ne trouve rien de mieux que de prendre des mesures qui entraîneront forcément une hausse des prix. N'est-ce pas dire, en d'autres termes, qu'on puisera dans les poches des citoyens les plus pauvres pour leur faire un cadeau sous une autre forme?

Lorsqu'on veut assimiler les coopératives, entreprises à gestion de service, aux autres grandes entreprises à gestion de profit, on le fait soi-disant au nom du principe de l'égalité devant la loi et devant l'impôt. Cependant, par son seul nom, l'« impôt compensatoire » indique bien qu'il ne peut s'agir d'un impôt égalitaire, mais au contraire d'un impôt qui ne s'appliquera pas à tout le monde; il se fondera, au contraire, sur une discrimination de nature entre les entreprises. Il est donc contradictoire de plaider à la fois et en même temps l'égalité et l'inégalité.

L'impôt compensatoire, s'il est appliqué aux coopératives, frappera essentiellement un droit garanti par la Constitution fédérale, à savoir le droit d'association.

La concentration dans les grandes entreprises à gestion de profit est antisociale pour les raisons souvent mises en avant (pression sur les prix à l'achat, sur les salaires, parfois sur la qualité des marchandises, etc.); la concentration économique dans les petites entreprises (comme par exemple dans le petit commerce de détail) est antisociale dans ce sens qu'elle s'exerce uniquement au bénéfice d'un nombre restreint d'intermédiaires, mais non au bénéfice des consommateurs dont les intermédiaires concentrent la force d'achat. Au contraire, la concentration économique est parfaitement sociale dans le cas d'entreprises coopératives qui ont supprimé le barrage du profit et qui répartissent tous les surplus à leurs membres au prorata de leurs achats.

Que se passera-t-il si l'on applique l'impôt compensatoire aux coopératives? De petites associations locales, parfaitement indépendantes, mais groupées en une société régionale, seront soumises à un impôt qui ne frappera pas les détaillants des mêmes localités, lesquels bénéficieront pourtant des mêmes avantages que procure la concentration au point de vue économique, s'ils sont affiliés par exemple à une coopérative d'achats. Ce qu'on frappera donc, en l'occurrence, c'est bien le principe même de l'association.

C'est en regard de la nature particulière de leur but économique que les coopératives ne doivent pas être soumises à l'impôt compensatoire.

En effet:

a. Les coopératives sont des associations d'entr'aide.

b. Leur activité ne leur vaut aucun bénéfice, elles visent seulement à la couverture des besoins de leurs membres. Là où aucun bénéfice n'est recherché ni obtenu, il ne doit pas y avoir d'impôt.

c. L'impôt compensatoire s'appuie sur la considération qu'en cas de fort débit les bénéfices du propriétaire ou des actionnaires augmentent. Dans le cas des coopératives, si le débit devient plus grand, la distribution des surplus se fait entre un plus grand nombre de personnes.

d. L'impôt compensatoire s'appuie également sur cette autre considération que les bénéfices aussi élevés que possible réalisés par les entreprises tombent dans la poche d'un nombre relativement faible d'actionnaires ou de détenteurs de parts qui, généralement, n'ont pas contribué à l'obtention de ce bénéfice; tel n'est pas le cas dans les coopératives.

e. Il est de toute importance que, en reconnaissant une bonne fois la nature particulière des coopératives dans un texte constitutionnel, le législateur marque bien qu'il y a une différence fondamentale entre celles-ci et les entreprises à but de profit.

Le caractère progressif de l'impôt compensatoire établit une inégalité de traitement entre les membres de coopératives différentes.

Une petite coopérative de 100 membres par exemple, n'atteindra jamais un débit de 200.000 francs, tandis que dans une coopérative de 1000 membres, cette limite sera dépassée très facilement. Mais il est parfaitement possible que dans la coopérative de 100 membres l'excédent soit, relativement, notablement plus élevé que dans celle de 1000 membres.

Les prestations sociales des coopératives constituent déjà, par là même, une «compensation» que les coopératives ont assumée volontairement.

Les grandes coopératives ont assumé pour leur personnel, sous la forme de prestations sociales, des charges supplémentaires si énormes par rapport à celles des grands magasins, des Uniprix et, en partie, même des entreprises à succursales multiples, que l'opinion du Conseil fédéral se justifie, selon laquelle les coopératives ne rationalisent pas leurs entreprises jusqu'à l'extrême d'après le modèle des entreprises capitalistes. Ce ne sont pas tant leurs possibilités de rationaliser sur les frais et les salaires qui sont limitées, mais plutôt qu'une telle forme de rationalisation serait en opposition avec leurs principes et leur action. En ce sens, on peut affirmer que les coopératives se sont de tout temps montrées soucieuses de maintenir au point de vue social un juste équilibre entre le producteur, l'employé de la coopérative et le consommateur. Elles constituent, comme on l'a dit, de véritables «boutiques-témoins» qui d'elles-mêmes, si l'impôt compensatoire est voté sans qu'elles y soient soumises, garantiront que la «compensation» ne s'exercera pas contre les consommateurs, mais seulement dans le sens voulu par le législateur.

Au contraire, si elles étaient soumises à l'impôt compensatoire malgré les prestations sociales qu'elles assument volontairement, elles seraient mises en état de nette infériorité à l'égard du commerce privé. Il s'ensuivrait immédiatement une hausse considérable du coût de la vie, ou l'obligation pour elles de renoncer à leurs prestations sociales.

Rappelons, pour ne citer qu'un exemple, que la grande coopérative bâloise, si elle traitait son personnel à la façon des autres entreprises, pourrait diminuer ses frais d'exploitation de deux bons millions de francs, bon an mal an, et employer éventuellement ces deux millions à abaisser encore le prix des marchandises.

Est-ce là vraiment tout ce qu'a trouvé la démocratie pour la défense des intérêts les plus légitimes du peuple travailleur?!

En ce qui concerne ces charges sociales dont je viens de parler, je voudrais souligner un exemple concret: celui de la société coopérative de Genève. Voici quelques chiffres concernant l'année 1937; ces chiffres illustrent le gros effort social de cette société en faveur de son personnel; ils donneront à réfléchir à ceux qui cherchent à se faire sur ce point un jugement objectif.

	Fr.
Salaires payés en 1938	1.342.518
Assurance invalidité, vieillesse et survivants	103.355
Pensions à retraités non assurés . . .	15.480
Allocations à caisse-maladie	3.336
Vacances payées, 3547 jours	39.371
Maladie, accidents, 2957 jours	32.822
Service militaire et congés spéciaux, 680 jours	7.548
	201.912

Les charges sociales de la coopérative de Genève par rapport aux salaires payés constituent par conséquent la somme énorme de fr. 201.912 ou 15,04% des salaires payés.

Or, les charges sociales des coopératives ne profitent pas seulement à leurs employés, mais aussi à la collectivité, puisque grâce à elles les employés malades, invalides, atteints par l'âge, ne tombent pas à la charge publique, comme c'est généralement le cas des employés des entreprises privées.

Il faudrait ajouter à cela les œuvres de solidarité dont se sont chargées les coopératives durant la crise à l'égard des populations frappées par le chômage. Je pense, par exemple, à celles de la Chaux-de-Fonds où non seulement les prix de vente ont été fixés à des prix extrêmement bas, étant donné l'énorme recul de la capacité d'achat, mais encore on a délivré des marchandises à des prix extrêmement réduits et parfois gratuitement aux chômeurs de cette ville qui fut atteinte plus qu'aucune autre par la crise que nous venons de traverser. Cette société aurait donc 70.000 francs d'impôt à verser, ce qui représente par exemple 12 centimes par kg. de pain qu'elle vend. Or, elle ne pourra verser ces 70.000 francs qu'en les retirant en bonne partie à des ouvriers ayant longuement souffert du chômage ou qui en souffrent encore.

Je termine par une dernière remarque sur laquelle j'attire votre attention.

Le Conseil fédéral avait donné aux coopérateurs l'assurance formelle que leur entreprise ne serait pas soumise à l'impôt compensatoire. Le mouvement coopératif, on le sait, possède une presse puissante et bien organisée. Par de telles promesses, on a en quelque sorte paralysé cette presse en lui donnant toute raison de ne pas entrer en guerre contre un impôt qui forcément ne les visait pas. En déchirant brusquement le voile aujourd'hui et en témoignant que sous le couvert des assurances données, on a travaillé contre les entreprises coopératives, on ne ferait que renouveler l'opération dont le mouvement coopératif eut à se plaindre si amèrement et si justement dans la question des arrêtés fédéraux.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à accepter la proposition de la minorité.

Gafner: Herr Huber hat mich in seinem Votum zur Begründung des Minderheitsantrages wiederholt zitiert, so dass man es verstehen wird, wenn ich mich ebenfalls zum Worte melde und mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen den Antrag der sozialdemokratischen Kommissionsminderheit auf Befreiung der Konsumentengenossenschaften oder sog. Selbsthilfegenossenschaften von der Steuerpflicht dieses Bundesbeschlusses bekämpfe. Dabei möchte ich meinerseits früher bei ähnlichen Anlässen Gesagtes nicht wiederholen. Ich habe damals an Hand der eigenen Zahlen des V.S.K. hingewiesen auf den rapiden wirtschaftlichen Aufstieg der Konsumgenossenschaften in der Schweiz, auf ihre wirtschaftliche Bedeutung, ihre Umsatzzahlen. Ich möchte mich heute mehr auf einige grundsätzliche Bemerkungen beschränken und einigen Ausführungen des Herrn Huber entgegentreten. Ich habe ja wiederholt, sowohl in der Oeffentlichkeit wie hier im Rat, die Klinge mit den Vertretern der Konsumgenossenschaften gekreuzt, und es wird heute wahrscheinlich auch nicht das letztemal sein.

Stellen wir fest, dass der in Beratung stehende Bundesbeschluss gleichzeitig einem dreifachen Zwecke dienen soll, dem Ausbau der Landesverteidigung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem Mittelstandschutz. Die Unterstellung der Konsumentengenossenschaften unter die Steuerpflicht gehört ins dritte Kapitel. Dabei richten sich meine Ausführungen, wenn ich den Minderheitsantrag bekämpfe, was ich neuerdings ausdrücklich feststellen möchte, nicht gegen den Genossenschaftsgedanken an sich, sondern gegen den wirtschaftlichen Konkurrenten des Mittelstandes, soweit er im vorliegenden Falle als Grossbetrieb im Sinne des Bundesbeschlusses angesprochen werden muss. Herr Huber hat in seiner gewohnt geschickten Art den Antrag der Minderheit der Kommission vertreten. Seine Ausführungen über Charakter und Ziel der Konsumgenossenschaften waren aber — er entschuldige mir diese Feststellung — recht theoretisch, in der wirtschaftlichen Auswirkung aber stellt sich die Sache doch wesentlich anders dar. Die Zermürbung des kaufmännischen Mittelstandes ist nicht nur zurückzuführen auf die Konkurrenz der Einheitspreisgeschäfte, der Filialunternehmungen, die übrigens beide neueren Datums sind, der Warenhäuser, Kaufhäuser, Versandgeschäfte usw., sondern historisch gesprochen in erster Linie auf die Konkurrenz der Konsumgenossenschaften, die sich mit der Zeit zu Riesenbetrieben ausgewachsen haben und die heute dem Detailhandel so gefährlich sind wie die andern, erstgenannten Unternehmungen. Halten wir nur, um rasch zwei Zahlen zu nennen, folgende Umsatzzahlen fest: Der A.C.V. beider Basel hat 1937 einen Umsatz von rund 55 Millionen getätigt; der Warenumsatz des V.S.K. betrug 1937 229,25 Millionen; an Rückvergütungen und Rabatten wurden von ihm 18,6 Millionen ausgerichtet. Die alte Forderung des Mittelstandes nach einem gewissen Ausgleich der Konkurrenzbedingungen zwischen Gross- und Kleinbetrieb durch eine stärkere steuerrechtliche Erfassung der erstgenannten Betriebe kann deshalb vor den Konsumgenossenschaften nicht Halt machen.

Herr Nationalrat Huber hat allerdings darauf hingewiesen, dass die Umsatzverminderung des Detailhandels auf andere Gründe zurückzuführen sei als die Konkurrenz der Grossbetriebe. Dies ist nur zum Teil richtig, was ohne weiteres aus den nachfolgenden Zahlen hervorgeht, die ich gerade zur Verfügung habe. Die Mitglieder der schweizerischen Rabattsparvereine erlitten von 1930—1936 eine Umsatzverminderung von 80 Millionen Fr., während gleichzeitig die Migros A.G. eine Umsatzsteigerung von 46,5 Millionen, der V.S.K. eine solche von 25 Millionen Fr. aufzeigen können. Aber auch die Warenhäuser usw. haben wesentliche Umsatzvermehrungen im gleichen Zeitraum aufzuweisen. Die Bemerkungen von Herrn Dr. Huber gehen daher an feststehenden Tatsachen vorbei. Es ist auch nicht richtig, wenn er argumentiert, dass man mit dieser Ausgleichsteuer, die durch Kommissionsbeschluss in eine allgemeine Detailhandelssteuer umgewandelt wurde, nicht den Interessen des Detailhandels diene, weil diese Steuer beim kleinen Detailhandel eine

Preissteigerung zur Folge haben werde. Preissteigerungen können doch nur bei jenen Betrieben in Frage kommen, die durch die Steuer erfasst werden. Deshalb soll es eben eine Ausgleichsteuer sein. Mit Herrn Huber verurteile ich dagegen das zu häufige Setzen der Läden, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisfrage, das mit eine der Ursachen der Umsatzverminderung des einzelnen Detailhandelsgeschäftes ist.

Wenn Herr Huber sodann darauf aufmerksam gemacht hat, dass von seiten des Gewerbes die Unterstellung der Konsumgenossenschaften unter die Steuerpflicht gar nicht verlangt wurde, so möchte ich mir meinerseits die Bemerkung gestatten, dass ich glaube, über die wirkliche Stimmung im Detailhandel besser orientiert zu sein als er. Ich stelle fest, dass in einer Sitzung des Schweizerischen Detaillistenverbandes, an der ich krankheitshalber nicht teilnehmen und somit die Diskussion nicht beeinflussen konnte, mit starkem Mehr die Unterstellung der Konsumgenossenschaften unter diesen Bundesbeschluss verlangt wurde. Der Sache wurde dann allerdings keine parlamentarische Auswirkung gegeben, weil sie von einer Seite abgebremst wurde, die nicht selbst betroffen ist. Die Stimmung unter den mittelständischen Geschäftsleuten ist aber geschlossen, und dieser Stimmung möchte ich mir gestatten, hier Ausdruck zu geben. Auch der Gesetzgeber darf daher m. E. in der Frage der Besteuerung vor den Konsumgenossenschaften nicht Halt machen und ich beglückwünsche die Kommission, dass sie die Lücke der bundesrätlichen Vorlage geschlossen und eine vorher bestandene Ungerechtigkeit aufgehoben hat. Nach dem eigenen Zugeständnis von Herrn Bundesrat Obrecht, sofern das Interview mit Herrn Huber richtig ist, das in der Schweizerischen Handelszeitung vom 18. August 1938 publiziert wurde, lag ja die Schwäche seiner Vorlage über die Ausgleichsteuer darin, dass die Konsumgenossenschaften von der Ausgleichsteuer nicht erfasst wurden.

Wenn ich mit aller Entschiedenheit für eine Erfassung der Konsumgenossenschaften in steuerrechtlicher Beziehung votiere, glaube ich mich damit mit der Auffassung vieler Gewerkschafter, sogar vieler Mitglieder der Konsumgenossenschaften zu decken; ich glaube sogar, dass es verschiedene Ratsmitglieder gibt, die für die Steuerbefreiung stimmen werden, aber innerlich mit mir einverstanden sind. Der V.S.K. hat sich in seiner oppositionellen Haltung gegen die Steuerpflicht direkt verrannt und hat heute Mühe, aus der Sackgasse herauszukommen. Ich glaube ferner, dass die Stellungnahme des V.S.K. und der Verfechter seiner Ideen dem Genossenschaftsgedanken einen schlechten Dienst leisten.

Wenn Herr Nationalrat Schwar nun einen gleichlautenden Antrag eingebracht hat, so möchte ich ihm gegenüber feststellen, dass er damit von landwirtschaftlicher Seite eine Einzelattacke ausgelöst hat, dass sich sonst aber unsere Fraktion geschlossen für die Unterstellung der Selbsthilfeorganisationen unter diesen Bundesbeschluss aussprach. Ich halte persönlich dafür, dass die Konsumgenossenschaften das Steuerprivileg, das man ihnen vom Bundesrat aus anbot, nicht hätten annehmen, geschweige denn verlangen sollen. Ich erachte es als eine viel einsichtigere und klügere Haltung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, dass sie ihrerseits dieses Steuerprivileg nicht verlangen, sondern erklärt haben, dass sie ihren Teil an die Kosten der Krisenbekämpfung mittragen helfen wollen.

Beim Warenhausbeschluss war die Opposition der Konsumgenossenschaften noch einigermassen verständlich, wenn auch vom Gesichtspunkt der Gleichbehandlung und aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht gerechtfertigt. Hier aber halte ich die oppositionelle Haltung direkt für unverständlich.

Die Arbeitsbeschaffungsvorlage ist eine nationale Tat. Sie dient der Krisenbekämpfung und wird zum grossen Teil gerade jenen Kreisen zugute kommen, die hinter den Konsumgenossenschaften stehen, nämlich der Arbeiterschaft. Das gesamte Projekt verlangt aber von der Allgemeinheit finanzielle Opfer von über 200 Millionen, und diese grossen Aufwendungen der Oeffentlichkeit müssen auf irgendeine Weise eingebracht werden. Dazu soll einerseits diese Steuer dienen, anderseits die Heranziehung eines Teiles des Abwertungsgewinnes der Nationalbank. Da scheint es mir nun direkt eine Ehrensache der wirtschaftlich leistungsfähigen Grossbetriebe zu sein, ihren Teil an diese Aufwendungen für die Krisenbekämpfung und zur Linderung der wirtschaftlichen Not jener Volksgenossen mitzutragen, die von der Arbeitslosigkeit bedroht sind. Hier freudig mitzumachen, wäre eine nationale Tat, die den Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften, Filialunternehmungen, aber auch den Konsumgenossenschaften besser anstehen würde als ihre Opposition und ihre Drohungen.

Herr Kollege Bürki hat gestern mit Recht in anderem Zusammenhange das Wort geprägt, es handle sich hier um einen Arbeitsrappen der wirtschaftlich Leistungsfähigen. Ich möchte diese Auffassung meinerseits unterstreichen. Deshalb, Herr Huber, befürchte ich Ihre Drohung nicht so sehr, dass, wenn die Konsumgenossenschaften der Steuerpflicht unterstellt werden, die Mitglieder der Konsumgenossenschaften gegen die bundesrätliche Arbeitsbeschaffungsvorlage kämpfen werden. Das dürfen, können und werden sie nicht. Ich habe das Vertrauen zu unserer Arbeiterschaft, dass das Solidaritätsbewusstsein mit den Arbeitslosen und mit den von der Arbeitslosigkeit Bedrohten grösser sein wird als die Furcht vor der relativ kleinen Belastung, welche die Konsumgenossenschaft durch diese Steuer erfahren wird.

Die Arbeitsbeschaffungsvorlage ist aus der Not der Zeit geboren; aus der gleichen Not der Zeit, aus dem gleichen Wirtschaftszwang heraus wurde auch diese Steuer geschaffen. Ich glaube, es würde deshalb gescheiter und besser gewesen sein, wenn auch die Konsumgenossenschaften, die Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte usw., aus der Not eine Tugend gemacht und erklärt hätten: Jawohl, wir sind wirtschaftlich leistungsfähig, wir übernehmen einen Teil der grossen Kosten zur Bekämpfung der Krise und Arbeitslosigkeit.

Ich halte dafür, dass die Belastung, die man den Konsumgenossenschaften durch diese Steuer zumutet, für diese wirtschaftlich durchaus tragbar ist, denn es handelt sich um einen Ansatz von bloss 1 Promille bei einem Jahresumsatz von mindestens

200 000 Fr., der sich bis auf 1 Prozent steigern wird, sofern der Geschäftsumsatz 10 Millionen Franken erreicht. Dass dies wirtschaftlich auch für die Konsumgenossenschaften tragbar ist, scheint mir aus den nachfolgenden Zahlen hervorzugehen.

Der V.S.K. hat im Jahre 1937 rund 2,5 Millionen Franken in den sog. Fonds „Soziales Kapital" eingelegt. Wer derartige Reserven schaffen kann, der wird bestimmt auch diese Stuer tragen können, die nur einen kleinen Teil dessen beträgt, was er, abgesehen von Rückvergütungen, Rabattgewährungen usw., in seinen Reservefonds legen konnte. Auch diejenigen Ratsmitglieder, die für die Privilegierung der Konsumgenossenschaften eintreten und die die Unmöglichkeit der Tragung der Steuer so beredten Wortes behaupten, wissen ganz genau, dass es nicht von der Frage der Unterstellung der Konsumgenossenschaften unter den Bundesbeschluss abhängt, ob sie in Zukunft weiter bestehen werden oder nicht. Denn wenn die Konsumgenossenschaften diese Steuer nicht tragen könnten, müsste es ja in der Tat sehr schlecht um sie stehen. So schlimm ist es aber um sie noch lange nicht bestellt.

Die Konsumgenossenschaften haben nach dem Beschlusse ja immer noch eine gewaltige Bevorzugung im Steuerausmass gegenüber den Einheitspreisgeschäften, Warenhäusern, Filialgeschäften, Kaufhäusern usw. und sie teilen nun das Schicksal der Detailhandelsunternehmungen anderer Art als der vorgenannten.

Was man aber nicht will, und was die Kommission mit Recht nicht wollte, das ist die Privilegierung, wonach sie überhaupt von der Steuer ausgenommen würden. Um was es hier geht — und das möchte ich wiederum Ihnen, Herr Huber, entgegenhalten, wenn Sie sagen, die Konsumgenossenschaften seien ja dem Detailhandel gar nicht gefährlich, sie seien gar nicht seine Konkurrenten — das beweist, was der beste Kronzeuge, nämlich Herr Dr. Oskar Schär, Präsident der Verwaltungskommission des V.S.K., an der diesjährigen Delegiertenversammlung des V.S.K. gesagt hat. Er hat dort folgende Feststellung gemacht: „Unter der Herrschaft der in der Bundesverfassung verankerten Handels- und Gewerbefreiheit haben sich sowohl die Selbsthilfegenossenschaften aller Art wie die kapitalistischen Grossbetriebe im Detailhandel entwickelt und dem Kleinhändlerstand einen grossen Teil des Umsatzes — Sie hören, Herr Huber — und des Gewinnes weggenommen." Das sagt Herr Dr. Schär, der meines Erachtens ebenfalls wissen muss, wie die Tatsachen stehen.

Ich möchte aber noch weiter Herrn Dr. Schär zitieren. Wir Ratsmitglieder haben eine Artikelserie von Herrn Dr. Schär betreffend die Ausgleichsteuer erhalten. Da findet sich die nachfolgende, recht unvorsichtige und entscheidende Feststellung: „Die Behauptung, dass durch eine solche Ausgleichsteuer die Lebenshaltung allgemein verteuert werde, ist nur bedingt richtig. Wenn die Selbsthilfegenossenschaften der Ausgleichsteuer nicht unterworfen sind, so steht es jedem Konsumenten frei, seine Einkäufe bei den nicht belasteten Selbsthilfegenossenschaften zu machen oder zu erhöhen."

Das ist es gerade, was wir nicht wollen.

Gestatten Sie mir hierzu zwei Feststellungen: Die erste ist die, dass die Detailhandelspreise selbstverständlich bei allen jenen Betrieben nicht erhöht werden, die von der Steuer nicht erfasst sind. Das trifft auch bei sehr vielen kleinen Konsumgenossenschaften zu.

In der zweiten Botschaft des Bundesrates vom 18. Oktober 1938 wurde sodann überzeugend dargelegt, dass das Ausmass der Steuer bei den von ihr erfassten Betrieben nicht im Sinne einer vollen Ueberwälzung auf den Konsumenten sich auswirken wird, sondern dass der Ueberwälzung selbst im Ausmasse eine Grenze gesetzt sein wird und vor allem, dass sie sich auf den Luxusmassenartikeln auswirken dürfte. Die Steuer ist somit auch für die einzelnen Genossenschaften tragbar.

Zu der zitierten Feststellung von Dr. Oskar Schär möchte ich noch bemerken, dass, wenn die Konsumgenossenschaften ausgenommen werden, sie diese Ausnahme geradezu, und das ist die logische Schlussfolgerung dieser Feststellung von Herrn Dr. Schär, dazu benützen werden, grosse Reklame mit der Steuerfreiheit zu machen und auf die Konsumenten einen gewissen moralischen Zwang auszuüben, inskünftig ihren Bedarf bei den Konsumgenossenschaften zu decken. Das ist es, was wir nicht wollen. Wir wollen auch in Zukunft die Freiheit bestehen lassen, die Ware dort zu kaufen, wo es einem beliebt.

Ich beantrage Ihnen aus all diesen Gründen Ablehnung des Antrages der sozialdemokratischen Kommissionsminderheit auf Steuerfreiheit der Selbsthilfegenossenschaften. Ich bekämpfe aber gleichzeitig auch, um nicht nochmals das Wort ergreifen zu müssen, den Antrag von Herrn Duttweiler auf Herabsetzung des Steueransatzes auf die Hälfte, weil das ebenfalls eine nicht gerechtfertigte, ungleiche Behandlung gegenüber den andern Detailhandelsunternehmungen zur Folge haben würde. Ich lehne desgleichen die beiden Anträge Schwar auf Steuerfreiheit der Selbsthilfeunternehmen bezw. auf Herabsetzung des Maximalansatzes der Steuer auf 5 Promille bei den Selbsthilfegenossenschaften ab.

Ordnungsantrag Lachenal.

Ziffer 3 wird an die Kommission zurückgewiesen im Sinne einer Deckung, gestützt auf den Grundsatz einer generellen Umsatzsteuer nach folgenden Richtlinien:

Steuerfreiheit bis 200 000 Franken Geschäftsumsatz (Kleinunternehmungen).

Erhöhung des Steueransatzes für die Grossunternehmungen und Uebererhöhung für die Spezialfälle.

Zweckbestimmung des Erträgnisses dieser Steuererhöhung zur direkten Hilfe für den Kleinhandel.

Ausschliessung folgender Zweige: Landwirtschaft, Engroshandel, Ausfuhr- und Einfuhrunternehmungen sowie Hotelgewerbe.

Angemessene jährliche Rückvergütung an die Kantone.

Motion d'ordre Lachenal.

Le chiffre 3 est renvoyé à la commission dans le sens d'une couverture basée sur le principe d'un

impôt général sur le chiffre d'affaires ayant les lignes générales suivantes:

Exonération jusqu'à 200.000 francs de chiffre d'affaires (petites entreprises).

Majoration du taux d'impôt pour les grandes entreprises, et supermajoration pour les cas spéciaux.

Affectation du produit de cette majoration à l'aide directe au petit commerce.

Exclusion des branches suivantes: agriculture, commerce de gros, d'exportation, d'importation et hôtellerie.

Ristourne annuelle équitable aux cantons.

M. **Lachenal:** Je ne veux pas reprendre tout le fond de la discussion ni les arguments qui vous ont déjà été abondamment exposés et qui, sans doute, le seront encore.

J'ai suivi avec une très grande attention le rapport de notre collègue M. Graber, qu'il a tenu à faire particulièrement consciencieux dans l'exposé des arguments opposants de l'impôt compensatoire. Je lui rends cet hommage que, en effet, il en a fait une exégèse tout à fait loyale et correcte. J'ai écouté également MM. Meierhans et Rosselet dans le développement qu'ils ont donné à la nécessité de notre effort économique, à la critique des méthodes commerciales générales des petites entreprises, au fait regrettable que nous n'étions sûrs ni que l'impôt compensatoire arrive à réaliser son but social et pas davantage son but fiscal si on le maintient selon l'assiette qui a été fixée par la commission.

Je reconnais que le travail de la commission a contribué à rendre un peu moins mauvais — je m'en excuse auprès du Département de l'économie publique et de M. le conseiller fédéral Obrecht — le système qui, à l'origine, avait été conçu pour cet impôt compensatoire. Je ne veux pas revenir sur la consultation du professeur Blumenstein. Tous les orateurs qui m'ont précédé ont reconnu le bien-fondé des critiques développées par cet éminent juriste, et le danger réel qu'il signalait. Nous sommes conscients que, sous prétexte de raisons exceptionnelles, on nous demande de consacrer un régime juridique non seulement exceptionnel, mais qui est vraiment de nature à faire dresser les cheveux sur la tête. On porte atteinte à tout ce qui jusqu'ici, par le jeu même de la Constitution, était considéré comme un dogme intangible en matière d'impôt: l'égalité devant la loi, l'absence d'arbitraire, l'absence d'exagération, l'impossibilité, ou plutôt l'interdiction de ruiner le développement économique d'une entreprise. Tout cela est foulé aux pieds. Nous violons la doctrine même du Tribunal fédéral, établie en juste application de la Constitution. Ces critiques ne sont pas discutables.

Par contre, ce qui m'a manqué, jusqu'au discours de M. le conseiller fédéral Obrecht, c'est le reflet des discussions qui ont eu ou qui auraient dû avoir lieu devant la commission, des arguments expliquant comment on songe, ou on refuse à guérir le mal que je signale, en un mot, pour quelles raisons on a renoncé à choisir dans les nouvelles propositions, que vous connaissez, émanant des grands magasins, ce qu'il pouvait y avoir de favorable et de bon en enlevant ce qui pouvait déplaire. Ainsi certainement, on pourrait aboutir à une amélioration fondamentale du projet auquel, en ce qui concerne la couverture, beaucoup ne pourront pas se rallier, les uns parce qu'ils veulent à tout prix imposer les coopératives, les autres parce qu'ils ne veulent à aucun prix les imposer, les troisièmes parce qu'ils estiment que l'échelle est tellement différentielle qu'elle correspond à une spoliation ... Nous arriverons de la sorte soit dans le Parlement, dont j'ignore quelle sera la volonté définitive, soit dans le peuple, à une situation trouble, à une campagne déchirante, car ceux que l'on voudra tuer ne se laisseront pas faire sans résistance. Pendant ce temps — et puisque nous ne parlons aujourd'hui que finances, je voudrais élever le débat vers le but principal — le but que nous visons, soit la couverture des grands travaux et la tâche sociale à réaliser au projet des petites et moyennes entreprises, sera encore retardé, si jamais il doit être atteint.

M. Cottier lui-même, défenseur du petit et du moyen commerce — s'il est besoin dans cette salle de faire cette distinction, car il n'en est pas un seul parmi nous qui ne soit prêt de toutes ses forces à collaborer à une action de défense en faveur du petit et du moyen commerce; le tout, c'est de trouver la norme, une norme qui ne soit ni inapplicable ni mortelle et qui soit pratique — M. Cottier, dis-je, a mis le doigt sur la plaie en disant que l'erreur commise à propos des grands magasins, ou plutôt le principal mal, c'est que fiscalement on ne peut pas les atteindre d'une façon suffisante et que les cantons sont désarmés à raison même du Tribunal fédéral, qui doit appliquer l'interdiction constitutionnelle de la double imposition. Précisément les succursales ne peuvent pas être frappées à cause de la double imposition. M. Cottier nous a dit que dans son âme et conscience il acceptait le principe d'un impôt général sur le chiffre d'affaires, qui est le véritable remède en l'occurrence; mais M. le conseiller fédéral Obrecht, longuement et d'une façon complète, nous a exposé les raisons pour lesquelles, lui, ne voulait pas transformer son projet d'impôt compensatoire particulier en un projet d'impôt sur le chiffre d'affaires tout en se déclarant convaincu qu'une fois ou l'autre il faudrait bien en arriver là. Je me permets de lui dire que ces arguments ne m'ont pas convaincu. Et j'ai cru comprendre également que la commission elle-même, ce qui est fort regrettable, n'avait pas eu le loisir de discuter ou de voter d'une façon approfondie sur les nouvelles propositions dont ma motion d'ordre s'est inspirée.

Le but social, c'est-à-dire la protection effective du petit et du moyen commerce, nous le voulons tous; il est double: il consiste d'une part à limiter l'essor formidable, tentaculaire, un peu malsain des grands magasins; c'est pourquoi on veut les frapper. Tout le monde est d'accord, pour les superfrapper, si j'ose dire, par rapport à une taxe normale. Voilà le côté objectif du but. Mais

si le chiffre de base est tellement énorme que ces taxes égalent les bénéfices eux-mêmes, alors interviendront des mesures de rétorsion, sur lesquelles on a déjà insisté, par retentissement sur une rationalisation redoublée, sur les salaires, sur les prix, augmentation du coût de la vie, etc. Il est inutile que je parle de tous les moyens que trouveront ces puissantes organisations pour faire supporter par d'autres cet impôt, notamment par une politique des prix qui aura une répercussion regrettable et malsaine sur l'économie du pays. En fin de compte, les adversaires dans cette lutte contre les grands magasins se retireront tous deux sanglants et non satisfaits. Voilà à peu près la morale et la conclusion auxquelles tout le monde est arrivé.

L'autre but est la protection, cette fois subjective, du petit et du moyen commerce. Là encore, les orateurs ont insisté sur les défauts du petit commerce et j'ai particulièrement goûté les appréciations si mesurées de M. Rosselet qui nous a dit une chose que nous connaissons bien, à savoir que le petit commerce se meurt non seulement de la concurrence mais d'un mal interne. Pour faire de la politique, on fait un apprentissage; pour devenir maître-ouvrier, on fait un apprentissage; pour n'importe quelle profession, la Confédération et les cantons font des efforts énormes afin que la technicité soit cultivée et développée. Il n'y a qu'une branche de l'activité à laquelle chacun se croit automatiquement préparé. Je ne sais quel orateur nous citait l'exemple du petit chômeur qui, ne sachant que faire pour vivre, ouvre un commerce sans aucune méthode, sans comptabilité, sans expérience, sans rien. C'est de cela que meurt le petit commerce. (M. **Cottier:** Il n'en est pas responsable!) D'accord, ce n'est pas non plus un reproche! Un malade n'est pas responsable de sa maladie; le responsable, c'est le médecin qui doit le guérir. Nous voulons cette guérison et si nous découvrons les défauts, ce n'est pas dans un esprit de blâme ou d'opposition, c'est dans un désir sincère de leur porter remède.

M. Cottier a bien voulu nous dire que ces critiques étaient excessives et que dans sa ville, dans le beau canton de Vaud, le nécessaire avait été fait. Je n'en doute pas; toute règle a ses exceptions. J'en suis heureux, mais il n'en reste pas moins vrai que la psychologie du petit commerçant est faite de deux choses: d'une part, de son impuissance technique et d'autre part de cette espèce de jalousie bien humaine qui s'imagine que c'est uniquement parce que le voisin prospère que celui qui se plaint est en train de mourir. Or, je prétends que l'effort individuel est l'élément nécessaire du succès. Ceux qui prospèrent ne sont pas seulement les favorisés de la chance. La chance, elle a sa source dans l'esprit, dans le cœur: Aide-toi et le Ciel t'aidera! Mais, trop souvent, la psychologie des aigris, des petits magasins, consiste à croire qu'il suffit de supprimer l'entreprise gênante pour que l'on retrouve la joie de vivre et l'essor victorieux. Je dis que cela ne suffit pas. Il faut aussi qu'à la base on réforme les méthodes.

Je ne pense pas que l'on puisse suivre M. le conseiller fédéral Obrecht lorsque, d'une part, il nous dit — et là je prends acte de cette déclaration de principe — qu'il est partisan convaincu de la nécessité dans laquelle nous nous trouverons infailliblement d'en arriver à un impôt général sur le chiffre d'affaires, mais d'autre part que le moment n'est pas encore venu. Ah! nous sommes en train de voter un nouveau programme financier; nous étudions aussi une disposition financière extraordinairement importante puisque c'est la couverture de centaines de millions de travaux dont on a reconnu la nécessité. Pourquoi attendre plus longtemps, pourquoi le moment serait-il mal choisi, et quand viendra-t-il, le bon moment? On me dira peut-être que la question est trop compliquée, trop générale. Elle n'est certes pas plus compliquée que la solution que la commission a péniblement construite. Je ne demande pas de lui renvoyer l'objet pour qu'elle revienne avec un projet de loi tout paré et tout armé sur l'impôt général sur le chiffre d'affaires, d'ailleurs réduit au commerce de détail. Je lui demande simplement d'en fixer les lignes générales qui ne divergent des lignes générales du projet actuel que sur les points suivants:

D'abord réduction de la taxe à un pourcentage de base infiniment plus normal; on dit 0,8%; je m'incline, car je ne suis moi-même pas technicien; mais c'est un chiffre équitable devant lequel tombent les reproches des juristes et de M. Blumenstein, ainsi que de nombreux députés ici présents. Extension de ce pourcentage à une infinité d'entreprises, ce qui lui assure un fructueux, sûr et bon rendement. But social: une importante supermajoration, appliquée aux grands magasins pour rentrer dans l'esprit de combat du projet de loi actuel. Nous voulons dans une certaine mesure limiter certaines entreprises pour autant que, par la force des choses, elles sont dangereuses ou mortelles. Il n'est pas contestable qu'il y a là un geste de défense à accomplir contre les succursales multiples et les grands magasins, le tout selon une échelle qui peut considérablement varier avec les considérations locales. Tel commerce est tentaculaire et mortel à Vevey, mais il l'est moins à Genève. Eh bien, selon les modalités d'application, les dispositions à prendre tiendront compte, pour ces supermajorations, du but à obtenir. Ces majorations qui seront échelonnées, elles aussi, et plus ou moins étendues quant au pourcentage, auront ce double but: Réduire l'extension de ces magasins tentaculaires et constituer un fonds d'entr'aide, ou plutôt un fonds d'aide directe au petit commerce. Là encore, il y aura une tâche extrêmement intéressante pour l'autorité fédérale qui, elle, pourra diriger le flux de ces secours. Est-ce que ce seront des secours en argent? Est-ce que ce seront des secours, non pas théoriques, mais d'instruction pratique dans le sens des critiques formulées par M. Rosselet? Quelque chose d'utile doit pouvoir être fait.

Par conséquent, le but fiscal et social serait atteint. Et un des gros inconvénients de votre projet serait supprimé: plus de discussion quant aux coopératives. Cette discussion, dont nous ne sortirons pas car personne ne changera d'opinion, n'aura plus de raison d'être. Les coopératives seront frappées comme tout le monde, mais il ne

sera pas nécessairement prévu qu'elles seront supermajorées ou majorées dans la taxation; elles ne pourront pas se plaindre et tout le monde pourra rendre les armes.

On nous dit: mais il y a des complications; vous avez des commerces auxquels on ne peut songer à toucher puisque nous voulons nous mouvoir dans le domaine du commerce de détail. Mais, Messieurs, dans le projet que je préconise, il n'est pas question de toucher à notre malheureuse hôtellerie ou aux restaurants eux-mêmes, ni au commerce de gros, puisque le mal, en Suisse, réside dans les commerces de détail. On exonère aussi le commerce de gros, le commerce d'importation, le commerce d'exportation, et malgré cela, le rendement de cet impôt dépasse de beaucoup vos prévisions basées sur l'impôt compensatoire, prévisions qui ne sont d'ailleurs ni sûres ni rigides, car nous ne savons pas quelles seront les conséquences financières pour les contribuables des dispositions vraiment draconiennes que vous êtes en train de méditer. Si ces dispositions dépassent leur but, c'est, comme toujours, le résultat fiscal qui en supportera les conséquences et vous n'aurez pas trouvé votre couverture financière, mais vous aurez ruiné des entreprises qui, directement ou indirectement, sont nécessaires à notre économie.

Un point très important, et qui m'effraie: c'est l'atteinte fiscale irrémédiable que l'impôt compensatoire portera aux cantons. Au point de vue des gouvernements cantonaux, sur le plan fiscal fédéraliste, nous voyons avec une certaine terreur la lutte entreprise contre ces grosses entreprises, et qui tend à leur disparition, à leur dispersion ou à leur affaiblissement grave. Car se sont des contribuables nécessaires, et même très intéressants sur le terrain cantonal. Je reconnais qu'ils sont de mauvais contribuables dans le domaine intercantonal, et déplorables du point de vue intercommunal; mais ce n'est pas leur fait ni leur faute, car ici nous touchons au problème, insoluble en l'état, de la double imposition. Si donc vous les videz de leur substance, vous enlevez par là aux cantons la possibilité de tirer d'eux des recettes fiscales normales. La tendance actuelle, contre laquelle on ne peut plus guère lutter maintenant, est déjà une emprise successive, progressive, du fisc fédéral sur des matières qui, il y a vingt ans, étaient jalousement réservées aux cantons. Les cantons, depuis, ont été obligés de mettre de l'eau dans leur vin. Ils ont abandonné l'impôt sur le revenu, et d'autres aussi, et probablement ils devront en abandonner d'autres encore. Mais si chez eux, sur leur territoire, vous allez directement prendre à la gorge des entreprises, qui leur rapportent de l'argent, que restera-t-il à nos cantons?

Enfin, un dernier avantage de l'idée que je me permets de vous soumettre: Cet impôt sur le chiffre d'affaires, auquel vous avouez vous-mêmes que nous serons fatalement acculés, permettra, grâce à l'ampleur de son rendement, une ristourne annuelle aux cantons dans la proportion du quart ou du tiers. Ainsi, vous rendrez là aux cantons ce que vous leur aurez enlevé d'un autre côté et vous calmez toute opposition sur le plan fédéraliste.

Je crois que j'ai limité, dans le cadre le plus résumé de l'idée générale, les principes essentiels qui me semblent militer pour que la commission veuille bien prendre la peine de se réunir à nouveau. Elle doit se rendre compte — et le Conseil fédéral avec elle — que les oppositions, si diverses soient-elles, finiront bien quand même par se conjuguer en une armée dangereuse au Parlement, dangereuse devant le peuple. Si vous coalisez des adversaires même nettement dissemblables ou dont les motifs de combat sont précisément contradictoires, mais qui tous marchent à fond pour l'attaque, voulez-vous me dire comment vous pouvez espérer réussir, soit au Parlement, où c'est possible à la rigueur, soit surtout devant le peuple dont la psychologie en cette matière est infiniment plus mystérieuse? Etes-vous bien sûrs d'aboutir? En revanche, avec un peu plus de justice, un peu plus de largeur de vues et de compréhension, vous ne risquez rien; au contraire, je vous ouvre un horizon qui vous rendra la tâche plus facile et vous permet d'obtenir un résultat plus fécond.

Il n'est certainement pas bien difficile, sur la base des principes généraux qui nous suffisent pour le moment, de mettre sur pied en quelques semaines un projet qui, celui-là, tienne debout.

Quant au reste, aux détails, vous prévoyez vous-mêmes dans le projet officiel actuel, au chiffre 4, que les dispositions d'exécution seront mûrement pesées et méditées. Je ne veux pas trancher le point de savoir si ce sera la tâche du Conseil fédéral ou de l'Assemblée fédérale, ou encore d'une loi fédérale, donc soumise au referendum. Eh bien, par le même travail et par l'autorité que vous voudrez bien désigner, l'arrêté d'exécution réglera la taxe sur le chiffre d'affaires au lieu de régler l'impôt compensatoire. L'effort sera exactement le même.

La taxe sur le chiffre d'affaires a ceci de convenable qu'elle est déjà entrée dans les mœurs commerciales pour ainsi dire de tout l'univers. En outre, elle est souple et d'une perception facile; elle ne provoque pas les ennuis, les complications, les chinoiseries qui sont inhérents aux autres systèmes fiscaux. On peut, par exemple, retenir l'idée d'un forfait pour les petites entreprises moyennes, et il ne sera pas question d'aller éplucher les factures. Tout d'abord, il va de soi que les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel demeure inférieur à 200.000 francs seront totalement exonérées; en effet, si nous voulons protéger le petit commerce, il ne faut pas commencer par le frapper. Mais pour les commerces déjà un peu plus importants, petits et moyens, dont le chiffre d'affaires est aux alentours de 200.000 ou 300.000 francs l'an, on pourra fort bien leur appliquer un forfait, dont la loi peut prévoir aisément le schéma.

Je termine, et m'en voudrais d'entrer plus avant dans le détail de ma pensée sur ce chiffre 3 qui nous retient et va nous retenir longtemps encore, mais quel que soit le résultat et les amendements auquels vous aboutirez, je suis persuadé

qu'ils ne donneront pas satisfaction, si vous ne modifiez pas sa base elle-même. C'est pourquoi je pense qu'une motion d'ordre peut ici intervenir. Si le Conseil national acceptait que la commission entreprenne l'examen des idées que j'ai pris la liberté de lui soumettre, j'ai la conviction que la question fiscale de la couverture des grands travaux et celle de la protection du petit et du moyen commerce auraient, cette fois, fait un pas en avant que l'on pourrait qualifier d'utile et de décisif.

M. le **Président:** La discussion est limitée, pour le moment, à la motion d'ordre de M. Lachenal, combattue par le Conseil fédéral et la commission. Cinq orateurs sont déjà inscrits.

Avant de leur donner la parole, qu'il me soit permis d'attirer très sérieusement votre attention sur ce qui suit:

Alors que la semaine dernière, nos travaux ont marché à bonne allure, je dois constater que cette semaine, au contraire, nous perdons passablement de temps. Je vous rappelle qu'il nous faut à tout prix discuter et liquider avant la fin de la session le régime financier, le budget de la Confédération, la loi sur le travail à domicile ... Et demain, nous avons l'Assemblée fédérale! Si vous continuez de ce train, force me sera de faire préparer un arbre de Noël que nous allumerons ici avant de nous séparer. Je recommande donc très vivement aux orateurs la plus grande concision.

J'ajoute qu'il y a trente orateurs inscrits, rien que sur l'article 3.

Je donne donc la parole, pour de brèves interventions strictement limitées à la motion d'ordre de M. Lachenal.

Meierhans: Die Kommissionsminderheit lehnt den Ordnungsantrag von Herrn Lachenal ab, nicht weil sie mit einigen der Argumente nicht einverstanden sein könnte, sondern deshalb, weil durch die Annahme dieses Ordnungsantrages eine Verschleppung der Beratung dieser Vorlage eintreten würde, die wir nicht verantworten können. Bei Annahme des Antrages Lachenal müsste die Beratung hier aussetzen. Der Nationalrat käme erst im Monat März dazu, die Vorlage zu Ende zu beraten, und der Ständerat könnte sie erst im Monat Juni beraten und die Differenzen würden voraussichtlich erst in der Septembersession bereinigt. Das wäre für uns unhaltbar. Aus diesen Gründen lehnen wir den Ordnungsantrag Lachenal mit aller Entschiedenheit ab.

M. le **Président:** Je remercie vivement M. Meierhans de l'exemple de brièveté qu'il a bien voulu donner. Je suis sûr que M. Duttweiler tiendra à l'imiter.

Duttweiler: Ich kann mich deshalb kurz fassen, weil ich den Hauptinhalt dessen, was ich zu sagen beabsichtige, an die Wände geklebt habe. Sie sehen dort an der Wand eine Konkursstatistik. Die Zahlen zeigen für das Jahr 1936 1305 Konkurse, während Ende 1937 noch 695 Konkurse zu verzeichnen waren. Bei den Nachlassverträgen stellen wir fest, dass im Jahre 1936 360 Nachlassverträge abgeschlossen wurden und im Jahre 1937 sage und schreibe nur noch 156. Ende 1937. Es ist eine Lächerlichkeit, dieses ganze Theater mit diesen Gewerbeversammlungen, es ist eine Versündigung, immer zu behaupten, es herrsche ein Notstand in Handel und Gewerbe. Das ist nicht wahr, die Tatsachen stehen genau auf dem Gegenteil. Gehen Sie auf die Strasse, beobachten Sie das Leben, dann werden Sie sehen, was die Wahrheit ist. Presse und Politik haben die Wahrheit entstellt. Es ist ein miserables Bild, das wir feststellen, es ist jedenfalls selten vorgekommen im Nationalrat, dass eine Vorlage kommt, die in der Kommission schon dreimal hinausgeschoben wurde, weil sie als ein Pfuschwerk bezeichnet wurde von allen Seiten. Dann wurde sie zusammengeschnetzelt und kommt hierher und wir haben hier 20 Anträge, und Ordnungsanträge kommen alle Augenblicke. Während wir diese kritische, ausserpolitische Situation haben, ist es eine Gewissenlosigkeit, ein solches Zankthema mit der Landesverteidigung zu verbinden, das ist die allgemeine Meinung, ausgesprochen oder unausgesprochen. Wer sind in dieser Sache unsere Wirtschaftsführer? Einige Sekretäre, die die ganze Geschichte montiert haben. Wohin führt die ganze Sache? Ins dritte Reich. Das Stuttgarter Neue Tagblatt, das in Uebereinstimmung mit ähnlichen Kritiken in der Gewerbe-Zeitung und der Spezereihändler-Zeitung gewisse Passagen aus der „Tat" zitiert hat, wollte dabei mir gegenüber einen Zusammenhang mit dem internationalen Rüstungskapital konstruieren. Wir sehen, dass hier angesetzt wird, von draussen, und wir sollen solche Diskussionen führen, anstatt dass wir uns heute wehren und endlich einmal unsere Landesverteidigung besorgen! Es ist eine Schande, was hier geschieht.

M. le **Président:** Je prie tous les orateurs de s'abstenir d'expressions qui ne sont pas correctes.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Ich beantrage Ihnen namens der Kommission Ablehnung des Ordnungsantrages Lachenal, den wir zwar in der Kommission nicht neuerdings behandelt haben. Aber die Frage der allgemeinen Umsatzsteuer war auch in der Kommission zur Diskussion gestellt worden; diese Steuer wurde aber abgelehnt. Ich möchte nur ganz kurz auf die Entwicklung hinweisen. Der Bundesrat hat als die eine und einzige Finanzquelle für die zivilen Arbeitsbeschaffungskredite diese Ausgleichsteuer der Grossunternehmungen und des Detailhandels vorgeschlagen. Man konnte sicher diese Steuer als eine Sondersteuer bezeichnen, und es hat sich denn auch ein grosser Widerstand gegen eine solche Sonderbelastung einzelner Unternehmungen des Detailhandels gezeigt.

Aber die Kommission hat nun aus dieser Sonderstsuer, aus dieser Ausgleichsteuer doch etwas ganz wesentlich anderes gemacht, etwas, das man heute nicht mehr als Ausgleichsteuer bezeichnen kann. Für den heutigen Vorschlag ist der Name falsch; was die Kommission Ihnen unterbreitet, das ist eine Besteuerung des Umsatzes der Detailhandelsgeschäfte, wenn der Umsatz über eine gewisse Höhe hinausgeht. Wenn ich den Vorschlag des Herrn Lachenal zur Hand nehme, so muss ich sagen: ungefähr das haben wir auch vorgeschlagen, so z. B. Steuerfreiheit bis 200 000 Fr. Geschäftsumsatz, Er-

höhung des Steueransatzes für Grossunternehmungen. Es ist nicht in dieser Form mit Zuschlag geschehen, aber wir haben diese Grossunternehmungen mit besondern höhern Steueransätzen belegt. Es ist also nicht ein Zuschlag, sondern es sind Kategorien gemacht worden mit verschiedenen Belastungen. Ich bin aus dem Vorschlag des Herrn Lachenal nicht ganz klug geworden. Er spricht von einer generellen Umsatzsteuer, aber nach den Einzelheiten, die er aufnimmt, ist zu schliessen, dass das eigentlich nur eine Steuer auf Detailhandelsgeschäfte wäre. Das ist aber ungefähr, mit gewissen Abänderungen, auch das, was die Kommission Ihnen unterbreitet. Wenn aber eine allgemeine Umsatzsteuer eingeführt werden soll, dann müsste die viel weiter greifen.

Warum ist die Kommission nicht auf diese allgemeine Umsatzsteuer eingegangen? Weil sie sich bei der Diskussion der Materie sagen musste, eine allgemeine Umsatzsteuer bedürfe so gewaltiger Vorarbeiten, dass man hier nicht von einer leicht zu erhebenden Steuer sprechen kann. Es ist nicht eine einfache, sondern eine sehr schwer zu erhebende Steuer, wenn die Erhebung gerecht sein soll.

Wir hatten in der Kommission den Antrag der Warenhäuser zu behandeln, der ebenfalls auf eine allgemeine Umsatzsteuer hinausläuft, mit einem gewissen Zuschlag, ähnlich wie ihn Herr Lachenal hier propagiert. Ich habe einleitend erklärt, das sei sicher ein schätzenswerter Beitrag zum Studium einer allgemeinen Umsatzsteuer. Aber auch auf Grund dieses Materials war man noch weit entfernt von der Möglichkeit der Realisierung einer allgemeinen Umsatzsteuer. Wenn Sie Ziffer 3 an die Kommission mit diesem Auftrag zurückweisen, dann ist es ganz unmöglich, dass in absehbarer Zeit ein Antrag auf Einführung einer allgemeinen Umsatzsteuer kommen kann. Dann wird das eintreten, was Herr Meierhans vorhin ausgeführt hat, das heisst die grosse Verzögerung. Wenn man wirklich von dieser Steuer der Detailhandelsgeschäfte weiter gehen will zu einer allgemeinen Umsatzsteuer mit einer ziemlich grossen Belastung, so soll man sich keine Illusionen machen.

Man kann eine solche allgemeine Umsatzsteuer nur vertreten, wenn sie einen verhältnismässig bedeutenden Betrag abliefert, und für das, was wir hier brauchen, rentiert es nicht, die Mühe und die Unannehmlichkeiten einer allgemeinen Umsatzsteuer auf sich zu nehmen. Gewiss wird vielleicht diese Frage der allgemeinen Umsatzsteuer bei Anlass der gesamten Finanzreform in Betracht fallen müssen. Vielleicht kommt man nicht darum herum, ich will das nicht beurteilen, ich kenne die Sache heute zu wenig. Wenn wir dann dazu kämen, eine allgemeine Umsatzsteuer einzuführen, könnten wir immer noch diese Steuer, die auf Detailhandelsgeschäfte gelegt wird, im Sinne eines gewissen Zuschlages zur allgemeinen Umsatzsteuer einbauen.

Herr Lachenal schlägt auch vor, dass diese Steuer teilweise zur Unterstützung des Kleinhandels verwendet werden soll. Ich glaube, wir alle haben nichts dagegen, namentlich wenn das nach der Seite hin geschieht, dass der Kleinhandel innerlich gesunder und tüchtiger gemacht werden soll, denn da fehlt es in der Tat. Aber das kann der Bund auch aus andern Mitteln machen, man braucht hier nicht eine spezielle Hypothek auf diese Steuer zu legen. Mit Bezug auf die vorgeschlagenen Rückvergütungen an die Kantone muss man eben schon vorher wissen, was die Steuer einbringt, damit man dann entscheiden kann, wieviel aus der Steuer heraus noch an die kantonalen Fisci gehen kann, über das hinaus, was der Bund für die Arbeitsbeschaffung braucht.

Nur noch eine kurze Bemerkung zum Schluss. Herr Lachenal hat mit einem gewissen Recht gefragt: Fürchten Sie nicht, dass Sie für diese Vorlage mit allen diesen besonderen Belastungen, die bald den einen, bald den andern treffen, eine Opposition oder eine Summe der Oppositionen hervorrufen, die schliesslich der ganzen Vorlage gefährlich werden können? Ich weiss es nicht, aber ich habe einen gewissen Optimismus, dass das nicht so weit gehen wird. Ich bin überzeugt, auch diejenigen Herren, die heute für die Steuerfreiheit der Genossenschaften eintreten, werden am Schlusse zu dieser Vorlage halten und es werden auch die Genossenschafter, wenn sie sich die Situation überlegen, wenn sie sich fragen, wozu die Steuer dient, ihre Opposition fallen lassen. Das ist auch in der Kommission so geschehen, indem auch die Herren, die heute wieder die Steuerfreiheit der Genossenschaften vertreten, in der Schlussabstimmung zugestimmt haben. So wird es auch gehen mit den Gegnern der Warenhaussteuer, auch sie werden sich schliesslich den Zweck dieser ganzen Vorlage vor Augen halten müssen und sie werden schliesslich über Unvollkommenheiten hinwegsehen, die naturgemäss jeder Vorlage anhaften, vielleicht der gegenwärtigen in besonderem Masse. Denn es war nicht leicht, eine Vorlage mit so verschiedenen Zwecken zu kombinieren.

Ich glaube auch nicht, dass das eintreten muss, was Herr Lachenal fürchtet und was schade wäre: dass man aus diesen vielen Anträgen nicht mehr herauskommt. Ich sage Ihnen nur: wir haben alle diese Anträge in der Kommission gehabt, es sind hier sehr wenig neue hinzugekommen. Und die Kommission ist doch fertig geworden und es hat sich in der Schlussabstimmung ein Resultat ergeben, das sicher befriedigen konnte. Es war nicht eine Pfuscherei, wie Herr Nationalrat Duttweiler vorhin angeführt hat, sondern die grosse, schwere und komplizierte Materie, die in der Kommission drei Tagungen notwendig gemacht hat und die dann auch die Innehaltung der Frist nicht gestattete, so dass man eine Interimsvorlage einbringen musste.

Ich möchte Ihnen also beantragen, auf den Ordnungsantrag nicht einzutreten.

Bundesrat **Obrecht:** Ich stelle den gleichen Antrag auf Ablehnung des Rückweisungsvorschlages des Herrn Nationalrat Lachenal.

Als ich mich letztes Frühjahr damit befassen musste, in welcher Art eine Deckung für die Arbeitsbeschaffungskredite gefunden werden könnte, habe ich nicht allein an diese Ausgleichsteuer gedacht sondern auch an eine eventuelle allgemeine Warenumsatzsteuer. Ich habe damals in der Westschweiz bei politischen Köpfen sondiert. Es ist mir von der Westschweiz aus gesagt worden, eine Ausgleichsteuer für die Grossunternehmungen sei diskutabel

aber keinesfalls eine allgemeine Warenumsatzsteuer. Heute darf ich erleben, dass ein hochverehrter Vertreter aus der Westschweiz, Herr Nationalrat Lachenal, sagt: Bitte, setzen Sie an Stelle dieser Ausgleichsteuer die allgemeine Warenumsatzsteuer. Das wäre eigentlich eine erfreuliche Ueberrsachung, wenn ich mich darauf verlassen dürfte, dass wirklich in der Westschweiz der Wind derart umgeschlagen hätte. Aber wenn man einige Jahre am Posten eines Bundesrates gesessen hat, wird man gegen solch plötzliches Umkehren misstrauisch. Man fällt nicht mehr herein auf die erste Prophezeiung. Ich bin überzeugt, wenn Sie den Antrag Lachenal annehmen würden und die Kommission käme dazu, Ihnen einen Vorschlag zur Einführung der allgemeinen Warenumsatzsteuer zu machen, wären die Widerstände nicht nur so zähe und zahlreich wie hier, sondern vielleicht verzehnfacht. Es würden noch ganz andere Gruppen aufstehen, die Produktion, der Zwischenhandel, der Grosshandel, und infolgedessen wären die Schwierigkeiten viel grösser. Herr Lachenal täuscht sich, wenn er glaubt, er mache uns die Sache leichter. Auch wenn er es nicht will, bedeutet sein Vorschlag eine Torpedierung der ganzen Vorlage. Da glaube ich: Es war nun genug des grausamen Spiels. Sie haben einen Antrag Picot auf Nichteintreten mit 110 gegen 8 Stimmen abgelehnt, haben einen Antrag Wüthrich auf Rückweisung mit 120 gegen 12 Stimmen abgewiesen, haben einen Streichungsantrag Meierhans mit 94 zu 53 Stimmen abgelehnt. Nun sollte man einmal aufhören; diese Hartnäckigkeit wäre einer edleren Sache würdig, als die Warenhäuser es sind. Wenn Herr Lachenal davon spricht, man solle nicht „prendre à la gorge", so interessiert mich dieser Ausdruck. Ich habe hier einen Bericht des Bundesrates vom 17. September 1937. Da steht: Der Grosse Rat des Kantons Genf hat am 2. Juli 1937 folgenden Beschluss gefasst: „Art. 1. Der Grosse Rat des Kantons Genf, von seinem Initiativrecht gemäss Art. 93 der Bundesverfassung Gebrauch machend, verlangt von den eidgenössischen Räten den sofortigen Erlass folgender Massnahmen: *a.* die Aufhebung der sogenannten Einheitspreisgeschäfte." Das ist nicht „prendre à la gorge". Aber wenn man eine Umsatzsteuer von 5 % auferlegt, so ist das „prendre à la gorge". Ich bin offenbar mit dem Französischen noch nicht genug vertraut, wenigstens ist mir diese Sprache nicht verständlich.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Ordnungsantrag Lachenal	20 Stimmen
Dagegen	113 Stimmen

M. le **Président:** Nous reprenons maintenant la discussion de l'art. 2bis nouveau, proposé par la minorité de la commission et qui est relatif aux coopératives.

Herzog: Ich will zu dem jetzt zur Diskussion stehenden Abschnitt keine langen Ausführungen machen. Es handelt sich einfach darum, festzustellen, ob die Selbsthilfegenossenschaften der Ausgleichsteuer unterstellt werden sollen. Schon in der Bezeichnung „Ausgleich" liegt eine bestimmte Betonung, und es erhebt sich die Frage, wer alles zu diesem Ausgleich etwas beizutragen habe, und ob die Genossenschaften etwas auszugleichen hätten. Die Ausgleichsteuer wird erhoben, um gewisse überspannte Konkurrenzen zurückzudämmen und dem kleinen Detailhandel die Möglichkeit zu geben, sich gegenüber dem Grosshandel besser behaupten zu können. Es wird ausdrücklich erklärt, die Ausgleichsteuer sei deshalb zu erheben, um die starke Konkurrenz der Grossen zurückzubinden. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Erhebung eines derartigen Ausgleichs bei den Genossenschaften ungerechtfertigt ist, weil die Selbsthilfegenossenschaften nicht zu denjenigen gezählt werden können, die etwas auszugleichen hätten gegenüber dem Mittelstand, dem kleinen Detailhandel. Ich will bei dieser Gelegenheit einmal etwas näher darauf eintreten, warum die Selbsthilfegenossenschaften zu einem derartigen Ausgleich nicht herangezogen werden dürfen. Ich will vor allem die Frage der Löhne und der sozialen Bestimmung der Genossenschaften etwas näher beleuchten.

Der Allgemeine Consumverein beider Basel, der Lebensmittelverein Zürich, die Konsumgenossenschaft Bern und der Konsumverein Genf haben derart weitgehende soziale Bestimmungen für das Personal aufgestellt, dass sie damit bedeutend mehr belastet sind, als irgendein anderes Unternehmen gleicher Art. Ich weiss, dass es auch andere Unternehmungen gibt, die in bezug auf den Lohn ungefähr auf dem gleichen Niveau stehen. Wenn wir dann aber noch die sozialen Leistungen berücksichtigen, dann überwiegen diese Leistungen der Konsumgenossenschaften, insbesondere dieser vier grossen Konsumgenossenschaften, bei weitem diejenigen irgendwelcher anderer Unternehmungen solcher Art. Es werden Beiträge an die Nichtbetriebsunfälle bezahlt. Das tun schliesslich andere auch. Aber dann werden auch noch Beiträge an die Krankenversicherung, d. h. an die Prämien, die hiefür zu leisten sind, ausgerichtet. Dann besteht eine Alters- und Invalidenversicherung bei allen diesen Genossenschaften, die unter die Höchstbesteuerung fallen würden, wenn Sie die Selbsthilfegenossenschaften auch unter die Besteuerung stellen wollten. Es besteht ferner die Versicherung für die Hinterbliebenen dieser Angestellten. Weiter haben sie Anspruch auf Ferien in weitestgehendem Mass, bis zu 4 Wochen, je nach dem Dienstalter, dann Anspruch auf Bezahlung des Lohnes während Krankheit, und zwar im Maximum bis zu 6 Monaten voll und ein weiteres halbes Jahr bis zur Hälfte des Lohnes. Ferner wird der Lohn während des Militärdienstes bezahlt, sowohl während der Rekrutenschule, wie während der Wiederholungs- und der Kaderkurse. Ich will Ihnen an einem Beispiel zeigen, wie sich das auswirkt. Der Allgemeine Konsumverein beider Basel bezahlt für seine 2000 Angestellten jährlich eine Lohnsumme von rund 7½ Millionen Franken. Allein an Versicherungsprämien, also abgesehen von diesen Lohnleistungen, werden von dieser Konsumgenossenschaft 650 000 Fr., also nahezu 10 % der Lohnsumme, für Prämien etc. bezahlt. Dazu kommen die Ausgaben für die Feriengewährung, für die Lohnzahlung während der Krankheit und während des Militärdienstes. Wenn Sie das vergleichen mit dem, was in andern Betrieben ähnlicher Art bezahlt und geleistet wird, dann wer-

den Sie zugeben müssen, dass damit die Konkurrenzfähigkeit der Konsumgenossenschaften bereits ausgeglichen und infolgedessen eine Ausgleichsteuer gar nicht mehr notwendig ist, um den angeblich fehlenden Ausgleich herbeizuführen.

Ich könnte Ihnen noch andere Zahlen anführen, die Sie ebenfalls interessieren müssen. Die genannte Genossenschaft bezahlt, wie bereits erwähnt, ungefähr 7½ Millionen Lohnsumme pro Jahr, die Prämien für Versicherungsleistungen, die Auslagen für Ferienansprüche usw. machen neben dem Lohn zusammen 1,2 Millionen Fr. pro Jahr aus, also nahezu 20 % der Lohnsumme werden für weitere Personalkosten, eben für diese sozialen Leistungen verausgabt. Das sind Summen, die bei der Behandlung der Frage, ob diese Selbsthilfegenossenschaften noch einmal zu einem Ausgleich in Form dieser Steuer herangezogen werden sollen, mit berücksichtigt werden müssen. Für diese vier Genossenschaften, die ich angeführt habe und für die meisten Selbsthilfegenossenschaften bestehen diese Ansätze in gleichem Ausmasse. Es ist nach unserer Auffassung ungerecht, zu versuchen, nochmals einen Ausgleich in Form dieser Steuer herbeizuführen.

Herr Gafner hat in seinen Ausführungen erklärt, die Umsatzvermehrung der Genossenschaften in den Jahren 1930—1937 sei ziemlich gross. Das stimmt nicht. Wenn die Umsatzzahlen, welche in den Publikationen des V.S.K. genannt werden, grösser sind, so kommt das daher, weil die Bezüge der einzelnen Vereine vom V.S.K., von der Zentralstelle, gestiegen sind. Aber das heisst noch nicht, dass die Umsätze der einzelnen Genossenschaften im gleichen Verhältnis zugenommen oder überhaupt zugenommen hätten. Die Bezüge von der Zentralstelle dürfen nicht mit den Umsätzen der einzelnen Vereine verwechselt werden. Die einzelnen Vereine haben einfach die Waren, anstatt wie früher von der Fabrik, von der Zentralstelle bezogen, jedenfalls in vermehrtem Masse, als es früher der Fall war. Diese vermehrten Bezüge lassen also nicht ohne weiteres auf einen höheren oder doch wesentlich erhöhten Umsatz der einzelnen Vereine schliessen.

Ich kann Ihnen da auch einige Zahlen nennen. Der Allgemeine Consumverein beider Basel hat, wie bereits erwähnt, im Jahre 1937 55,6 Millionen Fr., im Jahre 1938 55,8 und im Jahre 1931 ebenfalls 55,8 Millionen Fr. umgesetzt. Trotzdem die Bezüge des Allgemeinen Consumvereins von der Zentralstelle grösser geworden sind, ist also der Umsatz nicht grösser geworden. Das müssen Sie bei diesen Zahlen mitberücksichtigen.

Wenn Herr Gafner weiter erklärt, dass die Konsumgenossenschaften weitgehend eine Konkurrenz der kleinen Detailhändler seien und sich dabei auf einen Ausspruch beruft, den Herr Dr. Schär an der letzten Delegiertenversammlung des Vereins schweizerischer Konsumvereine getan habe, dann glaube ich, dürfte Herr Gafner das Zitat, d. h. die Quelle auch nennen, aus der er es genommen hat. Das, was er vorgelesen hat, steht nämlich in der Neuen Zürcher Zeitung. Es ist also kein authentisches Zitat. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Herr Dr. Schär einen derartigen Ausspruch getan hätte, den Herr Gafner vorgelesen hat. Und soviel ich weiss, steht das Zitat, das Herr Dr. Gafner vorgelesen hat, in der Neuen Zürcher Zeitung in Anführungszeichen. Die Neue Zürcher Zeitung war noch nie das Organ des Verbandes schweizerischer Konsumvereine oder einzelner Konsumgenossenschaften. Man sollte bei dieser Gelegenheit doch auch sagen, woher man ein solches Zitat genommen hat, damit diejenigen, die unbefangen zuhören, sich ein richtiges Urteil bilden.

Herr Dr. Gafner hat weiter ausgeführt, die Konsumvereine seien eigentlich auch die bösen Konkurrenten gegenüber den kleinen Detailhändlern, gleich wie die übrigen grossen Warendetaillisten. Ich erinnere wiederum an einen Ausspruch, den, soviel ich weiss, der Vorgänger von Herrn Bundesrat Obrecht getan hat, nämlich Herr alt Bundesrat Schulthess. Er hat seinerzeit im Sinne eines Vorwurfes an die Konsumgenossenschaften erklärt, im Schatten der Konsumvereine würden die Spezereihändler sehr gut gedeihen. Das sagte er im Sinne eines Vorwurfes an die Konsumvereine, weil sie sich nicht genügend für die Konsumenten wehren würden und weil sie nicht genügend versuchen, die Preise als Konkurrenzpreise zu gestalten gegenüber den kleinen Detailhändlern. Es ist nicht so, dass die Konsumvereine einfach Preise festsetzen, bei welchen der kleine Detailhändler sein Auskommen nicht mehr finden würde; die Konsumvereine haben sich zur Pflicht gemacht, diejenigen Preise zu gewähren, die auch den andern eine Existenz ermöglichen. Das kann gar nicht bestritten werden. Herr Dr. Gafner hat erklärt, dass der V.S.K. in eine Sackgasse geraten sei, deshalb, weil er sich gegen eine Besteuerung dieser Art wehre. Dadurch ist der V.S.K. nicht in eine Sackgasse geraten, Sie dürfen versichert sein, dass insbesondere die welschen Vereine des V.S.K. sich gegen eine Besteuerung mit dem Mittel der Ausgleichsteuer ganz entschieden wehren werden. Es ist auch nicht richtig, wenn erklärt wird, dass der V.S.K. oder seine Vereine sich gegen eine Inanspruchnahme auf alle Fälle wehren. Der V.S.K. hat einen Vorschlag unterbreitet, der bei gleichem Recht für alle und gleicher Pflicht für alle auch die Vereine des V.S.K. treffen wird. Aber man wollte jetzt das nicht berücksichtigen und doch sollte man einsehen, dass es auf diese Weise einfach nicht gehen kann. Herr Gafner sagt auch, die landwirtschaftlichen Genossenschaften wollen sich erfreulicherweise dieser Besteuerung nicht entziehen. Herr Kollege Huber hat bereits auseinandergesetzt, in welcher Weise die landwirtschaftlichen Genossenschaften von dieser Ausgleichsteuer betroffen werden: fast gar nicht, gemäss einer Tabelle über die Umsätze, die vom Finanzdepartement zusammengestellt wurde. Dann kann man natürlich gut erklären, man wehre sich nicht gegen diese Inanspruchnahme durch diese Ausgleichsteuer, wenn man eigentlich gar nicht betroffen wird.

Herr Gafner hat auch auf die Reserven des V.S.K. hingewiesen und erklärt, dass diese für die Steuer herangezogen werden könnten. Herr Gafner stellt die Frage auf den Kopf. Der V.S.K. kommt nicht in Frage für die Besteuerung, sondern die einzelnen Vereine. Diese werden besteuert, nicht der V.S.K., d. h. eigentlich die Mitglieder dieser Vereine. Man kann also die Reserven des V.S.K. nicht zu derartigen Steuern heranziehen, wie sie hier niedergelegt sind. Ich habe bereits auseinandergesetzt, in welcher Art und Weise die einzelnen Vereine belastet

sind mit Sozialleistungen. Die Leistungen sollen nicht gekürzt werden, sie dürfen auch nicht gekürzt werden, denn wenn die Konsumgenossenschaften mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen ihr Personal halten, dann ist das zum Vorteil des Staates, zum mindesten zum Vorteil der einzelnen Gemeinden. Dafür, dass sie dem Staat, indem sie gute Löhne und Arbeitsbedingungen schaffen für das Personal, grosse Lasten abnehmen, sollen sie noch bestraft werden. Das ist eigentlich die Quintessenz, wenn Sie die Selbsthilfegenossenschaften unter die Besteuerung nehmen wollen.

Ich komme zum Schluss und will nur noch darauf hinweisen, dass insbesondere auch die Leistungen, die wir zu übernehmen haben für den Verkauf in den Warenfilialen, Ihnen zeigen, dass auch nach dieser Richtung die Konsumgenossenschaften bereits ihren Ausgleich gegenüber der Konkurrenz bezahlen. Wir haben einen Durchschnittsspesensatz in den Warenfilialen von 9,4%; er liegt weit über dem Durchschnitt des Spesensatzes anderer Konkurrenzgeschäfte. Die Konsumgenossenschaften bezahlen ihre Leute weit über den Durchschnitt. Wollen Sie nun, weil das so ist und weil die Konsumgenossenschaften versuchen, dem Staate Lasten abzunehmen, weil sie versuchen, Bedingungen einzuhalten, die als menschenwürdig betrachtet werden können, sie noch dafür strafen? Ausserdem hat mein Kollege Huber bereits darauf hingewiesen, dass Sie nicht den einzelnen Verein treffen, sondern die Mitglieder. Wenn Sie diesen Vereinen einen erheblichen Teil der Ueberschüsse wegnehmen, dann nehmen Sie das den Mitgliedern weg. Das ist und kann nicht der Sinn der Ausgleichsteuer sein. Deshalb möchte ich Sie bitten, im Sinne des Antrages des Bundesrates und der Kommissionsminderheit für die Steuerbefreiung der Selbsthilfegenossenschaften einzutreten.

M. **Aeby:** Le projet d'impôt compensatoire a été accueilli dans les cercles romands avec des sentiments bien mélangés. Tout d'abord, nous avons compris qu'il y allait de l'intérêt du pays de provoquer toutes les mesures qu'appelaient la défense nationale d'abord, la lutte contre le chômage ensuite et nous sommes reconnaissants au Conseil fédéral de n'avoir pas négligé ainsi le principe consistant à juxtaposer les dépenses prévues et les recettes qui doivent permettre de les couvrir. D'autre part, nous avons été d'accord qu'il faut aviser aux moyens de venir en aide aux petits commerçants. C'est dire qu'un impôt compensatoire dans le sens où il a été décrit par le Conseil fédéral et par M. le chef du Département fédéral de l'économie publique n'a pas manqué d'éveiller tout notre intérêt.

Mais il est un autre sentiment, défavorable celui-ci, qui s'est emparé de nous lorsque nous avons pris connaissance du message du Conseil fédéral, duquel j'ai retenu certaine phrase qui m'a frappé, où l'on avoue que l'impôt compensatoire est contraire à l'égalité des citoyens devant la loi, mais où l'on ajoute: l'égalité des citoyens devant la loi est prévue par l'article 4 de la Constitution fédérale; nous en ferons un autre où l'on prévoira le contraire.

Il est évident que nous ne pouvons pas accueillir un argument pareil et que, si nous admettons qu'il puisse exister des inégalités sur le terrain fiscal, nous insistons sur le fait que la disposition inscrite à l'article 4 de la Constitution fédérale représente pour nous un principe sacré; nous comptons que le Conseil fédéral le fasse respecter.

L'égalité des contribuables, même devant la loi a été remise en honneur, dans une assez large mesure, par les décisions de la commission et c'est avec satisfaction que nous avons alors pris acte du fait que l'impôt compensatoire à caractère tout à fait exceptionnel tel qu'il avait été prévu d'abord s'est mué, finalement, en un impôt frappant toutes les entreprises de commerce de détail dont le chiffre d'affaires annuel dépasse 200.000 francs. L'égalité se trouvait donc rétablie, du moins dans une mesure admissible. Mais alors, on s'est heurté immédiatement à des oppositions, et le chiffre 2bis que nous discutons en ce moment n'est pas autre chose que la cristallisation en quelque sorte des protestations émises par les sociétés coopératives, protestations auxquelles d'ailleurs s'était bien attendu le Conseil fédéral et auxquelles il avait entendu parer en exonérant spécialement ces entreprises. Ce qui m'a donné motif d'intervenir ce sont les déclarations faites tout à l'heure par notre collègue M. Huber, qui fut l'un des membres les plus influents de la revision du code fédéral des obligations. M. Huber nous a rendus attentifs au fait que la société coopérative n'était plus maintenant une société commerciale, mais simplement une société soumise au droit fédéral des obligations comme n'importe quelle autre société. Dans cette voie aussi, il faudrait se garder d'aller trop loin. Evidemment la société coopérative n'est plus, de par son essence, une société commerciale au même titre que la société en nom collectif ou la société anonyme, par exemple. Mais elle peut être une société commerciale et elle est alors soumise au droit commercial. L'article 934 du Code fédéral des obligations lui imposerait de se faire inscrire au registre du commerce comme quiconque se livre à une activité commerciale si l'article 836 du même Code ne disait pas déjà qu'une société coopérative ne peut pas exister sans être inscrite au registre du commerce. Vous voyez donc que la société coopérative peut être une société commerciale, si elle n'est point traitée comme telle d'une manière générale. Ceci étant posé, l'impôt compensatoire lui devient applicable, comme il l'est pour les autres entreprises du commerce de détail.

Nous n'aurions point compris l'institution d'un impôt compensatoire si une catégorie de commerçants — j'insiste sur ce terme — avait dû y échapper purement et simplement, à raison d'une fonction, ou même d'une mission sociale, fonction ou mission que je reconnais, mais qui ne doit point avoir pour conséquence de soustraire ces entreprises aux obligations communes à tous les citoyens. Et ici, qu'il me soit permis de répondre peut-être plus spécialement à M. Graber. Il nous a dépeint en termes tout à fait impressionnants la mission, les fonctions des sociétés coopératives. Je lui répondrai que noblesse oblige et que la fonction sociale par excellence consiste à accomplir son devoir à l'égard de la collectivité, notamment à payer ses impôts.

Nous avons entendu, ce matin, deux discours

que l'on peut mettre en parallèle, celui de M. le conseiller fédéral Obrecht, et celui de notre collègue M. Huber, qui a si habilement défendu au point de vue juridique, les coopératives. M. Huber a comparé la création des sociétés coopératives à ce serment du Grütli d'où est née la Suisse et M. Obrecht, avant même d'avoir entendu M. Huber, faisait remarquer qu'il était fort bien d'invoquer des sentiments nobles et hautement patriotiques, des préoccupations d'ordre social élevé, mais que là aussi — et je l'approuve en tous points — l'obligation de payer à l'Etat ce qu'on lui doit est un devoir impérieux auquel nul ne saurait se soustraire.

Si nous envisageons l'impôt compensatoire, nous constatons qu'il frappe des entreprises qui jouissent de bénéfices non pas seulement d'ordre financier, mais d'avantages d'organisation, comme il dit dans le message, méthodes employées pour attirer les acheteurs, conclusions d'achats par grosses quantités permettant de se contenter d'un faible bénéfice sur chaque opération, etc. Nul ne contestera (et je ne l'ai pas entendu contester aujourd'hui) que cette méthode est aussi celle des sociétés coopératives. Loin de moi l'idée de vouloir sous-estimer la mission de ces entreprises, mais j'estime que puisque tout commerçant de détail, à partir d'un chiffre d'affaires déterminé, doit être assujetti à l'impôt compensatoire, il n'est que juste et équitable que les coopératives y satisfassent comme les autres.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Herr Huber hat sich in seiner Argumentation darauf gestützt, dass die Steuer auf dem Umsatz der Konsumvereine weder vom Bundesrat noch von den direkt beteiligten Kreisen, d. h. den Detaillisten vorgeschlagen worden sei. Ich kenne die Akten soweit, dass ich weiss, dass der Schweizerische Detaillistenverband immerhin am 29. September 1938 ein Schreiben an das Departement gerichtet hat, in dem folgender Passus steht:

„Der Schweizerische Detaillistenverband begrüsst und unterstützt die vom Bundesrat vorgeschlagene Ausgleichsteuer für Warenhäuser, Kaufhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Versandgeschäfte, Filialunternehmungen und Betriebe mit fahrenden Läden. Er bedauert, dass die Selbsthilfeorganisationen dieser Steuer nicht unterstellt werden, dies um so mehr, als diese nur die grossen und kapitalkräftigen Genossenschaften erfasst hätte. Damit wird in der Absicht des Schutzes des selbständig erwerbenden Mittelstandes eine erhebliche Lücke offen gelassen. Aus dieser Ueberlegung könnte der Schweizerische Detaillistenverband einer allfällig vom Bundesrat vorgeschlagenen Ausdehnung der Ausgleichsteuer nur unter der ausdrücklichen Bedingung zustimmen, dass auch die Selbsthilfegenossenschaften derselben unterstellt werden."

Ich stelle fest, dass wir diese ursprünglich vom Bundesrat vorgeschlagene Ausgleichsteuer ausgedehnt haben, und zwar auf alle Geschäfte des Detailhandels. Man wird also nicht behaupten können, dass der Schweizerische Detaillistenverband nicht verlangt hätte, dass auch die Selbsthilfeorganisationen inbegriffen seien.

Weiter hat Herr Huber erklärt, die Genossenschaften seien keine Geschäfte, keine Erwerbsunternehmungen, sie seien etwas ganz anderes als ein Warenhaus oder ein Epa-Geschäft. Gewiss, das trifft bis zu einem gewissen Grade zu; es hat sie aber auch niemand mit den Warenhäusern oder Epageschäften verglichen. Und die Kommission behandelt sie auch nicht wie die Warenhäuser oder Epageschäfte. Sie haben vielmehr einen Spezialansatz, einen begünstigten Spezialansatz. Dagegen gibt es aber Geschäfte, die sehr wohl nach ihrem innern Wesen mit diesen Selbsthilfeorganisationen verglichen werden können. Ich habe vor mir einen allerdings nicht ganz neuen Jahresbericht des Konsumvereins Zürich. In Zürich besteht ein Lebensmittelverein als Genossenschaft, und ein Konsumverein Zürich als Aktiengesellschaft. Dieser letztere wurde gegründet im Jahre 1851 mit einem Aktienkapital von 1,78 Millionen und Reserven von ungefähr einer Million, neben einer Baureserve, die ich nicht extra erwähne. Die Umsätze sind ungefähr 20 Millionen im Jahr. Er zahlt, wenn ich mich nicht irre, ich weiss es nicht genau, aber ich glaube, ich irre mich nicht, dieselbe Rückvergütung wie der Lebensmittelverein Zürich, d. h. 8%. Bis vor kurzem wenigstens konnte jeder Kunde eine Aktie von Fr. 200 erwerben, wie die Genossenschafter einer Genossenschaft einen Genossenschaftsanteil erwerben. Auf diese Aktie wird durchschnittlich eine Dividende von 7% bezahlt; das übrige geht zurück an die Käufer. Es hat sich aus der Rechnung ergeben, dass diese Rückvergütungen etwas über eine Million ausmachen und die Dividenden an die Aktienbesitzer Fr. 130 000. Nun muss die Genossenschaft aber auch an ihre Genossenschafter für die Genossenschaftsanteile einen Zins bezahlen; der würde hier in diesen Fr. 130 000 inbegriffen sein. Er wird wahrscheinlich bei den Genossenschaften nicht 7%, sondern vielleicht 4 oder 5% betragen. Aber ein grosser Unterschied besteht weder in der Art des Geschäftes, noch in der Verwendung der Mittel. Woher dieser Unterschied in der Gesellschaftsform kommt, weiss ich nicht. (**Huber:** Sie werden gleich besteuert nach Antrag Schwar.) Richtig. Nach diesem Antrag würde also der Konsumverein Zürich gleich besteuert wie die Selbsthilfegenossenschaften.

Nun hat Herr Herzog sich zu verschiedenen Malen dagegen gewendet, dass man die Selbsthilfegenossenschaften einbeziehe mit der Argumentation, es sei nicht richtig, dass man ihnen eine Ausgleichsteuer auferlege. — Aber es ist eben keine Ausgleichsteuer mehr. Sie ist zu einer Umsatzsteuer der Detailhandelsgeschäfte geworden, die nicht etwa nur die Selbsthilfegenossenschaften, die Warenhäuser, die Epapreisgeschäfte usw. erfasst, sondern jedes Detailhandelsgeschäft mit einem gewissen Minimalumsatz.

Dagegen haben wir in der Kommission der besonderen Natur des Geschäftsbetriebes der Selbsthilfegenossenschaften, vielleicht auch ihrem besondern Geschäftszwecke, dadurch Rechnung getragen, dass wir sie mir einem Spezialsteuersatz bedacht haben. Während die andern Geschäfte 2 bis maximal 5% Steuern zu bezahlen haben, so trifft es die Selbsthilfegenossenschaften mit maximal 1%. Dieses Maximum tritt erst bei einem Umsatz von 10 Millionen Fr. ein, so dass der Grossteil der Genossenschaften entweder keine Steuer

zahlt, oder durchschnittlich eine Steuer, die vielleicht um ½% herum liegt.

Herr Nationalrat Huber hat gesagt, die landwirtschaftlichen Genossenschaften brächten kein so immenses Opfer. Man könnte sagen, auch die Konsumgenossenschaften nicht. Ich konstatiere, dass 60% der Verbandsvereine des Schweizerischen Konsumvereins nicht unter die Steuer fallen. Nach den Zahlen, die ich vor mir habe, sind es allerdings bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften 94%.

Die Kommission hat dafür gehalten, dass es unbillig wäre, wenn man die Konsumvereine, resp. die Selbsthilfegenossenschaften ausschlösse. Sie hat ihnen einen besonderen Satz zugebilligt, obschon man vielleicht anderer Meinung sein könnte. Ich glaube, es wäre richtig, wenn der Rat sich auf den Boden der Kommission stellte und den Minderheitsantrag ablehnte.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Minderheit	48 Stimmen
Dagegen	90 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 15. Dez. 1938.
Séance du 15 décembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3785. Ordnung des Finanzhaushalts des Bundes von 1939 bis 1941.
Régime des finances fédérales de 1939 à 1941.

Siehe Seite 985 hiervor. — Voir page 985 ci-devant.

Beschluss des Ständerates vom 14. Dezember 1938.
Décision du Conseil des Etats, du 14 décembre 1938.

Differenzen. — *Divergences.*

Titel.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Titre.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Seiler, Berichterstatter: Ich nehme an, dass dieses Geschäft nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen wird. Ich werde mich selbstverständlich, wie übrigens immer, der Kürze befleissen.

Es sind folgende Differenzen zurückgeblieben:

Die erste Differenz betrifft den Titel. Die zweite Differenz besteht in Art. 2 und betrifft die Beiträge für die naturwissenschaftliche Forschung. Die dritte Differenz bezieht sich auf die berufliche Ausbildung in Art. 8. Die vierte Differenz liegt in Art. 42. Hier hat der Nationalrat einen Zusatz beschlossen, der vom Ständerat wieder gestrichen worden ist. Die fünfte Differenz ist in Art. 44 zu verzeichnen. Sie betrifft die Kompetenzen des Bundesrates bei Notmassnahmen. Die letzte Differenz betrifft Art. 47, d. h. die Kompetenzen des Bundesrates in bezug auf den Erlass von Strafbestimmungen.

Bei der ersten Differenz über den Titel kann die Kommission des Nationalrates dem Ständerat zustimmen. Der Ständerat hat statt des langen Titels: „Massnahmen zur Verbesserung der Finanzlage, zur Festigung des Landeskredites und zur Erzielung eines sparsamen Haushaltes" die kürzere Fassung gewählt: „Ueber die Durchführung der Uebergangsordnung des Finanzhaushaltes". Unsere Kommission beantragt Ihnen, dieser Titelbezeichnung zuzustimmen.

M. **Robert,** rapporteur: Le Conseil des Etats a repoussé la plupart des modifications du projet décidées par la majorité de notre assemblée. Il n'a fait une exception, en se ralliant au point de vue de la majorité, qu'en faveur des régions de montagne et des cantons ayant une tâche particulière à remplir en raison de leurs difficultés linguistiques, auxquels nous avions accordé une subvention plus élevée que celle qui est prévue dans le projet du Conseil fédéral, à l'article 7.

Le Conseil des Etats propose, à l'article 2, de biffer l'exception prévue sous lettre *m* en faveur des institutions s'occupant des sciences naturelles.

Il ramène, à l'article 8, la subvention en faveur de l'enseignement professionnel, de 7½ millions à 7¼ millions.

Il repousse ensuite, à l'article 42, l'adjonction proposée par MM. Duttweiler et Schwar, que notre assemblée accepta sans opposition, avec l'agrément du chef du Département fédéral des finances.

A l'article 44, le Conseil des Etats rétablit le texte du Conseil fédéral et il reprend à son compte, à l'article 47, une disposition que notre commission n'avait pas eu l'occasion de discuter, qui lui fut soumise au cours du débat par le Conseil fédéral, puis retirée par lui et par le président de la commission avant le vote.

Notre commission a examiné ces divergences et elle a décidé à la majorité de vous proposer de maintenir sur tous les points, sauf un, les décisions que vous avez prises.

L'exception admise par notre commission qui, sur cette question, accepte de se rallier au point de vue du Conseil des Etats, concerne l'adjonction, à l'article 42, proposée par MM. Duttweiler et Schwar.

Ce matin — par conséquent après la réunion de notre commission — M. le conseiller fédéral Meyer a soumis par écrit à chaque membre de la commission, des propositions de nouvelle rédaction des articles 44 et 47 qui doivent, dans sa pensée, permettre un accord entre nos deux Conseils. Nous vous donnerons connaissance des textes proposés, des arguments invoqués à l'appui

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VII
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	06
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	14.12.1938
Seite Page Pagina	1076-1103
Ref. No	20 032 668

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Par conséquent, la commission vous propose d'adhérer aux propositions de la majorité du Conseil des Etats en apportant ainsi des précisions et une amélioration au texte primitif.

Angenommen. — *Adopté.*

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 131 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Nachmittagssitzung vom 19. Dez. 1938.
Séance du 19 déc. 1938, après-midi.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

Fortsetzung — *Suite.*

Siehe Seite 1076 hiervor. — Voir page 1076 ci-devant.

Lit. A. — Lettre A.
Ziffer 3. — Chiffre 3.
Absatz 3. — Alinéa 3.

Fortsetzung. — *Suite.*

Huber, Berichterstatter der Minderheit: Meine Bemerkungen sind so kurz, dass es sich nicht lohnt, hin- und herzuspazieren.

Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass die Steuer progressiv sein und bemessen werden soll nach dem Detailhandelumsatz, unter Berücksichtigung der Geschäftsart. Was unter Geschäftsart zu verstehen ist, ist im Entwurf nicht gesagt und auch nicht ohne weiteres erkennbar. Wir möchten gewisse Präzisierungen vorsehen, die dem Charakter der Vorlage entsprechen, welche ja beansprucht, eine Ausgleichsteuer zu bringen. Wir schlagen deshalb vor, nach dem Worte „Geschäftsart" noch beizufügen: „und der Arbeitsverhältnisse, insbesondere der sozialen Leistungen des Steuerpflichtigen und der Höhe des auf eine beschäftigte Person entfallenden Detailumsatzes." Es ist ja eine der vielen Schwächen der Vorlage, dass sie gar keine Rücksicht nimmt auf den Einzelbetrieb, keine Rücksicht nimmt auf den Charakter des Betriebes, auch keine Rücksicht nimmt auf den Ertrag des Betriebes und erst recht nicht Rücksicht nimmt auf die Art und Weise, wie ein Betrag eventuell erwirtschaftet wird. Wir schlagen Ihnen vor, in erster Linie zu fordern, dass die Arbeitsverhältnisse berücksichtigt werden. Damit wollen wir erreichen, dass Unternehmungen, die vorbildliche Arbeitsbedingungen gewähren — wir denken da natürlich in erster Linie an die Genossenschaften, aber auch an andere Betriebe — besser behandelt werden als rücksichtslose Profitschinder, die ihr Personal schlecht bezahlen bei langer Arbeitszeit, die in bezug auf die Dauer der Anstellungsverhältnisse nur Rücksicht nehmen auf die Profitinteressen, in keiner Weise aber die ebenso berechtigten Interessen des Personals berücksichtigen. Speziell soll hervorgehoben werden eine Rücksichtnahme auf die Sozialleistungen des Steuerpflichtigen. Es gibt Unternehmungen, welche ihren Betrieb nur als Gelegenheit zur Ausbeutung des Käufers, des Personals und der Lieferanten betrachten, Unternehmungen, die überall mit möglichst wenig eigenen Leistungen möglichst viel Profit für sich herausholen wollen. Anderseits gibt es Betriebe, wie die Genossenschaften, auch bestimmte Warenhäuser — das ist durchaus anzuerkennen — und sicher auch viele andere Betriebe, die steuerrechtlich auf die gleiche Stufe gestellt werden wie die Genossenschaften, die hohe Sozialleistungen aufbringen, die Krankenkassenbeiträge bezahlen und die Löhne auch bei Krankheit und Unfall ausrichten, die Altersversicherungen eingeführt haben, den Lohn während der Rekrutenschule und der Wiederholungskurse usw. ausrichten. Alle diese Momente sind nach unserer Auffassung zu berücksichtigen.

Der letzte Passus in diesem ersten Satz von Abs. 3, den wir vorschlagen, verlangt, dass berücksichtigt werde die Höhe des auf eine beschäftigte Person entfallenden Detailumsatzes. Damit wollen wir erreichen, dass bei Betrieben, welche die sogenannte Rationalisierung auf die Spitze getrieben haben, die diese Mechanisierung und die Maschinisierung auf Kosten der Beschäftigung von Arbeitskräften bis zum äussersten ausnützen und die damit erreichen, dass sie mit einem Minimum von Personal ein Maximum von Umsatz erzielen, dass bei solchen durchrationalisierten und mechanisierten, lediglich von Ertragsrücksichten dirigierten Betrieben andere Steuergrundsätze anzuwenden sind, als bei solchen Unternehmungen, die durch die Art ihrer Geschäftsführung und ihres Betriebes nicht das Maximum dessen beitragen, was möglich ist, um die Arbeitslosigkeit zu vermehren. Es sind Untersuchungen nach dieser Richtung angestellt worden. Ich will sie Ihnen nicht im einzelnen vortragen, aber es bestehen ganz enorme Unterschiede. Während an einem Ort auf eine beschäftigte Arbeitskraft vielleicht 50 000 Fr. Jahresumsatz entfallen, steigt diese jährliche Umsatzzahl pro Arbeitskraft in andern Betrieben auf 100 000, 150 000, 200 000 und noch mehr Franken.

Wir bitten Sie, die starre, schematische, formelhafte Art dieses Steuersystems einigermassen zu mildern, indem Sie unserem Minderheitsantrage zustimmen.

Duttweiler: Ich habe stets erklärt — und das ist auch der Grundsatz unserer Bewegung —, dass das Kapital zu leisten habe. Dieser Grundsatz ist hier durchgeführt, allerdings in einseitiger Weise,

und grundsätzlich müsste ich deshalb gegen die Vorlage mit der gleichen Schärfe Stellung nehmen, wie die vielen Zeitungen und Einzel-Politiker usw. dagegen Stellung genommen haben.

Vielleicht darf ich Sie etwas länger in Anspruch nehmen, da ich die Ehre haben werde, einen der kräftigsten Beiträge an diese Steuer zu leisten, und zwar nicht weniger als ungefähr 12 Millionen in einem Zeitraume von ungefähr 10 Jahren. Das ist gewiss ein Kunststück mit einem Kapital von etwa anderthalb Millionen und ausgehend von genau gleichen Bedingungen wie die Mitkonkurrenten, z. B. die USEGO und der Verband Schweiz. Konsumvereine, mit gleich langen Spiessen einen so gewaltigen Ertrag herauszuwirtschaften. Meine Sorge ist, dass aus dieser Vorlage noch etwas Fruchtbares herauskomme und dass sie nicht nur sozusagen eine Kampfvorlage sei. Es scheint mir die Möglichkeit vorzuliegen, wenn mein Antrag angenommen würde.

Alle meine Vorschläge, die ich privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich machte und durchführte, unterscheiden sich von denen, die die heutige Wirtschaftspolitik durchsetzt, dadurch, dass die offiziellen Vorschläge stets vom Gedanken des Zwanges ausgehen, in der Regel begleitet von Buss- und Gefängnisandrohung, währenddem ich stets nach Lösungen suche, die die Freiwilligkeit, den guten Willen, die öffentliche Meinung anspannen wollen, um eine Zusammenarbeit von Gross und Klein zu erzielen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Uhrenverordnung (es soll eine Uhrengesetzgebung von ungefähr 100 Seiten bestehen), dann an das Hotelbauverbot (ebenfalls eine negative Massnahme, die zwar seinerzeit als richtig empfunden wurde, sich aber inzwischen, in den 21 Jahren ihres Bestehens, immer mehr als nicht harmlos herausgestellt hat, Namentlich wenn man daran denkt, was in den nächsten 20 Jahren geschehen soll); dann erinnere ich an die Milchpreisstützung, die auch sehr stark in die individuelle Handlungsfreiheit der Bauern, des Handels usw. eingreift, ferner an die ganze Subventionskonstruktion, die ihrerseits nicht billig zu stehen kommt. Sie sehen überall das Charakteristikum des Zwanges oder der finanziellen Opfer. Dem stelle ich z. B. dem Hotelbauverbot den Hotelplan gegenüber, der ganz auf Freiwilligkeit und Zusammenarbeit von Verkehrsanstalten, Hoteliers und allem, was mit dem Fremdenverkehr zusammenhängt, abstellt.

Ich kann hier nebenbei sagen, dass ich heute hätte in Holland sein müssen; ich war vom Verkehrsminister Dr. Buuren eingeladen, um mit dem Generaldirektor der niederländischen Eisenbahnen eine Besprechung zu haben für die Belebung des Tourismus in Holland. Ich darf das deshalb sagen, weil ich in diesem Saale auf so starke Bekämpfung gestossen bin mit dieser Idee. Es zeigt sich, dass oft im Ausland mehr Interesse für solche Ideen vorhanden ist als im Inland, wo die politischen Motive mitspielen.

Dem Warenhaus- und Filialverbot stelle ich den Girodienst gegenüber, die freiwillige Zusammenarbeit von Gross und Klein auf dem Gebiete des Detailhandels und darf feststellen, dass diese Zusammenarbeit durchaus möglich ist, dass sich ein geradezu ideales Verhältnis herausgebildet hat, aus dem Bewusstsein, dass der Kleine mit der Hilfe des Grossen, durch die Zurverfügungstellung des Propaganda- und Einkaufapparates so gut konkurrieren kann wie der Grosse. Das ist nicht unwichtig, weil dargetan ist, dass der Kleinhändler gar nicht so stark im Hintertreffen ist gegenüber dem grossen Detaillisten, wenn ihm die Möglichkeiten des Grossen eröffnet werden.

Die Kontingentierungspolitik hat auch Verbote als Grundlage, Verbote, mehr einzuführen oder Verbote für gewisse Personen, überhaupt Waren einzuführen. Dem stelle ich das Leistungssystem im Aussenhandel gegenüber, das gegenwärtig wieder lebhaft diskutiert wird.

Endlich glaube ich, dass sich alle Schwierigkeiten im Innern durch das Label-System ordnen liessen, wenn der gute Wille vorhanden wäre.

Man wird nicht bestreiten, dass unsere Gruppe nach Möglichkeit, trotz andern Ansichten, an der offiziellen Wirtschaftspolitik mitgearbeitet hat. Ich darf hier darauf verweisen, dass wir die Milchpreisstützung guthiessen, aus dem Empfinden heraus, dass wir eben halbe Wege unterstützen müssen, wenn ganze Lösungen nicht gefallen. Wir haben auch das System der Importbeschränkungen mitgemacht, in der Hoffnung, dass darauf etwas Besseres komme. Auch die Export- und Fremdenverkehrssubventionen haben wir stets unterstützt. Ich erinnere daran, dass wir den Antrag von Herrn Nationalrat Gafner betr. die Subventionen für Export- und Fremdenverkehrsförderung unterstützten. Auch da haben wir nach Kräften mitgewirkt, immer im Bewusstsein, dass es zwar nicht der richtige Weg ist, nur mit dem Gelde zu helfen, sondern dass gedankliche Arbeit dazu gehört und eine Mobilisation der wirtschaftlichen Kräfte des Landes auf allen Gebieten.

Dann darf ich erwähnen, dass für diese Ideen auch schwere Opfer an Zeit gebracht wurden und eine unheimlich zähe Arbeit. Ich möchte mich damit nur legitimieren, dass ich für den Mittelstand wirklich sprechen darf. Ich habe mich nicht nur jeweilen erhoben, um Subventionen zu bewilligen — das ist eine geringe Mühe — ich habe die Probleme wirklich angepackt und bin zum selben Schluss gekommen wie verschiedene Redner in Ihren Reihen, nämlich dass mit andern Mitteln geholfen werden muss als solche, wie sie die Ausgleichsteuer darstellt. Ich erinnere an die Voten der Herren Nationalräte Lachenal, Rosselet, Meierhans, auch an die Herren Gysler und Schirmer. Letztere bezeugten, dass keine Hilfe geschaffen werde oder nur eine ganz geringe Hilfe, so hat man sich ausgedrückt; sie unterliessen aber, zu sagen, dass auch ganz schwere Nachteile mit diesem System verbunden sein werden, indem der Druck auf den Lieferanten zunimmt. Es ist ein Irrtum, wenn Herr Bundesrat Obrecht vermutet, dass dieser Druck auf den Lieferanten nicht noch ganz bedeutend stärker gestaltet werden könne. Es gibt Firmen, die sich in ihrem Einkauf sehr anständig und verständnisvoll für ihre Lieferanten erwiesen haben. Ich verweise auf die verschiedenen Arbeiten der Preisbildungskommission, die das ebenfalls feststellen. Nur ist es immer betrüblich, wenn Firmen, wie dies Herr Nationalrat Huber erwähnt hat, die ihren Angestellten gute soziale

Bedingungen gewähren, gezwungen werden, einen Druck auf ihre Mitarbeiter, ihre Lieferanten usw. auszuüben, um ihre Existenz zu behaupten. Sie haben dann eine stille Reserve in Form dieses geschäftlichen Anstandes, und auf diese Reserve müssen sie gewiss mit schwerem Herzen greifen.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass das Gewerbe von dieser Ausgleichsteuer keine wesentliche oder überhaupt keine Hilfe erwartet, so wenig wie der Kleinhandel.

Nun glaube ich, dass wir doch danach trachten müssen, etwas Positives zu schaffen. Erwähnen darf ich vielleicht auch, dass das Warenhaus- und Filialausdehnungsverbot nicht gewirkt hat, und zwar nach den Worten von Herrn Bundesrat Obrecht selbst. Ja, eine St. Galler Zeitung hat nicht ganz zu unrecht ausgeführt, dass die Grossbetriebe wohl in der Lage seien, diese Ausgleichsteuer zu bezahlen, da sie ja durch jene Ausdehnungsverbote eine Monopolstellung erhalten hätten. In diesem Saale wurde bei jeder Erneuerung jenes Verbotes behauptet, dass es eine Hilfe für die Kleinen sei. Nun sagen ausgerechnet die Kleinen, es sei eine Bevorzugung, ein Monopol zum Schutze der Grossen. Ich darf feststellen, dass die Einwendungen, die man damals schon machte, beiseite geschoben wurden, was sich heute als unrichtig erweist. Ganz gleich wird es mit der Ausgleichsteuer gehen. Man trifft immer nur negative Massnahmen und übt stärksten Druck aus auf die, die man schützen will.

Ich möchte auch noch sagen, dass Sie sich nicht auf die Annahme der Wirtschaftsartikel verlassen dürfen. Ich glaube nicht, dass sie durchgehen und will Ihnen 5 Gründe hierfür aufzählen — alles im Zusammenhang mit dem Bestreben, eine Möglichkeit zu schaffen, dass die Zusammenarbeit der Grossbetriebe mit den Kleinbetrieben ausgerechnet durch diese Ausgleichsteuer nicht verhindert werde. Der erste Grund, weshalb ich glaube, dass die Wirtschaftsartikel nicht durchgehen, sind gerade die Fehlschläge der bisherigen Massnahmen. Das hat ein wesentliches Misstrauen geschaffen. Man hat gesehen, dass das, von dem man sich etwas versprach, versagte. Als zweites kann ich darauf hinweisen, dass die Polizeigesetze nicht beliebt sind, das wissen wir alle. Wenn es aber ein ausgesprochenes Polizeigesetz gibt, sind es bestimmt diese Wirtschaftsartikel, die mehr oder weniger subjektiv und nicht objektiv in die Wirtschaft eingreifen wollen. Die Abstimmung über die sogenannten Migrosgesetze in den Kantonen Thurgau, St. Gallen und Zürich haben schlagend bewiesen, dass das Volk von diesen Gesetzes nichts wissen will. Gerade die Vorlagen, die auf die Initiative der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zurückzuführen sind, sind vom Volke in den letzten Jahren scharf abgelehnt worden, und zwar auf der ganzen Linie. Der Mittelstand kann sich wohl bemerkbar machen, aber ich glaube, es ist momentan nicht günstig, wenn er sich allzu stark bemerkbar macht, nachdem alle andern Schichten sich mit dem momentanen Schicksal zufrieden geben. Ich glaube, dass jene Aktionen, psychologisch betrachtet, gerade das Gegenteil bewirken. Psychologisch wird man mir recht geben.

Die Disposition ist nicht gut, und zwar auf dem Lande nicht. Im Kanton Thurgau wurde gleichzeitig eine Vorlage betreffend die Bauernhilfskassen stark verworfen. Das in einem Bauernkanton, das beweist nur, wie sehr man sogar in der aufgeklärten Bauernschaft gegen die Reglementierung eingestellt ist.

Der dritte Punkt bezieht sich auf die Diskussionen, die inzwischen gepflogen worden sind. Der Ständerat will, so viel ich weiss, die Banken und Börsen nicht unter diesem Gesetz wissen, sondern hat hier für den Liberalismus plädiert. Auf dem Bankengebiet will man den Liberalismus und bei der ganzen übrigen Wirtschaft erklärt man, die kleinen Leute müssten reglementiert werden, das ist eine schwere Belastung für die Vorlage. Ebenso die Idee, den einzelnen Kantonen auf gewissen Gebieten freie Hand zu lassen, in ihrem Wirtschaftsgebiet selbst zu disponieren. Das hat nicht zuletzt im Kreise der Arbeitnehmerschaft schwere Bedenken wachgerufen.

Endlich die grossen Fragen betreffend Preisbindung. Auch hier ist man langsam zur Einsicht gekommen, dass das eine Unmöglichkeit ist und die Wirtschaft schwer schädigen würde. Ich habe Ihnen dargetan, dass selbst in unserem Schosse eine gewisse Einsicht eingekehrt ist.

Auch aussenpolitisch haben sich die Verhältnisse seit dem Anfang der Beratungen gewaltig geändert. Sogar Diktaturstaaten erklären heute, dass sie wieder eine gewisse individuelle Freiheit haben müssen, und wir wollen ausgerechnet in diesem Moment unsere Wirtschaft binden! Ich glaube, auch hier hat eine gewisse Reifung des Urteils Platz gegriffen.

Endlich wird das Volk nachher sagen: Jetzt haben wir die Ausgleichsteuer, die Grossbetriebe sind stärker belastet, was brauchen wir weitergehende Massnahmen? Diese Wirtschaftsartikel werden wahrscheinlich deshalb nicht kommen, weil die Wirtschaftslage sich nach oben bewegt. Die Suggestion des Notzustandes, die man in der ganzen Schweiz betreibt, hält den Statistiken nicht stand. Ich habe Ihnen eine Statistik der Konkurse aufgehängt, die eine stark fallende Kurve aufweist. Auf die Hälfte sind Nachlassverträge und Konkurse gefallen. Ich habe auf der andern Seite die Kleinhandelsumsätze an die Wand heften lassen. Sie zeigen eine durchschnittliche Zunahme von 14% seit 1935 ein Aufschwung, den wir lange nicht mehr zu verzeichnen hatten.

Nun muss aber für den Mittelstand etwas geschehen. Es geht nicht an, dass wir uns nur Illusionen machen, dass wir nur unwirksame Massnahmen treffen. Wir müssen trachten, zu einer positiven Regelung zu kommen. Der Sinn meines Antrages geht dahin, dass soziale Leistungen nicht nur gegenüber dem Arbeitgeber — dieses Postulat hat Herr Nationalrat Huber behandelt — sondern auch gegenüber dem Lieferanten und gegenüber der Gesamtwirtschaft irgendwie in Betracht gezogen werden, d. h. dass eine geringere Steuerbelastung für den angewendet wird, der sich gegenüber der Wirtschaft sozial benimmt.

Es handelt sich darum, eine Verschärfung des Kampfes zu vermeiden. Ich habe Ihnen diese

Ausführungen bereits im Detail gemacht. Was ist der erste Gedanke jedes von dieser schweren Steuer Betroffenen? Er wird erklären: Wenn ich 10 oder 20% mehr Umsatz habe, kann ich diese Steuer ohne Verteuerung meiner Spesen ertragen. Sie werden sehen, dass sich der ganze Kampf in dieser Richtung entwickelt. Das beste Reklameargument, das in dieser Atmosphäre das soziale Mitgefühl liefert, ist ausgerechnet das, dass diese Firmen etwas zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten. Ein so schönes Reklameargument habe ich noch nie gesehen. Das wird im Vordergrunde stehen und muss den Kampf direkt verschärfen. Es wird automatisch — ich habe das schon gesagt — eine Kampfgemeinschaft zwischen Angestellten, Lieferanten und diesen Grossbetrieben entstehen. Ich habe Erfahrung, welche Durchschlagskraft eine solche durch Widerstände zusammengeschmiedete Kampfgemeinschaft hat. Es wird aber erst Frieden geben, wenn die Grossen und Kleinen zusammenkommen. Das zu erreichen wird erst dann möglich sein, wenn die Autorität unserer Regierung wieder so weit reicht, um die verschiedenen Extreme an einen Tisch zusammenzuführen. Momentan scheint diese Autorität nicht mehr vorhanden zu sein, denn man hat über diese Probleme nie gemeinschaftlich gesprochen. Das betrachte ich als einen Fehler, denn die edelste Aufgabe einer Regierung scheint mir in diesen Zeiten darin zu liegen, die Lösung durch freiwilliges Zusammenarbeiten anzustreben. Erst wenn dies misslingt, sollten Zwangsmittel ergriffen werden.

Auch der Boykott der Köpfe und der Energien muss gelegentlich unter dem Druck der auswärtigen Lage aufhören. Es geht nicht mehr. Man muss miteinander reden und man sollte diese Aufforderung überhaupt gar nicht aussprechen müssen.

Nun habe ich unter den Labelgedanken bereits eine Gruppe mit einem Totalumsatz von 250 Millionen zusammengebracht. Es sind gerade jene Betriebe, die angefochten sind, von denen man behauptet, sie zahlen keine genügenden Löhne, keine auskömmlichen Preise. Also sozusagen die „schwarzen Schafe." Das ist das Wertvolle. Das muss gesagt werden, damit das Publikum nachher nicht des Glaubens ist, dass dieses Label-Zeichen eigentlich eine teure Ware kennzeichnet und dass man deshalb gerade diese Ware meidet. Das Volkswirtschaftsdepartement, das ich eingeladen habe, alle Interessenten für das Label einmal zusammenzuführen, hat mit einem platonischen Brief geantwortet und in Aussicht gestellt, einen Beobachter an eine solche Konferenz zu schicken. Es ist gewiss Aufgabe des Staates, die Interessenten zusammenzuführen und nicht nur amerikanische Beobachter zu stellen. Solange die Stunde nicht kommt, da man mit Ernst, mit Glauben, mit Ueberzeugung und mit einem gewissen Elan an eine Sache herangeht, werden wir nichts Konstruktives fertig bringen. Das Ausland, das heute wirklich dynamisch handelt, wird uns vollständig in den Schatten stellen, und der Glaube, dass die kleinen Demokratien nichts zustande bringen, wird, zum Schaden des Ganzen, immer weiter um sich greifen.

Welche Leistungen werden abzugsberechtigt? Ich möchte über die Leistungen an Arbeiter und Angestellte nichts weiter sagen. Diese sind bereits im Referat von Herrn Huber erwähnt worden. Ich meine den sozialen Einkauf, d. h. die Unterordnung eines Betriebes unter bestimmte Regeln, die das Label-Sekretariat aufstellt. Es soll der Lieferant die Möglichkeit des Rekurses haben, wenn er wirklich in bedrängte Lage kommt und in seiner Existenz gefährdet ist. Das gilt für den kleinen Handwerker, für den kleinen industriellen Betrieb. Sie wollen ja Mittelstandspolitik betreiben. Darum sollte diese Forderung Ihnen liegen. Der Grossbetrieb soll also erträgliche Preise bezahlen und für eine mehr oder weniger konstante Beschäftigung sorgen. Uebrigens existiert diese Art der Zusammenarbeit schon. Ich erinnere an den Obstverband und an die Gemüseunion. Da sitzen auch die Grossen und Kleinen beieinander und haben bis jetzt das Problem gelöst. Herr Kollege Stutz ist hier gut informiert. Er weiss, dass von allen Seiten der gute Wille funktioniert hat. Ich erzähle Ihnen also keine Chimären. Ich möchte, dass das System, das bereits auf einem Teilgebiet unserer Wirtschaft funktioniert, auf die ganze Wirtschaft ausgedehnt werde. Wenn einmal die allgemeine Atmosphäre der Verständigungsbereitschaft günstig war, so bestimmt in diesem Moment.

Ein Wort über das Problem der Rationalisierung. Es geht nicht an, dass wir uns auf das Mittelalter zurückziehen, dass wir jeden Fortschritt verfluchen. Ich möchte ein schönes Beispiel erwähnen, das, ich glaube gestern, in der „Neuen Zürcher Zeitung" gestanden hat: Die Erfindung der Baumwollpflückmaschine, die von den zwei Brüdern Rust — das ist ein schweizerisches, ein Zuger-Geschlecht — erfunden wurde. Diese Brüder haben sich bereit erklärt, den ganzen Nutzen der Erfindung zur Verfügung zu stellen, um die arbeitslos gewordenen Baumwollpflücker umzuschulen. Sie begnügen sich damit, ein Salär zu beziehen. Dieser Geist, den auch ich predige, wird kommen. Dieser Geist, nicht die dirigierte Wirtschaft, löst dann das liberale System ab. Wenn wir das nicht fertig bringen, können wir überhaupt einpacken vor der stärkeren Theorie und der stärkeren Praxis der dirigierten Staaten. Ich habe übrigens schon vor 4 Jahren einen ähnlichen Versuch gemacht, indem ich in einer Kartonnageabteilung eine grosse modernste Maschine zur Herstellung von Verpackungen habe aufstellen lassen. Zwei Drittel der Leute, die ich dort beschäftige, sind ganz alte, kaum mehr arbeitsfähige Frauen und Männer, oder solche, die körperliche Defekte aufweisen. Diese rationelle Maschine gestattet mir, den Betrieb trotzdem noch einigermassen selbsttragend zu gestalten. So müssen wir die moderne Maschine ausnützen, und das Label ist wiederum der Weg, das in die Praxis umzusetzen. Die öffentliche Meinung soll überall wachen. In der Oeffentlichkeit soll derjenige gekennzeichnet werden, der sich gegen die Allgemeinheit in wirtschaftlicher Beziehung vergeht. Anderseits soll der Mann gerühmt werden, der tatsächlich etwas fertig bringt, das eine Lösung darstellt. Das ist der Weg und der Sinn meines Antrages.

Ich möchte die Herren Gewerbeführer darauf aufmerksam machen, welche Verantwortung die Ablehnung eines solchen Antrages mit sich bringt. Das bedeutet gar nichts anderes — das möchte ich auch dem Herrn Vorsteher des Volkswirtschafts-

departementes sagen — als dass man durch die Ausgleichsteuer die Grossbetriebe in die Unmöglichkeit versetzt, eine soziale Lohnpolitik und eine soziale Preispolitik zu betreiben, weil sie unter grossen Lasten nur noch dafür sorgen müssen, dass sie sich selbst durchbringen. Können das die Gewerbeführer verantworten?

Amerika hat auch ähnliche Massnahmen getroffen, aber in vollständig anderem Sinne. Der Abgeordnete Pitman hat im Kongress erklärt, dass das dortige Gesetz dazu vorgesehen sei, um die Filialgeschäfte in der heutigen Form zu verunmöglichen. Das ist wenigstens ehrlich gewesen. Er sagte, die Vorlage bezwecke, dass die Filialgeschäfte sich in kleine Privatunternehmen auflösen müssten. Das ist grundsätzliche Politik, ganz im Sinne unseres seinerzeitigen Antrages zu Art. 31, wo wir verlangten, dass der Staat die Pflicht habe, jedem Einzelnen Raum im Wirtschaftsgebiet zu garantieren. Das ist damals abgelehnt worden. Man lehnt also immer das Grundsätzliche ab und greift zu Mitteln, deren Unwirksamkeit selbst von den Initianten zugegeben wird. Nachher überlässt man den Mittelstand seinem Schicksal. Dieser Mittelstand wird sich einmal rächen, und zwar auf andere Weise, als Sie es erwarten. Er hat Protestversammlungen abgehalten und Resolutionen gefasst und er wird das auch weiterhin tun, eventuell auch ohne seine Führer tun.

Unser Vorschlag ist praktisch durchführbar. Die Vorlage sieht eine Belastung der Warenhäuser usw. von 3 % vor. Das ist jedenfalls die Hauptkategorie. Wenn Sie diese Belastung herabsetzen auf 1½ %, dann tritt eine starke Entlastung für diese Betriebe ein. Es wäre denkbar, dass man dann die Dauer der Steuer ausdehnt und so doch die Summe herausbringt, die Sie sich ziemlich willkürlich vorgenommen haben. Der Geschäftsmann rechnet aber nur mit denjenigen Spesen, die er effektiv auslegen muss, also in diesem Fall mit 1½ %. So wäre es denkbar, dass er sich entschliesst, sich einer Organisation der Zusammenarbeit anzuschliessen, wenn er eben 1½ % weniger bezahlen muss.

Aehnlich liegt die Sache bei den Einheitpreisgeschäften, die 5 % und bei den Konsumgenossenschaften, die allerdings nur einen Bruchteil von 1 % bezahlen müssen. Es scheint mir also durchführbar und das ist das Wesentliche. Das Opfer, das der Staat bringen würde, wäre eine Verteilung der Leistung auf eine längere Zeit.

Ich bin auch ganz überzeugt, dass ich schliesslich nicht allzusehr Optimist sein darf; denn schliesslich will mein Zusatz nur die Möglichkeit schaffen, diesen Weg zu beschreiten. Damit ist noch nicht gesagt, dass man diesen Weg beschreiten wird. Ich habe keinen Grund, Optimist zu sein, weil das, was ich Ihnen vorgeschlagen habe, an offizieller Stelle noch nicht gutgeheissen worden ist. Aber ich bitte Sie, lassen Sie den Weg offen zu einer Zusammenarbeit. Dann will ich meinerseits gerne bis zum letzten leisten an ein Werk, wenn es ein gutes Ende nehmen kann.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte Ihnen im Namen der Kommission beantragen, die beiden Anträge (Ergänzung Huber) abzulehnen. Diese Ergänzung hat auch der Kommission vorgelegen und ist dort mit Mehrheit verworfen worden.

Die beiden Ergänzungen beziehen sich auf folgende zwei Punkte: Herr Huber schlägt vor, dass insbesondere auch berücksichtigt werden sollen die Sozialleistungen des Steuerpflichtigen. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt sieht vor, dass ebenfalls berücksichtigt werden solle der auf eine beschäftigte Person entfallende Detailumsatz.

Zum ersten Punkt betreffend die Sozialleistungen. Es wäre sicher sehr sympathisch, wenn die Aufwendungen dieser Grossunternehmungen des Detailhandels in bezug auf die Sozialleistungen in dieser Steuernovelle berücksi htigt werden könnten. Aber Sie werden selber zugeben, wie schwer das sein muss, wenn man das in einigermassen einwandfreier Weise tun soll. Was soll man machen? Soll man Abzüge machen am Umsatz? Ich erinnere daran, dass diese Steuer keine Steuer auf dem Reinertrag, auf dem Gewinne ist, sondern eine Steuer auf dem Umsatz. Sie müssten unter Umständen sehr grosse Abzüge machen, oder es müssten sehr grosse Sozialleistungen sein, wenn der Abzug am Umsatz eine einigermassen nennenswerte Wirkung auf die Steuer ausüben sollte.

Aber es ist nicht das allein. Es ist der Versuch, dieses Problem hier lösen zu wollen auf Grund eines Spezialgesetzes. Herr Huber hat zwar gesagt: „Der Vorschlag der Kommission und des Bundesrates bringt eine starre und formelhafte Lösung." Ja, der Vorschlag des Herrn Huber bringt vielleicht keine starre, sicher aber auch eine formelhafte Lösung. Es ist eine Formulierung, die an Präzision ausserordentlich viel zu wünschen übrig lässt. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen: Wenn man eventuell bei der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen findet, es sei in dieser Beziehung eine Erleichterung einzubauen, dann würde das auch nicht verhindert, wenn Sie den Antrag Huber ablehnen. Ich erinnere Sie an die vielen kantonalen und eidgenössischen Steuergesetze, die auf Grund eines Verfassungsartikels bestehen oder bestanden, wo vielleicht einzelne Erleichterungen im Verfassungsartikel erwähnt waren, im Gesetz aber noch weitere Erleichterungen für andere Kategorien von Steuerpflichtigen aufgeführt worden sind. Es hindert also in keiner Weise, dass in den Ausführungsbestimmungen — auch beim Streichen des Antrages Huber — eventuell für eine ganz bestimmt formulierte, absehbare und übersehbare Sozialleistung eine gewisse Erleichterung eintreten kann.

Der zweite Punkt ist womöglich noch schwerer zu erfüllen. Herr Huber stellt ab auf den auf eine beschäftigte Person entfallenden Detailumsatz. Wir werden mit dieser Verfassungsbestimmung und den folgenden Ausführungsbestimmungen unzweifelhaft die Grossunternehmungen zu einer gewissen Rationalisierung veranlassen. Ich glaube, das ist nicht zu bestreiten. Jetzt kommen Sie aber und wollen diese Rationalisierung wieder unter Strafe stellen, indem Sie Erleichterungen abhängig machen von dem auf eine beschäftigte Person entfallenden Detailumsatz. Das würde schliesslich noch ein Massstab sein, wenn es sich um gleichartige Unternehmungen handelte. Aber wenn Sie so ungleichartige Unternehmungen in dieser Verfassungsbestimmung

vereinigt haben, wie Konsumvereine, Epageschäfte, Warenhäuser und die übrigen Detailhandelsgeschäfte, so wird es ganz unmöglich sein, irgend einen Masstab zu finden, um erklären zu können: Das ist nun der richtige Umsatz, der auf eine Person entfällt. Herr Huber hat selber darauf hingewiesen, welche Unterschiede in den verschiedenen Grossgeschäften in der Beziehung vorhanden seien. Das hängt eben nicht nur von der Rationalisierung des Geschäftes, sondern auch von der Art des Geschäftes ab. Ich kann mir sehr leicht vorstellen, es wird auch so sein, dass normalerweise der Umsatz, der auf eine beschäftigte Person im Warenhaus entfällt, ein anderer ist als der Umsatz, der z. B. in einem Konsumverein auf die beschäftigte Person fällt. Das ist also kein Masstab, nach welchem wir die Steuer abstufen können.

Nun der Antrag von Herrn Nationalrat Duttweiler: Er ist in der Kommission nicht behandelt worden. Ich kann ihn also nicht für die Kommission ablehnen, möchte Sie aber persönlich bitten, ihm keine Folge zu geben. Herr Nationalrat Duttweiler formuliert noch viel weniger bestimmt. Er sagt, es sollen berücksichtigt werden „die Leistungen bei der Mitarbeit zur Lösung allgemeiner Wirtschaftsprobleme". Gewiss, Herr Nationalrat Duttweiler hat gewisse Beispiele gebracht und gesagt, da und dort wäre es sehr wünschbar, wenn die Grossunternehmungen mithelfen würden und wenn ihnen dafür eine gewisse Erleichterung geschaffen würde. Es ist möglich, dass man einmal etwas Bestimmtes findet und dann ein solcher Masstab angewendet werden kann. Aber die Formulierung „zur Lösung allgemeiner Wirtschaftsprobleme" kann in einem Steuergesetz nicht gebraucht werden. Ich weiss nicht, was die kantonalen Finanzdirektoren damit anfangen könnten. Mir geht in der Beziehung die Phantasie ab

Ich glaube deshalb, es ist das Richtige, wenn Sie den Verfassungsartikel nicht mit solchen Sonderbestimmungen belasten. Wenn dann bei den Ausführungsbestimmungen das eine oder andere Moment berücksichtigt werden kann auf Grund ganz konkreter Formulierungen, lässt sich darüber reden, aber jedenfalls nicht über diese sehr allgemeine Formulierung. Ich möchte Ihnen deshalb beantragen, diese Ergänzungen abzulehnen.

Bundesrat **Obrecht:** Der erste Teil des ersten Satzes lautet: „Die Steuer ist progressiv". Herr Nationalrat Wüthrich hat in der allgemeinen Debatte die Frage aufgeworfen, wie man sich diese Progression vorstelle. Ich hatte dort nicht Gelegenheit, ihm zu antworten und möchte das jetzt nachholen. Ich habe Ihnen in Aussicht gestellt, dass die Ausgleichssteuer, so wie sie die Kommission in Vorschlag bringt, im Jahre 13—14 Millionen abwerfen werde. Ich kann Ihnen ergänzend sagen, auf welcher Progressionsbasis wir gerechnet haben. Absolut verbindlich ist diese allerdings für die Ausführungsbestimmungen nicht, denn diese sollen ja durch die Bundesversammlung erlassen werden; infolgedessen darf ich Sie durch verbindliche Erklärungen in Ihren Rechten nicht verkürzen.

Wir haben die Progression stufenweise aufgebaut. Ich kann das vielleicht am besten veranschaulichen, wenn ich das Beispiel der Epahäuser heraus nehme. Da beginnt die Steuer mit einem Promille und geht hinauf bis auf 5 %. Die 5 % greifen bei einem Umsatz von 10 Millionen oder mehr Platz. Bei 5 Millionen Umsatz ist der Satz die Hälfte von 5, also 2,5 %. Bei einer Million ist der Satz 0,5 %, also der zehnte Teil von 5 %. Sie sehen, die Progression steigt von Stufe zu Stufe gleichmässig an. Die Stufen umfassen je 200 000 Franken Umsatz. Bei den Genossenschaften sind natürlich die Stufen im Steuersatz viel kleiner, weil die Steuer sich nur von 1 Promille auf 1 % im Maximum erhöht. Sie geht nur vom Einfachen zum Zehnachen, bei den Epageschäften vom Einfachen zum Fünfzigfachen. Bei den Selbsthilfegenossenschaften betragen die Steuersätze bis zu 1,2 Millionen Umsatz gleichmässig ein Promille. Bei 2 Millionen Umsatz ist der Steuersatz für die Genossenschaften 2 Promille, bei 5 Millionen Umsatz 5 Promille, und wiederum bei 10 Millionen tritt das Maximum von 1 % ein.

Herr Nationalrat Wüthrich hat die Frage gestellt, wie man dazu kam, das Maximum ausgerechnet bei 10 Millionen platzgreifen zu lassen. Das ist eine reine Ermessensfrage. Irgendwo müssen wir die Progression sich voll auswirken lassen. Wir haben gefunden, ein Geschäft mit 10 Millionen Umsatz habe eine derartige Grösse, dass man unbedenklich mit dem Maximalsatz eingreifen dürfe.

Es ist Kritik geübt worden, dass die Progression sehr stark ansteige, bei den Epa-Geschäften von 1 Promille bis 5 %. Das geht bis zum Fünfzigfachen. Der Bundesrat hatte anfänglich das Minimum mit 2 Promille vorgeschlagen. Wäre man bei diesen zwei Promille geblieben, ginge die Steigerung bis zum 25fachen. Das wäre schon nicht mehr so abwegig, denn unsere Krisenabgabe, die wir seit einigen Jahren und gegenwärtig noch erheben, entwickelt die Progression auf Vermögen und Einkommen auch bis zum 25fachen. Wir wären mit dieser indirekten Steuer in guter Gesellschaft geblieben.

Es ist mir angedeutet worden, es sei beabsichtigt, einen Antrag einzubringen — ich habe ihn noch nicht gesehen — das Niveau für den Beginn der Steuerpflicht wieder von 200 000 auf 250 000 Franken Umsatz heraufzusetzen. Wenn ein solcher Antrag käme, müsste ich den Gegenantrag stellen, dass man den Minimalsatz wieder auf 2 Promille festsetze; dann hätten wir die Progression bis zum 25fachen. Sie wäre weniger anfechtbar. Das mit Bezug auf die Progression.

Was die Fassung hier anbelangt, so genügt es meines Erachtens vollauf, wenn Sie den Satz so annehmen, wie Bundesrat und Kommission ihn jetzt vorschlagen. „Die Steuer ist progressiv und bemisst sich nach dem jährlichen Detailhandels-Umsatz unter Berücksichtigung der Geschäftsart." Es darf also die Geschäftsart berücksichtigt werden. Das ist die Art, wie das Geschäft betrieben wird. Es haben darunter soziale Rücksichten, Rationalisierungsrücksichten Platz, schliesslich auch prinzipiell die Momente, von denen Herr Nationalrat Duttweiler gesprochen hat. Was wollen wir in einem Verfassungstext mit dieser Umständlichkeit und mangelhaften Präzisierungen alle Einzelheiten aufführen, wenn die einfachere Fassung genügt, um in den Ausführungsbestimmungen in-

soweit, als man es bei näheren Studium als vernünftig und tragbar erachtet, den einzelnen Rücksichten Rechnung tragen zu können. Ich brauche Ihnen nur zu lesen, wie der Satz herauskäme, wenn Sie die Anträge der Minderheit und des Herrn Nationalrat Duttweiler annehmen würden. Dieser ,,schöne" verfassungsrechtliche Satz würde lauten: ,,Die Steuer ist progressiv und bemisst sich nach dem jährlichen Detailhandelsumsatz unter Berücksichtigung der Geschäftsart und der Arbeitsverhältnisse, insbesondere der Sozialleistungen der Steuerpflichtigen und der Höhe des auf eine beschäftigte Person entfallenden Detailumsatzes, sowie seiner Leistungen bei der Mitarbeit zur Lösung allgemeiner Wirtschaftsprobleme." Das ist wahrhaftig keine Verfassungssprache mehr. Beschränken wir uns auf die knappe Fassung, die die Kommission Ihnen vorschlägt. Der Zusatz: ,,unter Berücksichtigung der Geschäftsart" stammt übrigens von mir. Ich wollte eine Türe aufmachen, um berechtigten, tragbaren und auch steuertechnisch durchführbaren Rücksichten Rechnung tragen zu können. Mit dieser Berücksichtigung der Geschäftsart ist allem die Türe geöffnet. Weiter brauchen Sie nicht zu gehen, das Uebrige soll Sache der Ausführungsbestimmungen sein.

Duttweiler: Es besteht ein gewisser Widerspruch zwischen den Ausführungen des Herrn Kommissionspräsidenten und des Herrn Bundesrat Obrecht. Während der Herr Kommissionspräsident erklärte, dass sich solche Unterschiede gar nicht machen liessen, sagt der Bundesrat, dass sich das wohl machen lasse, weil eine gewisse Differenzierung nach Geschäftsart vorgesehen sei. Was ich mit meinem Zusatzantrag anstrebte, war nur, die Möglichkeit zu schaffen, im Verfassungsartikel weiterzugehen, und die Ausführungsbestimmungen — für diese ist dann der Rat wieder da — sollen dann die Grenzen dafür festlegen. Das scheint ganz klar zu sein. Ferner glaube ich kaum, dass nach der Fassung, wie sie vorgeschlagen ist, die Möglichkeit besteht, die Steuer, wie ich beantrage, von 3 z. B. auf 1½ % zu reduzieren, unter Ausdehnung der Dauer. Das ist aber wichtig. Sie müssen so grosse Erleichterungen schaffen, dass der Betrieb Rücksichten auf die übrige Wirtschaft nehmen kann. Da liegt der Hase im Pfeffer. Ich bedaure, dass man mit einer Begründung, die von Herrn Bundesrat Obrecht selbst widerlegt worden ist, Ablehnung beantragt und so jede Türe vermacht, um in Zukunft eine Zusammenarbeit zustande zu bringen. Ich hoffe, dass gerade die Gewerbevertreter dafür einstehen werden, dass nicht nur der Fiskus eine bestimmte Summe bekommt, sondern dass auch das Gewerbe — es ist nicht der Kleinhandel — nicht allzu sehr gedrückt wird.

Abstimmung. — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:

Für den Zusatzantrag Duttweiler	58 Stimmen
Dagegen	86 Stimmen

Definitiv — Définitivement:

Für den Antrag der Minderheit	66 Stimmen
Dagegen	78 Stimmen

M. le **Président:** Permettez-moi une observation: Il nous a fallu une heure pour liquider une seule proposition. Or, il y a 16 autres propositions déjà déposées sur le bureau. Si nous continuons à cette allure, il ne faudra pas moins de 16 heures, c'est-à-dire 4 jours pour terminer cette loi. Dans ce cas, il ne serait pas possible de faire passer les interpellations mercredi et de clore la session jeudi. Je demande donc instamment aux orateurs d'être extrêmement brefs.

Nous en sommes maintenant à l'alinéa 3, 2ème phrase. Nous sommes en présence de deux propositions: une de la minorité, une de M. Schwar.

Grimm, Berichterstatter der Minderheit: Die Minderheit stellt eigentlich zwei Anträge, die in einem und demselben Satz vereinigt sind. Die Kommissionsvorlage sieht vor, dass die Ausführungsbestimmungen enthalten werden, dass der Umsatz in einzelnen Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, bei der Umsatzberechnung ausser Betracht fällt. Die Formulierung ist eine allgemeine. Sie erklärt nicht, welche Warengattungen bei der Umsatzberechnung durch die Ausführungsbestimmungen übernommen werden sollen. Die Formulierung, wie sie die Mehrheit der Kommission vorschlägt, geht auf eine Diskussion in der Kommission zurück, in der wir darauf aufmerksam gemacht haben, dass eine Reihe von Konsumgenossenschaften Artikel vertreiben, die von diesen Verfassungsbestimmungen überhaupt steuerlich nicht getroffen werden wollen. Man ist so weit entgegengekommen, als man allgemein die Ermächtigung aussprechen will, dass bei den Ausführungsvorschriften bestimmte Warengattungen für die Umsatzberechnung nicht in Betracht fallen. Aber diese allgemeine Umschreibung genügt u. E. nicht. Wenn wir wissen, wie die Stimmung in der Genossenschaftsbewegung ist, nachdem alle Anträge auf eine Steuerbefreiung abgelehnt worden sind, trotzdem der Bundesrat ursprünglich den gleichen Standpunkt eingenommen hat wie sie, ist es klar, dass die geläufigen Warengattungen, wie Milch, Milchprodukte, feste Brennstoffe usw., die überhaupt der Besteuerung auch bei andern Geschäften nicht unterliegen, ausdrücklich ausgenommen werden. Wir legen Wert darauf, dass hier die Präzisierung erfolgt. Wir müssen Sie in diesem Teile des Antrages bitten, die Einsicht walten zu lassen, die von Ihnen keine materiellen Opfer erheischt und die nach dieser Richtung eine gewisse Klarheit bringt und Beruhigung schafft.

Der zweite Teil des Antrages geht dahin, dass Geschäfte, deren Produktionsfreiheit durch handelspolitische Massnahmen oder Preisvorschriften des Bundes eingeschränkt ist, steuerfrei bleiben sollen. Was will das heissen? Das will heissen, dass wir heute unter dem gegenwärtigen Wirtschaftsregime, das uns durch die ausländischen Verhältnisse aufgezwungen worden ist, von Bundes wegen einschränkende Massnahmen erlassen müssen, handelspolitische Massnahmen, durch die die Importe nach Herkunftsländern bestimmt werden, handelspolitische Massnahmen, die unter Umständen so weit gehen können wie auf dem Gebiete der Vieheinfuhr, dass die Einfuhr von Schlachtvieh überhaupt gesperrt wird. Wenn nun der Bund auf der einen Seite

wünscht, dass er bestimmte Mehreinnahmen zur Deckung der Arbeitsbeschaffungskredite erhält, auf der andern Seite handelspolitische Massnahmen ergreift, die es den einzelnen Unternehmungen direkt verunmöglichen, dass sie überhaupt noch eine Rendite abwerfen können, dass sie unter Umständen vor die Frage der Liquidation gestellt werden können, wenn der Bund diese Praxis verfolgt, dann darf er die Sache nicht so weit treiben, dass er unbekümmert um seine Massnahmen handelspolitischer Art oder auch Massnahmen in bezug auf die Bindung der Preise gleichwohl voraussetzt, dass die betreffenden Unternehmungen in der Lage sein sollen, ihre Ausgleichsteuer zu bezahlen. Wir betrachten das als unrichtig und als Unrecht diesen Unternehmungen gegenüber, und deswegen haben wir diese Formulierung gewählt. Es handelt sich also um Unternehmungen, die durch handelspolitische Einschränkungen des Bundesrates im Auslande nicht mehr frei einkaufen können, wie das bisher der Fall gewesen ist. Es handelt sich um Unternehmungen, die durch irgendwelche Preisvorschriften gebunden werden. Wir reden hier von „Einschränkungen in der Produktion". Ich habe einen ganz bestimmten Fall im Auge, wo von den handelspolitischen Einschränkungen her eine Einschränkung in der Produktionsfreiheit der betreffenden Unternehmung eintritt und wo unter Umständen es gar nicht denkbar ist, dass die Ausgleichsteuer in diesem konkreten Falle etwas abträgt, weil die betreffende Unternehmung gar nicht mehr in der Lage ist, ihren Betrieb so fortführen zu können, wie das bisher der Fall gewesen ist.

Ich möchte Sie deshalb bitten, den beiden Anträgen der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

M. **Schwar:** J'ai eu l'honneur de déposer un amendement à la proposition de la minorité, amendement tendant à inclure également dans le texte les produits agricoles. Permettez-moi d'exposer très rapidement mon point de vue à l'appui de cette proposition. Je ne saurais l'illustrer mieux qu'en vous signalant la situation qui existe, par exemple, sur la place de Genève.

Dans cette ville, il y a deux coopératives: une coopérative de producteurs, les Laiteries Réunies, et une coopérative de consommation. Pendant de longues années, ces deux sociétés ont été en lutte et se sont fait une concurrence acharnée. Puis, elles ont enfin compris qu'il n'était de l'intérêt ni du producteur, ni du consommateur et moins encore de l'intérêt du commerce de détail, de se livrer à une pareille concurrence; elles ont pris le parti d'unir leurs efforts pour réaliser une société nouvelle qui porte le nom: Union laitière S. A. Genève. Cette création a mis le point final à la concurrence qui avait divisé si longtemps les deux coopératives, elle a scellé l'entente entre le producteur et le consommateur. J'ajoute que ce premier essai a été un succès magnifique. Aussi serait-ce une grave erreur que de l'anéantir par une fiscalité hors de proportion.

Or, le cas que je cite est typique: l'Union Laitière S.A. a réalisé, l'an dernier, un chiffre d'affaires de 10 millions. A supposer qu'elle doive verser, au titre de l'impôt, 1 %, cela représenterait une charge de 100 000 frs. Cette nouvelle société, née de l'union de deux coopératives, mais qui a la forme d'une société anonyme parce qu'on ne pouvait pas lui donner celle d'une coopérative, n'a réalisé, l'an passé, que 50 000 frs de bénéfice net. Autrement dit, vous allez donc l'obliger ou bien à relever ses prix sur des articles qui sont en grande partie des produits agricoles, ou bien la contraindre à la liquidation. Encore une fois, je crois que ce serait une grave erreur que d'adopter des dispositions dont la conséquence serait d'anéantir cet essai magnifique et fécond qui vient d'être entrepris sur la place de Genève où, vous ne l'ignorez pas, les producteurs, les consommateurs et les commerçants, ont à lutter contre la désastreuse concurrence des zones, — autre question qui n'est pas encore résolue.

Au surplus, je ne crois pas que l'on doive redouter un précédent quelconque. Le fait est prévu dans le message du Conseil fédéral où il est dit: « Dans l'ordonnance d'exécution, nous circonscrirons les entreprises assujetties et nous définirons les coopératives d'entr'aide, de façon à empêcher le camouflage d'entreprises qui chercheraient à se soustraire à l'impôt. »

Le Conseil fédéral a donc en main tout ce qu'il faut pour éviter que l'on abuse de la situation. Il n'y a pas, je crois, que les coopératives d'entr'aide qui font le commerce de produits agricoles. Serait-il logique et normal, je vous le demande, d'imposer une entreprise qui se livre au commerce des œufs, produit qui, vous le savez, est soutenu par la Confédération? Serait-il logique d'imposer un commerce qui vend des pommes de terre, denrée qui, nous le savons aussi, touche au domaine de la régie des alcools et qui est également soutenue?

J'estime donc qu'il convient d'éviter par tous les moyens possibles d'introduire une clause à la faveur de laquelle pourraient être imposées des entreprises et des coopératives qui font le commerce des produits agricoles. Si j'obtenais de la part de M. le chef du Département fédéral de l'économie publique une garantie à cet égard, je serais disposé à retirer mon amendement. En revanche, si une telle garantie ne m'est pas donnée, alors j'estime nécessaire que le Parlement se prononce et prenne une décision.

Bundesrat **Obrecht:** Im ersten Teil gehen wir materiell eigentlich nicht auseinander, die Kommissionsminderheit und der Bundesrat. Wir sind einverstanden, dass man den Satz aufnimmt: „Die Ausführungsbestimmungen werden vorsehen, dass der Umsatz in einzelnen Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, bei der Umsatzberechnung ausser Betracht fällt". Das ist ein Grundsatz, wie er in die Verfassung hineingehört. Wir finden, es sei auch hier besser, man beschränke sich auf den Grundsatz, als dass man anfängt, Details aufzuführen. Die Minderheit spricht bereits von Milch und Milchprodukten. Sie spricht von festen Brennstoffen, sie spricht aber auch von „dergleichen". Was unter „dergleichen" alles verstanden werden soll, weiss man nicht. Das ist keine glückliche Redaktion. Wenn Sie diese Verfassungsbestimmung vor dem Volke vertreten müssen und man Sie fragen wird, was man unter „dergleichen" verstanden hat, werden Sie ganz bestimmt in Verlegenheit kommen.

Ich sage Ihnen verbindlich: Wenn Sie diese Bestimmung annehmen, wie sie die Kommission und der Bundesrat vorschlagen, so werden wir unter allen Umständen beantragen, dass Milch und Milchprodukte grundsätzlich von der Ausgleichsteuer auszunehmen sind. Wahrscheinlich — das gehört nun in die Kategorie der Wahrscheinlichkeit — wird das auch der Fall sein mit Bezug auf die Brennstoffe. Aber diese Frage ist noch nicht völlig abgeklärt. Auch da, wo der Sprechende heute bereits entschlossen ist, Anträge auf Nichtbesteuerung zu stellen, kann ich natürlich keine Garantien geben, wie Herr Schwar es wünscht; denn das letzte Wort liegt nicht bei mir, sondern bei Ihnen. Sie als Bundesversammlung werden die Ausführungsbestimmungen aufstellen, und wenn ich hier sage, ich werde Milch und Milchprodukte ausnehmen lassen, so muss sich das beziehen auf mein Antragsrecht. Ich werde dem Bundesrat diesen Antrag stellen und bin sicher, dass er ihn gutheissen wird. Eine Gefahr besteht nicht, dass er vom Nationalrat desavouiert werden könnte.

In bezug auf die Brennstoffe verhält es sich so, dass ich heute nicht bestimmte Erklärungen abgeben kann, weil mir diese Frage noch ungenügend abgeklärt erscheint. Wir müssen bei allen diesen Ausnahmen die Konsequenzen überlegen. Weil ja doch das letzte Wort bei Ihnen liegt, brauchen Sie diese Details nicht heute zu entscheiden; Sie können sie entscheiden, wenn die Ausführungsbestimmungen behandelt werden. Sie haben es in der Hand, und nicht wir. Infolgedessen kann Herr Schwar ganz gut seinen Antrag verschieben, bis die Ausführungsbestimmungen Gegenstand unserer Beratungen sein werden.

Ganz unannehmbar ist der zweite Teil des Minderheitsantrages, wo gesagt wird, dass Geschäfte steuerfrei bleiben müssen, deren Produktionsfreiheit durch handelspolitische Massnahmen oder Preisvorschriften des Bundes eingeschränkt sind. Das könnte heissen, dass alle die Waren, die unter Einfuhrbeschränkung stehen oder die Geschäfte, die sich vorwiegend mit solchen Waren befassen, von der Steuer ausgenommen bleiben. Wenn ich Sie daran erinnere, dass von etwa 1200 Einfuhrzollpositionen immer noch über 400 unter dem Regime der Einfuhrbeschränkung stehen, so werden Sie sofort im klaren darüber sein, dass dieser Minderheitsantrag ausserordentlich weit geht, viel weiter, als sich wohl Herr Nationalrat Grimm selber vorstellt. Ich habe aus seinem Votum einen Unterton herausgehört, der mir sagt, was er eigentlich im Auge hat. Er steht dem Schweizerischen Konsumverein nahe. Diesem wiederum steht die Firma Bell nahe; beide sind miteinander verwandt. Die Firma Bell ist nun ein spezieller Fall. Diese Grosschlächterei kann in der Tat die Vorteile einer Grossunternehmung unter dem Regime der Einfuhrbeschränkungen nicht zur Geltung bringen, weil sie eben der Einfuhrbeschränkung unterliegt und weil die Situation heute so ist, dass wir genug Schlachtvieh im eigenen Land haben und infolgedessen keiner zusätzlichen Einfuhr an Schlachtvieh bedürfen. Diese Grossunternehmung könnte sich besser betten, wenn sie im Einkauf vom Auslande her frei wäre. Das ist aber ein so exzeptioneller Fall, dass wir deswegen nicht ein so weitgehendes Ausnahmeprinzip in den Verfassungstext aufnehmen dürfen. Ich gebe Herrn Nationalrat Grimm die Versicherung, dass wir den Fall Bell speziell behandeln werden. Wir sind bereits daran, durch Beauftragte des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit die Verhältnisse zu untersuchen, die bei der Firma Bell vorhanden sind. Schon das gibt Ihnen Garantie dafür, dass es uns daran liegt, diesen Spezialfall auch besonders zu behandeln. Wir haben nach dem vorhin angenommenen Satz die Berechtigung, auf die Geschäftsart, die Sonderlage eines Geschäftes Rücksicht zu nehmen. Es ist unsere Absicht, das zu tun; darum besteht keine Veranlassung, ein Prinzip aufzunehmen, das die Konsequenzen hätte, wie ich sie angedeutet habe. Es entstünde ein Loch in unserem ganzen Dekkungsplan. Unsere Berechnungen würden über den Haufen geworfen. Ich beantrage deshalb Ablehnung des Minderheitsantrages.

M. **Schwar:** Je ne voudrais pas compliquer la tâche du président, mais je me demande si l'on ne pourrait pas voter cet alinéa en deux fois. En effet, M. le conseiller fédéral Obrecht n'a pas fait une opposition formelle à la première partie de ma proposition, mais seulement à la seconde. On pourrait donc voter jusqu'aux mots: «... ne sera pas prise en considération».

Ensuite, nous pourrions nous prononcer sur la seconde phrase.

De cette façon, la première partie n'étant pas combattue formellement par le Conseil fédéral, pourrait être admise.

M. le **Président:** Nous voterons comme suit: En votation éventuelle, vous vous prononcerez sur l'adjonction proposée par M. Schwar et, en votation définitive, entre la proposition de la majorité et celle de la minorité.

Abstimmung. — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:

Für den Zusatzantrag Schwar	63 Stimmen
Dagegen	49 Stimmen

Definitiv — Définitivement:

Für den amendierten Antrag der Minderheit	66 Stimmen
Dagegen	64 Stimmen

M. le **Président:** A l'alinéa 4, je suppose que la minorité est d'accord d'englober dans ses propositions, la proposition Schwar.

Huber, Berichterstatter der Minderheit: Wir kommen nun zu dem Antrag, der vielleicht für die Haltung der Genossenschaften entscheidend ist. Der Herr Präsident hat sich zwar darüber beklagt, dass wir zuviel Zeit verwenden auf Abänderungsanträge. Aber diese Abänderungsanträge bestimmen möglicherweise das Schicksal der ganzen Vorlage. Sie wissen aus der Presse und aus unseren Verhandlungen, dass der Aufsichtsrat des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine einstimmig den Beschluss gefasst hat, der Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine die Verwerfung der Vorlage vorzuschlagen, wenn die An-

träge so angenommen werden, wie sie von der Kommission formuliert worden sind. Ich will Ihnen in aller Loyalität offen gestehen, dass ein Teil der Mitglieder des Aufsichtsrates des Verbandes schweizerischer Konsumvereine erklärt hat, dass, wenn diesem Antrag, den zu begründen ich jetzt die Ehre habe, zugestimmt, d. h. das Maximum der Belastung der Selbsthilfegenossenschaften auf 5 Promille angesetzt werde, statt auf 1 % nach Vorschlag der Kommission, dann ein Verwerfungsantrag der Delegiertenversammlung nicht zu stellen sei. Es ist darüber im Aufsichtsrat nicht abgestimmt worden. Aber die einstimmige Haltung des Aufsichtsrates, die ich Ihnen vorhin geschildert habe, wäre nicht vorhanden für eine Verwerfung, sofern meinem Antrag zugestimmt wird.

Für manche scheint es nicht untragbar, wenn man den Genossenschaften maximal 1 % als Umsatzsteuer auferlegt. Aber ich habe bereits darauf hingewiesen, dass gerade diejenigen Vereine, die hier betroffen werden, nämlich die ganz grossen Vereine, mit ausserordentlich starken sozialen Lasten zu rechnen haben. Der grösste Verein, der Allgemeine Consumverein beider Basel, müsste bei Annahme der Anträge der Kommissionsmehrheit mit einer jährlichen Belastung von Hunderttausenden von Franken rechnen, vielleicht mit einer halben Million oder noch mehr. Es ist ganz ausgeschlossen, dass der Allgemeine Consumverein beider Basel, selbst wenn der Verband Schweizerischer Konsumvereine sich passiv verhalten sollte, eine derart schwere Belastung auf sich nehmen könnte. Es wird auch im Lebensmittelverein Zürich ausserordentlich schwer halten, eine passive Haltung durchzusetzen, und erst recht wird das in Genf schwer halten. Die welschen Genossenschafter haben in den Konferenzen der Kreise I und II mit aller Entschiedenheit vom Verband Schweizerischer Konsumvereine gefordert, dass er den Kampf gegen die Vorlage jetzt schon aufnehme. Der Verband Schweizerischer Konsumvereine hat das bis jetzt nicht getan, sondern er hat sich bemüht, die warnende Stimme zu erheben und Sie darauf aufmerksam zu machen, dass die Erweiterung, welche die Kommission beschlossen hat, entgegen den zweimaligen Anträgen und Warnungen des Bundesrates, die Vorlage aufs ernsteste gefährden muss.

Nun wissen wir, dass es Leute gibt, denen diese Gefährdung ganz recht ist, nicht wegen der Steuer — ich spreche jetzt von den Gegnern der Arbeitsbeschaffung und den Gegnern der Verstärkung der Landesverteidigung. Sie werden Freude haben, wenn sie durch den Verband Schweizerischer Konsumvereine eine wertvolle und wichtige Unterstützung in ihren Reihen erfahren. Aber ich hoffe, dass in Ihrem Kreise diese Leute nicht sehr zahlreich sind und dass Sie sich bewusst sind, dass es gar keinen Sinn hat, so etwas durchzwängen zu wollen und gleichzeitig, wie ich Ihnen bereits einmal gesagt habe, 500 000 genossenschaftlich organisierte Schweizerfamilien zu veranlassen, sich selber die Frage einer Bekämpfung der Vorlage zu stellen. Sie wissen, dass der Bundesrat selber vorgeschlagen hat, die Genossenschaften überhaupt nicht mit der Steuer zu belasten. Es wird in der Oeffentlichkeit oft die Meinung vertreten, dass die Genossenschaften überhaupt mit Steuern wenig belastet seien. Sie werden Aktien- und Filialunternehmungen gleichgestellt, die ihren Betrieb auf eine ganze Reihe von Kantonen verteilen und dabei in den betreffenden Kantonen fast keine Steuer bezahlen, oder so wenig, dass es in Einzelfällen vorgekommen ist, dass die betreffenden Unternehmungen selbst das Unbillige und Stossende erkannten und freiwillige Leistungen auf sich genommen haben. Derartige Verhältnisse haben wir bei den Konsumgenossenschaften nicht. Abgesehen vielleicht von den beiden Halbkantonen Baselland und Baselstadt, gibt es kaum eine Genossenschaft, die ihre Betriebe auf verschiedene Kantone erstrecken würde. Die Genossenschaften sind in den Kantonen ausserordentlich hart mit Steuern belastet. An gewissen Orten sind ihnen unsinnige Steuerlasten überbunden worden. Zu diesen Kantonen gehörte noch vor wenigen Jahren auch der Kanton St. Gallen. Die Belastung ist heute noch sehr stark, gerade deshalb, weil in weiten Kreisen einfach keine Einsicht in die fundamentale Verschiedenheit zwischen genossenschaftlichen Betrieben und Erwerbsunternehmungen der Aktiengesellschaften besteht. Darum werden die Genossenschaften steuerrechtlich auf gleichem Fuss behandelt wie die Aktiengesellschaften. Rückvergütungen an die Mitglieder für ihre Bezüge werden gleich behandelt wie kapitalistische Aktiendividenden. Bei der Konsumgenossenschaft bekommt das Mitglied nicht dafür eine Dividende, dass es vielleicht einen Anteilschein hat, sondern es erhält seine Rückvergütung nach Massgabe der Benützung der Genossenschaftsinstitutionen, also nach Massgabe dessen, was es in Form von Kaufpreisen an die Genossenschaft beigetragen hat. Weil das Mitglied nicht bloss den Selbstkostenpreis bezahlt — den kann man nicht genau berechnen —, bekommt es das, was es zuviel bezahlt hat, soweit es nicht für Abschreibungen, Schaffung eines Sozialkapitals notwendig ist, in Form der Rückvergütung zurück. Dieses Geld ist deshalb auch nicht als Dividende, sondern als Rückvergütung bezeichnet. Ich will auf die allgemeine soziale Funktion der Genossenschaften nicht weiter eintreten, aber Sie neuerdings darauf aufmerksam machen, dass diese Bestimmung schicksalsentscheidend für die Genossenschaften sein kann. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen, das Maximum der Steuerbelastung für Selbsthilfegenossenschaften und für Detailhandelsunternehmungen anderer Art auf 5 vom Tausend statt 1 vom Hundert anzusetzen.

Rusca-Chiasso: Siate persuasi, on. Colleghi, che, prendendo io la parola, non intendo prolungare la discussione, così come non intendo oppormi all'introduzione di una imposta, cosidetta di compensazione — in realtà una vera e propria tassa sul consumo — siccome destinata, come tutti sanno, ad assicurare il rafforzamento della «difesa nazionale» ed a mitigare nel contempo — mediante l'esecuzione di opere pubbliche — il disagio economico, provocato da una persistente, parziale, ma tuttavia opprimente disoccupazione.

Il mio intervento vuole avere però, ed unicamente, il significato di una cortese, per quanto esplicita protesta all'indirizzo del lodevole Consiglio federale, il quale, a distanza di pochi mesi, ha modificato sostanzialmente il suo parere nei confronti

del trattamento fiscale da imporre alle Associazioni e Cooperative di mutuo soccorso, come se si trattasse, nel caso concreto, di vere ed effettive organizzazioni capitalistiche e fonti di accertato, forte guadagno.

Il Consiglio federale stesso, a pagine 60 del suo messaggio del 7 giugno u. s. si esprime nei seguenti precisi termini:

B. «A proposito dell'imposta di compensazione possiamo oggi dire quanto segue: A quest'imposta devono essere soggetti: i grandi bazar, le grandi case di vendita, i negozi a prezzo unico, le aziende con più filiali e quelle con spacci ambulanti. Le cooperative di mutuo soccorso e le imprese analoghe del commercio al minuto (società di consumo, sociétés de consommation, Lebensmittelvereine), devono essere esentate dall'imposta. Nell'ordinanza esecutiva noi delimiteremo le aziende soggette e definiremo le cooperative di mutuo soccorso in modo da impedire che delle aziende abbiano a mascherarsi per sottrarsi all'imposta. Il privilegio delle cooperative di consumo è giustificato dal loro scopo economico. Rinunziando agli utili, esse retrocedono ai consumatori tutte le eccedenze che non restano investite nell'azienda. L'amministrazione democratica delle società di consumo, con le loro tradizionali istituzioni di previdenza per il personale, è più costosa di quella delle aziende private interamente razionalizzate.»

Come vedete, on. sig. Consiglieri, tale fu sempre il pensiero del Consiglio federale, Sembra quindi strano, ora, o comunque incomprensibile, l'avvenuto mutamento di posizione, mentre a varie riprese lo stesso on. Capo del Dipartimento dell'economia pubblica, riconosceva implicitamente il carattere particolare di tali istituzioni e la missione eminentemente economica che esse compiono in seno alla nostra popolazione, senz'alcuna pretesa o tendenza speculativa. Infatti l'eccedenza dei singoli esercizi come premesso — viene retrocessa parzialmente ai soci consumatori — in proporzione al consumo accertato di ciascuno di essi — ed in parte — per disposizione statutaria — assegnata ad opere di previdenza sociale.

Ne consegue logicamente, che, aggravando anche di un sol percento di imposta simili organizzazioni a scopo mutuo, si provoca automaticamente un sensibile rincaro di tutti i generi di prima necessità e di conseguenza, indirettamente, anche il costo di vita del singolo consumatore.

Tale situazione di fatto, gravosa nei suoi effetti, ha provocato un comprensibile e giustificato malcontento fra i numerosi cooperatori — per lo più impiegati, operai e contadini, gente quindi di modeste condizioni economiche e sociali che, per le sole cooperative di consumo — tutte neutre in materia politica — somma ad oltre 500 000. Questi modesti concittadini, pur riconoscendo la impellente necessità di contribuire nel limite delle loro forze alla difesa nazionale ed alla lotta contro la disoccupazione, sono però a loro volta decisi di combattere, con non minore energia, il presente decreto, qualora allo stesso non venissero apportate le chieste, opportune mitigazioni.

E quindi ed unicamente nell'interesse di questa grande opera di sicurezza nazionale e di pacificazione sociale, che stiamo compiendo, che io vorrei pregare insistentemente il lod. Consiglio federale a rinvenire sulla decisione presa, o meglio a non voler opporsi ad una eventuale proposta di riduzione del tasso ad un ½ per cento, dopo aver lealmente sostenuto e difeso con tanta competenza e convinzione — nel messaggio del 7 giugno u. s. — il carattere particolare di mutualità e previdenza di dette organizzazioni cooperative, riconoscimento, del resto, giusto e doveroso da parte della suprema Autorità federale, per l'azione disinteressata da esse compiuta da oltre mezzo secolo per un sistema di approvvigionamento certamente migliore, più economico e più confacente alle consuetudini democratiche del nostro paese.

Vi prego quindi, onorevoli Colleghi, di voler dare il vostro voto affermativo alla proposta di modificazione presentata dall'on. Huber per la minoranza.

Herzog: Ich kann mich zu diesem Punkt kurz fassen und will das, was Herr Kollege Huber bereits gesagt hat, nachdrücklich unterstützen. Sie haben den Antrag des Bundesrates, der die Konsumgenossenschaften, die Selbsthilfeorganisationen von der Steuer überhaupt befreien wollte, abgelehnt. Sie haben dadurch eigentlich für die Konsumgenossenschaften den Grund geschaffen, gegen das Gesetz Stellung zu nehmen. Es wird sehr schwer halten, die Leute wieder umzustimmen, wenn Sie die Genossenschaften nach Vorschlag der Kommission besteuern sollten. Sie haben jetzt Gelegenheit mitzuhelfen, den Stimmungsumschwung herbeizuführen.

Ich frage: Wer wird in den Konsumgenossenschaften überhaupt belastet? Es sind die Mitglieder. Den Mitgliedern, die aus den Ueberlegungen, wie sie Herr Kollege Huber bereits auseinandergesetzt hat, am Ende des Jahres auf die Rückvergütung Anspruch erheben, wird diese Belastung in Abzug gebracht. Sie belastet also nicht den einzelnen Verein, sondern das einzelne Mitglied des Vereins. Das war nicht die Meinung bei der Ausarbeitung des Verfassungsartikels. Deshalb hat der Bundesrat auch vorgeschlagen, die Selbsthilfegenossenschaften auszunehmen von der Besteuerung.

An einigen Beispielen will ich Ihnen zeigen, wie sich das auswirken kann. Beim Allgemeinen Consumverein beider Basel wird es sich so gestalten: Wenn Sie diese Steuer nach den Anträgen der Kommissionsmehrheit beschliessen, wird es auf das einzelne Mitglied gegen 15 Fr. pro Jahr ausmachen. Sie werden sagen, das sei nicht viel, aber hier 15 Fr., dort 10 Fr., dort wieder 20 oder 30 Fr., das summiert sich im Laufe eines Jahres. Wir haben vielleicht in den vier grösseren Konsumvereinen der Schweiz zusammen eine Durchschnittskonsumation von 1000 Fr. bis vielleicht 12 bis 1300 Fr. Wenn Sie diese Steuer beschliessen, so macht das, wie ich bereits gesagt habe, 12—15 Fr. aus. Das sollten Sie sich bei der Beschlussfassung überlegen.

Ich will Ihnen auch sagen, was das für die einzelnen Vereine für Konsequenzen hat. Beim Allgemeinen Consumverein beider Basel wird die Steuer, wenn sie so wie sie von der Kommissionsmehrheit vorgesehen ist, beschlossen wird, ungefähr 550—600 000 Fr. pro Jahr ausmachen. Für

den Konsumverein Bern wird es etwa 100 000 Fr. ausmachen, für den Lebensmittelverein Zürich etwa 225 000 Fr. und für Genf etwa 115 000 Fr. Das ist für diese 4 grösseren Genossenschaften nahezu eine Million. Ich will von den übrigen Genossenschaften, die betroffen würden und die pro Jahr über 200 000 oder 250 000 Fr. Umsatz haben, gar nicht sprechen. Sie sehen, es handelt sich um Beträge, die dann einst den Mitgliedern abgenommen werden müssen, und nicht den einzelnen Vereinen belastet werden können. Ich habe schon einmal ausgeführt, dass es unrichtig ist, dass man die Genossenschaften, die vorbildliche Arbeitsbedingungen haben, die in jeder Beziehung versuchen, dem Staate zu helfen, indem sie ihm Lasten abnehmen, weil die dort beschäftigten Personen im grossen ganzen Arbeitsbedingungen haben, die ausreichen, um das Leben zu fristen, ohne den Staat in Anspruch nehmen zu müssen, noch damit strafen will, dass ihnen solche Steuern auferlegt werden. Sie wollen das nicht. Sie wollen aber vor allem, dass das Arbeitsbeschaffungswerk gerettet wird. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen und die Steuer im Maximum auf ½% festzusetzen.

Gafner: Ich habe letzte Woche den Antrag der Vertreter der Konsumgenossenschaften bekämpft, weil es mir um das Prinzip zu tun war, weil ich meinerseits eine Privilegierung der Konsumgenossenschaften in der Steuerpflicht, wie sie früher bei andern Vorlagen auch verlangt wurde, ablehnen musste. Ich erkläre nun für meine Person, wenn der heutige Antrag der Kommissionsminderheit die Brücke zur Verständigung mit der Arbeiterschaft schlägt, dass ich dem Antrage zustimmen kann, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Detailhandelsunternehmungen anderer Art dem gleichen herabgesetzten Steueransatz unterliegen.

M. **Graber:** Je ne retiendrai votre attention que pendant une minute.

Je voudrais vous demander ce que vous pensez d'une mesure qui pourrait paralyser dans notre pays une manifestation de solidarité. Les coopératives, malgré tout, échappent aux préoccupations d'ordre matériel; elles sont essentiellement inspirées par un besoin de solidarité; c'est une manifestation effective de solidarité. Entre-t-il dans vos vues de paralyser une manifestation aussi intéressante que celle-là?

Et je pose une deuxième question: Lorsqu'on parle de mesures sociales, on nous répond généralement que, dans le domaine de l'industrie, il est impossible d'aller plus loin que ce qui est fait jusqu'à maintenant, parce qu'il faut tenir compte de la concurrence des pays étrangers. Je n'ai jamais entendu quelqu'un dans ce Conseil, oser condamner les mesures sociales en elles-mêmes. Tout le monde déclare qu'elles sont souhaitables; mais, dit-on, on est malheureusement bridé, on ne peut pas les appliquer comme on le voudrait. Et voici que, dans un sanctuaire de l'économie nationale, dans les coopératives, on peut développer ces mesures sociales qui reposent précisément sur la solidarité existant entre les consommateurs. Les mesures sociales trouvent donc là un foyer où elles peuvent être cultivées, sans que cela puisse porter préjudice à qui que ce soit. Le Conseil national suisse va-t-il donner l'exemple de paralyser non seulement l'élan de solidarité mais la possibilité que nous avons d'expérimenter des mesures sociales dans un milieu tel que celui des coopératives?

Je pose très sérieusement ces deux questions qui me paraissent d'une gravité plus grande que vous ne l'imaginez. Et je vous demande si vous ne pensez pas qu'il faut en tenir compte, en acceptant la proposition très modérée de la minorité.

Bundesrat **Obrecht:** Ich stehe unter dem Eindruck, dass man eine Verständigung herbeizuführen sucht in der Frage, inwieweit die Selbsthilfegenossenschaften auch belastet werden sollen. Ich würde natürlich eine Verständigungsbrücke begrüssen; aber Herr Nationalrat Grimm hat mit dem vorigen Antrag, der mit 66 gegen 64 Stimmen angenommen worden ist, eine derart massive Bresche in die ganze Sache geschossen, dass ich jetzt starke Hemmungen empfinde, weitere Konzessionen zu machen; denn die Sache hat sofort ihre finanzielle Tragweite.

Wir rechneten, wenn die Selbsthilfegenossenschaften bis zu 1% belastet würden, mit einem Ertrag von 1,4 Millionen. Wenn Sie nun auf 0,5% gehen, so werden wir nur ca. die Hälfte davon erwarten können. Das bedeutet einen Ausfall von 700 000 Franken. Die übrigen Detailhandelsunternehmungen anderer Art sollten einen Ertrag von 1 Million abwerfen. Wenn Sie auch hier auf die Hälfte gehen, d. h. vom Maximum von 1% auf ½%, so wird auch hier die Hälfte ausbleiben, so dass im ganzen ein Ausfall von 1,2 Millionen zu befürchten ist.

Ich möchte trotzdem den Vermittlungsantrag nicht mit besonderer Schärfe bekämpfen; denn der Bundesrat war derjenige, der die Selbsthilfegenossenschaften überhaupt steuerfrei belassen wollte. Aber ich halte mich doch verpflichtet, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass, wenn Sie bei 1% bleiben statt bei ½% nach dem Antrag der Kommissionsminderheit, dann im ganzen eigentlich nur 8 Genossenschaften mit einem ganzen, statt einem halben Prozent belastet bleiben. Die Genossenschaften mit Umsätzen bis zu 5 Millionen zahlen ohnehin nicht mehr als 0,5 Prozent. Erst von 5 Millionen aufwärts tritt ein höherer Satz als ½% ein (nach dem Vorschlag der Mehrheit der Kommission). Es gibt nun aber nur 5 Genossenschaften, die einen Umsatz von 5—10 Millionen haben, und nur 3 Genossenschaften mit einem Umsatz von je über 10 Millionen. Es ist nicht ganz uninteressant festzustellen, dass diese drei Genossenschaften, die je über 10 Millionen Umsatz haben, zusammen einen Umsatz von 86 Millionen Fr. aufweisen. Das sind doch zweifellos Grossunternehmen des Detailhandels, und es hätte mir geschienen, wenn schon, dann hätte man sich hier mit einer Belastung von 1% sollen abfinden können. Wenn nicht vorhin diese Bresche geschossen worden wäre, so würde es mir etwas leichter fallen, an der Vermittlungsbrücke Freude zu empfinden; so aber muss ich befürchten, dass der Ertrag allzustark abgeschwächt würde. Ich brauche das allerdings nicht allzu tragisch zu nehmen, denn die Steuer soll ja im

ganzen 135 Millionen Fr. einbringen. Wenn nun das Jahresergebnis abgeschwächt wird, so wird die Erhebungsdauer der Steuer verlängert werden müssen. Es geht dann einfach etwas länger, bis wir die 135 Millionen Fr. hereingebracht haben. Darum will ich materiell zu den Anträgen nicht Stellung nehmen.

Der Antrag Schwar ist unter gar keinen Umständen annehmbar; denn er lässt die andern Detailunternehmungen überhaupt weg, er führt sie gar nicht mehr auf. Er spricht nur von Selbsthilfegenossenschaften oder andern Selbsthilfeunternehmungen des Detailhandels. Andere Detailhandelsgeschäfte, die nicht den Anspruch haben, als Selbsthilfeunternehmungen anerkannt zu werden, lässt er weg. Sie würden also steuerfrei. Ob das von Herrn Schwar beabsichtigt war oder ein Irrtum ist, weiss ich nicht. Jedenfalls darf die Sache nicht so erledigt werden.

Grimm: Herr Bundesrat Obrecht hat soeben erklärt, dass durch unsern Antrag in Abs. 3 eine Bresche geschlagen werde. Wenn es ihn beruhigen kann, dass diese Bresche wieder zugemauert wird, so will ich sie zumauern mit einem Zugeständnis zu einem ½% Steuer für die Genossenschaften.

Walder: Ich stelle den Antrag auf namentliche Abstimmung.

M. le **Président:** M. Walder a demandé le vote par appel nominal. Cette manière de procéder prendra au moins 25 minutes. D'ailleurs, d'après le règlement, il faut que cette demande soit appuyée par 30 membres du Conseil et je pose la question.

Abstimmung. — *Vote.*

La proposition de M. Walder ne réunit pas le chiffre réglementaire.

Wetter, Berichterstatter: Die Kommission hat Ihnen den Antrag auf 1% gestellt. Sie hat den Antrag auf ½% seinerzeit abgelehnt. Sie ging von der Ueberlegung aus, dass der besondern Natur der Genossenschaften Rechnung zu tragen sei durch den Minimalsatz von 1%. Ich habe also keine Kompetenz, einen andern Antrag der Kommission zu vertreten. Der Antrag der Kommission geht auf 1%.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Minderheit mit dem Zusatzantrag Schwar	84 Stimmen
Dagegen	46 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 20. Dez. 1938.
Séance du 20 décembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 1114 hiervor. — Voir page 1114 ci-devant.

Lit. A, Ziffer 3, Absatz 4.
Lettre A, Chiffre 3, 4e alinéa.

Fortsetzung. — *Suite.*

Antrag Duttweiler.

Abs. 4.
— drei vom Hundert für Waren- und Kaufhäuser und für Versandgeschäfte, die mehrere Warenkategorien führen;
— zwei vom Hundert für Filialunternehmen einschliesslich Verkauf durch fahrende Läden.

Amendement Duttweiler.

4e al.
— de trois pour cent pour les grands magasins et les maisons d'expédition tenant diverses espèces de marchandises;
— de deux pour cent pour les entreprises à succursales multiples, y compris les maisons à magasins ambulants.

M. le **Président:** La situation est la suivante: Nous sommes arrivés au titre III à l'avant-dernier alinéa: 1% pour les coopératives d'entr'aide. Nous avons, sur ce dernier passage, trois propositions de M. Duttweiler: l'une de biffer les coopératives d'entr'aide, l'autre d'ajouter un alinéa 4bis nouveau: réduction de moitié pour les coopératives d'entr'aide et une troisième proposition, remise hier soir, qui va être distribuée.

Je vais donner la parole à M. Duttweiler, qui développera ses trois amendements en même temps; mais je ferai voter séparément sur chacun d'eux.

Duttweiler: Es handelt sich nur um zwei Anträge. Der eine Antrag bezieht sich aber auf zwei Absätze, weil es notwendig war, den vorhergehenden Absatz entsprechend den folgenden abzuändern.

In der Tat schlage ich Ihnen vor, dass wir in bezug auf die Genossenschaftenangelegenheit zu einer reinlicheren Situation kommen. Die jetzt geschaffene Situation ist sehr verworren. Wenn der höchste Satz, den die Genossenschaften zu bezahlen haben, welche Geschäftsform sie auch betreiben

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VII
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	09
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	19.12.1938
Seite Page Pagina	1114-1126
Ref. No	20 032 671

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

ganzen 135 Millionen Fr. einbringen. Wenn nun das Jahresergebnis abgeschwächt wird, so wird die Erhebungsdauer der Steuer verlängert werden müssen. Es geht dann einfach etwas länger, bis wir die 135 Millionen Fr. hereingebracht haben. Darum will ich materiell zu den Anträgen nicht Stellung nehmen.

Der Antrag Schwar ist unter gar keinen Umständen annehmbar; denn er lässt die andern Detailunternehmungen überhaupt weg, er führt sie gar nicht mehr auf. Er spricht nur von Selbsthilfegenossenschaften oder andern Selbsthilfeunternehmungen des Detailhandels. Andere Detailhandelsgeschäfte, die nicht den Anspruch haben, als Selbsthilfeunternehmungen anerkannt zu werden, lässt er weg. Sie würden also steuerfrei. Ob das von Herrn Schwar beabsichtigt war oder ein Irrtum ist, weiss ich nicht. Jedenfalls darf die Sache nicht so erledigt werden.

Grimm: Herr Bundesrat Obrecht hat soeben erklärt, dass durch unsern Antrag in Abs. 3 eine Bresche geschlagen werde. Wenn es ihn beruhigen kann, dass diese Bresche wieder zugemauert wird, so will ich sie zumauern mit einem Zugeständnis zu einem ½% Steuer für die Genossenschaften.

Walder: Ich stelle den Antrag auf namentliche Abstimmung.

M. le **Président:** M. Walder a demandé le vote par appel nominal. Cette manière de procéder prendra au moins 25 minutes. D'ailleurs, d'après le règlement, il faut que cette demande soit appuyée par 30 membres du Conseil et je pose la question.

Abstimmung. — *Vote.*

La proposition de M. Walder ne réunit pas le chiffre réglementaire.

Wetter, Berichterstatter: Die Kommission hat Ihnen den Antrag auf 1% gestellt. Sie hat den Antrag auf ½% seinerzeit abgelehnt. Sie ging von der Ueberlegung aus, dass der besondern Natur der Genossenschaften Rechnung zu tragen sei durch den Minimalsatz von 1%. Ich habe also keine Kompetenz, einen andern Antrag der Kommission zu vertreten. Der Antrag der Kommission geht auf 1%.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Minderheit mit dem Zusatzantrag Schwar	84 Stimmen
Dagegen	46 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 20. Dez. 1938.
Séance du 20 décembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 1114 hiervor. — Voir page 1114 ci-devant.

Lit. A, Ziffer 3, Absatz 4.
Lettre A, Chiffre 3, 4e alinéa.

Fortsetzung. — *Suite.*

Antrag Duttweiler.

Abs. 4.
— drei vom Hundert für Waren- und Kaufhäuser und für Versandgeschäfte, die mehrere Warenkategorien führen;
— zwei vom Hundert für Filialunternehmen einschliesslich Verkauf durch fahrende Läden.

Amendement Duttweiler.

4e al.
— de trois pour cent pour les grands magasins et les maisons d'expédition tenant diverses espèces de marchandises;
— de deux pour cent pour les entreprises à succursales multiples, y compris les maisons à magasins ambulants.

M. le **Président:** La situation est la suivante: Nous sommes arrivés au titre III à l'avant-dernier alinéa: 1% pour les coopératives d'entr'aide. Nous avons, sur ce dernier passage, trois propositions de M. Duttweiler: l'une de biffer les coopératives d'entr'aide, l'autre d'ajouter un alinéa 4bis nouveau: réduction de moitié pour les coopératives d'entr'aide et une troisième proposition, remise hier soir, qui va être distribuée.

Je vais donner la parole à M. Duttweiler, qui développera ses trois amendements en même temps; mais je ferai voter séparément sur chacun d'eux.

Duttweiler: Es handelt sich nur um zwei Anträge. Der eine Antrag bezieht sich aber auf zwei Absätze, weil es notwendig war, den vorhergehenden Absatz entsprechend den folgenden abzuändern.

In der Tat schlage ich Ihnen vor, dass wir in bezug auf die Genossenschaftenangelegenheit zu einer reinlicheren Situation kommen. Die jetzt geschaffene Situation ist sehr verworren. Wenn der höchste Satz, den die Genossenschaften zu bezahlen haben, welche Geschäftsform sie auch betreiben

mögen, ein halbes Prozent beträgt, ergibt sich folgende Situation: Wenn die Konsumgenossenschaften Warenhäuser betreiben — und es gibt schon verschiedene solche, zum Beispiel in Zürich und Basel — so beträgt die Differenz zwischen der Leistung des privaten Unternehmers und der Genossenschaft 2½%. Der private Unternehmer, das Raubtier, der Tiger und der Löwe, bezahlt 3%, die Genossenschaften aber nur ½%. Es fragt sich, ob Sie in der Diskriminierung des Privatunternehmers so weit gehen wollen.

Oder nehmen Sie ein Einheitspreisgeschäft. Dann wird das private Einheitspreisgeschäft — und es gibt auch anständige Leute auf der Welt, die diese Geschäftsart betreiben — 5% bezahlen, während die Genossenschaft nur ½% bezahlt. Sie müssen sich doch überlegen, was Sie da machen. Ich habe den Eindruck, dass Sie den Weg des Staatssozialismus begehen, währenddem sich diese Herren eher in der Richtung der Privatwirtschaft bewegen. Diese chasse croisée wird Ihnen vielleicht doch noch einige Bedenken verursachen. In dieser Zeit sollte man eine möglichst klare Haltung einnehmen, für das Volk im Innern des Landes und nach aussen für andere Länder.

Wenn Sie die Genossenschaften privilegieren wollen, ist das eine Sache für sich. Ich habe verschiedene Male in der Kommission für die Wirtschaftsartikel dafür gestimmt. In dieser Kommission habe ich in dem Sinne für die Genossenschaften gestimmt, dass sie erhalten werden müssen, um den privaten Handel zu korrigieren. Ob sie das tun, ist eigentlich von den Genossenschaften selbst verneint worden. Sie haben ja gesagt: Wir sind auch brav; wir verlangen auch viel und schaden daher nicht. Aber es ist immerhin anzunehmen, dass im Laufe der Zeit der Genossenschaftsgedanke wieder etwas reingeputzt, poliert und lebendig gemacht wird. Daher müssen wir dem Gedanken als solchem Rechnung tragen. Wenn die Genossenschaften die Hälfte des Steuersatzes bezahlen, den private Unternehmungen bezahlen müssen, wäre, glaube ich, der gute Wille genügend dokumentiert und die Privilegierung der Genossenschaften wäre damit in genügender Weise zur Geltung gebracht. Dann haben wir aber auch eine klare Form; denn es ist nun einmal nicht gleich, ob die Genossenschaften Lebensmittel, notwendige Bedarfsartikel, verkaufen, oder ob sie ein Warenhaus betreiben und alles mögliche umsetzen, darunter auch Luxusgegenstände. Deshalb meine ich, man sollte da doch nicht ganz die Haltung verlieren. Ich appelliere ganz besonders an unsern neuen Zürcher Bundesrat, Herrn Dr. Wetter. Diese Sache bleibt nämlich im Stenographischen Bulletin. Auf dieses wird noch sehr viel in diesem Saale verwiesen werden, wenn es wieder einmal heisst, die Genossenschaften seien zu privilegieren. Das hat also auch prinzipielle Bedeutung.

Wenn wir es so machen, wie ich es vorschlage, schaffen wir eine reinliche Lage. Nehmen wir doch nicht allzuviel Rücksicht auf die Genossenschafter als Wähler. Diese Vaterlandsverteidiger werden sich doch nicht fragen: Soll ich als Genossenschafter oder als Eidgenosse stimmen? Wenn sie als Genossenschafter statt als Eidgenossen stimmen, dann würden sie auch nicht an die Grenze gehen, sondern wünschen, dass die Sturmwolken möglichst rasch und ohne etwas zu schaden vorübergingen. Diese Frage wird von einem Genossenschafter doch gar nicht gestellt. Bei der Abstimmung wird er sich fragen: Erstens einmal, wie verhält sich das vom militärischen Gesichtspunkt aus, und zweitens, wie von der wirtschaftlichen und menschlichen Seite her, in bezug auf die Arbeitsbeschaffung, und dann, wenn ihm diese zwei Punkte wichtig erscheinen, wird er keinen Augenblick zögern, der Vorlage zuzustimmen, auch wenn die Genossenschaften in der vorgeschlagenen Weise belastet werden.

Ich möchte Ihnen also empfehlen, doch zum mindesten eine gerade L sung dem Volke vorzulegen. Ich glaube ja, die Vorlage geht durch; ich mache Ihnen k ine An st wie die andern Interessenten. Aber die Folgen, die werden nicht so rasch ausheilen, wie Sie glauben. Bei den nächsten Wahlen werden Sie einiges über diese Geschichte lesen können. Das Volk ist nämlich für den privaten Unternehmer. Das Volk billigt auch Unternehmungen, die gross sind und viel verdienen, wenn sie Entsprechendes leisten. Lassen Sie sich doch nicht allzusehr in diesen allzu sozialen Ton hinein, das wird im Lande nicht goutiert. Schaffen Sie eine gerade, ehrliche Lösung.

Ich habe Ihnen den ersten kombinierten Antrag begründet und komme nun zum zweiten, der den ersten Antrag ausgezeichnet ergänzt. Sie haben hier die fahrenden Läden. Es gibt heute nur eine Sorte, und zwar solche, die Kolonialwaren verkaufen, die sogenannten Migros-Wagen. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, dass nie eine andere Firma versucht hat, mit Wagen Kolonialwaren zu verkaufen. Die Antwort hierauf ist sehr einfach: es rentiert nämlich nicht. Das ist das Eigentümliche. Hier sehen Sie wieder eine Zeiterscheinung, wo es der Zeitung gelingt, durch vielfache Wiederholung die Vorstellung zu erwecken, dass diese Verkaufswagen ein neues System seien, das besonders gut rentiere. Nein, das ist ein altes System, das schon im Mittelalter bestanden hat; es ist nur etwas an die Neuzeit angepasst worden, sozusagen fahrplanmässig.

Die Preisbildungskommission hat festgestellt, dass der Wagenbetrieb 1—1½% mehr koste als der Verkauf in den Läden. Das ist amtlich festgestellt. Nun würden die Wagen 3% mehr Steuern tragen müssen, wozu 1% Mehrspesen kommen und endlich 2% an kantonalen Taxen in den Kantonen St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau, Appenzell, Baselland und Tessin. Also total eine Mehrbelastung von 6—6½% auf einem Wagen, 6—6½% Umsatzprämien. Das macht bei Wagen, die einen stattlichen Umsatz haben — und es hat solche — bis zu 20 000 Fr. aus. Das muss ein einziger Chauffeur im Jahre an Umsatzsteuern herausverdienen. Machen Sie das; das wird dann an den Wagen angeschrieben werden; das wird zirkulieren; das wird Reklame machen für jene Politiker, die Geld nach Bern bringen. Das tönt ja unglaublich. Man ist sonst immer der Meinung, man wolle dort Geld holen, wenn man Politik macht. Das ist ein ausgezeichnetes Argument. Uebertreiben Sie nur in dieser Weise, denn das wird sich irgendwie wieder umsetzen. Es geht ja in der Politik, soviel ich davon verstehe und was ich in dieser kurzen Zeit bemerkt habe, ähnlich wie in der Welt: Es geht letzten Endes

keine Materie verloren; sie verduftet gelegentlich, kommt aber immer wieder in anderer Form zurück, und ich bin sicher, dass das Positive und das Negative, was Sie hier beschliessen, an einem gewissen Ort einen Niederschlag finden wird. Wenn ich spreche, spreche ich für die 50 Chauffeure. Ich habe noch niemand so arbeiten gesehen wie diese Chauffeure ganz im Anfang, wenn es galt, bei 10 Grad Kälte auf dem offenen Führersitz — damals hatte man noch keine geschlossenen Führerkabinen — Touren von 110 km zu machen und dabei Waren zu verkaufen, Touren über den Albis und den Zimmerberg, wo sie manchmal rückwärts fahren mussten, damit sie durchkamen oder Pferde vorspannen mussten. Die Kerle haben ihre Pflicht getan bei einem Lohn, der einen Drittel niedriger war als ihr heutiger. Für diese Leute wehre ich mich momentan, denn ich müsste selbstverständlich einen grossen Teil entlassen, aber diejenigen Wagen, die in die armen Gegenden fahren, werde ich nicht einstellen und wenn Sie 50 000 Fr. verlangen, dann werde ich Sammlungen machen, Vereinigungen ins Leben rufen, die für bestimmte Linien die Patenschaft übernehmen und diese unsinnigen Summen bezahlen. Ich werde in allen Lokalen Büchsen aufstellen lassen für freiwillige Beiträge. Sie dürfen nicht länger ignorieren, was es heisst, nicht genug zu essen zu haben. Herr Kollege Flisch hat uns im Appenzellerland an Orte geführt, wo eine arme Frau mit Stolz sagte, sie beziehe 20 Rp. Stundenlohn, weil es auch Stundenlöhne von 8 Rp. gibt. Diesen Leuten werde ich bis zuletzt Lebensmittel zu vernünftigem Preis verkaufen, daran werden Sie mich nie verhindern. In einer Versammlung in St. Gallen hat ein armer Sticker das Wort ergriffen, er hat nur 20 Worte gesagt, er erklärte, es sei viel gesprochen worden, er könne nur das eine sagen, er habe lieber zwei „Kacheli Möcke" als nur eines. Das waren seine Worte, das ist eine grosse Wahrheit. Ich habe Tausende von Briefen zu Hause, die anerkennen, was geleistet wurde durch dieses Personal, durch uns, durch diesen Geist. Das lässt sich nicht wegdiskutieren, nicht weglügen, da können Sie die ganze Presse aufbieten, die Wahrheit wird durchdringen. Diese Wagen erfüllen einen grossen Zweck, der eine Wagen, der von St. Gallen bis Wallenstadt fährt alle zwei Tage, reguliert diese Preise in allen jenen Talschaften. Sie wissen, wie gross die Misere im Rheintal ist. Stimmen Sie nur für solche unmöglichen Sachen; ich habe das Bewusstsein, dass Sie da an etwas rühren, das immer die oberste und edelste Aufgabe war, für die Aermsten zu sorgen. Das habe ich ehrlich getan. Ich erwarte mit Spannung, was der Kommissionspräsident sagt. Er ist des Handels kundig, er weiss genau, dass es eine Unmöglichkeit ist, 6% Differenz aus diesen Wagen herauszuschinden, auch wenn man ein noch so guter Kaufmann ist. Ich stehle die Ware nicht, ich kaufe zum gleichen Preis wie die grosse Usego und der V.S.K., da entsteht keine Differenz, und diese grosse Differenz von 6% kann man auf dieser kleinen Strecke der Vermittlung auch durch noch so tüchtige Arbeit nicht einbringen. Das ist eine Unmöglichkeit. Ich spreche für dieses Personal, für diese Idee, weil ich einfach nicht länger schweigen kann, weil man, wenn ich schweigen wollte, annehmen könnte, dass ich das richtig finde. Das darf ich als Arbeitgeber, der treu für seine tausend Angestellten sorgt, nicht tun. Entscheiden Sie.

M. le **Président:** Nous allons discuter simultanément les trois amendements de M. Duttweiler: les deux premiers, qui sont ses propositions du 13 décembre sur la même phrase et le troisième, que vous venez de recevoir.

Huber-St. Gallen: Sie haben gestern die Frage der Besteuerung der Genossenschaften erledigt. Was Herr Duttweiler heute bringt, ist, soweit es sich um die Besteuerung der Genossenschaften handelt, ein Rückkommensantrag, denn die Angelegenheit ist vollständig geordnet. Ich muss es dem Präsidenten überlassen, ob er jetzt schon einen Rückkommensantrag zulassen will oder nicht, denn wenn Sie den Antrag Duttweiler annehmen, würden Sie alles über den Haufen werfen, was eben beschlossen worden ist. Es scheint, dass der Präsident es für richtig hält, trotzdem die Angelegenheit sofort zu behandeln. Ich möchte einige Bemerkungen vom Standpunkt der Genossenschaften aus machen. Der Antrag des Herrn Duttweiler ist ja nicht ohne weiteres verständlich, gerade weil er nicht in Form eines Rückkommensantrages gekommen ist. Sie haben gestern beschlossen, erstens einmal grundsätzlich im Einvernehmen mit der Kommission für die Genossenschaften eine einheitliche Regelung vorzusehen, ganz gleich, in welcher äusseren Form sich ihre Betriebe darstellen. Zweitens haben Sie beschlossen, für diese Genossenschaften einen Steueransatz von 1—5 Promille festzusetzen.

Herr Duttweiler will nun unterscheiden und bei den Genossenschaften, je nachdem sie diese oder jene Form des Betriebes wählen, verschiedene Maxima festlegen. Dabei übersieht Herr Duttweiler, nein, ich kann nicht sagen, er übersehe es, denn Herr Duttweiler übersieht nichts, wenn es sich um das Geschäft handelt, aber er verschweigt Ihnen, dass es keine Genossenschaft gibt, die ein Epageschäft betreibt, er verschweigt Ihnen, dass es keine Genossenschaft gibt, die für sich nur ein Warenhaus betreibt, er verschweigt Ihnen, dass es keine Genossenschaft gibt, die fahrende Läden in Betrieb hätte. Die Genossenschaften sind eine besondere Art von Filialgeschäften. Nun gibt es einige wenige Genossenschaften, welche auch Warenhäuser betreiben, z. B. der Lebensmittelverein Zürich, der Allg. Consumverein beider Basel. Aber diese sind nicht zu vergleichen mit einem Warenhaus Jelmoli, Brann oder Globus, und der Charakter der Genossenschaft wird dadurch, dass verschiedenen Abteilungen, Lebensmittelgeschäft, Manufakturwaren, Haushaltungsartikel, Schuhwaren unter einem Dach sind, in keiner Weise geändert.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag des Herrn Duttweiler abzulehnen. Er hat ihn schliesslich damit begründet, dass auch das genossenschaftliche Ideal im Laufe der Jahre vielleicht wieder etwas aufpoliert werde. Auf den Polisseur, Herrn Duttweiler, können wir bei dieser Aufgabe vollständig verzichten. Er kann ganz ruhig sein, dass wir weder seine Hilfe noch seine Ratschläge nötig haben. Wenn ich gleiches mit gleichem vergelten wollte ihm gegenüber, so würde ich mich auch noch

äussern zu dem dritten Antrag. Der zweite ist nur eine redaktionelle Folge des ersten. Ich würde mich äussern zu seinem letzten Antrag, der eine mildere Besteuerung der fahrenden Läden verlangen würde. Herr Duttweiler weiss, dass ich stets objektiv seine positiven und negativen Seiten behandelt habe. Ich werde auch nicht davon abgehen, wenn er diese gleiche Pflicht den Genossenschaften gegenüber verletzt.

Aber, Herr Duttweiler, wenn Sie für Ihr Geschäft Propaganda machen, dann schickt es sich nicht, das soziale Mäntelchen umzuhängen. Wegen dieser Besteuerung, die Ihnen da angedroht wird, wird an Ihren wirtschaftlichen Funktionen nichts geändert; und dadurch, dass Sie jetzt verlangen, besser behandelt zu werden, als die Kommission vorschlägt — Sie wissen, dass ich grundsätzlich nicht damit einverstanden war — wird an Ihren Betrieben nichts geändert. Sprechen Sie nicht davon, dass Sie aus sozialen Erwägungen Ihre Wagen im Lande herumgeführt und so und soviel Leuten zu billigen Lebensmitteln verholfen hätten. Deshalb haben Sie keinen einzigen Wagen herumgeschickt, sondern Sie haben die Wagen deshalb herumgeschickt, weil Sie das erreichen wollten, was Sie jetzt erreicht haben und worüber das Steuerregister Ihrer Wohngemeinde Aufschluss gibt. Man muss nicht so tun, als ob man darauf angewiesen gewesen wäre, dass Herr Duttweiler gekommen sei, um seine soziale Funktion auszuüben. Ich hätte das nicht gesagt, wenn Herr Duttweiler sich nicht in dieser Art und Weise hier aufspielen würde. Ich weiss ganz genau und ich habe es auch anerkannt, dass gerade die technische Regelung des Verkaufes, die Herr Duttweiler zwar nicht erfunden, aber von andern Leuten übernommen und in der Schweiz eingeführt hat, wirtschaftliche Vorteile nicht bloss für Herrn Duttweiler, sondern auch für andere Leute gebracht hat. Ich habe auch anerkannt, dass er damit gewissen Genossenschaften einen „Stupf" gegeben hat. Nur hat das nichts mit einem Ideal zu tun, sondern mit Ihren guten Geschäften, Herr Duttweiler. Herr Duttweiler soll nicht so tun, als ob er als sozialer Heiland gekommen wäre. Es steht ihm viel besser an, wenn er sagt: Ich bin ein tüchtiger Geschäftsmann, und von mir können Sie lernen, wie man Geschäfte führt. Aber die schönen Redensarten kann er sich ruhig ersparen. Sie passen nicht zu seiner Figur.

Ich werde keinen Antrag stellen, die Steuern für die fahrenden Läden auf 5 % zu erhöhen. Ich werde mich nicht revanchieren. Ich beschränke mich darauf, Herrn Duttweiler und seinem Angriff auf die Genossenschaften in die Schranken zu weisen und Sie um die Abweisung seiner unangebrachten Anträge zu bitten.

Wetter, Berichterstatter: Herr Duttweiler hat zwei Anträge gestellt. Er will das Regime für die Genossenschaften anders geregelt haben, als wie Sie es durch den gestrigen Beschluss getan haben, indem er die Genossenschaften, je nach der Warengattung, die sie pflegen, die Hälfte der Ansätze zahlen lassen will, die entweder Epa, oder die Warenhäuser oder auch die Filialgeschäfte zu zahlen haben. Also, immer die Hälfte der Abteilung, die dieser Geschäftsart entspricht, wenn ich den Antrag Duttweiler richtig verstehe. Darum will er im ersten Alinea die Selbsthilfegenossenschaften streichen.

Sein zweiter Antrag geht dahin, dass er die fahrenden Läden statt mit 3 nur mit 2 % belasten will. Ich wundere mich eigentlich, dass Herr Duttweiler diesen Antrag stellt. Herr Duttweiler war Mitglied der Kommission und hat von diesem Antrag in der Kommission kein Wort gesagt. Im Gegenteil, er hat in der Kommission mehrmals darauf hingewiesen, dass er in dieser Sache, die ihn ausserordentlich stark berühre, keinen Antrag stelle. Heute hat Herr Duttweiler seine Meinung geändert, und er hat das mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit getan. Herr Duttweiler hat dem Rate zugerufen, er solle Haltung bewahren. Ich glaube, wir geben uns ja alle Mühe, das zu tun, und wir strengen uns an, es wenigstens soweit als möglich fertig zu bringen, wie das sicher auch Herr Duttweiler für seine Person im Sinne hat. Er hat sich aber speziell noch an den Präsidenten der Kommission gewendet, mit einer Anspielung, die man in diesem Zusammenhang schon fast als „unlauteren Wettbewerb" taxieren könnte. Denn derjenige, der heute vor Ihnen referiert, ist jetzt Präsident der nationalrätlichen Kommission und weiter nichts und er hat den Beschluss der nationalrätlichen Kommission vor dem Rate zu vertreten.

Aber ich will Herrn Duttweiler gern etwas mehr mitteilen. Er hat darauf hingewiesen, dass die Verhandlungen stenographiert und deshalb auf Kind und Kindeskinder überliefert würden. Ich weiss das, wie wir das alle wissen. Das hat mich aber noch gar nie veranlasst, irgendwie mit meiner Meinung hinter dem Berg zu halten. Ich will das auch heute nicht tun. Allerdings streng genommen, gehört diese kleine provozierte Entgleisung nicht hieher. Ich tue sie nur, weil Herr Duttweiler mich dazu herausgefordert hat. Er hat gesagt, er möchte gerne wissen, was der Präsident über diese ganze Steuerangelegenheit denke.

Ich hätte eigentlich einer Warenumsatzsteuer für Detailhandelsgeschäfte am liebsten zugestimmt, die mit einem Einheitssatz ausgestattet gewesen wäre und mit einer Progression für höhere Umsätze. Aber ich bin so lange im Parlamente, dass ich weiss, dass es nicht immer darauf ankommt, was ich möchte, was Herr Duttweiler möchte, oder ein x-beliebiger Herr möchte. Wir brauchen für alle die Vorlagen, die wir hier durchbringen wollen, eine Mehrheit, und da ist es eben nicht anders möglich, als dass man auch seiner eigenen Ueberzeugung gegenüber etwa einmal eine Konzession machen muss, damit man zu einem Resultate gelangt.

Man hat in der Kommission übrigens gesagt, ein solcher Einheitssatz sei nicht richtig. Man müsse der verschiedenen Leistungfähigkeit der verschiedenen Kategorien von Detailhandelsgeschäften Rechnung tragen. Sie wissen, dass noch ein anderes Moment für sehr viele Mitglieder der Kommission und des Rates eine Rolle gespielt hat, das Moment des Schutzes des Mittelstandes. Ich will darauf nicht weiter eintreten. Man kann darüber skeptisch sein, vielleicht auch nicht, das ist Privatsache. Ich habe mich bemüht, die grossen Unter-

schiede der ursprünglichen Vorlage in der Besteuerung zu mildern, da ich sie von Anfang an als zu hoch angesehen habe. Und in der Beziehung wenigstens ist eine gewisse Annäherung an meine Auffassung erfolgt. Die Kommission hat Ihnen einen Antrag unterbreitet, der sich nach der Richtung hin sehen lassen darf. Die ursprünglichen 5 % haben wir nur noch für eine spezielle Kategorie von Geschäften stehen lassen. Die Ansätze sind 3 % für fahrende Läden und 2 % für Filialgeschäfte. Die Konsumgenossenschaften, resp. die Selbsthilfegenossenschaften waren von der Kommission aus mit 1 % bedacht. Ich habe das vertreten, und ich persönlich bedaure, dass der Rat gestern etwas anderes beschlossen hat.

Aber Herr Duttweiler, da kann ich nichts dafür. Ich muss mich damit abfinden, wie Sie das auch werden tun müssen. Wenn der Rat in seiner Mehrheit einen andern Beschluss fasst, so kann der Einzelne dagegen nicht aufkommen, auch wenn er überzeugt ist, dass sein Antrag besser sei. Ich kann also auch hier, trotz der Aufforderung des Herrn Duttweiler, keinen andern Antrag vertreten als den Antrag der Kommision, und dieser Antrag der Kommission geht dahin, dass für die fahrenden Läden ein Steuersatz von 3 % zu erheben ist.

Für die übrigen Filialgeschäfte trifft es 2 %. Es wird also, um den Fall konkret zu nehmen, das Unternehmen von Herrn Duttweiler, für den Teil des Umsatzes, der auf die fahrenden Läden fällt, mit dem höheren Ansatz von 3 % belastet sein, während der Umsatz, der in seinem eigenen Ladengeschäft stattfindet, mit dem Ansatz von 2 % also dem Ansatz der Filialgeschäfte, belastet wird.

Ich bedaure also, keinen andern Antrag stellen zu können. Die Kommission hat diese Ansätze mit aller Sorgfalt abgewogen. Ich beantrage Ihnen, den Antrag von Herrn Duttweiler abzulehnen.

M. le **Président:** M. Duttweiler me communique qu'il considère que ses deux propositions du 13 novembre sont connexes et il demande qu'elles fassent l'objet d'un seul vote.

M. Duttweiler propose, tout d'abord, au 4e alinéa, de biffer les mots «les coopératives d'entr'aide», et de dire «ces droits sont réduits de moitié pour les Coopératives d'entr'aide».

Nous ferons une seule votation pour ces deux propositions, combattues par le Conseil fédéral et la majorité de la commission.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission	118 Stimmen
Für den Antrag Duttweiler	7 Stimmen

M. le **Président:** M. Duttweiler a proposé un deuxième amendement, daté du 19 décembre, qui vous a été distribué ce matin.

Cet amendement est combattu par le Conseil fédéral et la majorité de la commission.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission	86 Stimmen
Für den Antrag Duttweiler	10 Stimmen

Abs. 5.

Angenommen. — *Adopté.*

Abs. 5bis.

Walder: Mein Antrag mag vielleicht vielen von Ihnen als etwas Selbstverständliches erscheinen. Aber demjenigen, der viel mit Steuersachen zu tun hat, ist die Sache keineswegs selbstverständlich. Ich erachte hier eine Klarstellung für notwendig. Die heutige Lage in den Kantonen ist so, dass bezahlte Steuern bei der Einkommenseinschätzung nicht in Abzug gebracht werden dürfen, sondern sie werden, wenn jemand seine Gewinn- und Verlustrechnung präsentiert, hinzugeschlagen, und zwar auch eidgenössische Steuern. Wenn man z. B. die eidgenössische Krisensteuer bezahlt, und es können bei grossen Unternehmungen sehr grosse Beträge sein, so dürfen Sie das nicht in Abzug bringen, sondern der Steuerkommissär zählt sie zum ausgewiesenen Reingewinn hinzu.

Nun erachte ich eine Klarstellung bei der neuen Steuer, die jetzt eingeführt werden soll, für absolut notwendig, schon deswegen, weil ja der Charakter dieser Steuer etwas unklar ist. Herr Kollega Musy hat das sehr schön dargelegt, indem er die neue Steuer als eine Art Amphibium bezeichnet hat.

Ich habe die Frage Herrn Bundesrat Obrecht vorgelegt, wie er sich dazu stelle, ob nach seiner Meinung diese Steuer bei der kantonalen Einkommenssteuereinschätzung in Abzug gebracht werden könne. Er hat diese Frage bejaht, indem er davon ausging, es handle sich um eine Objektsteuer. Diese Auffassung ist zweifellos richtig. Ich bin nun aber der Meinung, dass man es nicht einfach den kantonalen Steuerorganen überlassen könne, wie sie diese Frage behandeln wollen. Ich habe ein gewisses Misstrauen gegenüber den Steuerbehörden, die ja in der Regel alles zu ihren Gunsten zu interpretieren pflegen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass z. B. seinerzeit bei der Kriegsgewinnsteuer die Frage durchaus offen war, ob bezahlte Kriegsgewinnsteuern bei der Einschätzung in Abzug gebracht werden dürfen oder nicht. Und im Kanton Zürich beruhte die Zulässigkeit dieses Abzuges nur auf einem Regierungsratsbeschluss und nicht etwa auf Grund eidgenössischen Rechts. Das betrachte ich also als ungenügend. Ich bin der Meinung, dass wir hier eine klare Gesetzesbestimmung eidgenössischen Rechtes brauchen; das speziell auch deswegen, weil ja in neuerer Zeit gewisse Steuerbehörden des Auslandes eine ausserordentliche Virtuosität darin entwickelt haben, solche Abzüge nicht zu bewilligen, so dass den Steuerpflichtigen vielfach sozusagen gar nichts mehr übrig geblieben ist.

Ich möchte Ihnen auch an Hand eines Beispieles zeigen, wie sich die Sache auswirkt und wie katastrophal für gewisse Unternehmungen der gegenteilige Standpunkt wäre, d. h. wenn man den Abzug nicht bewilligen würde. Ich nehme als Beispiel ein bekanntes Zürcher Warenhaus, das Warenhaus Globus. Es hat in den letzten Jahren einen Umsatz von 21 Millionen Fr. gehabt. Die Ausgleichsteuer wird für dieses Unternehmen jährlich etwa 630 000 Franken au machen, wenn der Umsatz gleich bleibt. Wie gross war der bisherige Reingewinn dieses Warenhauses? Er betrug rund 670 000 Fr

Die Umsatzsteuer würde also fast so hoch ausfallen wie der ganze bisherige Reingewinn. Nun nehme ich an, dass es diesem Unternehmen in Zukunft auch unter dem Regime der Umsatzsteuer vielleicht doch noch gelingt, eine Kapitalverzinsung von 4 % herauszuwirtschaften. Das Unternehmen hat 8 Millionen Fr. Kapital, das würde einen Reingewinn von 320 000 Fr. ausmachen. Wenn man nun bei der Einkommenssteuereinschätzung zu diesem wirklichen Reingewinn noch die Umsatzsteuer hinzurechnen würde, bekäme man eine Taxation von 950 000 Fr., und davon würden die kantonalen Steuern zusammen mit den Gemeindesteuern, wiederum etwa 30 % ausmachen, also, wenn man die Umsatzsteuer auch als Reingewinn behandelt, würden weitere 285 000 Fr. nötig sein, und damit wäre der ganze künftige Ertrag sozusagen vollständig aufgezehrt.

Das wären natürlich ganz unhaltbare Zustände. Nachdem wir nun nach den gestrigen Beschlüssen schon so kolossale Unterschiede haben, wäre das nach meiner Ueberzeugung vollkommen katastrophal für derartige Grossunternehmungen. Sie werden mit mir einiggehen, dass es das einzig Richtige ist, bei der Einkommenseinschätzung diese Ausgleichsteuer in Abzug zu bringen. Die Frage kann nur die sein, ob das jetzt im Verfassungsartikel gesagt werden soll oder nicht. Nach meiner Meinung sollte es gesagt werden, denn der Steuerpflichtige, und vor allem die betroffenen Unternehmungen, haben einen Anspruch darauf, dass sie genau wissen, woran sie sind, und dass sie es jetzt wissen, wenn es vor das Volk kommt. Ueber diese bedeutende Frage soll nicht erst später entschieden werden. Aus diesen Gründen möchte ich bitten, meinen Antrag anzunehmen.

Bundesrat **Obrecht:** In bezug auf die Abzugsberechtigung von Steuern geht die herrschende Praxis dahin, dass Steuern, die bezahlt werden müssen auf dem Einkommen oder auf dem Vermögensertrag, nicht als abzugsberechtigt betrachtet werden, weil man sagt, das Geld, das nötig sei, um diese Steuern zu bezahlen, müsse ja auch zuerst erworben werden, das gehöre zum Erwerb, sei Bestandteil des Jahreseinkommens, infolgedessen könne man den Anteil, den man vom Jahreseinkommen als Steuer abgibt, im nächsten Jahr nicht vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug bringen. Diese Auffassung gilt heute ziemlich allgemein mit Bezug auf die direkten Steuern.

Dagegen ist die Praxis ebenso feststehend, dass Objektsteuern als Unkosten in Abzug gebracht werden können. Das erscheint Ihnen absolut selbstverständlich, wenn ich auf die Zölle hinweise. Wer Zölle bezahlen muss, weil er eine Ware über die Grenze einführt, wer diese fiskalische Abgabe leisten muss, der darf sie als Unkosten verrechnen. Er braucht nicht am Schlusse des Jahres die geleisteten Zollabgaben zu addieren, um sie zu seinem Reingewinn hinzuzufügen.

Wenn wir zu einer allgemeinen Warenumsatzsteuer gegriffen hätten oder später dazu kommen sollten, so ist ganz unzweifelhaft, dass eine allgemeine Warenumsatzsteuer eine Objektsteuer ist, die man wiederum in ihrem Betrag als Unkosten muss behandeln können. Weil wir hier nun den ersten Schritt tun, weil das eigentlich ein Ausschnitt aus einer allgemeinen Warenumsatzsteuer ist, so muss ich hier konsequent bleiben und sagen, das sei eine Objektsteuer, die nicht zum Reingewinn hinzu addiert werden muss, wenn man im nachfolgenden Jahr die Steuerdeklaration für das Einkommen abzugeben hat. Man muss hier konsequent bleiben, und wenn man das tut, kommt man zum Resultat, wie es niedergelegt ist im Antrag des Herrn Nationalrat Walder. Ich bin also sachlich mit ihm einverstanden. Ich muss aber zugeben, dass darin eine gewisse Benachteiligung der kantonalen und kommunalen Fisci enthalten ist, denn wenn in Zukunft die ausgleichssteuerpflichtigen Unternehmungen das, was sie als Ausgleichsteuer abgeben müssen, von ihrem Jahresertrag als Unkosten in Abzug bringen können, so reduziert sich natürlich der steuerpflichtige Reinertrag, und dadurch tritt eine Schmälerung bei den kantonalen und kommunalen Steuern ein. Wir haben davon Umgang genommen, einen kantonalen Anteil an der Ausgleichsteuer vorzusehen. Das soll aber jedenfalls nicht so aufgefasst werden, dass wenn man später zur allgemeinen Warenumsatzsteuer käme, die Kantone auch von dieser allgemeinen Warenumsatzsteuer ausgeschlossen bleiben sollen. Das ist nicht die Meinung des Bundesrates. Wenn wir später jemals zur allgemeinen Warenumsatzsteuer übergehen würden, dann müsste dort ein kantonaler Anteil vorgesehen werden, und das Ergebnis wäre dann auch derart massiv, dass wir ohne weiteres einen ansehnlichen kantonalen Anteil vorsehen könnten. Hier wollten wir ein Minimum erreichen, um in ca. 10 Jahren die 135 Millionen hereinzubringen. Da wollten wir nicht eine Mehrbelastung einführen, die notwendig gewesen wäre, wenn wir eine kantonale Quote hätten einrechnen wollen. Wir werden aber der Kantone wiederum gedenken, wenn wir die Frage eines Wehropfers näher prüfen. Es liegt gegenwärtig ein Entwurf des Militär- und des Finanzdepartementes vor dem Bundesrat, der eine Berichterstattung über die Motionen und Postulate der Herren Vallotton, Schöpfer und anderer Herren aus der Novembersession enthält. Dort ist prinzipiell Stellung genommen zu der Frage eines Wehropfers. Ich will heute nicht vorgreifen, weil der Bundesrat erst in der Freitagsitzung zur Vorlage Stellung nehmen wird. Aber das kann ich jetzt schon mitteilen, dass dort für den Fall der Durchführung eines Wehropfers eine ansehnliche Quote für die Kantone vorgesehen ist. Wir werden also dort der Kantone wiederum gedenken, weil wir wissen, dass sie, zum Teil wenigstens, auch in finanziell sehr schwierigen Verhältnissen stehen; auch die Kantone, die sich finanziell noch gut über Wasser halten konnten, sehen sich immer wieder vor neue Aufgaben und Probleme gestellt, so dass sie dankbar sind, wenn wir ihnen zu gewissen Mehreinnahmen verhelfen.

Man kann nun die Frage stellen, ob der Gedanke des Herrn Walder im Verfassungstext zum Ausdruck gebracht werden muss. Wir wollten die Frage bei den Ausführungsbestimmungen abklären; wir wollten sie jedenfalls nicht offen lassen, denn eine solche Frage muss abgeklärt sein. Aber wir hätten es vorgezogen, diese Abklärung in den Ausführungsbestimmungen vorzunehmen. Herr Nationalrat

Walder möchte im Verfassungstext darüber Klarheit schaffen. Das ist eine mehr taktische Frage, die Sie interessiert für den Fall, dass Sie die Vorlage vor dem Volk vertreten müssen. Ich möchte mich infolgedessen zu dieser formellen Frage, ob die Sache hier schon im Verfassungstext berücksichtigt werden soll oder erst in den Ausführungsbestimmungen, nicht äussern, aber materiell stimme ich dem Antrag des Herrn Nationalrat Walder zu.

Huber-St. Gallen: Ich unterstütze den Antrag Walder. Zwar bin auch ich der Meinung, dass die von ihm vorgeschlagene Lösung selbstverständlich sein sollte. Hier handelt es sich um Ausgaben, die, wie irgendwelche andere Unkosten, unvermeidlich sind, die nicht etwa vom Ergebnis des Betriebes abhängen. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, dass man Automobilsteuern als Unkosten verrechnen kann, dass der Wirt die Patenttaxe als Unkosten verrechnen kann, dass der Hausierer seine Patenttaxe als Unkosten verrechnen kann, dass diese Ausgaben nicht als Einkommen zu versteuern sind. Nun hat aber Herr Kollege Walder doch recht, wenn er seinen Antrag stellt. Wir haben eben 25 kantonale Fisken und der Fiskus folgt nicht immer allein und ausschliesslich den Gesetzen der Logik, oder anders gesagt: Diese Fisken haben ihre eigene Logik. Für ihn ist die Logik richtig, die am meisten einträgt. Darum ist es nötig, dass in der Vorlage selber und nicht erst in die Ausführungsbestimmungen die von Herrn Dr. Walder vorgeschlagene Vorschrift aufgenommen wird. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Herrn Walder zuzustimmen.

Seiler: Ich bekämpfe den Antrag Walder, denn es handelt sich hier um Eingriffe in die kantonalen Finanzen. Wenn diese Ausgleichsteuer abgezogen werden kann, so werden dadurch die kantonalen Steuern vermindert. Ich habe die Auffassung, dass das nicht ohne weiteres geschehen darf. Die Frage, ob es sich um eine direkte oder eine indirekte Steuer handelt, ist nicht ohne weiteres abgeklärt, und ich kann auch nicht zugeben, wenn man erklärt, es handle sich einfach um eine Formfrage, ob man eine Bestimmung in die Verfassung aufnehmen wolle oder nicht. Ich muss also den Antrag Walder ablehnen. Die Finanzdirektoren werden dann bei Anlass der ständerätlichen Behandlung auf die Frage zurückkommen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Zusatzantrag Walder	63 Stimmen
Dagegen	27 Stimmen

Huber-St. Gallen, Berichterstatter der Minderheit: Wir beantragen Ihnen, entgegen dem Vorschlag der Kommission, statt zu sagen: „Ueber die zur Durchführung dieser Verfassungsbestimmung erforderlichen Vorschriften beschliesst die Bundesversammlung endgültig" zu sagen: „Die Vorschriften für die Durchführung dieser Verfassungsbestimmung werden durch Bundesgesetz geregelt."

Was Ihnen von der Kommission vorgeschlagen wird, verstösst gegen einen klaren Grundsatz unseres Verfassungsrechtes. Allgemein verbindliche Vorschriften sind nach Verfassungsrecht durch die Gesetzgebung zu ordnen und nicht durch einfache Bundesbeschlüsse, wie von der Mehrheit vorgeschlagen wird. Die Gesetzgebung kann die Form allgemein verbindlicher Bundesbeschlüsse oder von Gesetzen annehmen. Im einen wie im andern Fall ist das Recht des Volkes gewahrt durch das Referendum, womit die Abstimmung herbeigeführt werden kann. Im vorliegenden Fall ist es besonders notwendig, dass die Gesetzgebung ausdrücklich vorbehalten bleibt, weil die Vorlage selber unvollkommen und unvollständig ist. Die Vorlage enthält keine Begriffsbestimmungen. Was als Warenhaus, als Filialgeschäft oder als Spezialgeschäft usw. zu behandeln sei, wird nicht gesagt. Wir wissen aus der praktischen Anwendung eines andern Bundesbeschlusses, des Bundesbeschlusses über die Warenhäuser usw., wieviel Unsicherheit, wieviel Willkür in der Anwendung vorgekommen ist. Die Vorlage enthält gar keine Bestimmung über die Art der Progression. Der Bürger, der über die Vorlage abzustimmen hat, hat gar keine Vorstellung davon, wie praktisch nachher diese Grundsätze ausgestaltet und angewendet werden. Damit allein, dass man sagt, das Minimum ist 1 Promille, das Maximum ist das 50fache, hat man natürlich noch gar keine Regel. Wir haben einzig einen Grundsatz, dass das Maximum erst angewendet wird bei einem Umsatz von 10 Millionen, sonst haben wir gar nichts. Wir haben in der Vorlage selber auch keinerlei Bestimmung darüber, welche Instanzen dieses Gesetz durchzuführen haben, ob das eidgenössische Instanzen sind oder kantonale, und wenn es eidgenössische sind, welche dann? Insbesondere enthält die Vorlage auch gar nichts über den Rechtsschutz des mit der Steuer Belegten. Es ist kein einziges Rechtsmittel vorgesehen, weder eine Beschwerde, noch etwa, wie das im kantonalen Recht als selbstverständlich erachtet wird, die Möglichkeit, den Richter anzurufen. Es ist auch nicht gesagt, welcher Richter angerufen werden kann. Herr Walder hat in einer andern Vorlage, zuerst mit Erfolg, nachher mit Misserfolg, den Grundsatz der Gewaltentrennung in den Vordergrund stellen wollen. Hier haben wir wieder die grosse Gefahr, dass eigentlich der Bund und der Bundesrat alles mögliche an Kompetenzen für sich beanspruchen werden. Die Bundesversammlung ist geneigt, derartige Kompetenzen zu geben. Und wenn nicht, wie das dem Verfassungsrecht entspricht, eine Gesetzgebung vorbehalten wird, so hat das Volk gar keine Möglichkeit, zum Rechten zu sehen, sondern es ist mit der Vorlage verkauft, sobald es zugestimmt hat. Ich weiss und gebe ohne weiteres zu, dass man in die Vorlage selbst nicht das ganze Steuergesetz einbauen kann. Ich weiss auch, dass ein Hauptargument des Bundesrates gegen unsern Vorschlag darin besteht, diese Sache müsste möglichst rasch durchgeführt werden. Wenn eine Referendumsmöglichkeit bestehe, so sei es durchaus denkbar, dass ein Gesetz, das in der Bundesversammlung ausgearbeitet worden sei, nachher in der Volksabstimmung verworfen würde, wenn das Referendum ergriffen werde. Ich glaube aber, dass das im Grunde genommen ein Argument für unsern Antrag ist. Damit anerkennt man ja, dass man mit der Möglichkeit rechnet, ja dass man sie geradezu wünscht, Ausführungsbestimmungen zu machen, von denen man weiss, dass sie das Volk

nicht annehmen, dass man zum mindesten nicht mit Sicherheit damit rechnen kann, dass ihnen das Volk zustimmen würde. Wenn man so überlegt, es bestehe die Gefahr, das Volk werde nicht annehmen, was die Bundesversammlung vorschlagen würde, so ist das der beste Beweis dafür, dass die Bundesversammlung loyalerweise dieses Recht für sich nicht beanspruchen darf. Sie könnte das loyalerweise nur dann beanspruchen, wenn sie umgekehrt sagen würde: wir werden ja eine Vorlage ausarbeiten, die ganz sicher der Willensmeinung des Volkes entspricht.

Früher hat man in solchen Fällen entweder als Bestandteil der Verfassungsvorlage Uebergangsbestimmungen beigefügt, oder man hat wenigstens dem Volke gesagt, man gedenke das Steuergesetz in einer bestimmten Art und Weise auszugestalten und anzuwenden. Aber nie hat man dem Volke zu einer Steuervorlage blindlings die Zustimmung verlangt, ohne entweder Gewissheit oder doch eine bestimmte Wahrscheinlichkeit dafür zu geben, wie die Ausführung sein soll.

Ich glaube, es ist auch für die Freunde der Vorlage dringend wünschbar, unserm Antrage zuzustimmen, denn wenn Sie das nicht tun, werden Sie dem Gegner der Vorlage ein starkes Argument in die Hände geben. Sie werden ihm das Argument in die Hände geben, dass er dem Volke sagen kann: Werte Mitbürger, kauft nicht die Katze im Sack, Ihr wisst gar nicht, was nachher aus diesem Verfassungsartikel gemacht wird und wenn ihr einmal ja gesagt habt, könnt Ihr gar nichts mehr machen, auch wenn die Bundesversammlung etwas beschliesst, was Euch gar nicht gefällt. Die Bundesversammlung hat es dringend notwendig, dass sie sich nicht mit derartigen Mitteln eine Kompetenz verschafft, die ihr nicht zukommt. Sie steht ja nicht im Rufe, dem Volkswillen zu grosse Rücksicht zu tragen. Besonders seit etwa 5 Tagen hat dieser Ruf sich nicht verstärkt, dass das Parlament der Ausdruck der Volksmeinung sei. Ich bitte Sie deshalb, nicht wieder eine Vollmacht zu beanspruchen, nicht wieder aufs neue zu beweisen, dass man die verfassungsmässigen Rechte des Volkes einschränken will. Das ist am 27. November geschehen. Da hat das Volk für drei Jahre auf sein Mitspracherecht verzichtet. Bei der Dringlichkeitsinitiative anerkennen Sie, dass das Volk das System der Dringlichkeitsbeschlüsse nicht liebt. Jetzt wollen Sie in einer sehr wichtigen Materie, die für mindestens 10 Jahre geregelt werden soll, das Volk vom Mitspracherecht ausschliessen, nämlich bei der praktischen Ausgestaltung der Vorlage.

Ich bitte Sie, diese ganz üble Sache nicht in die Vorlage hineinzunehmen, sondern die Rechte des Volkes zu respektieren und die Ausführungsbestimmungen auf den Weg der Gesetzgebung zu verweisen.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte Sie dringend bitten, den Antrag von Herrn Huber abzulehnen. Herr Huber hat gesagt, der Antrag der Kommission wolle verfassungsmässige Rechte des Volkes einschränken. Ich will nicht näher darauf eintreten und es dem Juristen Huber überlassen, ob man das Einschränkung verfassungsmässiger Rechte nennen kann, wenn das Volk in einem Verfassungsartikel der Bundesversammlung gewisse Kompetenzen einräumt, wie es am 27. November geschehen ist und wie es hier geschehen soll. Ich glaube nicht, dass der Ausdruck „Beschränkung verfassungsmässiger Rechte" am Platze ist.

Aber nun zur Sache. Wir haben eingangs unzweifelhaft beschlossen, dass die Vorlage mit einer Deckung und zwar mit einer genügenden Deckung versehen werden soll. Wenn Sie dem Antrag von Herrn Huber zustimmen, stimmen Sie eigentlich gegen das, was Sie eingangs beschlossen haben. Allermindestens haben Sie die Sicherheit der Deckung nicht mehr. Warum? Sie haben dann im Verfassungsartikel wohl die Ausgabenkompetenz für den Bund geregelt. Er hat das Recht, 327 Millionen Franken auszugeben. Sie haben auch das Programm für diese Ausgaben genehmigt. Die Ausgaben können gemacht werden. Die Einnahmen sind aber ganz unsicher. Die Deckung besteht zum Teil, abgesehen vom Anteil der Nationalbank, einfach in einer verfassungsmässigen Bestimmung, wonach der Bund das Recht hat, eine Steuer auf den Detailhandelsgeschäften nach bestimmten Grundsätzen einzuführen. Ob das dann gemacht wird, ob diese Vorlage in der Volksabstimmung Erfolg hat, das vermögen wir nicht zu beurteilen. Sie dürfen nicht vergessen: Die Sache ist eine andere, wenn Sie die Angelegenheit regeln, so wie der Antrag Ihnen vorliegt. Dann hat das Volk im Moment, wo es die Ausgaben beschliesst, zugleich auch über die Deckung zu beschliessen, in dem Sinne, dass es wenigstens die Kompetenz dazu der Bundesversammlung überlässt. Wir glauben, dass die Bundesversammlung diese Aufgabe dann erfüllen und die Deckung beschliessen wird.

Nach dem Antrage Huber braucht es ein Gesetz, das dem Referendum unterstellt ist. Nun ist es nicht so schwer, die Gefahren für ein solches Gesetz vorauszusehen. Sie haben dann dieses Gesetz nicht mehr mit dem Zwecke der Verstärkung der Wehrhaftigkeit der Schweiz verbunden; Sie haben dieses Gesetz nicht mehr verbunden mit dem Zwecke der Arbeitsbeschaffung, sondern sie bringen vor das Volk eine reine Steuervorlage, bei der sich die verschiedensten Widerstände summieren können. Es könnten die Genossenschaften, die jetzt mit einem Ausnahmesatz bedacht worden sind, finden, null Prozent sei doch noch weniger als ½ %. Die Warenhäuser und andern Kategorien des Detailhandels könnten auch finden, gegen eine solche Steuervorlage könne man ruhig Opposition machen, denn sie gefährde ja nicht mehr die Arbeitsbeschaffung. Es ist nicht die Furcht vor der Volksabstimmung, sondern es ist die Ueberzeugung, dass es falsch wäre, die Deckung nicht mit der Ausgabendekretierung zu verbinden.

Herr Huber hat behauptet, dass das, was man in diesem Verfassungsartikel bringe, unvollständig und unvollkommen sei wie möglich. Wenn man dann schon diese Frage im Verfassungsartikel regeln wolle, müsste man weitergehen und z. B. stark spezialisieren. Ich gebe zu, das würde nach gewissen Seiten hin eine grössere Beruhigung schaffen, aber man muss eben doch dafür sorgen, dass der Verfassungsartikel nicht allzu schwerfällig wird.

Was ist nun in diesem Verfassungsartikel immerhin gesagt? Es sind die Kategorien von Be-

trieben erwähnt, die die Steuer zu bezahlen haben. Gewiss fehlen ganz genaue Definitionen; es kann also vielleicht in einem bestimmten Fall noch ein Zweifel bestehen, aber im grossen und ganzen wird dieser Zweifel nicht sehr gross sein können. Es besteht Sicherheit im Verfassungsartikel über den Maximalansatz für jede Kategorie, Sicherheit auch darüber, wo das Maximum der Steuer eintritt. Die Progression ist vielleicht nicht direkt, aber doch indirekt mehr oder weniger festgelegt. Das Volk kauft also keine Katze im Sack, wie gesagt wurde, sondern man kennt die Hauptgrundsätze dieser neuen Steuer. In dem Moment, wo das Volk die ganze Vorlage annimmt, inklusive Steuervorlage, hat es auch über diese Steuervorlage abgestimmt und sie genehmigt. Wenn Sie einen andern Beschluss fassen, verstossen Sie gegen eine gesunde Finanzpolitik. Wir dürfen sicher nicht im gegenwärtigen Moment eine Ausgabe in diesem Ausmasse dekretieren, ohne der Deckung sicher zu sein. Deshalb möchte ich dringend bitten, den Antrag Huber abzulehnen und die Kompetenz bei der Bundesversammlung zu belassen.

Schmid-Oberentfelden: Die Situation, in der wir uns befinden, ist nicht gerade so, wie sie vom Herrn Kommissionspräsidenten gekennzeichnet wurde. Grundsätzlich wurde der Deckung zugestimmt, einer Deckung, wie wir sie nicht gewünscht haben: ganz abgesehen davon, dass man zu einer andern Zeit oder in einer andern Situation ganz anders vorgegangen ist. Es gab eine Zeit, wo vielleicht die finanzielle Situation der Schweiz eine viel gespanntere war als heute, das war die Kriegszeit. Damals hat man den ordentlichen Weg beschritten, indem man Anleihen aufnahm. Es blieb nichts anderes übrig. Aber man gelangte zur Deckung der Ausgaben an das Volk. Man hat dem Volk so viel Vertrauen geschenkt, dass man sich sagte, das Volk werde die Notwendigkeit erkennen. Infolgedessen hat man ihm eine Kriegssteuer unterbreitet, die vom Volk mitten in der Kriegszeit angenommen wurde. Heute, in einer Zeit, wo wir sehr viel flüssiges Geld zur Verfügung haben, wo man mit diesem Geld ohne weiteres die naturnotwendigen Ausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestreiten könnte, will man so weit gehen, dass man das Volk überhaupt ausschaltet bei der Gestaltung der Steuer. Ich habe mich über den Herrn Referenten, der nächstens in den Bundesrat einziehen wird, und über das Misstrauen, das er dem Volk gegenüber an den Tag legt, eigentlich verwundert; es kann allerdings ja darauf zurückzuführen sein, dass er vielleicht das Gefühl hat, dass das Volk ihn als Bundesrat nicht gewählt hätte. Aber das ist kein Grund, um die Gesetzgebung so zu gestalten, wie sie jetzt gestaltet werden soll.

Was notwendig ist, wie das auch Herr Dr. Wetter zweifellos zugeben wird, ist das, dass man heute endlich dazu kommt, die Arbeitslosigkeit etwas stärker zu bekämpfen, weitergehend als das bis jetzt der Fall war. Es gibt in der Schweiz sehr viele Leute, die erklären, in Diktaturstaaten habe man wenigstens Arbeit, und die sich darüber verwundern, dass die schweizerischen Banken, die ja 3½ Milliarden Franken nach Deutschland gegeben haben, kein Verständnis dafür besitzen, dass man wenigstens für die Arbeitslosen in der Schweiz auch einige Hundert Millionen zur Verfügung stellen sollte. Wo war die Deckung, als Sie dieses Geld nach Deutschland gaben? Diese Deckung geht im Grunde genommen auf Kosten des Volkes, Ihre ganze Wirtschaftspolitik wird durch diese Schuldenlast bestimmt und Sie kommen heute und wollen das Volk ausschalten in einem Moment, wo es sich darum handelt, dass man darüber entscheidet, wie die Steuergesetzgebung ausgebaut werden soll. Ich habe das absolute Vertrauen, dass das Volk einem Steuergesetz zustimmt, das auf Grund dieses Verfassungsartikels in Form eines Gesetzes erlassen wird, wenn dieses Gesetz gerecht ist. Wir haben übrigens am 27. November gesehen, wie weit das Vertrauen des Volkes geht. Heute kommen Sie und wollen das Volk wiederum vor den Kopf stossen. Ich halte das für unerhört, was jetzt nach Mehrheitsantrag beschlossen werden soll. Das wäre im Grunde genommen die Sanktion der Willkür. Es gibt keine Rechtsgarantien, es gibt keine Rekursinstanzen, es gibt nur eine Verwaltung, die nachher festlegt, und es gibt nur die Bundesversammlung, die je nach Stimmung und Situation eben die Ausführungsbestimmungen schafft. Das ist eine ganz ungesunde Entwicklung. Sie gefährden damit bis zu einem gewissen Grade die Vorlage. Das wird Ihnen allerdings nicht einleuchten; denn Sie werden sich sagen, diese Vorlage diene in erster Linie und primär für die Arbeitsbeschaffung, das Volk werde also zustimmen müssen. Täuschen Sie sich nicht, die Situation ist nicht unter allen Umständen so. Ich möchte Sie sehr bitten, dem Antrag des Herrn Huber zuzustimmen.

Bundesrat **Obrecht:** In Uebereinstimmung mit dem Herrn Kommissionspräsidenten möchte ich Sie ebenfalls dringend bitten, den Antrag der Minderheit abzulehnen und dem Antrag der Mehrheit, vertreten durch den Kommissionspräsidenten, zuzustimmen. Man kann eigentlich nicht von einer Mehrheit sprechen, denn in der Kommission war das Stimmenverhältnis 11:11. Der Bundesrat steht aber unbedingt auf dem Boden, man solle den Erlass der Ausführungsbestimmungen der Bundesversammlung anheimstellen. Es ist zuzugeben, dass das nicht der Normalfall ist. Normalerweise erfolgt die Ausführung von Verfassungsbestimmungen durch das Gesetz, mit Referendumsvorbehalt. Aber wenn Sie den normalen Typus einer Verfassungsbestimmung ansehen — das muss Herrn Nationalrat Huber als Jurist geläufig sein — dann werden Sie feststellen, dass in der grossen Mehrzahl unserer Verfassungsbestimmungen nichts anderes gesagt wird als das, der Bund sei kompetent, über dieses oder jenes Gebiet allgemeine Bestimmungen zu erlassen, gesetzgeberisch tätig zu ein. Die Gesetzgebungskompetenz wird dem Bund eingeräumt, aber in den meisten Verfassungsartikeln steht nicht, in welchem Sinn dann die Bundesgesetzgebung sich bewegen soll. Es sind weder Direktiven noch Schranken gegeben. Da ist es selbstverständlich, dass Gesetze mit Referendumsvorbehalt geschaffen werden müssen, damit, wenn der Bundesgesetzgeber von dieser Kompetenz einen Gebrauch macht, der der Meinung des Volkes

nicht gerecht wird, das Volk die Möglichkeit des Referendums hat.

Aber schauen Sie sich diesen Verfassungsartikel hier an. In Ziff. 3 über die Ausgleichsteuer, wo ja umschrieben ist, wer der Ausgleichsteuer unterworfen werden soll, wo gesagt ist, wie die Steuer im Minimum aussehen darf — sie beträgt 1 ‰ — wie hoch sie gehen darf, das Maximum bei Geschäftsumsätzen von 10 Millionen oder mehr, da sind die Schranken gezogen, die Steuer ist abgegrenzt, umrissen, und was nachher noch aufgestellt werden muss, das sind die Detailbestimmungen, und dazu gehören natürlich auch die Rekursmöglichkeiten. Es ist ganz selbstverständlich, dass auch bei dieser Steuer eine Rekursmöglichkeit geschaffen werden muss; das wäre ja die erste Steuer im Schweizerland, bei der man nicht rekurrieren könnte; so etwas wäre ja in der ausgeprägtesten Demokratie gar nicht denkbar. Aber Sie werden nicht verlangen, dass man im Verfassungstext nun die verschiedenen Arten von Beschwerdeinstanzen und Beschwerdemöglichkeiten auch noch aufzähle. Das sind Sachen, die man doch vertrauensvoll der Bundesversammlung überlassen darf. Und wenn nun die Verfassungsbestimmung, zu der das Volk Stellung nimmt — Herr Nationalrat Schmid, das Volk wird berufen sein, diese Rechtssätze, die wir heute aufstellen, gutzuheissen oder zu verwerfen — wenn das Volk nun diesen Rahmen gutgeheissen hat und zugleich beschliesst, die Detailbest mmungen solle die Bundesversammlung endgültig erlassen, so ist da nun wirklich den Rechten des Volkes vollauf Rechnung getragen. Auf der andern Seite dürfen Sie die praktische Seite nicht übersehen, dass, wenn Sie eine sichere Einnahme schaffen wollen gegenüber den Ausgaben, die hier endgültig beschlossen werden sollen, Sie dann die Sache nicht wieder dem Referendum aussetzen dürfen, sonst wird die Angelegenheit zum mindesten auf die lange Bank geschoben, und die Ausgaben werden dann Jahre hindurch gemacht. Die Möglichkeit wäre nicht ausgeschlossen, dass die vollen 327 Millionen ausgegeben würden, bevor auch nur ein Franken von dieser Ausgleichsteuer sichtbar würde. Eine solche Deckung wäre eine problematische Deckung. Wenn es Ihnen ernst ist mit der Deckungsfrage, müssen Sie dem Bundesrate zustimmen, was ich Ihnen empfehle.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	75 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	57 Stimmen

M. le **Président:** L'amendement présenté par M. Gafner n'ayant pas été combattu est considéré comme adopté.

Ziff. 4.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Wird der Währungsausgleichsfonds der Schweizerischen Nationalbank als Reingewinn verfügbar, so sind ihm 75 Millionen Franken zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen des Bundes für die Arbeitsbeschaffung zu entnehmen. Ein gleicher Betrag ist dann, vorbehältlich der endgültigen Regelung der Verteilung des Fonds, den Kantonen im Verhältnis ihrer Wohnbevölkerung zuzuwenden. Inzwischen wird die Nationalbank dem Bunde und, im Verhältnis zur Wohnbevölkerung, den Kantonen gegen Schatzscheine zu einem unter dem offiziellen Diskontsatz liegenden Zinfuss Kredite bis zum Höchstbetrage von je 75 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Diese von Bund und Kantonen eingereichten Schatzscheine verfallen im Zeitpunkt der Auflösung des Währungsausgleichsfonds und werden alsdann gegebenenfalls mit den Anteilen von Bund und Kantonen verrechnet.

Minderheit

(Bringolf, Graber, Grimm, Huber-St. Gallen, Meierhans, Nobs, Rosselet, Schneider):

Hauptantrag.

Dem Währungsausgleichsfonds (Abwertungsgewinn) der Nationalbank werden 100 Millionen Franken zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen des Bundes für Arbeitsbeschaffung entnommen.

Ein gleicher Betrag ist für dieselben Zwecke den Kantonen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung zuzuwenden.

Der Gesamtbetrag von 200 Millionen wird im Zeitpunkte der endgültigen Verteilung des Abwertungsgewinnes gemäss den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes mit den Anteilen des Bundes und der Kantone verrechnet.

Eventualantrag.

Die Ziffer „75" beide Male ersetzen durch „100".

Abänderungsantrag Bossi-Lugano.

Dem Währungsausgleichsfonds der Nationalbank werden 75 Millionen Fr. zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen des Bundes für Arbeitsbeschaffung entnommen.

Ein gleicher Betrag ist den Kantonen im Verhältnis der Wohnbevölkerung zuzuwenden, ohne Präjudizierung der endgültigen Verteilung, die gemäss den Bestimmungen von Art. 28 des Nationalbankgesetzes zu erfolgen haben wird.

Ch. 4.

Proposition de la commission.

Majorité:

Si le fonds d'égalisation des changes de la Banque nationale suisse laisse un bénéfice net disponible, 75 millions de francs seront prélevés pour amortir une fraction des dépenses causées à la Confédération par la création de possibilités de travail. Simultanément, une somme égale sera versée aux cantons, proportionnellement au nombre de leurs habitants, sans préjudice de la répartition définitive. Dans l'intervalle, la Banque nationale avancera, contre remise de bons du trésor escomptables à un taux inférieur au taux d'escompte officiel, une somme de 75 millions de francs au plus à la Confédération et autant aux cantons, proportionnellement au nombre de leurs habitants. Les bons du trésor présentés par la Confédération et les cantons seront échus à la date de la dissolution du fonds d'égalisation des changes et compensés, le cas échéant avec les parts de la Confédération et des cantons.

Minorité
(Bringolf, Graber, Grimm, Huber-St-Gall, Meierhans, Nobs, Rosselet, Schneider):

Principale.

Il est prélevé sur le fonds d'égalisation des changes de la Banque nationale (bénéfice de la dévaluation) une somme de 100 millions de francs au titre d'amortissement partiel des dépenses faites par la Confédération pour lutter contre le chômage.

Une somme égale est versée, pour le même but, aux cantons, proportionnellement au nombre de leurs habitants.

Lorsque le bénéfice de la dévaluation sera réparti définitivement, suivant les dispositions de la loi sur la Banque nationale, les 200 millions ainsi prélevés seront imputés sur les parts de la Confédération et des cantons.

Subsidiaire.

Remplacer, à deux endroits, «75 millions» par «100» millions.

Amendement Bossi-Lugano.

Sur le fonds d'égalisation des changes de la Banque nationale suisse, 75 millions de francs seront prélevés pour amortir une partie des dépenses faites par la Confédération pour la création de possibilités de travail.

Une somme égale sera versée aux cantons proportionnellement au nombre de leurs habitants, sans préjudice de la répartition définitive, qui sera faite suivant les dispositions de l'art. 28 de la loi sur la Banque nationale.

M. le **Président:** Le chiffre 4 a quatre phrases en tout. Etant donné le grand nombre de propositions, nous discuterons phrase après phrase.

Nous avons tout d'abord un amendement de M. Bringolf au nom de la minorité de la commission et un autre de M. Bossi-Lugano. M. Bringolf n'est pas ici en ce moment. Un autre membre de la minorité veut-il reprendre la proposition de M. Bringolf?

Meierhans, Berichterstatter der Minderheit: Die Minderheit beantragt Ihnen, für die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes nicht bloss je 75 Millionen Fr. für Bund und Kantone heranzuziehen, sondern den Betrag auf je 100 Millionen Fr. zu erhöhen. Wir sind der Auffassung, dass die Höhe des Abwertungsgewinnes diese Entnahme von rund 200 Millionen Fr. ohne weiteres gestattet, genau ebensogut gestattet wie die Entnahme von 150 Millionen Fr. Der Abwertungsgewinn der Nationalbank beläuft sich nach dem untersten Satz der Abwertung auf 538 Millionen Fr. Ob Sie nun von diesen 538 Millionen Fr. 150 oder 200 Millionen Fr. entwenden, grundsätzlich wird an der Bedeutung dieser Entnahme nichts geändert. Es ist das möglich, ohne dass die Währung gefährdet und ohne dass das Vertrauen in unsere Wirtschaft irgendwie erschüttert würde. Aber das hätte dann zur wohltätigen Folge, dass die Steuer, die ja allgemeinem Widerstand begegnet, wenn sie angenommen wird, auf eine kürzere Zeitdauer befristet werden könnte. Das würde vielleicht auch jene mit der Steuer versöhnen, die heute der Meinung sind, sie sei untragbar. Wir beantragen Ihnen deshalb, den Betrag von 200 Millionen Fr., d. h. je 100 Millionen Fr. für Bund und 100 Millionen Fr. für die Kantone, für die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes heranzuziehen.

Wunderli: 1. Es ist merkwürdig, dass bei dieser Angelegenheit die besondere Kommission, die für oder gegen eine allfällige Verteilung des Abwertungsgewinnes existierte, höchst formlos ausser Kurs gesetzt wurde.

2. Dass die Nationalbank ihren ursprünglichen Standpunkt geändert hat, ist nicht gerade erfreulich, resp. nicht männlich. Wenn sie doch teilweise nachgeben wollte, hätte sie es besser gleich anfangs getan. Mit der Form an sich könnte man einverstanden sein.

3. Es ist nicht lange her, dass man noch von der Abwertung des Pfundes und des Dollars redete; ferner von der Wertverminderung des Goldes, als Russland zwecks Störung der Weltwirtschaft von seinem blutbefleckten Sklavengold grosse Mengen auf den Markt warf. Sind diese Gefahren endgültig vorbei, so frage ich? Dabei weiss ich auch, dass die Währung nicht nur von der Goldreserve der Nationalbank abhängt.

4. Wenn man aber schon den Abwertungsgewinn der Nationalbank anzapfen will, der ein Gewinn ausserordentlicher Natur ist und im Nationalbankgesetz nicht vorausgesehen werden konnte, dann sollte das nur zur Schuldentilgung bei Bund und Kantonen geschehen. Diese Mittel sollten nicht für die laufende Rechnung verwendet werden. Man sage nicht, es komme auf dasselbe heraus, sonst müsse man nur mehr Schulden machen.

5. Wenn ein Betriebsinhaber 10 000 Fr. zum Ausbau seines Betriebes, oder wenn ein Bauer zum Landankauf eine solche Summe aufnimmt, dann aber die Hälfte davon für die Familie während des Jahres verbraucht, selbstverständlich für Kulturausgaben, nicht für Milch und Käse, so ist das ein liederlicher Haushalter. Aehnlich gehen wir hier vor. Wir streuen uns und dem Volke Sand in die Augen über die wirklichen Lasten und Kosten für den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Statt dass der Gesamtbetrag neu aufgebracht wird, wobei es ohne Belastung des Konsums nicht abgeht — mit dem alten Ladenhüter der vermehrten Heranziehung des Besitzes kommt man nicht aus — verwendet man einen Teil der Substanz. Das ist Selbsttäuschung und unverantwortlich, richtige Schwundgelderwirtschaft. Darum stimme ich Ziffer 4 in dieser Form nicht zu. Weil ich aber mit dieser Meinung als einsamer Rufer in der Wüste allein dastehe, verzichte ich darauf, einen Rückweisungsantrag zu stellen.

6. Was dann, wenn diese 415 Millionen Fr. aufgebraucht sein werden und die Arbeitslosigkeit und neuer Rüstungsbedarf aber gleichwohl bestehen? Auch dann sollten wir wieder Geld haben. Daher ist es leichtsinnig, mehr zu verputzen als wir ein-

nehmen. Jedenfalls sind alle Begehren für ein Mehr aus dem Abwertungsgewinn abzuweisen.

Stähli-Siebnen: Ich möchte Ihnen empfehlen, den Antrag der Minderheit der Kommission abzulehnen und der Ziffer 4 in jener Fassung zuzustimmen, die die Kommission vorschlägt. Der Antrag auf Entnahme eines noch höheren Betrages vom Abwertungsgewinn der Nationalbank beweist, wie berechtigt die Bedenken jener Kreise sind, die grundsätzlich Gegner einer auch bloss teilweisen Heranziehung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank zur Deckung eines Teiles der Arbeitsbeschaffungskredite des Bundes und der Kantone sind.

Ich meinerseits kann übrigens dem Kommissionsantrage nur deshalb zustimmen, weil die Inanspruchnahme des Währungsausgleichsfonds vom Verfügbarwerden des Abwertungsgewinnes der Nationalbank abhängig gemacht wird.

Der Sache selbst wird dadurch gedient, dass sich die Nationalbank bereit erklärt hat, dem Bunde und den Kantonen Kredite von je maximal 75 Millionen Franken gegen Schatzscheine und zu einem Zinsfusse zu gewähren, der unter dem offiziellen Diskontsatz liegt. Damit bleibt wenigstens das Prinzip der Schuldverpflichtung gewahrt.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die gewährten Kredite auch zu einem ganz minimen Zinssatz oder sogar überhaupt zinsfrei begeben werden.

Das Mittel der Reskriptionen als Finanzierungsmassnahme des Staates ist ausserordentlich bequem. Es wäre sehr wohl denkbar, dass die Nationalbank Schatzscheine sogar bis zur Höhe der Ausgleichsreserve entgegennähme.

Wenn wir aber eine unter Umständen verhängnisvolle Reskriptionenwirtschaft vermeiden wollen, geht es nicht an, unser Noteninstitut auf diesem heiklen Gebiete auf lange Sicht zu binden.

Der Abwertungsgewinn kann heute noch keineswegs als absolut gesichert betrachtet werden. Wird zum Beispiel der Goldpreis reduziert, so verkleinert sich naturgemäss dieser Gewinn. Je nach dem definitiven Goldwert des Frankens kann derselbe aber auch noch um einige Prozente steigen.

Nachdem unser Franken bis heute noch nicht stabilisiert worden ist, muss der Abwertungsgewinn, wie er im Währungsausgleichsfonds ausgewiesen wird — entgegen einer weitverbreiteten Auffassung — immer noch als Buchgewinn taxiert werden, der einem speziellen Goldverrechnungskonto gutgeschrieben worden ist.

Als effektiver Gewinn ist der Währungsausgleichsfonds erst dann anzusprechen, wenn er als Reingewinn verfügbar wird.

Wollte man, um das Risiko zu vermeiden, das gelbe Metall in Devisen verwandeln dann könnte leicht das Gegenteil der erhofften Wirkung eintreten, wie dies bei Anlass des Pfundsturzes in Erscheinung getreten ist, wo in Italien, Belgien, Frankreich und Holland der Staat den Notenbanken beispringen musste.

Es stünde allerdings ein Ausweg offen, um gewisse Bedenken gegen eine vorzeitige Verwendung des Abwertungsgewinnes zu zerstreuen, nämlich darin, dass der Bund durch ein Bundesgesetz die Garantie leisten würde, sämtliche Risiken aus Goldbestand und Devisen zu übernehmen, das heisst für jene Verluste, welche die Nationalbank nicht aus dem ordentlichen Geschäft zu decken in der Lage wäre. Bekanntlich ist die Nationalbank durch Art. 2 des Bundesratsbeschlusses betreffend Währungsmassnahmen vom 27. September 1936 von der Verpflichtung enthoben worden, ihre Noten gemäss Art. 20 und 20bis des Bundesgesetzes vom 7. April 1921 und 20. Dezember 1929 über die Schweizerische Nationalbank in Gold und Golddevisen einzulösen.

Aber sie bleibt gleichwohl verpflichtet, die gesetzliche Deckung der Noten aufrechtzuerhalten.

Art. 3 dieses Beschlusses weist die Nationalbank an, den Goldwert des Frankens zwischen 190 und 215 Milligramm Feingold zu halten, was einer Abwertung von im Mittel 30 % entspricht.

Mit dieser Massnahme hat der im September 1936 vorhandene Goldbestand der Nationalbank nach dem neuen Geldwert einfach eine höhere Bewertung erfahren, wie sie im Währungsausgleichsfonds zum sichtbaren Ausdruck gelangt.

Seinem Gewichte nach ist aber der Goldbestand der Nationalbank bekanntlich genau gleich geblieben wie vor der Abwertung des Frankens.

Wir wollen hier nicht über die verschiedenen Geldtheorien rechten, die mancherlei Wandlungen durchgemacht haben, vor der Abwertung des Frankens. Es kann aber nicht bestritten werden, dass das Gold bisher unser vornehmstes Münzgut geblieben ist, trotzdem es nicht absolut wertbeständig ist.

Diese Tatsache darf bei der Beurteilung von Wesen und Bedeutung des Währungsausgleichsfonds nicht übersehen werden, ungeachtet des Gedankens der Staatsschuldentilgung. Wir alle sind uns der grossen Bedeutung, welche die Arbeitsbeschaffung vom militärischen und vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus zu erfüllen hat, bewusst. Aber gerade wegen dieser überragenden Bedeutung wäre es ausserordentlich bedauerlich, wenn wir nun dazu übergingen, einen eigentlichen Beutezug auf die Ausgleichsreserve zu unternehmen, in Zeiten einer absolut unsichern internationalen Währungslage, wo immer wieder mit erheblichen Währungsverlusten gerechnet werden muss. Selbstverständlich können wir mit bloss theoretischen Erörterungen über den Abwertungsgewinn weder Festungen bauen, noch die Arbeitslosigkeit bekämpfen, aber es gibt eben noch eine sehr reale Ueberlegung, und das ist die Sorge für unsern Finanzhaushalt. Wer kann uns dafür garantieren, dass die künftige Verstärkung der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht nur Hunderte von Millionen Fr., sondern vielleicht sogar 2 oder 3 Milliarden Fr. kosten wird? Wenn uns unsere schweizerische Demokratie des höchsten Einsatzes wert ist, dann darf uns der Wille zur Selbstbehauptung nicht einfach auf den Weg des geringsten Widerstandes führen, als welcher ein Zugriff auf den Währungsausgleichsfonds zu taxieren ist. Wir werden daher bei einem nächsten Anlauf den Mut finden müssen, unser Volk auf noch viel grössere Opfer finanzieller Natur vorzubereiten durch Schaffung neuer, hinreichender Einnahmequellen. Hüten wir uns aber, schon jetzt die noch

verbleibenden Reserven der finanziellen Kriegsvorsorge, zu denen auch der Währungsausgleichsfonds zu zählen ist, vorzeitig anzugreifen. Aus diesen Erwägungen heraus empfehle ich Ihnen, den Antrag der Minderheit der Kommission abzulehnen und der Ziffer 4 des Verfassungsartikels in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Bringolf: Der am 13. Dezember ausgeteilte Antrag der Kommissionsminderheit ist ein Hauptantrag; eventuell beantragt die Minderheit, wenn der Hauptantrag abgelehnt werden sollte, statt 75 Millionen 100 Millionen einzusetzen. In der Kommission ist dieser Hauptantrag der Minderheit wiederholt besprochen worden, und die Argumente für und gegen sind ebenfalls zum Ausdruck gekommen. Es geht bei dieser Frage darum, ob der Nationalrat bezw. die Bundesversammlung erkennt, dass die Stunde gekommen ist, um ernsthaft den Willen zu zeigen, Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in möglichst grossem Umfang durchzuführen. Das ist die Kernfrage. Mit andern Worten, es handelt sich darum, ob man auch hier in der Bundesversammlung erkennt, dass man von den Worten zur Tat übergehen muss. Man kann nicht immer nur von der Arbeitslosigkeit und von der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung reden, von dem, was getan werden sollte, und, wenn es darauf ankommt, Massnahmen durchzuführen, die Mittel dafür bereitzustellen, zurückkrebsen und erklären, man habe kein Geld. Damit ist die Krise im Lande nicht überwunden, damit sind die Verhältnisse nicht nur nicht gebessert, sondern das Gegenteil davon ist geschehen. Es kommt also nicht auf die mehr oder weniger zutreffende Erwägung an, ob der Währungsausgleichfonds ein Buchgewinn, ob er eine Reserve für noch schlechtere Zeiten sei, ob eine neue Abwertung gerade diesen Ausgleichsfonds zwinge, sich unangetastet zu erhalten usw., sondern es kommt darauf an, ob man einen so und so grossen Haufen Gold umsetzen will in lebendige, in wirtschaftliche und soziale Werke. Das ist schliesslich das Gescheiteste, und ich wundere mich etwas, dass jene, die uns sonst immer erzählen, wir seien keine Praktiker, für sich aber in Anspruch nehmen, dass sie die grossen Praktiker seien, uns mit Theorien gewissermassen zurückzudrängen versuchen, obwohl wir finden, jetzt handle es sich darum, praktisch und nicht theoretisch zu handeln, d. h. zu helfen, und das kann man nur, wenn man die Mittel bereitstellt.

Ich wundere mich auch noch über etwas anderes. Herr Kollege Stähli hat vorhin die Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes bekämpft. Ich will auf die Gründe, die er entwickelt hat, nicht eintreten, sondern nur fragen, wie man sich die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und der Auslagen für die militärische Landesverteidigung vorstellt, wie die Bundesfinanzreform überhaupt verwirklicht werden soll, wenn man gegen die Inanspruchnahme eines Teils oder des ganzen Abwertungsgewinnes ist, wenn man gegen ein Wehropfer und gegen die Kapitalertragsteuer ist. Wie stellt man sich die künftigen Finanzmassnahmen eigentlich vor? Ob man vielleicht aus einem Volk, das durch die Krise bereits stark mitgenommen ist, dessen private Reserven weitgehend erschöpft sind, noch mehr herauszuholen versucht, als das bisher der Fall war? Also so, wie Herr Kollege Stähli sagte, dass das Volk sich vorbereiten müsse, noch grössere Opfer auf sich zu nehmen? Ich sehe allerdings den Weg etwas anders und lehne da auch Ueberlegungen ab, die die A. G. Leu und Co. am 14. Dezember in der „Neuen Zürcher Zeitung" angestellt hat und die in der Feststellung gipfelten, dass es dieser Bank scheine, dass man vor einer leichtfertigen Verschleuderung des Abwertungsgewinnes sich hüten sollte. Ich habe die bescheidene Auffassung, dass gewisse Grossbanken in der Schweiz unzuständig sind, dem Nationalrat Lehren zu erteilen über Verschleuderung von Geldern, und zu diesen Grossbanken zähle ich auch die Bank Leu & Co.

Aber die Kommissionsmehrheit erklärt, sie wolle mit ihrem Antrag im Grunde genommen dasselbe, was die Minderheit wolle. Sie wolle gewissermassen nur eine vorsichtigere Fassung des Antrages. Wir haben schon in der Kommission gesagt, wenn diese Interpretation zutrifft, wäre das ungefähr das berühmte Rezept: Hau' der Katz den Schwanz ab, hau' ihn ihr aber nicht ganz ab. Wir haben jedoch die Auffassung, dass der Vorschlag der Mehrheit gefährlich ist im Blick auf die künftige Entwicklung und im Blick auf die Gegner einer Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes, im Blick auch auf jene Leute, die zwar von der Notwendigkeit der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit sprechen, aber dafür nichts Ernsthaftes tun wollen. Wir haben die Auffassung, dass, wenn Sie Ziffer 4 gemäss Kommissionsmehrheit annehmen, dann immer wieder die Möglichkeit besteht, zurückzukrebsen und zu erklären: Es hat sich herausgestellt, dass ein Abwertungsgewinn nicht besteht, dass also allfällig auf Konto dieses Gewinnes vorbezogene Kredite der Kantone oder des Bundes wieder zurückbezahlt werden müssen. Und da fürchte ich eben, dass zufolge dieser Fassung des Absatzes 4 gemäss Kommissionsmehrheit viele kantonale Finanzdirektoren und Regierungen sich scheuen werden, Vorschüsse, Kredite von der Nationalbank, und wenn sie sogar zinslos oder gebührenlos offeriert würden, in Anspruch zu nehmen, weil sie nicht wissen, ob vielleicht doch nach Ablauf einiger Jahre diese Gelder wieder zurückbezahlt werden müssen. Sie kennen die Finanzdirektoren in den Kantonen herum so gut wie ich. Heute will kein Finanzdirektor, der es mit seiner Aufgabe ernst nimmt, neue Schulden zu den schon vorhandenen hinzufügen, sogar wenn ihm die Kredite in dieser relativ günstigen Weise offeriert werden, wie das hier der Fall ist. Ich erlaube mir sogar, die Frage zu stellen, ob der Urheber des Mehrheitsantrages, der Finanzdirektor des Kantons Aargau, sich nicht noch sehr besinnen wird, wenn sein bezw. der Antrag der Kommissionsmehrheit von der Bundesversammlung angenommen wird, auf Grund dieser Bestimmungen Kredite von der Nationalbank in Anspruch zu nehmen. Denn das Damoklesschwert, das über solchen Krediten hängt, nämlich dass sie wieder zurückbezahlt werden müssen, erschwert das Vorgehen. Darum sollte der Rat eine klare Situation schaffen. Wir wollen ja nicht den gesamten Abwertungsgewinn, der übrigens heute höher ist, als er noch für das Jahr 1937 im Rechnungsabschluss der Nationalbank ausgewiesen wurde, weil der Goldwert wieder gestiegen ist, in Anspruch nehmen. Wir

beantragen Ihnen, 200 Millionen aus dem Abwertungsgewinn zu entnehmen, wovon 100 Millionen für den Bund und 100 Millionen zur Verteilung an die Kantone. Allerdings soll dann — und das ist ein wichtiger Teil unseres Minderheitsantrages — der vorbezogene Anteil sowohl des Bundes als der Kantone, wenn der Abwertungsgewinn zur Verteilung zwischen Bund und Kantone gelangt, im Sinne des Gesetzes verrechnet werden.

Ich schliesse mit der nochmaligen Feststellung, dass ich mir nicht denken kann, dass die Kantone der Arbeitslosigkeit, so wie es sein muss, grosszügig auf den Leib rücken, ohne dass sie die Mittel dazu besitzen. Ich kann mir aber auch nicht denken, dass der Weg der Kommissionsmehrheit diese Mittel beschafft. Diese Mittel werden beschafft, wenn Sie dem Antrag der Kommissionsminderheit zustimmen. Nur der Antrag der Minderheit wahrt die Interessen der Arbeitslosen in unserem Lande.

Bossi-Lugano: So che la proposta adottata dalla commissione potrà essere difficilmente combattuta dalla maggioranza di questa sala. Avendo tuttavia il Governo ed il Gran Consiglio del mio Cantone deciso di domandare all'alto Consiglio federale che proceda al riparto dell'utile realizzato sulla svalutazione del franco svizzero, era mio dovere di formulare la mia proposta in questo punto in cui si tratta di discutere, in principio, se esiste un utile di svalutazione e di esaminare se questo utile deve essere destinato secondo la legge, oppure differentemente.

Mi sembra che il Consiglio federale dovrebbe essere persuaso di seguire una politica che, in una famiglia, sarebbe poco prudente. Si tratta di un utile che può essere paragonato ad un piatto di miele di cui si discute se deve essere destinato alla nonna, per la sua età, oppure ai teneri nipoti, e Frattanto di dimentica che attorno volano mosche, vespe ed api. Il confronto non è cosi strano come potrebbe sembrare, riflettendo che a proposito di questo fondo di svalutazione o di conguaglio dei cambi sono state presentate differenti proposte: l'iniziativa socialista per la creazione di occasioni di lavoro le quale domandava il prelevamento di 300 milioni; ora il Consiglio federale ha dovuto, sulla base di detta iniziativa, presentare un controprogetto dove si domanda un prelevamento condizionato di 150 milioni; oggi una proposta dell'on. Bringolf e della minoranza della commissione, che vuole portare i 150 milioni a 200 e, come udremo fra poco una proposta degli on. Musy e Escher che domandano 100 milioni per i Cantoni di montagna o per le popolazioni di montagna.

Esiste o non esiste l'utile di svalutazione? Si è detto che l'utile non è accertato perchè non è stato ancora stabilizzato il valore del franco. Io constato:

1. che per comperare 1 fr. occorrevano prima della svalutazione 290 mg. di oro;

2. che dopo la svalutazione lo si puó comperare con 203 mg. oro;

3. che l'alto Consiglio federale ha la facoltà di stabilizzare il valore del franco svizzero fra i 190 ed i 215 mg. oro.

Risulta quindi un utile effettivo. Si dice che non è effettivo perchè non è un aumento di ricchezza. Me se io diminuisco i miei debiti aumento evidentemente la mia ricchezza. E se prima con 290 mg. oro comperavo un franco svizzero, oggi 203 o 215 bastano. La differenza fra 215 e 290 è una sopravvenienza che rimane una volta pagati i debiti. L'utile quindi esiste.

Questo utile è ordinario o straordinario? Ho letto il verbale della commissione e rilevato, su questo punto che, la Banca nazionale si trincera dietro la riserva che la questione deve essere decisa dall'alto Consiglio federale. Il Consiglio federale, a sua volta, si trincera dietro l'incertezza dei tempi. Nessuno prende una decisione. E però positivo che occorre uscire da questo dubbio. Si dice che l'utile non è ordinario, essendo utile ordinario solo quello che risulta dagli affari normali compiuti dalla Banca. Utile straordinario sarebbe quello sisultato da una svalutazione improvvisa del franco svizzero decisa dal Consiglio federale. Ma è questo utile straordinario sottopposto alla legge o non vi è sottopposto? La legge, all'art. 28 non parla nè di utile ordinario, nè di utile straordinario, parla unicamente di utile netto. Alla fine del 1936 la Banca nazionale presentava fra i suoi utili anche l'utile netto proveniente dalla svalutazione del franco. Nel dubbio il Consiglio federale insiste di non voler decidere la questione. Ed allora sorge una domanda importante, da un punto di vista sostanziale ed intrinseco, relativa alla cifra 4 del progetto che esaminiamo. Ammetto che quando i problemi sono difficili si cerchi una soluzione per compromessi e per transazioni. Ma è doveroso constatare che viviamo un pò troppo nell'abitudine dell'equivoco. Si possono invece trovare soluzioni con sistemi che sono sostanzialmente chiari. E mi spiego. Se prevediamo di far fronte alle spese per la lutta contro la disoccupazione mediante l'utile che proviene dalla svalutazione, noi facciamo un'operazione finanziaria che risponde alla volontà di quest'assemblea. Se adottiamo l'articolo proposto dalla commissione, che dice: «Se esiste un utile questo utile servirà a pagare le spese che facciamo», noi andiamo contro le decisioni del Consiglio nazionale, il quale, se non erro, la prima settimana di questa sessione ha adottato il principio che nessuna spesa sarà fatta se non vi sarà la corrispondente copertura. La logica impone un'unica conseguenza: se non c'è utile creiamo un debito di 75 milioni senza avere l'entrata, contro i principí enuniciati della commissione delle finanze, e adottati dal Consiglio federale. O si intende di lasciare questo fondo per il conguaglio dei cambi ed allora occorre che ciò sia definitivamente stabilito; oppure si considera che questo utile debba seguire la sorte degli altri utili della Banca nazionale ed allora bisogna applicare la legge sulla Banca nazionale. Data l'incertezza creatasi tra parlamentari e nel pubblico, non ci si develamentare se poi sorgono discussioni e dubbi sulla nostra politica finanziaria soprattutto se dubbi di questa natura vengono, inseriti in un articolo costituzionale e non in una legge provvisoria. La domanda da me formulata dipende anche da una decisione presa dal mio Cantone. Il Cantone Ticino osserva ed altri Cantoni minori osservano che con il sistema introdotto per la lotta contro la disoccupazione si mettono i piccoli Cantoni dinanzi a difficoltà che non

esistono per i grandi. Il grande Cantone può fare delle spese perchè le sue finanze glielo permettono. I piccoli Cantoni non possono promnovere queste spese perchè non possono contribuire con la loro parte di sussidi. Se adottiamo il concetto di lasciar amministrare questi fondi dall'amministrazione federale e secondo i bisogni che l'amministrazione centrale può avere, arriveremo alla conclusione che poco per volta sottrarremo determinati fondi destinati ai Cantoni per usarli solo a favore dei Cantoni più forti.

Devo ora dichiarare che non si può adottare la proposta dell'on. Bringolf e della minoranza pur comprendendo la buona intenzione di questo provvedimento per la lotta contro la disoccupazione. Noi non possiamo ammettere il principio che Berna disponga delle somme che devono essere amministrate a Bellinzona, a Losanna, a Zurigo. I denari che ci appartengono abbiamo il diritto di amministrarli come vogliamo.

Non intendo dilungarmi eccessivamente. Ritengo di avere spiegato le ragioni per cui ho presentato questa proposta di modificazione che mi sembra risponda ad un diritto esplicito dei Cantoni ed all'obbligo morale e preciso che abbiamo di indicare con chiarezza nelle leggi che votiamo, da dove proviene il danaro e come deve essere destinato. Se la situazione generale richiede che la Confederazione imponga ai Cantoni dei sacrifici essi possono anche rinunciare ad un loro diritto se ciò vuol dire salute della repubblica. Ma se voi domandate questo sacrificio e lasciate contemporaneamente sussistere l'incertezza, verrete a favorire, la presentazione di iniziative, di domande, di postulati, nella presunzione che il danaro ci sia anche se non c'è. Fin che la legge non è modificata l'utile di svalutazione non può èssere negato.

Riteniamo che si debba rinunciare alle formule dei «se» e dei «ma», per una formula precisa.

L'on. Seiler ha parlato dell'economia e delle finanze dei cantoni. Ci si lamenta delle condizioni finanziarie in cui Cantoni e Confederazione si trovano. Nel medesimo tempo si dice ai Cantoni che si può dar loro 75 milioni ad un interesse ridotto, prelevati sul fondo di svalutazione della Banca nazionale, debito che sarà estinto con l'assegnazione dell'utile in base alla legge sulla Banca nazionale. Ma se il fondo viene altrimenti destinato, voi date ai Cantoni del danaro a buon mercato che poi dovranno restituire cercando altro danaro o rinnovando il debito, non più all'1 %, bensì a condizioni tali da costringere i cantoni ad indebitarsi perchè dovranno corrispondere un interesse del 3, del 4 e magari del 5 %. Si osserva quindi che si tratterebbe non di un prestito, ma di danaro messo a disposizione dei Cantoni perchè ne dispongano liberamente e che essi non saranno più obbligati a restituire. Se così fosse la formula dell'articolo sarebbe una finzione.

Credo bene di rilevare che la mia proposta non è da considerarsi come fatta a favore del solo Cantone Ticino, o come parte delle rivendicazioni ticinesi. Si tratta di un diritto che spetta al mio Cantone come a tutti gli altri.

Ritengo indispensabile che il Consiglio nazionale rifletta sulla proposta da me formulata perchè è necessario si adottino delle soluzioni chiare e concludenti, e raccomando di adottarla perchè è contenuta nei limiti stabiliti dal Consiglio federale, dalla Banca nazionale e dalla commissione. Essa costituisce ad un tempo l'osservanza pura e semplice della legge, e l'applicazione delle misure finanziarie che il parlamento si è imposto per la buona amministrazione del paese.

M. **Picot:** On nous a demandé d'être bref. Mais je ferai remarquer que le chiffre 4 que nous discutons traite une question extrêmement grave; le premier pas sur un chemin peut-être très dangereux et, dans ces conditions, un débat un peu plus approfondi n'est pas inutile.

Je propose de ici voter énergiquement contre la proposition socialiste de porter de 75 à 100 millions les montants du chiffre 40. Et je propose encore de biffer purement et simplement ce chiffre 4.

La dévaluation de septembre 1936 a donné à la Banque nationale un bénéfice comptable de plus de 500 millions. Si l'on considère cette affaire sous toutes ses faces, si l'on cherche quelle peut-être l'utilisation de cette somme, on ne voit guère que quatre possibilités, quatre et non pas cinq. La première utilité de ce bénéfice comptable est de permettre à la Suisse de tenir ses engagements en cas de dévaluation de l'or et de révaluation de la monnaie, au cas où l'on se trouverait non pas en face d'une „Abwertung" mais d'une „Aufwertung". Ce cas peut paraître, aujourd'hui encore et même l'année prochaine, purement hypothétique; mais comme la quantité d'or sur la planète est en train de doubler, il est fort possible que d'ici quelques années, d'une façon imprévisible, tout à coup comme un orage, ce phénomène se produise. Nous devons alors être prêts à tenir nos engagements. C'est là une des premières fonctions du fonds de dévaluation.

Le second élément est le plus important, celui sur lequel on a toujours insisté, à savoir la possibilité de défendre le franc suisse sur le marché international en cas d'attaques répétées du franc par la grande finance internationale. Nous sommes tranquilles, me direz-vous. Mais combien de mois serons-nous tranquilles? Nous n'en savons rien. Il est bien possible qu'un jour les spéculateurs, voyant quelles difficultés internationales et économiques nous avons, fassent de nouveau le grand jeu sur le change suisse. Ce jour-là les 500 millions ne seront pas de trop et c'est d'une sagesse élémentaire que de conserver cette réserve. Ce fonds pourrait également servir — c'est la troisième solution — de réserve de guerre. Il va bien sans dire que si nous avions une guerre, ou même simplement une mobilisation générale, ce fonds serait parfaitement à sa place et on ne se ferait alors pas scrupule pour l'utiliser. Je vous rappelle qu'en 1913 la dette fédérale n'était que de 1.700 millions. Nous avions par conséquent une situation de crédit de premier ordre. Aujourd'hui, ou à la fin de l'année dernière, notre dette était déjà de 5835 millions. Nous entrerions donc dans une période de crise internationale dans des conditions infiniment moins bonnes qu'en 1914 et ces 500 millions seraient particulièrement nécessaires.

Enfin, si l'on voulait à tout prix employer ce capital, on pourrait l'utiliser à payer la dette,

c'est-à-dire à faire une acquisition définitive de capital pour la Confédération, et pour l'amélioration de son crédit. Un ancien magistrat me disait encore, l'autre jour, qu'il avait proposé d'employer ces 500 millions à payer la dette le jour de la dévaluation, de façon que la question ne soit plus jamais discutée et que la controverse à laquelle nous assistons maintenant soit évitée. On ne l'a pas fait; il est trop tard, n'en parlons plus.

Voilà des solutions possibles et raisonnables d'emploi du fonds de dévaluation. Mais jeter un fonds de 500 millions, morceau par morceau, 75 millions ici, 100 millions là, 100 millions dans les montagnes et l'absorber ainsi peu à peu, sans résultat appréciable, j'estime que c'est une profonde erreur. Remarquez que la Banque nationale et le Conseil fédéral, depuis le mois de septembre 1936 jusqu'à Klosters 1938, jusqu'à ces tout derniers mois, ont été absolument fermes dans la doctrine que je viens de proclamer: pas d'emploi du bénéfice de dévaluation pour les dépenses courantes. Et maintenant l'on cède. Pourquoi cède-t-on? C'est de la politique de facilité. A Klosters, la commission des 400 millions s'est trouvée dans une situation difficile. Elle a compris que la couverture de l'impôt compensatoire était une couverture quelque peu baroque, quelque peu aventureuse; on a donc cherché autre chose. M. Keller d'Argovie et M. L. F. Meyer de Lucerne sont venus, comme des sirènes, tenter le Conseil fédéral; on a poussé le Conseil fédéral et la Banque nationale à abandonner leur position. La Banque nationale, en septembre, a tenu séance; elle a été ferme dans les principes et a refusé. On a fait alors une nouvelle tentative, après une nouvelle séance de la commission des 400 millions à Berne et, en novembre, par une vingtaine de voix contre 13, la Banque nationale a consenti à donner une approbation quelque peu vague à ce chiffre 4.

Je crois que ce résultat est inquiétant et que cette faible minorité de 13 personnes qui, à la Banque nationale ont voté contre l'article qui vous est proposé aujourd'hui, que cette faible minorité a eu raison. Nous créons, en prenant 150 millions sur le fonds — car tout à l'heure je démontrerai que c'est une prise sur le fonds — nous créons un fâcheux précédent. Nous ouvrons la porte à une dislocation de ce fonds, à un emploi pour des dépenses courantes.

Un vieux dicton français dit: «Qui a bu, boira». Eh bien, aujourd'hui, vous allez boire 150 millions, et qui vous dit que vous ne boirez pas plus? MM. les députés socialistes vous proposent déjà de passer de 75 à 100 millions. La marge ne paraît pas trop large, et pourtant l'on arrive ainsi à 200 millions; MM. Escher et Musy vous demandent encore 100 millions de plus pour leurs chers amis des montagnes; on arrive ainsi à 300 millions. Où allons-nous? Nous entrons dans la voie qui s'est révélée fatale en France.

Il est pourtant curieux de constater que, dans l'été 1936, la grande République voisine a commencé à faire l'expérience du front populaire. Elle a consisté à puiser constamment dans les réserves de la Banque de France, à élever continuellement le plafond. Aujourd'hui, le peuple français s'est ressaisi. M. Daladier considère cette politique comme une politique ruineuse et, parce que la Suisse est bien souvent et même toujours de deux ou trois ans en retard sur l'évolution de l'Europe, nous voulons commencer aujourd'hui cette politique qui consiste à attaquer les fonds de la Banque nationale.

Je suis un homme pratique. Je connais, je crois, quelque peu les questions de finance. Je me rends bien compte que la Banque nationale ne sera pas ruinée du fait de ces 150 millions de bons du trésor. Mais c'est le premier pas et ce premier pas est inquiétant, il est dangereux, il constitue un fâcheux précédent. Qu'est ce qui vous dit que nous n'aurons pas — et M. Wunderli le disait très justement tout à l'heure — que nous n'aurons pas bientôt 500 millions à demander à la Banque nationale, puis un milliard? Quelques-uns d'entre vous diront peut-être: Mais nous ne prenons pas le bénéfice de dévaluation, nous prenons des bons du trésor. J'attire ici votre attention sur la rédaction quelque peu hypocrite de cet article. On a l'air de parler tout d'abord au conditionnel: «Si le fonds d'égalisation des changes de la Banque nationale laissait un bénéfice net disponible, 75 millions seront prélevés ...». Pas du tout, cette formule conditionnelle est suivie d'une formule de création de versements effectifs par 75 millions à la Confédération et aux cantons. Qu'est-ce à dire? On ne prend pas directement sur le fonds de dévaluation, mais on l'hypothèque d'un chiffre égal. Lorsqu'un paysan ne vend pas sa ferme de 200.000 francs et qu'il la laisse hypothéquer de 100.000 francs, il diminue sa valeur de moitié. Et nous savons bien, par le désendettement agricole, quel est le danger des hypothèques. Eh bien! nous commençons aujourd'hui à hypothéquer la Banque nationale

Il est fort regrettable que nous entrions dans cette voie et je vous engage de la façon la plus énergique à repousser la proposition de M. Bringolf et à vous rallier à ma proposition de biffer cet article.

M. Bringolf, qui est fort éloquent et qui met beaucoup de cœur dans ce qu'il dit, a fait appel, tout à l'heure, a votre volonté. Il a eu l'air de dire que vous deviez employer toute votre volonté à la lutte contre le chômage et que vous en donneriez la preuve en votant ces 100 millions.

Je fais également appel à votre volonté de venir en aide aux chômeurs de toute espèce; je fais appel à votre volonté de travailler pour le bien du pays, de sa structure interne, des fondements mêmes de l'Etat, pour vous prier de ne pas suivre le prodigue. Le prodigue qui dit: «Ayons la volonté de dépenser» est sur la mauvaise voie.

Aujourd'hui, il faut se ressaisir, envisager de la façon la plus ferme la situation financière de la Confédération et manifester une volonté de fermeté par le respect des disponibilités de la Banque nationale.

Seiler: Der Antrag von Herrn Bringolf enthält drei Elemente, über die jedenfalls gesondert entschieden werden muss.

Der erste Absatz verlangt eine sofortige Ausweisung von 100 Millionen Franken an den Bund

zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung. Hier deckt sich grundsätzlich dieser Antrag mit demjenigen von Herrn Bossi, der auch eine sofortige definitive Ausweisung eines Betrages will, aber nur von 75 Millionen Franken, entsprechend den Ansätzen der Kommission.

Ueber diesen Punkt möchte ich folgendes sagen: Die Finanzdirektorenkonferenz hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass im gegenwärtigen Zeitpunkt eine direkte Ausweisung nicht erfolgen soll; sie hält aber den Anspruch der Kantone auf zwei Drittel des Gewinnes aufrecht. Wir haben von diesem Standpunkt der Kommission und dem Bundesrat Kenntnis gegeben mit einem Schreiben vom 20. November mit folgendem Wortlaut:

„Wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen im Namen der Finanzdirektorenkonferenz bekanntzugeben, dass diese den Anspruch der Kantone auf Verteilung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank nach Verfassung und Gesetz (zwei Drittel zugunsten der Kantone und ein Drittel zugunsten des Bundes), aufrechterhält, und zwar auf den Zeitpunkt der Verfügbarkeit des Goldgewinnes."

Darüber geht der Streit, nämlich, ob dieser Goldgewinn heute schon verfügbar sei oder nicht; darüber werden wir abzustimmen haben. Was die Höhe des Betrages von 100 oder 75 Millionen betrifft, wäre es gut, an dem Betrag festzuhalten, den die Kommission in den Verhandlungen mit dem Bundesrat festgelegt hat und dem auch die Nationalbank zustimmt.

Der zweite Absatz des Antrages von Herrn Bringolf bringt den Gedanken, dass die 75 oder 100 Millionen Franken auch von den Kantonen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwendet werden müssen. Es wäre eine positive Verpflichtung, die wir den Kantonen auferlegen würden, alles für die Arbeitsbeschaffung zu verwenden. Ich halte dafür, das sei ein Eingriff in die Rechte der Kantone. Ich habe auch schon beim früheren Entscheid in bezug auf die Abzugsberechtigung bei der Ausgleichsteuer darauf aufmerksam gemacht, dass diese Frage meines Erachtens noch nicht genügend abgeklärt ist. Das Mindeste, was man verlangen kann, wäre, dass man den Kantonen die Einbüsse, die man ihnen auferlegt, wieder zurückerstattet. Wir werden uns aber vorbehalten, uns über diese Frage noch bei anderer Gelegenheit zu äussern.

Nun möchte ich Sie bitten, diesen Teil des Antrages Bringolf, der verlangt, dass die Kantone das, was sie erhalten würden, unbedingt zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwenden müssen, abzulehnen, also den Kantonen in dieser Hinsicht freie Hand zu lassen. Die Kantone haben bestimmte Finanzierungsmethoden für die Arbeitsbeschaffung. Die einen werden die Reskriptionen wirklich dafür verwenden, andere werden finden, es sei ein Anleihen fällig, sie wollen vom niedrigen Zinsfuss der Nationalbank Gebrauch machen, und wieder andere werden eine andere Verwendungsmöglichkeit haben. Auf alle Fälle möchte ich Sie bitten, die Verwendung durch die Kantone nicht zu präjudizieren.

Der dritte Absatz stellt fest, dass, wenn einmal die Verrechnung erfolge, diese Verteilung nach Verfassung, zwei Drittel für die Kantone und ein Drittel für den Bund stattfinden müsste. Damit sind die Kantone einverstanden. Sie haben von jeher diesen Standpunkt eingenommen.

Ich möchte also bitten, dass über die drei Fragen gesondert abgestimmt werde.

Helbling: Nachdem sich die Nationalbank, in Uebereinstimmung mit der Kommission, bereit erklärt hat, den Abwertungsgewinn durch die Gewährung von Darlehen in Anspruch zu nehmen, darf man wohl nicht päpstlicher sein als der Papst, und wird dieser Massnahme zustimmen müssen. Bei einer gegenteiligen Stellungnahme würde man ohne Zweifel von sämtlichen kantonalen Finanzdirektoren eine recht schlechte Betragensnote erhalten. Nichtsdestoweniger möchte ich mir aber gestatten, darauf hinzuweisen, dass jene Kreise, die den Abwertungsgewinn als eine Reserve betrachten, die dazu bestimmt sei, unserer Landeswährung einen soliden Rückhalt zu geben, oder die der Meinung waren, dass der Abwertungsgewinn erst in Zeiten äusserster Not, oder wenn das Land in Gefahr sei, herangezogen werde, durch diese Massnahme beunruhigt sind. Man hört dann und wann Stimmen, die der Befürchtung Ausdruck geben, dass das der erste Schritt zu einer weitern Abwertung sein könne.

Dass Zeiten kommen können, die noch schlimmer sind als die gegenwärtigen, liegt bei der heutigen weltpolitischen Lage im Bereiche der Möglichkeit, wenn nicht der Wahrscheinlichkeit. Wir brauchen dabei nicht gleich an das Schlimmste, an kriegerische Verwicklungen zu denken, sondern nur an eine Mobilisation mit ihren gewaltigen finanziellen Anforderungen an den Bund, um sich darüber Rechenschaft abzulegen, dass man dann eventuell froh wäre, eine solche Finanzreserve zu haben, die entweder unserm Franken in kritischer Zeit seine Kaufkraft erhalten würde, oder die eventuell sofort greifbar wäre, um den ersten finanziellen Anforderungen Genüge zu leisten. Auch das ist Landesverteidigung, und nicht der unwichtigste Teil, wenn man sich auch für den schlimmsten Fall finanziell vorbereitet.

Nun kann man ja entgegnen, dass der Abwertungsgewinn nur in Form von Darlehen in Anspruch genommen werde und dass derselbe formell intakt bleibe. Das ist theoretisch richtig. Aber die wenigsten werden so naiv sein und glauben, dass diese Darlehen je zurückbezahlt werden. Ich wenigstens bringe diesen Glauben nicht auf.

Zweifellos ist die Finanznot in Bund und Kantonen gross. Es ist verlockend, auf die bereitliegenden Millionen zu greifen und sich damit, wenn auch nur vorübergehend, über vorhandene Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Die Befürchtung ist deshalb nicht unbegründet, dass dem ersten Zugriff ein zweiter und ein dritter folgen werde, bis dann schliesslich die ganze Abwertungsreserve verschwunden ist. Den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme haben wir im Antrag von Herrn Bringolf, den ich, in Uebereinstimmung mit Herrn Stähli, in aller Form bekämpfen möchte.

Uns scheint, dass, wie man im Kriege die militärischen Reserven erst im letzten entscheidenden Moment einsetzt, man in ernster und schwerer Zeit auch mit den wirtschaftlichen und finanziellen

Reserven sorgsam umgehen sollte, um diese erst im äussersten Notfalle in die Waagschale zu werfen.

Wie ich bereits vorhin erwähnt habe, möchte ich der Anzapfung des Abwertungsgewinnes, wie es die Kommissionsmehrheit vorschlägt, keine Opposition machen. Aber das gestatte ich mir, den Wunsch auszusprechen, dass der verbleibende Rest des Abwertungsgewinnes gewissermassen als eiserne Reserve erhalten bleibe, die erst dann in Anspruch genommen werden soll, wenn Not und Gefahr uns zu den äussersten Massnahmen zwingen oder einmal, was wir alle hoffen, der wirtschaftliche und weltpolitische Horizont sich derart aufhellt, dass man auf lange Sicht auf wirtschaftliche und politische Ruhe und Frieden hoffen darf. Ich hoffe gern, dass von seiten des Bundesrates nach dieser Richtung eine beruhigende Erklärung abgegeben werden kann. Ich bin überzeugt, dass eine solche in weiten Kreisen mit einem erleichterten Aufatmen entgegengenommen würde.

Wetter, Berichterstatter der Mehrheit: Ich muss die beiden Abänderungsanträge Bossi und Bringolf ablehnen. Ich beantrage Ihnen auch, den Streichungsantrag von Herrn Picot zu verwerfen.

Es sind in der Diskussion eine Reihe von Uebertreibungen vorgekommen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es liegt mir vor allem daran, den Vorwurf der leichtfertigen Finanzgebarung, den man dem Kommissionsantrag entgegenhält, zurückzuweisen. Ich glaube, Sie dürfen versichert sein, dass davon keine Rede sein kann.

Der Währungsausgleichsfonds ist unzweifelhaft durch einen Staatsakt geschaffen worden. Als am 27. September der Bundesrat beschlossen hat, dass die bisherige Relation des Schweizerfrankens zum Golde erhöht werde und der künftige Goldwert zwischen 190 und 215 Milligramm Feingold zu halten sei, in diesem Moment ist mit einem Schlage der Währungsausgleichsfonds entstanden.

Der Bundesrat setzte damit für die Abwertung eine untere Grenze bei 25% fest, und eine obere bei 35%. Die Nationalbank erhielt darauf vom Bundesrat die Weisung, die Abwertung ungefähr auf 30%, also auf dem Mittel der möglichen Grenzen zu halten. Durch diese neue Wertfestsetzung des Schweizerfrankens erschien der Goldbestand der Nationalbank in einer grösseren Summe. Es ist selbstverständlich, wie Herr Nationalrat Stähli gesagt hat, dass das Gold nicht zugenommen hat, aber es erschien in einer grösseren Summe. Der Goldbestand wurde aber nicht so bewertet, dass etwa der mittlere Abwertungsstand von 30% zur Basis genommen worden wäre, oder gar der höhere Abwertungssatz von 35%, sondern die kleinste mögliche Abwertung von 25% wurde als Basis für die Neubewertung des Goldes angenommen. Der in der Bilanz der Schweizerischen Nationalbank seither ausgewiesene Währungsausgleichsfonds von 538 Millionen erschien also nach dem heutigen Stand der Abwertung als zu klein; er ist in Wirklichkeit wesentlich grösser. Wie gross er aber ist, das kann nur jeweilen nach dem Goldpreis berechnet werden, und weil dieser Goldpreis bei einem nicht stabilisierten Franken schwankt, ist auch der Abwertungsgewinn ziffermässig nicht genau festzulegen. Wenn die Nationalbank den minimalen Abwertungsansatz als Basis genommen hat, so hat sie richtig gehandelt, weil auf diese Weise gelegentlichen Schwankungen im Goldwert Rechnung getragen werden kann, ohne dass an der Bilanz etwas zu ändern ist, und weil sie die endgültige Stabilisierung nicht präjudizieren wollte.

Nun standen aber Bankbehörden und Bundesrat, wie Sie schon gehört haben, von Anfang an auf dem Standpunkt, dass vorläufig an eine Verteilung dieses Währungsausgleichsfonds nicht zu denken sei, da noch keineswegs feststehe, ob der heutige Abwertungsstand endgültig sei. Jede Aufwärtsbewegung der Währung müsste den Fonds reduzieren, ja sie könnte ihn theoretisch wieder zum Verschwinden bringen, wenn der Franken wieder auf das frühere Niveau aufgewertet würde. Auch die gelegentlichen Gerüchte über die Möglichkeit der Abwertung des Goldes bestärkten wohl die Bankbehörden in dieser Meinung. Wie steht die Sache heute? Ich glaube, auch Bundesrat und Nationalbank rechnen nicht mehr mit einer wesentlichen oder gar völligen Aufwertung des Schweizerfrankens; ein solches Währungsexperiment müsste derart schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben, dass es meiner Ansicht nach ausser Betracht fällt. Aber auch die Möglichkeit einer Abwertung des Goldes und damit einer Wiederaufwertung der Währung wird heute wieder ruhiger beurteilt. Man kann sich das Experiment nur schwer vorstellen.

Es bleibt das Moment der endgültigen Stabilisierung des Schweizerfrankens. Je nach dieser Stabilisierung wird eventuell der Währungsausgleichsfonds kleiner, er kann aber ebensogut, was noch wahrscheinlicher ist nach der heutigen Einstellung, grösser werden, aber zum Verschwinden kommt er wohl nicht mehr. Es ist daher keine unsolide Finanzpolitik, wenn man sich sagt, ein bescheidener Teil des Abwertungsgewinnes dürfe für wichtige Zwecke des Landes zur Verfügung gestellt werden. Es könnte wohl eine gewisse Beanspruchung eintreten im Laufe der normalen Verteidigung des Schweizerfrankens, aber sie wird aller Voraussicht nach nicht eine Höhe erreichen, dass der Währungsausgleichsfonds in seinem Hauptteil irgendwie gefährdet wäre.

Es wird sicher eines Tages eine Bereinigung dieses Postens erfolgen; aber wann diese Stabilisierung des Schweizerfrankens kommt, das wissen wir nicht. Auf alle Fälle sieht es leider heute ja so aus, als ob dieser Moment noch nicht sehr nahe wäre. Immerhin kann man auch in dieser Beziehung nichts voraussagen. Wir leben in einer politisch und wirtschaftlich sehr schnellebigen Zeit.

Wenn dieser Moment kommt, dann wird über den Währungsausgleichsfonds verfügt werden, Bund und Kantone werden ihre Ansprüche melden, ich weiss nicht, in welchem Ausmass. Der Bund, vielleicht weil der Fonds seinerzeit durch einen Staatsakt geschaffen wurde, der Bund und die Kantone, weil sie nach den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes ein Recht auf diesen Fonds haben. Es wird vielleicht noch ein Dritter da sein; es scheint mir notwendig zu sein, nach dieser Richtung hin aus der Vergangenheit eine Lehre zu ziehen. Die Nationalbank selbst wird in Zukunft mit grösseren Reserven für die Verteidigung der Währung ausgestattet sein müssen. Ich erinnere daran, dass die holländische Notenbank über Nacht, d. h. im Moment der Ab-

wertung des englischen Pfunds, ihr gesamtes Kapital und einen schönen Teil ihrer Reserven verloren hat und dass dieses Kapital vom Staate wieder ersetzt werden musste. Unsere Nationalbank hat damals eine glücklichere Hand gehabt, sie hat damals keine wesentlichen Vorräte an englischen Pfunddevisen gehabt. Aber man hätte ihr durchaus keinen Vorwurf machen können, wenn es ihr ähnlich gegangen wäre wie der holländischen Nationalbank, denn die Pfunddevisen gehörten als Golddevisen zur normalen Deckung des Notenumlaufs. Eine Notenbank muss für solche Fälle gerüstet sein, und es scheint daraus hervorzugehen, dass ein Teil — ich enthalte mich der Nennung jeder Summe — des heutigen Ausgleichsfonds für die Zukunft der Nationalbank als Reserve zugeteilt werden muss.

Doch darüber wird später zu reden sein. Die Kommission hat gefunden, dass ein Teil des Währungsausgleichsfonds für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsvorlage verwendet werden dürfe. Sie glaubte aber nicht weitergehen zu dürfen als auf 150 Millionen. Ich möchte Sie im Interesse der Aufrechterhaltung der Solidität der Währung bitten, nicht über diese Summe hinauszugehen. Zum voraus soll festgestellt sein, dass mit dem Vorschlag der Kommission nichts ausgesagt sein soll über die spätere Verteilung dieses Reingewinns. Wenn man hier aus der Summe von 75 Millionen zugunsten des Bundes und von 75 Millionen zugunsten der Kantone etwa ableiten wollte, das sei dann auch das Verhältnis, nach dem man am Schluss diesen Währungsausgleichsfonds verteile, so ist das nicht richtig. Die Kommission wollte kein Präjudiz schaffen. Sie haben auch aus dem Munde von Herrn Dr. Seiler den Vorbehalt der kantonalen Finanzdirektoren gehört, die auch in der Kommission schon zu Worte gekommen sind. Durch den Vorschlag der Kommission wird nichts präjudiziert. Wenn Kommission und Rat nichts anderes beschliessen, bleibt vorläufig auch nichts anderes bestehen als das Nationalbankgesetz. Es besteht dann keine andere Bestimmung über die Verteilung des Währungsausgleichsfonds, auch nach dem Wortlaut der Kommission nicht. Es besteht vorläufig nur der Wortlaut des Nationalbankgesetzes.

Ich glaube also, es ist richtig und es ist zu wünschen, dass diese Abänderungsanträge, die das extra noch einmal festlegen wollen, nicht angenommen werden. Denn diese Festlegung ist nicht notwendig. Nun hat auch die Kommission in ihrer Stellungnahme zum Währungsausgleichsfonds eine gewisse Entwicklung durchgemacht. Damit komme ich zu den beiden Anträgen Bossi und Bringolf. Es ist richtig, dass eine erste Formulierung dem Ausgleichsfonds 150 Millionen entnehmen wollte, wie das Herr Bringolf, allerdings mit einer andern Summe, und Herr Bossi vorschlagen. Heute will die Kommission nicht mehr die unmittelbare Verteilung des Fonds fordern; sie will nur eine Hypothek in diesem Umfange auf den Währungsausgleichsfonds legen, die im Moment seiner Auflösung wirksam werden soll. Inzwischen soll die Finanzierung dieser Arbeitsbeschaffungsaktion in einer Weise geschehen, mit der sich Bund und Kantone einverstanden erklären können. Die Nationalbank will dem Bunde 75 Millionen und den Kantonen 75 Millionen gegen Reskriptionen zur Verfügung stellen, und das zu einem Satz unter dem offiziellen Diskontsatz. Die Organe der Bank denken — ich darf das hier sagen — an einen Zinsfuss von ¼%. Es handelt sich also wirklich um billiges Geld. Diese Schatzscheine sollen dann im Zeitpunkt der Auflösung des Währungsausgleichsfonds verfallen und alsdann mit den Anteilen von Bund und Kantonen an diesem Währungsausgleichsfonds verrechnet werden.

Man darf hier auch nicht achtlos an der Tatsache vorübergehen, dass Bund und Nationalbank Mühe hatten, sich zu dem Standpunkt der Kommission durchzuringen, wie das heute schon von Herrn Picot ausgeführt worden ist. Wenn es schliesslich doch geschehen ist, wenn die Nationalbank der Idee der Kommission zugestimmt hat und wenn — was ich weiter verraten darf — eigentlich die Ihnen vorliegende Fassung die Fassung der Nationalbank ist, so glaube ich, ist diese Einigkeit etwas wert. Sie ist soviel wert, dass man jetzt nicht an diesem Text herumdoktern und -deuteln sollte. Denn Sie müssen nicht vergessen, es besteht eine grosse Strömung im Lande herum — Sie haben das Echo ja gehört —, die an dieser Transaktion keine Freude hat. Wenn die Kommission dazu kommt, Ihnen diesen Antrag vorzuschlagen, so soll man die Sache nun nicht übertreiben und den berechtigten Bedenken der andern Seite auch Rechnung tragen.

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank, als er seine Zustimmung zu dieser Formulierung gab, hat ausdrücklich festgestellt — was eine Selbstverständlichkeit ist —, dass die den Kantonen und dem Bund in der Zwischenzeit zur Verfügung gestellten Kredite vorläufig geschuldet sind und dass sie zurückzuzahlen wären, sofern sie nicht mehr in der vorgesehenen Weise verrechnet werden könnten, d. h. also, wenn der Währungsausgleichsfonds nicht mehr da sein sollte. Die Kommission hält dafür, dass diese Voraussetzung der Nationalbankbehörden richtig ist; denn man kann nicht der Nationalbank Summen wegnehmen, die sie dann nicht mehr hat. Aber die Kommission hält dafür, und wohl auch Bundesrat und Nationalbank, dass man angesichts der Verhältnisse dieses Risiko soll laufen dürfen. Die Kommission möchte Sie also bitten, bei der Summe von 150 Millionen zu bleiben. Sie hat die Meinung gehabt, dass der Schritt, den sie gemacht hat, so ungewöhnlich ist, dass er, wie ich schon erwähnte, von vielen ernsten Schweizerbürgern kaum gebilligt wird, so dass man hier vorsichtig sein sollte. Es darf diese Entnahme vertreten und verteidigt werden, wenn sie Mass hält; sie darf aber nicht verteidigt werden und ist ungesund, wenn sie zu weit geht. Es darf der Währungsausgleichsfonds nicht so geschwächt werden, dass man in der freien Dispositionsmöglichkeit zugunsten der Währung in der Zukunft geschwächt ist.

Ich möchte Sie also bitten, die Abänderungsanträge und auch den Streichungsantrag des Herrn Picot abzulehnen und dem Antrage der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Bundesrat **Obrecht:** Ich werde Sie nicht lange hinhalten, obschon es sich um eine Frage handelt, über die man stundenlang diskutieren und das pro und contra abwägen könnte. Schon über die Frage, ob der Goldgewinn der Nationalbank ein verteilbarer Gewinn sei oder nicht, sind sogar die Gelehrten

nicht einig, geschweige denn die Leute aus dem Volke. Sehr umstritten ist die Frage: Darf man jetzt schon, wenn man einen verteilbaren Gewinn voraussetzt, darüber verfügen, oder sind die Zeiten noch zu wenig abgeklärt? Wenn man an das Teilen gehen wollte, dann kämen die Schwierigkeiten der Aufteilung. Die Schweizergeschichte hat manche Klippe passiert, wo es um das Teilen ging. Die Teilung von Beute war immer eine schwierige Sache im schweizerischen Staatswesen. Sie wird uns auch hier noch vor Probleme stellen. Ich glaube, wir tun gut, wenn wir uns auf folgenden Standpunkt stellen:

Wir wollen mit Bezug auf diesen Währungsausgleichsfonds nichts anderes tun, als was auch die Nationalbank gutheissen kann; denn die Nationalbank ist doch die Institution, die uns verantwortlich ist für die ganze Währungspolitik. Die Nationalbank ist eine Aktiengesellschaft, geschaffen durch ein Bundesgesetz. Die Organe der Nationalbank sind ihren Aktionären gegenüber verantwortlich. Mehr als 50 % der Aktien sind in den Händen der Kantone. Wir dürfen nicht einfach über diese Nationalbank hinwegschreiten, sondern wir dürfen und sollen hier nur tun, was auch die Nationalbank als tragbar erachten kann.

Nun haben wir hier einen Vorschlag gefunden, dem zustimmen: die Mehrheit des Bankrates der Nationalbank, der Bundesrat und die grosse Mehrheit Ihrer Kommission. Wenn nun sogar die Mehrheit des Bankrates der Nationalbank zugestimmt hat, so dürfen wir doch beruhigt sein, denn diese Herren werden sich das wohl überlegt haben. Dass Herr Nationalrat Picot im Bankrat der Nationalbank zur Minderheit gehörte, ist uns bekannt. Er hat sich der Mehrheit nicht anschliessen können; aber wir müssen natürlich auch hier auf die Beschlussfassung abstellen, und auch bei der Nationalbank erfolgen Beschlussfassungen mit der Mehrheit der Stimmen. Wenn wir nun hier die Zustimmung der Nationalbank haben und wir uns geloben, auch in Zukunft nichts zu unternehmen, was nicht die Zustimmung der Mehrheit des Bankrates der Nationalbank findet, dann gehen wir einen sichern Weg. Ich glaube, Herrn Helbling keine zuverlässigere Erklärung abgeben zu können als die: Der Bundesrat wird hier Hand in Hand mit der Nationalbank vorgehen. Dann sind wir sicher, dass wir uns auf reellem Boden, auf dem Boden der Wirklichkeit bewegen, dass wir uns nicht zu Phantasien oder falschen Prinzipien verleiten lassen. Wenn es uns gelungen ist, einen Verständigungsvorschlag herbeizuführen zwischen Nationalbank, Bundesrat und Kommission, dann sollte man diesem Vermittlungsvorschlag beipflichten und ihn nicht wieder übersteigern wollen. Deshalb ist es gegeben, dass man die weitergehenden Anträge ablehnt.

Was Herrn Bringolf anbelangt, so steht er zwei Anträgen zu Gevatter. Er ist der Anführer der Minderheit, die den Antrag stellt, in der Fassung der Kommission, genehmigt von der Nationalbank, einfach die Zahl heraufzusetzen und statt von je 75 Millionen von je 100 Millionen zu sprechen. Das ist der Antrag der Minderheit. Dann kommt aber Herr Bringolf mit einem persönlichen Antrag, worin er davon spricht, es sollen dem Währungsausgleichsfonds 100 Millionen entnommen werden. Das ist ein prinzipiell ganz anderer Antrag, und Herr Bringolf reist mit ihm allein.

Seine Kollegen sind ihm nicht gefolgt. (Zwischenruf Bringolf: Die Kommissionsminderheit stimmt zu.) Ja, das muss man wissen! (Bringolf: Man muss eben hören!) Wenn Herr Bringolf eine Minderheit anführt und nebstdem noch einen persönlichen Antrag stellt, der etwas ganz anderes bedeutet, so darf man das als seine persönliche Auffassung betrachten.

Aber auch den Antrag des Herrn Nationalrat Bossi müssen wir zur Ablehnung empfehlen.

Sie haben hier ein typisches Beispiel, wie weit man kommen könnte, wenn man auf die Verteilungssucht eintreten würde. Sie haben gelesen, dass man im Grossen Rat des Kantons Tessin wünschte, man solle diesen Währungsausgleichsfonds der Nationalbank auf die einzelnen Bürger verteilen, in Form von Goldanteilen. Dass ein solcher Antrag im Volke populär ist, daran zweifle ich nicht. Es zeigt aber dieses Beispiel, wie gefährlich diese Wege sind. Deshalb möchte ich Sie auffordern, nicht weiter zu gehen als der Bundesrat und die Kommission, und den Vorschlag anzunehmen, dem auch die Nationalbank als verantwortliches Währungsinstitut zustimmen kann. Was weiter geht, ist nicht vom Guten.

Abstimmung. — *Vote.*

1. Eventuell — Eventuellement.
   Für den Antrag der Mehrheit (75 Millionen) 90 Stimmen
   Für den Antrag der Minderheit (100 Millionen) 54 Stimmen

2. Eventuell — Eventuellement.
   Für den Antrag der Mehrheit 92 Stimmen
   Für den Antrag der Minderheit (Zweckbestimmung) 53 Stimmen

3. Eventuell — Eventuellement.
   Für den Antrag der Mehrheit 85 Stimmen
   Für den Antrag der Minderheit Bossi-(Lugano) (Zahlung ohne Vorbehalt) 61 Stimmen

Definitiv — Définitivement.
Für den Antrag der Mehrheit 134 Stimmen
Für den Antrag Picot 15 Stimmen

Ziff. 4bis.

Antrag Musy-Escher.

Ueberdies gewährt die Nationalbank der Bergbevölkerung gegen durch die Kantone zu garantierende Reskriptionen einen Vorschuss von 100 Millionen Franken zum Zinssatz von ½% plus 1 Prozent jährlicher Tilgung.

Diese Summe, die bis zu ihrer vollständigen Tilgung zur Verfügung des Schuldners bleibt, dient zur Förderung einer dauernden Anpassung der Alpwirtschaft an die neuen Wirtschaftsbedingungen sowie zur Erleichterung des Schuldzinses der besonders bedürftigen Gemeinden.

Chiff. 4bis.

Amendement Musy-Escher.

La Banque nationale avance en outre aux populations alpestres, contre rescriptions garanties par les cantons, la somme de 100 millions au taux de

½ pour cent plus 1 pour cent d'amortissement annuel. Cette somme, qui restera à la disposition du débiteur jusqu'à total amortissement, servira à favoriser l'adaptation durable de l'économie alpestre aux conditions économiques nouvelles, ainsi qu'à alléger l'intérêt de la dette des communes particulièrement obérées.

M. Musy: Il n'est pas contestable que l'arrêté en discussion constitue un assemblage des plus disparates. Il ouvre des crédits pour la défense nationale, crée des occasions de travail, prévoit la distribution partielle du bénéfice de la dévaluation et enfin constitue un impôt sur le chiffre d'affaires des grands magasins. L'article 4 est en réalité une dérogation à la loi sur la Banque nationale. En effet, il ne fait pas de doute que le bénéfice de la dévaluation n'appartenait pas aux cantons; il revient à qui détient la régale de la monnaie, c'est-à-dire la Confédération.

Je regrette l'émiettement, la pulvérisation de cette réserve; mais puisqu'on a décidé d'en disposer, je me risque à faire, non pas en connexité avec l'article 4, mais d'une façon séparée, la suggestion consignée dans notre proposition.

Nous avons, à réitérées reprises déjà, demandé que l'on vienne en aide, sous forme de crédits à taux réduit, aux populations de la montagne, à cette portion de notre peuple qui a si peu bénéficié des subventions fédérales. La longue série de dispositions concernant la garantie de valorisation de tout le fruit, la protection à la culture de la betterave, du tabac, ces mesures ont profité exclusivement aux populations de la plaine.

Dernièrement M. Escher est intervenu à nouveau, afin de transformer en motion le postulat que j'ai déposé l'an passé et qui avait été adopté par le Conseil fédéral. M. le conseiller fédéral Obrecht m'avait répondu avec une très grande bienveillance, me laissant entrevoir une prochaine réalisation. Nous n'avons encore rien vu venir. Je sais que M. le conseiller fédéral Obrecht est surchargé de travail, mais nous ne pouvons pas attendre indéfiniment pour venir en aide d'une manière efficace à ceux qui sont dans le besoin. Des paroles encourageantes, c'était bien; mais il faut maintenant passer aux actes.

Que suggérons-nous? Les formidables disponibilités de la Banque nationale permettent à notre institut d'émission de faire des escomptes massifs à court terme, à des conditions très avantageuses. Les paysans de la montagne, qui sont des gagne-petit, n'ont pas la possibilité de faire des opérations à court terme. Ce que je voudrais, c'est que le Conseil fédéral donnât comme instruction à la Banque nationale, dans le cas particulier, en dérogation à ce qui est prévu dans la loi sur ladite banque, de faire des opérations d'escompte à long terme, afin que l'on puisse mettre à disposition de la population montagnarde de l'argent à très bon marché. Ceci permettra aux débiteurs bénéficiant de conditions de taux particulièrement favorables d'amortir progressivement leur dette.

Mais la Banque nationale peut-elle faire cette opération? M. le conseiller fédéral Obrecht connaît comme moi la situation de la Banque nationale, sur laquelle je veux retenir votre attention.

L'encaisse or de la Banque nationale est de 2.889.000.000, auxquels il faut ajouter le fonds d'égalisation des changes. Je me suis renseigné à la Banque: le fonds d'égalisation des changes est constitué à concurrence de 400 millions en or. Par conséquent, si nous ajoutons ces 400 millions au chiffre ci-dessus (2889 millions), nous constatons que la réserve d'or atteint 3.300.000.000. Si devant cette position de l'actif les engagements à court terme s'élèvent à 1.702.000.000, je constate qu'il reste une réserve d'or de 1.900.000.000. Or, nous avons pour 1.662.000.000 de billets de banque en circulation. Sur cette somme, la Banque nationale estime que 680 millions sont immobilisés par les thésaurisateurs. La circulation effective n'est donc guère supérieure à 1 milliard. Je constate donc, tout compte fait, que la Banque nationale, sur la base de la loi actuelle qui prévoit une couverture métallique de 40 %, a la possibilité d'émettre en supplément de la circulation métallique pour 2.600.000.000 de billets.

Vu les trois positions que j'ai indiquées tout à l'heure: encaisse or, disponibilités à l'étranger et les 500 millions du bénéfice de la dévaluation, dont plus de 400 millions sont en or, M. le conseiller fédéral Obrecht reconnaîtra avec moi que les possibilités de crédit en Suisse sont actuellement inépuisables; mais que, hélas! le monde du travail, les industriels et commerçants n'en font pas emploi. Pourquoi? Probablement parce que les risques des opérations que l'on peut faire à l'étranger sont trop grands. Remarquons à cet égard qu'il faudra bien un jour tirer parti de cet or en le mettant d'une manière opportune à la disposition de l'économie nationale. Si on le laissait dormir indéfiniment à la Banque nationale, il ne servirait en somme à rien de plus que s'il était resté dans les entrailles de la terre.

M. Picot nous disait tout à l'heure qu'il est des lois auxquelles il faut absolument se conformer. Oui, mais le dogme de la couverture métallique est un dogme auquel l'expérience conseille de ne plus donner l'importance qu'on lui attribuait autrefois. Je ne dis pas qu'il faille faire de la politique de presse à papier, mais reconnaissons que la couverture métallique ne préserve pas, à elle seule, de la dévaluation.

Le 26 septembre 1936, le billet de banque suisse était couvert à 100 %. Derrière chaque billet, il y avait une pièce d'or suisse. Ceci n'a pas empêché le Conseil fédéral de dévaluer notre franc en lui enlevant le 40 % de sa valeur or.

Nous voulons rester fidèles à une politique prudente, à une politique basée sur une couverture suffisante, mais le temps est passé du prétendu pouvoir absolu de l'or.

Je ne m'insurge pas contre le fait que la Banque nationale conserve cet or; mais puisqu'elle ne veut pas s'en séparer, il faut lui trouver le moyen de mobiliser cet or, c'est-à-dire de le mettre sous une forme opportune à la disposition de notre économie nationale.

La Banque nationale ne peut pas faire de placement à long terme; elle n'en a pas le droit, la loi qui la régit le lui interdit; elle ne peut pas faire concurrence aux banques. Ce fut la condition du compromis qui est à la base de la loi sur la Banque

nationale. Ce que je suggère n'est pas une concurrence aux banques privées. Il s'agit d'une opération exceptionnelle à des conditions que les banques privées ne peuvent pas faire. C'est une opération qui a la signification d'une faveur au profit des gens qui en ont un besoin urgent. La Banque nationale ne court aucun risque. La seule dérogation que nous proposons est de permettre à la Banque nationale de faire à long terme une opération qui est de nature exceptionnelle. La loi actuelle n'autorise que l'opération à court terme sous forme d'escompte d'effet ou de réescompte. La mesure proposée a un caractère extraordinaire, mais elle est limitée à 100 millions.

Si M. le conseiller fédéral Obrecht nous déclare solennellement que le Conseil fédéral interviendra auprès de la Banque nationale pour obtenir qu'elle fasse, à titre exceptionnel et dans un ordre limité, des opérations à court terme, renouvelées sans timbre, de façon que celui qui emprunte n'ait pas, au moment où son billet est échu, à faire un renouvellement onéreux, à condition que cela soit combiné avec les possibilités d'amortissement, je pourrais renoncer provisoirement à ma proposition. Il y assez longtemps que les petits paysans de la montagne attendent qu'on vienne à leur aide. J'avais déjà, il y a plusieurs années, proposé qu'on leur accorde à des conditions avantageuses un prêt de 100 millions

On a élaboré un projet sur l'assainissement des entreprises agricoles. J'ai la conviction qu'il n'arrivera jamais à chef. Après des années de travail, on n'aura rien réalisé mais perdu un temps précieux. Nous avons un pressant besoin d'une politique de réalisation. La situation financière et économique de la Confédération est telle qu'on ne peut plus se contenter de discuter et de voter des articles constitutionnels ou des articles de loi. Il nous faut un programme de réalisations pratiques.

Je reproche au projet que nous discutons de n'avoir qu'une portée passagère. Toujours du provisoire! Quand seront épuisées les sommes mises à la disposition du Conseil fédéral pour subventionner les grands travaux, il y aura peut-être davantage de chômage qu'aujourd'hui et nous n'aurons rien réalisé de définitif. L'heure est venue de faire une politique d'adaptation. Les gros sacrifices consentis devraient permettre de créer quelque chose de durable.

Je lisais, l'autre jour, un livre fort intéressant, dont vous me permettrez de vous citer un passage. «Ce n'est pas sur un point quelconque, si bien choisi soit-il, qu'il faut agir si on veut revenir à la prospérité. C'est sur l'ensemble de l'économie qu'il faut exercer son action par une organisation répondant à la complexité et à l'importance de l'œuvre à réaliser.»

Les grands travaux, M. le conseiller fédéral Obrecht, ne peuvent être que le parachèvement de l'édifice économique et non pas la base.

Il faut faire un sérieux effort d'adaptation, ce que vous appelez en allemand „Anpassung". J'ai la conviction que cela est possible à la montagne. Les gens de la montagne pourraient faire plus, beaucoup plus. Mais il faut les aider, en mettant à leur disposition de l'argent à bon marché et en leur permettant d'échelonner leurs amortissements sur une longue période. Si la Banque nationale renouvelait sans frais des rescriptions à court terme, à concurrence de 100 millions, au taux de ½ %, le capital pourrait être remboursé progressivement.

L'intervention en faveur de la montagne est urgente. Hier, un de mes collègues me faisait remarquer qu'il est cependant des contrées alpestres où cela va encore à peu près, tandis que, dans d'autres, la situation est désastreuse. Je lui ai répondu qu'en examinant la situation de près, il constaterait probablement que cette situation est sensiblement meilleure dans les contrées où le montagnard n'est plus propriétaire du fonds qu'il travaille. Dans les circonstances actuelles, il y a avantage à être locataire et non pas propriétaire. Des impôts très lourds et un coûteux entretien ne laissent qu'un maigre excédent. Etre propriétaire à la montagne est aujourd'hui un luxe. Il y a quelques semaines, j'ai vu deux petites gens qui se sont débattues pendant des années pour éviter la vente de leurs terres mais qui, pour finir, ont dû s'y résigner. Les petits propriétaires de la montagne se trouveront dans une situation douloureuse. Petit à petit, la terre de la montagne n'appartiendra plus aux paysans de la montagne, mais aux gens de la ville ou de la plaine.

J'ai déjà attiré à réitérées reprises votre attention sur ce point. Je voudrais que M. le conseiller fédéral Obrecht nous donnât des apaisements, ou bien en acceptant notre proposition, ou bien par une déclaration catégorique annonçant une intervention auprès de la Banque nationale. Que lui rapportent les centaines de millions qui sont enfermés dans ses coffres? Rien!

J'ai eu récemment l'occasion de faire un voyage hors d'Europe. J'ai pu constater que quantité d'hôtels construits avec des capitaux suisses occupaient environ 1 millier d'employés. Comment se fait-il qu'aujourd'hui la majorité des actions de ces hôtels aient passé entre mains belges et italiennes, — on peut bien le dire? 500 employés suisses ont déjà été congédiés. Dans quelques années il n'y en aura plus! Nous étouffons sous le poids de notre or et nous nous laissons enlever les affaires suisses à l'étranger par plus pauvre que nous.

Il convient donc de tirer parti de nos possibilités financières. Disposer de sommes considérables n'est pas tout. Il faut savoir les employer. Certes, je ne requière pas le partage du bénéfice de dévaluation. Je regrette seulement que le Conseil fédéral ait accepté la proposition que nous avons votée tout à l'heure.

Ce que je propose ne coûtera rien. La Banque nationale peut parfaitement bien prêter cet argent, puisqu'elle dispose de sommes dont elle ne sait que faire. On rendrait, d'autre part, service à ceux auxquels on prêterait de l'argent, puisqu'ils l'obtiendraient à un taux très bas. Pour la Banque, c'est l'occasion d'un placement à bas taux; mais mieux vaut un modeste intérêt que rien.

Nous dépensons beaucoup d'argent pour créer des occasions de travail, qui se répartiront plus particulièrement dans certains centres. Ce que

nous avons dépensé pour le budget militaire n'est pas allé à la montagne. Faites donc quelque chose pour elle, M. Obrecht; acceptez nos propositions ou faites, alors, la déclaration solennelle que le Conseil fédéral s'entendra avec la Banque nationale pour que cette opération soit réalisée d'entente entre la Banque nationale, le Département des finances et le Département de l'économie publique.

M. **Picot:** J'ai la plus grande amitié et le plus grand respect pour l'ancien chef du Département fédéral des finances. Je tiens cependant à expliquer ici que je ne suis pas d'accord avec son interprétation de la situation de la Banque nationale, qui aboutit à dire qu'il y aurait plus de 2 milliards disponibles à notre institut d'émission et que des capitaux immenses sont à disposition.

J'aimerais attirer votre attention sur le fait que l'actif total de la Banque nationale est évalué dans une des dernières situations à 4 milliards 10 millions. M. Musy a parlé des engagements qui sont de 1.702.000.000. Il y a lieu cependant d'ajouter à ce chiffre le montant des billets, soit 1.662.000.000. M. Musy nous dit que la loi sur la Banque nationale stipule qu'une garantie de 40 % or sur les billets est suffisante. Je ne suis pas d'accord. La loi le dit, en effet; mais actuellement la situation de l'ensemble des billets est telle qu'il n'est pas possible de redescendre à une couverture de 40 %.

La Suisse dans son ensemble, dans ses frontières, a besoin, pour les billets qui sont dans nos portemonnaies, de 8 à 900 millions. Le reste de ces billets est entre les mains des spéculateurs de Paris, Londres ou Amsterdam. Et le jour où la Suisse serait attaquée par la finance internationale, ces billets ont le droit de demander non pas 40 % mais 100 % or. Par conséquent, les engagements se montent à la somme des billets et des autres engagements, soit 3.400.000.000, des disponibilités non encore disponibles de la banque et du fonds des changes.

Dans ces conditions, toute la théorie qui vient de nous être faite en faveur des paysans des montagnes, extrêmement intéressante et suggestive, doit être réétudiée. Nous ne pouvons rien décider aujourd'hui à propos d'un article constitutionnel. Il faut ou une loi spéciale ou des arrangements, commune par commune avec la Banque nationale. Nous ne pouvons pas nous mettre à voter tout à coup 100 millions de plus.

J'aimerais rafraîchir votre mémoire. Il y a quelques années, on a fait un prêt de 5 millions au canton d'Uri. Que n'a-t-on pas dit pour ce fonds de 5 millions, que n'a-t-on pas expliqué pour motiver le taux de ce prêt, pour l'intérêt de ces 5 millions? A cette époque, on se faisait des scrupules d'être généreux pour 5 millions vis-à-vis d'un petit canton. Aujourd'hui nous déciderons en une demi-heure 100 millions d'avances pour les paysans des montagnes! Tout notre intérêt est acquis à ces œuvres de la montagne, mais elles ne peuvent pas être décidées dans les conditions où elles nous sont proposés, et je vous engage à ne pas voter la proposition de M. Musy.

Escher: Gestatten Sie mir als Mitunterzeichner auch einige Worte zur Ergänzung dessen, was bereits von Herrn Musy gesagt worden ist, auch um gewisse Missverständnisse, die sich eingeschlichen haben, hier zu zerstreuen.

Ich habe die Ehre gehabt, mit einer grossen Anzahl von Kollegen vor einigen Tagen hier eine Motion einzureichen, die das Gesamtproblem der Bergbauern einer Prüfung unterziehen will. Ich hoffe, dass uns in nicht allzu ferner Zeit Gelegenheit gegeben wird, diese Motion auch hier auf Grund von Material, das gegenwärtig gesammelt wird, auf Grund von bestimmten Angaben zu begründen.

Die Aktion, die durch diesen Antrag ausgelöst wird, ist nur eine Teilaktion dieser Aktion zur Lösung dieses grossen Problems, das wir aufgerollt haben.

Dieser Antrag geht von einigen Voraussetzungen aus, die wir nicht vergessen wollen. Einmal handelt es sich hier nicht um die Verteilung des Abwertungsgewinnes. Wir wollen nicht einen Beutezug auf diesen Abwertungsgewinn machen; wir wollen nicht eine Verteilung dieses Abwertungsgewinnes vornehmen, so dass 100 Millionen Fr. den Bergbauern zugute kämen; das steht also nicht in Frage.

Wir gehen aber von der Voraussetzung der heutigen Lage in den Berggegenden aus. Wir verstehen darunter jene Gegenden, wo kein Getreide gepflanzt werden kann, wo keine Früchte auf den Markt geworfen werden können, wo die Milch und die Milchprodukte hauptsächlich für die Selbstversorgung gebraucht werden, wo die Viehzucht eigentlich allein die Barmittel hereinbringen muss, damit diese Leute leben können. Wir setzen diese Lage als bekannt voraus. Die meisten von Ihnen werden sie kennen und haben sie hier schon öfters schildern gehört. In diesen Berggegenden besteht nun zweifelsohne heute eine grosse Not. Ich will nicht auf Einzelheiten eintreten, aber doch besonders an die Gemeinden erinnern. Diese Berggemeinden, die heute nun schwer verschuldet sind, gerade durch die Werke, die sie zur Beschaffung von Arbeit und zur Ausführung der notwendigen Verbesserungen geschaffen haben, können kaum mehr den Zins für ihre Schulden bezahlen, geschweige denn Amortisationen aufbringen. Diese Verschuldung drückt auf die Steuerzahler in diesen Zeiten der Krise ausserordentlich stark. Eine gleiche Lage haben wir bei den Korporationen und auch bei einzelnen Privaten.

Was ist die Folge? Dass nun in diesen Gegenden keine neuen Werke geschaffen werden können. Aber nicht nur das, es können nicht nur keine neuen Werke mehr geschaffen werden, sondern es können nicht einmal mehr die nötigen Ausbesserungen mehr vorgenommen werden. Vergessen Sie nicht, dass in diesen Gebirgsgegenden die Natur Tag für Tag arbeitet; Tag für Tag führt sie ihr Zerstörungswerk weiter. Und wenn Sie über die Alpen wandern, können Sie feststellen, wie die Weiden jedes Jahr mehr verschüttet, wie jedes Jahr mehr Hütten weggerissen und gute Weiden immer mehr mit Gestrüpp verdeckt werden. Man hat die Mittel nicht mehr, die notwendigen Verbesserungen vorzunehmen, man darf sich nicht mehr weiter engagieren, weil die heutige Schuldenlast

schon zu gross ist. Wir wollen gar nicht reden von der Umstellung, von der man heute so viel spricht. Man verlangt ja, dass auch in den Berggegenden in der Landwirtschaft umgestellt werde. Auch das ist nicht möglich, weil die notwendigen Mittel fehlen.

Wenn nun das aber nicht gemacht wird, ist die Folge die, dass die Verwilderung weiterschreitet, die Ertragsfähigkeit des Bodens abnimmt, und damit ist die Existenzfähigkeit in Frage gestellt und die Verarmung schreitet damit in rascher Weise fort. Wie sollen wir hier helfen? Gewiss, bisher war die Hilfe auf dem Wege der Subventionen gesucht worden; es war aber, wie schon oft gesagt worden ist, eine Krücke. Die Subventionen sind ja zudem zweischneidige Waffen, weil sie eigene Leistungen des Empfängers und der Kantone voraussetzen, Leistungen, die gerade zur Verschuldung geführt haben. Dann ist heute nicht auf alle Zeiten mit diesen Subventionen zu rechnen. Die finanzielle Lage des Bundes und der Kantone wird uns nicht ewig gestatten, diese Subventionen auszubezahlen. Es ist auch nicht der Wunsch der Gebirgsbevölkerung, immer nur auf Grund von Subventionen zu existieren. Was man will und was gemacht werden sollte, das wäre, diesen Leuten billige Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht gratis, um diese notwendigen Arbeiten ausführen zu können. Wir hätten damit, wenn Sie den Antrag annehmen würden, den Vorteil einmal auf Seiten des Gebers, das ist die Nationalbank, die hier eigentlich ein gutes Geschäft machen würde, indem sie, anstatt dass das Geld brachliegt, wenigstens ein halbes Prozent dafür erhielte. Die Nationalbank hätte auch die nötige Garantie, denn der Kanton stünde als Garant für dieses Geld zur Verfügung. Auf der andern Seite haben wir aber auch den Vorteil beim Nehmer, beim Empfänger. Er hat dann das Gefühl, selbst etwas zu leisten und nicht bloss ein Almosen in Empfang zu nehmen. Er hat dann nicht das Gefühl der Abhängigkeit wie bei den Subventionen.

Nun erhebt sich die Frage: Sind diese Mittel vorhanden? Das ist das, was uns bewogen hat, diesen Antrag zu stellen. Wie Sie aus den Zahlenangaben von Herrn Musy gehört haben, sind diese Mittel vorhanden. Ob sie in etwas grösserem oder geringerem Masse vorhanden sind, worauf Herr Picot angespielt hat, spielt keine Rolle. Es sind Mittel in hinlänglichem Umfange vorhanden, die heute brachliegen. Wenn Sie diesen Antrag annehmen und das Geld unter diesen Bedingungen zur Verfügung stellen, werden Sie auch das Problem der Entschuldung in den Gebirgsgegenden in weitgehendem Masse lösen. Ich glaube, wie schon gesagt wurde, nicht an diese grosse Entschuldungsvorlage, die nun kommen soll, auch nicht dann, wenn sie in den Räten angenommen werden sollte, denn das Volk wird sie verwerfen.

Man sagte einmal, das Reglement stehe entgegen. Gewiss, wir wissen: die heutigen reglementarischen und gesetzlichen Bestimmungen würden es nicht erlauben, in der Weise vorzugehen. Aber es lohnt sich doch, wenn man das von uns gesteckte Ziel erreichen will, an eine Revision von reglementarischen und gesetzlichen Bestimmungen zu denken.

Man sagt, die Nationalbank komme heute schon entgegen. Gewiss, wir müssen das anerkennen. Aber immer nur unter der Voraussetzung, dass die in Anspruch genommenen Darlehen kurzfristig seien. Damit können wir für die Lösung, die wir im Auge haben, nichts anfangen. Es muss eine Lösung sein, dass der Empfänger auf eine Reihe von Jahren abzahlen kann, und zwar zu einem Zinsfuss, der erträglich ist. Nach unserm Antrag würde die Schuld in rund 40 Jahren getilgt sein, die Bank hätte das Geld zurück, es wird nicht verteilt, sie bekommt die Substanz zurück innert 40 Jahren und hat dazu noch den Zins. Man sagt, das sei eine lange Zeit und handle sich um eine hohe Summe. Gewiss, aber über all das kann diskutiert werden. Man sagt uns, dieser Antrag sei eigentlich ideal, aber er gehöre nicht in diese Vorlage. Auch diese Einrede muss gehört werden, und wenn wir, wie Herr Kollege Musy gesagt hat, die Zusicherung von Seiten des Bundesrates bekämen, dass in dieser Richtung auf anderm Wege etwas gemacht wird, könnten wir auf die Aufnahme dieser Bestimmung in die gegenwärtige Vorlage verzichten. Der Sinn des Antrages ist der: wir konstatieren heute auf der einen Seite einen grossen Ueberfluss, eine Goldmenge, die unfruchtbar ist, nicht gebraucht wird, auf der andern Seite eine grosse Notlage, wo man Geld und Mittel nötig hätte. Da wollen wir eine Brücke schlagen, damit von diesem Ueberfluss etwas dahin geht, wo man ihn brauchen kann, und zwar fruchtbringend, und ohne dass der Staat irgendwelche Mittel geben muss. Ist das nicht interessanter, als wenn die Leute immer kommen und Subventionen verlangen müssen, wenn man ihnen Geld leihen kann, das sie verzinsen und zurückbezahlen müssen? Wir wollen diesen Ueberfluss flüssig machen, damit er denen zugute kommt, die es nötig haben. Sie schaffen damit Brot, Arbeit, garantieren die Existenzbedingungen in Gegenden, wo man sonst der Verarmung entgegengeht. Ich möchte den Bundesrat bitten, die Frage wohlwollend zu prüfen, ob er diesen Antrag so annehmen kann oder ob wir auf anderm Wege zu einer Lösung kommen. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen.

Vonmoos: Ich möchte den Antrag Musy unterstützen. Die Ausführungen von Herrn Musy sind absolut zutreffend, die Bergbevölkerung leidet stärker Not als alle übrigen Einwohner, sie profitiert wenig von den kostspieligen Einrichtungen, die den übrigen Volksteilen zugute kommen, und deshalb hat sie ein Anrecht darauf, dass man ihre besondern Verhältnisse berücksichtigt. Ein grosser Teil der Gemeinden in den Gebirgsgegenden verarmt, wenn man ihnen nicht wesentliche Entlastungen auf den Schuldzinsen verschafft. Der Antrag Musy-Escher ist deshalb eine Notwendigkeit und verdient Ihre Unterstützung. Jedenfalls sollte diese Frage vom Bundesrat zu wohlwollender Prüfung entgegengenommen werden und in nächster Zeit eine zufriedenstellende Lösung finden.

Bundesrat **Obrecht:** Es ist eine Spezialität meines lieben alt-Kollegen Herrn Musy, dass er jedesmal, wenn er uns etwas empfiehlt, uns mitteilen kann, er habe ein schönes Buch gelesen, ein

sehr interessantes Buch, und er möchte uns diese Lektüre auch empfehlen. Ich lese gern Bücher, lasse mich gern durch die Weisheit der Bücher belehren, aber diese Sache hat eben einen Haken: Wenn man Bundesrat ist, hat man nicht mehr Zeit, Bücher zu lesen, und wenn man Zeit hat, die Bücher zu lesen, ist man leider nicht mehr Bundesrat. (Grosse Heiterkeit.) Darin liegt eine gewisse Chance auch für mich; ich hoffe das auch noch zu erleben, wenigstens dann, wenn ich in Zukunft etwas vorsichtiger mit dem Nikotin umgehen werde.

Herr alt Bundesrat Musy nimmt sich die Lage der Bergbevölkerung sehr zu Herzen, was wir ohne weiteres verstehen. Er ist oder war selbst ein Bergbauernbub, er kommt aus dem gebirgigen Teil des Greyerzerlandes, von Albeuve, kennt nicht nur die Jagdgründe des Moléson, sondern auch die Sorgen der Bergbauernbevölkerung. Dieses Los der Bergbauern wird wiederum zum Problem, es spitzt sich zu. Ich habe in den letzten Tagen eine umfassende Eingabe von Herrn Nationalrat Escher bekommen, im Ständerat hat Herr Meyer eine Motion eingereicht. Der Stein kommt wieder ins Rollen. Wir haben in der letzten Zeit auch eine Eingabe von allen kantonalen Regierungen der Innerschweiz bekommen, worin sie uns bitten, wir möchten bei der Neuordnung der Abteilung für Landwirtschaft, die sich aufdrängt zufolge des Rücktrittes von Herrn Direktor Dr. Käppeli, untersuchen, ob wir nicht eine spezielle Stelle schaffen sollten für das Studium der Lebensbedürfnisse der Gebirgsbauern. Ich bin nicht ermächtigt, dazu Stellung zu nehmen, ich habe den Fall noch nicht geprüft und noch weniger dem Bundesrat unterbreitet, aber Sie sehen, wieweit diese Frage bereits vorgeschritten ist. Wir werden um eine neue Prüfung aller Fragen, die die Gebirgsbauernbevölkerung angehen, nicht herumkommen.

Trotzdem muss ich Ihnen empfehlen, den Antrag der Herren Musy und Escher nicht anzunehmen. Es geht grundsätzlich nicht an, dass Sie hier im Rat über Geschäfte, die in die Kompetenz der Nationalbank fallen, Vorschriften aufstellen. Ich möchte Herrn Escher als gewesenen Finanzdirektor des Kantons Wallis, ich möchte Herrn Vonmoos fragen, auch die Herren vom Kanton Freiburg: Würden Sie es wagen, im Kanton Ihrer Kantonalbank Geschäfte vorzuschreiben, via Erlass einer Verfassungsbestimmung? Das würden Sie niemals tun, denn in den Kantonen weiss man, dass, wenn man anfängt, den staatlichen Bankinstituten von den politischen Behörden aus dreinzureden, das eine sehr gefährliche Sache ist und dass mancher Kanton diese politische Einmischung in Bankangelegenheiten teuer hat bezahlen müssen. Diese Erfahrungen der Kantone müssen wir uns vor Augen halten, und wir dürfen diesen Weg nicht betreten gegenüber unserer Nationalbank. Ich bleibe bei dem Grundsatz, den ich vorhin entwickelt habe: Ohne die Nationalbank befragt zu haben, ohne ihr Einverständnis dürfen wir ihr nicht Geschäfte aufzwingen. Das steht dem Bunde nicht zu, nicht einmal dem Bundesrat. Auf diesen Boden müssen wir uns stellen. Nun bin ich bereit, den Bundesrat zu engagieren, dass er den Weg, den die Herren Musy und Escher gehen wollen, auf seine Gangbarkeit prüft, und zwar unverzüglich. Es trifft sich gut, denn noch diese Woche, am Donnerstag, wird eine gemeinsame Sitzung stattfinden zwischen der Finanzdelegation des Bundesrates und dem Direktorium der Nationalbank. Ich werde diese Gelegenheit dazu benützen, um diese Frage zu stellen und ihre Abklärung in Fluss zu bringen. Aber ich kann den Bundesrat nicht engagieren, dass er der Nationalbank Vorschriften macht. Das lehne ich grundsätzlich ab. Wir wollen aber den Stein ins Rollen bringen, wir wollen die Nationalbank bitten, alles zu tun, was sie von sich aus verantworten kann. Mehr ist nicht möglich Aber hier einfach durch eine Verfassungsbestimmung in die Nationalbank hineinzureden, ihr den Betrag vorzuschreiben, die Form des Geschäftes, den Zinssatz, das können Sie nicht. Das wäre ein gefährlicher Anfang. Ich möchte Ihnen dringend anraten, diesen Anfang nicht zu machen. Ich beantrage Ihnen in diesem Sinne Ablehnung des Antrages, wiederhole aber die Bereitwilligkeit des Bundesrates, die Frage unverzüglich und mit Wohlwollen zu prüfen.

M. **Musy:** Je prends note de la déclaration de M. le conseiller fédéral Obrecht qui nous a donné l'assurance que le Conseil fédéral s'occupera de cette question après-demain jeudi. L'engagement est catégorique.

Dans ces conditions, M. Escher et moi nous retirons notre proposition. Nous espérons toutefois qu'une solution sera rapidement trouvée et qu'on évitera de revenir devant le Conseil.

Zurückgezogen. — *Retiré.*

Ziff. 5 (neu).

Antrag Müller-Grosshöchstetten.

Zur Tilgung der ausserordentlichen Aufwendungen für die Landesverteidigung erhebt der Bund eine Sondersteuer auf allen Reingewinnen über 5 % und auf allen jährlichen Einkommen über 30 000 Fr.

Ein Bundesgesetz stellt die Vorschriften für die Durchführung auf.

Ch. 5 (nouveau).

Amendement Müller-Grosshöchstetten.

En vue d'assurer l'amortissement des dépenses extraordinaires pour la défense nationale, la Confédération perçoit un impôt spécial sur tous les bénéfices nets dépassant 5 pour cent et sur tous les revenus supérieurs à 30 000 francs par an.

Une loi fédérale édictera les dispositions d'exécution nécessaires.

Müller-Grosshöchstetten: Ich gehe in der Begründung meines Antrages von zwei Feststellungen aus, die in der Kommissionssitzung gemacht worden sind. Herr Bundesrat Obrecht hat in der Verteidigung seiner Botschaft und seiner Vorlage uns mehrmals aufmerksam gemacht auf den Ernst der Stunde und die Not der Zeit, die ihm die Vorlage in die Feder diktiert hätten. Ebenfalls in der letzten Kommissionssitzung hat ein bürgerliches Mitglied der Kommission festgestellt: Das Kapital muss mehr leisten. Wir sind in der Sorge um diese Vorlage in mehrfacher Beziehung. Zu den grundsätzlichen Gegnern dieser marxistischen Vorlage des

Bundesrates, wie sie bezeichnet wird, kommen die Gegner, die die Art der Finanzierung schafft. Wir haben der Ausgleichsteuer zugestimmt, weil sie einen gerechten Ausgleich, den Schutz des Mittelstandes will. Wir überschätzen ihre Wirkung weder nach der einen noch nach der andern Seite. Wir wären der Meinung, dass wir alle einer Vorlage zustimmen müssten, auch wenn sie eine Steuer enthalten würde, der wir nicht gewogen wären, wenn sie Arbeit schaffen will in dieser ernsten Zeit. Die Art der Finanzierung wird ein Vorwand und ein Grund mehr werden, warum man die Vorlage von dieser Seite her bekämpfen wird. Mit Recht wird man einwenden können, was in der Kommissionssitzung nicht von uns, sondern von anderer Seite aus betont worden ist: Das Kapital leistet zur Verstärkung der Landesverteidigung und zur Schaffung von Arbeit zu wenig. Kein Zweifel, das ist der schwächste Punkt dieses grossen Werkes. Wir möchten hier mit unserm Antrag einen Anfang machen. Ich weiss und bin darauf gefasst, dass man uns auch hier wiederum sagen wird, dass es sich um einen demagogischen Antrag handelt. Alles, was den grossen Besitz zu einer Mehrleistung heranziehen will, auch wenn es sich um eine Mehrleistung zur Verstärkung der Landesverteidigung und für die Heimat handelt, wird als Demagogie bezeichnet.

Man hat Erfolg mit dieser Methode. Ich erinnere an das Schicksal der Kapitalertragssteuer, an das Schicksal des Gedankens eines Wehropfers. Was ist aus diesen Dingen geworden? „Grundsätzlich" ist man einverstanden, „grundsätzlich" ist man ein Freund all dieser Dinge, aber prinzipiell ist man dagegen. Man prüft die Sache, bis das Wetter vorüber ist.

Es ist ein kleines Opfer, das dem grossen Besitz von seinem Ueberfluss zugemutet wird. Ueberfluss soll für die Verstärkung der Landesverteidigung ein bescheidenes Opfer abgeben. — Wir waren an der Grenze. Man hat uns gezeigt, was alles gemacht worden ist zur Verstärkung unserer Landesverteidigung. Man hat uns aber in aller Offenheit darauf hingewiesen, was noch alles zu tun ist, wenn das Geld nicht fehlen würde. Grundsätzlich ist man also mit unserer Forderung einverstanden. Aber man wendet ein, das Kapital, der grosse Besitz müsse so schon viel leisten. Man weist auf seine Abgaben hin, und man vergisst das Entscheidende: wieviel dem grossen Besitz auch in Notzeiten immer noch bleibt. Das ist das Entscheidende. Wir wollen nicht unrecht tun. Wo der grosse Besitz keine Verdienstmöglichkeiten hat, wollen wir ihn nicht belasten. Deshalb wollen wir die Sondersteuer nur auf den grossen Einkommen über 30 000 Fr. und auf den Uebergewinnen. In einer Zeit mit einer grossen Zahl von Arbeitslosen, mit ihrer Not im Gewerbe, mit ihrer Situation im Bauernvolk. Ich glaube, wer in dieser Zeit jährlich über 30 000 Fr. einnimmt an Einkommen, der sollte von sich aus und aus tiefer Verantwortung gegenüber der Heimat und seinen schwächeren Volksgenossen dieses kleine Opfer zur Verstärkung der Landesverteidigung bringen.

Man wird auf die technischen Schwierigkeiten hinweisen. Mit keinem Erfolg. Es sind hier im Saale von anderer Seite vor Jahren Postulate gestellt worden über eine Sonderbesteuerung grosser Einkommen. Jahre sind darüber gegangen, man hat nichts getan. Statt jahrelang über diesen Gedanken eines Wehropfers hin und her zu diskutieren, machen wir einen kleinen, sehr bescheidenen Anfang. Wer 30 000 Fr. jährlich einnimmt, der sollte nach unserm Antrag z. B. 300 Fr. als Wehropfer abgeben. Das ist ein sehr bescheidenes Opfer zur Verstärkung der Landesverteidigung. Ist das eine unerhörte Zumutung? Wir leben in der Ueberzeugung, dass unser Volk bereit ist, jedes Opfer für die Heimat und ihre Verteidigung zu bringen, unter einer Voraussetzung, dass der Starke im Tragen des Opfers vorangeht. Machen wir hier einen Anfang. Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen.

Bundesrat **Obrecht:** Ich kann auch hier kurz sein. Es ist richtig, dass die finanzielle Deckung nur eine teilweise ist, weil sie sich nur bezieht auf die zivilen Arbeitsbeschaffungskredite und nicht auch auf die militärischen Kredite. Als wir diese Vorlage im Bundesrate in Arbeit hatten, neigte ich der Auffassung zu, wir sollten auch für die militärischen Kredite gleich eine Deckung vorsehen. Heute bin ich anderer Meinung, denn inzwischen habe ich erfahren, dass es bei diesen militärischen Krediten sein abschliessendes Bewenden noch nicht hat, sondern dass die Landesverteidigung noch weitere ausserordentliche Kredite benötigen wird.

Der Bundesrat beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Bericht über die Motionen der Herren Vallotton, Schöpfer und anderer, die in der Novembersession gestellt worden sind. Es ist vorläufig nur ein Bericht, aber er gibt eine Uebersicht in doppelter Hinsicht: über die bisherigen ausserordentlichen militärischen Kredite, ihre bisherige Tilgung, die noch zur Tilgung verbleibende Restanz und dazu die Summe, die voraussichtlich noch nötig sein wird, um unser ganzes Werk der Aufrüstung einer Vollendung entgegenzuführen. Damit bekommt man die notwendige Basis, um zu erfassen, welche Einnahmen notwendig sind, um diese ausserordentlichen militärischen Ausgaben zu verzinsen und zu tilgen. In der gleichen Vorlage wird sodann im Prinzip bereits auch untersucht, welcher Weg dazu führen könnte, diese Deckung in bezug auf die militärischen Kredite herbeizuführen. Es wäre nun ein Fehler, wenn man eine nicht errechnete und nicht durchgearbeitete Vorlage, wie sie hier beantragt wird, annehmen würde im Moment, in dem man in einigen Tagen die Uebersicht über die Gesamtaufwendungen ausser Budget für unsere Landesverteidigung erhält und in dem der Bundesrat grundsätzlich zu den Möglichkeiten der Deckung Stellung nehmen wird. Insofern fällt also der Antrag von Herrn Dr. Müller zeitlich nicht gut. Hin und wieder hat man mit einem Antrag Chance, manchmal hat man damit Malchance. Dieses Mal hat Herr Müller kein Glück. Ich möchte Ihnen empfehlen, seinen Antrag abzulehnen; er ist nicht zeitgemäss.

M. le **Président:** La commission m'informe qu'elle s'est occupée de cette question dans ses délibérations et s'est prononcée pour le rejet de la proposition de M. Müller-Grosshöchstetten.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Müller-Grosshöchstetten	45 Stimmen
Dagegen	71 Stimmen

Lit. B und *C.*

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Lettres B et *C.*

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adoptées.*

Lit. D.

Antrag der Kommission.

Dieser Bundesbeschluss tritt in Kraft, wenn das Volksbegehren betreffend ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm zurückgezogen oder in der Volksabstimmung abgelehnt sein wird.

Nach Tilgung der in Lit. A, Ziff. 3, genannten Summe von 135 Millionen Franken durch den Reinertrag der Ausgleichsteuer tritt dieser Bundesbeschluss ausser Kraft.

Lettre D.

Proposition de la commission.

Le présent arrêté entrera en vigueur lorsque la demande d'initiative concernant un programme national de création d'occasions de travail aura été retirée, ou qu'elle aura été repoussée en votation populaire.

Il sera abrogé lorsque le rendement de l'impôt compensatoire aura permis d'amortir les 135 millions de francs mentionnés au chiffre 3 de la lettre A.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	114 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

Postulat Bürki.

Die Elektrifikation der Brünigbahn, behandelt auf Seiten 11 und 16 der Botschaft des Bundesrates vom 7. Juni 1938 über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ist vom Bundesrat zur Ausarbeitung in eine Sondervorlage zurückgelegt worden.

Die Elektrifikation dieser Linie, besonders aber ihr Umbau auf Normalspur, ist für unser Land neben einem vorzüglichen Objekt für Arbeitsbeschaffung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch von allergrösster Bedeutung. Wie keine andere Linie, vermag sie namentlich auch eine geschütztere Verbindung zwischen der Ost- und Westschweiz, zwischen Luzern und dem Talkessel des Oberhasli, als Ausgangspunkt zur Grimsel, zur Furka usw. herzustellen. Der Ausbau auf Normalspur ist für die Stärkung unserer Wehrkraft ein besonders wichtiges Moment; eine blosse Elektrifikation der bestehenden Schmalspur vermöchte militärischen Interessen in keiner Weise zu genügen.

In Berücksichtigung dieser ausschlaggebenden Bedeutung in militärischer Hinsicht, neben der Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung, wird der Bundesrat gebeten, zu prüfen, ob die Vorlage nicht so zu fördern sei, dass sie baldigst zur Behandlung und Ausführung gelangen kann.

Postulat Bürki.

L'électrification de la ligne du Brünig, qui est mentionnée aux pages 10 et 15 du message du 7 juin 1938 concernant le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage, a été mise de côté pour être traitée dans un projet spécial.

Or, l'électrification de cette ligne, mais surtout l'établissement de la voie normale, ne constitue pas seulement un excellent moyen pour combattre le chômage, mais est d'une importance très grande du point de vue économique et militaire. Plus qu'aucune autre ligne, celle du Brünig établit une communication sûre entre la Suisse orientale et la Suisse occidentale, entre Lucerne et l'entonnoir de l'Oberhasli, point de départ des routes du Grimsel, de la Furka, etc. L'établissement de la voie normale joue un rôle éminent pour le renforcement de la défense nationale; l'électrification à elle seule ne suffit en aucune façon aux exigences de cette dernière.

Vu l'importance décisive de l'élément militaire, à côté de la possibilité d'occuper des chômeurs à ces travaux, le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne pourrait pas déposer son projet de manière qu'il soit discuté et exécuté à bref délai.

Mitunterzeichner — *Cosignataire:* Roulet.

Bürki: Ich will die Mahnung des Herrn Präsidenten zur Kürze befolgen und mich kurz fassen.

Ich darf wohl voraussetzen, dass Ihnen der Wortlaut meines Postulates noch gegenwärtig ist. Der Umbau der Brünigbahn von der Schmalspur auf Normalspur und vom Dampfbetrieb auf den elektrischen Betrieb wurde bereits durch ein Postulat Balmer im Jahre 1934 in Diskussion gestellt.

Herr Balmer wies namentlich auf die volkswirtschaftliche und verkehrspolitische Bedeutung dieser Bahn hin. Das Postulat war von mehr als 50 Mitgliedern des Rates unterzeichnet. Nach dem Bekanntwerden des Postulates hat sich gleich ein Initiativkomitee gebildet, zusammengesetzt aus Vertretern der Zentralschweiz, der Ostschweiz und der Westschweiz. Mehrere Parlamentarier, die heute noch hier im Rate sitzen, sind Mitglieder dieses Komitees. Im September 1934 folgte dann eine ausführliche Eingabe dieses Komitees an den Bundesrat.

Mit Schreiben vom 1. August 1937 teilte der Chef des Eisenbahndepartementes im Auftrage des Bundesrates mit, dass dieser die Bedeutung des Umbaues wohl anerkenne, aber aus finanziellen Gründen darauf nicht eintreten könne. Demzufolge kam die Vorlage so heraus, wie sie nun vom Bundesrat in seiner Botschaft vorgeschlagen wird. Herr Bundesrat Obrecht führte darüber in der Kommissionssitzung in Klosters folgendes aus:

„Die Brünigbahn wollten die S.B.B. schon lange elektrifizieren. Das Berner Oberland hätte gerne eine Verbindung mit Basistunnel unter dem Brünig, was 68 Millionen Franken kosten würde und nicht verantwortet werden könnte. Die Fortsetzung der Normalspur Bern–Thun–Interlaken bis Meiringen

wurde vorgeschlagen. Post- und Eisenbahndepartement verhalten sich dagegen ebenfalls ablehnend."

Und Herr Bundesrat Minger als Chef des Militärdepartementes hat seinen Standpunkt wie folgt vertreten:

„Vom Standpunkt der Landesverteidigung aus hätten wir das grösste Interesse, dass die Brünigbahn normalisiert wird. Sie wäre sicherer als die Linie Langnau–Luzern. Das Unterwaldner Ländchen wäre dann sehr geeignet für Reservehaltung. Der Bundesrat schreckt aber zurück wegen der hohen Kosten (68 Millionen Franken gegenüber 12⅓ Millionen Franken bei Elektrifikation der bestehenden Linie). Der Bund selbst müsste die Differenz von mindestens 50 Millionen Franken bezahlen. Sollen wir nicht von Interlaken bis Meiringen die Normalspur bauen? Wir haben immerhin noch die Brünigstrasse. Zum mindesten sollte man das Zahnrad beseitigen können."

So Bundesrat Minger.

Von seiten mehrerer Kommissionsmitglieder wurde gegen die Vorlage der S.B.B. Stellung bezogen. Man wies namentlich auf die militärische Bedeutung hin. Auch sei die Kostendifferenz derart, dass da etwas nicht ganz stimmen könne. Und man wies die Vorlage in dem Sinne zurück, dass sie dem Rate in einer Sondervorlage unterbreitet werden solle.

Darüber entstand nun eine grosse Beunruhigung im Berner Oberland, es zirkulierten Gerüchte über Hinausschiebung, namentlich über die ablehnende Haltung der Bundesbahnen und diese Befürchtungen wegen der neuen Situation wurden mir als Präsidenten der Oberländischen Volkswirtschaftskammer mitgeteilt, und aus diesem Grunde habe ich das Postulat eingereicht, um etwas Abklärung und Beruhigung zu schaffen, und zwar namentlich wegen der militärischen Interessen.

Wir stehen ganz ohne Zweifel vor einer neuen Situation. In der Gestaltung des Umbaues der Brünigbahn stehen unbedingt die militärischen Interessen im Vordergrund. Ich habe soeben die Erklärung von Herrn Bundesrat Minger verlesen. Ich darf darauf hinweisen, dass anlässlich einer grossen Diskussion hier in diesem Saale im Jahre 1913 über den Bau der Bahn Interlaken–Meiringen als Normal- oder Schmalspur sich damals schon Herr Generalstabschef von Sprecher dahin ausgesprochen hat, dass eine Normalisierung namentlich dieser Linie für die Landesverteidigung von allergrösstem Interesse wäre. Ich möchte aus einem Vortrag von Oberstkorpskommandant Weber einen Passus vorlesen. Er führte folgendes aus: „Von allen Eisenbahnverbindungen aus der Ost- nach der Westschweiz und umgekehrt, wäre eine normalspurige Linie durch den Brünig weitaus die militärisch wichtigste und wertvollste, weil sie die einzige von der Natur geschützte Verbindung zwischen Nord- und Westschweiz ist, die nicht schon im Beginn eines Kampfes um unsere Hochebene Gefahr laufen würde, vom Feinde erreicht und unterbrochen zu werden. Sie würde als gedeckte Rochadelinie parallel der Hochebene verlaufen, gestattend, im Kampf um diese, den numerischen Wert unserer Truppen durch rasche Verschiebung zu vervielfachen. Der Ausbau der Brünigbahn auf Normalspur ist für die Wehrkraft der Schweiz von elementarster, ausschlaggebender Wichtigkeit."

Wer den Talkessel von Meiringen kennt, mit seinen Ausgängen über die Grimsel, mit dem landeswichtigen Kraftwerk und dem Uebergang ins Oberwallis, Furka, Gotthard, die Verbindung mit der Sustenstrasse, der wird die Bedeutung einer leistungsfähigen Bahnverbindung Meiringen–Unterland–Westschweiz und Meiringen–Zentralschweiz–Ostschweiz anerkennen müssen. Eine Schmalspurbahn, auch wenn sie elektrifiziert ist, vermag den militärischen Interessen in keiner Weise zu genügen.

Aber auch verkehrspolitische Gründe sprechen für diese Normalisierung. Die Fahrzeit Luzern–Interlaken betrug bisher über 3 Stunden, bei Saisonextrazügen 2½ Stunden, ein Auto Thun–Brünig–Luzern braucht 1½ Stunden. Da muss man sich nicht verwundern, wenn die Brünigbahn von den Touristen nicht mehr benützt wird. Fahrzeiten nach der Normalisierung: Interlaken–Luzern 1 Stunde 20 Minuten, Zürich–Meiringen 2 Stunden, heute einen halben Tag. Die Strecke Giswil–Brünig heute 60 Minuten, bei einer elektrischen Normalbahn 8 Minuten. Sicher werden die Fahrzeiten bei der Elektrifizierung der Schmalspurbahn etwas gekürzt, aber nicht in dem Masse, dass von einem grossen Vorteil gesprochen werden könnte. Es würde immerhin noch die Zahnstangenstrecke Lungern–Meiringen von 10 km verbleiben, Fahrzeit heute immer noch 50 Minuten, bei einer Normalbahn 8 Minuten.

Eine ganze Anzahl von Berichten von Fremden liegen vor, die ich nicht verlesen möchte. Die Verbindung Luzern–Meiringen–Interlaken ist eine lebenswichtige Frage für die Fremdenverkehrsgebiete, für die wir ja unser Möglichstes tun müssen. Nun kommt noch das Moment der Arbeitsbeschaffung hinzu. Nach den Berechnungen der Experten des Initiativkomitees würde dieser Umbau eine Arbeit ergeben für 3 Jahre und für 800—1000 Arbeiter. Die Behörden der S.B.B. und das Eisenbahndepartement schlagen eine Elektrifikation der Schmalspurbahn vor, das Initiativkomitee aus der Gegend und weiteren Kreisen den Umbau auf Normalspur und Elektrifikation. Welches sind nun die Ursachen der Meinungsverschiedenheiten? Einmal die Kostendifferenz. Die S.B.B. veranschlagt die Kosten auf 68 Millionen, die Experten der Initianten auf 38 Millionen, eine Differenz von sage und schreibe 30 Millionen. Da muss man sich sagen, dass hier etwas nicht stimmen kann. Der Hauptgrund der Differenz mag ja wohl darin liegen, dass die S.B.B. einen Basistunnel von 12 km Länge vorschlagen, gegenüber dem Initianten mit einem Scheiteltunnel von 3½ km. Die Ueberprüfung der Berechnungen der Experten des Initiativkomitees ergeben folgendes: Die Berechnungen wurden von Herrn Prof. Thormann von der E.T.H. in Zürich geprüft und gestützt auf eine eingehende im Gelände vorgenommene Besichtigung festgesetzt. Prof. Thormann gelangt zur Schlussfolgerung, dass die Kostenberechnung der Experten der Initianten, Dr. Ing. Zehnder, Oberingenieur Hausammann und Ingenieur Beetschen durchaus den heutigen Löhnen und Materialpreisen entspricht. Weiter, dass nach

Abzug der Zinsen und Abschreibungen für die infolge des Umbaues untergegangenen Werte und nach Abzug der Einsparungen auf den Arbeitslosenunterstützungen, der Mehrkostenaufwand des Bundes für das normalisierte Projekt nur rund 20 Millionen Franken betrage. So dieser Experte.

M. le **Président:** J'ai le plaisir d'annoncer à l'orateur que le Conseil fédéral accepte son postulat.

Bürki: Ich bin ohnehin bei meinem Schlusswort angelangt und wenn sich der Bundesrat bereit erklärt, das Postulat anzunehmen, so habe ich lediglich Sie zu bitten, diesem Postulat zuzustimmen.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Nachmittagssitzung vom 20. Dez. 1938.
Séance du 20 déc. 1938, après-midi.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3687. Linthebene. Meliorationen in den Kantonen Schwyz und St. Gallen.
Plaine de la Linth. Améliorations dans les cantons de Schwyz et de St-Gall.

Botschaft und Gesetzentwurf vom 21. März 1938 (Bundesblatt I, 343). — Message et projet de loi du 21 mars 1938 (Feuille fédérale I, 347).

Beschluss des Ständerats vom 8. November 1938.
Décision du Conseil des Etats, du 8 novembre 1938.

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Muheim, Berichterstatter: Wer über den Aabach die Linthebene betritt und von Schmerikon ausgehend nach der idyllischen Grynau wandert, kann an der alten Holzbrücke die vielsagende Inschrift lesen: „Alles ist Uebergang". In der Tat, die Geschichte genannter Gegend und die Vergangenheit ihrer Verbesserungen stellt einen Uebergang vor. Schon im Altertum marschierten römische Legionen rechts und links, auf St. Galler- und auf Schwyzerseite, von Chur aus gegen den Rhein und am Rande des Linthgebietes vorbei. Nach Beschreibungen des verstorbenen ehemaligen Nationalrates Theodor Curti in seiner „Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert" wird geschildert, wie die Linth, aus dem Glarnerlande kommend, bald in den Walensee, bald in den Ausfluss des Sees, in die Maag, und bald in die Ebene hinausfloss. Angehäufter Schutt, mitgeführtes Holz erhöhten das Bett und liessen das Wasser über die Ufer treten. Die Flut drang öfters in die Städtchen Weesen und Wallenstadt ein, in deren Strassen man mit Schiffchen fahren konnte. Die Wiesen an den Seeufern verwandelten sich in Sumpfboden, und zwischen dem Walensee und dem Zürchersee entstand vor Jahrhunderten gewissermassen ein dritter, langgezogener See, ohne regelmässige Ufer, ein Gürtel zahlloser Moräste. Sumpffieber suchte die Bevölkerung heim, weite Gebiete gingen der Anpflanzung und Bebauung verloren. Das war der Zustand vor 150 und mehr Jahren. In einer verdienstvollen Arbeit, die Kulturingenieur Alfred Strüby verfasste: „Das Linthwerk und das Meliorationsprojekt der Linthebe, 1937 und 1938", beschreibt der Verfasser seine Forschungen und gibt ein ausführliches Bild der Verheerungen der alten Linth. Die Uebelstände steigerten sich insbesondere im 18. Jahrhundert in furchtbarer Weise. Im Jahre 1783 befasste sich Landammann Christen von Unterwalden mit den Zuständen in der Linthebene. In den „Eidgenössischen Abschieden" wird gemeldet, dass eine Conferenzialverhandlung vom 27. bis 31. März 1783 in Lachen, nach Ablegung des Eidgenössischen Grusses, über die Schiffahrtsverhältnisse sich beriet, einen Augenschein vornahm und den Schiffsmeistern nach reiflicher Ueberlegung anbefahl, das Bett der alten Linth für die Schiffahrt gehörig in Stand zu stellen. An der Gemeineidgenössischen Tagsatzung vom 7. bis 31. Juli 1783 in Frauenfeld wird eine Expertise von Hauptmann und Ingenieur Andreas Lanz von Bern mit verschiedenen Projekten und Kostenberechnungen zum „ehrerbietigen Bericht", wie es damals noch respektvoll hiess, entgegengenommen und besprochen. Die Tagsatzung von 1804 und 1805 genehmigte die Vorlagen und wollte dem unerträglich gewordenen Zustande ein Ende bereiten. Hans Konrad Escher von Zürich übernahm den Vorsitz in der Linthaufsichtskommission und leitete von Schänis aus die Arbeiten am neu zu erstellenden Linthkanal. Seiner Ausdauer, seiner Tätigkeit, seiner Kenntnis der Gegend ist das Gelingen in der Hauptsache zu verdanken. 1807 wurde mit den Arbeiten begonnen. Am 8. Mai 1811 konnte der Kanal von Mollis nach dem Walensee eröffnet werden, 1812 und 1816 fanden weitere Teilstücke des Linthkanals ihre Vollendung. Der vollständige Abschluss der Kanalbauten erfolgte jedoch erst 1828. Das Unternehmen hatte eine Million Franken gekostet, die durch Aktien gezeichnet und aufgebracht war. Die Ueberschwemmungen gingen zu Ende. Am 9. März 1823 starb allzufrüh Hans Konrad Escher. Wie Louis Favre, der den Gotthard durchstach, vor Schluss der Arbeiten dahinging, so erlebte auch Escher die Fertigstellung seiner Arbeit nicht mehr. Beide Männer haben Grosses und Nützliches geleistet. Die Zürcher Regierung beschloss in verbindlicher Weise, dem Namen Eschers die Bezeichnung „von der Linth" beizufügen, und die Tagsatzung liess in der Nähe von Ziegelbrück einen Gedenkstein anbringen mit der Inschrift: „Dem Wohltäter dieser Gegend, Johann Konrad Escher von der Linth, geb. den 24. August 1767, gest. den 9. März 1823, die eidgenössische Tagsatzung. Ihm danken die Bewohner Gesundheit, der Fluss den geordneten Lauf. Natur und Vaterland hoben sein Gemüt. Euch sei er Vorbild!"

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Verfassungsartikel).

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (article constitutionnel).

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VII
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	10
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	20.12.1938
Seite Page Pagina	1126-1154
Ref. No	20 032 672

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Nachmittagssitzung vom 3. April 1939.
Séance du 3 avril 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Siehe Jahrgang 1938, Seite 731.
Voir année 1938, page 731.

Beschluss des Ständerats vom 24. und 28. März 1939.
Décision du Conseil des Etats, des 24 et 28 mars 1939.

Differenzen. — *Divergences.*

Bundesbeschluss I.

Art. 4.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.
(Streichen.)

II. Minderheit

(Grimm, Bringolf, Bürki, Gysler, Held, Meierhans, Meyer-Luzern, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Schirmer, Schneider):

...der Kredite B, IIc, sind...

Antrag Müller-Grosshöchstetten.

Zu B IIc. Elektrifikation der Brünigbahn und Umbau auf Normalspur Interlaken-Meiringen. Beitrag an die SBB Fr. 5 200 000.

Arrêté fédéral I.

Art. 4.

Proposition de la commission.

Majorité:

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.
(Biffer.)

IIe Minorité

(Grimm, Bringolf, Bürki, Gysler, Held, Meierhans, Meyer-Lucerne, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Schirmer, Schneider):

... lettre B, IIc.

Proposition Müller-Grosshöchstetten.

Ad B IIc. Electrification de la ligne du Brünig et transformation de la ligne Interlaken-Meiringen en ligne à voie normale. Subvention aux CFF, Fr. 5 200 000.

Keller-Aarau, Berichterstatter der Mehrheit: Die Vorlage über die Verstärkung der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist mit einigen Differenzen aus den Beratungen des Ständerates hervorgegangen. Sie sind indessen nicht grundsätzlicher Natur. In allen grundsätzlichen Fragen, die durch die Vorlage aufgeworfen werden, hat sich der Ständerat den Beschlüssen des Nationalrates angeschlossen, so namentlich im Aufbau der Vorlage, in der Deckungsfrage, hinsichtlich der Ausgleichsteuer und auch bezüglich der Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes der Nationalbank.

Abweichende Beschlüsse hat der Ständerat gefasst bei zwei Positionen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, sodann bei der Ausgleichsteuer, die im einzelnen geändert worden ist, und schliesslich hat auch die Bestimmung über die Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes eine Modifikation erfahren.

Mit gutem Willen sollte es möglich sein, die vorhandenen Differenzen zu überbrücken und die Vorlage so rechtzeitig zu bereinigen, dass sie noch Ende Mai oder spätestens anfangs Juni der Volksabstimmung unterbreitet werden kann. Damit das möglich ist, ist allerdings eine gewisse Verständigungsbereitschaft erforderlich, um die wir Sie hiemit gebeten haben möchten.

Die erste Differenz, die zu einer Diskussion Anlass gibt, betrifft die Brünigbahn. Der Nationalrat hat dem im Arbeitsbeschaffungsprogramm unter II c enthaltenen Kredit von 4,1 Millionen Fr. für die Elektrifikation der Brünigbahn zugestimmt, gleichzeitig aber den Bundesrat durch ein Postulat eingeladen, die Normalisierung der Brünigbahn, mit einem Durchstich durch den Brünig, zu prüfen, wobei der Entscheid über Elektrifikation der bisherigen Linie oder Normalisierung der Bahn einem besondern Beschluss der eidgenössischen Räte vorbehalten worden ist.

Der Ständerat hat dem Kredit für die Elektrifikation der Brünigbahn ebenfalls zugestimmt. Er ist dann aber noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat die Normalisierung der Brünigbahn abgelehnt. Er will es bei der Elektrifikation der Brünigbahn endgültig bewendet sein lassen, in der Meinung, dass der Verwaltungsrat der Bundesbahnen die Elektrifikation der Brünigbahn soll beschliessen und in Angriff nehmen können, sobald diese Vorlage die Zustimmung des Volkes erhalten haben wird. Ihre Kommission hat mit 10 Stimmen beschlossen, dem Ständerat zuzustimmen. 9 Stimmen waren für Festhalten am Beschluss des Nationalrates, also dafür, dass die Frage der Normalisierung weiter geprüft und demgemäss die Elektrifikation der Brünigbahn verschoben werde, bis die Frage der Normalisierung ihre Abklärung gefunden hat.

Die Mehrheit der Kommission hat sich davon überzeugt, dass im Ernste von einer Normalisierung der Brünigbahn nicht die Rede sein kann. Wie der Umbau der Brünigbahn auf Normalspur von der Bundesversammlung schon wiederholt mit aller Entschiedenheit abgelehnt worden ist, so wird auch der jetzige Entscheid über die gleiche Frage kaum anders lauten können. Der Verkehr auf der Brünigbahn, der in der Hauptsache Saisonverkehr ist, macht keine Normalisierung nötig. Der Verkehr ist gering, sowohl der Personen- wie auch der Güterverkehr. Er macht nur einen kleinen Bruchteil des durchschnittlichen Verkehrs auf den übrigen Linien der Bundesbahnen aus. Auf jeden Fall ist der Verkehr so, dass er von der jetzigen Bahn mit Leichtigkeit bewältigt werden kann, namentlich dann, wenn ihre Leistungsfähigkeit durch die Elektrifikation um

ca. 60 % gehoben sein wird. Neuer zusätzlicher Verkehr, namentlich vom Auslande her, ist von einer Normalisierung der Brünigbahn nicht zu erwarten. Der Verkehr vom Auslande nach dem Berner Oberland wird sich der Hauptlinie Basel-Zürich-Bern-Interlaken bedienen, auch wenn die Brünigbahn normalisiert wäre. Es könnte sich höchstens darum handeln, dass durch die Brünigbahn eine Verschiebung des Verkehrs im Innern des Landes herbeigeführt würde. Allein dafür spricht kein allgemeines Interesse. Die Brünigbahn ist eine Touristenbahn, und als solche ist sie wertvoll und geschätzt. Sie würde aber gerade diesen Charakter einbüssen, wenn sie statt über den Berg mit der prachtvollen Aussicht ins Hochgebirge, durch den Berg hindurchgeführt würde. Dass durch die Normalisierung der Brünigbahn auch wichtige und berechtigte Interessen, die mit dieser Touristenbahn verbunden sind, schwer in Mitleidenschaft gezogen würden, liegt auf der Hand, und es ist deshalb auch ganz begreiflich, wenn gerade die zunächst interessierten Gemeinden des Oberhasli sich gegen die Normalisierung der Brünigbahn aussprechen.

Der Umbau der Brünigbahn auf Normalspur würde auch unverhältnismässig viel kosten. Die Kosten sind von den Bundesbahnen auf 68,5 Millionen Fr. berechnet worden, und zwar im Jahre 1935, also vor der Abwertung; wahrscheinlich wären sie heute noch höher. Zu diesen 68,5 Millionen kämen noch weitere 9,5 Millionen Fr., die für die untergehenden Anlagen der bestehenden Linie abgeschrieben werden müssten. Im ganzen wäre also mit einem Kostenbetrag von rund 78 Millionen Fr. zu rechnen.

Das ist aber nicht alles. Durch die Normalisierung der Brünigbahn würde auch das Betriebsergebnis der Bahn ungünstig beeinflusst. Schon jetzt ist ihr Betrieb defizitär; das jährliche Defizit beträgt rund 1,8 Millionen Fr. Die Normalisierung hätte eine Erhöhung dieses Defizites auf rund 6 Millionen zur Folge. Dass angesichts dieser Zahlen die Generaldirektion der Bundesbahnen und der Verwaltungsrat der Bundesbahnen sich mit aller Entschiedenheit gegen die Normalisierung der Brünigbahn aussprechen, ist mehr als begreiflich. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus lässt sich diese Normalisierung nicht rechtfertigen. Die damit verbundenen Kosten stünden in keinem Verhältnis zu den Vorteilen einer Normalisierung der Bahn.

Auch vom militärischen Standpunkt, der nun in den Vordergrund gerückt wird, liessen sich diese grossen Opfer nicht verantworten, die wohl zweckmässiger und wirkungsvoller für die Landesverteidigung verwendet werden könnten, wenn sie überhaupt zur Verfügung stünden. Es darf m. E. überhaupt die militärische Bedeutung einer normalisierten Brünigbahn nicht übertrieben werden, namentlich nicht im Zeitalter des Automobilismus und der Motorisierung. Es ist auch nicht etwa so, dass der Verkehr aus der Gegend Bern-Thun-Interlaken-Meiringen in das Becken des Vierwaldstättersees und ins obere Reusstal ausschliesslich nur auf die Brünigbahn angewiesen wäre. Es stehen hier noch andere Verbindungen zur Verfügung; die gut ausgebildete Brünigstrasse, dann die Bahn und Strasse von Bern-Thun über Langnau nach Luzern, in kurzer Zeit auch die Sustenstrasse, die im Bau begriffen ist und an die der Bund ebenfalls erhebliche Beiträge zu leisten hat. Es ist Mode geworden, zu militärischen Gründen Zuflucht zu nehmen, wenn keine andern Gründe zur Verfügung stehen oder andere Gründe versagen. Wir haben aber nachgerade allen Grund, diese militärischen Gründe etwas kritisch zu betrachten und mit Vorsicht aufzunehmen und sie nicht alle in bare Münze umzusetzen. Was hier von den militärischen Gründen zu halten ist, kann u. a. auch daraus geschlossen werden, dass das Militärdepartement z. B., das doch in erster Linie berufen ist, die militärischen Interessen des Landes zu wahren, sich nie für die Normalisierung der Brünigbahn ausgesprochen hat.

Die Angelegenheit ist in gewissem Sinne dringlich. Der Lokomotivpark der Brünigbahn bedarf der Erneuerung und Ergänzung. Wenn man die Anschaffung von neuen Dampflokomotiven, die mit der Elektrifikation überflüssig würden, vermeiden will, muss der Entscheid über die Elektrifikation bald fallen. Es hat übrigens auch keinen Sinn, an der Schlussnahme des Nationalrates festzuhalten, denn im vorliegenden Programm ist ja nur der Kredit für die Elektrifikation der Brünigbahn im Betrag von 4,1 Millionen enthalten, nicht aber der notwendige viel grössere Kredit für die Normalisierung der Brünigbahn. Ich empfehle Ihnen namens der Mehrheit der Kommission, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen und auf die Weiterverfolgung der Normalisierung der Brünigbahn zu verzichten.

Grimm, Berichterstatter der II. Minderheit: Ich möchte Ihnen im Gegensatz zu der 10gliedrigen Kommissionsmehrheit im Namen der 9gliedrigen Kommissionsminderheit beantragen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten, d. h. heute in der Frage der Elektrifikation der Brünigbahn einen materiellen Entscheid noch nicht zu fassen und es bei dem bewenden zu lassen, was der Nationalrat in der ersten Beratung der Sache in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat einstimmig beschlossen hat.

Was sagt dieser Beschluss? Er sagt nichts anderes, als dass die Frage der Kostenberechnung einer vollständig oder teilweise normalisierten Brünigbahn noch nicht endgültig abgeschlossen ist und dass der Nationalrat und der Ständerat sich erst dann definitiv zu der ganzen Frage äussern sollen, wenn die zahlenmässigen Unterlagen, die Kostenberechnungen, vorhanden sind. Dabei sind für uns 3 Tatsachen feststehend:

Wenn es sich ausschliesslich um die volkswirtschaftlichen oder touristischen Interessen handeln würde, müsste man sagen: eine Normalisierung ist nicht zu verantworten und zwar der hohen Kosten wegen. Es gibt aber neben der volkswirtschaftlichen und touristischen Seite der Angelegenheit eine militärische. Vom militärischen Gesichtspunkt aus werden für die Beurteilung der Normalisierung wohl andere Masstäbe angelegt werden müssen, als es der Fall ist, wenn man das Problem nur vom Standpunkt des Tourismus und der allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus betrachtet. Endlich ist uns eine dritte Tatsache vollständig klar: die Bundesbahnen können so oder so bei ihrem heutigen finanziellen Stand unter keinen Umständen

die Normalisierungskosten voll tragen, genau so, wie sie nicht imstande sind, die Elektrifikationskosten auf der Grundlage der Schmalspur vollständig zu übernehmen.

Von diesen drei Tatsachen ausgehend, wird zunächst das militärische Problem eine Rolle spielen. Der Berichterstatter der Kommissionsmehrheit ist zwar vorhin sehr rasch über diese Frage hinweggegangen. Er hat erklärt, das Militärdepartement selbst habe sich nie für die Normalisierung ausgesprochen. Ich habe nicht so gute Beziehungen zum Militärdepartement, dass ich das auf Grund eigener Wahrnehmungen feststellen könnte. Aber das Eine kann ich immerhin feststellen, dass am 21. Februar 1939 hier im Bundeshaus-Ostbau eine Konferenz der beteiligten Kantonsregierungen stattgefunden hat, an der der Unterstabschef der schweizerischen Armee, Oberstdivisionär Huber, im Auftrag des Chefs des Militärdepartements referiert hat. Ich habe das Protokoll jener Sitzung hier bei den Akten. Die Ueberschrift lautet ausdrücklich: „Vertrauliches Referat von Oberstdivisionär Huber im Auftrag des Chefs des eidgenössischen Militärdepartements." Wenn das nicht genügt, dann bedaure ich es, aber jedenfalls wird man diese Tatsache nicht bestreiten.

Nun ist nebenbei erklärt worden, im Zeitalter der Motorisierung komme einer Normalbahn nicht mehr die gleiche Bedeutung zu wie ehedem. Ich bin nicht militärischer Fachmann, aber ich verfolge hin und wieder auch die Presse. Ich glaube, mich daran zu erinnern, dass unlängst eine Broschüre erschienen ist, in der sehr deutlich hervorgehoben wurde, dass zwar die Motorisierung des Strassenverkehrs auch für militärische Transporte von enormer Bedeutung sei, dass jedoch für Massentransporte, die rasch vor sich gehen müssen, die Eisenbahn immer noch die entscheidende Voraussetzung bilde, und zwar womöglich die normalisierte Eisenbahn. Nun wird in militärischen Kreisen darauf hingewiesen, dass sich seit jener Zeit des Jahres 1905, da Oberst Weber das ganze Problem der Brünigbahn behandelte, die militärpolitische Lage verändert habe, dass vom kriegswirtschaftlichen Standpunkt eine Normalbahn einer Schmalspurbahn vorzuziehen sei, dass ferner eine normalisierte Brüniglinie zweifellos eine grössere Transportfähigkeit und grössere Raschheit der Transporte aufweise, als es bei einer schmalspurig elektrifizierten Brüniglinie der Fall sei.

Ich will mich mit dieser Argumentation, mit diesen wenigen Hinweisen begnügen. Das Referat von Herrn Unterstabschef Huber wurde als vertraulich bezeichnet und ich bin deshalb nicht berechtigt, weitgehende Details, auch wenn sie noch so interessant sind, hier dem Rate vorzutragen. Aber wenn schon von oberster militärischer Seite der ganzen Frage diese Bedeutung und Wichtigkeit beigemessen wird, dann wird man sich doch die eine Frage stellen müssen: Hat man wirklich eingehend versucht, ob vom militärischen und finanziellen Gesichtspunkte aus betrachtet eine Normalisierung der Brüniglinie tragbar sei oder nicht. Und da muss ich trotz der Bemerkung des Herrn Kommissionsberichterstatters der Mehrheit feststellen, dass nach dieser Richtung nach meiner Ueberzeugung volle Klarheit nicht besteht.

Die Bundesbahnen kommen (inkl. diese 9,5 Millionen Franken Abschreibungen untergehender Werte) auf einen Betrag von rund 78 Millionen Franken. In der Kommission sind aus diesen 78 Millionen Franken bereits 80 bis 100 Millionen Franken geworden. In der Botschaft vom Juni letzten Jahres wird auf die Abschreibungen nicht abgestellt; man spricht dort von einem Kostenbetrag von 68 Millionen Franken. In einem Briefe des Eisenbahndepartementes an das Aktionskomitee für die Normalisierung der Brüniglinie vom 1. August 1936, wird von Kosten in einer Grössenordnung von über 50 Millionen Franken gesprochen. Wenn es über 60 Millionen Franken wären, hätte man wahrscheinlich von über 60 Millionen Franken gesprochen. Wir sind es wenigstens nicht gewohnt, dass man, wenn man von über 50 Millionen Franken spricht, dann 80 Millionen Franken im Auge hat. Das Aktionskomitee seinerseits hat durch 3 Experten ein Projekt aufstellen lassen, das ohne Abschreibungen und Verzinsungen auf einen Kostenbetrag von 35,8 Millionen Franken kommt.

Bei der Verschiedenheit dieser Zahlen wird man kaum im Ernste behaupten können, diese Frage sei nach der Kostenseite hin vollständig abgeklärt. Was wir wünschen und verlangen, und was auch die Eingabe wünscht, die von 4 Kantonsregierungen, nämlich von jenen der Kantone Bern, Luzern, Obwalden und Nidwalden, den eidgenössischen Räten zugestellt worden ist, das ist nichts weiteres, als dass die Kostenfrage objektiv abgeklärt werde.

Man hat zwar in der Kommission darauf hingewiesen, dafür fehlten eigentlich die Voraussetzungen, denn man fände ja in der Schweiz — in diesem Lande der Ingenieure und Techniker — wahrscheinlich nicht einmal die neutralen Experten, die diese Kostenfrage abklären könnten. Ich glaube, das war mehr von der humoristischen Seite her gemeint; ernsthaft kann ein solches Argument doch wohl überhaupt nicht vorgetragen werden.

Es bleibt also dabei: Wir wünschen heute keinen materiellen Entscheid, wir wünschen nur, dass man die Kostenfrage noch einmal abklärt. Kommt dann die neuerliche Untersuchung zum Schluss, dass die Kosten wirklich derart sind, dass man sie nicht verantworten könnte, dann wird, glaube ich, niemand so unvernünftig sein, trotzdem den Bau einer normalisierten Brüniglinie zu fordern.

Aber es gibt noch eine andere Seite dieses Problems, die ebenfalls nicht geklärt ist, das ist die Frage: Wie steht es, wenn man schon eine Normalisierung der Strecke Interlaken-Luzern ablehnt, mit einer Normalisierung wenigstens der Strecke Interlaken-Meiringen? Es wurden in diesem blauen Berichte der Bundesbahnen einige Andeutungen darüber gemacht. Aber auch diese Frage entbehrt der erforderlichen Abklärung.

Beim Bau der schmalspurigen Strecke von Interlaken nach Meiringen wurde bereits auf die Möglichkeit einer späteren Normalisierung Rücksicht genommen. Man hat die Profile in den Tunnels dementsprechend ausgebaut, dementsprechende Vorkehren für den Unterbau getroffen, so dass später eine Normalisierung platzgreifen könne. Es ist nun interessant, dass von militärischer Seite erklärt wird: Wenn schon eine Normalisierung auf der Strecke Interlaken-Luzern nicht möglich ist,

dann wäre es militärisch schon ausserordentlich wertvoll, wenn auf dieser Teilstrecke Interlaken-Meiringen die Normalisierung durchgeführt würde, und zwar deswegen, weil dann die Truppen ohne Umlad in Interlaken direkt an den Alpenwall herangeführt werden könnten und dort die Möglichkeit hätten, ohne den Umlad in Interlaken in Kauf nehmen zu müssen, von Meiringen in der Richtung Grimsel-Susten usw. abmarschieren zu können.

Wir wünschen, dass auch diese Frage einer näheren Prüfung unterzogen werde. Wenn vorhin darauf hingewiesen worden ist, seit der Abwertung seien ja die Preisverhältnisse ohnedies andere geworden, dann trifft es um so mehr zu, dass man gerade deswegen die nötige Abklärung schaffen muss, damit nachher die eidgenössischen Räte in voller Kenntnis der Dinge, in voller Kenntnis der Unterlagen, der Zahlen und der Tatsachen entscheiden können.

Was endlich die Frage betrifft, ob die Gemeinden des Oberhasli mit der Normalisierung einverstanden seien, so habe ich nur darauf hinzuweisen, dass diese Gemeinden des Oberhasli, wenn die militärische Notwendigkeit erwiesen ist, gegen eine Normalisierung keinen Einspruch erheben würden.

Was endlich das Argument anbetrifft, das in der Kommissionsberatung auch eine Rolle gespielt hat, man dürfe eine weitere Verzögerung nicht eintreten lassen, so darf wohl darauf aufmerksam gemacht werden, dass bei gutem Willen eine Verzögerung sich überhaupt nicht ergeben wird. Voraussichtlich wird die Arbeitsbeschaffungs- und Landesverteidigungsvorlage anfangs Juni dieses Jahres zur Volksabstimmung kommen. Bis zu diesem Zeitpunkte können die Kredite nicht vorweggenommen werden. Bis dahin wird man unter allen Umständen mit irgendwelchen Ausgaben und Aufwendungen zuwarten müssen. Bis dahin ist es aber auch möglich, die Berechnungen und namentlich die Normalisierung der Talstrecke von Interlaken bis Meiringen einer erneuten Prüfung zu unterziehen, so dass dann in der Junisession, wenn es wirklich so pressiert, die Bundesversammlung in der Lage ist, ihren Entscheid unter Berücksichtigung aller Umstände zu treffen, die es zu erwägen gibt.

Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Kommissionsminderheit Festhalten am Beschluss des Nationalrates und damit zugleich auch einem grossen Teil der Bevölkerung entgegenzukommen. Sie vermeiden dann bei der Bevölkerung das Gefühl, man hätte jetzt einfach etwas durchgezwängt, einfach über das Knie gebrochen, während man ganz ruhig in anderer Weise hätte entscheiden und dadurch das Gefühl des Unbehagens verhindern können.

Ich empfehle Ihnen also den Antrag der Kommissionsminderheit.

Müller-Grosshöchstetten: Ich habe Ihnen einen Antrag gestellt unter B II *c* (Elektrifikation der Brünigbahn und Umbau der Strecke Interlaken-Meiringen auf Normalspur) an die Bundesbahnen einen Beitrag von Fr. 5 200 000 zu bewilligen statt eines Beitrages von Fr. 4 100 000. Zur Begründung dieses Antrages kurz folgende Ausführungen:

Vorerst möchte auch ich den Rat bitten, der Minderheit zuzustimmen und an unserem Beschlusse festzuhalten. Für den Fall aber, dass der Nationalrat dem Beschluss des Ständerates zustimmt und Art. 4 streicht, haben wir nicht mehr die Möglichkeit, die Frage so zu prüfen, wie vorhin der Referent der Kommissionsminderheit es als ausserordentlich wünschenswert hingestellt hat. Diese beiden Dinge (Art. 4 und Ziffer B II *c*) sind ein organisches Ganzes. Wird Art. 4 gestrichen, dann wird die ganze Teilstrecke Interlaken-Luzern elektrifiziert, und mit der Prüfung der Normalisierung dieser Teilstrecke ist es dann vorbei. Das aber möchte ich mit meinem Antrag verhindern. Praktisch ist es eine Krediterhöhung von 1 100 000 Franken, die wir hier mehr einzusetzen hätten.

Ich ersuche Sie deshalb, mit mir noch einmal die Frage zu prüfen, ob die Normalisierung dieser Teilstrecke Interlaken-Meiringen nötig sei. Ich kann dabei kurz sein, weil schon der Referent der Kommissionsminderheit vorhin auf diese Frage und ihre Bedeutung hingewiesen hat. Ich glaube auch, dass es nicht nur eine Frage ist, die uns Berner ganz besonders lebensnah angeht, auch wenn wir hier über alle Parteischranken hinaus einer Meinung sind. Wenn vom Kommissionsreferenten angeführt worden ist, dass die Gemeinden des Hasli die Sache ja gar nicht wünschten, dann liegt hier vor mir ein Telegramm an den kantonalen Eisenbahndirektor, in dem die Worte stehen: „Sollte der Nationalrat eine Kostenüberprüfung für die durchgehende Normalisierung der Brünigbahn ablehnen, so bitten wir dringend, unser Begehren auf Normalisierung der Strecke Interlaken-Meiringen zu verlangen, um so mehr als die Strecke Interlaken-Brienz für eine Normalbahn bereits ausgebaut ist und es sich um eine ausgesprochene Talstrecke handelt." Unterschrieben ist dieses Telegramm „Matti, Regierungsstatthalter, Schmidhauser, Gemeinderatspräsident".

Den Verkehr in Normalzeiten zu bewältigen, dazu mag vielleicht die elektrifizierte Schmalspurbahn genügen. Ich gebe ohne weiteres zu, dass die Frage in ganz erster Linie eine strategische, eine militärische ist. Ich möchte dabei nicht in den Fehler verfallen, den der Herr Kommissionsreferent vorhin begangen hat, als er die Sache bagatellisierte. — Ich möchte nicht übertreiben. Ich verweise ebenfalls auf die Konferenz, an der der Unterstabschef, Oberstdivisionär Huber, über dieses ganze Problem gesprochen hat, und ich glaube, aus diesem vertraulichen Protokoll ist doch das eine zu erwähnen, dass auch Herr Oberstdivisionär Huber sagte, die Normalisierung dieser Teilstrecke Interlaken-Meiringen sei vom militärischen Standpunkt aus ausserordentlich wünschenswert. Diese Strecke sollte deshalb unter allen Umständen gebaut werden.

Stellen Sie sich einmal die ganze Lage in diesem Talkessel im Ernstfalle vor: Meiringen, der Ausgangspunkt an die Grimsel und damit an die Gotthardwestfront! Wir haben schon vorhin vom Lastwagenverkehr gehört. Wenn Sie die Strassenverhältnisse in diesem Talkessel kennen, so werden Sie mir ohne weiteres zugeben, dass diese nicht imstande sein werden, den Verkehr zu tragen, der im Ernstfall hier getragen werden muss. Der

Brünig ist Ausgangspunkt nicht nur für die Grimsel und die Gotthardfront, sondern auch Ausgangspunkt für den Susten, die Gotthardlinie, über den Jochpass hinüber nach Engelberg, vom Brünig ins Vierwaldstätterseebecken. Und in diesen strategisch ganz ausserordentlich wichtigen Talkessel führt nur eine Schmalspurbahn. Man kann hier in guten Treuen zweierlei Meinung sein, ob die ganze Linie normalisiert werden soll, d. h. ob ein einziger Zweig dieser 4 angeführten Zweige eine so grosse Bedeutung habe, dass er normalisiert werden müsse. Ich glaube ganz persönlich, dass wir es tun sollten. Wenn man auch über diese Teilfrage in guten Treuen zweierlei Meinung sein kann, so glaube ich doch, mit Herrn Oberstdivisionär Huber sprechen zu dürfen: In der Frage der Teilstrecke Interlaken-Meiringen, da sind nicht nur die Talbewohner, sondern auch die Militärs einer Meinung. Die Mehrkosten dieser Talstrecke sind ja auch nicht derart, dass sie uns veranlassen könnten, zu sagen: „Wir dürfen das nicht machen." Die SBB veranschlagen sie selbst auf 1,1 Millionen Franken mehr. Man wird auch nicht dieses Argument gebrauchen. Man wird zwei Umstände vorschützen: Der eine, das Formale. Man wird sagen, dass bei diesem Punkte B II *c* keine Differenz bestehe. Diese Differenz wird geschaffen durch Zustimmung oder Nichtzustimmung in Art. 4 zum Beschluss des Ständerates. Man wird zweitens sagen, dass man mit Rollschemeln den Verkehr auch auf der Schmalspurbahn in diesem Talkessel im Ernstfalle bewältigen könne. Wer den Verkehr kennt, wer Militärdienst in diesem Gebiete hinter sich hat, der weiss, dass das unmöglich ist.

Tun wir, was in unsern Kräften liegt, damit wenigstens diese Teilstrecke normalisiert werden kann. Der Mehrkosteanufwand ist derart, dass das, was wir gewinnen, dadurch in keinem Verhältnis steht zu dem, was wir verlieren, wenn wir es nicht tun. Für den Fall, dass Sie dem Beschlusse des Ständerates zustimmen sollten in Art. 4, ersuche ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen, der mindestens die Normalisierung der Strecke Interlaken-Meiringen gestatten wird.

M. le **Président:** Telle qu'elle est présentée, la proposition de M. Müller-Grosshöchstetten ne me paraît pas pouvoir être discutée. Voici pourquoi: En ce moment nous discutons uniquement des divergences. Or, le 13 novembre 1938, le Conseil national à l'article 2, lettre *c*, a adopté un crédit d'électrification de 4,1 millions et le Conseil des Etats y a adhéré le 24 mars 1939. Il n'y a donc aucune divergence entre les deux Conseils sur ce chiffre, lequel est ainsi définitivement acquis. Je suggérerai donc à M. Müller qu'il veuille bien retirer sa proposition et se rallier à celle de la deuxième minorité.

Müller-Grosshöchstetten: Ich bin mit dem Vorschlag des Präsidenten einverstanden, ziehe meinen Antrag zu Punkt B II *c* zurück und schliesse mich dem Antrag der Minderheit an.

M. le **Président:** Restent donc en opposition la proposition de la majorité de la commission et celle de la minorité II.

Walther-Luzern: Ich bin nicht gewohnt, hier in meiner Eigenschaft als Präsident des Verwaltungsrates der Bundesbahnen zu sprechen; die Vertretung der Bundesbahnen in diesem Rat ist Sache des Chefs des Eisenbahndepartements. Wenn ich aber hier ausnahmsweise das Wort ergreife, um auch den Standpunkt der Bundesbahnen darzulegen, so geschieht es mit Rücksicht auf die ganz besondere Bedeutung der Sache, um die es sich hier handelt.

Wir haben zu wiederholten Malen in diesem Rate über diese Normalisierung der Brünigbahn gesprochen. Auch der Verwaltungsrat der Bundesbahnen hat sich zu wiederholten Malen intensiv mit dieser Frage beschäftigt. Es ist für mich eine etwas peinliche Sache, hier den Standpunkt der Bundesbahnen nachdrücklich betonen zu müssen, während ich früher einmal, nicht gerade von dieser Stelle aus, aber von einer andern, für die Normalisierung mich ausgesprochen hatte. Das geschah aber zu einer Zeit, da man sich bei den Bundesbahnen mit den Finanzen in einer Situation befand, bei der man sich schliesslich einmal eine grössere Extratour leisten konnte. Wie weit aber die Bundesbahnen mit den verschiedenen Extratouren gekommen sind, wissen Sie alle so gut wie der Sprechende. Heute war es interessant, dass die Gründe, die man früher fast immer für die Normalisierung geltend machte, Touristeninteressen, wirtschaftliche Interessen, Verkehrsinteressen, nahezu ausgeschaltet waren, dass wir von dieser Stelle aus fast nur die militärischen Gründe hörten. Auf der einen Seite sprach der militärische Fachmann Oberst Keller, auf der andern die militärischen Fachleute Grimm und Müller. Es fällt einem natürlich schwer, zu wählen, auf welche Seite man sich bei dieser Aussprache der militärischen Fachleute schlagen soll. Meine persönliche Meinung geht dahin, dass heute die Verhältnisse derart sind, dass bei aller Anerkennung der militärischen Gründe man sich doppelt und dreifach überlegen muss, ob es möglich ist, diesen Gründen wirklich in dem Masse Rechnung zu tragen. Ich wiederhole, für die Bundesbahnen ist das heute vollständig unmöglich, diese Ausgabe auf sich zu nehmen, selbst dann, wenn von seiten des Bundes ein grösserer Teil, die Hälfte oder vielleicht auch mehr, übernommen werden sollte. Es ist nicht bloss diese einmalige Ausgabe für die Normalisierung, sondern die jährlich wiederkehrende Ausgabe, die einen Betrag ausmacht, der in diesem Ausmass für die Bundesbahnen nicht erträglich sein wird.

Was ist die Folge, wenn Sie nun hier diesen militärischen Belangen in der Weise Rechnung tragen, dass Sie sich für die Normalisierung aussprechen oder wenigstens den Weg offen behalten, sich später dafür auszusprechen? Dass die Bundesbahnen nachher nicht mehr in der Lage sein werden, eine ganze Reihe von Begehren, die militärisch gerade so wichtig sind wie die Normalisierung der Brünigbahn, zu erfüllen. Wir haben seit einer ganzen Reihe von Jahren eine grosse Anzahl von Begehren, die militärisch als absolut notwendig anerkannt worden sind, ich erinnere z. B. an den Ausbau der Doppelspuren, der noch nicht in dem Masse erfolgt ist, wie es im militärischen Interesse geschehen sein soll, namentlich zur Sicherung des Betriebes auf den grossen Transversallinien West-Ost und Süd-Nord, ich erinnere aber namentlich an die Verbesserung

der Bahnhofeinfahrten in Bern, Luzern und Zürich. Alles das sind militärische Notwendigkeiten. Wenn Sie aber Geld in diesem Ausmass für die Brünigbahnnormalisierung festlegen, dann wird es einfach nicht möglich sein, diesen dringlichen militärischen Forderungen gerecht zu werden.

Herr Kollege Grimm hat speziell betont, man wisse heute noch nicht, was die Geschichte koste. Die Bundesbahnen haben seit vielen Jahren wiederholte intensive und ganz genaue Berechnungen angestellt; Sie haben die Zahlen bekommen im Bericht zum Postulat Balmer. Wenn die Berichte und Berechnungen dieser technischen Organe der Bundesbahnen, die mit aller Gründlichkeit und Sorgfalt unvoreingenommen gemacht worden sind, keine Geltung mehr haben sollen, wie soll man dann irgendwelchen neuen Gutachten besonderer Experten vermehrte Bedeutung beimessen? Die Experten der SBB sind Fachleute, die sich jahraus jahrein mit diesen Fragen beschäftigen und daher sicher in der Lage sind, zuverlässig zu rechnen. Es hat keinen Zweck, immer noch neue Berechnungen anzustellen. Eines möchte ich Herrn Grimm zugeben. Er hat gesagt, man solle nicht allzuviel auf die Motorisierung abstellen. Zugegeben, es herrscht heute ein gewisser Motorisierungsfanatismus, wenn ich diesen Ausdruck brauchen darf. Man stellt alles auf die Motorisierung ab, und die Bahnen kommen erst in zweiter Linie. Sie werden es erleben, wenn es zu einer Mobilmachung kommen sollte, dass die Bahnen ebenso nötig sind, wie sie immer gewesen sind, dass sie trotz Motorisierung ihre Bedeutung in keiner Weise verloren haben. Man soll nicht mit Berufung auf die Motorisierung die Bahnen bagatellisieren wollen, das wäre ansolut falsch.

Herr Grimm hat speziell noch darauf hingewiesen, dass die kantonalen Regierungen sich auch der Auffassung angeschlossen hätten, dass man unbedingt die Brünigbahnnormalisierung durchführen solle. Wie kamen diese Aeusserungen zustande? Es hat die Berner Regierung — ich nehme an, es war der Eisenbahnminister, Herr Grimm — eine Eingabe an die andern Kantone gemacht und sie eingeladen, sie möchten sich dem Vorgehen Berns anschliessen. Nun weiss man ja, dass die Kantone immer entgegenkommend sind, wenn vom Kanton Bern aus etwas verlangt wird. Wenn gar noch Herr Nationalrat Grimm in seiner geschickten Weise als eine Art Rattenfänger von Hameln sich an die Spitze stellt, muss man sich nicht wundern, wenn die kantonalen Regierungen ihrerseits sich nicht ablehnend verhalten. Ich möchte Herrn Grimm nicht nahetreten, aber aus seinem Votum, das ja scheinbar nur auf militärische Belange abgestellt hat, spielt auf der andern Seite doch auch der Berner Eisenbahnminister eine Rolle. Es sind wesentlich Bernerbelange, die da in Betracht fallen; aber diese dürfen nicht ausschlaggebend sein, sondern nur die Landesinteressen. Auf keinen Fall darf man die Bundesbahnen der Möglichkeit entheben, ihrerseits alles zu tun, was im allgemeinen Interesse des ganzen Landes, namentlich nach der Richtung der verschiedenen militärischen Interessen, nötig ist.

Wenn Sie den Antrag der Minderheit annähmen, wäre die Folge eine grosse weitere Verzögerung der Arbeitsbeschaffung. Gerade die Minderheit, die den Antrag gestellt hat, drängt mit allem Nachdruck auf möglichst rasche Arbeitsbeschaffung. Wenn Sie dem Antrag der Minderheit folgen, müssten neuerdings Gutachten eingeholt werden, die nach meiner Meinung überflüssig sind und nur dazu dienen können, die Sache auf eine schiefe Bahn zu bringen. Die Bundesbahnen sind bereit, mit tunlichster Beförderung an die Elektrifikation heranzutreten. Nehmen Sie den Antrag der Minderheit an, kann hiervon auf unabsehbare Zeit keine Rede sein. Es kann Dezember werden, bis überhaupt hier der endgültige Entscheid fallen wird. Wenn Sie alles das überdenken, können Sie unmöglich den Antrag der Minderheit annehmen. Ich bitte Sie dringend, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

Roth-Interlaken: Ich möchte vorab eine Bemerkung des Herrn Kommissionspräsidenten richtigstellen. Er hat gesagt, dass die Gemeinden des Oberhasli gegen die Normalisierung der Brünigbahn seien. Das trifft nicht zu. Es traf dies nur so lange zu, als die Gemeinden des Oberhasli befürchteten, dass ein Basistunnel erstellt und dass Meiringen abgefahren würde. Aber das war ja nicht geplant, und seit man hierüber im klaren ist, sind die Gemeinden im Oberhasli für die Normalisierung mit der einzigen Ausnahme von Hohfluh. Diese kleine Gemeinde, die durch den Tunnel abgefahren würde und durch eine Automobilverbindung bedient werden müsste, hat aber erklärt, wenn die Landesinteressen auf dem Spiel stehen sollten, werde sie sich auch mit der Normalisierung abfinden.

Die Frage der Normalisierung der Brünigbahn muss vom militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkt aus betrachtet werden.

Ueber die militärische Seite der Angelegenheit dürfte ich mir als Laie kein Urteil anmassen; aber ich habe das Recht, mich auf die Meinung derer zu berufen, die an erster und verantwortlicher militärischer Stelle stehen oder gestanden sind. Da möchte ich feststellen, dass seit Anfang des Jahrhunderts bis auf den heutigen Tag die Einstellung unserer militärischen Leiter sich ungefähr gleichgeblieben ist. Ich möchte die Urteile einiger militärischer Führer wiederholen und vorab an den Vortrag erinnern, den seinerzeit Herr Oberst Weber, Waffenchef des Genies, für die Normalisierung der Brünigbahn gehalten hat. Ich erlaube mir, einige wenige Stellen aus diesem Vortrag zu zitieren. Herr Weber sagte, der militärische Wert der Schmalspurbahnen sei ein sehr geringer und erreiche nicht den vierten Teil desjenigen einer Normalbahn. Die Leistung der Brünigbahn sei noch um die Hälfte geringer als diejenige anderer Schmalspurbahnen und falle daher für Truppentransporte überhaupt ausser Betracht. Weiter sagt er: „Wenn auch eine durchgehende Schmalspurbahn über den Brünig Interlaken mit Luzern verbände, so wäre damit gar nichts gewonnen. Nur jede zweite Stunde könnte die Hälfte der Fusstruppen weiterbefördert werden, die stündlich mit Normalzug in Interlaken einträfen. Der Transport der Fusstruppen allein brauchte 3—4 Tage. Berittene Waffen und Trains müssten auf der Strasse immer noch den Fussmarsch vollziehen. Würde dagegen eine Normalbahn durch den Brünig nach Luzern führen, könnten die Züge einfach über Interlaken weiterfahren und wären nach 2½ Stunden in Luzern. Statt in drei Tagen wäre die Division

in 2½ Stunden in Luzern, wo Mann und Pferd ausgeruht ankämen, nicht ermüdet vom mehrtägigen Marsch."

An anderer Stelle sagt Herr Oberst Weber: „Ein Eisenbahnnetz, das durch seine Linienführung den Anforderungen des Krieges entspricht, wird zu einem der wertvollsten Faktoren der Landesverteidigung." An anderer Stelle: „Der normalspurige Ausbau des Voralpennetzes wäre, soweit Fragen materieller Natur in Betracht fallen, für die Stärkung unserer Wehrkraft weitaus die grösstmögliche, wichtiger als alle denkbaren sonstigen Vervollständigungen der materiellen Ausrüstung, wichtiger als jede Festungsbaute, weil durch die Eisenbahnstränge das Hochgebirge, das immer als das natürliche Refugium unserer Landesverteidigung angesehen werden muss, zugleich zur Manövrier-Festung ausgestaltet würde usw." Am Schluss heisst es: „Die Ablehnung eines normalspurigen Baues der Linie Interlaken-Brienz (darum handelte es sich damals) kann daher nur unter Hintansetzung elementarster, aber darum hochwichtiger Interessen des Landes geschehen."

Die Ausführungen von Herrn Oberst Weber haben nach dem Urteil kompetentester militärischer Führer im grossen und ganzen heute noch Geltung, trotz des Automobils.

Bei der Behandlung des Bundesgesetzes über den Bau der Brienzerseebahn (1907) haben sowohl das Militärdepartement wie der Chef des Generalstabes, die Landesverteidigungskommission und hervorragende Offiziere es als unverantwortlich erklärt, die Brienzerseebahn schmalspurig zu bauen. Hervorragende Politiker und hohe Militärs, wie Armeekorpskommandant Bühlmann, Oberst Wyss, haben sich leider vergebens im Rat für die Normalspur eingesetzt.

Aber ich komme der Gegenwart näher: Herr Generalstabschef von Sprecher hat sich, als im Jahr 1912 die Sache hier im Rate durch eine Interpellation des Herrn Dr. Michel nochmals zur Behandlung kam, folgendermassen geäussert: „Die Herren, welche auf dieses Ziel hinarbeiten (gemeint war also die Normalspurbahn) verrichten nach meiner innersten Ueberzeugung ein wahrhaft vaterländisches Werk. Der Bau einer normalspurigen Linie Interlaken-Meiringen ist eine der wichtigsten und damit eine der notwendigsten Vorkehren der Landesverteidigung." So Herr Generalstabschef von Sprecher.

Damals handelte es sich nur um die Strecke Interlaken-Brienz; heute steht das ganze Problem zur Diskussion.

In einer Eingabe an das Militärdepartement im Jahre 1912 bezeichnete Oberst von Sprecher den schmalspurigen Bau der Briezerseebahn als grossen militärischen Fehler und er sagte ausdrücklich: „Wenn es heute noch irgend möglich ist, auf den Beschluss der Räte in dieser Sache zurückzukommen, sollte es mit raschem Entschluss geschehen."

Wie ist nun die Stellung unserer obersten militärischen Führung in der letzten Zeit? Wir haben vor uns die Botschaft des Bundesrates und den Bericht der Generaldirektion der Bundesbahnen zum Postulat Balmer. In diesem Bericht der Generaldirektion der Bundesbahnen ist gesagt, dass der Generalstab im Jahre 1935 sich zu der Sache geäussert habe, und zwar so, dass er natürlich eine Normalbahn begrüssen und vorziehen würde. Aber kein Wort steht in diesem Bericht, was der Generalstab im Jahr 1939 sagt. In der Botschaft des Bundesrates steht meines Wissens auch nichts darüber, was er im Jahre 1939 sagt. Ich weiss nicht, warum dies so ist; aber wir kennen, wie Sie bereits aus dem Votum des Herrn Grimm gehört haben, trotzdem auch die heutige Einstellung des Generalstabes. Wir wissen, dass er auch heute die normalspurige Brünigbahn als eine Lebensnotwendigkeit für die Landesverteidigung ansieht. Es macht fast den Anschein, als ob der Generalstab heute nicht reden dürfe, als ob ihm irgendwie Schweigen geboten sei. Es scheint, dass die Bundesbahnen in dieser Angelegenheit das Kommandieren besser verstehen als der Generalstab. Wir sind also noch weit von einer Militärdiktatur entfernt.

Die finanzielle Seite der Sache ist von Herrn Grimm bereits angetönt worden. Ich möchte nur beifügen, dass das grosse Aktionskomitee für die Normalisierung der Brünigbahn durch prominente Sachverständige ein Projekt ausarbeiten liess, dessen Kostenberechnung um mehr als 20 Millionen unter der Berechnung der Bundesbahnen steht. Wir kommen einfach nicht über den Eindruck hinweg, dass da etwas nicht stimmt. Man sollte uns doch soweit entgegenkommen, die Sache auch in finanzieller Hinsicht noch einmal zu prüfen.

Es wird namentlich in den Vordergrund gestellt, eine normalisierte Brünigbahn rentiere nicht. Ich bin der Ansicht, dass Verkehrsmittel nicht immer nur vom Standpunkt der Rendite aus betrachtet werden dürfen. Die Bundesbahnen rentieren gegenwärtig auch schlecht. Die Bundesbahnen haben 1 Milliarde in die Elektrifikation hineingesteckt. Diese Milliarde rentiert sich für den Bund nicht. Aber sie rentiert sich für das Volk und seine Wirtschaft. Ich weise auf die ungeheuren Aufwendungen für den Strassenbau hin. Rentieren sich diese Hunderte von Millionen, die wir hiefür verwendet haben? Ich möchte mir erlauben, auf die bernische Eisenbahnpolitik hinzuweisen. Als im vorigen Jahrhundert der Bund es ablehnte, die Bahnen zu bauen, und es den Privatgesellschaften und den Kantonen überliess, dies zu tun, ist der Kanton Bern an einen grosszügigen Eisenbahnplan herangegangen, den man seither oft als zu grosszügig beurteilte. Man sagte, man hätte es auch mit weniger tun können, man hätte diese oder jene Eisenbahn nicht bauen sollen. Man hat damals das Automobil noch nicht gekannt und es ist zutreffend, dass vielleicht das eine oder andere kleine Bähnchen hätte unterbleiben können. Aber im grossen ganzen war diese bernische Eisenbahnpolitik von den fruchtbarsten Folgen für die bernische Wirtschaft. Wenn die Landwirtschaft, das Gewerbe, die Industrie und die Hotellerie sich im Kanton Bern in erfreulicher Weise entwickelt haben, ist das in erster Linie der grosszügigen Eisenbahnpolitik zu verdanken. Die Bahnen haben sich allerdings nicht rentiert; aber dem Volke und seiner Wirtschaft haben sie genützt.

Es herrscht gegenwärtig der Kampf zwischen Schiene und Strasse. Ich bin der Ansicht, dass dieser Kampf, wenigstens was den Personentransport betrifft, nicht durch Gesetzesparagraphen aus-

getragen werden kann, sondern dass er durch die Leistungen entschieden werden muss. Die Bahnen haben gegenüber dem Automobil so grosse Vorteile aufzuweisen, dass sie den Kampf siegreich bestehen können, wenn sie auch in der Verkehrsgeschwindigkeit dem Automobil ebenbürtig werden. In dieser Hinsicht haben unsere Nebenbahnen noch grosse Aufgaben zu erfüllen.

Im Bericht der Generaldirektion ist gesagt, dass die Elektrifikation ein viel besseres Arbeitsbeschaffungsprojekt darstellt als die Normalisierung. Bei der Elektrifikation komme die notleidende Elektroindustrie hauptsächlich zur Beschäftigung. Bei der Normalisierung müsse man italienische Mineure beiziehen, und unsere Bevölkerung habe wenig davon. Ich glaube, dass dem nicht so ist. In den Kreisen des Aktionskomitees ist berechnet worden, dass bei der Normalisierung zirka 1000 Arbeitslose während 3 Jahren beschäftigt werden können. Ich hoffe denn doch, dass wir in all dieser Zeit der Arbeitslosigkeit auch dazu gekommen sind, eigene Mineure heranzuziehen, damit wir sie nicht alle aus Italien zu importieren brauchen.

Im Bericht der Generaldirektion der Bundesbahnen wird uns auch vorgemacht, dass die Normalbahn den beteiligten Gegenden des Berner Oberlandes, des Vierwaldstätterseegebietes usw. nicht viel nütze, eventuell sogar schade. Darauf will ich wahrhaftig nicht eintreten. Sie müssen doch den Sachverständigen in diesen Gebieten zubilligen, dass sie auch etwas von den Dingen verstehen. Im Berner Oberland und anderwärts ist man der Ueberzeugung, dass die seit Jahren notleidenden Fremdenverkehrsgebiete des Oberlandes, des Vierwaldstättersees usw. mit der Normalisierung einen ungeheuren Aufschwung erleben würden. Man macht auch geltend, dass das, was die Normalbahn an Mehrverkehr bekäme, ganz einfach den andern Bahnen entzogen würde. Ich glaube auch das nicht, sondern ich bin der Auffassung, dass jede Verkehrsverbesserung einen zusätzlichen Verkehr bringt. Herr Bundesrat Pilet hat die Telephonautomaten auf der Strasse nicht aufstellen lassen in der Meinung, dass die Telephone aus den Häusern verschwinden werden. Man hat sie auf der Strasse angebracht, damit mehr telephoniert werde, was ja auch zutrifft. So ist es auch mit andern Verkehrsverbesserungen; sie schaffen zusätzlichen Verkehr.

Ich möchte noch eins sagen: Der gedruckte Bericht der Generaldirektion der Bundesbahnen ist uns erst Ende letzter Woche in die Hände gekommen. Wer nicht gerade über überflüssige Zeit verfügte, kam wahrhaftig nicht dazu, ihn zu studieren. Ich glaube, schon das wäre ein Grund, die Entscheidung zu verschieben. Ich möchte deshalb dem Rate empfehlen, an seinem früheren Beschlusse festzuhalten, wonach die wirtschaftliche und finanzielle Seite dieses Problems von neuem geprüft werden soll. Auch der Generalstab sollte zum Worte kommen.

Ich möchte Sie bitten, mit der Sorge um die Landesverteidigung, von der wir alle erfüllt sind, noch eines zu verbinden, nämlich eine freundeidgenössische Geste gegenüber den Landesteilen, die an der Normalisierung der Brünigbahn ein lebenswichtiges Interesse haben. Durch einen solchen Beschluss ist ja die Frage noch nicht präjudiziert, sondern nur zu weiterer Prüfung zurückgelegt. Ich glaube, wir sind diese Prüfung der betroffenen Gegend ohne weiteres schuldig, und dürfen nicht durch die voreilige Elektrifikation einen Zustand verewigen, der schon heute als unerträglich empfunden wird. Ich möchte schliessen mit einem Worte, das seinerzeit Herr Direktor Dietler von der Gotthardbahn gesprochen hat, nämlich, „dass die Normalisierung der Brünigbahn zu den Ideen gehöre, die nicht untergehen." Sorgen wir dafür, dass diese Idee nicht schon heute abend voreilig begraben wird.

Meyer-Luzern: Dem Befehle unseres Oberhauptes nachkommend, werde ich mich sehr kurz fassen. Ich hätte überhaupt nicht gesprochen, wenn nicht Herr Kollege Walther von dieser Tribüne aus dem Antrag der Minderheit opponiert hätte. Man könnte sonst glauben, in Luzern bringe man der Normalisierung der Brünigbahn nur ungenügendes oder gar kein Interesse entgegen. Dem ist nicht so.

Ich habe volles Verständnis für die Stellungnahme des Herrn Präsidenten des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen. Aber dem soeben gehörten Votum des Präsidenten des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen möchte ich gegenüberstellen das Votum des ebenso kompetenten Vertreters des Standes Luzern, nämlich des gleichen Herrn Nationalrates Walther, der hier vor einigen Jahren im selben Saale die enorme Bedeutung der Normalisierung der Brünigbahn für das allgemeine Landesinteresse wie für Luzern mit genau demselben Temperamente — das er in diesen 30 Jahren, da er im Rate sitzt, bis heute behalten hat — vertreten hat.

Mein sehr verehrter Kollege von Luzern hat die Stellungnahme des Regierungsrates von Luzern gewissermassen als eine freundeidgenössische Gefälligkeit gegenüber einer andern Kantonsregierung dargestellt. Ich hätte mir diese eigentlich etwas gewagte Würdigung eines offiziellen Aktes einer Regierung nicht erlaubt. Ich bin loyaler Untertan. Denn unter dem langjährigen Polizeiregime unseres Freundes Nationalrat Walther bin ich zur Loyalität und zum loyalen Untertanen erzogen worden. Ich muss also diese Würdigung des offiziellen Aktes der Luzerner Regierung schon Herrn Nationalrat Walther überlassen. Ich muss aber doch feststellen, dass die Regierung von Luzern unterschriftlich erklärt hat, dass diese Kantone eine solche Schlussnahme, wie der Bundesrat sie vorschlägt, ausserordentlich bedauern würden. Diesem Bedauern weitester Luzerner Kreise möchte ich noch mit einigen Worten Ausdruck geben.

Der Antrag der Minderheit will gar nichts anderes als Sie bitten, Gelegenheit zu geben, dass das ganze Problem nochmals gründlich studiert werde. Man hat nun ein Gespenst in Gestalt gewaltiger Kosten an die Wand gemalt. Der Antrag der Minderheit verursacht aber weniger Kosten als der Antrag der Mehrheit, denn er will vorläufig überhaupt kein Geld ausgeben, sondern nur eine restlose Abklärung der finanziellen Folgen des ganzen Projektes herbeiführen. Nach dieser Richtung möchte ich Ihnen nochmals die Eingabe der Kantone in Erinnerung rufen. Aus ihr geht hervor, dass die

Kosten der Normalisierung in ganz verschiedenen Millionenziffern berechnet worden sind. Die Eingabe stellt fest: „Aus unsern Darlegungen geht schlüssig hervor, dass die Baukostenfrage noch keineswegs abgeklärt ist." Das ist unbestreitbar richtig. Wenn man nun endgültig ein Projekt von dieser enormen Bedeutung wie die Frage der Normalisierung der Brünigbahn nach der einen oder andern Richtung präjudiziell und für immer erledigen will, dann ist es doch gewiss keine Zumutung, wenn eine Reihe von Kantonen und andern Interessenten den Rat ersuchen, er möchte die zuständigen Instanzen, insbesondere die Bundesbahnen und den Bundesrat ersuchen, die ganze Frage in einer Sondervorlage nochmals gründlich zu prüfen und gestützt darauf Bericht und Antrag zu stellen.

Ich empfehle Ihnen damit den Antrag der Minderheit zur Annahme.

Bürki: Ich schliesse mich den Sprechern der Minderheit an und möchte Gesagtes nicht wiederholen, aber immerhin auch feststellen, dass unter der heutigen Opposition, d. h. bei den Sprechern der Mehrheit, die gegen die Normalisierung ist, sich auch Mitunterzeichner des Postulates Balmer befinden, das seinerzeit die Normalisierung der Brünigbahn verlangt hat.

Die Verhältnisse sind heute ganz anders als früher. Es handelt sich nicht um Berner-, Luzerner- oder Unterwaldner-Interessen, sondern um Landesinteressen. Aus diesem Grunde auch ist mein Postulat eingereicht worden, speziell mit dem Wunsche, die militärischen Belange zu überprüfen.

Der Talkessel von Meiringen, den wohl die meisten von Ihnen kennen, muss eine bessere Bahnverbindung haben. Von dort aus gehen die zukünftigen Verbindungen nach der Grimsel, Furka, dem Oberwallis, und dann nach dem zukünftigen Susten. Das Postulat verlangt also gar nichts anderes, als eine Ueberprüfung dieser neuen Sachlage, und ich könnte es nicht verstehen, wenn das Postulat, das vor einigen Wochen einstimmig angenommen worden ist, heute von Ihnen abgelehnt würde.

Wenn ich das Wort ergriffen habe, so hauptsächlich deshalb, weil mich der Regierungsstatthalter des Oberhasli gebeten hat, noch einige Feststellungen und Bemerkungen zu machen über Aeusserungen, die im Ständerat gemacht worden sind.

Einmal folgendes: Man hält die Brünigbahn keiner Entwicklung fähig. Sie sei eine typische Touristenbahn. Man vergleicht sie sogar mit der Furkabahn. Diese Behauptungen zeugen von einer vollständigen Verkennung der wirklichen Tatsachen. Zugegeben, die Brünigbahn erhält im Sommer einen bedeutenden zusätzlichen Verkehr infolge des Fremdenverkehrs. Aber auch andere Bahnen profitieren in gleicher Weise von diesem Zusatzverkehr. Dagegen weiss man offenbar nicht und gibt sich keine Rechenschaft darüber, dass die Brünigbahn von Interlaken bis Luzern ein Gebiet mit einer Bevölkerung von 100 000 Einwohnern durchfährt. Es wird gesagt, trotzdem habe sie geringen Lokalverkehr. Ja, gewiss, das stimmt, aber warum? Weil dieses Bähnlein für die Verhältnisse der Gegend derart ungeeignet ist, dass es für den Verkehr nur noch benützt wird, wenn keine andere Möglichkeit vorhanden ist.

Dann weiter: Man las im Ständerat aus einer Eingabe der Gemeinden des Oberhasli vor, welche seinerzeit im Anschluss an das Postulat Balmer vor 5 Jahren an die SBB gerichtet wurde. Man unterlässt jedoch, die heutige Stellungnahme des Oberhasli auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Es ist wahr, dass vor 5 Jahren die Gemeinden Hasliberg und Meiringen auf Anstiftung der Behörden, d. h. zweier Gemeinderäte, von sich aus und unter Ausschluss der Oeffentlichkeit sich gegen eine Normalisierung gewandt haben. Aus Gefallen haben dann die übrigen Gemeinderäte dieser Idee auch zugestimmt. Dabei ging der Gemeinderat jedoch von der Voraussetzung aus, dass bei der Normalisierung das Oberhasli umfahren würde, dass die Tunnelierung von Brienz direkt nach Giswil erfolgt. Heute aber ist die Lage eine ganz andere, so dass gegen die Normalisierung keine Opposition gemacht wird. Die Stellungnahme beruht zudem auf dem Willen der Bevölkerung, wie sich dieselbe auf Grund von Gemeinde- und öffentlichen Versammlungen ergeben hat, ganz im Gegensatz zu früher, wo zwei autoritäre Köpfe die ganze Sache gedeichselt haben. Heute tritt unser Oberhasli-Komitee, dessen Präsident ich bin (das Komitee vertritt zudem sämtliche Gemeinden des Oberhasli) für die Normalisierung ein.

Wir können nicht verstehen, dass die SBB diese ganze Frage, die eine Landesgegend berührt, welche unter dem bestehenden Zustand schwer leidet, unbedingt zu einer Prestigefrage machen will. Sie werden begreifen, dass im Volke bittere Gefühle aufsteigen ob einer solchen Kampfesweise.

Herr Bundesrat Pilet hat erklärt, mit der Elektrifikation der bestehenden Schmalspurbahn werde deren Leistungsfähigkeit um nicht weniger als 60 % erhöht. Aber warum denn die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Bahn, die nach Bundesrat Pilet gar keiner Entwicklung fähig ist? Gewiss, als Schmalspurbahn ist sie keiner Entwicklung fähig, ob elektrisch oder nicht. Warum will sich die SBB aus purer Rechthaberei über die berechtigten regionalen und eidgenössischen Interessen hinwegsetzen?

„Entschuldigen Sie, wenn ich meinem Unmut etwas Luft gemacht habe. Ich ermächtige Sie, diese meine Ausführungen, wie Sie es für gut halten, verwenden zu dürfen, ich stehe zu allem, was ich gesagt habe. Matti, Regierungsstatthalter."

Sie ersehen daraus, dass auch das Oberhasli wünscht, dass auf Grund des Postulates die neue Lage doch wirklich geprüft werde, und ich halte dafür, dass es auch im Interesse der SBB sei, wenn Sie hier zustimmen.

Es ist gesagt worden, die Sache sei deshalb pressant, weil die Dampflokomotiven nicht mehr genügen und man elektrische Lokomotiven kaufen müsse. Ja, neben den Dampflokomotiven ist auch noch das andere Material ungenügend! Man hat mir gesagt, dass auch das andere Rollmaterial nicht genüge. Also würde man zu der Elektrifizierung nicht nur diese Kosten allein haben, sondern auch die Anschaffung von neuem Rollmaterial, von Lokomotiven und von neuen Wagen. Von diesen Ausgaben sagt man natürlich nichts. Dann wäre noch zu prüfen, ob bei einer Normalisierung überhaupt

Material angeschafft werden müsste oder ob nicht der bestehende Wagenpark der SBB verwendet werden könnte. Ferner hört man kein Wort darüber, ob nicht vielleicht mit Schnelltriebwagen der ganze Betrieb derart verbilligt werden könnte, dass schliesslich doch noch eine Rendite vorhanden wäre. Die Strecke Interlaken-Meiringen ist im Unterbau bereits für die Normalisierung eingestellt. Warum sagt man auch hiervon kein Wort? Man hätte erwarten dürfen, dass man zum mindesten hier zugegeben hätte: Jawohl, wir wollen schliesslich die Linie Interlaken-Meiringen normalisieren. Aber auch das ist nicht geschehen.

Ich möchte ferner auf die Entwicklung der Oberhasli-Kraftwerke aufmerksam machen. Neuerlich ist zu Basel und Bern noch Zürich als grosser Abonnent der Kraftwerke hinzugekommen. Diese Städte haben sich mit je 6 Millionen Fr. beteiligt, wenigstens wurde mir dies gemeldet.

Ich wiederhole: Das Postulat verlangt gar nichts anderes, als eine neutrale Prüfung der Sachlage und der Berechnung. Wir können nicht glauben, dass in der Berechnung derartige Irrtümer vorgekommen sind, es sei denn, dass sie auf anderer Voraussetzung erfolgte. Aber wenn ein Bahnfachmann der E.T.H. die ganze Normalisierung mit ca. 38 Millionen bewertet, so können wir nicht verstehen, wenn umgekehrt die SBB 75 Millionen Kosten voranschlagen. Da ist zu begreifen, wenn man im Volke die Köpfe schüttelt und sagt: Das verstehen wir nicht. Ich glaube, wir tun doch am besten, am Postulat festzuhalten, die Sache zu überprüfen und damit Beruhigung zu schaffen. Wenn es so herauskommt, wie die Herren der Bundesbahnen sagen, so sind auch wir der Meinung, dass, wenn die Behörden die Verantwortung übernehmen können, wir diese grosse Ausgabe nicht machen und den Ausweg wählen, der für das Ganze am besten ist.

Wüthrich: Zu Beginn meines kleinen Votums möchte ich die Bevölkerung der betroffenen Gegend meiner Sympathie versichern, und würde diese Sympathie auch nur daraus entspringen, dass ich mich an das schöne Gedicht erinnere:

„Einst wimmelte das Haslital
von lieblichen Zwergen überall."

Bei all dieser Sympathie glaube ich, dass sie bei der Einstellung zu einem rein volkswirtschaftlichen und bahntechnischen Problem doch nicht massgebend sein kann, um die Bewilligung dieser ungeheuren Summe für die Normalisierung der Brünigbahn zu rechtertigen. In den Vordergrund des Interesses sind zwar die militärischen Ueberlegungen gestellt worden. Es ist zweifellos so, dass die Militärs Freude daran hätten, wenn die Brünigbahn auf Normalspur ungebaut würde; denn die militärischen Vorteile sind offensichtlich. Denken Sie nur an den Umlad von Munition von Normalspur auf Schmalspur, auf den Umlad von Nachschub und Rückschub aller Art. Aber ich muss mich fragen: Sind diese militärischen Vorteile im Verhältnis zu den erwachsenden Kosten? Da muss ich Ihnen offen sagen: Nein! Mit dem gleichen Geld, das man für die Normalisierung der Brünigbahn aufwenden müsste, liessen sich meines Erachtens viel wichtigere militärische Forderungen erfüllen. Es ist ja so, dass die Militärs selten genug haben, es ist ja ihre Pflicht, das Maximum von militärischer Bereitschaft zu fordern. Es ist aber auch die Pflicht der Behörden, hauptsächlich der gesetzgebenden, das Mass zu bestimmen, in welchem die militärischen Forderungen erfüllt werden können und müssen.

78 Millionen soll die Normalisierung kosten; nach Herrn Kollegen Roth nur 58 Millionen. Dazu kommt eine jährliche Defizitvermehrung von 4,2 Millionen, nach Herrn Kollegen Roth von ca. 3,1 Millionen. Ich glaube, wenn ich diese Zahlen betrachte, dass die militärischen Vorteile zu teuer bezahlt sind. Die ganze Frage der Normalisierung ist meines Erachtens ein typisches Beispiel dafür, wie man aus regionalen und politischen Gründen den Bundesbahnen wieder neue Lasten und Defizite aufhalsen will. Landauf, landab jammert man immer, die Bundesbahnen werden belastet durch politische und regionale Forderungen. Man schimpft darüber, dass die Bundesbahnen immer mehr Defizit aufweisen und man macht die Parlamentarier dafür verantwortlich. In diesem Falle dürfen wir aber doch Opposition machen.

Noch eine Bemerkung. Herr Kollege Roth hat die Rentabilität der Elektrifikation der SBB angezweifelt und als Beweis dafür herangezogen, dass man unter Umständen auch nicht rentable Dinge bauen dürfe. Ich muss widersprechen, denn die Rentabilität der Elektrifikation der SBB ist ausgewiesen, auch wenn man nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten rechnet. Es ist keine Frage, die Elektrifikation ist rentabel. Wenn Sie die heutigen Kohlenpreise zugrundelegen, so können Sie nachweisen, dass sogar rein privatwirtschaftlich gerechnet die Elektrifikation rentiert und sogar Ueberschüsse von etlichen Millionen Franken bringt. Also ist das Beispiel des Kollegen Roth nicht schlagend, um die Normalisierung der Brünigbahn zu rechtfertigen.

Alles in allem halte ich dafür, das Mass der Ausgaben, welches durch militärische Vorteile gerechtfertigt wäre, sei überschritten. Ich habe das Gefühl, mit dem Zugeständnis der Elektrifikation der Brünigbahn sei den berechtigten Forderungen der betroffenen Region Genüge getan. Ich möchte Sie bitten, die Frage heute noch zu entscheiden und nicht wieder zu vertagen, ad calendas graecas, wie es hier beliebt ist. Das würde nicht verstanden; denn man muss zur Ueberzeugung gelangen, dass die Normalisierung nie rentabel sein wird. Die Frage ist heute liquid, daher müssen wir sie heute entscheiden, und entscheiden müssen wir so, dass die Normalisierung abgelehnt wird.

M. **Pilet-Golaz,** conseiller fédéral: Je ne puis m'empêcher de penser, en abordant à mon tour la question qui vous préoccupe, que certains morts ont la vie dure. C'est le cas de la ligne à voie normale du Brünig.

Pour la quatrième fois, l'Assemblée fédérale est appelée à en délibérer et je suis persuadé que, pour la quatrième fois aussi, elle arrivera aux mêmes conclusions négatives, parce que les mêmes arguments qui étaient vrais il y a 70 ans le sont restés aujourd'hui.

Je viens d'articuler le chiffre de 70 ans... C'est même davantage. En décembre 1870, on accorda

pour la première fois une concession en vue de la construction d'une ligne du Brünig. La concession prévoyait la voie normale. Aucune compagnie quelconque n'a pu se constituer et recueillir les fonds indispensables à sa construction, parce que les frais étaient trop élevés pour le rendement qu'on en pouvait attendre. Il fallut revenir devant l'Assemblée fédérale, modifier la concession, décider la voie étroite pour qu'enfin, en 1888-1889, le premier tronçon, celui de Meiringen à Lucerne, pût être inauguré à voie étroite.

La deuxième fois que le problème s'est présenté devant l'Assemblée fédérale, ce fut lorsque les C.F.F. eux-mêmes — ils avaient été appelés à l'existence depuis quelques années — sollicitèrent l'autorisation de construire le tronçon Interlaken-Meiringen — il faisait encore défaut le tronçon joignant les lignes allant jusqu'à Interlaken — avec celle qui venait de Lucerne. La proposition fut présentée par le Conseil fédéral en 1904 et il fallut trois ans, non pas d'études mais de délibérations au sein du Conseil national et du Conseil des Etats, pour arriver à une conclusion. C'est vous dire qu'alors déjà on a examiné le problème sous toutes ses faces et qu'on l'a pris par tous ses bouts, aussi bien le bout militaire que le bout civil. La conclusion fut qu'au Conseil national on se prononça par 80 voix contre 44 en faveur de la voie étroite et au Conseil des Etats par 27 voix contre 2. Les frais déjà étaient hors de proportion avec les avantages qu'on peut attendre d'une normalisation de la ligne du Brünig.

La troisième fois — et on espérait que c'était peut-être la dernière — ce fut lorsque, le 19 décembre 1912, l'un des vôtres d'alors, M. le Dr Michel, déposa une motion invitant le Conseil fédéral, et par lui les C.F.F., à transformer la ligne du Brünig de voie étroite qu'elle était en voie normale. Cette motion fut abondamment discutée au sein de votre Conseil; elle connut le même sort que les propositions précédentes. Elle fut rejetée le 29 janvier 1914 par 101 voix contre 46. Elle ne passa donc pas au Conseil des Etats qui n'eut pas à l'examiner et vous pouvez bien penser qu'entre 1912 et 1914 toutes les considérations d'ordre militaire qui ont été rappelées tout à l'heure par M. Roth et qui auraient été émises tant par M. le colonel Weber, chef d'arme du génie, que par le colonel commandant de corps Sprecher von Bernegg, avaient été, comme il convenait, pesées et soupesées. Il n'en resta pas moins, en définitive, que le Conseil fédéral maintint son attitude négative qui fut approuvée par les Chambres.

En 1933, un autre député de l'Oberland bernois — à ce moment on ne parlait pas encore autant de la défense nationale qu'aujourd'hui — M. le conseiller national Balmer déposa un postulat — j'ai eu tort de parler de 1933, car c'était exactement le 13 juin 1934 — demandant de nouveau la transformation de la ligne du Brünig en voie normale. Immédiatement, nous nous mîmes à l'étude et nous avons donné à nos services aussi bien ceux du Département qu'aux C.F.F., les instructions nécessaires pour qu'ils nous présentent leur rapport, leurs observations et, le cas échéant, leurs propositions. Elles ont été consignées dans le rapport du 23 août 1935 qui vous a été distribué à la fin de la semaine dernière et qui est on ne peut plus détaillé. Vous constaterez que les C.F.F. ont mis avec mon Département plus d'une année à examiner le problème. En général, on ne nous reproche pas de faire les choses superficiellement, on nous critique bien davantage parce que nous les ferions trop lentement. Nous sommes en effet pour la maxime « Chi va piano va sano » et nous continuerons comme nous avons commencé. Mais dans le cas particulier, j'en peux tirer argument pour vous dire que les choses ont été bien faites. Pourquoi? Parce que, du point de vue du trafic, aucune raison majeure n'exige que nous dépensions des dizaines et des dizaines de millions pour transformer la ligne du Brünig en ligne à voie normale.

La plupart des orateurs qui se sont exprimés tout à l'heure en faveur de cette normalisation n'ont plus osé invoquer l'argument trafic; les uns après les autres ont dit: « Sans doute, du point de vue du trafic, du point de vue du „Verkehr", du point de vue de l'économie... de la „Wirtschaft", on ne pourrait pas justifier une dépense aussi considérable; mais la défense nationale, elle, l'exige. Nous reviendrons tout à l'heure sur la question de la défense nationale qui — j'espère que vous en êtes persuadés — tient autant à cœur à un conseiller fédéral, membre du Gouvernement responsable devant le pays, qu'à n'importe quel membre de l'Assemblée fédérale. Mais je voudrais cependant attirer auparavant votre attention sur le caractère de la ligne du Brünig et sur la faiblesse de son trafic.

En 1933, alors que le tourisme ne souffrait pas comme aujourd'hui, on a effectué une statistique complète des voyageurs qui avaient utilisé cette ligne. Ils se sont montés pour l'ensemble de l'année à 345 900 et encore la plupart d'entre eux ont-ils franchi le Brünig en été. Ils étaient de janvier à mars 46 400 (13 %), d'avril à juin 73 900 (21,%), de juillet à septembre 164 500 (47,6 %), d'octobre à décembre 61 100 (17 %). Tous ces chiffres établissent que cette ligne est une ligne saisonnière, une ligne de tourisme et qu'il faut par conséquent, toujours du point de vue du trafic, l'envisager comme telle. Or, la plus grande sottise que l'on pourrait faire pour donner davantage de vie, davantage d'animation à cette ligne touristique serait de l'enterrer, de la faire passer en tunnel, comme on en aurait l'obligation si l'on voulait la rendre normale.

Tout à l'heure, un des orateurs — honorable dirait-on en Angleterre — s'est prononcé en faveur de la normalisation du Brünig en déclarant que dans le Hasli on ne comprenait pas l'opposition que faisaient les C.F.F., ou le Conseil fédéral, à cette normalisation et que, notamment, on ne devrait pas mettre sur le même pied la ligne du Brünig et la ligne de la Furka, que c'était discréditer injustement la première. On a même ajouté que si l'on avait envoyé à l'époque une requête sur la demande expresse des Chemins de fer fédéraux, c'était à contre cœur presque. J'ai cette requête sous les yeux. Elle a été adressée au Département des Postes et des Chemins de fer le 19 novembre 1934 par les communes du Hasli: Einwohnergemeinderat Meiringen, Einwohnergemeinderat Hasleberg, Einwohnergemeinderat Schattenhalb, Einwohnergemeinderat Gadmen, Einwohnergemeinderat Innertkirchen. Ces diverses communes écrivaient notamment ce qui suit:

„Endlich sei uns noch gestattet, unsere Verwunderung auszudrücken, dass man im Zeitalter des Autos daran denkt, eine anerkanntermassen schöne Bergstrecke eingehen zu lassen und die Reisenden durch ein finsteres Loch zu jagen. Die normalisierte Brünigbahn soll zirka 10 km Tunnel aufweisen. Damit treibt man ja die Reisenden von der Bahn weg ins Auto. Die Verhältnisse zwischen Bahn und Auto an der Furka beweisen es." Ce sont les gens du Hasli qui ont fait eux-mêmes cette comparaison, car étant tout près de la Furka ils sont bien placés pour savoir ce qui s'y passe.

„Dort glaubte man auch, durch eine Verbindung Genfersee-Zermatt-St-Moritz eine Linie zu erstellen, die einen mächtigen Reisendenstrom an sich ziehen sollte. Der Erfolg ist kläglich: die Postautos über die Furka sind voll besetzt, die Züge durch den Tunnel sind leer. Die schönsten Rentabilitätsberechnungen ändern an solchen Erfahrungstatsachen nichts."

Cette comparaison, je le répète, ce n'est pas nous qui l'avons faite; ce sont des conseils communaux et toutes les localités du Oberhasli, avant même que nous ayons déposé notre rapport.

Quant aux conditions d'ordre économique qui justifieraient la transformation de la ligne du Brünig en une ligne à voie normale, elles sont extrêmement faibles. Je me montrerai très bref à cet égard, le président de la commission vous ayant déjà rappelé que les touristes de l'étranger qui viendraient, par exemple, de France arriveraient par Genève, par Vallorbe ou par Delle, que ceux qui viendraient de Belgique, de l'Angleterre, des Pays-Bas passeraient par Bâle et ne pénétreraient donc pas dans l'Oberland par le Brünig, mais tout naturellement par Berne. Il en serait de même de ceux venant d'Allemagne ou de l'Est: ils emprunteraient la route de Zurich où ils disposent d'excellentes communications.

On pourrait — je ne le conteste pas — améliorer les conditions touristiques de l'Oberland bernois en déplaçant une partie du trafic qui actuellement de la région zurichoise s'en va dans le Toggenbourg et dans le canton des Grisons. Mais ce ne serait qu'un déplacement sans intérêt général pour la Confédération, ce ne serait pas du tout un acquit nouveau venant s'ajouter à l'ancien et nous ne pensons pas que ce problème d'une importance capitale doive être résolu en considération d'éléments secondaires comme celui que je viens de signaler.

L'essentiel est la question des frais et je tiens ici à répondre d'une manière très complète aux divers orateurs, en particulier à M. le conseiller national Grimm. Nous avons affirmé que la normalisation de la ligne du Brünig coûterait entre 75 et 80 millions. Ce chiffre, nous ne l'avons pas inventé, nous ne l'avons pas pris en l'air. C'est le résultat de calculs minutieux et il n'a nullement subi des modifications ou des augmentations comme on l'a laissé entendre à plusieurs reprises. Dès le début, quand les Chemins de fer fédéraux ont calculé ce que coûterait la voie normale du Brünig tout entière, ils sont arrivés pour la construction de l'ensemble au chiffre de 68,5 millions. C'est celui que vous trouvez dans le message du Conseil fédéral de 1938. Mais les Chemins de fer fédéraux ont immédiatement ajouté: A côté des frais de construction de la voie normale, il y a naturellement aussi l'amortissement de la voie étroite qui doit disparaître. Cela représente un peu plus de 9 millions. Nous arrivons ainsi au chiffre de 77,5 millions. J'avais donc incontestablement le droit de dire: Une dépense de 75 ou 80 millions. Pourquoi n'ai-je pas dit 77,5 millions? Parce que les devis ne sont jamais exacts à 100 000 francs près et un million de plus ou un million de moins dans le cas particulier est une marge d'insécurité — ou de sécurité, comme vous voudrez — qui n'est pas extrêmement grande. Mais je ne redoute aucune discussion quelconque sur ce chiffre. Je la redoute d'autant moins que les Chemins de fer fédéraux ne se sont pas bornés à calculer ce que coûterait l'établissement de la voie normale, ils ont voulu savoir ce que coûterait l'exploitation de cette voie normale parce qu'enfin on ne va pas la laisser sans y faire circuler des trains. Et le résultat de leur étude fut qu'au lieu d'avoir un déficit annuel — car actuellement déjà nous avons un déficit assez gros à supporter pour la ligne du Brünig — de 1,75 million environ, nous aurions plus de 6 millions. L'augmentation de ce déficit serait ainsi d'au moins 4 millions par an. 4 millions, c'est l'intérêt annuel de 100 millions. Vous ne changerez rien à ces chiffres en nous opposant une expertise, expertise qui d'ailleurs est incomplète. N'oubliez pas, Monsieur Grimm, ceci: l'expertise affirmant que l'on pourrait construire le Brünig à voie normale à raison de 35 ou 36 millions est antérieure au rapport des Chemins de fer fédéraux. Et c'est la raison pour laquelle ceux-ci ne se sont pas bornés à faire une estimation sommaire, une estimation globale; ils ont tenu à vérifier les chiffres de cette expertise et à se rendre compte s'ils correspondaient ou non à la réalité. Ils ont alors dû constater que les experts — ces messieurs étaient trois, paraît-il, mais toutes les bonnes choses ne vont pas nécessairement par trois — avaient oublié des éléments importants s'agissant de la transformation de la ligne. C'est qu'en effet il ne suffit pas de construire une ligne et de mettre des rails dessus à un écartement déterminé pour avoir une voie normale; il faut aussi transformer toutes les installations: installations de sécurité, installations de croisement, installations de gares; il faudrait notamment à Interlaken opérer une modification complète de la gare de l'Est. Ce sont tous ces éléments qui n'ont pas été retenus par les experts; ces messieurs n'ont pas poussé leur travail à fond, ils n'ont donné qu'un premier jet incomplet. Et ce sont tous ces éléments qui, eux, ont été calculés par les Chemins de fer fédéraux, à la suite de quoi ceux-ci ont été amenés à affirmer que le coût serait en réalité de 77 millions environ.

On nous oppose également — M. Grimm l'a fait tout à l'heure — une lettre que mon Département aurait écrite à l'adresse du comité d'action en faveur de la voie normale du Brünig le 1er août 1936, lettre dans laquelle nous aurions parlé d'une dépense de «plus de 50 millions», sans dire 70, 80, sans articuler un chiffre précis. Qu'en est-il?

A l'époque, nous nous étions mis en rapport avec le Département de l'Economie publique afin de savoir quelle subvention il pourrait accorder à l'électrification de la ligne du Brünig et, le cas échéant, à sa transformation en voie normale.

Nous nous étions également mis en relation avec le Département militaire pour savoir quel intérêt il portait à cette transformation et quel subside il pourrait de son côté accorder. La réponse du Département de l'Economie publique a été très nette: 3 millions. Or, de l'aveu même des experts qui ont assisté le comité d'action, le total des dépenses serait, pour eux, supérieur à 50 millions. Car, au chiffre de 35 ou 36 millions primitivement articulé, il faut ajouter le matériel et les amortissements. Nous avons répondu: Que représentent 3 millions de subventions pour une dépense qui, en tout état de cause, doit être supérieure à 50 millions? Cela ne vaut pas la peine d'en parler. Puisque j'ai fait allusion à cette lettre, que j'ai dû ressortir de mes dossiers, je vous donnerai lecture d'un alinéa qui concerne la défense nationale:

„Eine eingehende Würdigung hat ferner die militärische Seite der Frage erfahren. Hier ist grundsätzlich unbestritten, dass der Umbau der Brüniglinie auf Normalspur unter gleichzeitiger Einführung des elektrischen Betriebes im Interesse der Landesverteidigung liegen würde. Das eidgenössische Militärdepartement ist jedoch nicht in der Lage, finanziell etwas dazu beizusteuern. Es warten seiner heute noch dringendere und viel unmittelbarere Aufgaben, vor denen Projekte wie das in Frage stehende zurücktreten müssen."

Ce qui était vrai, en 1936, reste vrai en 1939. Je ne vois vraiment pas pourquoi on nous objecterait que les calculs faits aux Chemins de fer fédéraux sont faux. Quand nous venons avec le budget à la fin de l'année, nous dites-vous: Il faut une expertise! Vos chiffres sont-ils exacts? Quand nous venons avec les comptes, nous dites-vous également: Vos chiffres sont-ils exacts et il faut une expertise? Quand nous vous avons annoncé qu'il fallait 23 millions pour avoir la double voie entre Brunnen et Flüelen, avez-vous répondu: Expertise? Non, vous avez admis ces chiffres et vous avez eu raison. Nos fonctionnaires ont en tout cas cette qualité que personne ne leur conteste: c'est d'être extrêmement consciencieux et méticuleux. Aux Chemins de fer, on a une très grande expérience quant à ces constructions ferroviaires, plus grande encore que n'importe quel entrepreneur. Je ne vois pas pourquoi, aujourd'hui, simplement parce que des experts se sont prononcés, eux, trop rapidement, on voudrait contester nos chiffres, calculés, eux, minutieusement et longuement. La direction générale s'oppose à la transformation de la ligne du Brünig en voie normale en disant que nous ne pouvons pas sacrifier 75 millions à un ouvrage de ce genre. C'est hors de proportion avec les avantages qu'on en retirerait.

Le conseil d'administration des Chemins de fer fédéraux qui a eu connaissance des conclusions, s'est prononcé dans le même sens. Il n'en fait pas une question de prestige, pas plus que moi-même. On a dit que les Chemins de fer fédéraux ne voulaient pas céder à une pauvre population montagnarde. Céder quoi? 75 millions! Si je les cédais sans raison, je ne ferais pas du prestige, je ferais de la bêtise et vous auriez raison de ne pas me le pardonner. C'est pourquoi, avec la direction générale des Chemins de fer fédéraux, avec le conseil d'administration, je vous dis que, du point de vue du trafic, c'est une folie. Trois fois déjà les Chambres ont déclaré que c'était une folie. J'espère bien qu'une quatrième fois, elles seront aussi sages que précédemment.

Restent les considérations militaires. Je ne veux pas reprendre les opinions relevées ici et qui étaient imputées à un certain nombre de nos grands chefs, à commencer par le colonel Weber, que j'ai encore connu autrefois. Je me bornerai à deux constatations préliminaires:

Le première, c'est qu'il est à peu près aussi facile d'avoir des opinions militaires contradictoires que des opinions juridiques opposées. Je n'en veux pour preuve que le problème que va traiter tout à l'heure M. le Président de la Confédération: celui de la route qui doit relier le canton de Glaris au canton des Grisons. Combien de colonels ont écrit des articles, chacun pour prétendre que tel passage était meilleur que tel autre. Ce n'est pas parce qu'un officier s'est exprimé dans un sens que nécessairement son opinion doit être la meilleure.

La deuxième observation préliminaire est que la plupart des affirmations répétées ici remontent à une époque où l'on ne connaissait pas l'électrification. Il est incontestable que l'électrification a augmenté très sensiblement la capacité d'écoulement de nos chemins de fer et nous pouvons, avec l'électricité, aujoud'hui, nous rendre maîtres d'un trafic autrement plus considérable que c'eût été le cas en 1912 ou 1913.

Reste l'opinion du colonel-divisionnaire Huber, sous-chef de l'Etat-major. Je tiens à m'expliquer d'une manière très catégorique sur ce point, parce que je n'ai pas l'habitude d'avancer des choses inexactes, pas plus que n'ai l'habitude d'envisager à la légère les intérêts de la défense nationale. J'ai été soldat à 18 ans ½, lieutenant à moins de 20 ans; je n'ai qu'un regret, comme conseiller fédéral: c'est de ne pas être à la disposition de l'armée par les temps qui courent. C'est pourquoi je m'accorde à moi-même le droit de donner une opinion comme conseiller fédéral sur cette question. Il y a à peu près 2 mois — peut-être un peu moins — que M. Minger, chef du Département militaire, m'a fait savoir que le comité d'action et que les cantons intéressés avaient demandé un exposé à l'Etat-major général sur le problème de la ligne du Brünig à voie normale. Il m'a demandé s'il devait s'y opposer, car il ne voulait pas le faire sans mon assentiment. Je lui ai répondu que cela ne devait pas engager l'Etat-major; que cela n'engagerait pas davantage le Département militaire et que, par conséquent, on n'en parlerait pas au nom de ce Département; cependant, j'ai ajouté que si un officier de l'Etat-major voulait se prononcer sur les avantages de cette normalisation, je n'y voyais aucun inconvénient. Je suis resté assez démocrate dans mon pays pour admettre, comme chef du Département des Postes et des Chemins de fer, qu'un militaire ait une opinion qui ne soit pas nécessairement la mienne et l'exprime. Je connaissais d'ailleurs cette opinion. Il va de soi que tous les militaires sont partisans de la voie normale plutôt que de la voie étroite. Je parie tout ce que vous voudrez avec n'importe lequel d'entre vous que, si l'on demandait à l'Etat-major général: Ne préféreriez-vous pas un réseau à voie normale dans les Grisons plutôt qu'à voie étroite? — il répondrait immédiatement: Et combien!

C'est là-bas que la voie normale ferait encore plus besoin qu'au Brünig, toutes les voies normales ayant une capacité d'écoulement plus grande. Mais c'est chaque fois une question de circonstance et une question de frais. Tout est relatif — on l'a rappelé tout à l'heure — et c'est précisément parce que cette relation n'est pas établie en l'espèce que nous ne pouvons pas envisager que la défense militaire exige un sacrifice aussi considérable. Les relations entre la sud de Berne et le pays au sud de Lucerne sont établies par la ligne à voie normale électrifiée de l'Emmental et de l'Entlebuch, par la route de l'Emmental et celle de l'Entlebuch, par la ligne qui serait électrifiée à voie étroite du Brünig, par la route du Brünig, par la route du Susten que vous avez, il y a un ou deux ans, décidé de faire construire. Il y a là cinq voies de communication entre ces régions. Nulle part ailleurs vous ne trouverez des conditions militaires aussi avantageuses d'autant plus que l'électrification de la ligne du Brünig va augmenter sensiblement sa capacité d'écoulement. Je n'ai pas pensé par là qu'elle augmenterait beaucoup le nombre des voyageurs, tout au plus arrivera-t-elle à les retenir. Mais en cas de nécessité militaire, elle pourra servir à transporter beaucoup plus qu'aujourd'hui. L'augmentation serait de 60 %. Et ce n'est pas là non plus un chiffre que je donne au hasard. Le rapport de la direction générale des Chemins de fer fédéraux a été fait à une époque où le président était encore le Dr Schrafl, colonel à l'Etat-major général, directeur général des chemins de fer pour le cas de guerre, par conséquent, l'homme qui aurait eu toute la responsabilité de ces transports. Et vous connaissez son opinion. Il ne faut donc pas dire que nous n'avons pas envisagé les intérêts de la défense nationale et que c'est à la légère que nous les éliminons.

Il y a quantité d'autres travaux que la défense nationale pourrait justifier et qui, à mon sens, seraient plus urgents. Je ne pense pas seulement à ceux auxquels M. Wüthrich a songé, à la défense antiaérienne active, à l'augmentation de notre aviation; je pense simplement aux grandes voies ferrées à doubler. Si vous voulez me donner des millions pour améliorer le réseau national, pour servir à la défense, donnez-les moi et j'en ferai mieux que la normalisation du Brünig. C'est ainsi que la question se pose et pas autrement.

Si vous maintenez l'art. 4 du projet, tel que la minorité de la commission vous le demande, vous renvoyez aux calendes grecques la décision sur ce point-là. Pourquoi? Parce que le projet qui vous est soumis prévoit un poste de 4 100 000 frs en faveur de l'électrification. Si nous en restons à l'électrification, dès que le projet sera accepté, nous pourrons marcher et travailler. Si nous revenons devant vous, comme la minorité de la commission vous le demande, avec un rapport et que vous décidiez à ce moment-là d'exiger la voie normale et non pas l'électrification, ce sont 70 et quelques millions qu'il nous faudra. Et nous ne pourrons rien faire avec 4 millions. Allez-vous retourner devant la peuple avec un nouveau projet de 70 millions pour une dépense d'ordre militaire-ferroviaire? Voulez-vous attendre, pour que votre projet passe devant le peuple, que nous ayons déposé ce rapport? Pas davantage. Par les explications que nous vous avons données, la situation est claire. En réalité, ce qu'on veut, c'est renvoyer à plus tard la question éternelle de la normalisation de la ligne du Brünig. On se dit que si vous ne prenez pas une décision aujourd'hui, nous serons obligés aux Chemins de fer fédéraux de racheter des locomotives à vapeur, et ce sera peut-être le cas, de racheter du matériel et qu'ainsi on renoncera à l'électrification. Dans 10 ou 20 ans, celui qui m'aura succédé à la tête des postes et des chemins de fer — s'il y en a encore — devra expliquer au Conseil national pourquoi la normalisation de la ligne du Brünig coûte trop cher. Je vous l'ai dit aujourd'hui comme trois de mes prédécesseurs vous l'ont déjà exposé autrefois et, comme eux toujours, je vous prie de répondre dans le sens du Gouvernement et de la majorité de la commission.

Grimm, Berichterstatter der II. Minderheit: Ich möchte den Rat nicht unter dem Eindruck der letzten Ausführungen lassen. Herr Bundesrat Pilet-Golaz unterstellt etwas, was es nicht gibt. Kein Mensch hat die Auffassung, als ob es sich darum handle, Zeit zu gewinnen auf Jahre hinaus, damit der zweite oder dritte Nachfolger des Herrn Bundesrat Pilet sich noch einmal mit dieser Frage beschäftigen müsse, vielleicht dann gleich auch noch mit der Frage der Reorganisation der Bundesbahnen. Davon ist gar keine Rede. Wir haben ausdrücklich erklärt, es könne sich heute nicht darum handeln, einen materiellen Entscheid über die Frage der Normalisierung oder Nichtnormalisierung der Brünigbahn herbeizuführen. Aber wenn schliesslich Eisenbahnfachleute wie der Direktor der Montreux-Oberlandbahn, Ingenieure wie Professor Thomann von der E.T.H., Professor für Eisenbahn- und Strassenbau, erklären, die 78 Millionen, die die Bundesbahnen ausrechnen, seien übersetzt und überrechnet, wenn auf der andern Seite diesen 78 Millionen eine Auslage von 35 Millionen ohne Verzinsung und Amortisation, rund 50 Millionen mit Verzinsung und Amortisation, gegenübersteht, dann ist die Differenz so gewaltig, dass sie abgeklärt werden muss. Ich erkläre Ihnen, Herr Bundesrat: Wenn im Juni ein Bericht vorliegt, der belegt und schlüssig zu der Meinung kommt, die 70 Millionen seien notwendig, um die Brünigbahn zu normalisieren, dann werde ich der erste sein, der erklärt, dass das Land das finanziell nicht ertrage. Aber dieser Nachweis fehlt heute; er ist nicht erbracht und darum wünschen wir, dass die Sache bis zum Juni nochmals überprüft werde. Ich bitte Sie darum, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

M. le **Président:** La situation est la suivante: La majorité de la commission propose d'adhérer à la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire de biffer l'art. 4. La minroité, appuyée par M. Müller-Grosshöchstetten, réserve l'approbation de l'Assemblée fédérale pour l'utilisation des crédits du Brünig.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	78 Stimmen
Für den Antrag der II. Minderheit	56 Stimmen

Art. 1, B III und *Art. 4.*

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Minderheit

(Meierhans, Bringolf, Bürki, Grimm, Graber, Huber-St. Gallen, Meyer-Luzern, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schirmer, Schneider):

B III. Festhalten.

Art. 4. Ueber die Art der Verwendung der Kredite B, III, sind der Bundesversammlung vorgängig der Inangriffnahme der Ausführungsarbeiten besondere Anträge zur Genehmigung einzureichen.

Art. 1, B III et *art. 4.*

Proposition de la commission.

Majorité:

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Minorité

(Meierhans, Bringolf, Bürki, Graber, Grimm, Huber-St-Gall, Meyer-Lucerne, Müller-Grosshöchstetten, Nobs, Rosselet, Schirmer, Schneider):

B III. Maintenir.

Art. 4. Avant que les travaux soient mis en chantier, des propositions devront être soumises à l'approbation de l'Assemblée fédérale sur l'utilisation des crédits prévus à l'article premier sous lettre B, III.

Keller, Berichterstatter der Mehrheit: Eine zweite Differenz, die voraussichtlich noch mehr zu reden geben wird, als die Brünigbahn, betrifft die Verbindung nach der Südostschweiz. Der Nationalrat hat dafür einen Kredit von 20 Millionen in das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgenommen, die Wahl des Projektes aber einer nähern Prüfung und einem besondern Entscheid der Bundesversammlung vorbehalten. Sie finden auch diesen Vorbehalt wie denjenigen betreffend die Brünigbahn in Art. 4 des Bundesbeschlusses. Diese Stellungnahme des Nationalrates war gegeben. Die in Frage stehenden Lösungen und Projekte waren im Zeitpunkt der Beschlussfassung noch in keiner Weise abgeklärt. Die Ansichten über die zweckmässigste Lösung gingen unter den militärischen und technischen Sachverständigen und auch unter den Interessenten weit auseinander. Der Bundesrat war ebenfalls nicht in der Lage, einen bestimmten Antrag zu stellen. Seine Untersuchungen und Verhandlungen mit den Interessenten waren im Zeitpunkt der Beschlussfassung des Nationalrates noch nicht abgeschlossen. So blieb dem Nationalrat nichts anderes übrig, als abzuwarten und den Entscheid über die Wahl des Projektes vorzubehalten.

Inzwischen hat nun die fehlende Abklärung stattgefunden. Der Bundesrat hat Stellung bezogen, und zwar wie folgt:

Er lehnt die namentlich vom Kanton Graubünden vorgeschlagene Bahn- oder Strassenverbindung aus dem obern Reusstal unter dem Düssistock hindurch in die Gegend von Sedrun und Disentis ab, einmal der Kosten wegen, dann wegen der damit verbundenen Ueberlastung der Gotthardroute und schliesslich auch deswegen, weil die Aufgabe, die dieser Verbindung zugedacht ist, zum grossen Teil erfüllt wird durch die Oberalpstrasse, die Oberalpbahn und die Schöllenenbahn, die alle ausgebaut und leistungsfähiger gemacht werden sollen. Der Bundesrat lehnt sodann auch den Bau der Segnes- und Panixerstrasse ab, weil diese beiden Strassen bei einem feindlichen Einbruch in den Talkessel von Sargans militärisch derart bedroht wären, dass sie nicht mehr benutzt werden könnten und somit ihren Zweck als eine sichere Verbindung zwischen dem Kanton Graubünden und dem Kanton Glarus nicht mehr zu erfüllen vermöchten. So blieb nur noch der Bau der Kistenstrasse, ausgehend vom Linthal mit einem 2,2 km langen Tunnel unter dem Kistenstöckli hindurch auf das Plateau von Brigels und von da nach Truns. Der Bau der Kistenstrasse wird denn auch nunmehr vom Bundesrat zur Ausführung empfohlen. Er wird empfohlen, weil die Kistenstrasse die angestrebte weitere Verbindung vom Kanton Graubünden in den Kanton Glarus und von hier via Pragel und Klausen mit der Innerschweiz herstellen wird, und sodann namentlich auch deswegen, weil die Kistenstrasse zusammen mit dem Lukmanier in hohem Masse auch dem Kanton Tessin dienen wird, der damit neben der militärisch nicht ganz sicheren Gotthardstrasse eine zweite sichere Verbindung mit der übrigen Schweiz erhält, worauf bei der Wahl des Projektes mit Recht grosses Gewicht gelegt wird. Der Generalstab und der Bundesrat sind der Ansicht und sie haben diese Ansicht in der Kommission fest vertreten, dass vom militärischen und vom allgemeinen Landesinteresse aus einzig die Kistenstrasse sich zur Ausführung empfiehlt. Diese Auffassung wird von den interessierten Kantonen nicht durchwegs geteilt. Vorbehaltlos einverstanden mit der Stellungnahme des Bundesrates ist nur der Kanton Tessin. Der Landrat des Kantons Glarus hat sich mit einer kleinen Mehrheit für die Ausführung der Panixerstrasse entschieden. Es scheint aber, dass der Kanton Glarus nicht unglücklich ist, wenn der Kistenpass schliesslich beschlossen wird. Der Kanton Graubünden hat sich in erster Linie für die Bahnverbindung aus dem Reusstal (Gotthardbahn) unter dem Düssistock hindurch in die Gegend von Disentis eingesetzt. Für den Fall, dass diese Lösung nicht beliebt, ist der Kanton Graubünden geteilt. Ein Teil, ich glaube es ist der grössere, hat sich eventuell für den Segnespass ausgesprochen. Das Bündneroberland tritt entschieden, und zwar auch noch in einer besondern Eingabe an die Kommission, für den Kistenpass ein und ein letzter Teil des Kantons Graubünden — ich glaube, der Vertreter davon sitzt oben auf der Tribüne — ist überhaupt gegen eine Strassenverbindung zwischen dem Kanton Graubünden und dem Kanton Glarus. Der Ständerat hat sich mit 29:7 Stimmen für den Ausbau des Kistenpasses ausgesprochen, ebenso Ihre Kommission mit 9 Stimmen, während 7 Stimmen sich für Festhalten am früheren Beschlusse des Nationalrates entschieden, also dafür, dass diese Frage noch weiter geprüft und später durch einen besondern Beschluss der Bundesversammlung erledigt werde.

Ich beschränke mich hier auf diese Darlegungen, und zwar deshalb, weil der Herr Bundespräsident es übernommen hat, Ihnen den Standpunkt des

Bundesrates einlässlich auseinanderzusetzen und weil voraussichtlich ja auch der Standpunkt der Kommissionsminderheit ausgiebig zum Worte kommen wird.

Ich habe namens der Kommission lediglich noch die Erwartung auszusprechen, dass wenn aus dem Widerstreit der Interessen der Kistenpass siegreich hervorgehen sollte, sich alle Kantone loyal fügen und sich denn auch aktiv daran beteiligen werden, und dass sie später, wenn die Kistenstrasse gebaut sein wird, auch den Unterhalt dieser Strasse zusammen übernehmen werden. Die Kommission spricht diese Erwartung aus, da sie davon überzeugt ist, dass der Kistenpass nicht nur den militärischen Interessen des Landes dient, sondern ebenso sehr den volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Interessen der Kantone Glarus, Graubünden, Tessin. Ich beschränke mich also darauf, Ihnen mit diesen kurzen Worten den Antrag der Kommissionsmehrheit zu empfehlen.

M. le **Président:** Nous avons reçu une pétition signée par les représentants de 137 communes des Grisons concernant les voies de liaison entre les cantons de Glaris et des Grisons. Cette pétition est déposée, à votre disposition, sur le bureau.

Bundespräsident **Etter:** Wollen Sie es bitte entschuldigen, wenn der Sprecher des Bundesrates unmittelbar nach dem Präsidenten der Kommission das Wort ergreift. Das geschieht deshalb, weil Sie einem neuen Antrag des Bundesrates gegenüberstehen, den der Herr Präsident der Kommission nur sehr kurz begründet hat, weil er die eingehende Begründung dem Vertreter des Bundesrates überlassen wollte. Sodann stelle ich fest, dass der Herr Referent der Kommissionsminderheit sich in verdankenswerter Weise damit einverstanden erklärt hat, dass, bevor er Gelegenheit hat, den Standpunkt der Kommissionsminderheit zu vertreten, der Vertreter des Bundesrates Gelegenheit erhalte, den neuen Antrag des Bundesrates zu begründen.

Durch den Bundesbeschluss vom 4. April 1935 haben Sie dem Bundesrat einen Gesamtkredit von 84 Millionen Franken zur Verfügung gestellt, ein Kredit, der allerdings sehr rasch nachher, bei Behandlung des II. Finanzprogrammes, um 3 Millionen Franken gekürzt worden ist, so dass uns heute für den Ausbau der Alpenstrassen noch 81 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Der Entscheid darüber, was aus diesen Krediten gebaut werden soll, welche Strassen ausgebaut und welche neu gebaut werden sollen, wurde in jenem Bundesbeschluss vom 4. April 1935 dem Bundesrate überlassen. Der Bundesrat hat durch Bundesratsbeschluss vom 16. Februar 1937 ein erstes Ausbauprogramm aufgestellt, umfassend eine Bauperiode von 8 Jahren. In diesem ersten Bauprogramm haben wir über insgesamt 53 Millionen Fr. verfügt, so dass uns für ein zweites Ausbauprogramm noch 28 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Aber auch diese 28 Millionen Fr. sind bereits durch verschiedene Subventionsbeschlüsse angerissen, für Strassenbauten, die beim ersten Ausbauprogramm zwar beschlossen worden waren, aber bedeutend mehr Kosten verursachten, als man gerechnet hatte, dann für Strassenbauten, die auch grundsätzlich schon im ersten Programm beschlossen worden waren, die man aber damals noch nicht ins Programm hatte einbauen können, weil keine Detailprojekte zur Verfügung stunden. Auf alle Fälle ist es sicher, dass es uns nicht möglich wäre, aus den Krediten, die uns für den Ausbau und Neubau von Alpenstrassen noch zur Verfügung stehen, jenen dringenden Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, die sich in letzter Zeit für die Herstellung besserer Verbindungen nach der Südostschweiz, nach dem Kanton Graubünden und nach dem Kanton Tessin ergeben haben. Deshalb haben wir in das Arbeitsbeschaffungsprogramm einen Kredit von 35 Millionen Fr. eingestellt, um aus diesen 35 Millionen Fr. jene bessere Verbindung mit Graubünden und mit der Südschweiz, nach dem Tessin, zu schaffen, die sich heute als absolute Notwenidgkeit erweist. Dabei hätte es bei diesem ursprünglichen Antrag des Bundesrates den Sinn, dass der Entscheid darüber, welche Lösung gewählt werden solle, dem Bundesrat überlassen bleibe, ganz genau gleich, wie es das Parlament beim Bundesbeschluss über den Ausbau der Alpenstrassen dem Bundesrate überlassen hat, die Details zu beschliessen. Diese Lösung hätte den Vorteil gehabt, dass wir nicht veranlasst gewesen wären, in breitester Oeffentlichkeit Motive in die Diskussion zu werfen, die fast ausschliesslich auf militärischem Gebiete liegen und deshalb in dieser und jener Richtung delikat sind.

Ich möchte diesen Anlass dazu benützen, um, wie ich es schon im Ständerat getan habe, die Herren von der Presse zu ersuchen, bei der Berichterstattung der Tatsache Rechnung zu tragen, dass hier vielleicht in der Diskussion Momente zur Sprache kommen, die nur für diesen Saal bestimmt sind, von denen man aber nicht wünschen möchte, dass sie durch die Presse in eine breitere Oeffentlichkeit getragen werden.

Auf der andern Seite sind wir im Bundesrat gar nicht unglücklich darüber, dass der Nationalrat sich den Entscheid darüber, was für die bessere Verbindung nach dem Kanton Graubünden gebaut werden soll, selbst vorbehalten hat. Denn auf diesem Wege kommt der Nationalrat dazu, in dieser Frage, die leider eine heiss umstrittene geworden ist, die Verantwortung mit dem Bundesrat zu teilen.

Angesichts der Tatsache, dass der Nationalrat sich den Entscheid über die zu treffenden Lösungen selbst vorbehalten wollte, fühlte sich der Bundesrat verpflichtet, diese Frage nach allen Seiten hin sofort abzuklären, und zwar so, dass die Bundesversammlung Gelegenheit erhalte, schon in dieser Session gleich mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm endgültig Beschluss zu fassen. Wir hielten uns deshalb hiezu für verpflichtet, weil wir die Bauten, die wir in Aussicht nehmen für die bessere Verbindung nach der Südostschweiz, als dringlich betrachten, dringlich namentlich unter dem Gesichtspunkt der Landesverteidigung. Wenn die Bundesversammlung nicht in dieser Session die Frage verabschiedet und endgültig Beschluss fasst, wenn sie den Beschluss verschieben wollte auf die Junisession, dann sind wir überzeugt, dass in diesem Jahre die in Aussicht genommenen Bauten nicht mehr in Angriff genommen werden können. Dann geht ein Jahr verloren, und das wäre sehr bedauerlich, sowohl im

Hinblick auf die Interessen der Landesverteidigung, als, wie ich schon dargetan habe, wie unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung.

Damit komme ich zum eigentlichen Problem, das zu behandeln ist. Der Kanton Graubünden steht heute mit der übrigen Schweiz durch zwei Kommunikationen in Verbindung, durch die Oberalpstrasse und -Bahn und die Strasse und Bahn nach Chur. Die Oberalpverbindung ist unter den heutigen Verhältnissen während des Winters, also während 6—7 Monaten, nicht befahrbar, weder die Strasse noch die Bahn. So haben wir für einen Grossteil des Jahres, für mehr als ein halbes Jahr mit dem Kanton Graubünden nur eine einzige Kommunikation zur Verfügung, die Strasse und die Bahn nach Chur, die über den Sarganserkessel führt. Für Zeiten des Friedens reicht diese Kommunikation durchaus aus; wenn wir nur die wirtschaftlichen Interessen und nur die Zeit des Friedens ins Auge fassen wollten, dann bestünde keine Notwendigkeit, nach dem Kanton Graubünden eine neue Strasse zu bauen. Aber wir haben die Pflicht, die Verteidigung unserer Neutralität und der Unabhängigkeit unseres Landes ins Auge zu fassen und wir sind verpflichtet, all das vorzukehren, was im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges von Notwendigkeit und Bedeutung sein könnte. Nun wissen Sie, dass wir den Sarganserkessel befestigen, dass wir gewillt sind, ihn à tout prix, mit allem Einsatz und allen Mitteln zu verteidigen und zu behaupten, wie wir überhaupt gewillt sind, keinen Schritt schweizerischen Bodens kampflos preiszugeben. Zu diesem Zweck, den Sarganserkessel à tout prix zu verteidigen, haben wir auch den Bau einer Walensee-Talstrasse beschlossen. Diesem Bau kommt vorwiegend militärische Bedeutung zu; dadurch wird die Kommunikationsmöglichkeit mit dem Sarganser Talkessel wesentlich verbessert.

Weil ich gerade von dieser Walensee-Talstrasse spreche, möchte ich hier eine Erklärung abgeben, die geeignet sein dürfte, gewisse Bedenken nach dieser Richtung zu zerstreuen. Es ist Ihnen bekannt, dass der Glarner Landrat letzten Sommer einen Beschluss gefasst hatte, die Inangriffnahme der Bauten an der Walensee-Talstrasse zu verschieben, zu einer Zeit, in der St. Gallen bereits dazu übergegangen war, in grosszügiger Weise das Teilstück der Walensee-Talstrasse, das auf St. Galler Boden liegt, auszubauen. Ich begreife, dass über jenen Beschluss des Glarner Landrates weit herum, namentlich im Kanton St. Gallen, Unbehagen entstanden ist. Aber der Glarner Landrat ist auf jenen Beschluss zurückgekommen; er hat inzwischen beschlossen, den Bau der Walensee-Talstrasse auch auf dem Gebiet des Kantons Glarus in Angriff zu nehmen. Ich habe unlängst in einer Konferenz mit einer starken Vertretung der Glarner Regierung alle Fragen, die die Walensee-Talstrasse betrafen, besprochen und habe in jener Konferenz auch die Breite der Strasse behandelt. Ich habe dem Regierungsrat des Kantons Glarus erklärt, dass das Departement des Innern und der Bundesrat aus sachlichen Erwägungen daran festhalten werden, dass die Strasse längs des Walensees auch auf dem Gebiet des Kantons Glarus auf eine Breite von 8 m ausgebaut werde. Ich bin überzeugt, dass der Kanton Glarus für diese Forderung Verständnis aufbringen wird und dass wir für die Durchführung dieser Forderung beim Kanton Glarus keine Schwierigkeiten haben werden.

Wir haben den festen Willen, den Sarganserkessel zu halten, zu verteidigen und zu behaupten. Aber diese einzige Kommunikation, die wir in den Wintermonaten mit dem Kanton Graubünden haben und die über den Sarganserkessel führt, spielt schon nicht mehr in jenem Moment, in dem um den Sarganserkessel gekämpft wird, weil dann alles, was durch den Sarganserkessel führt, unter gegnerischem Feuer stehen wird. So ergibt sich schon im Hinblick auf diese Eventualität die Notwendigkeit, mit Graubünden eine neue unabhängige Verbindung zu schaffen.

Aber ganz verhängnisvoll würde sich die Situation für die Verbindung nach dem Kanton Graubünden gestalten, wenn wir das Unglück haben müssten, dass uns in einem Kampf der Sarganserkessel verloren ginge. Dann haben wir, so wie die Situation heute steht, mit dem Kanton Graubünden mit Ausnahme der paar kurzen Sommermonate überhaupt keine Verbindung mehr, keine Verbindung mehr mit der Truppe, die im Kanton Graubünden kämpft, aber auch keine Verbindung mehr mit der Zivilbevölkerung des Kantons Graubünden, keine Möglichkeit mehr, sie zu versorgen mit Nahrungsmitteln und allem, was nötig ist. Sie werden begreifen, dass diese Situation uns mit grosser Sorge erfüllt und dass der Bundesrat die Verantwortung nicht mehr zu tragen in der Lage wäre, es länger bei diesen Verhältnissen bewenden zu lassen, dass wir auch nicht in der Lage wären, die Verantwortung dafür auf uns zu nehmen, dass auch nur eine Verzögerung eintrete in bezug auf die Inangriffnahme der Massnahmen, die sich aufdrängen.

Welche Lösungen stehen nun zur Verfügung, um die notwendige bessere Verbindung nach Graubünden zu schaffen? Von Anfang an standen zwei Lösungen im Vordergrund, die sich nicht etwa ausschliessen, sondern die beide in Betracht fallen und ausgeführt werden müssen: Umbau der Oberalpstrasse in der Weise, dass diese auch im Winter im Fall eines Krieges offen gehalten werden kann. Zweite Lösung: Bau einer Strasse aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden. Ueber den Ausbau der Oberalpstrasse für den winterlichen Betrieb entwickelte sich weder hier in den Räten noch in der Oeffentlichkeit eine Diskussion. Damit war man auf der ganzen Linie einverstanden. Desto heftiger und leidenschaftlicher erhob sich die Diskussion um die Strasse, die aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden gebaut werden soll und muss. Zunächst wurde dem Projekt eines Strassenbaues das Projekt einer Tunnelbaute gegenübergestellt, eines Schmalspurtunnels von der Gotthardbahn bei Amsteg, Gurtnellen oder in der Schöllenenschlucht nach dem Vorderrheintal, nach Disentis. Da die Regierung und der Grosse Rat von Graubünden heute noch dieses Projekt in den Vordergrund rücken und mit Nachdruck vertreten, wollen Sie mir gestatten, dass ich mich in erster Linie mit ihm befasse.

Sämtliche Organe der Bundesverwaltung, die mit Bahnbauten zu tun haben, haben das Projekt eines Schmalspurtunnels aus dem Reusstal in das Vorderrheintal eingehend geprüft und begutachtet. Es wurde sowohl von den Organen der SBB wie

von den zuständigen Organen des Post- und Eisenbahndepartementes geprüft. Aber nicht nur das. Man hat dieses Projekt auch einem privaten Ingenieurbureau zur Begutachtung unterbreitet, einem Bureau, das in Tunnelfragen das führende Bureau im Lande darstellt und dem in Fachkreisen für Tunnelfragen absolute Autorität zugebilligt wird, dem Ingenieurbureau Rothpletz & Lienhard in Aarau. Rothpletz & Lienhard haben fünf verschiedene Varianten für die Lösung eines Schmalspurtunnels aus dem Reusstal ins Vorderrheintal ausgearbeitet, d. h. jene fünf verschiedenen Varianten, die überhaupt denkbar und möglich erscheinen. Selbstverständlich wurden diese Varianten nicht im Detail ausgeführt, sondern es wurden generelle Projekte ausgearbeitet. Das Bureau Rothpletz & Lienhard, dessen Berechnungen wiederum von den Organen der Bundesbahnen und des Post- und Eisenbahndepartementes überprüft worden sind, kommt zum Schluss, dass die Kosten für diese fünf verschiedenen möglichen Varianten auf 29—33 Millionen berechnet werden müssen. Die Organe der Bundesbahnen und des Post- und Eisenbahndepartementes haben überdies den Betrieb dieses Tunnels in Prüfung genommen und sind übereinstimmend zum Schlusse gelangt, dass der Betrieb dieses Tunnels minimal pro Jahr mindestens mit einem Betriebsdefizit von 267 000 Fr. rechnen müsste. In diesem Betriebsdefizit wären die Zinsen und die Amortisationen für das Anlagekapital nicht eingeschlossen. Nicht eingeschlossen wären auch die Amortisationen für die Abschreibung jenes Teils der Oberalpbahn, die eingehen müsste, wenn dieser Tunnel gebaut würde. Die Bahnstrecke der Oberalpbahn von Andermatt bis Disentis würde mit dem Bau eines Schmalspurtunnels von der Gotthardbahn zu den Rhätischen Bahnen ihre Existenzberechtigung verlieren und müsste infolgedessen auch abgeschrieben werden. Wenn man beide Bahnen nebeneinander im Betrieb haben wollte, Oberalpbahn und diesen Tunnel, würde sich für beide Bahnen das Defizit noch entsprechend steigern. Ob in dem Fall — dies nur eine Nebenbemerkung —, wenn die Oberalpbahn von Andermatt bis Disentis ihren Betrieb einstellen würde, die Reststrecke vom Wallis über die Furka nach Andermatt noch lebensfähig wäre, ist eine Frage, die ich nur stelle, die zu beantworten ich aber den interessierten Kreisen überlassen möchte. Diese Erwägungen: viel zu teure Baukosten und ein absolut sicheres Betriebsdefizit, das, wenn wir die Zinsen und Amortisationen einrechnen wollten, nicht nur 267 000, sondern mindestens 2½ Millionen Fr. betragen würde, haben den Bundesrat veranlasst, das Projekt einer Tunnelbaute zu verabschieden und abzulehnen.

Der Bundesrat war um so mehr in der Lage, auf dieses Projekt zu verzichten, als es sich bei dem in die Wege geleiteten Studien zeigte, dass genau das gleiche Resultat erreicht werden kann durch eine andere Lösung, nämlich durch den Ausbau der Oberalpbahn auf wintersicheren Betrieb. Wir haben diesen Vorschlag durch die zuständigen Organe der Bundesverwaltung gewissenhaft und einlässlich prüfen lassen. Es steht heute fest, dass die Oberalpbahn für 6 Millionen auf wintersicheren Betrieb ausgebaut werden kann, unter Einschluss der Schöllenenbahn; die Bahn von Göschenen über Andermatt nach Disentis kann also mit 6 Millionen Franken zum wintersicheren Betrieb umgebaut werden. Fügen wir weitere 1½ Millionen Fr. hinzu, dann haben wir nicht nur die Bahn, sondern auch die Oberalpstrasse für den Winterbetrieb sichergestellt. Es mag Sie überraschen, dass es möglich sein soll, für 1½ Millionen gleich auch die Gotthardstrasse auf wintersicheren Betrieb umzubauen. Das Rätsel löst sich daraus, dass jene Arbeiten, die am meisten Kosten verursachen, in gleicher Weise dem wintersicheren Betrieb der Bahn wie der Strasse dienen. Mit diesem Umbau der Oberalpbahn und Oberalpstrasse — ich spreche jetzt namentlich von der Oberalpbahn — wird es möglich sein, einen Kriegsfahrplan aufzustellen und durchzuführen, der den Anforderungen, die vom militärischen Gesichtspunkt aus an die Traktionsfähigkeit der Bahn gestellt werden müssen, vollständig Genüge leistet, und zwar in genau gleicher Weise, wie der Bau eines Schmalspurtunnels Genüge leisten würde.

Dazu kommt ein Vorteil, der für uns ganz wesentlich in die Wagschale fällt, der Vorteil der kürzeren Bauzeit. Der Bau des Tunnels würde allermindestens 3, 4—5 Jahre in Anspruch nehmen. Es haben mir routinierte und erfahrene Tunnelbauer erklärt, dass sie keine Garantie dafür übernehmen würden, den Tunnel, wie er projektiert und in Aussicht genommen worden ist, in einem Zeitraum von 5 Jahren zu bauen. Die Oberalpbahn und Oberalpstrasse dagegen können wir im Zeitraum eines Jahres für wintersicheren Betrieb fertig ausbauen. Das ist ein Umstand, der bei der heutigen Lage ganz wesentlich in die Wagschale fallen muss.

Hierzu noch ein anderes Moment vom Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung aus. Der Tunnel müsste zum grössten Teil mit Arbeitskräften gebaut werden, die uns nicht zur Verfügung stehen. Wir haben nicht die nötige Zahl von Mineuren und sachverständig ausgebildeten Arbeitern, die wir für einen solchen Tunnelbau brauchen. Wir müssten den Grossteil der Arbeiter, die am Bau des Tunnels zu beschäftigen wären, aus dem Ausland kommen lassen. Dann gehen diese Millionen, die man in den Tunnelbau hineinstecken möchte, der schweizerischen Arbeitsbeschaffung verloren. Ich lege nun Gewicht darauf, hier festzustellen, dass angesichts dieser Umstände, die ich soeben entwickelt habe, der Generalstab klar und eindeutig sich für die Ihnen vorgeschlagene Lösung ausgesprochen hat, dass der Generalstab klar und eindeutig erklärte, dass diese Lösung den Anforderungen, die vom militärischen Gesichtspunkte aus zu stellen sind, vollständig Genüge leistet. Ich lege auch Gewicht darauf, festzustellen, dass das, was ich bereits ausgeführt habe, und das, was ich noch weiter ausführen werde, nicht nur die Auffassung des Generalstabes ist, sondern auch jene der Landesverteidigungskommission, die, ohne dass ich es gewusst habe, sich vorher schon zu wiederholten Malen mit der Frage beschäftigt hatte und die auch in den letzten Tagen nochmals zum ganzen Fragenkomplex Stellung genommen hat und uns erklärt: Wir sind mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden; sie ist das und entspricht dem, was wir vom militärischen Standpunkte aus haben müssen.

Damit scheidet das Projekt eines Schmalspur-

tunnels für uns aus. An dessen Stelle empfehlen wir Ihnen den Ausbau der Oberalpbahn und der Oberalpstrasse, der für 7,5 Millionen Franken ausgeführt werden kann.

In diesem Zusammenhange möchte ich mit ein paar kurzen Sätzen Stellung nehmen zu einem Projekt, das in den letzten Wochen in die Diskussion geworfen worden ist, ohne dass uns, den zuständigen Instanzen, dafür irgendwelche Details oder Pläne eingereicht worden wären. Es ist das Projekt des Herrn Ingenieur Studer, eine Idee, die gewiss nicht leicht zu nehmen ist, die auch wir nicht leicht genommen haben und die wir deshalb gewissenhaft auch in unsere Prüfung einbezogen haben. Herr Ingenieur Studer möchte das Problem in der Weise lösen, dass er aus dem Maderanertal eine Strasse mit einem Tunnel von 2 km Länge unter dem Düssistock hindurch ins Vorderrheintal bauen möchte, also eine Strasse aus dem Reusstal ins Vorderrheintal.

Zu diesem Projekte bemerken wir in erster Linie, dass diese neue Strasse aus dem Maderanertal ins Vorderrheintal im Grunde genommen gar keine neue Verbindung darstellt. Das ist eine Verbindung aus dem Reusstal ins Vorderrheintal, wie wir schon in der Oberalpstrasse eine haben. Im Grunde genommen ist diese Verbindung nichts anderes als eine Parallelstrasse zur bestehenden Oberalpstrasse, einige Kilometer weiter nördlich gelegen, mit gewissen Vorteilen gegenüber der Oberalpstrasse, aber eine neue Verbindung ist es nicht, wenn wir den Begriff „neue Verbindung" unter grossen Gesichtspunkten betrachten. Sodann hängt das Düssistockprojekt wiederum an der Gotthardbahn und an der Gotthardstrasse, ganz gleich wie die Oberalpstrasse. Wenn wir die Düssistockstrasse bauen und auch die Oberalpstrasse ausbauen wollten, dann hätten wir die ganze neue Verbindung nach dem Kanton Graubünden auf die Gotthardstrasse und die Gotthardbahnlinie aufgebaut. Nun erhebt sich für den neuen Strassenbau unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet die Forderung der Dezentralisation im Hinblick der Gefährdung der Kommunikationsmittel durch die Luftwaffe. Wenn Sie alle Verbindungen aus Graubünden auf die Gotthardstrasse und die Gotthardlinie bauen wollten, würden Sie entgegen diesem Prinzip den Verkehr nicht dezentralisieren, sondern zentralisieren auf eine und dieselbe Gotthardstrasse und Gotthardlinie, auf eine Linie, die, ohne dass ich hier aus naheliegenden Gründen näher darauf eintreten möchte und kann, an verschiedenen Punkten empfindlich ist, auf eine Linie, die heute ohnehin mit dem ganzen Verkehr nach dem Kanton Tessin belastet ist. Das ist einer der Hauptgründe, die für die Notwendigkeit sprechen, eine neue Strasse aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden zu bauen, die gebaut werden muss selbst dann, wenn wir einen Schmalspurtunnel oder die Düssistockstrasse bauen würden, denn damit allein wäre das Problem nicht gelöst.

Damit komme ich auf die Interessen des Kantons Tessin, d. h. auf das eidgenössische Interesse zu sprechen, das hier für die Gesamtlösung ausschlaggebend ist, wie wir sie Ihnen vorschlagen.

Der Kanton Tessin steht heute in bezug auf seine Kommunikation mit der übrigen Schweiz in der genau gleichen Situation wie der Kanton Graubünden. Die ganze Verbindung mit dem Kanton Tessin hängt heute an der einzigen Linie, nämlich an der Gotthardstrasse und Gotthardlinie. Ich habe vorhin schon vorläufig darauf hingewiesen, dass die Gotthardlinie empfindliche Stellen aufweist, militärisch empfindliche Punkte, und dass wir, wiederum auch im Interesse des Kantons Tessin, es nicht verantworten könnten, es bei dieser einzigen Verbindungsmöglichkeit bewenden zu lassen.

Im Hinblick auf den Kanton Tessin ist nun wiederum der Bau einer Strasse aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden eine Notwendigkeit, eine Verbindung, die dann im Ausbau der Lukmanierstrasse auf wintersicheren Betrieb ihre Fortsetzung finden würde. Dann haben wir neben dem Gotthard eine zweite, unabhängige, sichere Verbindungslinie mit dem Kanton Tessin.

Welche Strasse soll nun vom Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden gebaut werden? Ich darf Sie versichern, dass der Bundesrat diese Frage mit aller Gewissenhaftigkeit, mit aller Unvoreingenommenheit, mit aller Objektivität geprüft hat. Wir haben über diese Frage auch mit den zunächst beteiligten Kantonen, mit der Regierung des Kantons Tessin, mit der Regierung des Kantons Glarus, mit der Regierung des Kantons Graubünden, mit allen diesen Regierungen, verhandelt. Wir haben diese Fragen mit diesen Organen wiederholt konferenziell besprochen. Die Regierungen und die Grossen Räte aller drei beteiligten Kantone haben auch in den letzten Tagen noch Stellung dazu bezogen.

Der Grosse Rat des Kantons Tessin hat sich einmütig und mit aller Entschiedenheit für den Bau einer Kistenpassstrasse ausgesprochen und in einer Eingabe an den Bundesrat den Wunsch geäussert, dass er mit allem Nachdruck für diese Lösung eintreten möge.

Der Landrat des Kantons Glarus hat den Beschluss gefasst, für den Bau einer Panixerstrasse einzutreten. Dieser Beschluss wurde allerdings nur mit einer Mehrheit von 28:21 Stimmen gefasst.

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden endlich hat beschlossen, wenn es irgendwie gehe, überhaupt keine Strasse aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden zu bauen und statt dessen alle andern möglichen Lösungen vorzuschlagen. Für den Fall aber, dass doch eine Strasse aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden gebaut werden sollte, dann verlangt Graubünden den Bau einer Segnesstrasse.

So stehen wir vor dem schönen, man möchte fast sagen, echt schweizerischen Bild, dass drei Kantone, die zunächst am Bau einer solchen Strasse interessiert sind, verschiedene Lösungen vorschlagen: Kisten, Panixer, Segnes! In normalen Zeiten würde sich wohl der Bundesrat zu einer solchen Situation gratulieren und daraus den Schluss ziehen, dass er sich bis auf weiteres mit dieser Frage überhaupt nicht zu beschäftigen habe. In den Zeiten aber, in denen wir leben, sehen die Dinge anders aus. Wir können uns nicht der Verantwortung, die auf uns lastet, auch in bezug auf die Verteidigung des Kantons Graubünden und

des Kantons Tessin, entziehen und uns einfach damit begnügen, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Kantonen festzustellen und im übrigen die Hände in den Schoss zu legen. Damit hätten wir unsere Pflicht nicht erfüllt. Deshalb stellt sich für uns die Frage: Welche der in Betracht fallenden Strassen zu bauen sei, nicht unter dem Gesichtspunkt regionaler und lokaler Interessen, sondern unter dem Gesichtspunkte eidgenössischer Interessen. Die Frage stellt sich so: Welche Lösung ist unter dem Gesichtspunkte des allgemeinen Landesinteresses zu wählen? Das wird dann die Lösung sein, die auch den drei beteiligten Kantonen am besten dient und ihren Zweck erfüllt. Unter diesem Gesichtspunkte aber kann nur der Bau einer Kistenpassstrasse in Frage kommen. Aus bloss wirtschaftlichen Gründen, für die Zeit des Friedens, ich wiederhole es, brauchten wir überhaupt keine neue Strasse. Wir bauen diese neue Strasse, um militärischen Erwägungen und Anforderungen Rechnung zu tragen. Deshalb müssen wir für die Wahl des Tracés und der Lösung auch die militärischen Erwägungen die Priorität einräumen und abstellen auf das, was uns die verantwortlichen und für uns zuständigen militärischen Instanzen zur Sache sagen. Die für uns zuständigen militärischen Instanzen, die die Verantwortung tragen, erklären, dass vom Bau einer Segnes- oder Panixerstrasse unter gar keinen Umständen die Rede sein könne, und zwar aus einem Grund, bei dem ich mich gar nicht lang aufzuhalten brauche, weil Herr Nationalrat Keller als Präsident der Kommission schon darauf hingewiesen hat: Wenn ein Gegner in den Sarganserkessel einbrechen sollte, so wird es möglich sein, aus dem Sarganserkessel zugleich auch jede Strasse zu stören und durch Artilleriefeuer auf Wirkungsdistanz den Verkehr auf jeder Strasse zu unterbinden, die aus dem Sernftal ihren Ausgang nimmt. Das ist eine Tatsache, die mit allen Argumenten nicht aus der Welt geschafft werden kann und der wir Rechnung tragen müssen.

Deshalb beantragen wir Ihnen den Bau der Kistenstrasse, deren Kosten auf 28 Millionen veranschlagt sind. Wir haben 20 Millionen eingestellt; wenn diese 20 Millionen nicht ausreichen sollten, dann werden wir eben die übrigen erforderlichen Mittel aus jenen Krediten hernehmen müssen, die uns bereits für den Ausbau und Neubau von Alpenstrassen zur Verfügung stehen. Ganz en passant bemerke ich, dass wir aus der Innerschweiz auch für die Herstellung der nötigen Komminikationen nach dem Kanton Glarus sorgen müssen. Diese sollen geschaffen werden durch den Bau einer Pragelstrasse und durch den Ausbau der Klausenstrasse auf wintersichern Betrieb. Das sind die beiden Massnahmen, die wir vorsehen, um die Verbindung nach dem Kanton Glarus sicherzustellen.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich noch ganz kurz aussprechen zu den Widerständen, die im Kanton Graubünden sich gegen den Bau einer Kistenstrasse erhoben haben. Wir wissen und Sie wissen es alle, dass im Kanton Graubünden gegen den Bau einer Kistenstrasse lebhafte Widerstände sich ausgelöst haben, die damit begründet werden, dass durch den Bau einer Kistenstrasse wesentliche verkehrspolitische und wirtschaftliche Interessen des Kantons Graubünden geschwächt und geschädigt werden. Ich habe den Eindruck, dass die wirtschaftlichen Nachteile von unsern verehrten eidgenössischen Freunden aus dem Kanton Graubünden ausserordentlich stark betont und weitgehend übertrieben worden sind. Wir haben ja alles Verständnis für die verkehrspolitische Eigenart, für die ganz ausserordentliche Situation des Kantons Graubünden. Man hat im andern Rate darauf hingewiesen, dass ja Graubünden nur ein kleines Stück Bundesbahn habe, dass er seine Rhätische Bahn und überhaupt sein Bahnnetz aus eigenen Mitteln habe aufbauen müssen und dass Millionen und Millionen graubündnerischen Geldes in diese Bahnen hineingesteckt worden seien. Wir haben für diese eigenartige Situation des Kantons Graubünden alles Verständnis. Aber ich möchte Sie doch in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass wir vor den eidgenössischen Räten eine Vorlage über die Sanierung der Privatbahnen hängig haben. Wenn diese Vorlage ihre Annahme gefunden haben wird, dann wird der Kanton Graubünden für die ausserordentlichen Lasten, die er zum Zwecke des Ausbaues seines Bahnnetzes auf sich zu nehmen hatte, eine ganz wesentliche Entlastung erfahren.

Aber selbst dann, wenn die im Bündnerland erhobenen Bedenken wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Natur gerechtfertigt wären, könnte ich es nicht verstehen, wenn man im Lande Graubünden auf die Dauer an der Opposition gegen den vorgesehenen Bau der Kistenstrasse festhalten würde. Denn diese Bedenken wirtschaftlicher, verkehrspolitischer, lokaler und regionaler Natur müssen sich unterordnen den Gesichtspunkten, die höher und stärker sind und die ich hier auseinandergesetzt habe. Ich möchte deshalb in diesem Saale wieder, wie ich es drüben im Ständerat getan habe, appellieren an den eidgenössischen Sinn der Abgeordneten aus dem Kanton Graubünden. Ich bitte unsere lieben Freunde von Graubünden, in ihrer Heimat für die vorgesehene Lösung einzutreten und Verständnis dafür zu schaffen. Denn das, was wir Ihnen vorschlagen, gilt ja letzten Endes einzig und allein gerade der Verteidigung des Bündnerlandes und des Bündnervolkes, das uns allen lieb und teuer ist und für das wir als Eidgenossen diese grossen Opfer zu bringen bereit sind. (Beifall.)

M. le **Président:** Je constate que la minorité a fait, à l'article 1er, lettre B III, une proposition qui est complétée par celle dite de la première minorité à l'art. 4.

Je prierai M. Meierhans de bien vouloir faciliter notre travail en rapportant en même temps sur ces deux propositions qui se complètent.

Meierhans, Berichterstatter der I. Minderheit: Der Nationalrat hat in der ersten Beratung beschlossen, für eine Strassenverbindung Glarus-Vorderrheintal, für eine Bahnverbindung Disentis-Reusstal, wie für den Ausbau der Klausenstrasse, Oberalpstrasse, Lukmanierstrasse und der Oberalpbahn eine Summe von 35 Millionen auszusetzen. Dabei ist in diesem Beschluss noch nicht festgelegt, welche Verbindung aus dem Reusstal mit Graubünden tatsächlich hergestellt werden soll. In

Art. 4 des Bundesbeschlusses über das Programm ist denn auch festgelegt, dass über die Art der Verwendung der 35 Millionen der Bundesversammlung vorgängig der Inangriffnahme der Ausführungsarbeiten besondere Anträge zur Genehmigung einzureichen seien.

Warum hat der Nationalrat diesen Beschluss gefasst und warum ist er nicht sofort darauf eingetreten, eine bestimmte Verbindung Graubündens mit der Nordschweiz vorzuschlagen? Es ist von Seite des Herrn Referenten wie vom Herrn Bundespräsidenten betont worden, damals sei das Problem noch nicht abgeklärt gewesen, aber heute stehe man vor einer neuen abgeklärteren Situation, und deshalb könne man die definitive Verbindung in Aussicht nehmen. Stimmt das? Haben wir heute effektiv jene abgeklärte Lage, die es den eidgenössischen Räten erlauben würde, in voller Kenntnis aller Verhältnisse mit allen nötigen Unterlagen den Bau einer zweiten Verbindung von Graubünden nach der Nordschweiz zu beschliessen? Die Minderheit der Kommission, übrigens eine Minderheit, die der Mehrheit fast an Stärke gleichkommt, hat nicht diese Ueberzeugung. Sie wendet vor allem ein, dass der Bau der Kistenstrasse, der vom Bundesrat vorgeschlagen und vom Ständerat beschlossen worden ist, absolut noch nicht so weit projektiert und ausgereift sei, dass man damit überhaupt vor die Räte treten könne. Wohl hat man auf der Landkarte einen roten Strich vom Linthal her gegen den Kistenpass im Vorderrheintal gezogen, aber im wesentlichen darf man sagen, dass das ganze Projekt aus diesem roten Strich auf der Karte besteht. Es fehlen bis jetzt alle Projektstudien, die eine schlüssige Rechnung über die Kosten ergeben würden. Es fehlen aber auch alle andern Unterlagen. Ich will nur eines anführen: auf der graubündnerischen Seite dieser Strasse fehlen alle Projektstudien, einfach deshalb, weil der Kanton Graubünden sich bis jetzt geweigert hat, diese Projektstudien auszuführen. Angesichts dieser Umstände muss man den Mut bewundern, mit dem man eine Kostenberechnung überhaupt aufgestellt hat. Man berechnet, dass der Bau der Kistenstrasse 28 Millionen erfordern würde. Es gibt Fachleute, die der Meinung sind, dass die Strasse weit mehr kosten würde. Sie führt durch eine der wildesten Gebirgsgegenden der ganzen Schweiz, durch eine Gegend, die vor allem durch Lawinenzüge und Erdverschüttungen gefährdet ist, so dass eine solche Strasse nur unter ganz erhöhten Kosten gebaut werden kann. Zudem ist unbestritten, dass diese Strasse, auch wenn sie gebaut ist, höchstens für 3 oder 4 Sommermonate in gewöhnlichen Betrieb genommen werden kann, dass aber während der andern 8 Monate des Jahres für die Offenhaltung der Strasse ungeheure Kosten entstehen würden, die selbstverständlich im Kriegsfall ohne weiteres aufgebracht werden müssten.

Es fragt sich aber: Ist es so, dass beim Bau dieser Strasse einzig und allein militärische Gründe den Ausschlag geben dürfen? Ist es so, dass andere Gründe nicht auch mit berücksichtigt werden sollen? Ich verweise auf den ehemaligen General Wille, der einmal in einer andern Strassenbaufrage als entscheidender militärischer Experte herbeigezogen wurde und damals erklärte, es rechtfertige sich der Bau einer Strasse auch nicht aus militärischen Gründen, wenn dabei wirtschaftliche Interessen total vernachlässigt werden.

Wir haben aber nicht nur tatsächliche Bedenken gegen den Bau der Kistenstrasse, die ohne Projektierung, ohne genügende Vorstudien jetzt beschlossen werden soll. Es ist ein Unikum in der parlamentarischen Geschichte, dass man eine Vorlage von einem solchen Umfang derart dürftig vor den Räten unterbaut. Abgesehen von den allgemeinen Erörterungen wissen wir heute gar nichts. Wir haben eine ganze Reihe allgemeiner Gründe gehört, ohne ein sicheres Detail über die Projektstudien, die Kosten zu erhalten. Daneben aber ist zu fragen: Ist die Kistenstrasse die einzige und beste Sicherung der Verbindung mit Graubünden? Ist es wirklich so, dass nur diese Strasse in Betracht fallen kann? Man weist heute auf die Zustimmung des Generalstabes, ebenso auf die Zustimmung der Landesverteidigungskommission hin. Ich möchte dazu bemerken, dass vor gar nicht langer Zeit der Generalstab noch anderer Meinung war, dass auch er die Auffassung hatte, dass für eine zweite Verbindung der Zentralschweiz mit Graubünden sich vor allem eine Strasse oder eine Bahn aus dem Reusstal mit einem Basistunnel am besten eigne. Man hat das militärisch damit begründet, dass eine solche Strasse, die, wie gesagt, vor allem in einem langen Basistunnel bestünde, eine absolut bessere Sicherung vor Luftangriffen biete als die offene und weite Strasse über den Kistenpass. Gegen diese Lösung wird heute eingewendet, sie bringe eine Zentralisation des militärischen und zivilen Verkehrs für den Kriegsfall auf dieser Gotthardroute. Da diese Gotthardroute sehr empfindlich sei, empfehle sich eine andere Lösung, eine Dezentralisation. Es gibt militärisch auch wieder andere Auffassungen, und zwar besteht die Ansicht, dass gerade jenes Teilstück der Gotthardbahn von Brunnen bis hinauf nach Göschenen militärisch überhaupt am leichtesten gegen jeden Luftangriff zu sichern sei. Einmal ist bekannt, dass die häufig sehr starken Winde die Luftfahrt daselbst hemmen. Sodann ist es auch in diesem engen Talkessel möglich, Sicherungen gegen Luftangriffe zu treffen, wie sie andernorts nicht möglich wären, jedenfalls nicht in diesem Umfange auf der langen Kistenstrasse. Dazu kommt, dass die Verbindung mit Glarus auf diesem Wege aus dem Reusstal die kürzeste Verbindung mit unsern grossen Munitionsreserven und mit den grossen Mannschaftsbeständen der Zentralschweiz und der Westschweiz bringen würde. Ich habe hier kein fachmännisches Urteil abzugeben, aber es sind das Gründe, die mir von militärischer Seite mitgeteilt worden sind und die auch teilweise im Generalstab vorgeschlagen wurden.

Neben diesen Gründen gibt es noch andere. Wie wollen wir eine Kistenstrasse gegen den Widerstand Graubündens bauen? Dieser Widerstand hat sich im Grossen Rat und im Regierungsrat des Kantons Graubünden manifestiert, und zwar in einer Heftigkeit, die nicht ohne weiteres annehmen lässt, dass hier eine wirkliche Verständigung zustande kommt. 28 Millionen soll die Kistenstrasse kosten. 20 Millionen sind im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehen. Die übrigen 8 Millionen — das ist wahrscheinlich der Sinn der Vorschläge — sollen von den beteiligten Kantonen Graubünden und Glarus auf-

gebracht werden. Wenn der Kanton Graubünden sich weigert, an die Kistenstrasse einen Beitrag zu geben und, was noch wichtiger ist, an die grossen Unterhaltskosten beizusteuern, was dann? Welche Mittel besitzt die Eidgenossenschaft, um in einem solchen Falle durchzugreifen? Soll der Bau dieser militärisch sicheren Strasse mit einem eigentlichen Krieg gegen Graubünden beginnen? Ich sage, das wird wohl nicht möglich sein. Aber das ist eine Nebenfrage. Graubünden behauptet, wirtschaftlich schwer geschädigt zu werden. Ich will das nicht näher untersuchen, weil das von graubündnerischer Seite besser getan wird. Ja, es ist sogar geäussert worden, dass der Kanton Graubünden beim Bau dieser Strasse eine Entschädigung von der Eidgenossenschaft fordern werde, wahrscheinlich eine jährliche Subvention für die Tatsache, dass der Verkehr durch diese Strasse von seinem eigenen Gebiet abgelenkt werde.

Der Haupteinwand aber, der gemacht wird, wenn man nicht ohne weiteres mit dem Bau der Kistenstrasse einverstanden ist, ist der, das Festhalten am früheren Beschluss des Nationalrates bedeute eine Verschleppung der Ausführung, die vom militärischen Standpunkt wie vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung aus nicht zu verantworten sei. Stimmt das? Wir als Initianten des grossen Arbeitsbeschaffungsprogramms wären sicher die letzten, eine solche Verschleppung, wenn wirklich diese Gefahr vorläge, zu befürworten. Ich betone, die Kistenstrasse ist ja nicht die einzige Strasse, die vorgesehen ist, sondern es ist der Ausbau der Oberalpstrasse, der Klausenstrasse, der Lukmanierstrasse in diesem Programm enthalten. Würden wir am frühern Beschluss des Nationalrates festhalten und für den Bau der Kistenstrasse eine besondere Vorlage fordern, dann wäre es möglich, wenigstens die Lukmanierstrasse, die Oberalpstrasse, Oberalpbahn und Klausenstrasse ohne weiteres in Angriff zu nehmen. Die besonderen Projekte sind ja vor allem für die Kistenstrasse verlangt worden. Wenn auch wirklich der Bau der Kistenstrasse technisch so vorbereitet ist, wie behauptet wird und wie es auch vom Herrn Bundespräsidenten vorhin gesagt worden ist, dann steht dem nichts entgegen, dass auf die Junisession noch eine besondere Vorlage herausgegeben wird, dann dürfen wir erwarten, dass bis zum Juni auch dieses Detailprojekt, das dem Nationalrat vorzulegen wäre, endgültig und abschliessend behandelt werden kann.

Würde das eine Verschleppung des Beginnes der Arbeiten bedeuten? Ja, wenn man heute noch nicht einmal die Projektstudien auf der Graubündner Seite zu Ende geführt hat, wird man nicht behaupten wollen, dass deswegen, weil die Beschlussfassung erst im Juni erfolgen würde, eine Verschleppung entstünde, sondern es wird ziemlich genau aufs gleiche herauskommen. Wenn heute der Nationalrat dem Beschlusse des Ständerates folgen und den Bau der Kistenstrasse beschliessen würde, müssten auf jeden Fall diese Studien trotzdem zu Ende geführt werden. Nach den Angaben, die wir erhalten haben, bedeutet das ohne weiteres, dass noch einige Wochen, wenn nicht Monate, vergehen werden, bis mit dem Bau der Kistenstrasse wirklich begonnen werden kann. Selbst dann also, wenn wir dem Beschlusse des Ständerates heute folgen wollten, würde sich der Beginn dieser Arbeiten hinausziehen. Somit entsteht auf keinen Fall irgend eine Verschleppung, wenn wir am früheren Beschlusse des Nationalrates festhalten.

Nun kann man aber nicht bloss die Kistenstrasse bekämpfen, sondern man muss gleichzeitig auch einen andern Vorschlag bringen. Ich möchte aber betonen: Die Minderheit steht nicht auf dem Standpunkte, dass die Kistenstrasse unter keinen Umständen gebaut werden soll, sondern sie hat bloss die Meinung, dass auch dieses Projekt noch nicht so abgeklärt ist, dass das Parlament die Verantwortung für den Bau einer Kistenstrasse ohne weiteres übernehmen könnte. Angenommen, wir würden so beschliessen, wie es die Mehrheit will, und es stellte sich nachher heraus, dass die Kistenstrasse sagen wir 10 Millionen Franken mehr kostet, als man jetzt an Hand dieser sehr generellen und oberflächlichen Projekte vorsieht, was würde nachher das Volk dazu sagen? Es würde sagen: Es wäre Sache des Nationalrates gewesen, auf eine Vorlage zu dringen, bei der man mit einiger Sicherheit die Kosten hätte ermessen können. Und man muss sagen: solche Vorwürfe wären nicht unberechtigt.

Da also mit dem Festhalten am früheren Beschlusse des Nationalrates keine Verschleppung beabsichtigt, geschweige denn erzwungen würde, glaube ich, dass man sich diese Sache noch näher überlegen kann.

Das andere Projekt, das in den Vordergrund gerückt worden ist, nämlich die Verbindung mit dem Reusstal entweder durch einen Tunnel oder durch eine Strasse, die dem Maderanertal folgte und unter dem Düssistock durchführen würde, auch dieses Projekt ist nicht abgeklärt. Unzweifelhaft ist es, dass z. B. das Projekt des Herrn Ingenieur Studer, eben dieses Projekt Maderanertal-Düssistock, überhaupt nicht studiert worden ist; jedenfalls im Generalstab wurde es nicht durchstudiert. Man hat dagegen einige generelle Behauptungen angeführt, aber es ist Tatsache, dass in der betreffenden Kommission der verantwortliche militärische Fachmann erklären musste, er habe sich mit dem Projekt nicht näher befasst, aber er glaube, dass dagegen ungefähr die gleichen Argumente sprechen wie gegen die Bahn, die von Göschenen aus ins Vorderrheintal führen soll.

Wenn Sie am früheren Beschlusse des Nationalrates festhalten, so bedeutet das einfach, dass Sie sich heute noch nicht entscheiden. Es bedeutet das nicht, dass Sie die Kistenpassstrasse unter allen Umständen ablehnen, aber auch nicht, dass Sie eine andere Verbindung ablehnen, sondern es bedeutet das lediglich, dass Sie, in Uebereinstimmung übrigens auch mit den Wünschen Graubündens, die Sache noch besser abgeklärt wissen möchten und erst dann einen Entscheid fällen wollen, wenn das Problem für das Parlament wirklich spruchreif geworden ist.

Die Minderheit der Kommission empfiehlt Ihnen aus diesen Gründen, am früheren Beschlusse festzuhalten, d. h. einfach diese 35 Millionen Franken für diese Verbindungen zu beschliessen, wobei dann nach Art. 4 des Programmbeschlusses über die Art der Verwendung und vor der Inangriffnahme der Ausführungsarbeiten ein besonderer Antrag des Bundesrates dem Parlament vorgelegt werden müsste.

Vonmoos: Sie wissen, dass ich Ihre kostbare Zeit nie lange in Anspruch nehme. Ich kann mich heute auch sonst kurz halten, weil Herr Regierungsrat Gadient noch den Standpunkt der Regierung darlegen wird.

Einige Bemerkungen aber müssen Sie mir in dieser für meinen Heimatkanton so wichtigen Frage doch gestatten. Ich ersuche Sie, dem Antrage der Kommissionsminderheit zuzustimmen, der dahin geht, den vorgesehenen Kredit von 35 Millionen Franken zu bewilligen, aber die Tracéwahl zurückzustellen, bis bessere Abklärung vorliegt.

Es erscheint doch als selbstverständlich, dass in einer so wichtigen Frage nicht ein summarisches Verfahren zulässig ist, sondern dass auf Grund einer Botschaft mit den nötigen Unterlagen die Vor- und Nachteile der verschiedenen Lösungen abgewogen werden müssen. Der Herr Referent der Minderheit hat mit Recht betont, dass auch das Projekt der Kistenstrasse absolut unabgeklärt sei. Und er hat nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, dass das ganze Projekt in der Hauptsache nur aus einem roten Strich besteht. Auch dieses Projekt ist also nicht abgeklärt. Wenn durch diese Abklärung etwas Zeit verloren geht, so ist das nicht unsere Schuld, denn eine gründliche Abklärung wäre seit dem Juni 1938 möglich gewesen. Aber vor dem Juli wird man mit dem Bau sowieso nicht beginnen, es ist also möglich, auf die Junisession eine Abklärung herbeizuführen. Es liegt auf der Hand, dass die Verbindung Graubündens mit dem Landesinnern in erster Linie den Bedürfnissen der Landesverteidigung genügen muss. Bei der Wahl dieser Verbindung dürfen nicht finanzielle Erwägungen ausschlaggebend sein, sondern es soll dasjenige Projekt ausgeführt werden, das allen militärischen Anforderungen entspricht. Dieses Projekt wäre eben die Bahnverbindung Vorderrheintal-Reusstal mit Basistunnel. Dieses Projekt ist nicht von Graubünden ausgegangen, sondern vom Generalstab, und dieser hat auch noch in späteren Konferenzen dieser Bahnverbindung allen andern Lösungen gegenüber den Vorzug gegeben. Diese Lösung in Verbindung mit dem Ausbau des Lukmanier für den Winterbetrieb genügt auch den militärischen und volkswirtschaftlichen Interessen des Tessins. Wir haben nicht nur ein Recht, sondern wir haben die Pflicht, über diese wichtigen Projekte und besonders über diese wichtige Bahnverbindung, die in militärischer Hinsicht allen andern überlegen ist und zudem auch den volkswirtschaftlichen Interessen am besten genügt, eine gründliche Abklärung zu verlangen. Deshalb muss man unbedingt dem Antrag der Minderheit zustimmen.

Es ist nicht richtig, dass man in Graubünden nicht einig sei. Der Grosse Rat von Graubünden ist einstimmig für dieses Projekt, weil er überzeugt ist, dass dasselbe den allgemeinen Interessen der Schweiz am besten entspricht. Sie haben wahrscheinlich alle eine sehr interessante fachmännische Abhandlung im Luzerner Tagblatt vom 17. März gelesen. Sie stammt von einem unparteiischen, hervorragenden Ingenieur. Er ist nicht Bündner, nicht Glarner, nicht Tessiner, also unparteiisch in dieser Frage. Dieser Ingenieur ist als Artillerieoffizier auch noch in der Lage, die militärische Seite zu beurteilen. Er sagt: „Die Erstellung einer Kistenstrasse wäre aus militärischen und aus zivilen Gründen niemals zu verantworten." Er fährt weiter: „Eine ganzjährig befahrbare — Sie wissen, dass auch der Bundesrat zugibt, dass die Kistenstrasse im Winter nicht offen gehalten werden kann —, dem feindlichen Artilleriefeuer nicht ausgesetzte Verbindung Reusstal-Bündner Oberland entspricht den Interessen des ganzen Landes." Falls dann über diese Verbindung hinaus noch ein Alpenübergang notwendig wird — ich erinnere daran, dass hochstehende Offiziere der Meinung sind, dass mit dem Bau neuer Kunststrassen über unsern Alpenwall auch eine Schwächung unserer starken Alpenstellung verbunden sein könne — falls aber ein solcher Uebergang noch notwendig wird, dann hat sich der Grosse Rat von Graubünden mit $^4/_5$ Mehrheit, nicht nur mit kleiner Mehrheit, wie Herr Keller erwähnt hat, mit 74 von 94 Stimmen, dafür ausgesprochen, dass in diesem Fall nicht der Kisten, sondern der Segnes gebaut werden soll, weil er in militärischer Beziehung dem Kisten ungefähr gleichwertig ist, aber wirtschaftlich von weit grösserer Bedeutung ist.

Graubünden ist der grösste, militärisch und wirtschaftlich exponierteste Kanton, und der Ausbau seines internen Strassennetzes und besonders der winterliche Ausbau des Bernhardin liegt im Interesse der allgemeinen militärischen und wirtschaftlichen Landesverteidigung. Graubünden, das einen Sechstel der Schweiz ausmacht, ist bisher vom Bund bezüglich Bahn- und Strassenbau sehr schlecht behandelt worden. Ein ausgezeichnetes Projekt für eine Splügenbahn wurde seinerzeit zugunsten des Gotthard abgelehnt und zwar mit der Hauptbegründung, dass der Tunnelausgang in Italien liege. 30 Jahre später hat man eine andere Alpenbahn gebaut mit Südausgang in Italien. Graubünden, der grösste Kanton besitzt heute ganze 19 km Bundesbahnen, er musste, obwohl er ein ganz armer Kanton ist, seine Bahnen mit grossen Kosten selbst ausbauen, und die Bevölkerung wird heute noch mit Bahntarifen belastet, die 50% höher stehen als die der übrigen Eidgenossen. Auch bezüglich des Ausbaues der Alpenstrassen stehen wir schlechter als alle andere und das historische Passland Graubünden — die Bündnerpässe haben nicht nur in der Schweizergeschichte, sondern in der europäischen Geschichte eine wichtige Rolle gespielt hat — hat bisher für eine einzige Alpenstrasse, den Julier, einen Bundesbeitrag erhalten. Der Bundesrat muss selber anerkennen, dass er für Graubünden bisher zu wenig getan hat, denn er stellt auf Seite 44 der Botschaft vom 7. Juni 1938 ausdrücklich fest, dass er bisher dem Ausbau der Bündnerstrassen ungenügende Mittel zugewendet habe. Ich will mein Versprechen dem Präsidenten gegenüber halten und Sie nicht länger aufhalten.

Ich schliesse, indem ich sage: Wer die zur Behandlung stehende Frage eingehend geprüft hat, muss unbedingt zum Schlusse kommen, dass sie noch absolut unabgeklärt ist. Im Interesse des ganzen Landes muss man eine gründliche Abklärung verlangen und deshalb ist es notwendig, dass wir dem Antrag der Kommissionsminderheit zustimmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	09
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	03.04.1939
Seite Page Pagina	224-246
Ref. No	20 032 758

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Nachtsitzung vom 3. April 1939.
Séance de nuit, du 3 avril 1939.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Differenzen. — *Divergences.*

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 224 hiervor. — Voir page 224 ci-devant.

Trümpy: Die Frage der Kistenstrasse kann nur vom eidgenössischen Standpunkt aus beurteilt werden, nicht vom kantonalen. Die Kistenstrasse wird aus keinem andern Grunde als aus militärischem gebaut. Müssten andere Fragen — verkehrs- und wirtschaftspolitische — geprüft und entschieden werden, könnten wir in unserem Rate noch lange hin und her reden. Dann müssten wir Glarner für den Panixer, die Walliser für den Rawil, die Bündner für den San Bernhardin und die Luzerner für die Maderanerstrasse eintreten, aber darum geht es nicht. Die einzige Frage lautet: Wie können Graubünden, der Gotthard, und das Tessin am besten verteidigt und gehalten werden? Diese Fragen haben in erster Linie die verantwortlichen Fachleute zu entscheiden. Sollen wir uns in einer militärischen Frage allerersten Ranges über Bundesrat und Generalstab einfach hinwegsetzen? Wer sagt, jeder Alpenübergang öffne auch dem Feinde das Tor, der hätte auch nicht für eine Walenseestrasse eintreten dürfen. (Ich bedaure, dass der Herr Oberst nicht mehr auf der Tribüne anwesend ist.) Wer sich wehren will, muss selbstverständlich jeden Pass auch verteidigen. Wir Glarner bauen die Wallenseestrasse. Es bedeutet Unterschiebung und Verdächtigung, wie sie in diesen Zeiten nur zu häufig sind, wenn man uns hier nicht traut. Hierüber wird Ihnen Herr Nationalrat Dr. Gallati eine verbindliche Erklärung abgeben.

Ich glaube, über die Strassenverbindung Glarus-Graubünden ist nun schon lange genug gesprochen und verhandelt worden. Das Volk erwartet eine Tat. Wenn man sagt, es lägen keine genügenden Pläne vor, so stimmt das nicht. Ich verweise auf die ausgehängten Pläne. Es handelt sich nicht um einen roten Strich über eine Landkarte. Glarus hat Zehntausende von Franken für Studien ausgegeben; Sie haben Pläne im Massstab 1:5000 vor sich. Jeder, der von Plänen und Karten etwas versteht, weiss, welch riesige Arbeit hinter den Plänen steckt. Könnte unser Rat irgend etwas an diesen Plänen ändern? Wir sind keine Strassenbauer. Freilich, wer an der Strasse baut, hat viele Meister. Dass die Kistenstrasse gebaut werden kann, dass auch die Kostensumme annähernd feststeht, kann im Ernste nicht bestritten werden. Was wollen wir noch, worauf warten wir noch? Es hiess, und dieser Satz ist bestimmt richtig, die beste geistige Landesverteidigung sei die Arbeitsbeschaffung.

Warum will die Minderheit das Kistenpassprojekt bekämpfen oder dessen Ausführung auf die lange Bank schieben? Sie würden sicher unserem Land und auch dem Kanton Graubünden den grössten Dienst erweisen, wenn Sie mithälfen, das grosse Werk auszuführen und die Hand zu reichen zu einer wahrhaft eidgenössischen Tat.

Strassenkämpfe sind immer grausam, sie reissen Wunden. Es ist ganz selbstverständlich, dass sich jeder wehrt wie er kann. An den Vertretern der unbeteiligten Kantone ist es, die gerechte und objekte Lösung zu treffen. Freilich, beteiligt sind sie alle. Aber es ist ganz klar, dass in Graubünden und Glarus auch die lokalen Interessen stark erörtert werden. Wird die Kistenstrasse auch nur aus militärischen Gründen gebaut, so erzeugt sie selbstverständlich auch Nebenwirkungen, sie dient der Arbeitsbeschaffung und dem Verkehr.

Man erhebe aber nicht den Einwand, wir bauten die Strasse doch für die normalen Zeiten, für den Frieden; nein, wir bauen sie zur Abwehr. Daher dürfen die Nebenwirkungen nicht ausschlaggebend sein. Wir bauen doch auch keine Häuser wegen der Steine und Ziegel, auch keine Bähnchen wegen der Schienen, nicht einmal das Bähnchen Reusstal-Disentis. Helfen Sie uns, die grausamen Strassenkämpfe in der Ostschweiz zu beseitigen. Entscheiden Sie sich heute und in dieser Stunde. Glauben Sie mir, kein einziger Reisender wird wegen der Kistenstrasse das Engadin meiden. Im Gegenteil, jede Strasse bringt neuen Verkehr. Das Engadin und das ganze Bündnerland sind an sich so schön, dass sie keine Gefahr laufen, je verkannt zu werden. Die Kistenstrasse erschliesst eine neue, grossartige Gebirgslandschaft diesseits und jenseits des Tödi, so dass ich gewiss bin, die Glarner und Bündner werden sich eines Tages als Eidgenossen die Hände reichen.

Fürchten Sie nicht, dass Sie sich viel vergeben, wenn Sie die Ausführung Ihres heutigen Beschlusses dem Bundesrat überlassen. Abgesehen davon, dass Sie ihm Ihr Vertrauen auch bei der Sustenstrasse und der Gesamtausführung des ersten Strassenbauprogrammes überlassen haben, so erwartet das Volk rasches Handeln. Je länger wir markten und feilschen, desto ungewisser und unsicherer wird unsere Haltung.

Ein Parlament zeichnet sich nicht durch seine Reden aus, sondern durch seine Entscheide. Ich vertraue Ihrer Entscheidungsfreudigkeit, Ihrem eidgenössischen Sinn. (Beifall.)

M. le **Président:** Je remercie M. Trümpy pour la brièveté de son intervention et je prie les orateurs de se souvenir que l'objet en discussion doit être si possible terminé cette nuit, car il doit être encore envoyé au Conseil des Etats. Nous devons aborder demain matin le gros projet sur le lait qui doit être terminé le même jour. Je prie donc les orateurs, très amicalement, mais très fermement, de bien vouloir être brefs et de ne pas répéter dix fois les mêmes arguments.

Gadient: Ich muss den Herrn Präsidenten im voraus etwas enttäuschen, indem ich ihm nicht die Zusicherung geben kann, in zehn Minuten mit meinen Ausführungen fertig zu sein; denn die Frage ist doch etwas ernster und schwieriger, als man aus einzelnen Aeusserungen vielleicht glaubte entnehmen zu können.

Wir möchten Sie bitten, dem Antrag der Kommissionsminderheit zu folgen, nämlich am Beschluss des Nationalrates festzuhalten, also den Kredit grundsätzlich zu bewilligen, die definitive Wahl des Tracés jedoch einer einlässlichen Prüfung vorzubehalten; denn im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Bundespräsidenten möchte ich hier in aller Form feststellen, dass diese einlässliche, allseitige Prüfung und Abklärung nicht stattgefunden hat. Man mutet vielmehr heute dem Nationalrat zu, sich für ein bestimmtes Projekt, nämlich die Kistenstrasse, zu entscheiden, ohne dass eine Botschaft oder genügend Unterlagen vorhanden wären. Im Sack soll er die Katze kaufen. Sicher ist dabei nur eines, dass sie mindestens 30 Millionen Franken kostet. Seit Bestehen des Bundesstaates ist uns kein Fall bekannt, in dem versucht worden wäre, eine solche Summe auf Grund so dürftiger und so widersprechender Akten aufzuwenden wie hier.

Graubünden lehnt eine Kistenstrasse aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen ab. Diese Stellungnahme hat unserem Kanton teilweise recht unfreundliche und auch ungerechte Urteile eingetragen. Wer aber die wirtschaftliche und militärische Lage Graubündens und des Rheintales überhaupt auch nur einigermassen kennt, wird begreifen, dass sich Graubünden zur Wehr setzte und zur Wehr setzen muss.

Als altes Verkehrsland spielen in unserer Volkswirtschaft Verkehr und Hotellerie auch heute noch eine entscheidende Rolle. Nachdem durch den Bau der Gotthardlinie die Ostschweiz verkehrspolitisch so schwer getroffen wurde, war Graubünden gezwungen, auf eigene Kosten das Bahnnetz auszubauen und darin über 100 Millionen Franken zu investieren.

Zur Verdeutlichung der Grösse dieser Lasten möchte ich Ihnen nur zwei einzige Zahlen nennen: Der gesamte Steuerertrag dieses Bergkantons, trotz der berüchtigt hohen Ansätze, ist 4,9 Millionen Franken im Jahre. Allein die Rhätischen Bahnen schulden uns an nichtbezahlten Zinsen aus den letzten 3 Jahren 5,8 Millionen Franken. Trotz dieser grossen Investitionen in den Bahnen waren wir gezwungen, in den letzten 10 Jahren im Hinblick auf die Entwicklung des Verkehrs gewaltige Summen in die Strassen zu stecken. Wir haben in den letzten 10 Jahren brutto 54 Millionen Franken für unsere Strassen aufzuwenden und von diesen 54 Millionen sind 25 Millionen ausschliesslich und allein zu Lasten des kantonalen Haushaltes gegangen.

Heute droht unserem Verkehr von Osten her neue Gefahr, und nun sollen wir auch noch von Westen her empfindlich geschädigt werden. Sie werden begreifen, dass wir das nicht gleichgültig hinnehmen können.

Und doch sind an unserer entschiedenen Opposition — das möchte ich mit aller Deutlichkeit unterstreichen — weniger diese wirtschaftlichen Bedenken schuld als vielmehr militärische Ueberlegungen. Seit dem Anschluss Oesterreichs und den folgenden Ereignissen ist nicht nur Graubünden, sondern die ganze Ostschweiz in eine besonders schwierige Lage geraten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass unser Kanton am weitesten in die Achse Rom-Berlin hineinspringt nach Osten, dass er Alpenübergänge besitzt, die seit Jahrhunderten immer heiss umstritten wurden, dass er einen Sechstel des ganzen Gebietes der Schweiz umfasst, dass unser Kanton einen Viertel der gesamten Schweizergrenze aufweist und mit zu verteidigen hat. Wenn Sie das alles bedenken, dann müssen Sie verstehen, warum wir im Osten so empfindlich geworden sind und warum der Osten sofort aufhorcht, wenn heute die militärische Lage zur Sprache kommt.

Wenn trotz dieser Tatsachen die Haltung speziell Graubündens nicht überall verstanden wurde, so müssen wir freilich einen Milderungsgrund und eine Entschuldigung für die ausserbündnerischen Kreise gelten lassen, indem es nämlich in Graubünden selber Gebiete gegeben hat, die sich rückhaltlos für eine Kistenstrasse einsetzten. Es handelt sich freilich ausschliesslich um das oberste Oberland, um den Teil, der nirgends ans Ausland grenzt, sondern direkt an die Innerschweiz sich anlehnt und der glaubte und glaubt, scheinbaren lokalen Interessen die Rücksicht auf den Gesamtkanton opfern zu sollen. Aber ich möchte Sie daran erinnern, dass keine einzige Gemeinde längs der 400 km langen Grenze, dass kein einziger Vertreter dieser Gebiete längs der ganzen Grenze im Grossen Rate etwa diese Haltung geteilt hätte, sondern restlos und ausnahmslos eingestanden sind für die Vorschläge, die die Regierung ausgearbeitet hat. Und es ist kein Zufall, wenn spontan 140 Gemeinden in einer Kundgebung sich für die gleiche Lösung ausgesprochen haben.

Verkehrspolitisch ist eine Kistenstrasse nach unserem Dafürhalten ein Luxusbau, der volkswirtschaftlich kaum zu verantworten wäre. 30 Millionen Franken will man in die Kistenstrasse stecken, dazu 15 Millionen in den Lukmanier, den Oberalp, den Pragel und den Klausen. Das sind also total rund 40—50 Millionen Franken ausschliesslich für Verbindungen, die höchstens 4—5 Monate im Jahr gebraucht werden können, während sie in der übrigen Zeit des Jahres geschlossen bleiben. Der Bundesrat leitet aber diesen Bau nicht aus wirtschaftlichen, sondern ausschliesslich aus militärischen Bedürfnissen ab. Gegenüber solch einseitiger Begründung darf sicher wieder einmal erinnert werden an das Urteil jenes Mannes, dem man doch gewisses Verständnis für militärische Belange und Bedürfnisse zubilligen wird. Als im Jahre 1912 der alte Streit zwischen Splügen und Greina wieder entbrannte und der Splügen bekämpft wurde mit dem Hinweis darauf, dass er nach Italien ausmünde, da hat sich kein anderer als General Wille zum Wort gemeldet und erklärt: „Niemals darf ein Staat aus militärischen Rücksichten — um einem möglichen Feind keinen Einfallsweg in das eigene Land zu bahnen — eine Eisenbahn nicht bauen oder anderswo bauen, als wie es Verkehrssorgen und das wirtschaftliche Gedeihen des Landes erfordern."

Nun fehlt es ja nicht an Versuchen, die angeb-

lich militärische Begründung der Diskussion der Nichtmilitärs zu entziehen. Wir haben es heute abend auch wieder gehört, indem man erklärte, die Fachleute hätten allein zu entscheiden. Ich darf wohl demgegenüber an das nach dem Weltkrieg oft zitierte Wort erinnern, dass Deutschland damals an seinen Fachleuten zugrunde gegangen sei. Und in einer Demokratie, glaube ich, geht es erst recht nicht an, letzte Entscheidungen nur sogenannten Fachleuten zu überlassen; denn der Autoritätsglaube als Staatsdoktrin soll gerade uns fremd sein. Recht und Gerechtigkeit stehen über ihm. Und das Parlament einer Demokratie hat nicht das Recht, sich hinter angeblich fachmännische Vorschläge zu verkriechen, sondern ist verpflichtet, sich ein eigenes Urteil zu bilden, danach zu handeln und auch die Verantwortung zu übernehmen.

Das trifft im vorliegenden Falle um so mehr zu, als die Ansichten der Militärs auseinandergehen, so dass selbst die „Neue Zürcher-Zeitung" vor einer Woche schreiben musste: „Man vernimmt u. a., die militärischen Auffassungen lauten nicht so eindeutig zugunsten der Kistenstrasse, dass von einem Zwang zu sofortiger Erstellung gesprochen werden könne." Einige Tatsachen mögen diese Behauptung erhärten.

Noch im Vorsommer 1938 war in der bundesrätlichen Botschaft die Rede vom Panixer und Segnes, wobei der Panixer im Vordergrund stand. Plötzlich sprach sich der Bundesrat für den Kisten aus. Der Generalstab aber erklärte, dass eine Bahnverbindung Vorderrheintal-Reusstal militärisch die beste Lösung sei. Noch am 15. August 1938 schrieb die Generalstabsabteilung an die Regierung des Kantons Graubünden u. a.: „Wie Ihnen bekannt ist, geben wir vom Standpunkt der Landesverteidigung aus der Bahn den Vorzug."

Das ist durchaus begreiflich, denn eine solche Bahn mit Basistunnel hat als Winterverbindung viele Vorzüge gegenüber Kisten oder Oberalp mit 1860 und 2040 m Kulminationshöhe. Eine solche Verbindung mit Basistunnel ist aber nicht nur lawinen-, sondern auch bombensicher. Sie ist gesichert gegenüber dem Artilleriefeuer und vor Fliegerangriffen.

Sie findet ferner, und das trifft auch für die immer wieder genannte Düssistock- oder Maderanerstrasse zu, den direkten Anschluss nach Westen an die Sustenstrasse. Ich möchte Sie doch ganz kurz erinnern an die Begründung, mit welcher man hier die 20 Millionen für den Susten beschlossen hat. Man hat damals hingewiesen auf die entscheidende militärische Bedeutung. Ich glaube mit Recht. Aber wir verstehen nicht, warum auf einmal die Fortsetzung weiter nach Osten, militärisch betrachtet, nichts mehr wert, die zweite West-Ostverbindung parallel zur Furka und Oberalp militärisch nicht mehr interessant sein soll.

Bundespräsident Etter führt gegen diese Verbindung ins Feld, die Gotthardlinie würde überlastet. Aber im gleichen Augenblick erklärt er, als vollwertigen Ersatz für die Bahn Disentis-Amsteg biete er die Oberalpbahn. Soviel wir wissen, mündet diese Bahn auch auf die Gotthardbahn aus, mit dem kleinen Unterschied aber, dass sie in Göschenen ausmünden muss, also an einem an sich schon überlasteten und engen Platz. Sie führt aber auch, im Gegensatz zu einem Basistunnel über den Berg und hinunter in den Kessel von Andermatt, ist also dem feindlichen Störungsfeuer vom nur 25 km entfernten San Giacomo ausgesetzt. Das soll auf einmal keine Rolle spielen, nachdem man anderseits Panixer und Segnes mit einem Federstrich abdekretierte, obwohl sie 30 oder 35 km von der Grenze entfernt sind. Vergleichsweise sei erinnert, dass Zürich nur 25 km von der Grenze entfernt ist. Es wird niemandem einfallen, die Stadt Zürich deswegen aufgeben zu wollen.

Das Argument, die Gotthardlinie würde überlastet, ist auch darum nicht berechtigt, weil wir ja in dieser Vorlage beschliessen, die Gotthardlinie endlich doppelspurig auszubauen. Wir haben ferner die Hoffnung, dass auch die linksufrige Vierwaldstässterseestrasse endlich ausgeführt werde. Dadurch entsteht eine Entlastung und eine weitere Verbindung nach Westen hin, die sicherlich auch für neue Verbindungen nach Graubünden ausserordentlich wertvoll werden kann.

Dass eine solche Verbindung der drei Fremdengebiete Berner Oberland, Innerschweiz und Graubünden verkehrspolitisch und damit gesamtwirtschaftlich von grösster Bedeutung werden könnte, brauche ich nicht weiter zu beweisen.

Aber wir sind überzeugt, dass eine solche Lösung nicht nur im Interesse der Innerschweiz und Graubündens läge, sondern dass damit allen berechtigten Ansprüchen des Kantons Tessin Genüge geleistet würde. Einmal verkehrspolitisch. Denn was hat der Kanton Tessin verkehrspolitisch von einer Kistenstrasse, die 8—9 Monate im Jahre geschlossen bleibt? Der Tessin erklärt, dass er nur aus militärischen Gründen die Kistenstrasse propagiere. Wenn wir aber den Lukmanier ausbauen — und darüber sind wir im Kanton Graubünden mit dem Tessin einzig — bekommt der Tessin von dort die doppelte Möglichkeit des Anschlusses, entweder von Disentis durch Basistunnel nach Amsteg oder Erstfeld mit dem weiteren Anschluss an die Innerschweiz, oder dann den Anschluss an die Rhätische Bahn, nach dem Vorschlag Graubündens eventuell die Verbindung über den Segnes. Damit ist den militärischen Bedürfnissen des Kantons Tessin wahrscheinlich besser gedient, als nur mit einer Kistenstrasse. Ich möchte zum Beweis hiefür nur an einige Zahlen aus dem Projekt Studer erinnern. Selbst wenn nicht die Bahn, sondern nur eine Strasse unter dem Düssistock durch gebaut wird, rechnet er aus, dass die Strecke Altdorf-Disentis mit Anschluss an den Lukmanier bloss 49 km misst, die Verbindung über den Klausen und Kisten aber 95 km, und dass das Steigen und Fallen auf der Düssistockroute im ganzen rund 1670 und 900 m ausmacht gegenüber 2740 und 2400 über Klausen und Kisten.

Nach dem Vorschlag des Bundesrates soll der Ausbau von Strasse und Bahn über Oberalp einen Ersatz für den Basistunnel bieten. Nicht bloss militärisch, sondern auch wirtschaftlich stimmt das sicher nicht. Der Antrag des Bundesrates will ja eine Bahnverbindung, die nur 3—4 Monate im Sommer betrieben werden kann, während beim Basistunnel eine ganzjährige Bahnverbindung Vorderrheintal-Reusstal zur Verfügung stünde. Wir

verstehen deshalb nicht, wie man uns die Oberalp als Ersatz für einen Basistunnel darbieten kann.

Ebensowenig können wir die Begründungen gelten lassen, die für den Kisten und gegen den Segnes ins Feld geführt werden. Es ist von seiten des Bundesrates, nicht hier, sondern an anderer Stelle, das inhaltsschwere Wort und Bekenntnis gefallen, der Kisten bekomme seine volle militärische Bedeutung erst, wenn der Kessel von Sargans eingedrückt sei. Wir halten diese These für falsch. Voraussetzung zu Operationen und Kämpfen im Kanton Glarus und Graubünden und damit zur Traversierung der Tödikette ist doch die Schaffung einer tiefen und breiten Befestigungszone von Sargans, die dann aber zu halten hat und zu halten ist. Denn wenn die Festung von Sargans mit ihren Aussenwerken fällt, ist das Rheintal hinauf bis Reichenau und das Rheintal abwärts verloren. Damit kommt der Ausgang des Kantons Glarus von Wildhaus und Ricken und vom Weisstannental her unter feindliches Feuer und ist abgesperrt, und der Vorteil der Kistenstrasse gegenüber der Segnesstrasse fällt dahin, weil beide zusammen nichts mehr nützen. Noch letzte Woche hat der Vertreter des Generalstabs in einer Sitzung erklärt: Wenn man daher Graubünden eine ganz sichere, neue Verbindung geben will, muss diese Verbindung nach Westen gehen. Er hat dann allerdings hinzugefügt, der Vorschlag des Bundesrates könne auch als Ersatz angesehen werden für dieses erste Projekt, das vom Generalstab ausgearbeitet worden sei.

Allein in dem vorhin zitierten Bekenntnis des Bundesrates liegt weit mehr, das uns aufs höchste beunruhigt. Mit dem Festungsgürtel Sargans und seinen Werken fällt nämlich nicht nur das ganze Rheintal, sondern damit der grösste Teil Graubündens und die ganze Ost- und Nordschweiz.

Wenn also eine Front, in die man vielleicht 20 oder 30 Millionen steckt, nicht hält, soll für 30 Millionen eine Strasse weit zurück gebaut werden. Es wäre leichtfertig, belehrt man uns, nicht auch damit zu rechnen, dass wir an der Grenze nicht halten können. Man müsse deshalb auch eine zweite, kürzere Linie zur Verteidigung vorsehen. Es imponiere dem Ausland, wenn wir nicht bloss an der Grenze befestigen, sondern auch weiter im Innern. Wir haben nichts gegen diese Befestigungen im Innern, auf einer hintern Linie, aber erst dann, wenn wir die Grenzen so stark ausgebaut haben, dass sie mit Aussicht auf Erfolg sich verteidigen lassen. Das Schweizervolk ist heute bereit, sich zu verteidigen, eher zu sterben, als seine Freiheit zu verlieren. Aber es will seine Heimat an der Grenze verteidigen. Wir sind nicht Russland, das sich ins Innere zurückziehen kann. An der Grenze wollen wir halten oder zugrunde gehen. Nicht auf eine hintere Linie wollen wir uns verlassen, sondern die letzten Mittel und die letzten Kräfte einsetzen, um an der Grenze zu halten.

Die Gründe, die uns zwingen, gegen eine Kistenstrasse Stellung zu nehmen und für den Bau einer Bahnverbindung mit Basistunnel nach dem Reusstal und eventuell für eine Segnesstrasse einzutreten, möchte ich daher ganz kurz zusammenfassen wie folgt:

1. Das Projekt des Bundesrates ist nicht finanziert. Die Kistenstrasse kostet 28—30 Millionen Fr. Zur Verfügung stehen bloss 20 Millionen Fr. Wer die fehlenden 8—10 Millionen Fr. zahlen soll, ist nicht gesagt. Mit dem Kanton Graubünden hat man darüber nicht verhandelt. Ebensowenig ist entschieden, wer den Unterhalt zu tragen hätte.

2. 40—50 Millionen Fr. will man investieren in Verbindungen, die im Frieden bloss 4 bis höchstens 5 Monate offen sind.

3. Die Bahnverbindung ist nicht abgeklärt. Mit der Rhätischen Bahn z. B., nach deren Normalien doch Bau und Betrieb berechnet werden müssten, hat man überhaupt nicht verkehrt. Das Ingenieurbureau Rotpletz sagt ausdrücklich im einzigen vorliegenden Bericht, dass es sich bloss um Vorstudien handle. Und wie wir vom Herrn Referenten der Kommissionsminderheit hörten, hat an der Kommissionssitzung der Generalstabschef ausdrücklich zugegeben, dass das wichtige Düssistockprojekt von ihm nicht studiert worden sei. Herr Bundespräsident Etter hat weiter diese Bahn abgetan mit dem angeblichen Defizit von 250 000 Franken. Auf eine andere Art ist er auf ein Defizit von 2½ Millionen Fr. gekommen. Wenn man Vergleiche ziehen will, dann muss man sie so ziehen, dass sie stichhaltig sind, dass sie noch ernst genommen werden können. Wenn man die Bahn bekämpft mit dem Hinweis auf das Defizit, so müsste man auch ausrechnen, wie gross das Defizit einer Kistenstrasse sein wird. Vor allem aber müsste man berücksichtigen, dass man zum Vergleich keinen Halbjahresbetrieb heranziehen darf.

Ebensowenig teile ich die Befürchtungen von Herrn Bundespräsident Etter, wenn er glaubt, wir müssten für einen Tunnelbau eine grosse Zahl von Arbeitern und Sachverständigen aus dem Ausland holen. Ich habe soviel Vertrauen in unsere Ingenieure und Facharbeiter, in die Erfahrungen, die in den letzten 20 Jahren beim Stollen- und Tunnelbau gemacht worden sind, dass ich glaube, man werde zum grossen Teil mit einheimischen Sachverständigen und Arbeitern ein solches Loch durch den Berg bohren können.

4. Mit dem am meisten betroffenen Kanton hat man nicht verhandelt. Man versucht zu diktieren, zu drohen: Graubünden werde schon mit sich reden lassen, denn es habe zu viele Eisen im Feuer in Bern. Wir müssen also fürchten, dass man uns nicht bloss schädigt durch den Bau dieser Strasse. Wenn wir einen Beitrag an Bau und Unterhalt einer solchen Kistenstrasse ablehnen und ablehnen müssen, droht man, uns zu strafen bei den übrigen Strassenzügen. Dabei haben wir deren Ausbau verlangt gerade auch aus militärischen Gründen, nicht zuletzt den Bernardin.

Zu diesem nur zwei Bemerkungen. Immer wieder macht der Tessin auf seine besondern Schwierigkeiten aufmerksam. Mit Recht. Aber es gibt italienisch sprechende Gebiete der Schweiz, die in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht noch ungleich schwerer zu kämpfen haben, als der Tessin. Das ist neben Puschlav und Bergell vor allem die Mesolcina. Diese hoffte im Rahmen des vorliegenden Programms endlich den längst begehrten Anschluss zu bekommen. Spontan haben 1000 Einwohner der Mesolcina eine Eingabe an die Regierung gemacht in diesem Sinne. Nun soll der Bernardin und soll diese Talschaft einem

Kistenprojekt geopfert oder doch gefährdet werden. Dabei handelt es sich beim Bernhardin mit Basistunnel um ein Projekt, das weniger kostete als der Kisten, das aber, im Gegensatz zum Kisten, imstande wäre, zusätzlichen Verkehr zu bringen und als ganzjährige Nord-Südverbindung durch die Alpen internationale Bedeutung bekäme.

5. Wir verlangen eine gründliche Abklärung in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht und verlangen, dass man dabei auch mit dem Kanton Graubünden verhandelt.

Wir haben Zeit hiezu. Denn weder wirtschaftliche noch militärische Gründe zwingen uns zu einem sofortigen Entscheid.

Für die Arbeitsbeschaffung nämlich ist der Festungsbau in jeder Hinsicht vorteilhafter als der Bau einer Alpenstrasse auf 1400—1800 m Höhe. Denn sie ist dort dezentralisiert, fast das ganze Jahr möglich, beschränkt sich nicht bloss auf Erd- und Felsarbeiten, bringt vielen Industrien Aufträge und damit eine stärkere indirekte Belebung der Wirtschaft.

Militärisch ist der sofortige Entscheid ebenfalls nicht so dringend. Denn der Bau einer solchen Verbindung, sei es Bahn, sei es Strasse, erfordert 3—4 Jahre. Es ist aber kaum denkbar, dass die heutige aussenpolitische Lage solange unverändert bleibe.

Was aber drängt, ist der beschleunigte Ausbau der Grenzfestungen. Es ist ein Widerspruch, ausser den schon projektierten und begonnenen Anlagen weitere notwendige Festungen nicht ausführen zu lassen, notwendiges Hindernismaterial nicht zu beschaffen, weil angeblich die Mittel fehlen, und anderseits 30 Millionen Fr. in eine Alpenstrasse zu stecken aus angeblich militärischen Gründen, einer Strasse, die übrigens ja sofort wieder befestigt und zum Sprengen gerüstet werden müsste.

Besonders bitter für uns war die Bemerkung des Herrn Bundespräsidenten im Ständerat, man müsse sofort entscheiden, um dadurch Beruhigung zu schaffen, um zu verhindern, dass sich die Gemüter noch mehr erhitzen. Gerade diese Argumentation, die doch ernst gemeint war, hat uns bewiesen, wie sehr man die Situation verkennt, wie man sich nicht klar ist über die Tragweite eines solchen Entscheides für die Grenzgebiete im Osten. Wenn Sie wider alles Erwarten und ohne orientiert zu sein — ich glaube, ich beleidige keinen Kollegen, wenn ich behaupte, dass er nicht im Klaren sei über die militärische Tragweite sämtlicher Projekte, die zur Diskussion stehen —, wenn Sie trotzdem einen solchen Beschluss fassen, werden Sie nicht beruhigen, sondern Sie begehen ein Unrecht an dieser Grenzbevölkerung. Sie werden einen Kanton, der ¼ der gesamten Schweizergrenze mitverteidigen soll und mitverteidigen will, vergewaltigen, in einem Augenblick, wo an die seelische Widerstandskraft gerade der Grenzbevölkerung derartige Anforderungen gestellt werden.

Wir befinden uns in einer eigenartigen Situation: Man will uns angeblich ein Geschenk machen, und wir müssen uns bedanken dafür. Man will uns militärisch helfen, und die Art der Hilfe, die man uns bringen will, und vor allem die Begründung dafür, die beunruhigt uns erst recht. Gerade daraus mögen Sie den Schluss ziehen, dass diese Frage noch nicht abgeklärt ist. Wir bitten Sie daher, zwar nicht etwa heute schon die Bahn zu beschliessen oder den Segnes, sondern ganz einfach am Beschluss des Nationalrates festzuhalten, den Kredit grundsätzlich zu bewilligen, den definitiven Entscheid aber auf die nächste Junisession zurückzulegen, damit der Bundesrat die nötigen Unterlagen und eine entsprechende Botschaft dem Parlament vorlegen kann.

Condrau: Im Gegensatz zu meinem Landsmann und Regierungsrat bitte ich Sie, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen. Er fordert den Bau einer Kistenstrasse neben dem Ausbau der Oberalpstrasse und dem Umbau der Oberalpbahn. Diesem Antrag hat der Ständerat mit 29 gegen 7 Stimmen zugestimmt. Die Schaffung einer wintersicheren Verbindung nach Graubünden und dem Tessin ist heute eine militärische Notwendigkeit. Das haben Sie vor kurzer Zeit aus dem Munde des Herrn Bundespräsidenten vernommen. In der Kommission hat Herr Generalstabschef Labhardt das gleiche in eindringlichen Ausführungen dargetan. Sie wissen, dass Graubünden während 6—7 Monaten auf den einzigen Ausweg angewiesen ist, der über Sargans führt. Wenn das Sarganserbecken besetzt oder gefährdet ist, kann Graubünden Gefahr laufen, abgeschnürt zu werden.

Verschiedene Projekte wollen nun der neuen Verbindung dienen. Sie haben gehört, dass unter den nächstinteressierten Kantonen noch keine Einigkeit besteht. Die Tessiner wollen den Kisten-, die Glarner möchten lieber den Panixer- und die Bündner schliesslich den Segnespass. Das beweist die Notwendigkeit, dass die eidgenössischen Räte heute die Entschlusskraft finden, heute einen Beschluss und Entscheid fassen müssen. Die Sache ist nicht so schwer; sie ist schon weit abgeklärt; ja, ich glaube, wir dürfen den Entscheid ohne weiteres treffen, ohne Gefahr zu laufen, dass wir der „deutschen Gründlichkeit" nicht in jedem Masse Rechnung tragen.

Zunächst die Frage der Bahnverbindung Reusstal-Rheintal mit einem Basistunnel. Kleiner Rat und Grosser Rat von Graubünden legen das Hauptgewicht auf die Erstellung einer Bahnverbindung Rheintal-Reusstal mit einem 11 km langen Tunnel. Wir wissen heute, dass der Grosse Rat in seiner Resolution vom 17. März 1939 von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist. Die Mitteilung ist Ihnen ergangen durch den Kleinen Rat mit Brief vom 20. März 1939. Der Grosse Rat hat dabei abgestellt auf eine Behauptung, es sei der Generalstab noch heute der Auffassung, dass diese Bahnverbindung die beste Lösung biete. Nun wissen wir aber aus den Kommissionsverhandlungen, dass der Generalstab heute durchaus dem Antrag des Bundesrates zustimmt. Herr Oberstkorpskommandant Labhardt hat in unserer letzten Kommissionssitzung deutlich erklärt, dass die Landesverteidigungskommission die Frage am Samstag vor 8 Tagen wieder geprüft hätte und zum gleichen Schluss gekommen sei, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen. Ich gebe zu, es war eine zeitlang die Rede von einer solchen Bahnverbindung mit einem grossen Tunnel. Ich gebe auch zu, dass hier gewisse Vorteile bestehen, ich möchte aber gleich

beifügen, dass nach den Ausführungen von Herrn Oberstkorpskommandant Labhardt auch Nachteile bei diesem Tunnelbau bestehen. Ein Nachteil ist bereits genannt worden, die Ueberlastung der Gotthardlinie. Ein weiterer Nachteil besteht darin, dass man bei einer Bahnverbindung einzig und allein auf die Bahn angewiesen ist, während für Truppenbewegungen eine Strasse neben der Bahn von grösstem Vorteil wäre. Dann wissen wir auch, dass die Baukosten dieses Tunnels sehr beträchtlich sind; wir wissen, dass ein Betriebsdefizit von 250 000—260 000 Fr. errechnet worden ist, und wir wissen, dass dieser Bau die Zeit von 3, 4 eventuell sogar 5 Jahren in Anspruch nimmt. Sagen Sie mir im Ernst: Können wir so lange warten, bis wir eine sichere Verbindung haben für Graubünden und Tessin, nebst der Verbindung, die über Sargans führt? Ich glaube nicht!

An Stelle einer Bahn mit Basistunnel wird ein sehr praktischer Vorschlag gemacht in Form eines Umbaues der bestehenden Oberalpbahn. Sie soll elektrifiziert, soll gegen Lawinen gesichert und für ganzjährigen Betrieb eingerichtet werden. Gleichzeitig soll auch die Schöllenenbahn umgebaut und auf eine grössere Leistungsfähigkeit gebracht werden. Die Leistungsfähigkeit dieser elektrifizierten Bahn würde gesteigert von 800 resp. 1200 Tonnen auf 4000 Tonnen pro Tag. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass eine solche Bahn über den Berg touristisch von grösserem Interesse ist als eine Bahn, die eventuell durch einen Tunnel führt, einen Tunnel, der seinen Anfang in Rueras-Mulinatsch nimmt und in der Schöllenenschlucht ausmündet. Touristisch wird deshalb die Rhätische Bahn von der Elektrifizierung der Oberalpbahn grössten Gewinn erzielen können. Wir wissen, dass die Furka-Oberalpbahn 1926 der Rhätischen Bahn auf der Oberländerlinie eine beträchtliche Verkehrssteigerung gebracht hat, die durch die Elektrifizierung jedenfalls wieder neu einsetzen dürfte, so dass sich die Defizite nicht vermehren, sondern vermindern müssten.

Neben der Bahn soll dann auch die Strasse gleichzeitig ausgebaut werden mit einem Gesamtkostenaufwand von 7,5 Millionen Fr. Ich habe hier einen Bericht der Furka-Oberalpbahn, der diese Zahlen durchaus bestätigt; er wurde in der Hauptsache von Ing. Bernasconi in Torricella verfasst, dem ehemaligen Oberingenieur der Rhätischen Bahn, der 1924/25 beim Wiederaufbau der Furka-Oberalpbahn tätig war und die Bodenverhältnisse Disentis-Andermatt in allen Teilen kennt.

Das Wichtigste am Vorschlag des Umbaus und der Elektrifizierung der Oberalpbahn liegt aber meines Erachtens darin, dass die Verbindung innert Jahresfrist erreichbar wäre. Es heisst auch in diesem Bericht: „Wenn die Vorbereitungen rasch an die Hand genommen werden können, dürfte die Verbindung für den Winter 1939/40 bereits gesichert sein." In dieser Beziehung möchte ich namentlich auch auf eine unrichtige Pressestimme aus Graubünden hinweisen, als ob die geplanten Verbindungen zu spät kämen. Auch aus den Ausführungen meines Herrn Vorredners haben Sie entnehmen können, dass er der Auffassung ist, dass weder Kistenstrasse noch Bahnprojekt der heutigen Lage Rechnung zu tragen vermögen. Ich möchte die gegenteilige Behauptung aufstellen: wenn Sie heute den Entscheid fällen, kann man sich rechtzeitig daran machen, Oberalpbahn und Oberalpstrasse bereits für den Winter 1939/40 fertigzustellen. Das ist von höchster Bedeutung.

Zur Frage der Strassenverbindung Glarus-Graubünden: Sie wissen, dass keine Strasse gebaut wird, die nicht den militärischen Interessen dient. Sie wissen, dass Segnes- und Panixerpass vom Generalstab und den massgebenden militärischen Behörden abgewiesen werden. Sie wissen, dass nach Auffassung der militärischen Instanzen nur der Kistenpass für diese Verbindung in Frage kommen kann. Dabei möchte ich darauf hinweisen, dass der Kisten, der von Linthal ausgeht, die Verbindung hat nach Westen über den Klausen, nach Zürich über Ziegelbrücke, nach Schwyz über den Pragel. Drei Verbindungsmöglichkeiten, die jedenfalls alles bieten, was Sie nur wünschen können. Es darf auch darauf hingewiesen werden, dass nach Berechnungen von Herrn Ingenieur Epp in Altdorf, der den Klausen sehr gut kennt, der wintersichere Ausbau des Klausens mit einer erschwinglichen Summe möglich ist, einem Betrag, der bereits im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehen ist. So glaube ich, dass man auch nach dieser Richtung das Projekt des Kisten als genügend abgeklärt finden darf, um grundsätzlich heute zu entscheiden, was man vorkehren will. Der Kisten dient gleichzeitig Graubünden wie dem Kanton Tessin.

Es wird von Graubünden vielleicht eingewendet, es werde durch diese Strasse „abgefahren". Das ist ein Schlagwort, und zwar ein Schlagwort aus jener Zeit, da man noch um die Ostalpenbahn kämpfte, wo zwischen Splügen und Greina im Graubünden heftige Fehden geführt wurden. Der Greinabahn wurde der Vorwurf gemacht, sie könnte Graubünden abfahren, wenn eines Tages ein Tödi-Durchstich käme, so dass die Bahn nur wenige Kilometer über Bündnergebiet führe. Bahn und Strasse haben nicht die gleichen Voraussetzungen. Das Auto ist nicht an das Geleise gebunden wie die Bahn. Der Automobilfahrer ist sein eigener Herr und Meister. Er kann rechts und links fahren, je nach Belieben. Daher glaube ich, dass die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Bedenken, die gegen eine Kistenpasstrasse geltend gemacht werden, weit übertrieben sind. Die Karte, die vor kurzem noch in diesem Saale hing und jetzt im Korridor aufgestellt ist, ist eine optische Täuschung. Man will damit darstellen, als ob nur das „obere Oberland", wie man es so gerne sagt, einen Nutzen von dieser Strasse hätte. Nein, ich glaube, dass heute eine Automobilstrasse den Automobilisten nicht zwingt, die direkte Route zu fahren, sondern dass eine solche Strasse die Möglichkeit gibt, nach rechts und links abzuschwenken, je nach dem Ziel, das der Automobilfahrer im Auge hat.

Nach meiner Auffassung dürfte man schliesslich auch in Graubünden zum Bewusstsein kommen, dass dieses Strassenprojekt, diese neue Verbindung, die für uns geschaffen werden soll, für uns von Nutzen ist, für unsere Sicherheit geradezu als eine Notwendigkeit zu gelten hat. Da glaube ich, dass auch Graubünden zu einer Verständigung schliesslich zu haben ist. Als Bündner darf ich dabei wohl den Wunsch zum Ausdruck bringen, dass man in bezug

auf den Verkehr auf die Anlage und andere Dinge, mit Bezug auf die Finanzierung auf die besonderen Verhältnisse von Graubünden gewisse Rücksichten nehmen muss! Mit Bezug auf den Verkehr denke ich namentlich daran, dass man eine genügende und richtige Verbindung nach Osten und nach Westen gibt. Eine Variante spricht davon, dass man z. B. bei Brigels eine Gabelung der Strasse vorsehen könnte, eine Strasse nach Truns-Disentis und eine andere nach Ruis-Ilanz. Ich glaube, dass das eine elegante Lösung wäre, besonders deshalb, weil wir Wert darauf legen, dass Ilanz, die Handelsmetropole des Oberlandes, nicht vernachlässigt werde.

Man hat gehört und gelesen, Graubünden wolle keinen Rappen für den Kisten geben. Ich glaube, das sind übertriebene Behauptungen, die hoffentlich noch rechtzeitig korrigiert werden. Ich habe den Eindruck, dass man sich heute in weiten Kreisen der ernsten Lage noch nicht vollauf bewusst ist, in der wir im Falle eines Krieges an der Ost- und Nordfront stehen.

Wenn man die Bündnerpresse der letzten Wochen und Monate durchgesehen hat, so musste einem ein Artikel besonders auffallen, der gewisse militärische Erwägungen anstellt. Ein Korrespondent „s" stellte in den bündnerischen Tagesblättern u. a. die merkwürdige Frage: „Soll etwa das zutreffen, was die Spatzen längst von den Dächern pfeifen, nämlich, dass unsere oberste Militärbehörden eine Verteidigung Graubündens als schwer durchführbar halten und unter Umständen seine Preisgabe ins Auge fasst?" Es ist meines Erachtens eine Absurdität, ein Unsinn, eine solche Frage nur zu stellen. Die Antwort hat denn auch Herr Oberstbrigadier Hold wenige Tage nach der ausserordentlichen Grossratssitzung gegeben mit den Worten: „Diese Bemerkung ist vollständig aus der Luft gegriffen und entbehrt jeder seriösen Unterlage. Ich weiss nicht, wer der Urheber dieses merkwürdigen und traurigen Elaborates ist und will es auch nicht wissen. Entweder entspringt dieser Satz Unwissenheit und Dummheit oder dann ist er eine perfide Gemeinheit, um nicht mehr zu sagen. Dieses „Spatzengezwitscher" steht in direktem Gegensatz zu den Befehlen, welche ich zur Verteidigung von Graubünden habe, über die ich mich aber öffentlich aus naheliegenden Gründen nicht äussere. Ich möchte Ihnen hier nur laut und vernehmlich erklären, dass eine Preisgabe des Kantons Graubünden nie in Diskussion gestanden ist, jetzt nicht steht und nie stehen wird." So Oberstbrigadier Hold.

Ich glaube, dass solche Erwägungen wirklich zu Irrwegen führen. So ist auch auffallend ein Satz in einem Schreiben der Regierung des Kantons Graubünden an den Bundesrat und an die ständerätliche Kommission. Der Satz steht auf Seite 5 der Eingabe vom 7. März 1939. Er lautet: „Wir betrachten es als einen verhängnisvollen Fehler, wenn in den Vorbereitungen des Generalstabs überhaupt mit der Möglichkeit gerechnet wird, den Sarganserkessel aufgeben zu müssen." Ja, wenn der Generalstab nicht an alle Möglichkeiten und Gefahren denkt, die in einem Ernstfall eintreten könnten, dann glaube ich, müsste man den Generalstab heimschicken, einer sagte sogar „zum Teufel schicken".

Ich habe die Aufassung, dass wir heute entscheiden müssen, weil der Entscheid sich aufdrängt. Die Situation ist durchaus klar. Die Bahn mit einem Basistunnel kommt nicht in Frage. Das Projekt einer Düssistockstrasse bedeutete nur eine Verzögerung, und ich möchte nur nebenbei bemerken, dass jene Kreise, die sonst laut schreien, sie würden wirtschaftlich gefährdet und so weiter und so fort, jedenfalls kaum für eine Düssistockstrasse eintreten dürften, weil die viel weiter oben, wirklich im „oberen" Oberland, einmündet. Ich glaube, die Frage ist klar. Die Kistenstrasse ist militärisch die einzig begründete, die in 2—3 Jahren zur Ausführung kommen kann. Wir sollten jetzt entscheiden, damit rechtzeitig an die Arbeit gegangen werden kann für den Ausbau und Umbau der Oberalpstrasse. Wir wissen, dass Bundesrat und Generalstab einig sind. Wir wissen, dass die Landesverteidigungskommission diese Forderung stellt. Können wir in der heutigen Zeit, da die furchtbarsten Ereignisse sich förmlich überstürzen, alle die Ueberlegungen, die Bundesrat und Generalstab anstellen, leichthin in den Wind schlagen und uns in trügerische Sicherheit wiegen? Nein! Ich muss daran erinnern, dass die Arbeitszeit für den Umbau der Oberalpstrasse und der Oberalpbahn eine sehr kurze ist. Sie ist auf den Sommer 1939 beschränkt. Darum wollen wir heute möglichst rasch den Entschluss fassen. Wir wollen auf den Winter 1939/40 wenigstens diesen einen Ausweg über die Oberalp sichern!

Ich bitte Sie, fassen Sie heute den Entschluss gemäss dem bundesrätlichen Antrage, den ich aus voller Ueberzeugung empfehle, aus Liebe zu meinem Bündnerland und aus Liebe zu unserem Schweizerland!

Rittmeyer: Es ist nicht gerade eine sehr dankbare Aufgabe, heute abend zu diesem Traktandum zu sprechen, nachdem wir doch wissen, dass wir die ganze Arbeitsbeschaffungsvorlage noch vor Mitternacht sollen durchberaten haben. Aber gerade diese Tatsache, dass wir heute so eilen müssen und die Tatsache, dass auch unser Herr Präsident die Redner zur Kürze mahnt, scheint mir ein Grund mehr zu sein, Ihnen den Antrag der Minderheit zu empfehlen, wonach Sie nicht heute Abend beschliessen, sondern entsprechend dem Antrag der Minderheit zwar 35 Millionen aussetzen, auf der andern Seite aber einer spätern Beratung die materielle Frage zum Entscheid unterbreiten.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass es sich immerhin um 35 Millionen Franken handelt und dass diese Summe in gar keinem Verhältnis steht zu den Beträgen, über die wir früher, eigentlich seit der jetzigen Legislaturperiode in den Finanzprogrammen II, III usw., jeweilen in minutiöser Arbeit gesprochen haben, wenn es sich um eine halbe oder um eine Million handelte usw. Jetzt sollen an einem Abend kurzerhand 35 Millionen gesprochen werden, das Zweieinhalbfache dessen, um was der Streit geht bei der Frage der Milchpreisstützung, die mit Recht eine Diskussion heraufbeschworen hat und viel zu reden geben wird. Wenn Sie daran denken, dass wir im ganzen Parlament ohne irgend eine

feste Unterlage sind, überhaupt nichts in den Händen haben, dass diejenigen, die nicht in der Kommission waren, nicht Gelegenheit hatten, die Meinungsäusserungen der Generalstabsoffiziere und der andern Herren, die in den Kommissionsberatungen dabei waren, zu hören, dass wir zwar gerne die Erklärungen des Bundespräsidenten entgegengenommen haben, dass wir aber auf der andern Seite schliesslich doch, wie es in andern Fällen üblich ist, gerne eine Botschaft in den Händen hätten, um zu Hause sachlich die Frage zu überlegen und durchzustudieren; wenn Sie all das überlegen, so werden Sie sicher zur Ueberzeugung kommen, dass es einfach ein Beschluss aus dem Handgelenk ist, wenn wir heute Abend diese 35 Millionen Franken sprechen wollen.

Nun hält man uns entgegen, es sei gar nicht möglich, uns eine derartige Botschaft überhaupt zu unterbreiten. Es würden eine Reihe militärischer Geheimnisse damit verraten. Ich glaube nicht, dass es mit diesen militärischen Geheimnissen so weit her ist. Der Herr Bundespräsident hat heute die Presse gebeten, sie möchte eine gewisse Diskretion walten lassen bei der Berichterstattung über sein Votum; ich habe aber nichts gehört, was hier so geheimnisvoll gewesen wäre, dass es nicht in der Presse publiziert werden dürfte. Die Tribünen haben ja diese Ausführungen übrigens auch gehört. Ich glaube, dass die Geheimnisse, die Sie in dieser Botschaft nicht preisgeben möchten, den ausländischen Generalstäben (Italiens und Deutschlands) ohnehin, gestützt auf die Kenntnisse der Geographie und der örtlichen Verhältnisse, so gut bekannt sind wie uns. Ich glaube daher, dass wir das Recht haben, bei diesem Kredit von 35 Millionen Franken genau so gut orientiert zu werden wie bei andern Vorlagen, und dass wir nicht darauf angewiesen sind, nun einfach heute diesen Kredit zu sprechen, nachdem wir eine Anzahl Redner gehört haben, von denen der eine erklärt, die Klausenstrasse sei zu bauen, der andere, es wäre interessant, bei Ilanz noch Einmündungs- und Ausmündungsstrassen zu bauen und der dritte, die Vorlage, die private Ingenieure ausgearbeitet hätten, sei nicht tragbar usw. Wir können die Vorlage heute nur so diskutieren, als müssten wir heute nur anhören, aber nicht beschliessen. Ich möchte Sie deshalb bitten, unter allen Umständen hier nicht einen endgültigen Entscheid zu fällen. So interessant diese 5 Varianten — vielleicht sind es auch 6 — sind, so ist doch keine so beweiskräftig, dass wir sagen könnten, wir seien verantwortungsbewusst, wenn wir nun für eine, beispielsweise die Kistenstrasse stimmen.

Der Herr Bundespräsident hat in seinem Votum darauf hingewiesen, dass ausschliesslich militärische Gesichtspunkte den Ausschlag bei der Frage der Kistenstrasse gegeben hätten. Ich muss nun aber doch die Frage stellen: Seit wann können wir überhaupt eine Frage von dieser Tragweite ausschliesslich von militärischen Gesichtspunkten aus betrachten? Und seit wann dürfen wir nicht auch die zivilen Gesichtspunkte in Erwägung ziehen? Wenn wir nur von militärischen Gesichtspunkten aus derartige Frage behandeln würden, dann hätten wir unsere Bundesbahnen gar nicht elektrifizieren dürfen wegen der Gefahr, dass die Leitungen usw. durch Flugzeuge zerstört würden. Wir müssen ja auch Lokomotiven in Reserve halten. Oder wenn wir von diesen rein militärischen Gesichtspunkten ausgehen wollten, könnten wir meinetwegen unsere Stauseen oder den Bahnhof Zürich überbetonieren. Mit andern Worten, wir müssen auch die zivilen Gesichtspunkte würdigen. Ich bin der Auffassung, dass diese Gesichtspunkte nicht gewürdigt wurden, sonst hätte nicht der Kisten, sondern ein anderer Pass den Ausschlag gegeben. Die zivilen Gesichtspunkte, die auch von den Rednern, die mit mir übereinstimmen, genannt wurden, sind absolut ausschlaggebend. Sie gehen davon aus, dass beispielsweise mit einer Segnesstrasse Gegenden des Bündnerlandes bedient werden, die mit einer Kistenstrasse abgeschnitten sind. Wenn ich als St. Galler ein Wort sagen darf — es ist keine Schande, zu gestehen, dass man nicht nur immer gesamteidgenössische Interessen im Auge hat, sondern auch einmal an seinen Kanton denkt —, so möchte ich darauf hinweisen, dass z. B. die Segnesstrasse den Ausbau der Verbindung mit dem Hinterrheintal zur Folge hätte, was auch uns St. Gallern dienen würrde. Ich glaube, dass mit dem Ausbau der Hinterrheinstrasse letzten Endes nicht nur die Glarner-, sondern auch die Bündner- und Tessiner-Interessen gewahrt wären. Darum kann man nicht sagen, dass wenn man mit der Minderheit stimme, man beispielsweise etwa die Glarner- oder Tessiner-Interessen verletze.

Auf das, was militärisch noch gesagt worden ist, will ich nicht weiter eingehen, immerhin möchte ich Herrn Condrau noch das eine sagen, dass er einem Missverständnis unterlegen ist. Wenn wir von unserm Standpunkt aus das Argument, der Segnes sei militärisch nicht zu verantworten, bestreiten, so tun wir das aus dem Grunde, weil uns erklärt wird, der Segnes könne beschossen werden, wenn die Festung Sargans aufgegeben ist. Nun sagen wir, die Festung von Sargans darf man nicht aufgeben, dann kann auch der Segnes nicht beschossen werden. Leider haben wir im Kanton St. Gallen vernommen, dass man die Kredite, die für eine sichere Festung von Sargans absolut notwendig sind, nicht zur Verfügung stellen will. Ich möchte später sehr gern vom Herrn Bundespräsidenten hierüber noch eine Aufklärung erhalten. Aber angenommen, man tue bei Sargans das Beste, und die Festung müsste doch aufgegeben werden, so bin ich mit Herrn Gadient und den andern Vertretern der Minderheit der Auffassung, dass dann der Feind so weit vorgedrungen ist, dass es keinen Unterschied mehr macht, ob wir uns für den Segnes oder Kisten entschliessen. Denn ist der Feind über Sargans vorgedrungen, so kann er die Zugänge zum Pragel, Klausen, Segnes usw. unter Feuer nehmen, von den Flugzeugangriffen gar nicht zu reden. Ich bitte Sie daher, die Beratung der Frage heute damit abzuschliessen, dass Sie zwar den Kredit von 35 Millionen bewilligen aber später erst, gestützt auf eine minutiöse Botschaft des Bundesrates, den Entscheid fällen, welcher dieser 5 oder 6 Varianten der Vorzug zu geben sei.

Bossi-Chur: Ich beschränke mich auf eine kurze persönliche Erklärung über den Standpunkt, den ich in dieser Sache einnehmen werde und zu gleicher Zeit erlaube ich mir, einige kurze sachliche Feststellungen zu machen. Ich möchte betonen, dass

der Grosse Rat bei der Resolution, die am 17. März d. J. angenommen wurde, in drei Punkten einstimmig war. Nur in der Frage, ob und eventuell welche Strassenverbindung von Glarus nach Graubünden gebaut werden soll, sind die Meinungen auseinandergegangen. Die grosse Mehrheit hat sich für den Segnes ausgesprochen. Die Minderheit hat den Kisten nicht ausdrücklich genannt, sondern nur angeführt, dass bei der Wahl einer eventuellen Strassenverbindung zwischen Glarus und Graubünden neben den militärischen auch die verkehrspolitischen Interessen zu wahren seien. Diese Uneinigkeit im Grossen Rat und unter den Mitgliedern der bündnerischen Delegation ist sehr bedauerlich. Sie werden unter solchen Verhältnissen begreifen, wenn mehr als ein Bündner zu dieser Sache spricht. Allein Sie müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass im Kanton Graubünden mit seinen 150 Tälern und seinen 7000 km², die den sechsten Teil der ganzen Schweiz ausmachen, begreiflicherweise die verkehrspolitischen Verhältnisse stark voneinander divergieren und infolgedessen verschiedene Meinungen entstehen können. Es handelt sich hier aber hauptsächlich oder fast ausschliesslich um ein Problem der Landesverteidigung, wie Sie bereits gehört haben. Anderseits ist es aber begreiflich, dass der Kanton Graubünden sich gefragt hat, ob es nicht möglich wäre, wie dies auch in der Minderheits-Resolution enthalten war, eine Wahl zu treffen, bei der neben der militärischen Seite auch die verkehrspolitischen Rücksichten gewahrt würden. Da muss man ja zugeben, dass tatsächlich einem grossen Teil des Kantons, rein volkswirtschaftlich und verkehrspolitisch gesprochen, eine zentralere Strassenverbindung besser gedient hätte als der Kisten. Allein, wir stehen vor der Tatsache, dass eine Strasse von Glarus nach Graubünden nur aus militärischen Gründen gebaut wird. Wir wissen, dass der Bundesrat in Uebereinstimmung mit dem Generalstab und der Landesverteidigungskommission sich absolut auf die Kistenstrasse verlegt hat, und zwar in dem Sinn, dass diese Strasse sofort ausgebaut werden müsse. Ich hätte mich persönlich schliesslich auch auf den Standpunkt stellen können, den die Minderheit der Kommission vertreten hat, nämlich dass der Betrag von 35 Millionen beschlossen und die Angelegenheit wegen Bahn und Strasse noch einmal geprüft werde, wenn ich nicht die Auffassung hätte, dass die Sache so dringlich wäre. Allein der Bundesrat hat doch festgestellt, dass sein Antrag auf der ganzen Linie genau geprüft worden sei und dass er nach dieser Prüfung eine Verbindung von Glarus nach Graubünden für eine absolute Notwendigkeit halte und dass ferner mit Rücksicht auf die artilleristische Feuerwirkung nur der Kisten in Frage komme. Der Bundesrat stellt ferner im Einverständnis mit dem Generalstab fest, dass er die Verantwortung für eine Verschiebung dieser dringlichen Frage nicht übernehmen könne. Nun möchte ich Sie fragen: Sollen wir ohne das nötige Sachverständnis in dieser militärisch-technischen Frage die Verantwortung für eine Verschleppung dieses Baues der Kistenstrasse auf uns nehmen? Im Fall, dass der Antrag der Minderheit angenommen würde, könnte der Bau der Kistenstrasse dieses Jahr nicht in Angriff genommen werden, was Sie bereits aus dem Munde des Herrn Bundespräsidenten Etter gehört haben. Stellen Sie sich auch nach dieser Richtung einigermassen vor, was es bedeuten würde, wenn diese grosse Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit dieses Jahr nicht mehr zur Ausführung käme, sondern auf ein anderes Jahr verschoben werden müsste. Wir sollten uns daher auf eine höhere Warte stellen und die Sache vom Gesichtspunkt des eidgenössischen Gesamtinteresses aus betrachten. Von diesem Gesichtspunkt aus stehe ich zum Antrag des Bundesrates, der Kommissionsmehrheit und des Ständerates.

Zum Schluss noch zwei kurze Bemerkungen. Wir müssen den Bundesrat und die Bundesversammlung vom Standpunkt des Kantons Graubündens aus darauf aufmerksam machen, dass der Bau der Kistenstrasse dem grössten Teil des Kantons Graubünden wirtschaftlich zum mindesten nichts und dem bündnerischen Vorderrheintal nicht viel nützt, während es dem Kanton Tessin nicht unbedeutende Vorteile bietet, was wir ihm sehr gern gönnen mögen. Wir erwarten daher, wie speziell Herr Kollege Vonmoos und übrigens auch die andern Mitglieder der bündnerischen Delegation auseinandergesetzt haben, dass für die Zukunft eine noch bessere Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen von Graubünden gewährt werde. Wir verlangen ganz besonders, dass endlich die Walenseestrasse gebaut werde und dass unsere Freunde von Glarus ihre nach meiner Auffassung unbegründete Opposition, die sie bis jetzt innegehalten haben, aufgeben. Wir haben mit Genugtuung aus dem Munde von Herrn Bundespräsident Etter gehört, dass die Sache auf gutem Wege ist, dass die Walenseestrasse nächstens, ich hoffe bald, zur Ausführung kommt.

Zuletzt noch eine Bemerkung. Wir verlangen eine nochmalige wohlwollende Prüfung des Baues der St. Bernhardinstrasse, der durch den Bau der Kistenstrasse in keiner Weise präjudiziert sein soll. Die natürliche Zuleitung des Verkehrs zum St. Bernhardin erfolgt durch die Walenseestrasse. Das ist die richtige Zufahrtsstrasse, und nicht irgend eine Strassenverbindung von Glarus nach Graubünden.

Ich bin bereits im Jahre 1938 mit der ganzen bündnerischen Delegation hier dafür eingestanden, dass der Bau der St. Bernhardinstrasse geprüft und verwirklicht werde. Ich möchte bei diesem Anlass neuerdings dieses Postulat des Kantons Graubünden zur beförderlichen wohlwollenden Prüfung und zur Annahme empfehlen.

Gallati: Sie werden es verstehen, wenn ich Ihnen in kurzen Zügen den Standpunkt des Kantons Glarus zu dieser Frage darlege.

Vorerst möchte ich einen kleinen Irrtum richtigstellen, der sowohl dem Herrn Bundespräsidenten Etter wie auch dem Herrn Kommissionspräsidenten in ihren überzeugenden Voten unterlaufen ist. Sie haben gesagt, der Kanton Glarus hätte sich, wenn auch mit einer kleinen Mehrheit, für den Panixerpass entschieden. Das ist nun nicht ganz richtig; es liegt hier eine Verwechslung vor mit einem Beschluss des Landrates, der die Regierung aufgefordert hatte, sich mit den beiden Regierungen von Graubünden und Tessin noch ein letztes Mal ins Einvernehmen zu setzen, um wenn möglich eine

Einigung für eine Strasse aus dem Sernftal nach Graubünden zustande zu bringen. In der Kardinalfrage ist aber der Kanton Glarus einstimmig gewesen. Er hat dies in einer Resolution im Januar dieses Jahres zum Ausdruck gebracht, die dahingeht, dass der Kanton Glarus aus volkswirtschaftlichen Gründen eine Strasse aus dem Raume Elm, also aus dem Sernftal, vorziehen würde; wenn aber aus höheren Landesinteressen eine Kistenstrasse verlangt werde, so werde der Kanton Glarus auch hiezu Hand bieten. Das ist die einstimmige Resolution des glarnerischen Landrates.

Wenn der Kanton Glarus eine Strasse aus dem Sernftal in den Vordergrund stellt, so geschieht dies vor allem mit Rücksicht auf die wirtschaftlich ausserordentlich ungünstige, in den letzten Jahren fast katastrophal gewordene Lage dieses Seitentales, in welchem sich drei Dörfer befinden, deren Einwohnerzahl beständig zurückgeht. In Engi allein beträgt der Bevölkerungsrückgang seit der letzten Volkszählung 16 %. Die Zahl der Fabrikarbeiter ist infolge des schlechten Geschäftsganges in der Textilindustrie innert 4 Jahren um fast die Hälfte zurückgegangen, und in der Landwirtschaft, die sich hauptsächlich mit Viehaufzucht befasst, nahm die Verschuldung in den letzten Jahren beständig zu. Alle drei Gemeinden müssen für Notstandsarbeiten gewaltige Summen aufwenden und sind dadurch notgedrungenermassen in eine Schuldenwirtschaft hineingeraten, aus der sie um so schwieriger herauskommen werden, als das Steuervermögen ständig zurückgeht. Dazu kommt die äusserst drückende Zinsgarantiepflicht für die Sernftalbahn.

Durch alle diese Nachteile fühlt sich die Bevölkerung des Sernftales vielfach in Handel und Wandel eingeengt; die Liegenschaften und Häuser sinken immer mehr im Verkehrswert; die Bewohner werden mutlos und unzufrieden. Dabei ist die Bevölkerung des Sernftales grundsätzlich bodenständig und vaterländisch eingestellt, eine Gesinnung, die wir in der heutigen Zeit nötiger haben als je.

Aus all diesen Gründen werden Sie den Standpunkt des Glarner Landrates verstehen.

Wenn Glarus eine Panixerstrasse dem Segnesprojekt vorziehen würde, so ist dies nicht nur darin begründet, dass dem Panixer vor allen andern glarnerischen Alpenstrassenprojekten historisch die Priorität zukommt, sondern weil wir der Ansicht sind, der Segnes habe militärisch wie touristisch nur sekundäre Bedeutung, vor allem deshalb, weil das von einem privaten Ingenieur stammende generelle Projekt mit dem Aufstieg auf dem lawinengefährlichen Nordhang auf der Glarnerseite, in bröckeligem Schiefer und einem Tunnel auf 2200 m Höhe ein Offenhalten im Winter, und zwar auch im Ernstfall, ganz und gar ausschliesst. Was die Herren Kollegen Meierhans und Gadient zu diesem Punkt über den Kisten gesagt haben, trifft für diesen nicht zu, wohl aber in vollem Umfange für den Segnes. Wir glaubten auch, es wäre vielleicht möglich, durch Erstellung einer Panixerstrasse mit Ausmündung derselben sowohl gegen Disentis-Lukmanier, wie auch in östlicher Richtung, sei es nach Ilanz oder direkt nach Flims, eine alle drei direkt interessierten Kantone befriedigende Lösung zu erzielen. Glarus hat denn auch ,als vor drei Wochen der allgemeines Aufsehen und allgemeinen Widerspruch erregende Beschluss der ständerätlichen Kommission auf Streichung des Kredites von 20 Millionen für eine Kistenstrasse bekannt wurde, einen neuen Versuch der Verständigung unternommen. Leider mit negativem Resultat. Graubünden und Tessin beharrten auf den Ihnen bekannten Beschlüssen ihrer Grossen Räte. Angesichts dieser an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig lassenden Stellungnahme und der völligen Aussichtslosigkeit einer Verständigung, angesichts der seit dem März 1938 total veränderten militärgeographischen Lage und den seitherigen politischen Ereignissen, welche die verantwortlichen Stellen, Bundesrat, Generalstab und Landesverteidigungskommission, zu ihrer jetzt so energisch vertretenen klaren Stellungnahme veranlassten, angesichts des von Graubünden neuerdings in den Vordergrund gestellten Bahnprojekts Reusstal-Sedrun, wird man verstehen, wenn wir heute uns dem Standpunkt des Bundesrates anschliessen und uns bereit erklären, auch für den Ausbau des Kisten Hand zu bieten.

Ueber die militärische Seite dieses Problems will ich mich nicht äussern. Ich habe es nur bis zum Trainsäbel gebracht. Aber zwei Punkte möchte ich aus dem Votum des Herrn Gadient berühren. Er stellt auch in militärischer Hinsicht den St. Bernhardin in den Vordergrund, den St. Berhardin, dessen Knotenpunkt, das Dorf Splügen, 5 km von der italienischen Grenze entfernt, ist, und wo ein 7 km langer Tunnel vorgesehen ist, der von den Automobilisten soviel als möglich gemieden würde. Ich glaube, hierüber braucht man nicht viele Worte zu verlieren.

Vom Verkehrsstandpunkte aus erschliesst dagegen die Kistenstrasse ein Gebiet, das an Schönheit und Erhabenheit seinesgleichen sucht. Es wird also nicht nur eine für unsere gesamte Landesverteidigung dringend notwendige Militärstrasse erstehen, sondern auch eine erstklassige Touristenstrasse. Auf der Glarnerseite hat der Besucher das imposante Tödi- und Claridengebiet mit den Gemsfayren-, Clariden- und Bifertengletschern konstant vor Augen, immer wieder in neuen Formationen, ebenso die Glärnischgruppe und die Braunwalderberge, und auf der Südseite beim Ausgang aus dem bloss 2,2 km langen Tunnel unter dem Kistenstöckli öffnet sich dem Beschauer das Val Frisal mit dem Frisalgletscher und den gewaltigen Felswänden des Bifertenstockes im Hintergrund, dazu ein Fernblick über den halben Kanton Graubünden.

Diese grandiose neue Route wird Graubünden nicht nur keinen Verkehr wegnehmen, wie behauptet wird, sondern sie wird, wie jede neue Strasse, ganz besonders diese, vermehrten Verkehr bringen. Wer schnell ins Engadin fahren will, wird nach wie vor diejenige über Chur-Lenzerheide-Julier benützen. Wer schnell ins Tessin will, wird nach wie vor den Gotthard benutzen. Der Autotourist, der sich Zeit lässt, die Landschaft kennen lernen und sie geniessen will, der den Weg über den Kisten nimmt, wenn er ins Engadin fahren will, durchfährt den Kanton Graubünden auf einer um 45 km längeren Strecke als über Sargans-Chur. Und weiter möchte ich auf etwas aufmerksam machen, das vom „offiziellen" Graubünden nicht oder nicht genügend gewürdigt wird: nämlich durch die Kistenstrasse in Verbindung mit dem Klausen werden die beiden

grossen Fremdenzentren Graubünden-Engadin einerseits und Luzern-Vierwaldstättersee anderseits einander touristisch bedeutend näher gebracht, wobei eine intensivere verkehrspolitische Zusammenarbeit möglich wird. Es ist daher nicht recht verständlich, dass Graubünden dies alles nicht würdigt und beiseite stehen will das gleiche Graubünden, das vom Kanton Glarus mit Nachdruck die Erstellung — Sie haben es soeben wieder gehört — der Walenseetalstrasse und dadurch ein Opfer von über 1,5 Millionen verlangt, 200 m unterhalb der mustergültig ausgebauten Kerenzerbergstrasse, um auf dem Weg Chur-Zürich 10 Autominuten einsparen zu können, während anderseits 6 glarnerische Dörfer gänzlich abgefahren werden. Trotzdem bauen wir die Strasse, und ich erkläre den immer noch vorhandenen Zweiflern gegenüber, dass noch in diesem Monat das erste Baulos zur Vergebung ausgeschrieben wird. Wäre nicht der verspätete enorme Schneefall eingetreten, so wäre der „erste Spatenstich" schon getan. Wir haben die Verpflichtung zum Bau der Strasse nie bestritten. Der Glarner ist gewohnt, sein Wort zu halten. Die Strasse wird auch nach den modernsten Anforderungen erstellt werden, auch das kann ich heute erklären. Hierüber werden wir uns mit dem Herrn Bundespräsidenten sicher nicht streiten. Glarus hätte also mit viel grösserem Recht bei der Walenseetalstrasse die Einwendungen erheben können, wie sie Graubünden gegenüber einer Kistenstrasse macht. Trotzdem hat sich unsere Landsgemeinde auf eine höhere Warte gestellt und den Bau der Walenseetalstrasse beschlossen, und das zu einer Zeit, wo Oesterreich noch selbständig war. Heute sind nicht nur die Verhältnisse an unserer Ostgrenze gefährlicher, es hat sich der politische Horizont allgemein derart verdüstert, dass jedes weitere Zögern in der heute zur Diskussion stehenden Frage geradezu unverantwortlich und dem Ansehen des Parlamentes nicht förderlich wäre. Es ist fünf Minuten vor zwölf, meine Herren! Ich habe schon in der Novembersession auf die Dringlichkeit hingewiesen, und die seither eingetretenen Ereignisse haben mir recht gegeben. Die verantwortlichen militärischen Stellen, der einstimmige Bundesrat haben sich für den Kisten entschieden. In solchen lebenswichtigen Fragen hat einzig der Bund zu entscheiden, da gibt es keine kantonale Strategie; das Lebensinteresse unseres gesamten Vaterlandes hat hier den Ausschlag zu geben, und dieses erträgt kein langes Feilschen und Reden mehr, sondern verlangt gebieterisch endlich eine Tat!

Rossi: Se prendo la parola in questo dibattito non è certo perchè pensi di contribuire a formare il vostro convincimento in una questione che si presenta chiara e luminosa davanti a voi, e che impone una conclusione unica ed irrevocabile per ciò che concerne il collegamento fra i Cantoni di Glarona, Grigioni e Ticino: il passo del Kisten. Se prendo la parola è unicamente perchè non vorrei che si movesse il rimprovero a me ed ai miei colleghi che, attorno ad un problema vitale, che interessa non tanto l'economia del nostro Cantone, ma la sua difesa militare, la deputazione ticinese sia rimasta silente.

Si è parlato, da parte dell'on. Gadient, di diritto e di giustizia quali elementi della democrazia. Ora io affermo che, se vi è diritto e se vi è giustizia nella democrazia è di dare ad un popolo, al popolo di lingua italiana, il diritto di difendersi.

Voglio affrontare il problema succintamente, con serenità e con oggettività. Voglio fare il punto in questa discussione che ha dilagato verso lidi che non sono quelli dell'esame del progetto, nel tentativo di sviare l'attenzione e di giustificare un' assurda proposta di rinvio.

Dobbiamo eliminare tutte le questioni del turismo, e le questioni economiche che possono essere collegate alla costruzione di strade. Se volessimo metterci su questo terreno, ogni Cantone, avrebbe diritto di chiedere una strada che attraversi le montagne del proprio territorio. Importante è la congiunzione strategica e militare del Cantone Ticino con i Grigioni e Glarona. Ed allora negare la necessità di una strada che unisca questi tre Cantoni, vuol dire, a mio avviso, e secondo l'opinione delle competenti istanze militari, negare l'evidenza.

Kisten, Segnes, Panix, tre nomi attorno ai quali si è scatenata la polemica. Non intendo intavolare discussioni tecniche che ci porterebbero troppo lontano. L'idea del Segnes e del Panix, a malgrado di quello che possono affermare i loro sostenitori, non trova una qualsiasi giustificazione nè dal punto di vista militare, nè dal punto di vista turistico. Anche se superate le difficoltà di ordine tecnico che si frappongono alla costruzione di queste strade, il problema sarebbe ben lungi dall'essere risalto.

Ho letto l'opuscolo che l'Associazione Pro Sernftal ha distribuito in questi giorni per propugnare la soluzione del Panix, ma con altrettanta attenzione ho letto l'articolo autorevole apparso il 31 marzo scorso sulle «Glarner Nachrichten», nel quale il colonello Jenny, già comandante dei forti del Gottardo, distrugge tutte le critiche formulate contro la costruzione della strada del Kisten.

Quali ragioni sono state affacciate ed avanzate contro la costruzione del Kisten? Mi permetto di chiedere a voi, che avete seguito attentamente gli oratori che mi hanno preceduto, se un solo argomento valido sia stato accampato contro la costruzione del Kisten. Si è cercato di sviare l'attenzione vostra verso altre soluzioni, verso altri progetti, ma non si è potuto contestare la bontà del progetto del Kisten, che il Consiglio federale ci propone dopo accurati studi e dopo aver sentito le ragioni di tutte le parti. La stessa commissione della difesa nazionale unanime si è pronunciata per la soluzione del Kisten.

Anche il problema della ferrovia, attraverso la valle di Maderano, era stato presentato all'esame delle competenti istanze militari e ferroviarie.

Il collega, on. Meyerhans, relatore della minoranza ha detto: «Vi sono ufficiali che mettono in dubbio l'importanza ed il valore strategico del Kisten e che ritengono che una ferrovia attraverso la valle di Maderano sia più idonea e più confacente agli interessi della nostra difesa».

Domando a voi chi sono questi ufficiali e se è lecito screditare tutti gli organi responsabili della difesa del nostro paese e cioè: il Consiglio federale, lo stato maggiore e la commissione della difesa nazionale.

L'atteggiamento del Cantone dei Grigioni, almeno di una certa parte del Cantone, mi ha ama-

reggiato, perchè mi è parso scarsamente amichevole verso il Cantone Ticino.

Non voglio accendere e sollevare polemiche. Ricorderò al collega Gadient, che ha parlato un momento fa, dell'unanimità dei consensi per la correzione del Lucomagno, che per anni ed anni il Cantone Ticino ed il suo governo hanno insistito presso le autorità dei Grigioni onde si procedesse alla sistemazione del Lucomagno, senza che da parte dei Grigioni si movesse paglia, si facesse un passo per venirci incontro. Voglio ricordare come noi, invece abbiamo costruito la strada di Gandria che giova al Cantone dei Grigioni molto di più che non alla città di Lugano.

Si è parlato della ferrovia della valle di Maderano. Ho la profonda convinzione che la questione sia stata sollevata solo per ostacolare l'adozione di un progetto ragionevole. Ai progetti del Segnes e del Panix si è aggiunto quello della ferrovia della valle di Maderano allo scopo di mandare tutto a catafascio.

La soluzione della ferrovia attraverso la valle di Maderano non è una soluzione nè economicamente, nè militarmente desiderabile. Non è economicamente ammissibile, perchè si deve contare su un deficit di esercizio, che già ora appare inevitabile. E stato anche affermato, nel discorso dell'on. Presidente della Confederazione, che militarmente non offre alcun vantaggio nè per la Svizzera nè per il Cantone Ticino, inquantochè parallela a quella dell'Oberalp. Inoltre, la costruzione della galleria della valle di Maderano domanderebbe almeno cinque anni di tempo, e noi non sappiamo quale sarà il compito che saremo chiamati ad assolvere prima di questo termine.

Vulnerabile è la strada del Gottardo, vulnerabile, particolarmente nella valle della Reuss, è anche la ferrovia. Così sarà vulnerabile il punto di partenza della ferrovia progettata. Che questa soluzione sia logica e razionale può osare affermarlo solo l'on. Gadient. Jo sono un modesto caporale dell'esercito e lascio ai colonelli di risolvere questo problema. Ma ufficiali di alto valore si sono pronunciati decisamente contro la ferrovia ed in favore del Kisten. Oggi le guerre si fanno non più sulle linee ferroviarie, si fanno sulle strade. L'esempio delle recenti guerre di Etiopia e di Spagna insegni. Questa è la constatazione che un modesto stratega del mio calibro, che segue con una certa attenzione gli avvenimenti internazionali, trae dagli avvenimenti recentissimi.

Si è parlato anche della strada del Segnes in congiunzione col San Bernardino. Non verrei distruggere le illusioni del collega l'on. Gadient, ma l'amore della sincerità mi spinge ad affermare che un tale progetto rappresenta una follia concepibile solo da chi può spendere centinaia di milioni unicamente per costruire delle strade superflue.

Che cosa darà ai Grigioni ed alla Svizzera una galleria di 5, 6, 10 km., sotto il San Bernardino? Ben poca cosa perchè il turismo invernale non si incanalerà attraverso la galleria del San Bernardino. Il turismo invernale giunge ai Grigioni dal nord e quello che viene dal sud, vi arriva attraverso il Maloia. Se pensiamo alla costruzione di una galleria turistica allora la solo soluzione sarebbe quella della galleria del Gottardo.

Ed ora vengo al rinvio. La proposta di rinvio dell'on. Meyerhans mi ha causato non poco sorpresa in quantochè mi pare di aver letto, una quindicina di giorni fa, un articolo sul suo giornale, nel quale si rimproverava al Consiglio federale la lentezza con cui vengono trattati e mandati in porto i lavori per la difesa nazionale e per la creazione di occasioni di lavoro. Da tutti, meno che dal collega on. Meyerhans, mi sarei attesa questa proposta di rinvio. Si critica che nessun progetto di dettaglio, nessun studio accurato è stato presentato sul quale versare i nostri lumi di ingegneri e di tecnici. Ma rammento che furono votati 81 milioni di franchi per i valichi alpini senza che alcun progetto sia stato presentato. Quando avremo ottenuto il rinvio a che punto saremo? Che cosa potrà dire di più il Consiglio federale di quanto non abbia già detto attraverso le parole eloquenti e ponderate del presidente della Confederazione? Il Consiglio federale vi risponderà di aver compiuti gli studi necessari per giungere ad una conclusione: quella che oggi vi sottopone conscio delle sue responsabilità e vi dirà anche che la sola soluzione che si impone è quella del Kisten.

Il rinvio è unicamente una manovra, un tranello, nel quale noi non vogliamo cadere, per procastinare la costruzione di un passo assolutamente necessaria ed urgente. Non comprendo come l'on. Gadient ed i rappresentanti del Cantone dei Grigioni che hanno parlato contro la strada del Kisten, abbiano concluso, pur affermandosi per la ferrovia di Maderano, per il rinvio.

Ma oltre a coloro che sono per il Segnes, per il Panix, per il Düttistock, per la ferrovia di Maderano, ci sono quelli che sono per nessun passo. Il Freier Rätier del 30 marzo scrive: „Mit Rücksicht auf diese Sachlage kann man sich fragen, ob es nicht nützlicher wäre, die 20 Millionen oder was davon nötig ist, für den Ausbau und die Verbesserung der bestehenden Strassen zu verwenden, was militärisch ebenso wichtig ist."

Ecco la conclusione del Cantone dei Grigioni il quale vorrebbe che i 20 millioni fossero destinati, non alla costruzione del Segnes, del Panix o del Kisten, ma eventualmente alla correzione e alla sistemazione delle strade attualmente esistenti.

Mettiamoci d'accordo. Non dobbiamo offrire lo spettacolo della disunione e della discordia nel momento in cui l'unione è maggiormente necessaria. Abbiamo già dato un troppo deplorevole spettacolo. Non è questione di interessi dell'una o dell'altra parte, ma unicamente dell'interesse della patria che è una sola e al disopra di tutti i regionalismi.

Per noi, per il Ticino, il problema di collegamento coi Grigioni, attraverso il Kisten, è un problema vitale, è il problema della nostra difesa, della nostra sicurezza. Siamo la sentinella avanzata dell'ideale elvetico verso il meridione. Abbiamo fornito numerose prove del nostro patriottismo e della saldezza del nostro convincimento; abbiamo sopportato una legislazione economica che tante volte ci ha soffocato. Ma una cosa non sopporteremo mai: il pensiero di rinunciare in anticipo alla difesa del nostro territorio, alla difesa

delle nostre case, dei nostri focolari. Siamo consci che l'indipendenza politica è strettamente legata all'integrità territoriale.

Il popolo ticinese che ha saputo gelosamente salvaguardare la sua coltura italiana, potenziando l'ideale elvetico, vi chiede un gesto di solidarierà confederale per garantire il suo destino. Esso vuole non aver vissuto invano oltre un secolo di storia svizzera.

Esso desidera, se un triste destino lo vorrà, suggellare col sangue, sulle strade del Lucomagno e del Kisten, le nozze celebrate 136 anni or sono colla libertà e colla democrazia elvetica.

Muheim: In den Streit der Wagen und Gesänge, der in den östlichen Kantonen unseres Vaterlandes so intensiv eingesetzt hat, werde ich keine neue Lanze hineintragen und mich auch hüten, irgendwelches Streitbeil neuerdings auszugraben. Es liegt mir lediglich daran, Ihnen in einer ganz kurzen Erklärung den Standpunkt des Grossteiles des Urnervolkes, das in dieser Frage sehr stark mitinteressiert ist, bekanntzugeben. Es war eigentlich kein gutes und erbauliches Schauspiel, das in den letzten Monaten dem Schweizervolk durch den Streit und Widerstreit der Meinungen bezüglich Kisten oder Segnes oder Panixer und Düssistock gegeben wurde, und man war versucht, wieder einmal an den alten Satz zu denken: «providentia Dei et confusione hominum Helvetia regitur». Schon dieser unglückselige Zwiespalt sollte uns, wenn auch nur rein formell gesprochen, dazu bewegen, diese Diskussion nicht mehr in die Länge zu ziehen, sei es hier im Ratssaal, sei es im Volke draussen, und heute Abend endlich zu einem bestimmten Abschluss, zu einer definitiven Entschliessung zu gelangen.

Ich halte dafür, dass die gesamte Angelegenheit in erster Linie unter die Erwägung militärischer Gründe und unter die Rücksicht auf die Landesverteidigung gestellt werden soll. Es hat mich gefreut, dass die Nachbarn von Glarus und Tessin so einmütig für den Kisten eingestanden sind. „Ich sei, gewährt mir die Bitte, in Eurem Bunde der Dritte." Wir haben ja, wie Sie wissen, seit alten Zeiten mit den lieben Nachbarn des Tessin und des Glarnerlandes herzliche Beziehungen aufrechterhalten. Ich möchte mich daher ebenso entschieden zugunsten des Kistenpasses oder der neu zu bauenden Kistenstrasse aussprechen.

Stellen Sie sich einmal vor, welch glänzende Kette von Alpenübergängen mit dem Bau des Kisten abgeschlossen würde. Von Meiringen aus über den Susten nach Wassen, von Wassen über den Klausen nach Linthal, von Linthal über den Kisten nach dem Bündner Oberland und von Disentis aus über den Lukmanier nach Biasca: eine so ununterbrochene Reihenfolge schönster, landschaftlich hervorragender Alpenpässe kann im ganzen Schweizerlande nicht mehr geschaffen werden. Es steht mir nicht an, über militärische Dinge und über Sachen der Strategie ein Wort zu verlieren. Aber ich glaube, der Zeitpunkt ist derart, dass wir heute in das Gutachten des Generalstabes zu dieser Frage unbedingtes Zutrauen zeigen sollen. Wenn wir anfangen, auch auf militärischem Gebiete jede Aussage der höchsten militärischen Kreise zu kritisieren, so enden wir in einem Chaos und in einer grossen Disziplinlosigkeit.

Mit besonderm Vergnügen möchte ich feststellen, dass sowohl in der bundesrätlichen Vorlage als auch in den Beschlüssen des Ständerates die Zugangsstrassen zum Kisten einem weitern Ausbau anheimgestellt werden. Es soll in erster Linie die Oberalpstrasse ausgebaut werden. Ich unterlasse es, Sie auf die Wichtigkeit der Oberalpstrasse hinzuweisen. Aber ich möchte Ihre Aufmerksamkeit dahin lenken, dass die Oberalpbahn und deren Winterbetrieb von grösster Bedeutung für die Wirtschaft des Landes, sowohl des Urnerlandes als des Wallis, des Bündner Oberlandes und des Urserentales sind, und möchte besonders betonen, dass der bessere Ausbau der Schöllenenbahn wesentlich im Interesse der Landesverteidigung liegt, denn die Schöllenenbahn bildet nun einmal den direktesten Zugang zu den Festungen im Gebiete des Gotthard.

Weiter möchte ich empfehlen, dass auch der Ausbau der Klausenstrasse im Programm stehen gelassen wird. Die Klausenstrasse hat ein grosses Tal mit hauptsächlich Landwirtschaft treibender Bevölkerung dem Verkehr erschlossen, und bildet eine der schönsten Alpenstrassen unseres Landes. Sie hat zwischen Uri und Glarus die herzlichsten Beziehungen geschaffen, derart schöne Beziehungen, dass sogar dem alten berühmten Hahnenkampf zwischen Uri und Glarus ein für allemal ein Ende gesetzt ist. Sie werden vielleicht fragen, warum wir im Kanton Uri für das Projekt einer Strasse durch das Maderanertal, beim Düssistock vorbei, keine grosse Symphatie aufbringen. Die Sache ist sehr einfach: Das Projekt Maderanertal-Düssistock ist erst im letzten Augenblick in die Diskussion geworfen worden, sodass sowohl die Kommissionen wie auch das Volk noch sehr wenig Gelegenheit hatten, darüber Details zu erfahren und sich mit dieser Angelegenheit näher zu befassen.

Im übrigen hegen wir die grosse Besorgnis wegen des Unterhalts einer derartig schwierigen Strasse. Der Kanton Uri, der über ein sehr grosses, weitverbreitetes, lang gezogenes Strassennetz verfügt, der eine arme Bevölkerung beherbergt, hat Angst und Besorgnis, wenn er zu den gegenwärtigen grossen Unterhaltslasten des Strassennetzes noch weitere Unterhaltspflichten übernehmen müsste. Wir hegen auch Bedenken wegen einer allfälligen Bahn von Göschenen ins Bündner Oberland. Die Bahn würde uns lediglich eine Durchgangsbahn bedeuten, die uns wirtschaftlich kaum irgendwelchen Nutzen brächte. Wir befürchten auch, dass der Kostenpunkt einer solchen Bahn, die kaum je als rentabel geschätzt werden könnte, allzu hoch läge.

Aus diesen kurzen Erwägungen möchte ich Ihnen daher empfehlen, den Antrag anzunehmen, der auf den Bau einer Kistenstrasse zielt und der die Zugangsstrassen, Klausenstrasse, Oberalpstrasse, Oberalpbahn und Schöllenenbahn, einem weitern Ausbau unterzieht und für den Winterbetrieb geeignet machen will.

Man hat irgendwo geschrieben: «La Suisse est le pays des petites patries». Es hat sich wirklich bei dieser Gelegenheit wieder einmal gezeigt, wie freundschaftlich wir uns gegenseitig in den Haaren liegen, wenn es sich darum handelt, eine Neuerung einzuführen. Es ist dies eigentlich ganz nett und sehr wohl begreiflich und entspricht alten historischen Gründen und Traditionen. Aber in diesen gefährlichen Zeiten ist es nötig, wieder einmal an eine eidgenössische, allgemein gültige, militärisch richtige Lösung zu denken. Die gegenwärtige Lage unseres Vaterlandes erheischt rasches Handeln und drängt zu entscheidenden, bestimmten Entschlüssen. Daher empfehle ich Ihnen den Mehrheitsantrag der Kommission.

M. le **Président:** La situation est la suivante:

Proposition de la majorité de la commission: adhésion au Conseil des Etats.

Proposition de la minorité de la commission: maintenir la décision antérieure du Conseil national, plus la proposition de la première minorité à l'art. 4.

Ces deux propositions de la minorité forment un tout et seront opposées en bloc à celle de la majorité.

Meierhans: Ich beantrage in Anbetracht der Wichtigkeit namentliche Abstimmung.

M. le **Président:** Monsieur Meierhans, vous allez nous faire perdre 20 minutes. Est-ce que vraiment vous insistez pour le vote à l'appel nominal?

Meierhans: Ich halte meinen Antrag aufrecht.

M. le **Président:** Monsieur Meierhans, vous maintenez votre proposition? Il faut qu'elle soit appuyée par 30 voix pour être valable.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Meierhans 19 Stimmen.

M. le **Président:** La proposition de M. Meierhans n'a obtenu que 19 voix. Nous voterons donc comme d'habitude.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit 120 Stimmen
Für den Antrag der I. Minderheit 31 Stimmen

Art. 3 und *5.*

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adoptés.*

M. le **Président:** Je vous remercie, Messieurs, de la manière si rapide et si satisfaisante avec laquelle vous avez liquidé ces deux très graves questions.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 4. April 1939.
Séance du 4 avril 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

Differenzen. — *Divergences.*

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 247 hiervor. — Voir page 247 ci-devant.

M. le **Président:** A la lettre A, chiffre 1, dans le texte français, on a fait dire au Conseil des Etats qu'il avait décidé un crédit de 307,7 millions.

En réalité, il a décidé la même somme que le Conseil national. Il n'y a donc pas de divergence sur ce point.

Litera A, Ziff. 3.

Antrag der Kommission.

Ziff. I. Der Bund ist befugt, zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung eine jährlich zu berechnende Ausgleichsteuer zu erheben von Grossunternehmungen des Detailhandels, deren Umsatz in dem der Veranlagung vorausgehenden Jahre den Betrag von Fr. 200 000 überstiegen hat, bis der Ertrag ohne Zins die Summe von 140 Millionen erreicht haben wird. Unter diese Bestimmung fallen auch Selbstbedienungs- und Automatenrestaurants, sowie industrielle und gewerbliche Betriebe, die eigene oder fremde Erzeugnisse im Detail abgeben.

Lettre A, ch. 3.

Proposition de la commission.

Ch. I. Afin d'amortir partiellement les dépenses qui lui auront été causées par la création de possibilités de travail, la Confédération a le droit de percevoir un impôt compensatoire, à calculer annuellement, sur les grandes entreprises du commerce de détail, qui, au cours de l'année précédant la taxation, ont vendu pour plus de 200 000 francs, jusqu'à ce que cet impôt, sans intérêts, ait produit 140 millions de francs. Sont soumis également à cette disposition, les restaurants sans serveurs et les restaurants automatiques, ainsi que les exploitations industrielles et artisanales vendant au détail leurs propres produits ou des produits étrangers.

Schirmer, Berichterstatter: Die Ziffer 3 handelt von der Ausgleichsteuer, der der Ständerat grundsätzlich zugestimmt hat. Er hat aber sowohl in der Umschreibung dieser Steuer wie in den Ansätzen erhebliche Differenzen geschaffen, die uns hier in der Beratung beschäftigen werden. Die

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	10
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	03.04.1939
Seite Page Pagina	247-260
Ref. No	20 032 759

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Man hat irgendwo geschrieben: «La Suisse est le pays des petites patries». Es hat sich wirklich bei dieser Gelegenheit wieder einmal gezeigt, wie freundschaftlich wir uns gegenseitig in den Haaren liegen, wenn es sich darum handelt, eine Neuerung einzuführen. Es ist dies eigentlich ganz nett und sehr wohl begreiflich und entspricht alten historischen Gründen und Traditionen. Aber in diesen gefährlichen Zeiten ist es nötig, wieder einmal an eine eidgenössische, allgemein gültige, militärisch richtige Lösung zu denken. Die gegenwärtige Lage unseres Vaterlandes erheischt rasches Handeln und drängt zu entscheidenden, bestimmten Entschlüssen. Daher empfehle ich Ihnen den Mehrheitsantrag der Kommission.

M. le **Président:** La situation est la suivante:

Proposition de la majorité de la commission: adhésion au Conseil des Etats.

Proposition de la minorité de la commission: maintenir la décision antérieure du Conseil national, plus la proposition de la première minorité à l'art. 4.

Ces deux propositions de la minorité forment un tout et seront opposées en bloc à celle de la majorité.

Meierhans: Ich beantrage in Anbetracht der Wichtigkeit namentliche Abstimmung.

M. le **Président:** Monsieur Meierhans, vous allez nous faire perdre 20 minutes. Est-ce que vraiment vous insistez pour le vote à l'appel nominal?

Meierhans: Ich halte meinen Antrag aufrecht.

M. le **Président:** Monsieur Meierhans, vous maintenez votre proposition? Il faut qu'elle soit appuyée par 30 voix pour être valable.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Meierhans 19 Stimmen.

M. le **Président:** La proposition de M. Meierhans n'a obtenu que 19 voix. Nous voterons donc comme d'habitude.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit 120 Stimmen
Für den Antrag der I. Minderheit 31 Stimmen

Art. 3 und *5.*

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adoptés.*

M. le **Président:** Je vous remercie, Messieurs, de la manière si rapide et si satisfaisante avec laquelle vous avez liquidé ces deux très graves questions.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 4. April 1939.
Séance du 4 avril 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

Differenzen. — *Divergences.*

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 247 hiervor. — Voir page 247 ci-devant.

M. le **Président:** A la lettre A, chiffre 1, dans le texte français, on a fait dire au Conseil des Etats qu'il avait décidé un crédit de 307,7 millions.

En réalité, il a décidé la même somme que le Conseil national. Il n'y a donc pas de divergence sur ce point.

Litera A, Ziff. 3.

Antrag der Kommission.

Ziff. I. Der Bund ist befugt, zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung eine jährlich zu berechnende Ausgleichsteuer zu erheben von Grossunternehmungen des Detailhandels, deren Umsatz in dem der Veranlagung vorausgehenden Jahre den Betrag von Fr. 200 000 überstiegen hat, bis der Ertrag ohne Zins die Summe von 140 Millionen erreicht haben wird. Unter diese Bestimmung fallen auch Selbstbedienungs- und Automatenrestaurants, sowie industrielle und gewerbliche Betriebe, die eigene oder fremde Erzeugnisse im Detail abgeben.

Lettre A, ch. 3.

Proposition de la commission.

Ch. I. Afin d'amortir partiellement les dépenses qui lui auront été causées par la création de possibilités de travail, la Confédération a le droit de percevoir un impôt compensatoire, à calculer annuellement, sur les grandes entreprises du commerce de détail, qui, au cours de l'année précédant la taxation, ont vendu pour plus de 200 000 francs, jusqu'à ce que cet impôt, sans intérêts, ait produit 140 millions de francs. Sont soumis également à cette disposition, les restaurants sans serveurs et les restaurants automatiques, ainsi que les exploitations industrielles et artisanales vendant au détail leurs propres produits ou des produits étrangers.

Schirmer, Berichterstatter: Die Ziffer 3 handelt von der Ausgleichsteuer, der der Ständerat grundsätzlich zugestimmt hat. Er hat aber sowohl in der Umschreibung dieser Steuer wie in den Ansätzen erhebliche Differenzen geschaffen, die uns hier in der Beratung beschäftigen werden. Die

Ziffer 3 ist in einige römische Abschnitte untergeteilt. Sie müssen die Vorlage zur Hand nehmen, sonst können Sie meinen Ausführungen nicht folgen.

Ziff. 3, I enthält in den Beratungen der nationalrätlichen Kommission nur eine redaktionelle Abänderung zum Ständerat; im übrigen beantragt die Kommissionsmehrheit Zustimmung.

Ich weiss nicht, ob von Ihrer Seite zu Ziff. I ein anderer Antrag gestellt wird; schriftliche Anträge sind zu dieser Ziffer nicht eingereicht worden.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziff. 3, II.

Schirmer, Berichterstatter: Im Einverständnis mit dem Herrn Präsidenten möchte ich Ihnen vorschlagen, nun zu Ziffer 3 III überzugehen und zuerst die Ansätze zu behandeln.

Zustimmung. — *Adhésion.*

M. le **Président:** J'attire l'attention des députés welches sur une erreur que contient le texte français. Dans la proposition de M. Keller et consorts vous avez 7,5 % pour les coopératives d'entr'aide. Il faut lire 7,5 pour mille.

Ziff. III.

Antrag der Kommission.

Die Belastung des steuerbaren Umsatzes beträgt mindestens eins vom Tausend und höchstens:
— fünf vom Hundert für Einheitspreisgeschäfte;
— drei vom Hundert für Waren- und Kaufhäuser, Unternehmungen mit fahrenden Läden und für Versandgeschäfte, die mehrere Warenkategorien führen;
— zwei vom Hundert für Filialunternehmungen.

Mehrheit:
— siebeneinhalb vom Tausend für Selbsthilfegenossenschaften und für Detailunternehmungen anderer Art.

I. Minderheit
(Keller-Aarau, Berthoud, Condrau, Crittin, Duttweiler, Gattiker, Meyer-Luzern, Rossi):

Die Belastung des steuerfreien Umsatzes beträgt mindestens zwei vom Tausend und höchstens:
— vier vom Hundert für Einheitspreisgeschäfte;
— zweieinhalb vom Hundert für Waren- und Kaufhäuser, Unternehmungen mit fahrenden Läden und für Versandgeschäfte, die mehrere Warenkategorien führen;
— anderthalb vom Hundert für Filialunternehmungen;
— eins vom Hundert für Detailunternehmungen anderer Art;
— siebeneinhalb vom Tausend für Selbsthilfegenossenschaften.

Abänderungsantrag Nobs.

Zum Antrag der Minderheit der Kommission, Keller-Aarau und Mitunterzeichner.
— fünf vom Tausend für Selbsthilfegenossenschaften.

II. Minderheit
(Huber-St. Gallen, Bringolf, Graber, Grimm, Meierhans, Nobs, Rosselet, Schneider):
— fünf vom Tausend für ...

Antrag Aeby.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Mitunterzeichner: HH. Chassot, Glasson, Gutknecht, Müller-Schmitten, Quartenoud. (5)

Ch. III.

Proposition de la commission.

Le taux applicable au chiffre d'affaires imposable est de un pour mille au moins, et au plus:
— de cinq pour cent pour les magasins à prix uniques;
— de trois pour cent pour les grands magasins, les maisons d'assortiment, les maisons à magasins ambulants et les maisons d'expédition tenant diverses espèces de marchandises;
— de deux pour cent pour les entreprises à succursales multiples.

Majorité
— de sept et demi pour mille, pour les coopératives d'entr'aide et pour les entreprises du commerce de détail d'un autre genre.

Ire Minorité
(Keller-Aarau, Berthoud, Condrau, Crittin, Duttweiler, Gattiker, Meyer-Lucerne, Rossi):

Le taux applicable au chiffre d'affaires imposable est de deux pour mille au moins, et au plus:
— de quatre pour cent pour les magasins à prix uniques;
— de deux et demi pour cent pour les grands magasins, les maisons d'assortiment, les maisons à magasins ambulants et les maisons d'expédition tenant diverses espèces de marchandises;
— de un et demi pour cent pour les entreprises à succursales multiples;
— de un pour cent pour les entreprises du commerce de détail d'un autre genre;
— de sept et demi pour cent pour les coopératives d'entr'aide.

Amendement Nobs

à la proposition de la minorité de la commission Keller-Aarau et cosignataires:
... d'un autre genre;
— de cinq pour mille pour les coopératives d'entr'aide.

IIe Minorité
(Huber-St-Gall, Bringolf, Graber, Grimm, Meierhans, Nobs, Rosselet, Schneider):
— de cinq pour mille pour les coopératives...

Proposition Aeby.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Cosignataires: MM. Chassot, Glasson, Gutknecht, Müller-Schmitten, Quartenoud. (5).

Schirmer, Berichterstatter der Mehrheit: Wir haben bei den Ansätzen in der ersten Beratung eine verhältnismässig lange Diskussion gehabt, sowohl in der Kommission wie hier im Rat. Der Ständerat hat dann verschiedene Aenderungen vorgenommen,

und zwar in dem Sinne, dass er bei den kapitalistischen Unternehmungen des Grosshandels die Ansätze etwas heruntergesetzt hat, währenddem er bei den Genossenschaften den Ansatz von ½ % auf 1 % erhöht hat. Die Angelegenheit gab natürlich auch in Ihrer Kommission wieder reichlich zu sprechen, und ich muss schon sagen, dass die Vorlage einigermassen das Kennzeichen der nervösen Behandlung trägt, wie sie bei den Beratungen im Laufe der Session nicht zu vermeiden ist. Es ist nicht mehr so recht klar ersichtlich, was Kommissionsmehrheit und was -minderheit ist. In der nationalrätlichen Kommission hat nach dem Protokoll ein Teil der Kommission beschlossen, der ständerätlichen Fassung zuzustimmen, während die andere Hälfte am Beschluss des Nationalrates festhalten wollte. Jetzt ist ein Vermittlungsantrag gestellt worden, der etwas zwischen hinein kommt, der nicht ganz dem Ständerat und nicht ganz der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission entspricht. Ich glaube, man könnte hier auch wieder lange Worte verlieren, bin aber der Meinung, dass die Auffassungen im allgemeinen nun gemacht sind. Es wäre natürlich wünschbar, dass es möglich würde, hier eine Verständigung herbeizuführen. Ob sich das aus unsern Beratungen ergeben wird, wage ich nicht zu prophezeien. Ich glaube, ich sollte Ihnen die Lage zu jedem einzelnen Abschnitt bekannt geben.

Wir haben im Nationalrat für die Einheitspreisgeschäfte 5 % beschlossen gehabt. Der Ständerat ist dann mit einer etwas andern Fassung auf 2½ % für Waren- und Kaufhäuser herabgegangen und hat einen Zuschlag für diejenigen Betriebe beschlossen, die nach Art der Einheitspreisgeschäfte geführt werden, so dass sich folgendes ergeben würde: Die gewöhnlichen Warenhäuser hätten 2½ % bezahlt. Die Unternehmungen, die als Einheitspreisgeschäfte geführt werden, würden eine Mehrbelastung von 50 % erfahren, so dass dort 3¾ % erreicht werden. Die Filialunternehmungen haben wir mit 2 % belastet, währenddem der Ständerat auf 1½ % gegangen ist, und bei den Genossenschaften ist er auf 1 % gegangen, währenddem wir nur ½ % beschlossen haben.

Nun sehen Sie bei den Anträgen der Kommission des Nationalrates folgendes: Einmal ist im Eingang der Nationalrat wieder auf den ursprünglichen Antrag zurückgegangen, mit 1 % anzufangen. Ich möchte Sie bitten, hier keinen Minderheitsantrag zu stellen, sondern an diesem Antrag festzuhalten. Er scheint mir für den Uebergang richtiger zu sein, als wenn schon mit 2 % angefangen wird. Ein Geschäft, das gerade an der Grenze liegt, würde bei 2 % nach Antrag des Ständerates bereits Fr. 400.— bezahlen müssen, währenddem nach Antrag des Nationalrates nur Fr. 200.— zu entrichten wären. Man wird über all diese Abschnitte wahrscheinlich im Einzelnen abstimmen müssen, da wir sonst kein klares Bild über die Meinung des Rates bekommen.

Bei den Einheitspreisgeschäften geht der Ansatz der Kommissionsmehrheit auf 5 %, während jetzt ein neuer Antrag von 4 % vorliegt. Ich weiss nicht, wie die Kommission entschieden hätte, wenn sie die Anträge der jetzigen Kommissionsminderheit schon damals gekannt hätte. Ich habe bemerkt, dass Herren, die bei der Mehrheit gewesen sind, nun diesen neuen Antrag der sog. Kommissionsminderheit unterschrieben haben. Sodann ist ein neues Moment eingetreten. Sie haben eine ganz kurze Eingabe der Zentralstelle der schweizerischen Waren- und Kaufhäuser bekommen, die in ihrem Schlusssatz durchblicken lässt, dass vielleicht eine Verständigung möglich wäre. Diese Eingabe schliesst nämlich folgendermassen: „Unsere dringende Bitte an Sie geht dahin, zum mindesten keine höheren als die vom Ständerat beschlossenen Sätze zu beschliessen, umsomehr, als auch die Vertreter des Gewerbes im Ständerat sich damit einverstanden erklärten". Das lässt durchblicken, dass man bei den Warenhäusern vielleicht einer etwas milderen Ausgleichsteuer keine Opposition mehr machen würde. Ich muss es nun angesichts dieser Situation wirklich Ihnen überlassen, wie Sie die Stimme abgeben wollen, da sich nach den geschilderten Vorfällen keine klare Mehrheit und Minderheit in der Kommission ergibt. Zu der Vorlage selbst habe ich nichts mehr zu sagen. Es handelt sich um eine Einstellung der einzelnen Gruppen und das ist eine Ermessensfrage. Ueber die Einzelheiten selbst habe ich Ihnen nun berichtet, so dass ich glaube, Sie können ruhig die Diskussion auf Grund dieser Ausführungen benützen.

Keller-Aarau, Berichterstatter der I. Minderheit: Ich möchte Ihnen mit ein paar Worten empfehlen, den ständerätlichen Steueransätzen zuzustimmen, vielleicht mit der einzigen Ausnahme, dass für die Einheitspreisgeschäfte statt 3¾ % 4 % vorgesehen werden. Der Ständerat hat diesen Steueransätzen sozusagen einstimmig, in einem einzigen Fall, bei den Genossenschaften, mit 29 gegen 4 Stimmen, zugestimmt. Schon dieses Abstimmungsergebnis sollte uns einen gewissen Eindruck machen.

Die ständerätliche Lösung verdient aber auch sachlich den Vorzug vor der unsrigen. Sie trägt in loyaler Weise den berechtigten Einwendungen der Unternehmungen, die durch die Steuer getroffen werden sollen, Rechnung. Durch Erhöhung des minimalen Steuersatzes und durch Milderung der Maximalsteuersätze stellt sie hinsichtlich der Belastung der steuerpflichtigen Unternehmungen einen besseren Ausgleich her und erreicht damit gleichzeitig eine Milderung des Eingriffs in die Konkurrenzverhältnisse der in Betracht fallenden Unternehmungen, worauf diese begreiflicherweise grosses Gewicht legen.

Es kann nicht Aufgabe der in Beratung stehenden Vorlage sein, neben dem Schutz der kleinen und mittleren Geschäfte auch noch die Existenzbedingungen der Grossen durch die Steuer differentiell beeinflussen zu wollen. Jedenfalls empfiehlt es sich, hier gewisse Grenzen nicht zu überschreiten, sondern Mass zu halten.

Dazu kommt, dass die Maximalsteuersätze für die Einheitspreisgeschäfte, die Waren- und Kaufhäuser und die Filialgeschäfte nach dem Entwurf des Nationalrates offenbar immer noch etwas zu hoch gegriffen sind und das Billige und Tragbare übersteigen, so dass sich eine bescheidene Milderung derselben aufdrängt und als ein Gebot der Gerechtigkeit und der Klugheit erscheint.

Durch die Zustimmung zur ständerätlichen Fassung wird der doppelte Zweck der Vorlage nicht in Frage gestellt. Der Ertrag der Steuer nach Ständerat ist von der Steuerverwaltung auf rund 12 Millionen Franken berechnet worden, also annähernd auf den gleichen Betrag, der sich ergibt, wenn die Steuer nach den Vorschlägen des Nationalrates festgesetzt wird.

Auch der gewerbepolitische Zweck, der mit der Steuer verfolgt wird, wird nicht leiden, wenn die Steueransätze nach der ständerätlichen Fassung geregelt werden. Die Belastung ist auch so noch beträchtlich, namentlich bei den Einheitspreisgeschäften, den Waren- und Kaufhäusern und den Filialgeschäften. Sie ist aber doch nicht derart übertrieben, dass sie diese Unternehmungen zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwingen würde, die sich ja nur wieder gegen die kleinen und mittleren Geschäfte richten würde. Es liegt sicher auch im Interesse der kleinen Geschäfte, wenn mit der Ausgleichsteuer Mass gehalten und dadurch nicht ein Kampf auf Leben und Tod heraufbeschworen wird, der doch wieder zu Ungunsten der Kleinen ausschlagen würde.

Wenn die Vertreter des Gewerbes übrigens den niederen Ansatz für die Selbsthilfegenossenschaften hinnehmen und sogar noch empfehlen, sollten sie billigerweise auch an einer kleinen Reduktion der Ansätze für die übrigen Grossunternehmungen des Detailhandels keinen Anstoss nehmen, denn die Selbsthilfegenossenschaften sind für die kleinen Existenzen mindestens so gefährlich, wenn nicht noch gefährlicher als die übrigen Grossunternehmungen des Detailhandels.

Die gemilderten Steueransätze liegen auch im Interesse der Sitzkantone der Grossunternehmungen, d. h. der Kantone Zürich, Basel und Genf, welche vor einer zu starken Belastung der Grossunternehmungen des Detailhandels eine empfindliche Beeinträchtigung ihrer Steuererträgnisse befürchten und deswegen durch Eingaben an die Kommission vorstellig geworden sind.

Dass der Ständerat die Steuersätze für die verschiedenen Grossdetailgeschäfte gemildert und nur den Ansatz für die Selbsthilfegenossenschaften erhöht hat, darf nicht verwundern. Es liegt darin kein Widerspruch. Es musste dies geschehen, um den angestrebten, gerechten Ausgleich unter den verschiedenen Kategorien der Detailhandelsunternehmungen herbeizuführen und dem Schutzbedürfnis der Kleinen auch gegenüber den Selbsthilfegenossenschaften Rechnung zu tragen. Diese sind offenbar bei den Beratungen im Nationalrat etwas zu gut weggekommen. Eine Korrektur drängte sich auf. Es muss dem Ständerat zum Verdienst angerechnet werden, dass er diese Korrektur — übrigens in bescheidenem Masse — vorgenommen hat und sich dabei von sachlichen Erwägungen hat leiten lassen. Der Ausgleichsteuer werden ja übrigens nur die grossen Genossenschaften mit einem 200 000 Franken übersteigenden Umsatz unterworfen, also nur diejenigen, die sie zu tragen vermögen; die andern, sie sind in der Mehrzahl, sind steuerfrei. Von der Maximalsteuer von 1 % oder ¾ % werden sodann auch nur die paar Genossenschaften, ich glaube es sind deren 3, betroffen, die einen Umsatz von über 10 Millionen Franken aufweisen. Es werden durch diese Steuer auch nur die Genossenschaften als solche betroffen und nicht, wie man etwa behauptet und glauben machen will, die einzelnen Genossenschaftsmitglieder. Die Steuer trifft die Genossenschaften und nicht die einzelnen Mitglieder. Diese werden durch die Steuer direkt nicht berührt; aber auch indirekt nicht, weder durch eine Verteuerung der Waren, noch durch eine Kürzung der Rückvergütungen. Wer einen Blick in die Rechnungen der Grossgenossenschaften wirft, wird sich ohne weiteres davon überzeugen, dass sie die ihnen zugemutete geringe Belastung zu tragen vermögen, ohne dass sie ihre Mitglieder irgendwie in Mitleidenschaft ziehen müssen. Es ist deshalb verfehlt, die an die Genossenschaften angeschlossenen kleinen Leute gegen eine bescheidene Belastung der Genossenschaften ins Feld zu führen. Belastet werden nicht die kleinen Leute, sondern die kapitalkräftigen und leistungsfähigen Genossenschaften, die von den ihnen angeschlossenen Mitgliedern sehr zu unterscheiden sind.

Es ist sogar verfehlt, wenn man sich für die steuerliche Privilegierung der Genossenschaften auf ihren Charakter als Selbsthilfeorganisation beruft. Dieser Charakter hat mit der Steuer, um die es sich hier handelt und die ausschliesslich auf den Umsatz abstellt und den gewerbepolitischen Schutz der kleinen und mittleren Geschäfte bezweckt, gar nichts zu tun. Der Umsatz der Genossenschaften als solcher unterscheidet sich in keiner Weise vom Umsatz der übrigen Grossunternehmungen des Detailhandels, und für den kleinen und mittleren Detaillisten kommt es schliesslich auf das gleiche heraus, ob er von einem Kapitalisten oder von einem genossenschaftlichen Grossunternehmen erdrückt wird.

Es dürfte sich überhaupt empfehlen, den Gegensatz und Unterschied zwischen den sog. kapitalistischen und genossenschaftlichen Grossunternehmungen nicht allzu sehr zu betonen. Mit diesem Gegensatz und Unterschied ist es nämlich nicht mehr so weit her. Die Genossenschaften haben sich im Laufe der Zeit recht eigentlich zu grosskapitalistischen Unternehmungen entwickelt. Sie verfügen über erhebliche eigene Gelder, die sie anständig verzinsen, sodann über Millionenreserven, die sie jährlich kräftig äufnen. Sie kennen auch, nach reichlichen Abschreibungen die sog. stillen Reserven und verstehen schliesslich auch, wenn es darauf ankommt, ihre finanzielle Macht und Kraft gerade so zu gebrauchen wie die kapitalistischen Grossunternehmungen. Das Grosskapital der Genossenschaften ist für die Kleinen gerade so bedrohlich wie das Grosskapital, über das die übrigen Grossunternehmungen verfügen. Dass ein Teil des Gewinnes der Genossenschaften in Form von Rückvergütungen wieder an die Mitglieder zurückfliesst, spielt dabei keine so grosse Rolle mehr, ganz abgesehen davon, dass derartige Rückvergütungen, wenn auch zum Teil in etwas anderer Form, auch bei nicht genossenschaftlichen Unternehmungen vorkommen, also keine Besonderheit der Genossenschaften sind.

Diese Ueberlegungen würden eigentlich dafür sprechen, dass alle diese Grossunternehmungen des Detailhandels in steuerlicher Hinsicht gleich be-

handelt würden. Wenn man aber den Genossenschaften trotz alledem das Vorhandensein besonderer Verhältnisse zugestehen will, so ist ihnen dadurch in weitgehendem Masse Rechnung getragen, wenn die Maximalsteuer für sie nur auf 1 % oder, wie nun ein neuerer Antrag lautet, auf ¾ % festgesetzt wird, statt wie für die andern Grossunternehmungen des Detailhandels auf 1½, 2½, 3¾, bezw. 4 %. Wir dürfen und sollen uns um so eher entschliessen, bei den Genossenschaften auf 1 % oder doch wenigstens auf ¾ % zu gehen, als die in Ziffer 3 vorgesehenen Ausnahmen in der Hauptsache den Genossenschaften zugute kommen und da bewirken werden, dass die Steuer für sie je nach dem Umfang dieser Ausnahmen sich erheblich reduziert. Wir möchten Ihnen empfehlen, sich dem Beschlusse des Ständerates, vielleicht mit den angedeuteten Aenderungen, anzuschliessen, und zwar auch bezüglich der Genossenschaften, die deswegen sicher der Vorlage nicht den Kampf ansagen werden. Sie würden damit ja ihrem Grundsatze der Gemeinnützigkeit und der Solidarität ins Gesicht schlagen und überdies übersehen, dass der Ertrag der Steuer dazu bestimmt ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wofür sicher auch die Genossenschaften sich zu bescheidenen Opfern bereit finden werden. Ich empfehle Ihnen den Antrag der Minderheit der Kommission.

Nobs: Zum Antrag der Minderheit der Kommission (Keller und Mitunterzeichner) habe ich Ihnen beantragt, die Taxe auf die Selbsthilfegenossenschaften nicht höher als auf 5 vom 1000 festzusetzen. Der Minderheitsantrag findet seine Begründung ja gewiss darin, dass es nicht angeht, in der Zeit, in der wir leben und unter den überaus erschwerten internationalen Konkurrenzverhältnissen solche Steuern auf die Konsumenten zu legen. Es ist ein überaus einfaches Mittel, auf diese Art und Weise Sozialpolitik oder angeblich Sozialpolitik zu finanzieren, dass man die Konsumenten und damit auch diejenigen, die es am schwersten haben, unter den heutigen Verhältnissen durchzukommen, belastet.

Die Steuer sollte erträglich gehalten werden. Sie wird, wenn Sie sie auf eine etwas grössere Frist ausdehnen, das aufbringen können, was man erwartet. Es wird nur einige Jahre länger dauern, bis der Gesamtbetrag aufgebracht ist, und das ist kein Unglück.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an die sehr ernsten Vorstellungen erinnern, die der Regierungsrat des Kantons Zürich zu wiederholten Malen in Eingaben an die Kommissionen des Nationalrates und des Ständerates erhoben und in denen er sehr eindringlich darauf hingewiesen hat, wie überaus schwer die wirtschaftlichen und steuerlichen Konsequenzen derartiger drakonischer Steuermassnahmen sich auswirken werden. Ich möchte Sie warnen, mit derartigen Belastungen dem rationell organisierten Grossbetrieb, der ja nicht nur seinen Aktionären nützt, sondern der, wenn er rationell arbeitet, auch eine volkswirtschaftliche und gemeinnützige Aufgabe von allergrösster Bedeutung erfüllt, die Erfüllung dieser Aufgabe zu erschweren durch Steuern, welche derartige Betriebe zu erdrosseln drohen. Die Steueransätze, so, wie sie ja ursprünglich vorgesehen waren, sind nicht tragbar.

Noch eine Bemerkung über die Grundsätze, die hier nicht ausser Acht gelassen werden sollten: Der Staat bringt heute gewaltige Leistungen auf für die notleidende Industrie — ich nenne darunter die Arbeitsbeschaffung, die Arbeitslosenunterstützung, die Exportförderung — und ebenso gewaltige Leistungen für die Landwirtschaft, um sie durch die Krise, namentlich die Absatzkrise im Auslandverkehr, durchzuhalten. Solche Leistungen werden wir im besten Falle noch einige Jahre aufbringen können; aber es kommt der Zeitpunkt, wo das nicht mehr möglich sein wird, weil nämlich diejenigen Teile der Wirtschaft, die die Lasten tragen sollen, dann nicht mehr leistungsfähig sein werden. Ich möchte Sie sehr bitten, das nicht zu übersehen. Es geht um eine Frage von entscheidender Bedeutung für unsere Stellung am Weltmarkt. Vor allem möchte ich noch betonen, dass der Weg, der hier beschritten werden soll, um die Mittelstandsprobleme zu lösen, mir ein Irrweg zu sein scheint. Diese Mittelstandsprobleme sind, in grösserer Perspektive gesehen, gewiss nicht durch wirtschaftliche Rückschritte zu lösen. Gewiss sind Rückwärtslösungen unmöglich, verhängnisvoll, ein Schaden für unsere Stellung in der Weltwirtschaft. Ich möchte vielmehr Lösungen proponieren, die Vorwärtslösungen sein werden, die die Mittelstandswirtschaft vorwärts entwickeln, ohne dabei die Wirtschaftszweige, mit denen sie in Konkurrenz steht, zu drosseln. Ich bin überzeugt, dass nur durch eine derartige Behandlung der Mittelstandsfragen ihre Probleme bewältigt werden.

Nun noch eine Bemerkung zu den Darlegungen des Herrn Keller. Die Mitglieder der Genossenschaften, meint er, würden nicht belastet durch die Ansätze. Belastet würden nur die Genossenschaften. Dabei übersieht er, dass ja Genossenschaften und ihre Mitglieder durchaus identisch sind, dass das, was den Genossenschaften dient, wieder ihren Mitgliedern zugute kommt, so dass also eine derartige Unterscheidung durchaus nicht möglich ist. Vor allem hat auch Herr Keller den Fehler begangen, die grossen Genossenschaften mit den privaten Grossbetrieben zu identifizieren. Auch das ist gewiss nicht haltbar, eine Theorie, die in der theoretischen Nationalökonomie keine Begründung findet. Die Konsumgenossenschaften sollten ja nach einem seinerzeitigen Antrag des Bundesrates gänzlich frei gelassen werden. Sie haben dann selber zugestimmt, diese Belastung auf 5‰ zu begrenzen. Ich möchte Sie eindringlich warnen, diese Belastung zu erhöhen. Sie wissen, dass vor einigen Jahren, als aus Konkurrenzgründen aus mittelständischen Kreisen eine Aktion gegen die Genossenschaften lanciert wurde, die diesen ans Leben gehen sollte, eine Volkspetition mit mehreren Hunderttausend Unterschriften, mit über einer halben Million Unterschriften, sich dagegen zur Wehr erhoben hat. Darauf hat man die Nutzlosigkeit einer solchen Aktion eingesehen. Ich möchte Sie bitten, eine Organisation wie unser schweizerisches Genossenschaftswesen, eine soziale Hilfsorganisation der wirtschaftlich am meisten benachteiligten Volksgruppen, nicht in einer solchen Art und Weise herauszufordern, wie das geschieht durch höhere Taxen als das Maximum, das diese

Genossenschaften selber sich bereit erklärt haben, zu tragen.

Ich möchte Sie bitten, wenn Sie dem Antrag der Minderheit zustimmen — ich halte das für möglich und richtig —, dann wenigstens die Belastung der Genossenschaften auf 5 vom 1000 festzusetzen und nicht darüber hinauszugehen.

Huber-St. Gallen: Es ist etwas schwer, sich heute ein Bild zu machen, welche Anträge von der Mehrheit und welche von der Minderheit getragen sind, wie Ihnen Herr Kollega Schirmer bereits auseinandergesetzt hat. Ich werde mich lediglich mit der einen Frage beschäftigen, wie die Genossenschaften steuerrechtlich zu behandeln seien. Es ist dabei vielleicht gut, sich vorerst Rechenschaft darüber abzulegen, was eigentlich die Aufgabe der Vorlage ist.

Die Vorlage sollte in erster Linie die Arbeitsbeschaffung und die Verstärkung der Landesverteidigung bringen. Unglücklicherweise ist damit eine Steuervorlage verbunden worden, und zwar in der Form einer Verfassungsrevision. Diese beiden Dinge sind so miteinander verkoppelt, dass notwendigerweise Schwierigkeiten entstehen mussten. Die Berechnung, die dahintersteckt, ist offenbar die, dass eine ganze Anzahl von Freunden der Landesverteidigung und der Arbeitsbeschaffung diese mängelhafte und an sich unsympathische Form der Steuer akzeptieren werden. „Sie werden doch nicht den Gedanken der Solidarität verleugnen", wie das von Herrn Keller erklärt worden ist. Mit dieser nicht gerade sehr reinlichen Methode glaubte man Zustimmung erpressen zu können zu etwas, das normalerweise nicht angenommen würde. Ich will mich über diese Frage, die wir ja das letztemal einlässlich diskutiert haben, nicht weiter äussern, aber immerhin sagen, dass sie eine grosse Fehlrechnung enthält; denn wir alle wissen, dass, ob die Steuervorlage angenommen wird oder nicht, alle diese Ausgaben samt und sonders doch beschlossen werden müssen. Wenn diese Steuer abgelehnt wird, so wird kein Bundesrat und wird keine Bundesversammlung den Mut aufbringen, zu erklären: Nun wird die Landesverteidigung nicht verstärkt. Und wenn die Steuervorlage abgelehnt wird, sind kein Bundesrat und keine Bundesversammlung zu finden, die den Mut hätten, zu sagen: Nun werden wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einstellen. Schliesslich will ich noch daran erinnern, dass die Arbeitsbeschaffungsinitiative immer noch nicht dem Volke unterbreitet worden ist, und je länger je mehr zeigt es sich, dass diese Arbeitsbeschaffungsinitiative eine bessere, einfachere, glattere Lösung des Problems bringen würde als die heutige Vorlage.

Ich wollte das vorausschicken, um Ihnen zu sagen, dass wir uns durch diese Methoden nicht einschüchtern lassen und dass auch das Volk sich nicht wird irreführen lassen.

Nun verfolgt die Vorlage neben den beiden bereits erwähnten Zwecken noch eine weitere Absicht. Es soll durch die Einführung dieser sogenannten Ausgleichsteuer Mittelstandspolitik getrieben werden. Ob und in welchem Masse diese Vorlage einer solchen Aufgabe genügt, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich halte sie nicht gerade für ein sehr glückliches Mittel, aber jedenfalls ist zu sagen: Wenn man glaubt, dass dadurch, dass man gewissen grosskapitalistischen Unternehmungen, wie Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften, Filialgeschäften usw., eine solche Steuer auferlege, dem Mittelstand, dem Detailhandel geholfen werde, so müssen dann diese Ansätze ein gewisses Minimale aufweisen. Von diesem Gedanken hat der Nationalrat sich leiten lassen und hat sich dementsprechend auch die Mehrheit der Kommission für die Aufrechterhaltung dieser Beschlüsse ausgesprochen.

Nun hat die Vorlage im Ständerat eine ausserordentlich interessante Behandlung erfahren. Der Bundesrat hatte mit Recht und im wesentlichen in Uebereinstimmung mit der Auffassung weiter Kreise im Gewerbe die Selbsthilfegenossenschaften von der Besteuerung ausgenommen. Er liess sich dabei von einer Sachkenntnis leiten, die der zweite Referent der Kommissionsminderheit in so bedauerlicher Weise hat vermissen lassen. Leider hat schon die nationalrätliche Kommission sich dem nicht vollständig anschliessen können. Die Vertreter der Genossenschaften haben auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die damit der Vorlage drohe, und Ihr Rat hat schliesslich mit grosser Mehrheit und unter ausdrücklicher, nicht bloss stillschweigender Zustimmung der Vertreter des Kleingewerbes und des Kleinhandels sich dafür entschieden, den Maximalsteueransatz für Genossenschaften auf 5 ‰ anzusetzen. Der Ständerat hat, wie gesagt, die Angelegenheit ausserordentlich sonderbar behandelt. Die Steuervorlage, die eine mittelstandsschützlerische Aufgabe erfüllen soll, ist dieses Charakters wesentlich entkleidet worden, und die Klagen der grosskapitalistischen Unternehmungen haben beim Ständerat ein williges Gehör gefunden. Man hat die Ansätze für alle grosskapitalistischen Unternehmungen, für die Einheitspreisgeschäfte, für die Warenhäuser, für die fahrenden Läden, für die Filialgeschäfte wesentlich herabgesetzt. Wir haben nach dieser Richtung hin nie irgendwelche Begehren gestellt und würden uns auch jetzt gar nicht dazu geäussert haben, wenn nicht gleichzeitig der Ständerat einem weitern Begehren dieser grosskapitalistischen Unternehmungen entsprochen und die Steuerbelastung für die Konsumgenossenschaften mehr als verdoppelt hätte.

Meine Herren, da geht es nicht an, mit einer Argumentation, wie wir sie vorhin gehört haben, eine derartige Massregel vertreten zu wollen. Dieser Beschluss ist nichts als eine Konzession an die grosskapitalistischen Unternehmungen auf dem Gebiete des Warenhandels. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, damit ist die Belastung der Genossenschaften mehr als verdoppelt worden. Erstens einmal sind die Minimalansätze von 1 ‰ auf 2 ‰ erhöht worden. Zweitens sind die Maximalansätze von 5 ‰ auf 10 ‰ erhöht worden, und gleichzeitig sind, wie bereits ausgeführt worden ist, die Belastungen für die Warenhäuser usw. wesentlich reduziert worden, so dass das Verhältnis der Belastung zwischen den grosskapitalistischen Unternehmungen und den Selbsthilfeorganisationen eine bedeutende Verschlechterung erfahren hat. Die Folge wird sein, dass die Steuer während längerer Zeit erhoben werden muss. Es müssen also die Genossenschaften, sowohl die grossen wie die kleinen, das Doppelte dessen zahlen, was sie nach den Ansätzen des

Nationalrates zu zahlen hätten, und es wird nötig sein, die Steuer während längerer Zeit zu erheben als nach den Beschlüssen des Nationalrates vorgesehen war, so dass tatsächlich für die Genossenschaften und nur für die Genossenschaften, nach den Beschlüssen des Ständerates mehr als eine Verdoppelung der Belastung entsteht, während die grosskapitalistischen Unternehmungen eine wesentliche Entlastung erfahren. Die Interessen der Genossenschaften werden einfach vernachlässigt. Die Beratungen des Ständerates liegen noch nicht im Druck vor; es ist nicht möglich, sich über das zu äussern, was dort zur Begründung dieses Standpunktes angeführt worden ist. Was aber heute hier dazu vorgetragen worden ist, ist nur aus der absoluten Unkenntnis des Genossenschaftswesens erklärlich. Niemand, der die Genossenschaften kennt, kann derartige Behauptungen aufstellen, wie sie vorhin aufgestellt worden sind.

Die Genossenschaften seien grosskapitalistische Unternehmungen. Was ist eine grosskapitalistische Unternehmung? Das ist eine Wirtschaftsunternehmung, die mit Hilfe von Kapitalaufwand dem Kapitalbesitzer arbeitsloses Einkommen verschafft. Die genossenschaftliche Unternehmung (die Selbsthilfeorganisation) ist eine Unternehmung, in der sich schwache Kräfte zusammenschliessen, um nicht durch Einschuss von Kapital (ihre bescheidenen Kapitalien erzielen eine bescheidene Rendite), sondern um durch den Zusammenschluss der Kaufkraft, der Sparkraft, oder irgend einer andern wirtschaftlichen Kraft, aber nicht der des Kapitalbesitzes, gemeinsame Interessen zu wahren, wobei der Ertrag grundsätzlich nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistung des einzelnen und nicht nach Massgabe des Kapitalbesitzes verteilt wird. Dem entsprechen die schweizerischen Genossenschaften, ob es nun Produktivgenossenschaften, Verwertungsgenossenschaften der Landwirte, Kreditgenossenschaften oder Konsumgenossenschaften sind, ihnen allen ist der Zusammenschluss wirtschaftlicher Kräfte gemeinsam, aber nicht von Kapital, um gewisse wirtschaftliche Interessen zu verfolgen, und die Verteilung dieses Ertrages der Zusammenarbeit nach Massgabe der einzelnen Leistung und nicht nach Massgabe des Kapitaleinsatzes. Dass dabei auch ein soziales Kapital gebildet werden muss, das der Gemeinschaft dient, aber keinem einzigen Genossenschafter einen Ertrag nach Massgabe des Kapitalbesitzes gibt, ist durch die Wirtschaftsordnung bedingt.

Sodann ist gesagt worden — Herr Nationalrat Nobs hat darauf bereits geantwortet —, es würden nur die Genossenschaften erfasst, nicht aber die Mitglieder, und die Genossenschaften seien sehr wohl in der Lage, diese Belastung zu tragen. Eine derartige Behauptung kann man leicht in den Tag hinein erheben; aber es wäre wünschenswert, auch nur den kleinsten Versuch zu unternehmen, dafür den Beweis anzutreten.

Es ist in der letzten Beratung dargetan worden, wie knapp diese Genossenschaften zu rechnen haben, wie eine Belastung auch nur von 1% sie derart trifft, dass sie ihre bisherigen Methoden nicht mehr durchführen können, entweder zu einer wesentlichen Verschlechterung der Sozialleistungen, oder zu einer Herabsetzung der Rückvergütung an die Mitglieder schreiten müssen, oder dadurch eine Erholung suchen müssen, dass sie auf die Lieferanten zu drücken suchen, oder durch Kombination all dieser Dinge.

Ferner wurde behauptet, die Genossenschaften seien ja die gleichen Gegner des Kleingewerbes und Kleinhandels wie die grosskapitalistischen Unternehmungen. Wenn das richtig wäre, wie ist es dann zu erklären, dass der Beschluss des Nationalrates mit Zustimmung der Vertreter des Kleinhandels und des Gewerbes gefasst worden ist? Es ist nicht der Kleinhandel, nicht das Gewerbe, das beim Ständerat diese Verschlechterung verlangt hat, sondern die Warenhäuser haben sie verlangt. Es ist so, dass die Genossenschaften, man kann das begrüssen oder verurteilen, nicht als die gefährlichen Konkurrenten dastehen wie die grossen Warenhäuser (Herr Ständerat Klöti hat das sehr einlässlich am Beispiel des Lebensmittelvereins Zürich dargetan), hauptsächlich weil die Rationalisierungsmethoden der grosskapitalistischen Unternehmungen von den Genossenschaften nicht mit dieser Rücksichtslosigkeit angewendet werden. Man will und kann sie nicht in diesem Masse anwenden. Man geht bei den Genossenschaften nicht einfach dem Profite nach, geht nicht darauf aus, Profit zu holen, wo man nur kann. Sie sind hervorgewachsen nicht aus der Berechnung eines geschäftstüchtigen Menschen, der sich sagt, da oder dort könnte ich Geld verdienen, sondern aus dem Bedürfnis von Menschen heraus, die sich durch Zusammenschluss gegenseitig etwas helfen wollen. Deshalb sind sie auch in der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse von Grundsätzen geleitet, die sicher nicht bloss von ihnen allein, aber von ihnen in ganz besonderem Masse angewendet werden, und die deshalb ihren Betrieb mit sozialen Leistungen belasten, die niemals eine derart rücksichtslose Konkurrenz erlauben, wie das bei den grosskapitalistischen Unternehmungen der Fall ist.

Schliesslich ist erklärt worden, ja, das trifft ja nur einige wenige Genossenschaften, die meisten Genossenschaften werden davon gar nicht betroffen. Man muss staunen, wenn eine derartige Behauptung aufgestellt werden kann. Das Volkswirtschaftsdepartement hat der Kommission Tabellen vorgelegt, aus denen hervorgeht, wie viele erfasst werden. Beim Verband schweiz. Konsumvereine werden bei einer Besteuerung der Genossenschaften mit einem Umsatz von über 200 000 Fr. ca. 90% des Gesamtumsatzes der Verbandsvereine erfasst. Es ist also vollständig irreführend, zu behaupten, es würden bloss einige wenige erfasst und diese einigen wenigen könnten das sehr wohl ertragen. Ich bitte Sie dringend, nicht auf derartige unbewiesene, mit den Tatsachen im Widerspruch stehende Behauptungen hin nun Ihren Beschluss aufzugeben und dasjenige zu zerstören, was durch die Beschlüsse des Nationalrates geschaffen worden ist.

Die Vorlage wird nicht allzu grosse Popularität erwarten dürfen, und sobald irgendeine starke Organisation der Vorlage den Kampf ansagen wird, wird sie verworfen werden. Sie wird verworfen werden, weil man ja weiss, dass das, was wertvoll und notwendig ist in der Vorlage: Verstärkung der Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung, auf alle Fälle kommen muss, wenn nicht in dieser Form, so doch in einer anderen.

Der Verband Schweiz. Konsumvereine beschäftigt sich nicht mit Politik. Er hat sich geflissentlich von politischen Fragen je länger je mehr ferngehalten. Der Verband Schweiz. Konsumvereine hat nie irgendwelchen staatlichen Schutz für sich beansprucht. Er hat nie irgendeine Subvention in irgendeiner Form angesucht oder erhalten. Er möchte einfach ungeschoren leben können, ohne dass man ihm immer wieder Prügel zwischen die Beine wirft. Diese Vorlage aber ist für die im Verband Schweiz. Konsumvereine zusammengeschlossenen Genossenschaften mit einer derartigen Belastung verbunden, dass er im Interesse seiner Verbandsvereine der Vorlage nach den Beschlüssen des Ständerates unter keinen Umständen zustimmen wird. Darüber muss ganz klar und deutlich gesprochen werden.

Ich will Ihnen nicht verhehlen, dass es nicht bloss die Vorlage ist, welche diese Stimmung bei unsern Genossenschaften geschaffen hat, sondern es sind die schweren Enttäuschungen, die der Verband Schweiz. Konsumvereine und seine Verbandsvereine erlebt haben mit dem Warenhausbeschluss. Hier im Rate und drüben im Ständerat war versichert worden, dass die Konsumvereine nicht unterstellt werden sollen. Dieses Wort ist nicht eingehalten worden. Die Konsumgenossenschaften sind den Warenhausbeschlüssen unterstellt worden, obwohl die Konsumgenossenschaften etwas total anderes sind als die Warenhäuser. Die Konsumgenossenschaften haben eine grosse Aktion durchgeführt — Herr Nobs hat darauf hingewiesen —, die hunderttausende von Unterschriften auf sich vereinigt hat, welche alle gegen diese Behandlung protestierten. Das hat aber nicht verhindert, dass eine neue Auflage jener Warenhausbeschlüsse das Unrecht gegen die Genossenschaften, zwar nicht im gleichen Masse, aufrecht erhalten hat. Ich erinnere an den berüchtigten Coldrerio-Beschluss. Damals ging durch die Genossenschaften eine grosse Empörung. Man hat sie zum Teil beruhigen können durch eine Verständigung mit dem Schweiz. Gewerbeverband, durch die Schaffung der paritätischen Kommission. Der Bundesrat hat dazu nach Möglichkeit Hand geboten. Als die Ausgleichsteuervorlage kam, hat der Bundesrat zum voraus zugesichert, die Genossenschaften würden nicht unterstellt werden. Der Nationalrat hat sich nach Antrag der Kommission dem Bundesrat nicht angeschlossen. Er hat immerhin das Maximum auf 5 vom 1000 beschränkt. Unter dem Druck der grosskapitalistischen Agitation ging der Ständerat hin, erleichterte die Last der grosskapitalistischen Unternehmungen gegenüber den Beschlüssen des Nationalrates und verdoppelte die Belastung der Genossenschaften, d. h. er geht noch höher als auf das Doppelte des Nationalrates.

Es ist ganz ausgeschlossen, dass, sogar wenn die Leitung des Verbandes Schweiz. Konsumvereine bereit wäre, sich dem zu unterziehen, die Genossenschafter, die bei uns zu entscheiden haben, eine derartige Behandlung hinnähmen. Das Departement hat einen sog. Vermittlungsvorschlag gestellt. Ich will mich damit gar nicht weiter beschäftigen. Das ist gut gemeint, aber kann das Ziel heute kaum mehr erreichen. Die Art und Weise, wie man die Genossenschaften jetzt behandelt hat, hat eine derartige Stimmung geschaffen, dass es die grössten Anstrengungen brauchen wird, um nur zu erreichen, dass bei Aufrechterhaltung der Beschlüsse des Nationalrates sich diese Stimmung nicht verhängnisvoll für das Gesetz auswirkt. Es sind insbesondere die welschen Genossenschaften, die schon längst kategorisch in diesem Sinne Stellung genommen haben. Es wird viel brauchen seitens der Leitung des Verbandes Schweiz. Konsumvereine, um diese welschen Genossenschaften dazu zu bringen, ihre Opposition einzustellen, wenn es bei den Beschlüssen des Nationalrates bleibt. Die Leitung des Verbandes Schweiz. Konsumvereine ist entschlossen, diese Anstrengung zu machen; aber sie muss Sie bitten, sie darin zu unterstützen. Diese Unterstützung wird darin bestehen, dass der Nationalrat dasjenige, was er nach reiflicher Diskussion, an der sich Vertreter aller Wirtschaftskreise beteiligt haben, beschlossen hat, aufrecht erhält. Ich bitte Sie, den Maximalansatz auf 5 vom 1000 anzusetzen, wie das auch Herr Nationalrat Nobs für den Fall der Annahme des Minderheitsantrages beantragt hat.

Ich darf vielleicht noch eine ganz kleine Ergänzung oder Aufklärung beifügen. Ich glaube, dass im Antrag des Herrn Nobs eine kleine Divergenz gegenüber dem Antrag unserer Minderheit besteht im Anschluss an die offenbar unrichtige Redaktion des seinerzeitigen Beschlusses des Nationalrates. Es ist dort gesagt worden: „5 vom Tausend für die Selbsthilfegenossenschaften und Selbsthilfeunternehmungen des Detailhandels". Es sind nicht bloss diese Selbsthilfeunternehmungen gemeint nach den Beschlüssen des Nationalrates, sondern es soll dieser Maximalansatz von einem halben Prozent ganz allgemein gelten für alle Handelsunternehmungen mit einem Umsatz von über 200 000 Fr., sofern sie nicht einer der speziell genannten Kategorien angehören. Also auch andere Kleinhandelsgeschäfte, die über 200 000 Fr. Umsatz haben, sollen den gleichen Maximalansatz von 5 vom Tausend zu bezahlen haben. Ich möchte ausdrücklich erklären, dass unsere Minderheit damit einverstanden ist, im Gegensatz zu einem Antrag, der dahin gegangen ist, jene privaten Unternehmungen mit einem Maximalansatz von 1 % zu belasten. Wir möchten in dieser Hinsicht völlige Gleichheit herstellen zwischen den Unternehmungen des privaten Handels, die keiner qualifizierten Kategorie angehören, und den Unternehmungen der Genossenschaften. Ich bitte Sie, im Sinne dieser Ausführungen am Beschlusse des Nationalrates festzuhalten, die Maximalansätze für Selbsthilfeunternehmungen und privatwirtschaftliche Betriebe auf 5 vom Tausend anzusetzen.

M. **Aeby:** Après les explications qui ont été données par le rapporteur de la minorité, M. Keller, après ce que nous avons entendu de la part de MM. Nobs et Huber, je n'aurai pas à vous parler bien longuement pour vous exposer la proposition que je me suis permis de vous faire, avec quelques-uns de mes collègues, de maintenir à 1 % le taux de l'impôt compensatoire des sociétés coopératives, ainsi qu'il a été fixé par le Conseil des Etats.

Il n'est plus question ici de nous demander si les coopératives doivent ou ne doivent pas être soumises à l'impôt compensatoire. M. Huber vient de nous dire tout à l'heure que les sociétés coopératives elles-mêmes avaient consenti à se soumettre à cet impôt avec un taux maximum de ½ %. Ce

qu'il faut savoir, c'est si les sociétés coopératives doivent bénéficier d'un traitement de faveur qui aurait les conséquences suivantes:

1° compromettre le rendement matériel de l'impôt compensatoire et soustraire à la défense nationale, d'une part, et à la lutte contre le chômage, d'autre part, des montants qui doivent leur être consacrés;

2° un système qui compromet l'impôt compensatoire lui-même qui veut effectuer une protection de la classe moyenne et qui,

3° ne profitera en rien à ces petites „Selbsthilfegenossenschaften" de la ville et surtout de la campagne, mais qui fera l'affaire principalement des grosses sociétés coopératives.

En toute brièveté je vais reprendre l'un et l'autre de ces trois points.

Je dis tout d'abord que le système de l'exonération partielle, puisque c'est en somme à cela qu'aboutit une imposition de faveur d'un demi pour cent des sociétés coopératives seulement, compromet le rendement de l'impôt. Nous avons tous à la mémoire les chiffres qui ont été cités ici même par le chef du Département de l'Economie publique. M. le conseiller fédéral Obrecht déclarait que si les sociétés coopératives étaient exonérées de l'impôt compensatoire, ce serait un montant de 1 400 000 francs qui échapperait au fisc et que si cet impôt n'était que de ½ %, c'est à un manque à gagner de 700 000 frs qu'il faudrait s'attendre. Certaines déclarations du journal des coopérateurs me rendraient quelque peu sceptique sur l'esprit de sacrifice qui est à la base du système de l'impôt compensatoire, si je n'avais pas moi-même plus de confiance dans les coopérateurs, dans ces centaines de milliers de citoyens suisses que l'on nous a dépeints tout à l'heure. En effet, je lis dans la «Coopération» du 15 septembre 1938 les propos suivants qui sont bel et bien la menace que nous a faite tout à l'heure M. Huber: «Si ces rumeurs se justifient... c'est-à-dire celles de vouloir faire tomber sous le coup de l'impôt compensatoire les sociétés coopératives... le sort de tout le projet nous semble fixé, car il n'y a pas lieu d'admettre que les centaines de milliers de membres des organisations suisses d'entr'aide se laisseront imposer cette nouvelle charge en plus des innombrables hausses de tarifs de ces derniers temps.»

On nous a dit que l'impôt serait en définitive supporté par chacun des coopérateurs. La chose est bien exacte. Mais je sais que les coopérateurs ont trop d'esprit de solidarité pour se soustraire à toutes prestations qui pourraient être faites dans un but qui leur est particulièrement cher: celui de lutter pour la défense nationale et de lutter aussi pour cette défense nationale économique qu'est la lutte contre le chômage.

Quant au deuxième point, je dis que l'exonération partielle des sociétés coopératives compromet le système qui veut protéger la classe moyenne. Loin de moi l'idée de m'en prendre d'une manière ou d'une autre à la coopération. Ici nous pouvons être très à l'aise. M. Huber nous disait tout à l'heure qu'il n'y avait point là de question politique. Je suis d'un avis différent et je vous en parlerai tout à l'heure. Mais je constate que les sociétés coopératives de tous les milieux devraient être touchées, que ce soit les milieux socialistes ou chrétiens-sociaux, que ce soit les milieux urbains ou les milieux paysans. Je dois certainement aussi à la franchise de déclarer que cet impôt compensatoire ne me semble pas être une véritable panacée pour redresser la situation des classes moyennes et du petit et moyen commerce. Il y a à cet égard d'autres moyens qui doivent être pris, des moyens de défense pris par les commerçants eux-mêmes, tels que, par exemple, les achats en commun, et qui certainement auraient plus de portée pratique que l'impôt compensatoire en question. Mais l'idée même des pionniers de Rochedale, c'est-à-dire vouloir se passer du commerce, vouloir se passer de tout intermédiaire, a admirablement réussi aux sociétés coopératives. Je reconnais très bien que théoriquement on peut ne point dire que, même les plus grandes sociétés coopératives, sont des entreprises qui pourraient être comparées à l'entreprise capitaliste elle-même. Pratiquement, il en est autrement et les chiffres que j'aurai l'occasion de vous signaler tout à l'heure vous le montreront. Mais il est une question cependant dont il faut bien tenir compte: c'est que s'il y a une idée de solidarité dans la coopération, telle qu'elle a été conçue par les équitables pionniers de Rochedale, cette solidarité pourrait presque être appelée une solidarité égoïste. On veut bien venir au secours d'un cercle déterminé, d'un milieu d'ouvriers, d'agriculteurs ou d'intéressés quelconques, mais à la condition de se passer du reste de la société humaine et de faire abstraction complète du petit et moyen commerce, qui a besoin cependant qu'on le fasse vivre, si l'on ne veut point condamner à une misère forcée une partie très grande et très intéressante de notre population suisse.

Alors, quelles sont les conclusions à tirer de cette analyse? Les voici: C'est que si, en exonérant d'une manière aussi considérable qu'on a bien voulu le tenter, les sociétés coopératives de l'impôt compensatoire, on arrive à charger outre mesure les grandes entreprises de commerce de détails, celles-ci n'auront peut-être plus la possibilité de lutter dans la politique des prix avec les sociétés coopératives.

Si même le commerce de détail doit être imposé à 1 %, alors que les sociétés coopératives ne le seraient qu'à 50 centimes, on arriverait à ce résultat, que personne certainement n'a voulu, de voir l'impôt compensatoire jouer surtout au bénéfice des sociétés coopératives elles-mêmes.

Il est enfin un troisième point qu'il ne faut pas perdre de vue. Si, en théorie, la société coopérative n'est pas une entreprise capitaliste, pratiquement on peut y voir le type d'une très grosse entreprise. Voici quelques chiffres.

On a remarqué au Conseil des Etats que la plupart des représentants de l'agriculture même ne se sont point opposés au relèvement du chiffre de l'impôt compensatoire pour les sociétés coopératives et ont été d'accord avec le taux de 1 %. Pourquoi? Parce qu'il est certain que la plupart des sociétés coopératives de la campagne seront exonérées de cet impôt compensatoire, puisqu'elles n'atteignent pas le chiffre de 200 000 frs fixé comme limite inférieure de l'impôt compensatoire et que, si elles le dépassent dans une certaine mesure, elles seront loin d'arriver jamais aux 2 millions dont il

est question comme taux maximum. D'autre part — et je m'en suis assuré en consultant quelques-uns de mes collègues du Conseil national — les représentants et les porte-paroles de quelques très grosses sociétés coopératives de la campagne, sociétés coopératives de paysans, ont déclaré qu'ils étaient absolument prêts à faire tout leur devoir pour participer de leur côté à la lutte contre le chômage et aux besoins de la défense nationale. Alors, je me le demande: Si les sociétés coopératives d'agriculteurs veulent bien faire le sacrifice en question, pourquoi ne pourrions-nous pas le demander à toutes les sociétés coopératives? Il y aurait là une leçon de civisme que nous serions heureux de prendre de la part de nos chers concitoyens agriculteurs et dont nous voudrions faire profiter aussi ceux qui soutiennent de tous leurs moyens les coopératives urbaines. On omet généralement — et je n'ai rien entendu sur ce point dans les discours des orateurs qui ont soutenu l'abaissement de l'impôt compensatoire à 50 centimes par 100 frs — on omet généralement de dire que le maximum ne sera atteint qu'à partir de 10 millions et que, jusque là, les sociétés qui auront un chiffre d'affaires de 1,2 million ne paieront que 20 centimes par 100 frs (2 pour mille); jusqu'à 2 millions, 4 pour mille et jusqu'à 5 millions, 50 centimes par 100 francs. Vous voyez donc qu'il y a loin de là à vouloir faire admettre que toutes les sociétés coopératives seraient frappées de cet impôt que l'on trouve excessif avec 1 %.

Mais voyons donc de plus près ce que sont ces „Selbsthilfegenossenschaften", ces petites sociétés coopératives pour lesquelles on fait appel à la commisération des membres des Chambres fédérales. J'ai sous les yeux l'organe du „Verband Schweizerischer Konsumvereine, V.S.K.", de Bâle, qui pousse un cri de joie et qui, à cet égard, donne des chiffres significatifs. Tout d'abord, au point de vue statistique, ce sont 543 sociétés ou autres personnes morales qui font partie de cette société. Cette association centrale est arrivée, durant l'année 1938, à un chiffre d'affaires de 207 millions de francs. Je me demande quels sont les gros commerçants suisses qui ont pu atteindre un chiffre pareil. Cela a permis à cette association — c'est elle-même qui donne ces renseignements — d'amortir à 1 franc tout le mobilier, les machines, les installations mobilières, les fûts, les autos, les camions. Tout cela est amorti à 1 franc. Elle a amorti ensuite 150 000 francs pour une seule année sur les immeubles, placé 50 000 frs dans un fonds spécial, reporté à nouveau 78 000 frs et réalisé un bénéfice à fortune de 500 000 frs. Puis, un chiffre seulement du bilan que je me permets de vous signaler, c'est celui de la réserve de propagande (Reserve für Propaganda): 1,6 million. Quels sont les commerçants qui peuvent en faire autant? Et je me permets de me demander à quoi donc doit servir ce fameux fonds de propagande! On m'objectera qu'il s'agit de l'organisation centrale, mais quid, des autres sociétés, de celles qui traitent directement avec le client? Je prendrai alors tout simplement l'„Allgemeiner Konsumverein" de Bâle, qui a réalisé en 1938 le chiffre d'affaires de 57 millions, ou la grande association coopérative de Zurich, avec un chiffre d'affaires de 24 millions; cela représente pour Bâle un bénéfice net de 4 390 000 frs, à Zurich, un bénéfice net de 2 250 000 frs. Il n'est que de jeter un coup d'œil sur les catalogues de ces maisons pour voir que la coopérative moderne est devenue le type le plus accompli du grand magasin. Où sont les coopératives d'entr'aide dont on nous parlait autrefois? Où sont les idéals des équitables pionniers de Rochedale? Et ces maisons infiniment puissantes ne paieraient qu'un demi pour cent, alors que des entreprises à succursales multiples, que je pourrais vous signaler et dont j'ai les chiffres sous les yeux, ont bouclé cette année par des pertes et devraient payer 1,5 % sur leur chiffre d'affaires.

La minorité de la commission a cru pouvoir proposer un chiffre de 75 centimes par 100 frs, tenant un juste milieu — je pense que telle a été la considération — entre les 50 centimes votés par le Conseil national et le franc voté par le Conseil des Etats. Mais malgré ma très grande considération pour les signataires de cette proposition de 75 centimes, ils m'excuseront si j'emploie le terme peu harmonieux de marchandage; je n'oserais dire en allemand „Kuhhandel". Entre 50 centimes et 1 franc, c'est évidemment 75 centimes le point intermédiaire! Je connais trop ces Messieurs pour savoir qu'ils appellent de tout leur cœur l'approbation du Conseil national à la proposition que j'ai eu l'honneur de vous faire.

Ou bien, en effet, les sociétés coopératives peuvent et doivent coopérer véritablement à la défense nationale et à la lutte contre le chômage, et alors le taux de 1 % n'a rien d'excessif; ou bien elles ne le peuvent pas, et alors elles doivent être exonérées, ce qui sera le cas de la plupart d'entre elles; ou bien elles paieront non seulement ces 75 centimes, mais le franc qui a été décidé par le Conseil des Etats et auquel je n'hésite pas à croire que vous vous rallierez.

Le sort de l'arrêté est-il menacé si le taux de 1 % est admis? Oh! à entendre les représentants des sociétés coopératives, on pourrait avoir des craintes sérieuses. Mais je suis bien plus persuadé que le sort de l'arrêté sera compromis si un taux ridicule de 50 centimes seulement devait être admis, parce qu'alors, contre les quelque cent mille membres des sociétés coopératives qui ne voudraient pas comprendre leur obligation de coopérer véritablement au salut du pays, se dresserait l'immense majorité du peuple, qui ne comprendrait point une atteinte pareille aux principes de l'égalité et de l'universalité de l'imposition.

Mais je vais beaucoup plus loin et, connaissant moi-même une quantité de coopérateurs, je crois que ces membres des sociétés coopératives consentiront, eux aussi, au sacrifice nécessaire pour arriver à réaliser, avec leur concours et non point sans eux, une collaboration à la défense nationale militaire et à la défense nationale économique du pays. C'est pourquoi je me permets de vous proposer de faire vôtre la décision du Conseil des Etats.

M. le **Président:** Je constate que depuis 8 heures ce matin, c'est-à-dire pendant 1 h. ½, toutes les propositions ont été exposées par leurs auteurs et les rapporteurs, d'une manière très complète et très éloquente. Mais je constate également qu'il y a encore six orateurs inscrits. Je les prie instamment

d'être très brefs et d'éviter toute répétition après les rapports que nous venons d'entendre. Je rappelle que nous devons aborder ce matin le projet du lait et que de nombreux autres objets attendent encore. Si nous n'avançons pas davantage, je serai forcé, à mon grand regret, de vous proposer une séance de relevée cet après-midi et, également, une séance de nuit.

Herzog: Ich werde, so hoffe ich, nicht einmal die 10 Minuten in Anspruch nehmen, sondern möchte einfach auf das hinweisen, was wir schon anlässlich der ersten Beratung Ihnen auseinandergesetzt haben, und nur noch einige kurze Hinweise auf die gegenwärtige Situation geben.

Unser Herr Kollege Huber hat Ihnen auseinandergesetzt, wie die Verhältnisse sich gegenwärtig im Verbande Schweizerischer Konsumvereine gestaltet haben, und ich will mich mit Herrn Keller als Referenten der Kommission nicht näher auseinandersetzen. Wenn er noch einmal den Unterschied zwischen kapitalistischen Unternehmungen und genossenschaftlichen Unternehmungen überprüfen will, dann möge er vielleicht doch noch einmal, auch wenn er es schon getan hat — ich nehme zwar an, als Kommissionspräsident habe er es getan — die Botschaft des Bundesrates und den zweiten Bericht des Bundesrates zur Hand nehmen, um ihn nachzuprüfen, und dann wird er einige Hinweise auf die Stellung der Genossenschaften daraus entnehmen können. (**Keller:** Ich glaube nicht an alle Botschaften.) Ich auch nicht; aber es wäre doch die Pflicht eines Kommissionspräsidenten, an die Botschaft des Bundesrates zu glauben. (Heiterkeit.)

Ich wiederhole, dass wir vom Standpunkt der Genossenschaften aus dem beipflichten, was der Bundesrat in seiner Botschaft gesagt hat. Und wenn wir uns schliesslich damit abfinden, trotzdem der Bundesrat die Genossenschaften von der Ausgleichsteuer ausnehmen wollte, dass wir der Ausgleichsteuer unterworfen werden, dann aber nur, wenn Sie den Beschluss, wie er anlässlich der ersten Beratung gefasst wurde, nicht verschlechtern. Herr Huber hat Ihnen das deutlich auseinandergesetzt, und es wird all denjenigen, die wünschen, dass die Arbeitsbeschaffungsvorlage zustande kommt, die wünschen, dass diese Vorlage vom Volke letztendlich angenommen wird, schwer fallen, in der Volksabstimmung dafür einzutreten, wenn Sie die Genossenschaften noch mehr für die Ausgleichsteuer in Anspruch nehmen, als wie Sie das bereits im ersten Beschluss getan haben.

Wir haben gestern noch eine Eingabe der Zentralstelle der schweizerischen Waren- und Kaufhäuser erhalten. Dort wird erklärt: „Die Belastung der Genossenschaften zu ermässigen, das heisst unsere Unternehmungen wie auch die mittelständischen Geschäfte einer verschärften Konkurrenz der nur durch eine symbolische Steuer von ¾ % oder sogar nur ½ % belasteten Genossenschaften auszuliefern."

Die Eingabe dieser Zentralstelle spricht von einer symbolischen Belastung der Genossenschaften mit ¾ % Umsatzsteuer. Diese symbolische Belastung der Genossenschaften sieht z.° B. bei einigen Genossenschaften folgendermassen aus: In Basel dürfte der Allgemeine Konsumverein, wenn es bei ¾ % bleiben sollte, mit der „kleinen" symbolischen Summe von etwa 400 000 Fr. belastet werden. Der Lebensmittelverein in Zürich würde ebenfalls mit einigen hunderttausend Franken belastet werden, wenn es bei diesen ¾ % bleibt; Genf ebenfalls mit vielen Tausenden von Franken, Bern ebenfalls. Das ist so die symbolische Belastung dieser Genossenschaften, von denen die Eingabe spricht. Und wenn man nun erklärt, die Steuer sei für die Genossenschaft erträglich, dann möchte ich wiederum dasjenige bekräftigen, was bereits gesagt worden ist: Die Steuer würde einfach in irgendwelcher Form auf die Mitglieder abgewälzt oder, wenn das nicht getan werden soll oder nicht getan werden kann, dann werden halt auch die Genossenschaften den Weg gehen müssen und den Weg suchen müssen, den die privaten Unternehmungen gesucht und gefunden haben, indem sie letzten Endes ihre Arbeits- und Lohnbedingungen vielleicht auch den veränderten Verhältnissen anpassen müssen. Das wollen aber die Genossenschaften nicht; es liegt nicht im Interesse des Landes, wenn das getan wird, und ich will auch bei dieser Gelegenheit wiederholen, was ich schon gesagt habe: Die Genossenschaften haben Lohn- und Arbeitsbedingungen, die allgemein weit über denjenigen der privatkapitalistischen Unternehmungen stehen, ich betone, der privatkapitalistischen Unternehmungen, und zwar weiss man allgemein, dass die Genossenschaften neben den anständigen Löhnen auch ihre sozialen Einrichtungen haben: die Krankenversicherung, die Unterstützung für den Militärdienst, die Altersversicherung, die Hinterlassenenversicherung und alle derartigen sozialen Einrichtungen. Das finden Sie bei den wenigsten privatkapitalistischen Unternehmungen. Wollen Sie die Genossenschaften veranlassen, auf diesem Wege unter Umständen den Ausgleich zu suchen? Das kann doch nicht Ihre Absicht sein. Oder Sie erklären, die Genossenschaften könnten auf anderem Wege den Ausgleich suchen, indem sie vielleicht ihre Rückvergütungen reduzieren. Das wäre vielleicht möglich oder notwendig, je nachdem Sie die Genossenschaften mit der Steuer belasten. Aber ist dann das nicht eine Belastung der einzelnen Mitglieder? Mit ¾ % oder mit 1 % belasten Sie die einzelnen Mitglieder, je nachdem das Geschäftsergebnis in den einzelnen Genossenschaften ist. Pro Mitglied kann das 10, 12, 15 Fr. pro Jahr ausmachen. Diesen Betrag nehmen Sie nicht der einzelnen Genossenschaft, sondern dem einzelnen Mitgliede weg, dessen Rückvergütung einfach um diesen Betrag geschmälert wird.

Man erklärt, der Verband Schweizerischer Konsumvereine hätte so und soviele Millionen Umsatz. Diese Unternehmung wird gar nicht mit der Ausgleichsteuer belastet, sondern es sind die einzelnen Vereine, die belastet werden.

Man darf nicht sagen, der Verband Schweizerischer Konsumvereine oder die einzelnen Genossenschaften wollen nichts für die Arbeitsbeschaffung leisten. Ich erinnere an die vielen Eingaben, die von genossenschaftlicher Seite gemacht worden sind. In einem Antrag wurde auch darauf hingewiesen, dass man sich unter Umständen mit einem Beitrag aus dem Vermögen, allgemein er-

hoben, einverstanden erklären könnte. Man wollte das nicht annehmen, und zwar weil man mit der Ausgleichsteuer bestimmte gewerbepolitische Zwecke erreichen will, deshalb auch ihr Name. Die Genossenschaften haben gegenüber den Unternehmungen, die geschützt werden wollen, nichts auszugleichen, weil sie den Ausgleich bereits gebracht haben, und zwar auf Gebieten, auf denen die kapitalistischen Unternehmungen bis jetzt nicht nachgekommen sind. Weil dieser Standpunkt begründet ist, bitten wir Sie, nicht über den Beschluss des Nationalrates hinauszugehen. Wir sind der Meinung, dass Sie der Vorlage den besten Dienst erweisen, wenn Sie am Beschluss des Nationalrates, soweit es sich um die Genossenschaften handelt, festhalten.

Wunderli: Die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände haben sowohl bei den Wirtschaftsartikeln wie hier, ihren guten Willen zur praktischen Mitarbeit in unserer Wirtschaft in ernster Zeit dadurch bekundet, dass sie auf freiheitliche Postulate, nicht in dem Ding sein wollen, verzichteten. Ohne in diesem Stadium der Vorlage auf die grundsätzliche Frage einer Ausgleich- oder Umsatzsteuer eintreten zu wollen, ist doch zu sagen, dass der Ständerat die Vorlage wesentlich verschlechtert und sie namentlich ihres Charakters punkto Ausgleichsteuer entkleidet hat. Er hat die Grossen, namentlich die durch Ihr System Begünstigten, entlastet und dafür die Einzeldetaillisten und die Genossenschaften doppelt so stark hergenommen als wie hier die Herren Kollegen Grimm und Gafner so nett und rasch als tragbare Verständigungslösung seinerzeit durchgebracht haben. Die Genossenschaften wollen nicht besser und nicht schlechter behandelt sein als die Einzeldetaillisten. Sie lassen sich aber nach wie vor nicht in den gleichen Tiegel werfen wie Warenhäuser, Epaunternehmungen usw., wenn schliesslich auch zuzugeben ist, dass die juristische Form eines Unternehmens nicht immer den Ausschlag gibt für die Betragensnote, die es verdient. Die Einzeldetaillisten haben bekanntlich auch ihre Einkaufsgenossenschaften, müssen sie sogar haben. Die Mehrheit Ihrer Kommission hat nun den salomonischen Weg der Teilung der Differenz beschritten, ¾ % statt ½ % nach Minderheit oder 1 % nach Ständerat. Auf gewisse persönliche, ideologische und geschäftliche Zusammenhänge zwischen grossen Herren, Manchesterleuten und deren Agenten in beiden Räten will ich nicht näher eintreten. Jedenfalls kämpfen die Genossenschaften aller Richtungen wie die mittelständischen Detaillisten mit offenem Visier. Im Zeichen der Solidarität dieser wirklich arbeitenden Volkskreise ersuche ich Sie daher, nicht etwa nur meine engeren Freunde, in dieser Angelegenheit mit der Minderheit zu stimmen, also am früheren Beschluss unseres Rates überhaupt festzuhalten. Es dürfte damit der Weg für die Volksabstimmung besser geebnet sein als bei der ständerätlichen Fassung. Die Genossenschaften aller Richtungen werden zusammenspannen. Das muss ich hier sagen, und zwar nicht im Sinne einer Drohung, sondern im Sinne einer freundeidgenössischen, gutgemeinten Warnung. (Beifall.)

Schmid-Oberentfelden: Die Vorlage, die zur Diskussion steht, hat nicht nur eine grosse wirtschaftliche, sondern auch eine politische Bedeutung. Man muss eine Vorlage schaffen, die vom Volke in einer machtvollen Kundgebung angenommen werden kann und angenommen wird.

Es handelt sich um das Problem der Arbeitsbeschaffung. Zehntausende von Schweizern warten auf Arbeit. Sie sind enttäuscht, wenn man sie ihnen nicht rasch gibt. Ich bedaure, dass man versucht, durch die Verkoppelung mit dem finanziellen Teil diese Arbeitsvorlage zu gefährden. Es ist nicht so, dass die Leute glauben, sie müssen unter allen Umständen für eine Vorlage stimmen, die ihnen in finanzieller Hinsicht etwas auferlegt, das sie nicht tragen könnten und nicht tragen wollen, denn das Volk weiss, dass letzten Endes die Bundesversammlung und der Bundesrat verantwortlich sind dafür, dass für die Arbeitsbeschaffung etwas geschieht, und zwar mehr als in der Vergangenheit.

Von diesen Erwägungen aus gesehen, hat man auch eine vernünftige Einigungslösung gefunden; der Beschluss des Nationalrates bedeutet ein grosses Entgegenkommen der Selbsthilfegenossenschaften. Ich bedaure, dass man dieses Entgegenkommen im Ständerat in einer Art und Weise interpretierte, dass man glaubte, man könne nun den Genossenschaften noch mehr aufladen. Das wird, ohne dass ich damit die beiden Ereignisse vergleichen wollte, dieselbe Wirkung haben, wie wir sie heute nach der Enttäuschung über München in England konstatieren. Es wird, wenn Sie so vorgehen, das grösste Misstrauen bei den Konsumgenossenschaften geweckt werden, man wird, statt dass man eine Einigung schafft, Misstrauen säen. Das ist im gegenwärtigen Moment eine falsche Politik. Der Antrag des Ständerates bedeutet eine Gefährdung der Vorlage. Aber auch der Vermittlungsantrag des Bundesrates, so gut er gemeint ist, wird ausserordentlich verhängnisvoll wirken. Ich habe mich etwas gewundert, dass der Referent, Herr Regierungsrat Keller, so gesprochen hat, wie das geschehen ist. Man sollte in ernster Zeit, wenn man die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung und ihre Anfänge nicht kennt, wenn man auch ihre Praxis nicht kennt, keine solche Kritik abgeben. Die Kritik von Herrn Nationalrat Keller war nicht fundiert. Es bestehen heute ähnliche Verhältnisse wie in jenem Moment, in dem der Genossenschaftsgedanke entstanden ist. Die Pioniere von Rochedale waren arme Arbeiter, die sich aus der Tatsache der Not und des Elendes heraus für jenen Gedanken begeisterten, dass sie gemeinsam einkaufen wollten und sie versuchten, sich auf diese Art und Weise selber zu helfen. Wenn Sie glauben, dass in der heutigen Zeit die Genossenschafter anders denken, so täuschen Sie sich.

Ich persönlich bin ein Gegner der sogenannten Rückvergütungen, besonders wenn sie hoch sind. Ich habe das immer und immer wieder vertreten. Aber ich muss Ihnen sagen, Sie kennen die Stimmung im Volke draussen nicht, wenn Sie glauben, dass man die Rückvergütungen in der heutigen Zeit etwa wegbringen könnte.

Die Hausfrauen, die kleinen Arbeiter, die Kleinbauern, die den Genossenschaften angehören, welche Rückvergütungen auszahlen, erblicken in diesen

Rückvergütungen eine kleine Reserve, die ihnen im Moment zu gute kommt, wo sie sie nötig haben, meinetwegen im Herbst, um Vorräte für den Winter anzuschaffen oder um den Hauszins zahlen zu können. Sie sind an diese Rückvergütungen heute derart gebunden, dass jeder Antrag — ich habe solche Versuche in einer Generalversammlung gemacht und bin kläglich in Minderheit geblieben —, diese Rückvergütung abzuschaffen, aussichtlsos ist.

Was Sie jetzt hier machen, geht genau in derselben Richtung. Wenn Sie die Konsumgenossenschaften, die Rückvergütungen zahlen, mit ¾ % Steuer belasten, so wird das bei den einen vielleicht 0,6 %, bei den andern 0,8 % ausmachen; denn die Sache ist so: Es gibt Konsumgenossenschaften, die zum Teil eben auch noch Rückvergütungen zahlen auf Waren, bei denen sie den Prozentsatz der Rückvergütung nicht gewinnen. Infolgedessen wird die Auswirkung der Belastung grösser sein.

Aber viel schlimmer als diese Auswirkung in finanzieller Hinsicht wird die psychologische Auswirkung sein. Der Genossenschafter und die Hausfrauen werden sagen: „Nein, so lassen wir den Gedanken der Solidarität nicht missbrauchen. Wenn wir in der Zeit der Krise noch eine kleine Möglichkeit haben, in der Zeit, wo wir von der Arbeitslosigkeit gequält werden, wo wir nicht wissen, woher das Geld nehmen, um unsern Hauszins zu bezahlen, so kommt der Bundesrat und will uns in dieser Art und Weise schädigen, dass er jetzt das Selbsthilfewerk der Genossenschaften schädigen will. Dann sagen wir nein." Sie werden gegen eine solche Strömung nicht aufkommen.

Was wird nachher das Resultat sein? Es wird die Arbeit des Bundesrates, des Nationalrates, des Parlamentes vor dem Volke diskreditiert sein, und das beschwören Sie herauf, wenn Sie dem Ständerat zustimmen. Das ist eine katastrophale Auswirkung.

Wenn der Referent von der Solidarität gesprochen hat, dann muss ich schon sagen, die wahre Solidarität würde darin bestehen, dass man die grossen Unternehmungen mit ganz andern Prozentsätzen belastet, dass man schliesslich für diese Arbeitsbeschaffungsvorlage dem Kapital etwa 10 % dessen zugemutet hätte, was es den Deutschen mit 2½ Milliarden zur Verfügung gestellt hat und was wir jetzt verlieren werden. Es ist ein Skandal sondergleichen, dass man von Solidarität redet in einem Momente, wo man die kleinen Leute in dieser Art und Weise vor den Kopf stossen will. Bei den Kreuger-Aktien sind in der Schweiz 300 Millionen Franken verloren gegangen. Das Kapital könnte jetzt ganz gut 300 Millionen Franken auf den Tisch legen, um diese Vorlage zu finanzieren. Ich behaupte, dass der Ständerat schlecht beraten war, dass er in der Zeit von München lebte, als er diesen Beschluss fasste. Nehmen Sie Ihre ganze Aufmerksamkeit etwas zusammen und betrachten Sie die heutige Zeit, und Sie werden zur Einsicht kommen, dass Sie dem Antrag der Minderheit zustimmen müssen im Interesse des Landes.

M. **Perret:** La mesure que nous allons prendre maintenant peut entraîner des conséquences assez sérieuses sur le plan économique. Frapper le consommateur, quel qu'il soit, d'un impôt compensatoire, c'est une chose disons nécessaire en considération du but que l'on veut atteindre, mais il est incontestable qu'il s'ensuivra des répercussions fâcheuses dans le domaine économique. Les industries d'exportation se plaignent du renchérissement du coût de la vie qui, par son influence immédiate sur les salaires, entraîne pour ces industries d'inévitables difficultés. Il faut donc dans la mesure du possible tenir compte ici de la situation de notre économie dans son ensemble et faire en sorte que, sans pour cela porter atteinte aux intérêts légitimes du commerce, le coût de la vie ne soit pas augmenté artificiellement. Or, et ceci ne sera point contesté par notre collègue M. Aeby qui combattait tout à l'heure la proposition de la minorité, il est clair que dans la majeure partie des cas, c'est le consommateur qui soldera la note résultant des mesures que nous allons prendre et que dans les coopératives, en particulier, c'est lui qui devra payer le 100 %.

Sans doute, si le temps ne nous était pas tellement mesuré, nous pourrions reprendre le thème traité par notre aimable collègue M. Aeby au sujet du rôle des coopératives. M. Aeby nous a dit que ces sociétés avaient parfois, tout en recherchant l'intérêt d'un groupe de personnes, sacrifié les intérêts légitimes du reste du genre humain. La réalité est tout à fait différente. Certes, aucune œuvre humaine n'est parfaite et on sait assez que, d'une manière générale, il n'est pas facile de faire du bien à X. sans atteindre parfois les intérêts de Y. Dans les coopératives on cherche à défendre l'intérêt de plusieurs milliers de personnes, tout en lésant le moins possible ceux d'une petite minorité, et si le régime coopératif, Monsieur Aeby, s'étendait, ce serait non pas au détriment de quelques-uns mais au profit de tous, alors que dans le régime capitaliste actuel, et vous le savez mieux que moi, il n'y a que trop d'entreprises dont le rôle est de défendre les intérêts d'une petite minorité au préjudice de l'immense majorité du peuple. Si donc on veut ici parler de solidarité, on doit convenir qu'il faut effectivement défendre ceux — les coopératives en particulier — qui mettent les intérêts de la collectivité bien au-dessus des intérêts privés.

Les chiffres cités par M. Aeby ont peut-être impressionné quelques-uns des membres de ce Conseil. Je dois dire que s'ils ont fait impression sur moi, c'est dans un sens diamétralement opposé. Comment? Des coopératives allègue-t-on ont fait un chiffre d'affaires de 200 millions, 207 millions. M. Aeby a souligné ainsi le rôle social extrêmement important des coopératives; plus le chiffre d'affaires est élevé, plus grand est le nombre des familles qui y sont intéressées. Lorsque vous frappez les coopératives, vous frappez bien davantage des ouvriers, des fonctionnaires, des paysans, des chômeurs même. M. Aeby nous a parlé de bénéfices atteignant des millions, mais il a négligé à cet égard un point qui me semble tout de même le plus important: où sont allés ces millions de bénéfice? Ils ont passé intégralement, vous le savez, dans les poches des consommateurs, contribuant ainsi à atténuer la cherté de la vie pour une quantité de gens de condition modeste. Quels sont-ils, ces gens? Des ouvriers, des petits salariés et aussi dans nos villes, hélas! à l'époque actuelle, de nombreux chômeurs

L'autre jour encore, je discutais avec un homme sans travail qui me disait comment il devait assurer l'existence d'un ménage de trois personnes avec une somme de 130 francs par mois. Et il y en a 70 000 dans notre pays qui sont actuellement en chômage. La majeure partie d'entre eux vivent dans les villes; ce sont des consommateurs, ce sont des coopérateurs et voilà ceux que vous voulez frapper! Lorsque vous avez déclaré que les bénéfices distribués aux coopérateurs atteignaient à Bâle 4 millions, à Zurich 2,5 millions, encore aurait-il fallu, pour compléter ces chiffres et les faire apparaître justes dans leurs conclusions, ajouter qu'en frappant ces coopératives au taux que vous proposez, on aurait enlevé à ces coopérateurs, qui sont tous des gagne-petit, une somme de supérieure à 1 million de francs par an; autrement dit, on les aurait astreints à un impôt complémentaire, un impôt de consommation, un impôt indirect et j'ose dire que cela ne me paraît pas être la forme la plus agréable, ni lá plus recommandable, de la solidarité que M. Aeby — et je l'en félicite — a vantée ici.

On a dit aussi et avec raison qu'il fallait chercher à défendre les intérêts d'une classe moyenne aux prises avec des difficultés que nous ne pouvons pas ignorer. Cette classe moyenne m'intéresse aussi vivement, au même titre que toute catégorie de la population qui souffre et je n'entends pas faire de discriminations entre un employé ou un ouvrier qui peine, un chômeur qui souffre et un petit commerçant dans la détresse. Mais les petits commerçants ont vu leur cause défendue: l'arrêté proposé tient compte de leurs difficultés, puisque l'impôt compensatoire n'intervient qu'à partir d'un chiffre d'affai es annuel d'au moins 200 000 frs. Si donc on veut avoir égard aux difficultés indéniables de la classe moyenne, à plus forte raison faut-il tenir compte de celles non moins indiscutables que connaissent les ouvriers, les chômeurs, souvent même les paysans.

En présentant ses propositions, la minorité a tenu compte, d'une part, de ces intérêts légitimes, d'autre part de la nécessité de nous procurer de nouvelles recettes et enfin, du but visé. M. Aeby dit encore: «Les consommateurs feront leur devoir...». J'en ai moi-même la conviction; ils ont l'habitude de le faire, mais il a déclaré que si la mesure que vous proposez devait n'être pas acceptée et que celle de la minorité l'emportât, il en résulterait une perte de 700 000 frs. Certes, les consommateurs feront leur devoir, tout leur devoir; mais cela ne signifie pas qu'ils soient aveugles et ils n'ignorent pas qu'avant de lever un nouvel impôt de consommation sur leurs revenus souvent extrêmement maigres, il y a d'autres sources de recettes fiscales sur lesquelles il serait peut-être inutile d'insister longuement aujourd'hui, mais dont il est bon de dire un mot. Le Conseil fédéral — je pense que c'est là une référence excellente pour tous — n'a-t-il pas lui-même parlé de 15 à 18 petits milliards qui échappent au fisc? ... Peut-être pourrait-on y songer avant de prendre davantage encore dans les poches du pauvre. Il a été également question de centaines de millions qui «patriotiquement» passent les frontières pour se réfugier chez le voisin et qui, frappés d'un certain impôt, même modeste, rapporteraient certainement des sommes considérables.

Que sont ces 700 000 frs dont vous avez parlé, en comparaison des recettes énormes que l'on pourrait, logiquement, équitablement, obtenir en frappant ainsi les capitaux?

La minorité défend donc les intérêts des consommateurs; elle entend cependant le faire avec clairvoyance: elle estime qu'en leur demandant de faire sur leurs ristournes le sacrifice d'un 5 $^0/_{00}$ au maximum pour l'impôt compensatoire frappant les coopératives, elle accomplit tout son devoir. Ce serait, selon moi, une faute économique assez lourde que de frapper davantage ces coopérateurs et, à cette faute économique, s'ajouterait une faute politique qui a aussi son importance: en suivant notre aimable collègue M. Aeby, vous déchaîneriez parmi les consommateurs une grosse opposition; or, ils se comptent par centaines de milliers — les chiffres que vous avez énoncés en font foi — est-il bien indiqué de provoquer aujourd'hui du mécontentement, dans les villages comme dans les villes? Je ne le pense pas. Ce serait une profonde, pour ne pas dire une grossière erreur et c'est pourquoi je vous recommande vivement de vous rallier à la mesure préconisée par la minorité.

Duttweiler: Nachdem die Genossenschaften reichlich zum Worte gekommen sind in deutscher und welscher Zunge, gestatte ich mir, von einem andern Standpunkt aus darüber einiges zu sagen.

Ich glaube, die Schlagworte „grosskapitalistische Wirtschaft" usw. im Gegensatz zu den genossenschaftlichen Organisationen haben sich etwas überlebt. Es ist doch eine Tatsache, dass nicht wenige Sozialdemokraten heute in Verwaltungsräten kapitalistischer Gesellschaften mitwirken; ich nenne hier nur die Zuckerfabrik Aarberg und den Uhrentrust. Es ist nicht zu vergessen, dass hier Grosskapitalisten dabei sind, und es tut auch ganz gut, dass die schweizerische Sozialdemokratie dasselbe macht, was die englischen Trade-Unions und die amerikanischen Sozialdemokraten besorgen. Sie bekümmern sich nämlich um den Unternehmer und trachten, ihn in die Lage zu versetzen, bessere Löhne zu bezahlen, indem sie das Unternehmen fördern. Das ist eine gesunde Einstellung. Aber dann sollen die Sozialdemokraten mit diesen tatsächlich antik anmutenden Schlagwörtern aufhören. Das sind also Aufgaben, die den Sozialdemokraten auf diesem neuen, konstruktiven Gebiet warten. Das ist die erste Bemerkung.

Herr Wunderli hat nicht unrichtig gesagt, dass es nicht auf die Form des Unternehmens ankomme, sondern auf die Gesinnung. So wenig wie die Rasse unbedingt entscheidend ist bei der Moral, so ist es für die Unternehmungen auch: es kommt nicht darauf an, ob das Unternehmen nun Genossenschaft oder Aktiengesellschaft heisst, sondern es kommt darauf an, was man macht.

Da gibt es z. B. die sogenannte Superkonsumgenossenschaft (Migros), die sich eine gewaltige Gegnerschaft zugezogen hat. Ihr wird vorgeworfen, sie verbillige zu stark, sie halte den Genossenschaftern so grosse Vorteile zu, dass andere daneben nicht mehr existieren könnten. Sie sehen, das ganze Thema, das Herr Bundesrat Obrecht aufgerollt hat,

steckt voll von Widersprüchen. Man könnte tagelang von diesen Widersprüchen sprechen; aber der Präsident ist eher für die Kürze.

Auch die Konsumentenpolitik ist zum grossen Teil von den Konsumgenossenschaften abandonniert worden. Der Lebensmittelverein Zürich hat einen Turnusofen eingerichtet, der gewaltig Arbeitskräfte spart. Man sage dann aber nicht mehr, dass diese Leute mit Kapitalien von vielen Dutzend Millionen weniger rationalisieren als andere Unternehmungen mit einem Kapital von nur 1 Million Franken! Solche Schlagworte sind überlebt, man glaubt nicht mehr daran und es tönt hohl. Das einzige ist allerdings, dass man das Brot, das man im Turnusofen billiger herstellt, dann teurer verkauft. Es ist dann so, dass man mit diesem Brote den Bäcker nicht konkurrenziert. Man kann nämlich über die Rationalisierung zweierlei Ansichten haben. Ich frage mich aber, welches die bessere Rationalisierung sei, diejenige zugunsten des Volkes oder diejenige zugunsten der genossenschaftlichen Tasche. Es sind hier Taschen vorhanden, welche Reserven angesammelt haben, die sich auf 43 Millionen belaufen.

Und die Drohung, dass man eventuell nicht helfen werde, die Vorlage zu unterstützen? Ich habe auch einige Erfahrungen mit Konsumenten. Der Konsument ist ziemlich large in diesen Sachen. Wir haben festgestellt, dass die Hausfrauen von Zürich nicht nur einen Rappen Milchpreis mehr bewilligten, sondern sogar zwei Rappen. Ich sage Ihnen, meine Herren Vertreter der Genossenschaften, Ihr Genossenschafter ist nicht so schlecht, wie Sie ihn betrachten; er ist viel anständiger, er bezahlt gerne ein viertel Prozent mehr, wenn er glaubt, dadurch Arbeit beschaffen zu können, und Sie wären in der allergrössten Verlegenheit, wenn Sie diesen anständigen Genossenschafter aufhetzen müssten. Ich hoffe allerdings, es wird nicht dazu kommen.

Die Drohung der Non coopération des Herrn Nationalrat Wunderli ist um so erstaunlicher, als der VOLG bei ¾% ungefähr 5000 Fr. im Jahr bezahlen müsste. Denn bei einem Ansatz von ¾% würden nur einige wenige Genossenschaften in die Steuerpflicht einbezogen. Ein Projekt also von ca. 400 Millionen würde man eventuell ablehnen oder doch wenigstens nicht empfehlen wegen 5000 Fr. Besteuerung der Genossenschaft! Das ist ein Missverhältnis. Sie sehen daraus, welche Töne hier angeschlagen werden.

Ich stelle mich grundsätzlich durchaus positiv zur Sache ein. Ich bin eigentlich selber fast schuld an der Sache, weil ich erklärt habe, es sei bei weitem vorzuziehen, dass man die Grossen irgendwie finanziell schlechter stelle als die gewerbetreibenden Kleinhändler usw., dass man dagegen die Handels- und Gewerbefreiheit nicht einschränke. Da hat mich dann Herr Nationalrat Bürki beim Wort genommen, und in der Folge ist dieser Teil der Vorlage daraus entstanden. Und nun bin ich Ihnen eine Erklärung schuldig, unter welchen Voraussetzungen ich mich positiv zur Sache eingestellt habe. Das wurde mir im Kreise meiner Leidensgenossen verübelt und es hiess, ich hätte dem Bundesrat Waffen geliefert, um die Sache durchzusetzen. Stets aber habe ich erklärt, dass bei einer Belastung von 2% von einer Verzinsung des Kapitals, von einem Unternehmernutzen und von einem sozialen Geschäftsgebaren gegenüber den Angestellten keine Rede mehr sein könne, wenn man diese Summen wirklich herausbringen müsse. Es ist also nicht richtig, wenn man auch in der ständerätlichen Kommission sagte, ich hätte 2% als tragbar erklärt. 2% ist gleichbedeutend mit einer Expropriation; bei 1½% dagegen ist die Steuer für die kräftigen Unternehmungen tragbar, nicht aber für alle Filialgeschäfte in der Schweiz, nicht für alle wirklichen Lebensmittelgeschäfte, die notwendige Lebensmittel führen, das steht gar nicht in Frage; der „Merkur" und „Kaisers Kaffeegeschäft" sind Spezialgeschäfte für Kaffee, Tee usw., auch einige Süssigkeiten; daneben führen sie noch ein paar Nahrungsmittel. Diese beiden stehen gut; aber alle andern ohne Ausnahme, mit Ausnahme der Migros, stehen schlecht, und zwar auch dort, wo eine Migros gar nicht existiert, so z. B. in Lausanne. Ich erinnere an die Unternehmung Manuel, die schwer zu kämpfen hat; ich erinnere an die Unternehmung Petitpierre, die kürzlich untergegangen ist; ich erinnere an die Firmen Bär, Pfister, Simon, Kaufhaus Zürich, an den Lebensmittelverein Schaffhausen, der eine Aktiengesellschaft ist, sogar an die Bell A.-G., die Fleischfirma. Es tut hie und da einmal gut, Namen und konkrete Tatsachen zu hören. Herr Bundesrat Obrecht wird nicht das Gegenteil behaupten, sondern er wird zugeben, dass es all diesen Geschäften schlecht ergeht, dass die Filialgeschäfte der Lebensmittelbranche auf dem Aussterbeetat stehen, auch dort, wo eine Migros gar nicht existiert, und dass ein Detailgeschäft immer noch am besten geführt wird, wenn man es auf eigene Rechnung führt, wenn Mann und Frau dabei sind und wenn zur Sache geschaut wird.

Wir aber sind aufgetreten mit einem neuen Prinzip; wir haben den Gedanken der Genossenschaften aufgenommen und radikal durchgeführt. Das ist eine Ausnahme, und deshalb habe ich es nicht nötig, mich für meine Rechnung zu wehren. Aber ich sage: Sie werden gezwungen sein, all jenen Geschäften die Steuer zu erlassen. Was entsteht dann? Dann müssen die andern eben um so mehr bezahlen. Wir sind ja alle zusammen ein Verein, ich möchte sagen, ein Verein von wirtschaftlichen Nichtariern, eine ganz bestimmte Gruppe, die 140 Millionen Fr. bezahlen muss. In einem andern Lande musste eine Gruppe 1 Milliarde, allerdings aus ganz andern Gründen, bezahlen. Wenn nun so vielen, die nicht in der Lage sind, die Leistung aufzubringen, die Steuer erlassen werden muss, dann haben die andern um so mehr zu bezahlen, und Sie werden das unschöne Bild bekommen, feststellen zu müssen, dass wir hier einen Steueransatz beschliessen und ihn für bestimmte Geschäftsformen anwenden wollen, der für sie unter keinen Umständen tragbar ist. Ich überlasse dann all diese Sorgen den verehrten Herren, die eine solche Steuer vorgeschlagen haben und beneide sie nicht darum. Wenn jemals ein Gesetz seine Schwierigkeiten erst gezeigt hat, nachdem es in Kraft getreten ist, d. h. nachdem es alle parlamentarischen Nöte durchgemacht hat, ist es ganz bestimmt die vorliegende Verfassungsänderung.

Ich möchte Sie nicht sehr lange in Anspruch nehmen; aber es ist doch notwendig, noch einige Wahrheiten zu sagen. Vor allem sei festgehalten,

wie das schon früher gesagt wurde: Durch die Herabsetzung der Ansätze laut ständerätlichem Vorschlag wird die Zahlung der 140 Millionen Franken dieser Leistungsgruppe durchaus nicht verringert, sondern sie bleibt bestehen. Es ist nur eine tragbarere Gestaltung der Zahlung pro Jahr geschaffen. Der Gläubiger, hier also der Staat, der sich zum Gläubiger, zum Aktionär gemacht hat, gestattet dem armen Schuldner, nur in geringeren Raten seine Sache abzuzahlen. Das ist eigentlich die Natur der Senkung dieser Steuersätze; im Endeffekt aber müssen die 140 Millionen doch herauskommen.

Was mich noch viel mehr stört, und das ist auch der Hauptgrund, weshalb ich mir gestattet habe, das Wort zu ergreifen, ist die Mentalität, die uns mit diesem Gesetz entgegentritt. Es ist das erstemal, dass in der Schweiz Gesetze auf dieser Grundlage geschaffen wurden, dass man eine bestimmte Gruppe herausnahm, und man fragte sich schon im stillen: Wer wird der nächste Herr sein? Es wird wieder Krisen geben, man wird wieder Geld brauchen, man wird wieder nach einer prächtigen zahlungsfähigen Gruppe Umschau halten und wird sie genau so in diesen eidgenössischen Schlachthof führen, wie man nun die andern hineingeführt hat. Das ist es jedenfalls, was nicht wenige der verehrten Herren Kollegen bedenklich stimmen wird.

Das zweite ist die Verkoppelung der Landesverteidigung und der Arbeitsbeschaffung mit einem ausgesprochenen Zankapfel. Das ist gerade für die Zeit, in der wir uns befinden, sehr bedauerlich. Die Rechtsunsicherheit ist zweifellos vorhanden. Man weiss nicht, wer überhaupt drankommt und wer noch im letzten Augenblick hineingenommen wird. Da kann es vorkommen, dass eines schönen Morgens die Leute in der Zeitung lesen: Jetzt sind wir auch in dem Verein! So haben wir erlebt, dass der angesehene Herr Bally plötzlich an der Seite dieses bösen schwarzen Bata stand; glücklich sind sie in derselben Schublade klassiert und werden als dieselben wirtschaftlichen Schädlinge behandelt. Sie haben diesmal ziemlich starke Herren herangezogen, mit Recht oder mit Unrecht. Die Starken können sich gegen das Unrecht bedeutend besser wehren als die Schwachen; daher werden die Proteste in der Presse etc. nie verschwinden, wenn wir die Sache nicht einigermassen tragbar gestalten; immerhin befinden wir uns nun doch einigermassen auf diesem Wege.

Gefährlich ist auch, dass die Gerichte wieder in die politische Atmosphäre hineingezogen werden. Wenn einer der Steuerpflichtigen z. B. aus seiner Aktiengesellschaft eine Genossenschaft machen will, dann sagt man ihm: Das darfst du nicht! Es ist aber gegen unser Rechtsempfinden, wenn ein Bürger in der Verfügung über sein Eigentum derart gehindert werden soll und dass das Bundesgericht sich schon einrichten soll, dieses Gesetz von oben herab sozusagen beeinflusst zu sehen. Ich betrachte auch dies für gefährlich.

Zum Schluss sage ich: Ich bedaure diese Steuer deshalb, weil sie die davon Betroffenen verhindern wird, sich sozial zu verhalten gegenüber den Lieferanten wie den Abnehmern. So wird das Labelsystem kaum jemals möglich sein. Niemals können die Firmen, die diese Steuer zahlen müssen, jenen Grundsätzen noch weiter nachleben. Auch beim niedrigen Ansatz muss z. B. ich zuerst 100% des Kapitals herauswirtschaften, bevor die Angestellten den Lohn und ich auch nur den Kapitalzins erhalte. Das ist der Hauptgrund, warum ich die Sache bedaure. Dem Kleinhandelsystem, dem kleinen Händler ist keineswegs geholfen, sondern Sie haben nur den Graben aufgerissen. Sie werden immer mehr konstatieren, dass sich die Grossen wehren um ihren Umsatz und immer wieder sagen, geht nach Bern, wenn von den Kleinen gejammert wird. Das ist das Bedauerliche daran. Ich hoffe, dass vielleicht doch noch in letzter Stunde vom Volkswirtschaftsdepartement die Initiative ergriffen wird, das Labelsystem trotzdem lebensfähig zu gestalten. Solange wir nicht die freiwillige Zusammenarbeit haben, die positive Einstellung zu allen Problemen, wird keines gelöst sein, sie werden uns immer wieder beschäftigen, und sie werden namentlich unsere Stellung gegenüber dem Ausland schwächen.

Bundesrat **Obrecht:** Herr Nationalrat Duttweiler kann für sich in Anspruch nehmen, dass er in seinem Schlussvotum an alle die vielen grundsätzlichen Fragen zurückerinnert hat. Aber diese Fragen sind jetzt alle längst entschieden. Sie haben uns stundenlang, fast tagelang beschäftigt. Heute sind wir über die prinzipielle Auseinandersetzung hinaus. Um was es jetzt noch geht, ist eigentlich das Aushandeln des Preises. Ich bin ja von Amtes wegen verpflichtet, allen Rednern von Anfang bis Ende zuzuhören; dies tue ich manchmal mit geschlossenen Augen, aber mit offenen Ohren, und dann bekomme ich bei diesen Auseinandersetzungen über die Differenzen manchmal das Gefühl, wir seien auf einem Markte, beim Feilschen über den Preis. Auf dem Markte wird geblufft, gedroht, es werden alle möglichen Mittel angewendet. Die habe ich auch heute zu hören bekommen. Jedenfalls kann bei diesen reinen Ermessensfragen die Diskussion nicht mehr auf hoher Stufe stehen, und das wollen wir der ganzen Diskussion zugute halten.

Herr Nationalrat Nobs hat noch einmal an die zwei Eingaben der Zürcher Regierung erinnert und mir damit Gelegenheit gegeben, dazu auch ein Wort zu sagen. Ich glaube, ich habe diese Eingaben im Nationalrat noch nie berührt. Ich will wiederholen, was ich im Ständerat erklärt habe: Es ist gar kein Zweifel, dass, wenn wir die Grossunternehmungen des Detailhandels mit einer Umsatzsteuer in Form einer Ausgleichsteuer belasten und den Satz aufnehmen: Das, was die einzelne Firma an Ausgleichsteuer abgeben muss, kann nicht als Bestandteil des Gewinnes erfasst werden, das zu einer gewissen Schmälerung der fiskalischen Einnahmen der Kantone und Gemeinden führt. Es ist gar nicht denkbar, dass der Bund irgendwelche Einnahmen fiskalischer Natur schaffen oder beschliessen kann, ohne dass es schliesslich auf eine Schädigung der Fiskalinteressen der Kantone oder Gemeinden hinausläuft. Darum haben wir die Regel, dass, wenn der Bund eine Steuer einführt, er einen kantonalen Anteil vorsieht, der dazu bestimmt ist, den Schaden wieder gutzumachen. Hier haben wir davon abgesehen, das zu tun, weil es sich um eine relativ kleine Steuerleistung handelt, um 12 Millionen Franken pro Jahr, beschränkt auf 10 bis 12 Jahre. Da haben wir gefunden, wir wollen die Sache nicht noch mehr

aufblasen und wieder eine Verteilung mit den Kantonen vorsehen. Darauf werden wir bei der Lösung des Hauptfinanzproblems des Bundes gerne zurückkommen. Aber wenn die Zürcher Regierung Rechnungen aufgestellt hat, wieviel sie geschädigt werde, muss demgegenüber festgestellt werden, dass es gar nicht möglich ist, die Auswirkungen dieser Ausgleichsteuer auf die Gewinn- und Verlustrechnungen und damit auf den Steuerbetrag der einzelnen ausgleichsteuerpflichtigen Firmen im voraus zu ermitteln. Es darf der Zürcher Regierung auch entgegengehalten werden, dass das Geld, das hier herausgeschöpft werden soll, nicht in Bern in der Bundeskasse bleibt, sondern wieder in die Kantone hinaus wandert; denn es ist ja dazu bestimmt, die Arbeitsbeschaffung zu finanzieren. Wie sich das auswirken kann, mögen Sie daraus ersehen, dass wir dem Kanton Zürich allein in den zwei Jahren 1937/1938 für 14 Millionen Franken Bundesbeiträge für die Arbeitsbeschaffung zugesichert haben. Das hat die Zürcher Regierung nicht erwähnt. Ich habe mich jetzt veranlasst gefühlt, das hervorzuheben, nachdem mich Herr Nationalrat Nobs als Mitglied der Zürcher Regierung dazu herausgefordert hat.

Eine Differenz, über die nicht gesprochen wurde, die aber doch erwähnt werden muss, betrifft den Minimalsatz. Wir wollen vom Bundesrat aus den Minimalsatz auf 2 ‰ festsetzen, und der Ständerat hat das auch so beschlossen. Wir hatten die 2 ‰ von Anfang an vorgeschlagen, sie figurieren in der ursprünglichen Botschaft des Bundesrates. Es ist zeitweise eine Reduktion auf 1 ‰ vorgenommen worden, aber in der Meinung, dass man auch die untere Umsatzgrenze herabsetze. Nun soll die untere Grenze bei 200 000 Franken bleiben; da müssen wir unbedingt verlangen, dass auch der Minimalsatz auf 2 ‰ bleibt. Das macht für eine Firma mit 200 000 Franken Jahresumsatz eine Ausgleichsteuer von 400 Franken aus. Ich glaube nicht, dass jemand mit Recht behaupten könnte, das wäre eine ruinöse Belastung. Der Antrag auf 2 ‰ ist von der Minderheit aufgenommen worden. Wenn eine Differenz bleiben sollte, ist anzunehmen, dass der Ständerat an diesen 2 ‰ festhalten wird. St mmen Sie dem Minderheitsantrag auf 2 ‰ zu, nachdem wir mit dem Minimalumsatz auf 200 000 Fr. im Jahr hinaufgegangen sind.

Wir haben in unserer ursprünglichen Vorlage gesagt, die Ausgleichsteuer betrage im Minimum 2 ‰ und im Maximum 5 %. Dabei bestand die Meinung, dass in den Ausführungsbestimmungen die Differenzierung nach den verschiedenen Gattungen von Grossunternehmungen des Detailhandels Platz greifen solle. Wir wollten das also den Ausführungsbestimmungen überlassen. Ihre Kommission hat erklärt, das gehe nicht wohl an; wir müssten in den Verfassungsartikeln die verschiedenen Maxima niederlegen, damit der einzelne Steuerpflichtige ungefähr ausrechnen könne, was für ihn an neuen Fiskalabgaben in Frage stehe. Darum ist die Gruppierung in Epa, Warenhäuser, Filialunternehmungen und die übrigen Detailhandelsgeschäfte in die Vorlage hineingekommen. Die nationalrätliche Kommission war ursprünglich der Meinung, bei den Epahäusern, als derjenigen Unternehmung, die sich am schlimmsten gegenüber dem kaufmännischen Mittelstand auswirken, bei einem Maximalsatz von 5 % zu bleiben. Die ständerätliche Kommission fand, das sei zu hoch; sie wollte im Verfassungstext nicht von solch hohen Ansätzen reden. Der Ständerat hält das Maximum für Warenhäuser bei 2½ %, sagt aber, dass Warenhäuser, die nach den Grundsätzen der Epageschäfte geführt werden, einen Zuschlag von 50 % zu tragen hätten, womit man auf 3¾ % kommt. Ich habe nicht den Eindruck, dass das zur leichten Verständlichkeit des Verfassungstextes beitrüge. Ich bin mit der Minderheit Ihrer Kommission einverstanden, dass es klarer und richtiger ist, auch für die Epageschäfte einen festen Satz zu nennen. Damit werden wir auch eine Annäherung zum Ständerat finden, denn wir sind in der Differenzbereinigung, und darum empfehle ich Ihnen, den Satz von 4 %, statt den früheren Satz von 5 %, aufzunehmen.

Mit Bezug auf Warenhäuser und Filialunternehmungen stehen sich die alten Sätze mit 3 resp. 2 % oder nach Ständerat je um ein halbes Prozent reduziert mit 2½ resp. 1½ % gegenüber. Wiederum aus taktischen Gründen, weil wir zusammenkommen müssen, möchte ich Zustimmung zum Ständerat empfehlen. Ich habe in der Kommission und im Plenum des Ständerates der Beratung beigewohnt und habe das Gefühl, dass man mit einem Nachgeben des Ständerates hier nicht rechnen kann. Meine Aufgabe besteht nun im Vermitteln, damit man zusammenkommt und zwar noch dieser Tage, damit die Vorlage vor das Volk gebracht werden kann. Da bin ich nun der Meinung, dass Sie, wenn Sie bei den Warenhäusern und den Filialunternehmungen zu einer Verständigung kommen wollen, dem Antrag der Minderheit Ihrer Kommission beipflichten sollten, der 2½ % für die Warenhäuser und 1½ % für die Filialunternehmungen vorsieht. Dadurch würde dann die Differenz mit dem Ständerat hinfällig.

Nun kommt die letzte Kategorie „Selbsthilfegenossenschaften und Detailunternehmungen anderer Art". Da möchte ich Sie zunächst bitten, diese beiden Gruppen — es sind alle übrigen, die nicht extra genannt sind: Detailunternehmungen anderer Art (mit einem Umsatz von mindestens 200 000 Fr.) und die Selbsthilfegenossenschaften oder sagen wir die „Konsumvereine"; sie sind bisher immer in der gleichen Kategorie aufgeführt worden —, mit dem gleichen Satz zu behandeln.

Die Minderheit beantragt für die Unternehmungen anderer Art 1 %, für die Selbsthilfegenossenschaften ¾ %. Dann ist ja der Antrag auf ½ % noch da. Ich möchte Ihnen empfehlen, hier für die ganze Gruppe Detailunternehmungen anderer Art und Konsumvereine, letztere bezeichnet mit dem Begriff „Selbsthilfegenossenschaften", einen Vermittlungssatz von ¾ % zu beschliessen. Ich weiss, dass ich damit etwas in Widerspruch komme zur Haltung des Bundesrates gegenüber den Konsumvereinen; aber auch da stellt sich nun die Frage, wie kommt man zu einem Endresultat? Da habe ich nun den Eindruck, es sei absolut ausgeschlossen, dass wir den Ständerat dazu bringen, den Satz von ½ % anzunehmen. Das sage ich aus voller, ehrlicher Ueberzeugung, und aus dieser vollen, ehrlichen Ueberzeugung und aus praktischen Gründen, weil wir zu einem Resultat kommen müssen, habe ich in der Kommission des Nationalrates selbst emp-

fohlen, die Mitte zu suchen bei ¾%. Das ist dann die Hälfte des nächsthöheren Satzes, des Satzes von 1½% für die Filialunternehmungen. Die Sache kommt in einen systematischen Aufbau. Wenn wir hier zu einer Verständigung mit dem Ständerat kommen wollen, halte ich es für notwendig, dass man den Satz von ½% wenigstens etwas hinaufsetzt. Das Richtige scheint mir hier in der goldenen Mitte zu liegen.

Man sagt, die ständerätliche Kommission und der Ständerat hätten sich von kapitalistischen Grossunternehmungen unter Druck setzen lassen. Das kann man so behaupten. Das hört sich ja gut an. Aber das ist nicht gerade eine Liebenswürdigkeit gegenüber den 15 Mitgliedern der ständerätlichen Kommission. Dass ja einzelne auf dem Boden der Filialunternehmungen standen, war von Anfang an klar, und die Verbindung war gegeben. Darüber hatte ich nicht den geringsten Zweifel. Aber von der grossen Mehrheit der Kommission, die hier keinerlei Interessen im Feuer hat, einfach zu sagen, sie habe sich von kapitalistischen Grossunternehmungen unter Druck setzen lassen, ist eine starke Behauptung gegenüber Abwesenden. Die Ständeräte können sich ja hier nicht verteidigen. Es ist meine Rolle, das zu tun.

Ueberhaupt, Herr Nationalrat Huber, ich habe heute — ich muss Ihnen das offen gestehen — aus Ihrem ganzen Votum einen Ton herausgehört, den ich bisher von seiten des grossen Verbandes der Schweizerischen Konsumvereine nicht gewohnt war. Ich würde es bedauern, wenn diese neue Tonart Schule machen würde. Wir haben sehr viele Verhandlungen mit der Leitung des Verbandes schweiz. Konsumvereine zu führen. Wir haben mit Herrn Dr. Bernhard Jäggi die besten Erfahrungen gemacht. Er war ein Mann loyalster Gesinnung, ein Mann nach dem Grundsatz: „Leben und leben lassen". Er wollte andere Konkurrenzkreise nicht töten, ihnen ihre Existenz nicht verunmöglichen, sondern er wollte eben nach dem weisen Grundsatz verfahren: „Leben und leben lassen". Wenn man nun heute kommt und sagt, ja, wenn Sie uns statt mit ½% mit ¾% belasten, dann behalten wir uns, obschon es sich um die Landesverteidung und um die Arbeitsbeschaffung handelt, unsere Stellungnahme restlos vor, dann klingt das ungewohnt. Man hat allerdings ausdrücklich gesagt, es soll keine Drohung sein, und es war sicher auch keine Drohung; aber es war eine neue Tonart.

Auch mit dem Vorwurf, der Bundesrat hätte sein Wort nicht gehalten, mit dem Entscheid im Falle Coldrerio, geht Herr Huber zu weit. Denn soweit ich die Dinge in Erinnerung habe, so ist ursprünglich, als man zum erstenmal den Warenhausbeschluss ausgearbeitet hat, von meinem Vorgänger der Standpunkt eingenommen worden, man solle die Konsumvereine ausnehmen, also nicht in den Warenhausbeschluss einbeziehen. Aber dann kam das Parlament und hat die Konsumvereine doch einbezogen. Und nachher kam ein Rekurs, und da mussten wir als verwaltungsrechtliche Beschwerdeinstanz nach rechtlichen Erwägungen und nach juristischem Gewissen entscheiden. Taktisch kann ich sagen: Hätte ich den Fall Coldrerio erledigen können, so hätte ich die Sache wahrscheinlich etwas anders gedreht. Aber in einer verwaltungsrechtlichen Beschwerde hat nicht der Nichtjurist und Chef des Volkswirtschaftsdepartementes das entscheidende Wort, sondern die Anträge werden vom eidgenössischen Justizdepartement an den Bundesrat gestellt. Da konnte ich meinen Standpunkt nicht durchsetzen. Dass man nun deswegen mit dem Vorwurf kommt, man hätte ein staatsmännisches Wort gebrochen, ist etwas scharfer Tabak, und ich muss Herrn Huber nahelegen: Wenn Sie jetzt in der neuen Rolle des Präsidenten der Aufsichtsbehörde des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine so viel mit uns zu verkehren haben, so lassen Sie solche Anklagen, solche Anschuldigungen beiseite, oder dann überlegen Sie sich diese vorher gründlich; denn eine gewisse Empfindlichkeit ist schliesslich auch bei einem Bundesrat noch übrig geblieben, namentlich wenn er es so ernst nimmt mit dem einmal gegebenen Wort. Das so zwischenhinein.

Herr Wunderli hat mich heute etwas enttäuscht. Als ich den Gedanken gefasst hatte, für die Arbeitsbeschaffung eine solche Ausgleichsteuer vorzuschlagen, da habe ich extra eine Tour nach Winterthur gemacht und mit dem hochverehrten Chef des Herrn Wunderli, Herrn Direktor Schwarz, über die Sache gesprochen. Damals glaubte man noch nicht, dass die Genossenschaften mit ¾% wegkommen würden. Man rechnete mit mehr, und Herr Schwarz hat gesagt: Das ist ein guter Gedanke, von unserer Seite haben Sie jedenfalls nichts zu befürchten.

Heute kommt nun Herr Wunderli und bläst auch in das Horn der Warnungen. Herr Wunderli, seien Sie da nicht päpstlicher als Ihr Papst. Das steht Ihnen gar nicht gut an. Aber Sie sehen, meine Herren, aus diesem einen Beispiel, wie in dem Stadium, wo wir auszuhandeln haben, wo es um das Ermessen geht, mit Waffen gefochten wird, die man lieber ausser Gefecht lassen würde.

Ich wiederhole, der Satz von 0,5% hat im Ständerat keine Aussicht auf Erfolg. Wenn wir zu einem Schluss kommen wollen, werden Sie nicht am Antrag des Herrn Aeby mit 1% festhalten können, auch nicht am Beschlusse des Nationalrates, sondern die Chance zu einem guteidgenössischen Kompromiss wird der Vorschlag bieten, der auf ¾% lautet. Ich bin sonst nicht ein Freund des Halbierens; aber hier drängt es sich auf; das ist die Brücke, die zur Verständigung führt. Und wenn Sie diese Brücke nicht beschreiten wollen, werden Sie sie vielleicht auf dem Rückweg beschreiten. Denn irgendeine Verständigung muss schliesslich in der Sache herauskommen. Ich stimme also der Minderheit der Kommission zu, mit der Korrektur, dass die beiden Gruppen zusammengefasst werden, also die Selbsthilfegenossenschaften und die Detailunternehmungen anderer Art mit dem gleichen Satz von ¾% bedacht werden; wenn die Minderheit der Kommission sich diesem Antrag anschliessen könnte, wären Bundesrat und Minderheit einig.

Huber-St. Gallen: Herr Bundesrat Obrecht hat meinen Ton beanstandet. Soweit er auf meine Erkältung zurückzuführen ist, begreife ich das; soweit er aber einen Widerspruch herstellen will zwischen dem, was Herr Dr. Jäggi auszuführen pflegt und was die Leiter des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine in dieser Angelegenheit als

das Richtige betrachten, tut er vollständig unrecht. Und zwar konnte er, wenn er sich die Sache etwas genauer überlegt hätte, dies wissen. Denn ich habe Herrn Bundesrat Obrecht schon in einer früheren Kommissionssitzung zur Kenntnis gebracht, dass der absolut ablehnende Standpunkt vom Aufsichtsrat des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine eingenommen worden ist auf Antrag von Herrn Dr. Jäggi. Er ist der Antragsteller, er hat diesen Antrag begründet im Aufsichtsrat. Herrn Bundesrat Obrecht habe ich noch heute vormittag mitgeteilt, dass das, was ich hier nachher ausgeführt habe, die Wiedergabe dessen sei, was von Basel aus mir gestern vormittag noch mitgeteilt worden ist als die Auffassung des Präsidenten der Verwaltungskommission des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine. Es war deshalb nicht richtig, die Sache so darzustellen, als ob der Sprechende sich im Widerspruch mit den eigentlichen Führern des Verbandes Schweizerischer Konsumgenossenschaften befände. Das ist die gleiche Methode, wie sie gegenüber Herrn Wunderli nun in bezug auf Herrn Schwarz angewendet worden ist. Ich glaube, dass derartige Methoden nicht gerade das Prädikat absoluter und uneingeschränkter Sachlichkeit verdienen.

Keller, Berichterstatter der I. Minderheit: Die Minderheit der Kommission ist mit der Gleichstellung der „Detailunternehmungen anderer Art" mit den Selbsthilfegenossenschaften, wie sie von Herrn Bundesrat Obrecht verlangt worden ist, einverstanden.

Nun habe ich aber noch das Wort verlangt zu einer kurzen Rechtfertigung, zu der ich durch die Ausführungen des Herrn Nationalrats Huber veranlasst worden bin. Ich habe die Behauptung, die Konsumgenossenschaften seien in der Lage, die ihnen zugemutete Steuer zu tragen, ohne sie auf ihre Mitglieder abwälzen zu müssen, ohne ihre Mitglieder in Mitleidenschaft ziehen zu müssen, nicht aus der Luft gegriffen. Ich habe mich daher gestützt auf den Geschäftsbericht des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine pro 1938, der in den letzten Tagen verschickt worden ist und den ich mir über den Sonntag etwas angesehen habe, aus dem Ihnen Herr Nationalrat Aeby vorhin einige ganz interessante Zahlen vor Augen geführt hat. Ich habe mich aber des weitern gestützt auf eine Zusammenstellung, die ich mir von der eidgenössischen Steuerverwaltung habe geben lassen. Diese Zusammenstellung gibt ein ganz interessantes Bild über die Auswirkung der Ausgleichsteuer gegenüber den Konsumgenossenschaften. Die Zusammenstellung, die Ihnen hier zur Verfügung steht, umfasst die 20 grössten Konsumgenossenschaften. An der Spitze steht der A.C.V. Basel. Dieser weist einen Umsatz von rund 55 Millionen Fr. auf. Die Rückvergütungen, die der Verband bezahlt, belaufen sich — Herr Dr. Schmid, hören Sie wohl — auf 3 856 000 Fr., und die Steuer, die dem Verband zugemutet wird, beträgt, wenn sie auf ½ % im Maximum festgesetzt wird, 192 000 Fr., 289 000 Fr., wenn Sie sie auf ¾ % und 385 000 Fr., wenn sie auf 1 % festgesetzt wird.

Der Lebensmittelverein Zürich hat einen Umsatz von 21 Millionen Fr. Die Rückvergütungen des Lebensmittelvereins belaufen sich auf 1 544 000 Fr., und die Steuer, die auf ihn fallen würde, beträgt 81 000 Fr. bei ½ %, 122 000 Fr. bei ¾ % und 163 000 Fr. bei 1 % Steuer, aber nicht Hunderttausende von Franken, wie Herr Nationalrat Herzog vorhin behauptet hat.

Im Ganzen weisen diese 20 grössten Konsumgenossenschaften einen Umsatz von 156 Millionen Franken auf. Die Rückvergütungen betragen bei allen diesen 20 Genossenschaften 9,4 Millionen Fr., und die Steuer würde betragen bei ½ % 487 000 Fr., bei ¾ % 704 000 Fr. und bei 1 % 935 000 Fr. Im Durchschnitt betragen die Rückvergütungen 6,2 %. Neben den Rückvergütungen erzielen diese Genossenschaften auch noch Reingewinne, die nicht an die Mitglieder ausgerichtet werden, sondern im Geschäft verbleiben. Diese übrigen Reingewinne aller 20 Genossenschaften betragen: 1 581 000 Fr. gegenüber einer Steuer von 487 000 Fr. (½ %), oder 731 000 Fr. (¾ %) oder 935 000 Fr. (1 %). Sie ersehen allein schon aus diesen Zahlen, dass meine Behauptung, die Konsumgenossenschaften seien in der Lage, die Steuer zu bezahlen, ohne die Mitglieder in Mitleidenschaft ziehen zu müssen, richtig ist. Es ist dazu nicht einmal nötig, noch auf die Rücklagen und Verwendungen anderer Art hinzuweisen, die ebenfalls zur Begleichung der Steuer herangezogen werden können. Die Rückvergütungen werden durch die Steuer nicht berührt, weshalb auch die Ausführungen der Herren Dr. Schmid und Herzog in sich zusammenfallen.

Schmid-Oberentfelden: Sie kennen die Verhältnisse bei den kleinen Konsumgenossenschaften nicht, sonst würden Sie nicht so reden.

Schirmer, Berichterstatter der Mehrheit: Es wird zur Vereinfachung der Abstimmung beitragen, wenn ich Ihnen erklären kann, dass der Antrag der Kommissionsmehrheit nicht mehr aufrechterhalten wird. Er ist auch praktisch von niemandem verteidigt worden. Ich habe mit einigen Herren der Kommission Rücksprache genommen, und es würde sich nun darum handeln, dass wir nur noch den Antrag der Minderheit vor uns haben, der in erster Position unbestritten war. Wir hätten also nur abzustimmen über die Belastung der Genossenschaften und der andern Unternehmungen des Detailhandels.

M. le **Président:** La situation est la suivante: La majorité de la commission, ainsi que le Conseil fédéral, ont admis les propositions de la minorité Keller et consorts jusqu'aux mots «pour les entreprises à succursales multiples». Ces propositions ne sont pas combattues; elles sont donc acquises.

Il reste la question des coopératives et des entreprises du commerce de détail d'un autre genre. Vous avez à décider entre les propositions de la majorité, de la minorité Keller et consorts, de la minorité Huber et consorts appuyée par M. Nobs et la proposition de M. Aeby. Nous voterons séparément sur les coopératives et les autres entreprises.

Abstimmung. — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:
Für den Antrag der Mehrheit (7,5 °/oo) 81 Stimmen
Für den Antrag der II. Minderheit (5 °/oo) 64 Stimmen
Für Festhalten am eventuell gefassten Beschluss 117 Stimmen
Für den Antrag Aeby 30 Stimmen

Votation sur les commerces de détail d'un autre genre. Vous avez à vous prononcer, en votation éventuelle, entre 5 °/oo et 7,5 °/oo.

Eventuell — Eventuellement:
Für den Antrag der Mehrheit und des Bundesrates (7,5 °/oo) 101 Stimmen
Für den Antrag der II. Minderheit (5 °/oo) 1 Stimme

M. le **Président:** Vous aurez à vous prononcer maintenant, en votation principale, entre 7,5 °/oo, proposition de la majorité de la commission et du Conseil fédéral, et 10 °/oo proposé par M. Aeby, conformément à la décision du Conseil des Etats.

M. **Aeby:** Monsieur le Président, ma proposition ne visait que les coopératives et non les commerces de détail d'un autre genre dont il est question en ce moment. Il n'y a donc pas à la soumettre ici au vote de l'assemblée.

M. le **Président:** M. Aeby retire sa proposition. Par conséquent, vous vous êtes prononcés pour 7,5 °/oo.

Le chiffre III étant terminé, nous revenons maintenant au chiffre II. Vous avez là le texte nouveau de la majorité de la commission, le texte de la minorité (M. Gattiker et consorts) et un amendement Stutz. M. Stutz propose de préciser es mots «produits agricoles» par «produits agricoles du pays».

Ziff. II.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Die Steuer ist progressiv und bemisst sich nach dem jährlichen Detailhandelsumsatz unter Berücksichtigung der Geschäftsart. Die Ausführungsbestimmungen werden vorsehen, dass der Umsatz in einzelnen Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, wie Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brennstoffe und dergleichen, bei der Umsatzberechnung ausser Betracht fällt und dass Geschäfte, deren Produktionsfreiheit durch handelspolitische Massnahmen oder Preisvorschriften des Bundes eingeschränkt ist, steuerfrei bleiben. Sie können ferner für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, anderweitige Erleichterungen und allgemein eine staffelweise Einführung der Ausgleichsteuer für die ersten zwei Steuerjahre vorsehen.

Minderheit

(Gattiker, Keller-Aarau, Meyer-Luzern, Schirmer):

a. Die Steuer ist progressiv und bemisst sich nach dem Detailumsatz, unter Berücksichtigung der Geschäftsart.

b. Der Umsatz mehrerer rechtlich selbständiger Unternehmungen, die in wirtschaftlicher Hinsicht eine Einheit bilden, ist zusammenzurechnen.

c. Die Ausführungsbestimmungen werden für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen oder Steuerfreiheit vorsehen.

d. Die Ausführungsbestimmungen werden für eine staffelweise Einführung der Ausgleichsteuer für die ersten zwei Steuerjahre sorgen.

Proposition de la commission.

Majorité:

L'impôt est progressif et se détermine sur le chiffre annuel des ventes au détail, compte tenu du genre de l'établissement. Les dispositions d'exécution prévoiront que le chiffre d'affaires procuré par la vente de certaines sortes de marchandises où règnent des conditions particulières, par exemple le lait et les produits laitiers, les produits agricoles, les combustibles solides et les substances analogues, ne sera pas pris en considération; en outre, les entreprises dont la Confédération gêne la production par des mesures de politique commerciale ou des prescriptions sur les prix seront exemptes d'impôt. Les dispositions d'exécution pourront enfin prévoir d'autres allégements pour certaines sortes de marchandises soumises à des conditions particulières et, en général, l'introduction graduelle de l'impôt compensatoire pour les deux premiers exercices.

Minorité

(Gattiker, Keller-Argovie, Meyer-Lucerne, Schirmer):

a. L'impôt est progressif et se détermine suivant le chiffre annuel des ventes au détail, compte tenu du genre de l'établissement.

b. Le chiffre d'affaires de plusieurs entreprises juridiquement indépendantes doit être additionné lorsque ces entreprises constituent économiquement une unité.

c. Les dispositions d'exécution prévoiront des allégements ou l'exemption totale de l'impôt pour les marchandises où règnent des conditions particulières.

d. Les dispositions d'exécution prévoiront l'introduction graduelle de l'impôt compensatoire pour les deux premiers exercices.

Stutz: Es handelt sich, wie Sie schon gehört haben, ausschliesslich um die Einfügung des Wortes „einheimisch". Ich stelle mir nämlich vor, dass bei der Entlastung, von der die Rede ist, es sich nur um die Entlastung der einheimischen Produkte und nicht um die der eingeführten Erzeugnisse handeln könne. Wenn Sie den Wortlaut der Vorlage beschliessen, besteht tatsächlich die Gefahr, dass auch die Auslandprodukte von der steuerlichen Belastung befreit werden; das ist zweifellos nicht Ihre Absicht.

1. Durch die Kontingentierung von Obst und Gemüsen sollte der Absatz der Inlandproduktion dadurch erleichtert werden, dass die Importfirmen verhalten werden, nach dem sog. Leistungsprinzip bei der Aufnahme und dem Vertrieb der Inlandprodukte behilflich zu sein. Damit wurde dokumentiert, dass sie sich in den Dienst der Inlandprodukte

umstellen sollen. In der Praxis haben wir seit dem Jahr 1931 die Erfahrung gemacht, dass es immer wieder Firmen gibt, die sich um dieses Leistungsprinzip herumdrücken wollen, weil ein wesentlicher Preisunterschied zwischen der Importware franko verzollt Grenze und dem, was der einheimische Produzent für seine Ware haben muss, bestehen kann. Wenn nun schon die Tendenz vorliegt, sich dem Leistungsprinzip zu entziehen, und wenn eine steuerliche Befreiung auch der Importprodukte, ich denke speziell an Gemüse und Obst, erlangt würde, erreichten wir gerade das Umgekehrte, wir würden den Import mehr fördern als das Leistungsprinzip der Inlandsproduktion nützt. Wegen dieser Divergenz möchte ich bitten, das Wort „einheimische" einzuschalten.

2. Aehnlich liegen die Verhältnisse im kleinen Grenzverkehr. Vielen von Ihnen wird bekannt sein, dass nicht nur in Genf, sondern auch in Basel und Umgebung die Gemüseproduzenten sich schwer über die Auswirkungen des kleinen Grenzverkehrs beklagen. Durch gewisse Uebereinkommen, welche die eidgenössische Oberzolldirektion mit der französischen Regierung zustande brachte, ist eine gewisse Korrektur zustande gekommen. Wenn nun aber die einheimischen Produkte des Obst- und Gemüsebaues durch eine Steuer belastet werden können, wird das, was durch dieses Abkommen erreicht wurde, sozusagen illusorisch.

3. Ein dritter Grund besteht darin, dass es die Aufgabe der schweizerischen Landwirtschaft ist, die Qualitätsproduktion mit allen nur möglichen Mitteln zu fördern. Das geht nicht ohne besonderen Aufwand. Wenn wir aber die Produktion steuerlich belasten, erreichen wir wieder das Umgekehrte; wir erschweren gewissermassen die Tendenz zur Förderung der Qualitätsproduktion.

4. Das Agrarprogramm sieht vor, dass der Gemüsebau ausgedehnt werden müsse. Er soll eine ähnliche Ausweitung erfahren wie der Ackerbau gemeinhin. Es ist widersinnig, wenn wir diesen Bestrebungen durch eine steuerliche Belastung wieder entgegentreten.

Es handelt sich also einfach darum, zu dokumentieren, dass durch die Steuer auf keinen Fall die landwirtschaftliche, einheimische Produktion getroffen werden darf. Wenn Sie das wollen, so ist das Wort „einheimisch" einzufügen.

Niederhauser: Ich sehe mich leider gezwungen, meinem sehr verehrten Kollegen entgegenzutreten. Die Auffassung stimmt nicht, dass mit der Ausnahme von Milch, Milchprodukten, landwirtschaftlichen Erzeugnissen usw. die einheimische Produktion geschützt werden solle. Es sollen diejenigen geschützt werden, die in erster Linie als Verbraucher zu ihrer Ernährung auf diese Artikel angewiesen sind. Darum nimmt man gerade die wichtigsten Volksnahrungsmittel wie Milch aus. Das gilt aber auch für die Erzeugnisse des Ackerbaues, namentlich für Kartoffeln. Dass diese Tendenz beim Beschluss des Nationalrates massgebend war, können Sie auch daraus entnehmen, dass die festen Brennstoffe ebenfalls ausgenommen werden sollen. Als einzigen festen, einheimischen Brennstoff haben wir das Holz. Das wichtigste feste Brennmaterial aber sind Kohle, Koks und Briketts. Diese kommen aus dem Auslande, sollen aber trotzdem als umsatzsteuerfrei aufgenommen werden. Die Bestimmung hat also den Zweck, den armen kleinen Mann für die nötigen Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht zu belasten.

Wie stellen Sie sich eigentlich vor, nur einheimische Erzeugnisse des Ackerbaues von der Umsatzsteuer auszunehmen, andere aber nicht? Wir haben schon Jahre erlebt, und es kann wieder solche geben, in denen wir eine schlechte Kartoffelernte hatten. Dann müssen Kartoffeln aus dem Auslande eingeführt werden. Weil wir Mangel haben, werden die Kartoffelpreise sowieso hoch sein. Sollen wir sie dann noch höher treiben? Wie wollen Sie beim Einzelhändler zwischen Kartoffeln einheimischer und ausländischer Provenienz unterscheiden? Wollen Sie die Kartoffeln abstempeln, wie man das bei den Eiern macht? Das dürfte sich in der Praxis als unmöglich erweisen. Die Einschränkung auf die einheimischen Produkte scheint mir nicht dem Sinne der ganzen Bestimmung zu entsprechen.

Gestatten Sie mir als Basler einmal zu sagen, man möchte endlich mit der Belastung der Grenzstädte in der Versorgung von Gemüse aufhören. Wir Grenzstädter in Genf und Basel stehen seit Jahrhunderten im engsten Verkehr mit unseren ausländischen Nachbarn und sind für gewisse Artikel direkt auf sie angewiesen. Ich weiss nicht, ob Sie alle schon das Büchlein gelesen haben «Les revendications», welches Ihnen die Genfer geschickt haben. Basel ist einstweilen mit solchen «revendications» nicht gekommen; aber wenn Sie das Büchlein lesen, so sind Sie sich doch im Klaren, wie ungünstig gerade diese Grenzstädte in wirtschaftlicher Beziehung gestellt sind gegenüber dem Inlande und wie die kriegswirtschaftlichen Massnahmen immer noch diese ungünstige Stellung vergrössern, sie verschlimmern und sich auf die ganze Wirtschaft in den Grenzgebieten schädlich auswirken. Da soll man nun nicht noch kommen und diese Nahverkehr, diesen Grenzverkehr noch weiter erschweren wollen.

Ich möchte Ihnen sehr anraten, wenn Sie das noch nicht getan haben, die Broschüre mit den «revendications» unserer Miteidgenossen von Genf sehr aufmerksam zu lesen, und dann wird Ihnen vielleicht begreiflich sein, dass wir in beiden Städten uns wehren müssen gegen eine weitere Verteuerung des Lebensunterhaltes. Wir können unsere Wirtschaft nur aufrechterhalten durch den Export. Auch unsere Landwirtschaft kann auf die Dauer die Preise nicht erhalten, die wir ihr jetzt bezahlen, wenn unser Export zurückgeht, immer weiter zurückgeht, und wenn wir nicht mehr konkurrenzfähig sind wegen der Preise. Es ist auch im allgemeinen Landesinteresse, hier nicht zu sehr die Schutzpolitik für die einheimische Landwirtschaft zu überspannen, sondern Mass zu halten und auch an diejenigen zu denken, welche eben für den Export arbeiten und aus dem Export leben müssen.

Bundesrat **Obrecht:** Ich beschränke mich auf die Besprechung des Ergänzungsantrages des Herrn Nationalrates Stutz, der die Ausnahmebehandlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf einheimische Produkte beschränken möchte. Er möchte da, wo man von der Ausgleichsteuer landwirtschaftliche

Erzeugnisse ausnehmen will, die importierten Waren der Steuer unterstellen, dagegen das einheimische Produkt bevorzugen.

Das ist ein sympathischer Gedanke, aber wir können ihn nicht akzeptieren; denn er steht in absolutem Gegensatz zu unserem Regime in den Handelsverträgen. Im ganzen Gebiete der Handelsverträge gilt der Grundsatz, dass die differenzielle Behandlung von Auslandswaren gegenüber Inlandswaren sich beschränken muss auf die Zollbelastung. Und die Zollbelastung macht man zum Gegenstand einer vertraglichen Ordnung, zum Gegenstand der Handelsverträge. Es ist nun nicht gestattet, über diese handelsvertragliche Regelung, über diese besondere Grenzbelastung hinaus Steuern einzuführen durch die eigene Gesetzgebung. Wir dürfen nicht die importierten Produkte belasten, aber die einheimischen frei lassen. Das geht nicht, das dürfen wir nicht tun. Das wäre eine flagrante Verletzung unserer Verpflichtungen, die wir in den Handelsverträgen eingegangen sind.

Zur Illustration muss ich Ihnen ein kleines Beispiel in Erinnerung bringen. Wir haben es mit vieler Mühe in der Schweiz zeitweise zu einer Weinsteuer gebracht. Diese Weinsteuer wurde in der Schweiz erhoben auf den einheimischen Weinen, und sofort haben wir die gleiche Steuer auch an der Grenze auf die importierten Weine gelegt. Das war die Konsequenz, das durften wir, weil wir eine einheimische Steuer hatten. Wir sind dann durch die Widerstände dazu gezwungen worden, die Erhebung der einheimischen Weinsteuer aufzugeben. Wir haben sie abgeschafft. Am gleichen Tage haben wir auch die Weinsteuer auf den importierten Weinen abgeschafft. Wir mussten das. Wir durften die Steuer auf importierten Weinen nicht mehr aufrechterhalten, nachdem sie auf den einheimischen Weinen unmöglich geworden war.

Sie sehen aus diesem Bespiel, dass der Gedanke des Herrn Stutz nicht annehmbar und nicht durchführbar ist. Deshalb muss ich Sie bitten, ihn abzulehnen. Auf die andern Fragen kommen wir später noch zu sprechen.

M. le **Président:** Nous allons voter à titre éventuel sur l'amendement proposé par M. Stutz et combattu par le Conseil fédéral.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Zusatzantrag Stutz	38 Stimmen
Dagegen	69 Stimmen

Grimm, Berichterstatter der Mehrheit: Wir stehen vor einer etwas anormalen Situation. Die Herren Referenten streiken. Herr Schirmer war als Referent bestimmt. Er hat über Nacht seine Meinung geändert und ist zur Minderheit hinübergewechselt, so dass die Kommission heute überhaupt keinen Referenten stellt. Das beleuchtet die Situation, so wie sie tatsächlich ist: Verwirrung in der letzten Minute, keine Klarheit in der Konzeption, und schliesslich überträgt sich die Verwirrung auf den Rat selber. Ich habe nicht im Namen der Kommissionsmehrheit zu sprechen, sondern ich möchte vielleicht eher sprechen im Namen der „politischen Vernunft", und zwar deswegen, weil dieser Artikel, wie er vom Nationalrat beschlossen worden ist, gegenüber den Genossenschaften eine gewisse Erleichterung gewährt hat. Man wollte damit feststellen, dass in die Umsatzberechnung Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brennstoffe und dergleichen nicht einbezogen werden. Auch das soll nun nach der Beschlussfassung des Ständerates verschwinden. Es wird eine etwas verschwommene Formulierung vorgeschlagen, aber irgendwelche Bindungen, wie sie im Vorschlag des Nationalrates enthalten sind, bestehen nachher nicht mehr. Auch der Antrag Keller-Schirmer steht auf dem gleichen Standpunkt. Während der Nationalrat beschlossen hat, diese Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brenntsoffe usw. seien steuerfrei, erklärt man nur allgemein im Antrag Keller, man wolle gewisse ... (Zwischenbemerkung: Es ist der Antrag Gattiker.) Ich bin schon so gewöhnt, dass immer, wenn es sich um Differenzen handelt, die Herren Keller eine Rolle spielen, so dass Sie meinen Irrtum schon entschuldigen müssen (Heiterkeit). Sagen wir, also, im Antrag Gattiker wird einfach erklärt, die Ausführungsbestimmungen werden für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen oder Steuerfreiheit vorsehen. Es ist aber hier nicht gesagt, welche Warengattungen, und es steht nichts darüber im Antrag Gattiker, welche Art der Erleichterung in Frage kommt. Da glaube ich, sollte man eine klare Situation schaffen, und ich weiss nicht, nachdem Sie nun die ¾ % vorhin beschlossen haben, ob es nicht im Interesse der Vorlage wäre, wenn man beim frühern Beschluss des Nationalrates bliebe. Der Antrag Gattiker hat den Vorzug, dass er redaktionell klarer ist als der Artikel, wie er vom Nationalrat beschlossen wurde. Ich stelle Ihnen deshalb für den Fall, dass der Nationalrat der Formulierung des Herrn Gattiker zustimmen sollte, den Antrag, das Lit. *c* in folgender Weise zu fassen: „Die Ausführungsbestimmungen werden für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, wie Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brennstoffe und dergleichen Steuerfreiheit vorsehen." Dann ist materiell Uebereinstimmung in diesem Punkte mit dem Beschlusse des Nationalrates geschaffen, und ich glaube, es läge im Interesse der Sache selbst, wenn der Rat in diesem Punkte einer solchen Formulierung zustimmen würde. Ich bitte Sie darum.

M. le **Président:** Je voudrais maintenant savoir s'il se trouve encore parmi la majorité quelqu'un qui veuille reprendre la proposition de cette majorité.

Tel ne paraît pas être le cas. La majorité aurait donc passé avec armes et bagages à la minorité. Je donne la parole à cette minorité, pour un bref rapport.

Gattiker, Berichterstatter der Minderheit: Es war früher in diesem Saale Gebrauch, dass Neueingetretene erst einige Sessionen abwarten mussten, ehe man das Wort ergreifen durfte. Wenn ich eine Ausnahme mache und heute schon zu Ihnen spreche, so tue ich es also zunächst im Auftrage eines Mandates, das mir verliehen worden ist, wie Sie eben

vom Herrn Präsidenten gehört haben und sodann, weil mir dieses Parkett von früher her doch nicht so ganz unbekannt ist und ich eigentlich früher schon einiges Heimatrecht mir hier erworben hatte.

Die Differenzen, die uns hier trennen, sind Ihnen genügend dargelegt worden. Wenn ich dennoch mit einigen Worten auf den ganzen Fragenkomplex zurückkomme, geschieht es, um die Klarheit herzustellen, die Herr Kollege Grimm an dieser Stelle soeben vermisst hat.

Die Minderheit der Kommission, die sich zusammensetzt aus den Herren Keller, Meyer-Luzern, Schirmer und Gattiker, stellt Ihnen den Antrag, zu Ziffer 3 II *c* zu sagen: „Die Ausführungsbestimmungen werden für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen oder Steuerfreiheit vorsehen."

Mit den Differenzen zum Antrag der Mehrheit und unserem Antrag hat es folgende Bewandtnis. Schon in der Botschaft des Bundesrates ist die Frage aufgeworfen worden, ob in Anlehnung an ausländische Beispiele bei Erhebung dieser Ausgleichsteuer die wichtigsten Lebensmittel wie Mehl, Kartoffeln, Reis und Zucker usw. — das usw. stand sogar noch dabei — steuerfrei erklärt werden sollten. Der Bundesrat hat nach Prüfung die Frage verneint. Er fand, dass die Auswahl der Artikel schwierig sei und dass die Berechnung des Steueransatzes mit Komplikationen verbunden wäre. Sodann war der Bundesrat der Meinung, dass die Kostenvorteile aus dem grossen Umsatz und aus der rationellen Betriebsgestaltung bei den Grossunternehmungen gegenüber den kleinen Firmen vorhanden seien bei jeder Art von Verkaufsware.

Dieser Auffassung des Bundesrates widersetzte sich dann eine Minderheit der nationalrätlichen Kommission. Sie stellte in einem einzigen Satze einen Doppelantrag auf. Sie wollte, dass gewisse Warengattungen, wie Milch und Milchprodukte, feste Brennstoffe und dergleichen von der Besteuerung ausgenommen sein sollten, und sie verlangte, dass Geschäfte, deren Produktionsfreiheit durch handelspolitische Massnahmen und Preisvorschriften des Bundes eingeschränkt seien, steuerfrei sein sollten.

Der Nationalrat hat diesem Minderheitsantrag in seiner Sitzung vom 20. Dezember mit 66 gegen 64 Stimmen zugestimmt. Die Formulierung ist Ihnen bekannt.

Damit gab sich der Ständerat nicht zufrieden. Er hat auch darüber letzte Woche beraten und eine Formulierung gewählt, die den vorhandenen Verhältnissen besser Rechnung trägt. Er ist grundsätzlich damit einverstanden, dass allenfalls gewisse Ausnahmen gemacht werden sollen; doch hält er die Frage nicht für genügend abgeklärt, und er will auf die Ausführungsbestimmungen abstellen. Es scheint ihm diese Verschiebung um so mehr zulässig zu sein, weil für die Aufstellung der Ausführungsbestimmungen die Bundesversammlung zuständig ist.

Mit dieser Differenz zwischen den beiden Räten hatte sich Ihre Kommission neuerdings zu befassen. Sie teilte sich in eine Mehrheit und eine Minderheit. Die Mehrheit der Kommission hält grundsätzlich fest am Beschluss des Nationalrates, den sie noch erweitert hat. Die Minderheit beantragt Ihnen Zustimmung zum Ständerat, mit zwei Ergänzungen. Ich gestatte mir, die beiden Anträge, welche vor Ihnen liegen, kurz einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Der Mehrheitsantrag will steuerfrei erklären Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brennstoffe und dergleichen. Diese Aufzählung ist zunächst unklar. Was unter Milch und Milchprodukten zu verstehen ist, wissen wir. Was unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen verstanden werden will, ist schon etwas weniger klar. Man denkt vielleicht an Obst, Wein, Schnaps. Ich bin zunächst nicht einverstanden mit einer Steuerbefreiung von Wein und Schnaps. Dann müssen wir uns darüber entscheiden, ob nur inländische oder auch ausländische Getränke von der Steuer zu befreien sind. Wie Sie von der Behandlung der Getränkesteuer her wissen — Herr Bundesrat Obrecht hat soeben darauf hingewiesen — konnte aus handelspolitischen Rücksichten eine ungleiche Behandlung der in- und ausländischen Erzeugnisse auf diesem Gebiete nicht in Frage kommen. Zum mindesten muss also geprüft werden, was steuerfrei gelassen werden kann, und dazu ist jetzt keine Zeit. Ganz ähnlich verhält es sich mit den festen Brennstoffen. Sie haben darüber eben Beschluss gefasst. Ganz unklar ist insbesondere die Bestimmung „und dergleichen". Die Redaktion des Mehrheitsantrages ist sicher unglücklich. Sie zeigt zunächst die Nachteile der sogenannten Enumerationsmethode; vielleicht sind Artikel aufgezählt, die nicht in den Katalog gehören, vielleicht sind wichtige Artikel, mangels genügender Prüfung, weggelassen. Herr Nationalrat Stutz hat soeben von Kartoffeln gesprochen. In der Botschaft sind auch Mehl, Reis, und Zucker erwähnt worden. Wichtig aber ist vor allem, dass wir hinsichtlich der finanziellen Auswirkung solcher Steuerbefreiungen vollständig im Dunkeln sind. Die Steuer soll einen gewissen Ertrag einbringen. Es soll untersucht werden, ob durch die Steuerbefreiung der Ertrag der Steuer nicht gefährdet wird. In den Kommissionsberatungen wurde darauf hingewiesen, der Ausfall könnte bei gewissen Unternehmungen den dritten Teil des Handelsumsatzes betreffen. Das kann sicher nicht der Wille des Rates sein. Wir werden nicht eine Steuer mit Minimalansätzen erheben, um sie nachher auf diese Art zu kompromittieren.

Sodann wollte diese Ausgleichsteuer die mittelständischen Unternehmungen schützen. Wenn wir aber eine Reihe von Artikeln, die nicht unbedingt lebensnotwendig sind, steuerfrei erklären, so schützen wir die Kleinhandelsgeschäfte nicht mehr, welche mit den steuerfreien Artikeln Handel treiben.

Ganz unverständlich ist aber die weitere Forderung, dass diejenigen Waren, deren Produktion oder Einfuhr teilweise durch handelspolitische Massnahmen oder Preisvorschriften des Bundes eingeschränkt sind, steuerfrei bleiben sollen. Das könnte heissen, dass Waren, die den Kontingentierungsmassnahmen unterstehen, oder Geschäfte, die mit solchen Waren handeln, von der Steuer zu befreien seien. Aus dem gegenwärtigen gültigen Zolltarif, der ungefähr 1200 Positionen enthält, sind über 400 Positionen heute noch handelspolitischen Vorschriften unterstellt. Es kann sicher nicht Ihr Wille sein, alle diese Artikel steuerfrei zu erklären.

Wenn nach dem Willen der Mehrheit trotzdem Steuerfreiheit eintreten soll, können Sie ebensogut die Ausgleichsteuer fallen lassen. (Zwischenruf **Huber:** Das ist im Antrag gestrichen.) Die kontingentierten Artikel gehören gerade zu den wichtigsten Waren des Detailhandelsumsatzes.

Damit glaube ich Ihnen gezeigt zu haben, dass alle diese Fragen nicht abgeklärt sind, dass die Aufnahme des Warenkataloges in dieser Verfassungsbestimmung ein grosser Fehler wäre. Der Katalog der steuerfreien Waren gehört in die Ausführungsbestimmungen. Es muss untersucht werden, was neben Milch noch steuerfrei sein soll. Dies abzuklären, ermöglichen Sie durch Annahme des Minderheitsantrages, den ich Ihnen zur Annahme empfehle.

Huber-St. Gallen: Die Referenten haben den Auftrag bekommen, zu Lit. *b* eine Erklärung abzugeben. Lit. *b* sagt, dass der Umsatz mehrerer rechtlich selbständiger Unternehmungen, die in wirtschaftlicher Hinsicht eine Einheit bilden, zusammenzurechnen sei. Diese Formulierung ist nicht ganz klar. Es könnte die Gefahr bestehen, dass man einfach sagte, es bestehe ein gewisser wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen verschiedenen Unternehmungen oder verschiedenen Betrieben, die juristisch selbständig sind, aber wirtschaftlich irgendwie zusammenhängen. Man rechnet die Einzelumsätze zusammen und erfasst dadurch Betriebe, die der Steuer nicht zu unterstellen wären, oder gelangt zu höheren Ansätzen als bei Einzeltaxierung.

Nun ist von Herrn Bundesrat Obrecht ausdrücklich erklärt worden, dass damit nichts anderes gesagt werde, als was bereits in einem Beschluss des Nationalrates gesagt ist, dass nämlich gegen Umgehungsmanöver eine Sicherheit geschaffen werden solle. Es besteht nicht die Absicht, solche Unternehmungen oder Betriebe, die heute schon getrennt sind, nachher künstlich zusammenzurechnen, wie das beim Verband Ostschweizerischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften, oder beim Verband Concordia, oder bei der Usego, beim V.S.K. und andern Verbänden möglich wäre, sondern man will nur Vorsorge dafür treffen, dass nicht Unternehmungen, die heute als Einheiten bestehen, sich nachher formell in einzelne Unternehmungen auflösen, wobei danach getrachtet würde, dass die Einzelunternehmung nicht den Umsatz von 200 000 Franken erreicht, damit sie Steuerfreiheit beanspruchen könnte, oder wenigstens nur zu niedrigen Tarifen besteuert würde. Es gibt ja gewisse ausserordentlich gewandte Wirtschafter, die gezeigt haben, dass sie den Gesetzen immer wieder auszuweichen versuchen. Man hat das bei den formell zu Recht bestehenden Warenhausbeschlüssen gesehen, wo man durch besonders raffinierte Methoden geglaubt hat, ausweichen zu können.

Ich möchte das ausdrücklich feststellen, und nur in diesem Sinne können wir davon absehen, einen Abänderungsantrag zu stellen. Ich nehme an, Herr Bundesrat Obrecht werde diese Auffassung als Vertreter des Bundesrates bestätigen.

Bundesrat **Obrecht:** Nachdem Herr Nationalrat Huber wünscht, dass ich seine Darlegung ausdrücklich bestätige, so will ich es tun.

Es ist nicht richtig, wie Herr Duttweiler heute befürchtet hat, dass wir die Gesellschaften hindern wollen, ihre Gesellschaftsformen nach Belieben zu wählen. Aber wir werden prüfen, zu welchem Zwecke eine Gesellschaftsform geändert worden ist. Wenn die Aenderung nur dem Zwecke dienen soll, den Fiskus zu umgehen, wird man sagen, das sei für den Fiskus nicht massgebend, wenngleich es für alle andern massgebend wäre. Das ist nichts Neues unter der Sonne, Sie finden in der ganzen Rechtsprechung bis hinauf zum Bundesgericht, dass, wenn man durch rechtliche Aenderungen dem Fiskus die Nase drehen will, dieser sagen kann, das sei für ihn nicht massgebend.

Lit. a und *b.*

Angenommen. — *Adoptés.*

Lit. c.

Bundesrat **Obrecht:** Nachdem die unmögliche Fassung in der gedruckten Ausgabe — ich sage das bewusst, der Verfassungstext hat eine unmögliche Fassung — fallen gelassen worden ist, hätte ich sehr gerne Herrn Nationalrat Grimm die Hand gereicht zu einer Verständigung bei Lit. *c.* Ich habe mich mit aller Objektivität und Bereitwilligkeit gefragt, ob ich das tun könne.

Zunächst möchte ich auf sehr wesentliche Unterschiede aufmerksam machen zwischen dem Antrag Gattiker und dem Beschlusse des Ständerates. Im Beschlusse des Ständerates heisst es: Die Ausführungsbestimmungen „können", während es hier heisst: Die Ausführungsbestimmungen „werden". Das ist ein sehr wesentlicher Unterschied.

Dann spricht der Ständerat nur von Erleichterungen, und hier wird von Erleichterungen und Steuerfreiheit gesprochen. Auch da geht also der Antrag der Kommissionsminderheit (Gattiker) viel weiter. Das alles sind wir bereit zu akzeptieren. Es bleibt nur noch die eine Frage: Sollen wir Beispiele aufzählen? Da möchte ich ganz allgemein sagen, das ist nicht notwendig; denn die Ausführungsbestimmungen sind ja in die Hand der Bundesversammlung gelegt. Es wird einen Bundesbeschluss geben, den Nationalrat und Ständerat übereinstimmend fassen müssen. Sie haben es also in der Hand, wie weit Sie gehen wollen in der Ausnahmebehandlung von einzelnen Warengattungen. Wenn die Sache gehandhabt würde, wie es ursprünglich gemeint war, dass der Bundesrat die Kompetenz hätte, die Ausführungsbestimmungen zu erlassen, dann würde ich es verstehen, wenn man dem Bundesrat ganz bestimmte Weisungen geben wollte. Nachdem das fallen gelassen worden ist und Sie selber die Kompetenz haben, warum brauchen Sie denn solche Detailbestimmungen aufzunehmen? Das im allgemeinen.

Nun hätte ich da materiell gegen die Aufnahme von Milch und Milchprodukten nichts einzuwenden; denn hier stehen wir auf dem Boden, dass wir die Milch und die Milchprodukte ausnehmen sollen. Unbrauchbar ist der Begriff „landwirtschaftliche Erzeugnisse". Ich habe Ihnen vorhin gesagt, wir dürfen nicht sagen „inländische landwirtschaftliche Erzeugnisse", weil eine unterschiedliche Behandlung zwischen importierten Waren und einheimischen

Waren nicht zulässig ist. Wenn Sie nun für Importwaren und Inlandwaren den Ausdruck „landwirtschaftliche Erzeugnisse" anwenden, dann muss man schon die Frage stellen, was gibt es dann noch, was nicht eigentlich frei gelassen werden sollte? Nehmen Sie den Kaffee. Ist dieser nicht ein landwirtschaftliches Produkt? Nehmen Sie den Zucker. Auch dieser ist ein landwirtschaftliches Produkt, ebenso der Reis, der Mais. Sogar der Wein, wie das Herr Gattiker mit Recht angedeutet hat, ist ein landwirtschaftliches Produkt, ebenso der Kirsch und das Zwetschgenwasser sind landwirtschaftliche Produkte. (Zwischenruf **Müller**-Grosshöchstetten: Sie sollten es sein!) Ja, sie sollten es sein, en parenthèses. Wenn Sie nun den Wein und den Likör von der Ausgleichsteuer ausnehmen, dann führt das alles viel zu weit. Da sage ich Ihnen nun, das ist alles noch zu wenig abgeklärt. Das muss man sich noch gründlich ansehen und überlegen, und weil ja der Nationalrat und der Ständerat die Ausführungsbestimmungen erlassen, ist es besser, wenn man gar nichts detailliert. Wenn Sie den nackten Satz anwenden: „Die Ausführungsbestimmungen werden für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen oder Steuerfreiheit vorsehen", dann ist dem Parlament «plein pouvoir» gegeben, was es aus dieser Bestimmung machen will. Und weil Sie die gleichen Herren sind — vielleicht nach den Neuwahlen nicht ganz alle, so glaube ich, brauchen Sie gar nicht ängstlich zu sein und Begriffe in die Verfassung hineinzusetzen, mit denen Sie ungewollt viel zu weitgehende Vorstellungen erwecken. Wenn Sie die „landwirtschaftlichen Erzeugnisse" aufführen, wird man glauben, dass alles, was irgendwie mit Landwirtschaft etwas zu tun hat, von der Steuer ausgenommen sei, und wenn man dann nicht so weit gehen kann, so gibt es Enttäuschungen; dann gibt es wieder den Vorwurf, man hätte das Volk nicht richtig aufgeklärt. Beschränken Sie sich deshalb darauf, sich selbst, dem Parlamente, die Kompetenz zu geben, Warengattungen auszunehmen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen. Die Frage ist so in Ihre Hand gelegt, Sie haben dann freie Hand.

M. **Schwar:** Je voudrais, en quelques mots, soutenir ici le point de vue défendu par M. Grimm, soit la décision du Conseil des Etats adoptée par la proposition de la minorité de la commission.

Si peut-être, par la pression des événements, on arrivait à taxer les produits laitiers et certains produits agricoles, cela mettrait nos organisations et les producteurs dans une situation excessivement difficile. A l'heure actuelle, on peut affirmer que tous les produits de l'agriculture sont contrôlés en ce qui concerne les bénéfices réalisés par les propriétaires ou par les organisations. Les marges ont été très réduites et il serait anormal, à mon avis, de les taxer à nouveau d'une façon indirecte.

Je prends un exemple: si l'on taxe de 7,5 °/oo nos organisations laitières, cela représentera quatre fois le bénéfice annuel réalisé. Ce serait donc absolument intolérable et, à l'heure actuelle où nous voulons orienter notre agriculture, je vous demande si vous seriez bien inspirés en la taxant ainsi indirectement.

C'est pourquoi je ne puis pas me rallier sans autre à la lettre *c*, à la proposition de la minorité, mais je l'accepte avec la proposition de M. Grimm que nous considérons comme plus sûre.

Müller-Grosshöchstetten: Ich möchte Sie bitten, dem Antrag des Herrn Grimm zuzustimmen. Man sagt uns, dass hier wieder einmal eine Extrabehandlung der Landwirtschaft durchgedrückt werden solle. Es handelt sich hier nicht nur um die Sache der Landwirtschaft, sondern es ist auch eine Entlastung ebensosehr der Genossenschaften. Wir müssen mit Bundesmillionen den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse sichern, zu Bedingungen, bei denen grosse Teile des Bauernvolkes auf die Bauernhilfskassen angewiesen sind. Gleichzeitig wollen Sie auf dem Umsatze landwirtschaftlicher Erzeugnisse Steuern erheben. Ich glaube, das dürfen wir nicht tun. Wir möchten nicht in der Bundesverfassung diese Warenkategorien extra aufführen. Allen schuldigen Respekt vor Ihrem ästhetischen Gefühl. Wenn Sie das gleiche Gefühl walten lassen, dann müssten Sie verschiedenes aus dieser Vorlage weglassen, nicht nur diesen Passus. Sie verstehen, dass das Misstrauen der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausserordentlich gross ist, wenn im Stadium der Differenzbereinigung solch grundsätzliche Dinge ausgemerzt werden sollen. Sie vertrösten uns auf die Ausführungsbestimmungen, die ja durch das Parlament aufgestellt werden. Noch viel mehr gilt dieser Trost für Sie mit Ihrer regierungstreuen Mehrheit. Sie haben also alle Sicherheit, dass hier die Sache nicht durch die Ausführungsbestimmungen in das Gegenteil dessen verwandelt wird, was Sie wollen.

Das sind die Gründe, warum ich Sie bitten möchte: wenn Sie zwischen zwei Uebeln wählen wollen: Aufnahme einer Bestimmung, die Ihr ästhetisches Gefühl verletzt, deren Weglassung aber auf der andern Seite Misstrauen in weiten Kreisen gegenüber der Vorlage schafft, dann wird Ihnen die Wahl ganz sicher nicht schwer fallen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

M. le **Président:** La majorité de la commission ne maintient pas sa proposition imprimée.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Gattiker	30 Stimmen
Für den Antrag Grimm	78 Stimmen

Lit. a.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziff. 4.

Antrag der Kommission.

Festhalten.

Ch. 4.

Proposition de la commission.

Maintenir.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	11
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	04.04.1939
Seite Page Pagina	260-284
Ref. No	20 032 760

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

übergegangen ist, sich selbst eine Raffinerie zuzulegen, dass er nachher beim Volkswirtschaftsdepartement um ein Kontingent Kokosrohöl nachgesucht, ein solches auch erhalten hat, aber, wie es sich heute herausstellt, in ungenügendem Ausmass. Er braucht für den rationellen Betrieb und die volle Beschäftigung seiner 16 Arbeiter ein Kontingent, das dreimal grösser ist, nämlich 600 Tonnen. Der Gemeinderat hat sich für ihn ebenfalls eingesetzt, aber das Volkswirtschaftsdepartement hat das Begehren abgelehnt. Es hat am 5. Oktober 1938 mitgeteilt, dass sein Betrieb weder vom Standpunkte der Friedenswirtschaft, noch von demjenigen der Kriegswirtschaft aus einem Bedürfnisse entspreche.

Ich finde es unter dem Regime der Handels- und Gewerbefreiheit höchst sonderbar, dass eine eidgenössische Verwaltungsstelle erklären kann, ein Betrieb entspreche keinem Bedürfnis. Ich kann mir das nur vorstellen in einer organisierten Wirtschaft. Das Interessante dabei ist nun, dass der betreffende kleine Fabrikant weitere Kontingente erhalten hätte, wenn er sich verpflichtet hätte, dem Verbande beizutreten. Das geht ebenfalls aus einem Brief der Handelsabteilung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes hervor, in dem ihm klipp und klar erklärt wird, man werde sich für eine Kontingentserhöhung einsetzen, wenn er im Verbande mitarbeiten werde. Ich finde es höchst sonderbar, ich möchte es wiederholen, dass man ausgerechnet im selben Moment, da wir so lange über die Ausgleichsteuer diskutierten, und zwar vom Gesichtspunkt des Mittelstandsschutzes aus, den Grossen entlastet und dem kleinen Mann in seiner Existenzbedrohung nicht beistehen will.

Ich möchte ferner noch darauf hinweisen, dass mir beim Studium der ganzen Angelegenheit die Doppelrolle des Syndikus des Zentralverbandes der schweizerischen Fettindustrie aufgefallen ist, der auf der einen Seite als Delegierter dieses Zentralverbandes funktioniert und daneben, wengistens muss ich das aus dem Finanzjahrbuch 1937 schliessen, auch noch Präsident der „Astra", Fett- und Oelwerke in Steffisburg, ist und anderseits vom Chef des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes beauftragt ist, die Neuordnung der Fettwirtschaft durchzuführen; gleichzeitig ist er noch Chef der Sektion für Speiseöle und Speisefette im Amt für Kriegswirtschaft. Ich möchte, ohne Herrn Fürsprecher Hodler, der diese verschiedenen Funktionen innehat, nahezutreten, ich kenne ihn nicht und zweifle nicht an seiner Ehrenhaftigkeit, Zweifel darüber äussern, ob die Aufgaben, die er im Auftrage des Bundes zu erfüllen hat, nicht in Kollision geraten mit seiner Eigenschaft als Syndikus des genannten Zentralverbandes. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich die Interessen des Oeltrustes in diesem Falle für die stärkeren halte.

Ich finde es sicher begrüssenswert, dass der Bund eine bestimmte Industrie (eben die Fettindustrie) zu organisieren sucht. Nur sollte dies im Interesse der Allgemeinheit, vor allem der Konsumenten geschehen. Eine solche Verbandswirtschaft, die vom Liberalismus nur noch die Freiheit der Ausbeutung des Konsumenten behält, scheint mir bedenklich. Die Verhältnisse in der schweizerischen Oel- und Fettindustrie sind beispielhaft für eine Reihe anderer Wirtschaftszweige in der Schweiz. Sie sind auch beispielhaft für jenes Streben nach Ordnung der Wirtschaft, das immer auf halbem Wege stehen bleibt und die allgemeinen Interessen der Sicherung der privaten Gewinne opfert. Ich gebe mich selbstverständlich nicht der Illusion hin, dass seitens des Bundes heute eine planmässige Organisation der Wirtschaft, wie sie sich die Sozialdemokraten vorstellen, zu erwarten wäre. Aber ich glaube, der Bund sollte nicht ausgerechnet grosskapitalistische Trusts fördern. Es wäre zu erwarten, dass gerade auch Anhänger der liberalen Wirtschaft Verständnis dafür haben sollten, dem kleinen selbständigen Fabrikanten die Existenz neben dem grossen Trust zu ermöglichen. Dass diese Forderung nach stundenlangen Diskussionen über den Schutz der Landwirtschaft und des mittelständischen Kleinhandels nicht abwegig ist, wird kaum bestritten werden können. Ich bitte Sie deshalb, der vorgeschlagenen Ergänzung des Postulates zuzustimmen.

M. le **Président:** Etant donné que nous avons encore de grosses divergences à liquider ce soir et que le Conseil fédéral ne pourra lui répondre jusqu'à la session de juin, je demanderai à M. Spühler s'il serait d'accord d'interrompre son discours. Je lui rendrai la parole au mois de juin. Je m'excuse auprès de lui, mais les divergences doivent retourner ce soir encore dans l'autre Conseil.

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

Siehe Seite 224 hiervor. — Voir page 224 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil des Etats, du 5 avril 1939.

Differenzen. — *Divergences.*

Ziff. 3.

Antrag der Kommission.

I. Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Ch. 3.

Proposition de la commission.

I. Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Keller-Aarau, Berichterstatter: Der Ständerat hat uns im ganzen vier Differenzen übrig gelassen. Den Aenderungen, die der Ständerat bei Ziffer 3 I beschlossen hat, stimmt Ihre Kommission einhellig zu. Es handelt sich hier übrigens nur um redaktionelle Aenderungen. Da nicht nur Grossunternehmungen, sondern Unternehmungen mittlerer

Art in Frage stehen, empfiehlt es sich, das Wort „Grossunternehmungen" durch „Unternehmungen" zu ersetzen. Im übrigen soll ausdrücklich gesagt werden, dass der Steuer nur der Umsatz im Detailgeschäft unterworfen werden soll und nicht auch der Umsatz, der mit Wiederverkäufern getätigt wird. Auch diese Klarstellung ist zu begrüssen.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziff. II.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Lit. *c.* Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Minderheit:

Festhalten.

Ch. II.

Proposition de la commission.

Majorité:

Lettre *c.* Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Minorité:

Maintenir.

Keller-Aarau, Berichterstatter der Mehrheit: Die zweite Aenderung betrifft die Lit. 2 *c*, die sich mit den Ausnahmen vom steuerpflichtigen Umsatz befasst. Der Ständerat hat sich nicht zu unserer Fassung bekehren können. Er hat sich aber insofern unserer Fassung genähert, als er für Warengattungen mit besonderen Verhältnissen nicht nur Erleichterungen vorsieht, sondern auch Steuerfreiheit zulassen will. Im übrigen hat der Ständerat an seiner allgemeinen Fassung festgehalten. Er hat sich einstimmig hinter diesen Beschluss gestellt. Der Ständerat wirft unserer Fassung vor, sie sei zu unbestimmt, sie sei zu dehnbar und in ihrer Tragweite auch zu unübersichtlich, um als Verfassungsbestimmung brauchbar zu sein. Er beanstandet in unserer Fassung namentlich die Ausdrücke „landwirtschaftliche Erzeugnisse und dergleichen", die allen möglichen und unmöglichen Auslegungen Tür und Tor öffne.

Die wiederholten Beratungen, die über diese Bestimmungen in unserer Kommission gepflogen worden sind, hatten denn auch mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, dass die Befürchtungen des Ständerates nicht unbegründet sind. Die Ansichten über die in der nationalrätlichen Fassung enthaltenen Begriffe gingen sehr stark auseinander.

Ihre Kommission hat sich mehrheitlich davon überzeugt, dass die Einwendungen des Ständerates gegen die von uns beschlossene Fassung begründet sind. Sie hat sich deshalb der allgemeineren Fassung, die vom Ständerat vorgeschlagen wird, angeschlossen, mit der einzigen Aenderung, dass das Wort „können" durch „werden" ersetzt wird, die fakultative Form also durch die imperative.

Die Mehrheit hat sich um so leichter zu dieser Fassung entschliessen können, als es ja die Bundesversammlung ist, welche die Ausführungsbestimmungen zu diesem neuen Verfassungsartikel erlässt und welche sicher schon dafür sorgen wird, dass von dem steuerpflichtigen Umsatz ungefähr die Waren ausgenommen werden, von denen bisher im Sinne der Ausnahme die Rede war. Ich empfehle namens der Mehrheit der Kommission, der ständerätlichen Fassung zu Lit. 3 I mit der angegebenen Aenderung zuzustimmen.

Meierhans: Wir beantragen, am bisherigen Beschluss des Nationalrates festzuhalten, d. h. die Bestimmung aufzunehmen, dass durch die Ausführungsbestimmungen für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, wie Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brennstoffe und dergleichen, Steuerfreiheit vorgesehen werde. Im Beschluss des Ständerates ist das, was von der Umsatzsteuer frei werden soll, den Ausführungsbestimmungen vorbehalten. Es ist also nichts enthalten, das angibt, was nun unbedingt von der Umsatzsteuer freigelassen werden soll. Wir finden, es sei wichtig, dass gerade in der Verfassung Mindestbestimmungen enthalten sind für gewisse Warengattungen, die unter allen Umständen von der Steuerfreiheit profitieren sollen, Milch, Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brennstoffe.

Folgen wir dem Beschlusse des Ständerates, so ist es wohl möglich, dass in den Ausführungsbestimmungen Milch, Milchprodukte usw. steuerfrei gemacht werden, aber eine Sicherheit haben wir nicht. Wird hingegen das in die Verfassung aufgenommen als Verfassungsbestandteil, so wird zum vornherein festgelegt, dass diese Produkte im Umsatz nicht mitgerechnet werden dürfen, dass sie steuerfrei bleiben. Je nachdem die kommende Mehrheit einschätzt, die die Ausführungsbestimmungen festsetzt, wird man Vertrauen haben in die vom Ständerat beschlossene Fassung oder man wird finden, es sei besser, schon im Verfassungstext selbst diese Minimalbestimmung für Befreiung der Umsatzsteuer festzulegen. Wir haben die Auffassung, es dränge sich hier eine Sicherung auf für Milch und Milchprodukte, sie müsse jetzt schon in den Verfassungstext eingebaut werden. Wenn in den Ausführungsbestimmungen darüber hinausgegangen werden soll — das ist möglich nach dem Beschluss des Ständerates — so werden wir nachher darüber reden können, aber diese Sicherung wird für die Vorlage nur von Gutem sein. Deshalb beantragen wir Ihnen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten.

M. **Schwar:** Le vote intervenu il y a un instant prouve que le prix du lait n'est pas encore définitivement fixé et que vraisemblablement les producteurs auront une concession à faire. M. le conseiller fédéral Obrecht a déclaré que la discussion allait être reprise avec l'Union centrale des producteurs suisses de lait et l'on s'attend à des modifications obligatoires. C'est la raison pour laquelle je vous prie instamment de vous en tenir à la décision première du Conseil national tendant à exonérer de l'impôt compensatoire le lait et les produits laitiers. Ce sera un allégement auquel nous estimons avoir droit et qui sera de nature à faciliter la discussion future.

Gattiker: Wie Sie gesehen haben, hat der Ständerat der Fassung zugestimmt, welche ich in meinem ursprünglichen Antrag vorgesehen hatte.

Ich glaube auch jetzt noch, dass das das Richtige ist, nur müssen wir das Wort „können" durch das Wort „werden", d. h. das Fakultativ durch den Imperativ ersetzen. Im übrigen muss ich an dem festhalten, was ich gesagt habe. Es ist durchaus klar, und Herr Bundesrat Obrecht hat sich damit einverstanden erklärt, dass z. B. Milch steuerfrei erklärt werden soll. Es ist schon nicht mehr so klar, was unter Milchprodukten verstanden ist. Ich weise darauf hin, dass man ebensogut ausländischen wie inländischen Käse von der Besteuerung befreien kann. Noch unannehmbarer ist der Begriff „landwirtschaftliche Erzeugnisse". Ich möchte Sie doch bitten, zu verstehen, dass man dabei einen ganzen Katalog von Gegenständen aufstellen kann. Wenn ich gestern auf Wein und Schnaps hingewiesen habe, und das auch heute wiederholen möchte, so kann es sicher nicht der Wille der Mehrheit des Rates sein, dass man gerade diese Art landwirtschaftlicher Erzeugnisse steuerfrei erklärt. Was unter „festen Brennstoffen" verstanden ist, ist auch nicht klar, namentlich aber ist das nicht klar, was in bezug auf die fremden Brennstoffe geschehen soll. Wir sind einig darüber, dass inländisches Holz steuerfrei sein soll; aber legen Sie sich die Frage vor, ob der Wert eines von einem Privatmanne gekauften Wagens Kohle, oder nur der eine Zentner, den der kleine Mann auf einmal kaufen kann, steuerfrei sei.

Endlich muss ich wiederum darauf hinweisen, dass der Begriff „und dergleichen" sicher eine Bestimmung ist, die ihrer Unklarheit wegen nicht in die Verfassung hineingehört. Wenn wir dann schon einen Katalog machen wollen, dürfen wir nicht noch sagen „und dergleichen".

Vorhin hat einer der Herren gesagt, es sei eine Sicherung nötig. Ich kann das nicht recht begreifen. Es ist vorgesehen, dass die Bundesversammlung endgültig über die Ausführungsbestimmungen zu beschliessen habe. Es wird der gleiche oder ungefähr der gleiche Rat sein, der diese Sicherung beschliessen kann.

Ich möchte nochmals ersuchen, an der vom Ständerat beschlossenen Fassung festzuhalten, und zwar auch aus einem taktischen Grunde. Wenn wir dieser Fassung zustimmen, so haben wir viel eher die Möglichkeit, die Zustimmung des Ständerates zu erhalten zu Position 3d, wo der Ständerat, wie Sie wissen, 1 % für die Selbsthilfegenossenschaften vorschlägt, während wir am ¾ % festhalten wollen. Im Interesse der Differenzenbereinigung empfehlen wir Ihnen, dem Ständerat zuzustimmen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	31 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	60 Stimmen

Ziff. III.

Antrag der Kommission.

Litera *a bis* und *b*. Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Ch. III.

Proposition de la commission.

Lettres *a bis* et *b*. Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Keller-Aarau, Berichterstatter: In der bisherigen Vorlage war noch eine Lücke enthalten. Es war darin wohl die Rede von Versandgeschäften mit mehreren Warengattungen, nicht aber von Versandgeschäften mit nur einer Warengattung. Der Ständerat hat nun diese Lücke ausgefüllt, in der Weise, dass er die Versandgeschäfte ohne Rücksicht auf die Zahl der Warengattungen unter die Kategorie der Waren- und Kaufhäuser mit einer Maximalsteuer von 2,5 % eingereiht hat. Ihre Kommission empfiehlt Ihnen, und zwar glaube ich einstimmig, die Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, unter die Filialunternehmungen einzureihen mit einem Maximalsteuersatz von 1½ %.

Angenommen. — *Adopté.*

Litera c.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Antrag Huber.

5 vom Tausend.

Lettre c.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Proposition Huber.

5 pour mille.

Keller, Berichterstatter: Diese Ziffer betrifft den Steuersatz der Selbsthilfegenossenschaften und der Detailgeschäfte anderer Art. Der Ständerat hat mit 25:11 Stimmen an dem Maximalsteuersatz von 1 % festgehalten. Ihre Kommission beantragt Ihnen mit Mehrheit, an dem Beschluss festzuhalten, den Sie in der vorausgehenden Sitzung gefasst haben, nämlich am Satz von ¾ %. Ich glaube, von einer weiteren Begründung absehen zu können, mit Rücksicht darauf, dass gerade über diese Selbsthilfegenossenschaften und ihre Besteuerung schon des langen und breiten gesprochen worden ist.

Eine Minderheit der Kommission ist aber auf den früheren Beschluss des Nationalrates zurückgekommen und möchte an dem Satz von ½ % im Maximum festhalten. Ich beantrage Ihnen namens der Mehrheit der Kommission, am Satz von ¾ % festzuhalten.

Huber: Sie haben heute der Presse entnommen, dass die Verwaltungskommission des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine auf den 15. April den Aufsichtsrat zu einer ausserordentlichen Sitzung und auf den 30. April eine ausserordentliche Delegiertenversammlung einberuft, um zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen. Ich halte es für meine Pflicht gegenüber dem Verband wie gegenüber dem Land, bis zum letzten Moment nichts unversucht zu lassen, um dem V.S.K. die Möglichkeit zu geben, auf eine Bekämpfung der Vorlage zu verzichten. Wie seine Instanzen endgültig entscheiden werden, das zu sagen bin ich nicht in der Lage. Nach allem, was bis jetzt gegangen ist, weiss ich nur, dass ein Ansatz von 5 Promille einen negativen Entscheid voraussichtlich verhindern würde, während bei

einem höheren Satz diese Wahrscheinlichkeit nicht nachgewiesen ist. Ich würde glauben, etwas versäumt zu haben, wenn ich auf die grosse Bedeutung der Entscheidung in diesem Kampfe nicht noch einmal hingewiesen hätte. Ich ersuche Sie deshalb, am ursprünglichen Beschluss des Nationalrates von 5 Promille festzuhalten.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission	57 Stimmen
Für den Antrag Huber	42 Stimmen

Ziffer 4.

Antrag der Kommission.

Festhalten.

Chiffre 4.

Proposition de la commission.

Maintenir.

Keller-Aarau, Berichterstatter: Die Kommission empfiehlt, an der Fassung des Nationalrates in allen Teilen festzuhalten. Diese Fassung des Nationalrates beruht auf einem Kompromiss mit der Nationalbank, der nach langem Hin und Her zustandegekommen ist und von dem ohne Not nicht abgewichen werden sollte. Damit soll indessen nicht gesagt sein, wie man im Ständerat anzunehmen scheint, dass mit der Aufteilung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank zugewartet werden soll, bis wieder einmal eine feste Relation zwischen Währungseinheit und Goldgewicht hergestellt, d. h. bis der Franken stabilisiert ist. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten, soll unter Umständen auch schon vor der Stabilisierung der Währung, die möglicherweise noch lange auf sich warten lässt, an die Aufteilung und die Verwendung des Abwertungsgewinnes herangetreten werden können.

Herr Bundesrat Obrecht hat übrigens im Ständerat mitgeteilt, dass die Behörden der Nationalbank schon jetzt daran seien, einen Vorschlag über die Verwendung des Abwertungsgewinnes auszuarbeiten. Es ist also vorauszusehen, dass die politischen Behörden sehr bald in die Lage kommen werden, sich mit diesem Problem befassen zu müssen. Unter diesen Umständen dürfte auf eine Aenderung der Bestimmung im Sinne der ständerätlichen Fassung füglich verzichtet werden.

Es ist auch nicht so, wie im Ständerat angenommen worden ist, dass es ganz ins Belieben und ins freie Ermessen der Nationalbankbehörden gestellt wäre, ob und wann sie die jetzigen Vorschüsse an den Bund und die Kantone im Betrage von zusammen 150 Millionen Franken zurückrufen oder endgültig ausscheiden wollen. Das wird von den Verhältnissen abhängig gemacht werden müssen. Und wenn darüber die Meinungen auseinandergehen, so wird man sich eben verständigen müssen, gerade so wie man sich auch jetzt über diese Verfassungsbestimmung betreffend den Abwertungsgewinn verständigt hat.

Wir empfehlen Ihnen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Nachtsitzung vom 5. April 1939.
Séance du 5 avril 1939, séance de nuit.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3825. Förderung des Ackerbaues.
Extension de la culture des champs.

Siehe Seite 331 hiervor. — Voir page 331 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil des Etats, du 5 avril 1939.

Differenzen — *Divergences.*

M. le **Président:** Le Conseil des Etats, par 25 voix contre 9, et sans préjuger le droit, a admis que la décision contraire des Chambres sur une clause d'urgence constituait une divergence.

Après ce premier vote, il s'est prononcé en faveur de la clause d'urgence par 26 voix. La question est ainsi liquidée et il n'y a plus de divergence.

Toutefois, étant donnés la nouveauté de la procédure d'urgence et les délicates questions de droit qui se sont posées au cours de cette session à ce sujet, il me paraît urgent que le Conseil fédéral soumette aux Chambres, pour la session de juin déjà, un projet modifiant et complétant la loi sur les rapports entre les Conseils. J'en exprime ici le désir très vif.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	14
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	05.04.1939
Seite Page Pagina	341-344
Ref. No	20 032 769

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Siehe Seite 341 hiervor. — Voir page 341 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil des Etats, du 5 avril 1939.

Differenzen. — *Divergences.*

Ziff. II.

Antrag der Kommission.

Lit. *c.* Zustimmung zum Beschluss des Ständerats.

Antrag Schwar.

Festhalten.

Proposition de la commission.

Lettre *c.* Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Proposition Schwar.

Maintenir.

Keller-Aarau, Berichterstatter: Der Ständerat hat in folgenden Punkten dem Nationalrat zugestimmt:

1. In lit. 3b betreffend die Behandlung der Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen. Hier besteht nun Uebereinstimmung, ebenso bei lit. 3*c* betreffend den Steuersatz für Selbsthilfegenossenschaften und die andern Detailgeschäfte. Hier hat nun der Ständerat ebenfalls dem Steuersatz von ¾ % zugestimmt. Ferner hat der Ständerat der nationalrätlichen Fassung bei Ziff. IV betreffend Inanspruchnahme des Abwertungsgewinnes zugestimmt.

Die einzige Differenz besteht noch bei lit. II*c*, welche sich mit den Ausnahmen von steuerpflichtigem Umsatz befasst. Hier hat der Ständerat einstimmig an der von ihm beschlossenen Fassung festgehalten, mit der einzigen Abänderung, dass er das Fakultativum umgewandelt hat in ein Imperativum. Die Bestimmung lautet nun nach der neuen ständerätlichen Fassung: „Die Ausführungsbestimmungen werden für Warengattungen, für die besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen oder Steuerfreiheit vorsehen." Ich möchte Ihnen empfehlen, diese letzte Differenz durch Zustimmung zum Ständerat zu erledigen. Es war nicht mehr möglich, die Kommission zu besammeln, aber die Kommission hat schon in ihrer letzten Sitzung mit Mehrheit sich für diese Fassung entschieden.

M. **Schwar:** Contrairement à l'avis de M. Keller, je vous demande de maintenir votre décision. Il s'agit de mettre le lait et les produits agricoles à l'abri de toute surprise. Le Conseil fédéral accorde des subventions pour soutenir les produits agricoles, alors que d'autre part on les taxe. On nous fait des promesses en nous disant que probablement ces produits ne seront pas taxés, mais nous n'avons aucune garantie pour l'avenir. C'est pourquoi je vous demande de maintenir votre décision.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission	51 Stimmen
Für den Antrag Schwar	43 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 6. April 1939.
Séance du 6 avril 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Vallotton.*

3868. Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesrats. Neuer Bundesbeschluss.

Retraite des membres du Conseil fédéral. Nouvel arrêté.

Siehe Seite 132 hiervor. — Voir page 132 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil des Etats, du 5 avril 1939.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	90 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

An den Ständerat und an den Bundesrat.
(Au Conseil des Etats et au Conseil fédéral.

3730. Verstärkung der Landesverteidigung. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Siehe Seite 345 hiervor. — Voir page 345 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil des Etats, du 5 avril 1939.

M. le **Président:** Nous réservons la mise au net du texte définitif par la commission de rédaction.

Nous avons reçu de MM. Adrien Lachenal, Favrod-Coune, Berthoud, Rochat, Gottret, Fauquex et Aubert la déclaration suivante:

« Les soussignés acceptent expressément la partie du projet consacrée à la défense nationale.

« Mais comme le Conseil a repoussé la disjonction entre les crédits en vue de la défense nationale et

ceux qui sont destinés aux grands travaux publics, et comme, d'autre part, ils ne sont pas d'accord sur la modalité de la couverture financière des grands travaux, les soussignés déclarent ne pas pouvoir adopter le projet en votation finale. »

Duttweiler: Die Fraktion der Unabhängigen stimmt der Vorlage über Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu, weil sie sich nie gegen eine Massnahme, die der Landesverteidigung dient, erheben wird. Wir bedauern die tiefstehende Mentalität, die Hunderttausende von Bürgern vor die Alternative stellt: Entweder auf die Verteidigung hoher Grundsätze, wie desjenigen der Rechtsgleichheit, aber auch auf die Wahrnehmung berechtigter Interessen, oder aber in entscheidender Stunde auf die Erfüllung höchster Bürgerpflicht zu verzichten.

In einem Augenblick, da wir eben Gelegenheit hatten, den materiellen und politischen Opferwillen unter Beweis zu stellen, geben wir der Erwartung Ausdruck, dass der Bundesrat in historischer Zeit zu seiner eigenen Ehre und zur höchsten Befriedigung des Volkes — das er eben jetzt unter Anrufung seiner patriotischen Gefühle zu freiwilliger Dienstleistung aufruft — sich künftig in seinen Vorschlägen und Regierungshandlungen von einem entsprechend hohen Geiste leiten lassen werde.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	112 Stimmen
Dagegen	8 Stimmen

An den Ständerat und an den Bundesrat.
(Au Conseil des Etats et au Conseil fédéral.)

3825. Förderung des Ackerbaus.
Extension de la culture des champs.

Siehe Seite 344 hiervor. — Voir page 344 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil des Etats, du 5 avril 1939.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	116 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Ständerat und an den Bundesrat.
(Au Conseil des Etats et au Conseil fédéral.)

3829. Export-Risikogarantie. Bundesgesetz.
Garantie contre les risques à l'exportation. Loi.

Siehe Seite 305 hiervor. — Voir page 305 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 30. März 1939.
Décision du Conseil des Etats, du 30 mars 1939.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	126 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

An den Ständerat und an den Bundesrat.
(Au Conseil des Etats et au Conseil fédéral.)

3557. Notleidende Privatbahnen. Bundesbeitrag.
Chemins de fer privés. Loi sur le redressement financier.

Siehe Seite 285 hiervor. — Voir page 285 ci-devant.

Beschluss des Ständerats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil des Etats, du 5 avril 1939.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	127 Stimmen (Einstimmigkeit)

M. le **Président:** Messieurs,

Par le travail considérable que vous avez accompli avec une rapidité réjouissante, vous avez donné au pays l'exemple du sang froid et du calme que nous avions souhaité. Vous allez rentrer dans vos foyers. Nous vous demandons de rassurer nos concitoyens qui sont inquiets et surtout les Suisses qui habitent à la frontière du pays. Dites-leur au nom du Parlement et du Gouvernement unanimes que leur frontière est la nôtre, car il n'y a pour les Suisses qu'une seule frontière: la frontière qui passe à l'extérieur du pays.

Je vous souhaite un heureux retour dans vos foyers.

La session est déclarée close.

Schluss des stenographischen Bulletins der Frühjahrs-Session 1939.
Fin du Bulletin sténographique de la session de printemps 1939.

Erratum:

S. 107, Spalte rechts, Zeile 21 von unten, lies: Deswegen, statt: Im übrigen.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. *O. Vollenweider.* — Druck und Expedition der *Verbandsdruckerei A.-G. Bern.*

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	16
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	06.04.1939
Seite Page Pagina	345-346
Ref. No	20 032 773

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

15 und 18 mit Grundeigentümern. Auch das muss noch ins Reine gebracht werden. Endlich fehlt eine Bestimmung, dass die rechtskräftigen Entscheide der Vollziehungskommissionen und der Rekurskommission gleich gerichtlichen Urteilen vollstreckbar und zur definitiven Rechtsöffnung berechtigen sollen.

Mit diesen Bemerkungen stimme ich, in der Hoffnung, dass die Vorlage noch verbessert aus den Beratungen des andern Rates zu uns zurückkommt, heute in der Gesamtabstimmung zu.

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 31 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 9. Nov. 1938.
Séance du 9 novembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe*, Vize-Präsident.

3729. Militärorganisation. Abänderung.
Organisation militaire. Modification.

Siehe Seite 263 hiervor. — Voir page 263 ci-devant.

Beschluss des Nationalrates vom 7. November 1938.
Décision du Conseil national, du 7 novembre 1938.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Gesetzesentwurfes Einstimmigkeit

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Zu 3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 7. Juni 1938 (Bundesblatt I, 857). — Message et projet d'arrêté du 7 juin 1938 (Feuille fédérale I, 861).

Beschluss des Nationalrats vom 26. September 1938.
Décision du Conseil national, du 26 septembre 1938.

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Keller, Berichterstatter: Der Bundesbeschluss, über den wir heute zu entscheiden haben, steht im Wetterleuchten der letzten Septembertage 1938, in denen er vom Nationalrat, wenn ich nicht irre, einstimmig angenommen wurde. Schon die Form des Bundesbeschlusses zeigt uns, dass wir in ausserordentlichen Zeiten leben, die ausserordentliche Mittel erfordern.

Der Bundesbeschluss enthält formell eine Zusammenkoppelung von drei verschiedenen Arten von Krediten:

1. solche zur militärischen Wehrbereitschaft,
2. solche zur wirtschaftlichen Wehrbereitschaft, und
3. solche zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung.

Mit dieser Krediteröffnung ist die Vollmacht an den Bundesrat verbunden, die Kredite gemäss dem Verzeichnis des Bundesbeschlusses zu verwenden.

Formell ist die Zusammenkoppelung so verschiedenartiger Kredite in einem einzigen Bundesbeschluss etwas Ungewöhnliches, doch wird sie erklärlich, wenn man die Entstehung dieser Vorlage in Betracht zieht. Sie ist aus der Ihnen allen bekannten grossen Vorlage 3730 als eine Art hors d'œuvre zur besondern Vorwegbehandlung herausgenommen worden. Die grosse Vorlage aber stellt auch ihrerseits eine Art Spezialbudget der Eidgenossenschaft, ein Sammelsurium verschiedenartigster Kredite dar, die allerdings durch die Finanzklausel zu einer Einheit verbunden werden, wenigstens zum Teil.

Unsere Bundesverfassung steht einer derartigen formellen Zusammenfassung verschiedener Materien in einem einzigen Artikel nicht besonders günstig gegenüber, sonst würde nicht der Art. 120 vorschreiben: „Wenn auf dem Wege der Volksanregung mehrere verschiedene Materien zur Revision und zur Aufnahme in die Bundesverfassung vorgeschlagen werden, so hat jede derselben den Gegenstand eines besondern Initiativbegehrens zu bilden." Es wird den meisten von Ihnen erinnerlich sein, dass die Bedeutung dieser Verfassungsbestimmung bei Anlass der bekannten Kriseninitiative lebhaft diskutiert worden ist. Beim Verfassungsartikel zur Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handelt es sich allerdings nicht um eine Volksanregung, sondern um eine Vorlage des Bundesrates. Indessen verstösst eben diese Vorlage gegen den Gedanken der Trennung verschiedener Materien, der sich auch in kantonalen Verfassungen als Vorschrift für Volksabstimmungen findet, so Art. 105 der aargauischen Verfassung, der vorschreibt, dass eine Revisionsvorlage, die mehrere Revisionsgegenstände umfasst, dem Volk so vorzulegen sei, dass es über jeden einzelnen Vorschlag besonders abstimmen kann. Eine solche Trennung der Materie erscheint als das Natürliche und Normale, weil eine Zusammenkoppelung den abstimmenden Bürger unter Umständen der freien Meinungsäusserung berauben und dem Zwang aussetzen kann, wegen der Verbindung verschiedener Materien etwas anzunehmen oder abzulehnen, was er allein niemals angenommen oder abgelehnt hätte.

Wenn auch der Bundesrat durch die Trennungsvorschrift von Art. 120 der Bundesverfassung formell nicht gebunden ist und sich auf den Satz berufen kann: „Non licet bovi quod licet Jovi", so ist doch die Trennung verschiedener Materien im Interesse der Freiheit der Entscheidung und Abstimmung auch ohne besondere Vorschrift als das wünschenswerte, normale Verfahren anzusehen. Darüber werden wir dann bei der grossen Vorlage und ebenso bei den Wirtschaftsartikeln zu sprechen haben, wo grosse Zusammenkoppelungen vielfach aus referendumspolitischen Gründen vorgeschlagen sind, eine Taktik, die nicht nur Vorteile, sondern sicher auch grosse Risiken hat. Es kann ein Bürger Anhänger der Kredite für die Landesverteidigung sein, nicht aber derjenigen für die Arbeitsbeschaffung, oder umgekehrt. Es kann ein Bürger Anhänger aller Kredite oder nur eines Teiles, aber Gegner der Finanzierungsklausel sein; es kann ein Bürger einen neuen Wirtschaftsartikel annehmen, z. B. denjenigen über die Allgemeinverbindlicherklärung, er kann aber Gegner eines andern Artikels mit anderer Materie sein, z. B. desjenigen über die Kompetenz des Bundes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit usw. Ich will das Thema nicht weiter ausspinnen, werde dann aber bei der Behandlung der grossen Vorlage wahrscheinlich auf die Frage der Materientrennung zurückkommen.

Hier, bei der Hors d'œuvre-Vorlage erheben wir die Einrede der Materientrennung nicht, und zwar deswegen nicht, weil wir anerkennen, dass die verschiedenartigen Kredite durch eine Eigenschaft, die allen zukommt, zusammengebunden werden, nämlich durch das Moment grosser Dringlichkeit, die uns davon befreit, hier formelle Fragen wie diejenige der Materientrennung aufzuwerfen.

Der Beschluss des Nationalrates datiert vom 26. September. Am Schluss der Septembersession war eine gewissenhafte Prüfung aller anbegehrten Kreditposten nicht mehr möglich. Die Kommission hat daher die Zumutung abgelehnt, die Vorlage gleichsam im summarischen Verfahren so unter dem Bein durch, halb blindlings, zu genehmigen. Dafür hat Ihre Kommission die Vorlage dann in einer besonderen Sitzung im Beisein von Vertretern der beiden beteiligten Departemente eingehend behandelt, ihre Anträge fertiggestellt, und zwar dahin, dass wir dem Rate einstimmig Eintreten auf die kleine Vorlage empfehlen. Das geschieht jedoch in der Meinung, dass dieses Eintreten keinerlei Präjudizierung mit Bezug auf das Eintreten auf die „grosse Vorlage" oder ihre Behandlung bedeuten soll und dass wir uns mit Bezug auf die grosse Vorlage die volle Freiheit vorbehalten, sei es, darauf nicht einzutreten, sei es, sie nach Zweckmässigkeit, Notwendigkeit oder Dringlichkeit aufzuteilen, sei es, sie teilweise, zum Beispiel mit Bezug auf die Landesverteidigungskredite, in das Verfahren dringlicher oder nicht allgemein verbindlicher Bundesbeschlüsse zu verweisen, sei es, sie mit einer andern Finanzierungsklausel zu versehen. Dieser Vorbehalt völliger Freiheit gegenüber der „grossen Vorlage" ist notwendig, schon deswegen, weil der Nationalrat sie noch nicht behandelt hat und voraussichtlich auch in dieser Session nicht fertig behandeln kann.

Ueber die Dringlichkeit der Vorlage, die das Zusammenbinden so verschiedenartiger Kredite in einen einzigen Bundesbeschluss rechtfertigen muss, will ich im Eintretensbericht nur wenige Worte verlieren. Ich behalte mir vor, bei den Erläuterungen der einzelnen Kreditposten darüber dann noch mehr zu sagen.

Wir alle haben am Vormittag des 30. September, als der sog. Friedensschluss von München bekannt wurde, aufgeatmet. Aber dieser Frieden erwies sich bald als ein solcher mit zweierlei oder viererlei Gesichtern: die vier Teilnehmer kehrten in vier Windrichtungen heim, betonten den ungenügenden Stand ihrer Rüstungen für den Fall, dass ein Krieg ausgebrochen wäre und beschlossen, ihre Aufrüstung in beschleunigtem Tempo fortzusetzen und zu verstärken. Daraus und aus all' den übrigen schweren Ereignissen der Zeit ergab sich die notwendige Schlussfolgerung für die Schweiz von selbst. Da die „grosse Vorlage" aus begreiflichen Gründen nicht so rasch erledigt werden kann, wie vielleicht erwartet worden ist und da sie in ihrem militärischen Teil vielleicht sogar durch die Notwendigkeiten und Ereignisse der Stunde schon überholt sein kann, war es notwendig, die „kleine Vorlage" aus der „grossen" herauszunehmen und als sog. Zwischenlösung vorweg zu behandeln.

Wir stehen auf Grund der bisherigen Politik des Bundesrates und der Bundesversammlung mitten drin in zwei grossen Aktionen, erstens in der Durchführung eines Ausbauplanes für die Landesverteidigung, und zweitens in einer Arbeitsbeschaffungsaktion. Das ist die gegenwärtige Situation. Der Einzelne mag darüber, besonders über die Arbeitsbeschaffungsaktion, denken, wie er will; der einzelne Abgeordnete mag dazu gestimmt haben oder nicht; der Bundesrat, der für diese zwei grossen Landesunternehmungen, für die Landesverteidigung und für die Arbeitsbeschaffung die erste Verantwortung des Initianten und Antragstellers trägt, will diese Aktionen nicht deswegen, weil ihre Fortsetzung statt in einzelne Vorlagen in die „grosse Vorlage" hinein verpackt worden ist, unterbrochen sehen und hat deshalb angesichts der Verzögerung der Erledigung der „grossen Vorlage" die antizipierte Erledigung der für die schon im Gang befindlichen grossen Aktionen für die Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung notwendigen Kredite verlangt. „Wir müssen die Massnahmen für das kommende Jahr jetzt schon in die Wege leiten und den dringlichsten Anforderungen gerecht werden, und dazu haben wir Kredite nötig," sagt der Bundesrat.

Die Fragestellung liegt also heute so: Fortsetzung oder vorzeitiger Abbruch der im Gang befindlichen Bundesaktionen für die Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Die Antwort wird uns leichter gemacht, wenn wir nicht nur die wunderbare Kette der Berner Alpen bewundern, sondern über die vier Grenzen schauen und auch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Innern betrachten. Ein Mitglied der Kommission hat daher sein Eintreten für die Vorlage mit den Worten motiviert: Die Verantwortlichkeit für die Bewilligung der Kredite ist leichter zu tragen als die mit ihrer Ablehnung verbundene Verantwortung für den vorzeitigen Abbruch der

im Gang befindlichen Aktionen für die Landesverteidigung nach aussen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Innern des Landes.

Mit diesen Worten empfehle ich namens der einstimmigen Kommission Eintreten auf die Vorlage. Ich bemerke, dass eine Reihe von Eingaben eingelaufen ist, die sich jedoch alle auf die grosse Vorlage beziehen und deren Behandlung wir deshalb verschoben haben. Alle diese Eingaben schliessen mit dem Wunsche: „Wir wollen auch etwas".

Allgemeine Beratung. — *Discussion générale.*

M. **Béguin:** Il a été dit que cet objet aurait pu être liquidé au cours de la session de septembre 1938, ce qui aurait permis d'éviter l'actuelle session extraordinaire, certainement superflue. La commission au nom de laquelle M. Keller vient de rapporter ne s'est pas résignée à traiter ce projet superficiellement; elle a voulu l'examiner attentivement, l'approfondir sérieusement; elle a considéré que, malgré le caractère fragmentaire des propositions en présence desquelles nous sommes, il était indiqué de revoir toutes les rubriques des crédits qui sont demandés, d'en exiger la justification objective, d'examiner si, en fait, ils étaient véritablement indispensables tous et s'il fallait les voter rapidement. Je pense que la commission a été bien inspirée de procéder ainsi. Il n'eût pas été normal que cet objet, qui se présente cependant dans des conditions extraordinaires et spéciales, alors que la situation financière appellerait un minutieux examen, fût traité trop hâtivement et à la légère.

En revanche, il eût été parfaitement normal d'appeler le Conseil des Etats à se prononcer sur ces propositions au début de la session ordinaire de décembre 1938. Après le vote du Conseil national et la décision favorable de la commission du Conseil des Etats, le Conseil fédéral était déjà en mesure d'envisager les procédés d'application; il n'était point du tout nécessaire de convoquer une nouvelle session extraordinaire pour qu'elle se prononce aujourd'hui 9 novembre 1938, alors que cette décision pouvait aisément intervenir en décembre, sans compromettre en rien les mesures nécessaires à la défense nationale, ni celles qui envisagent la création de possibilités de travail.

Je tenais à dire cela à la décharge de la commission du Conseil des Etats, car je considère qu'elle avait l'obligation d'examiner ce projet aussi attentivement qu'elle l'a fait. On aurait donc pu attendre jusqu'au début de décembre 1938.

Je crois que ce qui se passe actuellement chez nous doit nous engager à faire ici quelques réserves, nous inciter à freiner plutôt qu'à encourager des dépenses considérables sous prétexte de défense nationale. Je pense qu'à ce point de vue il convient de faire, déjà au cours du présent débat, quelques réflexions et d'émettre quelques considérations qui sont sans doute d'actualité, aujourd'hui 9 novembre 1938, puisque nous sommes en présence d'un ordre du jour du Conseil national un peu inquiétant à mon sens: N'y voit-on pas figurer dans sa dernière partie, une série de motions, de postulats et d'interpellations qui doivent être discutés au cours de la séance de relevée de cet après-midi?

Vous n'avez pas oublié que l'arrêté fédéral sur lequel nous sommes appelés à nous prononcer est en relation avec un message plus complet, plus large et plus considérable, dont M. le président Keller a parlé il y a un instant. L'année dernière, en effet, dans son message contenant des réflexions tout à fait pertinentes et justifiées, le Conseil fédéral avait conclu au rejet de l'initiative de crise N° 2, conclusion que le Conseil des Etats avait faite sienne en se prononçant également pour le rejet, non sans déclarer néanmoins que, chaque fois que des demandes de crédit seraient présentées en vue de créer des possibilités de travail, on les étudierait dans le même esprit que les précédents projets sur la même matière. Mais, le Conseil national, lui, a estimé ne pas pouvoir adhérer sans autre à la décision du Conseil des Etats et du Conseil fédéral et c'est à la suite de demandes pressantes présentées dans l'autre Chambre qu'a été déposé le volumineux message du 7 juin 1938 contenant les conclusions et les propositions que vous connaissez. Or, force nous est de constater que, malgré l'ampleur des propositions faites par le Conseil fédéral dans le message du 7 juin dernier, le Conseil national apparemment n'est point encore satisfait. Il n'est point satisfait, semble-t-il, des propositions de renforcement de la défense nationale présentées par le rapport du 7 juin, puisque son ordre du jour d'aujourd'hui même ne porte pas moins de six motions, postulats ou interpellations intéressant le renforcement de la défense nationale, la préparation de l'armée, la direction unique de l'armée.

Dès lors, on se demande s'il n'y a pas là un zèle parlementaire peut-être excessif et si, dans le domaine, certes capital, de la défense nationale, on ne commet pas parfois certaines exagérations, si l'on ne va pas trop loin, si l'on ne risque pas d'être dominé par des sentiments excessifs, si légitime que soit, d'ailleurs, le but que l'on se propose. Je voudrais donc, à ce sujet, formuler quelques réserves.

Je voudrais surtout dire au Conseil fédéral que je lui demande instamment de conserver le sens de la mesure dont il nous a donné une si louable preuve en septembre dernier. Nous savons, en effet, qu'à cette époque maintes démarches ont été faites auprès de lui pour l'amener à prendre encore d'autres précautions militaires que celles qu'il avait arrêtées: on voulait absolument des décisions parlementaires, on suggérait même la nomination immédiate du général, etc. Mais le Conseil fédéral a gardé son sang-froid et sa fermeté, convaincu qu'il était de défendre de façon efficace les intérêts généraux du pays par les mesures qu'il avait prises. Et il a eu raison. Je profite du présent débat pour lui demander de demeurer sur ce terrain, de ne pas considérer que toutes les interventions parlementaires — motions, propositions de dépenses nouvelles, même en matière de défense nationale — sont toujours jugées par l'opinion publique unanime comme absolument justifiées et si indispensables qu'elles devraient être décrétées d'urgence.

Le 30 octobre dernier, au cours du congrès du parti auquel j'ai l'honneur d'appartenir, congrès qui a pris position en faveur de l'arrêté fédéral du 30 septembre concernant le régime transitoire des finances de la Confédération, le président de la commission du Conseil national, M. Henri Berthoud, conseiller national, faisant allusion au grand projet d'action nationale en faveur de la défense du pays,

à un prélèvement ou plutôt un versement volontaire des Confédérés pour cette grande action, a émis quelques réserves. Il a exprimé l'opinion qu'il fallait être prudent, ne pas aller trop loin, qu'il importait d'examiner à fond et très attentivement toutes les suggestions formulées, avant de leur donner une suite quelconque. Cet exposé présenté devant 300 délégués a été approuvé par une bonne partie d'entre eux avec les remarques dont il s'accompagnait. J'ai entendu ces réserves. j'ai été témoin de l'approbation qu'elles ont recueillies; c'est pourquoi je m'en fais aujourd'hui l'écho dans cette discussion du projet de renforcement de la défense nationale et de lutte contre le chômage.

Ce qui m'inquiète quelque peu, ce sont les conséquences financières, c'est la perspective des charges que, sous prétexte de défense nationale, on va une fois de plus mettre sur le dos des citoyens. Certes, nous sommes ici unanimes à penser que notre pays doit faire tout ce qui est nécessaire pour assurer la protection de ses frontières, pour garantir son indépendance, pour démontrer à l'étranger qu'il est prêt à assumer toutes les obligations inhérentes à la neutralité intégrale dont il a obtenu la garantie. Mais, encore une fois, dans ce domaine-là comme dans d'autres, on peut exagérer, on peut se laisser impressionner un peu trop par les circonstances, on peut être animé d'un zèle qui dépasse peut-être les possibilités financières du pays. Aurons-nous vraiment, je me le demande, assuré d'une façon efficace et rationnelle la défense nationale si, d'un autre côté, nous créons une situation intérieure telle que notre fardeau de dettes soit augmenté, la fiscalité alourdie et le pays lourdement paralysé dans son activité générale par les dépenses excessives que nous aurions décidées en un moment où il existe incontestablement quelque part une nervosité, d'ailleurs explicable? C'est pourquoi, à mon sens, notre pays, tout en prenant les mesures indispensables, guidé par l'esprit dont il doit s'inspirer, ne saurait pourtant ne pas perdre de vue sa situation économique et financière. Et puisque, au cours de la session de décembre prochain, on va présenter de nouveaux projets et que notre commission aura à se saisir du message du 7 juin 1938, je voudrais dès maintenant prier le Conseil fédéral de dresser un tableau complet de ce qu'il considère comme vraiment indispensable encore, lui, Conseil fédéral, en fait de défense nationale. Je lui demanderai d'examiner le problème à fond, puis de renseigner l'Assemblée fédérale et le pays, de faire connaître exactement ce qu'il juge immédiatement nécessaire et ce qui, selon lui, pourrait être renvoyé à des temps meilleurs. Toutes les suggestions présentées ne correspondent pas forcément à des nécessités immédiates; les demandes formulées aujourd'hui n'appellent pas toutes des décisions et des réalisations sans délai. Il me paraît que dans certains milieux on oublie un peu le principe de la séparation des pouvoirs, le principe aussi de la responsabilité gouvernementale et les différences essentielles dans ce domaine entre la responsabilité du Gouvernement et celle du Parlement. Le rôle du Parlement consiste à contrôler les dépenses plutôt qu'à y pousser. J'estime que lorsque le Conseil fédéral étudie un problème comme il suit incontestablement ceux de notre défense nationale, de la protection de nos frontières, de la liberté du pays, il y a lieu de lui faire confiance. Quant à moi, je lui fais confiance; je n'aurais pas vu la nécessité de déposer des motions et de tenir cette semaine une session extraordinaire, superflue selon moi. Enfin, si ces manifestations parlementaires sont de nature à réassurer une partie du pays dans laquelle semblent régner certaines inquiétudes, tant mieux; mais il est d'autres parties où l'on n'a pas de tels soucis, où l'on se préoccupe plutôt du fait que le redressement des finances de la Confédération n'a pas encore pu s'accomplir et qu'il risque d'être compromis par des dépenses nouvelles comme celles qui sont envisagées maintenant.

Il faut, à mon sens, lier le problème du renforcement de la défense nationale à celui de la lutte contre le chômage et de la création d'occasions de travail, ainsi qu'aux possibilités financières du pays, à son avenir économique, aux conditions dans lesquelles devront s'établir le budget de la Confédération et ceux des cantons. Il convient de ne pas compromettre la situation intérieure par le vote de dépenses qu'il ne serait pas absolument indispensable de décréter actuellement.

Je prie donc instamment le Conseil fédéral de ne pas se laisser déborder par les circonstances et les contingences actuelles. Je répète que je lui demande de bien vouloir conserver le sens du calme, de la mesure, qu'il a si complètement observé en septembre 1938. Je suis de ceux qui pensent qu'il n'y a pas lieu de lui adresser des reproches, ni de critiquer la manière dont il a estimé devoir arrêter le plan militaire de défense nationale, à cette époque critique de notre histoire.

J'invite le Conseil fédéral à rester sur ce terrain. Ma déclaration reflète l'opinion d'une bonne partie du pays, qui ne verrait pas sans inquiétude enfler encore considérablement le budget de la Confédération, sous prétexte de défense nationale. La situation budgétaire ne doit pas être oubliée lorsqu'on examine le problème du renforcement de la défense nationale.

Sous ces réserves et animé des sentiments que j'ai cru devoir exprimer au nom de beaucoup, je voterai les propositions qui nous sont faites aujourd'hui. Je les considère comme une nécessité de l'heure actuelle, mais je regrette qu'elles aient un caractère si fragmentaire et que nous soyons encore si peu renseignés sur la manière dont ces nouvelles dépenses seront couvertes. Le pays s'inquiète tout autant de la couverture des dépenses que des mesures complémentaires à prendre en faveur de la défense nationale.

Ackermann: Der vorliegende Bundesbeschluss-Entwurf betreffend die Kredite für die Wehrbereitschaft und Arbeitsbeschaffung wird als ein Teilstück des grossen Arbeitsbeschaffungsprogrammes allgemein begrüsst. Angesichts der grossen Bedürfnisse der militärischen und wirtschaftlichen Wehrbereitschaft und der dringenden Notwendigkeit der Fortsetzung der bisherigen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen des Bundes nehmen sich die Zahlen der kleinen Vorlage eher bescheiden aus. Nicht recht verständlich erscheint es, dass für die Förderung des Exportes und des Fremdenverkehres nur ein Betrag von 5 Millionen Franken eingestellt

worden ist. Wir müssen voraussichtlich damit rechnen, dass bis zur erfolgten Durchberatung und Genehmigung der grossen Arbeitsbeschaffungsvorlage noch einige Zeit vergeht. Export und Fremdenverkehr, denen man nach wie vor eine wirtschaftliche Schlüsselstellung zuerkennt, haben aber durch prominente Vertreter ihre Auffassung bekannt gegeben, und ihre Gesuche um Berücksichtigung ebenfalls angemeldet und begründet. Ich erinnere speziell an die bezüglichen Eingaben aus der Textilindustrie, in welchen die Schwierigkeiten im internationalen Konkurrenzkampf dargelegt wurden. Die grossen Schwierigkeiten, denen heute unsere Exportindustrie gegenübersteht, liegen nicht nur in der wirtschaftlichen Abschliessungstendenz vieler Länder, sondern speziell auch in den verschiedenen offenen oder versteckten Dumpingmassnahmen, womit andere Staaten ihrer Exportindustrie unter die Arme greifen. Es ist nicht leicht, solchen Dumpingmassnahmen zu begegnen, weil grosse Mittel dazu beansprucht werden und weil damit gerechnet werden muss, dass sich der Gegendruck der ausländischen Konkurrenz nur wieder verschärft. Die Arbeitsbeschaffungsmethoden, die eine Beschäftigung der Arbeiterschaft an ihren gewohnten, ich möchte fast sagen, angestammten Arbeitsplätzen in den einheimischen Industrien ermöglichen, sind aber ganz besonders wertvoll. Ich meine damit nicht die seinerzeitigen Produktionszuschüsse, weil es den von der Krise betroffenen Kantonen und Gemeinden sehr schwer fiel, die auf sie entfallenden Anteile zu übernehmen; sondern ich meine handelspolitische Massnahmen und Leistungen des Bundes an die Exporteure, damit sie erneut die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande erreichen und die Arbeiterschaft wieder mehr Beschäftigung erhält.

Wenn in letzter Zeit die Zahl der Teilarbeitslosen sich wieder bedeutend vermehrt hat — man spricht von einer Zunahme von 10 000 auf 25 000 — so ist diese Erscheinung wohl in erster Linie dem Rückgang des Exportes zuzuschreiben.

Der Nationalrat hat dem Verteiler des 70-Millionenprojektes in unveränderter Form zugestimmt. Die verschiedenen Positionen des grossen Gesamtprojektes sind ebenfalls festgelegt. Ich begrüsse es im Interesse der Arbeitsbeschaffung in den Kantonen und des notleidenden Baugewerbes, wenn die für diese Zwecke bestimmte Summe in keiner Weise beschnitten wird.

Hingegen muss man sich angesichts der Beträge von 5 Millionen, die im kleinen Programm, und von weiteren 20 Millionen, die im grossen Programm für die Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs eingesetzt sind, fragen, ob damit wirksame Hilfsmassnahmen auf längere Zeit ermöglicht werden. Da der Herr Vorsteher des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes bei einer andern Gelegenheit auf die vorherige Fühlungnahme und Rücksprache mit dem Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins hingewiesen hat, muss ich annehmen, dass die Interessen der Exportindustrie nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Ich wäre aber Herrn Bundesrat Obrecht dankbar, wenn er, soweit das ohne Interessengefährdung in der Oeffentlichkeit möglich ist, im Zusammenhang mit dieser Vorlage uns darüber etwas orientieren wollte, ob den Gesuchen aus Exportkreisen in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Ich gestatte mir diese Aeusserungen auch deshalb, weil der Nationalrat im Anschluss an die Beratungen über das vorliegende Programm das grosse 317 Millionen-Arbeitsbeschaffungsprogramm behandeln und auch die von unserm Rate für dieses Geschäft bestimmte Kommission sich in Bälde mit diesem Programm befassen wird. Ich hoffe, dass in diesem grossen Programm eine bessere Berücksichtigung der Exportindustrie nochmals geprüft und erwogen werden kann. In diesem Sinne stimme ich ebenfalls für Eintreten auf die Vorlage.

Amstalden: Die Vorlage hat den Charakter eines Ueberbrückungsprogrammes. Man ist von der Erwägung ausgegangen, dass man die Subventionen an die Notstandsarbeiten fortsetzen müsse. Ich bin ganz damit einverstanden. Ich weiss, dass es schwierig ist, heute Abänderungsanträge zu stellen, nachdem der Nationalrat die Vorlage unverändert angenommen hat und auch unsere Kommission den gleichen Antrag stellt.

Wenn ich trotzdem das Wort ergreife, so deshalb, weil ich vermisse, dass in dieser Vorlage der Kredit für die Elektrifikation der Brünigbahn enthalten ist. Aus der Botschaft des Bundesrates für das grosse Arbeitsbeschaffungsprogramm vom 7. Juni 1938 können Sie auf S. 33 ff. entnehmen, dass die Elektrifikation der Brünigbahn im Kostenaufwand von 12⅓ Millionen Franken möglich ist. Davon sollen die Bundesbahnen ⅔ übernehmen, d. h. so viel, wie sie wirtschaftlich verantworten können. Mit andern Worten, es handelt sich nicht um eine Ausgabe à fonds perdu, sondern es ist angelegtes Kapital für produktive Arbeit. Dagegen sollte das letzte Drittel, 4,1 Millionen Franken, durch das Volkswirtschaftsdepartement, durch Notstandskredite des Bundes, aufgebracht werden.

Die Brünigbahn ist heute die einzige Schmalspurlinie der Bundesbahnen.

Ich möchte hier den entschiedenen Wunsch äussern, dass man diese Elektrifikation wenn irgend möglich beschleunigen sollte. Ich weiss, dass im Kanton Bern, vor allem im Berner Oberland, gewisse Hemmungen vorhanden sind, die auch auf die Regierung des Kantons Bern übergegangen sind. Man glaubt, man könne das Projekt eines Ausbaus der Brünigbahn auf Normalspur durchbringen.

Auch wir sind an dieser Sache interessiert, aber wir müssen doch mit den Realitäten rechnen. Die Botschaft des Bundesrates nennt die Kosten für den Normalausbau der Brünigbahn von 68 Millionen Franken. Das ist natürlich eine grosse Summe und die Bahn wird erklären, es sei bei der heutigen Situation ganz unmöglich, ein so grosses Kapital unproduktiv anzulegen. Auch die Bundeskasse wird bei ihrem heutigen Zustande nicht in der Lage sein, so viel zuzuschiessen, dass die Bahn erklären kann: Nun können wir elektrifizieren. Das ist der Grund, weshalb wir dazu gekommen sind, auf die Elektrifikation zu drängen.

Ich möchte hier noch mit ganz wenigen Worten die grosse Bedeutung des Umbaues der Brünigbahn auf elektrische Traktion hervorheben. Zuerst ist

auf die wirtschaftliche Bedeutung hinzuweisen. Wir haben es bei der Brünigbahn mit einer typischen Saison- und Touristenbahn zu tun. Die Bahn fährt heute noch mit Kohlen. Was Kohlen kosten, wissen Sie. Wir haben genügend eigene Elektrizität. Es handelt sich um eine Bahn, die hauptsächlich im Sommer als Touristen- und Saisonbahn Hochbetrieb hat, während sie im Winter den lokalen Verkehr zu bewältigen hat. Also gerade in der Jahreszeit, wo wir genügend eigenen Strom haben, können wir uns vom ausländischen Produkt, der Kohle, unabhängig machen. Es sollte kein Zweifel mehr bestehen, dass hier ein Werk geschaffen werden kann mit verhältnismässig geringen Kosten, und dass namentlich die Ausführung dieses Werkes unserer Maschinenindustrie sehr willkommen wäre.

Auf die Bedeutung für die betroffenen Landesteile will ich gar nicht weiter hinweisen. Das ganze Gebiet von Luzern bis Interlaken ist eigentliches Kurgebiet, und was es für eine Bedeutung hat, wenn hier eine elektrische Bahn fährt statt der heutigen Dampfmaschine, das können Sie sich vorstellen. Die Fahrzeit würde für den Schnellzug reduziert auf 123 Minuten. Ein Autocar benötigt für die Strecke Luzern-Interlaken 150 Minuten. Somit würde die Bahn die Autokonkurrenz ziemlich stark ausschalten.

Aber noch auf ein anderes Moment möchte ich hinweisen. Der Brünigpass wird heute mit Bundessubventionen von den Kantonen Bern und Obwalden zu einer ganz modernen Autostrasse ausgebaut. Auf der andern Seite haben Sie nun das vor 50 Jahren erstellte Dampfbähnlein, das die Steigung fast gar nicht zu bewältigen vermag. Das sind doch Verhältnisse, die unhaltbar sind.

Ich will hier keinen Antrag stellen, aber ich habe doch die Gelegenheit wahrnehmen wollen, an den Bundesrat den entschiedenen Wunsch zu richten, dass die Kredite der Bundesbahnen bald erteilt werden. Wenn das Schicksal der grossen Arbeitsbeschaffungsvorlage sich derart gestalten sollte, dass die Verwirklichung nicht so rasch möglich wäre und die Sache sich noch hinauszögern würde, dann müssten wir dringend wünschen, dass dem Parlament eine Spezialvorlage unterbreitet werde, auf Bewilligung des so nötigen Kredites für die Elektrifikation der Brünigbahn. Diesen Wunsch möchte ich heute in aller Form im Interesse der betreffenden Landesgegenden dem hohen Bundesrate überweisen.

Klöti: Gestatten Sie mir einige Bemerkungen. Ueber die Notwendigkeit des Eintretens auf diese Vorlage waren wir in der Kommission vollständig einig. Diese Notwendigkeit ist entstanden, weil die Behandlung der grossen Vorlage sich verzögert hat. Herr Ständerat Béguin hat es für nötig gefunden, schon heute anzudeuten, dass keine Rede davon sein könne, im Dezember die grosse Vorlage zu behandeln. Ich will zugeben, dass das kaum möglich sein wird, aber ich möchte doch dem Wunsche Ausdruck geben, dass das Parlament so rasch wie möglich diese grosse Vorlage behandelt, vielleicht in einer Februarsession des Ständerates, damit sie bald verabschiedet werden kann. Darüber kann nämlich kein Zweifel bestehen, dass die Uebergangslösung wirklich nur für kurze Zeit genügt; wenn die grössere Vorlage nicht bald kommt, so haben wir wieder eine der bekannten Lücken, die richtiges Disponieren für die Arbeitsbeschaffung verunmöglicht. Diese monatelangen Intervalle sind ausserordentlich hinderlich. Ich erinnere daran, dass in diesem Jahre vom April bis August kein einziges Projekt für Subventionierung von Arbeitsbeschaffung in Bern verabschiedet wurde, weil der Ueberbrückungskredit von 6 Millionen zu nichts hinreichte. In den Kantonen ruhte dann alles; grosse Gemeinden hatten z. B. zur Beschäftigung ihrer Arbeitslosen Kanalisationsprojekte usw. bereitgestellt, die Kredite für ihren Anteil bewilligt und dann blieb die Sache in Bern monatelang liegen. Das alles geschah, weil keine ruhige Disposition möglich war, weil die Kredite immer tropfenweise, z. B. 35 Millionen für das ganze Land, bewilligt werden. Das ist kein guter Zustand. Man muss auf etwas längere Zeit disponieren können und sollte deshalb grössere Kredite, die für längere Zeit reichen, bewilligen. Man braucht nicht Angst zu haben, dass man dann mehr Geld ausgeben müsse, als wenn man die Kredite nur tropfenweise gewährt.

Wenn Herr Ständerat Béguin dem Bundesrat auf den Weg gegeben hat, er solle Mass halten, und wenn er davon gesprochen hat, unter dem Vorwand der Landesverteidigung begehre man grosse Kredite, man übertreibe, und es herrsche in gewissen Gegenden eine Nervosität, die nicht begründet sei, so glaube ich doch, dass die Begehren, man solle mit der Landesverteidigung vorwärts machen, durchaus begründet sind. Ich will heute nicht in Details eintreten, sondern nur sagen, dass für unser Land die Sicherheitsprämie, die wir für die Landesverteidigungsmassnahmen zahlen, durchaus gerechtfertigt ist. Wenn wir die Landesverteidigung richtig organisieren, haben wir auch die grösste Wahrscheinlichkeit, dass man die Schweiz nicht angreift. Darüber wird doch niemand im Zweifel sein, dass wir im aktiven und passiven Luftschutz eigentlich noch gar nichts geschaffen haben. Unsere Luftwaffe ist derart ungenügend, dass im Kriegsfalle nach wenigen Tagen unsere ganze Luftwaffe erledigt wäre und wir gar nicht die Möglichkeit hätten, im eigenen Lande für richtigen Ersatz zu sorgen. Der Hinweis auf die finanzielle Tragfähigkeit des Landes ist an sich gewiss begründet. Aber ich glaube darauf hinweisen zu müssen, dass unser Land diese Massnahmen zu tragen vermag. Ich bin so wenig Militarist wie Herr Ständerat Béguin, aber ich glaube, dass wir im Landesinteresse handeln, wenn wir diese Vorsichtsmassnahmen treffen, die dem Ausland zeigen, dass wir nicht nur den Willen verkünden, unsere Neutralität zu verteidigen, sondern auch alles tun, diesen Willen wirksam zu betätigen.

Was die Aeusserungen von Herrn Ständerat Amstalden anbetrifft, so stimme ich ihm in der grundsätzlichen Frage der Elektrifikation der Brünigbahn durchaus zu. Ich möchte aber davor warnen, dass man nun einen Bestandteil nach dem andern aus dem grossen Programm herausnimmt und separat zur Entscheidung bringt. Ich möchte Herrn Ständerat Amstalden bitten, mitzuhelfen, dass die grosse Vorlage recht bald verabschiedet wird, womit dann auch der Kredit für die Elektrifikation der Brünigbahn bewilligt ist.

Bundesrat **Obrecht:** Herr Ständerat Béguin hat uns zugeredet, man möchte auch in militärischen Ausgaben die ruhige Ueberlegung und den ökonomischen Sinn bewahren. Dieses Wort ist berechtigt. Man hat einen Wandel sich durchsetzen sehen in den letzten Zeiten, der deswegen beunruhigt, weil er in seiner Heftigkeit und in der Masslosigkeit der Anforderungen ganz ungewohnt ist. Der Bundesrat darf für sich in Anspruch nehmen, dass er an die Vermehrung der Aufwendungen für unsere Landesverteidigung herangetreten ist zu einer Zeit, wo er nicht von aussen dazu veranlasst wurde und nicht eine Bewegung aus dem Volke heraus an ihn herangetreten ist, sondern er hat aus eigener Ueberlegung, Initiative und Entschlusskraft an das Nötige gedacht. Dass dem so ist, zeigen folgende Zahlen: Das Militärbudget stand lange Zeit hindurch im gesamten auf der Höhe von 85—87 Millionen Fr. Diese 87 Millionen Fr. waren vor 10 Jahren die heilige Zahl, die nicht überschritten werden durfte. Man musste damals froh sein, dass es nicht zu einer Unterhöhlung der militärischen Aufwendungen gekommen ist. Heute, für 1939, haben wir ein Militärbudget von 136 Millionen Fr. Das ist ein Plus von 49 Millionen, von mehr als der Hälfte gegenüber dem Status vor 10 Jahren. Diese Entwicklung von 85—90 Millionen auf 136 Millionen ist eigentlich nicht die Entwicklung von 10 Jahren, sondern der letzten 5 Jahre. Diese Anschwellung unserer Militärausgaben ist ja auch die Ursache, warum es so ausserordentlich schwierig hält, die Ausgaben des Bundes zurückzubinden. Was man auf der einen Seite einspart durch Zurückhaltung, durch Reduktion von Subventionen, das wird mehr als aufgewogen durch das ständige Ansteigen der Militärausgaben. Der Bundesrat nimmt für sich in Anspruch, dass das, was er an vermehrten Krediten im Militärbudget vorschlägt, Notwendigkeiten darstellen, um die wir nicht herumkommen, die einfach Berücksichtigung finden müssen.

Dann haben wir schon im Jahre 1933 erstmals einen ausserordentlichen Kredit anbegehrt, um die rückständigen Materialanschaffungen für die Armee nachholen zu können. Es ist ganz interessant, an Hand der Zahlen zu entwickeln, wie vorsichtig der Bundesrat mit diesen Kreditbegehren ausser Budget anfänglich vorgegangen ist und vorgehen musste. Er hat angefangen mit einem Kreditbegehren von 15 Mill. Fr. Ein Jahr darauf hat er schon ein Begehren eingebracht von 82 Mill. Fr.; das war im Jahre 1934. Im Jahre 1936 kam er mit einem Begehren von 235 Mill. Fr. vor die Räte. Weil dann die Wehranleihe 100 Mill. mehr ergeben hat als der Kredit erforderte, ist man dazu gekommen, die 235 Mill. sukzessive zu erhöhen auf 335 Mill. Wenn Sie die Kredite, die Sie in den Jahren 1933 bis 1937 vom Parlament aus gutgeheissen haben, zusammenfassen, so erhalten Sie die Summe von 432 Mill. In der Uebergangsvorlage von heute haben Sie nun weitere 15,3 Mill., die jedenfalls heute bewilligt werden. Sie gehören daher mit zu den bewilligten ausserordentlichen Militärkrediten. Dann kommt noch die grosse Vorlage für Arbeitsbeschaffung und Landesverteidigung, die wiederum für rein militärische Zwecke — ich lasse hier die Kriegsfürsorge aus — eine Summe von 161 Mill. anfordert.

Wenn Sie alle diese ausser Budget bewilligten oder anbegehrten Militärkredite zusammenrechnen, kommen Sie auf die imposante Summe von 608 Mill. Fr., neben einer mehr als 50%igen Zunahme der jährlich wiederkehrenden Budgetausgaben für die Armee. Und da will man dem Bundesrat noch den Vorwurf machen, er habe nicht zum Rechten gesehen, sei nicht rechtzeitig für die Bedürfnisse der Armee, für die Notwendigkeiten der Landesverteidigung eingetreten. Wer so spricht, hat ganz sicher einen Teil der Ruhe seiner Nerven eingebüsst. Das dürfen Privatleute sich gestatten, vielleicht ausnahmsweise sogar Parlamentarier. Aber dem Bundesrat ist es nicht gestattet; er darf seine Nerven nicht verlieren. Wir sind der Auffassung, dass gerade die Aufrüstung ein Gebiet darstellt, wo man mit Ruhe, mit Besonnenheit und Planmässigkeit Stein um Stein aufbauen muss. Diese Aufgabe ist uns dadurch erschwert worden, dass wir das Ziel verfolgten, eine Kriegsindustrie im Lande selbst aufzuziehen, damit wir bei unserer notleidenden Wirtschaft vermehrte Arbeitsgelegenheit schaffen und im Kriegsfalle auch im Inland mit der Herstellung von Waffen und Munition fortfahren können. Es ist vom Standpunkt der Landesverteidigung aus eine grosse Errungenschaft, dass wir Waffen und Munition im Lande selbst herstellen können. Das hat Geduld und Zeit gebraucht. Heute sind wir über die technischen Schwierigkeiten hinweg, und auch die betriebstechnischen Probleme in unserer Kriegsindustrie sind gelöst. Heute haben wir die notwendige Leistungsfähigkeit, und deshalb dürfen wir auch erwarten, dass es mit der Ausfüllung der Lücken in der technischen Austattung der Armee nun rascher vorwärts geht, als das eine Zeitlang der Fall war. Aber ob nun Interpellationen, Motionen und Postulate gestellt werden, ob sogar Initiativen ergriffen werden, damit ändern Sie an der Durchführung unseres Planes rein nichts. Denn Sie dürfen diese Dinge nicht überstürzen. Wenn Sie uns dazu zwingen würden, dass wir, obschon wir jetzt im Lande selbst eine Kriegsindustrie aufgebaut haben, im Auslande Bestellungen machen, um die Bereitschaft zu beschleunigen, so würden wir auch damit nicht rascher zum Ziele kommen. Denn die ausländische Kriegsindustrie ist auch mit Aufträgen überlastet und verlangt Termine, die teils noch weitergehen als die, die erforderlich sind, um die Bedarfsgegenstände im Inland herzustellen. Ich darf deshalb Herrn Béguin die beruhigende Versicherung abgeben: Wir überlegen uns diese Dinge wohl; wir lassen uns nicht in eine Ueberhastung, in einen Mangel an Ruhe und Besonnenheit hineinmanövrieren; sondern wir werden, wie in den Septembertagen, auch in diesem Kapitel der militärischen Aufrüstung unsere Ruhe bewahren. Weiter möchte ich mit meinen Ausführungen nicht gehen, um nicht meinem Herrn Kollegen vom Militärdepartement, der heute im Nationalrat zum Worte kommen wird, vorzugreifen.

Sodann hat Herr Ständerat Ackermann sich erkundigt, ob wir willens seien, für die Exportförderung das Nötige vorzukehren. Ich möchte diese Frage schlankweg bejahen und dazu folgendes ausführen. Wir haben im Jahr 1933 die produktive Arbeitslosenfürsorge eingeführt. Sie hat darin bestanden, dass wir an Exportaufträge, die preislich

Verlustaufträge waren, Beiträge leisteten, damit die betreffende Exportfirma trotz dem damit verbundenen Verlust einen solchen Auftrag hereinnehmen konnte. Es war also ein Beitrag an den Verlust oder eine Deckung des Verlustes. Wir haben diese Sache anfänglich schüchtern in Szene gesetzt. Unsere Exportindustrie hat sich zuerst dafür auch nicht sehr begeistert. Ich darf das sagen; denn es war in der Maschinenindustrie so, und für diese war die produktive Arbeitslosenfürsorge hauptsächlich gedacht. Aber im Laufe der Jahre hat man doch an dieser Exporthilfe Geschmack bekommen und davon Gebrauch gemacht. Wir sind in allen Fällen, wo wir gefunden haben, es wäre schade, den Auftrag zu verlieren, mit Beiträgen an die Auftragssumme zu Hilfe gekommen: 20, 25, 30 % haben wir an solche Verlustaufträge aus dem Ausland gewährt. Allerdings haben die Kantone dann einen Viertel dessen, was wir an produktiver Arbeitslosenfürsorge leisteten, beitragen müssen, so dass bei 20—30 % Gesamtbeitrag die Leistung des Bundes sich vielleicht auf 15—22 % belaufen hat. Es hat sich dann aber gezeigt, dass die produktive Arbeitslosenfürsorge, obschon der Wille, von ihr Gebrauch zu machen, vorhanden war, und bei den Behörden auch der Wille, sie einzusetzen, nicht so in Anspruch genommen wurde und nicht mit den finanziellen Lasten verbunden war, wie man anfänglich hätte befürchten können. Warum? Es gibt eine ganze Reihe von Staaten — und es sind für uns die wichtigsten Exportstaaten —, die eine solche staatliche Förderung des Exportes, einen solchen künstlichen Eingriff des Staates nicht billigen, die eine spezielle Dumpinggesetzgebung haben und die Länder, die auf diese Art den Export künstlich antreiben wollen, mit Massregeln bedenken, die verhängnisvoll werden können. Deshalb verlangt die Anwendung dieser produktiven Arbeitslosenfürsorge ausserordentliche Vorsicht. Ich erinnere mich, dass in den Jahren, wo von dieser produktiven Arbeitslosenfürsorge am meisten Gebrauch gemacht wurde, der Anteil unseres Exportes, der dieser produktiven Arbeitslosenfürsorge teilhaftig wurde, nicht einmal ganze 10 % des Gesamtexportes ausgemacht hat. Wenn wir die Länder zusammenzählen, nach denen wir dieses Mittel frei und ungehindert anwenden können, und den Ländern gegenüberstellen, bei denen man das nicht tun soll, so ergibt sich das überraschende Verhältnis, dass etwa 30 % unseres Exportes frei solche Hilfsmassnahmen des Staatszuschusses zulassen und bei 70 % eine solche Hilfe mit äussersten Gefahren verbunden wäre. Das muss man sich bei der Exportförderung vor Augen halten. Ich weiss, dass man hier wieder leicht geneigt ist, auf Deutschland hinzuweisen und zu sagen: Deutschland erlaubt sich alles, was es will; es kennt keine Schranken in der künstlichen Förderung seines Exportes. Das ist der Fall. Aber ich verweise auf die Schwierigkeiten, die Deutschland gerade deswegen in den Vereinigten Staaten angetroffen hat: man hat dort eine solche künstliche Exportförderung nicht hingenommen.

Das alles hat uns veranlasst, jetzt, wo wir neuerdings der Exportindustrie zu Hilfe kommen müssen, nachdem wir nach der Abwertung geglaubt hatten, sie finde ihren Weg künftig selbst, neue Wege für diese Hilfe zu suchen. Wir möchten die einzelnen Exportzweige dazu bringen, dass sie selbst eine Kollektivorganisation schaffen, um sich im Export zu stärken. Es sollten Selbsthilfemassnahmen der einzelnen Exportzweige sein, und der Staat sollte diese Selbsthilfemassnahmen nur moralisch und handelspolitisch, auch finanziell, wenn es notwendig ist, unterstützen. Das ist der Boden, auf dem wir die Exportförderung von jetzt an suchen wollen. Wir stehen in dieser Sache in engstem Kontakt mit dem Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins. Er hat es unternommen, mit den einzelnen Exportzweigen solche Kollektivlösungen zu suchen, und einzelne Fälle sind bereits so weit gereift, dass der Bundesrat für sie hat Kredite zur Verfügung stellen müssen. Die Sache ist also im Werden. Diese Lösungen — sie werden nicht alle identisch sein, sondern in jedem einzelnen Falle wieder anders aussehen — werden den grossen Vorteil haben, dass sie nicht so geartet sind, dass man ihnen den Vorwurf der Dumpingpolitik entgegenhalten kann. Das müssen wir zu vermeiden suchen. Weiter ist damit der Vorteil verbunden, dass die Kantone dann nichts mehr beitragen müssen. Ich halte es für einen grossen Fortschritt, wenn wir der Exportindustrie helfen können, ohne dass wir immer die Kantone mit einspannen müssen. Denn diese Hilfe der Kantone bedeutete auch ein Mitspracherecht der Kantone, und das führte dazu, dass in konkreten Fällen Aufträge verloren gingen. Es sind viele Exportaufträge deswegen verloren gegangen, weil die Verhandlungen mit den Kantonen zu lange gedauert hatten. In einzelnen Kantonen ist es sogar vorgekommen, dass die Kantonsregierung sagte: Diesen Viertel können wir nicht allein zahlen; da müssen die interessierten Gemeinden helfen; dann hat die Gemeinde mit dieser Angelegenheit vor die Gemeindeversammlung treten müssen; das ist ein Apparat, der für wirtschaftliche Bedürfnisse nicht praktisch ist und nicht dienen kann. Deshalb müssen wir davon abgehen.

Was die neuen Methoden für finanzielle Auswirkungen haben werden, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen. Wir haben einmal 20 Millionen für die Exportförderung vorgesehen, 5 Millionen im Uebergangsprogramm und 15 Millionen im Hauptprogramm. Wir werden sehen, wie weit wir mit diesen Mitteln auskommen. Wenn uns der Atem vorzeitig ausgehen sollte, dann werden wir rechtzeitig daran denken, einen ordentlichen Kreditposten ins Budget aufzunehmen, wie das jetzt mit der produktiven Arbeitslosenfürsorge auch geschieht. Dort haben wir Jahr für Jahr einen Kreditposten ins Budget aufgenommen, und hier steht dieser Weg ebenfalls offen, wenn es dazu kommen sollte, dass die 20 Millionen sich vorzeitig erschöpfen. Wir werden jedenfalls die Exportindustrie nicht im Stiche lassen.

Wir glauben, man werde mit diesen 20 Millionen für die vorgesehene Periode von drei Jahren auskommen; denn trotz der weitgehenden Gewährung der produktiven Arbeitslosenfürsorge bei Sätzen, die bis zu 30 % gegangen sind, hat die Gesamtleistung des Bundes in den Jahren 1933—1937 nicht mehr als 18 Millionen betragen.

Nun die Brünigbahn, die Herr Ständerat Amstalden in der Uebergangsvorlage vermisst. Ich kann Herrn Ständerat Amstalden mitteilen, dass der Chef des Eidg. Post- und Eisenbahndeparte-

mentes diese 4 Millionen in die Uebergangsvorlage hat aufnehmen wollen. Aber zwei Gründe haben dagegen gesprochen, und der Bundesrat hat diesem Vorschlag nicht Rechnung getragen.

Der eine Grund ist der, man sollte in diese Uebergangsvorlage wirklich nur diejenigen Kredite aufnehmen, die jetzt schon beschlossen werden müssen, mit denen man nicht zuwarten kann bis zum Mai 1939, d. h. bis zum Zeitpunkt, von dem wir annehmen, dass die grosse Vorlage durch die Volksabstimmung die Sanktion erhalten wird. Also wirklich das, was diesen zeitlichen Abstand von fünf Monaten nicht mehr vertragen kann, haben wir in die Uebergangsvorlage hineingenommen, und da haben wir uns sagen müssen, bei der Brünigbahn wird nicht viel verloren, wenn sie auch noch fünf Monate länger mit Dampf fährt.

Die zweite Ueberlegung war die: Es hat sich in der Beratung der nationalrätlichen Kommission für die Hauptvorlage gezeigt, dass auf Bernerseite gegenüber dieser Absicht der Elektrifikation der Brünigbahn Schwierigkeiten bereitet werden. Nicht, dass die Berner die Elektrifikation nicht auch möchten, aber sie möchten noch mehr. Die einen möchten zurückkommen auf den Basistunnel, dessen Ausführung ja schon aus finanziellen Ueberlegungen als völlig ausgeschlossen zu betrachten ist. Aber die übrigen möchten, dass nicht nur elektrifiziert, sondern gleichzeitig die Strecke von Interlaken nach Meiringen auf Normalspur ausgebaut wird. Es bestand seinerzeit schon vor dem Bau dieser Strecke ein grosser Streit darüber, ob sie nicht von Anfang an Normalspur erhalten solle. Man hat dann einen guteidgenössischen Kompromiss gefunden und gesagt, man baut die Bahn vorläufig schmalspurig, aber die Objekte (Brücken und dgl.), die baut man von Anfang an so aus, dass sie später der Normalspur dienen können. Und deswegen würde heute der Ausbau der Strecke Interlaken-Meiringen auf Normalspur gar nicht so mit übermässigen Kosten verbunden sein. Ich glaube, die Kosten für die Ueberführung der Strecke Interlaken-Meiringen auf Normalspur sind auf etwa 6,8 Millionen Fr. berechnet. Die Elektrifikation ist hier nicht inbegriffen, sie ist eine Sache für sich.

Nun haben wir, durch die Eingabe von Bernerseite, speziell vom Oberland und vom Haslital, dazu angeregt, die Bundesbahnen angefragt, wie sie sich zu diesem Ausbau der Strecke Interlaken–Meiringen auf Normalspur stellen. Und da sind nun die Bundesbahnen dagegen. Sie sagen, das wäre nicht rationell. Warum? Die Bundesbahnen erstreben zwischen Interlaken und Luzern einen durchgehenden Personenverkehr. Die Passagiere, die von Interlaken nach Luzern fahren wollen oder umgekehrt von Luzern nach Interlaken, sollen durchgehend fahren können. Wenn nun aber das Stück Luzern–Meiringen auf Normalspur ausgebaut würde, so müssten die Passagiere in Meiringen umsteigen, und damit ginge ein grosser Teil der Zeit, die man einholen will mit der beschleunigten Fahrt, wiederum verloren. Es sind Berechnungen angestellt worden, welche Gäste zahlreicher sind, diejenigen, die von Bern nach Interlaken kommen und nach Meiringen weiterfahren und die nun die künftige Normalspur benützen würden, oder diejenigen Fahrgäste, die von Interlaken nach Luzern fahren oder von Luzern nach Interlaken. Da ergibt die Frequenzstatistik der Bundesbahnen, dass die Zahl der Passagiere von Interlaken nach Luzern und umgekehrt viel grösser ist als die Zahl der Gäste, die von Bern herkommen und von Interlaken bloss nach Meiringen fahren. Man würde also einer grossen Ueberzahl von Gästen zumuten, in Meiringen umzusteigen, wenn man die Normalspur bis dorthin durchführen würde. Die Schweizerischen Bundesbahnen sagen, das wäre verkehrswirtschaftlich verkehrt, sie könnten einer solchen Lösung nicht zustimmen.

Jedenfalls bleibt aber der Kredit in der grossen Vorlage aufrechterhalten; aber im Programmbeschluss der nationalrätlichen Kommission, den Sie in den letzten Tagen erhalten haben werden, steht eine Bestimmung im Art. 4 über die Verwendung der Kredite B. II. *c*, nämlich die, der Beitrag des Bundes an die Bundesbahnen für die Brünigbahn dürfe erst gewährt werden, wenn sich die Bundesversammlung über die Frage, ob nur Elektrifikation oder auch Ausbau auf Normalspur bis Meiringen, ausgesprochen haben wird. Es muss sich also Herr Amstalden doch noch mit einiger Geduld wappnen. Das kommt nicht vom Verhalten des Bundesrates her, sondern von den Schwierigkeiten, die in der nationalrätlichen Kommission aufgetaucht sind. Ihre Kommission wird ja auch Gelegenheit haben, sich mit diesen Dingen zu befassen, wenn der Nationalrat einmal die Hauptvorlage verabschiedet haben wird.

Damit möchte ich zum Schluss übergehen, indem ich noch einige Bemerkungen gegenüber Herrn Ständerat Klöti mache. Der Plan war von Anfang an der, dass die Volksabstimmung über die Hauptvorlage spätestens im Mai 1939 stattfinden soll. Die Uebergangskredite, die hier in Frage stehen, sind so bemessen, dass ab Mai 1939 dann die Hauptkredite eingesetzt werden müssen. Würde die Beratung der Hauptvorlage länger dauern, so würde ein Unterbruch bei all diesen Massnahmen, speziell auch in den militärischen, eintreten. Deshalb ist es nötig, dass der Nationalrat in der Dezembersession die Hauptvorlage verabschiedet und der Ständerat sie in der Frühjahrssession behandelt, die jedes Jahr stattfindet, im März oder April, lieber im März als erst im April, damit Ende Mai oder anfangs Juni die Volksabstimmung vor sich gehen kann. Das ist der Plan.

Ich unterstreiche, dass es nötig ist, so vorzugehen, sonst würden die vorgeschlagenen Uebergangskredite der heutigen Uebergangsvorlage nicht ausreichen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für Eintreten auf die Vorlage 32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Artikelweise Beratung. – *Discussion des articles.*

Titel und Ingress. — Titre et préambule.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adoptés.*

Präsident: Die artikelweise Beratung ist so zu verstehen, dass wir I, II und III besonders behandeln und nicht Art. 1 im gesamten.

Art. 1. Ingress und Ziffer I.

Antrag der Kommission.

Ingress. Für den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden dem Bundesrat folgende Kredite eröffnet:

I. Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Art. 1. Préambule et chiffre I.

Proposition de la commission.

Préambule. Pour le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage, il est ouvert au Conseil fédéral les crédits ci-après mentionnés:

I. Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Zu Art. 1, Ingress, beantragen wir, die im Beschluss des Nationalrates enthaltene Begründung und zugleich Verknüpfung mit der grossen Vorlage zu streichen, um zu dokumentieren, dass wir uns gegenüber der grossen Vorlage alle Freiheit vorbehalten.

Nun beantrage ich, jede der drei römischen Ziffern für sich zu beraten und gehe gleich über, wenn der Herr Präsident einverstanden ist, zur Begründung der Kredite unter Ziffer I.

Für die militärische Wehrbereitschaft werden, wie Sie hier sehen, 15,3 Millionen Kredite in 8 Posten verlangt. Ich will mich gleich über alle 8 Posten miteinander aussprechen, da sie die gleiche Materie betreffen. Ihre Kommission hat sich über alle einzelnen Posten eingehend Auskunft erteilen lassen. Es entspricht der Natur der Sache, dass sich nicht alle Einzelheiten für die Bekanntgabe in der Oeffentlichkeit eignen. Doch kann ich zu den Posten I*a*, *b* und *c* feststellen, dass es sich zum grössten Teil um die nötige Anschaffung von Rohmaterial für im Inland herzustellende Kanonen verschiedener Art handelt.

Ein Teil des Kredites I*b* dient zur Erstellung einer Kaserne und eines Verwaltungsgebäudes in Dübendorf, deren Notwendigkeit und Dringlichkeit zuerst etwas in Zweifel gesetzt, dann aber nachgewiesen worden ist. Soeben hat mir auch Herr Kollega Klöti noch bestätigt, dass nach einem neuerlichen Augenschein die Dringlichkeit dieser Baute absolut zu bejahen ist.

Beim Posten I*c* haben wir festgestellt, dass er in den bisher bewilligten 52 Millionen für Befestigungsbauten nicht untergebracht werden kann.

Ueber die Posten I*d*, *e* und *f* geben schon die Ueberschriften über die Kredite Auskunft. Sie sind bestimmt für die infolge der Aenderung in der Bewaffnung nötigen Reserven an Munition und Kleidern und allerhand Ausrüstung, sowie einige unerlässliche Neuanschaffungen, wie Tarnnetze, chirurgische Instrumente und Traktoren für die motorisierten Batterien.

Der Posten I*g* betrifft den Gasschutzdienst, das Pulvermagazin Wimmis und die innere Einrichtung der geplanten Montagehalle in Emmen.

Der grosse Posten I*h* ist bestimmt für den Bau der Montagehalle Emmen, sodann für Benzintanks und endlich für eine Kaserne für leichte Truppen bei Thun.

Im ganzen betragen die zur Weiterführung des im Gange befindlichen Planes zur Landesverteidigung dringend benötigten Kredite 15,3 Millionen. Wir haben die Möglichkeit einer Reduktion geprüft, mussten uns aber von der Dringlichkeit und Notwendigkeit aller Posten überzeugen lassen.

Im Anschluss erlaube ich mir noch einige Feststellungen über den Stand der Wehrbereitschaft, zur Ergänzung der Ausführungen, die Herr Bundesrat Obrecht soeben bei der Eintretensdebatte gemacht hat, sowie vielleicht auch zur etwelchen Beruhigung der aufgeregten öffentlichen Meinung:

1. Der Kredit für Ergänzung der Bewaffnung und Ausrüstung der Armee, gemäss Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1933, im Betrag von 83 Millionen, ist für diesen ganzen Betrag ausgegeben oder engagiert. 53 Millionen sind ausgegeben, der Rest ist engagiert.

2. Der Kredit zur Verstärkung der Landesverteidigung gemäss Bundesbeschlüssen vom 11. Juni 1936, 28. Oktober 1937 und 23. Juni 1938 im Betrag von 335 Millionen ist bis heute engagiert für 262 Millionen. Bereits ausgegeben sind rund 80 Millionen.

3. Es ist bekannt, dass wir in der Schweiz über die meisten Rohmaterialien zur Herstellung der Bewaffnung und Ausrüstung der Armee leider nicht verfügen, insbesondere nicht über Eisen, Stahl, Blei, Zink, Messing, Kupfer, Gummi, keramisches Material, Wolle, Baumwolle, Sinters, Oele, Benzin und Kohle. Für diese Rohmaterialien sind wir auf das Ausland angewiesen.

4. Sind wir für gewisse Halbfabrikate und Fertigfabrikate, für die wir in der Schweiz die nötigen Einrichtungen nicht oder noch nicht besitzen, zur Zeit oder noch für längere Zeit ebenfalls auf das Ausland angewiesen. Ich nenne bloss die Flugzeuge, Panzertürme, Panzerplatten und Panzerwagen, ferner Kommandogeräte, die Aussenbordmotoren, Pressluftwerkzeuge, die grossen Telemeter, Spezial-Beobachter-Fernrohre und Bestandteile zu Fliegerabwehrscheinwerfern. Bei einzelnen dieser ausländischen Fabrikate oder Halbfabrikate sind Bestrebungen im Gange, sie im Inlande zu fabrizieren, so bekanntlich für die Flugzeuge.

5. Ist zu sagen, dass wir auch noch in anderer Beziehung vom Ausland abhängig sind. Die Waffen und Ausrüstungsgegenstände aller Art beruhen vielfach auf Patenten, die sich natürlich meistens in Händen ausländischer Patentinhaber befinden. Das macht den Bezug von Fabrikationslizenzen aus dem Auslande nötig, wenn wir im eigenen Lande fabrizieren wollen. Diese Tatsache, in Verbindung mit dem Nichtvorkommen der nötigen Rohmaterialien, hat eben zur Folge gehabt, dass die grössten Kriegsmaterialfabriken sich nicht in der Schweiz befinden, sondern in Deutschland, Frankreich, England, Italien, Schweden und in der Tschechoslowakei. Die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Rohmaterialien und zum Teil Kriegsmaterial ist ein Faktor, der die Aufrüstung gewaltig verzögert und verteuert. Indessen suchen unsere Behörden so weit als möglich unser Land vom Ausland in dieser Beziehung unabhängiger zu machen. So werden heute schon in der Schweiz folgende

Waffen neu hergestellt: Minenwerfer, Infanteriekanonen, Gebirgsgeschütze, Motorkanonen 10,5 cm, Fliegerabwehrkanonen, Flugzeug- und Tankwaffen, ferner Richt- und Messinstrumente, wie Telemeter mit 80 cm Basis, Rundblickfernrohre, Zielfernrohre, Batterieinstrumente, Messdreiecke für die Mitrailleure, diverse optische Zubehörteile zu Richtaufsätzen; sodann Geniematerial, wie Seilbahnen, Leichtmetallpontons und Geländefahrzeuge; Flugzeugmaterial, wie Metallpropeller, Räder mit Bremsen, Navigations- und Blindfluginstrumente. Sie sehen, dass sich in der Schweiz eine Art Rüstungsindustrie zu entwickeln beginnt. Neben der geplanten Montagehalle des Bundes in Emmen wird zur Zeit die Möglichkeit studiert, an einem andern günstigen Standort der Innerschweiz eine private schweizerische Flugzeugfabrik zu gründen und es besteht, wie ich vernommen habe, Aussicht, dass sie zustande komme. Vielleicht erleben wir es dann in einer viel späteren Zeit wieder einmal, dass eine Initiative in Fluss kommt mit dem Zwecke, die Fabrikation von Kriegsmaterial auf unserer Friedensinsel zu verbieten. Doch heute geht der andere Wind.

Trotz den Anfängen einer eigenen Rüstungsindustrie in der Schweiz sind wir also für die Bewaffnung und Ausrüstung heute noch weitgehend vom Auslande abhängig. Immerhin haben wir aber doch erreicht, dass ungefähr 85 % der Wehranleihe und ungefähr 90 % des Kriegsmaterialbudgets sich in Inlandaufträge auflösen. Doch können wir auch im Inland nichts aus dem Boden stampfen. Die Rüstungsfanatiker vergessen wohl allzu oft, dass auch im Auslande überall fieberhaft aufgerüstet wird, und dass wir Schweizer keinen Anspruch darauf erheben oder gar durchsetzen können, immer in erster Linie bedient zu werden. Da geht es keineswegs nach dem Grundsatz: Ich komme, bestelle und beziehe! Lange, sehr lange Lieferfristen werden ausbedungen und müssen angenommen werden. Der Hirtenknabe muss warten. So ist es ganz natürlich, dass die Aufrüstung nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann, sondern viel Zeit beansprucht, nicht nur in der Schweiz, sondern überall.

Gerade im Anschluss an diese Feststellung gestatte ich mir persönlich noch einige Bemerkungen zu machen für die Oeffentlichkeit und besonders auch für die Ungeduldigen und Uebereifrigen und wohl auch Ueberängstlichen, denen die Rüstung nicht schnell genug geht, und die im September eine Mobilmachung der ganzen Armee und die Wahl des Generals verlangt haben. Auch für die militärische Rüstung gilt eben der Satz: Ultra posse nemo tenetur. Unsere Mittel sind beschränkt, was nicht hindert, dass wir die uns überhaupt mögliche höchste Leistung zu vollbringen verpflichtet sind. Sodann aber ist festzustellen, dass unsere verantwortlichen Behörden seit 1934 in aller Ruhe und Stille ihre Pflicht auf dem Gebiete der Landesverteidigung erfüllt haben. Die Militärausgaben unseres Landes in den fünf Jahren 1934—1938 werden 600 Millionen Franken übersteigen. Davon werden rund 470 Millionen Franken auf die Verwaltungsrechnung fallen, während 150 Millionen Franken zusätzliche Ausgaben sind. Dabei sind die Ausgaben aus dem 1933er 82-Millionen-Kredit nur mit den wirklich ausgegebenen 55 Millionen Franken, die aus dem 335-Millionen-Wehranleihen nur mit den wirklich ausgegebenen rund 80 Millionen gerechnet. Zu den genannten 150 Millionen Franken zusätzlichen Militärausgaben kommen also aus diesen beiden Krediten noch weitere zur Verfügung stehende 272 Millionen Franken hinzu, die zum Teil wohl engagiert, aber noch nicht ausgegeben sind. Das ergibt zusammen ungefähr eine Verdoppelung der Ausgaben der Verwaltungsrechnung oder mehr, wenn man die noch nicht engagierten, aber bewilligten Kredite dazu rechnet. Um das mit andern Worten statt mit Zahlen zu sagen: Unsere Aufrüstung ist seit 1934 ununterbrochen im Gang. Die Ausgaben dazu wurden mehr als verdoppelt, wenn man die nicht aufgebrauchten Kredite dazu rechnet. Das Budget wurde von rund 90 Millionen Franken im Jahre 1934 auf rund 135 bis 140 Millionen Franken im Jahre 1939 erhöht. Dazu kann festgestellt werden, dass die neue Truppenordnung mit ihrer völligen Neuordnung des Heeres nach jahrelanger sorgfältiger Vorbereitung auf den 1. Januar 1938 in Kraft gesetzt wurde und bald ein Jahr lang praktisch mit gutem Erfolg auf die Probe gestellt werden konnte. Ueberdies ist der Grenzschutz organisiert worden. Seit Jahresanfang ist die definitive Organisation in Kraft. Der Grenzschutz ist innert kürzester Frist einsatzbereit. Die Mobilmachung der Feldarmee ist neu organisiert worden, derart, dass sie in noch kürzerer Zeit als bisher durchgeführt werden kann. Im Landesinnern sind im Zusammenhang mit der neuen Organisation der Mobilmachung neue Korpssammelplätze geschaffen und eine Reihe neuer Zeughäuser gebaut worden. Die Mobilmachung der Motorfahrzeuge ist zur Zeit in der Umorganisation begriffen, womit dann die ganze Mobilmachung im Sinn der Beschleunigung reorganisiert sein wird. Auf dem Gebiete der Ausbildung sind 1936 die Rekrutenschulen verlängert worden, in diesem Jahre die Wiederholungskurse. Ferner sind besondere Kurse für die sämtlichen bei den Grenztruppen neu eingeteilten Landwehrmänner und solche für die bei der Territorialtruppe neu eingeteilten Wehrmänner der Landwehr und des Landsturmes, sowie für die Offiziere des Territorialdienstes und des Landsturmes vorgesehen. Die bessere Ausbildung der Fliegertruppen und Fliegerabwehrtruppen ist in vollem Gange. Neben der Neuorganisation der Spezialtruppen des Landsturmes ist ferner eine gewaltige Ausdehnung in der Hilfsdienstpflicht vorgesehen, die alle Männer bis zum Alter von 60 Jahren und für gewisse Dienste sogar taugliche Frauen nicht verschonen wird. Unter Umständen werden sogar auch kommunale und selbst private Betriebe zur Anschaffung von Fliegerabwehrgeschützen verhalten werden. Ein neues Gesetz über die Ausdehnung der Hilfsdienstpflicht soll uns in den nächsten Wochen zugehen. Eine weitere Verlängerung der Rekrutenschulen, sowie der Offiziersschulen für die Infanterie, die Radfahrer und die motorisierten Kampftruppen steht sehr wahrscheinlich bevor, ebenso eine Umgestaltung der obersten Armeeleitung. An Grenzbefestigungen sind mehrere hundert armierte Sperrforts an allen Grenzen errichtet worden, meist im natürlichen Fels. Die Bestückung ist zum grössten Teil schon vollzogen,

vorhandene Lücken werden in kurzer Zeit ausgefüllt sein. All' das ist in aller Stille in der letzten Zeit geschaffen worden. Jede Grenz- und Gebirgsbrigade soll inskünftig durch Erhöhung der Zahl der freiwilligen Grenzschutzkompagnien auf 14 zu etwas über 200 Mann pro Kompagnie eine eigene Grenzschutzkompagnie erhalten. Hinter der Grenzbefestigung erster Linie soll eine eigentliche Landesbefestigung als zweite Linie geschaffen werden. Daneben werden die Munitionsbestände und Materialreserven unaufhörlich geäufnet. Die vorgesehene Zahl leichter und schwerer Maschinengewehre ist in der Hauptsache vorhanden, ebenso die Minenwerfer, die Gebirgskanonen und — beinahe — die Infanteriekanonen. Die Produktion der 10,5-Zentimeter-Kanonen ist im Gange, ebenso die Bestellung einer grösseren Zahl von Flugzeugen und Fliegerabwehrgeschützen. Auch das neue Pontoniermaterial, sowie die nötigen Bestände an Gasmasken für die ganze Armee sind vorhanden. Die Zivilbevölkerung kann ein geeignetes Gasmaskenmodell nun überall in Spezialgeschäften kaufen.

Neue Vorschriften werden alsdann Auskunft geben müssen darüber, woher unser kleines Land neben dem Leutebedarf der hintern Linien die Kämpfer der vordern Linien zur Bedienung und Handhabung der verschiedenen Gewehre (leichte und schwere Maschinengewehre), Minenwerfer, Infanterie-, Gebirgs- sowie schwere Kanonen, Flugzeuge und Fliegerabwehrgeschütze, der verschiedenen Fuhrwerke aller Art, sowie der Pontoniergeräte und des Sanitätsmaterials usw. in genügender Zahl hernehmen will? Denn schliesslich ist es mit einer noch so grossen Aeufnung von Material nicht getan, auch mit 20,000 schweren Maschinengewehren und mit 1000 Flugzeugen nicht, wenn nicht die genügende Zahl kampfgewillter und kampfgeübter Männer dabei steht. Die Rekrutierung einer genügenden Zahl von Kämpfern, besonders auch Fliegern mit Einrechnung genügender Reserven, wird neben dem Ausbau der Grenzbefestigungen, der Schaffung einer innern Landesbefestigungslinie, der Vermehrung der Zahl der Flugzeuge und der schweren Artillerie sowie der Verstärkung der Flieger- und Tankabwehr die Hauptaufgabe sein für unsere Militärbehörden.

Es bleibt die bange Frage, ob unser Land imstande ist, dem ganzen Arsenal modernster Waffen, das die grossen Waffenfabriken der Welt immer mehr in riesenhaft gesteigerter Produktion auf den Markt bringen, die nötige Zahl kampftauglicher und geübter Menschen beizustellen und ob nicht derjenige Oberstdivisionär grundsätzlich recht hatte, der die Beschränkung auf wenige wirkungsvollste Waffen und die Umstellung des heutigen kombinierten Infanterie-Heeres auf eine neue mehr einheitliche Armee auf der Grundlage von schweren Maschinengewehren und Flugzeugen empfohlen hat, wobei also der grosse Haufe der Soldaten, der heute ein Infanteriegewehr zu bedienen hat, in erster Linie in den Dienst schwerer Maschinengewehre gestellt würde. Die lange Zeit als ketzerisch verschrieene Idee ist nach meiner Ueberzeugung nicht begraben; doch steht sie heute nicht in Diskussion.

Ich wollte Ihnen bloss eine Skizze geben von dem derzeitigen Stand der Landesverteidigung. Der Ueberblick über das schon Erreichte zeigt uns, wo es noch fehlt und dass unser ganzes Volk zu einer ganz gewaltigen Kraftanstrengung aufgerufen werden muss, will es seine Unabhängigkeit bewahren.

Der verlangte Kredit von 15,3 Millionen bildet nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Finanzbedarf der Landesverteidigung. Nachdem wir den Gesamtkredit Posten für Posten geprüft haben, namentlich auch, wie schon gesagt, auf die Möglichkeit einer Reduktion, empfehlen wir einstimmig Genehmigung des Kredites von 15,3 Millionen Franken.

Zum Schlusse möchte ich angesichts einer etwas beunruhigten öffentlichen Meinung feststellen und zwar rein persönlich, nicht etwa im Namen der Kommission — wir haben darüber nicht gesprochen — dass nach meiner Ueberzeugung der Bundesrat in den letzten Jahren für die Wehrbereitschaft getan hat, was angesichts der jeweiligen internationalen Situation nötig war. Man darf, wenn man rückwärts liegende Taten und Unterlassungen objektiv beurteilen will, auch hier nicht ex nunc, man muss ex tunc urteilen. Und wenn nun erwidert wird, das Urteil ex nunc verlange nun wenigstens für heute eine viel raschere Aufrüstung, so sage ich: die eifrigsten Wiederaufrüstungsfreunde können alle Wände hinaufspringen, es nützt ihnen nichts, sie werden auch nicht eine einzige der wertvollen Kriegsmaschinen mehr oder früher erhalten. Auch die zur Bedienung all' der Kriegsmaschinen nötigen Mannschaften kann niemand aus dem Boden stampfen. Wenn eine spätere Generation von uns Rechenschaft verlangt über das, was wir jetzt schaffen, so dürfen wir mit ruhigem Gewissen sagen: Wir haben das, was in unserer Möglichkeit lag, getan. Ich will dazu noch beifügen, dass nach meiner Ueberzeugung der Bundesrat Ende September dieses Jahres dem Lande einen Dienst dadurch erwiesen hat, dass er seine Nerven beherrscht und keine Mobilmachung angeordnet hat. Er tat das nicht, weil er, wie man ihm etwa vorgeworfen hat, auf den Frieden spekulierte, sondern weil er die internationale Situation auf Grund der ihm zugekommenen zuverlässigen Meldungen und auch auf Grund eigener Beobachtungen ruhig und richtig beurteilt hat.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziff. II.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Ch. II.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Zum Kreditartikel II habe ich nur wenige Bemerkungen zu machen. Dieser Kredit hat am wenigsten zu sprechen gegeben. Sie wissen, dass in diesem Jahre das Gesetz über die Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern in Kraft getreten ist, das wohl die rechtlichen Grundlagen und Kompetenzen festsetzt, aber die Krediterteilung der Bundesversammlung vorbehält. Der Bundesrat schätzt die nötigen Kredite auf 40 Millionen, wovon nun der erste Viertel angefordert

wird, in der Hauptsache für Benzin, Tankanlagen und die Anlage von Hafervorräten. Die Tankanlagen sollen auf Kosten des Bundes, teils auf Rechnung des Militärdepartementes (Armeebedarf) und teils auf Rechnung des Volkswirtschaftsdepartementes (Volksbedarf) errichtet und den Importeuren zur Verfügung gestellt werden. Das Benzin selber wird von den Importeuren angeschafft und ausgewechselt. Sie übernehmen auch die Transportkosten. Die einen schlugen vor, die Tanks in die Felsen einzubauen, die andern, sie in den Wäldern etwas zu verteilen, wieder andere wollten Schwimmtanks errichten und sie in den Seen versenken. Herr Duttweiler hat einen solchen Tank selbst erstellt, der aber noch nicht in die Tiefe gehen wollte. Die Professoren der Eidg. Technischen Hochschule begutachten diese Sache verschieden. Man wird nun die Versuche erneuern mit einem noch grösseren Tank. Die Frage wird bald abgeklärt sein; im Frühjahr soll mit dem Bau begonnen werden. Ab 1. Mai 1939 müssen die Importeure auf ihre Rechnung mit der verstärkten Einfuhr einsetzen, darum will der Bundesrat jetzt Baukredite haben. Ueber die zur Zeit noch umstrittene Grösse des Benzintanks kann ich heute weitere Einzelheiten nicht mitteilen.

Ein Restbetrag des 10 Millionenkredites in einem der Kommission nicht bekanntgegebenen Betrage wird zur Lagerung von 2 Millionen Büchsen Fleischkonserven verwendet werden, zu welchem Zwecke der Viehbestand durch umfangreiche Schlachtungen reduziert werden soll, eine Folge der grossen Milchschwemme, der nun wieder, nachdem sie grossgezogen worden ist, abgeholfen werden muss. Dieser Fleischkonservenkredit hat wohl mit uns fehlenden lebenswichtigen Gütern nichts zu tun, da ja der Viehbestand allzu gross ist. Und doch wurde auch dieser Kredit in der Kommission nicht beanstandet, trotzdem er mehr mit der Bekämpfung der Milchschwemme zusammenhängt und also eigentlich ebensosehr auf das Konto Agrarpolitik gehört. Wir wollen abwarten, wie lange es geht, bis die 2 Millionen Büchsen Fleischkonserven wieder durch lebendes Vieh ersetzt sind unter dem gegenwärtigen System.

Mit Bezug auf die Kohlen möchte ich sagen, dass ihre derzeitige starke und regelmässige Einfuhr aus Deutschland durch den Reisevorschusskonto des Finanzdepartementes finanziert wird.

Damit empfehle ich Ihnen Genehmigung des Kredites unter II von 10 Millionen Fr.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziff III.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Ch. III.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Dieser gesamte Kredit von 42 Millionen steht unter dem Titel „Zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung". Auch hier sind Bedenken geäussert und Fragen gestellt worden: Wann hört diese künstliche Belebung der Wirtschaft endlich auf? Die Erfahrungen in andern Ländern und bei uns mit staatlich unterstützter Arbeitsbeschaffung seien sehr fragwürdig. In der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werde dem Bauwesen ein zu grosser Raum, dem Export zu wenig Platz gegeben, da sei schliesslich die Arbeitsbeschaffung durch massive Aufrüstung noch vorzuziehen. Die an einem Ort durch staatliche Bausubventionen vermehrte Kaufkraft werde einfach an andern Orten weggenommen. Wo solle das auf der schiefen Ebene enden, besonders da hier, bei der „kleinen Vorlage", keine Finanzierung vorgesehen sei? — So etwa lauteten die vorgetragenen Bedenken. Von anderer Seite wurde betont, dass gerade die staatlichen Arbeitsbeschaffungskredite neben denjenigen für die Landesverteidigung die wichtigsten in dieser Vorlage und der staatlichen Hilfe überhaupt seien.

Ich persönlich bin nie ein besonderer Freund der künstlichen Arbeitsbeschaffung gewesen, namentlich nicht in der Form von Notstandsarbeiten. Ich gestehe offen, dass ich ordentlich Schluckweh bekomme, wenn ich diese Kredite befürworten soll. Darum habe ich Herrn Bundesrat Obrecht ersucht, diese Kredite besser zu verteidigen, als ich es vermöchte. Damit er einige Gegenargumente habe, die er bekämpfen kann, will ich meine Bedenken in einigen Sätzen zusammenfassen.

Erstens finde ich im Gutachten Grimm-Rothpletz vom Jahre 1934, das ich sonst lange nicht in allen Teilen unterschreiben möchte, folgende Gedanken:

1. (Seite 66) „Wo ein Volk sich in einer Notlage befindet und nicht hoffen darf, dass sich diese Lage bald ändere, muss es sich den gegebenen Bedürfnissen anpassen und auf manche ihm sonst lieb gewordenen Gewohnheiten verzichten." — Das gleiche habe ich bei Begutachtung des Auswanderungsproblems fast wörtlich auch gesagt, unabhängig vom Gutachten.

2. „Der Arbeitsbeschaffung im Inland sind Grenzen gezogen. Diese beschränkten Möglichkeiten müssen bei der Krisenbekämpfung berücksichtigt werden" (Seiten 24 ff. und 71 ff. des Gutachtens Grimm-Rothpletz).

3. „Die Notstandsarbeiten als Mittel zur Krisenbekämpfung folgen erst in dritter Linie, wenn die ändern Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten erschöpft sind" (Seite 61).

Abgesehen vom Gutachten Grimm-Rothpletz berufe ich mich besonders auch auf die Erfahrungen des Vorgängers von Herrn Bundesrat Obrecht, auf Herrn alt Bundesrat Schulthess, welche Erfahrungen er uns in diesem Saale so oft und so lebhaft auseinandergesetzt hat. Sie lauten, in wenigen Sätzen zusammengefasst wie folgt:

„Die teuerste Art der Arbeitslosenfürsorge ist die der Ausführung sogenannter Notstandsarbeiten. Ich habe seinerzeit Berechnungen gemacht. Der Arbeitslose kostet die Oeffentlichkeit, wenn er in solchen Notstandsarbeiten beschäftigt wird, 4—6mal mehr als im Falle der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung. Gewiss ist zuzugeben, dass moralisch die effektive Zuweisung von Arbeit bei weitem vorzuziehen und dass bis zu einem gewissen Grad die Subventionierung von Notstandsarbeiten nötig ist, speziell um solchen, die lange arbeitslos waren, wieder wirkliche Arbeit zuzuweisen. Allein diese Notstandsarbeiten bestehen fast ausschliesslich in

Bauarbeiten, und es liegt auf der Hand, dass sie nur für eine beschränkte Zahl von Arbeitslosen geeignet sind. Für Bureauangestellte, ältere und schwächere Leute sind Bauarbeiten nichts. Dazu kommt, dass bei uns die meisten dieser Notstandsarbeiten als unproduktiv bezeichnet werden müssen. Unser Land ist ausgebaut, es hat genug Strassen und Elektrizitätswerke und auch genug Wohnungen. Besteht bereits ein Ueberangebot bei Wohnungen, so wirkt die Unterstützung von Wohnungsbauten geradezu verheerend. Sie drückt weiter auf die Mietpreise, ruiniert den Wohnungsmarkt und führt indirekt zu Kapitalverlusten. Die direkte Subventionierung von Bauten durch den Bund hat zur Folge, dass gewisse Bauarbeiten vorweggenommen werden und dann später für die ordentliche Entwicklung und Beschäftigung nicht mehr zur Verfügung stehen. Wie soll sich der Beschäftigungsgrad des Bauhandwerks und der Bauindustrie, die mit einem grossen Maschinenpark ausgestattet ist, normal entwickeln und wieder aufsteigen können, wenn der Staat Wohnungen in Anticipation ausführt, und wie soll die private Bautätigkeit neben der subventionierten überhaupt bestehen können? Dazu kommt, dass die Ausgaben des Staates von der Wirtschaft verzinst und amortisiert werden müssen und diese in irgendeiner Form wieder belasten. Einzelne Notstandsarbeiten sind auch als solche diskutabel oder irrationell. Ich erinnere an die Alpenstrassen, die nur in der bessern Saison ausgeführt werden können, wenn die Zahl der Arbeitslosen ohnehin geringer ist und für welche namentlich Angehörige der Alpenkantone verwendet werden. Man jubelte im Frühjahr über den Rückgang der Arbeitslosen im Baugewerbe. Soweit es auf die günstige Witterung im März zurückzuführen ist, wird der Bautätigkeit wohl gegen den Herbst der Atem wieder früher ausgehen. Soweit aber eine Vermehrung der Bauten eintritt, so nimmt man dem Baugewerbe die natürliche Beschäftigung vorweg. Ueberdies erfordert die Subventionierung grosse Mittel. Eine solche Politik, die über Schwierigkeiten des Augenblicks vielleicht hinwegzuhelfen vermag, muss sich auf die Länge an der Arbeiterschaft selbst notwendigerweise rächen, denn auch das Baubedürfnis der Bevölkerung ist eine relativ feste Grösse, die nicht beliebig gesteigert werden kann. Die Schweiz sollte nicht das Vorgehen anderer Staaten nachahmen wollen. Man muss also, wenn man sparen will, insbesondere die Ausführung von Notstandsarbeiten zurückbinden."

So Herr alt Bundesrat Schulthess. Herr Bundesrat Obrecht hat in der Kommission erklärt, es sei eine Degression dieser Notstandsarbeiten vorgesehen, und der Bundesrat sei bestrebt, aus der Situation herauszukommen, nur sei das weder rasch noch leicht möglich. Im übrigen verweise ich auf die grosse Botschaft vom 7. Juni 1938 (Seiten 24 ff.), ferner auf die kleine Botschaft vom 9. September 1938 (Seiten 4 ff.).

Dass es sich um die Fortsetzung einer bereits begonnenen Aktion handelt, die nicht plötzlich abgebrochen werden kann, muss zugegeben werden. Ich habe daher davon abgesehen, einen Antrag auf Abänderung oder Reduktion des Kredites von 35 Millionen zu stellen. Aber ich mache hier besonders in bezug auf die Arbeitsbeschaffungskredite in der grossen Vorlage einen Vorbehalt und setze als selbstverständlich voraus, dass auch die 35 Millionen nach der Reihenfolge des volkswirtschaftlichen Maximalnutzens, also vom Standpunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sowie vom Standpunkt der genau zu prüfenden Notwendigkeit und Zweckmässigkeit aus gesehen, verwendet werden. Ich persönlich rechne keineswegs zu den dringlichsten Bedürfnissen, die einer finanziellen Bundesunterstützung bedürfen, diejenigen der sogenannten Kurbädererneuerung, die in ihren Konsequenzen ins Uferlose führen können und werden. Denn alle andern Erwerbszweige werden dann die staatliche Finanzhilfe unter Berufung auf diese Kurbädererneuerung auch anrufen und Sonntagsversammlungen abhalten. Die sogenannte Hotelerneuerung zählt übrigens heute schon etwas zu dem Aufgabenkreis der Hoteltreuhandgesellschaft, die in Verbindung mit der Sanierung schon manche Erneuerung hat durchführen helfen. Die Hoteltreuhandgesellschaft mit ihrer vorsichtigen und sparsamen Verwendung der Bundesgelder, die sie in der Hauptsache nicht à fonds perdu, sondern als Darlehen, meistens noch grundpfändlich sichergestellt, hingibt (von den Darlehen der ersten Hotelhilfsaktion sind fast die Hälfte wieder an den Bund zurückgeflossen). Diese Organisation des Bundes mit ihrer Darlehensaktion wird hinfällig, wenn daneben noch eine Hotelreparatur-Aktion mit Bundessubventionen à fonds perdu aufgezogen werden sollte. Ich weiss nicht, ob das wirklich beabsichtigt wird. Die Andeutungen in der Botschaft sind nicht klar. Aber wenn das geschehen sollte, dann bitte ich, soll der Bund nur gleich alle die Forderungen seines Finanzdepartementes aus Amortisationshypotheken und ebenso diejenigen der Hoteltreuhandgesellschaft, die ja mit dem Bunde identisch ist, abschreiben. Das macht dann auch wieder einige Millionen aus.

Wo soll übrigens eine allfällige Hotelreparatur-Aktion ihre Grenze finden? Was kann der Bund den andern Erwerbszweigen, vor allem zunächst den zahllosen reparatur- und hilfsbedürftigen Wirtschaften unseres Landes, besonders auch denjenigen, die dem Fremdenverkehr irgendwie dienen, antworten, wenn sie nachher gleiches Recht wie die reparierten Hotels verlangen? Und während die Hoteltreuhandgesellschaft auf einem Bundesbeschluss beruht, soll dann die ganze Hotelreparatur-Aktion auf einer Kreditbewilligung aufgebaut und im übrigen einfach dem Bundesrat überlassen werden?

Diese wenigen Streiflichter zeigen uns übrigens, welche Konsequenzen solche Krediterteilungen, wie sie in der Arbeitsbeschaffungsvorlage enthalten sind, verbunden mit Blankovollmacht an den Bundesrat haben können. Sie können mit bisherigen im ordentlichen Verfahren, insbesondere im Budgetverfahren bewilligten Aktionen des Bundes, auch mit seinen Sparaktionen, in Widerspruch geraten, abgesehen davon, dass sie die Rechte des Parlamentes für wichtige Gebiete ausschalten. Darum ist hier, bei der Vollziehung grosse Vorsicht geboten. Ich nehme an, dass sowohl die Kurbäder-Erneuerung wie die Hotelreparatur-Aktion nicht unter den vorliegenden Kredit von 35 Millionen fallen, sondern dass wir beides bei der Prüfung der grossen Vorlage gründlich auf die Notwendigkeit und Unerlässlichkeit, Nutzen und Dringlichkeit prüfen können.

Ich will Ihnen zum Schluss ein kleines Erlebnis erzählen. Ich war diesen Sommer im schönen Unterengadin in der Kur, als plötzlich, wie das „Mädchen aus der Fremde", eine eidgenössische ausserparlamentarische Kommission erschien und die Badbesitzer fragte, welches denn ihre Wünsche seien; es gebe nun bald Geld zu verteilen. Einzig der Wirt im Val Sinestra sagte, er habe weiter keine Wünsche, alles sei bei ihm in Ordnung; er sei zufrieden, wenn man ihm den Verkauf seiner Radioprodukte freigebe. Die andern aber riefen eine Versammlung zusammen, mit einem gewissen Lächeln — sie haben mich ja oft gesehen und mit mir offen darüber gesprochen — und liessen ein Verzeichnis der Wünsche beschliessen: einige neue Bäder, eine neue Trinkhalle — von der manche der eingeweihten Stammgäste sagten, sie wäre nicht nötig —, ferner neue Kurwasserleitungen. Die Kurgäste, die von der Sache erfuhren, hatten nicht den Eindruck, dass es sich dabei um höchst dringliche Aufgaben handle. Bei mir überwog die Meinung, dass da mit Herbeiziehung von stark referendumspolitischen Erwägungen gearbeitet werde. Ich habe volles Verständnis für die Kurbäder und für das Gastwirtschaftsgewerbe überhaupt; aber ich bezweifle stark, ob mit solchen Hilfsaktionen die Lage dauernd verbessert werden könne, was im Interesse des ganzen Landes so dringend erwünscht ist und auch mir am Herzen liegt. Die Lage unserer Hotellerie hängt in der Hauptsache von ganz anderen Faktoren ab.

Da es sich indessen um die Fortsetzung einer schon begonnenen Aktion handelt, die nicht plötzlich vor dem Winter abgebrochen werden kann, sehe ich, wie gesagt, trotz meiner Bedenken von der Stellung eines Streichungs- oder Reduktionsantrages ab, überlasse es aber gern Herrn Bundesrat Obrecht, sowie Herrn Ständerat Klöti, der ja seine Notizen schon gemacht hat, und den andern Freunden der staatlichen Hilfsaktionen, wie sie sich damit auseinandersetzen wollen. Die kritischen Bedenken, die ich vorgetragen habe, sind persönlicher Art und werden namentlich bei der grossen Vorlage zur Geltung gelangen.

Mit diesen Worten habe ich zu melden, dass die Kommission ohne Gegenantrag Genehmigung des Kredites von 35 Millionen Franken zu empfehlen beschlossen hat.

Klöti: Ich will Sie nicht lange hinhalten; denn die Kommission ist ja einstimmig in der Befürwortung des Kredites unter III*c*. Aber die Ausführungen des Herrn Kollega Keller eröffnen derart ungünstige Perspektiven für die grosse Vorlage, dass ich doch heute schon einige wenige Bemerkungen anbringen möchte.

Es ist in der Kommission nicht nur von Herrn Keller, sondern auch von Herrn Malche ausgeführt worden, man habe sich früher über den Einfluss der grossen Bauarbeiten auf die Wirtschaft Illusionen gemacht und eine dauernde Besserung der Wirtschaftslage könne die kürzlich vom Staat angetriebene Arbeit nicht erreicht werden. Diese Arbeiten bedeuten nicht eine Bereicherung der Wirtschaft, sondern lediglich eine Umlagerung. Man ist bei der Würdigung solcher Kritiken in einer schwierigen Lage, weil sie zu allgemein gehalten sind. Aber wer die Berichte des internationalen Arbeitsamtes über die Arbeitsbeschaffung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchsieht — es sind ihrer im Laufe der letzten Jahre ja mehrere herausgekommen — der sieht, wie in allen Ländern, in England, Amerika, Schweden und so weiter, derartige Massnahmen seit bald zehn Jahren immer wieder und mit bemerkenswertem Erfolge durchgeführt wurden. Auch von Wissenschaftern, wie Keynes werden sie als wertvolle Leistungen beurteilt. Die Anordnung der Notstandsarbeiten und die Förderung der privaten Tätigkeit, die darnieder liegt, durch staatliche Mittel liegt im Interesse der Wirtschaft. Natürlich fällt es niemandem ein, zu behaupten, dass durch diese Massnahmen eine dauernde Besserung der Lage herbeigeführt werde; es sind temporäre Massnahmen, die sozusagen nur die Konjunkturtäler ausfüllen sollen. Wenn gewisse Herren erklären, man hätte auch bei uns schlechte Erfahrungen gemacht, so muss ich erwidern, dass die Kritiker sich vielleicht doch zu wenig vorstellen, wie die Arbeitslosigkeit sich entwickelt hätte, wenn nicht Kantone, Bund und Gemeinden sich bestrebt hätten, durch Ausführung von Arbeiten, die zwar im Momente nicht unbedingt nötig, aber doch nützlich waren und im Laufe der Jahre auf alle Fälle hätten ausgeführt werden müssen, eine Entlastung zu bewirken. Darüber ist man sich in Wissenschaft und Praxis einig, dass solche Massnahmen notwendig sind; und wenn Sie damit die enorme Summe vergleichen, die man sonst für die Unterstützung der Arbeitslosen benötigt hätte, so müssen Sie sich sagen, dass man mit der Arbeitsbeschaffung auf die Dauer auch rein wirtschaftlich besser fährt als mit dem blossen System der Arbeitslosenunterstützung. Aber da muss man immer wieder sagen: Es ist bedauerlich, dass wir in unserer heutigen kapitalistischen Periode solche Probleme allzu sehr vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachten, und nicht auch vom allgemein menschlichen und moralischen. Darüber sind wir ja doch alle einig, dass Arbeitslose, die jahrelang feiern müssen, moralisch zermürbt werden, und dass auch ihre berufliche Tüchtigkeit durch die lange Entwöhnungszeit vermindert wird. Bei Escher, Wyss & Co. in Zürich und andern Firmen musste man feststellen, dass Arbeiter, die ein paar Jahre arbeitslos gewesen waren, nicht mehr die frühere Fertigkeit besassen und daher durch ältere Arbeiter wieder angelernt werden mussten. Ich will aber von dieser beruflichen Seite gar nicht sprechen, sondern von der moralischen. Wenn Zehntausende von Menschen jahrelang arbeitslos sind, kommen sie in einen Zustand der Verzweiflung und es sind soziale Erschütterungen zu befürchten. Deshalb hat man auch in Amerika gewaltige Anstrengungen gemacht, um solche Erschütterungen zu vermeiden und man hatte auch Erfolg damit. In Amerika hätte man nicht mehr lange zuwarten können und die sozialen Erschütterungen wären nicht in erster Linie von der Arbeiterseite her gekommen, sondern von der Seite der Farmer. Wir müssen eben neben den wirtschaftlichen Argumenten, die an sich schon allein genügen können, um solche temporäre Massnahmen zu begründen, auch die moralischen, sozialen und staatspolitischen Erwägungen in die Waagschale legen, wenn wir die ganze Bedeutung

der Massnahmen für die Kultur des Landes ins Auge fassen wollen.

Meines Erachtens ist das Gutachten Grimm-Rothpletz etwas pessimistisch ausgefallen, es hat mich enttäuscht, weil es zu wenig Arbeitsmöglichkeiten nachwies. Immerhin waren damals die Verhältnisse wesentlich anders als heute. Damals spielte auch die Aufrüstung, eine der grössten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, noch keine grössere Rolle. Auch das Problem der Alpenstrassen war noch nicht so weit gediehen wie heute.

Herr Ständerat Keller hat gesagt, er habe besonderes Misstrauen gegenüber eigentlichen Notstandsarbeiten. Wir dürfen aber sagen, dass im Grossen und Ganzen, wenigstens in unserer Gegend, wo die relativ grösste Arbeitslosigkeit herrscht, die Notstandsarbeiten im engeren Sinne des Wortes keine so grosse Rolle spielen wie die Förderung der Bautätigkeit und der Industrie durch Subventionen an die einzelnen Bauherren. Ich gebe zu, dass dieses System weitaus besser ist als reine Notstandsarbeiten. Deshalb haben wir uns in Zürich in den letzten Jahren immer bemüht, Schulhäuser, Turnhallen, Schwimmhallen und ähnliches zu erstellen. Statt dass wir alle Berufsarbeiter in die Kanalisationsgräben und in den Strassenbau stellen, haben wir dieses System bevorzugt, bei welchem alle Stufen des Baugewerbes, also auch die Schreiner, die Maler und die Gipser, in ihrem Berufe Beschäftigung erhalten. Wir haben damit wirklich gute Erfahrungen gemacht.

Sie haben in den letzten Tagen die grossen Demonstrationen des Gewerbes gesehen. Wenn wir nicht diese Subventionierung der Bautätigkeit gehabt hätten, dann würde es im Gewerbe noch viel schlimmer stehen, als dies schon heute der Fall ist. In Zürich erhalten die Stadträte täglich Besuche von einzelnen Gewerbetreibenden, von denen jeder erklärt, wenn wir nicht möglichst bald einen Auftrag erhalten, so müsse er liquidieren. Es ist ein grosses Stück Mittelstandspolitik in der Förderung der Bautätigkeit verkörpert. Ich muss bestreiten, dass die meisten Notstandsarbeiten unproduktiv seien. Das sind Meinungen, die meines Erachtens vor der Kritik nicht standhalten können.

Nun zum Problem der Alpenstrassen. Eine Alpenstrasse wirft natürlicherweise nicht einen sichtbaren Ertrag ab, aber weil ein gutes Strassennetz viele Automobilisten in unser Land bringt, kann sie doch produktiv sein. Mir sind keine Fälle bekannt, wo man den Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln unterstützt hätte, trotzdem genügend Leerwohnungen vorhanden waren. Diese unrichtige Politik ist meines Erachtens an keinem Orte betätigt worden. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, die Krisenpolitik, wie sie in den letzten Jahren betrieben worden ist, räche sich auf die Dauer; denn sie ist als temporäre Massnahme begründet, nicht aber als Dauermassnahme.

Gewiss ist das Baugewerbe zu gross geworden. Aber mit der gleichen Berechtigung können Sie heute auch sagen, dass der Apparat von Handel und Industrie aufgebläht sei. Alle Fabriken haben heute zu wenig Tätigkeit. Die Produktionskapazität der einzelnen Fabriken ist in der Krise überall grösser, als es dem Bedürfnis entspricht. Wenn auch auf die Dauer wegen des geringen Bevölkerungszuwachses zweifellos eine Verringerung der Bautätigkeit eintreten wird, so muss man suchen, diesen Rückgang auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Wir können die Stützungsmassnahmen nicht plötzlich abbrechen, wir müssen das Baugewerbe so weit als möglich halten, namentlich auch aus Gründen der Mittelstandspolitik.

Ein Wort noch zu den Hotelreparaturen und zur Erneuerung der Kurbäder. Ich habe gestern mit den Herren Kollegen Riva, Evéquoz und Iten von 8 bis gegen 11 Uhr abends im Bürgerhaus einer Sitzung der parlamentarischen Gruppe für Verkehr und Touristik beigewohnt. Es referierten Herr von Almen als Vertreter der Hotellerie und Herr Dr. Diethelm von Ragaz als Vertreter der Bäder. Sie haben uns ein Klagelied vorgetragen, das auf alle Anwesenden zweifellos einen tiefen Eindruck gemacht hat. Sie haben namentlich in bezug auf die Frage der Erneuerung der Kurbäder erklärt, die schweizerischen Kurbäder seien gegenüber den Bädern anderer Staaten (namentlich den deutschen, aber auch den französischen) derart ins Hintertreffen geraten, dass sie, wenn ihnen nicht durch öffentliche Hilfe die Verbesserung und Modernisierung der Anlagen ermöglicht werde, den Rückstand nicht mehr einholen könnten.

Auch die Lage der Hotellerie hat Herr von Almen in nachdrücklicher Weise geschildert. Er hat gesagt, dass die Hoteliers des Berner Oberlandes nicht in der Lage seien, Reparaturen ausführen zu lassen. Die Rendite gestatte dies nicht. Auch im Jahre 1938 nicht. Die Handwerker der betreffenden Gegenden aber könnten nur aus den Reparaturen existieren, die sie an den Hotels ausführen können. Wenn wir nun diese Notlage sehen, so müssen wir uns sagen, der Staat und die Gemeinden müssen helfen, damit die Betriebe über diese schwierige Zeit hinwegkommen. Das sind die wenigen Bemerkungen, die ich vortragen wollte. Ich wollte damit nur der pessimistischen Stimmung, die eine ungünstige Einwirkung auf die Behandlung der Gesamtvorlage haben könnte, entgegentreten.

Bally: Herr Bundesrat Obrecht hat uns über die Exportförderung sehr interessante Ausführungen gemacht und auf neue Wege hingewiesen, die beschritten werden sollen. Ich begrüsse diese Bemühungen und anerkenne sie dankbar. Ich möchte als industrieller Arbeitgeber die Gelegenheit zu einigen Ausführungen über die für unser Land so wichtige Frage nicht vorbeigehen lassen.

Im Rahmen eines Kreditbegehrens von 70 Millionen Franken zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erscheint ein solches im Ausmass von 5 Millionen zur Förderung des Exportes und der Fremdenindustrie bescheiden. Ich stimme darin mit den Ausführungen des Herrn Ackermann überein. Gemessen an der Bedeutung des Exportes für unser Land, gemessen ferner am Wert der Arbeit, die der Export in unser Land hereinbringt, und endlich gemessen speziell am Wert der Arbeitsbeschaffung durch den Export, verglichen mit der Bauarbeit, darin ist festzustellen, dass diese in der Vorlage bevorzugt ist.

Aus der Botschaft erhält man den Eindruck, dass die durch Export vermittelte Arbeit im Rahmen eines Programmes der Arbeitsbeschaffung

wohl die produktivste sei. Diese Erkenntnis ist dann aber im Programm selbst nicht voll zur Geltung gekommen. Doch muss ihm zugute gehalten werden, dass die Exportarbeit die produktivste, aber auch besonders schwierig zu beschaffen ist.

Ich sagte, gemessen an der Bedeutung von Export und Fremdenindustrie für unser Land nehmen sich die 5 Millionen recht bescheiden aus. Ueber diese Bedeutung bedarf unser Rat kaum der Orientierung. Sie ist bekannt. Vielleicht ist es aber angebracht, gelegentlich wieder darauf hinzuweisen, damit im Strudel der Aufgaben, die sich in der internen Wirtschaft stellen, der Export nicht etwa vergessen wird. Heute und seit einigen Jahren ist er ein Sorgenkind unserer Wirtschaft, das um seine Existenz kämpft, etwas stiller vielleicht als andere Gruppen unserer Wirtschaft, aber nicht minder hart. Es ist uns bewusst, dass der Export in der Wirtschaft unseres Landes eine Schlüsselstellung inne hat, aus der Belebung in die Inlandindustrie und das Gewerbe ausströmt. Das Sorgenkind Export ist sich klar, dass, wenn es verkümmern sollte, das wirtschaftliche Leben unseres Landes und seine Prosperität überhaupt verkümmern müsste. Wir wissen, wie andere mächtige Wirtschaftskörper bemüht sind, sich auf sich selbst zu stellen. Wir hörten zu wiederholten Malen, dass sie dieses Ziel bald erreicht zu haben glauben. Demgegenüber sehen und würdigen wir die ungeheuren Anstrengungen und Opfer, die gebracht werden, um aus der geschlossenen Binnenwirtschaft heraus sich den Platz auf dem Welt- resp. Exportmarkt zu sichern und diesen Raum zu erweitern. Diese Anstrengungen und Opfer, in Zahlen ausgedrückt, erreichen an Exportzuschüssen bestimmt gegen 50 % des Exportwertes, in manchen Fällen vermutlich noch wesentlich mehr. Gewiss, diese Exportzuschüsse werden von den empfangenden Ländern vielfach als Dumping bezeichnet und da und dort mit Gegenmassnahmen abgewehrt. Wir wollen uns aber darüber klar sein, dass solche Zuschüsse leistende Länder derartig ungeheure Opfer nur auf sich nehmen können in der Erkenntnis ihrer dringenden Notwendigkeit. Die dieser Notwendigkeit gebrachten Opfer weisen aber darauf hin, dass eine ganz auf sich selbst gestellte Wirtschaft auch in 20 mal grösseren Verhältnissen in unserem Zeitalter kaum mehr denkbar ist, geschweige denn in unserem kleinen Lande ohne grosse Bodenschätze, dessen Hauptaktivum ausser in den Naturschönheiten in intelligenter, gut geschulter und vor allem zuverlässiger Arbeitskraft liegt, welche sich für Qualitätsarbeit besonders eignet. Es muss denn auch unser Bestreben sein, als Produkt unserer Qualitätsarbeit wiederum Qualitätsprodukte zu exportieren, denn nur Qualität kann mit so weitgehend durch Exporthilfe geschützter und gestützter Produktion konkurrieren. Ein billiger Massenartikel ist leichter auf dem Weltmarkt unterzubringen als ein Qualitätsartikel. Das ist weit schwieriger und bedarf einer Verkaufsorganisation, deren Aufbau viel Geschick und bedeutende Mittel erfordert. Ist sie einmal da, ist die Verbindung mit dem Auslandsmarkt hergestellt, dann will und darf man den mühsam angesponnenen Faden nicht abreissen lassen, denn einmal abgerissen, ist er schwer wieder anzuknüpfen, selbst wenn die grosse Exporthilfe, gegen die angekämpft werden muss, einmal aufhört. Da heisst es eben durchhalten. Unter solchen Verhältnissen eine Verkaufsorganisation neu aufzubauen, braucht Mittel und Kraft, die aufzubringen der kleine Produzent oft nicht in der Lage ist, oder nicht willens ist, sie aufzubringen, weil es sich für den Umfang des möglichen Geschäftes nicht lohnt. Auch für den grossen Produzenten ist es kein leichtes, eine Exportorganisation aufzubauen und durchzuhalten. Er bemüht sich darum nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im vollen Bewusstsein, damit dem Lande und seiner Wirtschaft zu dienen — das nebenbei bemerkt, ohne den Dank des Vaterlandes zu erwarten, in dem manche Kreise gerne geneigt sind, den fähigen und kapitalkräftigen Industrieführer als den mächtigen grossen Herrn zu kennzeichnen und von der Seite anzusehen.

Ich erwähne das, weil es nicht gerade ermutigend wirkt. Vielleicht hat es aber auch wieder sein Gutes, das Gute nämlich, dass der industrielle Arbeitgeber sich seinen Arbeitnehmern nähert, mit denen er in der Arbeit auf Gedeih und Verderb verbunden ist und siehe, dort im Schosse der Arbeitsgemeinschaft findet er mehr Verständnis für seine durch die Verhältnisse sehr erschwerte Aufgabe als vielfach ausserhalb dieser Arbeitsgemeinschaft, Verständnis für die Aufgabe, Arbeit zu schaffen, die für den Arbeitgeber heute zur Hauptaufgabe geworden ist. Erfreulicherweise vermitteln die Arbeiter dieses Verständnis auch mehr und mehr ihren ausserhalb der Arbeitsgemeinschaft stehenden Führern.

Dies vorausgeschickt, möchte ich feststellen, dass Exportförderung eines der wertvollsten Mittel ist zur Arbeitsbeschaffung, denn die Arbeit, die sie schafft, ist dauernde und qualitativ hochstehende Arbeit. Sie zieht überdies andere nach bei der Inlandindustrie und beim Gewerbe und sie hilft vor allem, die Gleichgewichtslage herzustellen in unserer Handels- und Zahlungsbilanz. Die für Exportförderung ausgegebenen Mittel, beispielsweise die für die produktive Arbeitslosenfürsorge aufgewendeten, kommen wohl dem Exportkunden zugute, anderseits aber sparen sie unserm Lande Arbeitslosenunterstützung. Die für den Ausbau der in der Botschaft erwähnten Absatzorganisationen verwendeten Mittel schaffen wertvolle Organe, welche namentlich auch kleineren Unternehmern ermöglichen, sich an den Export heranzuwagen und sich so dem Lande bezahlt machen.

Ich möchte nicht von diesen Exporthandelsagenturen sprechen, ohne ihrer Tätigkeit ein anerkennendes Wort zu widmen und ihren vorsichtigen intensivierten Ausbau zu empfehlen.

Die Propaganda für den Export und die Fremdenindustrie vor allem braucht eine Organisation und vor allem Mittel. Sie dürfen nicht fehlen und nicht ausgehen, sonst reisst der Faden. Diese Mittel, die für Propaganda ausgegeben werden, schaffen zwar nicht bleibende Werte, wie Bauten im Inland, aber sie schaffen etwas anderes, regelmässige Arbeit, und sie ist es, die uns not tut.

Die Exportpropaganda hat aber nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland ein interessantes Wirkungsfeld, wo sie für den Export geeignete Unternehmen mobilisieren und anleiten soll. Der

Ausdruck „Mobilisieren" ist hierbei nicht im Befehlston gemeint, der in unserem Lande nicht beliebt ist. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass man in andern Ländern die Notwendigkeit des Exportes so einschätzt, dass man dazu kommt, ihn sogar zu befehlen. Soweit sollte es bei uns nicht kommen, ganz besonders nicht, wenn Exportieren als vaterländische Tat gewürdigt wird. In diesem Zusammenhang ist noch ein Argument anzuführen. Man hat uns früher die „groben" Schweizer genannt. Wenn wir nun, nachdem wir dieses Prädikat „grob" abgelegt, uns das andere, „schlicht und grad" zugelegt haben, so erleichtert uns Exportbeziehungen anzuknüpfen und zu erhalten, der Umstand, dass der Schweizer überall auf dem Weltmarkt, Sympathien geniesst. Dieses Moment ist ein Aktivum, zu dem wir Sorge tragen wollen und auf das wir bauen dürfen.

Nun zurück zum Kredit von 5 Millionen Franken für die Arbeitsbeschaffung zur Förderung des Exportes und der Fremdenindustrie. Ich empfehle, ihn gutzuheissen. Die Deckungsfrage steht heute nicht zur Diskussion. Ich möchte, was diese anbelangt, meine Vorbehalte machen. Wenn ich diesen Kredit empfehle, so möchte ich mir gleichzeitig erlauben, anzuregen, der Exportförderung als dauernder Arbeitsbeschaffung den ihr gebührenden Platz und die nötigen Mittel einzuräumen — ich stelle keinen Antrag auf Erhöhung — und mit Nachdruck auf die Schlüsselstellung des Exportes in unserem Wirtschaftsleben hinzuweisen und darum zu bitten, dass diesem volles und vor allen Dingen sympathisches Verständnis entgegengebracht wird.

Amstalden: Bei III b ist ein besonderer Kredit „Für Arbeitslager und Sonderhilfe für kaufmännische, technische und wissenschaftlich und künstlerische Berufe" vorgesehen. Ich gestatte mir hier, einen kleinen Ergänzungsantrag zu stellen, dahingehend, dass man nach „Arbeitslager" noch einsetzt „bäuerliche Heimarbeit". Ich halte dafür, dass in den Bergkantonen mit ihren kleinen Verhältnissen in den Hochtalschaften, wo eigentlich die Aermsten der Armen leben, das Bedürfnis nach Förderung der Heimarbeit ausser Diskussion steht, und dass man für diese Leute doch auch etwas tun, mit andern Worten, dass von diesen 2 Millionen für die Gebirgsbevölkerung auch etwas abfallen sollte. Die Höhe zu bestimmen, ist Sache des Departementes. Der Schweizerische Bauernverband hat schon zweimal eine Aktion zugunsten der armen Familien in den Berg- und Alpgebieten unternommen. Er hat sie in der Weise aufgezogen, dass er durch die bestehenden „Heimatwerke" Kleidungsstücke, Wäsche usw. anfertigen und dann diese Artikel unter die arme Bergbevölkerung verteilen liess. Diese Aktionen konnten nicht mehr weitergeführt werden wegen Mangels an Geldmitteln. Ich glaube aber, nachdem wir hier von der Arbeitsbeschaffung sprechen und gewisse Kredite dafür aussetzen, so für wissenschaftliche, künstlerische, technische, kaufmännische Berufe, sollte doch aus diesem Kredit noch etwas für diese armen Leute übrig bleiben, denen in den langen Wintermonaten die Arbeit fehlt, denen niemand Arbeitslosenunterstützung zahlt, die sich selbst überlassen sind. Sie haben ja oft gar keine Ahnung, wie diese Leute leben müssen. Ich glaube, viele der Herren Kollegen kennen ihre Lage wenigstens einigermassen von ihren Ferientouren in den Bergen her. Ich glaube deshalb, Sie sollten dem Antrag zustimmen können. Diese kleine Hilfe wäre auch eine Förderung des nationalen Gedankens, damit uns diese Leute auch geistig erhalten bleiben. Ich möchte Ihnen daher empfehlen, nach „Arbeitslager" auch die „bäuerliche Heimarbeit" einzuführen. Der Kredit, den man hier verwendet, könnte dann an das „Schweizerische Heimatwerk" überwiesen und von dort an regionale „Heimatwerke" verteilt werden, das „Bernische Heimatwerk", das Ihnen gut bekannt ist, an die weitern, die im Kanton Graubünden, im Wallis, in der Innerschweiz bestehen und alle immer Mangel an Mitteln haben. Ich möchte heute in Dankbarkeit derjenigen gedenken, die bei diesen „Heimatwerken" unentgeltlich arbeiten. Ich möchte Ihnen daher sehr empfehlen, den Antrag anzunehmen.

Meyer: Ich unterstütze den Antrag von Herrn Amstalden würmstens. Die produktive Arbeitslosenfürsorge ist in der Praxis vorherrschend auf die Vollarbeitslosen zugeschnitten und berücksichtigt so meines Erachtens nur ungenügend die Verhältnisse der Teilarbeitslosen. Der landwirtschaftliche Arbeiter und der Kleinbauer müssen sich während der Winterszeit ohne jede Einnahme kärglich genug durchringen. Es wird sich Gelegenheit zeigen, bei der Beratung der grossen Vorlage auf die Verhältnisse im einzelnen einzugehen. Hier setzt nun das Heimatwerk mit Erfolg ein und schafft in seinen verschiedenen Formen diesen Leuten in den hohen Gebirgstälern während der langen Wintermonate einen kleinen Nebenverdienst, der ihnen das Durchhalten ermöglicht und die Anrufung der Armenpflege erspart.

Bei diesem Anlass möchte ich noch auf die kleinbäuerliche Berufsbildung hinweisen. Die liegt vielerorts im Argen. Der junge Mann, der im kleinen Bauernbetrieb aufwächst, erhält oft eine ungenügende Ausbildung von seinem Vater. Der Betrieb ist vielleicht veraltet und unpraktisch geführt. Der Sohn kann von seinem Vater nicht lernen, was der Alte selbst nicht versteht. Anderseits liegen keine Mittel vor, um eine landwirtschaftliche Schule zu besuchen, und wenn dies noch möglich wäre, ist das Programm der landwirtschaftlichen Schulen sehr oft auf ganz andere Verhältnisse zugeschnitten als auf den Betrieb der kleinen Berggütchen.

Da und dort hat man nun angefangen, Bergheimschulen zu errichten. Ich habe hier einen besondern Fall im Auge, wo ein verdienter Bauernführer, Herr Giezendanner in Brunnen in der Innerschweiz, eine solche Bergheimschule eingerichtet hat. Er hat die Kleinbauern in die Schule aufgenommen zu einem ganz bescheidenen Kursgeld und hat ihnen praktisch gezeigt, wie sie am besten und am rationellsten ihre kärgliche Scholle bewirtschaften. Diese Bergheimschulen werden von den Kantonen subventioniert. Aber die Mittel, die zur Verfügung stehen, sind so ungenügend, dass diese Schulen eben leider da und dort wieder eingehen. Ich habe mir letzter Tage von einem Teilnehmer einer solchen Schule in der Gemeinde Gurtnellen sagen lassen, dass die jungen Bauern mit Begeisterung mitmachen. Sie erhielten dort eine theoretische

und praktische Ausbildung, die ihnen den Kampf auf ihrer Scholle und das Aushalten in ihren Verhältnissen ermögliche.

Ich möchte deshalb beantragen, zu „kleinbäuerlicher Heimarbeit" noch beizufügen „kleinbäuerliche Berufsbildung", damit das Volkswirtschaftsdepartement in der Lage ist, solchen Bergheimschulen kleine, zusätzliche Subventionen zu bewilligen und ihre Existenz auch für die Zukunft sicherzustellen. Ich glaube, dass das ein ausserordentlich bescheidener Wunsch ist, und ich hoffe, dass er nicht auf Ablehnung stossen wird.

M. **de Coulon:** Je désire poser deux questions au Conseil fédéral, à propos de cette disposition.

En particulier, la lit. *b*) envisage le problème de l'amélioration forestière et spécialement la continuation des expériences relatives à une nouvelle utilisation du bois.

Dans une publication – semi-officielle, je pense – éditée par le directeur de l'Office forestier central suisse, on envisage actuellement deux possibilités d'accentuer l'utilisation du bois. En premier lieu, voici: « Il résulte qu'aujourd'hui la décision définitive de la création d'une entreprise suisse de saccharification du bois dépend uniquement de l'attitude du Conseil fédéral. Le projet d'une usine de saccharification a été établi jusque dans ses moindres détails par une société privée et avec l'appui d'un de nos cantons les plus boisés. Cette usine emploierait annuellement 25 000 stères de bois inutilisés jusqu'ici et sitôt la concession accordée par la régie des alcools, on pourrait commencer la construction. Et remarquons bien que la remise de cette concession n'est liée à aucune contribution ou subvention de la part de la Confédération. C'est un fait digne d'être relevé à une époque où l'Etat distribue des millions en assainissements financiers, indemnités de chômage, création d'occasions de travail, soutien des prix, etc. »

Cette usine est capable de fournir de l'alcool donnant satisfaction à la Régie. D'autre part, un peu plus loin, on lit ceci à propos de la gazéification du bois: « Qu'elle soit appelée en Suisse aussi à jouer un certain rôle économique, les 130 camions à gazogène exploités actuellement par nos entreprises privées le prouvent suffisamment. Ce nombre est encore bien modeste en regard des possibilités qui sont ouvertes dans ce domaine. Mais, si l'on songe que jusqu'à présent les autorités fédérales n'ont apporté au gaz de bois aucun encouragement, sous quelque forme que ce soit, qu'au contraire certaines prescriptions légales de la Confédération constituent justement le plus gros obstacle à l'emploi du bois comme carburant pour les moteurs automobiles, on considérera les résultats obtenus comme un véritable succès. »

Ainsi dans cet autre domaine, celui de l'emploi du bois comme carburant pour les camions, on constate que l'industrie privée a réussi à construire des véhicules qui fonctionnent fort bien — j'en suis personnellement le témoin, car depuis deux ans je suis la marche d'un de ces camions —. Je ne discerne pas très bien quelles peuvent être les prescriptions légales qui empêchent le développement de ce mode de traction chez nous; mais il me semble que l'on pourrait faire quelque chose, car enfin là non plus on ne quête pas de subvention, on ne demande pas d'argent; on souhaite simplement que la Confédération adapte les mesures légales à l'emploi du gaz de bois pour la traction automobile. A mon sens, c'est là une question de grosse importance non seulement du point de vue économique mais encore du point de vue militaire. Je me demande si chez nous on n'a pas tendance à trop prolonger la période des essais. Sans doute, il est fort bien de ne pas se lancer à l'aventure dans des expériences coûteuses; mais en ce domaine particulier de la traction automobile au moyen du gaz de bois, il s'agit d'un procédé employé depuis des années dans les pays qui nous environnent. Par conséquent, on sait exactement sur quelles bases et dans quelles conditions cette méthode peut être utilisée et dans ces conditions je ne crois pas qu'il faille encore actuellement de nombreuses ou longues études pour arriver à se rendre compte que ce mode de traction peut être adopté immédiatement. Je pense donc qu'il serait indiqué de supprimer les obstacles légaux qui peuvent s'opposer à son extension.

Il est une seconde question, d'un ordre plus général, et que peut-être j'aurais dû poser dans le débat d'entrée en matière. Depuis que je lis des messages relatifs à la création des possibilités de travail, toujours j'ai été surpris de n'y trouver aucune allusion, quelle qu'elle soit, à la création d'un réseau de navigation fluviale en Suisse. C'est cependant un objet qui depuis longtemps, dès avant la guerre déjà, a fait beaucoup parler de lui. Il est évident que la réalisation d'un tel réseau procurerait un travail considérable à toutes les régions de la Suisse; ce serait un bienfait non seulement du point de vue de l'emploi de la main-d'œuvre, mais encore sous l'angle industriel. Ce serait également, il est permis de l'espérer, une amélioration des moyens de transport, il s'ensuivrait un abaissement du coût des matières premières en Suisse et peut-être la possibilité de mettre notre pays mieux à même de concourir sur les marchés étrangers.

Je ne veux pas aujourd'hui aborder ce problème dans son ensemble; il est beaucoup trop vaste. Par ailleurs, je pense que peut-être on se heurte là à une certaine opposition des Chemins de fer fédéraux, médiocrement satisfaits de voir surgir une concurrence qui cependant est moins à redouter qu'ils ne le supposent; la preuve en est que les pays disposant d'un large réseau de voies ferrées sont généralement aussi ceux qui ont le plus de canaux: ainsi dans le nord de la France, en Belgique, on voit le canal et le rail subsister l'un à côté de l'autre.

C'est un point particulier que j'entends évoquer ici. J'aimerais savoir si le Conseil fédéral, et jusqu'à quel point, s'occupe — je pense qu'il le fait — des travaux actuellement en cours sur le Rhône, du côté français, travaux qui pourraient permettre, si la Suisse s'intéresse à l'affaire, de rendre le Rhône navigable de Lyon jusqu'à Genève. Actuellement les Français travaillent activement à la mise en état de navigabilité de ce fleuve entre Marseille et Lyon. Déjà pas mal de travaux ont été exécutés. C'est ainsi qu'on a commencé la construction d'une usine électrique non loin de Genève, à Génissiat, près Bellegarde. Cette usine sera pourvue d'écluses de telle sorte que, le moment venu, on pourra utiliser le cours de cette partie du Rhône également pour la navigation. Cependant les ouvrages entrepris

pour rendre le Rhône navigable de Lyon jusqu'à la frontière franco-suisse n'ont de but que s'il existe à Genève un débouché à cette nouvelle voie fluviale; il n'y a en effet aucune raison pour les Français de la faire s'arrêter à la frontière; cette partie canalisée n'aurait aucune raison d'être. En revanche, si l'on crée un port fluvial à Genève, alors la situation change du tout au tout. Genève devient en quelque sorte l'arrière-port de Marseille tout comme Bâle est devenu l'arrière-port d'Anvers, de Rotterdam, etc. D'autre part, il y aura certainement de quoi assurer à la nouvelle voie navigable Lyon–Genève un trafic amplement suffisant pour justifier sa création, mais cela toujours à la condition qu'il existe un port à Genève. Enfin les C.F.F. eux-mêmes devraient, me semble-t-il, accueillir avec satisfaction cette création, puisque cela permettrait d'amener en abondance à Genève des marchandises que les C.F.F. auraient à répartir et à distribuer dans l'ensemble du pays.

La question concrète que je désirais poser est de savoir si le Conseil fédéral a déjà entrepris ou a l'intention d'entreprendre des négociations pour s'entendre avec la France, pour fixer la position de notre pays dans cette affaire, s'il va prendre des dispositions pour que, en temps voulu, un port fluvial puisse être créé à Genève (avec évidemment l'appui de ce canton). Je pense que dans le cas particulier, étant donné qu'il s'agit de discussions sur le plan international, c'est bien la Confédération qui doit intervenir, car à elle incombe le soin d'entamer et de conduire des pourparlers avec le Gouvernement de Paris, de telle sorte qu'une fois l'usine de Génissiat achevée et lorsque sera ainsi donnée la possibilité d'aménager la voie navigable Lyon–Genève, nous ne soyons pas pris au dépourvu. Sans doute, cela n'est pas pour demain, j'en tombe d'accord: ce ne sera peut-être que dans deux ou trois ans, voire davantage, on sait bien que les pourparlers de ce genre durent toujours longtemps, ils ne peuvent pas être menés à chef en quelques semaines ou même en quelques mois. En fait, il y a là tout un ensemble de conditions à étudier, à régler, et je voudrais, en somme, simplement demander au Conseil fédéral quelles sont ses intentions à cet égard.

Altwegg: Nachdem die Diskussion einen etwas grössere Ausdehnung genommen hat, möchte auch ich ein Wort in die Diskussion werfen, nicht um Ihre Zeit allzu sehr in Anspruch zu nehmen, aber um zu dokumentieren, dass die beiden letzten Punkte, auf die Herr de Coulon hingewiesen hat, nicht nur das Welschland interessieren, sondern auch die Ostschweiz. Es ist nicht das erstemal, dass auf die Notwendigkeit der Motorisierung der Armee und auf die Unterstützung der schweizerischen Lastwagenindustrie hier hingewiesen worden ist. Ich glaube, es ist sehr anerkennenswert, dass das geschehen ist, und ich glaube, ich darf das vom Standpunkt meines Kantons aus, der an der Lastwagenindustrie ausserordentlich interessiert ist, heute wiederholen und das unterstützen, was Herr de Coulon Ihnen im Sinne einer Anfrage unterbreitet hat.

Ich glaube, Sie haben da zwei Fliegen auf einen Schlag; wenn Sie auf diesem Wege vorgehen, haben Sie einmal einer Industrie geholfen, die vielleicht im Moment nicht notleidend ist, die aber diese Arbeit unbedingt braucht, einer schweizerischen Industrie, die wir unterstützen müssen, und auf der andern Seite kommen Sie all denen entgegen, die eben heute noch der Auffassung sind, dass es mit der Motorisierung unserer Armee nicht so bestellt ist wie es sein sollte. Es ist ja ein Problem für sich, aber wir haben eigentlich hier in diesem Rate nach dieser Richtung noch nicht sehr viel Auskunft erhalten. Es gibt ja verschiedene Wege, wie man eine vernünftige Motorisierung der Armee in der Schweiz fördern kann. Es ist dies eine Frage, die hauptsächlich mit dem Taxwesen der Motorwagen in Zusammenhang steht, und da kommen wir wieder auf ein Gebiet, das die Kantone interessiert, weil bekanntlich das ganze Taxwesen der Motorwagen verfassungsmässig bei den Kantonen liegt.

Nun stellt sich die Frage, auf welche Weise kann man hier eine Lösung finden, die den Kantonen zu ihrem Rechte verhilft und auf der andern Seite dafür sorgt, dass der schweizerische Lastwagenbestand vom militärischen Standpunkte aus verbessert wird. Wir sind dem Volkswirtschafts- und dem Militärdepartement dankbar, wenn auf diesem Gebiet etwas geschieht.

Zu der andern Frage, die hier angetönt worden ist, möchte ich keine breiten Ausführungen machen, sondern nur sagen, dass die Frage der Binnenschifffahrt auch die Ostschweiz interessiert. Es sind noch keine 24 Stunden her, dass Vertreter der Ostschweiz mit der Generaldirektion der Bundesbahnen die Frage der Fortsetzung der Schiffahrt über Basel hinaus nach dem Bodensee ventiliert haben. Es ist uns in der Ostschweiz bekannt, dass gewisse Bestrebungen bestehen, die Schiffahrt in Basel aufhören zu lassen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass das nicht die Meinung weiter Kreise der Ostschweiz ist. Ich hoffe, dass wir es erleben werden, wenn nicht heute oder morgen, so doch übermorgen, dass die Rheinschiffahrt bis in den Bosensee gehen wird. In diesem Sinne sind seinerzeit auch die namhaften Kredite für die Rheinkorrektion Strassburg–Basel vom Bund bewilligt worden. Ich glaubte, diese Bemerkungen unserer Landesgegend und unserer Industrie schuldig gewesen zu ein.

Bundesrat **Obrecht:** Es wäre von mir jedenfalls eine Pflichtvergessenheit, auf die verschiedenen Voten nicht zu antworten. Ich will es in aller Kürze versuchen. Ueber die Exportindustrie und ihre Förderung habe ich mich bereits ausgesprochen. Ich möchte nur noch eines nachholen und darauf hinweisen, dass unter den Krediten für den Ausbau der Landesverteidigung weit über 100 Millionen an Aufträgen für unsere Industrie inbegriffen sein werden. Es handelt sich vielfach um Industrien, die im Export tätig sind, aber auch an unserer Kriegsindustrie beteiligt sind. Ich brauche nur auf die Firma Sulzer in Winterthur zu verweisen, die eine grosse Exportfirma ist, aber auch eine der wichtigsten Firmen in der Belieferung unserer Kriegstechnischen Abteilung mit Waffen. Diese Staatsaufträge im Werte von über 100 Millionen für die Landesverteidigung sind auch eine Hilfe an unsere Industrie. Das darf man unterstreichen, und das soll nicht übersehen werden.

Es ist jetzt Mode geworden, zu sagen, was wir für die Bauwirtschaft tun, sei eigentlich verfehlt,

jedenfalls sei es viel zu viel und die Exportindustrie komme erheblich zu kurz. Damit man sich einen richtigen Begriff macht von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bauwirtschaft, verweise ich darauf, dass in normalen Zeiten in der Schweiz pro Jahr für 1,2 Milliarden Bauten ausgeführt werden. Das ist das Geschäftsvolumen der Bauwirtschaft. Zufällig ist es gegenwärtig gleich gross wie das Geschäftsvolumen des Exportes, der letztes Jahr ebenfalls die Summe von 1,2 Milliarden erreichte. Sie sehen, dass die Bauwirtschaft volkswirtschaftlich das gleiche Volumen aufweist wie die gesamte Exportindustrie. Das sind Dinge, die man sich gewöhnlich gar nicht richtig vorstellt. Ich will noch ein drittes beifügen: Der Rohertrag der Landwirtschaft hat letztes Jahr 1,25 Milliarden betragen, also ungefähr gleich viel wie das ganze Volumen der Exportindustrie und das Gesamtvolumen der Bauwirtschaft. Ich möchte damit die Bedeutung der Bauwirtschaft für unsere gesamte Volkswirtschaft ins richtige Licht rücken. Sie sollte mit dem Volumen der Landwirtschaft und der Exportwirtschaft Schritt halten.

Heute morgen habe ich hervorgehoben, dass wir bei der Exportindustrie nicht freie Hand haben in der Förderung der Ausfuhr. Wir sind auf Rücksichten angewiesen. Ich habe heute selber gesagt, man werde auf Deutschland hinweisen und sagen, es mache auch, was es wolle. Das war bei Deutschland immer so. Deutschland hat in seiner aussenwirtschaftlichen Politik immer seine eigene Rolle gespielt. Es war immer das Land, das am rücksichtslosesten alle Mittel eingesetzt hat, um den Export an sich zu reissen. Wir können nun nicht nur mit Deutschland rechnen, wir müssen auch mit England, den U. S. A., den nordischen Staaten, mit Holland und Belgien rechnen. Da herrschen andere Auffassungen. Wir müssen uns in unserer Handelspolitik in einer Art und Weise benehmen, dass wir gute Freunde bleiben zu diesen wichtigen Absatzländern, die ich genannt habe. Das muss uns dazu zwingen — da ist der Vorort des Handels- und Industrievereins mit uns einig —, dass wir die Förderung der Ausfuhr mit Vernunft, Mass und Vorsicht betreiben. Das legt den Förderungsmassnahmen eine Bremse an.

Anders ist es natürlich bei der Bauwirtschaft. Da können wir tun, was wir wollen; es ist ein inländischer Volkswirtschaftszweig. Ob wir da viel tun oder wenig, daran ist das Ausland nicht beteiligt; wir haben freie Hand. Aber wir haben gar nicht die Absicht, unsere Bauwirtschaft etwa zu weiterer Entwicklung zu veranlassen. Sie ist nicht nur gross genug, sondern ist wahrscheinlich, in die Zukunft gesehen, eher zu gross, ist überdimensioniert. Sie sehen dort die aufgehängten Tabellen. In der Mitte befindet sich eine Tabelle, die in verschiedenen Farben gehalten ist, in rosa, braun und blau. Diese Tabelle zeigt Ihnen das Gesamtvolumen unserer Bauwirtschaft in den letzten 10 Jahren. Im Jahre 1927, wo wir am Abschluss einer Krise standen und am Anfang eines Konjunkturaufstieges, hatten wir ein Bauvolumen von 1,15 Milliarden Franken. Dann stieg dieses Volumen Jahr für Jahr an wegen der stark belebten Wohnbautätigkeit in den Jahren 1930 bis 1933/34. Das Kulminationsjahr zeigt ein Bauvolumen von 1,6 Milliarden Franken. Das war Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft, aber unglückselige Hochkonjunktur, denn was dort zu viel gebaut wurde, hatte man in den nächsten Jahren an Arbeit zu wenig. Sie sehen nach den 1,6 Milliarden den Absturz. Jahr für Jahr geht die Säule weiter hinunter bis zum Jahre 1936, wo das Bauvolumen nicht einmal mehr 900 Millionen erreichte. Da war ausgesprochene Krise in unserer Bauwirtschaft. Wir haben nun versucht, diese Krise zu beheben, indem wir das Bauvolumen wieder etwas antreiben. Sie sehen, dass es im Jahre 1937 wieder auf etwas über 1 Milliarde stand, und 1938 wird es 1,1 Milliarde übersteigen. Wir werden in diesem Jahre ungefähr zur gleichen Säule gelangen wie 1927. Wenn die Tabelle bis und mit 1938 fortgesetzt wird, so wird die letzte Kolonne das gleiche Niveau erreichen wie die erste Kolonne. Da haben Sie nun die Extreme: die Hochkonjunktur im Baugewerbe mit einem Jahresvolumen von 1,6 Milliarden und das Krisenniveau im Jahr 1936 mit weniger als 900 Millionen Franken. Was ist da unser Ziel? Wir gehen darauf aus, unsere Bauwirtschaft nicht etwa wieder auf ein Bauvolumen von 1,6 Milliarden zu bringen, sondern ihr ein Volumen von 1,1—1,2 Milliarden zu erhalten. Das halten wir für normal. Wenn unsere Bauwirtschaft Arbeiten im Gesamtwert von 1,1—1,2 Milliarden ausführen kann, dann hat sie ein erträgliches, leidliches Leben: es ist nicht Hochkonjunktur, aber auch nicht Krise. Diese Linie möchten wir einhalten und sogar hoffen, dass das erreicht werden kann, ohne dass wir jedes Jahr 35 Millionen Franken von Seiten des Bundes einsetzen.

Es sind jetzt in der Uebergangsvorlage 35 Millionen Franken eingesetzt; aber es bleiben in der Hauptvorlage, wenn diese 35 Millionen abgezogen sind, für 1940 und 1941 noch 55 Millionen Franken. Denn wir hatten im ganzen für 3 Jahre 90 Millionen Franken vorgeschlagen. Wir stellen uns die Verwendung so vor, dass, wenn wirklich vom Bund so stark geholfen werden muss, wir dann im Jahr 1940 noch mit 30 Millionen nachhelfen und im Jahre 1941 noch mit 25 Millionen Franken. Es wird damit eine Degression von 35 über 30 auf 25 Millionen eintreten. Ja, wir hoffen sogar, wenn die private Bautätigkeit, speziell die Hochbautätigkeit wieder einigermassen in Fluss kommen sollte, dass wir es mit noch weniger machen und diese 55 Millionen so weit erstrecken können, dass wir auch noch für das Jahr 1942 auskommen. Sie finden im Text der Gesamtvorlage wie der Teilvorlage, dass diese Möglichkeit für 1942 angedeutet ist: „Eventuell auch 1942", heisst es im Text; das will heissen: Wenn es einigermassen gut herauskommt, hoffen wir, im Jahre 1940 von 35 Millionen gleich auf 25 Millionen zurückgehen zu können und im weiteren im Jahre 1941 auf 15 Millionen, womit dann auch für 1942 noch etwas übrig bleibt. Das hängt aber von der Entwicklung der Wohnbautätigkeit ab. Darüber haben Sie in der Tabelle links die rote und die grüne Linie. Die rote Linie bezeichnet die Baubewilligungen für Wohnbauten in 28 Städten. Sie sehen, wie sie in den Jahren 1931 und 1932 hoch stand, wie sie dann nach 1934 stark zurückgegangen ist, auf die Hälfte zeitweise sogar dar-

unter. Und seit 1936 sehen Sie sie wieder steigen: die Wohnbaubewilligungen nehmen wieder zu.

Die Wohnbautätigkeit ist nicht subventionierte Bautätigkeit. Es wird nur in ganz ausnahmsweisen Fällen, in Ortschaften, wo ein Wohnungsmangel nachgewiesen wird, auf Verlangen auch eine Subvention an Wohnbauten gewährt, wenn zudem erwiesen ist, dass damit Arbeitslose beschäftigt werden können, so dass es sich um zusätzliche Arbeitsbeschaffung handelt. Wohnbausubventionen sind Ausnahmefälle; es gibt solche vereinzelt im Lande herum. Im allgemeinen werden die Wohnbauten nicht subventioniert, und trotzdem haben wir jetzt eine aufsteigende Entwicklung. Je mehr sich diese ausprägt, um so mehr können wir mit unserer staatlichen Hilfe zurückhalten. In diesem Jahre wird die Situation so sein, dass von den 1,1—1,2 Milliarden Franken Gesamtbauvolumen 250 Millionen Franken auf suventionierte Bauten entfallen und über 850 Millionen Franken werden Bauten ohne Bundessubventionen sein. Das muss hervorgehoben werden, weil man im Lande herum meint, es werde ohne Bundessubvention überhaupt nicht mehr gebaut. Das ist völlig falsch: ¾ des Bauvolumens entstehen, ohne dass eine Bundessubvention im Spiele ist. Damit, dass wir mit unserer Subvention ein zusätzliches Volumen von zirka 250 Millionen Franken auslösen können, erreichen wir, dass in der Bauwirtschaft eine leidliche, erträgliche Lage aufrecht erhalten werden kann. Das ist unsere Absicht und unser Ziel und wir hoffen auch mit sinkenden Bundessubventionen dieses Ziel erreichen zu können.

Im übrigen darf auch gesagt werden: Wir leisten an die Bauprojekte, die wir als Arbeitsbeschaffungsobjekte suventionieren, im Durchschnitt einen Bundesbeitrag von 15 %. Ich habe Ihnen heute morgen ausgeführt, dass wir bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge auf 20 %, 25 %, sogar auf 30 % gegangen sind, allerdings mit einem kantonalen Beitrag von ¼. Aber auch wenn Sie den abziehen, hat der Bund doch etwa 20 % im Durchschnitt zu leisten. Es ist nun aber doch ein Unterschied, ob wir die 15 %, die wir für ein Bauobjekt geben, an ein Werk beitragen, das in unserem Lande bleibt, oder ob wir den Exportbeitrag von 20 % aus öffentlichen Mitteln an einen Auftrag geben, bei dem der Käufer im Ausland wohnt. Es ist natürlich, dass man um der Arbeitsbeschaffung willen diese Beiträge gibt; aber volkswirtschaftlich scheint es mir noch wertvoller zu sein, dass mit unseren öffentlichen Geldern etwas Bleibendes für unsere Volkswirtschaft und unsere Kultur geschaffen wird, statt dass wir dieses Geld dem Auslande nachwerfen, wie beim Exportvieh, wo Herr Nationalrat Abt das hübsche Bild gebraucht hat, dass wir jedem Stück Zuchtvieh, das wir exportieren, eine oder mehrere Banknoten an den Schwanz heften. Da haben wir das Nachsehen; etwas Bleibendes für unsere Volkswirtschaft erreichen wir nicht. Ich habe im letzten Monat einmal über Sonntag eine Fahrt über verschiedene Alpenpässe gemacht und mich gefreut, als ich sah, wie es mit dem Ausbau unserer Alpenpässe vorwärts geht. Da haben wir doch etwas Bleibendes, während wir das Geld, das wir Exportaufträgen nachschiessen, nie mehr sehen werden. Man sagt uns zwar: Ja, aber damit werden Absatzmöglichkeiten gefunden und wenn man einmal solche hat, dann hat man sie für immer. Das ist nur bedingt richtig. Sobald ein Absatzgebiet im Ausland nur dadurch auf die Dauer erhalten werden kann, dass man ständig 15 oder 20 % Staatszuschuss leistet, ist das kein interessantes Geschäft mehr. Wenn es möglich ist, Beziehungen anzuknüpfen, Absatzmöglichkeiten zu finden, die man nachher ohne Staatszuschüsse durchhalten kann, dann hat man etwas Produktives und Bleibendes erobert; aber wenn diese Absatzgebiete nur dadurch behauptet werden können, dass der Staat hinterher nun ständig seine öffentlichen Mittel einsetzt, dann ist die Sache wenig interessant. Indessen hoffen wir, dass wir, nachdem wir uns wieder dafür einsetzen, der Exportindustrie unter die Arme zu greifen, ihre Kapazität, ihre Konkurrenzfähigkeit wieder zu untermauern und zu befestigen, nach und nach wieder zu einer Steigerung des Exportes kommen. Das wird wieder mehr Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter bedeuten; und wenn wir dort mehr Arbeiter unterbringen können, dann wird sich das in einer Entlastung des Baugewerbes von Arbeitslosen zeigen. Denn das ist auch eine Erscheinung, die in Betracht gezogen werden muss. Als die Exportindustrie von der Krise stärker betroffen wurde, sind viele Arbeiter in die Städte abgewandert und haben sich dann dort betätigt, nicht etwa als Industriearbeiter, sondern im Baugewerbe als Handlanger, als Ungelernte. Davon wissen Städte wie Zürich und Basel ein Lied zu singen. Es handelt sich da fast ausschliesslich um Leute, die nicht anders beschäftigt werden können als auf den Bauplätzen. Das ist ja auch noch ein Moment, das als Eigenart der Bauwirtschaft anhaftet: man kann auf den Bauplätzen fast jede Arbeitskraft einsetzen, wenn man ihrer bedarf; aber man kann nicht umgekehrt Bauarbeiter sofort in die Industriebetriebe hineinversetzen. Fast jeder Industriearbeiter kann mit Schaufel und Pickel hantieren, wenn er nicht gerade Uhrmacher ist und als solcher eine Arbeit verrichtet, die sich mit der Handhabung von Schaufel und Pickel nicht verträgt.

Ich muss Ihnen die Versicherung abgeben, dass, wenn diese 35 Millionen hier gestrichen würden, wir dann in kurzer Zeit 30—35 000 Arbeitslose mehr hätten. Wir haben bis jetzt ein zusätzliches Bauvolumen von 250 Millionen Franken ausgelöst. Was das an Arbeitskräften bedeutet, ergibt sich daraus, dass, wenn dieses Volumen wegfallen würde — und es würde wegfallen, wenn der Anreiz, die Bundessubvention, gestrichen würde — wir einen Zuwachs an Arbeitslosen von 30—35 000 hätten. Stellen Sie sich einmal den Eindruck vor, wenn innert kurzer Zeit wieder ein Anstieg der Zahl der Arbeitslosen platzgriffe bis auf 30—35 000 Personen, die hinzuzurechnen wären zu denen, die wir schon haben. Das, meine Herren, wäre in der jetzigen Zeit doch psychologisch eine recht gefährliche Sache. Aber Sie sehen daraus, dass wir die Jahresquoten abbauen wollen, dass es uns ferne liegt, einen Aufbau unserer Bauwirtschaft und eine weitere Ausdehnung im Baugewerbe herbeizuführen. Wir streben das Gegenteil an.

Herr Ständerat Keller hat nun gefragt, wie wir uns verhalten gegenüber der Gewährung von Bundessubventionen an Bauten in der Hotellerie. Es

ist unbestreitbar, dass viele unserer Hotels im Stande der Gebäude und im Stande der Einrichtungen rückständig geworden sind. Sie haben seit Jahren nicht mehr das Geld zur Verfügung gehabt, um zeitgemässe Instandstellungsarbeiten ausführen zu lassen. Wenn wir nun schon Beiträge geben, damit Arbeiten ermöglicht werden, die sonst nicht zur Ausführung kommen könnten, dann ist es mir lieber, wenn das Schwergewicht bei diesen Arbeiten in der Privatwirtschaft liegt, wenn gewerbliche Gebäude, wenn industrielle und Hotelgebäude instandgestellt und modernisiert werden. Denn das ist, zum Teil wenigstens, dann eine produktive Anlage. Wenn man öffentliche Gebäude erstellt, so ist das auch eine Errungenschaft; aber jedes neue öffentliche Gebäude bedeutet eine Belastung der Verwaltungsrechnung.

Wenn wir nun an die Reparaturen wirtschaftlicher Objekte, die infolge der Krise rückständig geworden sind, Beiträge gewähren, so ist das gar nichts Neues. Das ist vorgesehen im dringlichen Bundesbeschluss über die Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung vom 23. September 1936, der vom Parlament beschlossen worden ist. Wir haben seither die Möglichkeit, an solché Arbeiten in den Hotels Bundesbeiträge zu gewähren bis zu einem Maximum von 25 %. Voraussetzung ist aber, dass der Kanton und die Gemeinde auch einen Beitrag leisten; normalerweise sollte er halb so gross sein wie der Bundesbeitrag. Es wäre also möglich, dass an solche Ausgaben, um ein Hotel wieder richtig in den Stand zu bringen, der Bund 25 % Beitrag leistet, wenn der Kanton allein oder mit der Gemeinde zusammen weitere 12,5 % gewährt. Es wäre also möglich, dass bis zu 37,5 % aus öffentlichen Mitteln Beiträge geleistet werden.

Ich habe konstatiert, dass, trotzdem diese Möglichkeit besteht, bis jetzt verhältnismässig wenig von ihr Gebrauch gemacht worden ist, was offenbar aus zwei Ursachen herrührt: einmal aus der Schwierigkeit für Kanton und Gemeinde, ihre Quote zu beschaffen und namentlich in der Schwierigkeit für das Hotel, sei es nun ein einzelner Hotelier oder eine Aktiengesellschaft, den Rest über die 37,5 % hinaus zu finden. Diese 62,5 % hat gewöhnlich der Hotelier nicht zur Verfügung, und heutzutage haben die Hoteliers meistens nicht mehr grossen Kredit. Aber nicht nur der Hotelier, sondern auch der Gläubiger — und hier spielen die Kantonalbanken eine grosse Rolle — hat ein Interesse daran, dass ein Hotel nicht verlottert, sondern dass es auf die Höhe gebracht werden kann, dass das Gebäude und die Einrichtungen der Zeit angepasst werden. Das haben wir in unserem Kreisschreiben hervorgehoben. Wir haben davon auch in der Botschaft gesprochen. Auch im neuen Kreisschreiben für die Aktion 1939 ist wiederum davon die Rede. Das ist also nichts Neues.

Unsere Erfahrungen führen uns nun aber dazu, zu erbitten, dass man sich damit einverstanden erklärt, ausnahmsweise über die 25 % hinaus zu gehen, d. h. das Maximum ausnahmsweise zu überschreiten. Darüber können wir aber bei Behandlung der Botschaft und des Gesetzesentwurfes der grossen Vorlage uns aussprechen. Bei der Zwischenvorlage verlangen wir eine solche Ermächtigung nicht.

Nun die Bäder. Es hat dieses Frühjahr ein Bäderkongress stattgefunden. Man hat mich von allen Seiten, auch aus Kreisen der Kantonsregierungen, ersucht, ich möchte mich zur Verfügung stellen, um an diesem Bäderkongress den Vorsitz zu führen. Dieser Bäderkongress hat drüben im Nationalratssaal stattgefunden. Der Saal war vollbesetzt. Es war ein grosses Interesse da, und speziell der Kanton Aargau war auffallend stark vertreten. Aus Baden und aus Rheinfelden kamen grosse Kontingente. Man hat uns in allen Tonarten vorgetragen, die schweizerische Bäderhotellerie sei in den Rückstand gekommen, weil speziell in Deutschland und auch in der Tschechoslowakei mit staatlicher Hilfe die Bäder auf einen ganz neuen, modernen Stand gebracht worden seien. Ich konnte nicht beurteilen, inwieweit das richtig ist. Aber was gibt es in Deutschland noch, das nicht von Staats wegen an die Hand genommen und finanziert wurde? Nun sind wichtige Konkurrenzbäder der Schweiz jetzt deutsch geworden und gehören nicht mehr zur Tschechoslowakei. Ich glaube, dass unserer Bäderindustrie daraus eine Chance erwächst, wenn ich mir vergegenwärtige, dass zum Beispiel Bad Ragaz ungefähr die gleichen radiohaltigen Wasser besitzt wie Bad Gastein. Ich kannte die Kundschaft in Bad Gastein und glaube, dass ein grosser Teil unter den neuen Verhältnissen nicht mehr nach Gastein gehen wird. Sie wird ein anderes Bad aufsuchen, das die gleiche Heilkraft besitzt, und das ist Ragaz. Tatsächlich hatte Ragaz in diesem Sommer bereits einen Zuwachs von Gästen und Logiernächten von ca. 20 % zu verzeichnen. Die Sache beginnt sich abzuzeichnen. Es wird nun zu untersuchen sein, ob einzelne unserer Badekurorte einer gewissen Modenisierung bedürfen. Dafür haben wir eine Dreierkommission eingesetzt, die besteht aus den Herren Professor Bürgi von der Universität Bern, Herrn Primus Bon vom Bahnhofrestaurant Zürich, einem guten Kaufmann, und drittens aus Herrn Dr. Seiler, dem Direktor der Hoteltreuhandgesellschaft, die ihrerseits unter dem Präsidium von Herrn Ständerat Dr. Keller steht. Ich könnte es mir nicht vorstellen, dass diese Kommission, aus drei gescheiten Leuten zusammengesetzt, in der auch der Direktor der Hoteltreuhandgesellschaft mitwirkt, nach Schuls-Tarasp gekommen wäre, die Hoteliers versammelt und ihnen erklärt hätte: Man will Euch Geld geben, neues Subventionsgeld — wie wollen Sie es verwenden? Wenn das Herr Dr. Seiler in solch ungeschickter Weise getan hätte, sollte der Präsident des Verwaltungsrates eigentlich seine Demission verlangen. Jene Darstellung ist jedenfalls etwas verfärbt und übertrieben. Das glaube ich berichtigen zu dürfen.

Was nun aus diesen Untersuchungen über die Badekurorte heraus resultiert, weiss ich noch nicht; die Berichte habe ich noch nicht erhalten. Jedenfalls können wir gegenüber solchen Bewegungen nicht einfach vom Bundesratstische aus erklären: das geht uns nichts an, machen Sie, was Sie wollen. Wenn Sie heute der notleidenden Wirtschaft gegenüber diese Haltung einnähmen, hätten Sie in kurzer Zeit eine Stimmung, vor der mir grauen würde. Wenn es in unserm Lande relativ gut und ruhig zugegangen ist, so haben die tröstlichen Worte und die Hilfe des Bundes viel dazu beigetragen.

Nun muss ich mich noch kurz aussprechen zu den Anträgen der Herren Amstalden und Meyer. Ich bringe dem Heimatwerk alle Sympathie entgegen; ich weiss aber auch, dass wir dieses Heimatwerk bereits subventionieren. Ich kann momentan nicht sagen, ob wir dafür einen speziellen Budgetkredit haben oder ob solche Beiträge aus den landwirtschaftlichen Notstandskrediten verabfolgt werden. Bevor ich weiss, wie weitgehend wir solche Subventionen schon bewilligen, also nicht beurteilen kann, ob das, was geschieht, als genügend angesehen werden darf, kann ich mich nicht verpflichten, aus diesen ausserordentlichen Krediten noch ein Supplement in Aussicht zu nehmen. Aber ich bin gerne bereit, die Frage zu prüfen, und Herr Ständerat Amstalden kann seinen Antrag dann bei der Gesamtvorlage bringen. Was hier vorliegt, ist ja nur eine Uebergangsvorlage. Wir können hier nicht neue Arten von Subventionen aufnehmen, die noch nicht geprüft sind.

Die gleiche Antwort muss ich Herrn Ständerat Meyer geben. Wir wollen auf die Sache zurückkommen, wenn wir dann die Hauptvorlage behandeln.

Nun noch die beiden Fragen von Herrn Ständerat de Coulon. Ich präsidiere die interdepartementale Kommission für Kriegswirtschaft. Nachdem Herr Prof. Keller für Aufgaben der Handelsverträge hat abgegeben werden müssen, habe ich das Präsidium dieser kriegswirtschaftlichen interdepartementalen Kommission seit Beginn dieses Herbstes selbst übernommen. Eine der Fragen, die mich besonders beschäftigt hat, ist die: wieweit können wir im Kriegsfall die Kohle durch Holz ersetzen, als Triebstoff? Wenn wir uns auch Mühe geben, die Benzinvorräte im Lande höher zu bringen, als sie jetzt sind, so werden wir nie dazu kommen, das würde ein ungeheures Geld kosten, Benzinmengen für ein ganzes Jahr in Vorrat zu halten. Wir müssen uns dadurch zu behelfen suchen, dass wir in einer relativ kurzen Zeit wenigstens teilweise die Betriebsstoffe durch einheimische Stoffe ersetzen können. Darum spielt die Verwendung von Holz als Triebstoff für die Lastwagen eine so eminent wichtige Rolle. Ich habe festgestellt, dass die Meinungen immer noch erheblich auseinandergehen, trotzdem seit Jahren an dieser Geschichte herumgepröbelt wird. Es blieb mir nichts anderes übrig, da ich die technische Seite auch nicht beurteilen kann, als von der Kriegswirtschaft aus eine kleine Kommission von Fachmännern einzusetzen, und von dieser erwarte ich in relativ kurzer Zeit bestimmte Meinungen und Vorschläge. Sie sehen, dass wir im Begriffe sind, diese Frage zur Abklärung zu bringen; es ist wahrlich nicht mehr zu früh.

Was die Flusschiffahrt anbelangt, so fällt auch mir auf, dass man vor 10—20 Jahren so viel gesprochen und geschrieben hat über die Schiffbarmachung unserer Hauptflüsse, während man gerade jetzt in der Zeit, wo man in ausserordentlichem Masse Millionen aufwendet für Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Fortschritte, von dieser Binnenschiffahrt man nicht mehr spricht. Worauf man diese Stille zurückführen muss, vermag ich momentan nicht zu beurteilen. Sie hätten einen Herrn, der da besser Bescheid weiss, unter Ihnen, nämlich Herrn Ständerat Wettstein, der seit Jahren in den Fragen der Entwicklung der Flusschiffahrt von Basel an rheinaufwärts eine Rolle spielt. Eines müssen wir in Betracht ziehen: Wenn wir uns daran gewöhnen, in allen Dingen immer den Kriegsfall in Rechnung zu stellen, so ist es leider so, dass in den Kriegsfällen, die als möglich in Betracht gezogen werden müssen, gerade unsere Flusslinien, die die Hauptzufahrt bewältigen sollten, wahrscheinlich in der Gefahrenzone liegen werden. Denken Sie an den Rhein und die Rhone.

Dann kostet die Schiffbarmachung dieser Flüsse ein kolossales Geld. Deshalb lässt man ein Elektrizitätswerk nach dem andern entstehen, legt jedem Werk, das neu entsteht, die Verpflichtung auf, eine Schleuse zu bauen; damit wird die Schiffbarmachung gefördert und so kommt man etappenweise zu Resultaten. Ein grosses Hindernis wird immer wieder die Lage beim Rheinfall im Kanton Schaffhausen für die Schiffbarmachung des obern Rheins sein.

Diese Fragen sind, wenn ich richtig orientiert bin, unserm Amt für Wasserwirtschaft anvertraut. Ich kann also nicht aus meinem Departement schöpfen und betrachte mich nicht als kompetent, hier eine massgebende Auskunft zu erteilen; aber ich will meinem Kollegen vom Post- und Eisenbahndepartement weitergeben, dass nach diesen Fragen hier gerufen wurde.

Keller, Berichterstatter: In bezug auf die Episode im Engadin möchte ich wiederholen — ich habe das vorhin Herrn Bundesrat Obrecht persönlich gesagt, er scheint es aber überhört zu haben —, dass Herr Dr. Seiler als Direktor der Hoteltreuhandgesellschaft das Mandat an Herrn Vizedirektor Michel weitergegeben hat, also nicht im Engadin war. Ich werde die Demission von Herrn Dr. Seiler deshalb nicht verlangen. (Zwischenruf Bundesrat **Obrecht:** Das ist mir lieber.) Ich begreife das.

Zu den Krediten noch zwei Worte: Bei den Anträgen, die von den Herren Amstalden und Meyer gestellt worden sind, stelle ich fest, dass sie sich bloss auf den Text beziehen und nicht auf den Kredit, dass sie also zwar die Zahl der Nutzniesser erhöhen wollen, jedoch ohne den Kredit zu erhöhen. Ich glaube nicht, dass das geht, weil ich die Ueberzeugung habe, dass die Kredite exakt berechnet worden sind und es nicht geht, andere Nutzniesser hereinzubringen. Nachdem Herr Bundesrat Obrecht die Zusicherung gegeben hat, dass er die Sache prüfen werde, möchte ich die Herren bitten, ihre Anträge zurückzuziehen. Ich gebe ihnen die gleiche Zusicherung, dass wir bei der Behandlung der grossen Vorlage die Anregungen wohlwollend in Erwägung ziehen werden.

Dann noch ein Wort zu dem grossen Kredit 3 d „Bodenverbesserungen, Wasserbau und Waldarbeiten". Ich habe von der Kommission den Auftrag erhalten, festzustellen, dass hier nicht die Sparmassnahmen auf diesem Gebiete rückgängig gemacht werden, sondern dass Rückstände im Interesse der Arbeitsbeschaffung auf die Seite geschafft werden sollen. Eine kumulative Subventionierung ist also im Gegensatz zu einer früheren Praxis nicht beabsichtigt. Es sollen soviel wie möglich unterstützte Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess hineingebracht werden.

Im übrigen ist in der Kommission von unserm Kollegen Herrn Klöti gewünscht worden, dass einmal gründlich geprüft werde, ob nicht das System der Subventionen auf diesem Gebiete, wo so grosse Staatsbeiträge gewährt werden, wie sie wahrscheinlich prozentual in keinem Lande der Erde gegeben werden, einmal ganz oder teilweise ersetzt werden kann durch das System der darlehensweisen Geldhingabe auf Meliorationshypotheken. Herr Bundesrat Obrecht hat uns Prüfung des Gedankens zugesagt, so dass wir ihn jetzt bei diesem Anlass nicht weiter zu verfolgen brauchen. Ich kann Ihnen also Zustimmung auch zu diesem Kredit von 3 Millionen Fr. empfehlen und somit Zustimmung zum Gesamtkredit, wobei ich wiederhole, dass einzelne Mitglieder persönliche Bedenken zurückstellen mussten, um zur Zustimmung zu gelangen.

Amstalden: Es ist richtig, wie Herr Bundesrat Obrecht gesagt hat, dass das „Schweizerische Heimatwerk" bereits subventioniert wird und auch die übrigen „Heimatwerke" heute schon etwelche Unterstützung vom Bunde erhalten. Aber diese Unterstützungen sind eben zu klein. Weil indessen Herr Bundesrat Obrecht ausdrücklich erklärt, er werde die heute gemachten Anregungen wohlwollend prüfen — und die gleiche Erklärung hat auch der Herr Präsident der Kommission soeben abgegeben —, so bin ich in der Lage, in Uebereinstimmung mit Herrn Kollega Meyer die Anträge zurückzuziehen. Ich möchte dann der Kommission, der ich nicht angehöre, diese Anregung zugunsten der bergbäuerlichen Heimarbeit recht angelegentlich zur Prüfung empfehlen.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Die durch diesen Beschluss bewilligten Kredite sind in die Ausgaben und Deckungsmassnahmen einzurechnen, welche bei Berücksichtigung der Vorlage des Bundesrates vom 7. Juni 1938 betreffend den Erlass eines Verfassungsartikels über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beschliessen sind. (Schlusssatz streichen.)

Proposition de la commission.

Les crédits accordés par le présent arrêté seront compris dans les dépenses résultant de l'arrêté constitutionnel sur le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage qui serait adopté comme suite au projet du Conseil fédéral du 7 juin 1938; ils seront couverts de la même façon que ces dépenses. (Biffer la seconde phrase.)

Keller, Berichterstatter: Dieser Artikel wird Sie nur einige Augenblicke aufhalten. Wir haben hier beigefügt, dass die durch diesen Bundesbeschluss bewilligten Kredite auch in den Ausgabenmassnahmen einzurechnen sind, nicht nur in den Dekkungsmassnahmen. Es handelt sich hier um eine kleine Unterlassung im nationalrätlichen Texte. Man hat mir gesagt, dass die nationalrätliche Kommission im voraus Zustimmung beschlossen habe.

Im übrigen bildet unser Art. 2 nur eine eventuelle Deckung für den Fall der Annahme der grossen Vorlage, die wie bekannt eine Deckungsklausel hat. Die Lösung, die hier vorliegt, ergibt sich aus der historischen Entstehung der kleinen Vorlage. Die fehlende Deckungsklausel bildet den schwachen Punkt dieser kleinen Vorlage, die eben von der Deckungsfrage der grossen Vorlage abhängt. Trotzdem empfehlen wir Ihnen Zustimmung zu dem Text, wie er Ihnen gedruckt vorliegt.

Zur Streichung des Schlussatzes habe ich noch zu erklären, dass die Kommission ausdrücklich beschlossen hat, festzustellen, dass die Streichung nicht etwa bedeuten soll, wir seien mit dem Gedanken, der hier zum Ausdruck gebracht ist, nicht einverstanden. Die grosse Vorlage soll so gefördert werden, dass sie spätestens im Mai 1939 der Volksabstimmung unterbreitet werden kann. Wir sind durchaus mit dieser Meinung einverstanden. Die Streichung erfolgt bloss aus dem Gedanken heraus, dass diese Vorschrift eigentlich eine Vorschrift an die eidgenössischen Räte enthält, also als Schönheitsfehler zu qualifizieren ist.

M. **Mouttet:** Je ne veux pas allonger le débat sur cet arrêté.

J'ai remarqué avec quelle minutie on a envisagé les dépenses en vue de la défense nationale et de la lutte contre le chômage; mais je constate que l'on n'en a pas mis autant pour trouver la manière de couvrir ces dépenses. Conseil fédéral, Conseil national et commissions disent que ces crédits seront couverts conformément aux prescriptions relatives à un autre grand projet de travaux. Mais cet autre projet n'est encore ni discuté ni accepté. La couverture des 70 millions dont il s'agit dans l'arrêté que nous discutons n'est donc qu'éventuelle. Nous ne savons pas encore en quoi elle consistera. Si l'impôt compensatoire n'était pas voté, comment dans cette éventualité couvrira-t-on les dépenses de 70 millions que nous venons de décider? Qu'on nous indique la solution!

Keller, Berichterstatter: Herr Mouttet fragt: Wie wollen wir die Deckung finden, wenn die grosse Vorlage verworfen oder ohne Deckungsklausel angenommen wird? Ich antworte: wir wollen dann später sehen, was wir in diesem Falle tun wollen, um die Deckung sicherzustellen. In bezug auf die Wehrkredite ist ja unter allen Umständen vorgesehen, dass sie durch eine eidgenössiche Wehrsteuer erfolgen soll. Für das, was dann noch bleibt, wird sich ein Ausweg auch finden. Ich stelle bloss fest, dass Herr Mouttet keine Lösung vorschlägt. Ich bitte ihn, eine Deckungsklausel vorzuschlagen und die Kommission wird sie der Prüfung unterziehen.

Bundesrat **Obrecht:** Es handelt sich hier nicht um einen Rechtssatz, sondern um einen Vorsatz, und zwar um einen guten Vorsatz. Man nimmt sich vor, dass man die Deckungsfrage dadurch lösen will, dass man die Kreditsummen dieser Uebergangsvorlage in die Deckungssumme der Hauptvorlage einrechnet. Eine materielle Deckung ist damit noch nicht erreicht.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Man hätte in Art. 3 ebensogut sagen können, dass der Bundesbeschluss als dringlich in Kraft trete; denn in Wirklichkeit ist er sowohl dringlich als auch nach der Praxis nicht „allgemeinverbindlich". Wir wollen aber keine Differenz schaffen und stimmen deshalb zu; denn wir wollen es vermeiden, auf die theoretische Diskussion darüber einzutreten, was eigentlich als „nicht allgemeinverbindlicher Bundesbeschluss' anzusehen sei. Wir empfehlen Ihnen somit Zustimmung.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes
30 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 10. Nov. 1938.
Séance du 10 novembre 1938, matin.

Vorsitz — Présidence: M. *Weck.*

3769. Schuhmachergewerbe. Verlängerung der Schutzmassnahmen.
Cordonniers. Prorogation des mesures protectrices.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 4. Oktober 1938 (Bundesblatt II, 477). — Message et projet d'arrêté du 4 octobre 1938 (Feuille fédérale II, 481).

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

M. **Mouttet,** rapporteur: Les arrêtés fédéraux déclarés urgents pour protéger le métier de cordonnier se renouvellent. Les présidents de la commission se succèdent: nous en sommes au troisième. Je crois devoir vous rappeler que le premier fut notre collègue de pieuse mémoire, M. Thalmann, décédé il y a quelque temps; le second, mon voisin de droite, M. Fricker; enfin c'est à moi qu'il appartient maintenant de rapporter sur ce renouvellement de l'arrêté fédéral édicté en 1936.

Le projet d'arrêté qui vous est soumis est, lui aussi, déclaré urgent. Pourquoi? Parce que celui qu'il est destiné à remplacer en vue de la protection du métier de cordonnier, soit l'arrêté du 23 décembre 1936, cessera de déployer ses effets le 31 décembre prochain.

Il y a deux ans déjà, en qualité de rapporteur, je vous disais que la commission avait exprimé l'espoir que, jusqu'à l'expiration de la durée de cet arrêté, on aurait préparé les réformes nécessaires pour rentrer dans l'ordre constitutionnel. Cet espoir ne s'est pas réalisé. Les nouveaux articles constitutionnels d'ordre économique ne sont pas encore adoptés ni par les Chambres, ni par le peuple. La durée attribuée à l'arrêté du 23 décembre 1936 a été trop courte pour permettre de procéder, dans l'intervalle, à une réforme constitutionnelle de notre régime économique dans son ensemble. C'est pourquoi nous sommes appelés, aujourd'hui, à proroger pour trois ans les mesures prises en son temps en vue de protéger le métier de cordonnier.

Le premier arrêté tendant à la protection de ce métier avait comme point de départ la multiplication des ateliers mécaniques qui causaient la ruine des petits cordonniers. On a voulu restreindre l'expansion des machines, élever le niveau professionnel des exploitations artisanales et augmenter ainsi la résistance économique des cordonniers. On a cherché à atteindre ce but, tout d'abord en subordonnant l'ouverture et l'agrandissement d'ateliers de réparation de chaussures et des dépôts de réception à un permis de l'autorité cantonale, permis qui ne serait accordé qu'en cas de besoin ou en raison de circonstances particulières; ensuite, en n'accordant ce permis qu'aux cordonniers en droit de s'intituler «maître», ou que pour une translation à faible distance des ateliers artisanaux; enfin en instituant une commission d'experts appelée à donner son avis sur les questions ayant trait au métier de cordonnier.

En 1936, ce premier arrêté de 1934 a été renouvelé, mais on a restreint le droit de recours au Conseil fédéral contre les décisions des autorités cantonales. On l'a restreint aux cas où se posait la question du besoin ou des circonstances particulières. Pour le surplus, les décisions cantonales étaient définitives.

Je ne veux pas insister sur le détail des mesures qui sont mentionnées dans l'arrêté fédéral du 23 décembre 1936. Vous les connaissez. La question qui se pose aujourd'hui est de savoir si ces mesures protectrices doivent être maintenues. Avant de faire des propositions à ce sujet, le Département de l'économie publique a consulté les cantons et les a invités à indiquer, le cas échéant, les modifications qui leur paraissaient désirables. Sur les 22 cantons qui ont répondu, 20 reconnaissent la nécessité de proroger l'arrêté fédéral de 1936, de prolonger l'aide accordée au métier de cordonnier. Dans leur grande majorité, ces cantons estiment que l'arrêté fédéral de 1936 doit être prorogé tel quel encore pendant un ou deux ans, ou jusqu'à ce que les nouveaux articles économiques de la Constitution ou des mesures fondées sur ces nouveaux articles soient entrés en vigueur.

Trois grandes associations centrales ont également été consultées, à savoir: l'Union suisse du

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1938
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Novembersession Session de novembre Sessione di novembre
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	03
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	09.10.1938
Seite Page Pagina	383-408
Ref. No	20 032 654

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Nachmittagssitzung vom 21. März 1939.
Séance du 21 mars 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 7. Juni 1938 (Bundesblatt I, 857). — Message et projet d'arrêté du 7 juin 1938 (Feuille fédérale I, 861).

Beschluss des Nationalrats vom 12. November und 20. Dezember 1938.
Décisions du Conseil national, des 12 novembre et 20 décembre 1938.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Eintreten.

Proposition de la commission.

Majorité:

Passer à la discussion des articles.

I. Minderheit (Ordnungsantrag Klöti):

Der Bundesbeschluss betreffend Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in zwei Beschlüsse zu teilen:

1. Kreditbeschluss der Räte über 307,7 Millionen Franken samt Programmbeschluss der durchzuführenden Arbeiten. Nach Bewilligung des Kredites ist mit der Durchführung der Arbeiten zu beginnen.

2. Beschluss betreffend Ergänzung der Verfassung, enthaltend die Ermächtigung zur Erhebung einer besondern Steuer zur Deckung der Ausgaben betreffend Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Ausführungsvorschriften sind in einem besondern Bundesgesetz zu erlassen.

Ire Minorité (Motion d'ordre Klöti):

L'arrêté fédéral concernant le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage est scindé en deux arrêtés:

1° Un arrêté de l'Assemblée fédérale ouvrant un crédit de 307,7 millions de francs et comprenant un programme de travaux. Les travaux commenceront dès que le crédit aura été voté;

2° Un arrêté constitutionnel autorisant la perception d'un impôt spécial pour couvrir les dépenses nécessitées par le renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage. Les dispositions d'exécution seront édictées dans une loi spéciale.

II. Minderheit:

(Evéquoz, Bally, Béguin, Malche, Mercier):

Erlass zweier Artikel der Bundesverfassung über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfsng der Arbeislosigkeit.

A.

Die Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 wird durch folgende zwei Artikel ergänzt:

Art. I. 1. Zum Ausbau der Landesverteidigung wird dem Bundesrat ein Kredit von ... Millionen Franken eröffnet.
2. Der Bundesrat verwendet diesen Kredit nach Massgabe des von der Bundesversammlung genehmigten Programms.
3. Die Deckung dieser Ausgaben ist durch das definitive Finanzprogramm sicherzustellen.

Art. II. 1. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird dem Bundesrat ein Kredit von ... Millionen Franken eröffnet.
2. Der Bundesrat verwendet diesen Kredit nach Massgabe des von der Bundesversammlung genehmigten Programms.
3. Der Bund ist befugt, zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung ... (gemäss Anträge der ständerätlichen Kommission).

B.

Dieser Bundesbeschluss ist getrennt der Abstimmung des Volkes und der Stände zu unterbreiten.

C.

Die Bestimmungen des Art. II treten ausser Kraft, wenn der Ertrag der Deckungssteuer 120 Millionen Franken erreicht haben wird.

IIe minorité

(Evéquoz, Bally, Béguin, Malche, Mercier):

Arrêté fédéral

portant

addition à la constitution fédérale de deux articles relatifs au renforcement de la défense nationale et à la lutte contre le chômage.

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu les messages du Conseil fédéral des 7 juin et 9 septembre 1938, arrête:

A.

La Constitution fédérale du 29 mai 1874 est complétée par les deux articles suivants:

Art. I. 1. Il est ouvert au Conseil fédéral un crédit de ... millions de francs à l'effet de renforcer la défense nationale.
2. Le Conseil fédéral emploie ce crédit conformément au programme approuvé par l'Assemblée fédérale.
3. La couverture de cette dépense sera assurée par le programme financier définitif.

Art. II. 1. Il est ouvert au Conseil fédéral un crédit de ... millions de francs à l'effet de lutter contre le chômage.
2. Le Conseil fédéral emploie ce crédit conformément au programme approuvé par l'Assemblée fédérale.

3. Afin d'amortir ... (conformément aux propositions de la commission du Conseil des Etats).

B.

Le présent arrêté sera soumis en votation séparée au vote du peuple et des cantons.

C.

Les dispositions de l'article II seront abrogées lorsque le rendement de l'impôt de couverture aura atteint 120 millions de francs.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Keller, Berichterstatter: Die Botschaft Nr. 3730 des Bundesrates ist hervorgegangen aus dem Bericht der gleichen Behörde Nr. 3637, und dieser hinwiederum ist zurückzuführen auf ein Volksbegehren der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das mit 278 909 gültigen Unterschriften versehen war, am 24. März 1937 bei der Bundeskanzlei eingereicht und im Juni 1937 von der Bundesversammlung erwahrt wurde.

Dieses Volksbegehren hat die Aufstellung und Durchführung eines sogenannten nationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms zum Gegenstand und folgenden Wortlaut, den ich zu Beginn unserer Verhandlungen in Erinnerung rufe:

„Der Bundesverfassung wird folgender Artikel beigefügt:

Mit dem Ziele, die nationale Wirtschaft zu beleben, die Krise in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe zu bekämpfen und die Arbeitslosigkeit zu überwinden, werden nachstehende Massnahmen getroffen:

1. Der Bund stellt ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm auf, das Arbeiten des Bundes und die Subventionierung von kantonalen, kommunalen und privaten Arbeiten umfasst. Dieses Programm ist innert 3 Jahren nach Annahme dieses Verfassungsartikels durchzuführen.

2. Der Bund stellt für die Finanzierung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms bis zu 300 Millionen Franken zur Verfügung. Er kann dafür den Abwertungsgewinn der Nationalbank, wie er sich durch den Bundesratsbeschluss vom 27. September 1936 betreffend Währungsmassnahmen ergeben hat, in Anspruch nehmen.

3. Die Bundesversammlung erlässt nach Annahme dieses Verfassungsartikels ohne Verzug die erforderlichen Vorschriften für dessen Durchführung.

4. Der Bundesrat ist ermächtigt, zur Vollendung von im Programm vorgesehenen Arbeiten die in Ziff. 1 vorgeschriebene Frist um höchstens 2 Jahre zu verlängern."

Der Bundesrat schloss seinen vom 12. Oktober 1937 datierten Bericht Nr. 3637 über dieses Volksbegehren mit dem Entwurf eines Bundesbeschlusses, dessen Art. 2 lautet: „Dem Volk und den Ständen wird die Verwerfung des Volksbegehrens beantragt."

Der Ständerat hat diesem Antrag am 7. Dezember 1937 mit 26 gegen 3 Stimmen zugestimmt, ohne eine Ahnung davon zu haben, dass die derart verabschiedete Vorlage in der Form einer mit der Nr. 3730 versehenen Riesenvorlage unter Führung des Bundesrates nach wenig mehr als einem Jahre wieder Eintritt in den Saal des Ständerates begehren werde. Das ging so zu:

Nachdem der Ständerat den Verwerfungsantrag des Bundesrates zum Beschluss erhoben hatte, beschloss der Nationalrat am 29. März 1938 bei der Beratung des gleichen bundesrätlichen Berichtes, es sei die weitere Beratung bis zur Juni-Session zu verschieben und der Bundesrat einzuladen, bis dahin den Räten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzulegen. Dieser Beschluss des Nationalrates führte dann zur Botschaft Nr. 3730 vom 7. Juni 1938, die wir mit dem zugehörigen Entwurf eines Bundesbeschlusses nunmehr ebenfalls zu behandeln haben, nachdem der Nationalrat im vergangenen Dezember den Entwurf des Bundesrates mit wesentlichen Aenderungen mit grosser Mehrheit genehmigt hat. Dabei wurde das Verhältnis des Nationalratsbeschlusses zum genannten Volksbegehren in der Weise klargestellt, dass der Bundesbeschluss „erst in Kraft treten solle, wenn das Volksbegehren betreffend ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm zurückgezogen oder in der Volksabstimmung abgelehnt sein wird".

Wir stehen also nicht nur vor einem Entwurf des Bundesrates, sondern vor einem Beschluss des Nationalrates, der nun in dieser Sache mit seinen positiven Beschlüssen die Führung übernommen hat, immerhin nach einem Stellungswechsel des Bundesrates und unter dessen Oberleitung.

Wenn ich mir gestattet habe, diesen Werdegang der heutigen Vorlage in Erinnerung zu rufen, so geschah es nicht nur zur Auffrischung unseres eigenen Gedächtnisses, sondern auch zur Herstellung des nötigen Zusammenhanges für die vielen Leser des stenographischen Bulletins über die Verhandlungen des Ständerates. Im übrigen setze ich, um mich keiner Wiederholung schuldig zu machen, den bundesrätlichen Bericht 3637 und die Botschaft 3730, ebenso den bundesrätlichen Ergänzungsbericht dazu vom 18. Oktober 1938 über die Ausgleichsteuer an die Kommission des Nationalrates, weiter die Verhandlungen und Beschlüsse des Nationalrates vom Dezember 1938 als bekannt voraus, besonders auch die Begründung des bundesrätlichen Stellungswechsels. Ich setze auch die Botschaft des Bundesrates vom 9. September 1938 über die sogenannte „kleine Arbeitsbeschaffungsvorlage" als bekannt voraus, ebenso die Verhandlungen und Beschlüsse beider Räte dazu, durch die auf Abschlag rund 70 Millionen Ausgaben für Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschlossen worden sind. Sie, meine Herren Kollegen, mussten ja nicht nur diese Berichte und Verhandlungen lesen, sondern überdies in einem noch nie dagewesenen Ausmass ganze Stösse von Akten, Privateingaben, Wünschen und Begehren, Gutachten und Gegengutachten, die ich hier nicht eingehend zitieren kann; wir haben sie in den Protokollen unserer Kommissionssitzungen erwähnt. Die Privateingaben bezogen sich zumeist auf die Strassen- und Eisenbahn-Projekte und auf die Ausgleichsteuer. Gestern und heute noch sind uns solche Eingaben auf den Tisch geflogen.

Und nun medias in res. Das Geschäftsreglement und die Uebung verlangen, dass bei Kommissions-

vorlagen in der Regel zuerst die Eintretensfrage zu behandeln sei. Es besteht keinerlei Grund, hier von Regel und Tradition abzuweichen. Also stehen wir vor der Frage: soll der Ständerat dem Bundesrat Paulus folgend auf die artikelweise Beratung eintreten, oder soll er das Eintreten ablehnen im Einklang damit, dass er früher, dem Bundesrat Saulus folgend, beschlossen hatte, dem Volk und den Ständen die Verwerfung des Volksbegehrens betreffend ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm zu empfehlen? Der Ständerat ist kaum jemals vor eine eigenartigere Entschlussfassung gestellt worden als durch diese Sachlage und neue Fragestellung.

Würde der Ständerat Nichteintreten beschliessen, so hätte er nach Art. 4 des Geschäftsverkehrsgesetzes davon dem anderen Rate Kenntnis zu geben. Beschliessen alsdann die beiden Räte, auf ihrer abweichenden Schlussnahme zu beharren, so wäre die Differenz nach Art. 6 des gleichen Gesetzes einer aus den vereinigten Kommissionen beider Räte gebildeten Kommission zu unterbreiten, welche versuchen müsste, eine Verständigung herbeizuführen. Dazu müsste nach gesetzlicher Vorschrift die Kommission des Ständerates auf die gleiche Zahl ergänzt werden, wie diejenige des Nationalrates, also auf 27 (von 44 Mitgliedern), und diese 54gliedrige Konferenz, die unter dem Kommissionspräsidenten des Nationalrates als des Prioritätsrates stehen würde, hätte dann zu versuchen, einen die Beilegung der Differenz bezweckenden Antrag zu finden. Würde ein solcher Antrag wegen der verhältnismässigen numerischen Ueberlegenheit des Ständerates in der Konferenz, in Verbindung mit einer kleinen Minderheit der nationalrätlichen Mitglieder, nicht erzielt werden können, oder würde über einen Einigungsantrag keine Uebereinstimmung beider Räte zustande kommen, wobei jeder der beiden Räte nur einmal Beschluss zu fassen hätte, so würde die Vorlage als abgelehnt gelten, ebenso natürlich, wenn die Einigungskonferenz sich auf einen Nichteintretensantrag einigen und dieser dann von beiden Räten angenommen würde.

So müsste also nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften ein heutiger Nichteintretensbeschluss des Ständerates entweder zum späteren Nachgeben im Differenzen-Verfahren führen oder aber zur Ablehnung der ganzen Vorlage, also zur Verhinderung, jedenfalls aber zu einer starken Verzögerung der Abstimmung der Stände und des Volkes und damit der Kreditbewilligung auch für die Landesverteidigung.

Der Ständerat käme dadurch angesichts des Stellungswechsels des Bundesrates und angesichts der Schlussnahme des Nationalrates sowohl staatsrechtlich wie politisch in eine peinliche, wenn nicht sogar unhaltbare Stellung namentlich aus drei Gründen.

Erstens haben Bundesrat und Nationalrat wichtige und dringliche Kredite für die Landesverteidigung auf den Wagen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms aufgepackt, Kredite, die man allerdings wieder von den übrigen losbinden kann, indessen nicht ohne vielleicht verhängnisvollen Zeitverlust in einer besonders bösen Zeit und auch nicht ohne die Gefahr, dass dann das 300 Millionen Volksbegehren zu der schon beschlossenen Abschlagszahlung von 70 Millionen hinzu und auch zu den Verteidigungsausgaben hinzu allein für ausserhalb der Landesverteidigung liegende zivile Arbeitsbeschaffungsprojekte auch noch angenommen würde, und zwar ohne zweckmässige und dringende konkrete zivile Arbeitsbeschaffungsprojekte über die heute vorliegenden hinaus. Die vom Bundesrat und Nationalrat in die Arbeitsbeschaffungsvorlage eingebauten Landesverteidigungsprojekte machen es für jeden Anhänger eines sofort wirksamen Ausbaues der Landesverteidigung schwer und verantwortungsvoll, gegen das Eintreten auf die ganze Vorlage zu stimmen. Der Zweck der Landesverteidigung und ihre Zusammenkuppelung mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird nicht nur manchen Gegner der Ausgleichsteuer veranlassen, trotzdem für die ganze Vorlage zu stimmen, sondern auch manchen Bürger, der an die Notwendigkeit oder Zweckmässigkeit und Wirksamkeit der zivilen Arbeitsbeschaffungskredite nicht glaubt oder sie doch stark bezweifelt.

Macht so in erster Linie die Zusammenkuppelung der Landesverteidigung mit den übrigen Zwecken der Vorlage das Nichteintreten zu einer derart schwierigen Sache, dass sich kein einziges Kommissionsmitglied zu einem dahin zielenden Antrag entschliessen konnte, so kommt dazu ein zweiter Grund. Durch die Anträge des Bundesrates und durch die Beschlüsse des Natiolnalrates, namentlich durch das darin enthaltene zivile Arbeitsbeschaffungsprogramm sind Hoffnungen auf die Verwirklichung von lange schlummernden neuen öffentlichen Werken, besonders auch von Verbesserungen der Strassen- und Eisenbahn-Verbindungen unseres Landes geweckt worden. Deren Vernichtung aber würde in manchen Gegenden unseres Landes, die mit offenen Augen die Vorgänge im Auslande verfolgen, zu derart schweren Enttäuschungen führen können, dass der Ständerat nicht klug handeln würde, die Verantwortlichkeit dafür allein im Gegensatze zum Bundesrat und zum Nationalrat zu übernehmen. Der Ständerat wird eben schon durch die Anträge des Bundesrates und die Beschlüsse des Nationalrates bis zu einem gewissen Grade in eine Zwangslage versetzt.

Dazu aber kommt ein dritter, nach meiner Ansicht entscheidender Grund: Wenn wir das 300 Millionen-Volksbegehren, das der Bundesrat nun ja in Wirklichkeit zum Gegenstand seiner Anträge gemacht hat, nicht durch einen Gegenvorschlag erledigen, dann besteht im Hinblick auf den Stellungswechsel des Bundesrates die Gefahr, dass neben den Krediten für die Landesverteidigung und neben den schon beschlossenen, und zwar deckungslos beschlossenen Krediten der sogenannten kleinen September-Vorlage dazu auch noch die von der Initiative verlangten 300 Millionen Franken beschlossen werden, und zwar allein für zivile Arbeitsbeschaffung und mit keiner anderen Deckungsmöglichkeit als derjenigen aus dem Abwertungsgewinn der Nationalbank, wobei die gesetzlich garantierten Rechte der Kantone am Reingewinn der Nationalbank in keiner Weise berücksichtigt oder auch nur vorbehalten wären.

So befindet sich der Ständerat heute in einer Zwangslage, nicht nur in derjenigen wie der Bun-

desrat, die durch die internationale und innerpolitische Spannung verursacht ist, sondern in einer besonderen Zwangslage, die durch die Anträge des Bundesrates, durch die Beschlüsse des Nationalrates und die dadurch im ganzen Lande erweckten Hoffnungen auf Errichtung von wünschenswerten neuen öffentlichen Werken noch verstärkt wird, die weiter verstärkt wird durch den Inhalt der ganzen Vorlage, namentlich aber durch die Zusammenkuppelung der Landesverteidigungskredite mit den übrigen Arbeitsbeschaffungskrediten. Was dem Ständerat endlich buchstäblich keinen Ausweg aus dieser Zwangslage gestattet, das ist das 300 Millionen-Volksbegehren, das wie ein Damoklesschwert über unseren Verhandlungen hängt.

Persönlich wage ich hier einzuschalten, dass man sich heute fragen muss, ob es nicht ein Fehler in der Zickzacktaktik des Kampfes gegen diese 300 Millionen-Initiative gewesen ist, dass der Bundesrat den aufgenommenen Kampf gegen sie nicht zu Ende führte, dass er sie nicht gemäss den Ausführungen seiner Botschaft vom 12. Oktober 1937 durch Abstimmung der Stände und des Volkes als Pressionsmittel beseitigte, um dann seinen eigenen Weg für Kredite zum Zwecke der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ohne den Druck eines hängigen Volksbegehrens frei zu haben? Je mehr der Bundesrat sein Handeln von Volksbegehren unter Druck setzen oder doch beeinflussen lässt, um so mehr besteht die Gefahr, dass Komitees ohne gesetzliche Verantwortlichkeit die Leitung unserer Politik an sich reissen und dem Bundesrat durch Initiativen aufzwingen. Das vorliegende Beispiel zeigt uns wieder einmal mehr, wohin es führen kann, wenn der Bundesrat Initiativen, die er für verfehlt hält, auf das Eis legt und so als politisches Druckmittel wirken lässt, statt frisch und fröhlich den Kampf gegen sie zu führen. Das könnte er furchtlos tun, denn von allen bisherigen Volksbegehren sind ja rund $^2/_3$ verworfen worden. Wohlverstanden, ich spreche hier nicht gegen das Volksrecht der Initiative, aber dagegen, dass man die Initiativen nicht rechtzeitig zur Abstimmung bringt und dadurch als politisches Druckmittel wirken lässt.

Ich weiss nur zu gut, dass diese Kritik nach rückwärts nichts mehr nützt. Wir sind nun einmal in die geschilderte Zwangslage hinein manöveriert worden und müssen uns damit abfinden. Wir kämen durch Nichteintreten nicht aus der Zwangslage heraus, sondern nur weiter in sie und in die Sackgasse hinein. Die Vorlage des Bundesrates muss also, besonders wegen ihres Zusammenhanges mit der Initiative, die der Abstimmung nicht entzogen werden kann, ebenfalls vorwärts bewegt werden zur Abstimmung vor Volk und Ständen, wir können sie nicht rückwärts oder stromaufwärts wälzen.

Wegen dieser politischen Notwendigkeit haben auch diejenigen Mitglieder der Kommission, die in der Schlussabstimmung sich gegen den Bundesbeschluss ausgesprochen oder sich der Stimme enthalten haben, für Eintreten in die Einzelberatung gestimmt.

Die meisten Kommissionsmitglieder haben indessen angesichts dieser Sachlage, wie leicht begreiflich ist, nur mit Vorbehalten für Eintreten gestimmt, wie das übrigens ja meistens geschieht. Das Eintreten verpflichtet nicht zur Annahme eines Beschlusses in jedem Fall am Ende der Beratung. Immerhin waren in der Schlussabstimmung 10 Stimmen für Annahme zu zählen. Die Vorbehalte bezogen sich auf den Inhalt des durch die Beratungen bereinigten Bundesbeschlusses. Wir werden aus den Voten der Herren Kommissionsmitglieder, die sich in der Eintretensdebatte zum Worte melden werden, ersehen, welcher Art die Vorbehalte sind; ich will da der Diskussion in keiner Weise vorgreifen. Meine persönlichen Vorbehalte beziehen sich auf eine gute Zweckbestimmung der Kredite für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sowie auf eine genügende Lösung der finanziellen Deckung. Wenn in dieser Beziehung kein befriedigendes Ergebnis herauskommen sollte, müsste auch ich mir vorbehalten, am Schlusse gegen die Vorlage zu stimmen oder mich der Stimme zu enthalten, ebenso wenn der Wagen durch neue Projekte, etwa gar durch eine neue, weder volkswirtschaftlich noch militärisch dringliche Alpenstrasse, noch mehr belastet werden sollte. Denn die Strassen sind auch für einen angreifenden Feind nützlich, sie ziehen ihn an, während die Festungen ihn abhalten.

Und nun möchte ich mit einigen Worten auf die Gründe eingehen, die den Bundesrat zu seinem Stellungswechsel veranlasst haben, als er vom Nationalrat den Auftrag erhalten hatte, seinerseits ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzulegen. Der Ueberblick über die Lage innerhalb und ausserhalb unseres Landes nach dem Anschluss von Oesterreich an das Deutsche Reich zeigte die Notwendigkeit von weiteren Krediten, die in die Hunderte von Millionen gehen, für die weitere Verstärkung der Landesverteidigung. Auch die Arbeitsbeschaffung erschien in einem neuen Lichte. Dieser Arbeitsbeschaffung anerbot die plötzlich neu geschaffene internationale politische, wirtschaftliche und strategische Lage der Schweiz einige Aufgaben, deren Lösung auf die Dauer nicht mehr zu umgehen sein wird, darunter besonders den Ausbau unserer Gotthardlinie und denjenigen unseres Alpenstrassennetzes, namentlich auch eine neue wintersichere Verbindung des Kantons Graubünden mit einem Kanton der Innerschweiz, sei es Glarus oder Uri. Dazu kommt die Aufgabe der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern. Die neue Lage bot diese Aufgaben unseren Behörden nicht nur an, sie drängte sie ihnen auf. Von da weg bis zum Projekt, dieses neue militärische, militär-volkswirtschaftliche und verkehrspolitische oder verkehrspolitisch-militärische Programm, soweit es als unabwendbare Notwendigkeit sich erweist, zu einem bundesrätlichen Arbeitsprogramm zusammenzuschweissen und damit das 300 Millionen-Volksbegehren gleich mit Blut und Leben auszufüllen und durch ein Programm mit konkreten Aufgaben zu ersetzen, ist nur ein Gedankensprung. Dazu lud der Bundesrat dann noch die ihm zweckmässig erscheinende referendumspolitische Fracht, um die Annahme in der Abstimmung zu erleichtern und um auch anderen Kreisen etwas zu bieten, die an den durch die Veränderung der internationalen Lage notwendig gewordenen Eisenbahn- und Strassenbau-Projekten nicht direkt beteiligt waren. So wurden noch zusätzliche Kredite für Bodenverbesserungen, Wasserbau, Forstwirtschaft, Export-

förderung, Gewerbezwecke und Förderung des Fremdenverkehrs auf den Wagen geladen, Kredite, die zum Teil auch wieder mehr oder weniger notwendig, zum Teil aber auch aus referendumspolitischen Erwägungen heraus geboren worden sind; ich rechne da gar manches zur referendumspolitischen Fracht. Und als Vorspann spannte der Bundesrat dann die Landesverteidigungskredite vor den Wagen, trotzdem diese in die Kompetenz der Bundesversammlung fallen und trotzdem sie kein abgerundetes und fertiges Ganzes bilden, sondern nur einen Teilausschnitt aus der Gesamtheit der einer Milliarde sich immer mehr nähernden Militärkredite, die sonst immer von der Bundesversammlung genehmigt zu werden pflegen.

Derart ist die Vorlage aus zusammengekuppelten Programmen zusammengeschweisst und dann noch mit einer Deckungsklausel versehen worden, ein politisch und rechtlich ausserordentliches Erzeugnis einer ausserordentlichen Zeit. Die Verbindung so verschiedenartiger Dinge ist nicht nur in der Oeffentlichkeit, sondern auch in der Kommission auf das Schärfste kritisiert worden, man hat von demagogischer Kunst gesprochen, wo die Urheber nur erlaubte politische Geschicklichkeit wahrhaben wollen. Es ist zuzugeben, dass, war schon das Hors d'œuvre varié der sogenannten „kleinen Vorlage" sehr verschiedenartig, das Menu dieser grossen Vorlage alles an Mannigfaltigkeit und Reichlichkeit überbietet, das unserem Schweizervolk schon zur Abstimmung vorgesetzt worden ist, sogar das Zivil- und das Strafgesetzbuch. Da im Kanton Solothurn einmal ein neues Steuergesetz nur dadurch durchgebracht werden konnte, dass man gleichzeitig den Grossratsproporz einführte, ist unter den Mitgliedern der Kommission die Zusammenkuppelung so verschiedenartiger Dinge in der uns beschäftigenden Vorlage scherzweise eine „Berner-Platte nach Solothurner Art" genannt worden. Doch will ich nicht weiter scherzen, sondern im Ernste beifügen, dass die Verbindung nicht nur referendumspolitische Vorteile, sondern auch schwere Nachteile hat. Nicht nur bringt sie sehr viele Abstimmende in eine Zwangslage und in einen Gewissenskonflikt, sie zwingt sie, alles miteinander mit einem einzigen Ja anzunehmen oder mit einem einzigen Nein zu verwerfen, während mancher eigentlich, wäre er frei, nur einen Teil der Vorlage annehmen oder verwerfen würde. Auch bringt das Verknüpfungsverfahren für die Gesamtabstimmung nicht nur Chancen, sondern auch Risiken, es kann leicht eine Kumulation der Widerstände die Folge sein, und mancher Abstimmende wird zum Proteste verwerfen, weil er sich die in der Verkuppelung liegende Einschränkung der Abstimmungsfreiheit nicht gefallen lassen will. Aus solchen Erwägungen heraus sind zwei Minderheitsanträge entstanden, deren Ziel eine Trennung der Vorlage ist. Ich werde darauf zurückkommen, möchte jedoch schon den Anhängern der 2. Minderheit eines zu bedenken geben, nämlich das: Sie vergessen, dass über uns das Damokles-Schwert der 300 Millionen-Initiative schwebt, die, wenn der Antrag der 2. Minderheit mit einem Kredit von 120 Millionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchgehen sollte, sicher nicht zurückgezogen würde, so dass dann, würde sie angenommen, die Finanzierung bis zu 300 Millionen Franken ausschliesslich aus dem Abwertungsgewinn der Nationalbank zu erfolgen hätte, ohne dass die Kantone ihren vermeintlichen Rechtsanspruch auf ¾ dieses Gewinnes dann für diesen Betrag überhaupt noch geltend machen könnten.

Die Vorlage des Bundesrates ist also trotz der Verschiedenartigkeit und Mannigfaltigkeit ihrer einzelnen Teile, trotz ihres Zusammensetzspiel- oder Mosaikcharakters als Ganzes anzunehmen oder zu verwerfen, eine Teilung erscheint nicht als zweckmässig. Ich werde bei der Besprechung der Minderheitsanträge noch kurz darauf zurückkommen.

Es wurden indessen gegen die Vorlage des Bundesrates noch andere kritische Einreden erhoben. Die erste ist die, sie sei ein finanzielles Abenteuer, sie führe uns auf die Rutschbahn immer weiterer uferloser Ausgaben und in den Abgrund weiterer Abwertung. Was soll dann nach dem Jahre 1942 auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung geschehen, wenn die jetzt bewilligten Kredite aufgebraucht sein werden? Die bange Frage: Was dann? Immer kann es ja nicht so weitergehen. Weiter wird eingewendet, die Deckung der Arbeitsbeschaffungsauslagen durch die Ausgleichsteuer sei eine Illusion, da das Geld wohl in 3—4 Jahren ausgegeben, der Ersatz aber erst in einem Dutzend von Jahren voll eingehen werde. Die vorgesehene Ausgleichsteuer sei zudem nicht nur höchst ungerecht, sondern sie werde auch ihren gewerbepolitischen Zweck nicht erreichen. Es wäre überhaupt besser, das Geld jetzt nicht auszugeben, sondern zusammenzuhalten für die in wenigen Jahren voraussichtlich eintretende Absackung in der Rüstungstätigkeit und wirtschaftlichen Konjunktur überhaupt oder für andere noch schlimmere Fälle. Die Vorwegnahme und Bindung der Ausgleichsteuer als einer Art Umsatzsteuer beraube die Allgemeinheit eben doch einer Finanzquelle, ebenso die Liquidation eines Teiles des Abwertungsgewinnes der Nationalbank. Die staatliche Arbeitsbeschaffung sei überhaupt kein wirksames Universalmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber sie führe zu einer unaufhaltsam wachsenden Ausgabenpolitik in Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Bergstrassenbauten führe nach deren Beendigung dazu, einen Teil der bäuerlichen Bergbevölkerung in den Kreis der stempelnden Arbeitslosen hinein zu bringen.

Manche dieser kritischen Einwendungen und andere dazu stammen aus dem bundesrätlichen Bericht 3673 vom 12. Oktober 1937 oder aus der Rede des Herrn Bundesrat Obrecht vom 28. März 1938 gegen die sozialdemokratische Initiative im Nationalrat, und manche dieser Einwendungen werden wohl heute uns wieder vorgetragen werden.

Heute sagt der Bundesrat: wer die Veränderung der internationalen politischen Lage nicht sehen will, der steckt den Kopf in den Sand. Wenn und soweit wir die Arbeitsbeschaffungsinitiative zum grossen Teil mit unvermeidlichen militärischen oder verkehrspolitisch-militärischen Krediten ausfüllen können, ist das eigentlich gegenüber der Initiative eine Ersparnis. Die Arbeitsbeschaffungskredite haben sich als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Hauptsache bewährt,

wenn auch nicht als einziges Mittel, darum schlagen wir daneben auch noch andere vor wie die Kredite zur Exportförderung und zur Förderung des Fremdenverkehrs. Die Ausgaben für die Landesverteidigung werden durch die für drei Jahre sichergestellte Fortsetzung der Krisensteuer und durch die sie nachher ablösende, noch zu beschliessende Wehrsteuer oder Wehrabgabe gedeckt, die Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung dagegen sollen durch die Ausgleichsteuer und durch teilweise Heranziehung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank in der Hauptsache auch gedeckt werden. Dadurch werden diese Finanzquellen entweder nur zeitweise (wie die Ausgleichsteuer) oder nur teilweise (wie der Abwertungsgewinn) der Allgemeinheit entzogen. Die Arbeitslosigkeit ist aber im Wachsen begriffen, sie muss bekämpft werden, sie ist auf die Länge das allergefährlichste Uebel für einen Staat. Andere wirksame Mittel zu ihrer Bekämpfung als die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand sind, abgesehen von der produktiven Arbeitslosenfürsorge und abgesehen von der staatlichen Exportrisiko-Garantie-Uebernahme, bis jetzt in keinem Lande gefunden worden, bei uns auch nicht. Wer überhaupt nicht einsehe, dass der politisch-psychologische Zeitpunkt gekommen sei für den Bund, zu handeln und das Land sowohl gegen die Gefahren von aussen zu schützen als gegen die Schäden weiter andauernder und wachsender Arbeitslosigkeit, der sei blind. Uebrigens handle es sich nicht um zwei grundverschiedene Aufgaben des Staates, sondern in Wirklichkeit um die gleiche eine Pflicht der Selbsterhaltung gegen äussere und innere Feinde. Wenn es zugleich dann noch möglich sei, durch die vorgesehene Ausgleichsteuer nicht nur einen Teil der Arbeitsbeschaffungsausgaben zu decken, sondern noch eine Art billigen Ausgleiches im gewerbepolitischen Konkurrenzkampf zum Schutze der kleinen und kleinsten noch selbständigen Wirtschaftsträger herbeizuführen, dann sei doch auch gegen eine tragbare Ausgleichsteuer nichts einzuwenden.

So ungefähr lautet die Gegenargumentation des Bundesrates.

Angesichts derartiger Reden und Gegenreden in der Oeffentlichkeit und in der Kommission müssen wir uns fragen: Haben wir überhaupt noch Zeit zu derartigen Diskussionen und zu den folgenden politischen Kämpfen? Und wenn wir den Kopf aufheben und über die Grenze schauen, wenn wir mit verhaltener innerer Anteilnahme den Ereignissen jenseits der Grenze folgen, dann müssen wir uns sagen: diese Ereignisse zwingen uns, die uns lieb gewordene Betrachtungsweise normaler Friedenszeiten preiszugeben und trotz aller früheren Bedenken und sogar Beschlüssen heute dem Bundesrat und Nationalrat zu folgen nicht nur in der Verstärkung der Landesverteidigung, sondern auch in der vermehrten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, damit aber auch in der genügenden Finanzierung dieser Massnahmen und endlich auch in der ausserordentlichen legislatorischen Formgebung dafür, die wir angesichts des Ernstes der Lage nur noch als Nebensache ansehen dürfen. Einer der besten Kenner des frühern und heutigen Geschehens in Europa und in der Welt und einer der gescheitesten Männer überhaupt, einst in allerhöchster irdischer Stellung, der längst das biblische Alter überschritten und sich als Freund unseres Landes bewährt hat, sagte mir beim Abschied unmittelbar vor den jüngsten weltpolitischen Ereignissen: Für Ihr liebes Vaterland rate ich zu prudenza massima, vigilanza estrema!

Die Mehrheit der ständerätlichen Kommission hat sich dahin entschieden, dem Bundesrate zu folgen und hat der bundesrätlichen Vorlage zugestimmt unter zwei Bedingungen, die sie als conditiones sine qua non ihrer Zustimmung bis zum Schlusse aufrecht erhalten hat und mit dem Bundesrat heute noch aufrecht erhält:

1. Bedingung: Die vorgeschlagenen neuen Ausgaben müssen ungefähr so, wie es die Beschlüsse der Kommission vorsehen, gedeckt werden.

2. Bedingung: Die vom Nationalrat beschlossene Ausgleichsteuer muss auf die Gefahr einer etwas längeren Bezugsdauer hin durch Verkleinerung der Schere zwischen den einzelnen Geschäftsarten und durch Herabsetzung der Sätze derart gemildert werden, dass sie für die direkten und indirekten Zahler tragbar wird und weniger Ungleichheiten schafft, also weniger dem Vorwurf der Ungerechtigkeit ausgesetzt ist, trotzdem aber die Aussichten nicht vermindert, den kleinsten und kleinen selbständigen Gewerbetreibenden eine Erleichterung in der Konkurrenz gegen die Grossbetriebe zu bieten, unter gleichzeitiger Vermeidung der Gefahr, gewerbepolitisch den Hasen in eine andere Küche zu treiben.

Von derartigen Erwägungen aus ist die Kommission dazu gelangt, Ihnen Eintreten und Einzelberatung zu empfehlen mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, dass in der Schlussabstimmung jedes Mitglied, das für Eintreten gestimmt hat, wieder frei sein soll, je nach dem Ergebnis der Beratungen, seine Stimme dafür oder dagegen abzugeben und zurückzuhalten.

Gestatten Sie, dass ich bei diesem Anlass mich gleich auch über die zwei Minderheitsanträge ausspreche.

Der Ordnungsantrag Klöti möchte die Vorlage in zwei Teile spalten: eine besondere Ausgabenvorlage und eine besondere später folgende Dekkungsvorlage. Die Kommission hat diesen Antrag mit allen Stimmen gegen diejenige des Antragstellers abgelehnt. Sie alle wissen, dass besonders der Ständerat seit Jahren, namentlich aber bei Beratung und Festsetzung der verschiedenen Finanzprogramme, verlangt hat, es müsse in Zukunft dem Grundsatz nachgelebt werden, wo immer es möglich sei: keine neuen Ausgaben ohne Deckung. Nachdem nun hier der Nationalrat dem Bundesrate folgend diese Forderung einer vorsichtigen Ausgabenwirtschaft weitgehend erfüllt hat, kann es nicht Sache des Ständerates sein, den von ihm selbst so oft und so energisch proklamierten Grundsatz wieder preiszugeben, sonst beschwören wir selber die nicht mehr zu verantwortende Gefahr herauf, dass die grosse Ausgabenvorlage beschlossen, die nachfolgende Deckungsvorlage aber nach dem Satz der Pompadour «après nous le déluge» verworfen wird.

Der Antrag der 2. Minderheit, die von 5 Mitgliedern gebildet wird, möchte die Vorlage nach einem anderen Gesichtspunkte spalten. Der erste

Teil soll die Kredite für die Landesverteidigung enthalten, der 2. Teil jene zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, jeder Teil soll getrennt der Abstimmung des Volkes und der Stände unterbreitet werden.

Ich habe mir lange überlegt, ob ich nicht selbst einen solchen Teilungsantrag stellen wolle. Ich bin davon abgekommen aus einem zwingenden taktischen Grund, der vielleicht von einzelnen der Herren Mitunterzeichner des 2. Minderheitsantrages übersehen oder nicht genügend berücksichtigt worden sein dürfte. Auf unserem Wege liegt immer noch der sperrende Block der 300 Millionen-Initiative. Mit den 120 Millionen Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung, die im Antrag der 2. Minderheit vorgesehen sind, würden wir das Initiativ-Komitee nicht zum Rückzug der Initiative zwingen können. Und dann besteht die grosse Gefahr, dass bei Annahme des 2. Minderheitsantrages nicht nur die 171¼ Millionen für die Landesverteidigung, sondern ausserdem die 120 Millionen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach Antrag der 2. Minderheit und dazu überdies die 300 Millionen nach dem Volksbegehren, zusammen also 541¼ Millionen Ausgaben beschlossen würden, mit der Deckung durch den Abwertungsgewinn bis auf 300 Millionen Franken gemäss der Initiative, die den Anspruch der Kantone auf einen erheblichen Teil des Reingewinnes der Nationalbank völlig ausser acht lässt, also wenigstens für den Betrag von 300 Millionen ein für allemal abweist und erledigt. Dazu kommt, dass jede Notwendigkeit für die Schaffung eines besonderen Verfassungsartikels für die Landesverteidigungskredite dahinfällt, sobald wir diese aus der Gesamtvorlage herausnehmen würden. Die Landesverteidigungskredite allein kann ja die Bundesversammlung einzig beschliessen. Wenn man sie aus der ganzen Vorlage herausnimmt, brauchen wir sie gar nicht vor das Volk und die Stände zu bringen. Warum schlägt uns denn die 2. Minderheit für die abgesonderten Landesverteidigungskredite überhaupt einen besonderen Verfassungsartikel vor? Die rechtliche Begründung dieses Minderheitsantrages, wonach gemäss Art. 121, Abs. 3, der Bundesverfassung auch vom Bundesrat nicht mehrere verschiedene Materien als einheitliches Ganzes zur Aufnahme in die Bundesverfassung vorgeschlagen werden dürfen, halte ich für völlig verfehlt. Ich bitte jedes Mitglied des Ständerates, es sind ja so viele hervorragende Juristen darunter, einmal im stillen Kämmerlein den Art. 121, Abs. 3, der Bundesverfassung durchzulesen. Die Trennung der Materien ist dort nur vorgeschrieben für den einen Weg der partiellen Revision, denjenigen durch Volksanregungen oder Initiativen, ausdrücklich nur für diesen einen Weg, nicht aber für den anderen Weg, nämlich den der Bundesgesetzgebung. Also heisst das e contrario zwingend, dass für den Weg der Bundesgesetzgebung, den wir mit dieser Vorlage beschreiten, die Vorschrift der Materientrennung nicht gilt. Für die Richtigkeit dieser Auffassung und für ihr Obsiegen vor jedem objektiven Gericht nicht nur mit Stichentscheid gehe ich die grösste Wette ein und bin sicher, sie nicht zu verlieren. Also, ich wiederhole: Der Art. 121 BV. verbietet die Verknüpfung verschiedener Materien nur für Volksanregungen, nicht aber für Revisionen auf dem Wege der Bundesgesetzgebung, abgesehen davon, dass über den Begriff „Verschiedenheit der Materie" sich auch noch sprechen liesse, wie es bei der Behandlung der bekannten Kriseninitiative in den Räten ja geschehen ist. Etwas ganz anderes ist es, ob nicht die Trennung der Materien vom Standpunkt der verfassungsrechtlichen und politischen Klarheit und Reinlichkeit aus als Regel grundsätzlich zu wünschen wäre. In dieser Beziehung stimme ich mit den Herren der Minderheit völlig überein: Die Trennung der Materien ist auch für den Bundesgesetzgeber an sich der sauberste und klarste Weg.

Aber, meine Herren Kollegen, hier kommen wir eben wieder zu den Eigenheiten unserer Vorlage, sie ist ein mixtum compositum und sie muss wegen der uns den freien Weg versperrenden Initiative als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Diese Initiative ist nun eben einmal rechtsgültig da, sie kann nicht wegsupponiert werden. Und damit komme ich zum Schluss. — Im Grunde überbieten wir mit den über 300 Millionen Franken Ausgaben unserer Vorlage die Initiative mit ihren 300 Millionen. Wir verhelfen also der Initiative zu einem glänzenden Sieg, nach dem sie sich ruhig zurückziehen darf. Indessen sieht die Vorlage nun doch ganz anders aus als nach dem Wortlaut des Volksbegehrens. Wir haben im Arbeitsprogramm nicht nur Kredite für die Arbeitsbeschaffung in den Kantonen für mehrere künftige Jahre zusammen und nicht nur Kredite für die Landesverteidigung, überdies bei den Krediten für die Arbeitsbeschaffung solche für Verbesserung unseres Eisenbahn- und Alpenstrassennetzes, die über kurz oder lang unvermeidlich gewesen wären. Wir haben ausserdem eine Deckung für die Arbeitsbeschaffungskredite, auch für künftige Bundesbeiträge, die wir sonst durch den Voranschlag finanzieren müssten. Die Deckung unserer Vorlage ist schon deswegen derjenigen der Initiative vorzuziehen, weil diese letztere den Anspruch der Kantone auf den Abwertungsgewinn der Nationalbank ignoriert und dadurch zu einem erheblichen Teil aberkennt, dass sie über 300 Millionen Franken vorbehaltlos verfügen will. Im Grunde bedeutet unsere Vorlage die Einräumung bestimmter Vollmachten an den Bundesrat mit Genehmigung von Volk und Ständen im Rahmen bestimmter Kredite und mit einem genauen Programm, sowie mit weitgehender Dekkung.

Endlich noch ein Wort über das Vorgehen bei der Beratung.

Die Vorlage besteht bekanntlich aus einem Verfassungsartikel, der Bezug nimmt auf ein Programm, das ebenfalls in die Form eines Bundesbeschlusses gekleidet ist und zwar eines Bundesbeschlusses sui generis, ohne Referendumsmöglichkeit, ohne dass gesagt ist, ob er allgemein verbindlich sei oder nicht. Nach Ueberprüfung dieses Programm-Bundesbeschlusses scheint mir darin noch ein Schlussartikel zu fehlen des Inhalts, der Bundesbeschluss trete nur dann in Kraft, wenn der Verfassungsartikel von Volk und Ständen angenommen werde. Dann erst ist der inhaltliche Zusammenhang richtig hergestellt. Ich ersuche das Departement, diese Frage bis zur Einzelberatung noch zu prüfen und eventuell noch einen Schluss-

artikel vorzulegen. Vielleicht könnte man auch in Art. 1 des Programm-Beschlusses sagen „unter Vorbehalt der Annahme des neu vorgeschlagenen Artikels der Bundesverfassung durch Volk und Stände", statt „unter Vorbehalt der Krediteröffnung", denn Kredite kann auch die Bundesversammlung allein eröffnen.

Zunächst empfehle ich, über Eintreten oder Nichteintreten zu entscheiden. Wird Eintreten beschlossen, empfehle ich, zunächst den Bundesbeschluss mit dem Programm in Einzelberatung zu ziehen, da das Programm auch bei Annahme der Anträge Klöti oder der 2. Minderheit doch aufrecht bleibt und durchberaten werden muss. Nach Fertigberatung des Programms empfehle ich, den Verfassungsartikel zu beraten und zwar so, dass in erster Linie über den Antrag Klöti und nachher über den Antrag der 2. Minderheit entschieden wird. Aus dem Entscheid wird sich dann das weitere Vorgehen ergeben.

Für die Programmberatung dürfte es zweckmässig sein, die Diskussion zuerst nach den grossen lateinischen Lettern und innerhalb derselben, dann nach den grossen römischen Ziffern zu zerlegen, also nur ausnahmsweise, soweit nötig, auch nach den kleinen Lettern. Wir haben mit den Herren Vertretern des Bundesrates eine Arbeitsteilung vereinbart in der Weise, dass Herr Bundesrat Minger noch über die Landesverteidigungskredite, Herr Bundesrat Pilet über die Eisenbahn-Projekte, Herr Bundespräsident Etter über die Alpenstrassen-Projekte und Herr Bundesrat Obrecht über die Arbeitsbeschaffungskredite des Programms und die von ihm vorgeschlagene Ausgleichsteuer und ihre gewerbepolitischen Ziele referieren werden.

Damit bin ich wirklich am Ende angelangt. Es entspricht der Natur der Vorlage, dass man sich nur schwer und kritisch und mit Ueberwindung von manchen Bedenken zu ihrer Annahme durchringen kann. Der Bundesrat hat sich auch nicht leichten Herzens dazu entschlossen, sondern nur wegen der „Ueble und Arglist der Zeit", um einen Ausdruck der Bundesverfassung von 1291 zu gebrauchen. Das weitere Schicksal wird stark davon abhängen, wie weit die Politik anderer Länder die Einsicht und Opferwilligkeit der abstimmenden Bürger beeinflussen wird. Mit diesen Worten empfehle ich namens der in dieser Frage einstimmigen Kommission Eintreten.

Klöti, Berichterstatter der 1. Minderheit: Der Sprechende ist für Eintreten auf den Kredit betreffend Landesverteidigung, auch für Eintreten mit Bezug auf die Arbeitsbeschaffung und die Ausgleichsteuer. Aber ich habe den Antrag gestellt, die Kreditbewilligungen für Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung von der Verfassungsvorlage betreffend die Einführung einer Ausgleichsteuer zu trennen.

Das Vorgehen, das hier vorgeschlagen wird, ist neu. Ich könnte eine ganze Reihe von Beschlüssen aufzählen, von 1936 bis 1938, durch die Kredite für die Landesverteidigung, gestützt auf die Bundesverfassung, immer in eigener Kompetenz bewilligt wurden und zwar durch nicht allgemein verbindliche Beschlüsse, die also nicht dem Referendum unterstunden. Sie hat auch die Kredite für Arbeitsbeschaffung immer in eigener Kompetenz bewilligt und nur dann, wenn eine Vorlage noch allgemein verbindliche Vorschriften enthielt, in der Form von allgemein verbindlichen Bundesbeschlüssen, die jeweilen als dringlich erklärt wurden. Mit der Bewilligung von Krediten durch die Verfassungsbestimmung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, würde also eine neue Praxis eingeführt.

Welches waren die Gründe, die den Bundesrat, den Nationalrat und die Mehrheit Ihrer Kommission zu diesem neuen Verfahren bestimmt haben? Sie sind in der Botschaft vom 7. Juni 1938 dargelegt. Es sind deren drei. Das erste Argument ist das, die Kredite seien ziemlich hoch, weshalb es sich empfehle, die Kreditbegehren durch Verfassungsgesetz dem Volk und den Ständen zu unterbreiten.

Der andere Grund war der, dass die Ausgleichsteuer ohnehin in die Verfassung hineingehöre — was richtig ist — und dass man deshalb gleich die Kredite mit dieser Verfassungsbestimmung verbinden wolle.

Das dritte Argument, ich glaube, es hat am meisten auf den Bundesrat gewirkt, ist das, dass diese Vorlage, wenn auch nicht rechtlich, so doch de facto ein Gegenvorschlag zur Arbeitsbeschaffungsinitiative von 1937 sei.

Betrachten wir diese Gründe etwas näher. Dass es rechtlich nicht auf die Höhe der Summe ankommt, steht ausser Zweifel. Die Räte haben 1936 für die Landesverteidigung 236 Millionen Franken bewilligt, also eine noch höhere Summe als heute für diesen Zweck gefordert wird, ohne dass sie dafür dem Volke und den Ständen einen Verfassungsartikel vorgelegt hätten. Es steht ausser Zweifel, dass für die Militärkredite gemäss Art. 85, Ziffer 6, der Bundesverfassung die Bundesversammlung zuständig ist, denn diese Bestimmung ist nach dem Kommentar von Burckhardt nicht nur eine organisatorische Vorschrift, sondern auch eine materielle Kompetenzbestimmung zugunsten der Bundesversammlung.

Sodann wird erwähnt, man brauche für den Kredit für Arbeitsbeschaffung eine Verfassungsvorschrift, weil heute noch die verfassungsmässige Grundlage für Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fehle. Dieses Argument können wir nicht gelten lassen. Seit 1849 hat die Bundesversammlung in unzähligen Beschlüssen, gestützt auf Art. 2 der Bundesverfassung betreffend Förderung der allgemeinen Wohlfahrt der Eidgenossen, Beschlüsse über Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst gefasst. Ich erinnere nur an das Landwirtschaftsgesetz, an Gesetze über Gewässerkorrektionen, an die gewerbliche Berufsbildung usw. Alle diese Bundesgesetze hätten keine Verfassungsgrundlage, wenn nicht Art. 2 als genügend erachtet würde. Man hat die Arbeitsbeschaffungskredite bisher unter Berufung auf Art. 2 der Bundesverfassung immer als verfassungsmässig erachtet.

Es bleibt als Hauptmotiv die Erwägung, dass dieser Bundesbeschluss de facto ein Gegenvorschlag zur Initiative sei. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang mit der Initiative vom Jahre 1937 kurz bekannt machen. Sie ist den Herren Kollegen, wie es scheint, nicht mehr recht gegenwärtig, hat doch auch der Kommissionsreferent sie nicht ganz

so geschildert, wie wir sie ansehen. Die Initiative lautet:

„Mit dem Ziele, die nationale Wirtschaft zu beleben, die Krise in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe zu bekämpfen und die Arbeitslosigkeit zu überwinden, werden nachstehende Massnahmen getroffen:

1. Der Bund stellt ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm auf, das Arbeiten des Bundes und die Subventionierung von kantonalen, kommunalen und privaten Arbeiten umfasst. Dieses Programm ist innert drei Jahren nach Annahme dieses Verfassungsartikels durchzuführen.

2. Der Bundesrat stellt für die Finanzierung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms bis zu 300 Millionen Franken zur Verfügung. Er kann dafür den Abwertungsgewinn der Nationalbank, wie er sich durch den Bundesratsbeschluss vom 27. September 1936 betreffend Währungsmassnahmen ergeben hat, in Anspruch nehmen.

3. ....."

Das ist der materielle Inhalt des Initiativbegehrens. Am Schlusse heisst es nur noch, dass man die Kreditsumme statt in 3 Jahren innert 5 Jahren gebrauchen könne, so dass pro Jahr, je nach Bedürfnis, auch weniger als 100 Millionen verwendet werden könnten.

Ich möchte gleich hier bemerken, dass nach dieser Initiative die 300 Millionen Franken nicht nur für zivile Arbeiten hätten ausgegeben werden können. Zur Belebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dürften nach der Initiative verschiedenartige Arbeiten des Bundes ausgeführt werden, also auch solche, die der Landesverteidigung dienen. Nach der Initiative müsste also der Bund gar keine grössere Ausgabe machen, als der Bundesrat durch die 415 Millionen Franken-Vorlage vom Juni 1938 begehrte.

Ueber den Abwertungsgewinn ist in dieser Initiative nicht verfügt worden; Herr Keller hat die Sache etwas zu schroff dargestellt. Es heisst nur, der Bund könne den Abwertungsgewinn in Anspruch nehmen, es besteht kein Zwang dazu, und es heisst auch „ganz oder teilweise". Die Garantie des Bundesverfassungsartikels zugunsten der Kantone gilt hier nicht. Der Abwertungsgewinn, den die Landesbehörde durch die Abwertung des Schweizerfrankens bewirkt hat, ist kein Reingewinn der Bank. Uebrigens glaube ich nicht, dass man sagen kann, dass die Arbeitsbeschaffungsinitiative wegen dieser Bestimmung, die nicht neues Recht schaffen, sondern bloss geltendes Recht bestätigen wollte, hätte verworfen werden müssen.

Das Schicksal der Initiative ist vom Herrn Kommissionsreferenten geschildert worden. Der Bundesrat hat die Verwerfung der Arbeitsbeschaffungsinitiative vorgeschlagen, der Ständerat hat sich diesem Antrag angeschlossen, der Nationalrat hat dann, weil die Verhältnisse sich gewandelt hatten — ich erinnere an den Anschluss von Oesterreich, den der Herr Referent erwähnt hat — Zweifel bekommen und der Bundesrat ebenfalls, ob er mit dem Ablehnungsantrag durchdringe, oder ob die Initiative nicht angenommen würde. Ich glaube, der Nationalrat tat gut daran, dass er die Beratung verschob und den Bundesrat einlud, selber ein Arbeitsprogramm vorzulegen, denn ich zweifle nicht daran, dass sonst die Initiative angenommen worden wäre. Daraufhin hat der Bundesrat am 7. Juni 1938 die heutige Vorlage gebracht.

Die heutige Situation ist nun aber so, dass von der Bundesversammlung keine Stellung zu der Arbeitsbeschaffungsinitiative bezogen wird. Der Nationalrat hat ja die Beratung unterbrochen im März letzten Jahres und im Juni hat der Bundesrat diese neue Vorlage gebracht, ohne sie rechtlich als Gegenvorschlag zur Initiative zu bezeichnen. Die Initiative ist links liegen geblieben. Wann sie erledigt werden soll, weiss man nicht, man hofft nur, dass sie zurückgezogen werde, wenn dieser Vorschlag, der faktisch ein Gegenvorschlag ist, aber rechtlich nicht, zustandekommt, ohne dass die Bundesversammlung selber je verfassungsmässig Stellung dazu bezogen hätte. Wir stehen also rechtlich vor einer sehr eigenartigen Situation. Das Initiativkomitee hat nach der Vollmacht das Recht, das Initiativbegehren zugunsten eines Gegenvorschlages der Bundesversammlung zurückzuziehen. Unter Gegenvorschlag der Bundesversammlung versteht man aber einen Gegenvorschlag gemäss Bundesgesetz vom Jahre 1892 über das Verfahren bei Volksbegehren und ein solcher Gegenvorschlag muss auch die gleiche Verfassungsmaterie beschlagen. Denn wenn eine Initiative einen bestimmten Gegenstand beschlägt, so darf die Bundesversammlung nicht einen Gegenvorschlag machen, der auch andere Materien enthält. Hier aber ist es nun so, dass diese Vorlage weder rechtlich noch faktisch ein Gegenvorschlag ist, denn in der Initiative ist nichts von einer Ausgleichsteuer gesagt, sie hat keine Deckung gebracht, sie hat die Deckung der Bundesgesetzgebung überlassen. Die Ausgleichsteuer ist aber zweifellos ein ganz anderer Gegenstand; es fragt sich daher, ob es streng rechtlich zulässig sei, die Initiative zurückzuziehen zugunsten eines Vorschlages, der rechtlich gar kein Gegenvorschlag im Sinne des Gesetzes ist.

Aber wenn man noch annimmt — ich will nicht tifteln —, dass ein Rückzug zugunsten eines de facto-Gegenvorschlages zulässig sei, dann ergeben sich weitere Nachteile und Komplikationen, wie sie ja der Herr Referent der Kommission einigermassen angedeutet hat. Sie ergeben sich daraus, dass erstens dieser Beschluss rechtlich kein Gegenvorschlag ist. Ferner daraus, dass die Initiative nicht zurückgezogen ist und nicht zugleich mit dem Gegenvorschlag zur Abstimmung kommt, weshalb kein Zwang für die Initianten zum Rückzug der Initiative zugunsten des de facto-Gegenvorschlags besteht. Man kann den Initianten das auch nicht zumuten, zumal dieser de facto-Vorschlag mit der Steuer zusammengekoppelt ist. Der Bundesrat und die Kommission muten das den Initianten auch nicht zu. In der Litera D des vorliegenden Bundesbeschluss-Entwurfes ist ja vorgesehen: „Dieser Bundesbeschluss tritt in Kraft, wenn das Volksbegehren betreffend ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm zurückgezogen oder in der Volksabstimmung abgelehnt wird."

Damit kommen Sie — und ich bitte auch die grossen Juristen, die der Herr Kommissionsreferent vorhin angerufen hat, das zu erwägen — vor eine ganz sonderbare Situation. Nehmen Sie einmal an, das Schweizervolk und die Mehrheit

der Kantone haben diese Vorlage angenommen. Dann hat sie noch gar keine Rechtskraft, sie hängt in der Luft; ein Initiativkomitee hat das Recht, zu entscheiden, ob es die Arbeitsbeschaffungsinitiative zurückziehen wolle oder nicht und wenn es sie nicht zurückzieht, kann der vorliegende Beschluss, den Volk und Stände gefasst haben, nicht in Kraft treten. Da machen Sie vor den Initianten eine Reverenz, die viel grösser ist, als ich sie selbst für richtig erachte. Ist es so sicher, dass das Initiativkomitee diese Initiative zurückziehen kann, wenn Sie diesen Beschluss dem Volk unterbreiten? Das ist noch nicht sicher; es ist noch der Streit im Gange über eine ganz wichtige Frage und das ist die: zu welchem Steueransatz bei der Ausgleichsteuer Selbsthilfegenossenschaften, vor allem die Konsumgenossenschaften, besteuert werden sollen. Wenn wir hier einen Beschluss fassen, der die Genossenschaften und dann voraussichtlich auch die sozialdemokratische Partei, die über den Rückzug der Initiative entscheidend zu bestimmen hat, zur Verwerfungsparole bestimmt, wie ist die Sache dann, wenn die Vorlage angenommen ist? Werden dann diejenigen, die gegen die Vorlage gekämpft haben, zugunsten der angenommenen Vorlage ihre Initiative zurückziehen? Das ist gar nicht gesagt. Sie werden vielleicht sagen, sie setzen den Kampf fort. Dann muss die Bundesversammlung in beiden Räten endlich zu der Initiative Stellung nehmen und die Volksabstimmung über sie anordnen.

Man wird sagen, die Initianten werden sich wohl hüten, die Sache so weit zu treiben, man werde doch nicht die Landesverteidigung sabotieren wollen. Aber das wissen die Initianten so gut wie Sie alle, dass, wenn diese Vorlage im Mai verworfen würde, die Bundesversammlung einige Tage nachher in der Junisession die Kredite für die Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung für sich allein bewilligen müsste, wenn sie ihrer Aufgabe der militärischen und der geistigen Landesverteidigung gerecht werden will. Es ist also fraglich, ob die Initianten durch dieses Zusammenkoppeln sich die Freiheit, gegen eine bestimmte Lösung der Deckung zu kämpfen, nehmen lassen. Die Zeiten sind ja überaus ernst; es liegt mir fern, die Dinge auf die Spitze zu treiben; aber ich wollte Ihnen einmal rein juristisch zeigen, welche Konsequenzen diese eigenartige Behandlung der Initiative haben könnte. Ich denke, alle unter Ihnen gehen mit mir darin einig, dass es überaus stossend wäre, wenn eine Verfassungsbestimmung nach Annahme von Volk und Ständen in ihrer Wirksamkeit abhängig wäre von der Entschliessung eines Komitees.

Welches ist nun der richtige Weg? Er ist überaus klar und einfach, er ist vorgezeichnet durch die Bundesverfassung und die bisherige Praxis. Wir haben hier drei Dinge, den Kredit für die Landesverteidigung im Betrage von rund 170 Millionen Franken, den Kredit für die Arbeitsbeschaffung im Betrage von rund 120 Millionen Franken und die Vorlage über die Ausgleichsteuer. Der richtige Weg besteht nun darin, dass man eben die beiden Kredite durch die Bundesversammlung beschliessen lässt und die Ausgleichsteuer dem Volk zum Entscheide vorlegt, wie es die Verfassung vorschreibt.

Warum hat man diesen Weg nicht eingeschlagen? Ich glaube zunächst deshalb, weil da ein bisschen Prestigegründe mitgewirkt haben. Man wollte zuerst die „sozialistische" Initiative ohne weiteres verwerfen. Als dies zu gewagt erschien und man sich zu einem Gegenvorschlag entschliessen musste, wollte man der Initiative nicht die Ehre antun, ihr in aller Form einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Man ignorierte sie, machte aber tatsächlich doch einen Gegenvorschlag und mutet nun den Initianten zu, diesen als Gegenvorschlag anzusehen, trotzdem man ihn nicht als solchen bezeichnen will. Sehen wir von dieser Prestigefrage ab, so spielt die Berufung auf Art. 31, Abs. 2, des Finanzprogrammes eine Rolle, welcher lautet: „Neue Ausgaben sind unzulässig, wenn die erforderlichen Mittel entweder nicht vorhanden sind oder auf dem ordentlichen verfassungsmässigen Wege bewilligt werden". Das ist die Bestimmung, von welcher wir schon bei der Beratung immer wieder gesagt haben, sie sei einfach nicht durchführbar. Entgegen allen diesen Vorstellungen ist sie aber von der Mehrheit beschlossen worden. Jedoch schon in den folgenden Tagen musste sie Beschlüsse fassen, durch welche diese Bestimmung verletzt worden ist. Es ist ja ganz klar: für Kredite von 500 000 Franken, wie z. B. derjenige, den wir heute für die Stiftung für die geistige Landesverteidigung beschlossen haben, Kredite von 200 000, 300 000, 500 000 Franken, ja auch Kredite von einer Million kann man doch nicht immer wieder besondere neue Einnahmequellen mittels neuer Verfassungsartikel schaffen, um so die entsprechende Deckung zu erlangen. Die Deckung von solchen Ausgaben kann nur von Zeit zu Zeit zusammenfassend durch grosse Finanzvorlagen bewirkt werden. Ich glaube also, Art. 31 des Finanzprogrammes 1933 kann hier für uns nicht massgebend sein.

Es wird behauptet, die Deckung sei da in bezug auf den Kredit für die Landesverteidigung, aber nicht für die zivile Arbeitsbeschaffung. Das ist unrichtig. Die Deckung für die Kredite für die Landesverteidigung erblickt die Mehrheit in der künftigen Wehrabgabe gemäss Finanzübergangsordnung. Aber jene Wehrabgabe muss durch Bundesgesetz beschlossen werden und es steht noch nicht fest, dass sie beschlossen wird. Inzwischen muss die Krisenabgabe, die in den nächsten drei Jahren läuft, zur Verzinsung und Tilgung der bisherigen Kredite für die Landesverteidigung dienen, die bereits über 400 Millionen Franken ausmachen. Natürlich kann man die Krisenabgabe als Deckung für die jetzt zu beschliessenden 200 Millionen Franken bezeichnen, auch als Deckung für eine bereits angekündigte neue grosse Kreditvorlage für die Landesverteidigung bezeichnen. Um eine faktische Deckung handelt es sich aber immer weniger. Vielleicht 90 % der Krisenabgabe werden dann allein zur Verzinsung dieser grossen Ausgaben gebraucht und für die Tilgung bleiben so kleine Beträge, dass wir vielleicht in 100 Jahren, nicht aber in 10 oder 12 Jahren mit der Tilgung zu Ende sind, wie es bei der Ausgleichsteuer der Fall ist.

Das weitere Argument, das man für die Verkoppelung vorgebracht hat, besteht darin: Weil die Arbeitsbeschaffungsinitiative auf dem Verfassungswege eine Kreditbewilligung vorgesehen habe, wolle man hier auch auf dem verfassungsmäss gen Wege eine solche Kreditbewilligung herbeiführen.

Ich glaube, wir gehen alle darin einig, dass in das Grundgesetz der Eidgenossenschaft, in die Bundesverfassung grundsätzlich Kreditbewilligungen nicht hineingehören. Wenn die Initianten in ihrer Initiative diesen Weg beschritten haben, geschah es nur deswegen, weil unser Bundesrecht die Gesetzesinitiative nicht kennt. Deshalb haben sie den Weg der Verfassungsinitiative beschreiten müssen. Natürlich ist das zulässig. So gut wie man das Schächtverbot in die Bundesverfassung hineingenommen hat, kann man auch eine Kreditbewilligung hineinnehmen. Es hat auch die Bundesversammlung das Recht, in dieser Vorlage die Aufnahme der Kreditbewilligung in die Verfassung vorzusehen. Die Frage ist nur die, ob das ein zweckmässiges Vorgehen sei und ob dafür ein ähnlicher Zwang bestehe, wie er für die Initianten bestanden hat. Ich muss diese Frage verneinen.

Wenn man sagt, der heutige Beschluss über die zivile Arbeitsbeschaffung sei de facto ein Gegenvorschlag zur Arbeitsbeschaffungsinitiative, dann können wir sagen, eine Kreditbewilligung für die Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung durch die Bundesversammlung in eigener Kompetenz ist ebensogut und noch eher ein de facto-Gegenvorschlag, wie diese Vorlage, bei der noch ganz andere Dinge hineingebracht worden sind als die eigentliche Arbeitsbeschaffung.

Ich bin also der Ansicht, dass die Initianten das Recht haben, ihre Initiative zurückzuziehen, wenn die Bundesversammlung in einem einfachen Bundesbeschluss einen de facto-Gegenvorschlag macht.

Wenn die Bundesversammlung meinem Antrag folgen würde, so wäre in diesen Tagen der Bundesbeschluss über die Kredite für die Landesverteidigung und die Arbeitsbeschaffung zu fassen. Dann könnte man bis zur Schlussabstimmung beider Räte eine Rückzugserklärung der beiden Initianten herbeiführen, damit der Beschluss sofort in Kraft treten könnte.

Ich bin überzeugt, dass die Initianten die Initiative zurückziehen würden. Damit wäre die Sache vollständig erledigt und Sie hätten einen rechtskräftigen Beschluss, auf Grund dessen man schon in der nächsten Woche handeln und disponieren könnte.

Noch ein Wort zum abstimmungspolitischen Motiv der Zusammenkoppelung, die man leider nicht gerne preisgeben will. Man will, dass der Bürger, der für die Arbeitsbeschaffungs- und für die Landesverteidigungskredite ist, auch die Ausgleichsteuer in der Form, wie sie aus den Beratungen hervorgeht, stimmen muss. Man will einen rechtlichen Zwang ausüben, dass ein Bürger nicht für die Landesverteidigung und für den Arbeitsbeschaffungskredit stimmen kann, ohne auch diese Steuer anzunehmen.

Dieser rechtliche Zwang erscheint mir unzulässig. Ich halte dafür, dass er auch nicht nötig sei. Einen moralischen Zwang, für den zivilen Arbeitsbeschaffungskredit eine Deckung zu schaffen, fühlen alle Bürger. Sie haben auch Verantwortungsgefühl genug und wissen, dass die grossen Aufgaben, die die heutige Situation des Landes erfordert, durch Einnahmen gedeckt werden müssen. Das Misstrauen, das man hier gegenüber dem Volke hat, ist meines Erachtens nicht begründet. Der Bundesrat hat dieses Misstrauen auch bei der Uebergangslösung zum Finanzprogramm gehabt und die Bundesversammlung musste ihn zwingen, die Sache vor Volk und Stände zu bringen. Und dann hat das Volk die Vorlage aus seinem Verantwortungsbewusstsein heraus mit grossem Mehr angenommen. Ich bin davon überzeugt, dass auch eine Ausgleichsteuer, wenn sie inhaltlich annehmbar ausgestaltet wird, von der grossen Mehrzahl der Stimmberechtigten angenommen wird, aber ich halte es nicht für richtig und empfinde es als stossend, dass man wegen einer Steuer, die nach der Schätzung des Bundesrates jährlich nur 10 bis 15 Millionen Franken einträgt, die Kredite für die Landesverteidigung und die Arbeitsbeschaffung gewissermassen gefährdet, indem man sie damit zusammenkoppelt.

Ich halte es nicht für zulässig, dass man die wichtigen Ausgaben der militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung von der Annahme dieser im Finanzhaushalt des Bundes an sich bescheidenen Ausgleichsteuer abhängig machen kann. Das ist in der heutigen ernsten Lage überhaupt nicht angängig. Ich frage mich auch, ob der Nationalrat, wenn die Situation im Moment seiner Beschlussfassung schon so gewesen wäre wie heute, nicht dieses Zusammenkoppeln abgelehnt und sofort die beiden Kredite für die Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung endgültig bewilligt hätte.

Ich habe vorhin gesagt, die Gefahr einer Verwerfung der Ausgleichsteuer sei nicht so gross. Ich glaube, das behaupten zu dürfen, denn die ständerätliche Kommission hatte die ganz exzessiven Anträge, die einen prohibitiven Charakter hatten, bereits etwas gemildert. Der Streitpunkt liegt nur noch bei den Genossenschaften. Ich werde meine Ausführungen darüber machen, wenn wir die Steueransätze besprechen, aber ich bin der Ansicht, dass wenn man die besondern Verhältnisse der Genossenschaften, die eine Rationalisierung des Betriebes nicht in gleicher Weise durchführen können wie Erwerbsgesellschaften, gebührend berücksichtigt, die grosse Mehrheit des Volkes auch dieser Rationalisierungssteuer der Grossbetriebe des Detailhandels belastet, zustimmen wird. Ich sage noch einmal: Meines Erachtens ist das beste, die Bundesversammlung fasst einen Kreditbewilligungsbeschluss und beschliesst getrennt davon die Verfassungsvorlage betreffend die Steuer. Das ist das klarste und sauberste Vorgehen.

Noch eine kurze Bemerkung zum Antrag der Kommissionsminderheit. In dieser Beziehung schliesse ich mich ganz den Ausführungen des Herrn Kommissionsreferenten an. Die zweite Kommissionsminderheit will einen separaten Bundesbeschluss für die 171 Millionen zugunsten der Landesverteidigung beschliessen. Bis jetzt hat man all die Landesverteidigungskredite nur durch Bundesbeschluss beschlossen. Es ist nicht einzusehen, warum dieser Kredit durch eine Verfassungsbestimmung, über die separat abzustimmen wäre, dem Volk und den Ständen vorgelegt werden soll. Das bringt eine starke Verzögerung. Kein Mensch erwartet das. Die Bundesversammlung hat das Recht, diesen Kredit selbst zu bewilligen. Ueber die

Deckung bringt der Vorschlag der II. Minderheit nichts. Die Deckung, so wird gesagt, erfolge nach dem Finanzprogramm. Das Finanzprogramm ist aber schon in Kraft.

Der Vorschlag, nur die Arbeitsbeschaffungskredite mit der Ausgleichsteuer zusammenzukoppeln, muss beinahe den Verdacht erwecken, die II. Minderheit finde, es schade nicht viel, wenn etwa wegen der Ausgleichsteuer der Kredit für die zivile Arbeitsbeschaffung verworfen werde. Ich glaube, bei der heutigen Sachlage sind solche Erwägungen absolut irrtümlich. Die geistige Landesverteidigung hat zur Voraussetzung, dass unsere Arbeiter auch Arbeit haben. Wenn eine gute Stimmung für die Landesverteidigung aufrecht erhalten bleiben soll — sie ist heute durchaus vorhanden — dürfen wir nicht Zehntausende von Bürgern arbeitslos lassen. Wir müssen im Gegenteil unsere Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch beschleunigen und verstärken. Alle Gründe, die gegen die Koppelung des Gesamtkredites mit der Ausgleichsteuer sprechen, sprechen auch gegen die Verkoppelung des Teilkredites für die zivile Arbeitsbeschaffung mit der Steuer. Ich möchte deshalb empfehlen, diesen Antrag zu verwerfen.

Allgemeine Beratung. — *Discussion générale.*

Bally: Das Geschäft 3730, das wir beraten, verbindet nicht nur zwei, sondern drei Vorlagen zu einer einzigen, um sie gemeinsam unserm Volke genehm zu machen, nämlich die Verstärkung der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit der Ausgleichsteuer. Mit dieser soll die Arbeitsbeschaffung teilweise finanziert und indirekt dem notleidenden Kleinhandel geholfen werden. Diese Verkoppelung mehrerer Fragen, die einzeln sehr verschieden beurteilt werden, ist meiner Auffassung nach eine unwürdige Missachtung der unserm Volke zustehenden demokratischen Rechte, über die sich übrigens Herr Evéquoz weiter aussprechen wird.

Die Verstärkung der Landesverteidigung ist für unser Land eine Lebensfrage, die jeden Tag zu einer Frage des Seins oder Nichtseins werden kann. Für das Ausmass, das notwendig ist, tragen unsere militärischen Organe die Verantwortung. Die Besichtigung verschiedener Befestigungsanlagen durch die ständerätliche Kommission hat den beruhigenden Eindruck auf uns alle gemacht, dass zweckmässig und sparsam gehandelt wird.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mit andern Worten die Beschaffung von Arbeit ist eine Aufgabe unserer Zeit. Sie ist eine tägliche Sorge des Arbeitgebers, eine Pflicht des Staates, um die zersetzende Wirkung dauernder Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dafür — darüber sind wir wohl alle der gleichen Ansicht — müssen grosse Opfer gebracht werden. Die Frage ist die: Ist es gerecht, dass diese Opfer nur einer eng begrenzten Zahl aufzuerlegen sind, wie dies die Ausgleichsteuer vorsieht? Darüber zu sprechen gehört zur Frage der Ausgleichsteuer. Ich möchte dieser Diskussion nicht vorgreifen, nachdem unser Kommissionspräsident den Vorschlag gemacht hat, sie solle später zur Sprache kommen. Ich erkläre nur vorgängig dieser Diskussion, dass ich trotz meiner ablehnenden Haltung gegenüber der Ausgleichsteuer für Eintreten votieren möchte, und ähnlich, wie es der Herr Präsident getan hat, mir vorbehalte, zur ganzen Vorlage am Schlusse nicht zu stimmen, wenn die Finanzierung in ihrem Wesen, das ungleiches Recht schafft, nicht geändert wird. Im übrigen bin ich für Eintreten auf die Vorlage.

Schmuki: Wenn ich als intensiver Befürworter des vorliegenden Programms in der Eintretensdebatte zu ein paar knappen Ausführungen das Wort ergreife, so tue ich dies in erster Linie nicht als Vertreter des östlichen Grenzgebietes unseres Landes, auch nicht als Bewohner einer besonders krisenerschütternden Landesgegend, sondern vornehmlich um einige kritische Darlegungen zu Kritiken an dieser Vorlage zu machen.

Seit der Ausgabe der heute diskutierten bundesrätlichen Vorlage liegen Ereignisse hinter uns, die zwar zum Teil weit von unserem Lande entfernt sich abgerollt, um nicht zu sagen überstürzt haben, die nicht nur für unser Land, sondern vielleicht auch gerade für diese Vorlage von nicht unwesentlicher Bedeutung sind. Ueber die Pflicht und die Notwendigkeit einer erhöhten Wehrbereitschaft ist das Schweizervolk sich heute einig, und wenn Kritik laut wird, äussert sie höchstens Besorgnis wegen eines vermeintlich zu langsamen Fortschreitens der Kriegsbereitschaft. Ich bin der Ueberzeugung, dass wir mit dem vorliegenden Rüstungsprogramm unserer Pflicht weiterhin nachgekommen sind. Allgemein betrachtet sind es gewaltige Summen, die da verausgabt werden sollen, Summen, die das Volk vielfach überraschen, wenn man sie nennt. Doch sind dies Opfer, die das Volk zu tragen wirklich gewillt ist. Doch gerade darum bin ich der festen Meinung, dass es nicht nur einer demokratischen Klugheit entspricht, dem Volke diese gewaltigen Rüstungsausgaben vorzulegen, obwohl es verfassungsrechtlich nicht notwendig wäre. Es ist von Wichtigkeit, dass das Volk sich mit den konkreten Aufwendungen befassen muss, dass es sieht, dass etwas getan wird, dass viel, dass sehr viel getan wird, und sich dann vielleicht weniger in ängstlichen oder verführerischen einseitigen Forderungen verirrt. Darum bin ich dafür, dass das Volk auf alle Fälle auch über diesen Teil der Vorlage zu befinden hat.

Umstrittener ist der zweite Teil der bundesrätlichen Vorlage über die Aufwendungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Kritik zu diesem Teile der Vorlage macht sich in ganz verschiedener Hinsicht geltend.

Ich betrachte es als eine vornehme Aufgabe des Staates, im Kampfe wirtschaftlicher Interessen einen möglichst gerechten Ausgleich zu vermitteln, und vorzüglich jene, die aus eigener Kraft sich nicht helfen können, zu stützen. Diese Aufgabe wird aber in krisenerschütterter Zeit zu einer drängenden Pflicht. Dass Arbeitslosigkeit die furchtbarste Folge der bestehenden Wirtschaftskrise ist, wird niemand bestreiten. Dass aber die Arbeitslosigkeit nicht nur wirtschaftlich, sondern in gleichem Masse auch sozial und politisch gefährlich ist, wird nicht von allen gleich erkannt. Die Wirkungen der Arbeitslosigkeit sind gross: Erbitterung, Unzufrie-

denheit, Unzufriedenheit auch gegen den Staat, gegenüber der gesamten Gesellschaftsordnung, Widersetzlichkeit, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Dass Polizeiaktionen gegen Not und Hunger ohnmächtig und sinnwidrig sind, ist klar. Der Erkenntnis dieser staatspolitischen Gefährlichkeit der Arbeitslosigkeit wird sich der, welcher in solche Verhältnisse nur irgendwie Einblick hat, nicht entziehen können. Und hierin sehe ich den ersten sachlichen Grund des Zusammenhanges des zweiten Programmteils über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem ersten Teil der Vorlage, dem Ausbau der Landesverteidigung. Gewisse Kreise unserer chers confédérés de la Suisse romande sehen in allzu abstrakter und subtiler Schärfe ihres Geistes und Rechtssinnes überhaupt kaum einen Zusammenhang zwischen Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung. Sie sehen nur das Trennende in den beiden Teilen der Vorlage, aber das Verbindende nicht. Demgegenüber wage ich zu behaupten, dass gerade in dem dargelegten Sinne Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung in engster Korrelation stehen. Und ich glaube, dass in heutiger Zeit durch staatlich geförderte Arbeitsbeschaffung viel zur Landesverteidigung beigetragen wird und werden muss. In dieser Richtung hat jüngst ein Offizier der Schweizer Armee die Situation wohl richtig erfasst, wenn er sagt: „Ein Feldherr wird heute seine Truppen erst dann zum Waffengang antreten lassen, wenn der Gegner wirtschaftlich niedergedrückt, politisch abgeriegelt, geistig zermürbt ist. Aufgabe der Armee wird im Grund dann nur noch sein, gegebenenfalls waffenmässig die Entscheidung herbeizuführen und in Besitz zu nehmen, was auf anderen Wegen ‚sturmreif' gemacht wurde."

Nun werden die Vertreter der II. Minderheit kommen und sagen, es handle sich nicht darum, sondern um eine rein juristische Scheidung zweier grundverschiedener Belange der Landesverteidigung und der Arbeitsbeschaffung. Nun, wenn sie die vorgelegten — meines Erachtens eben auch hier bedeutsamen — Gründe nicht anerkennen wollen, ist noch ein anderer sachlicher Zusammenhang im vorliegenden Programm zwischen Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung. Es gibt sogar solche, die den Zusammenhang so stark sehen, dass sie überhaupt nur noch von der grossen Arbeitsbeschaffungsvorlage sprachen. Nun, das mag zu weit gehen. Doch ist jedenfalls unzweifelhaft wahr, dass gerade diese Aufwendungen für die Landesverteidigung viel Arbeit schaffen werden, Arbeit bis in kleinste Werkstätten und grösste Betriebe der Metallindustrie. So geht auch dieser erste Teil des Programms, zumindest in sekundärer Weise auf das Ziel: Arbeit zu schaffen. Anderseits stehen auch im zweiten zivilen Teil der Vorlage Arbeiten, die vorwiegend militärischen Charakter haben, wie beispielsweise Alpenstrassen.

Und schliesslich sehe ich auch noch politische Gründe von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sie erinnern sich an die Geschichte unserer heutigen Vorlage. Die Arbeitsbeschaffungsinitiative ist an den Bundesrat zurückgewiesen worden mit dem Auftrag, die ganze Frage zu überprüfen und ein Programm vorzulegen. Wenn nun in der Initiative ein Teil des Volkswillens wenigstens nach Arbeitsbeschaffung verlangt hat, so ist es auch vernünftig, das Programm dem Volke in seiner Gesamtheit vorzulegen. Ich empfehle Ihnen den II. Minderheitsantrag, der dahin geht, die Vorlage in einen militärischen und in einen zivilen Teil zu scheiden, abzulehnen.

Nun die Opposition, wie sie sich im Sinne dieses II. Minderheitsantrages geltend macht, könnte aber nicht nur dem Wunsche juristischer Klarheit, sondern auch anderen Absichten entspringen. Nämlich, den ersten Teil über die Landesverteidigung wohl anzunehmen, um dann aber gegen den zweiten Teil der Vorlage, ich will nicht sagen Sturm laufen, aber ihn doch einer ganz gründlichen Kritik zu unterziehen.

Nun, wenn ich an diese Opposition der II. Minderheit, der die Arbeitsbeschaffungsvorlage vielleicht zu weit geht, und an die Opposition der Sozialdemokraten, die Arbeitsbeschaffung um jeden Preis wollen, wenn ich daran denke, erscheint mir die Diskussion der ganzen Arbeitsbeschaffungsvorlage wie ein Wagen, vorn angespannt und hinten angespannt.

Unsere chers Confédérés sehen zum Teil das Programm als zu weitgehend an, oder als ungeeignet gegen die Arbeitslosenbekämpfung, oder als finanziell ruinös, oder glauben, ihre Landesteile seien bei der Berücksichtigung zu kurz gekommen. Anders die I. Minderheit. Sie will Arbeitsbeschaffung um jeden Preis. Ohne Garantie für eine Deckung, oder höchstens mit einer Garantie, die eben keine sichere mehr ist, die Deckung hinauszuschieben, separat zu behandeln, oder für den Sauerteig der Finanzreform aufzubewahren.

Ich wende mich gegen beide. Die Behauptung, das Programm sei zu weitgehend, kann ein Trugschluss sein, indem ein Programm, das für Jahre hinaus Geltung haben soll, eben massiver ist und massiver wirkt als jährliche Kreditbeschlüsse, die in kleinerer Dosis gewährt und eingenommen werden. Und da kann ich Herrn Bundesrat Obrecht nur lebhaft unterstützen, wenn er sagt, dass es bei den Westschweizern, bei ihrem Sinn für gesunde und saubere Haushaltung eigentlich hätte Freude auslösen sollen, dass man zusammenfasst, ein grosses Programm aufstellt, dann aber auch an die Deckung denkt, und sie ernstlich in Angriff nimmt. Man sagt, die Vorlage sei ungeeignet. Da ist wohl zu sagen, dass man früher allzuoft Arbeitsbeschaffung mit Förderung der Bautätigkeit gleichgesetzt hat. Das wären grosse Illusionen, die enttäuschen würden. Mit Strassenbauen, Kurvenpflästern ist es eben mit Abschluss der Arbeiten fertig. Dankbarer sind in dieser Hinsicht militärische Bauten. Ich gebe zu, dass das Baugewerbe am meisten Arbeitslose aufweist und aufgewiesen hat. Aber auch da muss ernstlich an eine Umstellung, an einen Abbau herangetreten werden. Nun, hier hat man einen Anfang gemacht. Man hat Kredite für produktive Arbeitsbeschaffung eingesetzt, z. B. für die Exportförderung. Ich behalte mir vor, in der Detailberatung darauf zurückzukommen. Man hat auch Projekte für Mehrproduktion aus eigenem Boden einbezogen.

Und nun die Frage der finanziellen Deckung der Arbeitsbeschaffungsvorlage. Von der Notwendigkeit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bin ich wohl überzeugt. Ich müsste dazu nicht einmal St. Galler sein. Ich bin auch davon überzeugt, dass

ein rasches Vorgehen, ein rasches Handeln notwendig ist. Aber es geht nun einfach nicht an, Kredite in solchem Ausmasse zu gewähren, ohne endlich aufrichtig und ernstlich an die Frage der Deckung heranzutreten. Ich gebe zu, dass das ganze Procedere wesentlich schneller und wesentlich leichter vor sich ginge, wenn man die Frage der Deckung trennen oder verschieben würde. Ich bin mir der Schwierigkeiten wohl bewusst, die drängende Frage der Arbeitsbeschaffung mit der Finanzierung, sogar einer neuen Steuer, zusammen zu lösen. Aber nach meinem politischen Gewissen wäre ein anderer Weg nicht zu verantworten. Und wenn man den Grundsatz: keine weiteren Ausgaben ohne Deckung, auch hier bekämpfen will, mit dem Hinweis auf andere ohne Deckung gemachte Ausgaben, so ist das ein Ausweichen, ein Ausweg gegenüber Schwierigkeiten, die mit der Zeit nicht leichter, sondern schwerer werden. Es ist ohnehin genug gewagt, wenn die Amortisation der vorliegenden Ausgabe auf Jahre hinaus angelegt ist, während wir keine Sicherheit besitzen, oder auch nur eine Wahrscheinlichkeit, dass bis nach der Ausführung dieses Programms die Wirtschaftskrise wesentlich gemildert oder überwunden sein wird. Ohne gleichzeitige Lösung der finanziellen Deckung würde ich allerdings die Gefährdung des Projektes begreifen.

Es würde auch jeder politischen Klugheit und Verantwortlichkeit widersprechen, dem Volke erst die Auslagen vorzulegen, und erst später die ebenso wichtige Frage der Finanzierung zu verlangen, gerade wenn man weiss, wie schwer es ist, vom Volke tatsächliche Opfer zu verlangen. Wenn diese gewaltigen notwendigen und notgeforderten Ausgaben gemacht werden müssen, so soll das ebenso notwendige, ebenso notgeforderte Opfer verlangt werden. So bin ich auch gegen den I. Minderheitsantrag, der die finanzielle Deckung von den Arbeitsbeschaffungskrediten lösen will.

Nach wie vor trete ich für die Vorlage, wie sie Ihnen von der Mehrheit der Kommission vorgelegt wird, ein, und ich tue dies im Bewusstsein der drängenden und drohenden Notwendigkeit, die vorliegenden Fragen der Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu lösen, um uns aufzuraffen zur entscheidenden, verantwortungsvollen und befreienden Tat.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 22. März 1939.
Séance du 22 mars 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 139 hiervor. — Voir page 139 ci-devant.

M. **Béguin:** Au début de ses travaux, votre commission parlementaire a entendu une série d'exposés présentés par divers chefs de divisions de l'administration fédérale. Ces exposés sont certes intéressants, mais ils sont tous développés en langue allemande, la langue maternelle de leurs auteurs. Nous n'avons pu, quelques-uns d'entre nous, au sein de la commission, nous empêcher de faire cette remarque: décidément, dans les fonctions supérieures de l'administration fédérale l'équilibre des langues nationales n'est que très relatif. A cet égard il conviendra, lorsqu'on en aura la possibilité, de combler certaines lacunes. Ce n'est pas une critique que j'émets; c'est une observation, une constatation faite par plusieurs membres de la commission: il nous paraît qu'il y aurait lieu, à l'avenir, de mieux tenir compte de la répartition linguistique dans les différentes régions du pays. Les exposés auxquels je fais allusion contiennent des renseignements très intéressants, quoiqu'ils soient tous présentés dans la seule langue de la majorité. Cela revêt une certaine portée, en raison des relations fréquentes que les cantons entretiennent avec l'administration fédérale.

Ainsi, avec l'Office central des possibilités de travail, on a quelquefois le sentiment, dans certains cantons romands, qu'il ne comprend pas très bien, que la langue française donne lieu à des malentendus, ou suscite des retards dans les réponses. On peut faire aussi des constatations assez curieuses au sujet de l'accueil réservé à certaines requêtes. La question de la langue française a donc bien son importance.

Y a-t-il une relation, dans cette circonstance, entre la langue maternelle de fonctionnaires supérieurs de l'administration fédérale et le fait que le projet actuel ne contient, ne prévoit aucun travail d'une très grande importance de la Confédération et des Chemins de fer fédéraux pour la Suisse française?

On nous a expliqué qu'il s'agissait de circonstances fortuites. Nous n'en doutons pas. Nous ne voulons nullement mettre en doute la bonne volonté des auteurs du message. Mais il nous semble cependant que ce facteur de caractère linguistique n'aurait pas dû échapper à l'attention du Conseil fédéral. Il y avait là un élément d'ordre politique et psychologique dont il était indispen-

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	03
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	21.03.1939
Seite Page Pagina	139-152
Ref. No	20 032 784

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

ein rasches Vorgehen, ein rasches Handeln notwendig ist. Aber es geht nun einfach nicht an, Kredite in solchem Ausmasse zu gewähren, ohne endlich aufrichtig und ernstlich an die Frage der Deckung heranzutreten. Ich gebe zu, dass das ganze Procedere wesentlich schneller und wesentlich leichter vor sich ginge, wenn man die Frage der Deckung trennen oder verschieben würde. Ich bin mir der Schwierigkeiten wohl bewusst, die drängende Frage der Arbeitsbeschaffung mit der Finanzierung, sogar einer neuen Steuer, zusammen zu lösen. Aber nach meinem politischen Gewissen wäre ein anderer Weg nicht zu verantworten. Und wenn man den Grundsatz: keine weiteren Ausgaben ohne Deckung, auch hier bekämpfen will, mit dem Hinweis auf andere ohne Deckung gemachte Ausgaben, so ist das ein Ausweichen, ein Ausweg gegenüber Schwierigkeiten, die mit der Zeit nicht leichter, sondern schwerer werden. Es ist ohnehin genug gewagt, wenn die Amortisation der vorliegenden Ausgabe auf Jahre hinaus angelegt ist, während wir keine Sicherheit besitzen, oder auch nur eine Wahrscheinlichkeit, dass bis nach der Ausführung dieses Programms die Wirtschaftskrise wesentlich gemildert oder überwunden sein wird. Ohne gleichzeitige Lösung der finanziellen Deckung würde ich allerdings die Gefährdung des Projektes begreifen.

Es würde auch jeder politischen Klugheit und Verantwortlichkeit widersprechen, dem Volke erst die Auslagen vorzulegen, und erst später die ebenso wichtige Frage der Finanzierung zu verlangen, gerade wenn man weiss, wie schwer es ist, vom Volke tatsächliche Opfer zu verlangen. Wenn diese gewaltigen notwendigen und notgeforderten Ausgaben gemacht werden müssen, so soll das ebenso notwendige, ebenso notgeforderte Opfer verlangt werden. So bin ich auch gegen den I. Minderheitsantrag, der die finanzielle Deckung von den Arbeitsbeschaffungskrediten lösen will.

Nach wie vor trete ich für die Vorlage, wie sie Ihnen von der Mehrheit der Kommission vorgelegt wird, ein, und ich tue dies im Bewusstsein der drängenden und drohenden Notwendigkeit, die vorliegenden Fragen der Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu lösen, um uns aufzuraffen zur entscheidenden, verantwortungsvollen und befreienden Tat.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 22. März 1939.
Séance du 22 mars 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 139 hiervor. — Voir page 139 ci-devant.

M. **Béguin:** Au début de ses travaux, votre commission parlementaire a entendu une série d'exposés présentés par divers chefs de divisions de l'administration fédérale. Ces exposés sont certes intéressants, mais ils sont tous développés en langue allemande, la langue maternelle de leurs auteurs. Nous n'avons pu, quelques-uns d'entre nous, au sein de la commission, nous empêcher de faire cette remarque: décidément, dans les fonctions supérieures de l'administration fédérale l'équilibre des langues nationales n'est que très relatif. A cet égard il conviendra, lorsqu'on en aura la possibilité, de combler certaines lacunes. Ce n'est pas une critique que j'émets; c'est une observation, une constatation faite par plusieurs membres de la commission: il nous paraît qu'il y aurait lieu, à l'avenir, de mieux tenir compte de la répartition linguistique dans les différentes régions du pays. Les exposés auxquels je fais allusion contiennent des renseignements très intéressants, quoiqu'ils soient tous présentés dans la seule langue de la majorité. Cela revêt une certaine portée, en raison des relations fréquentes que les cantons entretiennent avec l'administration fédérale.

Ainsi, avec l'Office central des possibilités de travail, on a quelquefois le sentiment, dans certains cantons romands, qu'il ne comprend pas très bien, que la langue française donne lieu à des malentendus, ou suscite des retards dans les réponses. On peut faire aussi des constatations assez curieuses au sujet de l'accueil réservé à certaines requêtes. La question de la langue française a donc bien son importance.

Y a-t-il une relation, dans cette circonstance, entre la langue maternelle de fonctionnaires supérieurs de l'administration fédérale et le fait que le projet actuel ne contient, ne prévoit aucun travail d'une très grande importance de la Confédération et des Chemins de fer fédéraux pour la Suisse française?

On nous a expliqué qu'il s'agissait de circonstances fortuites. Nous n'en doutons pas. Nous ne voulons nullement mettre en doute la bonne volonté des auteurs du message. Mais il nous semble cependant que ce facteur de caractère linguistique n'aurait pas dû échapper à l'attention du Conseil fédéral. Il y avait là un élément d'ordre politique et psychologique dont il était indispen-

sable de tenir compte et au sujet duquel il était nécessaire de se mettre en mesure de présenter des propositions rassurantes, pour combattre d'une façon effective le chômage dans certaines régions du Jura, où il est particulièrement développé, voire en forte recrudescence. Il semble que c'est là, en particulier, que la Confédération devrait intervenir d'une façon toute spéciale.

Je suis de ceux qui ont salué avec infiniment de satisfaction le dépôt du rapport du Conseil fédéral, du 12 octobre 1937, sur l'initiative socialiste de crise, qui est à la base de la discussion actuelle. Il m'a paru que le Conseil fédéral a développé, dans son message, des conceptions extrêmement justes, des considérations absolument fondées. Il a démontré à l'évidence que notre pays a toujours rempli son devoir à l'égard des chômeurs. Il a, en effet, incontestablement pris toutes les mesures nécessaires pour combattre cette plaie du chômage. En somme, le lancement de cette initiative, de portée politique et électorale, était tout à fait superflu si l'on se place exclusivement sur le terrain des considérations d'ordre général.

Après avoir démontré, avec infiniment de raison, le manque de justification de cette initiative, vu ce qui avait été déjà fait jusqu'alors pour combattre le chômage et vu ce qu'on envisageait pour l'avenir, le Conseil fédéral déclarait, à la page 28 de son message du 12 octobre 1937: «Le peuple suisse répudie toute politique malsaine et aventureuse; il sait que les autorités fédérales ont fait tout ce qui était en leur pouvoir pour combattre le chômage et que cette lutte a nécessité et nécessitera encore de lourds sacrifices. Mais il ne saurait donner son approbation à un plan dont l'exécution constituerait une grave erreur au point de vue économique et financier et qui lui ménagerait les plus grandes déceptions.»

Nous avons approuvé et suivi le Conseil fédéral. Malheureusement, il n'en a pas été de même au Conseil national et, aujourd'hui, nous sommes en présence d'un projet qui résulte de la tendance qui s'est manifestée au Conseil national beaucoup plus qu'au Conseil des Etats. Cependant, je considère que le point de vue auquel se plaçait le Conseil fédéral, dans son message du 12 octobre 1937, est aujourd'hui encore parfaitement justifié. En matière de défense nationale, la preuve a été faite qu'alors que certains de ses partisans d'aujourd'hui ont combattu certains projets, le pays, la majorité nationale a toujours compris les nécessités de la situation et n'a reculté devant aucun scrifice, soit en faveur de la défense nationale, soit en ce qui concerne la lutte contre le chômage et la création de possibilités de travail.

Aujourd'hui encore, le problème se présente sous le même aspect. Personne n'est autorisé à douter de la sincérité de l'attitude de tous les membres de l'Assemblée fédérale et de tous les milieux de notre pays. Chacun est persuadé de la nécessité de renforcer la défense nationale; chacun admet aussi l'obligation de lutter de façon efficace, par des moyens appropriés et selon les possibilités du pays, contre le chômage, contre le manque de travail. Mais on peut différer d'opinion sur les méthodes à suivre, sur la portée des sacrifices à consentir et sur l'importance des dépenses à proposer au peuple suisse. Nous repoussons donc, d'une façon catégorique, soit les légers soupçons émis par M. Klöti, soit les réflexions quelque peu surprenantes de M. Schmuki. Nous rappelons que nous n'avons jamais fait la moindre difficulté pour voter des crédits considérables en faveur de la lutte contre le chômage et que nous ne nous sommes pas opposés, par exemple, au projet considérable relatif à l'assainissement de la plaine de la Linth. C'est donc d'une façon tout à fait injustifiée qu'il met en doute notre très ferme volonté de nous joindre à tous nos collègues pour l'exécution de ces deux tâches essentielles de la Confédération.

Cependant, quant à moi, je reproche au projet actuel — faut-il l'appeler du Conseil fédéral ou du Conseil national?... c'est plutôt celui du Conseil national, bien que le Conseil fédéral n'ait peut-être pas aujourd'hui les mêmes idées qui l'inspiraient au moment du dépôt de son message, le 7 juin 1938 —, je reproche à ce programme de créer de regrettables confusions de compétences, notamment en ce qui concerne celles qui sont conférées au peuple par la Constitution, d'une part, et les compétences et attributions de l'Assemblée fédérale, d'autre part, en matière législative. Les crédits pour la défense nationale, les crédits en faveur de la lutte contre le chômage sont de la compétence du Parlement. Il convient d'insister sur ce point: le peuple peut se prononcer par la voie du referendum populaire, quelle que soit l'importance des crédits demandés en faveur de la défense nationale et, dans les temps actuels, il est indispensable qu'il soit renseigné. Quelle que soit l'importance des crédits demandés pour la lutte contre le chômage, il s'agit de compétences ordinaires de l'Assemblée fédérale. Elle n'a pas d'elle-même à soumettre ses projets au peuple, par voie de texte constitutionnel. Elle est compétente pour les décider et ne doit les soumettre au peuple, au sujet d'une revision constitutionnelle, que si vraiment il y a contradiction ou lacune entre le texte de la Constitution et le projet présenté. Or, ce n'est pas ainsi que la question se pose. On serait allé plus vite en besogne si l'on était resté sur le terrain du message du Conseil fédéral, du 12 octobre 1937, plutôt que sur le terrain du contre-projet à l'initiative socialiste de 1937. C'est en tout cas un frère jumeau de cette initiative et je crois qu'on a eu tort de prendre le jumeau de l'initiative socialiste pour en faire un autre jumeau qui n'est autre que le programme que nous discutons aujourd'hui. On aurait pu continuer à faire le nécessaire sur le terrain de la défense nationale et de la lutte contre le chômage, sans recourir à cette forme.

On introduit encore dans cette réforme constitutionnelle une question qui est exclusivement de la compétence du Conseil fédéral: l'interprétation et l'application de la loi sur l'organisation de la Banque nationale en ce qui concerne l'usage, l'utilisation, l'emploi du fonds d'égalisation des changes.

Que vient faire cette question devant le peuple sous la forme d'une disposition d'ordre constitutionnel? La Banque nationale, avec beaucoup de difficultés, a fini par accepter un compromis qu'on nous propose aujourd'hui de modifier encore — et, à mon sens, en l'aggravant. Qu'est-ce que cette ques-

tion vient faire dans l'examen du problème que nous avons à envisager concernant l'impôt compensatoire? On a dit — ceci n'est pas une critique à l'adresse du Conseil fédéral, c'est une simple constatation — qu'il s'agit beaucoup trop d'une combinaison, d'une construction d'ordre électoral dans un domaine où on devrait s'éloigner des tendances de cette nature. Notre opinion est que l'on devrait continuer à faire fixer chaque année par l'Assemblée fédérale, au fur et à mesure des besoins, les crédits pour la défense nationale, ainsi que ceux nécessaires pour la lutte contre le chômage et les couvrir sur les recettes générales du budget qui, évidemment, devrait recevoir une certaine extension, un certain développement, après l'examen approfondi que nous réclamons depuis fort longtemps et qui aurait pu être entrepris en même temps que l'on se mettait à l'élaboration des messages de 1937 et 1938.

Et j'en viens ici à ce que nous avons dit souvent déjà: Quand se décidera-t-on à examiner la situation générale du pays, du point de vue de ses dépenses, de ses charges et de ses possibilités, afin de pouvoir présenter à l'Assemblée fédérale et au peuple quelque chose qui soit vraiment l'expression d'une étude d'ensemble, qui n'ait pas un caractère fragmentaire comme les projets d'aujourd'hui en ce qui concerne leurs conséquences fiscales? Cette étude d'ensemble, que nous demandons depuis bien longtemps déjà, est urgente. Il nous paraît indispensable de mettre le peuple en présence de la situation réelle. Cette situation, il ne la connaît pas, car les projets viennent l'un après l'autre, de sorte que le peuple n'a pas la possibilité d'embrasser d'un coup d'œil général les charges considérables qui pèsent sur le pays et les besoins fiscaux qui en découlent.

La question de la défense nationale a fait l'objet de propositions contenues d'abord dans le message du 7 juin 1938 et plus tard dans celui du 27 décembre de la même année, où on nous annonce des dépenses nouvelles au montant d'environ 350 millions. Ainsi, lorsque le peuple sera appelé à se prononcer sur les crédits insérés dans le programme en discussion en ce moment-ci, il n'aura, somme toute, sous les yeux, qu'une faible partie du tableau des dépenses indispensables à l'accomplissement du renforcement de notre défense nationale. Ce n'est donc là qu'une solution fragmentaire. Or, les solutions fragmentaires sont toujours fâcheuses et surtout dans une situation comme celle-ci, surtout lorsqu'il s'agit d'une revision constitutionnelle, puisqu'il faut consulter le peuple et les Etats. Qu'on les consulte donc sur l'ensemble du problème, sur l'ensemble des charges que le pays devra accepter, dans toute leur étendue, qu'on leur dise ce que l'on estime devoir leur demander. J'aurais pour ma part préféré cette attitude et cette façon de faire plutôt que ce contre-projet à une initiative socialiste que nous considérons comme devant être purement et simplement repoussée. Croit-on que lorsque le programme des possibilités de travail aura été exécuté, le marché du travail dans le pays sera plus consolidé qu'actuellement? En réalité, nous sommes en présence non pas d'une crise, mais d'une situation économique changée et qui va se prolonger; d'où la nécessité, l'obligation pour les pouvoirs publics de considérer l'étude du problème sous un aspect très élargi. Comment procédera-t-on? Nous présentera-t-on de nouveaux crédits de l'ordre de 150 ou 200 millions à satisfaire par la voie du budget ou de nouveaux arrêtés? En ce cas, la question devrait être examinée de façon que le Conseil fédéral puisse avoir une arme pour faire rejeter une initiative qu'il considère, et je le comprends, comme dangereuse. Mais il y a une manière quelque peu différente de procéder. Le pays a le droit d'être fixé exactement et complètement sur la situation réelle.

Nous avons eu quelques indications à ce sujet lors d'une séance de la commission à Lugano le 9 mars où, M. le chef du Département des finances ayant été mis en cause à propos de l'impôt compensatoire, son collègue le chef du Département de l'Economie publique a répondu que quant à l'avenir fiscal de notre pays, on l'entrevoit sous cette forme: renouvellement, après la période actuelle et d'une façon durable, de la contribution fédérale de crise, ce qui signifie en quelque sorte un impôt fédéral direct permanent; à côté de cela, un prélèvement spécial sur la fortune en faveur de la défense nationale; en troisième lieu, un impôt général sur le chiffre d'affaires! Voilà les renseignements qui nous ont été donnés au sujet de projets fiscaux qui seraient actuellement, je ne dis pas en voie d'élaboration, mais tout au moins en cours d'études préliminaires. Si les choses se présentent de cette façon, alors qu'on le dise et qu'on nous livre au plus tôt l'étude d'ensemble du Conseil fédéral au lieu de faire voter le peuple et les Etats sur un crédit déterminé auquel devrait succéder ultérieurement un autre crédit de 350 millions, et d'autres projets fiscaux qu'il faudra bien discuter un jour en relation avec la situation fiscale des cantons, leurs possibilités, leur autonomie et leur désir aussi de conserver encore la plus grande somme possible de souveraineté dans ce domaine. L'état général des charges et des obligations pesant sur le pays doit être présenté de façon complète, franche et loyale, de façon aussi à ce que le peuple sache une bonne fois à quoi il doit s'attendre, même après des solutions fragmentaires comme celle d'aujourd'hui.

Dans le programme des possibilités de travail sont inclus des crédits considérables pour des travaux de chômage importants qu'il est évidemment nécessaire d'exécuter dans le pays. Mais je répète que, si l'on veut que cette action ait une réelle utilité, et soit efficace pour ranimer le marché du travail, c'est surtout dans les parties du pays où le chômage sévit de façon intense que les travaux devraient être entrepris et non pas ailleurs, ce qui serait pourtant le cas si les propositions du Conseil fédéral étaient adoptées telles quelles. Autrement dit, la question se pose de savoir si les sommes énormes qu'on se propose de consacrer à cette fin seront employées de la façon la plus utile et la plus rationnelle. A ce sujet, on émet de sérieuses réserves dans bien des milieux. J'ai entendu, en particulier et à plus d'une reprise, M. le président de la commission des finances du Conseil national faire observer d'abord que ce programme de grands travaux contre le chômage ne comporte aucun travail à entreprendre dans les régions les plus atteintes

du pays, qu'on en arrivera donc à chercher ailleurs de la main-d'œuvre occupée jusque là dans l'agriculture, qu'on l'habituera à d'autres conditions de travail, de sorte que ces travailleurs ne pourront plus ensuite retourner à leurs occupations premières. On aura surtout abouti de la sorte à créer de nouveaux bataillons de chômeurs et l'encouragement aux travaux de construction qui vise à maintenir un certain degré d'activité dans cette branche économique du pays ne fait, en somme, qu'anticiper sur un programme d'exécution qui devrait s'échelonner sur plusieurs années. Dans ces conditions, les travaux de chômage envisagés ne sont qu'un palliatif, ils ne constituent pas une solution définitive. La question de l'exécution surtout est un problèm de mesure. La mesure est-elle dépassée par le programme dont nous sommes saisis aujourd'hui? Je ne tranche pas la question, mais je ne peux pas croire que l'exécution proposée soit de nature à remédier définitivement au chômage. Lorsque ce sera fait, quelle sera la situation? On aura dépensé des sommes énormes qui ne seront que partiellement amorties dans des conditions d'ailleurs très discutables. La crise reprendra, le chômage sévira de nouveau avec intensité et il faudra renouveler l'action au bout d'une période de trois ans en organisant de nouveau à grands frais des travaux de grande envergure. C'est pourquoi il me paraît qu'on devrait en cette matière dresser un programme général.

La lutte contre le chômage, par certains moyens desquels on est très sceptique en bien des milieux, devrait être poursuivie avant tout et d'une façon complète, me semble-t-il, tout d'abord par la rééducation professionnelle des chômeurs. En dehors des chômeurs saisonniers, de ceux qui vivaient des secours de la collectivité et qui vivent maintenant des secours officiels de l'Etat, ce qui est très coûteux pour le pays, il importe que les travailleurs, ouvriers, employés qui ne retrouveront jamais le travail d'autrefois en raison du changement survenu dans les industries, s'occupent de leur rééductaion. On a déjà fait beaucoup dans ce domaine. Je crois que c'est surtout sur ce terrain que les efforts de la Confédération et des cantons devraient porter et que c'est à cette rééducation professionnelle que l'on devrait consacrer une grande partie des sommes destinées à des travaux improductifs et d'utilité discutable.

Il faut aussi encourager l'industrie d'exportation. La Confédération est déjà intervenue dans ce domaine, mais on peut encore accentuer cet effort. On peut également accentuer encore l'effort fait en faveur du développement du tourisme.

Je crois que ces trois facteurs: rééducation professionnelle, encouragement à l'exportation, encouragement du tourisme, présentent une portée économique et sociale infiniment plus avantageuse que les travaux de chômage. J'espère, sur ce point, être d'accord avec M. Schmuki et pouvoir le rassurer sur la sincérité, sur la pureté de nos intentions en ce qui concerne la lutte effective normale et énergique contre le chômage, dans toutes les parties de la Suisse.

Comparativement à l'initiative socialiste de 1937, le projet du Conseil fédéral offre un avantage, je le reconnais: il prévoit une couverture financière. L'initiative socialiste ne le faisait pas et prévoyait seulement le prélèvement éventuel de 300 millions sur le bénéfice de la dévaluation. Le projet du Conseil fédéral prévoit cette couverture financière par la perception d'un nouvel impôt. A ce sujet, les Gouvernements de deux cantons, Zurich et Genève, ont fait valoir, avec infiniment de raison, que chaque fois que la Confédération prélève un impôt fédéral direct, elle diminue d'autant les possibilités fiscales des cantons. Dans le cas particulier, il s'agit d'un impôt d'une durée momentanée; mais cependant suffisamment longue pour que, pendant cette période, la souveraineté fiscale, la puissance financière des cantons soit diminuée dans la mesure où la Confédération prélèvera cet impôt fédéral direct sur des contribuables fort intéressants, qui sont en mesure de verser au fisc des sommes assez élevées. Aussi longtemps que cet impôt sera perçu, les recettes fiscales des cantons en souffriront et la Confédération ne leur versera aucune contre-partie. Or, l'exécution de ces grands travaux suppose la participation financière des cantons et alors, où les cantons et les communes prendront-ils l'argent nécessaire si, en même temps, la Confédération les empêche de l'obtenir auprès de leurs contribuables les plus intéressants? Ces faits provoquent des réserves. Il faut comprendre que deux gouvernements cantonaux se soient élevés contre le principe de cet impôt compensatoire.

En ce qui concerne l'impôt compensatoire, on lit, dans le message du Conseil fédéral, du 18 octobre 1938: «dans les circonstances actuelles, nous croyons toutefois qu'on peut s'attendre à une répercussion de l'impôt sur les prix». Plus loin: «... l'impôt entraînera une hausse partielle des prix». Plus loin encore: «N'importe quel impôt frappant l'économie privée se traduit, encore que ce ne soit pas toujours directement et immédiatement, par des hausses de prix». Cette hausse des prix, ce renchérissement du coût de la vie, c'est le consommateur qui en fait les frais, au moment où les pouvoirs publics déclarent que le coût de la vie devrait être diminué et que, pour l'industrie d'exportation, l'atténuation du coût de la vie est un facteur déterminant.

C'est la raison pour laquelle cet impôt compensatoire appelle des réserves, suscite des hésitations. Je crois qu'il serait préférable d'examiner ces questions sous un jour plus général. On devrait envisager la chose sous forme de recettes complémentaires qui, de façon durable, s'introduiraient dans le budget de la Confédération, lequel, par ailleurs, devrait subir encore des compressions de dépenses, dans plusieurs domaines, notamment en ce qui concerne les subventions, dont plusieurs sont encore allouées à ceux qui n'en ont pas besoin. Il est certain qu'une réduction des dépenses de la Confédération serait réalisable de manière à compenser, dans une certaine mesure, l'effort considérable entraîné par la lutte contre le chômage.

J'ai effleuré, tout à l'heure, la question de l'égalisation des changes. Je suis surpris que le Conseil national et la commission aient pu imaginer d'introduire dans un texte constitutionnel une telle disposition, qui n'a rien à y faire. La réglementation de l'activité de la Banque nationale n'a rien à voir avec une législation constitutionnelle et, si l'on veut recourir à cette forme de contribution

financière pour couvrir les dépenses entraînées par ces grands travaux, cela doit intervenir sous la forme législative et non sous la forme constitutionnelle. Il est évidemment regrettable que, dans une période telle que celle que nous traversons, il faille s'attendre à une lutte politique entre Etats confédérés sur un sujet à l'égard duquel une formule d'entente serait facile à trouver au lieu de recourir à un amalgame de textes.

En conclusion de ce que j'avais à dire sur l'entrée en matière, après avoir formulé des observations, critiques auxquelles vous attacherez sans doute peu d'importance, je puis déclarer que, tout en étant partisan du renforcement de la défense nationale et de la lutte contre le chômage, je réserve mon attitude définitive jusqu'au moment où le projet sera sorti épuré des délibérations des Chambres fédérales.

M. **Malche:** Selon le vœu de la présidence, je me bornerai à un exposé général sur l'entrée en matière, laissant de côté la discussion de détail pour les débats ultérieurs, lors de l'examen des articles.

Je désire expliquer pourquoi j'ai été l'un des deux membres minoritaires qui, en commission, ont voté contre le projet. Je crois bon de ne laisser subsister aucune équivoque sur les motifs de ce refus.

Je ne suis nullement opposé, cela va sans dire, au renforcement de la défense nationale, pas plus qu'à la lutte contre le chômage. J'ai toujours voté tous les crédits proposés dans ce but et continuerai à le faire, dans la mesure où cela sera nécessaire. Mais je ne puis admettre la manière adoptée, cette fois, par le Conseil fédéral pour obtenir des Chambres fédérales et du peuple qu'ils votent selon ses vues.

Il est trop évident que, dans l'arrêté que nous discutons, la défense nationale et la lutte contre le chômage servent de pavillon destiné à couvrir la marchandise, je veux dire l'impôt prétendu compensatoire. On crée ainsi une confusion. De peur de passer pour de mauvais patriotes, beaucoup qui repousseraient l'impôt compensatoire ou ses excès, beaucoup qui répugneraient à une avance sur le bénéfice supposé du fonds d'égalisation des changes, se résigneront à accepter ces mesures à cause de la liaison arbitraire qu'on a voulue entre ces problèmes et la défense nationale. Cet argument viciera toute la campagne lors du vote populaire et en faussera le résultat.

J'attire aussi l'attention de ce Conseil sur un fait grave. Si le projet était repoussé, pour des raisons intrinsèques qui n'ont rien à voir avec la défense nationale et la lutte contre le chômage, l'étranger pourrait douter de la volonté de défense et du patriotisme du peuple suisse, qui ne seraient pourtant nullement en cause.

J'exprime hautement le regret que le Gouvernement nous mette, de propos délibéré, en présence d'un problème si mal posé et je tiens à spécifier, avec toute la clarté désirable, que les 171 millions de dépenses militaires peuvent aisément trouver leur couverture avec les 350 millions qu'on nous annonce encore dans un délai très prochain. Cette couverture pourrait être obtenue par un léger ajustement du fameux sacrifice en vue de la défense armée, «Wehropfer» auquel il serait normal de contribuer par 1,5 % de la part de l'économie suisse tout entière, au lieu de 1 %, puisqu'en cas de catastrophe, elle périrait à 100 %. Ce serait un système plus équitable, plus généreux, plus largement national qu'un impôt à taux excessif frappant un petit nombre de victimes, qui seraient, en l'occurrence, de véritables boucs émissaires, offerts en pâture au préjugé d'une partie du public.

N'étant pas juriste, je ne dirai que deux mots de la constitutionnalité de l'arrêté. Je me réfère sur ce point à l'opinion de la plus haute autorité judiciaire de la Confédération; M. le Président du Tribunal fédéral qui, dans une consultation du 13 janvier, déclarait que le texte qui nous est soumis ne répond pas aux exigences de la technique législative, que sa rédaction est insuffisante et que le chiffre 3 de l'arrêté se heurte théoriquement à l'article 4 de la Constitution fédérale consacrant l'égalité de tous les citoyens devant la loi.

Le pouvoir législatif doit avoir le souci de ne point proposer au peuple des mesures en marge de la Constitution et qui offrent ainsi un caractère arbitraire.

Tout ce projet porte la marque légitime de diverses préoccupations politiques. Tout d'abord, il est visible — notre collègue M. Béguin vient de le rappeler — qu'on a voulu faire pièce à l'initiative des lignes directrices, dite des 300 millions. Il est visible aussi qu'on a désiré donner des apaisements à l'opinion publique, qui, avec raison et comme nous tous, je ne saurais trop y insister, déplore la persistance du chômage. Il est clair aussi qu'on a cherché à donner satisfaction au petit et au moyen commerce qui souffrent de l'état de choses actuel et qui méritent, en effet, toute la sollicitude des pouvoirs et du public.

En ce qui concerne l'initiative des 300 millions et l'arrêté actuel au montant de 327 millions, qui est une contre-initiative, vous savez que le Conseil fédéral a adopté deux attitudes successives. Le 28 mars 1938 — il y a exactement une année — son représentant déclarait au Conseil national que la dette de la Confédération, estimée par lui à 2,5 milliards, exigeait une grande prudence. «Je ne comprends pas, disait-il, comment tant de gens peuvent croire aujourd'hui encore que la Confédération est en mesure de faire face à tout.» Et ailleurs: «L'initiative est inacceptable. Il serait, dans ces circonstances, extrêmement imprudent et imprévoyant de vouloir aujourd'hui déjà répartir et employer le bénéfice résultant de la plus-value de l'encaisse or, alors qu'aucun Etat, le nôtre non plus, n'a consolidé sa monnaie.»

Admettons qu'en une année, la situation ait changé. A mon sens, elle s'est aggravée: la vie internationale est très troublée; notre dette n'a pas diminué, loin de là; notre monnaie reste fluctuante; ce qui est certain, c'est que le Conseil fédéral a changé d'avis. Après avoir fourni des arguments de poids contre le programme de 300 millions, voici qu'il en propose un de 327 millions avec couverture, il est vrai, mais cette couverture hypothétique est discutable — et nous en discuterons — et il s'est mis ainsi dans l'impossibilité d'échapper à l'emprise des lignes directrices. Sans doute, il les a vaincues, mais en dépassant leur but,

en leur offrant plus qu'elles n'espéraient obtenir! Il en est ainsi devenu le prisonnier. Si l'arrêté n'aboutit pas, les lignes directrices reprendront toute leur liberté d'action et leur projet; elles se trouveront alors fortes de l'exemple donné par le Conseil fédéral lui-même. Nous sommes nombreux qui eussions préféré que l'Etat, conscient de ses responsabilités, acceptât la lutte sur les principes de la saine économie et de l'ordre; on comprendra que nous nous en tenions à ses premières déclarations, qui n'ont rien perdu aujourd'hui de leur actualité.

Examinons maintenant le second motif de l'arrêté: la lutte contre le chômage. Elle est indispensable. J'appartiens à un canton où nous vouons toute notre attention à ce problème, si bien qu'en trois années le chômage à Genève a reculé de près de la moitié. Mais sans insister sur le fait que la Suisse romande n'a guère part à l'action prévue ici contre le chômage, je dois avouer que je doute fort que les chômeurs des villes trouvent à s'employer en grand nombre et d'une façon suffisamment durable, et dans les plus mauvaises saisons, aux routes de montagne ou aux voies ferrées. Ils le feront partiellement; je pense bien que partiellement aussi ils pourront travailler aussi dans des usines à la production intensifiée du matériel de guerre. Sur les 202 millions prévus pour cette lutte contre le chômage, j'ai lu dans les documents qui nous ont été remis qu'au Département de l'Economie publique on estime que le 50% environ ira réellement dans la poche des chômeurs, le reste étant, par la nature des choses, distribué aux entrepreneurs, aux industriels, aux intermédiaires, aux fournisseurs de l'Etat qui ont bien, cela va de soi, le droit de vivre de leurs affaires. La véritable lutte contre le chômage — on le voit de plus en plus nettement — consiste en une réadaptation de toute l'économie nationale, en une mise en train d'activités productives qui vivent par elles-mêmes. Tous les travaux stériles ou disons, si vous préférez, commercialement improductifs, de durée relativement courte — il s'agit ici de trois ans — ne sont qu'un palliatif. Ensuite la collectivité ne s'en trouvera pas plus avancée et l'Etat sera certainement plus épuisé. Ce n'est pas par une série de larges dépenses et par une aggravation de la fiscalité qu'on vaincra le chômage, mais bien plutôt en s'appliquant à rechercher un allégement des charges, un abaissement du coût de la vie avec une reprise consécutive de nos exportations, un nouvel essor du tourisme et du travail.

Reste la troisième intention: apaiser, aider le petit et le moyen commerce et, certes, il y a là une classe sociale durement frappée par le marasme des affaires et qui mérite d'être aidée dans toute la mesure du possible. Il est dans notre intérêt de la soutenir de notre mieux. Les modestes négociants, nous en connaissons beaucoup. Ils sont de nos amis, de nos parents, car nous sommes presque tous ici de l'état moyen; ils sont de nos partis, leurs soucis sont les nôtres, et il ne faudrait pas laisser se créer la légende qu'une certaine indifférence règne à leur égard. Nous sommes, au contraire, très nombreux à avoir toujours demandé et à demander encore qu'on assainisse le commerce de détail. On peut le faire (et on a commencé ici ou là) par le moyen des coopératives d'achat, par la rationalisation des petites entreprises, par la création d'offices et de conseils techniques, d'instituts spéciaux de crédit; on peut l'assainir aussi en mettant obstacle à la concurrence maladroite que certains de ces petits négociants se font entre eux, nuisant à leurs propres intérêts. Il y a là toute une œuvre positive à accomplir. Mais on a envisagé le problème par l'autre bout et on a pensé qu'il serait préférable de mettre dans l'impossibilité de nuire toute une classe d'entreprises considérées comme hostiles au petit commerce.

Dès lors, le problème qui se pose est celui-ci: est-ce que l'arrêté protège réellement le petit commerce? Sans doute, en frappant une partie de ceux qu'on appelle les «gros», fera-t-on plaisir aux «petits». On donnera ainsi une issue à leur mécontentement. On leur désignera des coupables, vrais ou supposés, auxquels on «serrera la vis». Croyez-moi, Messieurs, ce n'est pas une maxime suisse que le malheur des uns fasse le bonheur des autres!

Je reviens à la question centrale. Cette petite satisfaction mise à part, qu'arrivera-t-il? Bien entendu, pas un sou des 120 millions à retirer de l'impôt compensatoire n'ira au petit commerce. C'est une banalité à dire; mais j'ai entendu d'autres avis, et je tiens à souligner qu'il serait enfantin de croire à cette illusion.

Ce qui arrivera, c'est ceci: durement taxées, beaucoup plus que dans d'autres pays, les grosses maisons devront ou bien disparaître, ou bien chercher des moyens inédits de subsister. Si elles disparaissent, adieu les 120 millions et le financement des grands travaux! Si elles se défendent, ce sera l'effort acharné pour vivre, malgré les charges nouvelles. Le Conseil fédéral le prévoit. Il envisage, de ce fait, un certain renchérissement du coût de la vie. Ce renchérissement ne saurait être que limité car, étant donné les dispositions mêmes de l'arrêté, les catégories de grandes entreprises qui seront peu imposées continuant à vendre au prix inférieur, la concurrence ne pourra guère élever les siens. En revanche, on doit s'attendre à des économies sur les prix payés aux fabriques, aux centaines de petites fabriques qui fournissent ces grands magasins. On doit s'attendre à des restrictions sur le salaire du personnel, sur les budgets publicitaires et, plus encore, dans tous les secteurs possibles, à une lutte ardente pour augmenter le volume des affaires. Loin de détendre la bataille commerciale, loin de réduire l'inégalité économique, ainsi qu'on se le propose, on aggravera certainement les antagonismes, on creusera plus profond le fossé social. Il est surprenant que le Conseil fédéral ne prévoie pas ce résultat ou, s'il le fait, qu'il l'envisage avec une sérénité qui n'est pas la nôtre.

Je crois avoir suffisamment démontré que si les motifs de l'arrêté sont bien intentionnés, leurs conséquences ne répondent guère aux désirs du législateur; elles le trahissent même sur certains points. Cet arrêté, j'en suis convaincu, ne freinera en rien la concentration commerciale qu'on redoute non sans raison; au contraire, il est de nature à la précipiter.

Un mot seulement sur les conséquences qui en résulteront pour les cantons. Vous savez qu'outre les chambres de commerce et la centrale suisse du

commerce et de l'industrie elle-même, les Gouvernements cantonaux de Zurich, de Bâle, et celui de Genève ont élevé des protestations auprès du Conseil fédéral, en raison du fait que l'impôt compensatoire diminuerait les recettes fiscales, privant ainsi le fisc cantonal d'une importante matière imposable. Du point de vue fédéraliste, il n'est pas douteux qu'il s'agit là d'un impôt direct de plus qui, en dépit de tous les principes acceptés et proclamés par le Conseil fédéral, échappe aux finances cantonales. Je signale cet argument, sans vouloir y insister, car on l'a déjà mis en évidence. Il ne saurait être sous-estimé, étant donné que le projet sera forcément soumis à la votation fédérale.

Ce n'est pas le moment, lors d'un débat sur l'entrée en matière, de traiter les questions de couverture, pas plus que celles des modalités et de l'impôt compensatoire. Je signale simplement que, là aussi, il y a beaucoup de réserves à faire. Mais je conclus. Il est évident que, par déférence à l'égard du Conseil fédéral et du Conseil national, qui a voté le projet — notre commission en a fait autant — il serait peu opportun de m'opposer à l'entrée en matière. Peut-être serait-ce logique; mais nous avons des habitudes conciliantes et ce n'est pas moi qui y manquerai. J'espère que les débats amélioreront le projet, notamment en réduisant l'écart des taux qui, véritablement, est hors de toute proportion. Si, adversaire du projet, j'obéissais à la tactique, je m'efforcerais d'accentuer ces écarts, de «charger le bateau» pour qu'une majorité rejetante se forme dans le peuple. Mais je préfère collaborer à la rédaction de ce texte, afin de le rendre acceptable, si possible. Si, à la fin de nos travaux, je n'ai pas obtenu le minimum que j'estime souhaitable, je me verrai dans l'obligation de confirmer le refus exprimé à la commission et nous n'aurons, les uns et les autres, qu'à nous en remettre à l'opinion du peuple, qui décidera.

Winzeler: Gestatten Sie mir nur noch einige Worte zur Eintretensdebatte.

Der Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich hat eine bedeutende Veränderung der strategischen Lage der Schweiz verursacht. Damit möchte ich nicht sagen oder behaupten, dass der nördliche und östliche Nachbar kriegerische Absichten gegen unser Land habe, möchte aber auch nicht das Gegenteil behaupten. Die Tatsache, dass unser Land nun von drei Grossstaaten umgeben ist, die miteinander in Streit geraten könnten, bildet schon allein für sich Grund genug für uns, unsere Grenzen nach allen Seiten besser zu schützen und unsere Landesverteidigung besser auszubauen. Wenn einer noch vor kurzer Zeit diese Notwendigkeit nicht hat gelten lassen wollen, so werden ihn wohl nun die letzten politischen Ereignisse in Europa eines andern belehrt haben. Allgemein wird denn auch heute die Verstärkung unserer Landesverteidigung, auch wenn sie grosse Opfer vom Land erfordert, als eine dringende Notwendigkeit betrachtet, und wenn man noch eine Kritik vernimmt, so ist es höchstens die, die Vorlage komme zu spät angesichts der neuen Verfinsterung des politischen Himmels in Europa. Hoffen wir, dass wir mit unsern Anstrengungen nicht zu spät kommen!

Die andere Seite der Vorlage ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dieser Geissel der Nachkriegszeit, die alle Länder ergriffen hat. Sie ist wirtschaftlich und politisch gleich gefährlich und muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Sie bringt Not in viele Familien und schafft Unzufriedenheit gegenüber dem Staat, gegenüber der menschlichen Gesellschaft überhaupt. Es muss einer schon ein innerlich gefestigter Charakter sein, wenn er durch längere Arbeitslosigkeit und Untätigkeit nicht moralisch Schaden leiden soll. Bund, Kantone und Gemeinden haben in den letzten Jahren für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vieles getan, und gewaltige Summen sind ausgegeben worden für Notstandsarbeiten. Es ist nicht recht, wenn immer wieder behauptet wird, die Schweiz habe in dieser Hinsicht ihre Pflicht nicht erfüllt. Sehr viel ist getan worden, es muss aber noch mehr geleistet werden; die Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen vermehrt werden. Diese Massnahmen sind für unser Land ebenso wichtig wie diejenigen für die Verstärkung der Landesverteidigung. Beide Massnahmen gehören zusammen; denn auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine Art Landesverteidigung, die der grossen Opfer des Landes wert ist.

Man hat die Vorlage trennen wollen in den Teil der Verstärkung der Landesverteidigung und denjenigen der Arbeitsbeschaffung und hat sie getrennt zur Abstimmung bringen wollen. Ich sehe nicht ein, warum diese Vorlage getrennt werden soll; beide Teile gehören zusammen; sie bilden ein Ganzes, und ich erachte es nicht als einen Fehler, dass der Bundesrat sie zusammengekoppelt hat, wie das von verschiedenen Seiten schon gesagt worden ist, sondern ich erachte das als eine sehr kluge und geschickte Massnahme und empfehle Ihnen, auf die ganze Vorlage einzutreten.

M. **Mouttet:** J'ai des scrupules de participer à l'élaboration d'une revision partielle de la Constitution qui, à mon avis, est mal étudiée, qui a un caractère démagogique, qui est contraire aux principes de justice et d'égalité et qui constitue enfin un danger pour les finances des cantons et des communes, ainsi que le signalait notre honorable collègue M. Béguin.

Ce projet de revision est à triple face: il prévoit tout d'abord le renforcement de la défense nationale; secondement, la lutte contre le chômage et troisièmement, le prélèvement d'un impôt compensatoire qui sera un nouvel impôt fédéral.

Pourquoi ce projet a-t-il un aspect démagogique? Parce que l'un de ses objets doit servir d'appâts aux fins d'obtenir des suffrages en faveur des deux autres objets. On tire parti de la nécessité de la défense nationale pour faire accepter un nouvel impôt fédéral qui n'a aucun rapport avec les dépenses affectées à la défense du pays. En outre, simultanément avec la lutte contre la plaie du chômage, on esquisse le programme des grands travaux qui, en principe, ne soulève pas plus d'opposition que la nécessité d'accentuer la défense nationale. Il y a longtemps que ce projet de renforcement de la défense nationale serait voté par les Chambres et se trouverait sous toit si on l'avait distrait d'un programme de grands travaux, si on

l'avait tenu à l'écart de ce projet de revision constitutionnelle, avec lequel il n'a absolument rien à voir. Ces deux importants projets: renforcement de la défense nationale et programme de grands travaux n'auraient pas à subir l'épreuve d'une revision de la Constitution, ni même celle d'une votation populaire ordinaire. Au lieu d'agir immédiatement, vu la nécessité et l'urgence de renforcer notre défense nationale et d'entreprendre des travaux pour combattre efficacement le chômage, on s'acharne à traîner ces deux projets à la remorque d'une revision constitutionnelle. On spécule sur la sympathie que rencontre l'idée de la défense du pays pour faire passer en même temps un projet d'impôt fédéral qui, sans aucun doute, rencontrera une très forte opposition, du moins s'il doit être maintenu dans la forme où il nous est présenté. On accouple des projets différents n'ayant absolument aucun lien les uns avec les autres. On prive ainsi le peuple de la possibilité de se prononcer librement sur des objets différents et qui n'ont rien de commun. J'ose dire que c'est là un procédé inacceptable et peu digne d'un pays démocratique et d'un peuple libre.

On a déjà parlé d'une disposition constitutionnelle, l'article 121 de la Constitution actuelle qui prévoit que si, par voie d'initiative populaire, plusieurs dispositions différentes sont présentées pour être revisées ou introduites dans la Constitution fédérale, chacune d'elles doit faire l'objet d'une demande d'initiative distincte. Au cas particulier, il s'agit d'une revision constitutionnelle présentée par le Conseil fédéral, mais non pas par voie d'initiative. Par conséquent, cette disposition que je viens de rappeler n'est pas applicable, pas directement applicable en l'espèce. Mais comme vous le verrez, il faut s'inspirer des mêmes principes lorsqu'une revision constitutionnelle est demandée par les Chambres fédérales. Le Département de l'Economie publique a présenté à la commission qui s'occupe de la revision des articles économiques une consultation du Département de Justice et Police sur cette question. Malheureusement la traduction de ce document est introuvable. C'est donc en allemand que je dois vous en donner connaissance. Voici ce que disait à ce propos le Département fédéral de Justice et Police:

„Für die Volksinitiative auf Partialrevision der Bundesverfassung fordert Art. 121, Abs. 3, der Bundesverfassung die Einheit der Materie. Diese Einheit besteht nicht darin, dass der Vorschlag nur einen Verfassungsartikel umfasst, sondern im innern Zusammenhang des Inhalts des Vorschlages; dieser Grundsatz steht in der Praxis der Bundesbehörden und in der Doktrin fest."

Et plus loin, après avoir cité les commentateurs de la Constitution fédérale:

„Für Verfassungsvorlagen der Bundesversammlung enthält die Bundesverfassung keine ausdrückliche Vorschrift, dass die Einheit der Materie zu wahren sei. Jedenfalls sind nicht strengere Anforderungen zu stellen als bei einer Volksinitiative. Dem Wesen der Partialrevision entspricht es, dass eine Abstimmungsvorlage nur Normen enthalte, die inhaltlich zusammenhängen, also dass nicht Normen zusammengekoppelt werden, die in keinem sachlichen Zusammenhange stehen."

Et l'on s'appuie de nouveau sur les commentateurs. Tel fut l'avis du Département de Justice et Police.

Cela n'empêche pas aujourd'hui le Conseil fédéral de venir nous présenter un projet de revision de la Constitution qui comprend trois objets différents n'ayant aucun lien entre eux. Ce projet est basé sur une politique de contradiction et d'incohérence.

Contradiction et incohérence, tout d'abord en ce qui concerne le montant des dépenses. Lorsqu'il s'est agi de se prononcer sur l'initiative socialiste dite de crise, qui prévoyait la mise en chantier de travaux impliquant une dépense de 300 millions, le Conseil fédéral a jeté les hauts cris en nous disant: «Dépenser 300 millions! mais c'est courir à la ruine de la Confédération...», ce qui n'empêche pas ce même Conseil fédéral de venir devant nous, quelques mois plus tard, avec un projet qui atteint le chiffre de 400 millions. Et alors dépenser ces 400 millions, ce n'est plus, cette fois, pour ruiner la Confédération, c'est pour la sauvegarder, pour maintenir son existence! Contradiction!...

J'en aperçois une autre dans les déclarations mêmes du Conseil fédéral relatives au fonds d'égalisation des changes. Il y a quelque temps ce fonds constitué à la Banque nationale était déclaré intangible. Aujourd'hui, on vient nous proposer de l'entamer. Dans cet ordre d'idées, il est peut-être opportun de rappeler une déclaration faite tout récemment, dans cette salle même, je crois, par l'ancien président de la Banque nationale, M. Bachmann, qui s'exprimait ainsi:

«Par ailleurs, le fonds d'égalisation des changes est une importante réserve de guerre au service de la Confédération et, partant, du pays tout entier. En cas de mise sur pied de l'armée, le fonds d'égalisation des changes serait un réservoir où la Confédération pourrait puiser immédiatement, par voie de rescriptions, les capitaux indispensables; dans la première période qui suivrait l'ouverture des hostilités, il ne serait guère possible de couvrir les frais de mobilisation en plaçant un emprunt ou en élevant les impôts. Voilà pourquoi l'idée de garder le fonds d'égalisation des changes comme réserve en cas de nécessité, a été comprise par de nombreux milieux.»

J'ai cru qu'il n'était pas inutile, en ce moment-ci surtout, de rappeler à votre attention ce passage du rapport de M. le président Bachmann.

En ce qui concerne l'impôt compensatoire, nous pourrions également relever de nombreuses contradictions de la part des autorités qui le prônent. En son temps, on a dit que cet impôt serait impossible à prélever et le Conseil fédéral, dans un message du 18 mars 1938 concernant la réforme constitutionnelle des finances, écrivait notamment ceci:

«Il est plus important de constater que l'impôt sur les grands magasins ne présente pas un très grand intérêt pour le fisc, le chiffre d'affaires de ces entreprises étant le plus souvent bien inférieur à ce qu'on croit. Nous fondant sur les constatations de la commission des prix, nous avons conclu au rejet d'un impôt spécial frappant les entreprises à gros chiffre d'affaires, dans notre message du 5 septembre 1933 sur les grands magasins et les

magasins à prix unique.» Et pourtant, un peu plus tard, la même autorité est venue dire: Nous pouvons, nous devons prélever un impôt compensatoire! Avec quels taux l'a-t-on proposé! Heureusement que le Conseil national, puis la commission du Conseil des Etats, les ont abaissés. J'espère qu'ils seront encore réduits, car, ainsi que l'a dit tout à l'heure notre collègue M. Malche, les taux prévus, même par la commission, sont encore insupportables pour les entreprises qui en seraient frappées. Tout cela a été présenté sous le prétexte fallacieux de protéger les petits commerçants.

Il serait cruel d'insister sur les contradictions que j'ai relevées dans les différents messages du Conseil fédéral. On pourrait les multiplier. Il faut, en tout cas, reconnaître et avoir le courage de déclarer que le projet qui nous est soumis est basé sur une politique de contradiction et d'incohérence.

Qu'en est-il résulté? Etes-vous d'accord, Messieurs de la commission, sur la somme à dépenser? Pas du tout! Vous en discutez encore. On a commencé par envisager une dépense de 400 millions. On ne savait même pas à quoi on voulait les affecter! C'est au fur et à mesure que l'on présente de nouveaux projets qu'on nous dit de dépenser ceci ou cela!

Vous n'êtes pas d'accord sur la somme à dépenser, ni sur les projets à exécuter, ni sur la façon de couvrir ces dépenses. C'est donc un travail dans le gâchis.

Pour couvrir ces dépenses, d'ordre général, on voudrait avoir recours à des recettes provenant non pas de la généralité des contribuables, mais à un impôt compensatoire frappant une certaine classe de la population, une certaine partie des entreprises économiques, ce qui est contraire au principe de l'égalité des citoyens devant la loi. Le principe même de cette revision constitutionnelle est donc faux et il sera encore faussé dans son application, car celle-ci prévoit des inégalités et des injustices criantes.

Les cantons et les communes auront également à souffrir du prélèvement de ce nouvel impôt fédéral. Ici, la Confédération empiète sur un domaine qui n'est pas le sien, puisqu'elle se propose de prélever des impôts sur des matières qui, jusqu'ici, étaient imposées par les cantons. Si vous captez la source à laquelle s'alimentent les communes, ces dernières, qui devraient contribuer à l'exécution de ces grands travaux, ne pourront plus le faire, car elles ne disposeront plus de moyens financiers pour les subventionner.

Par toutes ces considérations, j'estime que le projet tel qu'il vous est actuellement présenté est inacceptable et, personnellement, je pourrai tout au plus me rallier à la proposition qui sera faite par la minorité de la commission. Tout comme MM. Béguin et Malche, je réserve mon vote définitif.

Bundesrat **Obrecht:** Ich möchte einleitend feststellen, dass ich allen Grund habe, Ihrer Kommission zu danken für die überaus gründliche und ernsthafte Arbeit, die sie in der Ueberprüfung dieser Vorlage geleistet hat. Die intensive Bearbeitung durch die Kommission ist zwar nicht überall anerkannt worden; sie hat im Gegenteil da und dort zu Kritik herausgefordert. Diese hat sich aber mehr auf die Sitzungsorte bezogen. Es ist nicht meine Rolle, hier den Verteidiger zu spielen; denn die Kommissionen sind in der Bestimmung ihrer Sitzungsorte souverän. Aber diesen Kritikern muss man doch in Erinnerung bringen, dass wir in einer ausserordentlichen Zeit leben, dass in unsern Grenzgebieten viel Unruhe und Unzufriedenheit herrscht und dass es eigentlich lächerlich ist, wegen einiger Franken Mehrauslagen sich darüber aufzuhalten, dass man einen eidgenössischen Besuch in einer Grenzstadt macht. Ich freue mich jedesmal, wenn man in eine Grenzstadt geht und ich mich selbst überzeugen kann, mit welcher Freude eine eidgenössische Kommission, begleitet von einem Mitglied des Bundesrates, aufgenommen wird. Das ist in der heutigen Zeit auch ein Aktivum. Uebrigens sind die Mehrkosten für die Bundeskasse nicht bedeutend. Es handelt sich lediglich um einige Mehrausgaben wegen der grösseren Zahl von Kilometern; aber die Taggelder sind ja dieselben; ob eine Kommission im Hotel I. Ranges oder im Hotel III. Ranges absteigt, belastet den Bund nicht mehr; das müssen die Herren aus ihrem eigenen Taggeld zahlen, und wenn das Hotel mehr kostet, so sind es eben die Mitglieder der Kommission, die drauflegen müssen. Aber ich wollte die Gründlichkeit der Vorarbeit Ihrer Kommission hervorheben und anerkennen.

Es ist ein grosser Brocken, der hier vorgelegt wird, und ein kompliziertes Instrument, das sich aus der Entwicklung heraus so ergeben hat. Es fällt in vielen Teilen aus der Norm heraus, und darum finden auch die scharfsinnigen Herren Juristen allerlei daran auszusetzen. Aber man kann die Dinge nicht immer drehen, wie man es nach der juristischen Finesse gerne hätte, sondern die Macht der Verhältnisse ist oft grösser und führt dahin, dass man den traditionellen Rahmen verlassen und sprengen muss.

Ihre Kommission hat sich namentlich bemüht, alle die verschiedenartigen Kredite zu überprüfen und sich darüber einlässlich Aufschluss geben zu lassen. Erst nach gründlicher Aufklärung hat Ihre Kommission dann diesen Krediten zugestimmt. Es ist in der Presse gesagt worden: In einer Zeit, wie wir sie heute haben, nimmt man sich nicht so lange Zeit, die Vorlagen des Bundesrates zu prüfen. Meine Herren, wir wären ja die ersten, die sich freuen könnten, dass man unsere Vorlagen nicht so streng unter die Lupe nimmt. Aber wir wünschen das gar nicht, sondern wir wünschen, dass unsere Vorlagen ernsthaft und gründlich geprüft werden, wie es hier geschehen ist. Und wenn dann Kritik am Platze ist, so müssen wir halt diese Kritik entgegennehmen. Man kann der Kommission des Ständerates jedenfalls auch nicht den Vorhalt machen, dass sie der Dringlichkeit der Vorlage nicht Rechnung getragen habe. Eine solch grosse Vorlage in einer Zeit von drei Monaten durchzuarbeiten und spruchreif zu machen für den Rat, ist auch ein Punkt, der Anerkennung verdient.

Nachdem nun Ihre Kommission unter dem erfahrenen Präsidium des Herrn Dr. Keller dazu gekommen ist, nach so einlässlicher und gründlicher Prüfung Ihnen das Eintreten zu empfehlen, unter Vorbehalt einiger Fragen, die Sache der Detail-

beratung sein werden, glaube ich nicht unbescheiden zu sein, wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, Sie möchten sich nicht zu sehr in Einzelfragen verlieren, sondern diese gründlich überdauerte und geprüfte Vorlage vielleicht mit einem noch etwas grössern Vertrauen als sonst hier im Rate weiter behandeln, denn die Angelegenheit drängt. Die Frucht ist unserer Ueberzeugung nach reif. Auch die geistreichsten Betrachtungen werden an der Notwendigkeit dieser Vorlage nichts ändern und auch ihre Form nicht mehr wesentlich umgestalten können.

Am Montag nachmittag hat eine Präsidentenkonferenz stattgefunden, einberufen vom Herrn Bundespräsidenten. Ich war persönlich nicht anwesend, habe aber gestern in einer Bundesratssitzung erfahren, welch vollgefüllten Wunschkratten man dem Bundesrate wieder vorgesetzt hat.

Für mich steht eins fest: In ausserordentlichen Zeiten wie heute kann man nicht mehr improvisieren, sondern muss ruhig und planmässig weiterarbeiten und den Dingen getrost ins Auge schauen.

Die vorliegende Arbeit ist am 17. Juni 1938 entstanden, wurde nachher während 6 Monaten in der 27köpfigen nationalrätlichen Kommission der Prüfung unterzogen, hat dann den Nationalrat passiert und ist darauf von Ihrer 15köpfigen Kommission wiederum gründlich geprüft worden. In dieser planmässigen Arbeit sollten wir weiterfahren und nicht überstürzt improvisierte Massnahmen vom Bundesrat verlangen. Das ist praktische Politik.

Der beste Beitrag an die militärische und geistige Landesverteidigung liegt in der möglichst baldigen Verabschiedung der heutigen Vorlage. Der militärische Teil ist besonders dringlich; die Uebergangskredite für die unsere Landesverteidigung betreffenden Ausgaben sind für die Zeit bis Ende Mai 1939 bemessen worden. Wenn der Ausbau unserer Landesverteidigung keinen Unterbruch erfahren soll, muss die heutige Vorlage Ende Mai vor das Volk gebracht werden können, andernfalls entsteht ein Unterbruch in unsern militärischen Massnahmen. Das wäre heute schwer zu verantworten. Darum wollen wir die Vorlage bald vor das Volk bringen.

Wir wollen in der Vorlage auch die militärischen Kredite einschliessen. Gerade hier geht der Bundesrat ausnahmsweise ausserordentliche Wege. Da wir dem Volk bald für die Deckung der ausserordentlichen Ausgaben betreffend das Militärwesen grosse Opfer auferlegen müssen, soll es über das, was im Gebiete der Landesverteidigung geschieht, Aufschluss haben. Mit den Krediten, die im Bericht zum Postulat des Herrn Ständerat Schöpfer in Aussicht gestellt worden sind, werden alles in allem eine Milliarde Franken für ausserordentliche Aufwendungen im Dienste unserer Landesverteidigung in Betracht kommen. Daran werden etwa 90 Millionen aus der Krisenabgabe in den Jahren 1939—1941 abgetragen werden können. Der Grossteil der Summe wird durch Wehropfer und Wehrsteuer gedeckt werden müssen. Um diese ausserordentlichen Aufwendungen für die Landesverteidigung zu decken, werden wir also notgedrungen vom Volk gewaltige Opfer verlangen müssen.

Wenn wir mit einer Vorlage, die weitere neue Kredite verlangt, vor das Volk treten, bekommen wir Gelegenheit, ihm darüber Aufschluss zu geben, was bisher geschehen ist und noch weiter getan wird. Wenn das Volk selbst berufen wird, an der Bewilligung der Kredite mitzuwirken, werden wir es auch verpflichten, Opfer zu bringen. Das Volk wird es begrüssen, in so wichtigen programmatischen Fragen wie Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung mitreden zu können. Wir alle, Ständeräte, Nationalräte und Bundesräte werden durch diese Vorlage Gelegenheit erhalten, mit dem Volke über diese ernsten Dinge zu reden. Mit einem aufgeregten Volke muss man reden! Das ist zeitgemässe, praktisch angewandte Politik. Sie taugt mehr als die scharfsinnigste Kritik.

Herr Kommissionspräsident Dr. Keller hat von einem Zickzackweg des Bundesrates gesprochen im Hinblick darauf, dass wir ursprünglich Ablehnung der sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsinitiative beantragt haben, dass wir aber nachher darauf zurückgekommen sind und selbst ein Programm aufgestellt haben. Die Herren Béguin, Malche und Mouttet haben hier auch eingehakt und dem Bundesrat ein wenig günstiges Zeugnis ausgestellt, wonach er sich hier eines Umfalles schuldig gemacht hätte.

Wenn Herr Ständerat Keller gestern gesagt hat, der Ständerat sei in der Zwangslage, hier Eintreten zu beschliessen, so darf ich sagen, dass auch wir in einer Zwangslage waren, unsere Haltung gegenüber der Arbeitsbeschaffungsinitiative zu ändern; denn währenddem in Ihrem Rate mit allen gegen 4 Stimmen dem Bundesrat beigepflichtet wurde, die Initiative dem Volke zur Ablehnung zu empfehlen, so stund es im anderen Rate total anders. Ich erinnere mich an eine Sitzung unserer Fraktion, der ich beiwohnen musste, weil eine Vorlage behandelt wurde, die ich vor den Bundesrat gebracht und die ich vor dem Nationalrat zu verteidigen hatte. Von der ganzen nationalrätlichen Fraktion der freisinnigen Partei sind noch zwei Mitglieder zu mir gestanden und haben am Gedanken festgehalten, die Arbeitsbeschaffungsinitiative dem Volke mit Antrag auf Ablehnung vorzulegen. Es waren der Bruder von Herrn Ständerat Keller und Herr Dr. Wetter. Alle andern haben gesagt: bei der Lage, die nach dem Anschluss Oesterreichs an Deutschland und nach den neuen deutlichen Krisenwellen entstanden sei, gehe es nicht an, mit leeren Händen vor das Volk zu treten und von ihm einfach die Verwerfung der Arbeitsbeschaffungsinitiative zu verlangen. Man glaubte, dass man nicht durchdringen würde, und in einer solchen Lage gebiete die staatsmännische Klugheit, dass der Bundesrat selbst ein Programm aufstelle. Wir waren auch in einer Zwangslage. Meine ursprüngliche Ueberzeugung war fest, aber ich musste mich bescheiden; denn ich war überzeugt, dass der Nationalrat dem Ständerat nicht beigepflichtet hätte.

Was wäre geschehen, wenn der Nationalrat der Initiative zugestimmt hätte? Dann hätten sich Nationalrat und Ständerat über die kritischen Septembertage 1938 — rufen Sie sich das in Erinnerung — und vielleicht auch noch über die Märztage 1939 darüber gestritten, ob man die

Arbeitsbeschaffungsinitiative dem Volke mit dem Antrage auf Annahme oder Verwerfung vorlegen wolle. In einer Zeit, wo für Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung aus höheren Landesinteressen gesorgt werden muss, wäre das keine zeitgemässe Situation gewesen. Wenn dagegen der Nationalrat dem Ständerat zugestimmt hätte, dann hätten wir in den schweren Tagen des September 1938 die Volksabstimmung gehabt, und wir hätten mit leeren Händen vor das Volk gehen und sagen müssen: Verwerft diese Initiative! Ich zweifle sehr, ob das Volk dieser Empfehlung gefolgt wäre.

Wenn nun aber — und das wird viel zu wenig in Erwägung gezogen, gerade von den Herren, die den föderalistischen Standpunkt besonders stark vertreten — die Initiative angenommen worden wäre, dann wären die 300 Millionen vom Volke beschlossen worden mit der Ermächtigung an den Bundesrat, diese Mittel dem Abwertungsgewinn der Nationalbank zu entnehmen. Glauben Sie, dass der Bundesrat einfach hätte sagen können: „Wir machen das nicht!" — Trotzdem Volk und Stände das beschlossen haben. — Der Bundesrat holt die 300 Millionen aus dem Abwertungsgewinn der Nationalbank; er ist kompetent dazu. Das steht in der Initiative. Glauben Sie, wir hätten sagen können: „Das tun wir nicht, denn die Kantone sind auch noch da." — Der Bundesrat wäre in die denkbar verwickeltste Situation hineinversetzt worden. Er wäre verpflichtet gewesen, nach dem Willen des Volkes die 300 Millionen bei der Nationalbank zu holen. Er hätte damit eingegriffen in die Ansprüche der Kantone. Das wäre eine ganz undenkbare Situation gewesen. Ob dann bei Verteilung des Goldgewinnes der Nationalbank noch zwei Drittel an die Kantone geflossen wären, erscheint mehr als fraglich. Ich verstehe deshalb nicht recht, wie man heute noch so ganz unbedenklich sagen kann: „Sie hätten es riskieren sollen, die Initiative doch noch vor das Volk zu bringen." Das wäre ein gefährliches Unterfangen gewesen. Das war mit ein Grund, weshalb wir eingelenkt haben in den Gedanken, der uns bei der Beratung der Initiative im Nationalrat von allen Seiten aufgedrängt worden ist. Es hat dort nur so geschneit von Motionen, Interpellationen und Postulaten, und zwar aus bürgerlichen Kreisen. Der Bundesrat wurde unter ein eigentliches Trommelfeuer gestellt, und wenn er schliesslich nachgegeben hat, so war die Ueberlegung dabei bestimmend: Wir dürfen uns nicht in eine Sackgasse hineinbegeben mit diesen 300 Millionen, die wir bei der Nationalbank holen sollen. Deshalb haben wir uns zu einem eigenen Vorschlag entschlossen.

Es hat noch aber etwas anderes mitgespielt. Herr Béguin bedauert, dass wir unserer alten Methode nicht treu geblieben sind, nach der wir jedes Jahr im Herbst der Bundesversammlung eine Kreditvorlage über die Bedürfnisse der Arbeitsbeschaffung eingereicht haben. Wir haben das im Jahre 1936 getan für 1937 mit 30 Millionen Franken, 1937 für 1938 mit 35 Millionen, und die Räte haben diesen Kreditvorlagen jeweilen zugestimmt. Dieses Einzelvorgehen von Jahr für Jahr hat wohl Vorteile, aber es hat auch einen schweren Nachteil, nämlich den, dass man die Deckungsfrage nicht aufwerfen und lösen kann; denn wegen einer einmaligen Ausgabe von 30 oder 40 Millionen können Sie nicht eine Einnahmequelle für den Bund erschliessen. Wenn Sie aber solche Aufwendungen zusammenfassen für eine längere Periode — hier sind es 3 Jahre — und noch andere Dringlichkeiten dazu vereinigen, dann haben Sie die Gelegenheit, die Deckungsfrage aufzuwerfen und sie zu einer Lösung zu führen.

Das war die Grundbedingung im Schosse des Bundesrates für die Vorlage einer programmmässigen Lösung, und wir haben diese Lösung gesucht und gefunden. Sie müssen sich nicht darüber aufhalten, dass die Ausgleichsteuer viel Staub aufgewirbelt hat. Ich möchte die neue Steuer sehen, die der Bund oder ein Kanton vorlegt und die nicht dem grössten Widerstand begegnet, die nicht bekämpft wird mit Leidenschaftlichkeit und Heftigkeit! Jede Steuer rührt an die Interessen, und sobald man den Leuten an den Interessen rührt, werden sie giftig und heftig. Damit muss man rechnen. Ich hätte es nicht nötig gehabt, 9 Jahre Finanzdirektor eines Kantons zu sein, um das zu wissen. Das liegt in der Natur der Sache. Heute sind wir so weit mit dieser Ausgleichsteuer, dass ein Mitglied des Ständerates, Herr Bally, der ja den Betroffenen, den Ausgleichsteuerpflichtigen nahesteht, selbst einen Gegenvorschlag macht, der noch eine halbe Million mehr abtragen würde, als der Vorschlag, den Ihre Kommission zusammen mit dem Vertreter des Bundesrates als Vermittlungsvorschlag eingereicht hat. Es kann also nicht so schlimm sein mit dieser Opposition, wenn sogar die Betroffenen selbst sich zu einem Gegenvorschlag aufraffen, der noch etwas ergiebiger wäre als das, was Kommission und Bundesrat empfehlen.

Das war mit ein Grund, weshalb wir uns entschlossen haben, den programmatischen Weg zu beschreiten, damit wir auch die Deckungsfrage lösen können. Man darf nicht sagen, wie gestern Herr Ständerat Klöti, vielleicht nicht „expressis verbis", aber doch dem Sinne nach ausgeführt hat: „Ja, wegen 10mal 12 Millionen = 120 Millionen — ob die jetzt eingebracht werden oder eventuell später, deswegen steht es nicht viel besser und nicht viel schlechter mit der Finanzlage des Bundes." — Es ist so, dass die Ueberschuldung und die Unterbilanz des Bundes so gewaltig sind, dass man schliesslich sagen könnte: „Ob 120 Millionen mehr oder weniger auf Kredit statt gegen Deckung, das ändert an der Sache nicht viel." Gerade dann, wenn man im Zustand der Ueberschuldung und der Unterbilanz steckt, darf man aber nicht sagen, so oder so viele Millionen spielen keine entscheidende Rolle mehr, sondern wenn man sich der Verantwortlichkeit bewusst ist, muss man sagen: Wenn man die Ueberschuldung des Bundes um weitere 120 Millionen verhindern kann durch eine Deckungslösung, so ist das den Schweiss der Edlen wert.

Herr Ständerat Klöti hat die Frage gestellt, warum wir nicht einen eigentlichen Gegenvorschlag gemacht hätten; dann hätte das Volk zu entscheiden gehabt zwischen Initiative und Gegenvorschlag. Das wollten wir gerade nicht, weil wir die Gefahr, dass der Bundesrat verpflichtet werden könnte, 300 Millionen bei der Nationalbank zu holen und damit die Interessen der Kantone zu beschneiden, vorausgesehen haben. Wir wollten jede Möglich-

keit, dass die Initiative angenommen werden könnte, ausschalten. Darum haben wir unsere programmatische Vorlage nicht in die Form eines Gegenvorschlages gefasst, bei der man zur Lösung verpflichtet gewesen wäre, dem Volke die Auswahl zu lassen zwischen Initiative und Gegenvorschlag, sondern wir haben einen ganz selbständigen, neuen Bundesbeschluss in Vorschlag gebracht. Wir waren verpflichtet, hier den Weg des Verfassungsartikels zu beschreiten wegen der Deckung; denn ohne eine verfassungsmässige Kompetenz wäre der Bundesrat nicht befugt, eine Ausgleichsteuer zu erheben. Er bedarf dazu der Zustimmung von Volk und Ständen.

Ich habe allerdings damals, als wir diesen programmatischen Vorschlag des Bundesrates in Arbeit hatten, mit dem Initiativkomitee Fühlung genommen. Wir haben den Herren zugemutet: wenn wir selber eine bundesrätliche Vorlage ausarbeiten, so sollten wir damit rechnen können, dass die Initiative zurückgezogen werde. Ich habe dieses Begehren gestellt. Aber was wurde mir geantwortet? Ganz begreiflicherweise wurde mir gesagt: Ja, Sie können uns schon sagen, der Bundesrat ist gewillt, eine Vorlage so und so vor die Räte zu bringen; bitte, zieht demgegenüber die Initiative zurück! Aber Sie haben es nicht in der Hand, dass der eine oder andere der beiden Räte sagt: Wir gehen auf die Sache gar nicht ein, oder dass er die Vorlage so reduziert, dass sie lange nicht mehr das ist, was der Bundesrat der Initiative gegenüber in Aussicht stellte.

Das ist ein begreiflicher Standpunkt, und ich habe mich ganz objektiv überzeugen lassen müssen, dass man die Frage des Rückzuges der Initiative zurückstellen muss, bis die Vorlage die parlamentarische Beratung passiert hat. Wenn dann die Vorlage in den beiden Räten durchberaten ist und auch die Differenzen bereinigt sind, werde ich auf die Verhandlungen mit dem Initiativkomitee zurückkommen und sagen: Das steht nun fest, und bevor wir die Volksabstimmung ansetzen, wollen wir von Euch wissen: Seid Ihr bereit, die Initiative zurückzuziehen oder nicht? Ich habe hier einen Brief vom 4. Juli 1938, worin der Satz steht: „Ueber die Frage eines Rückzuges der Initiative ist eine Beschlussfassung erst möglich, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Deckungsfrage durch die Bundesversammlung abgeklärt sind." Unterzeichnet ist das Schriftstück vom Präsidenten des Initiativkomitees. Daraus geht hervor, dass man sich klar darüber ist, dass man die Initiative zurückziehen muss. Denn wie wollte das Initiativkomitee und die hinter ihm stehende sozialdemokratische Partei die Verantwortlichkeit übernehmen, hier das Bein zu stellen und zu sagen: Wir ziehen die Initiative nicht zurück! Die Herren von der Linken sind die ersten, die immer bereit sind, Arbeitsbeschaffungskredite zu fordern und zu bewilligen. Sie würden ja mit sich selbst in Widerspruch kommen, wenn sie diesen Stein nicht aus dem Wege räumen wollten. Aber wir haben da mit dem schlimmsten Falle gerechnet und wollten unter keinen Umständen riskieren, dass die Vorlage von heute die Abstimmung von Volk und Ständen passiert und wir anfangen, das Geld auszugeben, und hinterher verlangt man dann, dass die Initiative auch noch zur Abstimmung komme. Diese Vorlage hier muss die Initiative ersetzen, und dieser Bundesbeschluss tritt infolgedessen nur in Kraft, wenn das Volksbegehren betreffend ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm zurückgezogen oder im Falle eines Nichtrückzuges dann vom Volke abgelehnt worden ist. Beides darf natürlich nicht in Kraft treten; dafür ist das Nötige in diesem Artikel aufgenommen.

Auch diese Situation ist ausserordentlich. Ich verstehe es, wenn man an dieser ganzen Kombination keine Freude empfindet. Aber es hat mir keiner auch nur einen Wink gegeben, wie man diesen Konflikt anders hätte lösen können. Ich glaube, wir haben den richtigen Weg gewählt; der Knoten wird sich lösen. Bedenken bestehen ja, aber sie sind sehr theoretischer Natur. Praktisch wird sich die Sache ohne Schwierigkeiten durchführen lassen.

Es ist unserer Vorlage auch entgegengehalten worden, sie sei überlastet, wir seien zu weit gegangen mit den ursprünglichen 400 Millionen und mit den jetzigen 327 Millionen inklusive Kistenstrasse oder 307 Millionen exklusive Kistenstrasse. Es ist interessant, dass in der 27köpfigen Kommission des Nationalrates und in einer 15köpfigen, strengen Kommission des Ständerates kein einziger Antrag gestellt worden ist auf Reduktion unserer Vorschläge; kein einziger Antrag, sage ich. Es ist eine Reduktion eingetreten, weil man die Kistenstrasse gestrichen hat. Aber ich glaube — als Mitglied des Bundesrates darf ich sogar sagen, ich hoffe — dass diese Streichung von 20 Millionen nur vorübergehend sei und in der Beratung im Plenum des Ständerates wieder verschwinden werde. Aber sonst sind keine Reduktionen beantragt oder beschlossen worden. Wohl aber hat der Nationalrat einige Erhöhungen beschlossen, denen Ihre Kommission beigepflichtet hat.

Wenn wir uns beiläufig auch mit einigen Zahlen die Frage vorlegen, was wir mit der ganzen Arbeitsbeschaffung bis jetzt eigentlich erreicht haben, so mache ich Ihnen folgende paar Angaben: Ende Februar 1936 hatten wir noch eine Zahl von Stellesuchenden — das sind die Ganzarbeitslosen — von 119 795; Ende Februar 1937 waren es noch 105 736; Ende Februar 1938 noch 93 103 und Ende Februar 1939 noch 73 170. Die Zahl hat sich also vermindert: im ersten Jahre, von 1936 auf 1937 um 14 059; im zweiten Jahre um 12 633; im dritten Jahre um 19 933, also rund 20 000. Im ganzen haben wir einen Rückgang zu verzeichnen innert der genannten drei Jahre, seit wir die Arbeitsbeschaffung betrieben haben, um 46 625 oder 39 %.

Meine Herren, Sie sehen daraus, dass wir nicht zuviel gemacht haben; denn wir haben nur rund 40 % an Ganzarbeitslosen weggebracht. Wir haben nicht darauf hingewirkt, auf den Nullpunkt zu kommen, weil wir wussten, dass dies unerträglich grosse finanzielle Opfer erfordern würde. Aber das Resultat lässt sich sehen. Wir haben diese Reduktion um rund 40 % herbeiführen können in einer Zeit, wo die wirtschaftliche Konjunktur wieder eine rückläufige Bewegung zeigte. Das kann ich Ihnen anhand der Zahl der Teilarbeitslosen beweisen. Sobald die Aufträge zurückgehen, der Auftragsbestand schwächer wird, setzt der Arbeitgeber seine Arbeiter — er muss es tun — auf reduzierte Arbeit, und das gibt die Teilarbeitslosen. Wir hatten vor

der Abwertung eine Zahl der Teilarbeitslosen von 25 000. In den ersten 9 Monaten nach der Währungsänderung, unter der Zusammenwirkung der Abwertung — die glücklicherweise in der ersten Zeit mit einer etwas vermehrten Konjunktur zusammenfiel — mit unserer Arbeitsbeschaffungsaktion, ist die Zahl der Teilarbeitslosen von 25 000 auf 10 000 zurückgegangen. Sie ist seither wieder gestiegen und hat im letzten Monat die Zahl von 23 000 erreicht. In der Zahl der Teilarbeitslosen ergibt sich also eine Zunahme von 10 000 auf 23 000. Das zeigt, dass der Beschäftigungsgrad in Industrie und Handel schwächer geworden ist. Und trotzdem haben wir eine absolute Abnahme um 46 688 Ganzarbeitslose. Das ist der Effekt, den wir erreicht haben.

Es ist uns auch vorgehalten worden, heute wiederum, dass es finanzpolitisch etwas leichtfertig sei, in Anbetracht der grossen Schulden des Bundes noch so grosse Ausgaben in Vorschlag zu bringen. Meine Herren, es muss der ungünstigen Finanzlage des Bundes Rechnung getragen werden. Aber das kann nicht in der Weise geschehen, dass man für die Landesverteidigung oder auch nur für die Arbeitsbeschaffung nichts mehr tut. Ich möchte sehen, wie die Arbeitsmarktzahlen in einigen Industriezentren aussehen würden, wenn wir mit den Arbeitsbeschaffungsmassnahmen aufhören würden; das kann man nicht, und wenn man ausgeben muss und doch der überlasteten Finanzlage des Bundes Rechnung tragen will, dann gibt es nur einen Weg, das ist der, dass man eine neue Deckung sucht. Wie weit wir in der Annäherung gekommen sind, habe ich Ihnen schon gekennzeichnet. Aber ich muss in diesem Zusammenhang noch ein Wort verlieren über die Eingabe der Regierungen von Zürich und Genf.

Die Regierung von Zürich hat sich die Mühe genommen, eine Ausrechnung darüber anzustellen, was für einen Ausfall infolge der Ausgleichsteuer auf den kantonalen und kommunalen Steuern entstehen wird. Diese Rechnung ist sehr problematisch, weil man ja auch nicht die Auswirkung der Ausgleichsteuer auf die Bilanzen der Ausgleichsteuerpflichtigen im voraus bestimmen kann. Darin gehen die Meinungen stark auseinander. Aber eines hat die Zürcher Regierung nicht erwähnt, und das will ich hier nun sagen. Es sind in den Jahren 1937 und 1938 an Bundesgeldern zur Subventionierung von Notstandsarbeiten einzig in den Kanton Zürich 14 Millionen Franken geflossen. Davon sagt man nichts. Aber man macht ein Aufhebens darüber, dass der Ertrag der kantonalen und kommunalen Steuern durch die Ausgleichsabgabe etwas abgeschwächt werden könnte.

Die Genfer Regierung ist nicht so weit gegangen; sie hat keine Berechnungen angestellt. Es ist mir aber so gut bekannt wie Herrn Ständerat Malche selber, wieso sie dazu gekommen ist, ihr Veto einzulegen. — Herr Malche hat sich sodann auf ein bundesrichterliches Urteil bezogen; ich kenne dieses nicht. Ich kann Ihnen aber die Beruhigung geben, dass die ganze Vorlage in ständiger Uebereinstimmung mit dem eidgenössischen Justizdepartement aufgestellt worden ist. Dort habe ich mich davon überzeugen lassen, dass die verfassungsrechtlichen Inhalte richtig sind. Ich selbst bin nicht Jurist, kann es also nicht beurteilen. Aber wenn ich für die verfassungsrechtlichen Fragen den Segen des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes habe, bin ich beruhigt.

Herr Ständerat Malche zweifelt daran, ob der mitlaufende Gedanke eines gewissen Schutzes für den Mittelstand überhaupt erfüllt werden könne. Er zweifelt an der efficacité. Glaubt Herr Malche nicht, dass eine Epa-Unternehmung, die ihren vollen Ertrag für die weitere Stärkung der Geschäfte, für Akquisition und Expansion verwenden kann, gefährlicher sei als eine Epa-Unternehmung, die eine Zeitlang eine Million Ausgleichsteuer pro Jahr abliefern muss? Die Frage ist dort wohl leicht zu beantworten. Der Aderlass wird so sein, dass er von gesundender Wirkung sein wird, aber weniger für den „Patienten" als für die andern, und das möchte der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes eben erreichen.

Wenn in dieser Session auch noch die Differenzen dieser Vorlage bereinigt werden, wird die Volksabstimmung am 28. Mai oder am 4. Juni stattfinden können. Dann nehmen unsere Massnahmen für die militärische Sicherheit des Landes und den nötigen moralischen Halt in unserem Volk ohne Unterbruch ihren Fortgang. Wenn aber die Vorlage in der Nörgelei versanden sollte, möchte ich an meinem Orte an der Verantwortlichkeit nicht teilhaftig sein.

Abstimmung. — *Vote.*

Für Eintreten auf die Vorlage 29 Stimmen (Einstimmigkeit)

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*

Keller, Berichterstatter: Ich nehme an, Sie seien damit einverstanden, dass wir zuerst den Programm-Bundesbeschluss behandeln und nachher den Verfassungsartikel. Das ist auch die Meinung des Präsidenten.

Präsident: Ich habe folgende Prozedur vorgesehen: Wir würden nun zuerst das Programm durchberaten; nachher werden wir den I. Minderheitsantrag Klöti und den II. Minderheitsantrag Evéquoz besprechen und darüber abstimmen. Nachher behandeln wir den Verfassungsartikel (Zustimmung — Adhésion).

Titel und Ingress.

Antrag der Kommission.

Titel.

Bundesbeschluss

betreffend

den weiteren Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ingress. Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Titre et préambule.

Proposition de la commission.

Titre.

Arrêté fédéral

concernant

l'extension du renforcement de la défense nationale et la lutte contre le chômage.

Préambule. Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adoptés.*

Abschnitt A.

Landesverteidigung.

I. Militärdepartement.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Chapitre A.

Défense nationale.

I. Département militaire.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Im Programm steht die Landesverteidigung voran. Unter diesem Titel werden 148,3 Millionen Franken verlangt für das Militärdepartement, ferner 12 825 000 Franken für das Departement des Innern für militärische Bauten und 10 Millionen für das Volkswirtschaftsdepartement zur Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern; zusammen 171 125 000 Franken.

Ich möchte beantragen, diese Kredite in drei Gruppen zu behandeln, entsprechend den römischen Ziffern, also zuerst die 148,3 Millionen für das Militärdepartement.

Ich kann in der Berichterstattung aus naheliegenden Gründen in einer öffentlichen Sitzung nicht so weitgehend Auskunft erteilen, wie es der Chef des Generalstabes vor der Kommission getan hat. Ich nehme an, dass diejenigen Herren, die sich um Einzelheiten interessieren, diese beim Militärdepartement oder auf dem Generalstabsbureau ohne weiteres erfahren können. Ich will aber pro memoria æterna doch zu Papier geben, soweit es ohne Preisgabe von Geheimnissen geschehen kann, wozu die einzelnen Kredite dienen sollen.

Doch möchte ich eine Bemerkung vorausschicken, die nicht nur für den Ständerat, sondern auch für die Oeffentlichkeit bestimmt ist und bezweckt, ängstliche Gemüter zu beruhigen, also eine Erklärung laut zum Fenster hinaus:

Natürlich ist die Schweiz bei den Aufwendungen für die Landesverteidigung, trotzdem sie zum Aeussersten entschlossen ist, an die tatsächlichen Verhältnisse gebunden, an die vorhandenen Mittel und andere Gegebenheiten. Sie muss auch in gefährlicher Zeit den Schutz des Landes mit kalter Ruhe und Ueberlegung organisieren. Indessen hatte die Kommission Gelegenheit, bei ihren Sitzungen und Besichtigungen festzustellen, dass in aller Stille, aber stetig an unserer Landesverteidigung gearbeitet worden ist und dass ebenso weiter gearbeitet wird, ohne unnötiges Aufsehen. Ohne Unterbruch wird geschaffen, was möglich ist, nicht planlos, sondern nach einem festen, und wie es uns Laien scheint, auch zweckmässigen Plan des Generalstabes und der Landesverteidigungskommission. Es ist nicht nötig, in diese wenn auch stille, so doch planmässige und intensive Arbeit von aussen eine künstliche Einspritzung zu machen zum Zwecke der Anfeuerung zu einem fieberhaften oder überstürzten Tempo. Eine reaktive Einspritzung, wie die Aerzte sagen, ist also nicht nötig. Haben wir Vertrauen in unsere Behörden. Arbeiten wir mit ihnen ruhig und zielbewusst weiter, dann kann wahrlich auch der „letzte Blutstropfen", von dem in letzter Zeit so viel gesprochen wird, endlich aus dem Vocabularium unserer Phraseologie verschwinden.

Das, meine Herren, vorausgesetzt, erinnere ich daran, dass zusammen mit dem Kredit von 82 Millionen Franken aus dem Jahre 1933 der Bund in den letzten Jahren 417 Millionen auf ausserordentlichem Wege für die Verstärkung der Landesverteidigung aufgewendet hat. Der Anschluss Oesterreichs an Deutschland hat uns militärpolitisch vor eine neue Situation gestellt. Die Verhältnisse zwingen uns da, die bisherigen Anstrengungen zur militärischen Sicherung unseres Landes unverzüglich zu verstärken.

Im vorliegenden neuen Programm für den Ausbau der Landesverteidigung sind folgende Aufwendungen vorgesehen, die ich nun hier Litera für Litera besprechen möchte:

Für den Ausbau der Bewaffnung waren ursprünglich vorgesehen 24,1 Millionen. Durch die frühere sogenannte kleine Vorlage ist 1 Million schon bewilligt worden. Es bleiben noch zu bewilligen 23,1 Millionen Franken. Die Territorialregimenter müssen mit vermehrten automatischen Waffen, schweren und leichten Maschinengewehren und mit Infanteriekanonen ausgerüstet werden. Die Tankabwehr soll verstärkt werden. Die Geschütze der Feldartillerie sind teilweise für die Tankbekämpfung umzubauen und mit Spreizlafetten zu versehen. Ferner ist vorgesehen, die leichten Brigaden durch Abgabe von Gebirgsgeschützen mit Artillerie zu verstärken. Soviel zum ersten Posten.

Der zweite Posten betrifft den Ausbau der Fliegerwaffe. Ursprünglich waren hier 50 Millionen verlangt. 4,7 Millionen sind bereits bewilligt. Es bleiben noch zu bewilligen 45,3 Millionen Franken. Dieser Kredit wird in erster Linie zur Anschaffung von Flugzeugen (System Messerschmitt, Potez und Bücker) verwendet. Ferner muss die Bodenorganisation ausgebaut werden durch Anlage von Stützpunkten, Errichtung von Flugzeughallen und eines Zeughauses für das Flugmaterial. Die Vermehrung der Zahl der Flugzeuge ruft auch einer Erhöhung der Material- und Munitionsreserven. Insbesondere soll die Bodenabwehr verstärkt werden. Private und kommunale Betriebe, welche die örtliche Fliegerabwehr selbst an die Hand nehmen, sollen subventioniert werden.

Der dritte Posten betrifft den Ausbau der Befestigungsanlagen. Ursprünglich waren verlangt 39 Millionen. 2,3 Millionen sind bereits bewilligt; es bleiben zu bewilligen 36,7 Millionen, die Sie hier im Programm finden. Für diesen Zweck sind bereits 52 Millionen aufgewendet worden. Es handelt sich um die Anlage von Strassen- und Geländesperren, wie Sie sie ja jetzt überall sehen können, entsprechend den früheren „Letzi" im Mittelalter, um eigentliche Grenzbefestigungen und nicht um Landesbefestigungen. Die eigentliche Landesbefestigung ist geplant als zweite Linie hinter der Grenzbefestigung. Im Aargau z. B. wird da in zweiter Linie besonders zu befestigen sein das Loch von

Brugg, dann die Pässe über den Jura vom Bözberg bis zur Solothurner Grenze und weiter hinüber bis zum Passwang, also besonders auch über die Staffelegg und den untern und obern Hauenstein. Weiter kommen in Frage besonders gefährliche Einbruchstellen, so die bei Eglisau; auch hier soll ebenfalls eine zweite Verteidigungslinie ausgebaut werden. Durch den Anschluss Oesterreichs an Deutschland sieht sich der Generalstab zu einem weitern Ausbau der Grenzbefestigungen insbesondere an der Ostgrenze veranlasst. Die Sperre des Talkessels von Sargans sowie der Appenzeller- und St. Galler-Pässe muss verstärkt werden. Auch die Grenzbefestigungen an der West- und Südgrenze sowie am St. Gotthard — ich erinnere hier an den berüchtigten San Giacomo — bedürfen der Verstärkung. Soviel zu diesem Posten.

Nun kommen wir zum Posten *d*: Anlage von Munitionsreserven. Hier haben wir bereits 500 000 Franken bewilligt, es bleiben noch 26,6 Millionen zu bewilligen. Die Erhöhung der Munitionsreserven ist insbesondere deshalb notwendig, weil die Umstellung der Friedensfabrikation auf die Kriegsproduktion einige Zeit in Anspruch nimmt und in einzelnen Fällen zufolge der ungünstigen Lage von Fabrikations-Standorten kaum in Frage kommen würde. Es ist namentlich vorgesehen, die Munitionsbestände der 10,5 cm Kanonen und der Gebirgsbatterien sowie der Panzerkanonen in den Festungen St. Gotthard und St. Maurice zu vermehren. Ebenso sollen die Bestände an Gewehrpatronen, Handgranaten und die Munition für die Flugzeugkanonen verstärkt werden. Der Ausbau des Sprengplanes bedingt weiter eine Vergrösserung der Sprengstoffreserven.

Damit komme ich zum Posten *e*: Ergänzung des Korpsmaterials und Schaffung genügender Materialreserven. Hier wurden bereits 1,9 Millionen Franken durch die Kleine Vorlage bewilligt; noch zu bewilligen sind 11,88 Millionen Franken. Dieser Kredit soll dazu verwendet werden, die in früheren Jahren stark in Anspruch genommenen Reserven wieder aufzufüllen und die nötigen Neuanschaffungen und Verbesserungen des Kriegsmaterials vorzunehmen.

Der folgende Posten: „Massnahmen zur Sicherstellung des Bahnbetriebes und des telephonischen Verkehrs" erfordert noch 1,3 Millionen, nachdem ½ Million schon bewilligt worden ist. Zur Sicherung des elektrischen Betriebes der Bahnen sowie des telephonischen Verkehrs ist die Erstellung von Umgehungslinien und die Vorbereitung von Notzentralen vorgesehen. Für den Verlad von Truppen und Kriegsmaterial ist die Erstellung von Rampen notwendig.

Der 7. Posten bezieht sich auf militärisch notwendige Gebäude und Einrichtungen. Wir haben 800 000 Franken schon bewilligt; es werden noch verlangt 2,5 Millionen Franken. Hier handelt es sich um den Ausbau des Gaslaboratoriums in Wimmis und der Munitionsfabriken, um die Erstellung einer Geschoss- Press- und Trotyl-Giessanlage im Landesinnern, sowie um die Einrichtungen für eine in der Zentralschweiz zu erstellende Flugzeugmontagehalle. Dazu kommt ein Posten für Unvorhergesehenes von 920 000 Franken, also wenig über ½ % der verlangten Gesamtkredite. Ich empfehle Ihnen den Gesamtposten von 148,3 Millionen Franken zur Annahme.

Ich möchte hier gleich noch zu Ziffer II übergehen. Es werden da noch 12,825 Millionen verlangt für Benzintankanlagen, Kavernen im Gebirge, unterirdische Magazine, eine Werkstätte der Kriegsmaterialverwaltung, eine Montagehalle für Flugzeuge, Magazine zur Lagerung von Proviant und Fourage und ein neues Zeughaus für Reservematerial in Gwatt.

Zum Schluss der Behandlung der Militärkredite stelle ich fest: Ueber den Weiterausbau der Landesverteidigung hat der Bundesrat unter dem 27. Dezember 1938 den eidgenössischen Räten eine Weihnachtsbotschaft erstattet. Voraussichtlich werden für die Verstärkung unserer militärischen Wehrbereitschaft nach Angaben unseres Generalstabes weitere 350 Millionen Franken aufgewendet werden müssen. Doch sind diese noch nicht bewilligt, wir werden uns diese Kredite noch genau ansehen müssen.

Soviel über die Kredite für die Landesverteidigung unter „I. Militärdepartement" und „II. Departement des Innern".

Bundesrat **Obrecht:** Ich möchte Ihnen empfehlen, die Einleitung zu Art. 1 zurückzustellen, bis ein neuer Schlussartikel zum Programmbeschluss von Ihnen behandelt sein wird. Der Herr Kommissionspräsident hat gestern gefunden, man sollte in einem besondern Schlussartikel im Programmbeschluss sagen, dass dieses Programm erst dann in Kraft tritt, wenn der Verfassungsartikel vom Volk und von den Ständen genehmigt ist. Das ist natürlich so gemeint. Man glaubte in der nationalrätlichen Kommission, es genüge, wenn man einleitend sage: Dieses Programm wird genehmigt unter Vorbehalt der Krediteröffnung. Aber ich bin der Auffassung, dass wir besser tun, diese bedingte Inkraftsetzung in einem besondern Schlussartikel zum Programmbeschluss zum Ausdruck zu bringen. Dieser besondere Schlussartikel hat seine Rückwirkung auf die Einleitung von Art. 1. Das kann man dann miteinander behandeln.

Präsident: Wenn Sie damit einverstanden sind, lege ich die Einleitung zu Art. 1 zurück bis nach der Beratung von Art. 4. Es erfolgt kein Widerspruch, Sie sind damit einverstanden.

Ich setze nun in Diskussion zum Abschnitt Landesverteidigung:

I. Militärdepartement.

Angenommen. — *Adopté.*

II. Departement des Innern.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

II. Département de l'Intérieur.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

III. Volkswirtschaftsdepartement.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

III. Département de l'Economie publique.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Hier werden noch 10 Millionen Kredite verlangt zur Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern. Ueber dieses neueste Kapitel unserer Landesverteidigung sind die Räte weniger orientiert als über die rein militärischen Vorkehrungen. Darum gestatte ich mir, darüber noch einige Ausführungen zu machen.

Das Bundesgesetz vom 1. April 1938 über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern umschreibt und begrenzt die Aufgaben und Mittel zu ihrer Lösung. Nach Art. 1 trifft der Bund „für den Fall der wirtschaftlichen Absperrung oder des Krieges die notwendigen Massnahmen zur Beschaffung und Sicherstellung der für die Versorgung von Volk und Heer unentbehrlichen Güter". Das Gesetz verbreitet sich sodann bekanntlich über die Bestandesaufnahmen und Erhebungen, sowie über Massnahmen in unsichern Zeiten und bei unmittelbarer Kriegsgefahr. Ein Reglement des Volkswirtschaftsdepartements vom 24. November 1938 umschreibt die Aufgaben der Kriegswirtschaftsämter, und die Verordnung I des Bundesrates vom 30. Dezember 1938 enthält die grundlegenden Bestimmungen über Bestandesaufnahmen und Erhebungen, sowie die Vorratshaltung. Auf Grund dieser Erlasse sind die Kriegswirtschaftsämter, das Kriegsindustrie- und Arbeitsamt, das Kriegsernährungsamt und das Kriegstransportamt, in Fühlungnahme mit den ordentlichen Verwaltungsabteilungen des Bundes an der Arbeit. In Erweiterung früherer Bemühungen hat das Oberkriegskommissariat schon im Verlaufe des letzten Jahres Erhebungen über Landesvorräte an lebenswichtigen Gütern gemacht. Die greifbaren Vorräte bei den Fabrikanten und beim Grosshandel sind im allgemeinen bescheiden und je nach der Warengattung verschieden. So genügen der Landesversorgung für 1—2 Monate die Speiseöle und Speisefette, das Futtergetreide, wie Hafer, Gerste, Mais, ferner Benzin und Salz. Für bloss 2—3 Monate genügen Zucker und Hülsenfrüchte, für 3—4 Monate die Kohlen, für 4—5 Monate der Kaffee und für 6—8 Monate das Brotgetreide.

Die Sicherstellung mit lebenswichtigen Gütern kann auf der Lagerhaltung oder der Landesproduktion basieren. Soweit möglich sollen beide Wege beschritten werden. Wo in der Hauptsache die Lagerhaltung gewählt wird, setzt man sich eine sechsmonatliche Lagerhaltung als Ziel.

Die Schweiz ist bekanntlich verhältnismässig arm an industriellen Rohstoffen, wie Eisen, Kohle, Benzin und daher bei diesen Gütern weitgehend auf die Vorratshaltung angewiesen. Unser Land verfügt hingegen über einen ertragreichen Wald, so dass die Versorgung mit Bau- und Brennholz voraussichtlich auch bei Störungen weitgehend gesichert sein dürfte. Die Vorratshaltung von Nahrungsmitteln verursacht besonders wegen der beschränkten Haltbarkeit verhältnismässig hohe Kosten. Sie verlangt geschützte Lagerräume und regelmässigen Umsatz. Die Gesichtspunkte der Lagerhaltung nach kaufmännischen Erwägungen decken sich nicht mit den Bedürfnissen der Kriegsvorsorge. Der Importeur sucht die Waren direkt an die Kunden abzugeben, und wenn er einlagern muss, benützt er die Freilagerhäuser vorzugsweise an der Landesgrenze. Infolge der günstigen Frachtverhältnisse war die Rheinroute gegenüber der Gotthardrampe bisher bevorzugt. Damit steht die Erscheinung in Zusammenhang, dass die Lagerhäuser in Basel viel stärker besetzt sind als beispeilsweise die geräumigen Lager der Bundesbahnen in Brunnen. Kürzlich erfolgte Tariferhöhungen der Rheinroute dürften in dieser Hinsicht einen gewissen Wandel bringen, was kriegsvorsorglich von Vorteil wäre.

Im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffung und die damit verbundene Sicherheit der Versorgung, wie auch in Würdigung der ausserordentlichen Schwierigkeiten, welche den Uebersee- und Landtransporten im Kriegsfalle erwachsen werden, ist der Inlandsproduktion besondere Beachtung zu schenken. Wie in der Botschaft des Bundesrates vom 12. Dezember 1938 den eidgenössischen Räten dargelegt wird, ist eine Erweiterung unseres Ackerbaues auf noch mehr Getreide, Hackfrüchte und Gemüse gegenüber einer einseitigen Viehwirtschaft und Milchproduktion künftig sowohl aus land- und volkswirtschaftlichen, wie auch aus kriegsvorsorglichen Gründen nachhaltig zu begünstigen. Die Erweiterung des Ackerbaues dürfte auch in bedeutendem Masse der Arbeitsbeschäftigung dienen.

Im Anschluss an die Darlegungen der Botschaft des Bundesrates vom 7. Juni 1938 über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Seiten 23/24), sei über die Versorgung mit einzelnen lebenswichtigen Gütern ergänzend noch folgendes dargelegt:

1. Unser Landesbedarf an Kohlen beträgt reichlich 300 000 Wagen zu 10 Tonnen. Die in der Botschaft erwähnte Kriegskohlenreserve ist seit Monaten im Antransport begriffen. Von den rund 45 000 Wagen sind bis Ende 1938 gegen 20 000 Wagen eingetroffen. Die Brikettlager bei verschiedenen schweizerischen Bahnhöfen legen hievon Zeugnis ab.

2. Durch einen Bundesratsbeschluss vom 19. Dezember 1938 wird die Vorratshaltung an Benzin geordnet. Bei einem jährlichen Landesbedarf von rund 20 000 Wagen Benzin sollen die Importeure einen stets greifbaren Vorrat von mindestens 5000 Wagen unterhalten. Für die Hälfte desselben soll der Bund die Lagerräume zur Verfügung stellen, deren Kosten auf rund 3 Millionen Franken veranschlagt sind.

3. Die Vorratshaltung für Metalle, besonders Eisen, dürfte überwiegend eine Aufgabe der Privatwirtschaft sein. Gewisse Vorräte werden durch die Kriegstechnische Abteilung des Militärdepartementes für den Armeebedarf gehalten. Weitere Vorräte von Spezialmaterial dieser Branche (Geschoss-Stahl) sind in Aussicht genommen, was einen Kostenbetrag von etwa 2 Millionen erfordern dürfte.

4. Nach dem eidgenössischen Getreidegesetz von 1932 sind ständig mindestens 8000 Wagen Brotgetreide als eiserne Reserve zu unterhalten,

wovon je die Hälfte durch die eidgenössische Getreideverwaltung und durch die Müllerei eingelagert werden. Der derzeitige Vorrat im Inland ist wegen der niedrigen Weltmarktpreise und wegen der grossen Inlandernte im Jahre 1938 besonders gross und bewegt sich um rund 30 000 Wagen herum, wovon ungefähr die Hälfte dem Bunde gehört. Wir haben also statt 8000 Wagen Brotgetreide deren 30 000 vorrätig. Der Bund verfügt einzig über die Getreideschuppen in Aarau, die von der Kriegszeit her stammen und die Sie beim Vorbeifahren sehen können. Es können dort etwa 2500 Wagen Getreide eingelagert werden. Ueberdies verfügt das Oberkriegskommissariat in Altdorf über Siloanlagen, wo in der Regel die Warenmengen für den laufenden Armeebedarf eingelagert sind. Die Erstellung von Getreidesilos ist ein dringendes Bedürfnis. Es ist für einmal der Bau von 4 Silos mit je ca. 400 Wagen Inhalt vorgesehen. Die Kosten sollen aus den nach Bundesbeschluss vom 11. November 1938 vorläufig eröffneten Krediten mit rund 2½ Millionen bestritten werden, also aus der sogenannten Kleinen Vorlage. Es sind aber sowohl für die Behandlung und Einlagerung des inländischen wie auch für die Aufnahme des ausländischen Brotgetreides, ferner für die Einlagerung von Futtergetreide, besonders Hafer, weitere Lagerräume für etwa 400 Wagen nötig. Die Kosten dürften sich auf 7—8 Millionen Franken belaufen und sind hier in der grossen Vorlage als Kredite enthalten.

5. Sehr knapp sind in der Regel die Lagervorräte an Kraftfuttermitteln wie Hafer, Gerste und Mais. Es sind Verhandlungen mit den Importeuren im Gange, wonach diese die Lagerhaltung vorwiegend von Hafer und Gerste, eventuell auch von Mais, für einen etwa Zweimonatsbedarf, entsprechend 5000 Wagen, übernehmen sollen. Weitere Vorräte wären durch die Hafer-, Gersten- und Maismühlen für die Lebensmittelversorgung auszulegen.

Da sich die Verhandlungen verzögert haben, hat sich das Volkswirtschaftsdepartement entschlossen, namentlich auch im Hinblick auf die derzeitige und künftige Preislage, 1000—1500 Wagen Hafer, eventuell Gerste, auf eigene Rechnung einzulagern. Die bezüglichen Kosten werden 1,5 Millionen Franken nicht übersteigen.

6. Bei einem Jahresbedarf von 12 000 bis 15 000 Wagen an Zucker, werden Vorräte für etwa 5000 Wagen vorgesehen. Die Inlandsproduktion erreicht jährlich etwa 1000 Wagen. Wollte man den gesamten Zuckerbedarf durch die Inlandsproduktion decken, so müssten etwa 30 000 Hektaren mit Zuckerrüben bepflanzt werden. Die Zuckerfabrik Aarberg bezieht zur Zeit die Produktion von ca. 2500 Hektaren. Bemühungen zur Erweiterung der Zuckerrübenproduktion sind im Gange. Um diese zu fördern, hat der Bundesrat für die Anbaugebiete der ganzen Schweiz (Tessin, Ostschweiz) franko Abgangsstation den nämlichen Preis zugesichert, wie ihn Aarberg ihren bisherigen Pflanzern bezahlt. Eine Ausdehnung des Zuckerrübenbaues auf ca. 10 000 Hektaren wäre sehr erwünscht. Nach Bedarf wären weitere Zuckerfabriken zu erstellen, die jedoch auf die Herstellung von Rohzucker, der in der Folge in Aarberg weiter zu verarbeiten wäre, beschränkt würden. Die Zuckerfabrik Aarberg hat einen eisernen Zuckervorrat von mindestens 1000 Wagen zu unterhalten, wobei sie berechtigt ist, bis 3000 Wagen Rohzucker zur Verarbeitung zu importieren.

7. Der Jahresbedarf an Reis bewegt sich um 1800 Wagen herum. Es sollten durch die Fabriken und die Importeure etwa 900 Wagen, also etwa die Hälfte, unterhalten werden.

8. Der jährliche Konsum an Speisefetten und Speiseölen bewegt sich um 7400 Wagen herum, wovon an Butter und anderen tierischen Fetten etwa 4000 Wagen durch das Inland geliefert werden. Die Inlandsproduktion ist eine laufende; so dass hiefür Vorräte weniger in Frage kommen. An haltbaren Speisefetten und Speiseölen ist ein ständiger Vorrat von rund 1000 Wagen vorgesehen, in den sich Importeure und Fabrikanten zu teilen haben.

Die laufende Fettproduktion im Falle der Absperrung ist weitgehend von der Viehfütterung abhängig. Diese soll im Zusammenhang mit der Umstellung auf Ackerbau in zunehmendem Masse auf die betriebs- und landeseigene Futterproduktion eingestellt werden. Auch von diesem Gesichtspunkt aus spielen die Getreide- und Kartoffelproduktion wie auch der Gemüsebau eine ausserordentlich wichtige Rolle.

9. Der Jahresbedarf an Kaffee geht um 1500 Wagen herum. Die Landesvorräte sind normalerweise bedeutend, so dass eine namhafte Erhöhung kaum nötig sein dürfte. Ein Landesvorrat für 6 Monate, der durch den Grosshandel zu unterhalten wäre, dürfte auf alle Fälle genügen.

10. Die Kantone als Inhaber des Salzregals sind vom eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement für einmal eingeladen worden, Salzvorräte für etwa 6 Monate bereitzuhalten. Es zeigte sich indessen, dass eine solche Aufgabe sowohl hinsichtlich der Lagerräume wie auch in Würdigung der hygroskopischen Eigenschaften des Salzes, das bei der Lagerung hart wird, gewissen Schwierigkeiten begegnen dürfte.

Die Vertreter des Grosshandels haben sich bereit erklärt, bei der erforderlichen Lagerhaltung tatkräftig mitzuwirken. Diese Mitarbeit wird, gleichmässige Belastungen vorausgesetzt, in der Regel ohne besondere Entschädigung seitens des Bundes möglich sein, insbesondere soweit die Einfuhr der bezüglichen Waren kontingentiert ist. Eine Stundung der Preiszuschläge, zum Teil auch des Einfuhrzolles, dies besonders auf gewissen Lagervorräten an Zucker, wird indessen notwendig werden und befindet sich zur Zeit noch im Studium.

11. Im Falle der Absperrung oder bei kriegswirtschaftlichen Verwicklungen dürften sich für den Warentransport zu Wasser und zu Lande noch grössere Schwierigkeiten einstellen, als sie schon im Weltkrieg in Erscheinung getreten sind. Dieser Gefahr ist daher besondere Beachtung zu schenken. Dass dabei grosse Vorsicht geboten ist, bestätigen die misslichen Erfahrungen mit der Seetransport-Union unseligen Angedenkens im letzten Weltkriege.

Die Bundesbahnen haben im Hinblick auf die Landesversorgung — die Schweiz musste bekanntlich für den Import der Waren die Wagen selbst stellen — während des letzten Weltkrieges zusätzlich rund 3800 Wagen zu 15 Tonnen neu eingestellt, mit einem Kostenaufwand von rund 40 Millionen Franken. Nach Angaben des Chefs des Kriegstrans-

portamtes, Herrn alt Oberbetriebschef Matter, wäre kriegsvorsorglich erneut eine Erweiterung des Wagenparkes der Bundesbahnen von rund 2500 Wagen zu 15 Tonnen im Kostenbetrag von etwa 25 Millionen Franken in Aussicht zu nehmen.

12. Auf Grund der Erfahrungen im letzten Weltkrieg sollen rechtzeitig vorsorgliche Massnahmen getroffen werden, um der übertriebenen Hamsterei von Lebensmitteln, ich sage ausdrücklich der übertriebenen Hamsterei, wie auch einer ungebührlichen Preissteigerung nach Möglichkeit vorzubeugen. Ferner muss Vorsorge getroffen werden, um die Lebensmittel jedermann, auch der ärmeren Bevölkerung in ausreichender Menge zu sichern. Zu diesem Zwecke sind rechtzeitig Vorkehrungen für die Lebensmittelrationierung auf Grund individueller Karten zu treffen. Es besteht die Absicht, die auch aus führenden Frauenkreisen unterstützt wird, die Haushaltungen zur Anlage ständiger Lebensmittelvorräte einzuladen, so namentlich an Zucker, Reis, Hülsenfrüchten, Teigwaren, Hafer- und Gersteprodukten, Speisefetten und Speiseölen, sowie von Mehlen aller Art. Sie haben die Publikation des Kriegsernährungsamtes in letzter Zeit lesen können. Für einen zweimonatlichen Bedarf pro Person wären je 9—10 kg erforderlich im Kostenbedarf von 7—8 Franken. Uebrigens wurde die Vorratshaltung von Eiern, Konfitüren, Dörrobst, gedörrten Tee- und Küchenkräutern, sowie von etwas Kernseife und Kerzen empfohlen. In der Annahme, dass auch bloss $^2/_3$ der Familien eine solche Vorratshaltung bestreiten können, würden wir auf eine Warenmenge von etwa 4000 Wagen kommen, die, in den Haushaltungen verteilt, jederzeit greifbar wären. Das ist die bei Beratung des Landesversorgungsgesetzes von mir seinerzeit angeregte ideale dezentralisierte Vorratshaltung, der man dann aber den Vorwurf der Hamsterei nicht mehr machen darf, da sie im Interesse der Landesversorgung liegt.

Ein Zwang zur Haltung von Haushaltungsvorräten kann schon im Hinblick auf die Kontrolle nicht wohl ausgeübt werden. Es ist indessen beabsichtigt, die Abgabe der zuerst genannten haltbaren Nahrungsmittel im Ernstfall von einem gewissen Zeitpunkt an generell zu untersagen, um in der Zwischenzeit von 5—7 Wochen die Lebensmittelrationierung anhand individueller Karten allgemein einzuführen. Während dieser Uebergangszeit hätten sich die Familien auf die genannten Haushaltungsvorräte zu stützen, wogegen der Einkauf wenig haltbarer Nahrungsmittel, wie Milch, Fleisch, Eier, Gemüse und auch von Brot, vorläufig frei bliebe. Den unbemittelten Familien, für welche die Gemeinden die Fürsorge zu übernehmen hätten, würden sogenannte blaue Rationierungskarten mit Lebensmittelabschnitten abgegeben, welche zum Bezuge der betreffenden Artikel in den angegebenen Mengen in den Detailgeschäften berechtigen würden.

Naturgemäss müssten die vom Grosshandel zu unterhaltenden Lebensmittelvorräte auf alle Fälle für die kommende Rationierung gesichert und zur Verfügung gehalten werden.

Einzelheiten über die Vorratshaltung, wie auch über das soeben skizzierte Vorgehen, bleiben noch zu ordnen. Man ist in den führenden Kreisen der Behörden und der Volkswirtschaft indessen der Meinung, dass durch diese in Aussicht genommenen Massnahmen eine zweckentsprechende Ordnung möglich sein sollte.

Der in unserer Vorlage geforderte Kredit von 40 Millionen Franken ist als ein Minimum zu betrachten. Es wird seinerzeit auf Grund der weitern Verhandlungen zu entscheiden sein, für welche Zwecke dieser Kredit zunächst beansprucht werden soll. Jedenfalls darf festgestellt werden, dass damit bloss die dringendsten Befürdnisse befriedigt werden können.

Damit bin ich am Ende des Berichtes über diesen Teil der Vorlage angelangt. Sie ersehen daraus, dass auch auf diesem Gebiet alles getan wird, was menschenmöglich ist, damit wir im Kriegsfall mit lebenswichtigen Gütern, wenigstens für eine gewisse Zeit, versorgt sind. Wenn ich den Teufel etwas an die Wand gemalt habe, so verbinde ich damit die Hoffnung, dass es nicht nötig wird, alle diese Massnahmen, von denen ich gesprochen habe, in Wirklichkeit durchzuführen.

Damit empfehle ich Ihnen Genehmigung des Restkredits von 10 Millionen Franken.

Angenommen. — *Adopté.*

Abschnitt B.

Arbeitsbeschaffung.

I. Bundesbeiträge an die Arbeitsbeschaffung in den Kantonen.

II. Aufwendungen und Beiträge zur Durchführung folgender Arbeiten und Massnahmen.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Chapitre B.

Création de possibilités de travail.

I. Subventions fédérales pour la création de possibilités de travail dans les cantons.

II. Dépenses ou subventions destinées aux travaux et mesures suivants.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Wir kommen damit zu den Krediten für Arbeitsbeschaffung, die sich in 5 Unterabteilungen teilen. Ueber die Kreditgruppe II, Lit. *a—d,* d. h. über alle Fragen der Eisenbahnverbesserungen sowie über die zivile Luftfahrt wird Herr Bundesrat Pilet referieren, über die Kreditgruppe III (Alpenstrassenverbindungen) Herr Bundespräsident Etter (das wird wahrscheinlich erst morgen an die Reihe kommen), endlich über die Kreditgruppen IV und V Herr Bundesrat Obrecht.

Ich werde mir einige einleitende Bemerkungen zu den Arbeitsbeschaffungsmassnahmen des Bundes überhaupt gestatten, in der Meinung, dass Herr Bundesrat Obrecht, falls er es noch für nötig hält, Ergänzungen anbringen möge. Die Arbeitsbeschaffungspolitik des Bundes beschränkte sich bisher auf eine Unterstützung und Förderung der kantonalen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Die Initiative lag bis jetzt bei den Kantonen und Gemeinden, während sich der Bund darauf beschränkte, die kantonalen und kommunalen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen durch Subventionen zu fördern. Erstmals mit der uns beschäftigenden Bot chaft vom 7. Juni 1938 ist der Bund über die bisherige Praxis hinausgegangen und hat selbst ein eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt. Immerhin sieht auch diese Vorlage im Abschnitt B I 90 Millionen Fr. und unter B II f 8 Millionen Fr. vor für Förderung kantonaler Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Hievon wurden gemäss Bundesbeschluss vom 11. November 1938 35 plus 2 Millionen Fr. für 1939 bewilligt, so dass die restliche Vorlage für die Jahre 1940/41 noch 55 Millionen Fr. zur Förderung und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in den Kantonen und 5 Millionen Fr. für Arbeitslager und Sonderhilfe für kaufmännische, technische, wissenschaftliche und künstlerische Berufe enthält. (Siehe unsere Vorlage B I und B II, Lit. *f*.)

Diese Kredite sollen wie bisher auf Grundlage des Bundesbeschlusses vom 23. Dezember 1936 zur Verwendung kommen. Dieser Bundesbeschluss ist elastisch genug, um den jeweiligen Verhältnissen angepasst werden zu können. So wurden z. B. bis zur Abwertung auch Aufträge an die Industrie subventioniert. Als nach der Abwertung sich die Lage der Maschinenindustrie wesentlich besserte, wurden die Industrieaufträge von jeglicher Subvention ausgeschlossen. Eine summarische Uebersicht über die bisherigen Massnahmen des Bundes zur Arbeitsbeschaffung ergibt folgendes Bild:

Mit Bundesbeschluss vom 23. September 1931 wurden erstmals 5 Millionen, mit Bundesbeschluss vom 13. April 1933 8 Millionen und mit Bundesbeschluss vom 22. Juni 1934 weitere 3 Millionen für Notstandsarbeiten bereitgestellt, zusammen also 16 Millionen Fr. Mit Bundesbeschluss vom 14. Oktober 1933 war wieder ein Kredit von 20 Millionen Fr. bewilligt worden, und zwar 15 Millionen für die Aeufnung militärischer Reserven und 5 Millionen für ausserordentliche Arbeiten der Bundesbahnen.

In dieser Krisenperiode waren Arbeitsbeschaffungsmassnahmen für das Baugewerbe noch nicht notwendig, da dieses bis 1934 noch überdurchschnittlich beschäftigt war. Es handelte sich vielmehr darum, arbeitslose Industriearbeiter durch Notstandsarbeiten ausserberuflich zu beschäftigen und durch Krisenunterstützung die Notlage zu mildern. Dafür wurden eben die erwähnten 16 Millionen Fr. Notstandskredite in den Jahren 1931 bis 1934 verwendet. Die 20 Millionen-Kreditvorlage vom Oktober 1933 bezweckte, durch Aufträge an die Industrie und das Gewerbe diesen Wirtschaftszweigen zusätzliche Arbeit zu verschaffen. Indessen liess sich bereits 1934 erkennen, dass die private Bautätigkeit nicht mehr im bisherigen Umfang weiter gehen konnte, so dass der Bund mit Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1934 einen Kredit von 40 Millionen bereitstellte zur Durchführung eines grössern Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Dieses sah Arbeiten und Aufträge der Bundesbahnen von 12 Millionen, Grenzschutzanlagen für 6 Millionen und Beiträge an die kantonalen Aktionen von 22 Millionen Fr. vor. Davon wurden 4 Millionen von den Bundesbahnen nicht beansprucht.

Dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm kam in den Jahren 1935/36 zur Durchführung. Mit Bundesbeschluss vom 23. Dezember 1936 wurden weitere 30 Millionen Fr. bereitgestellt, mit Bundesbeschluss vom 28. Oktober 1937 wurden 35 Millionen Fr. bewilligt und am 21. März 1938 ein Ueberbrückungskredit von 6 Millionen Fr. vom Bundesrat eröffnet, der auf dem Kredit gemäss Bundesbeschluss vom 11. November 1938 zur Anrechnung kommt.

In dieser zweiten Arbeitsbeschaffungsaktion wurde gestützt auf den Bundesbeschluss vom 23. Dezember 1936 nunmehr auch der Hochbau berücksichtigt, namentlich durch Förderung der privaten Reparatur- und Renovationstätigkeit. Es mussten nunmehr nicht nur Industriearbeiter ausserberuflich mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden; vielmehr galt es, das Baugewerbe, das mitten in der Krise stand, zu stützen.

Zusammenfassend standen demnach im ganzen Kredite zur Verfügung von 128 Millionen Fr.

Ueber die bisherige Subventionspraxis des Bundesrates habe ich folgendes zu sagen:

Die Subventionssätze für Tiefbauarbeiten betragen bis zu 60 % der Lohnsumme. Die Subventionen zur Förderung der Hochbautätigkeit betragen bei öffentlichen Verwaltungen, gemeinnützigen Körperschaften und privatwirtschaftlichen Betrieben bis zu 25 % der Baukosten, für private Umbauten, Reparaturen und Renovationen bis zu 10 %, für Niveauübergänge kann eine Subvention bis zu 40 % gewährt werden.

Voraussetzung für die Subventionen des Bundes ist eine Gegenleistung des Kantons von mindestens 50 % des Bundesbeitrages. Die kantonale Gegenleistung kann ausnahmsweise durch die Gemeinden aufgebracht werden. Letzteres ist zur Regel geworden, so dass heute Arbeitsbeschaffungsaktionen im allgemeinen durch ein Zusammenwirken von Bund, Kantonen und Gemeinden zustandekommen.

Ueber die Verwendung der Kredite in den einzelnen Jahren, aufgeteilt nach den verschiedenen Kategorien, orientiert eine Tabelle I, die ich auf den Tisch des Ständerates zur Einsicht auflege. Detaillierte Angaben über die Arbeiten, welche auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 23. Dezember 1936 und vom 28. Oktober 1937 subventioniert wurden, erhält eine Tabelle II, die ich ebenfalls auflege. Diese Tabellen orientieren auch über die durchschnittlichen Subventionssätze. Es ergibt sich aus der I. Tabelle, dass mit 72½ Millionen zugesicherten Bundesbeiträgen 5575 Geschäfte mit rund 466 Millionen veranschlagten Gesamtkosten subventioniert wurden. Davon entfallen 118,4 Millionen auf den Tiefbau, 183 Millionen auf Hochbau und 128,6 Millionen auf private Umbau-, Reparatur- und Renovationsarbeiten, im ganzen für etwa 45 000 Objekte, weiter 12 Millionen für private Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen. Der durchschnittliche Bundessubventionsprozent-

satz betrug 15,5. Weitere Einzelheiten, besonders die Abweichungen vom durchschnittlichen Prozentsatz nach oben und unten, ergeben sich aus der ersten Tabelle. Die zweite Tabelle zeigt die Beanspruchung der in den Jahren 1936 und 1937 bewilligten 65 Millionen Fr. Arbeitsbeschaffungskredite auf Ende Dezember 1938. Und eine dritte Tabelle gibt eine Uebersicht über alle von 1932 bis 1938 aus den Arbeitsbeschaffungskrediten zugesicherten Bundesbeiträge und über die Gesamtkosten der subventionierten Arbeiten. Nach dieser Tabelle sind durch 151¼ Millionen Subventionszusicherungen Arbeiten mit einem Gesamtkostenvolumen von 1022,25 Millionen Fr. durch Bundesbeiträge gefördert worden, das ergibt hier einen Durchschnitt von 14,8 %.

Herr Bundesrat Obrecht hat Ihnen heute eine andere Wirkung der Arbeitsbeschaffungsaktion des Bundes gezeigt, die Wirkung auf die Verminderung der gänzlich Arbeitslosen.

Den Kantonen wurde von den beiden Bundeskrediten von 1936 und 1937 jeweils eine bestimmte Kreditquote für die Durchführung der kantonalen Reparatur- und Renovationsaktion zur Verfügung gestellt. Der Rest der Kredite wurde nach einem internen Verteilungsschlüssel für die einzelnen Kantone reserviert. Dieser Verteilungsschlüssel stellt ab auf den Grad der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, auf die allgemeine Arbeitslosigkeit, auf die Bevölkerungszahl und die wirtschaftliche Struktur des betreffenden Kantons. Im Rahmen dieser Quote wurden die kantonalen Gesuche bewilligt, wobei man sich allerdings nicht immer starr an den Schlüssel hielt. Sofern einzelne Kantone ihre Quote nicht voll beanspruchten, kamen die entsprechenden Mittel anderen Kantonen zu. Ueber die Verteilung der Arbeitsbeschaffungssubventionen nach Kantonen orientiert ebenfalls die zweite Tabelle, die ich zitiert habe.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes 1939/41 ist auch eine Hotelerneuerungsaktion geplant. Für Hotelerneuerungen und -Modernisierungen sollen die Maximalansätze zugesichert werden. Insbesondere ist in Aussicht genommen, Installationsarbeiten (laufendes warmes und kaltes Wasser, vermehrte Bäder), sowie die Modernisierung der Gesellschaftsräume zu fördern, um unsere teilweise etwas überalterte Hotellerie den modernen Ansprüchen anzupassen. Darüber ist ein Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantone vom 31. Dezember 1938 zu konsultieren. Ebenso ist geplant, eine Stallsanierungsaktion durchzuführen, worüber ein Kreisschreiben vom 31. Oktober 1938 orientiert.

Die allgemeinen Subventionsgrundsätze sind die folgenden:

a) Im allgemeinen werden nur solche Arbeiten subventioniert, welche zusätzlichen Charakter haben und von denen angenommen werden kann, dass sie ohne die Subvention nicht zur Ausführung kämen. Aus diesem Grunde werden bereits begonnene Arbeiten naturgemäss von jeder Subvention ausgeschlossen.

b) Die subventionsberechtigten Kosten werden entweder nach den ausbezahlten Löhnen oder den reinen Baukosten, ohne Landerwerb, Gebühren, Bauzinsen etc. berechnet.

c) Gemeindeeigene Betriebe (Elektrizitätswerke, Gaswerke, Schlachthofanlagen) erhalten keine Bundessubvention, weil es sich hier um relativ krisenfeste Unternehmen handelt, von denen angenommen werden kann, dass sie ihre normalen Bauvorhaben und Reparaturarbeiten aus eigenen Mitteln bestreiten können.

d) Es kommt hin und wieder vor, dass Kantone und Gemeinden ihre Subventionen davon abhängig machen, dass die betreffenden Arbeiten und Aufträge ausschliesslich ortsansässigen Unternehmern und Lieferanten reserviert werden. Gegen solche Autarkietendenzen wird mit allen Mitteln angekämpft. Jeder einzelne Fall, der der Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung zur Kenntnis kommt, wird untersucht, und wenn nicht Abhilfe geschaffen werden kann, so wird mit dem Entzug der Bundessubvention gedroht. Nachdem in letzter Zeit einzelne Kantone nachdrücklich zur Rede gestellt wurden, kann die Zentralstelle heute konstatieren, dass dem Prinzip der Freizügigkeit im allgemeinen wieder nachgelebt wird.

e) Mit all diesen Massnahmen des Bundes soll nicht etwa eine Baukonjunktur hervorgerufen werden; es kann sich lediglich darum handeln, dem Baugewerbe das Durchhalten zu erleichtern. Die Zentralstelle ist sich darüber durchaus im klaren, dass die Baukonjunktur der Jahre 1929—1934 eine einmalige und ausserordentliche war und dass sie nicht mehr wiederkehren wird, so dass das Baugewerbe, welches sich in diesen Jahren übermässig ausgedehnt hatte, sich wieder zurückbilden muss auf ein normales Mass. Dieser Rückbildungsprozess soll nicht dadurch verhindert werden, dass durch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen des Bundes das Bauvolumen künstlich aufgebläht wird. Eine Rückbildung des Baugewerbes setzt allerdings voraus, dass die übrige Wirtschaft imstande ist, die überzähligen Kräfte des Baugewerbes aufzunehmen. Dies wird praktisch nur möglich sein durch eine wesentliche Steigerung des Exportes. Nach Berechnungen und Schätzungen der Zentralstelle müssten 10—15 000 Bauarbeiter in der Industrie untergebracht werden. Soll diese neben ihren eigenen Arbeitslosen auch noch diese überzähligen Bauarbeiter aufnehmen, so ist ein Exportvolumen von 1,8 Milliarden Fr. notwendig.

Soviel zu den Arbeitsbeschaffungskrediten unter B I, wonach 55 000 Millionen verlangt werden, und unter Ziff. II f, wonach 8 Millionen verlangt werden.

Ich beantrage nun, zuerst den Kredit B I zu behandeln und damit im Zusammenhang den Kredit B II. Ich bitte Herrn Bundesrat Obrecht um Entschuldigung, dass ich seine Stimme so lange geschont habe. Wenn er mich noch ergänzen will, bin ich darüber erfreut. Wir kommen zu den sogenannten Eisenbahnkrediten, die wahrscheinlich einer lebhafteren Diskussion rufen werden als die bisherigen Kredite für die Landesverteidigung und Landesversorgung.

Zu den Eisenbahnkrediten ist zu bemerken, dass der Nationalrat wohl die Kredite für die Elektrifikation der Brünigbahn bewilligt, sie aber gleichzeitig durch ein Postulat zugunsten einer Normalisierung der Brünigbahn mit Untertunnelung des Brünigs wieder in Frage gestellt hat.

Die Kommission des Ständerates hat beschlossen, das Postulat des Nationalrates nicht zu dem ihrigen zu machen und 4,1 Millionen Fr. für die Elektrifikation der Brünigbahn definitiv zu bewilligen, in der Meinung, dass das Projekt einer Normalisierung damit abgewiesen sein soll. Darum haben wir die entsprechende Bestimmung in Art. 4 gestrichen.

Herr Bundesrat Pilet wird sich besonders über diese Fragen eingehend aussprechen, er war so freundlich, das Referat über die Eisenbahnfragen zu übernehmen. Ich möchte ihn bloss bitten, gleich auch den Posten B II *e*, Ausbau der zivilen Luftfahrt, daran anzuschliessen und dann auch den Posten V *c*, Förderung des Fremdenverkehrs, zu besprechen. Das dürfte zweckmässig sein, damit Herr Bundesrat Pilet in einem Mal alles erledigen kann und sich nicht mehrere Male zu uns bemühen muss.

M. **Mouttet:** M. le Président vient d'annoncer que la commission a proposé d'inscrire dans le projet un poste de 4 100 000 frs pour l'électrification de la ligne de chemin de fer du Brünig. Il a ajouté que la commission n'avait pas fait sien le postulat admis par le Conseil national. Je le regrette. Mais tout d'abord, je fais observer que le Conseil des Etats n'a pas à s'occuper du postulat du Conseil national. On a pu se demander, au sein de la commission du Conseil des Etats, si l'on voulait émettre un postulat du même genre; mais, encore une fois, nous n'avons pas à discuter celui du Conseil national, qu'il a accepté et qui subsiste. Le Conseil fédéral verra à l'égard de celui-ci comment il se tirera d'affaire.

En ce qui me concerne et au nom des cantons intéressés à l'électrification de la ligne du Brünig, je fais la proposition d'ajouter au projet qui nous est soumis un postulat identique à celui du Conseil national, cela afin de ne pas préjuger la question de savoir si l'on veut électrifier ou normaliser cette ligne. Cette question n'a pas encore été suffisamment étudiée. Sans doute, le message nous apprend qu'elle a été examinée par le Département de l'Economie publique, par le Département des Postes et des Chemins de fer, par les Chemins de fer fédéraux, par d'autres autorités encore, mais il n'en reste pas moins qu'un point est demeuré complètement dans l'ombre: l'intérêt militaire de la ligne du Brünig. Un autre point sur lequel les études ne sont pas encore mûres est celui qui concerne le montant des dépenses qu'entraînerait la normalisation de la ligne du Brünig. Les cantons intéressés ont demandé au Département militaire de convoquer une conférence à laquelle serait discuté l'intérêt militaire de la ligne pour relier les régions orientales de notre pays aux régions occidentales. A cette conférence, le sous-chef de l'Etat-major général, M. le colonel Huber, a signalé la grande importance qu'il y avait au point de vue stratégique de posséder là une ligne à voie normale pour assurer les relations entre l'est et l'ouest de la Suisse. Au moment où le Conseil fédéral a élaboré son message, l'étude de cet aspect particulier du problème ne se trouvait pas encore aussi avancée qu'aujourd'hui.

D'autre part, les avis divergent complètement en ce qui concerne le coût d'une ligne normalisée. Ainsi, un projet examiné par une commission d'experts arrive à conclure que cette normalisation coûterait 36 millions. Les Chemins de fer fédéraux ayant aussi fait une étude aboutissent à la somme de 78 millions et ce même projet revu par le Département fédéral des Postes et des Chemins de fer ne coûterait que 50 millions. On est donc en présence d'évaluations qui ne s'accordent pas du tout. Dans ces conditions, il nous paraît opportun d'étudier cette question d'une façon approfondie, de connaître combien coûtera approximativement la transformation de la ligne du Brünig en une ligne à voie normale et nous verrons à ce moment-là si, pour des raisons d'ordre militaire, on peut se décider à engager une dépense aussi importante. Mais en tout cas ne la tranchez pas définitivement dès maintenant en proposant un crédit de 4,1 millions pour l'électrification de la voie étroite actuelle; laissez à des études ultérieures le soin de déterminer si vraiment on ne peut pas, on ne doit pas, lui substituer une voie normale. C'est la raison pour laquelle nous voudrions, à propos du poste de 4,1 millions, figurant dans le programme des grands travaux, que le Conseil fédéral en fît l'objet d'un projet spécial de façon à ne pas préjuger la question de la normalisation ou de l'électrification de la ligne à voie étroite du chemin de fer du Brünig.

Fricker: Ich möchte zu den Eisenbahnkrediten einen Antrag stellen. Nach dem Anschluss Oesterreichs an das Dritte Reich erkannte man sofort, dass der Augenblick gekommen sei, an den Ausbau der Teilstrecken Brunnen-Flüelen und Rivera-Lugano auf Doppelspur heranzutreten, bot sich doch nun Gelegenheit, einen Teil der Kosten in das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzunehmen. Doch hatte man in weiten Kreisen das Gefühl, es werde mit diesem Beschluss nicht ganze Arbeit geleistet. Man war der Auffassung, der Ausbau der eigentlichen Gotthardstrecke auf Doppelspur genüge nicht, um unsere Gotthardbahn konkurrenzfähig zu erhalten. Die Erstellung des zweiten Geleises auch auf den Zufahrtslinien dränge sich auf, und das ganz besonders auf der Linie Basel-Abzweigung Olten-Aarau-Arth-Goldau-Chiasso. Es bildete sich daher aus Vertretern der Kantone Basel-Stadt, Basel-Land und Aargau ein Komitee, das sich zum Ziel setzte, den beschleunigten durchgehenden Ausbau der Gotthardlinie auf Doppelspur von Basel bis Chiasso anzustreben. Der aargauische Regierungsrat sagte in verdankenswerter Weise seine Mithilfe und Unterstützung zu und gelangte mit einer wohlbegründeten Eingabe an den Bundesrat, die von den Regierungen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Zug, Schwyz, Uri und Tessin mitunterzeichnet wurde.

Die Antwort des Bundesrates lautete ablehnend. Es müsse bei dem Ausbau der Strecken Brunnen-Flüelen und Taverne-Lugano vorläufig sein Bewenden haben. Rivera-Taverne würde folgen, wenn inzwischen die Finanzierung gesichert werden könne. Der Ausbau der Strecke Melide-Maroggia hange mit der Frage der internationalen Seeregulierung zusammen und sei heute noch nicht spruchreif. Vor dem Ausbau der aargauischen Südbahn auf Doppelspur müssten noch eine Reihe von Einspurstrecken mit dichterem Zugsverkehr

ausgebaut werden, so die Zufahrt zum Bahnhof Luzern. Die nicht hieb- und stichfeste Begründung der Abweisung unserer begründeten Begehren veranlasste das Komitee, eine zweite Eingabe an den Bundesrat und an die ständerätliche Kommission zur Beratung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu veranlassen. Der aargauische Regierungsrat hat unserem Wunsche Folge gegeben. Die zweite Eingabe ist mit den Unterschriften der Kantone, die die erste Eingabe unterzeichneten, abgegangen.

Zur Zeit wickelt sich der durchgehende Personenverkehr Basel-Chiasso über Luzern und der Güterverkehr auf der Strecke Basel-Olten, Abzweigung-Aarau-Arth-Goldau-Chiasso, ab. Das Transportvolumen erleidet grosse Schwankungen. Je nach der politischen Lage Europas kann ein gewaltiger Stossverkehr einsetzen, der bei einer Aenderung der Situation manchmal plötzlich einer Verkehrsbaisse weicht.

Im Laufe der letzten Jahre hat wiederholt ein Stossverkehr eingesetzt, so dass es auf der Strecke der aargauischen Südbahn, die auf den Strecken Rupperswil-Lenzburg und Wohlen-Immensee noch einspurig ist, oft kaum möglich war, die Züge durchzubringen. In der letzten Fahrplanperiode sah man sich gezwungen, einen Güterzug über Birrfeld-Brugg umzuleiten, und heute sind es bereits 4 Lebensmittelzüge Italien-Deutschland und ein Güterzug, die über Brugg nach Basel geleitet werden müssen, weil sie auf der Strecke Lenzburg-Aarau nicht durchzubringen sind.

Als seinerzeit das Verbindungsgeleise in Olten erstellt wurde, verlangte man, dass die neue Linie auf den Verkehr der Güterzüge beschränkt werde. Seither waren die S.B.B. gezwungen, die Kolonistenzüge Indien-Holland und die Austauschzüge der Organisationen „Kraft durch Freude" und „Dopolavoro" über dieses Verbindungsgeleise über Aarau und die Südbahn zu führen. Es liegt vielleicht der Zeitpunkt nicht fern, wo wir im Interesse der Abkürzung der Fahrzeit internationale Schnellzüge, bei denen es sich oft um Minuten handelt, über diese kürzeste Zufahrtslinie führen müssen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, sie zu verlieren. Beispielsweise sei angeführt, dass uns seinerzeit ein Orientexpress nach Konstantinopel nicht zugestanden wurde, weil die Fahrzeit durch die Schweiz ein Plus von sage und schreibe 13 Minuten erfordert hätte. Nun ist ja zuzugeben, dass der Umbau der Einfahrt in den Bahnhof Luzern dringend ist. Auf dieser Strecke verkehren täglich über 95 Züge. Dieser Umbau kostet aber allein die hübsche Summe von 15 Millionen Fr., also gleichviel, wie der Umbau des Bahnhofes Zürich gekostet hat. Damit sind aber die Mängel, die ein Kopfbahnhof aufweist, nicht beseitigt. Nach wie vor entstehen längere Halte, die beim direkten internationalen Verkehr vermieden werden sollten.

Es ist nun nicht so, dass einzelne Einspurstrecken dichtern Zugsverkehr aufweisen als die aargauische Südbahn. Es liegt vor mir das allgemeine Programm der S.B.B. für den Ausbau auf Doppelspur. Von den eingeleisigen Strecken der Kreise 1 und 3 weist keine einzige eine tägliche Zahl von 60 Zügen auf, wie die Strecke Rupperswil-Lenzburg, und im Kreise 2 wird sie lediglich von den bereits erwähnten Gotthardstrecken übertroffen. Im Jahre 1937 verkehrten auf der Strecke Immensee-Rothkreuz täglich 50,9, zwischen Rothkreuz und Sins 50,6 und zwischen Sins und Wohlen 52,4 Züge. Die Zugsdichte allein gibt aber kein richtiges Bild von der Belastung der Südbahnlinie. Erschwerend kommt hier hinzu der unregelmässig einsetzende Stossverkehr bis zu täglich grossen Spitzenleistungen, die Länge der geführten Güterzüge bis zu 120 Achsen, die auf dieser internationalen Linie nicht seltenen Zugsverspätungen, die zur Verlegung von Kreuzungen führen, welche die Betriebssicherheit immer gefährden. Die Notwendigkeit des Ausbaues der aargauischen Südbahn auf Doppelspur kann daher im Ernste nicht bestritten werden. Die Kosten werden sich belaufen:

für die Strecke Rupperswil-Lenzburg	auf	Fr. 946 000.—
für die Strecke Wohlen-Rothkreuz	auf	„ 8,127 000.—
für die Strecke Rothkreuz-Immensee	auf	„ 2 420 000.—
	Total	Fr. 11 493 000.—

Der Gesamtausbau kommt somit auf rund 11,5 Millionen Fr. zu stehen. Nun ist zuzugeben, dass der Ausbau nur erfolgen kann, wenn der Bund aus allgemeinen Mitteln den S.B.B. einen angemessenen Beitrag leisten kann. Dazu bietet sich jetzt Gelegenheit.

Doch will ich nicht so weit gehen und Ihnen beantragen, in das vorliegende Arbeitsbeschaffungsprogramm einen, einem Drittel der auf 11,5 Millionen Franken veranschlagten Bausumme entsprechenden Bundesbeitrag aufzunehmen. Die Stunde erfordert einen sofortigen Ausbau der eigentlichen Gotthardstrecke, weshalb der Ausbau der Doppelspur auf den Zufahrtslinien solange zurückgestellt werden muss. Dagegen sollte der Ausbau der Strecke Rupperswil-Lenzburg noch in der vorliegenden Vorlage Aufnahme finden, der auf nur 946 000 Fr. zu stehen kommt. Der Bundesbeitrag würde sich auf rund 315 000 Fr. belaufen, welcher Betrag ohne Erhöhung des Kredits von 415 Millionen Fr. in der Vorlage noch untergebracht werden kann. Mit der Erstellung der Doppelspur auf diesem kleinen Teilstück würde schon viel erreicht. Wir hätten dann eine durchgehende Doppelspur von Basel bis Wohlen. Auch würde sich in Rupperswil die Ueberleitung der Züge von der Hauptlinie auf die Südbahnlinie einfacher gestalten. Während des Ausbaues der Strecke Brunnen-Flüelen könnte auf der Strecke Wohlen-Immensee dadurch zweckdienliche Vorarbeit geleistet werden, dass der beim Tunnelbau gewonnene Aushub zur Anschüttung der notwendigen Dämme verwendet würde.

Antrag: Unter B II sei nach Lit. *b* einzuschieben:

c) Doppelspur Rupperswil-Lenzburg. Beitrag an die S.B.B. 315 000 Fr.

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

M. **Pilet-Golaz,** conseiller fédéral: M. le conseiller aux Etats Keller, avec son obligeance coutumière, a bien voulu me prévenir qu'il se bornerait à introduire la discussion et qu'il envisageait que je vous fournirais les renseignements d'ordre technique, économique et financier indispensables à la formation de votre opinion. Je n'ai donc pas été

surpris, tout à l'heure, des diverses questions qui ont été posées et je savais que la plus importante d'entre elles, qui n'est pas la plus délicate, mais celle qui a provoqué jusqu'à maintenant le plus de passion dans l'opinion publique, serait celle du Brünig.

La question du Brünig est pourtant une question si vieille qu'elle devrait maintenant avoir perdu un peu de son acuité. Il y a, à deux ans près, 70 ans qu'on se demande si cette ligne doit être construite à voie normale ou si on peut se contenter d'une voie étroite. La concession fut accordée tout d'abord par le canton de Berne, en 1870; peu après par la Confédération pour la ligne entre Brienz et Lucerne. C'était le début. On ne songeait pas encore au raccord Interlaken–Brienz. Ce fut la voie normale qu'on choisit. Mais personne ne se présenta pour la construire, parce qu'elle était trop chère. Il fallut revenir devant les Chambres et modifier la concession, se montrer moins exigeant, se contenter d'une voie étroite, pour réunir les capitaux indispensables à l'exécution de l'ouvrage. C'est ainsi que, dans les années 1888—1889, une vingtaine d'années après l'octroi de la première concession, on put ouvrir à l'exploitation le tronçon Brienz–Lucerne à voie étroite. Vous le connaissez tous. Vous avez sans doute, à plusieurs reprises, franchi le Brünig par route ou par rail. Je n'insiste pas sur le caractère de cette ligne, qui est essentiellement le caractère touristique.

La question fut reprise plus tard, lorsqu'il s'agit de construire le tronçon Interlaken–Brienz. Alors encore, on se demanda s'il ne fallait pas établir une ligne à voie normale. La discussion a duré à peu près aussi longtemps qu'a duré celle à laquelle j'espère que vous allez tout à l'heure mettre un terme. Elle s'engagea en décembre 1904, par une proposition du Conseil fédéral qui autorisait les Chemins de fer fédéraux à construire la voie Interlaken–Brienz à voie étroite. Elle ne se termina qu'en 1907, trois ans plus tard, après d'innombrables pourparlers, des rapports complémentaires, des interpellations, des questions de toute nature. Enfin, elle se termina, comme elle avait commencé, par l'approbation de la voie étroite, la seule compatible avec les besoins du trafic et les possibilités financières. Les majorités qui se sont exprimées à ce moment-là aux Chambres sont assez significatives pour qu'elles soient rappelées. Au Conseil national, 80 voix se sont prononcées pour la voie étroite et 44 pour la voie normale; au Conseil des Etats, où l'on est toujours très soucieux des deniers publics, il n'y eut que 2 voix pour la voie normale et 27 contre. Mais la bataille, pour avoir été gagnée, n'était pas définitive. Elle reprit, en décembre 1912, par le dépôt d'un postulat de M. le conseiller national Michel, qui représentait l'industrie hôtelière de l'Oberland bernois. Il insistait beaucoup, comme on le fait aujourd'hui encore, pour qu'on établisse une ligne à voie normale. Une troisième fois, le Conseil fédéral examina le problème: une troisième fois, d'accord avec les Chemins de fer fédéraux, il se prononça dans le même sens négatif et, une troisième fois, on lui donna raison. La motion Michel fut repoussée par 101 voix contre 46. On pensait, à ce moment, ne pas avoir à revenir sur ce point. On s'était trompé. En 1934, un autre député au Conseil national, représentant également l'Oberland bernois, M. Balmer, déposait un postulat, contresigné par d'assez nombreux cosignataires, qui sollicitait du Conseil fédéral une nouvelle étude de la question. Cette étude fut entreprise aussitôt. Elle a trouvé sa conclusion dans un certain nombre de rapports et si ceux-ci n'ont pas encore été communiqués aux Chambres, c'est que, sur ces entrefaites, le grand programme de travaux pour la lutte contre le chômage et le renforcement de notre défense nationale avait été élaboré et que nous savions que, tout naturellement, le problème spécial qui se posait ici serait résolu à cette occasion.

Comment doit-on le résoudre? Je voudrais distinguer très nettement entre deux points de vue: le point de vue de la politique des transports et le point de vue militaire. Je me prononcerai tout d'abord sur le premier, qui relève plus directement de mon département et de mon activité habituelle. Je ne manquerai pas, cependant, de vous renseigner sur l'opinion du Conseil fédéral quant au deuxième.

Je dois, tout d'abord, faire remarquer que le trafic sur la ligne du Brünig est relativement minime. Nous avons des statistiques très précises, faites en 1933, alors que le tourisme n'avait pas encore été frappé comme il l'a été depuis. Elles nous donnent les chiffres suivants. Au cours de toute l'année, 345.900 voyageurs ont été transportés par la ligne du Brünig — non pas même 350.000 — soit moins de 30.000 par mois. Comparativement à n'importe quelle autre ligne, vous vous rendrez compte du caractère très modeste de ce trafic. Ce qui est plus intéressant encore à constater, c'est que trafic ne se répartit pas d'une manière égale au cours de l'année. Il présente un caractère touristique et saisonnier extrêmement marqué. Pendant le premier trimestre, janvier à mars, on a transporté 46.400 voyageurs, soit le 13,4 %. Pendant le deuxième trimestre, avril—juin, on a transporté 73.900 voyageurs, soit le 21,4 %. De juillet à septembre, la meilleure époque de l'année, on a transporté 164.500 voyageurs, soit le 47,6 %, presque la moitié. Pendant le dernier trimestre, octobre à décembre, on a transporté 61.100 voyageurs, soit le 17,6 %.

A considérer ces chiffres, il n'est pas douteux que la ligne du Brünig, telle qu'elle existe aujourd'hui, est une ligne de tourisme, avec un trafic saisonnier. Le trafic marchandises ne joue pas un rôle considérable, parce qu'il n'y a pas de grands échanges entre les régions desservies par cette ligne, entre la région du lac des Quatre-Cantons et la région de l'Oberland bernois — je précise bien l'Oberland bernois. Dès qu'il s'agit d'échanges entre Lucerne, un centre, et Berne, un autre centre, c'est alors la ligne Emmental–Entlebuch qui assure le trafic. Il s'agit donc là, au point de vue transports de marchandises, d'un trafic purement régional. Il ne saurait y en avoir d'autre, tout trafic d'importation et d'exportation étant exclu par la nature des choses.

Mais, me demanderez-vous, cette ligne de tourisme est-elle en mesure de supporter la concurrence de l'automobile? — cet argument a déjà été avancé —: elle est trop lente, avec les courbes qui

réduisent la vitesse des trains, avec le système de la crémaillère; elle est battue haut la main par les autocars. Cela n'est pas tout à fait exact. Elle est évidemment battue par l'automobile privée, par les Personenwagen, mais elle ne l'est pas encore, et de loin, par l'autocar ordinaire. Même si ce devait être le cas, ce n'est pas en transformant cette ligne de tourisme en ligne normale, avec un tunnel, qu'on arriverait à augmenter le nombre des touristes, qui désirent jouir de la vue. Au contraire! Je fais appel à tous ceux d'entre vous qui ont été intimement mêlés aux difficultés de la Furka, qui savent ce que signifie pour une ligne de tourisme de s'enterrer. Ce serait d'ailleurs une curieuse façon de lutter contre la concurrence de l'automobile que de dépenser des dizaines et des dizaines de millions pour transformer en une ligne souterraine la ligne du Brünig, qui est une ligne de col, On y perdrait, croyez-moi, beaucoup plus que l'on y gagnerait. Il vaudrait mieux transporter les voyageurs gratuitement, je vous l'assure, la perte serait moins forte pour l'administration des Chemins de fer fédéraux.

On dira: «Ce sont là des considérations secondaires, on doit examiner la chose à un point de vue plus général et plus élevé . . .» Il y a incontestablement des arguments d'ordre économique qui militent en faveur de la transformation de la ligne actuelle à voie étroite en une ligne à voie normale. En toute objectivité, je voudrais vous exposer en quoi peuvent consister ces considérations d'ordre économique. Croyez bien que je ne mets ici aucun parti pris, ni aucune passion à m'opposer aux demandes qui sont présentées, sinon que j'ai le souci d'éviter des dépenses inutiles. J'ai fort heureusement, dans le cas particulier, l'avantage de n'être le représentant direct d'aucune des régions qui sont en cause.

Est-ce que la ligne du Brünig est destinée à assurer un trafic nouveau et considérable que sa transformation susciterait? Voilà le problème. Hélas! il est malheureusement simple à résoudre. Il faut répondre non. La ligne du Brünig n'est pas une ligne destinée à l'afflux des touristes venant de l'étranger: les touristes français qui voudront se rendre dans l'Oberland n'arriveront pas par le Brünig; de même les touristes belges, les touristes hollandais, les touristes anglais qui viendront en Suisse ne passeront pas par le Brünig: ils pénétreront directement dans l'Oberland. Et je pourrais multiplier ces exemples. Il n'y aura donc comme mouvement nouveau sur cette ligne qu'un mouvement interne, un déplacement — si vous voulez — des transports au bénéfice sans doute de la région, mais certainement au préjudice d'autres. Evidemment, on peut envisager la construction d'une ligne à voie normale en raccourcissant très sensiblement les temps de parcours pour pouvoir amener dans l'Oberland plus qu'aujourd'hui les touristes de la région de Zurich. Ce serait évidemment un appoint assez sensible. Ceux qui aujourd'hui veulent de la région zuricoise se rendre dans l'Oberland ont cependant aussi les excellentes communications d'Olten et de Berne, la différence ni de prix ni de temps ne serait considérable. Mais enfin, il n'est pas contestable que l'on rapprocherait ainsi l'Oberland de toute la région zuricoise, de toute la Suisse orientale.

Toutefois on ne susciterait pas ainsi un élément de trafic touristique nouveau. On risquerait, au contraire, de détourner ce mouvement touristique des directions dans lesquelles il afflue aujourd'hui, c'est-à-dire l'Appenzell, le Toggenbourg, le canton de St.-Gall, le canton des Grisons. Je n'ai pas à me poser ici en défenseur du canton des Grisons; je n'ai à considérer que l'intérêt général. Qu'il me soit permis cependant de rappeler que s'il est un canton qui a été gravement atteint par la crise du tourisme, c'est bien celui des Grisons. Vous conviendrez qu'on doit y réfléchir à deux fois avant de lui porter un coup dont il n'a peut-être pas besoin. Une autre région n'entre pas en considération. On peut même prétendre que l'Oberland bernois ne profiterait pas dans son ensemble de cette transformation. Vous savez ou vous ne savez pas, que de nombreuses requêtes ont été adressées aux autorités au sujet de la normalisation de la ligne du Brünig. Ces requêtes ont provoqué des réponses de la part de gens qui n'étaient d'ailleurs pas toujours qualifiés pour cela. Il y a eu des répliques, des dupliques et parmi les innombrables actes que je possède, j'en trouve un qui ne manque pas d'un certain intérêt. Il est intitulé: «Eingabe der Gemeinden des Landes Oberhasli an die eidgenössischen Räte betreffs der Elektrifikation der bestehenden Brünigbahn.» Ces «Gemeinden», ce sont celles de Meiringen, Hasleberg, Schattenhalb, Gutannen, Gadmen, Innertkirchen, — bref, disons toutes les communes du Hasli. Ces communes se sont parfaitement rendu compte que la construction d'une ligne à voie normale porterait un préjudice immédiat et direct à leurs intérêts en détournant le trafic dans une direction qui n'est pas la leur et en leur enlevant certaines activités économiques auxquelles elles tiennent beaucoup.

Je ne vous en donnerai qu'un exemple: la voie actuelle du Brünig étant à voie étroite, les Chemins de fer fédéraux entretiennent de ce fait à Meiringen un atelier de réparations pour le matériel spécial de cette ligne. Dès l'instant où la voie serait normalisée, il ne serait plus question de conserver cet atelier à Meiringen; ce serait un non sens économique, car les autres ateliers des Chemins de fer fédéraux sont parfaitement équipés pour assurer toutes les réparations nécessitées par l'état du matériel à voie normale. Si les ateliers de Meiringen disparaissaient, c'est la disparition non seulement des ressources qu'ils apportent à cette contrée particulièrement pauvre du Hasli, mais c'est du même coup la suppression de la possibilité, pour beaucoup de jeunes gens de la région, d'accéder à une carrière, de faire des apprentissages; ils seront obligés immédiatement de s'expatrier. Le Hasli a fort bien compris la menace qui pesait sur lui et c'est pourquoi il s'est opposé à la normalisation de la ligne du Brünig.

Mais je ne voudrais vous laisser l'impression que les seules raisons qui font que nous n'avons pas envisagé cette normalisation seraient des raisons de l'ordre de celle que je viens de vous exposer, parce qu'il va sans dire que si la normalisation avait dû ne pas coûter grand'chose, nous

aurions pu beaucoup plus facilement en envisager l'exécution. Nous devions nous demander si les frais provoqués seraient en proportion avec les quelques avantages que l'on pouvait invoquer. Or, sur ce point, notre réponse est catégorique: ces frais sont tels qu'il ne faut pas songer sans nécessité absolue à les engager.

Et à cet égard, je tiens à rectifier tout de suite une affirmation avancée il y a quelques instants par M. le conseiller aux Etats Mouttet. Il a parlé de diverses appréciations qui avaient été données quant au coût de la transformation et il a dit: «Le Département des postes et des chemins de fer n'est d'accord ni avec les experts ni avec les Chemins de fer fédéraux ...» Je ne sais pas d'où M. Mouttet a pu avoir ces renseignements. Quelquefois, dans les départements, il y a des gens qui sont beaucoup mieux informés que le chef et je suis convaincu, par exemple, que mon huissier dit volontiers, comme l'ancien concierge du collège où j'ai fait mes premières études: «Moi et le chef du Département, nous avons décidé...» Mais je puis vous certifier que dans la mesure où je possède les rapports de mes services — et les derniers datent de mars 1939 — il n'y a pas de divergences de vues, bien au contraire, entre le Département et les Chemins de fer fédéraux quant à l'évaluation de la dépense.

Quelle est cette évaluation? M. Mouttet a articulé lui-même le chiffre de 78 millions, y compris les amortissements qu'il faudrait faire à cause de la suppression des installations actuelles. Il y a quinze jours, avant de me rendre devant votre commission à Lugano, j'ai encore posé à mes services la question de savoir si cette évaluation pouvait être réduite. On m'a répondu: Non, étant données les augmentations qui se sont produites depuis 1937, nous avons tout lieu de redouter, au contraire, une aggravation.

Par conséquent, c'est une dépense de l'ordre de 80 millions, il ne faut pas se faire d'illusions là-dessus, une dépense d'établissement à quoi viendra s'ajouter une dépense d'exploitation. En effet, la ligne du Brünig est déjà déficitaire d'environ 1.750.000 francs par an. C'est ce qu'elle coûte aux Chemins de fer fédéraux. Lorsqu'elle sera équipée à voie normale, le déficit sera de plus de 6 millions! Par conséquent, l'augmentation du déficit annuel atteindrait 4 millions. Quatre millions, c'est l'intérêt de 100 millions au taux actuel de l'argent. Vous représentez-vous ce que signifie ce chiffre pour ceux qui ont la responsabilité de prendre une décision? Comprenez-vous maintenant que dès le début nous ayons dit: «Ne songez pas à ce postulat, c'est un rêve, c'est une utopie, et une utopie dangereuse.» On nous dira peut-être: «Oh! mais les calculs sont faux. Des experts se sont prononcés et ont articulé des chiffres bien moindres: 36 millions, 38 millions.» Remarquez que 36 ou 38 millions, en tout cas pour un homme comme moi, c'est déjà quelque chose... Mais je dois dire ici que les experts qui se sont prononcés — ne m'obligez pas à donner trop de précisions, ce serait fâcheux pour eux — ont négligé des éléments que nous ne pouvons pas ne pas prendre en considération Pour faire une ligne à voie normale, il ne suffit pas d'élargir la voie et de poser des rails dessus. Il faut, à côté de la réfection de toute la voie, qui est indispensable, transformer également toutes les installations; une gare pour le trafic à voie étroite n'est pas une gare pour trafic à voie normale. Il faut beaucoup plus de place et il faut en conséquence tout défaire d'abord et tout refaire ensuite.

Pour ne citer qu'un exemple, la gare Interlaken-Est, qui sert actuellement à la jonction de la ligne du Brünig avec le réseau des Chemins de fer fédéraux et des Chemins de fer de l'Oberland, est une gare pour voies étroites. Si nous arrivions avec une ligne à voie normale, il faudrait une reconstruction complète et combien difficile. Je ne parle pas des signaux et de quantité d'autres choses — parce que toutes les distances sont différentes. C'est un nouveau chemin de fer qu'il faudrait construire; c'est pourquoi les experts n'ont pas pris ces éléments en considération, parce qu'ils n'étaient pas du métier ou parce qu'ils avaient oublié qu'ils en avaient été. Je crois pouvoir vous affirmer, sans risque de me tromper, que le coût de la ligne normale du Brünig ne serait pas inférieur au chiffre de 75 millions et que le déficit annuel ne serait pas inférieur à 4 millions.

Vous comprenez que la direction générale ait déclaré qu'il n'était pas question, pour nous, d'envisager des dépenses semblables, alors que nous avons des travaux autrement pressants à faire ailleurs et qui doivent attendre. Il n'est pas question d'aggraver notre déficit de 4 millions, alors qu'il atteint déjà 35 millions. Elle a fait, sur ce point, un rapport détaillé, daté du 23 août 1935. Il sera distribué aux membres des Chambres. Il l'a déjà été à ceux des commissions. Ce rapport a été communiqué au conseil d'administration des Chemins de fer fédéraux, qui en a pris acte avec approbation. Je le comprends et je ne puis que l'approuver. Sur ce point, je partage entièrement la manière de voir de la direction générale et du conseil d'administration des Chemins de fer fédéraux. Ce serait, du point de vue politique ferroviaire — économie des transports, assainissement des Chemins de fer fédéraux — une erreur majeure, que je ne me pardonnerais pas, même si d'autres étaient tout disposés à me la pardonner. C'est pourquoi je suis obligé, aujourd'hui, de vous parler d'une manière très claire et très franche.

Est-ce que des exigences d'ordre militaire viennent bouleverser l'argumentation raisonnable et civile que je viens de tenir? C'est la seule question qui reste à se poser. Je le ferai — les circonstances actuelles seraient là pour me le rappeler, si j'avais tendance à l'oublier — avec tout le sérieux que mérite l'examen des problèmes de la défense nationale. Mais cela n'empêche pas d'envisager si la relation, le profit que retire notre défense nationale d'une certaine dépense et l'ordre de grandeur de cette dépense, si cette relation est justifiée ou pas. Or, je crois pouvoir dire que, dans le cas particulier, elle ne l'est pas.

Je ne doute pas que des officiers supérieurs de notre armée aient affirmé que la voie du Brünig, si elle était normale, rendrait des services beaucoup plus considérables à la défense nationale que si elle restait à voie étroite. C'est vrai pour tous les chemins de fer. Il va sans dire qu'un chemin de

fer à voie normale débite beaucoup plus et beaucoup plus rapidement qu'un chemin de fer à voie étroite. Si vous posez la question à un militaire, du point de vue purement militaire, il est obligé de répondre que la voie normale est désirable partout. Cela ne signifie pas que partout il faille établir des voies normales. C'est une question de mesure et de proportion.

Remarquez que les officiers qui se sont prononcés à cet égard ne se sont pas exprimés au nom du Département militaire. On a articulé, tout à l'heure, le nom du colonel Huber qui a insisté, au cours d'une conférence, sur l'intérêt qu'il y aurait à mettre la voie normale sur toute la ligne du Brünig. Avant de donner sa conférence, le colonel Huber avait demandé à M. le Conseiller fédéral Minger, l'autorisation de traiter ce sujet. Mon collègue m'a consulté. J'ai répondu que je ne voyais aucune objection à ce que cet officier général donne son avis, mais que cela ne devait engager ni le Département militaire ni celui des chemins de fer, qui s'était déjà déterminé et qui estimait que les frais étaient trop considérables.

Remarquez que les relations entre le sud du canton de Berne et la région de Lucerne, du lac des Quatre-Cantons, sont des relations assez nombreuses, beaucoup plus nombreuses qu'ailleurs. Vous avez la route de l'Emmental et de l'Entlebuch. La voie normale Langnau–Lucerne est électrifiée. Enfin la route du Brünig est parfaitement carrossable, même en hiver. Vous avez la voie du Brünig et vous aurez bientôt — les crédits sont engagés — la route du Susten. On a estimé que cela était indispensable pour arriver plus loin, en arrière, non pas sur Lucerne, mais sur Altdorf. Il y a donc cinq communications. Trouvez une autre partie de la Suisse aussi riche en voies de communication! Quant à la ligne du Brünig, elle est capable de rendre de grands services. Ce problème a été examiné, comme les autres aussi, par la direction générale des Chemins de fer fédéraux. Nous avons eu, jusqu'au début de 1938, comme président de la direction générale, un homme qui, lui aussi, était colonel à l'Etat-major général. Je parle du Dr Schrafl. Il était désigné et est resté jusqu'au 31 décembre 1938 comme directeur militaire des transports en cas de guerre. C'est lui qui aurait eu toute la responsabilité des transports par voies ferrées en temps de guerre, jusqu'il y a quelques mois. Lui aussi a examiné la question à ce point de vue. Il a même procédé à des essais. A plusieurs reprises, des transports de troupes ont été effectués. Il est arrivé à la conclusion que la voie du Brünig était suffisante, surtout si elle était électrifiée — l'électrification augmentant sa capacité de transport de 60 %. — Ce chiffre de 60% est à considérer, d'autant plus que la dépense sera raisonnable. Mais les marchandises, dira-t-on, ne devraient-elles pas être déchargées d'un wagon à voie normale pour être rechargées sur un wagon à voie étroite? Rassurez-vous: les wagons à voie normale continueraient leur route sur la voie étroite, grâce aux trucks perfectionnés que nous possédons. Cela a déjà été fait lorsque l'on a construit les usines de la Grimsel. On pourrait parfaitement bien se tirer d'affaire de cette façon, si c'était nécessaire.

La question de la normalisation s'est donc posée dans toute son ampleur et le Conseil fédéral a été d'accord avec nous pour répondre négativement. Il ne convient pas de grever le compte des dépenses de 80 ou 100 millions, uniquement pour rendre la ligne du Brünig à voie normale — car il va de soi que cette dépense ne pourrait pas être supportée par les Chemins de fer fédéraux et devrait être assumée complètement par les comptes de la Confédération, y compris les déficits annuels. Il est des sacrifices que sollicite la défense nationale, mais qui coûtent trop cher pour qu'on ne cherche pas une autre solution. Vous en avez un exemple récent dans le projet relatif à l'augmentation du nombre des camions utilisables par l'armée. Tout le monde est d'accord sur ce point: nous n'avons pas assez de camions capables de faire campagne en cas de guerre. La solution analogue à celle demandée pour le Brünig consisterait à acheter immédiatement 4000 camions pour le compte de l'armée. Ils seraient aussitôt à disposition. Mais on sait que cela coûterait des sommes hors de proportion avec l'intérêt que cela représente. On a donc envisagé une autre solution, qui consiste à faciliter l'achat des camions et à attendre le renouvellement de notre parc. Là, ce sont des considérations financières qui jouent un rôle déterminant, ainsi que ce fut le cas pour l'organisation de notre cavalerie. Si nous avons encore 80 à 100 millions à dépenser pour notre défense nationale, nous avons d'autres postes plus intéressants que la normalisation de la ligne du Brünig. Songez seulement à la seconde ligne de fortification, songez à la défense active antiaérienne! Là il faut des sommes énormes qui ne seront pas, comme ce serait le cas ici, enfouies pour un résultat que je ne qualifie pas de nul, mais dont je prétends qu'il serait sans aucun rapport quelconque avec l'énormité de la dépense.

C'est pourquoi, non seulement comme chef du Département des postes et des chemins de fer, mais comme représentant du Conseil fédéral et au nom de celui-ci, je vous prie de vous en tenir à la décision de votre commission, de nous accorder les crédits nécessaires pour l'électrification de la ligne du Brünig, mais de ne pas reprendre à votre compte le postulat du Conseil national. A ce postulat, nous répondrons dans l'autre Chambre comme nous venons de le faire ici en nous déterminant sur son contenu, mais nous vous prions de trancher le problème. Nous ne pouvons pas attendre indéfiniment. C'est là que réside le péril pour la défense nationale, beaucoup plus que dans des modifications d'ordre technique.

J'ignore, M. le Président, si votre intention est de faire trancher la question maintenant, ou si je dois poursuivre mon exposé sur des objets assez différents, comme le développement de notre réseau à double voie qui a été évoqué tout à l'heure par M. le conseiller Fricker, et sur les autres points signalés par M. le Rapporteur: l'aviation civile et la propagande touristique. J'ai l'impression qu'il vaudrait mieux régler cette question immédiatement.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	04
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	22.03.1939
Seite Page Pagina	152-177
Ref. No	20 032 785

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Nachmittagssitzung vom 22. März 1939.
Séance du 22 mars 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 152 hiervor. — Voir page 152 ci-devant.

Art. 1, B I und II.
Fortsetzung. — *Suite.*

Zust: Gestatten Sie mir einige wenige Bemerkungen zum Antrag des Herrn Fricker. Ich meinerseits habe keinen Grund, gegen die Wünschbarkeit eines baldigen Ausbaues der Südbahnstrecke Rupperswil-Lenzburg an und für sich Stellung zu nehmen. Was Herr Fricker in dieser Beziehung ausgeführt hat, ist durchaus beachtenswert. Unbestrittenermassen stellt die Südbahn eine wichtige Güterzufahrtslinie zum Gotthard dar, eine Linie, die erhalten und als solche weiter ausgebaut werden soll. Man hat aber in der Zentralschweiz die Befürchtung hören können, es bestehe in gewissen Kreisen um die Südbahn das Bestreben, die Linie mehr und mehr auch für den durchgehenden Personenverkehr Basel-Gotthard heranzuziehen und so Luzern zu umfahren. Solchen Versuchen müssten wir den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Es würde sich um eine Verkehrsablenkung handeln, die nicht nur vom Standpunkt enger lokaler und regionaler Interessen aus bedauerlich wäre, sondern die sich auch zum Schaden der Bundesbahnen, aber auch der allgemeinen Landesinteressen auswirken müsste. Die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs für unsere schweizerische Wirtschaft ist zu notorisch, als dass ich meinerseits in Ihrem Kreise Worte darüber verlieren wollte. Luzern ist — ich darf das als Luzerner sagen, es ist eine anerkannte Tatsache — die Metropole des Fremdenverkehrs der ganzen Zentralschweiz, also einer der integrierenden, der wichtigsten Bestandteile des schweizerischen Verkehrswesens. Auf die verkehrspolitische Stellung Luzerns Rücksicht nehmen, heisst deshalb nichts anderes, als die allgemeinen wirtschaftlichen Landesinteressen berücksichtigen.

Bisher waren die Zufahrtsverhältnisse zum Gotthard ungenügend, soweit Luzern und speziell die Bahnhofeinfahrt von Luzern in Betracht kommen. Ein Schritt zur Besserung ist an die Hand genommen worden durch den Ausbau des zweiten Geleises auf der Strecke Emmenbrücke-Sentimatt. Im Budget der Bundesbahnen ist für das laufende Jahr ein Restkredit ausgesetzt für die Vollendung dieser Etappe. Der Abschluss steht auf den nächsten Mai bevor.

Es fehlt aber noch der Ausbau des Teilstückes Sentimatt-Luzern-Stadt auf Doppelgeleise, neben der weiteren Strecke Luzern-Immensee der Gotthardlinie in diesem Gebiet der Bahn. Nach Dringlichkeit verdient die Sanierung dieser Zufahrtslinie des Bahnhofes Luzern unbedingt den Vorzug gegenüber allen Projekten für den Ausbau der Gotthardlinie, abgesehen von den schon in der Vorlage enthaltenen, die nicht bestritten sind. Eine Zurücksetzung dieser Linie zugunsten anderer Projekte — wenn das der Sinn des Antrages Fricker wäre — könnten wir unserseits nicht in Kauf nehmen. Soweit ich orientiert bin, besteht bei den Bundesbahnen die Meinung, dass es sich aber bei diesen Ausbauprojekten für die Gotthardlinie nicht um Arbeiten handelt, die in Verbindung mit unserer heutigen Vorlage (soweit sie nicht darin enthalten sind), also auf ausserordentlichem Wege, ausgeführt werden sollen, sondern die Durchführung der Aufgabe ist auf dem Wege des Baubudgets der Bundesbahnen zu beschliessen.

Unter der Voraussetzung, dass es sich so verhält — Herr Bundesrat Pilet hat sich in diesem Sinne in unserer Kommission ausgesprochen, und er wird vielleicht die Freundlichkeit haben, auch in unserem Rate dieser Meinung Ausdruck zu geben — und unter der weitern Voraussetzung, dass auch Herr Fricker mit seinem Antrag auf diesen Weg verwiesen wird, kann ich meinerseits heute von der Stellung eines Antrages absehen, was die Verbesserung der Zufahrtslinie zum Bahnhof Luzern angeht. Andernfalls aber, wenn dem Antrag de Herrn Fricker Folge gegeben würde, müsste ich mir entsprechende Schritte, in Verbindung auch mit unserer heutigen Vorlage, zur Stellung eines Antrages vor behalten.

Schöpfer: Der Wettlauf der löblichen Ständevertreter, die Interessen ihres Kantons zu wahren, hat begonnen. Herr Fricker verwendet sich für seinen Heimatkanton Aargau. Herr Zust folgt ihm schon nach und meldet bedingte Ansprüche für seine Heimatstadt Luzern an. Der Sprechende kommt für den Kanton Solothurn auch mit einem Antrag, und ihm werden vielleicht noch verschiedene andere unserer verehrten Herren Kollegen nachfolgen. Wir alle hoffen, dass wir dann den verehrlichen Vertreter des Bundesrates so in die Rolle eines „Mädchens aus der Fremde" drängen können, das aus dem Schuldenfüllhorn des Bundes seine Gaben da und dorthin in die Kantone verstreut. Herr Bundesrat Pilet freut sich ja über diese Anträge, verehrte Herren! Aber ich fürchte, er freue sich aus einem ganz andern Grunde, als wir Antragsteller annehmen. Er freut sich offenbar deshalb, weil ihm dadurch Material in die Hand gegeben wird, um samt und sonders alle Anträge abzulehnen. Je mehr kommen, je mehr Grund hat er, sie alle abzulehnen. Das ist meine traurige Vermutung. Ich bedaure, dass ich zu diesem Schluss kommen muss.

Und trotzdem muss ich Ihnen einen Antrag stellen, und zwar nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern im Namen der beiden Ständevertreter des Kantons Solothurn, im Namen des Herrn Ständerat Bally und in meinem eigenen Namen. Wir sind vom Regierungsrat des Kantons

Solothurn beauftragt worden, dies zu tun und wollen diesen Auftrag heute erfüllen.

Mein Antrag geht dahin, unter Lit. B, Arbeitsbeschaffung, II, Aufwendungen bezw. Beiträge zur Durchführung von Arbeit bezw. Massnahmen, unter *b* aufzunehmen die Bestimmung:

1. Doppelspur Taverne-Lugano, 2. Doppelspur Olten-Solothurn 2 000 000 Fr. statt 1 750 000 Fr. Diesen Antrag stelle ich hier namens des Regierungsrates meines Heimatkantons und auch im Auftrag der kantonalen und kommunalen Korporationen aller Art, welche unter dem Titel «Fédération des Sociétés du pied du Jura» vereinigt sind. Dieses Bauvorhaben hat seine wirtschaftliche und militärische Bedeutung. Im letzten und im vorletzten Jahre ist das letzte Teilstück der Linie Biel-Solothurn als zweispuriges Teilstück fertig geworden und es handelt sich nun noch darum, das Stück Solothurn-Olten auszubauen. Meiner Auffassung nach stehen militärische Gründe im Vordergrund für den Ausbau dieser Zweispurigkeit. In Oensingen, ungefähr in der Mitte zwischen Solothurn und Olten, wurden in den letzten Jahren drei grosse Zeughäuser erstellt, und von diesen Zeughäusern aus soll der Etappendienst der ganzen vierten Division erfolgen. Es gehen von Oensingen aus drei Juraübergänge an die Nordwestgrenze. Und doch besteht nach Oensingen nur eine eingeleisige Bahn, einmal von Solothurn und anderseits von Olten, eine eingeleisige Bahn, die schon zur Stunde den Verkehr kaum bewältigen kann. Seit vielen Jahren, ich möchte sagen, seit mehr als einem Jahrzehnt, und lange Zeit während welcher der Sprechende noch Mitglied des kantonalen Regierungsrates von Solothurn war, sind uns zahlreiche Begehren aus der Geschäftswelt und von allen Gemeinden, welche an der Strecke Solothurn-Olten liegen, zugekommen, Begehren, die dartun, dass die eingeleisige Spur Solothurn-Olten einfach nicht mehr genüge. Schon im Jahre 1927, als ich noch Mitglied der Regierung war, antwortete die Generaldirektion der S.B.B., die Erstellung der Doppelspur sei in baldiger Zeit ein Gebot der Notwendigkeit. Im weitern sagte sie in dem damaligen Schreiben, es seien schon in den Bauvorschlägen der Jahre 1922 und 1923 Rückstellungen enthalten zum Ausbau der Doppelspur, und zwar deshalb, weil bei den Kreuzungen, hauptsächlich auf den Stationen, selbst Schnellzüge immer unfreiwilligen Halt machen müssen. Wenn der Betrag um 250 000 Fr., von 1 750 000 auf 2 Millionen erhöht würde, wäre dieser Ausbau möglich. Das ist der Antrag.

Zum andern könnte durch diese Arbeitsbeschaffung im Kanton Solothurn eine erhebliche Anzahl Arbeitsloser beschäftigt werden. Der Kanton Solothurn gehört auch heute noch, relativ gesprochen, zu den industrialisiertesten Kantonen der ganzen Schweiz. Wir haben auch zur Stunde noch ungefähr 1000 Bauarbeiter, welche arbeitslos sind, und auch mehrere hundert Uhrenarbeiter und Arbeiter aus andern Branchen, die arbeitslos sind. Von diesem Standpunkt aus würden wir es sehr begrüssen, wenn diesen Leuten durch Schaffung der Arbeitsgelegenheit eines zweiten Geleises von Solothurn nach Olten geholfen werden könnte.

Seit 20 Jahren ungefähr kämpft der Kanton Solothurn um diese Doppelspur, und nun ist noch einmal Gelegenheit geboten, diesen Anspruch anzumelden. Damit verbinde ich zum Schluss meine Bitte, Sie möchten den Antrag gutheissen.

M. **Pilet-Golaz,** conseiller fédéral: Je sais que vos minutes sont comptées, et qu'il vous reste passablement à faire. Je me permettrai cependant de ne pas me borner à répondre aux quelques questions qui viennent d'être posées; je ferai précéder mon exposé d'un certain nombre de considérations qui expliqueront, je l'espère, pourquoi nous avons adopté l'attitude qui s'est cristallisée dans le projet que vous discutez.

Vous ne devez pas partir de l'idée que les postes qui sont inscrits dans le chapitre B II du projet d'arrêté délimitent d'une manière complète et définitive les travaux du doublement de la voie envisagés par les C.F.F. L'arrêté est destiné — vous le savez — d'une part, à augmenter la capacité de notre défense nationale, d'autre part, à lutter contre le chômage. Il envisage à cet effet des mesures extraordinaires, et nous nous sommes inspirés de l'idée que là seulement où une intervention de la Confédération était indispensable, les C.F.F. devaient solliciter des crédits. Nous n'avons ainsi retenu que ce qui présentait un intérêt majeur et immédiat pour la défense nationale, d'une part, et d'autre part, pour affirmer notre situation internationale dans le domaine des transports. Nous savions aussi que ce programme était destiné à faciliter des travaux dans une période relativement courte, celle de 3 ans: 1940, 1941, 1942. Tout d'abord, on avait pensé à la période 1939, 1940, 1941. Mais quelques retards s'étant produits dans les délibérations parlementaires, il en résultera un certain décalage.

Nous avons délibérément écarté toutes les autres propositions. Cela ne signifie pas que les Chemins de fer fédéraux n'ont pas l'intention de doubler les voies sur d'autres parcours que ceux qui sont indiqués ici; mais il convient de faire une distinction entre les travaux qui sont exigés par les besoins du trafic d'un côté et, de l'autre, ceux qui sont nécessaires pour servir la politique générale, militaire et internationale de la Confédération. Les dépenses exigées par cette politique générale doivent retomber naturellement sur l'ensemble du peuple suisse, sur les contribuables; celles qui, au contraire, sont nécessitées par les besoins du trafic sont à inscrire dans les comptes spéciaux des Chemins de fer fédéraux et être indirectement supportées, c'est naturel aussi, par les usagers du chemin de fer.

Il va de soi que les travaux ordinaires des Chemins de fer fédéraux, ceux qu'ils auraient exécutés indépendamment du programme qui vous est soumis, continueront à l'avenir comme par le passé et que nous n'avons pas du tout l'intention de les interrompre. Je reviendrai tout à l'heure sur la question; je me borne, pour l'instant, à vous signaler que l'administration des Chemins de fer fédéraux, pour établir un plan de doublement des voies où c'était indispensable, n'a pas attendu le programme des travaux destinés à lutter contre le chômage, qui vous est présenté aujourd'hui. Il y a des années déjà que son propre programme est dressé et qu'elle en poursuit l'exécution avec mé-

thode et sans retard. Je vous donnerai tout à l'heure à ce sujet des chiffres et des précisions qui vous permettront de ne plus conserver sur ce point le moindre doute. C'est la première observation que je désirais faire.

La deuxième, c'est qu'il n'est pas possible, déjà pour des raisons d'exploitation — si je voulais employer un mot que nous ne pouvons pas traduire en français (à moins que l'un de vous ne me donne tout de suite l'expression correspondante), je dirais „betriebswirtschaftlich" — du point de vue de l'exploitation, dis-je, nous ne pouvons pas simultanément entreprendre des travaux partout et doubler partout et complètement une ligne. Vous savez aussi bien que moi que l'exécution de ces travaux constitue une gêne assez forte pour l'écoulement normal du trafic; si cette gêne se fait sentir sur tout le réseau à la fois ou bien sur toute une ligne à la fois, il en résulte des retards considérables, des frais supplémentaires, des dépenses et des inconvénients de tous ordres. Si j'osais me permettre un exemple, je vous rappellerais que, lorsque nous refaisons une gare nous ne démolissons pas l'ancienne, parce que nous ne pouvons pas laisser une localité sans gare. Nous sommes obligés de la prendre partie par partie pour laisser fonctionner tous les services; il en résulte que généralement lorsque nous transformons une station, on commence par le toit, contrairement à la logique, et l'on descend ensuite petit à petit jusqu'au rez-de-chaussée, où les services les plus importants exercent leur activité.

Il ne faut pas non plus vous imaginer que doubler une voie conduise nécessairement à un gain de temps tel que la concurrence que nous pourrions subir par ailleurs en soit rendue impuissante. Si je me permets cette troisième observation, c'est qu'elle a une certaine importance en ce qui concerne nos lignes internationales. Vous comprendrez que je ne précise pas davantage; mais si vous réfléchissez qu'en doublant une ligne sur un parcours de quelques kilomètres on peut avoir une amélioration de l'horaire de 8, 10, 12 minutes et qu'à la station frontière, par des mesures d'ordre douanier, ont peut, si l'on veut, nous en faire perdre 30, 40, 50, vous saisirez que le problème n'est pas seulement celui du doublement de voies, mais aussi une affaire de relations extérieures.

Tout naturellement, cette dernière expression m'amène à vous parler du Gothard. Quand je dis «le Gothard», j'entends la ligne proprement dite du Gothard, qui va de Chiasso à Arth-Goldau. C'est cela la ligne du Gothard. A Arth-Goldau, elle se divise en trois branches: d'une part, c'est la ligne qui continue depuis Arth-Goldau jusqu'à Zoug-Zurich; d'autre part, la ligne qui continue par Immensee sur Wohlen-Lenzbourg et le canton d'Argovie; enfin la ligne qui poursuit jusqu'à Lucerne. Par conséquent, même si toutes ces lignes-là étaient à simple voie, en réalité depuis Arth nous disposons de trois voies pour les deux sur lesquelles nous pouvons rouler entre Arth-Goldau et Chiasso. Vous en déduirez comme moi — parce que c'est une nécessité logique — la conclusion que ce qui importe tout d'abord pour le Gothard, c'est de doubler en premier lieu la voie entre Arth-Goldau et Chiasso. Où en sommes-nous à cet égard?

Nous avons la double voie de Arth-Goldau à Brunnen, de Flüelen à Rivera-Bironico, de Lugano à Melide, de Maroggia à Chiasso (vous connaissez tous le pont sur le lac à Lugano, c'est le tronçon Melide-Maroggia). Il ne nous reste donc à doubler que ces trois trajets: de Brunnen à Flüelen, de Rivera-Bironico à Lugano et de Melide à Maroggia. Vous trouverez précisément, dans le programme qui vous est soumis, deux postes qui intéressent les deux plus importants de ces tronçons. Tout d'abord, celui de Brunnen à Flüelen. Il est particulièrement coûteux, parce que tous les travaux, ou presque tous, devront s'effectuer dans le rocher. C'est donc un ouvrage d'art par excellence. En fait, il ne s'agira pas — et je tiens à insister sur ce point, parce qu'il est d'une importance capitale pour notre défense nationale — de doubler la voie Brunnen-Flüelen, mais bien plutôt, en réalité, de faire sur ce parcours une deuxième voie à une certaine distance de la première, de façon à ce que nous évitions, en cas de conflit, d'attaque aérienne notamment, que l'interruption d'une voie entraîne nécessairement l'interruption de l'autre. Que le doublement de cette voie soit aujourd'hui d'une urgente nécessité pour la défense nationale, c'est ce qui s'impose d'emblée, lorsqu'on sait que notre ligne court, en grande partie, à côté de la route même de l'Axenstrasse et qu'on pourrait fort bien, avec une seule et même attaque, couper la route et la voie. Il ne nous resterait, à ce moment-là, comme moyen de communication, de Lucerne au sud, que la navigation sur le lac des Quatre-cantons! J'ai une très grande admiration pour la compagnie qui exploite cette entreprise de transport et je ne doute pas qu'elle ferait son possible pour assumer la tâche qui lui incomberait. Mais je crois que l'impossible même serait très près de pas grand'chose! C'est pourquoi nous n'avons pas hésité une seconde à envisager le doublement de la voie sur ce tronçon. Nous l'effectuerons en deux étapes: Brunnen-Sisikon et Sisikon-Flüelen. Je tiens à préciser, pour les représentants des cantons intéressés, qu'en disant Brunnen-Sisikon et Sisikon-Flüelen, je n'ai pas voulu indiquer l'ordre dans lequel ces deux tronçons seraient exécutés. J'ai simplement voulu les délimiter. Dès que l'un sera prêt, il sera beaucoup plus facile d'exécuter le deuxième, alors qu'il serait très malaisé d'entreprendre les travaux pour l'ensemble.

La deuxième partie de la ligne du Gothard, que nous nous proposons de doubler sans tarder, est le tronçon Lugano-Taverne, qui se trouve entre Rivera et Lugano. Pourquoi? Parce qu'en établissant une double voie, dès maintenant, elle constituerait immédiatement une arrière-gare de Lugano et faciliterait considérablement l'écoulement du trafic. Mais cela ne signifie pas que le tronçon Taverne-Rivera ne suivra pas. Au contraire! Les Chemins de fer fédéraux sont décidés à l'exécuter immédiatement après. Les frais qui leur incomberont ne seront pas de nature telle qu'ils ne puissent les supporter et les inscrire au budget de construction.

Le troisième tronçon de la ligne du Gothard, qui n'est pas encore à double voie, est celui de Melide-Maroggia — c'est le pont. Nous ne pouvions pas envisager l'élargissement ou la réfection de ce

pont, qui est en liaison étroite avec la reconstruction de la chaussée, avant de connaître les conditions dans lesquelles la lac de Lugano serait régularisé. Il fallait évidemment savoir quels seraient les niveaux du lac les plus bas et les plus hauts, afin de déterminer l'endroit où la navigation pourrait passer et les espaces vides à lui laisser pour assurer son exploitation normale. Mais nous ne pouvons pas régulariser le lac de Lugano comme nous voulons. C'est un lac international. Nous devions prendre contact avec l'Italie. C'est ce qui a été fait, notamment à propos de la régularisation du lac Majeur. Nous savons maintenant quels seront les principes à la base de cette régularisation et les Chemins de fer fédéraux ne seront plus arrêtés par cette question technique pour transformer, d'entente avec les autorités tessinoises, le pont de Melide.

Nous aurons ainsi une voie double sur le Gothard, qui sera extrêmement utile pour assurer et accélérer un écoulement normal du trafic et, par conséquent, pour faire concurrence au Brenner, dans la mesure où elle se ferait sentir.

A propos du Brenner, je puis confirmer ici ce que j'ai eu l'occasion de dire déjà, en décembre dernier, sauf erreur, lorsque vous avez examiné le budget de construction des Chemins de fer fédéraux. Nous n'avons pas, jusqu'à maintenant, constaté que l'Allemagne et l'Italie déplacent le trafic pour faire passer par le Brenner ce qui, autrefois, passait par le Gothard. Du point de vue des marchandises, ce serait extrêmement difficile, car les deux grands bassins d'alimentation de la ligne sont à l'ouest, aussi bien en Allemagne, avec la région du Rhin, qu'en Italie, avec Milan et le Piémont. Pour les voyageurs, le Brenner ne compte que quatre trains directs. Nous en avons déjà sept sur le Gothard et, à la dernière conférence internationale des horaires, l'Allemagne a demandé expressément l'introduction d'un nouveau train ultra-rapide, qui circulera dès le prochain horaire. C'est dire que, jusqu'à maintenant, nous n'avons pas de raisons matérielles de redouter un déclassement du Gothard et que tous nos efforts doivent tendre à l'amélioration technique de cette ligne, pour éviter une concurrence fâcheuse.

Comment la situation se présente-t-elle depuis Arth-Goldau? Je vais la prendre dans l'ordre d'urgence et je n'hésiterai pas à déclarer que, parmi les voies d'accès qui ont le plus besoin d'être améliorées et où il faut sans trop tarder une double voie complète, se trouve celle de Emmenbrücke-Lucerne. M. votre Vice-président vous en a déjà parlé tout à l'heure. Il vous a dit qu'une partie du tronçon était en construction, qu'il serait en exploitation au mois de mai. Les Chemins de fer fédéraux continueront jusqu'à Lucerne, parce que le besoin en est urgent. Mais ils le feront avec leurs moyens ordinaires et grâce aux sommes inscrites dans le budget annuel.

Le tronçon de Emmenbrücke à Lucerne et, plus particulièrement, le tronçon Sentimatt-Lucerne, enregistre une intensité de trains qui s'approche du maximum de ce que nous connaissons sur le réseau.

J'ai ici le tableau qui fut dressé lorsque, il y a quelques années, nous avons établi le programme de doublement de nos voies et je constate que le trafic des trains est, par jour, de 88,2. Autrement dit, il y passe chaque jour, en moyenne, 88 trains. Cela représente 3 trains et demi par heure. C'est évidemment beaucoup pour cette ligne, aux abords immédiats d'un centre comme Lucerne et c'est pourquoi les Chemins de fer fédéraux estiment qu'à leur point de vue déjà la construction d'une double ligne sur ce tronçon est une nécessité. Elle est entreprise et se poursuivra. C'est la réponse que je puis faire au Conseil, comme je l'ai faite déjà au sein de la commission.

La deuxième ligne qui dessert le Gothard, depuis Arth-Goldau, est la ligne de Zurich. C'est surtout le tronçon Thalwil-Baar qui n'est pas à double voie. Mais la densité des trains n'est pas aussi considérable que sur le tronçon que j'ai indiqué tout à l'heure. Alors que pour Fluhmühle-Sentimatt, cette densité est de 88,2, elle n'est ici que de 47,9, c'est-à-dire à peu près 50. Actuellement, dans les milieux ferroviaires on considère qu'une ligne à voie simple avec une densité journalière de trains qui ne dépasse pas 50, peut suffire sans inconvénient majeur au trafic qu'elle doit écouler.

Il ne faut pas oublier — et cette observation est à l'adresse de M. Schöpfer — que, depuis quelques années, la rapidité avec laquelle circulent les trains a considérablement augmenté, ce qui du même coup a développé la capacité d'écoulement de chaque ligne et l'on ne peut plus comparer la situation qui existe aujourd'hui sur les lignes à voie simple avec celle d'il y a 15 ou 20 ans, alors que les lignes n'étaient pas électrifiées, d'une part, et que l'horaire n'avait pas été accéléré, d'autre part.

Ce que je viens de dire n'est pas la seule réponse que je dois à M. Schöpfer. Je me déterminerai tout à l'heure sur la proposition qu'il a formulée.

La troisième ligne, la ligne Wohlen-Lenzbourg, l'ancienne ligne de la Südbahn (il est assez bizarre d'avoir dans le nord du pays une ligne de chemin de fer qui s'appelle Südbahn, mais enfin c'est un souvenir qui nous reste du temps des compagnies privées) est en partie déjà à double voie; il en est ainsi sur le parcours Wohlen-Lenzbourg; par contre elle ne l'est pas encore sur le tronçon Lenzbourg-Rapperswil où elle rejoint la double voie. Là encore, les Chemins de fer fédéraux sont d'avis que la double voie — elle ne coûtera pas des sommes considérables, même pas 1 million — sont d'avis que ces travaux doivent être faits normalement au cours des très prochaines années avec les ressources dont ils disposent. J'ai dit: au cours des très prochaines années, car je ne peux pas donner d'autres précisions; nous ne savons pas encore quel sera le sort du programme de travaux que vous discutez en ce moment, ni l'époque à laquelle il aura été adopté par le peuple suisse, le moment par conséquent où nous pourrons passer à l'exécution, et il peut se produire un décalage, d'ailleurs aussi bien vers l'avant que vers l'arrière. C'est la raison pour laquelle j'ai employé cette expression: les très prochaines années. Je pense que M. Fricker, qui est président de la commission des Chemins de fer fédéraux du Conseil des Etats, prendra acte de cette déclaration et qu'à la réflexion il pourra renoncer à la proposition qu'il a formulée.

Les autres voies de notre réseau ne sont pas toutes doublées. On a à cet égard rappelé que la

Suisse avait un certain retard par rapport à d'autres pays, que son réseau ne serait à double voie que dans la proportion du 40 %. Ce chiffre est exact. En Allemagne, notamment, nous sommes à cet égard dépassés: dans ce pays le pourcentage est de 43 %. Mais vous le voyez: la différence n'est pas considérable. Il ne faut pas oublier que dans les régions industrielles, le trafic est beaucoup plus intense que dans les régions agricoles et que, par conséquent, un pays industriel comme l'Allemagne a nécessairement plus de doubles voies qu'un pays qui a ce caractère à un moindre degré. Je pourrais vous donner d'autres exemples pour l'établir, notamment celui de l'Autriche. Avant son rattachement à l'Allemagne, le pourcentage des doubles voies y était de 28 %; l'exemple aussi des Chemins de fer italiens: l'Italie est certainement moins industrialisée que l'Allemagne et la Suisse, le pourcentage des doubles voies y est de 27 %. Vous voyez donc que, si nous ne sommes pas à la tête de tous les pays en ce qui concerne les lignes à doubles voies, nous ne sommes pas non plus parmi les derniers et que l'état de notre réseau ne donne pas lieu à inquiétude.

Nous avons établi un code d'urgence pour doubler la voie sur tous les parcours qui actuellement ont une densité supérieure à 50. Fort heureusement, ces parcours ne sont pas extrêmement nombreux, mais c'est la première des choses à faire. Après quoi nous passerons aux autres et c'est ce qui me permet de demander à M. Schöpfer d'avoir un peu de patience en ce qui concerne le tronçon Soleure-Olten. Ce tronçon n'a pas une densité de 50 en ce moment. Il y avait une partie de la ligne qui avait de la peine à suffire au besoin, c'était celle qui se trouve à proximité immédiate de Soleure, la ligne même de Soleure entre les deux gares. Elle a déjà été doublée. Pour le reste, si l'on prend, par exemple, le tronçon Oensingen-Olten, on constate que la densité y est seulement de 44,2, la moitié de ce que l'on a pour Lucerne. C'est dire qu'il n'y a pas une urgence telle que dans deux ou trois ans il faille coûte que coûte doubler la voie. Et je prie également M. Schöpfer, qui m'a posé aujourd'hui la même question que M. Bally me posait à la commission à Lugano, après avoir accompli son devoir de représentant du canton de Soleure, de ne pas insister sur sa proposition. Sinon alors, il n'y a pas de motifs pour que les représentants de toutes les autres parties du pays n'en fassent pas autant. Je vois déjà un de vos collègues, et non des moindres — non des moindres à tous égards — qui hoche la tête et qui me dira: Que faites-vous de la double voie Yverdon-Auvernier? Je lui répondrai: Petit à petit, nous doublons la voie du pied du Jura. Nous l'avons doublée jusqu'à Yverdon, nous l'avons doublée de Neuchâtel à Neuveville, de Bienne à Soleure; c'est ainsi que nous avançons par étape pour ne jamais gêner l'exploitation. D'autres députés pourraient m'interpeller dans le même sens — je pense, par exemple, à ceux de Fribourg qui pourraient me dire: Et Romont-Fribourg?... à ceux du Valais qui pourraient me dire: Et le tronçon Sion-Granges? ou le tronçon Sierre-Viège? et ainsi de suite on pourrait multiplier les demandes. Il va sans dire que ce ne serait plus un programme de travaux urgents que vous établiriez, mais un programme général de doublement des voies pour les Chemins de fer fédéraux. Ce serait tout autre chose. Je suis très reconnaissant à ceux de ces Messieurs qui auraient pu présenter des propositions d'avoir eu — j'allais dire l'amabilité — non, la sagesse, de ne pas les formuler et j'espère que leur bon exemple sera suivi, que l'on se contentera des explications que je viens de donner.

J'ajoute d'ailleurs un petit renseignement en ce qui concerne le Valais. En effet, on s'est beaucoup plaint du fait que, parmi les travaux envisagés dans le programme qui vous est soumis, la Suisse romande était négligée. La question de la double voie au Valais sera résolue sans tarder. L'Italie a décidé de doubler elle-même la voie du Simplon jusqu'à Domodossola (jusque là elle ne l'est pas); elle va faire des travaux extrêmement coûteux tout le long du lac Majeur et il va de soi que la contre-partie, en quelque sorte nécessaire, de ce doublement, sera le doublement de la voie du Simplon sur le parcours suisse. Elle est doublée de Vallorbe à Sion déjà, il reste les deux tronçons de Sion-Granges et de Sierre-Viège. Ce sera pour les prochaines années et sans doute avant 1942, puisque c'est en 1942 qu'aura lieu l'Exposition internationale de Rome et que les Italiens achèveront la double voie jusqu'à Domodossola. Le programme des travaux pour les Chemins de fer fédéraux a été établi très minutieusement par la direction générale. Il nous a été soumis à l'époque — il y a déjà plusieurs années. Nous l'avons fait examiner par nos propres services et nous nous sommes rendu compte qu'il était judicieux. Il y a aujourd'hui une unanimité de vues complètes entre les Chemins de fer fédéraux et le Département et, mon Dieu, pour une fois, il me plaît de le signaler. Je veux souhaiter que vous en preniez acte et que vous ne modifiez pas, par des propositions qui auraient un peu le caractère de l'arbitraire dans le choix, ce qui a été mûrement pesé.

Je voudrais profiter de l'occasion, puisqu'il s'agit ici d'un problème ferroviaire et de défense nationale, pour vous dire quelques mots de l'état de notre matériel roulant. En effet, on peut se demander si nous avons pris tout le soin nécessaire pour entretenir ce matériel roulant et s'il est suffisant en ce qui concerne le trafic. J'ajouterai, tout à l'heure, quelques considérations d'ordre militaire. Je vais me borner, pour le moment, au trafic ferroviaire proprement dit.

Les wagons de voyageurs, par exemple, comprenaient en 1913: 852 voitures à deux axes — de vieilles petites voitures —, ils sont tombés, en 1938, à 504. En 1913, il n'y avait que 336 voitures à 4 axes, les grandes voitures; nous en avons maintenant 1017. En 1913, nous n'avions pas de wagons en acier; aujourd'hui, nous en avons plus de 200.

Pour le trafic-marchandises, nous avions, en 1913, 8671 wagons couverts. Nous en avons, aujourd'hui, 9730, soit une augmentation de plus de mille. Le total de nos wagons-marchandises s'élève actuellement à 15 713. Ce sont des wagons d'une capacité souvent supérieure à celle d'autrefois; par conséquent, le chiffre d'augmentation apparent reste au-dessous de la réalité.

Je vous rappelle que notre matériel roule, aujourd'hui, sensiblement plus rapidement qu'autre-

fois. Par conséquent, le débit de nos wagons peut être beaucoup plus considérable qu'il ne l'était jadis. J'ai là quelques chiffres qui vous intéresseront, je l'espère. Pour les trains-voyageurs, la vitesse commerciale la plus rapide, en 1930, était de 60,7 km./heure. En 1938, elle était de 72,8, presque de 73 km./heure; l'augmentation est de 20 %. Si on prend les trains-omnibus, elle était, en 1930, de 42 %; elle est, maintenant, de 52,5 %, soit une augmentation de 25 %.

Pour ce qui concerne les trains de marchandises, on constate une augmentation semblable. Elle est même proportionnellement plus forte, c'est un effet de la concurrence de l'automobile. En 1930, la vitesse commerciale horaire moyenne des trains-marchandises était de 13,2. Elle est, aujourd'hui, de 18,8, ce qui représente une augmentation de 45 %, y compris les manœuvres, bien entendu, puisqu'il s'agit de vitesse commerciale. C'est la raison pour laquelle, dans un rapport daté du 31 janvier 1939, la Direction générale des Chemins de fer fédéraux pouvait m'écrire:

„Durch die vorsichtige Bewirtschaftung des Wagenparkes ab 1932, sowohl in der Erneuerung wie im Unterhalt, ist derselbe auf ein ziemlich normales Niveau in Bezug auf Alter und Zustand gebracht worden, dessen Erhaltung Aufgabe der Zukunft sein wird."

Nous n'avons jamais voulu économiser à cet égard, pas plus que nous le ferons, à l'avenir, car nous entendons conserver un réseau, un matériel roulant, qui soient en parfait état. On pourrait, tout au plus, parler des wagons spéciaux qui nous seraient nécessaires pour ravitailler le pays en cas de conflagration générale. Cette question est à l'étude auprès du Département de l'Economie publique, section des transports de guerre, à la tête de laquelle se trouve notre ancien inspecteur principal, M. Matter, alt Oberbetriebschef, qui était l'homme le plus désigné pour accomplir cette tâche.

Je conclus en disant que les travaux inscrits dans notre projet d'arrêté intéressent la défense nationale et la politique ferroviaire du pays. Il est indispensable que la Confédération les entreprenne. Les autres travaux seront poursuivis normalement et vous pouvez être assurés que, dans les limites de notre budget, qui est encore et qui restera de 25 millions par an, nous ferons, au cours de ces prochaines années, les exécutions indispensables.

C'est pourquoi je prie votre Conseil de ratifier les décisions de sa commission et de s'en tenir aux chiffres inscrits dans le projet.

M. **Mouttet:** A propos de la ligne du Brünig, je dois dire que je n'avais pas fait attention que le Conseil national avait ajouté à l'arrêté un art. 4 où une réserve est faite en ce qui concerne ce point-là. Je suis donc d'accord d'accepter ce poste de 4 100 000 frs de subventions aux Chemins de fer fédéraux en vue de l'électrification de la ligne du Brünig, sous réserve toutefois que le Conseil des Etats maintienne l'art. 4 dont il est question dans la décision du Conseil national.

M. **Pilet-Golaz,** conseiller fédéral: Je vous prie de bien vouloir maintenir la décision de votre commission et de supprimer cet art. 4, pour aboutir à une situation nette. Je sais très bien que cela créera une divergence avec le Conseil national, où je m'expliquerai, comme je l'ai fait ici. Il faut, une fois pour toutes, être au clair sur ce que nous ferons au Brünig.

C'est maintenant à mon tour d'invoquer des considérations de défense nationale. Le matériel à vapeur que nous avons au Brünig est usé. Il doit être remplacé à plus ou moins brève échéance, faute de quoi, en temps de guerre, nous aurions de la peine à effectuer les transports nécessaires. Par conséquent, nous ne pouvons pas encore renvoyer, pendant des mois et des années, la question de savoir si on veut électrifier, oui ou non. Il faut le savoir dès maintenant et je vous prie de vous prononcer très nettement, ainsi que je l'ai déjà proposé ce matin.

Keller, Berichterstatter: Ich stimme dem Antrag des Herrn Bundesrat Pilet-Golaz im Namen der Kommission zu. Nur möchte ich Sie bitten, nicht jetzt darüber zu entscheiden, sondern am Schluss des Programms, wenn der Art. 4 an die Reihe kommt.

Fricker: Nachdem Herr Pilet-Golaz die Erklärung abgegeben hat, dass das Teilstück Rupperswil–Lenzburg «dans les très prochaines années» ausgeführt werde, ziehe ich meinen Antrag zurück. Ich kann nur wiederholen, dass der Ausbau dieser kleinen Strecke von 3½ km nicht einmal eine Million kostet, dass aber die Vorteile, die durch den Ausbau den Bundesbahnen erwachsen, im umgekehrten Verhältnis stehen, weil nachher die Doppelspur von Basel bis Wohlen durchgeführt ist, und der Bahnhof Rupperswil entlastet ist, indem die vielen Güterzüge rasch von der Hauptlinie auf die Nebenlinie geleitet werden können. Im Augenblick, da sie an den Ausbau der Strecke Brunnen–Flüelen herangehen, ist es von doppeltem Interesse für die Bundesbahnen, dieses Teilstück noch vorher auszubauen, damit während des Umbaues auf der Zufahrtslinie die Züge rasch durchgeführt werden können. Ich wiederhole noch einmal, dass ausser der Linie Sentimatt–Luzern unmittelbar nachher die Strecke Rupperswil–Lenzburg mit 60 Zügen pro Tag folgt. Aber nicht nur das, es handelt sich um sehr lange Züge mit 120 Achsen, deren Kreuzung mit andern Zügen oft verlegt werden muss, weil die Züge vom Gotthard her nicht selten grosse Verspätungen haben. Ich habe mir vom Personal bestätigen lassen, dass schon allein im Interesse der Betriebssicherheit dieser Ausbau erfolgen müsse. In der Hoffnung, dass das nach den Zusicherungen des Herrn Bundesrat Pilet-Golaz geschehen werde, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Präsident: In diesem Falle fällt eine Abstimmung über den Antrag des Herrn Fricker dahin, und wir haben nur noch abzustimmen über den Antrag des Herrn Dr. Schöpfer.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Schöpfer	9 Stimmen
Dagegen	20 Stimmen

Präsident: Litera C Elektrifikation der Brünigbahn möchte ich nicht unter II erledigen, weil unter III Bahnen und Strassen zusammen erwähnt sind, so dass wir II C besser unter III behandeln.

Die Buchstaben A und B sind von Ihnen stillschweigend genehmigt worden, so dass wir zu Buchstabe E „Ausbau der zivilen Luftfahrt" übergehen können.

M. **Pilet-Golaz,** conseiller fédéral: Nous avions demandé dans le projet d'arrêté un crédit de 4 millions pour permettre d'exécuter un certain nombre d'améliorations dans l'installation de nos places d'aviation et de notre service de sécurité. Actuellement, nous disposons de quelques aérodromes, qui sont la propriété ou de corporations de droit public ou de sociétés d'intérêt public. Je pense à Dubendorf, à Bâle, à Genève et à Berne. Certaines places revêtent une importance internationale: c'est le cas surtout de Zurich et Genève, de Bâle aussi dans la mesure où nous pourrons la maintenir à proximité immédiate de la ville.

Pour que ces aérodromes répondent à toutes les exigences modernes et permettent l'atterrissage d'avions de toutes dimensions, il faut y consacrer des sommes considérables. Les frais causés par le développement de l'aéronautique commerciale moderne sont tels qu'on ne peut plus demander à ces corporations de droit public d'assumer seules la totalité de l'effort. Il est indispensable que la Confédération intervienne.

Nous avons prévu pour l'amélioration de ces places un crédit d'un million.

Nous avons aussi besoin d'aérodromes secondaires comme d'un certain nombre d'aérodromes de secours, Notlandungsplätze (je finirai par parler allemand ici, tant je lis de rapports dans cette langue!), des places d'atterrissage de secours. C'est nécessaire dans l'intérêt de la défense nationale — vous comprendrez immédiatement pourquoi — dans l'intérêt aussi de notre aviation civile. Là nous avons inscrit de nouveau un crédit d'un million. Un million, tout à l'heure, un autre million ici, cela fait deux millions.

Puis nous avons à améliorer considérablement notre service de sécurité. Les progrès accomplis ces dernières années dans les procédés permettant le vol aveugle, c'est-à-dire par tous les temps, dans le brouillard, dans la tempête, exigent des installations extrêmement perfectionnées, mais aussi très coûteuses. Vous savez qu'on a maintenant un système de guidage grâce auquel un avion peut atterrir à l'endroit où il doit se poser, alors même qu'il ne voit rien. Mais pour opérer ce guidage, il faut des préparatifs et des ouvrages qui s'étendent à d'assez grandes distances de l'aérodrome, jusqu'à 25 ou 30 km. Cela aussi est coûteux. Mais c'est dans l'intérêt de l'aviation en général et non pas exclusivement d'un aérodrome particulier, d'une région particulière. Il convient que ce soit la Confédération qui en supporte au moins partiellement les frais et c'est la raison pour laquelle nous avons demandé un crédit à cet effet.

Notre appareillage sera en grande partie, pour ne pas dire complètement, construit en Suisse. Le contact a été pris en temps utile avec l'industrie à cet effet; ainsi l'argent que nous dépensons servira à combattre le chômage chez nous.

De plus, nous devons améliorer notre service de contrôle et de surveillance. Il me suffira de l'avoir dit sans entrer dans plus de détails, pour que vous compreniez que ce troisième poste s'élève à 1,5 million.

Enfin il nous faut précisément, si nous voulons avoir une aviation indépendante de l'étranger et surtout un appareillage indépendant de l'étranger, des laboratoires d'essais, des établissements de contrôle, des spécialistes, qui ne se forment pas du jour au lendemain, ni sans argent, et nous avons prévu à cette fin une somme de 500.000 francs. Je récapitule: d'abord 1 million, ensuite un second million, cela fait 2; plus 1 million ½, cela fait 3 millions ½; enfin le ½ million que je viens de signaler, total 4 millions. C'est ce total que vous trouvez inscrit dans le projet d'arrêté.

Keller, Berichterstatter: Die Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig, diesen Kredit zu genehmigen.

Angenommen. — *Adopté.*

F. Arbeitslager. — Camps de travail.

Bundesrat **Obrecht:** Da wir unter I nur Kredite für die Subventionierung kantonaler Arbeitsbeschaffungsobjekte vorsehen, müssen wir für die Durchführung von Arbeitslagern sowie für die Arbeitsbeschaffung für freie Berufe einen besonderen Kredit in Aussicht nehmen. Wir schlagen dafür 8 Millionen vor; 2 Millionen davon haben Sie schon in den Uebergangskrediten bewilligt; es sind also in der Hauptvorlage noch 6 Millionen zu bewilligen.

Wir unternehmen viel mehr für die Behebung von Notlagen bei freien Berufen, als welche hier kaufmännische, technische, wissenschaftliche und künstlerische Berufe aufgeführt sind, als man in der Oeffentlichkeit weiss. Wir haben in den beiden Jahren 1937 und 1938 für notleidende Arbeitslose dieser freien Berufe von Bundes wegen 3 565 000 Franken ausgegeben. Das sind 51 % des Gesamtaufwandes von 7 Millionen Franken für Ueberwasserhaltung von notleidenden Leuten freier Berufe.

Gerade in diesem Jahre haben wir die Zahl der Arbeitslager vermehrt. Wir können die Notstandsarbeiten nicht so sehr vermehren, dass jeder Arbeitslose dort Beschäftigung findet, sonst müssten wir die Kredite verdoppeln. Wir möchten aber trotzdem arbeitswilligen Leuten, die an Notstandsarbeiten nicht unterkommen, eine Arbeitsgelegenheit bieten, indem wir für die verschiedenen Altersstufen Arbeitslager organisieren. Man hat zuerst für Jugendliche, später für ältere Arbeitslose Arbeitslager eingeführt. Es sollten Arbeitslager für Leute aller Altersstufen vorhanden sein. Dazu brauchen wir für die drei Jahre noch die 6 Millionen Franken, für deren Bewilligung ich Sie bitte.

Angenommen. — *Adopté.*

Präsident: Ziffer III können wir jetzt nicht erledigen, weil Herr Bundespräsident Etter im

Nationalrat in Anspruch genommen ist. Ich bitte Sie, heute abend noch V „Besondere Massnahmen für Industrie, Gewerbe und Fremdenverkehr" zu erledigen. Um Herrn Bundesrat Pilet nicht noch einmal rufen zu müssen, beginnen wir mit Lit. C „Förderung des Fremdenverkehrs".

M. **Pilet-Golaz,** conseiller fédéral: Je tiens à bien préciser que le crédit sollicité d'emblée était de 4 millions. Depuis, on l'a porté à 6 millions. Les premiers calculs faits s'étendaient donc sur une somme un peu moins élevée, et je vous dirai ce que nous ferons du solde maintenant envisagé, si vous confirmez la décision du Conseil national.

Nous exerçons en faveur du tourisme une propagande permanente. Elle est accomplie par deux organes essentiels: les Chemins de fer fédéraux, avec leur service de publicité et les agences à l'étranger, d'une part, l'Office suisse du tourisme, organe exécutif de l'Association nationale pour le développement du tourisme, à Zurich, d'autre part.

Nous aurons l'occasion bientôt — j'espère encore au cours de cette session, sans en être tout à fait certain — de discuter la réorganisation de cette propagande touristique permanente et la concentration des efforts. M. le Président de la commission est précisément celui qui a présenté le rapport sur l'actuel projet d'arrêté. Mais, indépendamment de cette propagande constante, permanente, suivie, il arrive très fréquemment que nous soyons obligés de faire une propagande extraordinaire et d'engager des sommes qui dépassent les limites des budgets qui nous sont fixés. Je vais vous en donner quelques exemples.

Le premier est le plus caractéristique; c'est celui des expositions. Je serais bien mal placé, en 1939, à deux mois de l'ouverture de notre Exposition nationale et à côté du président du grand comité d'organisation, pour me permettre des observations critiques sur la fréquence des expositions. Je me borne à constater qu'à chaque instant il surgit des expositions nationales ou internationales, auxquelles la Suisse doit participer et, notamment pour son tourisme; cela exige des dépenses considérables si on veut faire les choses convenablement. Il est tout à fait inutile d'aller à New-York, par exemple, et de se mesurer aux grandes puissances, France, Allemagne, Italie, si nous ne pouvons y consacrer que 20, 30 ou 40 000 frs seulement; cela donnerait une fâcheuse impression de ce que nous pouvons faire, chez nous, pour l'étranger. Il faut y engager des sommes sensiblement plus considérables; c'est le motif pour lequel nous avons demandé d'avoir à disposition des crédits spéciaux pour les prochaines années. Les prochaines années, c'est déjà 1939. Vous avez, en décembre dernier, accordé un premier crédit de 70 millions, acompte sur les crédits généraux du programme. Nous avons immédiatement prélevé sur le million mis à notre disposition de quoi assurer la représentation digne de la Suisse et de son tourisme à l'Exposition internationale de New-York. Nous en aurons d'autres. J'ai déjà fait allusion à l'Exposition internationale de Rome en 1942, Rome qui est à nos portes, Rome, centre de tourisme incomparable, Rome, ville éternelle où les étrangers, notamment les Américains, se rendent volontiers. Nous ne pouvons pas ne pas y être représentés avec une puissance de propagande suffisante en 1942. Là aussi, il faudra de l'argent, des centaines de milliers de francs.

Indépendamment de cette première occasion de dépenses, nous avons maintenant la nécessité urgente de développer notre propagande par films. Nous avons déjà des petits films de propagande. Vous en avez sans doute vu. Ils ne sont pas mauvais, mais nous devons faire beaucoup mieux et suivre le progrès constaté partout dans le domaine de la propagande cinématographique. Pour pouvoir établir de véritables films, qui servent à toutes nos agences à l'étranger, il faut les crédits nécessaires.

Nous avons une troisième raison de vous demander des crédits spéciaux. Nous avons l'intention de poursuivre une collaboration engagée depuis un ou deux ans déjà avec nos consultats à l'étranger, pour qu'ils viennent non pas doubler nos agences de tourisme, mais les compléter. Nous avons d'innombrables consulats, un peu partout. Nous ne pouvons pas avoir partout des agences, parce que cela coûte très cher. Beaucoup de nos consuls s'intéressant particulièrement à la question touristique, sont disposés à s'employer pour faire connaître la Suisse touristique au milieu des populations où ils nous représentent. Mais il faut qu'ils soient organisés, qu'ils aient le matériel nécessaire: cartes, brochures, films, clichés. Vous représentez-vous la somme que cela fait, lorsqu'il s'agit de 40, 50, de 60 consulats, notamment dans les pays d'outre-mer, où tout est assez cher?

C'est là une des actions nécessaires que nous voulons développer si vous nous accordez les crédits demandés.

Enfin, dans les circonstances assez changeantes — pour employer ce mot — que nous traversons depuis quelques années, nous sommes placés parfois dans l'obligation de modifier notre programme de propagande, de ne pas trop compter sur l'afflux d'étrangers venus de certains pays et de tenter de compenser ce déchet par une plus grande affluence de touristes venant d'ailleurs. Il faut alors intensifier la propagande dans ces pays — je pense notamment aux pays anglo-saxons, aux pays scandinaves — et engager des sommes considérables pour agir par la voie de la presse. Telle est la dernière raison pour laquelle nous vous demandons ces crédits.

Nous avions demandé 4 millions. Puisqu'on nous en donne 6, j'ai l'intention de mettre en réserve les 2 millions de plus à destination de la période suivante, de façon que nous soyons financièrement armés pour poursuivre nos efforts.

Telles sont les explications que je désirais vous présenter.

Ackermann: Ich möchte bei lit. *c*, eine Frage stellen, die auch auf lit. *a* Bezug hat. Als Beiträge zur Exportförderung, an Treuhandinstitutionen des Gewerbes und Förderung des Fremdenverkehrs sind 32 000 000 Fr. eingesetzt; abzüglich der 5 Millionen bereits beanspruchter Uebergangskredite erscheint mir das als etwas zu niedrig bemessen. Es ist nicht nötig, die Bedeutung des Exportes und des Fremdenverkehrs näher zu be-

leuchten, nachdem sich die Erkenntnis über deren Lebenswichtigkeit allmählich durchsetzt. Der Uebergangskredit von 5 Millionen ist aber bereits verbraucht und ich fürchte daher, dass sowohl die Förderung des Fremdenverkehrs als auch die Exportförderung während der Dauer der Wirksamkeit dieses Programmes auf ungenügenden Unterstützungsmöglichkeiten basieren müssen. Wäre es nicht angebracht, den vorgesehenen Abzug der 5 Millionen des Uebergangskredites wieder zu streichen und in dieser Position die ungekürzte Summe von 32 Millionen aufrecht zu erhalten? Der bereits verbrauchte Uebergangskredit von 5 Millionen könnte ja als Nachtragskreditbegehren eingereicht und dann der laufenden Rechnung belastet werden.

Präsident: Herr Ständerat Ackermann stellt keinen Antrag, sondern nur eine Anfrage, die dann unter Ziffer V beantwortet werden kann.

Angenommen. — *Adopté.*

IV. a) Bodenverbesserungen:

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

IV. a) Améliorations foncières:

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Bundesrat **Obrecht:** Ich habe es übernommen, Sie über die ganze Rubrik IV (Bodenverbesserungen, Wasserbau, Forstwirtschaft) zu orientieren. Ich kann in der Hauptsache auf die Botschaft verweisen. Sie hat für diese Zwecke 20 Millionen Fr. vorgesehen. Dabei bestand die Meinung, dass davon 1½ Millionen für die Pragelstrasse reserviert werden sollen. Darnach bleiben für die übrigen Bodenverbesserungen, Wasserbauten und forstwirtschaftliche Arbeiten noch 18,5 Millionen übrig. Davon sind 3 Millionen bereits durch die Uebergangskredite bewilligt, und es bleiben noch 15,5 Millionen zu beschliessen. Ich will hier nicht unerwähnt lassen, dass wir vor der nationalrätlichen Kommission den Versuch gemacht haben, hier den Gesamtbetrag von ursprünglich 20 Millionen auf 15 Millionen herabzusetzen, und zwar nachdem aus verschiedenen Teilen des Landes das Gefühl zum Ausdruck gebracht worden war, dass wir mit unseren ursprünglichen 400 Millionen doch etwas dick aufgetragen hätten. Der Versuch, hier Abstriche zu machen, wurde aber im Nationalrat vereitelt, und es blieb bei der ursprünglichen Summe. Das wurde damit begründet, man müsse der Landbevölkerung, insbesondere der Gebirgsbevölkerung, auch etwas bieten, wenn man für Arbeitsbeschaffung so viel vorkehre und für die Landesverteidigung keine Grenzen kenne. Das war auch der Gedanke, der uns veranlasst hat, die Rubrik IV vorzusehen. Es ist unbestreitbar, dass die Gelder für Arbeitsbeschaffung zu einem übermässig grossen Teil in die Städte wandern; denn dort befindet sich die grosse Zahl der Arbeitslosen. In den Städten müssen wir bauen, damit die Leute Arbeit finden; auf dem Lande unternimmt man in dieser Richtung weniger. Es wäre als Unbilligkeit empfunden worden, wenn man für die städtische Bevölkerung auf large Weise Kredite anbegehrt und bewilligt hätte, ohne auch der Landwirtschaft, insbesondere der Gebirgsbevölkerung zu gedenken. Für Bodenverbesserungsprojekte hatten wir im Jahre 1929 einen ordentlichen Kredit von 9,2 Millionen Fr.; er ist in der Periode der Sparmassnahmen sukzessive auf 2,6 Millionen herabgesetzt worden. Es war etwas rabiat, und es ist klar, dass wir die allergrösste Mühe hatten, vorhandenen Bodenverbesserungs-Subventionsgesuchen noch gerecht zu werden. In der Botschaft ist ausgeführt, dass wir recht bald in einen starken Rückstand kämen. Es ist dort dargelegt, dass 200 Subventionsgesuche mit einer Gesamtkostensumme von über 25 Millionen Franken vorliegen. Um diese Rückstände beheben zu können, haben wir auch Veranlassung genommen, hier um einen ausserordentlichen Kredit nachzusuchen. Wir verfolgen damit den Zweck, geeignete Bodenverbesserungsprojekte, welche Arbeitslosen zu Beschäftigung verhelfen, wie irgendwelche andere Arbeitsbeschaffungsprojekte zu behandeln. Das Geld dafür soll aus diesen Krediten für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschöpft werden. Dagegen sollen normale, ordentliche Bodenverbesserungen, die eigentlich der Bodenverbesserung und nicht der Arbeitsbeschaffung wegen subventioniert werden, aus den ordentlichen budgetmässigen Krediten unterstützt werden. Das soll so oder anders durch die Sektion für Bodenverbesserung geschehen. Ich bin mit dem System abgefahren, dass man diese Bodenverbesserungen zuerst der Sektion für Bodenverbesserung einbrachte, die einen Kredit bewilligte und dann die Sache an die eidgenössische Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung weiterleitete, welche darauf ihrerseits einen Supplementskredit gewährte. Zuerst haben sich vielfach die beiden Verwaltungen gestritten, ob der Fall so oder anders erledigt werden müsse. Das gibt doppelte administrative Arbeit. Es muss das Prinzip durchgesetzt werden, dass solche Gesuche in der Bundesverwaltung nur von einer Stelle behandelt werden. Es kommt natürlich auch vor, dass die Sache ins Forstwesen oder in den Wasserbau einschlägt. Dann ist die Prüfung auch der Fachinstanz selbstverständlich unbenommen. Aber es sollen nicht zwei Subventionsstellen geduldet werden. Mit dem sind wir abgefahren. Es wird jetzt jedes Geschäft nur von einer Subventionsstelle behandelt. Mit 9 Millionen Franken, die hier vorgesehen sind, wird es nun möglich sein, die Rückstände bei den Bodenverbesserungsobjekten zu beheben.

Was den Wasserbau anbetrifft, so hat man uns auch gemeldet — es ist dies in der Botschaft ausführlich dargelegt —, dass verschiedene dringlich gewordene Wildbachverbauungen einfach nicht haben an die Hand genommen werden können, weil es nicht möglich war, aus dem ordentlichen Budgetkredit die Subvention zu gewähren. Das ist nun eine sehr verhängnisvolle Sache. Die Wildbäche bleiben nicht still. Wenn ein Wildbach anfängt zu fressen, und zu überborden, dann richtet er wachsenden Schaden an, und mit jedem Jahre, wo man weiter zuwartet, erhöhen sich dann die Kosten für die Instandstellungsarbeiten. Das ist

also eine sehr problematische Sparmassnahme. Darum sollten für rückständige Wasserbaukorrektionen ebenfalls 5 Millionen Fr. bewilligt werden.

Was die Forstwirtschaft anbetrifft, so handelt es sich hier zum Teil um die Anlage von Seilbahnen, damit Gebirgswaldungen rationeller ausgebeutet werden können. Das ist das eine Ziel. Das andere betrifft rückständige Arbeiten in der Instandhaltung von Aufforstungen. Man meldet uns, dass viele Aufforstungen nicht mehr richtig unterhalten werden. Es sterben einzelne Pflanzen ab, die sollten wieder angebaut werden. Auch die Entwässerung lässt vielfach zu wünschen übrig. Damit solche Sachen behoben werden können — das gibt Arbeit und die Aufforstungen werden wieder auf die Höhe gebracht — haben wir zugestimmt, dass hier ein Kredit von 4,5 Millionen Franken nachgesucht wird.

Das gibt im ganzen noch 18,5 Millionen; dabei sind die 1,5 Millionen Fr. für die Pragelstrasse nicht mehr eingerechnet, weil der notwendige Kredit durch einen besondern Bundesbeschluss bewilligt werden soll. Die Vorlage ist vom Bundesrat verabschiedet und wird in der Junisession von den eidgenössischen Räten behandelt werden können.

Von diesen 18,5 Millionen sind bereits 3 Millionen bewilligt worden; in Frage stehen noch 15,5 Millionen. Ich persönlich habe die Ueberzeugung, dass wir mit diesen 15,5 Millionen Franken in den Gebirgsgegenden ungemein viel Gutes ermöglichen können. Es wird damit vorgesorgt, dass unsere Gebirgsbevölkerung nicht den Eindruck hat, dass man an sie bei dieser grossen Arbeitsbeschaffungsvorlage nicht gedacht hat.

Angenommen. — *Adopté.*

V. Besondere Massnahmen für Industrie, Gewerbe und Fremdenverkehr:

Antrag der Kommission.

Buchstaben *a*, *b*.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

V. Mesures spéciales en faveur de l'industrie, de l'artisanat et du tourisme:

Proposition de la commission.

Lettres a, b.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Bundesrat **Obrecht:** Ich will beginnen mit Lit. *b* (Beitrag an die Treuhandinstitutionen des Gewerbes). Wir haben im Gewerbestand sehr viele bedrohte Existenzen, und es hat sich die Notwendigkeit erwiesen, Treuhandgenossenschaften ins Leben zu rufen, welche solchen finanziell prekären Gewerbetreibenden an die Hand gehen, einmal als Berater (vielfach fehlt es ja an einer richtigen Buchhaltung; wenn dem so ist, so wird die Treuhandstelle dem betreffenden Gewerbemann die Buchhaltung richtig einrichten), sodann muss vielfach einem solchen Geschäftsinhaber finanziell geholfen werden durch einen Vorschuss oder durch eine Bürgschaft.

Es sind nun eine Reihe solcher gewerblicher Treuhandgenossenschaften gegründet worden, die wir dann in einer schweizerischen Vereinigung zusammengefasst haben, die gewissermassen die Holding-Gesellschaft für diese regionalen gewerblichen Treuhandgenossenschaften darstellt. Wir haben bisher aus dem Kredit von 30 resp. 35 Millionen jedes Jahr dieser schweizerischen Genossenschaft, welche die regionalen Treugandgenossenschaften in sich vereinigt, je 1 Million zur Verfügung gestellt. Es dürften heute noch 700 000 Fr. vorhanden sein; aber das ist nominell eine Reserve. Sie ist nicht unbelastet. Es stehen ihr in gewissem Masse Bürgschaften gegenüber, also Risiken. Es wird notwendig sein, dass man diesen Treuhandinstitutionen noch einmal mit einer Bundesleistung unter die Arme greift. Wir sehen noch einmal eine Million vor. Damit soll es dann sein Bewenden haben. Wir haben uns natürlich im Verwaltungsrate der schweizerischen gewerblichen Treuhandgenossenschaft vertreten lassen, und es muss dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit Rechnung abgelegt werden. Wir führen darüber eine ganz eingehende Kontrolle. Es handelt sich gewissermassen um eine Parallelorganisation zur Hoteltreuhandgesellschaft auf der einen Seite und zur Bauernhilfskasse auf der andern Seite. Die Treuhandgenossenschaften sind das Analoge im Gebiete des Gewerbes.

Dann die Exportförderung: Hier haben wir vom Bundesrat aus nur 20 Millionen vorgesehen. Der Nationalrat ist bereits auf 25 Millionen gegangen, im Gefühl, dem Herr Ständerat Ackermann bereits Ausdruck gegeben hat, wir hätten in der Ansetzung des Kredites für die Exportindustrie etwas kurz gemessen. Diese Exportförderung ist ein sehr komplexes Gebiet. Warum sind wir ursprünglich im Bundesrat auf 20 Millionen Fr. gekommen? Wir haben die Exportförderung vom Jahre 1933 hinweg bis zum Jahre 1937 getrieben. Immer waren wir bereit, wo man uns gerufen hat, den Export zu fördern, dem Export zu dienen, und zwar namentlich durch Gewährung von Bundeszuschüssen, wo es nicht anders ging. Wir haben in diesen 5 Jahren, von 1933—1937, einen Bundesaufwand von annähernd 20 Millionen Fr. total erhalten. Da haben wir uns einfach die folgende Ueberlegung gemacht: wenn wir in der Vergangenheit während 5 Jahren mit 20 Millionen ausgekommen sind, dann dürfte es in der Zukunft für 3 Jahre mit 20 Millionen auch gehen. Das ist eine etwas rohe Schätzung; aber ich möchte noch folgendes beifügen: Die Exportrisikogarantie spielt hier nicht hinein, das ist eine Sache für sich. Sie werden nächste Woche ein Gesetz über die Exportrisikogarantie zu behandeln haben, auch im Ständerat, wie ich hoffe. Dort wird in einem Budgetposten Jahr für Jahr eine Summe zurückgelegt in einen Fonds, der das Gegenstück bildet für die Garantien, die der Bund eingeht. Das spielt also für sich, und die 20 Millionen resp. die 25 Millionen werden hier nicht in Betracht gezogen.

Diese neue Summe könnte man verwenden nach der alten Methode der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Wir rücken aber immer mehr von dieser produktiven Arbeitslosenfürsorge ab; denn sie hat gewisse Nachteile, wie die Praxis gezeigt hat. Einmal war sie so aufgezogen, dass die Kantone sich daran beteiligen mussten, und die Kantone sind dann zum Teil übergegangen zur Mitinanspruchnahme der Gemeinden. Solche Geschäfts-

fälle, wenn man sich um einen Auftrag im Ausland bewirbt, müssen in kurzer Zeit erledigt werden können. Wenn man dann aber warten muss, bis die Gemeinde, in der sich die Fabrik befindet, an ihrer Gemeindeversammlung zugestimmt hat, was übrigens für den Arbeitgeber nicht gerade eine angenehme Situation sein dürfte, dann kommt man vielfach zu spät. Die Sache hat noch einen andern Nachteil. Produktive Arbeitslosenfürsorge hat in weitgehendem Masse Diskretion verlangt. Aber das hört natürlich auf, wenn sie mit solchen Geschichten vor die Gemeindeversammlung gehen müssen. Wir möchten also von der Inanspruchnahme der Kantone absehen und haben heute die Absicht, eher dazu zu kommen, dass die einzelnen Exportgruppen sich für den Export besser organisieren, dass sie sich zusammenschliessen und sich verständigen, damit sie sich im Ausland mit den Preisen nicht verhauen und selbst gewisse Mittel bereitstellen, um sich für den Export zu stärken. Der Bund gibt nun noch einen Beitrag generell dazu. Wir wollen nicht mehr einen Beitrag à fonds perdu an die einzelnen Auftragssummen leisten, sondern eine finanzielle Beitragssteuer an die Kräftigung der einzelnen Exportgruppen. Da arbeiten wir Hand in Hand mit dem Vorort des Schweiz. Handels- und Industrievereins. Ich habe die Ueberzeugung, dass diese Art von Exportförderung bessere Früchte tragen wird. Aber da es ein vollständig neuer Weg ist, hält es ausserordentlich schwer, heute zu berechnen, was wir dafür im Verlaufe von 3 Jahren aufwenden müssen. Aber ich habe in der ständerätlichen Kommission gesagt, und sage es auch hier: wenn sich die neue Art von Exportförderung wirklich flott bewähren sollte und wenn wir sehen, dass wir damit die Exportindustrie noch besser auf die Höhe bringen, die Zahl der Arbeitslosen noch mehr reduzieren können, dass wir einen Teil der Arbeiter, die von der Industrie in das Baugewerbe abgewandert sind, dort wieder zurückholen können, weil wir mehr Beschäftigung in der Industrie haben, dann wird der Ständerat später, wie auch der Nationalrat, zu haben sein, einen Ergänzungskredit zu bewilligen, wenn Not an Mann kommen sollte.

So bitte ich Sie, die Sache aufzufassen, und dann werden Sie verstehen, dass wir uns mit diesen 25 Millionen begnügen wollen, die nun der Nationalrat bewilligt hat. Es wäre wirklich auch mit 20 Millionen gegangen; aber die 25 Millionen sind etwas vorsichtiger berechnet.

Ich möchte Ihre Geduld noch einen Moment in Anspruch nehmen, um Ihnen zu zeigen, wie unsere Exportlage sich im Jahre 1938 gegenüber 1937 entwickelt hat; denn 1937 hatten wir einen starken Auftrieb. Das war zurückzuführen auf das Zusammenspiel der Vorteile der Abwertung mit einer gewissen bessern Weltkonjunktur. Das war so im Jahre 1937, und dem ist es zuzuschreiben, dass unsere Exportsumme von rund 800 Millionen Franken auf 1200 Millionen Franken gestiegen ist, also fast um 50 %. Schwieriger wurde die Sache 1938. Da hat eine rückläufige Bewegung in der Weltkonjunktur eingesetzt, und es ist eine erfreuliche Feststellung, dass es uns trotz dieses Rückfalles des Weltmarktes in eine gewisse Krise gelungen ist, den schweizerischen Export auf der Höhe zu erhalten. Ja, wir haben sogar ein gewisses Plus zu verzeichnen. Ich habe hier die Zahlen, die das Sekretariat des Völkerbundes zusammengestellt hat. Da sind die Exportzahlen alle auf Golddollar umgerechnet, wie das natürlich in einem solchen Falle geschehen muss; sie müssen natürlich alles auf die gleiche Währung umrechnen.

Da ist nun in der Schweiz der Export von 1937 auf 1938 gestiegen von 174 Millionen Golddollar auf 178 Millionen Golddollar. Das ist kein überwältigender Aufstieg, aber es sind doch 4 Millionen Golddollar mehr. In Deutschland und Oesterreich zusammengerechnet betrug diese Ausfuhr im Jahre 1937 1543 Millionen Golddollar und im Jahre 1938 1346; das ist ein starker Rückschlag. In Frankreich geht der Rückschlag von 565 Millionen auf 517 Millionen Golddollar, und wenn wir in Frankreich den Ausfuhrwert von 1938 in Vergleich setzen zum Jahre 1932, so ergibt sich folgende interessante Feststellung: dass Frankreich im Jahre 1932 noch einen Ausfuhrwert von 774 Millionen Golddollar hatte und im Jahre 1938 noch 517 Millionen. Das ist ein Ausfall um 257 Millionen Golddollar. Grossbritannien hat einen Rückgang von 1524 auf 1360 Millionen Golddollar gehabt, Holland einen solchen von 373 auf 337 Millionen, Belgien-Luxemburg einen solchen von 509 auf 431 Millionen, Italien einen Rückgang von 324 Millionen auf 323 Millionen, also nur um eine Million Rückschlag, aber doch ein Minus, und die Vereinigten Staaten einen solchen von 1948 auf 1807 Millionen, einen Rückschag von einem Jahr auf das andere um 141 Millionen Golddollar.

Sie sehen jedenfalls, dass wir nicht so ungeschickt operiert haben mit unserer Handelspolitik und Exportförderung, wie man gelegentlich liest. Wenn wir das einzige Land sind, das im Jahre 1938 noch einen Auftrieb fertiggebracht hat gegenüber 1937, so ist das ein besseres Zeugnis, als wenn irgendein Mann der Presse, ohne die Sache gründlich zu studieren, etwas in die Welt hinaussetzt. Das nehmen wir ja lange nicht mehr so tragisch. Ich hoffe, dass unsere Aussenwirtschaft, speziell unser Export, auf ihrer Höhe erhalten werden kann. Damit wäre ich nicht einmal zufrieden; unser Bestreben geht natürlich dahin, die Ausfuhr noch weiter ansteigen zu sehen. Aber einfacher und leichter werden die Verhältnisse nicht; die Schwierigkeiten wachsen, und wir sind in unserer Handelsabteilung ausserordentlich überlastet mit den alltäglichen Aufgaben. Es vergeht ja bald keine Woche, wo nicht irgendwo wieder ein Land verschwindet, aufgeht in einem grossen Reich, und wir uns infolgedessen mit unsern Handelsverträgen anpassen müssen. Das gibt alles grosse Komplikationen. Bis die Angliederung Oesterreichs an Deutschland handelsrechtlich, handelspolitisch, vertragsmässig wieder in Ordnung gebracht war, hat es sehr viel Zeit und Geduld gebraucht, und es klappt jetzt noch nicht ganz. Aber das gehört zu unsern Pflichten, und es freut uns, wenn wir die Pflichten erfüllen können mit einem befriedigenden Resultat.

Angenommen. — *Adopté.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	05
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	22.03.1939
Seite Page Pagina	178-188
Ref. No	20 032 786

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 23. März 1939.
Séance du 23 mars 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 178 hiervor. — Voir page 178 ci-devant.

III. Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz.

Antrag der Kommission.

a. Streichen.

b. Ausbau der Oberalpstrasse, Oberalpbahn:
Lukmanier- und Klausenstrasse Fr. 15 000 000

Neuer Antrag des Bundesrats.

a. Bau einer Strasse von Linthal ins Voderrheintal über den Kistenpass . . . . . Fr. 20 000 000

b. Ausbau der Oberalpstrasse, Oberalpbahn, Lukmanier- und Klausenstrasse.

Antrag Lardelli.

a. Strassenverbindung Glarus-Vorderrheintal oder Bahnverbindung Disentis-Reusstal.
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

III. Mesures destinées à assurer les communications avec la Suisse orientale.

Proposition de la commission.

a. Biffer.

b. Aménagement de la route et de la ligne de l'Oberalp, ainsi que des routes du Lukmanier et du Klausen . . . . . Fr. 15 000 000

Nouvelle proposition du Conseil fédéral.

a. Construction d'une route conduisant de Linthal dans la vallée supérieure du Rhin par le col du Kisten . . . . . Fr. 20 000 000

b. Aménagement de la route et de la ligne de l'Oberalp, ainsi que des routes du Lukmanier et du Klausen.

Proposition Lardelli.

a. Route reliant le canton de Glaris et la vallée supérieure du Rhin ou ligne reliant Disentis et la vallée de la Reuss.
Adhésion à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Wir kommen zur Kreditgruppe B III, Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz, über die Herr Bundesrat Etter auf Grund der Verhandlungen mit den Kantonen referieren wird. Ich gestatte mir, bloss einige einleitende Bemerkungen dazu zu machen.

Der Nationalrat hat hier einen Gesamtkredit von 35 Millionen Fr. bewilligt. Der nationalrätliche Beschluss spricht indessen nur von einer Strassenverbindung Glarus-Vorderrheintal, ohne sich für eine der in Frage stehenden Pässe — Kisten, Panixer oder Segnes — zu entscheiden. Nach Art. 4 des Programm-Bundesbeschlusses müssen über die Art der Verwendung der Kredite sub Ziff. III der Bundesversammlung vorgängig der Inangriffnahme der Ausführungsarbeiten besondere Anträge zur Genehmigung eingereicht werden. So war der Beschluss des Nationalrates zu verstehen.

Als der Nationalrat diesen Bundesbeschluss fasste, war vom Projekt meines verehrten Schulkameraden Ingenieur Hans Studer, eines sehr tüchtigen Mannes, noch nicht die Rede. Dieser suchte bekanntlich in selbstloser patriotischer Arbeit die Verbindung von Graubünden nach der Innerschweiz aus der Gegend von Disentis imRheintal durch einen Tunnel unter dem Düssistock nach dem Maderanertal und Amsteg.

Das Offenlassen der Routen durch den Nationalrat hat den Nachteil, dass danach auch eine Bundessubventionierung eines Panixer- oder Segnespasses nicht ausgeschlossen ist, die uns von allen zuständigen militärischen Sachverständigen als militärisch unbrauchbar oder doch minderwertig bezeichnet worden sind.

Nachdem aber die Graubündner Regierung den vom Bundesrat als militärisch allein brauchbar bezeichneten Kistenpass mit Entschiedenheit und Nachdruck ablehnt, ist Ihre Kommission, trotz aller Sympathie für eine neue Strassenverbindung Graubünden-Innerschweiz dazu gelangt, mit einer Mehrheit von 7 gegen 3 Stimmen den für den Kistenpass vorgesehenen Kredit von rund 20 Millionen Fr. vorläufig aus dieser Vorlage zu streichen und zurückzustellen, bis die Verhältnisse besser abgeklärt sind.

Ich habe nie angenommen, dass die Herren, die sich für die Streichung ausgesprochen haben, ihre Stellungnahme als eine endgültige betrachten. Sie sind ja auch heute, nach der neuen Stellungnahme des Bundesrates, wieder frei, zu entscheiden, wie es ihr Gewissen ihnen gebietet. Aber die Mehrheit von Lugano, wenn ich sie so nennen darf, hat sich gesagt: Wir wollen und können den Kistenpass unsern lieben Bündnern doch nicht aufzwingen. Und von der Erstellung eines Segnes- oder Panixerpasses neben dem Kistenpass, die als Möglichkeit in der Zeitung angedeutet worden ist, kann doch im Ernste keine Rede sein. Das sage ich mit der grössten Entschiedenheit. Wenn solche Projekte kommen, würden wir dann auch Juraprojekte anmelden.

Die Mehrheit hielt dafür, eine solche Rückstellung der Frage durch Streichung der 20 Millionen Fr. nach dem Beschluss der Mehrheit von Lugano sei der Offenlassung der Routenfrage vorzuziehen, weil diese Offenlassung, wie gesagt, die Möglichkeit der Subventionierung eines ungeeigneten Passes, des Segnes- oder Panixerpasses, in sich schliesst, trotzdem zur Zeit der Bundesrat erklärt, für den

militärisch minderwertigen Segnes- oder Panixerpass keinen Rappen Bundesgeld ausgeben zu wollen. Der Bundesrat hält also an seinem Antrag fest, die Tracéfrage hier im Bundesbeschluss gleich zu lösen, und zwar zugunsten des Kisten. Der Bundesrat hat gestern seinen neuen Antrag austeilen lassen, der 20 Millionen Fr. vorsieht für den Bau einer Strasse vom Linthal ins Vorderrheintal über den Kistenpass. Persönlich empfehle ich heute noch — mir war es ernst mit der Streichung — den Beschluss der Mehrheit der Kommission von Lugano zur Annahme.

Es hat nicht die Meinung, dass damit eine neue Strassenverbindung von Graubünden nach Glarus endgültig abgelehnt sein soll. Aber wir wollen erstens keine als militärisch unbrauchbar erklärten Pässe subventionieren und zweitens dem Kanton Graubünden auch nicht den militärisch von unseren zuständigen Stellen als einzig brauchbar bezeichneten Kistenpass förmlich aufzwingen. Das bedeutet keinerlei Uebelwollen gegen den Kanton Graubünden. Es ist kein Strafexerzieren, es ist die natürliche Folge aus der verworrenen Lage und aus der Haltung des Kantons Graubünden. Die Kommissionsmehrheit, die wegen dieser Unabgeklärtheit der Verhältnisse davon absehen will, dem Kanton Graubünden zur Zeit den Kistenpass förmlich aufzuzwingen, ist in guter Gesellschaft. Ein angesehener Bündner Genieoberst, Hans Luzi von Gugelberg in Maienfeld, schreibt in einer Eingabe an die Mitglieder der Kommission u. a. folgendes:

„So wie sich die militärpolitische Lage entwickelt hat, darf als feststehend angesehen werden, dass bei der Aufstellung von Operationsplänen fremder Generalstäbe Festungen zuungunsten, neue Strassen dagegen fördernd auf eine Durchmarschabsicht wirken. Diese Auffassung ist unbedingt zutreffend und führt dazu, dass die Strasse nach Glarus nicht in Frage kommen kann. Da aber eine weitere Verbindung mit der Innerschweiz unter gewissen Voraussetzungen notwendig ist, muss dieselbe in der Richtung nach dem Reusstal gesucht werden. In erster Linie aber ist es dringend notwendig, die vorhandenen Mittel zum Ausbau der Befestigungsanlagen bei Sargans und im St. Galler Rheintal zu verwenden. Diese Arbeiten tragen auch in weitgehendem Masse zur Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei."

Ich füge bei, dass mir bekannt ist, dass Oberst von Gugelberg mit seiner Ansicht in militärischen Kreisen nicht allein steht. Ich selbst behalte mir mein Urteil über diese Ansichtsäusserungen selbstverständlich vor, ich mache sie nicht etwa zu der meinigen, aber hielt darauf, sie als Graubündner Meinungen hier festzulegen.

Angesichts der Erklärung des Kantons Graubünden, dass er den neuen Kistenpass als volkswirtschaftlich schädlich ablehne, muss man sich fragen, warum denn der Panixer- oder Segnespass volkswirtschaftlich weniger schädlich sein soll? Beide Pässe führen an Chur vorbei in den Kanton Glarus: der Panixer nach Elm, der Segnes nach Linth, gleich wie der Kisten. Was den Segnes besonders betrifft, liegt volkswirtschaftlich doch kein so grosser Unterschied darin, ob ein von Linthal ausgehender Pass in Flims oder Tavanasa ausmündet.

Mit diesen wenigen Worten empfehle ich den Antrag der Mehrheit von Lugano zur Annahme.

Bundespräsident **Etter:** Ich glaube, es wäre doch richtiger, wenn im Anschluss an das, was der Herr Präsident der Kommission ausgeführt hat, der Vertreter des Bundesrates gleich Gelegenheit hätte, den Antrag des Bundesrates zu begründen. Wenn Sie damit einverstanden wären, würde ich gleich das Wort ergreifen.

Präsident: Herr Bundespräsident Etter hat das Wort.

Bundespräsident **Etter:** Es stehen sich drei Anträge gegenüber: der Antrag der Kommission, der dahin geht, die 20 Millionen Fr. für den Uebergang von Glarus nach Graubünden zu streichen; der Antrag von Herrn Ständerat Lardelli, der die Frage, was für die bessere Verbindung nach Graubünden geschehen soll: Bau einer neuen Strasse oder Bau einer Bahnverbindung offen lassen will; sodann der Antrag des Bundesrates, der diese Frage nicht weiter verschieben, sondern gleich in den eidgenössischen Räten zur Entscheidung bringen will. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen und sehe mich veranlasst, für die Begründung dieses Antrages etwas weiter auszuholen.

Es ist Ihnen bekannt, dass durch Bundesbeschluss vom 4. April 1935 dem Bundesrat für den Ausbau der Alpenstrassen ein Gesamtkredit von 84 Millionen Fr. zur Verfügung gestellt worden ist, aufgeteilt in jährliche Kredite von je 7 Millionen Fr. Dieser Gesamtkredit von 84 Millionen Fr. wurde im Zusammenhang mit dem Finanzprogramm II um 3 Millionen gekürzt, so dass uns insgesamt für den Ausbau und Neubau von Alpenstrassen noch 81 Millionen Fr. zur Verfügung stehen. Von diesen 81 Millionen haben wir durch das I. Ausbauprogramm über 53 Millionen verfügt, so dass noch 28 Millionen für ein II. Programm zur Verfügung stehen. Aber diese 28 Millionen sind auch schon angerissen durch verschiedene Subventionszusicherungen für den Ausbau von Strassenstrecken, die im Rahmen des Programms liegen, über das der Bundesrat schon Beschluss gefasst hat, Strassenstrecken, die damals, als der Bundesrat das Programm für die erste Ausbauetappe aufstellte, noch nicht vollständig abgeklärt waren. Es wäre uns somit nicht möglich, aus den Krediten, die uns noch für den Ausbau der Alpenstrassen normalerweise zur Verfügung stehen, wesentlichen neuen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Deshalb haben wir die Ausarbeitung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes wahrgenommen, um hier jene Ergänzungskredite einzustellen, die notwendig sind, um neue dringende Notwendigkeiten befriedigen zu können.

Welches sind nun diese neuen Notwendigkeiten? Wir müssen mit dem Kanton Graubünden neue und bessere Verbindungen schaffen, und zwar namentlich aus militärischen Gründen. Das ganze System von Strassenbauten und Strassenverbesserungen, das wir im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorschlagen, ist eingestellt auf die bessere Verbindung mit der Südostschweiz, mit Graubünden

und Tessin. All die Strassen, die wir ausbauen und verbessern wollen, auch die Klausen- und Pragelstrasse, haben Bezug auf die Herstellung besserer, zuverlässiger und unabhängiger Verbindungen mit dem Kanton Graubünden. Schon bei der Vorbereitung des I. Ausbauprogrammes hatten wir diese Frage geprüft. Wir haben sie mit der Regierung von Graubünden besprochen. Wenn die Frage des Baues besserer Verbindungen, neuer Strassen aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden damals nicht abgeklärt werden konnte, so hatte das seinen Grund namentlich auch darin, dass man damals über den Bau von Autotunnels technisch noch viel zu wenig orientiert war. Inzwischen sind diese Untersuchungen abgeschlossen worden. Wir wissen nun, wie sich die technischen Fragen in bezug auf den Bau von Autotunnels verhalten. Diese Schwierigkeiten bestehen also heute nicht mehr.

Aber wenn wir schon damals, als wir das I. Ausbauprogramm vorbereiteten, mit Graubünden die Frage einer besseren Verbindung besprachen und damals schon bei uns die Ueberzeugung bestand, es sollte nach dieser Richtung etwas geschehen, so sind seither Veränderungen an unserer Ostgrenze eingetreten, die diese Notwendigkeit noch viel dringlicher gestalten und die uns heute veranlassen, Ihnen nach dieser Richtung ganz bestimmte Anträge zu unterbreiten. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass der Kanton Graubünden mit der übrigen Schweiz eigentlich nur durch eine Strasse und durch eine Bahn verbunden ist, durch jene Verbindung, die über den Sarganserkessel führt. Die zweite Verbindung mit der übrigen Schweiz ist die Verbindung über den Oberalppass, der mindestens während eines halben Jahres nicht zur Verfügung steht, weil der Oberalppass und die Oberalpbahn, wie sie heute bestehen, nicht für den Winterbetrieb ausgebaut und eingerichtet sind. Die ganze Verbindung des Kantons Graubünden mit der Schweiz hängt heute am Sarganserkessel. Was das im Fall eines Krieges heisst, das leuchtet ohne weiteres ein. Der ganze Kessel wird befestigt und es besteht ganz selbstverständlich der Wille, ihn zu halten, solange es möglich ist, ja ihn überhaupt zu halten. Das ist ja nicht nur für die Verbindung mit dem Kanton Graubünden, sondern auch in anderer Beziehung eine ausserordentlich wichtige Frage. Aber die Verbindung mit dem Kanton Graubünden, die über den Sarganserkessel geht, ist nicht erst gefährdet in dem Augenblick, in dem die Festung Sargans fallen sollte, sondern die Verbindung mit dem Kanton Graubünden ist schon unterbrochen oder zum allermindesten gefährdet, wenn um den Sarganserkessel und um die Festung Sargans gekämpft wird, weil dann das ganze Gebiet Sargans unter Feuer genommen werden kann. Deshalb müssten wir selbst dann, wenn wir mit Sicherheit damit rechnen könnten, dass der Sarganserkessel à tout prix gehalten werden kann, mit dem Kanton Graubünden neue Verbindungen schaffen, wenn wir nicht das Land in der Zeit eines Krieges und unter der Voraussetzung eines Angriffes auf den Sarganserkessel von jeglicher Verbindung mit der Schweiz abschneiden lassen wollen. Es sind da und dort in der Presse Mitteilungen erschienen, die den zuständigen Organen des Bundes den Vorwurf machen, man habe den Eindruck, als ob bei diesen Organen die Absicht bestehe, Graubünden im Falle eines Krieges einfach preiszugeben und wesentliche Positionen zu opfern. Gerade das, was wir Ihnen vorschlagen und der Nachdruck, mit dem der Bundesrat seine Vorschläge Ihnen unterbreitet und daran festhält, beweist ja das Gegenteil dessen, was in der Presse über die zuständigen Organe der Landesverteidigung in einer für mich ganz unbegreiflichen Weise an Vorwürfen erhoben worden ist.

Um dieser Notwendigkeit besserer Verbindungen mit der Süd- und Südostschweiz Rechnung zu tragen, hat der Bundesrat die Aufnahme eines Kredites von 35 Millionen in das Arbeitsbeschaffungsprogramm beantragt. Wenn diese 35 Millionen nicht ausreichen, werden wir aus den uns für den Ausbau der Alpenstrassen zur Verfügung stehenden Krediten zulegen müssen.

Wie diese Kredite verwendet werden sollen, das war im Zeitpunkt, da wir die Botschaft vom 7. Juni 1938 erliessen, noch nicht genau in allen Einzelheiten abgeklärt. Wir hatten damals die Auffassung, dass die eidgenössischen Räte dem Bundesrat einfach die 35 Millionen zur Verfügung stellen werden für die Zwecke besserer Verbindung mit der Südostschweiz, mit Graubünden und Tessin, so dass Sie es dem Bundesrat überlassen würden, einzeln festzulegen, was geschehen soll.

So ist man vorgegangen auch für den Ausbau der Alpenstrassen. Dieses Vorgehen hätte es auch ermöglicht, in dieser Frage Beschluss zu fassen, ohne die Angelegenheit in der breiten Oeffentlichkeit behandeln zu müssen. Diese Fragen müssen beurteilt und gewürdigt werden vor allem unter dem Gesichtspunkt militärischer Interessen und Notwendigkeiten. Ich habe die Auffassung, dass es grundsätzlich nicht gut ist, wenn man derartige Fragen in der breitesten Oeffentlichkeit behandeln und breitschlagen muss. Was im Ausland auf dem Gebiet militärischer Strassenbauten geschieht, das vollzieht sich in grösster Stille und Verschwiegenheit, und kein Mensch erfährt etwas. Wir hingegen unterhalten uns, bevor wir nur an den Bau derartiger Projekte herantreten, darüber in breitester Oeffentlichkeit, in der Presse, in Volksversammlungen, in kantonalen Grossen Räten usw., und dadurch schaden wir den militärischen Interessen ganz sicher mehr als gut ist. Im Hinblick darauf, dass auch ich jetzt derartige militärische Fragen zu behandeln haben werde, möchte ich an die Presse immerhin die Bitte richten, in der Berichterstattung nach der militärischen Richtung nicht zu weit zu gehen. Ich weiss, dass die Herren der Presse von sich aus so viel Urteilsvermögen haben, um jene Fragen feststellen zu können, in denen weitere Mitteilungen für die Presse kaum als angezeigt erscheinen.

Der Nationalrat hat in dem Sinne Beschluss gefasst, dass die Frage, was gebaut werden soll an Verbindungen nach Graubünden, später von den eidgenössischen Räten bestimmt werden soll. Also liegt der Entscheid nicht mehr beim Bundesrat, sondern nach dem Beschluss des Nationalrates und nach dem Antrag Lardelli hätten doch dann schlussendlich die eidgenössischen Räte festzustellen, was geschehen soll. Nun haben wir aber im Bundesrat diese Frage inzwischen nach allen Seiten hin ab-

geklärt. Der Bundesrat ist in der Lage, heute schon klare Lösungen vorzuschlagen und bestimmte Anträge zu stellen, in der Meinung, dass die eidgenössischen Räte jetzt schon entscheiden und den Entscheid nicht wiederum ein paar Monate hinausschieben sollen. Wir möchten die Verantwortung für den weitern Zeitverlust nicht auf uns nehmen.

Im Vordergrund standen von Anfang an zwei Projekte, die beide ausgeführt werden müssen, nämlich erstens der Ausbau des Oberalppasses, in der Weise, dass er im Kriegsfalle auch den für den Winterbetrieb offen gehalten werden kann, und zweitens der Bau einer neuen Strasse vom Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden.

Ueber den Ausbau des Oberalppasses hat sich weder in der Oeffentlichkeit noch in den Räten und Ratskommissionen eine Diskussion entsponnen. Damit ist man auf der ganzen Linie einverstanden. Desto heftiger aber entfesselte sich die Diskussion um den Bau einer Strasse aus dem Glarner- nach dem Bündnerland.

Zunächst wurde diesem Projekt das Projekt eines Schmalspurtunnels aus dem Reusstal ins Vorderrheintal gegenübergestellt. Da die Regierung und der Grosse Rat von Graubünden auch heute noch dieses Projekt in den Vordergrund stellen, möchte ich mich zunächst damit befassen.

Es handelt sich um den Gedanken, aus dem Kanton Uri, aus dem Reusstal, einen Schmalspurtunnel zu bauen, der nach Sedrun oder Disentis, also ins Tavetsch führen würde, von einer gutgelegenen Station der Gotthardbahn aus, etwa von Amsteg, Gurtnellen, Göschenen aus, oder durch Erstellung eines Anschlusses in der Schöllenenschlucht selbst.

Wir haben diese Frage im Bundesrat eingehend geprüft und behandelt. Sie wurde auch geprüft von den Organen des Post- und Eisenbahndepartementes und den Schweizerischen Bundesbahnen. Wir haben über dieses Projekt überdies auch noch ein Gutachten einverlangt von einem Ingenieurbureau, das für die Beurteilung von Tunnelfragen am zuständigsten und dessen Autorität allgemein anerkannt ist. Auf Grund dieser Studien und Begutachtungen wurden die generellen Projekte für fünf verschiedene Varianten beurteilt. Die Baukosten für diese 5 verschiedenen Varianten werden vom Bureau Rothpletz & Lienert sowie von den zuständigen Fachorganen des Bundes auf je 29—33 Millionen berechnet.

Zu diesen Baukosten tritt ein voraussichtliches, von den zuständigen Organen der Bundesbahnen und des Post- und Eisenbahndepartementes auf 250 000—260 000 Fr. berechnetes jährliches Betriebsdefizit, ohne Einrechnung der Zinsen und Amortisationen auf dem neuen Anlagekapital noch der Amortisationen für das Stück der Oberalpbahn Andermatt-Sedrun (oder -Disentis). Denn wenn dieser neue Tunnel gebaut würde, müsste die Oberalpbahn von Andermatt bis dorthin, wo der Tunnel die Oberalpbahn trifft, eingehen, weil die Oberalpbahn nach dem Bau dieses Tunnels keine Existenzberechtigung mehr hätte. Ob dann, wenn dieser Teil der Oberalpbahn aufgegeben werden müsste, das Reststück der Furkabahn noch bestehen könnte, ist eine Frage für sich. Die Anlagekosten der Oberalpbahn müssten abgeschrieben werden. Das ist im Betriebsdefizit also auch nicht eingerechnet.

Diese Lösung, einen Tunnel aus dem Reusstal ins Vorderrheintal zu bauen, wird vom Bundesrat auf Grund der Gutachten, die wir uns darüber haben geben lassen sowohl vom Gesichtspunkt der Bau- wie der Betriebskosten als viel zu teuer erachtet. Wir sollten doch angesichts der Zustände, wie sie heute bei den Privatbahnen und bei den Bundesbahnen bestehen, angesichts der argen Ueberschuldung, die wir ja kennen, nicht leichthin an den Bau und Betrieb von neuen Eisenbahnstrecken herantreten, von denen wir zum voraus wissen, dass sie, namentlich wenn wir die Verzinsung und Amortisation noch einrechnen, zum vorneherein jährliche Defizite von 2—2½ Millionen Fr. bringen werden. Der Bundesrat ist deshalb dazu gekommen, diese Lösung abzulehnen, sie auszuscheiden.

Die Ablehnung dieses Projektes rechtfertigt sich desto mehr, als das gleiche Resultat erzielt werden kann mit dem Einsatz viel kleinerer Mittel, durch den Ausbau der Oberalpbahn auf wintersichern Betrieb. Wenn wir die Oberalpbahn auf wintersichern Betrieb umbauen, dann haben wir, verkehrspolitisch und militärisch gesprochen, das gleiche Resultat, wie wenn wir unten durch den Tunnel bauen. Nach den vorliegenden gewissenhaften Berechnungen der zuständigen Fachorgane wird es möglich sein, die Oberalpbahn mit Einschluss der Schöllenenbahn mit einem Aufwand von 6 Millionen Franken für den wintersichern Betrieb auszubauen. Mit dem Zuschuss von weitern 1½ Millionen kann auch die Oberalpstrasse wintersicher ausgebaut werden, so dass im Kriegsfalle die Oberalpstrasse auch im Winter zur Verfügung steht.

Sie werden vielleicht überrascht sein darüber, dass man dieses Ziel mit nur 1½ Millionen erreichen könne. Das erklärt sich einfach daraus, dass die Bauten, die die grössten Kosten für den Winterbetrieb der Bahn verursachen, zugleich auch der Strasse dienen, so dass mit 7½ Millionen Fr. (6 Millionen Fr. für die Bahn und 1½ Millionen Fr. für die Strasse) sowohl die Oberalpbahn wie die Oberalpstrasse für den wintersichern Betrieb ausgebaut werden können. Für die Oberalpbahn lässt sich dann ein Kriegsfahrplan durchführen mit Leistungen, die den vom militärischen Standpunkt aus zu stellenden Anforderungen vollständig genügen. Dazu kommt noch ein weiterer erheblicher Vorteil: der Ausbau der Oberalpstrasse und Oberalpbahn kann im Verlauf eines Jahres vollständig durchgeführt und abgeschlossen werden, wenn wir uns jetzt an die Arbeit heranmachen und sie sofort in Angriff nehmen. Der Bau des Tunnels dagegen verlangt eine Bauzeit von mindestens 3—4 Jahren, weil hier besondere Schwierigkeiten in bezug auf die einseitige Neigung des Tunnels bestehen sollen. Der Tunnel kann nicht durchgeführt werden auf einem Scheitelpunkt mit beidseitiger Neigung, sondern die Neigung ist eine durchgehende, weil das eine Portal höher zu liegen kommt als das andere. Das sind Ueberlegungen, an denen der Bundesrat und auch die eidgenössischen Räte nicht vorbeigehen können.

Der Generalstab ist mit dieser Lösung einverstanden und hat seine Zustimmung dazu gegeben. Es ist richtig, dass der Generalstab früher die Idee

des Baues eines Schmalspurtunnels aus dem Reusstal ins Rheintal sympathisch begrüsste, dass der erste Gedanke, der erste Anstoss für eine derartige Lösung aus den Kreisen des Generalstabs gekommen ist. Aber nachdem die Frage eingehender geprüft wurde, hat sich der Generalstab mit der in Aussicht genommenen Lösung einverstanden erklärt und ausdrücklich festgestellt, dass namentlich die Traktionsleistungen auf der Oberalpbahn durchaus genügend seien. Es ist deshalb — ich bedaure, das feststellen zu müssen — nicht richtig, wenn in der Schlussnahme des Bündner Grossen Rates über das Tunnelprojekt als von einem Projekt des Generalstabes gesprochen wird, da ja der Generalstab dieses Projekt heute nicht aufrecht erhält und unserer Auffassung zustimmt. Darüber war die Regierung des Kantons Graubünden orientiert. Wir hatten mit ihr eine Konferenz, an der auch der Chef des Generalstabes teilgenommen hat. Sie war darüber orientiert, dass der Generalstab auf dem Boden des Bundesrates steht, auf dem Boden des Ausbaus der Oberalpbahn, an Stelle des Tunnels. Es hat mich deshalb überrascht, feststellen zu müssen, dass in der Resolution, die der Bündner Grosse Rat auf Grund eines Antrages des Kleinen Rates gefasst hat, der Generalstab gegen den Bundesrat ausgespielt werden will.

In diesem Zusammenhang möchte ich, wie der Herr Präsident der Kommission es gewünscht hat, das Projekt Studer kurz beleuchten. Ingenieur Studer will die Frage auf dem Wege des Baus einer Strasse aus dem Maderanertal ins Reusstal mit einem Tunnel unter dem Düssistock durch lösen. Die Regierungen der Kantone Luzern und Nidwalden sind an uns herangetreten mit Eingaben, in denen sie das Projekt Studer empfehlen. Dagegen hat die Regierung des Kantons Uri sich zu diesem Projekt nicht ausgesprochen. Ich glaube auch nicht, dass sich die Regierung des Kantons Uri mit der Ausführung dieses Projektes einverstanden erklären könnte. Diese Strasse aus dem Maderanertal unter dem Düssistock durch ist an und für sich eine Idee, die der Prüfung wert erscheint, aber sie stellt im Grunde genommen gar keine neue Verbindung dar. Sie verbindet zwei Täler, die heute schon miteinander verbunden sind, das Reusstal mit dem Rheintal. Wir haben diese Verbindung über die Oberalp, und wenn die Oberalpbahn und die Oberalpstrasse ausgebaut sind, ist die bestehende Verbindung über die Oberalpstrasse und die Oberalpbahn vollständig ausreichend. Diese Strasse Maderanertal-Düssistock hätte allerdings einen Vorteil, den wir nicht von der Hand weisen wollen. Es bestünde gegenüber der Oberalpstrasse der Vorteil längerer Sicherheit im Falle eines Angriffes von Süden. Im Grunde genommen wäre diese Strasse aus dem Maderanertal über den Düssistock nichts anderes als eine Parallelstrasse zur bereits bestehenden Oberalpstrasse, einige km weiter südlich. Sie würde überdies verkehrspolitisch das obere Reusstal und das Urserental abschneiden. Die Kosten für den Bau der Düssistockstrasse berechnet Ingenieur Studer meines Wissens auf 24 Millionen. Das Projekt wurde uns nie eingereicht, ich kenne es nur aus Publikationen in der Fachpresse. Aber es gibt zuverlässige Fachleute und Sachverständige, die erklären, dass diese Strasse mit 24 Millionen unmöglich gebaut werden könne. Ueberdies hätte die Düssistockstrasse einen weiteren Nachteil, der nicht ausser acht gelassen werden darf. Sie hängt, wie die Oberalpstrasse, an der Gotthardstrasse und an der Gotthardlinie. Wenn wir also die Oberalpstrasse und die Oberalpbahn ausbauen und eine Düssistockstrasse bauen würden, hängen beide Verbindungen nach dem Kanton Graubünden an der Gotthardbahn und -strasse, die infolge ihrer vielen Kunstbauten sehr empfindlich sind, sowohl auf der Nord- wie auf der Südrampe, und an einer Strasse, die heute die ganze Verbindung mit dem Kanton Tessin besorgt, die also bereits sehr stark belastet ist. Es erscheint uns deshalb als ausgeschlossen, die neue Verbindung mit dem Kanton Graubünden nun auch noch auf dieser ohnehin zu sehr belasteten Strasse aufzubauen. Das ist ein weiterer Grund, der gegen den Bau der Düssistockstrasse spricht.

Damit komme ich zur Notwendigkeit, nach dem Kanton Graubünden eine weitere Verbindung zu schaffen, unabhängig von der Oberalpstrasse und vom Ausbau der Oberalpbahn, eine Verbindung, die einerseits von der Gotthardlinie und anderseits von der Kommunikation durch den Sarganserkessel unabhängig ist. Ich betone deshalb — ich befinde mich da in Uebereinstimmung mit dem Generalstab — dass der Ausbau der Oberalpbahn und der Oberalpstrasse den Bau einer weitern Verbindung aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden nicht überflüssig macht. Es ist unbedingt nötig, eine zweite unabhängige Verbindung nach dem Kanton Graubünden und zugleich nach dem Kanton Tessin zu schaffen, und diese zweite unabhängige Verbindung nach dem Kanton Tessin spielt auch eine Rolle für die Notwendigkeit des Baues einer Strasse aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden.

Heute haben wir für den Kanton Tessin eine ganz ähnliche Lage, wie sie für den Kanton Graubünden besteht. Der Kanton Tessin ist mit der übrigen Schweiz nur durch eine einzige Linie und eine einzige Strasse verbunden, die Gotthardstrasse. Nun ist es doch etwas gefährlich, bei der Verbindung mit diesen Grenzkantonen Graubünden und Tessin nur auf eine einzige Möglichkeit abzustellen. Die Gotthardstrasse und die Gotthardbahn haben verschiedene leicht verwundbare Stellen, und wenn diese Stellen gestört oder unterbrochen werden, dann ist die ganze Verbindung mit dem Kanton Tessin unterbrochen und abgeschnitten. Deshalb legen wir mit allem Nachdruck Gewicht darauf, diese Gelegenheit zu benützen, um durch eine neue Strasse aus dem Kanton Glarus nach Graubünden, die im Ausbau der Lukmanierstrasse ihre Fortsetzung finden soll, diese neue Verbindung mit dem Kanton Graubünden und zugleich mit dem Kanton Tessin zu schaffen.

Welche Strasse soll zur Verbindung des Kantons Glarus mit dem Kanton Graubünden neu geschaffen werden? Diese Frage ist durch den Bundesrat und durch alle zuständigen Organe der Bundesverwaltung auf das gewissenhafteste geprüft worden; wir haben auch mit den Regierungen der beteiligten Kantone über die als richtig erkannte Lösung verhandelt, ich darf es schon

sagen, mit einer wahren Lammsgeduld verhandelt. Nun haben die Regierungen der Kantone, die zunächst, mittelbar oder unmittelbar am Bau dieser Verbindung beteiligt sind, und die Grossen Räte dieser Kantone in den letzten Tagen Stellung bezogen. Zunächst der Tessin, in welchem die Schlussnahme der ständerätlichen Kommission eine besonders lebhafte Reaktion ausgelöst hat: Ich weiss nicht, ob Sie Gelegenheit hatten, die Tessiner Presse zu studieren. Diese Blätter haben in ausserordentlich lebhafter, temperamentvoller Weise reagiert. Der Grosse Rat des Kantons Tessin hat beschlossen, für die Kistenstrasse einzutreten und bei den Organen des Bundes auf das Entschiedenste den Bau der Kistenstrasse zu verlangen. Der Kanton Glarus hat durch einen Landratsbeschluss, der allerdings nur mit 28 gegen 21 Stimmen gefasst wurde, beschlossen, für den Bau einer Panixerstrasse einzutreten. Der Kanton Graubünden, dessen Grosser Rat sich letzte Woche besammelte, speziell für diesen Zweck, verhält sich grundsätzlich überhaupt ablehnend und stellt die verschiedensten andern Projekte in den Vordergrund. Wenn aber schon eine Strasse gebaut werden soll aus dem Kanton Glarus nach Graubünden, dann soll es der Segnes sein.

So stehen wir vor der Erscheinung, dass jeder der drei zunächst beteiligten Kantone eine andere Lösung verfolgt, jeder am andern vorbeibauen will. Diese Tatsache wäre in normalen Zeiten und unter normalen Verhältnissen erheiternd und würde sehr wahrscheinlich die Auswirkung haben, dass überhaupt nichts gebaut würde. Aber in Zeiten, die wir heute haben und speziell bei der Lage, wie sie sich heute darstellt, ist diese Tatsache nicht gerade erheiternd, sondern vielmehr, verzeihen Sie mir den Ausdruck, bemühend.

Wie stellt sich die Frage für den Bundesrat und für die eidgenössischen Räte? Wir müssen jene Strasse bauen, die unter dem Gesichtspunkt des eidgenössischen Gesamtinteresses ihren Zweck erfüllt und damit auch den Interessen der beteiligten Kantone dient! Unter diesem Gesichtspunkt, der für uns hier allein ausschlaggebend sein darf, kann nur der Bau einer Kistenstrasse in Frage kommen. Aus blossen wirtschaftlichen, verkehrspolitischen Gründen, nur für die Zeit des Friedens, brauchten wir überhaupt keine neue Strasse zu bauen. Ich gebe zu, dass gewisse wirtschaftliche Interessen dafür auch sprechen, aber vom Bund aus müssen wir nur für den Frieden, nur für den Verkehr, nur für die Wirtschaft, eine neue Strasse nicht bauen; wir bauen diese neue Strasse vorwiegend aus Gründen militärischer Natur. Deshalb müssen wir auch dieser das Schwergewicht einräumen. Ich habe in der Presse Mitteilungen gelesen, wonach der Bundesrat einstimmig, die militärischen Instanzen mehrheitlich für den Bau der Kistenstrasse Stellung nehmen. Das ist nicht ganz richtig. Richtig ist, dass der Bundesrat einstimmig für den Bau der Kistenstrasse Stellung nimmt. Was aber die Stellungnahme der militärischen Instanzen anbetrifft, so gibt es für den Bundesrat nur eine militärische Instanz, die zuständig ist und die Sache in einer für den Bundesrat massgebenden Weise zu beurteilen hat: Das Militärdepartement, bezw. der Generalstab. Das ist die Instanz, an die wir uns halten müssen, so dass von einer Mehrheit oder Minderheit in der Stellungnahme militärischer Instanzen nicht die Rede sein kann. Die Stellungnahme des Generalstabs ist klar und unzweideutig: Er erklärt uns, dass vom Bau einer Segnes- oder Panixerstrasse nicht die Rede sein könne; wenn wir eine wirklich sichere, zuverlässige und unabhängige Verbindung mit dem Kanton Graubünden schaffen wollen, so könne aus militärischen Gründen nur der Bau einer Kistenstrasse in Frage kommen, und zwar aus folgenden Gründen: Ich habe vorhin bemerkt, dass der Sarganserkessel befestigt wird, dass wir ihn halten wollen à tout prix. Aber im Kriege entscheidet nie nur der Wille und die Absicht auf der einen Seite. Auf alle Fälle wäre es unverantwortlich, die Landesverteidigung für ein bestimmtes Gebiet einfach nur abzustellen auf die Möglichkeit, unmittelbar an der Grenze zu halten und nachher alles, was folgt, dem Schicksal zu überlassen. Das wäre eine unverantwortliche Einstellung.

Wie wäre die Situation, wenn das Unglück wollte, dass der Sarganser-Kessel verloren gehen sollte? Mit dem Fall der Festung Sargans und des Sarganser-Kessels würde gleichzeitig auch die Sicherheit einer Segnes- oder Panixerstrasse gefährdet. Aus dem Sarganserkessel, namentlich aus dem Weisstannental kann mit entsprechendem Geschütz der Ausgang des Sernftales, ja das ganze Sernftal, mit der Segnesstrasse und auf alle Fälle mit dem untern Anschluss einer Panixerstrasse unter Feuer genommen werden. Nun soll aber die neue Strasse gerade für den Fall, dass der Sarganserkessel verloren gehen sollte, die Verbindung nach Graubünden sicherstellen. Deshalb hätte es keinen Sinn, für diese neue Strasse eine Lösung zu wählen, die nach dem Fall des Sarganserkessels die Sicherheit der Verbindung doch nicht garantieren könnte. Diese Ueberlegungen führen uns zum Schluss, dass allein die Kistenstrasse in Frage kommt, deren Kosten approximativ auf 28 Millionen Fr. berechnet werden. Ich betone: approximativ. Wir haben noch kein Detailprojekt, namentlich nicht für den Teil der Kistenstrasse, der auf dem Gebiet des Kantons Graubünden liegt, weil die Regierung des Kantons Graubünden aus der Ihnen bekannten Haltung nichts vorgekehrt hat, um bei der Projektierung mitzuwirken. Auf der Glarnerseite ist die Projektierung schon sehr weit vorgeschritten, so dass wir dort von einem baureifen Projekt sprechen können. Aber gerade deshalb, weil die Projekte noch fertiggestellt und alle diese Vorarbeiten noch weitergeführt werden müssen, möchten wir nicht auch noch den Beschluss selbst weiter verschieben lassen, sondern wir wünschen, dass in dieser Märzsession durch den Entscheid der eidgenössischen Räte eine klare Situation geschaffen wird.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch ganz kurz hinweisen darauf, dass wir im Zusammenhang mit dem Bau der Kistenstrasse beantragen, eine neue Pragelstrasse mit einer Breite von 4,6 m zu bauen. Das fällt nicht unter diesen Kredit von 35 Millionen Fr., sondern unter

jenen für Bodenverbesserungen. Wir wollen die Klausenstrasse für den Winter sichern und ausbauen, aber nicht für den Frieden, sondern nur so, dass im Kriegsfall die Strasse auch im Winter geöffnet werden kann. Weiter wollen wir die Lukmanierstrasse ausbauen, so dass im Zusammenhang mit dem Kistenpass jene wintersichere Verbindung auch geschaffen wird mit dem Kanton Tessin, von der ich vorhin gesprochen habe.

Gestatten Sie mir schliesslich noch ein paar kurze Worte über den Widerstand, auf den der Bau der Kistenstrasse im Kanton Graubünden stösst. Der Kanton Graubünden und dessen Organe haben von Anfang an gegen den Bau einer Kistenstrasse, ursprünglich gegen den Bau überhaupt jeder Strasse aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden, wirtschafts- und verkehrspolitische Bedenken geltend gemacht. Es ist möglich, dass nach dieser Seite hin gewisse Bedenken bestehen können. Aber ich habe doch den Eindruck, dass diese Bedenken im Kanton Graubünden weit übertrieben worden sind. Jede neue Strasse bringt auch wieder neuen Verkehr. Wir denken nicht daran — ich betone das, weil ich aus einer Besprechung mit Herrn Lardelli den Eindruck gewonnen habe, dass das im Kanton Graubünden eine gewisse Rolle spielen soll — die Kantone vom Bund aus zu verhalten, die Kistenstrasse auch in Friedenszeiten im Winter offen zu halten. Das überlassen wir den Kantonen. Der Bund hat nur ein Interesse daran, dass im Fall eines Krieges die Strasse für den Winterbetrieb geöffnet werden kann.

Aber selbst dann, wenn die Bedenken, die im Kanton Graubünden erhoben werden, gerechtfertigt wären, könnte ich die ablehnende Haltung von Graubünden nicht verstehen. Ich muss hier in aller Offenheit gestehen, dass es mir und dem ganzen Bundesrate schwer fällt, für die Stellungnahme der bündnerischen Behörden in dieser Frage jenes Verständnis aufzubringen, das wir sonst immer den Behörden der Kantone entgegenbringen müssen, die sich mit uns in die gemeinsamen Sorgen des Landes teilen. Ich kann Sie versichern: Für den Bundesrat handelt es sich nicht um eine Prestigefrage. Mein Gott, ich habe meiner Lebtag nie Prestigepolitik getrieben und werde das auch nie tun, weil es nach meinem Dafürhalten keine schlimmere Politik geben kann als die Prestigepolitik, eine Politik, die sich um des Prestiges willen auf eine bestimmte Lösung versteift. Für uns handelt es sich um eine Frage ernster, schwerer Verantwortung. Ich muss erklären, dass der Bundesrat nicht in der Lage wäre, die Verantwortung dafür zu übernehmen, aus irgendwelchen Interessen sekundärer, lokaler oder regionaler Natur auf den Bau der Kistenstrasse zu verzichten oder eine Lösung zu wählen, von der wir zum vornherein wissen, dass sie ihren Zweck nicht erfüllen würde. Es wäre nicht zu verantworten, für derartig verfehlte Lösungen Bundesmittel in Anspruch zu nehmen. Der Bundesrat müsste die Verantwortung auch ablehnen für eine Verzögerung der in Aussicht genommenen Strassenbauten.

Eine Verschiebung des Entscheides würde nach unserm Dafürhalten die Gemüter nicht beruhigen, sondern sie noch mehr erhitzen. Das ist die Erfahrung, die ich bisher in solchen Dingen gemacht habe. Je länger man den Entscheid hinauszögert, desto mehr erhitzen sich die Gemüter, und es ist auch vom eidgenössischen Standpunkt aus nicht zu wünschen, dass in den zunächst beteiligten Kantonen sich die Gegensätze wegen dieser Strassenfragen noch weiter verschärfen. An und für sich sind die zu Tage getretenen Erscheinungen ja durchaus verständlich. Es gehört zur Geschichte der Verkehrspolititk, dass regional die Leidenschaften immer um solche Fragen aufflammen, da man sich auf bestimmte Projekte festlegt und diese mit allem Nachdruck vertritt. Das haben wir immer wieder erlebt. Deshalb lieber die Frage heute entscheiden und sie nicht weiteren Beratungen vorbehalten. Ich appelliere auch an die Vertreter des Kantons Graubünden und möchte sie bitten, dafür zu sorgen und einzutreten, dass man auch im Bündnervolk, für das wir ja alle die beantragten Massnahmen einsetzen, weil es uns lieb und teuer ist, weil wir es in jeder Situation halten und verteidigen wollen, das Verständnis dafür aufbringe, was wir Ihnen im Bewusstsein unserer Verantwortung beantragen müssen.

Lardelli: Ich habe Ihnen einen Antrag vorgelegt, nach welchem der Entscheid über die hochwichtige Landesfrage der Bundesversammlung vorbehalten bleiben solle auf Grund einer ausführlich begründeten Botschaft. Es ist nach den eindringlichen und sachlichen Auseinandersetzungen des Herrn Bundespräsidenten ausserordentlich schwer, unseren Standpunkt, den wir nach wie vor einnehmen müssen, zu vertreten und sachlich auseinanderzusetzen.

Wir können auf unseren Standpunkt nicht verzichten, weil wir heute noch nicht von der Richtigkeit der vorgebrachten Argumente überzeugt sind. Der Standpunkt Graubündens in dieser hochwichtigen, entscheidenden Landesfrage — er kommt in einer unzweideutigen Stellungnahme unseres Grossen Rates zum Ausdruck — wird nicht überall verstanden. Insbesondere scheinen unsere Miteidgenossen aus dem Tessin unseren Ueberlegungen gar kein Verständnis entgegenzubringen, obwohl wir heute feststellen müssen, dass Graubünden der wirtschaftlich exponierteste Schweizerkanton ist. In der Presse wird uns Krämergeist, Kantönligeist, mangelndes Verständnis für eidgenössische Belange vorgeworfen. Es tut sich darin ganz besonders die „Automobil-Revue" hervor. Man wirft uns vor, wir seien steckköpfig, und nachdem nun solche mehr oder weniger freundlichen Bemerkungen ganz leise auch in der Kommission gefallen sind, sei es mir, als Vertreter des Standes Graubünden, gestattet, unseren Standpunkt ausführlich darzulegen.

Die besonderen Verkehrsprobleme Graubündens sind nicht einfach. Graubünden ist ein altes Passland, und unsere Geschichte ist gleichzeitig die Geschichte unserer Pässe. In keinem Teil der Alpen finden sich auf so engem Raum auch nur annähernd so viele Pässe wie in Graubünden. Die Alpen streichen vom Montblanc an von Westen nach Osten und schliessen Italien und das Mittelmeer von allen Nordstaaten ab. Deshalb stehen verkehrspolitisch

im Vordergrund alle jene Passübergänge, die die Alpen in der Richtung Süd-Nord durchqueren. Auch in dieser Richtung steht Graubünden voran. Die Verbindungen durch die Zentralalpen sind auf einer kleinen Karte dort an der Wand aufgezeichnet. Sie finden im Kanton Wallis den Uebergang über den Grossen St. Bernhard und den Simplon. Sie finden im Zentrum der Schweiz den Gotthard und in den Bündneralpen gleich 6 Pässe: den Lukmanier, den Bernhardin, den Splügen, den Julier, den Albula und den Flüela-Ofen. Das Interessante dabei ist, dass alle diese 6 Pässe sich vereinigen im Rheintal bei Chur-Sargans bezw. Chur-Landquart, und dass von dort aus wieder strahlenförmig die Verbindungen nach Zürich, an den Bodensee und an den Arlberg ausgehen. Dieser Talkessel von Chur-Landquart ist geographisch und verkehrspolitisch ausserordentlich interessant gelegen. Weiter draussen im alten Oesterreich werden die Zentralalpen noch durchschnitten von der Reschenscheideck bei Martinsbruck direkt an der Landesgrenze und durch den Brenner, der freilich sehr viele Kilometer weiter östlich liegt.

Die Bündner Pässe liegen ausgerechnet im Norden von Mailand. Mailand ist seit Jahrhunderten ein Zentrum italienischer Volkswirtschaft und Indutsrie gewesen. Diese Lage im direkten Norden der Po-Ebene, im Norden von Mailand hat zu einer ganz besonderen, natürlichen Bevorzugung der Bündner Pässe geführt, und zwar schon zur Römerzeit, als der Septimer, der Splügen und Bernhardin im Verkehr standen, wie im Mittelalter und speziell auch im letzten Jahrhundert.

Gegenüber andern Pässen in den Zentralalpen haben die Bündner Pässe einen grossen Vorzug, nämlich den eines ausgeglichenen Gefälles. Wir haben beiseitig des Alpenkammes ein gegliedertes Hochland, und der eigentliche Passübergang ist kurz und nicht hoch. Es kommt dazu — Sie können das wieder auf der Karte verfolgen — dass leistungsfähige Wasserstrassen von Süden und Norden an die Bündner Pässe anschliessen.

Seiner Pässe und Verbindungen wegen stand Graubünden während Hunderten von Jahren mit im Brennpunkt europäischen Geschehens und europäischen Verkehrs. Die moderne Verkehrsgeschichte für Graubünden beginnt freilich erst um die Wende des 18. Jahrhunderts, damals nämlich, als fahrbare Strassen im Alpengebiet angelegt wurden. Auch bei uns hat man sich entschliessen müssen, an den Ausbau fahrbarer moderner Alpenstrassen heranzutreten, als der Brenner ungefähr um 1760 mit einer fahrbaren Strasse versehen wurde. Unsere Altvordern haben sich dieser neuen Aufgabe nicht entzogen. Sie haben zu Ende des ausgehenden 18. Jahrhunderts den Anfang mit dem Ausbau einer modernen Strasse gemacht. Freilich sind die Bauten während der napoleonischen Kriege eingestellt worden, aber gleich nach 1815 sind die Bestrebungen wieder aufgenommen worden. Am 8. Januar 1818 hat der Kanton Graubünden mit dem Königreich Piemont einen Staatsvertrag abgeschlossen auf Bau einer Bernardinstrasse. Piemont leistete damals eine Subvention im heutigen Geldwert von Fr. 280 000, der Tessin beteiligte sich auch mit einer Subvention im heutigen Geldwert von Fr. 200 000; er ist dann freilich wegen des Ausbaus des Gotthard von dieser Konvention zurückgetreten und hat sogar mit dem Königreich der Lombardei, mit Oesterreich einen Staatsvertrag abgeschlossen auf Nichtabnahme des Bernardin zum Schutz des Splügen. Trotzdem haben unsere bündnerischen Behörden am Bau des Bernardin festgehalten, und er ist im Laufe von 5 Jahren zu einer modernen Verkehrsstrasse ausgebaut worden. Nachdem Oesterreich sich überzeugen musste, dass der Bernardin gebaut wird, hat es sich dazu verstanden, den Splügen in eigenen Kosten Anschluss nehmen zu lassen an diese Strasse.

Die Gesamtkosten für Splügen und Bernardin stellten sich auf ungefähr 2 Millionen Franken, von welchem Betrag der Kanton und die Interessenten im Kanton ungefähr drei Viertel übernehmen mussten. Ein Beweis für die zielstrebige Tatkraft der damaligen Behörden ist die Tatsache, dass während des Ausbaus des Bernardin und des Splügen auch gleichzeitig der Julier in Angriff genommen wurde, ohne Subvention, aus eigener Kraft; aber freilich, dieser Ausbau des Julier hat mehr Zeit in Anspruch genommen. Der Bau hat volle 20 Jahre gedauert. Aber mit dem Ausbau dieser Pässe wurde erreicht, dass der deutsch-italienische Transitverkehr zu einem wesentlichen Teil vorzugsweise über unsere Bündnerpässe ging. Der Transitverkehr auf dem Splügen mit Pferdebetrieb wies 1856 einen Umschlag von 271 000 q auf. Nicht nur diese Strassen sind von unsern Altvordern in Bau genommen worden, sondern nach dem Abschluss des Julier ist sofort begonnen worden mit dem Ausbau des internen Strassennetzes. Der Gesamtaufwand für alle diese Strassen stellte sich auf 17 Millionen nach damaliger Kaufkraft des Geldes. So gross war die Ueberzeugung vom volkswirtschaftlichen Wert moderner Strassen für die wirtschaftliche Existenz unseres Verkehrs- und Passlandes.

Leider war diese Blüte nur von kurzer Dauer. Im Jahre 1876 wurde die Brennerbahn eröffnet, sie hat uns Schaden gebracht. Im Jahre 1883 ist die Gotthardbahn eröffnet worden, sie hat uns den ganzen Verkehr vollständig genommen und einen blühenden Erwerbszweig bündnerischer Volkswirtschaft von einem Tag zum andern vernichtet. Das Verhängnis hat seinen Lauf genommen, unsere Strassen verödeten, die Talschaften entvölkerten sich, und ganz besonders trat dies in Erscheinung beim Strassenzug über den Bernardin. Im ganzen Kanton herrschte resignierte Mutlosigkeit. Der Tessin war der Nutzniesser der damaligen Entwicklung, Graubünden aber sah sich kaltgestellt. Unsere Volkswirtschaft und unser Staatshaushalt haben in den Jahren nach der Eröffnung der Gotthardbahn schwere Zeiten durchgemacht.

Es war bei dieser Situation ein magerer Trost, als bei der Nachsubvention für den in Finanzschwierigkeiten befindlichen Gotthard der West- und Ostschweiz eine Subvention von je 4½ Millionen zugesichert wurde für eine Alpenbahn durch die Westschweiz und durch die Ostschweiz. Die Westschweiz hat ihren Simplon und die Bundesbahnen haben ihr beträchtliches Defizit im Betrieb, aber wir im Osten haben die Ostalpenbahn noch nicht, und hier war der Generalstab jene Stelle, die unseren legitimen wirtschaftlichen Ansprüchen im Wege stand.

Es wurde erklärt, die militärischen Belange rechtfertigen einen Tunnelausgang auf italienischen Boden nicht. Erst im Jahre 1908 ist diese Konzession für den Splügen freigegeben worden, aber es war zu spät, die SBB wollten nicht selbst bauen; der Weltkrieg kam dazwischen und nachher das Automobil. Aber wir und die übrigen Ostkantone der Schweiz haben dafür immer noch die Zusage auf 4½ Millionen im Bundesgesetz von 1878.

Glauben Sie mir, diese Entwicklung hat einen dauernden Stachel im Rechtsgefühl unseres Bündnervolkes hinterlassen, und mit Bitterkeit sehen wir als einziges Resultat 30jähriger Bestrebungen um eine internationale Bahnverbindung ein Teilstück von 20 km Vollbahn auf der Strecke von Ragaz nach Chur, und sogar dieses verdanken wir nicht dem Bund.

Nachdem derart unser ganzes Wirtschaftsleben eigentlich zusammengebrochen ist, haben wir schliesslich einigen Ersatz für den entgangenen Transitverkehr in unserer Fremdenindustrie gefunden, auch wieder aus eigener Kraft und nur dank dem Ausbau unserer Rhätischen Bahn, in welcher unser Kanton so gewaltige Mittel hat investieren müssen. Freilich ist dieser Fremdenverkehr eine ausserordentlich krisenempfindliche Angelegenheit, wir haben es erlebt, während des Weltkrieges und auch jetzt wieder, wie krisenempfindlich dieser unser Haupterwerbszweig ist. In unserer Rhätischen Bahn, die allein unsere Volkswirtschaft fördern konnte, hat der Kanton 85 Millionen investiert. Leider ist heute nur ein kleiner Teil dieses Betrages amortisiert. Und schon machen sich wieder rückläufige Verkehrszahlen bemerkbar. Die Zinsrückstände haben seit 1932 zugenommen; sie betragen heute 5,8, also beinahe 6 Millionen Franken. Das Problem der Sanierung unserer Rhätischen Bahnen ist dringlicher denn je geworden. Ich habe nicht im Sinne, mich über die Privatbahnenhilfe auszusprechen, ich habe dieses Problem ja in diesem Saale, vor Ihnen, bereits ausführlich dargelegt.

Während wir nun derartige finanzielle Auswirkungen unserer Verkehrspolitik im Bahnwesen ausgleichen müssen, meldet sich schon gebieterisch ein neues Verkehrsmittel, das Automobil. Es entsteht für uns die Frage: Wollen wir im Verkehrs- und Gastgewerbe Anschluss halten? Das müssen wir. Dann müssen wir aber auch unsere Strassen den modernen Anforderungen anpassen. Das Problem lässt sich in ein paar wenigen Zahlen aufzeigen.

Im Kanton Graubünden verzeichnen wir Kantonsstrassen in einer Länge von 1256 km. Davon sind etwa die Hälfte, 650 km, Hauptstrassen. Hinter jedem Kilometer stehen ganze 100 Einwohner, Kleinbauern, keine Millionäre, und ein notleidendes Gastgewerbe. Trotzdem haben wir nicht verzagt und einiges geleistet. Aus eigener Kraft sind in den Jahren 1928—1936 17 Millionen Franken aufgewendet worden, wovon bereits 7 Millionen Franken getilgt, amortisiert worden sind.

Das Prinzip bei all diesen gewaltigen Anstrengungen unseres Kantons durch Jahrhunderte hindurch im Strassenbau, bei den Bahnen und neuerdings wieder beim Strassenwesen, war das folgende:

Wir wollen den Verkehr durch den Kanton und nicht am Kanton vorbeileiten;

wir wollen den Zusammenhang im dreisprachigen Kanton Graubünden enger knüpfen;

wir wollen die Lebensbedingungen durch den Ausbau der Verkehrsstrassen im Kanton verbessern.

Dafür hat Graubünden bisher seine grossen Aufwendungen gemacht, und unsere Generation muss dieses alte Gut wahren. Der Verkehr ist das Lebenselement unseres Passlandes. Es war immer so und wird immer so bleiben.

Nun widerspricht der Kistenpass ausgerechnet all diesen Grundsätzen, denn er führt vorbei, er bindet nicht, sondern reisst auseinander und stört die kantonale Wirtschaft. Er bedeutete recht eigentlich den Tod des Bernhardins.

Es sind dieser Tage 1000 Unterschriften aus dem Misox eingegangen. — In diesem armen Tal bestehen Bedenken wegen des Bernhardins und der künftigen Ausbaumöglichkeit dieser Strasse. — Das ist so ziemlich die ganze Aktivbürgerschaft dieses Bündnertales südlich der Berge. Darüber hinaus haben sich 140 Gemeinden an den Bundesrat gewandt und sich gegen eine Kistenpass-Strasse ausgesprochen. Das wollen Sie berücksichtigen, wenn Sie die Ihnen auf den Tisch gelegte Eingabe des Kreisamtes Disentis würdigen. Wir verstehen den Standpunkt des Oberlandes, wir können es begreifen, dass unser oberstes Oberland auf diesem Standpunkt steht. Aber dieser Standpunkt ist nicht derjenige unseres Kantons Graubünden.

Es sind erst einige Jahre her, dass sich der Bund des Ausbaues der Alpenstrassen angenommen hat. Es sind erst einige Jahre her, seit der Bund anerkannt hat, dass die Aufgabe des Ausbaues moderner Alpenstrassen über die Kräfte eines armen Gebirgskantons hinausgeht. Der Anstoss zu dieser Einsicht des Bundes kam freilich durch ein Volksbegehren, das 177 000 Unterschriften aufwies. Und von diesen 177 000 Unterschriften kommen volle 10 000 aus dem Kanton Graubünden.

Es kam dann zum Bundesratsbeschluss vom 26. Februar 1937, zur ersten Verteilung der Alpenstrassenkredite. Wir müssen hier wiederholen, dass uns diese Verteilung vom 26. Februar 1937 eine Enttäuschung gebracht hat, denn von den 53 Millionen Franken, die mit dem I. Programm zur Verteilung kamen, sind dem Kanton Graubünden nur 6,25 Millionen Franken zugeteilt worden. Rund 7 Millionen Franken sind der Walenseestrasse zugeschieden worden und werden offenbar teilweise dem Kanton Graubünden angerechnet. 17 Millionen Franken von diesen 53 Millionen Franken gehen an die Sustenstrasse, in der Hauptsache wohl aus militärischen Gründen. Und dabei dürfte heute sicher sein, dass der Susten nur während 4—5 Monaten im Jahr für den Verkehr offen ist. Ich habe deshalb schon im Jahre 1937 hier in diesem Saale ein Postulat eingereicht, ein Postulat auf Beschleunigung des Ausbaues und auf vermehrte Bereitstellung von verfügbaren Mitteln.

Dieses Postulat ist, mit gewissen Vorbehalten, vom Bundesrat angenommen worden. Ich meine, es wäre jetzt vielleicht Zeit, an die Verwirklichung dieses Postulates heranzutreten. Der Bundesrat hat mit seiner Botschaft vom 7. Juni 1938 anerkannt — er hat es gerechterweise anerkennen müssen — „Dem Ausbau der bündnerischen Strassen konnten wir bisher nur ungenügende Mittel zu-

wenden." Diese Feststellung verpflichtet, sie ist im gegebenen Zeitpunkt für unsere Stellungnahme wegleitend. Freilich ist die Konsequenz daraus nicht eine neue Strasse, die unsere Alpenpässe im Süd-Nord-Durchgangsverkehr schwer konkurrenziert und ausschaltet. Ich habe dem Herrn Bundespräsidenten schon in Davos und nachher in Lugano erklärt, dass der Trost, wonach jede Strasse neuen Verkehr bringe und damit ausfallenden Verkehr ersetze, uns nur eine ungenügende Befriedigung biete. Wir wollen nicht eine neue Strasse in diesem Verkehrsgebiet von Graubünden. Für die militärische und wirtschaftliche Landesverteidigung Graubündens, des grössten, militärisch und wirtschaftlich exponiertesten Schweizerkantons, ist die Bereitstellung genügender Mittel für den Ausbau des internen Strassennetzes unerlässlich, nicht zuletzt auch für die militärische Sicherung unseres Grenzlandes. Zu dieser Sicherung gehört zweifelsohne der Ausbau einiger Hauptstrassenzüge im Kanton wegen der Operationsfreiheit, wegen der Freiheit von Truppenverschiebungen. Insbesondere gehört aber dazu der wintersichere Ausbau des Bernhardin, denn im Konfliktsfalle mit unserem nördlichen Nachbar ist der Bernhardin berufen, als eine absolut sichere und leistungsfähige Verbindung von der Gotthardbahn, also vom Zentrum der Schweiz nach dem Kanton Graubünden eine ganz ausschlaggebende Rolle zu spielen.

Ich nenne den Bernhardin auch aus einem andern Grunde. Schwer lastet auf der Mesolcina und im Hinterrheintal bis Thusis heute noch die wirtschaftliche Katastrophe der Gotthardkonkurrenz. Ein Ersatz ist bis heute nicht gefunden worden. Ein Fremdenverkehr hat sich dort nicht entwickeln können. Eine Bahnverbindung ist nicht möglich geworden. Auch Wasserwerke sind keine ausgebaut worden. Speziell das Misox verkümmert auch in kultureller Beziehung; es verkümmert, weil Kultur nur gepflegt werden kann auf dem Boden wirtschaftlicher Sicherung. Diese aber fehlt. Jede Unternehmungslust ist verloren, das Vertrauen in eine bessere Zukunft ist zerschlagen. Aber nicht nur für diese Gegend ist der Ausbau der Strassen dringend geworden, auch für unsere übrigen Haupttalschaften ist Zuführung neuen Verkehrs, neuen Impulses, neuen Blutes das Gebot der Stunde. Wir sind in Graubünden heute Vorposten in der europäischen Brandung; wir sind Grenzland mit schweren Verhältnissen in der Hotellerie — sie sind Ihnen bekannt — mit schweren Verhältnissen im Handel — unser Holz und unser Vieh kann nicht einmal über die Südgrenze exportiert werden — mit schweren Verhältnissen im Verkehr, denn wir sind belastet mit ausserordentlich hohen Bahntarifen, die 50 % höher stehen als die der übrigen Eidgenossen; mit Bundessubventionen muss unser Holz aus den Südtälern nach Zürich gebracht werden. Ich meine, diese Verkehrsprobleme in unserem Kanton müssen Ihnen zeigen, wie ernst die Lage bei uns angesprochen wird.

Das Alpenstrassenprogramm muss ergänzt, erweitert und vor allem beschleunigt werden. Die Möglichkeit scheint uns vorhanden zu sein im Bundesbeschluss vom 4. April 1935. Die Möglichkeit wird auch aufgezeigt in der Botschaft zu dieser Vorlage vom 7. Juni 1938. Ich habe auch in meinem Postulat vom Juni 1937 auf die Dringlichkeit dieser Probleme verwiesen. Sie sind heute nur noch dringlicher geworden. Unser Kanton lebt vom Verkehr, nur vom Verkehr, denn Aufrüstungsaufträge haben sich keine oder nur ausserordentlich wenige nach Graubünden hinauf verirrt. Die bleiben schon in Zürich und Solothurn, im Aargau und in Basel; sie kommen nicht zu uns. Die Exportprodukte, die uns zur Verfügung stehen, heissen Holz und Vieh; aber dieses Holz und Vieh will uns das Ausland nicht mehr abnehmen; und doch muss unser Volk auf seiner Scholle leben können. Dazu verhilft uns einzig der Ausbau unserer Verkehrsmittel, und deshalb ist das unsere Forderung an die Eidgenossenschaft.

Nun stehen heute freilich neue und sehr ernste Punkte zur Diskussion. Mit dem Anschluss Oesterreichs hat sich die militärische Lage Graubündens ganz wesentlich verschoben, nicht nur verschoben, sondern — ruhig gesagt — verschlechtert. Die Achsenpolitik hat die Lage für uns, die wir in einem Keil hinausragen nach dem Brenner zu, nicht verbessert. Im Gegenteil. So haben wir im Winter eine einzige leistungsfähige Verbindung von Graubünden nach der Schweiz und von der Schweiz nach Graubünden; das ist die Verbindung über Sargans. Die Oberalpverbindung ist zwar möglich, auch im Winter, aber etwas gefährlich und vor allem zeitraubend. Mit dem alten Nachbar, den wir vor dem 12. März 1938 dort an jener Ecke hatten, wäre das ja wahrscheinlich tragbar gewesen, aber heute, im Zeitalter blitzschneller Entschlüsse und der Motorisierung geht es nicht mehr. Das ist nicht mehr haltbar. Wir anerkennen das in allererster Linie selbst bei unserer eigenen Verantwortung für die Verteidigung unseres Landes und der ganzen Schweiz. Es ist denn auch nicht von ungefähr geschehen, dass die Bündner Regierung den Generalstab zu einer Konferenz nach Chur eingeladen hat, um sich über die Lage nach dem 12. März auszusprechen, insbesondere auch mit Bezug auf eine zweite Verbindung von Graubünden nach der Innerschweiz.

Diese Verbindung von Graubünden nach der Innerschweiz ist uns vom Generalstab am 10. Mai 1938 vorgeschlagen worden. Der Generalstab hat uns erklärt, es komme als Strassenverbindung der Kisten in Frage, aber wesentlich besser vom militärischen und auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus wäre eine Bahnverbindung von Disentis ins Reusstal. Das Bahnprojekt ist also nicht von Graubünden, sondern vom Generalstab in Vorschlag gebracht worden. Ich erinnere mich an eine Sitzung vom 24. Juni 1938. Der Herr Bundespräsident war als Vorsitzender dabei und auch die Kollegen Bolla und Hefti waren zugegen, als der Generalstabschef sich in gleichem Sinne ausgesprochen und der Bahnverbindung weitaus den Vorzug gegeben hat. Die Kantonsregierung von Graubünden hat darüber hinaus ein Schreiben der Generalstabsabteilung vom 17. August 1938 erhalten, das sich in gleichem Sinne ausspricht und bestätigt, dass vom militärischen Standpunkt aus in erster Linie die Bahnverbindung in Frage stehe. Ich will Ihnen noch etwas weiteres sagen. Der Generalstab ist damit vollkommen im Recht und er hält heute noch diese Bahnverbindung für eine

richtige Lösung, er hat heute noch nicht die Erklärung abgegeben, dass die Bahnverbindung nicht militärisch gut sei, er hat sich nur aus andern Gründen, die nicht oder nicht ausschliesslich militärischer Natur sind, mit einem Strassenbau über den Kistenpass abgefunden.

Diese Bahnverbindung, verbunden mit dem Ausbau des Lukmanier für Winterbetrieb, genügt nicht nur den militärischen Interessen von Graubünden, sondern sie genügt auch den volkswirtschaftlichen und militärischen Interessen des Tessin, denn im Frieden, wenn der Lukmanier offengehalten ist, kann der Tessiner private Automobilist — es werden kaum Lastwagen diese grosse Strecke befahren — von Bellinzona über Disentis–Sargans nach Zürich fahren mit einem Zeitaufwand, der gut gerechnet eine halbe Stunde grösser ist, als wenn er über den Kisten fahren müsste. Im Sommer wird der Tessiner, wenn er nach Zürich fahren will, ohnehin den Gotthard vorziehen. Und im Kriegsfall genügt der Anschluss an eine so leistungsfähige Bahn, wie sie die Rhätische Bahn darstellt, für den Kanton Tessin in seinen militärischen und zivilen Belangen.

Nun haben wir heute gehört, dass noch etwas weiteres dazu kommt, nämlich, dass der Kistenpass im Winter nicht offen gehalten werden soll. Sie haben das soeben aus dem Munde des Herrn Bundespräsidenten vernommen, dass das den Kantonen überlassen sein soll, der Bund kümmere sich nicht darum. Wer trägt denn das Defizit? Jedenfalls haben Sie bei Offenhaltung des Kistenpasses im Winter bei einer Scheitelhöhe des Tunnels von 1860 m mit einem ganz bedeutenden Betriebsdefizit zu rechnen, mit einem Defizit, das sich würdig an die Seite stellt dem Betriebsdefizit, das die Experten des Bundesrates für eine Bahnverbindung von Disentis nach Göschenen ausgerechnet haben. Für eine nur im Sommer offene Verbindung über den Kisten sollte man unter diesen Umständen 28 Millionen ausgeben? Ich denke, dass das nicht wohl so sein kann. Wenn man 28 Millionen ausgibt für diese Verbindung, dann werden sie wohl ausgegeben, um die Strasse auch im Winter offen zu halten. Aber dann rechnen Sie einmal das Betriebsdefizit des Kistenpasses nach; und wir wollen darum auch darüber reden, wer dieses Betriebsdefizit am Kistenpass zu tragen haben wird.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass die Bahnverbindung grosse wirtschaftliche Vorteile vermittelt. Vom militärischen Standpunkt aus ist sie ohnehin weitaus die beste Lösung. Unserer Rhätischen Bahn vermittelt sie einen wertvollen Anschluss an die internationale Linie des Gotthard, sie fördert die Frequenz auf der Defizitlinie ins Bündner Oberland, der Bevölkerung des Oberlandes ist gedient, Verkehr und Gastgewerbe profitieren. Auch der Ausbau des Lukmanier auf Winterbetrieb ist geeignet, den Binnenverkehr im Oberland und den Verkehr vom Oberland nach dem Tessin zu beleben. Die Förderung des Kurgebietes von Andermatt und Sedrun im Winter sei nur der Vollständigkeit halber hier erwähnt, denn diese Bahn kann ohne besondere ausserordentliche Spesen im Winter offengehalten werden. Diese Bahnverbindung bringt dem Kanton Graubünden keinen Schaden, sie leitet keinen Durchgangsverkehr ab und bedeutet auch keine Preisgabe gesamtbündnerischer Interessen. Trotzdem wird mit ihr eine bedeutende wirtschaftliche Förderung des ganzen Oberlandes erreicht. Es wird dazu weiter erreicht, eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsrelation zwischen den Fremdengebieten von Graubünden mit der Zentralschweiz und dem Berner Oberland. Was alles die Furka–Oberalpbahn nicht bringen konnte und auch in Zukunft nicht bringen kann, das vermittelt der Bahnanschluss der Rhätischen Bahn an Göschenen und Andermatt.

Aber Sie haben heute aus dem Munde des Herrn Bundespräsidenten gehört, dass in diesem schönen Gebäude etwas nicht stimme, dass ein Haar in der Suppe sei: die Kosten des Ausbaues und des Betriebes. Hier stehen wir auf folgendem Standpunkt: Ein genereller Voranschlag des derzeitigen Oberingenieurs der Rhätischen Bahn berechnet die Baukosten auf ungefähr 25 Millionen bei einer Tunnellänge von 11 km, eine Variante des altbewährten und in solchen Sachen durchaus versierten früheren Oberingenieurs der Rhätischen Bahn, Bernasconi, rechnet für eine Variante mit einem Basistunnel von nur 6,2 km mit einer Bausumme von 25 Millionen. Dabei rechnet er den Laufmeter im Tunnel mit vollen Fr. 1500, und die Experten des Bundesrates sind ja nicht so weit von diesen Zahlen entfernt, denn sie kommen auf 29—33 Millionen. Nun stelle ich fest: Mit den Organen der Rhätischen Bahn, deren Normalien zur Anwendung kommen sollen und die mit Bezug auf ihre Normalien Erfahrung besitzen, ist bisher nicht verhandelt worden. Eine Korrektur nach unten ist also durchaus noch im Bereich der Möglichkeit.

Aber die Experten des Bundesrates entwerfen auch einen Voranschlag über die voraussichtlichen Betriebskosten. Sie berechnen das reine Betriebsdefizit mit Fr. 250 000. Wir haben sogar heute vormittag gehört, dass noch genauere Zahlen vorliegen, indem mit der Möglichkeit eines Ausfalles von 267 000 Franken, ausgerechnet 267 000 Franken, gerechnet wird. Das ist also eine ausserordentlich eingehende und genaue Berechnung des voraussichtlichen Defizites. Auch die Zahlen — ich unterstreiche das — auch dieses Ergebnis ist mit den Organen der Rhätischen Bahnen nicht besprochen worden. Trotzdem hat der Bundesrat auf Grund der Expertengutachten endgültig Stellung genommen und schon anfangs Dezember 1938 eine Bahnverbindung abgelehnt, ohne sich mit der Regierung des Kantons Graubünden wegen dieser Bahnverbindung endgültig und eingehend besprochen zu haben.

Die Bündner Regierung hat erst vor kurzem die Gutachten der Bundesbahnen und des Herrn Ingenieurs Rothpletz erhalten. Die Regierung hat sie der Rhätischen Bahn zur Verfügung gestellt. Diese erklärt aber: In der kurzen Zeit, die uns eingeräumt wird, sind wir nicht in der Lage, zu diesen Aktenstücken Stellung zu nehmen. So ist die Situation. Und da behaupten wir: Die Angelegenheit ist noch nicht abgeklärt, und der Kanton Graubünden beansprucht diese Abklärung, und zwar eine Abklärung im Benehmen mit der Rhätischen Bahn, die die Normalien, die

zur Anwendung zu kommen haben, in erster Linie beherrscht und über Erfahrungen verfügt.

Aber wir beanspruchen diese Abklärung noch aus einem andern Grunde, nicht nur, weil wir uns dieses Betriebsdefizit etwas näher ansehen wollen — wir haben auch gehört, wie der Plan weiter lautet: Es soll die Furka-Oberalpbahn mit 7½ Millionen Franken auf den Winterbetrieb umgestellt werden — mit Tracé über den Berg. Wir haben vorerst einmal mit Bezug auf diese ausserordentlich niedrige Zahl Bedenken. Wir möchten nicht unterlassen, diese Bedenken hier wenigstens anzumelden. Aber wir weisen darauf hin, dass die Furka-Oberalpbahn heute schon ein Betriebsdefizit aufweist, und heute schon haben der Bund und die Kantone Uri und Graubünden das Vergnügen, an die Furka-Oberalpbahn jedes Jahr zusammen zwischen 50 und 60 000 Franken einzuzahlen, und das bei blossem Sommerbttrieb während dreier Monate und bei einem Wienerbetrieb nur auf der Strecke Disentis-Sedrun. Meinen Sie, dieses Defizit werde dann kleiner, wenn die Bahn nun elektrifiziert wird und ein Ganzjahresbetrieb eingeführt werden sollte? Meinen Sie, die Frequenz werde dann grösser sein als jene des Basistunnels, bei welchem ein Defizit von 250 000 Fr. ausgerechnet werden will? Das glauben wir nicht. Das Defizit wird wachsen und es entsteht die Frage, wer es bezahlen soll.

Ich habe schon in der Kommission gehört, dass der Kanton Uri nicht gewillt sei, diese Kosten zu übernehmen. Diese Sache ist jedenfalls auch noch abzuklären. Wenn die Frequenzzahlen für einen Basistunnel ohne Zahnradstrecke mit viel grösserer Fahrgeschwindigkeit so niedrig sein sollen, wie es die Experten des Bundesrates annehmen, so wird die Sache geradezu katastrophal, wenn ein Jahresbetrieb über den Berg eingeführt würde.

Wir wollen aber diese Zahlen über den Betrieb auch noch weiter vergleichen mit den Zahlen eines Winterbetriebes, den wir kennen, nämlich mit den Zahlen der Berninabahn. Die Berninabahn kommt bei einem Verkehr, der wahrscheinlich kleiner ist als jener des Basistunnels von Sedrun nach Göschenen, ins Reusstal, mit einem Betriebsdefizit von etwas wenig über 100 000 Franken, bei 60 km Betriebslänge aus. Es scheint uns nach allen Gesichtspunkten, dass dieses Gutachten der Bundesbahnen und des Herrn Ing. Rothpletz auf dem Normalbahnbetrieb, aber nicht auf den Schmalspurbahnbetrieb aufgebaut ist.

Wir verlangen, dass diese Seite der Angelegenheit noch abgeklärt werde. Dabei dürfen wir sicher auch wünschen, dass die Frage einer Strassenverbindung über den Düssistock wenigstens einigermassen näher abgeklärt ist. Es wird dabei kaum etwas dagegen einzuwenden sein, dass auch noch andere militärische Strassenprobleme in den Bereich der Untersuchung einbezogen werden.

Heute vormittag wurde auf die Dringlichkeit der ganzen Sache hingewiesen. Ich gebe zu: eine Dringlichkeit besteht. Aber die Annahme meines Antrages hat keine echte Verzögerung zur Folge. Sie haben heute gehört, dass noch keine baureifen Pläne vorliegen, weder für den Oberalp-Basistunnel noch für eine Ueberschienung des Oberalppasses noch auch für eine Kistenstrasse. Der Baubeginn wird also sowieso erst im Sommer möglich sein. Er ist auch ohnedies erst nach der Volksabstimmung vom 4. Juni möglich, denn vorher werden Sie mit dem Bau nicht beginnen können, schon deshalb nicht, weil um diese Zeit, anfangs Juni, noch Schnee auf den Bergen liegt.

Bei einer solchen Sachlage dürfen wir verlangen, dass zu diesen Problemen, die für uns eine Landesfrage bedeuten, in ausführlicher Botschaft Stellung genommen wird, dass wir nicht im abgekürzten summarischen Verfahren an die Wand gestellt werden.

Mit der Möglichkeit einer Strassenverbindung von Glarus nach Graubünden will ich mich nicht lange befassen. Von unserem Standpunkt aus sollte der Segnes in Betracht fallen, nicht nur für uns, sondern auch für den Kanton Glarus. Freilich — ich unterstreiche das — nur wenn die Bahnverbindung Sedrun-Basistunnel-Reusstal als vollständig aussichtslos und ausgeschlossen gelten muss, was heute durchaus noch nicht der Fall ist.

Der Segnes ist an sich dem Kistenpass in jeder Beziehung ebenbürtig, auch militärisch solange der Talkessel von Sargans in unserer Hand ist. Er ist militärisch besser, weil er 220 m weniger hoch hinaufgeht, nämlich nur auf 1640 m, während die Kistenstrasse auf 1860 m hinaufgeht. Er hat ferner den Vorteil, an einem strategisch günstigen Orte im Kanton Graubünden auszumünden. Das Plateau von Flims gestattet absolute Operationsfreiheit rheinabwärts und rheinaufwärts und in der Richtung nach dem Splügen und Bernhardin durch das Glennertal. Das gleiche kann man vom Panixer- und vom Kistenpass nicht sagen, denn beide Pässe münden in das Tal, in ein eigentliches Défilé. Von dort aus sind noch Märsche nötig, um in operationsfreie Räume zu kommen. Dazu ist die Fliegereinsicht mindestens so wichtig wie es die Kanonen sind. Der Segnes ist in dieser Hinsicht sicherer als jeder andere Uebergang von Glarus nach Graubünden, denn er zieht sich an einer steilen Nordhalde hin, die den Fliegerangriffen besondere Schwierigkeiten bietet, und auf der Südseite verschwindet er gleich im Wald. Daneben hat er allein — ich glaube Ihnen das einigermassen nachgewiesen zu haben — von den Uebergängen Glarus — Graubünden wirtschaftliche Bedeutung für den ganzen Kanton Graubünden. Er hat aber auch wirtschaftliche Bedeutung für das obere Oberland und für den Kanton Tessin. Eine Zahl muss Ihnen vom Standpunkt des Kantons Tessins aus einiges zu denken geben: Tavanasa, der Ausgangspunkt des Kisten nach den Projekten, die hier aufgezeichnet sind, Meereshöhe 784, Ilanz Ausgangspunkt des Segnes 701 m; also ungefähr gleich hoch im Tal; Distanz Tavanasa—Ilanz 11 km; dafür 220 m weniger Scheitelhöhe für den Segnes.

Aber dem Segnes wird freilich vorgeworfen, dass er in den Bereich feindlicher Artillerie gelange, wenn die Festung Sargans eingestossen sein sollte. Ich will einmal von dieser Möglichkeit ausgehen. Was bedeutet der Fall der Festung Sargans? Darüber wollen wir uns im klaren sein. Er bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass die Landesverteidigung Graubündens von rückwärts abgeschnitten ist, wenn nur der Kisten oder der

Oberalp zur Verfügung steht, denn so erfahren ist ein Eroberer von Sargans, dass er sich gleichzeitig mit Sargans auch des Platzes Chur und damit der Gegend Chur—Reichenau bemächtigt. Damit aber ist die ganze Verteidigung von Graubünden von hinten rettungslos eingestossen. Steht uns noch der Segnes zur Verfügung, so wird es möglich, rechtzeitig und stark den Raum Chur—Reichenau zu verteidigen, zu sichern oder neu zu erobern gegen Süden oder gegen Norden, eventuell auch gegen Süden und Norden. Ich glaube diese Sache muss im Auge behalten werden, wenn mit der Möglichkeit eines Einstossens der Befestigung von Sargans gerechnet wird. Aber noch etwas mehr bedeutet der Fall von Sargans. Der Fall von Sargans bedeutet auch den Fall des obern Toggenburgs, denn es kann die Festung Sargans von Norden her gar nicht angegriffen werden, wenn nicht gleichzeitig auch unsere Grenzsperre am Rhein bei Buchs und weiter nördlich und am Wildhauspass eingeschlagen ist. Dann ist aber auch das oberste Toggenburg nicht mehr in unserer Hand und wir verfügen für die Zufahrt zum Kisten nur mehr über den Klausen, denn die Prägelstrasse und die Landstrasse über Lachen sind im Feuer der feindlichen Geschütze aus dem oberen Toggenburg, genau gleich wie die Strasse im Sernftal unter dem Feuer der Kanonen von Sargans stehen würde. Nun ist im Sommer diese Verbindung über den Klausen vorhanden, aber über die Eignung im Winter gehen interessanterweise die Meinungen noch weit auseinander. Es ist in den Kommissionssitzungen in Davos und Lugano von dieser Frage die Rede gewesen und die Stellungnahme der eidgenössischen Instanzen, nicht der Kommissionsmitglieder, hat von Davos nach Lugano auffallend geändert.

Die Konsequenz aus dieser Lage, die ich nicht weiter schildern will, ist der beschleunigte und erweiterte Ausbau einer starken Festung in Sargans. Zu deren Sicherung müssen aber nordwärts und südwärts neue selbständige Werke eingerichtet werden, um das Rheintal als Angriffsgrundstellung für einen Angriff auf Sargans von Norden her unhaltbar zu machen. Diese Verteidigung muss wirken über die ganze Rheinebene hindurch und auf die Eingänge zur Rheinebene. Wenn dieser Talkessel derart fest ist, kann der Kanton Graubünden und der Kanton St. Gallen an der Grenze verteidigt werden. Dann wird es aber auch nicht möglich sein, beliebig im Talkessel von Sargans Kanonen aufzustellen, denn wenn auch noch vielleicht hie und da das eine oder andere dieser Werke erobert werden sollte, die ganze moderne Festung Sargans wird nicht auf Anhieb fallen. Wir erinnern uns an das berühmte Beispiel des Weltkrieges, an die Verteidigung der Festung Verdun. Freilich, breit genug muss die Basis der Festung Sargans gewählt werden. Dann haben auch die Strassenverbindungen von Glarus nach Graubünden und nach dem Tessin militärischen Wert. Dieser Fortifikation Sargans in breiter Basis kommt auch Bedeutung zu für den Kanton Tessin, denn wenn Graubünden in der Hauptsache wegen des Falles von Sargans nicht gehalten werden könnte, kommt der Tessin in eine Zange; dann wird er gepackt nicht nur vom Val Antigorio her, sondern auch vom Kanton Graubünden aus. Sie können sich über die Situation an der Karte ein Bild machen. Dann könnte sogar — das möchte ich allerdings dick unterstreichen — eine Strassenverbindung über die Tödikette überhaupt zu einer eidgenössischen Gefahr werden, wenn auch der Kanton Tessin einmal abgequetscht wäre.

Ich kann Ihnen hier in öffentlicher Sitzung keine Angaben machen über die bisherigen Arbeiten fortifikatorischer Art im Talkessel von Sargans und mich auch nicht aussprechen über die Höhe der Kredite für diese Anlagen im Rahmen der heutigen Vorlage. Aber soviel darf schon gesagt werden, dass in der kommenden Vorlage von 350 Millionen für die Erweiterung von Befestigungsanlagen noch weitere Millionen vorgesehen sind und vorgesehen sein müssen für Ergänzungen, die hier und dort, aber auch in Sargans notwendig sind. Diese Angelegenheit ist jedenfalls dringlicher als der Ausbau der Strassen. Jetzt sind die Anlagen auszubauen. Witterung und Höhenlage gestatten die sofortige Inangriffnahme und vor allem geht der Festungsbau sehr viel rascher vor sich als der Bau irgendeiner Strassenverbindung. In der Rechnung fremder Armeen wirken Festungen zu Ungunsten, Strassen aber unter allen Umständen fördernd auf Durchmarschpläne. Darüber sind alle militärischen Instanzen einig.

Zusammenfassend beantragen wir Ihnen deshalb zu Pos. 3a und b — es liegt hier ein Druckfehler vor — Zustimmung zum Nationalrat, mit Wiederaufnahme von Art. 4, soweit er sich auf die Sicherstellung einer Verbindung nach der Südostschweiz bezieht. Wir stellen den Antrag, weil die Verhältnisse heute noch nicht abgeklärt sind, nicht abgeklärt sind hinsichtlich einer Bahnverbindung Disentis–Reusstal, mit Basistunnel, nicht abgeklärt hinsichtlich des Winterbetriebes der Oberalpbahn, nicht abgeklärt hinsichtlich des Winterbetriebes des Kistenpasses, nicht abgeklärt hinsichtlich der endgültigen Strassenführung des Kistenpasses.

Dann darf ich auch darauf hinweisen, dass nach den mir zugekommenen Erklärungen die militärischen Instanzen durchaus nicht etwa einstimmig für den Kistenpass sind, und zwar je länger je weniger. Die letzten Tage veranlassten eine neue Ueberprüfung der militärischen Lage, denn die neuesten Ereignisse der letzten Tage haben Eindruck gemacht auf uns, auf unsere Militärs, aber speziell im ganzen Grenzland, und wir verwahren uns dagegen, dass man Graubünden gegen seinen Willen eine Lösung aufzwingen will, bevor diese Abklärung eingetreten ist. Graubünden hat die grundlegenden Zahlen für eine Bahnverbindung noch nicht geprüft, der Bundesrat hat Stellung genommen, ohne den Bericht des Territorialkantons zum Gutachten der SBB; wir glauben Anspruch zu haben, dass diese Frage schon noch überprüft werden darf, denn vorläufig ist Graubünden noch ein souveräner Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft, und hoffentlich ist er noch lange souverän.

Der bündnerische Grosse Rat hat sich mit 74 gegen 20 Stimmen gegen das Kistenpassprojekt ausgesprochen, nach ausgiebiger Diskussion. Es ist nicht etwa nur eine verblendete und verbohrte Regierung, wie etwa die „Automobil-Revue" meint,

sondern es ist die Volksvertretung, der ganze Grosse Rat, der hierzu Stellung genommen hat, und dieser ganze Grosse Rat hat sich auch einhellig für eine Bahnverbindung nach dem Reusstal ausgesprochen. Diese Zahl, 74:20, will im Lande der 150 Täler und der auseinanderstrebenden Verhältnisse etwas bedeuten. Glauben Sie mir: Es ist für eine Regierung ebenso schwer, den Kanton Graubünden zu leiten wie für den Bundesrat die Eidgenossenschaft.

Wir verwahren uns vor allem gegen das vorgeschlagene abgekürzte Verfahren, gegen dieses summarische Verfahren, gegen den Erlass eines Bundesbeschlusses von grösster Tragweite, zu dessen Begründung nicht einmal eine Botschaft und Akten vorliegen. Selbstverständlich sind wir der Meinung, dass die Streitfrage zwischen den drei Kantonen so oder anders entschieden werden muss, selbstverständlich sind wir der Meinung, dass die Bundesversammlung das wird tun müssen, aber bitte: im ordentlichen, vor allem nicht im summarischen Verfahren.

Das zu verlangen, ist unser Recht. Wir bitten Sie dringend, Hand zu bieten für eine gerechte und billige Abklärung. Schaffen Sie nicht unnötig, jetzt, wo wir rasch zum Ziele kommen müssen, wo die Volksabstimmung bald vor sich gehen soll, eine bedeutende Differenz zum Nationalrat. Bei dieser Abstimmung tragen Sie eine grosse Verantwortung, und ich möchte nur wünschen, dass Sie in Zukunft an diese Verantwortung mit dem Bewusstsein zurückdenken, das Richtige gewollt zu haben; aber vergewaltigen Sie unsern Kanton nicht.

Mercier: Nachdem die beiden Standpunkte für und gegen den Kistenpass so eingehend erläutert worden sind, kann ich mich kurz fassen. Ich will vorerst meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, dass durch den Antrag des Bundesrates endlich die Diskussion abgeschlossen wird, welche sich über die Alpenstrasse entwickelt hat. In den einzelnen Kantonen bekämpfen sich die einzelnen Teile, und die Beziehungen zwischen den einzelnen Kantonen untereinander sind auch in Mitleidenschaft gezogen worden. Ausserhalb des Ratssaals versteht man auch nicht mehr, dass die Sache immer wieder hinausgeschoben wird, nachdem doch von militärischer Seite her die Dringlichkeit dieser ganzen Angelegenheit betont worden ist.

Ich beschränke mich auf einige wenige Feststellungen. In erster Linie möchte ich etwas betonen, von dem heute nicht gesprochen worden ist: Die Kistenstrasse hat nicht nur die Funktion, Graubünden zu helfen, wenn die Festung oder der Talkessel von Sargans verloren sind, sondern ihre Hauptfunktion ist die, dass sie eine Parallelstrasse zur Gotthardstrasse bildet. Die Gotthardstrasse ist, wie Sie wissen, in ihrem oberen Teil und auch unterhalb Airolo bedroht durch feindliche Geschütze, die in der Gegend des San Giacomo-Passes aufgestellt werden könnten. Mit der Strasse über den Kisten und in Verbindung mit dem Lukmanier können wir unsere Truppen verschieben bis nach Biasca und können so ungestört in den unteren Teil des Kantons Tessin gelangen. In dieser Funktion der Kistenstrasse sehe ich den Hauptvorteil. Ich möchte auf diesen Punkt ganz besonders hinweisen und die Herren ersuchen, bei der Abstimmung an diesen Punkt zu denken. Herr Ständerat Lardelli hat heute von einer Verbindung der Gotthardbahn mit Graubünden gesprochen via Bernhardin. Da muss ich nur etwas sagen, was er jedenfalls besser weiss als ich: dass der Bernhardinpass beim Dorf Splügen zusammentrifft mit dem Splügenpass, der auf italienischer Seite sehr gut bestrasst ist, dass die Bernhardinlinie nur 5 km von der italienischen Grenze durchführt, dass sie also in dieser Beziehung viel verwundbarer und gefährlicher ist als die Strasse über Kisten–Lukmanier in den Tessin.

Etwas, was ich bei Herrn Lardelli gar nicht begreife, ist, dass er so grosse Befürchtungen hat wegen des wirtschaftlichen Einflusses der neuen Strasse. Graubünden hat jetzt seine glänzendste Verbindung Nord–Süd über Chur–Lenzerheide–Julier–Maloja–Castasegna, die durch den Bau der Gandriastrasse an Bedeutung zugenommen hat, weil man über diese Strasse direkt nach Lugano gelangen kann. Die neue Strassenverbindung vom Kanton Glarus nach dem Tessin hat eigentlich gar keine andere Funktion als bisher die Gotthardstrasse, und deshalb kann ich nicht begreifen, dass man im Kanton Graubünden davon sprechen kann, der Kisten und Lukmanier zusammen werden den Kanton Graubünden irgendwie schlecht beeinflussen. Das ist eine reine Parallelstrasse zum Gotthard, und wer rasch nach dem Tessin fahren will, wird auch in Zukunft die Gotthardstrasse benützen, und nicht die neue Kistenstrasse. Wer rasch nach Graubünden fahren will, der wird wie früher über die neue Talstrasse dem Walensee entlang oder über den Kerenzerberg via Chur nach den Fremdenverkehrszentren Graubündens fahren. Herr Bundespräsident Etter hat in Davos gesagt, eine neue Strasse bringe auch neuen Verkehr. Das ist ganz sicher. In der Zukunft wird die Kistenstrasse, wenn sie einmal gebaut ist, sehr oft befahren werden, aber kein Mensch sagt, dass alle diese Leute nach dem Tessin weiterfahren. Warum sollen sie nicht nach Disentis und dem Vorderrheintal und von da nach dem Engadin gehen? Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass Graubünden wirtschaftlich durch die neue Kistenstrasse gewinnen wird. Es ist mir nicht begreiflich, wieso die Kistenstrasse Graubünden den Verkehr wegnehmen sollte.

Den Hauptvorteil des Kistenpass-Projektes bildet die Kürze des Tunnels. Der Pass geht auf 1860 m hinauf, also ca. 100 m niedriger als die heutige Klausenstrasse und unterfährt dann das Kistenstöckli in einer Länge von 2,2 km.

Herr Ständerat Lardelli hat sehr richtig den Segnespass in Vergleich gestellt, aber dabei nicht mitgeteilt, dass dafür 2 Varianten bestehen. Er hat begreiflicherweise nur eine genannt, jene, wo der Scheiteltunnel sich auf einer Höhe von 1680 m befindet, aber vergessen beizufügen, dass auf dieser Scheitelhöhe die Tunnellänge 6,4 km betrage, was eine bedeutende Verlängerung gegenüber dem 2,2 km langen Kistentunnel bedeutet.

Die Länge des Tunnels, die Herr Lardelli genannt hat, beträgt 1,3 km, aber auf einer Höhe von 2200 m, also erst auf dieser Höhe erreicht man den sehr kurzen Tunnel von 1,3 km. Deshalb käme dieses Tracé überhaupt nicht in Frage.

Die Tunnelkosten sind bei unseren Strassenbauten von ausschlaggebender Bedeutung. Man hat mir auf dem Oberbauinspektorat mitgeteilt, dass wir inkl. Ventilationsanlagen für den Tunnelkilometer 3 — 4 Millionen Franken rechnen müssen. Da scheint mir eine Differenz von einigen km einen bedeutenden Ausschlag zu geben.

In letzter Linie möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Kistenstrasse eine Touristenstrasse allerersten Ranges wird. Ich kenne die meisten schweizerischen Alpenstrassen, glaube aber kaum, dass eine andere Alpenstrasse in landschaftlicher Beziehung mehr zu bieten vermag. Ich nehme an, dass einzelne Herren die Situation der Baumgartenalp kennen, von der aus man einen klassischen Blick auf das ganze Tödimassiv und den Tödi selbst hat, auf der Südseite, beim Ausgang des Tunnels, überschaut man das Val Frisal. Rechts hat man die grossen Felswände des Bifertenstockes und auf der andern Seite die Brigelserhörner.

Ich möchte zum Schluss noch bemerken, dass in der Sitzung in Davos der Chef unserer Generalstabsabteilung mit aller Kraft dafür eingetreten ist, dass der Kisten gebaut werde. Aus den interessanten Ausführungen des Herrn Bundespräsidenten von heute morgen haben Sie auch gehört, dass das Kistenprojekt studiert und nach allen Kanten hin abgeklärt wurde. Es ist nicht so, wie Herr Lardelli behauptet hat, dass alles nur so oberflächlich studiert worden sei. Ich glaube daher, dass wir dem bundesrätlichen Antrage zustimmen müssen, auch damit nun einmal etwas geschieht. Unser Volk verlangt das. Die neuen Ereignisse beim nördlichen Nachbar unseres Landes haben eine gewisse Aufregung in unserem Volke hervorgerufen. Wenn wir nicht endlich dazu kommen, einen festen Entschluss zu fassen, schaffen wir nur weitere Unruhe. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, dem Antrage des Bundesrates zuzustimmen.

Meyer: Die öffentliche Diskussion über die strategische Verbindung der Innerschweiz nach der Ostschweiz oder besser gesagt nach dem Kanton Graubünden, hat eine Reihe von Projekten zutage gefördert, die für das Urnerland von Interesse sind. Die temperamentvollen Ausführungen von Herrn Lardelli veranlassen mich zu einer Bemerkung.

Die Bahnverbindungen Disentis–Gurtnellen–Göschenen– oder Amsteg auf dem Wege eines Basistunnels, wie sie generell projektiert worden sind, sind im Verhältnis zu ihrem Werte viel zu teuer. Sie könnten nur im Kriege, und auch dann nur mit dem allergrössten Defizit, betrieben werden. Ich bin überzeugt, dass das bloss theoretische Lösungen sind, die keine wirtschaftliche Bedeutung besitzen und Utopien gleichkommen.

Das Strassenprojekt Amsteg–Düssistock–Rusein von Herrn Ingenieur Studer hat in der Urschweiz keine grosse Beachtung gefunden. Es ist aber von der Regierung des Kantons Luzern unterstützt worden. Diese Frage interessiert in erster Linie den Bund, dann noch die Kantone Graubünden und Uri. Die Eingabe der Regierung des Kantons Luzern hat daher mit Recht eine gewisse Verwunderung ausgelöst. Die Urnerbehörden sind, wie der Herr Bundespräsident festgestellt hat, darüber nicht befragt worden, und sie haben sich auch wohlweislich nicht ausgesprochen, was Sie mit gewisser Heiterkeit feststellten. Es ist sehr schwer, sich zu einem solchen Projekt auszulassen. Unser Land ist mit Strassenlasten und Staatsschulden ausserordentlich reich gesegnet und wird sich daher einem solchen neuen Strassenprojekt gegenüber sehr vorsichtig einstellen. Ich persönlich vertrete die Auffassung, dass jede neue Strasse an sich Verkehr bringt und daher an sich zu begrüssen ist, dass aber so, wie die Dinge liegen, dieses Projekt nur ausgeführt werden könnte, wenn der Bund nicht nur den Bau, sondern auch den Unterhalt auf seine Kosten übernehmen würde.

Der Gedanke, die Oberalp- und die Schöllenenbahn auszubauen, ebenso die Oberalpstrasse und die Klausenstrasse auf den Winterbetrieb einzurichten, ist sehr gut und praktisch; er verdient alle Unterstützung. Mit verhältnismässig wenigen Kosten wird, wie der Herr Bundespräsident und der Generalstabschef festgestellt haben, eine wertvolle militärische Verbindung nach Graubünden geschaffen und nicht nur die Rhätische, sondern auch die Furka–Oberalpbahn erheblich alimentiert.

Herr Kollege Lardelli hat in seiner höchst temperamentvollen Rede die Behauptung aufgestellt, dass erstens einmal der Kanton Uri es ablehnen werde, an den Winterbetrieb der Oberalpbahn eine Zahlung zu leisten. Er hat sich dabei auf angebliche Aeusserungen in der Kommission berufen und wollte damit wahrscheinlich sagen, dass ich mich in dieser Richtung ausgesprochen habe. Das ist durchaus irrig. Heute leistet der Kanton an das Defizit des Bahnbetriebes einen jährlichen Beitrag von Fr. 6000. Ich nehme persönlich an, dass die Kommunen und der Staat, die sich in diese 6000 Franken teilen, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Bedeutung der Bahnverbindung auch in Zukunft ein allfälliges Defizit mittragen werden. In welchem Umfang und nach welchem Verteiler, bleibt dahingestellt. Selbstverständlich fallen dann die militärischen Belange bei der Aufstellung des Verteilers sehr wesentlich in Betracht, und wir zweifeln nicht daran, dass die Militärbehörden dieses Moment angemessen würdigen werden. Die Furka–Oberalpbahn hat allerdings ein Defizit, aber dieses Defizit ist in Hauptsache nicht auf den Betrieb der Oberalplinie zurückzuführen, sondern vor allem auf den Betrieb der Furkalinie. Darüber möchte ich keine Polemik entwickeln, sonst fordere ich die Opposition des Herrn Evéquoz heraus, was ich vermeiden will. Aber fest steht jedenfalls, dass schon in den letzten Jahren der Sportbetrieb von Andermatt nach Nätschen einen Gewinn abgeworfen hat. Wenn ich recht berichtet bin, betrug dieser Gewinn im letzten Jahr 1938 bis 20 000 Franken. Auf der andern Seite ist die Linie von Disentis bis nach Sedrun, diesem kommenden „internationalen Wintersportplatz", schon längst im Betrieb und ich habe sogar das Gefühl, dass wir an diesen Betrieb indirekt auch eine Subvention bezahlen und dass die 6000 Franken, die wir leisten, dazu dienen, den Betrieb von Disentis nach Sedrun im Winter mitzuunterhalten.

Dann wird noch das Teilstück von Sedrun bis nach Oberalphöhe oder Nätschen winters durchgeführt werden müssen und das sollte mit erheblich

geringeren Kosten möglich sein. Vergessen Sie nicht, dass die Rhätische Bahn von Ilanz bis Disentis oder Sedrun heute gewissermassen eine Sackbahn ist, die während 9 Monaten des Jahres nicht mehr weiter kann. Wenn aber die Oberalpbahn zur Winterzeit den Betrieb nach Andermatt und Göschenen abnimmt und den Anschluss an eine internationale Linie herbeiführt, dann bringt das allen Unternehmen sicher eine ganz wesentliche Mehreinnahme. Ich bin überzeugt, dass sich die bisherigen Betriebsdefizite nicht erhöhen, sondern dass sie sehr bedeutend zurückgehen werden.

Noch eine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Lardelli über die Baubereitschaft der Oberalpbahn. Ich verstehe von seinem Standpunkt aus, dass er schwarz in schwarz malte. Ich begreife das sehr lebhaft, aber mir scheint, dass er hier lebhaft übertreibe. Er hat einmal gesagt, es sei nicht anzunehmen, dass der Ausbau mit 6—7,5 Millionen durchgeführt werden könne. Demgegenüber weise ich darauf hin, dass nach mir zugekommenen Berichten des ehemaligen Oberingenieurs der Rhätischen Bahn, Ingenieur Bernasconi, nicht nur ein generelles, sondern ein durchgeführtes Projekt für den Ausbau der Oberalpbahn erstellt hat, das mit 5 Millionen auskommt. Ich verweise darauf, dass von einer ganzen Reihe guter Kenner des Oberalppasses erklärt wird, dieser Ausbau sei durchaus möglich. Ich kenne den Oberalpass auch, und glaube, dass diese Auffassung zutreffend ist. Der bundesrätliche Experte hat statt 5, 6 Millionen berechnet. Das ist sehr reichlich und es ist unbedingt anzunehmen, dass dieser Kostenvoranschlag innegehalten werden kann.

Ich möchte zur Frage: Kisten oder Segnes nicht sprechen, sondern das den beteiligten Nachbarn überlassen. Sie werden das schon reichlich genug tun, aber ich muss mich unbedingt dagegen wehren, dass man zur Bekämpfung des Kistenpasses das Oberalpprojekt bekämpft und uns zwingen will, eine Bahnverbindung nach dem Reusstal anzunehmen, die unsere Interessen verletzt und die das ganze Urnerland von Gurtnellen an aufwärts bis nach Andermatt und die Schöllenen- und Furka-Oberalpbahn schwer beeinträchtigt.

Bolla: Vous avez entendu, ce matin, à plusieurs reprises, nommer le Tessin: vous comprendrez aisément que j'intervienne dans ce débat pour appuyer la nouvelle proposition du Conseil fédéral concernant la construction d'une route conduisant de Linthal dans la vallée du Rhin antérieur par le col du Kisten.

Le 9 de ce mois, la presse suisse annonçait, à propos de la nouvelle voie de communication routière entre les cantons de Glaris et des Grisons, que le Conseil fédéral, après avoir étudié tout le problème sous toutes ses faces et examiné le point de vue des gouvernements cantonaux intéressés, s'était prononcé, à l'unanimité, pour la construction de la route du Kisten.

La communication adressée à la presse ajoutait que la décision unanime du Conseil fédéral avait été prise en plein accord avec les autorités militaires compétentes, qui estimèrent que la route du Kisten était celle qui répondait le mieux, à tous égards, aux exigences de la défense nationale. Cette route est, en effet, la plus éloignée de la frontière orientale et offre, en outre, l'avantage de créer une seconde communication routière avec le Tessin par le Lukmanier qui, du point de vue militaire, est d'autant plus important que la route du Gothard présente notoirement des points vulnérables.

Le Conseil fédéral, en portant son choix sur le projet de route du Kisten, s'était uniquement laissé guider par les intérêts supérieurs de la défense nationale. Comme il s'agit de construire une route alpestre qui tienne compte, avant tout, des intérêts militaires, toute autre considération devait passer au second plan.

Si j'ai rappelé ce communiqué diffusé par la presse, c'est qu'il expose brièvement, de façon lapidaire, les raisons qui ont engagé le Conseil fédéral et qui ont été si magistralement et catégoriquement développées ici par M. le Président de la Confédération, à donner la préférence au projet du Kisten. Elles sont d'une telle évidence, même pour le profane en matière de stratégie militaire, que ce serait faire injure à mes honorables collègues que de vouloir insister davantage sur ce point.

Je parle naturellement de la stratégie militaire des instances officielles de la Confédération et non pas de celle qui est influencée par des considérations d'intérêt cantonal ou encore de celle d'officiers supérieurs qui ne sont pas aux responsabilités

La décision de la majorité de notre commission, de soustraire de l'ensemble des crédits votés par le Conseil national uniquement le poste de 20 millions de francs, prévu pour la construction de la route du Kisten, devait donc nécessairement provoquer, et a effectivement provoqué, une véritable stupeur, non seulement dans les régions plus directement intéressées, comme le Tessin, mais encore dans une grande partie de l'opinion publique suisse. Celle-ci estime, à juste titre, que la nouvelle voie de communication routière à travers les Alpes glaronaises est indispensable pour assurer la défense du territoire des Grisons et du Tessin, d'autant plus que les événements du mois de mars de l'année dernière ont aggravé la situation politique. Elle juge, en outre, qu'en ce qui concerne le tracé d'une route d'ordre essentiellement militaire, la décision comme la responsabilité doivent appartenir en premier lieu à l'autorité militaire et au Conseil fédéral.

La majorité de la commission n'a certes pas osé repousser définitivement le projet du Kisten et paraît se borner à présenter, à cet égard, une proposition de renvoi pour le complément d'examen désiré par les Grisons. Il n'est pourtant personne d'assez ingénu pour ne pas comprendre que ce renvoi présente le danger d'être un enterrement de première classe et que, si aucune décision n'intervient maintenant, la question risque d'être renvoyée aux calendes grecques. Elle le serait sûrement si on la faisait dépendre, comme voudrait M. Lardelli, de l'accord entre les trois cantons intéressés.

La nouvelle voie de communication dont le tracé est déjà mentionné dans les actes parlementaires fédéraux des années autour de 1860, n'est pas seulement nécessaire, en cette année de grâce 1939; elle est aussi urgente et non moins urgente, sans doute, que les armements, les munitions et

les fortifications à la frontière, si nous voulons être prêts à faire face à toutes les éventualités que nous réservent les temps agités et pleins d'inconnues que nous traversons.

Le renvoi à des temps meilleurs et pour étude complémentaire se justifierait si les sombres nuages et les menaces qui s'accumulent à l'horizon se dissipaient pour laisser entrevoir une ère de paix. Mais qui oserait l'affirmer, surtout après les événements de la semaine dernière qui ont si vivement impressionné notre pays et qui démontrent que notre époque ne nous permet plus d'accepter des renvois dont les conséquences pourraient être fatales à notre défense nationale?

Afin de justifier la décision de la commission, on a prétendu qu'aucun projet définitif n'avait été établi pour les diverses solutions envisagées. Or, c'est inexact, puisque les cantons du Tessin et de Glaris ont élaboré les grandes lignes de deux projets et que l'Inspectorat fédéral des travaux publics a établi plusieurs projets détaillés en ce qui concerne le Kisten.

Cette circonstance n'a d'ailleurs aucune importance, toutes les autres solutions envisagées, spécialement les cols du Panix et du Segnes, que la commission, elle-même, considère comme inutilisables au point de vue militaire, devant faire place à la route du Kisten, seul projet possible qui pourra encore être étudié dans tous ses détails dès qu'interviendra le vote favorable de l'Assemblée fédérale.

Il est clair, en tous cas, que le problème, étant donnée la manière de voir de la commission, ne peut être représenté par l'antithèse Kisten ou Segnes, Kisten ou Panix, mais bien par l'antithèse Kisten ou rien. Cela étant, il ne reste qu'à souhaiter que ceux qui, aujourd'hui, ne veulent rien savoir de la nouvelle route destinée avant tout à maintenir le contact avec le canton des Grisons en cas d'occupation de la trouée de Sargans, n'aient pas, un jour, à se reprocher amèrement leur attitude présente et à supporter les graves responsabilités qu'ils endossent de la sorte.

Les expériences du passé, c'est-à-dire les luttes qui se sont déroulées dans les Grisons pendant la guerre de 30 ans, les événements sanglants des années 1798/99, le développement de la technique des armes et des moyens de transport militaires, la modification des rapports avec nos voisins avaient déjà engagé, il y a quelques années, un de nos plus distingués officiers supérieurs, le lt. col. Brunner, qui commande en ce moment un régiment d'infanterie de montagne, à soutenir, du point de vue militaire, la priorité du nouveau passage entre Glaris et les Grisons sur tout autre projet routier. Cette opinion pouvait, à l'époque, paraître exagérément pessimiste. La triste réalité que représente le danger d'occupation de la trouée de Sargans, nous prouve, aujourd'hui, qu'elle est celle d'un homme clairvoyant. Voulons-nous donner le spectacle peu édifiant d'un peuple ne réussissant pas à se mettre d'accord, pour de simples intérêts économiques particuliers, sur une question concernant essentiellement la défense nationale, qui est urgente et commande une procédure urgente et sommaire? Ce ne serait pas d'un bon présage pour l'avenir de notre pays.

Le mémoire du Gouvernement grison, qui estime que le projet du Kisten cause inutilement un sérieux préjudice à ce canton et ne tient nullement compte de sa politique en matière de trafic et de communications alpestres, semble avoir engagé la majorité de la commission à méconnaître les arguments relevés il y a un instant et qui montrent pourtant clairement que la voie à suivre ne peut être que celle indiquée par le Conseil fédéral unanime.

Je regrette de ne pouvoir partager les craintes du Gouvernement grison et de notre honorable collègue M. Lardelli; elles sont, à n'en pas douter, sans fondement, en tout cas fortement exagérées, comme le furent celles exprimées, il n'y a pas très longtemps encore, par le même Gouvernement, à l'égard du trafic automobile. Je le regrette d'autant plus que le Tessin a toujours nourri les plus vives sympathies pour le canton voisin des Grisons, pour ses incomparables beautés naturelles, pour ses institutions qui s'inspirent d'une large autonomie locale; le Tessin a fourni une preuve indiscutable de cette sympathie lorsque, il y a quelques années, il a construit, avec d'importants sacrifices, la route de Gandria pour s'approcher de l'Engadine, qui a retiré de cette route des avantages considérables. Pour ces raisons déjà, j'aurais mauvaise grâce à entamer à ce sujet une polémique contre la politique officielle de Coire, alors que personne ne désire plus que moi que les rapports entre le Tessin et les Grisons restent cordiaux, puisque seule cette cordialité pourra profiter aux deux cantons voisins ayant tant d'intérêts communs.

Si, aujourd'hui, nous ne pouvons admettre le point de vue du Gouvernement des Grisons, ce n'est pas par incompréhension de ses intérêts, mais par les raisons mêmes pour lesquelles le Conseil fédéral, lui aussi, regrette de ne pouvoir suivre les autorités grisonnes.

Qu'il me soit permis, toutefois, de relever que tout le monde, dans les Ligues grises, ne partage pas les opinions exposées par le Gouvernement grison dans son mémoire et par notre honorable collègue M. Lardelli. La politique du Gouvernement, qui voudrait évidemment empêcher la construction de toute voie de communication avec le canton de Glaris, est loin d'être approuvée d'une manière générale puisque, même dans les Grisons, une bonne partie de l'opinion publique est favorable à un tel projet de route, à condition que ce ne soit pas celui du Kisten. De plus, l'Oberland grison, soit dans l'assemblée populaire d'Ilanz du mois de septembre dernier, soit officiellement, par ses représentants au sein du Grand Conseil, soit encore par la lettre que nous a adressée le cercle de Disentis, n'a en tout cas pas manqué de se prononcer, de façon particulièrement nette, pour l'adhésion aux propositions du Conseil fédéral. L'Oberland grison ne peut évidemment ignorer ce fait essentiel et incontestable que la route du Kisten débouche dans la vallée du Rhin, à Brigels, et qu'elle est et sera toujours, avant tout, une voie de communication entre les Grisons et Glaris, qui, en matière de tourisme, bien loin de lui porter préjudice, complétera au contraire le réseau routier des Grisons.

Il est absurde de croire que la nouvelle route désavantagera les Grisons. C'est bien plutôt, éventuellement, la route du Gothard qui pourrait subir un préjudice. Et si, contrairement à toute prévision, elle ne devait profiter qu'au seul Oberland grison, celui-ci n'est-il pas une région qui mérite de ne pas être, sans autre, sacrifiée à des régions plus prospères et plus riches? L'attitude officielle de canton des Grisons sur ce point a été consacrée, dans la résolution votée la semaine dernière par le Grand Conseil de ce canton, par 74 voix contre 20, ce qui prouve une fois de plus que le canton des Grisons ne se présente pas avec une opinion unanime: les 20 opposants aux propositions gouvernementales représentent, en effet, comme on nous l'écrit, 60 communes.

Ce n'est pas ici que nous pouvons discuter à fond cette résolution, qui nous amènerait à envisager tout le problème routier cantonal grison; cela n'est pas de notre compétence. Ce qui est essentiel dans ce vote, c'est qu'il reconnaît expressément la nécessité d'une nouvelle communication entre les Grisons et la Suisse centrale et la nécessité du maintien du crédit voté par l'Assemblée fédérale. Le Grand Conseil grison est de l'avis qu'une ligne de chemin de fer entre Disentis et la vallée de la Reuss, avec un tunnel de base, donnerait satisfaction à toutes les nécessités militaires. Cette solution, qui fut envisagée par l'Etat-major général, qui l'a aujourd'hui abandonnée pour raisons financières, a déjà été étudiée à fond ainsi que plusieurs de ses variantes; elle a été écartée par toutes les autorités fédérales et aussi par notre commission, spécialement en raison de considérations financières évidentes qui ont été développées déjà par M. le Président de la Confédération. Cette solution n'offre, d'après l'opinion des C.F.F., aucun avantage au point de vue du trafic et de l'économie et l'on pourrait ajouter que des officiers supérieurs qualifiés ont contesté la valeur militaire de cette ligne, qui aurait le désavantage de trop concentrer, en cas de guerre, dans l'étroite vallée de la Reuss, tous les mouvements de troupes, de matériel et de marchandises avec tous les dangers qui en découlent.

Qu'il me soit permis de dire un mot aussi sur un autre point de la résolution du Grand Conseil grison, parce que trop souvent et sans aucune raison — aujourd'hui encore — au binome Kisten-Lukmanier l'on a opposé le binome Segnes-San-Bernardino. Le Grand Conseil affirme que la défense militaire ainsi que la défense économique du pays demandent l'aménagement de plusieurs des routes grisonnes et sur ce point on peut très bien être d'accord; mais il voudrait aussi une nouvelle route nord-sud, ouverte toute l'année, avec un tunnel sous le San Bernardino. On peut aussi admettre que cette route serait comme beaucoup d'autres, utile: qu'elle puisse présenter des avantages au point de vue militaire et contribuer à notre défense nationale, vu sa proximité de la frontière et sa vulnérabilité, il faut l'exclure sans autre. Souvenons-nous que nous devons nous borner à discuter aujourd'hui des routes qui ont, en premier lieu, une valeur stratégique. Cette valeur, nul ne saurait la constester au Kisten et au Lukmanier.

Si le canton des Grisons a le droit de faire entendre ses doléances, pourquoi les autres cantons intéressés et, parmi eux, le Tessin, ne pourraient-ils en faire de même? Le Tessin a d'ailleurs, par la voie de son Gouvernement, soulevé cette question bien avant que les événements politiques de ces derniers temps soient venus lui donner une pareille actualité. Et le Gouvernement tessinois — il convient de le relever, à son honneur — n'a jamais observé une attitude intransigeante; il s'en est remis d'emblée à la solution qui serait adoptée dans l'intérêt général de la Suisse. Nous aurions accepté aussi d'autres solutions en dehors de celle du Kisten, si les autorités militaires les avaient suggérées. Ce que nous ne pouvons pas admettre, c'est qu'on ne construise aucune route entre Glaris et les Grisons.

J'exposerai brièvement les motifs qui poussent le Tessin à s'intéresser si vivement, lui aussi, à ce problème. Je me permettrai toutefois de rappeler auparavant que si le Grand Conseil grison a voté contre la route du Kisten une résolution qui fut loin de réunir l'unanimité, le Grand Conseil tessinois, à son tour, dans sa séance du 13 courant, à l'unanimité, a pris acte avec surprise et vive préoccupation de la décision de notre commission et a invité le Conseil d'Etat à intervenir de la façon la plus énergique pour sauvegarder les intérêts cantonaux menacés.

Le Conseil d'Etat tessinois a adressé à tous les membres de l'Assemblée fédérale un appel motivé les invitant à voter le crédit de 20 millions de fr. et à accomplir, de cette manière, un geste de solidarité confédérale. Cet appel vous a appris comment nous voyons nos intérêts menacés de deux manières: l'une, d'ordre militaire et l'autre, d'ordre économique.

La nécessité, plus que l'opportunité, pour la défense nationale, qui comprend naturellement aussi la défense du Tessin, d'avoir une voie de communication nord-sud en plus de celle, très vulnérable, du St-Gothard, est reconnue par les autorités militaires compétentes et n'a plus besoin d'être démontrée. La route du Kisten, qui se greffe rationnellement sur celle du Lukmanier, dont la correction est prévue, répond à cette nécessité militaire de premier ordre. Le col du Lukmanier est le passage le plus éloigné de la frontière et, en outre, le mieux protégé. C'est dire qu'il est le col alpestre le plus apte à garantir l'accès au Tessin en cas d'un conflit qui toucherait son territoire.

Le Tessin ne saurait accepter sans amertume, pour ne pas dire plus, la méconnaissance évidente de ces raisons d'ordre stratégique partagées par l'Etat-major, alors que, dans d'autres cas, par exemple pour la route du S. Giacomo et celle du Gambarogno, des raisons militaires furent invoquées contre le Tessin et avec succès, pour empêcher la réalisation de ses projets routiers ou leur enlever des subsides que certains précédents justifiaient pourtant.

Dans le message du Conseil fédéral sur les routes alpestres, du 27 février 1939, il est dit que «dans les projets de construction des nouvelles routes, les problèmes de la défense nationale sont au premier plan; ils doivent être harmonisés avec les intérêts du trafic et de l'économie». Cette concep-

tion trouve sa pleine réalisation dans le projet de route Glaris-Oberland grison-Tessin, lequel ouvre à l'économie suisse en général la perspective d'une nouvelle conjonction routière nord-sud capable de faire concurrence aux routes de l'étranger, et à l'économie tessinoise en particulier, la possibilité de se rapprocher du reste de la Suisse et plus spécialement des Grisons, de Zurich et de toute la Suisse orientale.

Tout récemment encore, le Tessin a présenté aux autorités fédérales un nouveau cahier de revendications dans lequel il se plaint amèrement de son isolement, serré comme il l'est entre la frontière et les Alpes. La nouvelle voie de communication à travers les Alpes, surtout si elle est ouverte au trafic durant l'hiver, permet au Tessin d'entrevoir la possibilité de sortir, au moins en partie, de cet isolement.

Comme le Conseil d'Etat tessinois le relève à juste titre, les Grisons, ainsi que le Valais, sont reliés aux régions économiquement plus prospères et plus fortes du Haut-Plateau suisse par les défilés de Landquart et de St.-Maurice, c'est-à-dire par des voies courtes et directes. Abstraction faite de la voie ferrée qui ne suffit plus à faire face aux exigences du trafic moderne, notre canton n'est relié au reste de la Suisse que par la route du St.-Gothard, pénible et difficile en été et fermée à toute circulation pendant la longue période d'enneigement. De cela provient en grande partie le malaise économique dont souffre notre canton et qui est, hélas, plus actuel et bien plus grave que les dommages hypothétiques que redoute le canton des Grisons.

Notre malaise est vite exposé: le peuple tessinois, qui vit pour un tiers de l'agriculture et de l'élevage du bétail, pour un tiers de l'industrie et des arts et métiers et pour un tiers du commerce, des transports, des hôtels et du rendement de l'émigration, remplacée aujourd'hui en grande partie par le chômage, peut constater, maintenant déjà, avec tristesse, l'anémie constante de son agriculture, due, en partie, à certaines mesures fédérales et à des subventions qui n'ont jamais franchi le Gothard; il peut, aujourd'hui déjà, constater la ruine partielle ou totale de plusieurs de ses industries. Il voit le gain provenant de l'émigration permanente réduit par la dévaluation, la stagnation de l'émigration saisonnière, spécialement de la branche du bâtiment, et enfin, l'appauvrissement et la raréfaction de la clientèle des hôtels par suite de la crise persistante et, en grande partie aussi, de la fermeture de tous les cols alpestres pendant l'hiver.

Tel est, en peu de mots, malgré la ligne du Gothard rappelée plusieurs fois par mon honorable collègue M. Lardelli, le triste tableau de notre situation économique qu'a exposé, officiellement, notre Gouvernement dans son mémoire aux autorités fédérales.

Considéré sous cet angle et dans ce cadre, le problème sur lequel vous devez vous prononcer acquiert une haute valeur politique. Je puis, sans autre, partager l'opinion qu'il s'agit d'un problème national d'une grande portée historique, non pas dans le sens étroit et limité à un seul canton, mais dans le sens le plus large: celui qui s'applique à toute la Suisse.

C'est ainsi que pense, sans aucun doute, le peuple tessinois, qui, malgré les obstacles dressés par la nature et les traditions italiques de sa race, reste le fidèle et solidaire soldat de l'helvétisme sur le versant méridional des Alpes. A l'heure où les préoccupations et les menaces commandent la plus grande solidarité entre Confédérés, l'Assemblée fédérale ne pourra, je le souhaite ardemment, rester insensible à cet appel du Tessin en faveur d'une union plus intime avec l'ensemble de la patrie suisse.

Hefti: Der Kanton Glarus ist infolge der geographischen Lage und unter den obwaltenden Verhältnissen in einer etwas heiklen Situation, wenn er zu den verschiedenen Strassenprojekten positiv Stellung nehmen soll. Es ist einmal die Pragelverbindung zu nennen, zu welcher wir gestern oder vorgestern vom Bundesrat eine Zuschrift mit einem bezüglichen Antrag erhalten haben. Zur Hauptsache sind es aber die heute zur Diskussion stehenden Uebergänge nach dem Kanton Graubünden: Segnes-, Panixer- und Kistenstrasse. Fällt dem Lande Glarus das Verdienst zu, Graubünden in den Kreis der alten Orte und damit in das Allianzbündnis der Eidgenossenschaft geführt zu haben, so blieben die direkten Verkehrswege aus dem Glarnerland nach Rhätien die denkbar schlechtesten. Wohl unterhandelten die Glarner schon im 15. und 17. Jahrhundert mit den Aebten von Disentis wegen der Erstellung eines besseren Saumweges über den Bündnerberg, so nennen wir den Panixer, allein es blieb bei den Verhandlungen. Eine weitere Epoche für das Schicksal der glarnerischen Gebirgspässe war das Jahr 1861, als im Schosse der Bundesversammlung die Subventionen für eine Ochsenstrasse Furka und Oberalp beschlossen wurden. Damals wäre vielleicht der richtige Moment gewesen, auch ein oder zwei glarnerische Pässe zur Ausführung zu bringen, welche topographisch, strategisch und kommerziell lediglich die andere Hälfte des Alpenstrassennetzes darstellen, dessen Ausführung zu jener Zeit begonnen wurde. In Verfolgung dieses Zieles bekannte sich unsere glarnerische Landsgemeinde 1872 dazu, zur Herstellung fahrbarer Strassen über den Klausen, den Pragel und den Panixer Hand zu bieten. Nur die erstgenannte Strasse konnte bis heute gebaut werden. Gegenwärtig sind es nun nicht allein verkehrspolitische Gründe — darüber sollten wir einig sein — die eine Verbindung Glarnerland-Vorderrheintal erfordern, sondern es sind zwingende militärische Notwendigkeiten. Allein auch wir Glarner glaubten, ähnlich wie die Graubündner, dass mit der Panixerstrasse den militärischen und damit auch verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Belangen Genüge geleistet würde. Ich bin nicht Fachmann, um die militärischen Gründe für eine Panixerstrasse zu kennzeichnen; das ist in der Presse von höheren Militärorganen geschehen. Ich habe allerdings die Auffassung, das Fachmänner entscheiden müssen, ja noch mehr, dass denen, die die Verantwortung zu tragen haben, auch Glauben und Vertrauen zu schenken ist. Unser Regierungsrat und der Landrat treten grundsätz-

lich für eine Panixerstrasse ein, und ich möchte Ihnen den Standpunkt des Landrates des Kantons Glarus bekanntgeben, der am 18. Januar eine Resolution fasste, denn wir haben Sie mit schriftlichen Kundgebungen bisher nicht belästigt. Die Resolution lautet:

„Der Landrat des Kantons Glarus nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, dass der Bundesrat das Projekt einer neuen Bahnverbindung aus dem Kanton Uri in den Kanton Graubünden ablehnt und an seiner Botschaft vom 7. Juni an die eidgenössischen Räte in dieser Beziehung festhält. Der Landrat des Kantons Glarus rechnet daher mit einer Strassenverbindung aus dem Kanton Glarus nach dem Kanton Graubünden. Er spricht sich aus wirtschaftlichen Erwägungen in erster Linie für eine Verbindung aus dem Raume Elm nach Graubünden aus, und beauftragt den Regierungsrat, sich in diesem Sinne in Bern einzusetzen. Sollte aber eine Strasse aus dem Raum Elm aus höheren Landesinteressen nicht verwirklicht werden können, wohl aber eine Kistenstrasse, so lehnt der Landrat auch diese nicht ab."

Es besteht also hier in der Resolution des glarnerischen Landrats gegenüber der Stellungnahme des Grossen Rates von Graubünden ein wesentlicher Unterschied. Trotzdem muss ich die Gründe, die den Landrat des Kantons Glarus zu dieser Stellungnahme führten, kurz angeben. Ich schicke aber voraus: Glarus hat eingewilligt, um eine um 10 Autominuten kürzere Autoverbindung Zürich-Chur, 200 m unterhalb der mustergültig ausgebauten Kerenzerbergstrasse zu ermöglichen, einen neuen Strassenzug zu schaffen, der von Glarus ein Opfer von 1,5 Millionen erheischt und der zugleich auch dem Fridolinsland einen grossen Teil des Verkehrs wegnimmt. Aber wir wussten, dass das eine Strasse von eidgenössischer Bedeutung wird. Damit hofften wir auf Gegenliebe in Graubünden, und bei diesem Anlass erinnerten wir uns auch an den Geist der Altvordern, an den Geist, der in einem Bündnis zwischen Glarus und Graubünden im Jahre 1400 zum Ausdruck kam. Das Panixer Projekt hat Glarus durchstudiert, die photogrammetrischen Aufnahmen und ebenso die Vermessung dieses Geländes sind gemacht, die Strasse hat eine Länge von ungefähr 30 km mit einem Basistunnel von 5,6 km. Bei einer zweiten Variante allerdings sind diese 5,6 auf 4,5 km heruntergesetzt worden. Kosten ca. 30 Millionen. Bei dieser Lösung wäre die Strasse auch im Winter befahrbar. Mit der Panixerstrasse käme die Mittellösung, diejenige, die sowohl den Interessen an der Lukmanier- und Oberalproute, aber auch dem Hinterrheintal zugute käme, zur Ausführung. Sogar die Geschäftsinteressen von Chur werden mit einer Panixerstrasse kaum viel einbüssen.

Zum Einstehen für die Panixerstrasse zwingt uns Glarner, wie die Graubündner es für ihre Täler tun, die Rücksichtnahme auf die ökonomische Lage des Sernftales. Sie müssen mir schon zugute halten, wenn ich es als meine Pflicht betrachte, auf dieselbe kurz zu sprechen komme. Die Bevölkerung des Sernftals mit seinen drei Dörfern ist infolge der wirtschaftlich schwierigen Verhältnisse seit der letzten Volkszählung um 16 % zurückgegangen. In der Textilindustrie waren im vordersten Dorf Wengi 1934 rund 350 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, heute noch 210. Im Schieferbergwerk Elm fanden früher 30—40 Mann Verdienst, heute steht dasselbe still. In Elm lebt die Bevölkerung in Kleinbetrieben ausschliesslich aus der Land- und Alpwirtschaft, und zwar in ganz bescheidenen Verhältnissen. In einer Ortschaft von ca. 900 Einwohnern und einfachen Wohnungen zeigt eine Grundpfandschuld von über 4 Millionen Fr. wohl ein betrübendes Bild. Der Kleinbauer ist genötigt, in einem Nebenverdienst, und zwar bei Notstandsarbeiten, sein Brot zu suchen. Diese Notstandsarbeiten brachten diese 3 Dörfer in eine Gemeindeschuld von je einer halben Million. Der steuerpflichtige Erwerb der Bevölkerung von Elm beträgt heute 19 000 Fr. Dass es in solchen Gemeinden trotz kräftiger Unterstützung des Kantons im Armenwesen schlimm steht, ist zu begreifen. Dazu kommen die alljährlichen Defizitzahlungen des Kantons und dieser Gemeinden an die nicht rentierende Sernftalbahn.

Durch all diese Nachteile fühlt sich die Bevölkerung eingeengt in Handel und Wandel, die Leute werden mutlos und unzufrieden. Dabei ist die Bevölkerung bodenständig und vaterländisch eingestellt, eine Gesinnung, zu der man heute Sorge tragen muss. Die geistigen Werte dürfen nicht vermindert werden und keine Einbusse erfahren; es ist genug am Materiellen.

Ob das Sernftal eine bessere Verbindung mit der Umwelt bekommt oder nicht, ist zweifellos für dieses Tal eine Schicksalsfrage. Vom Standpunkt des Kantons aus betrachtet, spielen auch da Erwägungen mit, dass das Sernftal das einzige Tal ist, das eine Sackgasse geblieben ist. Darum verstehen Sie wohl die Resolution und den Sinn des Landrates des Kantons Glarus.

Vom allgemeinen Standpunkt unseres Kantons aus könnte man wohl sagen, dass wir jeder guten Verbindungsstrasse nach dem bündnerischen Oberland zustimmen können. Beim Segnes besteht allerdings die Befürchtung, dass dieser Pass mehr ein lokaler Verkehrsübergang wird. Wohl entwickelt sich der Aufstieg nach der generellen Studie von Herrn Ingenieur von Salis, von Elm aus touristisch sehr schön, aber in den Lawinengängen und im bröckeligen Schiefergestein eine so schwierige Route zu wählen, macht uns Besorgnis, zudem im Winter, auch im Ernstfalle, im Notfalle, gar keine Möglichkeit bestünde, diese Strasse offen zu halten.

Dem Segnes sind überdies Gegner erwachsen im Tessin und in den Bündner Oberländern. Die Freunde aus dem Kanton Graubünden bringen den Segnes in Verbindung mit dem San Bernardino. Aber diese Frage steht heute nicht zur Diskussion. Auch der Segnes wäre übrigens noch keine direkte Verbindung nach dem Splügen, sondern die Hauptroute nach dem Splügen und dem San Bernardino geht doch von Sargans, von Chur aus, wenigstens was die Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse betrifft.

Nachdem nun das Projekt einer Kistenstrasse ernste Formen angenommen hat, seit März 1938, als Oesterreich zu Deutschland kam, stellten wir uns gegenüber diesem Projekt nicht abseits, sondern wir boten sofort Hand zur näheren Projektierung.

Auch für den Kisten sind photogrammetrische Aufnahmen gemacht worden, Vermessungen, die nicht nur in unserem Gebiet vorgenommen wurden, sondern — wir haben hier vielleicht eine kleine Grenzverletzung begangen — wir gingen auch über die Grenze nach dem Kanton Graubünden, so dass das Projekt auf Karten von 1:5000, für das schwierige Gelände sogar auf solchen von 1:2000 eingezeichnet ist und für das eidgenössische Oberbauinspektorat ganz genaue Unterlagen bietet, aus denen ein ziemlich genauer Kostenvoranschlag errechnet und sofort Detailpläne erstellt werden können. Wir haben die Kosten dieser Studien übernommen, um eine gründliche Abklärung der Projekte zu ermöglichen und glauben damit im Interesse der Landesverteidigung und im gesamtschweizerischen Interesse gehandelt zu haben.

Es widerstrebt mir, gegenüber dem Standpunkt des Kantons Graubünden eine Polemik zu führen. Wir sind immer gute freundeidgenössische Nachbarn gewesen, und doch muss ich bemerken, dass ich dem Antrag der Kommission zustimme, die eine neue Bahnverbindung Vorderrheintal-Reusstal ablehnt. Der Bundesrat hat diese ablehnende Haltung schon früher bezogen. Die Gründe kenne ich nicht alle. Aber es ist nach meiner Meinung jedem Schweizerbürger klar, dass wir Defizitbahnen genug haben. Ueberdies würde doch diese Bahn im Ernstfalle gerade die heute schon überlastete Gotthardlinie von neuem belasten. Und bedenken Sie: Auch der Feind kennt genau die Schwächen und Stärken unserer Zufahrtslinien.

Ich möchte nun auch noch auf verschiedene Falschmeldungen aufmerksam machen, die in der ostschweizerischen Presse umgingen, wonach im Ernstfalle Sargans und Graubünden preisgegeben werden müssten, weshalb eine neue Strasse erstellt werden solle.

Diese Meldungen sind grundfalsch. Ich sage nun hier das Gegenteil von dem, was der Herr Kommissionspräsident aus dem Briefe von Herrn Oberst Gugelberg erwähnt hat. Herr Oberst Gugelberg hat an die Kommission geschrieben, jede Strasse könnte unter Umständen auch dem Feinde nützlich sein. Als wir dieses Argument bei der Walenseestrasse vorgebracht haben, nahm Herr Oberst Gugelberg eine ganz andere Stellung ein. Ich kenne das Geburtsdatum von Herrn Oberst Gugelberg nicht, möchte aber ein Zitat des Herrn Oberstbrigadier Hold, der die heutige Gebirgsbrigade 12, dem die Milizen des Kantons Graubünden und auch des Kantons Glarus unterstellt sind, anführen. Herr Oberst Hold trägt heute die Verantwortung für die Landesverteidigung im Abschnitt des Kantons Graubünden. Er hat letzten Sonntag beim Offiziersrapport der Brigade 12 in Chur erklärt, dass eine Aufgabe des Kantons Graubünden und des Beckens von Sargans nie in Diskussion gestanden sei und auch jetzt nicht zur Diskussion stehe und nie stehen werde. Graubünden wird zu einer ausgedehnten Festung ausgebaut, der nur noch eine sichere Verbindung nach dem Glarnerland und der Innerschweiz fehlt. Das ist der Ausspruch eines guten Graubündners.

Wenn der Landrat des Kantons Glarus in jüngster Zeit dem Regierungsrat beantragt hat, mit dem Kanton Tessin und mit der Regierung des Kantons Graubünden eine Einigung zu suchen, so geschah es deshalb, weil er versuchen wollte, aus seinem Gefühl heraus dem ärmsten Teil unseres Kantons doch noch zu helfen.

Sie haben nun in der Presse gelesen, dass eine Einigung der drei Regierungen nicht möglich war, indem die Herren an die Beschlüsse der Kantonsräte gebunden waren. Wir hatten die Auffassung gehabt, wenn die drei Kantone in der Strassenführung einig wären, bestünde vielleicht die Möglichkeit, auch den Bundesrat umzustimmen, obschon wir zu dieser Einigung den vierten Kanton, d. h., den Bund nicht eingeladen hatten, denjenigen, der zur Hauptsache bezahlen sollte und wahrscheinlich auch nach einem alten Spruche befehlen will.

Ich glaube, der Ständerat wird heute dem Bundesrate zustimmen und den Antrag von Herrn Kollege Lardelli ablehnen, denn ich habe die Ueberzeugung, dass der Bundesrat jenes Projekt, das den Erfordernissen am besten entspricht, auch am besten objektiv beurteilen kann.

Sollte der Antrag von Herrn Lardelli (d. h. der Beschluss des Nationalrates) abgelehnt werden, und Herr Kollege Lardelli dann nachher vielleicht den Antrag stellen, die Bahnverbindung von Uri nach Graubünden zur Abstimmung zu bringen, so muss ich den Antrag stellen, auch das Projekt der Panixerstrasse ihrem Entscheide zu unterstellen. Nachdem aber unser Kanton in diesen Strassenfragen so zwischen Amboss und Hammer ist, wollten wir uns keinen Fehlschlägen aussetzen. Auch in der Panixerstrasse glaubten wir den höheren Landesinteressen nicht entgegen zu arbeiten. Sollte aber heute das Parlament zu einem andern Schluss kommen und den Kisten beschliessen, werden wir uns fügen und mit bescheidenen Kräften mitarbeiten an dem, was zum Schutze, zu Nutz und Frommen unseres Schweizerlandes dienen soll. Das jedoch möchte ich Sie bitten: Setzen Sie den Kredit für die Strasse in die Vorlage wieder ein; bestimmen Sie aber auch zugleich, welche Strasse gebaut werden soll, damit diese dringende Lösung einmal Wirklichkeit wird.

Herr Kollege Lardelli hat sich ausgesprochen, dass die Eidgenossenschaft den Bündnern noch verschiedenes schuldig sei, indem dazumal, als die Ost-Alpenbahn nicht verwirklicht werden konnte, die Gotthardbahn gekommen sei. Ich habe aber an einer grossen Versammlung im Kanton Graubünden vernommen, dass die Schuld an dieser Situation der Kanton Graubünden selber trägt. Er war damals uneinig über die Frage zwischen Splügen und Greinabahn. Wir Glarner waren damals für die Greinabahn. Aus dieser Uneinigkeit hat der dritte den Nutzen gezogen, das war die Gotthardroute. Ich glaube, heute sollte man in diesen Strassenfragen keine Uneinigkeit mehr aufkommen lassen. Herr Kollege Lardelli hat natürlich die ganze Situation der Landesverteidigungsstrasse als Verkehrsproblem angepackt. Er begründete in der Hauptsache die Graubündner Interessen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Ich begreife das.

Der Beschluss der Kommission in Lugano war doch auch sicherlich ein Zufall; erst nachher vernahm man eigentlich, dass die Mehrheit der 7 Herren — 5 haben sich der Stimme enthalten oder

waren abwesend — nicht im Sinne hatten, grundsätzlich die Summe für den Kisten zu streichen, sondern wollten, dass eine neue Vorlage des Bundesrates kommen sollte. Wie die Situation heute steht, haben Sie aus dem Munde des Herrn Kommissionspräsidenten gehört. Er möchte die Herren nicht mehr an jene Abstimmung binden. Der Beschluss der Kommissionsmehrheit — er wurde vielleicht falsch verstanden und interpretiert — hat im ganzen Schweizerland grosse Enttäuschung, an einzelnen Orten sogar Entrüstung hervorgerufen. Nachdem die Kommission heute in diesem Sinne, glaube ich, doch mehrheitlich dem Bundesrat zustimmt, hat es keinen grossen Sinn, die Sache zu verschieben. Was schaut dabei heraus? Rein gar nichts. Die Stellung des Bundesrates ist bezogen, ebenso die Stellungnahme der militärischen Sachverständigen. Auch die Kantone werden ihre Stellungnahme nicht ändern. Mit Verschieben und neuen Expertengutachten, die sehr einseitig ausfallen können, werden wir nichts erreichen. Und was geschieht weiter? Ich brauche das Wort: Die Vergiftung geht weiter, die doch nicht im Interesse unserer drei Kantone und auch nicht des Landes liegt. Jeder Ingenieur schreibt sich heute Strassenbauer, jeder Hauptmann gibt sich als Stratege aus und so wird in der Presse das gleiche Trommelfeuer wieder entstehen, dem wir nun in der letzten Zeit ausgesetzt worden sind. Nach dem Beschluss des Nationalrats und nach dem Antrag von Herrn Kollege Lardelli hätten wir erst nach Annahme der ganzen Vorlage über die Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung, also im günstigsten Falle in der Juni-Session über das gleiche Thema zu sprechen. Glauben Sie, die Situation sei im Juni anders als heute? Die aussenpolitische Situation kann anders sein, aber die Stellungnahme für unser Land bleibt bei diesen Strassenprojekten dieselbe. Es ist doch sicher nicht von Vorteil, wenn bei diesen Strassenfragen in den Kantonen Streitigkeiten entstehen, die nach lokalen Interessen sich richten, Streitigkeiten, die auch heute schon in gewissem Sinne politische Interessen verfolgen. Bis zum Juni verstreicht sehr unnütze Zeit. Stellen Sie sich vor: Wie wollen wir weiter die Detailpläne ausarbeiten, wenn wir nicht wissen, welche Strasse aus dem Kanton Glarus gebaut wird oder ob überhaupt eine gebaut wird. Beschliesst heute der Ständerat die Strasse über den Kisten, so werden unsere Ingenieurbureaux in Verbindung mit dem Oberbauinspektorat in kurzer Zeit die Pläne hiezu auf unserem Gebiete fertig erstellt haben. Ich darf hier schon sagen und es tut mir leid, es sagen zu müssen: Wenn es Graubünden ernst gewesen wäre mit einem Segnes, hätte man doch sicher schon früher etwas zur Projektierung tun können. Wir haben seinerzeit die Herren ersucht, wir wollten die Aufgabe über das Panixerprojekt übernehmen. Wir haben später auch das Projektieren für den Kisten übernommen im Glauben, Graubünden studiere den Segnes. Bis heute ist nichts als ein generelles Projekt von Ingenieur Salis aufgestellt worden. Für heute ist es doch auch auffallend, dass man bei einem Programm von 4 Millionen diese einzige Position wieder herausnehmen will, um über diese in der Junissession noch einmal diskutieren zu müssen. Es ist auch nicht richtig, wie Herr Kollege Lardelli, gesagt hat, dass es abstimmungstaktisch falsch sei, wenn heute schon dieses Projekt, diese Strasse bestimmt genannt und beschlossen werde. Es kann sein, dass, wenn der Kisten beschlossen wird, unsere Freunde aus Graubünden sich etwas verletzt fühlen und dass das in der Abstimmung zum Ausdruck kommt. Verschieben Sie aber heute die ganze Angelegenheit, dann sind drei Standesstimmen in der gleichen Lage, die sich fragen: Wie sind die Verhältnisse über diese Strassenführung? Können wir unsere Stimme für die Vorlage geben oder können wir sie aus diesen Gründen nicht geben? Ich glaube also, dass es sogar taktisch für die Abstimmung klüger ist, wenn heute darüber abgestimmt und nach Antrag des Bundesrates beschlossen wird.

Ich muss mir auch die Frage stellen: Dürfen wir es heute wagen, eine Strasse, die der Landesverteidigung dienen soll, nicht zu beschliessen, weil ein Kanton diese nicht will. Könnte nicht ein solcher Beschluss für den betreffenden Kanton und sogar für die übrigen Landesteile zum Schaden und für die Landesverteidigung von grossem Nachteile sein? Sind wir heute nicht gebunden und gezwungen, mehr vaterländisch und eidgenössisch zu denken? Ich glaube, das ist doch unsere Pflicht. Es fiel mir auch schwer, unsere Glarner über den Wert einer Walenseestrasse zu überzeugen. Es wird ferner schwer fallen, unsere Sernftaler zu überzeugen, dass im Kisten die höheren Werte liegen. Doch die Ansicht des Bundesrates und der massgebenden militärischen Organe muss für uns wegleitend sein.

Zum Schluss möchte ich Sie doch noch erinnern an die Worte, die unser Herr Präsident bei der Eröffnung dieser Session an uns gerichtet hat. Die Worte des Präsidenten im Nationalrat lauteten ähnlich, nämlich, wir möchten nicht nur diskutieren und sprechen, wir möchten vollziehen, durch Taten unsere Bereitschaft zum Dienst am Lande kundtun. Es gilt jetzt zu handeln, bevor es zu spät ist. Stimmen wir daher dem Antrage des Bundesrates zu.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	06
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	23.03.1939
Seite Page Pagina	189-210
Ref. No	20 032 787

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Nachmittagssitzung vom 23. März 1939.
Séance du 23 mars 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung — *Suite.*

Siehe Seite 189 hiervor. — Voir page 189 ci-devant.

Ackermann: Entschuldigen Sie, wenn ich zwischen der schwerwiegenden Strassendebatte vom Morgen und der voraussichtlichen Herbeiführung eines Entscheides von heute nachmittag einen kleinen Exkurs in eine andere Landesgegend mache. Im Landesinteresse will man den Bündnern eine Verkehrsverbindung zusprechen, die sie lieber an einem andern Orte und auf eine andere Art möchten. Wir aber wünschen bei uns den Ausbau einer Strasse, welche der Bund, wenigstens vorläufig, noch nicht vorgesehen hat.

Ich möchte die Beratung über die Vorlage nicht komplizieren und nicht unnötigerweise verlängern durch die Einbringung eines Antrages über ein neues, im vorliegenden Programm nicht enthaltenes Verkehrsprojekt. Die Kommission hat ja in gründlicher Weise die im wirtschaftlichen und militärischen Interesse liegenden neuen Strassen- und Eisenbahnprojekte geprüft und bereits hat man sich im vorliegenden Programm auf bestimmte Projekte in gewissen Landesgegenden festgelegt. Es liegt auf der Hand, dass der Verstärkung der Befestigungsanlagen und den Verkehrsprojekten, die im dringendsten Interesse der Landesverteidigung liegen, gegenüber allen andern Projekten das Primat gebührt.

Unter den näher in Betracht gezogenen Projekten nehmen die Verbindungen nach der Südostschweiz, also nach Graubünden, verständlicherweise einen Hauptplatz ein. Ich vermisse aber Projekte, die auch andere Gebiete der äussersten Ostmark mit dem Innern unseres Landes verbinden. Es ist unsern Miteidgenossen bisanhin vielleicht zu wenig dargelegt worden, von wie grosser Bedeutung speziell auch in militärischer Hinsicht die Uebergänge vom St. Galler Rheintal nach dem Appenzellerland, zwischen Wildhaus und dem Bodensee sind. Ich nenne neben kleineren Gebirgsübergängen besonders die Strassen Eichberg–Eggerstanden–Appenzell; Altstätten–Stooss–Gais–Ruppen; Trogen–St. Gallen, dann die verschiedenen Strassen, die zwischen Altstätten und dem Bodensee nach Walzenhausen und Heiden und von da ins Innere des Appenzellerlandes und weiter nach St. Gallen führen. Die Zahl der Verbindungsstränge zwischen dem Appenzellerland und dem Toggenburg ist schon spärlicher, ist sie doch neben der Bodensee–Toggenburgbahn in der Hauptsache auf die Uebergänge der Wasserfluh und bei Ganterswil, die beide nach Wattwil führen, beschränkt. Vom Toggenburg nach der Linthebene und weiter nach dem Glarnerland ist, abgesehen von der Hulftegg, die nach dem Zürcher Oberland führt, der Hauptdurchgangsverkehr auf Rickentunnel und Rickenstrasse angewiesen.

So darf denn doch vielleicht bei dieser Gelegenheit, da die Vertreter der verschiedenen Landesgegenden mit allerlei Wünschen auftreten, einmal auf die militärische und wirtschaftliche Bedeutung einer Strassenverbindung Appenzellerland–Obertoggenburg–Glarnerland und von dort über den Pragel nach Schwyz, über den Klausen nach Altdorf oder hinüber nach dem Kanton Graubünden hingewiesen werden. Der Grenzabschnitt Sargans–Wildhauser Uebergang–Appenzellerpässe–Bodensee, muss als eine grosse zusammenhängende Front von Festungen angesprochen werden. In einer derart weitgespannten Festungsanlage spielen die inneren, gegen Störungen von der Landesgrenze geschützten Verbindungswege eine nicht zu unterschätzende Rolle. Eine solche innere, rasche Verbindung zwischen den Appenzeller Pässen und dem Wildhauser Uebergang, gesichert durch den starken Alpenwall des Säntis, ist meines Erachtens militärisch notwendig, sie ist aber auch verkehrspolitisch wünschbar und nutzbringend. Aus eigenen Kräften und unter grossen finanziellen Opfern haben der Kanton Appenzell/Ausserrhoden und die Gemeinde Urnäsch den Anfang zu dieser Verbindung geschaffen, es ist eine Strasse Urnäsch–Schwägalp, die zum grossen Teil eine Breite von 6 m aufweist, gebaut worden. Diese Strasse führt direkt zur Nordwand des Säntis und zur Talstation der kühn angelegten Säntis-Schwebebahn, und ihr kann später von Osten durch eine verhältnismässig kurze Strasse von Weissbad–Potersalp her die Strasse Gais–Appenzell direkt angeschlossen werden. Sie erschliesst verkehrspolitisch eine prächtige Alpengegend, reizvoll im Sommer, günstig auch für den Sport im Winter und im übrigen auch ein altbekanntes, militärisches Uebungsgelände. Ich danke der ständerätlichen Kommission für das mit ihrem Besuch auf Schwägalp und auf dem Säntisgipfel dieser Gegend und ihrer militärischen Bedeutung bekundete Interesse.

Leider ist nun die Weiterführung der Strasse nach Schwägalp über Rietbad nach Nesslau im Toggenburg gänzlich unbefriedigend gelöst, denn der Kanton St. Gallen hat diese sogenannte Krätzernpass-Strasse Schwägalp–Rietbad nur als schmale Waldstrasse gebaut. Um als Durchgangsstrasse zu genügen, sollte diese Strasse zu einer vollwertigen breiten Strasse ausgebaut werden. Ein solcher Ausbau dieser militärisch und verkehrspolitisch wichtigen Zwischenstrecke erscheint in unserer Gegend als dringlich und als verhältnismässig wenig Kosten verursachend.

Man bringt aus unserer Gegend, das werden Sie, verehrte Herren, zugestehen müssen, wenig Wünsche vor in bezug auf Erstellung neuer Strassenverbindungen, die den Bund in stärkerer Weise belasten könnten. Ich bin heute nicht in der Lage, Ihnen einen bestimmten Antrag zugunsten des von mir kurz skizzierten Projektes einzureichen, aber ich möchte doch im verkehrspolitischen und militärischen Interesse unseres Landes sowohl das

eidgenössische Departement des Innern, als auch das eidgenössische Militärdepartement ersuchen, die Verkehrsverbindung Appenzellerland–Obertoggenburg–Amdenerhöhe–Glarnerland einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen. Auch vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung in einem Krisengebiet aus gesehen, wäre die sukzessive Verwirklichung dieses Projektes, in erster Linie der Ausbau der Teilstrecke Schwägalp–Rietbad–Nesslau, sehr erwünscht.

Bundespräsident **Etter:** Ich möchte zunächst bemerken, dass wir gerne bereit sind, von den Wünschen, wie sie Herr Ständerat Ackermann geäussert hat, Kenntnis zu nehmen. Die Projekte, von denen er gesprochen hat, sind uns ja, wenigstens generell, bekannt. Es wird sich Gelegenheit bieten, sie in Erwägung zu ziehen, wenn wir an das zweite Ausbauprogramm für die Alpenstrassen herantreten.

Nun möchten wir in wenigen kurzen Bemerkungen noch Stellung nehmen zu den Ausführungen, die Herr Ständerat Lardelli heute morgen angebracht hat. Ich habe diese Ausführungen, die sehr interessant waren, mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt, und ich kann Herrn Ständerat Lardelli versichern, dass wir für die wirtschaftliche und verkehrspolitische Situation seines Kantons, wie er sie uns geschildert, alles Verständnis aufbringen. Es ist ja richtig, dass der Kanton Graubünden sein ganzes Eisenbahnnetz zu eigenen Lasten aufbauen musste, und dass diese Aufwendungen für diesen Bergkanton eine grosse Belastung darstellen. Ich darf aber vielleicht doch auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass der Kanton Graubünden in absehbarer Zeit durch die in die Wege geleitete Sanierung der Privatbahnen eine wesentliche Entlastung erfahren wird.

Im übrigen habe ich den Eindruck, dass wir etwas aneinander vorbeireden. Herr Ständerat Lardelli geht vorwiegend aus von Erwägungen verkehrs- und wirtschaftspolitischer Natur und stellt diese in den Vordergrund. Wir aber gehen aus von vorwiegend militärisch orientierten Erwägungen und müssen im vorliegenden Fall diesen die Priorität einräumen. Wir denken an die Möglichkeit eines Krieges, an die Notwendigkeit, die Neutralität und Unabhängigkeit unseres Landes gegen einen Durchbruch durch unser Land zu verteidigen. Wir müssen denken an die Situation, wie sie sich für die Verbindungen zwischen Graubünden und der übrigen Schweiz im Falle eines Krieges gestalten könnte. Das sind die Erwägungen, die wir in den Vordergrund stellen.

Ich möchte die Gründe, die ich heute morgen für den Bau einer Kistenstrasse unter dem Gesichtspunkte militärischer Notwendigkeiten angeführt habe, nicht wiederholen und nur noch auf zwei Punkte hinweisen, die ich noch nicht berührt habe.

Die Kistenstrasse wird für die im Kanton Graubünden und im Sarganserkessel kämpfenden Truppen eine notwendige Rochadelinie darstellen. Wir haben jetzt für eine Truppe, die im Sarganserkessel und im Kanton Graubünden kämpft, keine vordere Rochadelinie. Wir müssen zurück bis ins Reusstal. Das bedingt für verhältnismässig einfache Verschiebungen an der Sarganser- und Graubündnerfront ganz wesentliche Zeitverluste, die reduziert werden können, wenn wir durch den Bau der Kistenstrasse eine Rochadelinie erhalten, die näher an der kämpfenden Front liegt. Das ist das eine Moment, auf das ich heute morgen nicht hingewiesen habe.

Dann möchte ich betonen, dass der Bau einer Kistenstrasse als einer sichern Verbindung mit dem Kanton Graubünden nicht nur eine Notwendigkeit für die in den Bündnerbergen kämpfenden Truppen, sondern ebenso sehr auch für die Versorgung und die Verbindungen der Zivilbevölkerung im Kanton Graubünden darstellt.

Nach diesen Bemerkungen allgemeiner Natur möchte ich nur noch wenige Bemerkungen zu einzelnen Bedenken und Einwendungen anbringen, die seitens des Herrn Ständerat Lardelli geäussert worden sind.

Herr Ständerat Lardelli hat Verschiebung des Entscheides beantragt, namentlich mit der Begründung, dass z. B. die Berechnungen der Baukosten und für das Betriebsdefizit des Tunnels, das von der Gotthardbahn zur Rhätischen Bahn erstellt werden sollte, vielleicht nicht absolut zuverlässig seien, weil man die Rhätischen Bahnen nicht zu diesen Berechnungen herbeigezogen habe.

Ich stelle zunächst fest, dass diese Berechnungen durchgeführt worden sind nicht etwa für Normalspur, sondern in der Tat für den Bau eines Schmalspurtunnels, wie das ja im Projekt vorgesehen ist. Ich habe nicht den geringsten Grund, in die Berechnungen, wie sie von den Fachorganen des zuständigen Departements und von den Schweizerischen Bundesbahnen angestellt worden sind, Zweifel zu setzen. Den Organen des Post- und Eisenbahndepartements und der Schweizerischen Bundesbahnen standen alle Unterlagen zur Verfügung, die für die Berechnungen nötig waren. Was die Berechnungen der Baukosten anbetrifft, habe ich heute Morgen schon darauf hingewiesen, dass die Organe der Bundesbahnen und des Post- und Eisenbahndepartements nicht nur auf sich selbst abgestellt, sondern beim Bureau Rothpletz und Lienert ein Gutachten eingeholt haben. Dieses Bureau hat diese Fragen nach allen Seiten sehr eingehend und gewissenhaft untersucht. Ich habe mich persönlich mit dem zuständigen Beamten des Eidg. Post- und Eisenbahndepartements in Beziehung gesetzt, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Er hat mir erklärt, dass die Berechnungen mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit durchgeführt worden seien. Das gleiche wurde mir auch bestätigt in bezug auf die Berechnung der Kosten für den Ausbau der Oberalpbahn.

Herr Ständerat Lardelli hat einige Zweifel geäussert dahin, ob mit den vorgesehenen 6 Millionen Franken die Oberalpbahn wirklich auf wintersichern Betrieb umgebaut werden könne. Es wird mir versichert, dass gut gerechnet worden sei und dass man alle Hoffnung haben dürfe, mit diesem Betrage auszukommen. Selbstverständlich sind wir nicht in der Lage, für diesen Betrag eine Garantie zu übernehmen. Das ist ja in keinem derartigen Falle möglich. Aber das eine ist sicher, dass der Ausbau der Oberalpbahn auf wintersichern Betrieb ganz bedeutend weniger Kosten verursachen wird als der Bau des von den Bündnern in

Aussicht genommene Tunnels. Ebenso sicher ist auch die Tatsache, dass die Betriebskosten einer Kistenstrasse bei weitem nicht an das für den Betrieb des Tunnels berechnete Defizit heranreichen. Als Betriebskosten für die Kistenstrasse betrachten wir den gewöhnlichen, normalen Unterhalt der Strasse und dazu die Kosten, die entstehen aus dem Betrieb des Kistentunnels, des Autotunnels. Wir wissen heute, dass der Betrieb eines Autotunnels von 2 km per Jahr auf rund 70 000 Franken zu stehen kommt. Für die Kistenstrasse ist ein Tunnel von 2,2 km vorgesehen, so dass die Kosten für den Betrieb, die Ventilation usw. für diesen Tunnel sich auf etwas über 70 000 Franken belaufen werden. Diese Zahl berechnet sich aber auf Jahresbetrieb. Ich habe heute morgen schon bemerkt, dass wir die beteiligten Kantone nicht veranlassen und nicht nötigen werden, die Strasse auch im Frieden zur Winterszeit offen zu halten. Das betrachten wir nach wie vor als eine Sache der beteiligten Kantone. Wenn die beteiligten Kantone auf den Winterbetrieb verzichten, so wird sich dieser Betrag von 70 000 Franken für den Betrieb des Automobiltunnels entsprechend reduzieren. Ueber die Betriebs- und Unterhaltskosten werden wir, wie über alle anderen Fragen, mit den beteiligten Kantonen verhandeln müssen.

Herr Ständerat Lardelli hat bei der Gegenüberstellung des Projektes Kisten und Segnes seiner Auffassung Ausdruck gegeben, dass die Segnesstrasse als militärisch gleichwertig oder sogar noch besser betrachtet werden kann als der Bau einer Kistenstrasse. Unter gewissen Voraussetzungen trifft das in der Tat zu. Wenn die Dinge nur im Hinblick auf eine ganz bestimmte Front betrachtet werden, so ist es richtig. Wenn wir die Segnes- und Kistenstrasse einander nur im Blick auf die Südfront gegenüberstellen, so ist das, was Herr Lardelli ausgeführt hat, wahr. Aber wir dürfen derartige Kommunikationen nie nur im Blick auf eine Front beurteilen, sondern im Blick auf die verschiedenen möglichen Fronten. Deshalb dürfen wir bei Würdigung dieser Frage den Blick auf die Ostfront nicht ausser Acht lassen. Sobald wir die Beurteilung Segnesstrasse oder Kistenstrasse nach dem Blick auf die Ostfront beurteilen, ändern sich die Dinge. Dann wird der Segnes unmöglich, und es kann nurmehr der Kisten in Frage kommen.

Herr Ständerat Lardelli hat einen Blick geworfen auf die militärische Situation, die entstehen müsste, wenn das Unglück geschehen sollte, dass der Sarganser Kessel verloren ginge. Er hat erklärt, dass unter diesen Umständen auch das Toggenburg fallen müsste und mit dem Fall des Toggenburgs auch der Eingang ins Tal von Glarus unter gegnerische Feuerwirkung zu liegen käme. Wir sind jedoch nicht der Auffassung, dass mit dem Fall des Sarganser Kessels zugleich auch das Toggenburg fallen müsste. Im Toggenburg besitzen wir Positionen, die schon von Natur aus eine ausserordentlich starke Widerstandskraft haben. Wir können deshalb sehr wohl mit der Möglichkeit rechnen, dass auch nach dem Fall des Sarganser Kessels das Toggenburg noch längere Zeit gehalten werden kann. Aber wenn dem so wäre, wie Herr Ständerat Lardelli ausgeführt hat, dass ein Gegner auch im Toggenburg stände, wie stellt sich dann der Vergleich zwischen Kisten- und Segnesstrasse? Auch von diesem Gesichtspunkt aus ist der Kistenstrasse vor einer Segnesstrasse der Vorzug einzuräumen, weil die Kistenstrasse bedeutend weiter zurückliegt als die Segnesstrasse. Herr Ständerat Lardelli hat selbst darauf hingewiesen, dass wir selbst unter dieser Voraussetzung noch die Kistenstrasse und die Klausenstrasse zur Verfügung hätten. Ich räume ein, dass der Ausbau der Klausenstrasse auf Winterbetrieb nicht so einfach ist. Wir können dort mit einem Einsatz von vielleicht 2—2½ Millionen die nötigen Bauten ausführen, um baulich den Winterbetrieb sicherzustellen durch Errichtung von Galerien, aber auch dann wird es notwendig sein, Schleudermaschinen und erhebliche Mannschaft einzusetzen, um den Klausen im Winter zu öffnen. Im Kriege, wenn die Not am Manne ist, werden wir diese Mittel zuhanden haben. Also hätten wir selbst dann, wenn ein Gegner im Toggenburg stände, mit Kisten und Klausen zusammen noch eine sichere Winterverbindung, was gerade für diese Situation beim Segnes nicht zutreffen würde.

Herr Ständerat Lardelli hat einen begreiflichen Nachdruck darauf gelegt, dass der Talkessel von Sargans möglichst stark und weitgehend befestigt werde. Ich teile diese Auffassung. Die Befestigung ist im Gange, aber ich meine, wir dürfen nicht das eine tun und das andere lassen, sondern müssen beides vorkehren: Befestigung des Sarganser Kessels und Bau der neuen Strasse, die uns unter allen Umständen die Verbindungen mit dem Kanton Graubünden sicherstellt.

Herr Ständerat Lardelli lehnt sich dagegen auf, dass wir in diesem abgekürzten und summarischen Verfahren, wie er sich ausdrückt, Ihnen den Bau der Kistenstrasse beantragen. Für uns handelt es sich sicher nicht um ein abgekürztes und summarisches Verfahren. Wir haben über die Dinge mit den beteiligten Kantonsregierungen wiederholt und eingehend verhandelt, auch mit der Regierung des Kantons Graubünden. Ich gebe zu, dass eine ganze Reihe von Detailfragen noch näher abgeklärt werden muss. Wir müssen weiter verhandeln mit der Regierung von Graubünden, namentlich in bezug auf die Projektierung der Kistenstrasse. Aber das soll und kann die eidgenössischen Räte nicht hindern, dem Bundesrat heute schon für den Bau der Kistenstrasse die vorgesehenen 20 Millionen zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluss hat gar keinen andern Sinn, als dass der Bundesrat ermächtigt wird, diese Lösung weiter zu verfolgen, die Inangriffnahme der Bauten möglichst zu befördern und dass er den Kredit für den Bau der Strasse zur Verfügung hat.

Ich verhehle mir die Schwierigkeiten nicht, die noch zu überwinden sein werden, auch dann, wenn die eidgenössischen Räte Beschluss gefasst haben, namentlich im Hinblick auf die Haltung in Graubünden. Es wird auch so nicht allzurasch vorwärts gehen, wie wir es wünschen möchten. Wenn aber die eidgenössischen Räte den Entscheid verschieben sollten, wird es noch länger gehen, weil die Stimmung sich weitgehend versteift hat. Wir müssen aus dieser Versteifung herauskommen. Die eidgenössischen Räte müssen sich entscheiden, und ich hoffe doch, dass eine Entscheidung der eid-

genössischen Räte für die Versteifung der Lage eine befreiende und lösende Wirkung haben wird. Ich hege immer noch die Hoffnung, dass, wenn einmal der Entscheid gefallen sein wird, auch der Kanton Graubünden für die Situation Verständnis aufbringen und sich bereit erklären wird, mitzuarbeiten.

Meine Herren, in Fragen der Landesverteidigung lässt sich nicht improvisieren. Alle diese Fragen müssen auf lange Sicht behandelt, vorbereitet und rechtzeitig gelöst werden. Es nützt nichts, wenn man in der Stunde der Gefahr feststellt: Dieses hätte noch geschehen können, jenes hätte noch geschehen müssen, das hätte man noch bauen müssen. Wir können dann nicht mehr bauen, und nicht mehr improvisieren. Da müssen wir uns heute schon für die Stunden der Gefahr vorsehen, müssen das vorkehren, was wir als nötig erachten. Ich wiederhole, was ich heute morgen hier erklärt habe: Der Bundesrat hat in dieser Frage Stellung genommen im vollen Bewusstsein seiner Verantwortung. Wir appellieren an Sie, dass Sie dem Bundesrat folgen mögen, damit nicht einst in der Stunde der Gefahr man uns den Vorwurf machen kann, wir hätten nicht rechtzeitig das vorgekehrt, was nötig gewesen wäre.

Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung über Ziffer III, Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz. Ich würde in einer ersten Eventualabstimmung einmal feststellen lassen, ob Sie dem Streichungsantrag der Kommission, Buchstabe *a*, zustimmen oder ob Sie dem Antrag des Bundesrates, 20 Millionen für die Kistenstrasse einzusetzen, zustimmen.

Keller, Berichterstatter: Ich erlaube mir zur Abstimmung folgendes zu bemerken. Wir müssen in der Eventualabstimmung einander gegenüberstellen den Antrag auf Streichung und den Antrag des Nationalrates auf Verschiebung. Was bei dieser Abstimmung herauskommt, müssen wir dem Antrag des Bundesrates in definitiver Abstimmung entgegensetzen; dann kommt die Sache richtig heraus.

Präsident: Es besteht kein Antrag auf Verschiebung, sondern ein Antrag auf 35 Millionen.

Der Antrag des Herrn Ständerat Lardelli ist in Wirklichkeit auch ein Antrag auf Verschiebung, weil die 35 Millionen nur bewilligt worden sind unter Vorbehalt einer besondern Vorlage und unter Offenlassung der Routen-Frage.

Ich betrachte den Antrag Lardelli als Hauptantrag und würde daher daran festhalten, den Streichungsantrag dem bundesrätlichen Antrag gegenüberzustellen und das Resultat dieser Abstimmung dem Antrag des Herrn Ständerat Lardelli gegenüberzustellen.

Klöti: Der Vorschlag des Herrn Keller ist gewiss richtig. Es besteht der Antrag des Nationalrates, den Posten einzusetzen, aber in Art. 4 doch vorzubehalten, dass man von dem gewährten Kredit erst Gebrauch machen könne, wenn das Projekt genehmigt sei, anderseits der Antrag der Kommissionsmehrheit, den Kreditposten zu streichen, in der Meinung, dass man die Spezialvorlage des Bundesrates abwarten wolle. Diese beiden Anträge sind einander sehr verwandt. Man sollte zwischen ihnen in eventueller Abstimmung entscheiden, und was herauskommt, dem positiven Antrag des Bundesrates gegenüberstellen, der dahin geht, es sei ein bestimmter Kredit für den Kisten festzusetzen. Wenn der bundesrätliche Antrag angenommen wird, darf die Bundesversammlung keinen andern Alpenübergang beschliessen, weil die Wahl des Kistenpasses verbindlich ist. Ich glaube also, die Verwandtschaft des Beschlusses der Mehrheit der Kommission und des Nationalrates ist so, dass man zuerst zwischen ihnen entscheiden und nachher das Ergebnis dem Antrag des Bundesrates gegenüberstellen muss.

Präsident: Ich will mich dieser Auffassung anschliessen; im Grunde genommen führen beide Wege zum gleichen Ziel. Ich würde also den Vorschlag des Herrn Keller akzeptieren und stelle fest, dass gegenüber dem Antrag auf 15 Millionen in Ziffer *b* keine Opposition gemacht wird. Ich betrachte also diese Ziffer als angenommen.

Lardelli: Mein Antrag lautet für *a* und *b* auf Zustimmung zum Nationalrat.

Präsident: Ich werde den Antrag des Herrn Keller, nämlich Ziffer *a* zu streichen, dem Antrag auf Zustimmung zum Nationalrat gegenüberstellen.

Abstimmung — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:

Für die Streichung der Ziffer *a*	19 Stimmen
Für den Antrag Lardelli (Zustimmung zum Nationalrat).	18 Stimmen

Definitiv — Définitivement:

Für Festhalten am vorigen Beschluss	7 Stimmen
Für den Antrag des Bundesrates	29 Stimmen

Keller, Berichterstatter: Ich möchte zum Schluss noch feststellen, dass nach Ihrem jetzigen Beschluss der Kredit für den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wieder auf 327 700 000 Fr. angestiegen ist, wie es auch der Nationalrat beschlossen hat. Diese Ziffer muss natürlich in der ganzen Vorlage wieder eingesetzt werden.

Präsident: Wir behandeln nun den Antrag der I. Minderheit.

Bundesrat **Obrecht:** Ich will mich in meiner Antwort auf die Begründung des Antrages Klöti kurz fassen und mich auf folgende Feststellung beschränken.

Herr Ständerat Klöti erklärt, es sei nicht wohl angängig, dass man mit einer Kreditvorlage auch gleich die Deckungsfrage verbinde; denn es sei sehr wohl denkbar, dass der einzelne Staatsbürger gerne den Arbeitsbeschaffungskrediten zustimme, dass ihm aber die Deckungsart, in diesem Falle die Ausgleichsteuer, nicht passe. Wenn Sie diese Auffassung grundsätzlich gutheissen würden, wäre

die Folge die, dass Sie überhaupt nie die Deckungsfrage lösen könnten; denn sie wird immer ein anderes Kapitel sein als die Bewilligung der Kredite. Es wird immer vorkommen, dass der eine Staatsbürger mit der Ausgabe sehr wohl einverstanden ist, sich aber mit der Deckung nicht befreunden kann. Das wäre eine gefährliche Stellungnahme; sie würde den Grundsatz vollständig verrammeln, dass man bei grossen Aufwendungen, die auf Kosten des überschuldeten Bundes gehen, zugleich an die Deckungsfrage denkt.

Klöti: Ich habe meinen Antrag bereits einlässlich begründet und kann mich daher auf wenige Worte beschränken. Herr Bundesrat Obrecht hat erklärt, es sei nötig, dass man stets die Ausgabe mit der Deckung zusammenkopple. Meines Erachtens ist das nicht der Fall. Für die neuen Steuern, die zu beschliessen sind, gibt es sehr verschiedene Lösungen, solche, die vor allem die Konsumenten belasten, und andere, die die Besitzenden belasten. Man wird doch nicht jedesmal eine bestimmte Ausgabe mit der Lösung der Dekkung verknüpfen wollen; der einzelne Bürger wäre sonst in der Entscheidung immer unfrei. Wir müssen bei den neuen Finanzvorlagen, die wir in den nächsten drei Jahren zu beschliessen haben, Deckungen finden für Ausgaben, die längst beschlossen sind. Dort können Sie auch nicht die Deckung mit den Ausgaben verkoppeln, weil sie längst beschlossen, sogar schon gemacht sind.

In- und ausserhalb des Landes wird es einen bedenklichen Eindruck machen, wenn die Vorlage für die Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung vielleicht mit knappem Mehr angenommen oder sogar verworfen wird. Man bekäme den Eindruck, das Schweizervolk habe nicht den Willen, das Land zu verteidigen. Man wird nicht beachten, dass gegen die Vorlage gestimmt wurde, weil man mit der Deckung nicht einverstanden ist. Dass eine Deckung beschafft werden muss, wird jedermann zugeben. Ich halte aber dafür, man sollte beide Teile trennen und habe auch geschildert, wie einfach das ist. In ein paar Tagen hätten wir die Kredite bewilligt. Die Bewilligung würde in der heutigen, schwierigen Situation demonstrativ wirken. Das hätte eine bessere Wirkung, als wenn wir eine Volksabstimmung durchführen, in der alle möglichen Argumente dafür und dagegen sprechen, so dass keine einheitliche Willenskundgebung des Schweizervolkes für die Landesverteidigung zustandekommt. Das ist neben den rechtlichen Erwägungen mit ein Grund, der mich bewegt, an meinem Antrag festzuhalten.

Abstimmung — *Vote.*

Für den Antrag der Minderheit	5 Stimmen
Dagegen	24 Stimmen

Präsident: Nun erledigen wir den Antrag der II. Minderheit.

M. **Evéquoz,** rapporteur de la IIe minorité: Je vais m'efforcer de développer la proposition de la minorité le plus rapidement possible, en tenant compte du peu de temps qui nous est réservé pour la justifier. Cette minorité de la commission est composée de MM. Bolla, Béguin, Malche, Mercier et votre serviteur.

Je suis, en principe, partisan du projet que nous discutons, en ce sens que j'estime que le Conseil fédéral doit faire tous les efforts nécessaires non seulement pour renforcer la défense nationale, mais aussi pour lutter contre la plaie du chômage.

Ainsi, partisan du projet, n'est-ce pas du tout pour le torpiller que j'appuie la proposition de la minorité de la commission, mais plutôt pour le rendre plus acceptable.

D'ailleurs, cette proposition de la minorité de la commission n'est pas nouvelle. Elle a été, dans son essence, déposée au Conseil national et ne diffère de celle-ci qu'au point de vue de la forme. Au Conseil national, une minorité demandait qu'on ne discutât que la première partie du projet, celle relative à la défense nationale, et qu'on renvoyât au Conseil fédéral la seconde partie, celle touchant la lutte contre le chômage. Notre proposition, au contraire, demande simplement que le résultat des délibérations qui viennent d'avoir lieu ici même soit concrétisé dans un arrêté fédéral contenant deux articles différents, et non pas un seul, de façon que le peuple puisse se prononcer séparément et sur le projet de renforcement de la défense nationale et sur le projet de la lutte contre le chômage.

Nous avons précisé la forme que nous donnons à notre proposition. Il s'agit donc bien, je le répète, d'un arrêté fédéral unique, divisé en deux parties, en deux articles et dans le sens que le peuple sera appelé à se prononcer séparément sur chacun d'eux. Du reste, nous ne tenons pas du tout à la forme; la question n'est pas là. Choisissez cette forme ou choisissez-en une autre, peu importe. Le seul but que nous voulons atteindre, c'est la possibilité de poser au peuple les deux questions séparément.

Je reconnais que la liaison des deux projets, acceptée par le Conseil national sur la proposition du Conseil fédéral, présente des avantages considérables, surtout au point de vue tactique, au point de vue de la votation populaire. Mais, à mon avis, ce procédé manque de sincérité et de loyauté vis-à-vis des droits populaires, car par cette question unique qu'on lui pose, on demandera au peuple s'il veut accorder le nombre de millions, que vous connaissez, pour la défense nationale et le nombre de millions, que nous venons d'arrêter, pour la lutte contre le chômage. On pense que ceux qui veulent avant tout, au-dessus de tout et à tout prix, le renforcement de la défense nationale, passeront outre à toutes les objections que l'on peut formuler contre le second projet et qu'ils n'auront qu'un seul objectif: la défense nationale. D'autre part, on imagine que ceux qui désirent lutter à tout prix contre le chômage passeront outre à ce que d'aucuns appellent une exagération dans les dépenses militaires. Ainsi les uns et les autres voteront l'arrêté dans son ensemble ou la revision constitutionnelle proposée.

Mais ce système a aussi de graves inconvénients. La question de la défense nationale, si elle était présentée comme proposition séparée, amènerait en sa faveur un vote massif du peuple. Je ne crois pas qu'il y ait une opposition sérieuse quelconque contre ce projet de défense nationale, et je n'ai pas besoin de vous dire qu'un scrutin populaire, dans les cir-

constances actuelles, confirmant par la quasi unanimité du corps électoral le désir du peuple suisse de faire son possible pour la défense nationale, ferait une impression salutaire en même temps qu'imposante vis-à-vis de l'étranger. Si, en revanche, vous réunissez les deux projets, ne vous faites pas l'illusion que ceux qui combattent le second projet, ceux qui ne veulent ni des grands travaux, ni surtout de la couverture financière qu'on propose, renonceront à leur opposition et voteront l'ensemble du projet, alors même qu'il contient une partie qui leur est sympathique, c'est-à-dire les dépenses pour la défense nationale. En d'autres termes, si vous présentez au peuple une question spéciale pour la défense nationale, il vous répondra par un vote quasi unanime. Mais si vous présentez les deux matières par une seule et même question, le projet sera combattu, et très énergiquement, dans bien des régions du pays. Conséquence: le projet de défense nationale, qui nous tient à cœur à tous, pourrait subir le contre-coup de l'opposition faite à la seconde partie du projet et, éventuellement, être rejeté par le peuple.

Je me demande alors si c'est bien ce que l'on vise. Quelle impression aurait-on si le projet que nous discutons aujourd'hui était rejeté par la majorité du corps électoral? J'envisage cela comme un gros danger, une erreur, parce que je crois qu'on doit, avant tout, sauver le projet de la défense nationale en lui assurant la quasi unanimité du peuple suisse.

Je veux bien admettre — je ne veux pas faire de prophéties — je veux bien admettre que le projet sera peut-être accepté. Mais s'il l'est, ce ne sera pas par un vote massif du peuple; ce ne sera pas une manifestation en faveur de la défense nationale. Au surplus, il n'est pas sain de faire servir le patriotisme à une pareille fin. Ce que l'on veut, c'est éveiller les sentiments patriotiques du peuple suisse pour l'amener à voter le second projet: celui relatif aux grands travaux. Eh bien! je répète qu'il n'est pas sain d'asservir le patriotisme à une telle fin. Il n'est pas sain, ni même moral, d'user du patriotisme pour essayer d'obtenir du peuple suisse ce qu'il refuserait peut-être.

Enfin, pour des raisons de netteté, de clarté, je demande que l'on pose au peuple les deux questions séparément, afin d'obtenir clairement l'expression de son opinion et de sa volonté.

Tout cela a été dit au Conseil national; je n'insisterai donc pas davantage sur ce côté de la question. Cependant, en lisant le compte rendu des délibérations du Conseil national, j'ai constaté qu'on avait négligé d'une façon complète le côté juridique de la question.

La question juridique se pose de la manière suivante: Avons-nous constitutionnellement le droit de réunir des matières différentes pour les soumettre en une seule question au peuple? A cela, je réponds par la négative, et je vais essayer de vous en démontrer la raison.

Mais, auparavant, je voudrais établir un fait qui, je crois, ne peut pas être contesté. Les deux projets contiennent une matière différente: l'une, c'est la défense nationale, l'accomplissement d'un devoir que nous avons assumé en proclamant notre neutralité, devoir que nous devons remplir pour assurer dans la mesure de nos forces notre indépendance — cela répond du reste à un sentiment quasi unanime du peuple — celle-ci est une question de politique nationale. L'autre est une question de politique économique. Cette dernière est contestée non seulement par les adversaires de ces excessives dépenses, qui ne croient pas à leur efficacité, au moins durable, du point de vue de la lutte contre le chômage, mais également par ceux qui ne sont pas d'accord quant à la couverture proposée. Et par le vote qui vient d'intervenir (vote dans lequel, du reste, je me suis, moi aussi, prononcé affirmativement), il est évident que la seconde question, celle qui touche l'aspect économique, sera présentée au peuple sous la forme d'une question unique: «Voulez-vous faire cette dépense pour combattre le chômage, mais en même temps voulez-vous la couvrir de telle et telle façon?»

Parmi les questions touchant la couverture de la dépense, il y a en tout premier lieu l'impôt compensatoire, qui est fortement combattu. Il y a ensuite les critiques élevées par ceux qui trouvent mauvais de toucher à ce fonds national que l'on croyait réservé pour des temps plus critiques et qui affirment que l'on diminue ainsi notre puissance défensive du point de vue financier.

Le résultat de cette situation à double face, c'est que le premier projet n'est pas combattu, tandis que le second l'est vigoureusement. Les deux projets sont en réalité différents; ils embrassent deux questions essentiellement différentes: défense nationale, d'une part; politique économique, d'autre part.

Ce fait étant établi (et je ne crois pas qu'il puisse être contesté), avons-nous constitutionnellement la possibilité de ne poser au peuple qu'une seule et même question?

Je ne vous apprends sans doute rien en vous rappelant que le chapitre 3 de la Constitution, qui traite des modes de revision de notre charte nationale, aussi bien totale que partielle, fut revisé en 1891 et accepté par une majorité du peuple et des Etats, afin d'y fixer la possibilité de revision partielle par voie d'initiative populaire. Cette revision a touché six articles différents sur le même sujet. D'une part, on reproduit les dispositions constitutionnelles concernant le mode de revision par l'Assemblée fédérale et, d'autre part, la revision partielle par la voie de l'initiative populaire.

Il était donc nécessaire, en créant l'initiative populaire en matière de revision partielle, de régler dans ses détails la façon dont s'appliquerait ce droit de préciser les devoirs, les obligations, les formalités incombant aux initiants pour exercer ce droit nouveau. Le chapitre 3 nouveau, par ses art. 118 à 123, plus spécialement l'art. 121, précise nettement ces formalités.

L'art. 121, en son premier alinéa, traite à la fois la revision partielle par l'initiative émanant des Chambres et la revision partielle demandée par voie d'initiative populaire. Il y est dit que la revision partielle peut intervenir soit par la voie de l'initiative populaire, soit dans les formes statuées par la législation fédérale. Et à l'al. 3, il est stipulé que si, par voie d'initiative populaire, plusieurs dispositions différentes sont présentées pour être revisées ou pour être introduites dans la Constitution fédé-

rale, chacune d'elles doit faire l'objet d'une demande d'initiative distincte.

Le troisième alinéa renferme donc une directive et fixe les conditions dans lesquelles le peuple peut, par voie d'initiative, demander une modification partielle de notre charte fédérale. Voilà pourquoi l'art. 121 contient la disposition que je viens de citer: «Si par la voie d'une initiative populaire, plusieurs dispositions différentes sont présentées pour être revisées...», etc.

Cette directive n'était pas nécessaire pour la modification de la Constitution par voie d'initiative des Chambres fédérales. Elle était même tout à fait superflue, car elle va de soi, elle est logique; et du moment que la Constitution prévoit que lorsque l'initiative populaire demande une revision partielle, elle doit le faire séparément pour chacune des matières envisagées,il me semble qu'il est logique que cette même condition s'applique à l'initiative émanée de l'Assemblée fédérale, car en réalité l'initiative et les projets qui la suivent ne sont que des mesures préliminaires prises en vue de l'acte suprême et souverain: la votation populaire.

A mes yeux donc, la votation populaire doit se présenter dans des conditions identiques, que l'initiative provienne des Chambres fédérales ou bien du peuple lui-même. Lorsque le peuple fait usage de son droit d'initiative, pourquoi devrait-il se soumettre à cette règle, règle de bon sens du reste, en vertu de laquelle on ne peut poser que des questions précises sur une seule matière, alors que les Chambres, au contraire, lorsqu'elles prennent l'initiative de demander une revision constitutionnelle, ne seraient point tenues d'observer cette règle élémentaire de logique? C'est, en dernière analyse, le peuple qui se prononce définitivement, c'est lui qui doit dire sa volonté, mais les conditions dans lesquelles il doit le faire doivent être les mêmes, les bases doivent être identiques et, selon moi, il est absolument inadmissible que lorsqu'une initiative provient d'un mouvement populaire on doive soumettre au peuple des questions séparées, tandis que cette même obligation n'existerait pas lorsque l'initiative vient du Parlement.

Pour appuyer ces considérations, j'aurais voulu retrouver les délibérations des Chambres de 1891, relatives à la revision de la Constitution. Malheureusement à cette époque, le «Bulletin sténographique» n'existait pas!

Mais j'ai trouvé un document important: le message du Conseil fédéral du 13 juin 1890, signé par M. le conseiller fédéral Louis Ruchonnet, alors président de la Confédération, qui, comme vous le savez, était un des grands juristes de notre pays. Or, je suis heureux de lire dans le message du Conseil fédéral les passages suivants:

«Une question importante à résoudre est celle de savoir si la même demande d'initiative peut avoir pour objet plusieurs matières différentes.»

«Or, le Conseil fédéral estime que, lorsque plusieurs objets différents sont présentés par voie d'initiative populaire pour être refusés ou admis dans la Constitution, chacun d'eux doit former l'objet d'une demande spéciale d'initiative.»

«Certes, tout le monde est d'avis qu'on ne peut pas soumettre au peuple, lorsqu'il est appelé au scrutin, la revision d'objets différents, mais que la votation doit avoir lieu séparément sur chacun d'entre eux.»

Remarquez qu'il s'agit là d'une observation que le rédacteur du message fait d'une manière générale et non pas seulement pour l'initiative issue du peuple.

«Aussi est-il plus simple et plus naturel que les séparations aient déjà lieu dans la demande d'initiative. Cette séparation a aussi l'avantage de laisser plus de liberté au citoyen. Une demande d'initiative ne peut pas tout formuler, de telle sorte qu'un citoyen, tout en se déclarant d'accord avec la revision d'un sujet, ne l'est pas avec d'autres.» etc.

Voilà ce que dit le message du Conseil fédéral et, dans l'esprit du législateur de 1890. Les conditions dans lesquelles le peuple doit se prononcer doivent être les mêmes, qu'il s'agisse d'une initiative populaire, ou que ce soit une initiative des Chambres.

Je me suis également intéressé aux commentaires de la Constitution. J'ai sous les yeux des passages intéressants de commentaires dus à MM. Fleiner et Burckhardt. Il s'agit, ici, d'une traduction, qui est d'ailleurs fidèle:

«Les initiants ne doivent pas réunir en une seule proposition des matières différentes...».

«... on ne doit pas réunir ce qui matériellement n'appartient pas ensemble.»

„Es darf nicht zusammen verbunden werden, was nicht zusammengehört."

M. Fleiner continue en disant:

«L'intention de l'Assemblée fédérale est de proclamer que l'on ne peut adresser au peuple qu'une seule question précise dans un article constitutionnel.»

„Da nur eine geschlossene Frage in einem Artikel vorgelegt wird.»

Je n'insiste pas, car cela nous mènerait trop loin.

Les commentaires de M. Burckhardt contiennent les mêmes observations: «L'initiative populaire peut demander l'adoption, la suppression, etc. Par contre, chaque initiative ne peut avoir pour objet qu'une seule matière, afin que non seulement les initiants, mais le peuple, puissent se prononcer sur un seul objet. „Damit sowohl die Initianten als das Volk, dem es später vorgelegt wird, sich über jeden Gegenstand aussprechen können."

Il me semble résulter, aussi bien du message du Conseil fédéral que de l'opinion exprimée par les commentateurs, dont l'autorité n'est pas contestée, que le seul procédé constitutionnel est celui du vote séparé sur chacune des matières. Avant-hier, au moment du vote, M. Keller a déclaré qu'il s'en tenait rigoureusement au texte de la Constitution: «Si par la voie de l'initiative populaire...» Je n'ai jamais entendu qu'on doive interpréter ainsi à la lettre une disposition constitutionnelle, sans s'inspirer de son esprit et sans rechercher la ratio legis, la raison pour laquelle on a demandé que le vote soit séparé. Or, de toute évidence, la ratio legis, la raison pour laquelle on demande que le peuple se prononce par deux réponses différentes, me paraît être claire et indiscutable. De toute évidence, on a voulu que le peuple suisse puisse se prononcer librement. Pour cela, il faut nécessairement poser la question sur chacune des matières qui font l'objet de la revision. On a précisément voulu éviter ce que

le Conseil fédéral désirerait obtenir aujourd'hui, soit qu'une question éminemment sympathique au peuple puisse servir à provoquer une autre revision qui n'aurait pas la sympathie du peuple. Et alors, peut-on soutenir que cette ratio legis n'existe pas, aussi bien lorsque l'initiative provient des Chambres fédérales que lorsqu'elle provient du peuple?

En résumé, si l'on recherche l'esprit de la loi et si l'on veut s'en inspirer, l'application de l'al. 3 de l'art. 121 au cas actuel ne me paraît pas contestable. Si vous voulez respecter les droits populaires et permettre au peuple de se prononcer librement, il faut nécessairement lui poser les deux questions. Si vous n'en formulez qu'une seule, vous viciez le droit de libre disposition du peuple et, à mon avis, vous violez, dans son esprit, le texte de la Constitution.

C'est pourquoi je vous demande de bien vouloir accepter la proposition de la minorité de la commission et d'admettre la forme que nous avons proposée ou une forme analogue permettant de soumettre deux questions au peuple.

M. Keller disait aussi, il y a deux jours, que si l'on divise les deux objets, le premier n'a plus sa raison d'être ou plutôt qu'il n'y a pas lieu de soumettre le premier au peuple, parce que, en vertu de l'art. 85, ch. 6, de la Constitution fédérale, les Chambres fédérales sont compétentes pour voter les dépenses nécessaires à la défense nationale. Si tel est votre avis, laissez de côté la première question, ne la soumettez pas au peuple, renoncez à lui demander son opinion sur ce point, puisque, d'après l'article que je viens de rappeler, nous sommes compétents pour décider nous-mêmes définitivement, sans ratification populaire, de tous les crédits destinés à la défense nationale. Bornez-vous à lui poser la deuxième question, car, celle-là, doit nécessairement être soumise à la ratification populaire. En effet, à côté des dépenses qu'elle prévoit, elle en envisage la couverture sous des formes diverses à propos desquelles je n'insiste pas.

Si vous procédez de cette façon, nous serons entièrement d'accord: une seule question posée au peuple, celle qui touche la lutte contre le chômage, et abandon de la première question qui concerne la défense nationale.

C'est dans ce sens que je vous recommande la proposition de la minorité de la commission.

Bundesrat **Obrecht:** Die Frage, die dieser II. Minderheitsantrag aufwirft, die Frage nämlich, ob es verfassungsrechtlich zulässig sei, die Kredite, die wir hier im Auge haben, einerseits für Landesverteidigung und anderseits für Arbeitsbeschaffung, zusammenzufassen in eine einzige Summe und sie so dem Volke und den Ständen zur Genehmigung vorzulegen, ist ihrer Natur nach eine juristische Frage. Da muss ich nun zugeben, die Spiesse zwischen Herrn Evéquoz und dem Sprechenden sind in diesem Kampfe nicht gleich lang. Er ist ein alter, erfahrener Jurist, und ich hatte leider nie das Vergnügen, Jurisprudenz studieren zu können. Ich bin also nicht Jurist, ich bin Laie und muss hier Herrn Evéquoz auf eine juristische Frage antworten.

Ich kann mich stützen auf zwei Gutachten in dieser Frage. Das eine stammt von meinem Departementssekretär, Herrn Fürsprecher Péquignot. Das ist kein Professor, das ist kein Staatsrechtslehrer, er hat nicht den Ruf einer Autorität in staatsrechtlichen Fragen; aber wenn einer Jurist ist und 25 Jahre lang im Volkswirtschaftsdepartement alle diese vielen Vorlagen juristisch hat bearbeiten müssen, dazu noch unter einem Chef, wie Herr Bundesrat Schulthess als Jurist es war, dann gilt sein Urteil doch etwas. Er schreibt mir darüber folgendes:

«A l'argumentation de M. Evéquoz, il y a lieu de répondre ce qui suit: L'article 121, 3e alinéa, de la Constitution, vise uniquement les cas de revision constitutionelle par la voie de l'initiative populaire. Il ne s'applique pas à la revision constitutionnelle par la voie de la législation fédérale. Aussi bien le Conseil fédéral peut-il présenter au Parlement un projet d'article constitutionnel qui aurait pour objet des matières diverses n'ayant même aucun lieu entre elles. Si le Parlement accepte un tel article et si le peuple et les cantons l'acceptent également, tout est parfaitement régulier.

Je rappelle, par exemple, que l'article 34quater de la Constitution fédérale charge la Confédération d'instituer l'assurance-vieillesse et l'assurance des survivants, puis lui donne la faculté d'introduire ultérieurement l'assurance en cas d'invalidité. Le même article constitutionnel dispose que la Confédération affectera à l'assurance en cas de vieillesse et à l'assurance des survivants le produit de l'imposition du tabac et sa part aux recettes nettes provenant de l'imposition des eaux-de-vie. Il s'agit bien de matières diverses et cependant, elles font l'objet d'un seul et même article constitutionnel. Cela paraît logique, car un lien existe tout de même entre elles.»

Er verweist dann auf ein klassisches Beispiel. Das ist Art 34quater unserer Bundesverfassung, der nicht im Wege der Initiative entstanden ist, sondern auf eine Vorlage des Bundesrates zurückgeht und der die Alters- und Hinterbliebenenversicherung betrifft. In diesem Art. 34quater ist die Grundlage gegeben für die Einführung einer allgemeinen Alters- und Hinterbliebenenversicherung, eventuell für die Einführung einer Invalidenversicherung. Im gleichen Artikel ist sodann verfügt über den Ertrag der fiskalischen Belastung der Zölle, es ist verfügt über den Ertrag der Alkoholregie — der leider im Verlaufe der Jahre theoretisch geworden ist — also schon vier Materien verschiedener Art (zwei Versicherungsarten, zwei Finanzquellen), alles in demselben Artikel vereinigt, und das hat damals niemand beanstandet.

Ich kann auf ein anderes Beispiel verweisen, dass man hier nie engherzig war in der Interpretation. Das ist die Kriseninitiative. Das war eine Initiative, und als Initiative hätte sie zweifellos nach dem ausdrücklichen Wortlaut der Verfassung sich nur mit einem Gegenstand befassen sollen. Sie hat aber, wenn ich mich nicht täusche, 12 konkrete Vorschläge enthalten für die Bekämpfung der Krise. Man hat damals die Frage aufgeworfen: Hat man nicht das Recht und die Pflicht, die Initiative abzuschreiben, nicht weiter zu behandeln, weil sie dieser Vorschrift nicht entspricht, dass man bei einem Initiativvorschlag sich auf einen

Gegenstand beschränken soll? Es ist dann die Auslegung gutgeheissen worden: Nein, das Ganze sei doch angelegt auf dem Gedanken der Krisenbekämpfung, und für diesen einen Gedanken der Krisenbekämpfung seien eben die verschiedenen Mittel aufgeführt; das Ganze müsse man als Ganzes hinnehmen. Man hat dann die Initiative der Form nach nicht beanstandet. Herr Péquignot schreibt weiter:

«Le commentaire de Fleiner ne parle de la «division des matières» que pour la revision partielle par la voie de l'initiative. Il est vrai que Burckhardt estime que, lors de revisions partielles par la voie de la législation fédérale, il serait préférable de voter sur chaque matière séparément. Mais c'est un vœu de l'auteur; aucune prescription de notre charte fondamentale n'impose la «division par matière».

Das ist auch die Auffassung, die Herr Ständerat Dr. Keller hier vertreten hat, der doch gewiss in staatsrechtlichen Dingen als Jurist auch sein Gewicht hat.

Ich komme nun zu meinem zweiten Gutachten, das ist das Gutachten des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, und das sollte doch in dieser Frage nun die entscheidende Instanz sein, die uns sagen muss, wie man diese Frage juristisch zu beurteilen hat. Ich will Ihnen dieses Gutachten des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes in bezug auf diesen Punkt vorlesen:

„Können beide Gegenstände (Militärkredite und Arbeitsbeschaffung) in der gleichen Volksabstimmung erledigt werden, findet nicht Art. 121, Abs. 3 der Bundesverfassung, eine analoge Anwendung?"

Darauf wird geantwortet:

„Art. 121, Abs. 3 der Bundesverfassung lautet: „Wenn auf dem Wege der Volksanregung mehrere verschiedene Materien zur Revision oder zur Aufnahme in die Bundesverfassung vorgeschlagen werden, so hat jede derselben den Gegenstand eines besonderen Initiativbegehrens zu bilden." — Daher wird für die Volksinitiative auf Partialrevision der Bundesverfassung die Einheit der Materie gefordert. Für Verfassungsvorlagen der Bundesversammlung enthält die Bundesverfassung keine derartige ausdrückliche Vorschrift. Da aber bei der Volksinitiative die Einheit der Materie zur richtigen Ermittlung des Willens nicht nur der Initianten, sondern hauptsächlich des später über Annahme oder Verwerfung abstimmenden Volkes vorgeschrieben ist, muss man annehmen, dass der gleiche Grundsatz auch für die Partialrevision, die von der Bundesversammlung ausgeht, gelten soll."

Es wird hier auch auf Herrn Prof. Burckhardt verwiesen. Sie sehen, dass hier das eidgenössische Justizdepartement im Prinzip zum gleichen Schluss kommt, zur gleichen Auslegung wie Herr Ständerat Evéquoz.

„Die Einheit der Materie besteht im inneren Zusammenhang des Gegenstandes der Vorlage. Es darf nicht verbunden werden, was sachlich nicht zusammengehört, sondern es muss ein innerer Zusammenhang zwischen den einzelnen Bestimmungen des Vorschlages vorhanden sein.

Zu eng ist allerdings die von Herrn Giacometti vertretene Auffassung, die einen inneren Zusammenhang nur dann annehmen will, wenn von den vorgeschlagenen Normen die eine logischerweise die andere zur Folge hat oder wenn die eine ein notwendiges Mittel für die andere ist. Mit Recht hat die Praxis der Bundesbehörden diese Auffassung abgelehnt, die zu einer bedeutenden Einschränkung des Initiativrechtes führen müsste. Denn auch bei einer ganz einfachen Vorlage lässt sich nicht vermeiden, dass ein Bürger mit einem Teil einverstanden und mit einem andern Teil nicht einverstanden ist, ohne dass er sich dadurch in einen logischen Widerspruch begibt. Er wird dann eben das, was ihm zusagt, und das, was ihm nicht zusagt, gegeneinander abwägen und jenachdem für oder gegen den Vorschlag stimmen. Dagegen darf dem Bürger nicht zugemutet werden, in einer Abstimmung über Verschiedenartiges zu entscheiden, das in keinem Zusammenhang oder bloss in einer äusserlichen Verbindung zueinander steht." Bis hierher deckt sich das Gutachten mit der Auffassung, die Herr Ständerat Evéquoz vertreten hat. Nun fährt es weiter: „Bei der Verfassungsvorlage über den Ausbau der Landesverteidigung und die Arbeitsbeschaffung ist die Einheit der Materie im Sinne von Art. 121, Abs. 3, gewahrt. Fast alle im Programm unter der Rubrik Landesverteidigung vorgesehenen Posten beschaffen auch Arbeit. Dass ihr Zweck auf die Verstärkung der Landesverteidigung gerichtet ist, ändert nichts an der Tatsache, dass sie zugleich der Arbeitsbeschaffung dient. Anderseits sind z. B. gegen die Auswahl der unter der Rubrik B, Arbeitsbeschaffung, angeführten Bahn- und Strassenprojekte militärische Gesichtspunkte massgebend gewesen. Die rechtliche Bedeutung der Unterscheidung zwischen den beiden Rubriken liegt einfach darin, dass die Finanzierung eine andere ist. Ein Zusammenhang zwischen den beiden Gruppen liegt übrigens auch darin, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Stärkung der Wehrhaftigkeit des Landes beiträgt, weil sie den Abwehrwillen und die Opferbereitschaft fördert. Dass die Vorlage ein innerlich zusammenhängendes Ganzes ist, ergibt sich besonders deutlich aus folgenden Ueberlegungen: Materiell ist die Vorlage, wie schon aus ihrer Lit. D hervorgeht, ein Gegenvoranschlag zur Arbeitsbeschaffungsinitiative. Wäre sie auch in die Form eines Gegenvorschlages gekleidet worden, so könnte kein Zweifel bestehen, dass die ganze Vorlage einen einheitlichen Gegenvorschlag bilden würde. Denn die Initiative will, dass der Bund mit dem Ziel, die nationale Wirtschaft zu beleben, die Krise in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe zu bekämpfen und die Arbeitslosigkeit zu überwinden, ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Arbeiten des Bundes und die Subventionierung von kantonalen, kommunalen und privaten Arbeiten umfasst, aufstelle und dafür bis zu 300 Millionen Fr. zur Verfügung stelle. Selbstverständlich können die Arbeiten des Bundes auch solche sein, die der Landesverteidigung dienen. Die Lösung, die der Initiative als Gegenvorschlag gegenübergestellt würde, umfasst den gesamten, für den Ausbau der Landesverteidigung und für die Arbeitsbeschaffung vorgeschlagenen Kredit, wie denn auch erst diese Lösung als Ganzes die Initianten veranlasst hat, das Volksbegehren zu-

rückzuziehen. Wie die ganze Vorlage in der Form eines einzigen Gegenvorschlages zu der Initiative zulässig wäre, bildet sie auch als formell selbständige Vorlage eine Einheit, denn in betreff der Einheit der Materie können an eine selbständige Vorlage jedenfalls keine strengeren Anforderungen gestellt werden als an eine Initiative."

Sie haben hier die interessante Erscheinung, dass zwei juristische Gutachten von massgebenden Stellen im Prinzip zu einer andern Beurteilung kommen, aber im Endresultat sich decken, weil das Gutachten des Eidg. Justizdepartementes sagt: Es ist richtig, dass man dann korrekt handelt, wenn man die Vorschriften, die in den Initiativen stehen, auch auf die Partialrevisionen der Verfassung anwendet, die vom Bundesrat ausgehen und die via Parlament vor das Volk gebracht werden. Aber man darf nicht zu schematisch, zu bürokratisch sein in der Beurteilung des innern Zusammenhangs der Materie. Hier handelt es sich um zwei Materien, die sich innerlich durchaus ergänzen, und das ist so. Schauen Sie die Kredite an, die für die Landesverteidigung vorgesehen sind: Ausbau der Bewaffnung, Ausbau der Fliegerwaffe, Ausbau der Befestigungsanlagen, Munitionsreserve. Das alles ist Arbeit, das alles sind Aufträge oder Bauarbeiten. Und dann erst noch das Kapitel A, II, Departement des Innern, eine ganze Reihe von militärischen Baumassnahmen im Gesamtwert von 16,4 Millionen für militärische Zwecke. Aber das ist doch alles Arbeit und das war ja auch der Grund, weshalb man überhaupt auf den Gedanken gekommen ist, diese Notwendigkeiten für die Landesverteidigung und die Notwendigkeiten für die Arbeitsbeschaffung in einer Vorlage zu vereinigen, weil man sagte, das alles diene der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Und wir wollen nun, nachdem eine Initiative vorliegt, — eine Initiative enthält immer einen gewissen Vorwurf an die Adresse der Behörden, dass sie von sich aus nicht das Nötige getan hätten — dem Volke zeigen, was wir alles tun, um auch von Bundes wegen beizutragen, dass Arbeitsgelegenheit, dass Aufträge entstehen. Es ist also nichts Gesuchtes und nichts Gekünsteltes, und ich muss den Vorhalt der Spekulation, die wir hier begangen hätten, ablehnen.

Nun ist die gleiche Frage auch im Nationalrat aufgeworfen worden, aber der Gedanke der Trennung, heute vertreten von Herrn Evéquoz, hat im Nationalrat bloss 17 Stimmen auf sich vereinigt; alle übrigen Votanten — ich weiss nicht mehr, wieviele es waren, aber es waren über 100 — haben den Antrag abgelehnt. Es besteht infolgedessen wenig Aussicht, dass man im Nationalrat Gegenliebe finden könnte.

Aber ich muss Herrn Evéquoz noch auf eine andere Konsequenz aufmerksam machen. Mit dem Antrag in seiner Formulierung ist keine Beziehung hergestellt zur Initiative. Wenn nach seinem Wortlaut hier bei getrennter Abstimmung des Volkes Militärkredite und Arbeitsbeschaffungskredite separat bewilligt würden, so bestünde immer noch die Initiative und wir müssten nachher die Initiative erledigen. Wenn wir dann — darüber ist ja kein Zweifel — deren Ablehnung empfehlen würden, müssten wir doch damit vor das Volk, und so ganz sicher ist man ja der Entscheidung des Volkes nie. Wir haben hier in unserem Wortlaut eine Beziehung hergestellt. Wir schliessen die Möglichkeit aus, dass wir die Kredite, die wir vorsehen für Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung, verwenden lassen und dass man nachher die Initiative auch noch präsentieren könnte. Der von Herrn Evéquoz vorgeschlagene Wortlaut schliesst das dagegen nicht aus.

Aus diesen Ueberlegungen empfehlen wir Ihnen in Uebereinstimmung mit der grossen Mehrheit der Kommission, diese Trennung abzulehnen und die Vorlage als ein Ganzes vor Volk und Stände zu bringen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der 2. Minderheit	12 Stimmen
Dagegen	23 Stimmen

Präsident: Nun muss ich Sie zu dem Programm zurückführen, da die Art. 2 und ff., die sich ans Programm anschliessen, noch nicht behandelt sind.

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Der Programmentwurf besteht aus dem ersten Artikel, der das Programm festsetzt, und zwar nach Ihren Beschlüssen mit der Gesamtsumme von 327,7 Millionen. Aber der Programmbeschluss besteht noch aus einigen weitern Artikeln, die wir noch zu bereinigen haben und die ich beantrage, heute abend noch zu verabschieden. Bei Art. 2 und 3 beantragen wir Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 4.

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Biffer.

Keller, Berichterstatter: Die Kommission beantragt Ihnen, Art. 4 zu streichen. Die Gründe dafür sind die folgenden:

1. Die Kommission will den Kredit B II *c* für die Elektrifikation der Brünigbahn definitiv bewilligen, ohne vorzuschreiben, dass über die Art der Verwendung der Kredite B II *c* der Bundes-

versammlung vorgängig der Inangriffnahme der auszuführenden Arbeit besondere Anträge zur Genehmigung einzureichen seien.

Wenn Sie dieser Auffassung folgen wollen, müssen Sie in Art. 4 die Erwähnung des Kredites B II *c* streichen. Herr Mouttet hat sich zwar vorbehalten, im Interesse der Normalisierung der Brünigbahn sich dieser Streichung zu widersetzen. Er ist nun aber nicht da. Ein bloss vorbehaltener Antrag hat keinen Anspruch darauf, dass man darüber abstimmt. Ein Antrag ist also hier nicht gestellt und nicht vertreten worden.

Nun zum Vorbehalt der Kredite B III, Sicherstellung der Verbindungen nach der Südostschweiz: Dieser Vorbehalt bezog sich in der Hauptsache darauf, dass der Nationalrat das Tracé für diese Verbindung offen liess und sich die Entscheidung über diese Frage auf den Zeitpunkt vorbehielt, da die Sondervorlage über den neuen Alpenpass an den Nationalrat käme. Nachdem die Kommission den Kredit für die Kistenstrasse gestrichen hat, wurde dieser Vorbehalt auch gegenstandslos, so dass die Kommission beschlossen hat, auch diesen Teil von Art. 4 und damit den ganzen Artikel zu streichen.

Nun hat der Ständerat den Kredit von 20 Millionen Fr. für den Kistenpass wieder hergestellt, also die Frage betreffend das Tracé zugunsten des Kistenpasses entschieden. Folglich kann der Vorbehalt ebenfalls wegfallen, gerade so gut wie nach Antrag der Kommission.

Ich beantrage Ihnen, allerdings aus andern Gründen, Art. 4 zu streichen, in der Meinung, dass eine besondere Vorlage nicht mehr nötig sein soll, weder für die Elektrifikation der Brünigbahn noch für die Erstellung der Kistenstrasse. Das liegt auch im Interesse des Zeitgewinns. Die Kommission hatte natürlich keine Gelegenheit mehr, diese neue Sachlage zu beraten. Also ist dieser Antrag mit der neuen Motivierung, Art. 4 zu streichen, als persönlicher Antrag aufzufassen.

Gestrichen. — *Biffé.*

Art. 5.

Antrag des Bundesrates.

Dieser Bundesbeschluss tritt in Kraft, sobald der Bundesbeschluss betreffend Ergänzung der Bundesverfassung für die Eröffnung und die teilweise Deckung von Krediten zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Volk und Stände angenommen ist.

Proposition du Conseil fédéral.

Le présent arrêté fédéral entrera en vigueur dès que l'arrêté fédéral complétant la Constitution fédérale en vue de l'octroi et de la couverture partielle de crédits destinés au renforcement de la défense nationale et à la lutte contre le chômage sera adopté par le peuple et les cantons.

Bundesrat **Obrecht:** Dieser neue Art. 5 ist Ihnen ausgeteilt worden. Er geht zurück auf eine Anregung von Herrn Ständerat Dr. Keller.

Wir haben im Nationalrat — dieser Artikel kam erst dort zustande — geglaubt, dadurch, dass wir in der Vorlage sagen „Unter Vorbehalt der Krediteröffnung wird das nachfolgende Programm über den Ausbau der Landesverteidigung und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genehmigt", sei die Sache in Ordnung. Herr Ständerat Keller hat aber mit Recht darauf hingewiesen, dass das eigentlich in einer Schlussbestimmung zum Ausdruck gebracht werden sollte. Wir schlagen Ihnen deshalb eine solche Schlussbestimmung vor mit folgendem Wortlaut:

Dieser Bundesbeschluss tritt in Kraft, sobald der Bundesbeschluss betreffend Ergänzung der Bundesverfassung für die Eröffnung und die teilweise Deckung von Krediten zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Volk und Stände angenommen ist.

Also erst, wenn die Volksabstimmung ein positives Ergebnis gezeitigt hat, tritt dieser Programmbeschluss in Kraft. Dementsprechend muss man auch Art. 1 abändern und noch auf ihn zurückkommen, man muss dort den Vorbehalt der Krediteröffnung streichen, weil er überflüssig wird. Man kann den Wortlaut von Art. 1 somit ohne weiteres vereinfachen und sagen: „Das nachfolgende Programm über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird genehmigt."

Ich empfehle Ihnen die Genehmigung dieser Ergänzung und Abänderung.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 1, Ingress.

Neuer Antrag des Bundesrates.

Das nachfolgende Programm über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird genehmigt.

Art. 1er, préambule.

Nouvelle proposition du Conseil fédéral.

Le programme suivant relatif au renforcement de la défense nationale et à la lutte contre le chômage est approuvé.

Keller, Berichterstatter: Wir beantragen, auf Art. 1, Ingress, zurückzukommen und den neuen Vorschlag des Bundesrates anzunehmen.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 4.

Keller, Berichterstatter: Ich sehe soeben, dass Herr Ständerat Mouttet angekommen ist und möchte nicht, dass er um die Gelegenheit kommt, den von ihm in Aussicht gestellten Antrag betreffend die Brünigbahn zu begründen.

M. **Mouttet:** J'ai proposé de ne pas biffer l'art. 4 concernant l'électrification de la ligne du Brünig. Je maintiens cette proposition, c'est-à-dire l'adhésion au Conseil national. J'aimerais que cette question fût réglée clairement par un vote précis. Je réitère que je maintiens ma proposition de laisser subsister l'art. 4 tel qu'il a été adopté par le Conseil national.

Bundesrat **Obrecht:** Ich beschränke mich darauf, Ihnen in Erinnerung zu rufen, dass Herr Bundesrat Pilet-Golaz als Chef des Eidg. Eisenbahndepartements erklärt hat, die Elektrifikation der Brünigbahn sei vom Standpunkt der nationalen Verteidigung aus eine dringende Notwendigkeit und dürfe nicht weiter verzögert werden; er müsse sich der Bedingung, dass noch eine Extravorlage unterbreitet werde, widersetzen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission 20 Stimmen
Für den Antrag Mouttet (Zustimmung zum Nationalrat, Beibehaltung von Art. 4) 4 Stimmen

Präsident: Art. 1, B II, Lit. *c*, Elektrifikation der Brünigbahn, Beitrag an die S.B.B., ist nicht bestritten und daher angenommen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 24. März 1939.
Séance du 24 mars 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Zust*, Vizepräsident.

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*
Siehe Seite 211 hiervor. — Voir page 211 ci-devant.

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*
Für Annahme des Beschlussentwurfes 30 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat. — Au Conseil national.

Nachmittagssitzung vom 27. März 1939.
Séance du 27 mars 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (II. Bundesbeschluss).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (IIe arrêté fédéral).

Fortsetzung. — *Suite.*
Siehe Seite 222 hiervor. — Voir page 222 ci-devant.

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*
Titel und Ingress. — Titre et préambule.

Antrag der Kommission.
Titel.
Bundesbeschluss
betreffend
Ergänzung der Bundesverfassung für die Eröffnung und die teilweise Deckung von Krediten zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ingress.
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.
Titre.
Arrêté fédéral
complétant
la Constitution fédérale en vue de l'octroi et de la couverture partielle de crédits destinés au renforcement de la défense nationale et à la lutte contre le chômage.

Préambule.
Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Keller, Berichterstatter: Trotz der von uns nicht verlangten, aber für uns wertvollen Erklärung der Westmächte und trotz der freundlichen Erwähnung der Schweiz in der Thronrede des italienischen Königs wollen wir in der Beratung der Vorlage, die ja ein grosses Stück Landesverteidigung bedeutet, ruhig weiterfahren.

Mit Bezug auf den Titel gestatte ich mir darauf hinzuweisen, dass wir ihn durch Erwähnung der finanziellen Deckung etwas erweitert haben, um den ganzen Inhalt der Vorlage in den Titel hineinzubringen. Ich empfehle Ihnen Annahme des Titels gemäss Vorschlag der ständerätlichen Kommission.

Angenommen. — *Adoptés.*

Ziffer 1.
Antrag der Kommission.
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	07
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	23.03.1939
Seite Page Pagina	211-222
Ref. No	20 032 788

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Bundesrat **Obrecht:** Ich beschränke mich darauf, Ihnen in Erinnerung zu rufen, dass Herr Bundesrat Pilet-Golaz als Chef des Eidg. Eisenbahndepartements erklärt hat, die Elektrifikation der Brünigbahn sei vom Standpunkt der nationalen Verteidigung aus eine dringende Notwendigkeit und dürfe nicht weiter verzögert werden; er müsse sich der Bedingung, dass noch eine Extravorlage unterbreitet werde, widersetzen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission 20 Stimmen
Für den Antrag Mouttet (Zustimmung zum Nationalrat, Beibehaltung von Art. 4) 4 Stimmen

Präsident: Art. 1, B II, Lit. *c*, Elektrifikation der Brünigbahn, Beitrag an die S.B.B., ist nicht bestritten und daher angenommen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 24. März 1939.
Séance du 24 mars 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Zust*, Vizepräsident.

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage.

Fortsetzung. — *Suite.*
Siehe Seite 211 hiervor. — Voir page 211 ci-devant.

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*
Für Annahme des Beschlussentwurfes 30 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat. — Au Conseil national.

Nachmittagssitzung vom 27. März 1939.
Séance du 27 mars 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (II. Bundesbeschluss).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (IIe arrêté fédéral).

Fortsetzung. — *Suite.*
Siehe Seite 222 hiervor. — Voir page 222 ci-devant.

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*
Titel und Ingress. — Titre et préambule.

Antrag der Kommission.
Titel.
Bundesbeschluss
betreffend
Ergänzung der Bundesverfassung für die Eröffnung und die teilweise Deckung von Krediten zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ingress.
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.
Titre.
Arrêté fédéral
complétant
la Constitution fédérale en vue de l'octroi et de la couverture partielle de crédits destinés au renforcement de la défense nationale et à la lutte contre le chômage.

Préambule.
Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Keller, Berichterstatter: Trotz der von uns nicht verlangten, aber für uns wertvollen Erklärung der Westmächte und trotz der freundlichen Erwähnung der Schweiz in der Thronrede des italienischen Königs wollen wir in der Beratung der Vorlage, die ja ein grosses Stück Landesverteidigung bedeutet, ruhig weiterfahren.

Mit Bezug auf den Titel gestatte ich mir darauf hinzuweisen, dass wir ihn durch Erwähnung der finanziellen Deckung etwas erweitert haben, um den ganzen Inhalt der Vorlage in den Titel hineinzubringen. Ich empfehle Ihnen Annahme des Titels gemäss Vorschlag der ständerätlichen Kommission.

Angenommen. — *Adoptés.*

Ziffer 1.
Antrag der Kommission.
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Ch. 1.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Der Ständerat hat das Programm letzte Woche mit 327,7 Millionen Ausgaben genehmigt. Also müssen wir auch hier wieder den Betrag von 327,7 Millionen Franken einsetzen.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziffer 2.

Antrag der Kommission.

Der Bundesrat verwendet diesen Kredit nach Massgabe des von der Bundesversammlung genehmigten Programms.

Ch. 2.

Proposition de la commission.

Le Conseil fédéral emploie ce crédit conformément au programme approuvé par l'Assemblée fédérale.

Keller, Berichterstatter: Hier streichen wir das noch nicht feststehende Datum, in der Meinung, dass dann die Redaktionskommission die richtige Zeitangabe einsetzen möge.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziffer 3.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

I. Der Bund ist befugt, zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung eine jährlich zu berechnende Ausgleichsteuer zu erheben von Grossunternehmungen des Detailhandels, deren Umsatz in dem der Veranlagung vorausgehenden Jahre den Betrag von Fr. 200 000 überstiegen hat, bis der Ertrag ohne Zins die Summe von 120 Millionen Franken erreicht haben wird. Als steuerpflichtige Unternehmungen gelten auch Selbstbedienungs- und Automatenrestaurants, sowie industrielle und gewerbliche Betriebe, die eigene oder fremde Erzeugnisse im Detail abgeben.

II. Die Steuer ist progressiv und bemisst sich nach dem Detailumsatz unter Berücksichtigung der Geschäftsart. Der Umsatz mehrerer rechtlich selbständiger Unternehmungen, die in wirtschaftlicher Hinsicht eine Einheit bilden, ist zusammenzurechnen. Die Ausführungsbestimmungen können für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen vorsehen.

III. Die Belastung des steuerbaren Umsatzes beträgt mindestens zwei vom Tausend und höchstens:

a. zweieinhalb vom Hundert für Waren- und Kaufhäuser, Unternehmungen mit fahrenden Läden und für Versandgeschäfte, die mehrere Warengattungen führen. Werden solche Unternehmungen als Einheitspreisgeschäfte geführt, so erhöht sich die Belastung um fünfzig vom Hundert;

b. anderthalb vom Hundert für Filialunternehmungen;

c. eins vom Hundert für Selbsthilfegenossenschaften und für Detailunternehmungen anderer Art.

Die Höchstbelastung beginnt in allen Fällen bei einem Jahresumsatz von zehn Millionen Franken.

Minderheit (Bally):

I. Der Bund ist befugt, zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung eine jährlich zu berechnende Steuer zu erheben von Unternehmungen des Detailhandels, deren Umsatz in dem der Veranlagung vorausgehenden Jahre den Betrag von Fr. 100 000 überstiegen hat, bis ...

II. Die Steuer ist progressiv und bemisst sich nach dem Detailumsatz. Der Umsatz mehrerer ...

III. Die Belastung des steuerbaren Umsatzes beträgt mindestens eins vom Tausend und höchstens eins vom Hundert. Die Höchstbelastung beginnt bei einem Jahresumsatz von einer Million Franken.

Minderheit (Klöti):

III. ...

c. einhalb vom Hundert für Selbsthilfegenossenschaften und für Detailunternehmungen anderer Art.

Ch. 3.

Proposition de la commission.

Majorité:

I. Afin d'amortir partiellement les dépenses qui lui auront été causées par la création de possibilités de travail, la Confédération a le droit de percevoir un impôt compensatoire, à calculer annuellement, sur les grandes entreprises du commerce de détail, qui, au cours de l'année précédant la taxation, ont vendu pour plus de 200 000 francs, jusqu'à ce que cet impôt, sans intérêts, ait produit 120 millions de francs. Sont compris également dans les entreprises imposables, les restaurants sans serveurs et les restaurants automatiques, ainsi que les exploitations industrielles et artisanales vendant au détail leurs propres produits ou des produits étrangers.

II. L'impôt est progressif et se détermine sur le chiffre d'affaires au détail, compte tenu du genre de l'établissement. Le chiffre d'affaires de plusieurs entreprises juridiquement indépendantes doit être additionné lorsque ces entreprises constituent économiquement une unité. Les dispositions d'exécution pourront prévoir des allégements pour certaines sortes de marchandises où règnent des conditions particulières.

III. Le taux applicable au chiffre d'affaires imposable est de deux pour mille au moins, et au plus

a. De deux et demi pour cent pour les grands magasins, les maisons d'assortiment, les maisons à magasins ambulants et les maisons d'expédition tenant diverses espèces de marchandises. Si des entreprises de cette nature sont gérées comme magasins à prix uniques, le taux est augmenté de cinquante pour cent;

b. De un et demi pour cent pour les entreprises multiples;

c. De un pour cent pour les coopératives d'entr'aide et pour les entreprises du commerce de détail d'un autre genre.

Le taux maximum s'applique dans tous les cas à partir d'un chiffre d'affaires annuel de dix millions de francs.

Minorité (Bally):

I. Afin d'amortir partiellement les dépenses qui lui auront été causées par la création de possibilités de travail, la Confédération a le droit de percevoir un impôt, à calculer annuellement, sur les entreprises du commerce de détail qui, au cours de l'année précédant la taxation, ont vendu pour plus de 100 000 francs, jusqu'à ce que ...

II. L'impôt est progressif et se détermine sur le chiffre d'affaires au détail. Le chiffre d'affaires de plusieurs ...

III. Le taux applicable au chiffre d'affaires imposable est de un pour mille au moins et de un pour cent au plus. Le taux maximum s'applique à partir d'un chiffre d'affaires annuel de un million de francs.

Minorité (Klöti):

III. ...

c. D'un demi pour cent pour les coopératives ...

Keller, Berichterstatter der Mehrheit: Hier kommen wir zu der pièce de résistance, zur finanziellen Deckungsklausel. Der Bundesrat hatte eine sogenannte Ausgleichsteuer vorgeschlagen von Grossunternehmungen des Einzelhandels. Wir haben das Vergnügen, den Urheber dieser Ausgleichsteuer, Herrn Bundesrat Obrecht, über seine Motive, namentlich auch über die gewerbepolitischen Ziele dieser Steuer, heute abend oder morgen persönlich anhören zu können. Dieser Steuer wollte der Bundesrat Warenhäuser, Kaufhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Filialunternehmungen und Betriebe mit fahrenden Läden unterwerfen, Unternehmungen, die, wie Sie wissen, zum Teil auch sonst Gegenstand dringlicher Bundesgesetzgebung bilden. Selbsthilfegenossenschaften wollte der Bundesrat steuerfrei lassen, ebenso bei allen sonst steuerpflichtigen Geschäften einen Jahresumsatz von Fr. 250 000. Die Steuer sollte progressiv sein, bei 2 vom Tausend beginnen und bei 5 vom Hundert, immer vom jährlichen Umsatz gerechnet, ihren Höchstsatz erreichen. Der Bundesrat wollte mit dieser Steuer einen Betrag von 202 Millionen Franken decken. Der Bundesrat hatte, wie Sie sehen, in der Steuerbelastung keinen Unterschied gemacht zwischen Filialunternehmungen, Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften. Er unterschied einzig nach der Höhe des Umsatzes, nach der chiffre d'affaires.

Der Nationalrat führte nach Antrag seiner Kommission neben der Umsatzprogression eine weitere Unterscheidung nach der Geschäftsart ein, wobei er die Einheitspreisgeschäfte mit einem Maximum von 5% am höchsten belastete; in zweiter Linie mit dem Maximum von 3% die Waren- und Kaufhäuser, die Unternehmungen mit fahrenden Läden und die Versandgeschäfte, die mehrere Warenkategorien führen; in dritter Linie die Filialunternehmungen mit einem Maximum von 2 vom Hundert und endlich in vierter Linie die Selbsthilfegenossenschaften und Selbsthilfeunternehmungen des Detailhandels mit ½ vom Hundert, im Gegensatze zur nationalrätlichen Kommission, die hier 1 vom Hundert beantragt hatte. Die Höchstbelastung sollte bei einem Umsatz von 10 Millionen Franken beginnen. Die niedrigste Belastung sollte 1 vom Tausend betragen, statt 2 vom Tausend nach Vorschlag des Bundesrates.

Zu diesen Beschlüssen des Nationalrates hatte die Kommission des Ständerates Stellung zu beziehen. Dabei machte unser verehrter Herr Kollege Bally der Ausgleichsteuer grundsätzlich Opposition und brachte in der Kommission einen wohlfundierten und dokumentierten Gegenvorschlag ein, bestehend in einer Spezialumsatzsteuer, die er abgekürzt „Sust" nannte und die grundsätzlich auch von den Organisationen der Filialunternehmungen und Warenhäuser durch Eingaben unterstützt wurde.

Der ursprüngliche Gegenvorschlag von Herrn Ständerat Bally ist mit dem heutigen Minderheitsantrag Bally nicht übereinstimmend. Er wich von der bundesrätlichen Ausgleichsteuer viel mehr ab als der heutige Antrag Bally. Was Herr Ständerat Bally in der ersten Sitzung der Kommission vorgeschlagen hatte, war die Ersetzung der Ausgleichsteuer durch eine prozentuale Kleinhandelssteuer, die keine Unterschiede nach Betriebsformen oder Geschäftsarten vorsah und dem Grundsatz der Allgemeinheit und Gleichheit der Steuern durch einen angemessenen Einheitssteuersatz von 1% Rechnung tragen wollte, weshalb er auch von einer Progression nach Umsatz absah. Indessen machte der strenge Logiker Bally dem Sozialpolitiker Bally die Konzession, dass er für die kleinen und kleinsten Detailhändler mit einem Umsatz von unter 100 000 Franken jährlich eine starke Degression vorsah. Der Staatsmann Bally zeigte sich darin, dass er durch seinen Gegenvorschlag dem Bund wesentlich mehr Mittel bringen wollte als der Nationalrat, während der erfahrene Geschäftsmann sich endlich in dem Vorschlag offenbarte, die Steuer derart rückversicherungsartig in Beziehung zum Reingewinn zu setzen, dass sie 25% des Reingewinns nicht übersteigen dürfe. Herr Kollege Bally hat sich in der Kommission wie ein Löwe für seine Spezialumsatzsteuer gewehrt. Allein keine noch so ritterliche Kampfesweise vermag den Erfolg zu garantieren. So blieb bei der Abstimmung Herr Bally mit seinem Gegenvorschlag allein. Deshalb hat er sich nun zum heutigen Minderheitsantrag entschlossen und ist darin der Mehrheit weitgehend entgegengekommen, statt, wie er zuerst beabsichtigt hatte, sich noch weiter von ihr zu entfernen. Ich will zuerst ihm selbst das Wort überlassen und behalte mir vor, später darauf zurückzukommen. Ich will nur gleich jetzt schon bemerken, dass der Ertrag der Steuer nach Minderheitsantrag Bally von der eidgenössischen Steuerverwaltung ungefähr gleich geschätzt wird wie der Ertrag der Mehrheit, eher etwas höher, etwa eine halbe Million höher. Zweitens muss ich bemerken, dass Herr Bally mit seiner Bekämpfung der bundesrätlichen und nationalrätlichen Ausgleichsteuer zwar grundsätzlich unterlegen ist, aber im Mass der Steueransätze in Verbindung mit der Kommissionsmehrheit eine erhebliche Milderung der Ausgleichsteuer erreicht hat. Ich halte überhaupt darauf festzustellen, dass der von den Organisationen der Warenhäuser und der Filialunternehmungen angenommene und unter-

stützte Gedanke, die Ausgleichsteuer durch eine Art allgemeine Detailumsatzsteuer zu ersetzen, bei vielen Mitgliedern der Kommission zuerst viel Gegenliebe gefunden hat, auch bei mir persönlich. Auch ich habe lange an dem Problem herumstudiert, wie eine Detailumsatzsteuer als erster Anfang einer später auszubauenden allgemeinen Umsatzsteuer aufgezogen werden müsste, um überhaupt irgendeine Aussicht zu haben, in Verbindung mit dieser Vorlage durchzugehen. Allein, meine Bestrebungen hatten einen negativen Erfolg, weil erstens der Bundesrat am gewerbepolitischen Ziel seiner Ausgleichsteuer festhielt und weil sodann die Einführung einer mehr oder weniger allgemeinen Umsatzsteuer in ihrer volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkung zur Zeit noch keineswegs genügend abgeklärt ist, wie besonders die Steuerverwaltung betont. Ich werde darauf zurückkommen; ich gestatte mir nur noch, im Anschluss einige Bemerkungen der eidgenössischen Steuerverwaltung zur Ausgleichsteuer Ihnen bekanntzugeben.

Die Ausgleichsteuer vereinigt die Elemente verschiedener Steuerarten in sich. In der ursprünglichen Konzeption in der Vorlage des Bundesrates handelte es sich um eine Spezialgewerbesteuer. Es war nur die Erfassung derjenigen Unternehmungen ins Auge gefasst, die nach der Auffassung des Bundesrates zufolge ihrer Kapitalkraft und Betriebsweise eine besondere Gefährdung der kleinen Detailhandelsgeschäfte darstellen. Die Steuer sollte nach dem Jahresdetailhandelsumsatz berechnet werden. Der Umsatz war aber nicht als Steuerobjekt gedacht, sondern nur als Massstab für die wirkliche Potenz der Steuerpflichtigen oder, wenn Sie wollen, für den Grad der Gefährlichkeit, den das steuerpflichtige Grossunternehmen für den Kleinbetrieb darstellt.

Die ursprüngliche Vorlage hat nun während der Beratung in der nationalrätlichen Kommission wesentliche Aenderungen erfahren. Die ursprünglich allgemein auf maximal 5% angesetzte Steuer wurde für Warenhäuser auf 3% und für Filialunternehmungen auf 2% herabgesetzt. Gleichzeitig wurde, um den Belastungsabstand gegenüber den Spezialgeschäften und Konsumgenossenschaften, der immer noch als zu gross empfunden wurde, zu vermindern, die Steuerpflicht auf Spezialgeschäfte und Konsumgenossenschaften mit über Fr. 200 000 Kleinhandelsumsatz ausgedehnt, und zwar mit einem Steuersatz von 1%, was dann im Nationalrat mit Mehrheit auf ½% herabgesetzt worden ist. Durch die Ausdehnung auf diese handelspolitisch nicht gleich wie Warenhäuser zu beurteilenden Unternehmungen wurde auch die Natur der Steuer etwas verändert. Sie muss nun steuertechnisch als Mischform bezeichnet werden, die Gewerbsteuer- und Umsatzsteuer-Elemente in sich vereinigt.

In bezug auf die Frage der Verfassungsmässigkeit, genauer gesagt die Frage, ob sich die Ausgleichsteuer, auch wenn sie selbst durch einen Verfassungsartikel eingeführt wird, mit gewissen Hauptgrundsätzen der bisherigen Verfassung, namentlich mit der Gewerbefreiheit und Rechtsgleichheit, in Einklang bringen lasse, verweist die Steuerverwaltung auf die Gutachten der Herren Prof. Blumenstein und Burckhardt, die Sie ja erhalten haben. Die zeitliche Beschränkung der Steuer, Erhebung bis zur Deckung eines gewissen Betrages, steht sicher in einem gewissen Widerspruch mit dem gewerbepolitischen Zweck der Steuer, zeigt aber deutlich, dass diese eben als steuerpolitischer Versuch einer gewerbepolitischen Stützung, einer staatlichen Intervention auf dem Gebiete des Gewerbewesens aufzufassen ist. Der Erlass der Ausführungsvorschriften wird nach den Beschlüssen des Nationalrates der Bundesversammlung übertragen, während ursprünglich diese Kompetenz dem Bundesrat zugedacht war.

In solchen Erlassen werden vor allem die Begriffe: Einheitspreisgeschäfte, Warenhäuser, Filialunternehmungen usw. durch Definitionen zu präzisieren sein. Die Erfahrungen, welche das Volkswirtschaftsdepartement bei der Durchführung des Warenhausgesetzes und des Gesetzes über das Filialverbot gesammelt hat, werden es in die Lage versetzen, brauchbare Umschreibungen vorzuschlagen; auch der Begriff des Detailhandels wird festzulegen sein, was zwar nicht leicht, aber doch lösbar sein wird. Ferner wird die Bundesversammlung den Steuertarif festzusetzen haben. Das Steuererhebungsverfahren wird einfach sein, da nach der Vorlage, wie sie aus dem Nationalrat hervorgegangen ist, nur ungefähr 1400 Steuerpflichtige in Frage kommen. Die Steuer wird festgesetzt werden nach Steuerdeklarationen der Abgabepflichtigen, in denen über die Höhe des Jahresumsatzes Auskunft zu geben ist. Eine rückwirkende Anwendung der Steuer kann nicht in Frage kommen, weil den Steuerpflichtigen die Möglichkeit gelassen werden muss, die Belastung auf die Warenpreise einzukalkulieren, was selbstverständlich nicht rückwirkend möglich ist. Als erstes Steuerjahr wird also vermutlich das Jahr 1940 in Frage kommen.

Sachlich bedeutet der Antrag Bally die Einführung einer allgemeinen Detailhandelsumsatzsteuer, die, wie ich schon gesagt habe, vieles für sich hat. Allein die Frage der Einführung der allgemeinen Umsatzsteuer als Glied einer allgemeinen Finanzreform würde, sagen Bundesrat und Steuerverwaltung, dadurch präjudiziert. Der Entscheid über die Frage der für die Umsatzsteuer zu wählenden Form (allgemeine Umsatzsteuer in reiner oder sogenannter veredelter Form, Phasenpauschalisierung, Fabrikationssteuer, Detailhandelsumsatzsteuer usw.) sollte aber, sagt die Steuerverwaltung, nicht präjudiziert oder gar übers Knie abgebrochen werden. Und das Finanzdepartement liess durch Herrn Bundesrat Obrecht erklären, dass es sich die allgemeine Umsatzsteuer für die Finanzreform reservieren möchte und dass es sich deshalb dagegen ausspreche, die Frage der allgemeinen Detailhandelsumsatzsteuer hier anzuschneiden.

Zu bemerken ist dazu insbesondere, dass die Detailhandelsumsatzsteuer andern Formen gegenüber finanzwirtschaftliche und allgemein wirtschaftliche Nachteile aufweist und offenbar deshalb im Ausland nirgends in reiner Form verwirklicht worden ist. Sie bedingt, wenn sie bedeutende Erträge abwerfen soll, hohe Steueransätze. Die Ueberwälzung und der Einfluss der Steuer auf den Warenpreis würde also hier ganz besonders fühlbar. Die Belastungsgrenze ist darum bald erreicht. Die Detailhändler sind in der Mehrzahl finanziell schwach und in rechtlicher und geschäftlicher Be-

ziehung oft sogar unbeholfen. Die gesamte Umsatzbelastung dem Detailhandel aufzubürden, ist auch darum steuerpolitisch nicht sehr zweckmässig.

Das sind die grundsätzlichen Ausführungen der Eidg. Steuerverwaltung zu einer allgemeinen Umsatzsteuer. Sie mögen darüber urteilen. Die Berücksichtigung des Reingewinnes bei der Ausgleichssteuer und bei der allgemeinen Detailhandelsumsatzsteuer, wie sie in einem gewissen Stadium der Beratung vorgeschlagen war, wird von der Steuerverwaltung und von der Kommission abgelehnt und ist neuestens auch im Antrag von Herrn Bally preisgegeben. Diese Berücksichtigung des Reingewinnes würde den ganzen Charakter dieser Steuer von Grund aus verändern. Wenn die Ausgleichssteuer zweckmässig bemessen und nicht übertrieben wird, sollte sie in der Hauptsache abgewälzt werden können nach irgendeiner Seite hin. Sie sollte somit weder eine für die kleinen wirtschaftlichen Existenzen wiederum gefährliche Uebersteigerung des Umsatzhungers der „grossen Haifische", wenn dieser Ausdruck gestattet ist, noch eine unerlässliche Belastung des Konsums, noch endlich eine erhebliche Schmälerung des Reingewinns zur Folge haben. Der Urheber der Ausgleichssteuer will ja nicht, wie etwa ein orientalischer Despot, den überragenden Mohnblüten die Köpfe abschlagen, er will nur, dass die Kleinsten und Kleinen auch wieder etwas Platz bekommen. Darüber wird er sich dann äussern. Die Eingaben der Regierungen von Zürich und Genf sind von uns entsprechend ihrer grossen Bedeutung sehr beachtet worden. Allein, sie gehen von der irrtümlichen Auffassung aus, als ob durch die Ausgleichssteuer sozusagen der ganze bisherige Reingewinn der betroffenen Unternehmungen vom Bund vorzu weggesteuert, wie der Rahm von der Milch oben weggenommen und dem bisherigen Steuerbezüger entzogen würde. Das ist keineswegs die Absicht des Urhebers dieser Steuer. Er will die Kantone als bisherige Steuerbezüger nicht wesentlich schädigen, sondern sagt sich: Ungefähr der gleiche den Kantonen und Kommunen steuerbare Reingewinn, der von einem Umsatz von 10 oder 30 oder 60 Millionen erzeugt werden kann, sollte sich auch erzielen lassen, wenn dieser Umsatz mit einer Umsatzsteuer von 1—1½ % oder bei Warenhäusern von 2½ % belastet wird. Dafür, dass der Reingewinn wirklich gleichbleiben wird, wird indessen der Urheber der Ausgleichssteuer sicher keinerlei Garantie übernehmen wollen. Er wird sogar, nehme ich an, eventuell eine gewisse Schmälerung des Reingewinns in Kauf genommen haben. Wie das Ergebnis namentlich in gewerbepolitischer Hinsicht mit Rücksicht auf die kleinen und kleinsten Detailhändler sein wird, das können uns erst die Erfahrungen zeigen. Vielleicht wird die Wahrheit auch hier in der Mitte liegen, aber sicher ist, dass die Folgen der Ausgleichssteuer nicht nur für die kleinen Konkurrenten, sondern auch für den Konsum, für die Produktion, für die Angestellten, für die Steuerverwaltungen der Kantone und Gemeinden, sowie zuletzt auch für die Nutzniessergewerbe, das Baugewerbe und die Träger der Geschäftsreklame usw., mit starker Uebertreibung an die Wand gemalt worden sind. Es wäre auch deswegen verfehlt, die Umsatzsteuer im Gesetz in irgendeine Beziehung zum Reingewinn zu bringen, weil dieser Begriff ein derart variabler und elastischer ist, dass seine Einführung in die Ausgleichssteuer deren ganzen Ertrag zweifelhaft machen würde. Man müsste dann entweder im Gesetz genau sagen, was der Gesetzgeber als Reingewinn betrachtet, oder man müsste alljährlich fast mit jedem einzelnen Steuerpflichtigen seinen jährlichen Reingewinn ausdiskutieren. Denken Sie nur an die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit der Abschreibungen, die ja nicht nur von Geschäftsart zu Geschäftsart, sondern in vielen Fällen von Geschäft zu Geschäft variieren können, so sehen Sie, was da in der Praxis für Schwierigkeiten entstehen würden. Denken Sie weiter an die bei der Berechnung des Reingewinns zuzulassenden Saläre und Spesenvergütungen aller Art usw., nicht zu sprechen von den Möglichkeiten, den Gewinn sonst zu verkleinern, dann wird jedem Praktiker sofort klar, dass die Einführung des Begriffs Reingewinn in die Umsatzsteuer, die von Herrn Bally als Gift bezeichnet worden ist, der Einführung eines Gegengifts gleichkäme, das den Erfolg der Umsatzsteuer zerstören müsste. Das hat nun offenbar auch Herr Bally eingesehen. Ich nehme an, dass er deshalb darauf verzichtet hat, an diesem Begriff festzuhalten.

Alles in allem genommen erscheint die Ausgleichsteuer als ein Versuch des Bundesrates, das weitere Absinken von kleinen und kleinsten noch selbständigen wirtschaftlichen Existenzen in die Klasse der unselbständig Erwerbenden zu verhindern. Ob das gelingen wird oder ob im Gegenteil, wie Herr Bally meint, eine weitere Verschärfung der Konkurrenz und Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Kleinen die Folge sein wird, das kann niemand mit Sicherheit voraussagen. Die Mehrheit der Kommission hat sich entschlossen, den Versuch des Bundesrates mit einer stark gemilderten Steuerskala zu unterstützen.

Nun seien mir noch einige Bemerkungen gestattet zur Erklärung unserer Vorschläge gegenüber den Beschlüssen des Nationalrates. Wie schon gesagt, wurde anlässlich der Kommissionsverhandlungen in Davos Eintreten auf die Ausgleichsteuer beschlossen. Von verschiedenen Seiten wurde indessen die „Schere" als zu weit, der Belastungsunterschied, der nach dem Beschluss des Nationalrates vorgesehen ist: Maximalsatz für Einheitspreisgeschäfte 5 %, Warenhäuser 3 %, Filialunternehmungen 2 %, Spezialgeschäfte und Selbsthilfegenossenschaft ½ %, also eine Spanne von ½ % bis zu 5 % (10 mal mehr), als zu gross beanstandet. Deshalb fanden in der Zeit zwischen den beiden Sessionen der Kommission verschiedene Verhandlungen statt, welche die Bereitstellung eines Vermittlungsvorschlages bezweckten. Sie suchten die Lösung in folgender Richtung: Herabsetzung des Höchstsatzes für Einheitspreisgeschäfte von 5 auf 3¾ %, für Warenhäuser und Betriebe mit fahrenden Läden von 3 auf 2½ %, und für Filialunternehmungen von 2 auf 1½ %; anderseits Erhöhung des Höchstsatzes für Spezialgeschäfte und Selbsthilfegenossenschaften von ½% auf 1%. Durch eine derartige Verkleinerung der Spanne, durch Annäherung der Steuersätze für die verschiedenen Unternehmungsarten, wird die Belastungsspanne

wie folgt reduziert: Für Einheitspreisgeschäfte vom 10fachen (5 : ½ %) auf das 3¾fache (3¾ : 1 %); für Warenhäuser vom 6fachen (3 : ½ %) auf das 2½fache (2½ : 1 %); für Filialunternehmungen vom 4fachen (2 : ½ %) auf das 1½fache (1½ :1 %), bei Annahme von 1 % für Selbsthilfegenossenschaften und Spezialgeschäfte.

Ferner wurden im Vermittlungsvorschlag einige weitere Aenderungen vorgesehen, von denen der Einbezug der Selbstbedienungs- und Automatenrestaurants in die Steuerpflicht zu erwähnen ist. Der Vermittlungsvorschlag wurde von der Kommission am 10. März mit wenigen Aenderungen zum Beschluss erhoben, doch wurde abgelehnt, die Steuerpflicht schon bei 100 000 Fr. Umsatz beginnen zu lassen. Bei Beginn der Steuer mit mindestens 200 000 Fr. Jahresumsatz schätzt die Steuerverwaltung die Zahl der Steuerpflichtigen auf 1400 bis höchstens 1500 in der ganzen Schweiz. Bei Beginn der Steuerpflicht mit einem Umsatz von 100 000 Fr. aber schätzt man sie auf 4000 und beim Hinuntergehen auf 60 000 Fr. Jahresumsatz gar auf 12 000 in der ganzen Schweiz. Durch Hinuntergehen unter 200 000 Fr. Jahresumsatz würde der Charakter der Steuer wesentlich verändert und einer allgemeinen Umsatzsteuer angenähert.

Im einzelnen ist zu den Differenzen gegenüber den Beschlüssen des Nationalrats folgendes zu bemerken, wobei ich auf das Ihnen vorliegende gedruckte Blatt verweise. Ich möchte beantragen, dass wir das heute noch behandeln. Ich werde Sie nicht sehr lange in Anspruch nehmen.

1. Einem Antrag Riva gemäss wurde die Fassung des Nationalrates dahin präzisiert, dass die Ausgleichsteuer jährlich zu berechnen ist und nicht etwa gesamthaft am Schlusse einer längeren Periode.

2. Infolge der Verminderung der Kredite, die im Programmbeschluss vorgenommen wurde durch die Streichung des Kredites für die Kistenstrasse konnte das durch die Ausgleichsteuer zu beschaffende Gesamtaufkommen von 135 auf 120 Millionen herabgesetzt werden. Nachdem Sie den Kistenpass beschlossen haben, bleibt es bei 135 Millionen, hier ist also keine Differenz mehr vorhanden.

3. Es wurde präzisiert, dass diese durch die Spezialsteuer zu deckenden Millionen ohne Zinsanrechnung zu verstehen sind. Die Steuereinnahmen sollen unmittelbar zur Tilgung der Kredite verwendet werden und nicht etwa zur Aeufnung eines verzinslichen Fonds.

4. Einem Antrag des Volkswirtschaftsdepartements entsprechend wurde beschlossen, auch die Selbstbedienungs- und Automatenrestaurants einer Steuerpflicht zu unterwerfen. Es handelt sich um Verwirklichung eines Postulates, das von verschiedenen Seiten gestellt und dem die Berechtigung von der Kommission nicht abgesprochen worden ist, weil die Selbstbedienungs- und Automatenrestaurants innerhalb des Gastgewerbes eine ähnliche Rolle spielen, wie Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte innerhalb des Warenhandels. Das grösste Unternehmen, das sich den Betrieb von Selbstbedienungsrestaurants zum Ziel gesetzt hat, ist von Warenhausunternehmungen gegründet worden. Selbstbedienungs- und Automatenrestaurants bezwecken, durch äusserste Betriebsrationalisierung, insbesondere durch Ausschaltung oder Reduzierung des Bedienungspersonals, die im Gastgewerbe üblichen Preise zu unterbieten, um dann bei kleinen Gewinnmargen grosse Umsätze zu erzielen. Da die Bedienung und die sonst vom Gastgewerbe, das ja als solches nicht unter die Ausgleichsteuer fällt, dem Kunden gebotenen Bequemlichkeiten auf das Unumgängliche beschränkt werden, besteht kein grosser Unterschied mehr gegenüber den gewöhnlichen Lebensmitteldetailgeschäften, so dass auch unter diesem Gesichtspunkt die Gleichstellung mit Spezialgeschäften, oder, wenn das Unternehmen mehrere Gaststätten als Filialen betreibt mit Filialunternehmungen sich rechtfertigt, also die Besteuerung mit 1 oder 1½ % des Jahresumsatzes, sofern dieser Jahresumsatz mehr als 200 000 Fr. beträgt.

5. Die vom Nationalrat beschlossene Fassung wurde endlich durch die Feststellung ergänzt, dass wie die reinen Detailhandelsunternehmungen, also diejenigen Unternehmungen, die Waren kaufen, um sie unverändert im Kleinverkauf wieder abzugeben, auch industrielle und gewerbliche Unternehmungen zu behandeln sind, die eigene oder fremde Produkte detaillieren, z. B. Detailverkaufsablagen von Fabriken, von Grossbäckereien usw. Natürlich erstreckt sich, ich betone das, wie sich das aus Abs. 2 eindeutig ergibt, die Steuerpflicht solcher Unternehmungen nur auf die im Kleinverkauf abgegebenen Waren und nicht etwa auf den Gesamtumsatz, einschliesslich der Grosshandelsumsätze.

Das die Erklärungen zu Abs. 1 der ständerätlichen Vorlage. Nun noch einige Worte zu Abs. 2.

6. Mit Rücksicht darauf, dass nicht nur reine Handelsunternehmungen steuerpflichtig sein sollen, sondern auch selbst detaillierende Produktionsbetriebe, ist es angezeigt, den Begriff „Detailhandelsumsatz" durch „Detailumsatz" zu ersetzen.

7. Die Feststellung, dass der Umsatz mehrerer rechtlich verselbständigter Betriebe, die aber in wirtschaftlicher Hinsicht eine Einheit bilden, zusammenzurechnen ist, erzeigt sich als notwendig, um ohne Rücksicht auf juristische Konstruktionen die Gleichheit der Belastung bei wirtschaftlich gleichartigem Tatbestand zu gewährleisten. Durch die Vorschrift wird auch die Steuerumgehung durch Zergliederung eines Unternehmens in rechtlich verselbständigte Zweigbetriebe verhindert. Die neue Bestimmung ermöglicht es, auf den Zusatz zu Art. 7 der nationalrätlichen Fassung zu verzichten, der den Erlass besonderer Vorschriften gegen Umgehung der Steuerpflicht vorsieht und auch aus andern Gründen nicht nötig ist.

8. Der Nationalrat hat sich nicht auf die Anordnung beschränkt, dass im Ausführungsbeschluss Ausnahmen von der Steuerpflicht für einzelne Warengattungen, bei welchen besondere Verhältnisse vorliegen, vorgesehen werden können, der Nationalrat hielt es vielmehr für notwendig, schon in der Verfassung Befreiung für bestimmte Warengattungen vorzusehen, nämlich, wie er sagt: „für Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, für feste Brennstoffe und dergl." Abgesehen davon, dass Umschreibungen, wie „Milchprodukte" und „landwirtschaftliche Erzeugnisse"

viel zu unbestimmt sind, besonders, wenn man sie durch ein angehängtes „und dergleichen" vollends im Ungewissen verschwinden lässt, ist bei der Beschlussfassung des Nationalrates offenbar der Natur der Ausgleichsteuer zu wenig Rechnung getragen worden. Bei einer allgemeinen Umsatzsteuer hätte die Befreiung von Waren, die für den Lebensbedarf unentbehrlich sind, wie Milch und gewisse landwirtschaftliche Produkte, den guten Sinn, die minderbemittelten Konsumenten zu entlasten. Anders liegen die Verhältnisse aber bei einer Ausgleichsteuer, die den gewerbepolitischen Zweck verfolgt, den Kleinbetrieben einen kleinen Vorsprung gegenüber den Grossbetrieben zu verschaffen. Der kleine Gemüsehändler verdient aber gegenüber dem grossen und kapitalstarken Gemüsehändler und Filialbetrieb sicher den gleichen Schutz, wie der kleine Spezierer gegenüber dem Kolonialwaren-Grossbetrieb und wie der kleine Kohlenhändler gegenüber dem grossen. Wenn Ausnahmen bewilligt werden sollen, so müssen diese darum nicht durch Rücksichten auf Produzenten oder Konsumenten gerechtfertigt werden, sondern sie sind dort am Platz, wo im Handelsverkehr besondere Verhältnisse bestehen, beispielsweise also dort, wo behördliche Vorschriften nur einer ungewöhnlich geringen Gewinnmarge Raum lassen.

Um festzustellen, wo solche Verhältnisse vorliegen, bedarf es eingehender Untersuchungen, die, wie die eidgenössische Steuerverwaltung erklärt, noch nicht vollendet sind und erst bei Fertigstellung des Ausführungserlasses vorgelegt werden können. Die Verfassungsbestimmung bietet in der von der ständerätlichen Kommission angenommenen Fassung genügend Elastizität, um jedem berechtigten Anspruch Rechnung zu tragen. Einzelheiten, wie sie der Nationalrat beschlossen hat, gehören überhaupt nicht in einen Verfassungsartikel. Da zudem die eidgenössischen Räte, also die gleiche Behörde, welche die Verfassungsgrundsätze formuliert, später auch über die Ausführungsbeschlüsse zu entscheiden haben wird, ist volle Gewähr dafür geboten, dass begründete Ansprüche Berücksichtigung finden werden. Damit komme ich zu Abs. 3 unserer Kommissionsvorlage.

9. Die Kommission hat den Minimalansatz der progressiven Ausgleichsteuer von 1 % auf 2 % erhöht. Eine Steuerbelastung von 400 Fr. ist für ein Unternehmen mit 200 000 Fr. Jahresumsatz sicher erträglich, besonders wenn gleichzeitig die Grosskonkurrenten wesentlich stärker betroffen werden. Weil die Zahl der Unternehmungen mit Umsätzen von 200 000 bis 500 000 Fr. gross ist (ca. 1200), so kommt der Gestaltung der Abgabesätze in den untersten Stufen eine nicht unerhebliche Bedeutung zu.

10. Die Aenderung der Steuersätze von 5, 3, 2, ½ auf 3¾, 2½, 1½ und 1% wurde schon begründet. In formeller Hinsicht wurde insofern eine Umstellung vorgesehen, als die Einheitspreisgeschäfte nicht mehr als besondere Kategorie angeführt werden — es sind ja nur ganz wenige — Sie werden den Warenhäusern, zu denen sie ihrem Wesen nach gehören, gleichsam als Varietät oder Unterart zugeteilt. Der Eigenart ihres aufs äusserste rationalisierten und darum vom mittelständischen Kleinhandel als besonders bedrohlich empfundenen Betriebes ist dadurch Rechnung getragen worden, dass zum Steuersatz von 2½ % für Warenhäuser ein Zuschlag von 50 % vorgeschrieben ist. Es ergibt sich so für die Einheitspreisgeschäfte eine effektive Höchstbelastung von 3¾ %, aber, wie gesagt, nur bei einem Jahresumsatz von 10 Millionen Fr. an.

11. Mit Bezug auf die Selbsthilfegenossenschaften und Detailunternehmungen anderer Art, also die Spezialgeschäfte des Warenkleinhandels, ist Ihre Kommission zu der Fassung zurückgekehrt, welche die Kommission des Nationalrates beantragt hatte und welche dann im Nationalrat mit Mehrheit unterlegen ist. Der Nationalrat hatte für die Verfassung zwei Aenderungen beschlossen. Einmal reduzierte er den Steuerhöchstsatz von 1% auf ½ %; ferner gab er einem Antrag Schwar Folge, welcher den Selbsthilfegenossenschaften sonstige „Selbsthilfeunternehmungen des Detailhandels" gleichstellen, d. h. also der niedrigeren Steuerbelastung teilhaftig werden lassen wollte. Der Nationalrat stimmte dieser Anregung zu, akzeptierte aber trotz der Intervention des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, der auf den Irrtum hingewiesen hatte, eine Fassung, die wesentlich weitergeht, als es Herr Schwar und der Rat nach den dem Beschluss vorausgehenden Voten eigentlich beabsichtigten. Es wurde nämlich die Aufzählung der„Detailunternehmungen anderer Art" einfach vergessen. Richtig, d. h. den wirklichen Absichten des Rates entsprechend formuliert, hätte die Bestimmung lauten müssen: „5 vom 1000 für Selbsthilfegenossenschaften, sonstige Selbsthilfeunternehmungen und für Detailunternehmungen anderer Art"

Nun soll nach dem Beschluss, den die ständerätliche Kommission in Lugano gefasst hat, die von Herrn Schwar beantragte Gleichstellung der nicht aus Genossenschaften organisierten Selbsthilfeunternehmungen wieder wegfallen. Die Streichung empfiehlt sich schon deshalb, weil der Inhalt des Begriffs der „Selbsthilfeunternehmung" für eine Verfassungsvorschrift viel zu unbestimmt ist. Dem Wortsinn nach stellt ausser den gemeinnützigen Institutionen überhaupt jede Geschäftsunternehmung eine Selbsthilfeunternehmung dar. Eine Begünstigung könnten aber selbstverständlich von vornherein nur Unternehmungen beanspruchen, die, wie die Konsumgenossenschaften und gewisse Produktionsgenossenschaften, Milchverwertungsgenossenschaften usw., auf kollektive Selbsthilfe gerichtet sind, Vereinigungen wirtschaftlich Schwacher, welche sich gemeinsame wirtschaftliche Ziele gesetzt haben, die für das einzelne Mitglied unerreichbar wären. Für solche Unternehmungen ist aber die Genossenschaft die einzig angemessene Rechtsform. Ich zitiere zum Beweise den Art. 828 des neuen Obligationenrechts, der sagt: „Die Genossenschaft ist eine als Körperschaft organisierte Verbindung einer nicht geschlossenen Zahl von Personen oder Handelsgesellschaften, die in der Hauptsache die Förderung oder Sicherung bestimmter wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder in gemeinschaftlicher Selbsthilfe bezweckt." Es dürfte also nicht zu viel verlangt sein, dass Unternehmungen, welche kollektive Selbsthilfe bezwecken, wenn sie Anspruch auf den niedrigsten

Ansatz der Ausgleichssteuer erheben wollen, die für sie vom Zivilrecht bereitgestellte Rechtsform annehmen, ansonst ihnen, wenn sie das nicht wollen, die Vergünstigung versagt wird.

Von den beiden nicht genossenschaftlich organisierten Selbsthilfeunternehmungen, die im Nationalrat erwähnt worden sind, ist folgendes zu sagen: Die Union Laitière in Genf ist eine Aktiengesellschaft, an welcher die Laiteries Réunies, eine Produzentengenossenschaft, und die Konsumgenossenschaft Genf beteiligt sind. Sie hat hauptsächlich die Detaillierung von Milch zum Zwecke und wird darum steuerfrei bleiben, wenn, worüber zur Zeit allgemeines Einverständnis zu bestehen scheint, der Milchumsatz im Ausführungsgesetz von der Besteuerung ausgenommen wird. Diese Aktiengesellschaft braucht sich also, wenn diese Steuerfreiheit beschlossen wird, nicht in eine Genossenschaft umzuwandeln.

Der Konsumverein Zürich ist eine Aktiengesellschaft, die im Jahre 1851 gegründet wurde. Er war offenbar anfänglich eine reine Konsumentenorganisation. Seit 1931 beträgt aber das Aktienkapital unverändert 1 780 000 Fr. Die Zahl der Aktionäre beträgt rund 3800 Personen, an die seit Jahren 7 % Dividende vergütet wird. Die Zahl der Kunden beträgt indessen ein vielfaches der Zahl der Aktionäre. Die Rückvergütung auf Warenbezügen (8 %) wird bei den Rabattvereinigungen an Mitglieder und Nichtmitglieder ausgerichtet. Es ergibt sich aus diesen Angaben, dass das Unternehmen den Charakter eines reinen Konsumentenselbsthilfeunternehmens eingebüsst hat und einen kapitalistischen Einschlag aufweist. Nur wenn es auf diesen Einschlag Verzicht leistet, sich in eine Genossenschaft verwandelt und sämtlichen Kunden die Mitgliedschaft öffnet, erscheint der Steuerverwaltung die Anwendung des Vorzugssteuersatzes gerechtfertigt.

12. Absatz 5 des Beschlusses des Nationalrates („Die Höchstbelastung kommt bei einem Umsatz von 10 Millionen Fr. zur Anwendung") hätte, grammatisch interpretiert, ergeben, dass die Höchstsätze einzig auf einem Umsatz von genau 10 Millionen anzuwenden wären, während natürlich gemeint ist „bei einem Umsatz, der 10 Millionen erreicht oder übersteigt". Diesem Umstand trägt die verbesserte Fassung Rechnung, die nunmehr dem Schluss von Abs. 3 angefügt worden ist. Die Höchstbelastung beginnt in allen Fällen bei einem Jahresumsatz von 10 Millionen Fr.

Damit komme ich zu Abs. 4 der ständerätlichen Kommissionsvorlage. Bezahlte Ausgleichsteuern sind bei der Einschätzung der eidgenössischen und kantonalen direkten Steuer als geschäftsmässig begründete Unkosten anzuerkennen und dürfen nicht als Bestandteile des reinen Einkommens, Erwerbs oder Ertrags, belastet werden. Dieser schon vom Nationalrat angenommene Grundsatz ist von der ständerätlichen Kommission redaktionell präzisiert worden. Die Finanzdirektorenkonferenz hat die Bestimmung angefochten, weil sie einen Eingriff in die kantonale Finanzsouveränität darstelle. Letzteres ist zweifellos der Fall, aber in einem neuen eidgenössischen Verfassungsartikel rechtlich zulässig und zudem unter den gegebenen Umständen zur Beruhigung der Unternehmungen, die der Ausgleichsteuer unterworfen sind, auch geboten. Der Grundsatz, dass indirekte Abgaben, die im Geschäftsbetrieb einen laufenden Unkostenfaktor bedeuten, nicht Bestandteil des steuerpflichtigen reinen Einkommens für die Kantone und Kommunen darstellen, ist ziemlich allgemein anerkannt. Er entspricht einem Gebot der Gerechtigkeit und der Billigkeit. Es scheinen aber doch Bestimmungen, die dem gerechten Grundsatz widersprechen, in einzelnen kantonalen Steuergesetzen zu bestehen, und gerade diese ungerechten Bestimmungen sollen durch die Verfassungsbestimmungen, die wir vorschlagen, ausser Kraft gesetzt werden.

Damit komme ich zu Abs. 5 der ständerätlichen Kommission. Ueber die zur Durchführung dieser Verfassungsbestimmung erforderlichen Vorschriften beschliesst die Bundesversammlung endgültig." Die Vorschrift überträgt der Bundesversammlung das Recht, endgültig, also unter Ausschluss des Referendums, die Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Da diese Kompetenzdelegation durch einen dem obligatorischen Referendum unterworfenen Verfassungsbeschluss erfolgt, kann dagegen staatsrechtlich nichts eingewendet werden. Wenn der Grundsatz, dass das Volk über den Ausgabenbeschluss und den Deckungsbeschluss als unteilbares Ganzes entscheiden soll, eingehalten werden soll, ist ein anderes Vorgehen überhaupt nicht möglich, sonst könnte der Deckungsbeschluss durch das Gesetzesreferendum ja sabotiert werden.

Im übrigen bitte ich Herrn Bundesrat Obrecht, als den Autor dieser Steuer, über sie und namentlich über ihren gewerbe-politischen Zweck noch seine Ausführungen zu machen. Es handelt sich hier um einen Versuch, wie ich schon gesagt habe. Wie der Versuch herauskommt, das wird die Erfahrung zeigen. Die Kommission hat sich entschlossen, dem Bundesrat zu folgen. Wenn ein Jahresertrag von 12 Millionen zusammen ohne Zinsen 135 Millionen ergeben soll, so braucht das etwas über 11 Jahre. Ich nehme aber an, dass die Ausgleichsteuer vorher durch eine allgemeine Umsatzsteuer mit erheblich grösserem Ertrag abgelöst sein wird. Es wird dann Sache dieser Ablösung sein, dafür zu sorgen, dass die Deckungsfrage der dahinfallenden Ausgleichsteuer in einer zweckmässigen Form von der neuen Umsatzsteuer übernommen wird. Darüber brauchen wir uns heute keine Sorge zu machen. Der Bundesrat hatte 202 Millionen durch die Ausgleichsteuer decken lassen wollen; der Nationalrat hat diesen Betrag mit Rücksicht auf Ziff 4 (Heranziehung des Abwertungsgewinnes) auf 135 Millionen herabgesetzt. Diese Herabsetzung, ich betone das, lässt sich nur rechtfertigen, wenn die Heranziehung des Abwertungsgewinnes keine Illusion ist, sondern so gestaltet wird, dass sie überhaupt einmal in absehbarer Zeit realisiert werden kann. Darüber werde ich dann bei Ziff. 4 sprechen. Damit habe ich mein Eintretensreferat geschlossen.

Bally, Berichterstatter der Minderheit: Unser verehrter Herr Kommissionspräsident hat die Ausgleichsteuer in unserer Vorlage die pièce de résistance genannt. Das allein rechtfertigt, dass wir uns

dieses Wesen etwas genauer ansehen, um so mehr als es in Ziff. 3 sehr bescheiden und unauffällig nur durch das einzige Wort Ausgleichsteuer gekennzeichnet ist. Was nachher folgt, präzisiert eine nicht allgemeine Sonderwarenumsatzsteuer, die einer sehr begrenzten Zahl von Unternehmungen des Detailhandels auferlegt werden soll. Die Bezeichnung Ausgleichsteuer scheint mir von vornherein unrichtig, weil ich als Wirtschaftspraktiker und deshalb immerhin in gewissem Masse Wirtschaftskenner davon überzeugt bin, dass die Ausgleichsteuer ihre Mission, auszugleichen, in Wirklichkeit nicht erfüllen wird, im Gegenteil, sie wird nicht ausgleichen, nicht beruhigen, sondern beunruhigen, wirtschaftliche Kämpfe auslösen und den Arbeitsbetrieb stören. Ich fürchte, Sie werden diese Behauptung von mir nicht ohne weiteres annehmen, auch wenn ich sie später belege, weil meine Firma, der ich trotz starker Inanspruchnahme durch mein Ständeratsmandat noch angehöre, an einem Filialunternehmen massgebend beteiligt ist, welches der Ausgleichsteuer unterliegt. Darum ist es vielleicht gut, wenn ich meine eigene Beurteilung der Ausgleichsteuer selbst und ihrer Auswirkungen durch nicht interessierte Aeusserungen bekräftigen lasse.

So hat letzten Donnerstag vor 8 Tagen, als Herr Bundesrat Obrecht in Basel über unsere Vorlage sprach, jedoch leider nicht über das etwas schleierhafte Wesen der Ausgleichsteuer, Herr Direktor Küng von der Genossenschaftlichen Zentralbank in Basel, als Sprecher der von der Steuer bevorzugten Selbsthilfegenossenschaften über die Wirkung der Ausgleichsteuer, folgendes wörtlich gesagt: „Es ist meines Erachtens eine glatte Utopie, zu glauben, dass man durch diese Ausgleichsteuer dem Mittelstand irgendwie zu helfen vermag." Die Zürcher Handelskammer schreibt darüber in ihrer Eingabe vom 3. Februar 1939 auf der dritten Seite: „Anderseits riskiert man lediglich eine Schwächung der letzteren, der privaten Grossunternehmungen, nämlich zugunsten der Genossenschaften, ohne die vom Bundesrat erwartete wohltuende Auswirkung auf kleine Detailbetriebe des selbständigen Mittelstandes." Die sonderbare Steuer verdient die Bezeichnung Ausgleichsteuer wirklich nicht, weil sie diesen Ausgleich nicht zu bringen vermag. Dennoch deutet dieses einzige Wort „Ausgleich" deutlich darauf hin, dass die Steuer noch etwas anderes bezweckt, noch eine andere Aufgabe hat, als nur die teilweise Deckungsbeschaffung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Da die Aufgabe, ausgleichend zu wirken, praktisch eine Utopie ist, ist ihr Zweck vielleicht der einer Massregelung im summarischen Verfahren, eine dem Volke dargebotene Massenkreuzigung. Jedenfalls wirkt die Gruppierung und die Mischung der zu Massregelnden innerhalb der einzelnen Gruppen ungerecht. Auch diesem Ausdruck „ungerecht" pflichten zahlreiche ganz unverdächtige Zeugen bei. Herr Direktor Küng charakterisiert die Steuer als Einschnürung der Wirtschaft. Herr Bundesrat Obrecht hat wiederholt für den Zweck der Steuer den Ausdruck „schröpfen" gebraucht, ein Mittel, das in ähnlicher Weise früher der Dorfbader anwendete. Ich selbst kennzeichnete und verglich in Davos das Experiment der Ausgleichsteuer mit einer Blutübertragung, die ziemlich sicher fehlschlagen müsse.

Gleichviel, wie immer dieses Wesen der neuen Steuer genannt wird, ist nicht so wichtig, wichtig ist nur, dass in der Ausgleichsteuer tatsächlich zwei Wesen vorhanden sind, zwei Aufgaben miteinander verkoppelt sind. Es ist schade, dass diese Tatsache in der juristischen Debatte über die Verfassungsmässigkeit der Verkoppelung unserer Vorlage übersehen wurde. In meinem Eintretensvotum hatte ich deutlich auf drei Aufgaben der Vorlage ausser der Deckungsfrage hingewiesen. In den Auseinandersetzungen unserer bedeutendsten Herren Juristen hatte der Laie dann allerdings zu schweigen. Vielleicht ist das bedauerlich, nachdem Herr Prof. Dr. Burckhardt in seinem Gutachten zur Frage der Recht- und Verfassungsmässigkeit der Verkoppelung ausdrücklich sagte, der Wirtschaftswissenschafter sollte gehört werden. Damit schloss er den Wirtschaftspraktiker ja nicht aus. Vielleicht ist das schade, denn wenn die Verkoppelung von drei Aufgaben der Vorlage von den Juristen erkannt und anerkannt worden wäre, dann hätte wohl das Gutachten des Justizdepartementes nicht nur in seinem allgemeinen ersten, sondern auch im zweiten speziellen Teil negativ lauten müssen.

Nun aber zurück zur Ausgleichsteuer. Ich möchte einen Ordnungsruf unseres Herrn Präsidenten: Schuster bleib' bei deinem Leisten, vermeiden. Das Wesen der Ausgleichsteuer ist vielfach noch die grosse Unbekannte, sagen wir das „Mädchen aus der Fremde". Unser Herr Kommissionspräsident hat das in seinem Eintretensreferat angedeutet, als er die Frage etwas orakelhaft eine Bernerplatte nach Solothurner Art nannte. Ich glaube, dass die Herren in unserem Rate, die nicht der Kommission angehörten, das Orakel nicht ganz verstanden haben. Mit Berner Platte war offenbar das Gemisch gemeint; mit der Solothurner Art das besondere, das sie enthält, das uns vielleicht später Herr Kollege Schöpfer erklärt, damit Sie auch von ihm hören, dass diese Art auch ihm nicht behagt. Für mich genügt es, den Ausdruck Berner Platte nach Solothurner Art hier zu zitieren, um darzutun, was auch unser verehrter Herr Kommissionspräsident angedeutet hat, dass die Ausgleichsteuer noch etwas anderes enthält als eine Umsatzsteuer.

Von der Ausgleichsteuer, vom Wesen dieses „Mädchens aus der Fremde", sagte in Lugano Herr Bundesrat Obrecht, dass ich es gründlicher studiert hätte als er selbst. Das ist begreiflich bei dem übermässigen Andrang von Arbeit, die unser Herr Bundesrat zu bewältigen hat. Von diesem Wesen sagten Herr Direktor Küng und übrigens auch andere, es werde ihm von den Räten zu wenig Verständnis entgegengebracht. Ich darf wohl beifügen, dass ich selbst (der ich, wie erwähnt, mich dafür interessierte) von allem Anfang an wusste, dass dieses Mädchen aus der Fremde falsch und hässlich ist. Ich glaube auch zu wissen, dass es vor Jahren schon einmal in Solothurn in Erscheinung getreten ist. Heute steht es im Bundesrat unter dem besonderen Schutze von Herrn Bundesrat Obrecht. Es tut mir leid, Ihren Schützling, Herr Bundesrat, etwas zerzausen zu müssen, weil ich wiederum mit andern, auch mit Herrn Direktor Küng der Auffassung bin, dass dieser Schützling

kein Prunkstück eines demokratischen Staates ist, auch keine glückliche Massnahme der Wirtschaftslenkung, und es wäre, um wieder mit Herrn Küng zu reden, auch für einen Bundesrat keine Schande, dies einzugestehen und davon abzurücken.

Auch der Regierungsrat des Kantons Zürich bekundet am Schlusse seiner Eingabe vom 26. Januar 1939 dieselbe Auffassung, die Zürcher Handelskammer und der Präsident der Basler Handelskammer eine sehr ähnliche; der Vorort und die schweizerische Handelskammer lehnen die Steuer als rechtlich und sachlich untragbar ab.

Die Ausgleichsteuer nach dem vorliegenden Antrag der Kommissionsmehrheit ist eigentlich nichts anderes als eine Warenumsatzsteuer, die aber nur rund 1500 Unternehmen des Detailhandels belastet und über 18000 auslässt. Der Vermittlungsvorschlag des Bundesrates von Lugano wollte auch die Unternehmungen mit 100—200 000 Fr. Umsatz einbeziehen. Dadurch wären nach Berechnungen der eidgenössischen Steuerverwalter weitere 5000 Detailgeschäfte steuerpflichtig geworden. Geschäften mit 100 000 Fr. Umsatz sollten dabei 200 Fr. Steuer zugemutet werden, die von diesen wohl hätten getragen werden können. Das war offenbar auch die Ansicht von Herrn Bundesrat Obrecht, denn die Geschäfte mit über 100 000 Fr. Umsatz sind im allgemeinen nicht die notleidenden; die wirklich notleidenden Kleinen erreichen zumeist den Umsatz von 100 000 Fr. nicht. Die Kommissionsmehrheit will nun aber alle Geschäfte mit weniger als 200 000 Fr. Umsatz schonen, um so wenigstens 5000 Stimmen für die Vorlage zu gewinnen. Anderseits wird z. B. eine Grossunternehmung, wie die Epa, für die ich im allgemeinen keine besondere Sympathie hege, für ihre 30 Millionen Umsatz mit 1 125 000 Fr. Steuern bedacht. Ihr ganzer Ertrag macht noch nicht die Hälfte dieser Summe aus. Sie muss ihn also zu verdoppeln suchen oder aber zugrunde gehen. Denn eine Steuer kann doch dauernd nur aus dem Ertrag bezahlt werden, nicht aus der Substanz, sonst wird sie zur Vermögensabgabe, die, wenn sie wiederholt wird, jedes Geschäft ruinieren muss. Dies soll mit der Ausgleichsteuer immerhin nicht beabsichtigt sein. Es wird sogar zugegeben, dass jedem Unternehmen ein bescheidener Ertrag bleiben muss, wenn unsere Wirtschaft gesunden soll.

Wie ist aber das möglich, wenn bei manchen Geschäften der ganze Ertrag, bei einzelnen mehr als der doppelte Ertrag weggesteuert wird? Die Ausgleichsteuer ist nicht eine Steuer in gewöhnlichem Sinne, nicht einfach eine Last, wie ihre Schwestern in der Blütenlese der Steuern, die unsere Wirtschaft zu tragen hat. Sie ist eine Massregel der Grossunternehmungen des Detailhandels. Weshalb? Die Grossunternehmungen bemühen sich, den Konsumenten gute Ware zu möglichst billigen Preisen zu vermitteln. Sie helfen die Kosten der Lebenshaltung nach Möglichkeit tiefhalten. Die Warenhäuser und die Filialgeschäfte, wie beispielsweise Bell, Tuch A.G., Merkur, Schokolade Villars, wirken in dieser Richtung; so auch die Selbsthilfegenossenschaften. Sie alle bedrängen anderseits in gewissem Masse die kleinen selbständigen Detailgeschäfte. Gewiss, das ist eine Erscheinung, welche die Entwicklung der Verhältnisse in der Wirtschaft mit sich bringt. In gleicher Weise bedrängte einst die Gotthardbahn den Gotthardpostillon in seinem Lebensraum, bedrängt heute das Automobil unsere Bundesbahnen. Die Warenhäuser und die Filialgeschäfte werden für diese Bedrängungen gemassregelt, den Selbsthilfegenossenschaften, unter ihnen die allergrössten Unternehmungen, die im ganzen Lande herum mit über 2400 Filialen verbreitet sind, soll die Ausgleichsteuer eine bevorzugte Stellung einräumen, welche ihnen erlaubt, dem sich verschärfenden wirtschaftlichen Kampf zwischen Klein- und Grossunternehmungen unbeteiligt zuzusehen und dafür selbst reichlich zu profitieren. Darin liegt die grosse Ungerechtigkeit der Ausgleichsteuer. Sie ist besonders bitter, weil sie praktisch den notleidenden kleinen Geschäften nicht Hilfe bringt, sondern Schaden zufügt. Warum Schaden? Die Ausgleichsteuer muss überwälzt werden, soweit sie nicht aus dem Ertrag bezahlt werden kann oder bezahlt werden will. Wie aber kann das geschehen? In Bern ist man mit einem Rat zurückhaltend. Man erwartet eine Erhöhung der Preise, denn nur eine solche könnte dem mittelständischen Kleinhandel helfen. Aber man zögert, eine solche offen zu empfehlen, um nicht selbst zuzugeben, dass die Lebenshaltung teurer wird.

Herr Duttweiler hat als erster verschiedene Möglichkeiten der Ueberwälzung der Steuer aufgezeigt. Diese gelten für alle: Preisänderungen, Minderung des Ertrages, Umsatzsteigerung, Druck auf die Gehälter und Löhne des eigenen Personals, Druck auf die Preise bei den Lieferanten, die notgedrungen den Druck auf die Löhne ihrer Arbeiter weitergeben müssen. (Die Arbeiter werden ihn über sich ergehen lassen, wenn sie nicht arbeitslos werden wollen) last not least Einsparungen an den Spesen. Dazu gehören auch Einsparungen an Bau- und Reparaturaufträgen, die dem Baugewerbe entgehen. Diese sind erheblich und wirken also dem entgegen, was die Vorlage direkt will: Arbeitsbeschaffung. Diese Einsparungen mehren jedenfalls die Arbeitslosigkeit. Der einfachste Weg, um die Ausgleichsteuer tragbar zu machen, scheint eine Erhöhung der Preise, eine direkte Ueberwälzung der Steuern auf den Konsumenten zu sein. Das ginge wohl, aber es geht nicht. Es ginge in der Theorie, in der Praxis aber nicht, weil die Geschäfte der Selbsthilfegenossenschaften, denen die Ausgleichsteuer eine bevorzugte Stellung einräumt, nicht nötig haben, ihre Preise zu erhöhen. Sie warten darauf, den Umsatz an sich zu ziehen, der den Grossunternehmungen verloren geht, wenn sie es wagen wollten, aufzuschlagen. Das werden sie also so nicht tun können, im Gegenteil, sie werden sich bemühen, wie Herr Duttweiler, ein Meister geschäftlicher Gewandtheit, es tut, einzelne Preise herabzusetzen, um damit anzulocken und ihren Umsatz zu steigern. Das wird den stärkern Unternehmungen gelingen, und die schwächern, gerade jene, denen man helfen will, werden an Umsatz verlieren. Die Illusion, die Ausgleichsteuer werde den kleinen Detailgeschäften helfen, wird die Praxis bald jäh zerstören. Aber sie wird nicht nur keine Hilfe sein, sie wird Schaden zufügen, denn auch die Kleinen werden ihre Preise

nicht erhöhen können, also nichts gewinnen, sie werden an Umsatz verlieren und damit den Ertrag einbüssen.

Die Ausgleichsteuer wird also den Konkurrenzkampf zwischen den grossen und kleinen Unternehmungen des Detailhandels nicht lindern, sondern verschärfen. Die kurze Eingabe der Warenhäuser vom 18. März, die in Ihren Händen sein dürfte, sagt genau dasselbe. Es wäre ungerecht, die Grossunternehmungen für die Verschärfung des Wirtschaftskampfes verantwortlich machen zu wollen. Sie suchen ihn nicht, er wird ihnen tatsächlich aufgezwungen durch die Ausgleichsteuer, sie müssen ihn aufnehmen und rücksichtslos führen, um sich selbst über Wasser zu halten. Man hat ihnen ja versichert, dass man ihren Kampf nur erschweren wolle, indem man ihre Ueberlegenheit abschwäche. Man wünscht aber nicht, dass sie im Kampf untergehen. Eine Daseinsberechtigung wird ihnen also zuerkannt, denn es steht eben doch fest, dass auch sie wesentlich dazu beigetragen haben, die Warenpreise und damit die Lebenshaltung zu verbilligen, und das ist für unsere gesamte Wirtschaft eine grosse und notwendige Aufgabe. Das Verdienst, welches in bezug auf Verbilligung der Lebenshaltung den Selbsthilfegenossenschaften zukommt, neben denen sich die Leistungen der Migros beispielsweise ganz bestimmt sehen lassen darf, rechtfertigt die Vorzugsstellung nicht, die ihnen mit der Ausgleichsteuer eingeräumt wird. Sie soll ihnen ja auch nicht aus sachlichen, sondern nur aus abstimmungstaktischen Gründen eingeräumt werden. Aber dieses taktische Entgegenkommen scheint nicht zu verfangen. Herr Direktor Küng, der Sprecher gerade der Selbsthilfegenossenschaften, hat in rückhaltlos offener Weise vergangenen Donnerstag vor 8 Tagen, als Herr Bundesrat Obrecht in Basel war und über die Vorlage sprach, diese Frage geklärt und die Ausgleichsteuer als ungerecht und undemokratisch abgelehnt und auf eine allgemeine Warenumsatzsteuer als Lösung der Deckungsfrage hingewiesen, trotzdem diese die Selbsthilfegenossenschaften mit 1% trifft, genau wie die vorgesehene Ausgleichsteuer, die sie ablehnen. Es wäre erfreulich, wenn die Stellungnahme von Herrn Direktor Küng dazu geführt hätte, zu überprüfen, ob die Ausgleichsteuer wirklich die Lösung der Deckungsfrage ist oder aber ob eine allgemeine oder wenigstens wesentlich allgemeinere Warenumsatzsteuer in Frage kommt, wie das von unverdächtigen Wirtschaftskundigen angeregt wird, so vom Vorort und von der Zürcher und Basler Handelskammer. Dafür wäre der Minderheitsantrag ein Vorschlag, der bisher von Herrn Bundesrat Obrecht, welcher an einer Ausgleichsteuer festhält, grundsätzlich nicht und deshalb auch von der Kommission, wie das auch vom Herrn Präsidenten Keller erwähnt wurde, kaum beachtet wurde. Ein Vergleich der Ausgleichsteuer mit einer allgemeinen Warenumsatzsteuer gibt folgendes Bild: Die Ausgleichsteuer wird in weitesten Kreisen als ungerecht empfunden; eine allgemeine Warenumsatzsteuer würde im Gegensatz dazu dem ersten Erfordernis, das eine Steuer vor allem erfüllen sollte, gerecht werden, sie würde Rechtsgleichheit schaffen, sie würde den wirtschaftlichen Kampf der Kleinen gegen die Grossen nicht verschärfen, den Kleineren und Mittleren nicht schaden, sondern den Kleinen durch gänzliche Befreiung von der Steuer Vorteile bringen gegenüber den Grossen und den andern, den mittleren Geschäften, durch eine mässige Progression ebenfalls. Sie würde allen Unternehmungen von über 100 000 Franken Umsatz eine Steuer von 1 bis 10 Promille auferlegen, allen mit über 1 Million Umsatz die gleiche Steuer von 1%, sie würde also die Gleichen treffen, die der ursprüngliche Vermittlungsvorschlag von Herrn Bundesrat Obrecht besteuern wollte, nur mit 1 Promille beginnen, statt mit 2. Sie könnte, weil sie alle Grossen gleich belastet, mit 1%, und nur den Mittleren und Kleineren Erleichterungen gewährt, ziemlich allgemein zum Preis zugeschlagen werden. Und endlich würde der Konsum in klarer, offener und auch tragbarer Weise mit 1% Verteuerung der Lebenshaltung belastet, währenddem die Ausgleichsteuer versteckt, sehr langsam aber sicher, nach grossen Kämpfen, zu einer wesentlich höheren Belastung des Konsums führen müsste.

Es sei mir noch ein Wort über die vorgesehene Progression gestattet, die die Umsätze von Fr. 100 000 bis 1 000 000 mit 1—10 ‰ trifft. Eigentlich ist eine Progression bei einer Umsatzsteuer unlogisch, denn der Ertrag eines Handelsgeschäftes wächst, im Verhältnis zum Umsatz, nicht mit zunehmendem Umsatz; im Gegenteil, diese Verhältniszahl: Ertrag durch Umsatz nimmt in der Regel mit zunehmendem Umsatz ab. Aber ich will hier solche Rechnungen nicht anstellen, sondern nur beiläufig bemerken, dass das Ding nicht Progression genannt werden sollte, um ihm den richtigen Namen zu geben, sondern Degression, mit derselben fiskalischen Wirkung. Dadurch würde nämlich zum Ausdruck gebracht, dass es sich um eine Massnahme handelt, die den mittleren, von der Warenumsatzsteuer betroffenen Geschäften Erleichterungen bringt und bringen soll, und nicht dem steigenden Umsatz eine unlogische Belastung. Aber ich möchte hier nicht komplizieren und statt einer Progression eine Degression vorschlagen, bloss um einen zwar nicht unwesentlichen Schönheitsfehler zu beseitigen.

Die allgemeine Warenumsatzsteuer würde vermehrtem Preisdruck beim Lieferanten nicht rufen, auch nicht einem Lohndruck bei seinen Arbeitern oder beim Personal der Grossunternehmungen des Detailhandels. Sie würde also den Arbeitsfrieden nicht stören, was die Ausgleichsteuer notgedrungen tun wird. Das sollten wir heute bei der politischen Lage wirklich vermeiden. Eine allgemeine Warenumsatzsteuer nach Minderheitsantrag Bally würde allerdings einen Umsatz von 1 Million mit Fr. 10 000 belasten, höher als die Ausgleichsteuer. Aber die Belastung wäre deshalb tragbar, weil sie abwälzbar ist und würde, weil sie alle in gleicher Weise mit 1% vom Umsatz trifft, nicht als ungerecht ,nicht als Massregelung empfunden werden wie die Ausgleichsteuer. Während diese einen Umsatz von 30 Millionen mit 1,125 Millionen unmässig belastet, vielleicht erdrosselt, würde die allgemeine Umsatzsteuer mit Fr. 300 000 tragbar, weil sie abwälzbar wäre. Die 1% Verteuerung würde tragbar sein auch für den Produzenten, der übrigens im Basler Arbeitsrappen eine gleiche Belastung stillschweigend und freiwillig auf sich genommen hatte. Die

allgemeine Warenumsatzsteuer nach dem Minderheitsantrag würde schätzungsweise 20 Millionen abwerfen, fast das Doppelte der Ausgleichsteuer. Das nach meiner Schätzung. Die Rechnung wurde in gleicher Weise gemacht in Lugano für einen etwas andern Vorschlag für eine allgemeine Warenumsatzsteuer. Damals wurde meine Rechnung vom Spezialisten der eidgenössischen Steuerverwaltung gutgeheissen; diesmal kommt er auf eine andere Zahl. Das ist möglich, denn es fehlt ihm und mir für eine genaue Rechnung an den genügenden Unterlagen. Um 3 Millionen stellt sich seine Rechnung schlechter als die meinige, weil er voraussieht, dass in den Ausführungsbestimmungen einzelne Artikel von der Besteuerung ausgenommen werden. Das ist bei Ansätzen von 1½, 2½ oder 3¾ % eher nötig und zweckmässig als beim kleineren, nicht gestaffelten Satz von 1 %, der wohl für alle Artikel tragbar wäre. Ich rechne für die allgemeine Warenumsatzsteuer nicht mit zahlreichen Ausnahmen, sonst leidet wiederum ihre Allgemeinheit und Rechtsgleichheit. Im übrigen bin ich bei meiner Rechnung auch in Anwendung der Zahlen der Eingabe des zürcherischen Regierungsrates auf dieselbe runde Zahl von 20 Millionen Franken gekommen. Wenn Herr Bundesrat Obrecht nur von ca. 500 000 Franken sprach, die die allgemeine Warenumsatzsteuer mehr bringe als die Ausgleichsteuer, so ist damit vielleicht der Mehrertrag gemeint, der sich ergibt, weil mein Vorschlag bei 100 000 Franken, der für die Ausgleichsteuer erst bei 200 000 Franken Umsatz, beginnen will. Dieser Mehrerlös lässt sich recht genau berechnen; er macht nicht nur 500 000, sondern 750 000 Franken aus.

Endlich muss ich darauf aufmerksam machen, dass, wenn die Rechnungen der eidgenössischen Steuerverwaltung nach wie vor von einem Gesamtumsatz im Detail von annähernd 4 Milliarden ausgehen und weiter davon, dass wir in der Schweiz gegen 20 000 Detailgeschäfte und Organisationen haben, von denen 1500 mit über 200 000 Franken Umsatz betroffen werden, 5000 mit 100—200 000 Franken Umsatz aber nicht, in der Kalkulation der eidgenössischen Steuerverwaltung etwas nicht stimmen kann.

Wenn wir von der begrenzten Dauer der einen oder andern der beiden Umsatzsteuern sprechen, entsteht die Frage, ob, wenn das grosse Finanzprogramm eine allgemeine Umsatzsteuer bringt, was wahrscheinlich ist, jene neue zur jetzt zu beschliessenden Steuer eine zusätzliche sein soll, oder aber, ob die jetzige in die neue eingebaut werden soll. Herr Bundesrat Obrecht hat in Lugano die bestimmte Zusicherung gegeben, dass eine Kumulation dieser Umsatzsteuern, der jetzt zu beschliessenden und der später mit dem Finanzprogramm kommenden, nicht zu erwarten ist. Ich bitte den Herrn Bundesrat um diese ausdrückliche Zusicherung.

Der Ausgleichsteuer erwachsen täglich neue Gegner, die sich an ihrer Ungerechtigkeit und Einseitigkeit stossen. Sie werden mehr und mehr zu Gegnern der ganzen Vorlage. Anderseits mehren sich die Stimmen für eine allgemeine Warenumsatzsteuer. Man erkennt, dass sich die beiden, Ausgleichsteuer und Warenumsatzsteuer, in ihrer Wirkung unterscheiden wie Krieg und Frieden.

Herr Bundesrat Obrecht hat in Lugano einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Diesem Vermittlungsvorschlag, der in den Steuersätzen den verschiedenen Gruppen entgegenkommt und die Selbsthilfegenossenschaften stärker belastet, konnte ich leider nicht beitreten. Einmal behält der Vermittlungsvorschlag das Grundsätzliche bei, das als ungerecht und undemokratisch empfunden wird, auch von Herrn Direktor Küng in Basel, nämlich die Bestrafung der wirtschaftlichen Tüchtigkeit, das Strafmass, ausgedrückt durch die verschiedenen Steuersätze für die einzelnen Gruppen, in denen wiederum sehr verschieden Beurteilte zusammengefasst sind. Es war vorauszusehen, dass der Vermittlungsvorschlag keine der Gruppen, auch nicht die der Selbsthilfegenossenschaften befriedigen konnte. Er hat sie nun fast alle, trotz Verkoppelung, zu Gegnern der Vorlage gemacht. Sie fühlen sich beinahe vergewaltigt, wohl auch Herr Duttweiler, der nicht als Wirtschafter, sondern als Patriot doch zustimmen will. Aber auch in den Kreisen des mittelständischen Kleinhandels wächst die Erkenntnis, dass die Ausgleichsteuer in ihrer praktischen Auswirkung enttäuschen muss. Wenn wir die Vorlage wirklich durchbringen wollen, sollten wir von dieser Ausgleichsteuer grundsätzlich abrücken.

Ich komme zum Schluss, es sei von der Ausgleichsteuer abzurücken, denn sie ist ungerecht, verletzend und untragbar für die, die sie trifft. Sie erfüllt ihre Aufgabe, die teilweise Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, nicht in wünschbarer, nützlicher Zeit und ihre Nebenaufgabe, dem notleidenden mittelständischen Kleinhandel zu helfen, erfüllt sie überhaupt nicht. Im Gegenteil, sie schadet ihm; sie schürt den wirtschaftlichen Kampf und stört den Arbeitsfrieden gerade jetzt, wo wir den innern Frieden so notwendig hätten. Dem notleidenden mittelständischen Kleinhandel wird also durch die Ausgleichsteuer nicht geholfen. Es sollte und könnte dies auf anderem Wege geschehen. Wie? Es gibt Möglichkeiten! Ihre Prüfung anzuregen, ist der Sinn und Zweck meines Postulates, das ich dem Herrn Präsidenten demnächst überreichen werde.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (II. Bundesbeschluss).

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (IIe arrêté fédéral).

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	09
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	27.03.1939
Seite Page Pagina	222-233
Ref. No	20 032 790

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 28. März 1939.
Séance du 28 mars 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 222 hiervor. — Voir page 222 ci-devant.

Ziffer 3, Fortsetzung. — *Chiffre 3*, suite.

Schmuki: Die in Diskussion stehende Ausgleichsteuer, wie auch die allgemeine Umsatzsteuer, ist grundsätzlich eine Wirtschaftsverkehrssteuer. Es darf wohl Uebereinstimmung der Meinung festgestellt werden, dass für die Erhebung dieser Steuer nur das gesamte schweizerische Wirtschaftsgebiet in Betracht fällt. Die Steuerhoheit der Kantone wird durch diese Steuerart nicht verletzt. Wenn Kantonsregierungen im Kreise der Kritiker der neuen Steuerart aufgetaucht sind, handelt es sich lediglich um die Sorge der Schmälerung der eigenen, ordentlichen Steuereinnahmen. In einzelnen Kantonen sind im Laufe der Zeit Versuche gemacht worden, sowohl eine Sonderbesteuerung der Warenhäuser und Zweigverkaufsgeschäfte, als auch eine selbständige, allgemeine Umsatzsteuer einzuführen. Die Entwicklungstendenzen haben aber keine praktischen Formen angenommen. Allgemein hat sich die Auffassung durchgerungen, dass diese Besteuerungsart nicht kantonal geregelt werden kann, ohne dass dies Störungen im Wirtschaftsleben, zufolge der einseitigen Belastungen, auslösen wird. Der Kanton St. Gallen, den zu vertreten ich die Ehre habe, hat im Jahre 1935 die Erhebung einer Umsatzsteuer postuliert. Die Vorlage wurde aber auf Grund der dargelegten Ueberlegungen zurückgezogen.

Nach unserer Vorlage handelt es sich um eine eigentliche Sondersteuer, der neben dem fiskalischen Zwecke auch ein gewerbepolitisches Ziel innewohnt. Der fiskalische Zweck bedarf keiner weiteren Erörterung. Sie dient zur teilweisen Deckung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung.

Im Mittelpunkt der Kritik steht die gewerbepolitische Absicht. Während die vorgeschlagene neue Steuer von der einen Seite lebhaft begrüsst wird, stösst sie auf der andern Seite auf finanziell auffallend gut fundierte Kritik. In der Kritik wird die Verletzung eines allgemein anerkannten Prinzipes des schweizerischen Staatsrechts, des Grundsatzes der Rechtsgleichheit vorangestellt.

Der Vorwurf der Rechtsungleichheit muss geprüft werden. Zur Begründung der Sondersteuer führt der Bundesrat eine Reihe von betriebswirtschaftlichen Vorteilen der Grossunternehmungen an, welche durch eingehende Untersuchungen der eidgenössischen Preisbildungskommission festgestellt wurden.

Es ist ein anerkannter Grundsatz im schweizerischen Staatsrecht, dass jedermann nach Massgabe seiner Leistungsfähigkeit zur Steuer herangezogen wird. Diese Steuerleistung wurde bis anhin auf Grund des Saldoergebnisses der Bilanz bemessen. Die Leistungsfähigkeit ist aber auf Grund der neuzeitlichen Entwicklung im Einzelhandel auch nach einem neuen Kriterium in Erscheinung getreten. Dieses liegt im Umsatz, der sich vielerorts zu einer beherrschenden, wirtschaftlichen Vorzugsstellung ausgewachsen hat. Diese Entwicklung hat nicht nur eine Verringerung des Lebensraumes mittelständischen Gewerbes zur Folge, sondern hat sich in vielen Fällen bis zu einer eigentlichen Existenzfrage dieses Standes gesteigert. Nicht die Zunahme der Zahl der Grossunternehmungen ist ausserordentlich (dagegen haben ausserordentliche Beschränkungsmassnahmen gewirkt), wohl aber die intensive Progression ihres Mengenumsatzes, die tatsächlich vielen mittleren und kleinen Betrieben die nötige Existenzgrundlage, den Lebensraum entzieht. Die Entwicklungstendenzen des Einzelhandels sind durch die Feststellung der Preisbildungskommission festgestellt. Zwei einzige Grossbetriebe haben im Zeitraum einer kaum zehnjährigen Entwicklung einen jährlichen Umsatz von 100 Millionen Fr. an sich gezogen.

Der Vollständigkeit halber möchte ich auch nicht unerwähnt lassen, dass die teilweise unbefriedigenden Verhältnisse bei den kleinen und mittleren Betrieben des Detailhandels vielfach auch eine Folge der übertriebenen Entwicklung, d. h. der Uebersetzung dieses Handelszweiges darstellt. Auch hier stütze ich mich auf die Veröffentlichung der Preisbildungskommission des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes. Ich unterlasse es, auf die verschiedenen Entwicklungsformen der grossen Spezialgeschäfte, sowie der Kettenläden, hinzuweisen.

Von nicht weniger einschneidender Bedeutung ist schliesslich die in den letzten Jahren besonders in Erscheinung getretene Selbstdetaillierung durch Fabriken. Diese Art des Warenvertriebes nähert sich in mancher Richtung dem Kettenladen. Ihre Auswirkung macht sich in gewissen Branchen, z. B. im Schuhhandel, in ausserordentlich empfindlicher Weise geltend.

Beim Vergleich der Steuerleistung der Grossbetriebe mit derjenigen der mittleren und kleinen Betriebe des Einzelhandels sind gewisse Besonderheiten zu beachten. Bei den Grossbetrieben des Einzelhandels, die meistens in die zivilrechtliche Form von Aktiengesellschaften gekleidet sind, erfolgen Leitung und Betrieb des Geschäftes und seiner Filialen ausschliesslich durch fremdes Personal, dessen Löhne und Gehälter Unkosten der steuerpflichtigen Gesellschaft bilden. Bei den Einzelfirmen, wie auch bei den Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, haben die Geschäftsinhaber das ihnen verbleibende Entgelt für ihre eigene Mitarbeit im Geschäft zusammen mit einem allfälligen Unternehmergewinn als persönliches Einkommen zu versteuern. Zur Herstellung der Vergleichbarkeit der Belastung von Aktiengesellschaften und deren Filialen durch die direkten Steuern mit

Steuerleistungen der übrigen Geschäftsbetriebe ist neben der Steuerleistung der erstgenannten Unternehmungsform auch diejenige der leitenden Persönlichkeiten mit zu berücksichtigen. Es ist nun festzustellen, dass, selbst wenn man dies tut, die Einkommenssteuer der Grossbetriebe des Detailhandels bezw. ihrer Filialen auf den Umsatz bezogen, meistens um ein Vielfaches unter den Steuerleistungen der mittleren Betriebe der gleichen Branche zurückbleibt. Ich bin in der vorliegenden Frage persönlich in keiner Richtung interessiert, habe keinerlei Bindung, weder mit Grossbetrieben noch mit mittleren oder kleinen Betrieben des Detailhandels. Während einer Reihe von Jahren hatte ich als kantonaler Steuerbeamter weitgehend Einblick in die Verhältnisse. Im Kanton St. Gallen haben wir bei Anlass der Beratung eines Entwurfes über die Erhebung einer Umsatzsteuer auf dem Kleinverkauf einlässliche Untersuchungen auf Grund eines umfangreichen Materials, wie Buchhaltungen usw. durchgeführt. Die gewonnenen Erhebungsziffern dienen übrigens bei Einkommenstaxierungen der nicht buchführenden, also kleinen und mittleren Einzelhandelsgeschäfte, als Richtlinie. In der Lebensmittelbranche ist festgestellt worden, dass bei kleinen und mittleren Einzelhandelsgeschäften 7—10 % des Umsatzes steuerpflichtiges Einkommen ist, während bei artgleichen Grossbetrieben das steuerpflichtige Einkommen nur ¾—1 % des Umsatzes ausmacht. Interessant ist, dass die relativen Unkosten der verschiedenen Betriebsarten keine grossen Differenzen aufweisen.

Die Richtigkeit der dem allgemeinen Empfinden entsprechenden Auffassung, dass die Steuerleistungen der Grossbetriebe des Detailhandels ungenügend seien, ist unbestritten. Diese Tatsache drängt allein schon zu Versuchen, einen irgendwie angemessenen Steuerausgleich herbeizuführen.

Was ich in bezug auf die relativen Zahlen ausführte, geht ohne weiteres auch hervor, wenn man die absoluten Zahlen in Vergleich setzt und der Betrachtung unterzieht. So nenne ich Ihnen einige Zahlen betreffend das Steuerjahr 1937. Die Brann A.-G. in St. Gallen bezahlte im Kanton St. Gallen für ihren Umsatz von ca. 2 Millionen Fr. eine Jahressteuer für Staat und Gemeinde von 19 000 Fr., die Epa mit einem Umsatz von 2,7 Millionen Fr. 33 000 Fr., dann die Merkur A.-G. bei einem Umsatz von 577 000 Fr. 2400 Fr., die Bata-Schuh A.-G. bei einem Umsatz von 174 000 Fr. 154.15, die Schuhfabrik Hug & Co. A.-G. bei einem Umsatz von 728 000 Fr. 492.90, die Arolo-Schuh A.-G. bei einem Umsatz von 157 000 Fr. 720 Fr., P.K.Z. mit einem Umsatz von 338 000 Fr. 1500 Fr. Das sind, gemessen an den übrigen Steuerleistungen der Mittel- und Detailhandelsgeschäfte, lächerliche Steuerleistungen.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheint der Einwand der Verletzung unseres staatsrechtlichen Grundsatzes der Rechtsgleichheit in einem gegenteiligen Lichte. Die betriebswirtschaftlichen Vorteile und speziell das objektive Merkmal des Geschäftsumsatzes dürfen und müssen zur Beurteilung der steuerlichen Leistungsfähigkeit als besonderes Kriterium gewertet werden. Es handelt sich nicht um eine prohibitive Massnahme, sondern um den gerechten Ausgleich des Konkurrenzvorsprunges der rationellen, kollektivistischen Wirtschaftsform zugunsten der Existenzfähigkeit und Wirtschaftsfreiheit der kleineren und mittleren Detailbetriebe. Die gewerbepolitischen Ziele der Steuer kommen in der progressiven, nach Betriebsart abgestuften Steuer zum Ausdruck. Durch die Senkung der Ansätze gegenüber der Vorlage des Bundesrates wird den Einwendungen der betroffenen Steuersubjekten als Unkostenfaktor und in bezug auf die Tragbarkeit weitgehend Rechnung getragen.

Nun stellt sich eine weitere Frage, ob ein solcher Schutz des selbständigen Mittelhandels gegenüber Grossfirmen der Wirtschaft tatsächlich noch erwünscht sei und ob wir, vom gesamtschweizerischen Standpunkt aus betrachtet, ihn unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen noch gewähren können. Ich bestreite keineswegs, dass die neuzeitliche Organisation der Verteilungswirtschaft rationeller arbeitet als diejenige des Kleinbetriebes und dass die Interessen der Konsumenten deshalb auf der ersten Seite liegen. Die Lebenshaltungskosten, speziell im Konkurrenzkampf der Exportindustrie, spielen eine wesentliche Rolle als Kostenfaktor. Unter diesen Ueberlegungen könnte die Ansicht sich durchsetzen, dass die rationalisierte Verteilungswirtschaft eher zu fördern als zu hemmen sei. Aber dem gegenüber stehen die lebenswichtigen Interessen eines grossen Volksteiles des bedrängten kaufmännischen Mittelstandes, die zu schützen und zu erhalten die Solidarität des gesamtschweizerischen Interesses fordert. Aus diesen Erwägungen empfehle ich Ihnen Zustimmung zum Mehrheitsbeschluss der Kommission.

Klöti, Berichterstatter der II. Minderheit: Wenn der Sprechende in der Eintretensdebatte sich gegen eine Verkoppelung der Kredite mit der Ausgleichsteuer aussprach, geschah das nicht aus einer Verkennung oder Verleugnung der Aufgabe des Parlamentes für eine rasche Deckung der Ausgaben zu sorgen. Die Bundesversammlung hat vom Volke den Auftrag erhalten, innert drei Jahren verfassungsmässig die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts herbeizuführen. Es bedarf dazu eines Planes, der erkennen lässt, ob die verschiedenen Massnahmen, die getroffen werden wollen, im ganzen eine annehmbare, gerechte Verteilung der Lasten bringen werden. Ein solcher Plan fehlt zur Zeit noch; die Ausgleichsteuer ist daher nicht Bestandteil eines Programmes, sondern eine extemporierte und temporäre Massnahme, die nur eine bescheidene Teillösung des Finanzproblems bringt. Es ist daher die Frage nicht unangebracht, ob es nicht besser gewesen wäre, ein paar Monate zuzuwarten, bis man über das neue Finanzprogramm einigermassen schlüssig geworden wäre. Man hätte dann mit einer zu diesem Programm gehörenden ersten Etappe beginnen können, wenn überhaupt die verfassungsmässige Lösung etappenweise erfolgen soll, wogegen sich meines Erachtens berechtigte Bedenken ergeben; denn es ist ganz klar, dass wir nach den bei der Schaffung der Finanzquellen für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung gemachten Erfahrungen nicht etwa einzeln die Steuern, die die grossen Volksmassen belasten, annehmen, um zu riskieren, dass später die andern

Steuern, die die Leistungsfähigsten treffen sollen, nicht mehr beschlossen werden.

Das Vorgehen, zu dem sich der Bundesrat entschlossen hat, wird dadurch erklärlich, dass diese Ausgleichsteuer in erster Linie nicht eine fiskalische, sondern eine gewerbepolitische Massnahme ist. Es ist denn auch kein Zufall, dass der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes diese Steuer vorgeschlagen hat und dass er sie vor den Räten vertritt. Es handelt sich hier nur um einen Teil der auf den Schutz des Kleingewerbes und Kleinhandels gerichteten Politik. Man will durch die Ausgleichsteuer die rasche Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Grossbetrieb des Detailhandels möglichst bremsen, und kleine selbständige Existenzen vor dem wirtschaftlichen Untergang retten. Die Steuer trägt denn auch den ihrem Wesen entsprechenden richtigen Namen „Ausgleichsteuer", denn sie will durch ihre Belastung der durchrationalisierten Grossbetriebe einen Ausgleich in den Wettbewerbsbedingungen der Detailhandelsgeschäfte herbeiführen. Es ist klar, dass eine solche Steuer je nach dem Vorteil des Grossbetriebes und je nach dem Vorteil, den die Rationalisierung bringt, verschieden hoch sein muss und dass ein Teil der Betriebe ganz steuerfrei belassen werden muss, damit ein wirklicher Ausgleich erzielt wird.

Wie ich schon in der Eintretensdebatte ausgeführt habe, sind wir Sozialdemokraten grundsätzlich für die Ausgleichsteuer, aber nicht mit Begeisterung. Denn wir sind uns wohl bewusst, dass eine solche Steuer eigentlich gegen den Grundsatz der Wirtschaft, mit möglichst geringem Aufwand einen möglichst grossen wirtschaftlichen Nutzen zu erreichen, verstösst, indem sie die verbilligende Rationalisierung zu verhindern oder zu hemmen versucht. Wir sind auch darüber nicht im Unklaren, dass diese Politik, wenn sie weiter getrieben wird, letzten Endes, auch jetzt schon zum Teil zu einer Verteuerung der Lebenshaltung führen muss, nicht etwa bloss wegen der Steuer; denn jede Steuer bringt eine Verteuerung der Lebenshaltung, sondern ebenso auch wegen der Begünstigung der im allgemeinen teurer arbeitenden Kleinbetriebe.

Aber wir sagen uns, dass hier neben der wirtschaftlichen auch soziale und kulturelle Interessen mitzusprechen haben. Wenn auch die Ausgleichsteuer als temporäre Massnahme nicht in vollem Umfange ihre erhoffte Wirkung haben dürfte, so wird sie doch zum mindesten dazu beitragen, dass die Entwicklung zum Grossbetrieb verlangsamt wird. Das will schon ziemlich viel bedeuten im Hinblick auf die kleinen Detaillisten. Bedenklich an diesem Schutze der Kleinbetriebe ist für die Konsumenten die Tatsache, dass in den Städten die Zahl der Kleinbetriebe des Detailhandels schon heute viel zu gross ist und dass ihrer weiteren Vermehrung nicht das geringste Hindernis entgegensteht. Unter solchen Umständen bietet ein kräftiger Schutz der kleinen Detaillisten einen Anreiz für die Eröffnung neuer kleiner Läden. Bei Verstärkung der Schutzmassnahmen wird daher die Frage der Einführung der Bedürfnisklausel für Kleinbetriebe, so unsympathisch das auch an und für sich ist, ernstlich erwogen werden müssen, wenn wir nicht analoge Zustände einreissen lassen wollen, wie wir sie heute in der Milchwirtschaft haben.

Zur Vorlage im einzelnen und zur Begründung meines Minderheitsantrages möchte ich folgendes ausführen: Wie bereits betont, ist der Zweck der Ausgleichsteuer — darüber sind wir alle einig — die mehr oder weniger starke Wegbesteuerung des Vorsprunges, den die Grossbetriebe durch Rationalisierung gegenüber dem Detailhandel im Wettbewerbe haben. Der Vorsprung lässt sich im einzelnen nicht genau feststellen. Man muss auf generelle Kriterien abstellen. Die Vorlage stellt einerseits auf die Art der Betriebe, anderseits auf den Umsatz ab. Dagegen wird nicht viel einzuwenden sein. Es liessen sich kaum bessere und zugleich einfachere Masstäbe finden. In der Kommission habe ich mich aus Gründen, die ich jetzt nicht mehr vortragen will, mit den meisten andern Mitgliedern gegen die exzessiven Maximalansätze der Besteuerung, die bis zu 5 % des Umsatzes gingen, gewendet, vor allem auch deshalb, weil ich nicht der optimistischen Ansicht bin, die soeben der Präsident zu meiner Verwunderung geäussert hat. Er sagte, man dürfe von der Annahme ausgehen, dass die Grossbetriebe die gesamte Steuer, die vielfach das Doppelte des Betriebsüberschusses ausmacht, durch weitere Rationalisierung und Abwälzung einbringen können, so dass die kantonalen Steuern keine Verringerung erfahren dürften.

Ich habe in der Kommission vorgeschlagen, den Maximalansatz für die Einheitspreisgeschäfte auf 3 %, für die Warenhäuser auf 2 %, für die Filialgeschäfte auf 1 % und für die Genossenschaften auf 0,5 % festzusetzen. Die Mehrheit ging, wie Sie gehört haben, nicht so weit; sie hat diese Sätze auf 3¾, 2½, 1½ und 1 % festgesetzt. Ich will hier meinen Antrag nicht im vollen Umfange wieder aufnehmen, da er kaum Aussicht auf Annahme hätte; ich beschränke mich darauf, ihn bezüglich der Selbsthilfegenossenschaften aufrecht zu erhalten und für diese einen Maximalsatz von 0,5 % des Umsatzes vorzuschlagen.

Der Bundesrat hat sich gegen den Verdacht, die Steuerfreiheit der Genossenschaften aus abstimmungspolitischen Ueberlegungen vorgeschlagen zu haben, verwahrt. Er hat in der Tat auf Seite 58 der Botschaft zwei sachliche Gründe genannt, die für deren Freilassung sprechen und aller Würdigung wert sind. Es sind dies erstens die besondere wirtschaftliche Zielsetzung der Genossenschaften und zweitens ihre demokratische Organisation und vorbildliche Personalfürsorge, die sie hindern, die Vorteile des Grossbetriebes in ähnlicher Weise auszunützen, wie es die Erwerbsgesellschaften tun. Diese beiden Besonderheiten sind von der Mehrheit der Kommission meines Erachtens nicht genügend gewürdigt worden.

Die Belastung bis zu 0,5 % wurde unter dem Eindruck der zahlreichen Eingaben der Warenhäuser und der Handelskammern ohne weiteres als unbillige Privilegierung erachtet. So erhöhte man denn diesen Satz, der im Nationalrat nach langer Beratung als Kompromisslösung angenommen worden war, auf 1 %, so dass die Belastung bis auf 1 % an diejenige der Filialgeschäfte heranrückt. Man konnte sich des Eindruckes nicht er-

wehren, dass einige Mitglieder der Kommission auch noch den Satz von 1 % als ungerechtfertigte Privilegierung betrachten, der sie nur aus abstimmungspolitischen Gründen zustimmen. Das haben Sie auch aus dem Votum des Herrn Ständerat Bally entnehmen können.

Trotzdem ich nun weiss, dass angesichts der Stimmung, die in der Mehrheit der Kommission herrscht, mein Antrag kaum Aussicht auf Annahme hat, gestatte ich mir, die Hauptgründe, auf die er sich stützt, kurz auszuführen. Es wird ja hier nicht das letzte Wort gesprochen, und ich möchte später nicht den Vorwurf hören, dass wir unsere Stellungnahme in den Räten nicht hinreichend begründet hätten.

Es ist Ihnen allen bekannt, dass die Genossenschaften nicht Erwerbsgesellschaften sind, die den einzigen Zweck verfolgen, Gewinne zu machen. Sie erstreben vielmehr die möglichst billige Bedarfsdeckung der Mitglieder, zu denen vor allem die Arbeiter und der kleine Mittelstand, mit Einschluss der Bauern gehören. Die Rückvergütung an Jahresprämien ist kein Kapitalgewinn, sondern eine Preisverbilligung, die den Mitgliedern, entsprechend ihren Warenbezügen, gewährt wird.

In einer Zeit, da der internationale Wettbewerb die Schweiz zwingt, die Lebenshaltungskosten möglichst niedrig zu halten, um wieder konkurrenzfähig zu werden, liegt es im Landesinteresse, dass die Bedarfsartikel auf ihrem Wege vom Produzenten zum Konsumenten möglichst wenig verteuert werden. Die Konsumgenossenschaften erfüllen daher eine volkswirtschaftlich und sozial wichtige Aufgabe, die man ihnen nicht erschweren soll.

Ich möchte nachdrücklich darauf hinweisen — jedermann, der im Genossenschaftswesen tätig ist, muss das anerkennen —, dass die Selbsthilfegenossenschaften nicht in der Lage sind, die Rationalisierung so weit zu treiben und den Vorteil der Grossbetriebe so auszunützen, wie das bei den Erwerbsgesellschaften der Fall ist. Bei den letzteren gilt mit Recht der Satz: Je grösser der Umsatz ist, desto grösser ist bei gleichbleibenden Preisen der Gewinn des Unternehmens. Bei den Genossenschaften gilt das nur in sehr beschränktem Masse. Das zeigt der Blick in die Rechnungen der grossen Genossenschaften, die in der Regel nicht in der Lage sind, als Folge der Umsatzsteigerung ihren Mitgliedern grössere Rückvergütungen zu gewähren. Die Gründe dieser auf den ersten Blick überraschenden Tatsache sind mannigfacher Natur. Ich will nicht alle einzeln aufführen, sondern nur einige wenige herausgreifen. Dabei möchte ich vor allem auf die Verhältnisse in der grossen Genossenschaft „Lebensmittelverein Zürich" abstellen. Die Genossenschaft macht es sich zur Pflicht, ihren Mitgliedern zu dienen und ihnen, sei es in den Preisen, sei es durch Schaffung neuer Verkaufsstellen in neuen Quartieren, trotzdem sie noch nicht rentieren können, sei es durch andere Erleichterungen, entgegenzukommen und nur so viel Gewinn zu machen, als es zur bescheidenen Verzinsung des Genossenschaftskapitals und zur gebotenen Aeufnung der Reserven erforderlich ist. Die demokratische Organisation, die den Genossenschaftern die Möglichkeit gewährt, die Geschäftsführung entscheidend zu beeinflussen, hindert die Leitung, grosse Gewinne zu machen.

Als ich vor langer Zeit im Verwaltungsrat der Genossenschaft „Lebensmittelverein Zürich" war, habe ich feststellen können, wie weitgehend sie für das Personal sorgt, z. B. durch Bezahlung höherer Löhne, als bei der Konkurrenz bezahlt werden; ferner durch günstige Bedingungen in bezug auf die Arbeitszeit und Ferien, und seither in gesteigertem Masse durch die Mithilfe bei der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Im Jahre 1938 gab der Lebensmittelverein Zürich für die Fürsorgeeinrichtungen des Personals 164 400 Fr. aus, während die Verzinsung des gesamten Genossenschaftskapitals nur 28 150 Fr. ausmachte. Aber diese Summe stellt nicht die Hauptlast dar. Die Hauptlast liegt, wie ich bereits angedeutet habe, in den besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen, als sie die Privatgeschäfte gewähren. Einen zahlenmässigen Vergleich kann ich natürlich nicht durchführen. Die Besserstellung des Personals der Genossenschaften wird aber von keiner Seite bestritten werden können. Herr Dr. Schär hat in seiner kürzlich erschienenen Abhandlung „Zur Ausgleichsteuer" mitgeteilt, dass der Allgemeine Konsumverein Basel pro Jahr um rund 2 Millionen Franken billiger arbeiten könnte, wenn er sein Personal gleich behandeln würde, wie kapitalistische Unternehmungen. Gewiss gibt es eine Reihe von Warenhäusern, die hinsichtlich Entlöhnung, Fürsorge und Hygieneeinrichtungen für das Personal anerkennenswerte Leistungen aufzeigen. Im allgemeinen aber reichen diese Leistungen bei weitem nicht an diejenigen der Genossenschaften heran, namentlich nicht in bezug auf die Löhne. Auch die kleinen Detailgeschäfte entlöhnen notorischerweise schlechter, als die Genossenschaften. Indem der Lebensmittelverein, um bei diesem zu bleiben, 601 Personen ständig entlöhnt und dafür sorgt, dass sie nicht verproletarisieren und bei Krankheit und Alter nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen, erfüllt er eine Mission, die alle Anerkennung verdient und beim Ausgleich unbedingt zu berücksichtigen ist.

Es ist sodann nicht etwa eine unbewiesene Behauptung, sondern eine von Dr. Schär in seiner Broschüre festgestellte Tatsache, dass die kleinen Genossenschaften prozentual wesentlich geringere Unkosten aufweisen als die grossen Genossenschaften in den Städten. Der Vorteil des Grossbetriebes besteht bei den grossen Genossenschaften in den Städten fast nur im etwas billigeren Einkauf. Schon hier aber bleiben sie hinter Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften weit zurück, deren routinierte Einkäufer die Situation ganz anders ausnützen, als eine nach dem Prinzip „leben und leben lassen" arbeitende Genossenschaft.

Die Epa und die Warenhäuser Jelmoli und Globus in Zürich haben ihren Betrieb je in einem einzigen, grossen Gebäude konzentriert, wo mit Raffinement alles rationalisiert ist. Der Lebensmittelverein aber besitzt 152 auf die ganze Stadt Zürich verteilte Läden, von denen die grösste Zahl nur von 2—3 Personen bedient werden. Eine Rationalisierung nach Muster der Warenhäuser ist bei den 152 kleinen Läden ausgeschlossen. Der Durchschnittsumsatz dieser 152 Läden betrug im Jahre 1938 160 000 Fr. Die tägliche Bedienung der 152 Läden vom Zentralmagazin aus, die teuren

Ladenmieten, die die Genossenschaft für die Läden zahlen muss, die bessere Personalfürsorge und manche anderen Umstände heben den Vorteil des Grossbetriebes bei den Genossenschaften in den grossen Städten fast vollständig auf. Wie gesagt, kommt das auch in den Rechnungen der Genossenschaften zum Ausdruck. Während die von der Usego bedienten Spezereiläden vollständig steuerfrei sind, hätte nach dem Beschlusse des Nationalrates der Lebensmittelverein bei 0,5 % Steuer 121 000 Fr., und bei 1% Steuer nach Antrag der Kommissionsmehrheit 242 000 Fr. Ausgleichsteuer zu bezahlen. Das macht 47 % des Gesamtbetriebsüberschusses dieser Genossenschaft aus. Ich will beifügen, dass bei dieser Berechnung die Wirkung der Bestimmung, wonach der Bundesrat für gewisse Warenkategorien Erleichterungen gewähren könne, nicht berücksichtigt ist. Da aber der Lebensmittelverein im Gegensatz zum A.C.V. Basel kein Milchgeschäft betreibt, wird die Entlastung für den Lebensmittelverein verhältnismässig bescheiden sein.

Weil kein Unternehmergewinn da ist, der gekürzt werden könnte, und weil die Genossenschaften in dieser Zeit sich kaum dazu hergeben, die Löhne und Arbeitsbedingungen ihres Personals weiter zu verringern, werden die Genossenschafter als Konsumenten direkt von dieser Ausgleichsteuer getroffen. Beim Lebensmittelverein macht die Steuer (er zählt 24 000 Mitglieder) pro Mitglied bei 0,5 % Steuer 5 Fr. und bei 1 %, wie die Mehrheit beschliessen will, volle 10 Fr. aus. Ich möchte noch beifügen, dass, wie bei der Arbeiter- und Angestelltenschaft, auch in der Landwirtschaft das Genossenschaftswesen stark entwickelt ist. Wenn der Vertreter der Bauern in der Kommission der Besteuerung der Genossenschaften mit 1 % zustimmte, so ist das nicht etwa darauf zurückzuführen, dass Herr Winzeler von grösserem Opfersinn beseelt gewesen wäre als der Sprechende. Die Sache erklärt sich nüchterner daraus, dass in fast jeder Landgemeinde eine eigene selbständige landwirtschaftliche Genossenschaft besteht mit einem Jahresumsatz, der gewöhnlich unter 200 000 Franken liegt. Diese Genossenschaften sind also steuerfrei, und wenn der Umsatz da oder dort über 200 000 Fr. beträgt, so gelangen dann erst die bescheidenen Ansätze von 1 oder 2 °/₀₀ zur Anwendung. Die Maximalsätze kommen im allgemeinen nur in den Städten zur Anwendung, und zwar nicht etwa deswegen, weil Umsatz und Betriebsüberschuss relativ, d. h. pro Mitglied grösser sind als bei den kleineren Genossenschaften, sondern deshalb, weil in den Städten, wo grössere Volksmassen auf engerem Raume zusammenleben, eine grössere Zahl von Konsumenten in einer juristisch einzigen Genossenschaft zusammengefasst sind.

In der heutigen ernsten Zeit sollte man sich bezüglich der Ausgleichsteuer möglichst zu einigen suchen. Ich habe mir daher ernstlich Rechenschaft zu geben versucht, ob man bei den Genossenschaften nicht doch von 0,5 % auf 1 % hinaufgehen könnte, wie es die Mehrheit vorschlägt. Bei näherer Prüfung aber bin ich zu der Ueberzeugung gelangt, dass der Widerstand der Vertreter der Genossenschaften begründet ist, weil — wie ich es bereits ausgeführt habe — bei den Genossenschaften der Vorteil des Grossbetriebes geringer ist und weil bei ihnen der Vorteil der Rationalisierung wegen der Dezentralisierung des Geschäftsbetriebes fast gar nicht zur Auswirkung kommt. Bei einem Maximalsatz von 5 °/₀₀ wird bei ihnen ein genügender Ausgleich erreicht. Ich empfehle Ihnen daher, dem Beschlusse des Nationalrates zuzustimmen. Wird mein Antrag abgelehnt, so ist es mir nicht mehr möglich, für die Ausgleichsteuer zu stimmen. Da Sie, entgegen meinem Antrag, diese Ausgleichsteuer mit den Krediten für die Landesverteidigung und die Arbeitsbeschaffung zusammengekoppelt haben, kann ich zu meinem grossen Leidwesen auch nicht für die ganze Vorlage stimmen.

Bundesrat **Obrecht:** Zuerst müssen wir uns bei diesem Kapitel die Frage stellen, welche Summe gedeckt werden soll. Die Kredite, die Sie im Programm gutgeheissen haben, beziffern sich auf 327,7 Millionen Franken. Es ist dies die Totalsumme, die in der nationalrätlichen Fassung aufgeführt ist. Nachdem für die Kistenstrasse wieder 20 Millionen eingesetzt worden sind, ist sich diese Summe gleich geblieben.

Nun haben Sie aber bereits am 11. November 1938 Uebergangskredite bewilligt, teils militärischer, teils ziviler Natur, die einen Gesamtbetrag von 70,3 Millionen ausmachen. Damals bestand bereits der Wille, dass diese Uebergangskredite ebenfalls durch diese Deckungsvorlage ihren Ausgleich finden sollten. Diese 70,3 Millionen müssen wir infolgedessen zu den 327,7 Millionen Franken rechnen. Dann sind ferner folgende Kredite für Spezialvorlagen einzubeziehen: Für die Zürichseeregulierung 1,78 Millionen, für die Korrektur des Rinnsales im alten Rhein bei Rorschach 1 252 000, der Bundesbeitrag für die Linthebene von 7 638 000 Franken, diejenige an die diesjährige Weltausstellung in New York von 1,5 Millionen und der Beitrag an die Pragelstrasse; insgesamt, macht das weitere 13,49 Millionen Franken aus. Diese einzelnen Objekte waren in der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates Gegenstand des allgemeinen Programmes. Es ist dann in der nationalrätlichen Kommission mit Recht folgendes gesagt worden: Wenn Sie für die Linthebene, die Pragelstrasse und andere Gegenstände der Bundesversammlung Spezialvorlagen unterbreiten, so führen diese zu einer Kreditbewilligung; wenn Sie nun in der Gesamtvorlage wiederum um die gleichen Kredite nachsuchen und diese noch einmal beschlossen werden, käme man zu einer doppelten Krediterteilung für den gleichen Gegenstand. Darum hat man diese Objekte, die seither zum Gegenstand von Spezialvorlagen gemacht worden sind, aus dem allgemeinen Programm herausgenommen. Aber in die Deckungssumme müssen wir sie nach wie vor einrechnen. Zu den 397,7 Millionen Franken kommen also weitere 13,49 Millionen Franken. Das gibt im ganzen eine Kreditsumme von 411,49 Millionen Franken. Davon entfallen auf die Landesverteidigung inklusive Kriegsvorsorge 196 425 000 Franken. Diese sollen nicht Gegenstand der Deckungsvorlage sein, sondern die Deckung soll hier auf besonderem Wege gesucht werden. Bringen wir diese 196,4 Millionen vom Gesamtkredit in Abzug, so bleiben noch 215 065 000 Franken. Diesen Betrag runden wir auf 215 Millionen ab; davon sollen nach Ziffer 4

75 Millionen durch eine Kombination mit dem Goldgewinn der Nationalbank gedeckt werden. Es bleiben dann als zu deckende Summe für die Ausgleichsteuer 140 Millionen Franken. Im Antrag Ihrer Kommission ist die Summe von 120 Millionen genannt. Es sind dann noch die 20 Millionen für die Kistenstrasse dazugekommen. Damit kommen Sie wiederum auf 140 Millionen. Das ist der erste Punkt, worüber ich Sie aufzuklären hatte.

Sodann muss ich Ihnen ein Bild davon geben, was die Ausgleichsteuer an Jahresertrag in Aussicht stellt, und wieviele Jahre wir infolgedessen rechnen müssen, um die 140 Millionen zu decken. Das neuerdings stark gemilderte Projekt der Mehrheit Ihrer Kommission, dem der Bundesrat zustimmt, ergibt schätzungsweise pro Jahr einen Ertrag von 12 Millionen Franken netto. Er ist eigentlich auf 13 Millionen Franken berechnet, wovon vorsichtshalber ein Abzug von 1 Million gemacht worden ist für Waren, die eventuell dann nach der vorgesehenen Kompetenz in den Ausführungsbestimmungen ausgenommen werden sollen. Es bleiben also noch netto 12 Millionen. Werden diese 12 Millionen 11 Jahre lang erhoben, so gibt das 132 Millionen, und es ist notwendig, noch in einem 12. Jahre eine Summe von 8 Millionen zu erheben. Wir müssen also mit einer Bezugsdauer von 12 Jahren rechnen. Das Ergebnis des Antrages des Herrn Ständerat Bally ist netto von der eidgenössischen Steuerverwaltung auf 12,5 Millionen Franken berechnet worden. Wenn wir diese Steuer 11 Jahre lang erheben, so gäbe das 11 ×12,5 Millionen oder 137,5 Millionen, und es würde für das 12. Jahr dann noch eine Restanz von 2,5 Millionen zu decken bleiben. Es führen also beide Vorschläge zu einer Bezugsdauer von 12 Jahren, wobei der Unterschied einzig und allein darin besteht, dass nach den Vorschlägen der Mehrheit der Kommission und des Bundesrates im 12. Jahre noch 8 Millionen zu decken sind und nach dem Antrag des Herrn Ständerat Bally noch 2,5 Millionen.

Es hat nun Herr Ständerat Schöpfer einen Antrag eingebracht, wonach man für die ersten Jahre eine Staffelung einführen soll. Man soll nicht plötzlich den Umsatz mit den vollen Ansätzen belasten, sondern die Ausgleichsteuerpflichtigen etwas daran gewöhnen. Es liegt offenbar dem Antrage des Herrn Schöpfer ein humaner Zug zugrunde. Er sprich von 3 Jahren. Ich glaube, das ist zu weit gegangen; aber ich könnte mich mit einem Antrag befreunden, der eine staffelweise Einführung oder Milderung für die ersten zwei Bezugsjahre vorsähe, z. B. so, dass für das erste Bezugsjahr die Normalsteuer nach den Ausführungsbestimmungen nur zur Hälfte erhoben würde und im zweiten Jahre zu ¾ und im dritten Jahre dann voll. Würde dies so gemacht, so würde die Erhebungsdauer in beiden Fällen, sowohl bei Annahme des Antrages der Kommissionsmehrheit und des Bundesrates als auch bei der Annahme des Antrages des Herrn Bally, 12 Jahre nicht überschreiten. In einem Falle müssten im letzten Jahre noch 8 Millionen erhoben werden, im andern Falle noch 2,5 Millionen. Es käme dazu, dass dann im 12. Jahre ein voller Ertrag erhoben werden müsste, weil man in den ersten zwei Jahren eine Milderung eingeführt hat. Ich könnte mich deshalb mit dem Antrag Schöpfer befreunden, wenn er ihn in zwei Richtungen korrigieren wollte: Einmal soll er nur eine Staffelung für die ersten zwei Jahre verlangen und nicht für drei Jahre, sonst kommen wir auf 13, statt auf 12 Bezugsjahre. Eine Milderung im Sinne „erstes Jahr ein Zweitel, zweites Jahr drei Viertel", halte ich für ein reichlich weites Entgegenkommen. Als zweite Aenderung sollte Herr Ständerat Schöpfer in seinem Antrag nur das Wort „können" gebrauchen und nicht eine verbindliche Vorschrift setzen, denn Ihre Kommission will ja auch in bezug auf Waren, für die besondere Verhältnisse vorliegen, und für die eventuell Erleichterungen vorgesehen werden können, im Verfassungstext nur das Wort „können" anwenden. Es wäre geradezu unmöglich, im einen Fall, in dem es sich um die Ausnahme von Waren, für die besondere Verhältnisse vorliegen, handelt, das Wort „können" zu gebrauchen, wenn man bei der Staffelung dann ein „müssen" setzen würde. Man soll diese beiden Milderungsmöglichkeiten (Einführung der Staffelung und Ausnahmen für Waren, für die besondere Verhältnisse vorliegen), unter das Wort „können" subsummieren, eine Möglichkeit schaffen, die in den Ausführungsbestimmungen ihre Lösung findet; denn wir vermögen uns hier nicht verbindlich zu verpflichten, weil die Frage noch zu wenig abgeklärt ist. Wenn sich also Herr Ständerat Schöpfer bereitfinden könnte, seinen Antrag so zu fassen, wie ich es hier dargelegt habe, so wäre ich in der Lage, ihm zuzustimmen; anderfalls müsste ich ihn bekämpfen. Der Antrag würde dann folgendermassen lauten: „Die Ausführungsbestimmungen können eine staffelweise Einführung der Ausgleichsteuer für die ersten zwei Steuerjahre und besondere Erleichterungen für Warengattungen vorsehen, für die besondere Verhältnisse vorliegen."

Worin bestehen die Differenzen zwischen dem Antrag der grossen Mehrheit Ihrer Kommission, mit Zustimmung des Bundesrates einerseits, und dem Antrag von Herrn Bally anderseits? Die erste Differenz ist die: Herr Ständerat Bally beginnt mit der Ausgleichsteuerpflicht schon bei einem Umsatz von 100 000 Franken, wir dagegen erst bei 200 000 Franken. Dagegen beginnt Herr Bally mit dem Abgabesatz bei ein Promille, Ihre Kommission bei 2 Promille. Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, dass der Bundesrat in seinem ganz ursprünglichen Vorschlag bereits als Minimalsatz 2 Promille vorgesehen hatte, und mit Bezug auf die Umsatzsumme, bei der die Steuerpflicht einsetzen soll, hatte er in seinem ersten Entwurf 250 000 Franken vorgeschlagen. Der Nationalrat ging dann auf 200 000 Franken herunter, und Ihre Kommission empfiehlt Zustimmung, während Herr Bally jetzt auf 100 000 heruntergehen will. Das macht in der Durchführung der Steuer sofort einen gewaltigen Unterschied aus. Zwischen 200 000 Franken und 100 000 Franken Umsatz liegen nämlich 5000 Geschäfte, die, wenn Sie den Antrag der Kommission und des Bundesrates annehmen, steuerfrei bleiben, wenn Sie dagegen dem Antrag Bally zustimmen, unter die Abgabe fallen. Bei Gutheissung des Vorschlages der Kommission und des Bundesrates handelt es sich um 1400 Steuerpflichtige, bei Annahme des

Antrages Bally um 6400. Es ist für unsere Steuerverwaltung ein grosser Unterschied, ob sie 6400 Firmen in ihre statistische Umsatzkontrolle nehmen muss, um die Richtigkeit der Steuer zu kontrollieren, oder ob nur 1400 in Frage kommen. Da es sich lediglich um eine Uebergangssteuer, eine Zwecksteuer für eine bestimmte Anzahl von Jahren handelt, haben wir darauf gehalten, eine Abgabe vorzuschlagen, die administrativ möglichst wenig Umstände erheischt.

Es ist uns schon verschiedentlich die Einführung der allgemeinen Warenumsatzsteuer empfohlen worden. Da ich vom administrativen Apparat rede, möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass letztes Jahr, als man die Frage der allgemeinen Umsatzsteuer als Bestandteil des Finanzprogramms prüfte, die eidgenössische Steuerverwaltung ausgerechnet hat, dass ihre Verwaltungskosten, die sich jetzt zwischen 750 000 und 800 000 Franken bewegen, um 2 Millionen Franken erhöht würden. Daraus mögen Sie ermessen, welcher Verwaltungsapparat erforderlich wäre, wenn eine allgemeine Warenumsatzsteuer eingeführt werden müsste. Das soll kein Argument gegen die allgemeine Warenumsatzsteuer sein, sondern Ihnen nur Verständnis dafür geben, dass wir gut tun, bei einer zeitlich gebundenen Zwecksteuer nicht einen grossen Apparat aufzuziehen, sondern die Steuer so zu regeln, dass sie im grossen und ganzen mit dem jetzigen Personal erhoben werden kann.

Der zweite Unterschied zwischen dem Antrag der Kommission und des Bundesrates gegenüber dem Antrag Bally besteht darin, dass Herr Bally die Höchstbelastung schon bei einem Umsatz von einer Million voll zur Anwendung bringt, die Kommission und der Bundesrat dagegen erst bei einem Umsatze von 10 Millionen. Das ist natürlich ein gewaltiger Unterschied. Sie sehen das auch, wenn Sie den Ertrag der beiden Steuerarten gliedern.

Beim Vorschlag der Kommission und des Bundesrates müssten die Spezialgeschäfte eine jährliche Ausgleichsteuer von 3 Millionen entrichten. Spezialgeschäfte sind alle diejenigen Unternehmungen des Detailhandels, die nicht Epahäuser, Warenhäuser, Filialgeschäfte oder Konsumgenossenschaften sind, sondern eigentliche mittelständische Einzelhandelsgeschäfte, die aber mit einem Umsatz von über 200 000 Franken unter die Steuer fallen. Diese Geschäfte müssen nach dem Antrag der Kommission und des Bundesrates pro Jahr im gesamten 3 Millionen Franken abgeben, nach dem Antrag Bally 8 Millionen. Herr Bally kommt mit seinem Vorschlag auf einen Bruttoertrag von 15,5 Millionen, wir kommen auf 12,5 Millionen Franken, unter Berücksichtigung der Abzüge für Waren, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen. Von den Bruttoleistungen von 15,5 Millionen würden demnach mehr als die Hälfte auf Geschäfte entfallen, die nicht Warenhäuser, Epahäuser oder Filialunternehmungen sind. Sie sehen sofort, dass Sie nicht die Unternehmungen treffen, welche wir uns unter den Grossfirmen des Detailhandels vorstellen, sondern hauptsächlich die Inhaber von Einzelfirmen, deren Umsatz aber über 200 000 Franken hinausreicht. Dann nimmt die Steuer stark zu, weil die Progression schon bei einer Million voll zur Anwendung gelangt, nach dem Antrag der Kommission und des Bundesrates dagegen erst bei 10 Millionen.

Der dritte Unterschied ist der, dass Herr Bally ein gleichmässiges, einheitliches Maximum von 1 % vorsieht, währenddem Kommission und Bundesrat abstufen; sie sehen ein erhöhtes Maximum vor, immer erst bei einem Umsatz von 10 Millionen und darüber angewendet, für Einheitspreisgeschäfte bis zu 3¾ %, für Warenhäuser und die fahrenden Läden bis zu 2½ %, für Filialunternehmungen bis 1½ %, für Selbsthilfegenossenschaften und für die andern Detailhandelsgeschäfte, sagen wir für die Spezialgeschäfte, einen Maximalsatz von 1 %. Der Satz von 1 % deckt sich beim Antrag Bally und dem der Kommissionsmehrheit mit Bezug auf die Genossenschaften und die Spezialgeschäfte; die Filialunternehmungen, Warenhäuser und Epahäuser würden indessen nach Antrag der Kommission und des Bundesrates mit einem verstärkten Maximalumsatz belastet, dagegen nach dem Antrag Bally nur mit dem Einheitssatz von 1 %. Da liegt der fundamentale Unterschied. Was Herr Bally vorschlägt, ist nicht eine Ausgleichsteuer zwischen Gross- und Kleinunternehmungen des Detailhandels, sondern eine Warenumsatzsteuer, beschränkt auf die Geschäfte des Detailhandels, also auch nicht eine allgemeine Warenumsatzsteuer.

Wir wollen die eigentlichen Grossunternehmungen stärker belasten und versprechen uns davon eine bremsende Einwirkung auf den ungleich gewordenen Kampf zwischen den Grossen und den Kleinen. Herr Bally will alle gleich belasten, ausgenommen solche, die weniger als eine Million Umsatz haben. Hier sieht er eine Degression vor von 1 % bis hinunter auf 1 Promille.

Es stehen sich auf der einen Seite das Schutzbedürfnis des Mittelstandes und auf der andern Seite die Verherrlichung der industriellen und kommerziellen Rationalisierung gegenüber. Herr Ständerat Bally hat sich in der Kommission in stündigen Vorträgen bemüht, dem Chef des Volkswirtschaftsdepartementes besser darzutun, dass eine Wirtschaft, die konkurrenzfähig, gesund und stark bleiben soll, dem Moment der Rationalisierung ein Hauptgewicht beimessen muss, und dass man den Rationalisierungsbestrebungen freie Bahn lassen solle. Diese Vorträge des Herrn Bally, in denen er mir auch empfahl, mich an die Wirtschaftswissenschaft zu wenden, hätten auf mich einen viel grössern Eindruck gemacht, wenn Herr Ständerat Bally zu einer Zeit, da er noch gar nicht Ständerat war, nicht auch schon ganz anders gesprochen hätte.

Es ist jetzt noch ein Bundesratsbeschluss zum Schutze der Schuhindustrie in Kraft; diese schützenden Massnahmen für die Schuhindustrie sind von der gesamten inländischen Schuhindustrie zu einer Zeit nachgesucht worden, wo der mährische Schuhkönig Bata in Möhlin Boden gefasst hat. Als Bata sich in Möhlin niedergelassen hat, ist man an den Bundesrat herangetreten und hat gesagt: „Da kommt nun einer, der keine Rücksicht kennt, der brutal ist vom Morgen bis zum Abend und vom 1. Januar bis zum 31. Dezember. Der bringt Rationalisierungsmethoden in die Schweiz, die wir nicht mitmachen können, die man hier nicht erträgt, und wenn Sie uns nicht schützen vor diesem Bata,

wird die ganze einheimische Schuhindustrie zugrundegehen." Auf diese Gesuche und auf diese Bitten hin ist ein Bundesratsbeschluss gefasst worden, der ein Verbot enthält, neue Schuhfabriken zu gründen oder bestehende Schuhfabriken zu erweitern, damit Bata sich nicht weiter ausdehnen konnte. Wir mussten also die ganze einheimische Schuhindustrie mit Einschluss der Firma Bally schützen gegen diesen neuen Rationalisten; denn was ist Bata anders als ein amerikanischer Rationalist, der brutal rationalisiert, keine Rücksicht nimmt, weder auf die Verhältnisse der Arbeiter, noch auf die Verhältnisse der Konkurrenz, sondern brutal auf sein Ziel losgeht, der Grösste und der Erste zu sein oder zu werden. Vor dieser Gefahr mussten wir die schweizerische Schuhindustrie in Schutz nehmen, und zwar auf ihr Verlangen.

Wenn es nun eine Zeit gegeben hat, da Herr Bally es für gut fand, sich unter den Schutz des Staates stellen zu lassen vor einem solch gefährlichen Konkurrenten, wie Herr Bata ist, dann darf ich sagen: Wenn heute der Mittelstand — ich verstehe darunter auch die kleineren Schuhfabriken, es hat deren viele im Lande herum, und die selbständigen Schuhläden — das Gefühl hat, immer mehr verdrängt und geschwächt zu werden, um schliesslich dem Ruin entgegenzugehen, wenn dieser Mittelstand dann zu uns kommt und sagt: „Schützt uns vor dieser Uebermacht der Grossen und Gewaltigen!" dann hat er das gleiche Recht. Wenn wir den Schutz schon der Schuhindustrie insgesamt gegenüber Bata gewährt haben, dann haben die mittelständischen Handels- und Industrieunternehmungen (Schuhfabrikation und Schuhhandel) das gleiche Recht; sie dürfen den gleichen Schutz von uns erwarten.

Ich hatte letztes Jahr eine Konferenz mit einer sehr zahlreichen Vertretung der Schuhfabrikanten und Schuhhändler, die mir auseinandergesetzt haben: Wir leiden heute nicht mehr unter Bata, den haben Sie zurückgebunden; aber wir leiden heute unter den Schuhfabriken, die einen selbständigen Ring von Schuhverkaufsstellen gebildet haben; denn da, wo der Industrielle zugleich den Verkauf in den Händen hat, begnügt er sich mit einer einmaligen Gewinnmarge. Er braucht nicht einen Gewinn bei der Fabrikation einzukalkulieren und dann noch einmal einen Gewinn beim Handel, er begnügt sich mit dem einen davon. Aber derjenige, der nur fabriziert, muss eben mit einer eigenen Gewinnmarge rechnen, sonst kann er die Amortisationen nicht machen, und derjenige, der nur Handel treibt, muss ebenfalls eine Gewinnmarge einrechnen. Da haben mir nun die Vertreter der kleineren Schuhindustrie und des mittelständischen Schuhhandels dargelegt, dass sie durch die Filialgründungen der Grossunternehmungen der Schuhindustrie immer mehr in die Enge getrieben werden und nicht mehr schnaufen können, und dass sie ihrem Ende entgegengehen müssten. Daher haben sie von uns verlangt, dass wir hier eingreifen und eine Preisordnung von Staates wegen einführen für die ganze Schuhindustrie und den ganzen Schuhhandel. Stellen Sie sich diese Aufgabe für den Chef des Volkswirtschaftsdepartementes vor, hier eine durchgreifende Preisordnung einzuführen und auch zu kontrollieren mit Bezug auf die ganze Schuhfabrikation und den Schuhhandel! Das habe ich natürlich ablehnen müssen. Solche Aufgaben vermag der Staat nicht zu übernehmen, er kann sie gar nicht lösen.

Da habe ich mir gesagt, es wäre ein gesundes Unterfangen, mit einer abgestuften Umsatzsteuer dort, wo man durch die Rationalisierung Vorteile hat, weil Industrie und Handel sich in den gleichen Händen befinden, einen gewissen Ausgleich zu schaffen; und gerade jene Konferenz, Herr Bally, hat mit dazu beigetragen, dass der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes auf diesen Gedanken der Ausgleichsteuer verfallen ist. Aber das ist nicht das einzige Moment. Ich habe auch die Entwicklung der Einheitspreisunternehmungen verfolgt und diejenige der Migros-Unternehmungen. Die Migros-Unternehmung wurde, so glaube ich, im Jahre 1925 gegründet; sie existiert also jetzt etwa 15 Jahre und hat es fertig gebracht, in dieser Zeit einen Umsatz von 65—70 Millionen pro Jahr an sich zu reissen. Glauben Sie, dass dies neuer Konsum sei? Das ist ausgeschlossen. Zum geringsten Teil ist das der Fall, zur Hauptsache ist das der Umsatz, der vorher unsere Spezereiläden, unsere mittelständischen, selbständigen Unternehmungen in den Städten und Dörfern alimentiert hat und der ihnen nach und nach abgejagt worden ist.

Ein anderes Beispiel: Die Epa-Unternehmungen wurden im Jahre 1930 gegründet, gerade kurz bevor wir mit den beschränkenden Massnahmen eingegriffen haben. Trotzdem seit 1933 der Warenhausbeschluss besteht, haben sie es fertig gebracht, in diesen nicht ganz 10 Jahren einen Umsatz von über 30 Millionen an sich zu reissen. Auch da ist wieder durch eine neue Art von Rationalisierung den selbständigen Ladeninhabern im Verlaufe von wenigen Jahren ein Umsatz von über 30 Millionen abgenommen worden. Diese beiden Grossunternehmungen des Detailhandels, die Migros und die Epa haben in der Zeit von 10—15 Jahren gegen 100 Millionen Fr. Umsatz an sich gebracht, der dem selbständigen Mittelstand verloren gegangen ist. Wenn man diese Entwicklung sieht, muss sich nicht ein Chef des Volkswirtschaftsdepartementes seine Gedanken machen und sich fragen, wohin führt das?

Rationalisierung in Ehren! Wir können der Rationalisierung nicht ermangeln, aber wenn sie so weit getrieben wird, dass die mittleren und die kleineren Unternehmen gar nicht mehr existieren können, dass sie zwangsläufig in ihrer Existenz entwurzelt werden, dann ist es meiner Ueberzeugung nach Aufgabe des Staates, hier einzugreifen. Nun sind wir hier ja nicht am Anfang. Schon der Warenhausbeschluss ist ja aus diesem Schutzbedürfnis heraus entstanden. Wir haben im Warenhausbeschluss ein Verbot gegen die Errichtung neuer Grossunternehmungen des Detailhandels und gegen die Errichtung neuer Filialen sowie gegen die Erweiterung bestehender Geschäfte eingeführt, um diese Grossunternehmungen des Detailhandels in einem gewissen Rahmen zu halten, um sie zu verhindern, sich noch weiter auszudehnen. Diese Ausdehnung hat sich aber nur auf die Räumlichkeiten bezogen. Man durfte die Geschäfte nicht vergrössern, nicht neue Filialen errichten; aber niemand hat es verhindern können, dass in den

vorhandenen Räumlichkeiten und Filialen der Absatz verstärkt wurde.

Es ist heute sehr umstritten, ob der Warenhausbeschluss im ganzen genommen von Gutem gewesen sei oder nicht. Zweifellos hat er das Gute gehabt, dass er die Errichtung neuer Filialen verhinderte. Das war eine Notwendigkeit. Stellen Sie sich einmal vor, was aus der Migros geworden wäre, wenn Herr Duttweiler mit vollständig freien Händen überall im Lande herum hätte weiterfahren können mit der Errichtung und Einrichtung von Filialen! Diese Möglichkeit hatte er nicht mehr. Aber die Sache hat noch eine andere Auswirkung. Diese Beschränkung auf das bereits vorhandene wurde ungewollt zu einem sehr wirksamen Schutz derjenigen, die da waren, denn sie wurden von einer neuen, erweiterten Konkurrenz befreit. Glauben Sie, dass es bei der einzigen Epa geblieben wäre? Es hätte weitere Epaunternehmungen gegeben, wenn nicht 1933 das Verbot gekommen wäre. Dann konnten eben keine neuen Konkurrenten mehr entstehen, sonst wäre die Epa in ihrer Geschäftsart durch neue Unternehmungen konkurrenziert worden. Es wird nun aus mittelständischen Kreisen viel geklagt, dass man eigentlich mehr den Grossunternehmungen damit auf die Beine geholfen habe, weil man sie schützte vor einer neuen Konkurrenz, als dass der Mittelstand davon profitiert hätte. Man darf hier nicht übertreiben. Ich wiederhole; ohne das Verbot hätten die Filialen in einem Masse zugenommen, das für den Mittelstand ausserordentlich gefährlich geworden wäre. Aber eine durchgreifende, abschliessende Massnahme ist der Warenhausbeschluss nicht.

Ich muss Ihnen noch eines bekennen: Solche Reglementierungen durchzuführen, ist für einen Departementschef eine Geissel; denn da kommt man in die Detailfragen hinein. Denken Sie nur an die Geschichte mit den Schaufenstern. Wie viele Rekurse hatten wir zu erledigen darüber, ob ein solches Grossunternehmen des Detailhandels ein weiteres Schaufenster einbauen dürfe oder nicht. Da sind Aktenstösse entstanden über solche Bagatellfragen. Wenn wir in Zukunft unserem kaufmännischen Mittelstand wirksamen Schutz gewähren wollen, so kann ein solcher Warenhausbeschluss allein nicht das Richtige sein. Da habe ich mich gefragt, ob man, wenn schon eine neue Einnahmequelle für den Bund erschlossen werden muss, der Frage nicht einmal von der fiskalischen Seite beikommen könnte, indem wir eine Ausgleichsteuer einführen, welche die wirklich fü den Mittelstand gefährlich werdenden Grossunternehmungen stärker, die andern Unternehmungen dagegen, die ihm weniger gefährlich sind, weniger belastet. Das war der Grundgedanke. Ich habe ihm Gestalt gegeben; dessen geniere ich mich nicht, Herr Bally, sondern ich bin stolz darauf, dass ich den Mut aufgebracht habe, diesen Vorschlag zu machen. Die Art und Weise, wie er bei den Ausgleichspflichtigen eingeschlagen hat, hat mich darüber bestärkt, dass ich auf dem richtigen Wege bin. Herr Bally hat diese Ausgleichsteuer gestern als eine Bernerplatte nach Solothurner Art hingestellt. Er hat aber den Präsidenten der Kommission falsch zitiert. Herr Ständerat Dr. Keller hat nicht die Ausgleichsteuer gemeint, sondern die Kombination von Landesverteidigungs- und Arbeitsbeschaffungskrediten und einer Ausgleichsteuer. Das hat er eine Bernerplatte genannt, nicht die Ausgleichsteuer für sich. Aber das ist hier nicht wesentlich.

Ich begreife nicht recht, warum Herr Bally besonders herausgestrichen hat, dieses teuflische Werk einer Ausgleichsteuer habe der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes, nämlich Herr Bundesrat Obrecht, auf dem Gewissen, und dazu sei er noch ein Solothurner. Trotzdem ich Solothurner bin, schäme ich mich dieses Werkes nicht, sondern bin stolz darauf, weil ich überzeugt bin, dass wir hier etwas für den Mittelstand schaffen, das sich günstig auswirken wird.

Was sagen die von der Steuer Betroffenen? Zuerst haben sie behauptet, die Steuer werde zu einer Verteuerung der Lebenskosten führen. Da stehe ja der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes mit sich selber im krassen Widerspruche. Nach der Abwertung habe er verkündet, jetzt müsse man dafür sorgen, dass die Lebenskosten nicht zu sehr ansteigen. — Ich glaube, diese Aufgabe restlos erfüllt zu haben. Es ist aber nicht nur mein Verdienst und das meiner Mitarbeiter, dass das gelungen ist, sondern vielmehr eine Folge der Weltmarktpreise, die in einem Mass zusammengeschrumpft sind, wie man es nicht für möglich gehalten hätte. Wir haben es fertig gebracht, dass die Lebenskostenverteuerung im Anschluss an die Abwertung nie wesentlich über 5 % hinausgegangen ist. Nach den letzten Monatsangaben beträgt sie heute 4,2 %. Wir haben dafür gesorgt, dass wir nicht wieder in eine Teuerungswelle hineingeraten sind. Da liegt gerade der Vorteil der Ausgleichsteuer gegenüber der allgemeinen Umsatzsteuer. Bei der allgemeinen Umsatzsteuer bezahlt jeder auf allen Verkäufen prozentual die gleiche Abgabe. Da ist es selbstverständlich, dass die Steuer auf den Konsumenten abgewälzt wird, denn jeder Verkäufer schlägt die Steuer auf die Preise. Das ist ohne weiteres klar. Bei der Ausgleichsteuer ist die Situation nicht so eindeutig. Wenn der Grossunternehmer des Detailhandels, der die Ausgleichsteuer bezahlen muss, mit den Preisen hinaufgehen will, wird er gegenüber den Konkurrenten, die von der Steuer nicht betroffen werden, zu teuer. Infolgedessen kann er mit dem Preis gar nicht beliebig hinaufgehen. Das ist des Pudels Kern. Anfangs hatte man verkündet, es werde nichts anderes übrig bleiben, als die Ausgleichsteuer auf die Preise zu schlagen, dann werde der Konsument belastet und wir gingen einer Verteuerung der Lebenskosten entgegen. Man hat offenbar den Eindruck bekommen, dass diese Argumentation nicht recht überzeugend gewirkt habe. Hierauf kam Herr Duttweiler auf einen andern Gedanken und sagte: Wenn ich eine Abgabe bezahlen muss, die mich unangenehm belastet, suche ich das Heil darin, dass ich den Umsatz steigere; dann kann ich dank einer grössern Verkaufssumme die Abgabe leichter tragen. — Das ist ungefähr das Gegenteil dessen, was man am Anfang vertreten hatte. Statt die Preise hinaufzusetzen, will man sie jetzt hinuntersetzen. Solches wird man dem Volke verkünden. Damit will man den kaufmännischen Mittelstand irremachen,

ihm sagen, es werde ihm eine Hilfe versprochen, die sich anders als erwartet, auswirken werde, weil die Grossunternehmer des Einzelhandels mit den Preisen hinuntergehen werden. — Wenn es möglich wäre, eine solche Abgabe zu bezahlen und trotzdem mit den Preisen noch herunterzugehen, müssten die Leute heute schandbar Geld verdienen. Nehmen Sie den Fall der Migros: Herr Duttweiler macht sich immer stolz, dass er mit einem halben Prozent Unkostenmarge auskomme. Wenn er diese auf ½% komprimiert und trotzdem imstande ist, eine Abgabe von 1½% auf sich zu nehmen und dazu noch die Preise partiell herunterzusetzen, stimmt die Rechnung nicht. Ich stehe unter dem Eindruck, man behaupte heute das eine, morgen das andere; denn man will am einen Tag die Lieferanten, am andern Tag die mittelständischen Geschäfte des Detailhandels stutzig machen, will Verwirrung anstiften, um die Ausgleichsteuer zu Fall zu bringen. Ich gestehe jedem das Recht zu, sich zu wehren; das tat hier auch Herr Ständerat Bally, aber man muss dann wissen, dass man es mit interessierten Leuten zu tun hat. Herr Bally hat gestern wiederholt als Kronzeugen Herrn Küng, Direktor von der Schweizerischen Genossenschaftsbank in Basel, genannt. Ich war in Basel anwesend, als Herr Küng seinen Vortrag hielt. Man war in der Neuen Helvetischen Gesellschaft erstaunt, dass Herr Küng von der Genossenschaftsbank das Bedürfnis hatte, neben dem Chef des Volkswirtschaftsdepartementes aufzutreten. Man hat gefragt, was er vortragen wolle, und er erklärte, er möchte den Bundesrat unterstützen. Es kam dann anders heraus. Er hat die Ausgleichsteuer zu zerzausen versucht, hatte aber eines verschwiegen, das er mir nachher anvertraut hat, nämlich, dass er Mitglied des Verwaltungsrates der Bell A. G. sei. Das ist eine Grossunternehmung wie die Schuhfabrik Bally. Herr Küng und Herr Bally sind in der Sache Interessenten, das darf ich hier erwähnen. Auf der andern Seite stehe ich den Herren das Recht auf Verteidigung zu.

Herr Bally hat gestern gesagt: Nehmen Sie mein Projekt mit dem Einheitssatz von 1% an, dann wird jeder Verkäufer 1% aufschlagen, und die Geschäfte sind in keiner Weise gefährdet. — Wir schätzen den Gesamtumsatz des Detailhandels auf 4 Milliarden Fr. Wenn nun dieser Umsatz mit 1% zu Lasten der Konsumenten belegt würde, weil jeder Detailhändler die Preise um 1% hinaufsetzt — jeder weiss ja, dass der andere es auch tun wird — wird die Volkswirtschaft mit 40 Millionen belastet. Dabei wollen wir 12 Millionen herausbringen. Das wäre unrationell. Herr Bally wollte vorerst mehr aus der Steuer herausbringen, hat in Davos und Lugano von 25—30 Millionen Fr. gesprochen. Dann müsste man aber in die Breite gehen, müsste alle Geschäfte erfassen bis hinunter zur Umsatzsumme, die zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet, nämlich bis zu 25 000 Fr. Dann käme man zu einer ergiebigen Steuer. Das wäre aber keine Ausgleichsteuer mehr, jedenfalls keine Massnahme zugunsten des bedrohten kaufmännischen Mittelstandes.

Noch ein Wort über die Steuerpflicht der Grossunternehmungen des Detailhandels: Es ist mir schon lange aufgefallen, wie auffallend klein die Steuerbeträge sind, welche die Filialen in einzelnen Kantonen und Gemeinden entrichten. Das muss jedem auffallen. Betrachten Sie einmal eine Anzahl Filialen von Grossunternehmungen in einem Landkanton und rechnen Sie ihren Umsatz zusammen; betrachten Sie auf der andern Seite so viele selbständige mittelständische Firmen, bis der gleiche Totalumsatz vorhanden ist, und vergleichen Sie sodann die Steuer, die die Einzelfirmen gegenüber den Filialgeschäften bezahlen. Sie werden einen krassen Unterschied sehen. Man sagt immer, die bundesgerichtliche Praxis in Doppelbesteuerungsfragen trage Schuld am Zustand, dass die Orte des Hauptsitzes verhältnismässig zuviel bekommen. Das halte ich nicht für richtig. Dieses Gebiet war mir früher sehr geläufig, ich habe sehr viele Gutachten über Repartitionsfragen gemacht. Wenn Sie die Gesamtsteuer an Hauptsitz und Filialsitz zusammenrechnen, werden Sie sehen, dass die Gesamtsteuer im Vergleich zur Umsatzsteuer sehr gering ist. Darum teile ich auch die Befürchtungen nicht, die man in einzelnen Kantonen hegt, man nehme ihnen zu viel Steuern weg. Wir halten dafür, es sei geradezu ein Akt der Billigkeit, dass man die Grossunternehmungen, die es verstanden haben, mit einer geringen Steuerleistung durchzukommen, jetzt auf anderm Wege zum Ausgleich zwingt. Ich bedaure, dass es in diesem Fall ausschliesslich zugunsten des Bundes geht, aber wir könnten bei einer Steuerleistung von jährlich 12 Millionen Fr. nicht auch noch eine kantonale Partizipation vorsehen. Wenn wir hier die Kantone ausnahmsweise einmal übergehen, so werden wir ihrer noch gedenken, wenn wir grössere, dauernde Steuerquellen zugunsten des Bundes anstechen werden. Das ist schon bei der Krisenabgabe der Fall, wird beim Wehropfer der Fall sein und wird auch so gehandhabt werden, wenn der Bund gezwungen werden sollte, schliesslich doch noch eine allgemeine Warenumsatzsteuer einzuführen. Ich verhehle Ihnen nicht, dass ich als Chef des Volkswirtschaftsdepartementes von einer allgemeinen Warenumsatzsteuer nicht begeistert sein kann, weil sie restlos auf die Konsumenten abgewälzt wird und infolgedessen zwangsläufig zu einer empfindlichen Erhöhung der Lebenskosten führt. Wenn man aber einmal zu einer durchgreifenden Sanierung der Bundesfinanzen gelangen will, ist es nicht ausgeschlossen, dass doch noch eine allgemeine Warenumsatzsteuer in Kauf genommen werden muss.

Es ist erfreulich, wie sich in der Zeit von einem Jahr die Stimmung wesentlich geändert hat. Anfangs 1938 wurde die grosse Expertenkommission vom eidgenössischen Finanzdepartement einberufen, um die Quellen ausfindig zu machen, die geeignet wären, die Finanzen des Bundes wieder flott zu machen. Da stand die allgemeine Warenumsatzsteuer im Vordergrund, aber aus der Westschweiz wurde abgepfiffen, weil man dort unter keinen Umständen eine allgemeine Warenumsatzsteuer wollte. Als ich dann die nicht leichte Aufgabe hatte, in der Zeit von zwei Monaten das grosse Programm aufzustellen und dafür eine Deckung zu suchen, habe ich auch mit den Herren aus der Westschweiz Fühlung genommen, die in Finanz-

dingen Bescheid wissen. Man erklärte, die allgemeine Warenumsatzsteuer würde in der Westschweiz nicht akzeptiert. Ich erwiderte, dass mir gerade etwas vorschwebe, das in der Linie der allgemeinen Warenumsatzsteuer liege. Man riet mir sodann, der Steuer einen andern Namen zu geben, und das hat dazu beigetragen, dass wir von der Ausgleichsteuer zu sprechen anfingen. Wenn wir heute mit einer allgemeinen Warenumsatzsteuer vor das Volk treten würden, zweifle ich daran, dass wirklich so grosse Begeisterung vorhanden wäre, wie jetzt behauptet wird. Wenn aber ein gewisser Wandel der Anschauungen Platz gegriffen hat, so hat ja die Ausgleichsteuer bereits einen guten Dienst geleistet.

Nun hat Herr Bally noch gewünscht, ich möchte hier wiederholen, dass, wenn es vor Ablauf der Erhebungsdauer für die Ausgleichsteuer zur Einführung einer allgemeinen Warenumsatzsteuer käme, die Steuern dann nicht aufeinander aufgebaut würden, sondern die eine Steuer in die andere eingebaut würde. Ich habe mich darüber in Lugano nicht frei aussprechen können; denn das schlägt in das Gebiet des neuen Chefs des Finanzdepartements ein. Er muss den Weg suchen, die überlastete Finanzlage des Bundes zu sanieren. Wir wollen ihm da in keiner Weise das Konzept verderben. Er hat mir erklärt, er könne heute noch nicht mit Verbindlichkeit sagen, ob die Steuern dann miteinander verbunden würden, wenn der Bund vor Ablauf der Erhebungsdauer für die Ausgleichsteuer dazu käme, eine allgemeine Warenumsatzsteuer zu erheben, aber es liege eigentlich in der Natur der Sache begründet, dass dann die eine Steuer in die andere eingebaut werden müsste. — Das ist sehr leicht möglich. Der Satz für die allgemeine Warenumsatzsteuer wird dann zum Normalsatz, und was wir mit der Ausgleichsteuer mehr erheben, kann man in Form von Zuschlägen behandeln. Diese Regelung ist wahrscheinlich, aber ich kann jetzt keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Ich bin etwas ausführlich geworden, aber es ist an der Ausgleichsteuer so viel Kritik geübt worden, und wir haben sie im grossen und ganzen geduldig hingenommen, dass man schliesslich einmal die Gelegenheit benutzt, um sich dazu ausführlich zu äussern.

Herrn Ständerat Bally möchte ich nur zu bedenken geben, dass es nicht einfach sein wird, bei der Abstimmung durch Volk und Stände gegen die Vorlage Sturm zu laufen, nur weil die Filialunternehmungen jetzt um ½% mehr belastet werden als der gewöhnliche Schuhhandel. Es würde jedenfalls nicht verstanden werden, dass man wegen eines solchen Grundes die Massnahmen bekämpfen würde, die unsern ärmsten Volksgenossen, den Arbeitslosen, möglichst ausgiebig Arbeit verschaffen und damit auch im Gebiete der Landesverteidigung das Notwendige vorkehren wollen.

Ich empfehle Ihnen Zustimmung zum Vorschlag Ihrer Kommission.

Joller: Ueber die Auslassungen von Herrn Ständerat Bally über den uns vorliegenden Bundesbeschluss über die „Ergänzung der Bundesverfassung für die Eröffnung und teilweise Deckung von Krediten zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" hat sich bereits Herr Bundesrat Obrecht geäussert. Ich danke ihm als Mittelstandsvertreter für seine Worte. Meinerseits möchte ich noch beifügen, dass sich Herr Bally als der Exponent der grosskapitalistischen Mammutbetriebe im Kampf gegen die berechtigten Forderungen des gewerblichen Mittelstandes ausgewiesen hat. Es will schon allerhand heissen, wenn die Ausgleichsteuer als eine „Massregelung des Grossdetailhandels" bezeichnet oder als „Bestrafung der wirtschaftlichen Tüchtigkeit" deklariert wird. Die Ausführungen des Herrn Ständerat Bally werden im gewerblichen Mittelstand der ganzen Schweiz nicht nur berechtigtes Aufsehen, sondern geradezu eine Erregung hervorrufen, nicht zuletzt auch in den Gewerbekreisen des Kantons Solothurn, die doch bei der Wahl von Herrn Ständerat Bally eine entscheidende Rolle gespielt haben. Ich habe gestern abend gegenüber dem Votum des Herrn Bally von Mitgliedern unseres Rates den Ausspruch gehört: „O heiliger Florian, verschone unser Haus, zünd' lieber andre an"; mir persönlich ging der Ausspruch eines bekannten Schriftstellers und Poeten durch den Kopf, der den Satz geprägt hat: „Der Teufel hat sich ein Ornat angezogen und läutet mit dem Schwanze zur Messe."

Es liegt mir ferne, in langatmigen Ausführungen zur Vorlage Stellung zu nehmen. Gestatten Sie mir nur einige kurze Bemerkungen. Die Ausgleichsteuer zeigt sicher den guten Willen der massgebenden Bundesinstanzen, insbesondere des verehrten Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, Herrn Bundesrat Obrecht, dem schwer bedrängten Mittelstand zu helfen, und ich bin als Mittelstandsvertreter sicher nicht der letzte, der das dankbar anerkennt. Aber gerade durch die Ausgleichsteuer drängt sich die Frage auf, ob man nicht für die Grossunternehmungen des Detailhandels und andere Mammutbetriebe — man denke nur daran, dass die Vorlage von 10 Millionen Fr. und mehr Umsatz jährlich von einzelnen Betrieben spricht — geradezu ein Privileg schafft und diese Betriebe für den Bundesfiskus zur Notwendigkeit machen könnte. Wenn zum bisher schon schweren Existenzkampf des gewerblichen Mittelstandes bzw. des kleinen Detailhandels eine solche Absicht bestünde oder wenn sogar die Existenzberechtigung bestehender oder neuer Grossunternehmungen des Detailhandels durch die Ausgleichsteuer dokumentiert werden wollte, so könnte der gewerbliche Mittelstand dieser Ausgleichsteuer nicht zustimmen, so sehr er diese, wenn sie zu keinem der genannten Auswüchse führen soll, begrüssen und unterstützen wird. Jedenfalls würde es der gewerbliche Mittelstand sehr begrüssen, wenn von Herrn Bundesrat Obrecht in dieser Hinsicht beruhigende Zusicherungen gegeben werden könnten, wonach diese Ausgleichsteuer nicht automatisch eine Existenzgarantie für die Grossunternehmungen des Detailhandels in sich schliessen soll, bzw. dass der Drohung des Herrn Bally, dass die Ausgleichsteuer durch noch intensivern Betrieb und noch mehr gesteigerten Umsatz in den Grossbetrieben eingebracht werden soll, von seiten des Bundes energisch ent-

gegengetreten wird. Der mittelständische Kleinhandel ist durch die Grossunternehmungen wahrhaftig in seiner Existenz jetzt schon genug bedroht, ja sogar zu einem guten Teil bereits ruiniert.

Ich habe gestern einen Aufruf unseres verehrten Herrn Bundespräsidenten zugunsten einer Hilfsaktion der Vereinigung „Pro Infirmis" gelesen. Mit beredten Worten tritt unser Herr Bundespräsident für die Armen und Gebrechlichen ein. Ruft er aber nicht auch für den schwer bedrohten Mittelstand auf, wenn er schreibt:

„Den Schwachen zu helfen, aus freiem Antrieb des Herzens, darin offenbart sich die schönste, heiligste Kraft der schweizerischen Seele und schweizerischen Wesens. Hochherzige Hilfe, freigebige Liebe adelt, erhebt den Menschen und ehrt das Land. Bewähren wir uns, Eidgenossen, als ein Volk von Brüdern."

Es sind das wahrhaft erhebende Worte, und ich hoffe, dass sie auch den grossen und bedrängten Volksmassen des Mittelstandes gegenüber Geltung haben.

Vergessen wir nicht, in welch wirtschaftlich schweren und politisch ernsten Zeiten wir leben. Vergessen wir nie, dass wir den gewerblichen Mittelstand, der anerkanntermassen als eine der stärksten Säulen unserer demokratischen Freiheiten gilt, nicht einfach seinem Schicksal überlassen dürfen durch eine zu weitgehende Auslegung der Handels- und Gewerbefreiheit oder anderseits durch einen zu weitgehenden Schutz der Grossunternehmungen. Ich habe es schon einmal gesagt und wiederhole: Die Warenhäuser verkaufen uns wohl für unsere Kinder Bleisoldaten, aber sie geben unserem Vaterlande keine Verteidiger.

Aus neuerer Geschichte dürfte uns das Schicksal Oesterreichs ein warnendes Beispiel sein; Oesterreich, das wohl den Schutz des Mittelstandes durchzuführen suchte, aber die Kraft nicht mehr aufbrachte, die grosse Mehrheit der Kleinen gegen die Uebergriffe der verschwindenden Minderheit wirksam zu verteidigen. Die daraus resultierende Unzufriedenheit grosser Volkskreise trug sicher viel zur Unterminierung des Wirtschafts- und Staatswesens bei. Jeder, der aus seiner freien Existenz herausgeworfen wird, kann unmöglich ein besserer Staatsbürger werden, er wird und muss verbittert werden gegen ein System der wirtschaftlich-sozialen Ungleichheit.

Und die Geschichte unseres eigenen Vaterlandes! Wäre der ruhmlose Untergang der alten Eidgenossenschaft im Jahre 1798 und die Invasion der Schweiz durch fremde Heere denkbar, wenn nicht schon damals das Junkern- und Patriziertum jedem wirtschaftlichen Gerechtigkeitssinn geradezu Hohn gesprochen hätte, wenn nicht die „freien" Eidgenossen unsere heutigen Brüder, die Waadtländer, die Tessiner, die Thurgauer, unterdrückt hätten? Wieviele Feudalburgen geben ja heute noch Kenntnis hievon, wie damals die sogenannten alten Länder ihre „Untertanenländer" und deren Volk bedrückten und vergewaltigten. Un die Strafe blieb nicht aus. Wie hätte auch die innere Unzufriedenheit und Uneinigkeit zu einer wirksamen und zielbewussten Einigkeit und zum geschlossenen Verteidigungswillen nach aussen führen können. Hüten wir uns vor einer Widerholung der damaligen wirtschaftlichen Fehler, sondern zeigen wir dem Mittelstand und mit ihm dem Schweizervolk, dass wir dem modernen Junkertum nicht verfallen sind.

Unser Herr Kommissionspräsident hat die Grossbetriebe gestern mit dem Haifisch verglichen, jenem Räuber der Meere, dessen nimmersatte Gefrässigkeit bekannt ist. Er hätte kein treffenderes Bild verwenden können. Wir wollen durch die Ausgleichsteuer, so wie sie von unserer Kommissionsmehrheit vorgeschlagen wird, versuchen, den Mittelstand wenigstens einigermassen vor den Zugriffen der grossbetrieblichen Haifische zu bewahren. Wir wollen während einiger Jahre Erfahrungen sammeln, auf denen wir später so oder anders aufbauen können.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen Zustimmung zum Vorschlag unserer Kommissionsmehrheit und anderseits ebenso einstimmige Ablehnung des Vorschlages Bally, wie dieser schon in der Kommission auf seine eigene Stimme beschränkt blieb.

Iten: Ich beantrage Ihnen Zustimmung zur Mehrheit, behalte mir aber vor, bei III, Lit. a, noch einen Abänderungsantrag zu stellen.

Sie müssen entschuldigen, wenn ich die Diskussion noch etwas verlängere. Ich hatte nicht die Absicht, in die Diskussion einzugreifen; aber auf der einen Seite fühle ich mich verpflichtet, namens des Gewerbestandes, dem ich nahestehe, Herrn Bundesrat Obrecht zu danken für das warme Verständnis, das er dem schweizerischen gewerblichen Mittelstand entgegengebracht hat in den Ausführungen, die wir soeben gehört haben. Dann habe ich das Wort ergriffen, um auf einige Aeusserungen unseres verehrten Herrn Kollegen Bally von gestern zurückzukommen. Ich will mich zwar möglichst der Kürze befleissen, um die Diskussion nicht allzu lange werden zu lassen. Ich muss auch Herrn Kollega Bally danken für die Offenheit, mit der er sein wirtschaftliches Bekenntnis abgelegt hat. Ich glaube, diese Offenheit wird dazu beitragen, den gewerblichen Mittelstand darüber aufzuklären, dass er nun doch endgültig für diese Ausgleichsteuer einzutreten hat. Es ist richtig, dass in gewissen gewerblichen Kreisen eine Erlahmung, eine gewisse Unsicherheit festzustellen war; aber ich glaube, die Aeusserungen des Herrn Bally von gestern haben dem gewerblichen Mittelstand wieder die Augen aufgetan. Das wird ein guter Auftakt zur kommenden Volksabstimmung sein. Ich danke also Herrn Bally dafür. Ich nehme an, dass in der „Solothurner Gewerbe-Zeitung" sein Referat in extenso veröffentlicht werden wird.

Der Herr Kommissionsreferent hat dem „Soziologen" Bally ein Sträusschen gewunden. Ich kann diesem Lob nicht beistimmen. Herr Bally hat erklärt, die Ausgleichsteuer sei eine ungerechte Steuer, sie sei eine Massenkreuzigung, eine Massregelung der Grossunternehmungen. Er ging so weit, dass er den grossen Umsatz gleichstellte mit der Tüchtigkeit und erklärte, je grösser der Umsatz, desto kleiner sei der Nutzen dieser Grossunternehmungen. Dass der grosse Umsatz ein Beweis der Tüchtigkeit der Grossunternehmungen sei, das möchte ich in Abrede stellen. Der grosse Umsatz ist nicht oder weniger eine Frage der Tüchtigkeit, sondern vielmehr eine Frage des Kapitals. Die Tüchtigkeit

lässt sich auch kaufen. Wer genügend Kapital zur Verfügung hat, kann genügend tüchtige Leute in seinen Dienst stellen und den Umsatz an sich reissen.

Das ist nur eine Frage des Kapitals, wenigstens für die Inhaber. Immerhin nehme ich an, dass diese Inhaber der Grossunternehmungen doch zu den tüchtigen Leuten gehören.

Soll nun das kapitalkräftige Unternehmertum dem einzelnen selbstverantwortlichen Mann die Existenz nehmen? Herr Bally bejaht das, und das ist sein soziologischer Aspekt, so sieht er das Problem. Herr Bally hat gestern erklärt, dass wir im Interesse des innern Friedens diese Frage der Ausgleichsteuer im Sinne seines Antrages lösen sollten, da der Expansionsdrang der Grossunternehmungen durch die Ausgleichsteuer nur noch grösser werden würde. Dieser Expansionsdrang der Grossunternehmungen, diese Störung des wirtschaftlichen Friedens, existiert schon seit Monaten und seit Jahren, und ich glaube schwerlich, dass dieser Kampf noch schärfer werden wird, und wenn er es wird, dann wird er dem gewerblichen Mittelstand ja nur die Augen noch mehr öffnen.

Herr Bally hat gestern das Lob des Rationalisierens gesungen. Herr Bundesrat Obrecht hat vorhin schon gesagt: „Rationalisieren in Ehren, aber man kann die Rationalisierung auch übertreiben." Ich wollte einmal sehen, was unsere schweizerische Industrie sagte, wenn der gewerbliche Mittelstand auch noch mehr rationalisieren und sagen würde: Gut, wir rationalisieren von unten nach oben, wir fabrizieren nun in Zukunft auch, wir nützen z. B. die Produktionskapazität einer einzigen Schuhfabrik aus. Wir machen mit ihr ein Abkommen, gründen eventuell eine eigene Schuhfabrik und versorgen unsere Detailgeschäfte mit eigenen Schuhen, so wie z. B. die Konsumgenossenschaften es tun. Wo würde das hinführen? Zu einer noch grösseren Arbeitslosigkeit!

Ich glaube, man sollte dem Grundsatz wieder besser nachleben, den Herr Bally gestern selbst ausgesprochen hat im Axiom: „Schuster, bleib' bei deinen Leisten!" Wer Schuhe fabrizieren will, soll sie nicht selber detaillieren, auch wenn es durch eine Aktiengesellschaft geschieht, die einen andern Namen trägt.

Herr Bally hat gestern erklärt, je grösser der Umsatz eines Unternehmens sei, desto kleiner werde der Nutzen. Ich war erstaunt über diesen Ausspruch des Volkswirtschafters Bally, über den wir gestern aus dem Munde des Herrn Kommissionspräsidenten so viel Lob gehört haben. Ich habe bisher geglaubt, und man hat mir das bisher in der Betriebswirtschaft beigebracht: Je grösser der Umsatz, desto grösser der Nutzen. Immerhin muss ich eine Einschränkung machen: Von einem gewissen Punkte an müssen auch die Unkosten wieder erhöht werden. Aber so, wie gestern dieser Satz ausgesprochen wurde, ist er nicht richtig. Wenn doch der steigende Umsatz kleineren Nutzen bringt, warum haben dann diese Grossunternehmungen einen so grossen Expansionsdrang? Ist es der Machtwille, die Angst vor dem Konkurrenten, die Habgier, alles zu haben und den andern nichts zu lassen? Haben sie, wie man im Volke sagt, das Bestreben, den Fünfer und das Weggli zu besitzen? Dieser Expansionsdrang hat zu einer Massenkreuzigung nicht der Grossunternehmungen geführt, sondern der vielen kleinen selbständigen Existenzen im Lande. Man darf es dem Mittelstande nicht verargen, wenn er sich in dieser Sache wehrt, wenn er die Ausgleichsteuer begrüsst, wenn auch zu sagen ist, dass sie kein gewerbliches Allheilmittel sein wird. Darüber bin ich mir vollständig klar. Vor allem wird sie nicht den Warenhausbeschluss illusorisch oder überflüssig machen. Der gewerbliche Mittelstand wird sich noch lange nicht in die Rolle einfühlen, die ihr gestern der „Soziologe" Bally zugedacht hat, nämlich in die Rolle des „letzten Postillons vom St. Gotthard", sondern der gewerbliche Mittelstand wird, um ein anderes Bild unseres verehrten Kollega Bally zu gebrauchen, sich in die Rolle der Schweizerischen Bundesbahnen versetzen und sagen, wir sind ein wichtiges Glied unserer Volkswirtschaft und wollen gegen die vernichtende Konkurrenz des Automobils wenigstens einigermassen geschützt werden, wenn es auch klar ist, dass der gewerbliche Mittelstand nicht so intensiv geschützt werden wird, wie der Schutz den privilegierten Bundesbahnen zukommt.

Nun noch einige Bemerkungen zu den Einwendungen, die in der Kommission und in der Presse gegen die Ausgleichsteuer gemacht wurden. Es ist gesagt worden, die Ausgleichsteuer sei untragbar. Ich hatte vor einiger Zeit Gelegenheit, in Kaufaufträge grosser Unternehmungen Einblick zu nehmen. Ich habe gesehen, welch hohe Provisionen da vorweg bezahlt werden an ausländische Einkaufsorganisationen. Sie betrugen 2 und mehr Prozent des Warenwertes. Hier lässt sich auch noch verschiedenes einsparen.

Man hat gesagt, die Ausgleichsteuer werde einen weitern Druck auf die Lieferanten ausüben. Ich habe, gestützt auf meine Beobachtungen, die Ueberzeugung, dass dieser Druck den Höhepunkt erreicht hat. Auch hier habe ich feststellen müssen, dass es gerade der gewerbliche Mittelstand ist, der den Lieferanten heute die Preise bezahlt, die sie haben müssen, um den Grossunternehmungen Vorzugspreise gewähren zu können.

Ich hatte die Ehre, in einem Sektor der Wirtschaft, zwischen Produzenten und Detaillisten eine Einigung herbeizuführen. Dort wurde das Verlangen ausgedrückt, dass man sowohl den Grossunternehmen wie den Kleinunternehmen des Einzelhandels die gleichen Konditionen gewähre, selbstverständlich mit gewissen Rabatten bei Mehrumsätzen. Da hat mir einer der Fabrikanten offen erklärt: Wenn wir die gleichen Preise bewilligen müssen, werden wir dem Warenhaus nicht mehr liefern können. — Damit hat er offen zugegeben, dass der kleine Detailhandel bis heute die guten Preise bezahlen musste, die dem Fabrikanten erlaubten, gegenüber den Warenhäusern, in diesem Falle auch gegenüber den Konsumvereinen, Spezialpreise zu machen. Ich kann diese Tatsache belegen. Sie zeigt Ihnen die Wichtigkeit des Problems. Auch der gewerbliche Mittelstand wird sich fragen müssen, ob er nicht einmal die Produktionskapazität dieses oder jenes Industrieunternehmens für sich in Anspruch nehmen wolle, um dann rücksichtlos die andern zu boykottieren. Die Auswirkungen einer solchen Massnahme habe ich Ihnen bereits geschildert.

Es ist gesagt worden, die Ausgleichsteuer sei untragbar. Demgegenüber stelle ich fest, dass Grossunternehmungen noch verschiedene unrentable Betriebskosten, z. B. Reklameausgaben, bezahlen. Ich will nicht auf die Prospekte und Kataloge zu sprechen kommen, die buchdick in die Haushaltung des entferntesten Bergdorfes geschickt werden, sondern frage mich nur, ob es für die Grossbetriebe rentabel ist, wenn sie mit dem Auto ein einziges Päcklein in ein Bergdorf hinauffahren.

Die Ausgleichsteuer für Grossunternehmungen ist nicht einzigartig in der Schweiz. Wir führen damit nichts neues ein. Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt vor mir, der von einem Anti-Kettenlädengesetz in den U.S.A. spricht, das nun für die ganze Union aufgestellt werden soll. In dieser Zeitungsnotiz ist folgende Mitteilung enthalten: „Bisher haben schon 22 Staaten eine besondere Steuer auf Filialen von Kettenlädenkonzernen in ihren Gebieten eingeführt. Die Steuern der verschiedenen Staaten sind sehr verschieden. Während in einzelnen Staaten nur unbedeutende Lizenzgebühren von einem oder zwei Dollar für die Eröffnung eines Ladens verlangt werden, wird in anderen der Umsatz oder der Laden unabhängig vom Umsatz mit einer jährlichen Sondersteuer belegt, die gegenwärtig im Höchstfall 550 Dollar erreicht. Das neue Gesetz (die Federal Chain Store Tax Bill) unterscheidet sich dadurch von den bestehenden Gesetzen, dass es als Bundesgesetz für das ganze Gebiet der U.S.A. gelten wird, wenn es angenommen wird. Es sieht stark prohibitive Steuern vor, die stark abgestuft sind und zu 1000 Dollar je Laden, multipliziert mit der Zahl der Staaten, in denen der Konzern arbeitet, betragen."

Ein solche Lösung wird sogar im freiheitlichen Amerika getroffen.

Ein zweiter Einwand, der gegen die Ausgleichsteuer erhoben wird, ist die Behauptung, es würden dadurch die kantonalen Steuern geschmälert. Diese Behauptung mag für die Sitz-Kantone der betreffenden Grossunternehmungen richtig sein. Sie ist aber nicht richtig für die Filial-Kantone, in denen diese Konzerne ihre Geschäftsniederlassungen haben oder nach denen die Versandgeschäfte ihre Geschäftsbetriebe betreiben. Hier haben wir tatsächlich krasse Verhältnisse. Die Sitz-Kantone nehmen heute schon den übrigen Kantonen, ich will jetzt einmal sagen den „Landkantonen", die Steuerbetreffnisse weg, die ihnen zukommen sollten. Zum Beleg dafür habe ich hier eine andere Zeitungsnotiz. Sie stammt aus dem Journal des Epiciers Suisses. Darnach werden in Delsberg von den einzelnen Grossunternehmungen folgende Steuern entrichtet: Die Migros A.G. zahlt eine Gemeindesteuer in Pruntrut und Delsberg von je ca. 540 Fr.. In Delsberg dürfte der Umsatz ca. 400 000 Fr. betragen. Man rechnet, dass ein mittelständischer Detaillist bei einem Umsatz von 40—50 000 Fr. schlecht und recht auskommen kann. Sie können sich vorstellen, wieviele Existenzen hier ihr Auskommen finden könnten. Die Steuerbehörden rechnen beim Spezierer mit einem Reinertrag von 10 % des Umsatzes, Haushaltungskosten inbegriffen. Das macht bei 400 000 Fr. Umsatz 40 000 Fr. — Ich weiss nicht, was für eine Steuer im Kanton Bern für ein Einkommen von 40 000 Fr. bezahlt werden muss; auf alle Fälle mehr als 500 Fr.

Die Merkur A.-G. bezahlt in Delsberg eine Gemeindesteuer von 45 Fr., das Kaiser-Kaffeegeschäft in Delsberg eine Gemeindesteuer von 9 Fr. und die Tuch A.-G. eine solche von 85 Fr. 50.

Ich habe mir heute vom Steuerbureau des Kantons Zug noch einige Angaben telephonieren lassen, weil Herr Bally gestern so gejammert hat über die starke Belastung, die das Grossunternehmen durch die Ausgleichsteuer treffen soll. Da Herr Bally bei uns sitzt, nenne ich gerade sein Geschäft in erster Linie, die Arola A.-G. Sie erzielt bei einem Gesamtumsatz von 11, 5 Millionen Fr. in der gesamten Schweiz einen Reingewinn von 143 000 Fr. Die Filiale der Arola in Zug hat einen Umsatz von 73 000 Fr. und versteuert einen Reingewinn von nur 919 Fr. Ihre Steuer beträgt dort 100 Fr., und zwar nur dank des Umstandes, dass wir im Kanton Zug eine spezielle Ordnung haben. Bei uns muss nämlich jedes Detailhandelsgeschäft eine Patentsteuer entrichten. Dabei wird nicht nur auf den Reinertrag, sondern auch auf den Umsatz abgestellt. Deshalb können wir von dieser Filiale eine Steuer von 100 Fr. erheben. Könnten wir nur den Reingewinn von 919 Fr. allein versteuern, so müsste die Arola bei ihrem Umsatz von 73 000 Franken, mit welchem ein mittelständischer Detaillist seine Familie gut erhalten könnte, nur ungefähr 19 Fr. Kantonssteuer bezahlen.

Ein anderes Beispiel: Die Firma Frey A.G. erzielt in der Schweiz einen Gesamtreingewinn von 187 000 Fr., bei einem Totalumsatz von 5,37 Millionen Fr. Im Kanton Zug beträgt ihr Umsatz in einem einzigen Geschäft 105,000 Fr., als Reingewinn werden dort 1498 Fr. ausgewiesen. Es wird eine Patentgebühr von 115 Fr. bezahlt. Wenn wir nicht den Umsatz berücksichtigen könnten, müsste die Firma eine Kantonssteuer von nur ca. 30 Fr. bezahlen.

Die Schuhfabrik Hug & Co., die direkt verkauft, ohne ihre Firma zu tarnen, erzielt einen Gesamtreingewinn von 131 000 Fr. Der Gesamtumsatz in der Schweiz beträgt 4,9 Millionen Fr. In Zug beträgt der Umsatz ihrer Filiale 109 000 Fr., der Reingewinn 2198 Fr. Die Patentgebühr beträgt 127 Fr.; die Kantonssteuer würde allein auf dem Reingewinn berechnet, ca. 45 Fr. betragen. Das Filialgeschäft „Merkur", das Ihnen ja auch bekannt ist, hat einen Gesamtreingewinn in der Schweiz von 123 900 Fr. bei 7,1 Millionen Fr. Umsatz. Der Umsatz der Filiale Zug beträgt 123 000 Fr. Der Reingewinn, der auf die Filiale Zug entfällt, wird mit 1000 Fr. eingestellt. Es bezahlt eine Patensteuer von 100 Fr. und müsste 22 Fr. 50 Kantonssteuer bezahlen, wenn wir nur den Reingewinn besteuern könnten, wie das andere Kantone tun. Die Tuch A.G. ist Ihnen ebenfalls bekannt. Sie hat einen Gesamtreingewinn von 303 000 Fr. bei 6,4 Millionen Fr. Umsatz. Der Umsatz der Filiale Zug beträgt 122 000 Fr., der Reingewinn, der in Zug ausgewiesen und versteuert wird, beläuft sich auf 1880 Fr., bei einer Patentsteuer von 165 Fr. Wenn wir nur den Reingewinn besteuern könnten und nicht auch den Umsatz berücksichtigen dürften, so müsste die Tuch A.G. nur ca. 38 Fr.

Kantonssteuer bezahlen und noch ebensoviel Gemeindesteuer.

Rechnen Sie nun aus, was der selbständige Mittelstand an Steuern bezahlen muss. 10 % vom Umsatz und mehr werden den Leuten von den Steuerbehörden als Reingewinn errechnet, wenn sie nicht durch Buchhaltung einen weniger grossen Reingewinn nachweisen können. Aus diesen Beispielen der Steuerleistungen der Filialgeschäfte sehen Sie doch augenscheinlich, dass wir eine Ausgleichsteuer haben müssen. Denn durch das Ansichreissen von Umsatz durch diese Grossunternehmungen werden die Landkantone in ihren Steuereinnahmen bei den mittelständischen Detaillisten geschmälert. Die Ausgleichsteuer ist nicht nur nötig zum Ausgleich zwischen Gross- und Kleinunternehmungen, sondern auch deshalb, damit nicht den Landkantonen weiter die Steuern der mittelständischen Detaillisten entzogen werden.

Ein anderer Einwand, den wir hin und wieder hören müssen, ist der, dass die Ausgleichsteuer die Rechtsgleichheit verletze. Man hat hier Rechtsgutachten en masse eingeholt. Ich möchte im Interesse der Kürze nicht weiter darauf eingehen, obwohl ich mir einige Bemerkungen dazu notiert habe. Ich glaube, im Steuerrecht gilt der Grundsatz der Rechtsgleichheit nur bedingt. In erster Linie ist die Leistungsfähigkeit das Prinzip, nach dem die Steuer erhoben werden soll.

Dann ist behauptet worden, die Ausgleichsteuer verteuere die Kosten der Lebenshaltung. Dieser Einwand steht im Gegensatz zur Behauptung der Grossunternehmungen anlässlich der Beratung des Bundesratsbeschlusses betreffend die Warenhäuser, wo behauptet worden ist, dass der Gesamtumsatz dieser Grossunternehmungen in der Schweiz nur 2—2½ % des Gesamtumsatzes betrage. Wenn also diese Behauptung damals richtig war, so wird sich diese Verteuerung nicht auswirken.

Es ist mir vor einigen Tagen ein Beispiel erwähnt worden, das zeigt, wie man weit ergiebiger für eine billigere Lebenshaltung eintreten könnte. Der Leiter einer Einkaufsgenossenschaft hat mir erklärt, dass er gegenwärtig sehr günstige Gelegenheit hätte, in Brasilien zu einem sehr billigen Preis vorzüglichen Reis einzukaufen. Man hat ihm das nicht gestattet. Er musste sich andernorts, in einem andern Lande, eindecken zu viel höheren Preisen und schlechteren Qualitäten. Das einzig deswegen, weil wir aus handelspolitischen Rücksichten, aus Rücksichten des Exportes, in diesem oder jenem Lande zu teureren Lebensmittelpreisen einkaufen müssen. Ich habe gar nichts dagegen, ich begrüsse diese Regelung im Interesse unserer Exportindustrie; aber das sind Verteuerungen der Lebenskosten, die zugunsten der Exportindustrie gemacht wurden. Man soll daher nicht bei jeder Gelegenheit kommen und sagen, jede Massnahme, die der Förderung der inländischen Wirtschaft dient (ich sage das auch im Zusammenhang mit der Frage der Milchpreiserhöhung) schädige die Industrie, schädige das Prinzip der Tiefhaltung der Lebenskosten. Man könnte sich z. B. in Rücksicht auf Herrn Bally auch fragen, ob man, um die Lebenskosten noch weiter zu verbilligen, nicht die Schutzzölle erniedrigen und die Grenzen öffnen sollte für die ausländischen Schuhprodukte. Herr Bundesrat Obrecht hat bereits schon darauf verwiesen, und ich möchte nicht mehr in die gleiche Kerbe hauen. Sie ist schon gross genug gemacht worden. Die Ausnützung der Produktionskapazität einer einzelnen Fabrik habe ich auch schon erwähnt.

Nun noch etwas zur Frage der Genossenschaften. Herr Kollege Klöti hat Ihnen beantragt, den Satz für die Genossenschaften auf ½ % herabzusetzen. Er hat gesagt, es handle sich um Selbsthilfegenossenschaften. Ich habe bei anderer Gelegenheit schon darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Ausdruck „Selbsthilfegenossenschaften" nicht am Platze ist. Er steht nun aber einmal in der Vorlage, und ich will nicht beantragen, ihn herauszunehmen. Aber er trifft nicht zu. Hier müssen wir festhalten, dass die kleinen Genossenschaften ja nicht unter die Steuer fallen. Herr Klöti hat deswegen ja boshaft Herrn Winzeler herangezogen und gesagt, es sei leicht verständlich, warum die landwirtschaftlichen Genossenschaften diesem 1 %igen Steueransatz zustimmen. Sie würden ja nicht betroffen. Betroffen werden nur die grossen Genossenschaften, die einen Umsatz von 200 000 Fr. und mehr tätigen. Das sind keine Selbsthilfegenossenschaften mehr, sondern das sind Grossgeschäfte, Erwerbsgesellschaften, wie andere Gesellschaften auch.

Ich habe hier einen Katalog. Auf der ersten Seite ist ein sehr schönes Mädchen abgebildet mit rassigen Lippen und Augen. Es handelt sich um einen Katalog des Konsumvereins Basel-Stadt, um einen Prospekt, in dem Sie alles sehen können, vom Modekleid bis zum Hosenträger, zu den Krawatten, Handtaschen, Bijouteriewaren, Skis, Rucksäcken und Bergseilen. Alles können Sie hier haben, selbstverständlich auch Schuhe, aber nicht von Herrn Bally, sondern von der Coop-Fabrik. Sogar der Weihnachtsbaum fehlt nicht in diesem Prospekt. Doch auch Liköre und Schaumweine sind darin enthalten. Das ist doch keine Selbsthilfegenossenschaft mehr, sondern das ist eine Erwerbsgesellschaft, wie jede andere auch.

Ich komme damit zum Schluss und glaube, dass die Kommissionsmehrheit den richtigen Weg gefunden hat, einen Weg, der gerecht ist und der Rücksicht nimmt auf alle Verhältnisse. Wenn ich vom rein gewerblichen Standpunkt aus sprechen müsste, müsste ich natürlich beantragen, dass diese Steueransätze in der alten ursprünglichen Fassung aufgenommen würden. Aber im Interesse des Friedens, im Interesse einer allgemeinen Zustimmung, habe ich mich schliesslich für die Annahme des Mehrheitsantrages entschieden.

Schöpfer: Ich möchte Sie nicht sehr lange hinhalten; aber ich möchte Ihnen doch sagen, dass die Frage, ob wir zur Finanzierung der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten eine Ausgleichsteuer schaffen wollen oder die Sonderstueer, die Umsatzsteuer mir ausserordentlich viel zu denken gegeben hat, dass ich lange hin und her schwankte und dass ich eigentlich unter der Schlussnahme, welchem der beiden Vorschläge ich zustimmen solle, direkt gelitten habe. Ich fragte mich, was besser ist; sollen wir diese Sonderumsatzsteuer wählen oder die Ausgleichsteuer? Auf der einen Seite sah ich alle die Gründe, welche gegen die Ausgleichsteuer sprechen. Ich erinnerte mich daran, dass wir,

als ich vor 50 Jahren noch zu Füssen meiner Hochschullehrer sass, damals in der Nationalökonomie hörten, dass zwei Steuergrundsätze insbesondere bei der Schaffung neuer Steuern massgebend seien: 1. einmal der Grundsatz der Allgemeinheit und 2. der Grundsatz der Gerechtigkeit.

Ich prüfte die Ausgleichsteuer daraufhin, ob wirklich diese beiden Grundsätze, welche jeder Fiskalsteuer — denn um eine solche handelt es sich — zugrunde liegen müssen, vorhanden seien. Ich kam dazu, dass sowohl der Grundsatz der Allgemeinheit der Steuer als der Grundsatz der Gerechtigkeit verletzt seien. Ich sagte mir, ein Kaufmann, ein Händler, der den ganz gleich hohen Umsatz hat wie ein anderer, der die haarscharf gleichen Waren verkauft wie ein anderer, der den ganz haarscharf gleich hohen Reingewinn macht wie ein anderer, wird mit einer scharfen Steuer belegt und der andere nicht, je nach der juristischen Konstruktion der Firma. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Sie ist nicht vorhanden und auch der Grundsatz der Allgemeinheit nicht. Diese Beispiele liessen sich noch vermehren.

Man spricht viel vom Umsatz. Es gibt Firmen mit sehr hohem Umsatz, die viel verdienen, solche, die wenig, gar nichts verdienen oder sogar Verluste haben. Alle diese Firmen werden unbekümmert um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit über den gleichen Leist geschlagen, d. h. sie müssen gleichviel Steuern bezahlen, sofern sie der Kategorie der Filialgeschäfte, Einheitspreisgeschäfte, Warenhäuser, Migros oder Konsumgenossenschaften angehören. Wie stimmt das mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Allgemeinheit? Da stimmt etwas nicht. Ich bin durchaus nicht mit der Auffassung einverstanden, wonach Umsatz gleichbedeutend sei mit Tüchtigkeit. Ich habe gestern, als ich den Ständerat verliess, im Vorzimmer einige Freunde wettern und dagegen sprechen hören, dass Herr Bally gestern ausgesprochen hätte, Umsatz sei gleichviel wie Tüchtigkeit. Ich persönlich habe nicht gehört, dass er das gesagt hat, aber ich will zugeben, dass seine Ausführungen so waren, dass man daraus hätte solche Schlüsse ziehen können, je mehr einer umsetze, um so tüchtiger sei er. Damit kann man nicht einverstanden sein, denn die industrielle, gewerbliche oder kaufmännische Tüchtigkeit hängt davon ab, was der Unternehmer herauswirtschaftet, wie gross seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist, und nicht vom Umsatz.

Der Soziologe Bally wurde heute aufs Korn genommen, und man hat seine Soziologie dahin darstellen wollen, als ob der Grossteil des gewerblichen Mittelstandes von der Bildfläche unseres Wirtschaftslebens verschwinden dürfte. In dieser Allgemeinheit ausgesprochen, ist diese Behauptung irrtümlich. Herr Bally will das zweifellos nicht, denn sonst könnte ich mir sein Postulat gar nicht erklären. Vergessen Sie nicht, dass er nach seinem Postulat den Bundesrat einladen will, zu prüfen und zu berichten, ob nicht mit der Betriebszählung von 1939 eine Enquete über die Verhältnisse beim Kleinhandel und beim Kleingewerbe gemacht werden könne, und ob man dann nicht gleichzeitig untersuchen könne, wo die Ursachen der Notlage des Kleinhandels seien und wie man ihnen wirksam begegnen könne. Ein solches Postulat könnte ich mir von einem Manne, der wirklich die Auffassung hätte, dass ein Grossteil des mittelständischen Gewerbes verschwinden solle, nicht erklären. Ich möchte daher Herrn Kollege Bally vor solchen Vorwürfen schützen.

Herr Ständerat Iten hat die Arola herangezogen und über die Steuerverhältnisse der Warenhäuser, Epageschäfte und Filialgeschäfte usw. gesprochen. All diese Behauptungen über die Steueransätze sagen mir nichts; denn es ist so, auch wenn Herr Bundesrat Obrecht das nicht ganz anerkannt hat, dass man bei diesen Steuern immer die Steuer am Hauptsitz der Firma und die an den Nebensitzen unterscheiden muss. Die interkantonalen Beziehungen sind noch nicht so weit gediehen, dass diese Verhältnisse endgültig geregelt sind. Der Kanton, in dem der Hauptsitz einer Firma ist, bezieht immer viel mehr Steuern als diejenigen Kantone, in denen sich die Filialen befinden. Also sind die Beispiele, die gestern Herr Schmuki und heute Herr Iten angeführt haben, nicht ausschlaggebend. Sie beweisen gar nichts. Es hat mich gefreut, dass Herr Kollege Iten anlässlich seiner Ausführungen über die Steuereinnahmen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Vordergrund gestellt hat. Ich habe mich gerade daran gestossen, dass bei der Ausgleichsteuer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht gewürdigt wird, sondern nur der Umsatz, gleichgültig, ob mit Verlust oder hohen Gewinnen gearbeitet werde. Im Grunde genommen sollte also die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gewürdigt werden. Der Umsatz an sich sagt nichts aus über den Gewinn der Unternehmung.

Nun wird unserem Kollegen Bally auch wieder der Strick gedreht daraus, dass er gesagt haben soll, je grösser der Umsatz, um so kleiner der Gewinn. In diesem Sinne hat Herr Bally nie gesprochen. Ich kann Ihnen am besten an einem Beispiel vergegenwärtigen, was er sagen wollte. Beim mittelständischen Einzelhandel und beim Kleingewerbe wird bei einem Umsatz von sagen wir 100 000 Franken vielleicht ein Gewinn von Fr. 4000 herausgewirtschaftet. Nun will Herr Bally zum Ausdruck bringen, dass der Gewinn bei zusätzlichem Umsatz kleiner wird, dass er bei 200 000 Franken Umsatz nicht etwa 8000 Franken und bei 300 000 Franken Umsatz 12 000 Franken betrage, sondern, dass der Gewinn nach und nach abnehme. Das ist verständlich. Warum nimmt der Umsatz bei den Einheitspreisgeschäften, Warenhäusern, Konsumgenossenschaften, Filialen zu? Weil sie billige Preise ansetzen, weil die Gewinnmarge etwas geringer berechnet wird als bei kleinerem Umsatz, nimmt der Umsatz zu, aber der Gewinn nimmt, relativ gesprochen, ab. Selbstverständlich wird bei einem Unternehmen mit 2—5 Millionen Franken Umsatz das Ergebnis meist grösser sein als bei einem Geschäft mit einem Umsatz von 2—300 000 Franken. Aber relativ wird der Gewinn etwas geringer sein.

Bei der Arola verhält es sich folgendermassen, das weiss ich aus Erfahrung: Die Arola ist diejenige Dachgesellschaft, die die Filialgeschäfte der Schuhfabriken in Schönenwerd in eine Gesellschaft zusammenfasst. Von diesen einzelnen Geschäften hatten die allerwenigsten je einmal eine Rendite. Sie brachten meist nur Verluste. Wenn man daher

auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit abstellt, d. h. auf die Grundsätze, nach denen alle Steuerzahler eingeschätzt werden, zahlt eben die Arola nur eine geringe Steuer.

Auf der einen Seite hatte ich all diese grossen Bedenken gegen die Ausgleichsteuer. Sie haben mich von der Zustimmung zur Ausgleichsteuer weggedrängt. Andere Gründe führten mich aber wieder zu ihr hin. Da ist der Notstand im Gewerbe und im mittelständischen Einzelhandel zu nennen. Da muss man helfen, weil der bürgerliche Staat ein eminent grosses Interesse daran hat, dass der kleine Detailhandel nicht verschwindet. Zwischen diesen Erwägungen schwankte ich hin und her, und letzten Endes ging es mir so, wie es Herrn Ständerat Klöti gegangen ist, als er sagte: „Ja, wir Sozialdemokraten stimmen letzten Endes dieser Ausgleichsteuer zu. Wenn auch nicht freudig, so stimmen wir ihr doch zu." So ist es mir gegangen, als ich nun gestern und heute alle diese Vorträge gehört habe, als ich insbesondere den Herrn Departementschef hörte, vor dessen Votum ich noch gar nicht wusste, wohin ich eigentlich gehen wolle, vor dessen Votum die Gründe gegen die Ausgleichsteuer bei mir einen grössern Eindruck gemacht haben als nachher.

Mit diesen Erwägungen, bei diesem Spiel der Kräfte kam ich letzten Endes dazu, nicht erfreuten Herzens, sondern aus der Not eine Tugend machend, dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen. Ich sagte mir aber, etwas weniges sollte man doch noch ändern in diesem Vorschlage, und von diesem Gesichtspunkte aus habe ich Ihnen einen Antrag gestellt.

Sie sehen, wenn Sie den Vorschlag, der gedruckt vor Ihnen liegt, zur Hand nehmen, dass es in Ziffer 3 auf Seite 3 der Vorlage unter II heisst:

„Die Ausführungsbestimmungen für diese Steuer können für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen vorsehen."

Da beantrage ich Ihnen, eine Einschaltung zu machen und zu sagen: „Die Ausführungsbestimmungen haben während der drei ersten Steuerjahre für eine staffelweise Einführung der Ausgleichsteuer zu sorgen; überdies können sie für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen vorsehen." Ich beantrage Ihnen also, eine Uebergangslösung zu schaffen und während der ersten drei Jahre die Steuer nicht vollständig und ganz wirken zu lassen. Ich dachte mir, im ersten Jahr nach dem Beschlusse das erste Drittel, im zweiten Jahr nach dem Beschluss das zweite Drittel der Steuer und im dritten Jahr das dritte Drittel zu erheben. Es geht also nicht 4 Jahre, sondern im dritten Jahre des Bezuges käme dann die ganze Steuer. Nun erklärt die Steuerverwaltung, nachdem sie die Sache dank des Entgegenkommens von Herrn Bundesrat Obrecht untersucht hat, dass bei einer staffelweisen Einführung auf die Dauer von drei Jahren es ein Jahr länger gehen würde. Um 120 Millionen Franken zu decken, bedarf es, wenn sofort die ganze Steuer wirksam würde, eines Zeitraumes von 10 Jahren, und um 135 Millionen zu decken, müsste während 11 Jahren die Ausgleichsteuer bezogen werden, wenn vom ersten Jahre an gleich der ganze Betrag bei den verschiedenen betroffenen Kategorien von Geschäften bezogen wird. Wenn man nach meinem Antrage vorgeht und den betroffenen Steuerzahlern eine „Angewöhnungsperiode", eine Uebergangsperiode in drei Etappen einräumt (im ersten Jahr das erste Drittel, im zweiten Jahr das zweite Drittel und im dritten Jahr das dritte Drittel), so braucht es zur Tilgung der 120 Millionen Franken 11 Jahre statt 10 Jahre, und zur Tilgung von 135 Millionen Franken braucht es statt 11 Jahre 12½ Jahre Das ist nun eine Erstreckung der Steuerperiode, die direkt unwesentlich ist und nicht in Betracht fallen sollte.

Ich möchte Ihnen diese Lösung warm empfehlen, und ich danke dem Herrn Bundesrat, dass er wenigstens ein gewisses Entgegenkommen gezeigt hat, wenn er auch eine etwas andere Formulierung wünscht. Herr Bundesrat Obrecht wünscht eine andere Formulierung, indem er sagt, dass die Ausführungsbestimmungen eine solche Uebergangsperiode schaffen können, währenddem ich in meiner Formulierung sage, die Uebergangsbestimmungen hätten (Imperativ) eine solche Uebergangsperiode zu schaffen. Letzten Endes ist das eine Sache des Vertrauens. Wenn Sie das Vertrauen in die Steuerverwaltung haben, so schreiben Sie das Wort „können" und wenn Sie das nötige Vertrauen in die Steuerverwaltung nicht aufbringen, dass die Uebergangsperiode geschaffen wird, dann setzen Sie lieber das Wort „hätten". Bei aller Hochachtung für die Steuerverwaltung, so habe ich nach Erfahrungen, die ich mit ihr gemacht habe, doch kein übermässiges Vertrauen in sie, und ich glaube, dass, wenn man ihr die Möglichkeit lässt, so oder anders zu handeln, dass sie sagen würde: „Wir nehmen gleich vom ersten Jahr an den ganzen Betrag. Dann ist die Sache in 10 Jahren fertig." Ich möchte eher empfehlen zu sagen: „Sie haben für eine staffelweise Einführung der Ausgleichsteuer zu sorgen." Ich wäre letzten Endes aber auch nicht unglücklich, wenn es anders gemacht würde. Man wird den Antrag in einer Eventualabstimmung vorher bereinigen müssen. Ich halte also an der Formulierung meines Antrages vorläufig fest und möchte Ihnen empfehlen, demselben zuzustimmen.

Sie haben im Laufe der gestrigen und heutigen Debatte gehört, dass der Ausgleichsteuer doch eine ganz erhebliche Gegnerschaft gegenübersteht. Wir wissen, dass schon bis anhin die Gegnerschaft der Ausgleichsteuer ausserordentlich geschickt und produktiv gearbeitet hat. Man hat ja ein ganzes Meer von Zuschriften und Broschüren und Gutachten aller Art bekommen, damit man sich überzeuge, dass die Ausgleichsteuer verworfen werden sollte. Das wird in der Volksabstimmung auf jeden Fall noch stärker zum Ausdruck kommen. Ich glaube daher, dass mit einer allmählichen Einführung der Ausgleichsteuer dieser das allergrösste Gift weggenommen und dass der härteste Stachel in der Ausgleichsteuer abgebrochen würde, wenn man eine Uebergangsperiode von 3 Jahren schafft. Sie müssen doch auch berücksichtigen, dass die Verkaufspreise nicht plötzlich um 2,5 % oder bei den Einheitspreisgeschäften sogar um 3 oder 3¾ % erhöht werden können.

Weil wir doch gerade bei dieser Erhöhung oder Ueberwälzung sind, doch noch zwei Sätze darüber: Ich habe einige Zweifel, ob eine Ueberwälzung dieser Steuer auf den Konsumenten stattfinden

könne. Letzten Endes wird auf irgend eine Weise wahrscheinlich doch der Konsument die Sache bezahlen müssen. Das glaube ich nach all den Erfahrungen, die man macht. Aber ich habe mir vorstellen wollen, wie die Ueberwälzung gehen soll. Da komme ich mit meinen Gedanken nicht nach. Stellen Sie sich vor, die Einheitspreisgeschäfte mit 3¾% Steuern wollen ihre Steuer auf den Konsumenten abwälzen. Sie müssen also die von ihnen gekauften Artikel im Preise erhöhen. Ja, dann geht ihnen einfach niemand mehr in den Laden, weil die Leute die gleichen Artikel bei den Warenhäusern ja billiger bekommen, die ja nicht 3¾, sondern nur 2,5 % Steuern bezahlen müssen. Also kann die Epa schon aus diesem Grunde nicht erhöhen. — Und die Warenhäuser, können diese ihre Steuer von 2,5 % auf den Konsumenten abladen? Nein, sie können es nicht. Wenn sie die Steuer auf den Konsumenten überwälzen wollen, müssen sie den Preis der Ware erhöhen. Dann wird man nicht mehr in das Warenhaus gehen, man geht in die Konsumgenossenschaft. Diese braucht nicht zu erhöhen, bei ihr kauft man dann billiger, sobald das Warenhaus die Preise erhöht. Also kann ich mir eigentlich gar nicht vorstellen, wie diese Abwälzung stattfinden soll. Ich denke mir nun, die Einheitspreisgeschäfte, die Warenhäuser, die Migros und auch die Konsumgenossenschaften und Filialgeschäfte hätten sich auch gesagt: „Ja, so rasch geht das nicht, dass man die Steuer abwälzen kann auf den Konsum, indem man die Preise einfach erhöht." Es wird so kommen, dass alle diese durch die Steuer Betroffenen eingehende Untersuchungen anstellen müssen. Sie werden Untersuchungen anstellen müssen über die Qualität der Ware und über die Sortimente ihrer Waren, dann auch über die Preislage ihrer Waren. Sie werden mit ihren Lieferanten in Verhandlungen treten müssen über die Qualität der Waren, über den Preis der Ware. Und wenn man nun berücksichtigt, wie ausserordentlich schwierig und delikat das Gebiet der Festsetzung der Gewinnmarge für einen Kaufmann ist, so muss man schon sagen, dass man diesen Leuten für alle diese Massnahmen eine gewisse Zeit lassen muss. Die sukzessive und allmähliche Anpassung an die Steuer kann, so glaube ich, dem gewerblichen Mittelstand nicht schaden, sondern ihm nur nützen, und zwar deshalb, weil der drohende und rücksichtslose Kampf der Warenhäuser, der ganz sicher kommen muss, nicht so leidenschaftlich und so giftig wird, wenn eine Uebergangsperiode von drei Jahren geschaffen wird, wie wenn plötzlich, blitzartig, überfallartig diese Steuer kommt. Wenn diese Steuer nun plötzlich geschaffen wird, dann werden sich die von ihr Betroffenen wehren müssen, sie wollen diese Katastrophe fernhalten, und dann wird wahrscheinlich das kommen, wovon Herr Bundesrat Obrecht heute und Herr Iwan Bally gestern gesprochen haben, dass man mit aller Gewalt und mit allen Mitteln den Umsatz zu erhöhen sucht und dadurch den Mittelstand und die mittelständischen Gewerbe und Läden noch mehr schädigt, als dies schon bis anhin der Fall war. Das kann man vermeiden — ich will nicht sagen beseitigen, aber doch mildern — durch die Schaffung einer Uebergangsperiode, und von dem Gesichtspunkt aus glaube ich, dass der Antrag, den ich Ihnen stelle, im Interesse aller sei und angenommen werden sollte.

Präsident: Bei dem jetzigen Stand der Beratung ist eine Nachmittagssitzung unerlässlich notwendig. Wir müssen unter allen Umständen dieses Geschäft fertig erledigen, damit die nationalrätliche Kommission wenn immer möglich sich damit noch beschäftigen kann, weil die Differenzen nun sehr gross geworden sind.

Hefti: Es war für uns interessant, die divergierenden Ansichten der drei grössten Solothurner Staats- und Wirtschaftsmänner anzuhören. Wir werden wohl oder übel den Ausführungen eines dieser Staatsmänner folgen müssen. Ich hüte mich, über die Ausführungen von Herrn Bally herzufallen. Sie waren wertvoll und dienten zur Abklärung, obschon ich dieselben nicht unterstütze. Ich unterstütze die Ausführungen meines Freundes, Direktor Küng, den Herr Bally öfters zitiert hat, auch nicht, sondern stehe im Gegensatz zu dessen Ansicht. Ich finde, die Ausgleichsteuer sei ein glücklicher Ausweg im Zusammenhang mit der ganzen Vorlage. Es liegt mir hauptsächlich daran, möglichst viele Stimmberechtigte für die Vorlage zu gewinnen. Es handelt sich nicht allein um die Ausgleichsteuer, sondern damit im Zusammenhang um die Arbeitsbeschaffung. Beide müssen einander decken und dazu helfen, unsere stimmfähigen Bürger zur Annahme der Vorlage zu bewegen.

Ich hätte vielleicht das Wort nicht verlangt, aber Herr Kollega Iten hat am Schluss seiner Ausführungen noch den Selbsthilfegenossenschaften einen kleinen Hieb verabreicht, und das zwingt mich zu einer Aeusserung. Herr Kollege Klöti hat erklärt, er wisse, dass im Ständerat sein Minderheitsantrag nicht durchdringe, trotzdem erhalte er ihn aufrecht. Sie sind vielleicht etwas erstaunt, dass ich seinem Antrag zustimme, und zwar aus folgender Begründung: Es ist mir in der Diskussion im Nationalrat aufgefallen, dass sich in der Hauptsache nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion dagegen wehrten, dass die Ausgleichsteuer auch die Selbsthilfegenossenschaften betreffen soll, obgleich wir es hier nicht mit einem sozialistischen Problem, sondern mit einer wirtschaftlichen Frage zu tun haben. Ich will damit sagen, dass die Angelegenheit nicht auf das politische Geleise geschoben werden sollte; denn die Hälfte der Mitglieder der Vereinigungen, die den Genossenschaften oder dem Verband Schweizerischer Konsumvereine angehören, entstammen bürgerlichen Kreisen, und die Tradition dieser Vereine, insbesondere auf dem Lande, bestätigt dies. Die Konsumvereine in unserem Kanton wurden z. B. von den Industriellen angelegt, von diesen sogar finanziell fundiert, und die Mitglieder der Selbsthilfegenossenschaften rekrutieren sich in unserem Kanton aus allen Ständen der Bevölkerung, ja selbst Gewerbetreibende gehören den Konsumgenossenschaften an.

Aus der Ueberlegung heraus, dass die Genossenschaften ein Interesse am Zustandekommen der Arbeitsbeschaffungsvorlage haben, stimme ich dem Grundsatz zu, dass sie einen bescheidenen Ansatz in der vom Nationalrat beschlossenen Höhe über-

nehmen müssen. Aber der Ständerat sollte die Situation bei den Genossenschaften nicht verschlechtern. Herr Klöti hat darauf hingewiesen, dass der Bundesrat in seiner Botschaft vom Juni 1938 die Genossenschaften mit der Ausgleichsteuer nicht belasten wollte. Der Bundesrat erkannte für sie die Notwendigkeit einer Vorzugsstellung und schrieb darüber, sie rechtfertige sich aus der besonderen wirtschaftlichen Zielsetzung, durch den Verzicht auf Unternehmergewinn; denn die in diesen Geschäften erzielten Ueberschüsse kommen nicht dem Geschäftsinhaber, einer privaten Person, sondern den Konsumenten zugute. Die Genossenschaften entstanden, damit der Verbraucher seinen Bedarf möglichst billig decken kann. Die Konsumvereine waren in den letzten Jahren sehr gute Preisregulierer. Sie spielten dabei keine verheerende Rolle; verheerend wirkten ihre Preise höchstens für einen Ueberprofit. Bei den Preisen der Genossenschaften konnten die Händler noch wohl existieren. Erst als die grossen Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte entstanden, wurde die Konkurrenz schärfer, nicht zuletzt auch durch die Vermehrung der Läden durch die Händler selber.

Die Warenhäuser sichern sich im Einkauf dadurch einen Vorteil, dass sie ihn auf wenige Produktionsbetriebe beschränken. Der Verband Schweizerischer Konsumvereine muss aber im ganzen Lande herum kaufen. Er hat die Landwirtschaft, ebenso die Industrie in allen Kantonen zu berücksichtigen, denn die lokalen Vereine verlangen, dass auf ihr Gebiet im Einkauf Rücksicht genommen werde.

Herr Klöti hat auch auf die sozialen Leistungen des Personals hingewiesen. Ich will nicht wiederholen, was er gesagt hat. Vergleichen Sie die Prämien, die die Genossenschaften für soziale Leistungen, Alters- und Invalidenversicherung, Krankenpflege, Lohn während des Militärdienstes usw. bezahlen, mit den Leistungen anderer Betriebe!

Ich war jüngst zum erstenmal in einem Epageschäft und habe dort die Kenntnisse der Verkäuferinnen etwas studiert. Jene Verkäuferinnen brauchen allerdings nicht in eine Verkäuferinnenschule zu gehen. Sie stehen hinter einem Ladentisch, verkaufen ein halbes Dutzend Artikel zu 50 Rappen, 1 Franken oder 2 Franken; Kenntnisse braucht es dabei keine. Vergleichen Sie damit die Kenntnisse, die einer Vekäuferin in einer grossen Selbsthilfegenossenschaft haben muss!

Zwischen Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Genossenschaften besteht ein grosser Unterschied. Bei jenen wird die Ausgleichsteuer, die wir beschliessen müssen, aus dem Umsatz bezahlt, bei den Konsumvereinen dagegen muss der Betrag den einzelnen Mitgliedern weggenommen werden. Wenn eine Familie für 1000 oder 2000 Franken Waren bezieht, wird sie durch die Ausgleichsteuer belastet, indem die Rückvergütung Fr. 10, resp. Fr. 20 kleiner sein wird. Also bezahlt der kleine Mann die Ausgleichsteuer. Sie darf darum nicht zu hoch sein.

Von den Gegnern in der Presse, die Herr Kollege Schöpfer erwähnt hat und die sich sehr rege betätigen, ist auf die Verletzung der Rechtsgleichheit hingewiesen worden. — Sind denn die Selbsthilfegenossenschaften das Gleiche wie die Warenhäuser? Der Beweis hiefür ist noch nie erbracht worden. Wollen die Genossenschaften an einem Dritten etwas verdienen? Es ist vom Präsidenten der Kommission richtig gesagt worden, dass die Genossenschaften eine Ausnahmestellung verdienen; schon im neuen Obligationen-Recht sei dieser Unterschied gekennzeichnet, neben den Handelsgesellschaften seien sie als besondere Organisation anerkannt. Das muss auch bei der Ausgleichsteuer gewürdigt werden.

Wir stehen heute vor einer ähnlichen Situation wie bei den Warenhausbeschlüssen, auf die Herr Bundesrat Obrecht hingewiesen hat. Damals wollte der Motionär, Herr Kollege Amstalden, den Beschluss nicht auf die Genossenschaften ausdehnen, im Rate wurde er aber doch durchgesetzt. Der Erfolg war der, dass einige Jahre später der Beschluss über die Genossenschafter wieder extra geregelt werden musste.

Ich nenne die Arbeitsbeschaffungsvorlage in Verbindung mit der Landesverteidigung und der Ausgleichsteuer eine nationale Tat. Aber man darf dabei von den Selbsthilfegenossenschaften nur ein Opfer verlangen, das ihre Mitglieder ohne Not abgeben können. Ich betone, ohne Not; denn von diesen Genossenschaften beziehen heute schon viele Arbeitslose und Teilarbeitslose ihre Lebensmittel; denen wird es doppelt schwer fallen, eine Abgabe zu leisten. Es ist zu erwarten, das werden wir erleben, dass die vorgeschlagene Ausgleichsteuer, auch wenn wir sie durch eine Staffelung allmählich einführen wollen, wie es Herr Kollege Schöpfer vorschlägt, aus den Kreisen der Gegner (Warenhäuser, Epa usw.) trotzdem schwer bekämpft werden wird, weil die Betroffenen diese Last nicht gerne auf sich nehmen. Ferner ist zu erwarten, dass sie als Grossinserenten und einflussreiche Benützer der Tagespresse, die sie bis heute schon sehr stark benützt haben, diese vor der Abstimmung noch viel stärker benützen werden. Darum ist es angezeigt, dass die Gegner nicht noch von Seite der Selbsthilfegenossenschaften Zuzug finden und dadurch die Vorlage gefährden. Wenn zu den grundsätzlichen Gegnern noch die Stimmberechtigten von mehreren hunterttausend Schweizerfamilien, die den Genossenschaften angeschlossen sind, kämen, könnte es einem um das Schicksal der Vorlage bange werden. Als Freund der Vorlage, dem daran gelegen ist, dass auch der Stand Glarus zu den annehmenden gehöre, dass auch die Mitglieder der Selbsthilfegenossenschaften, die in seinem Kanton stark verbreitet sind, zustimmen können, bitte ich Sie, den Bogen nicht zu überspannen und dem Beschluss des Nationalrates, der übrigens glaube ich nicht so schnell nachgibt, denn er wurde mit 80:40 Stimmen gefasst, zuzustimmen und damit auch den Minderheitsantrag von Herrn Kollege Dr. Klöti anzunehmen.

M. **Malche:** Je ne veux discuter qu'un point de détail en ce qui concerne le chiffre 3: c'est la dernière phrase du n° II, ainsi conçue: «Les dispositions d'exécution pourront prévoir des allégements pour certaines sortes de marchandises où règnent des conditions particulières.»

Tout à l'heure, notre collègue M. Schöpfer a parlé également de cette phrase, où il a introduit

une modification qui précède le sujet qui me préoccupe.

Cette modification, proposée par M. Schöpfer, m'agrée. J'y souscrirai bien volontiers. Mais elle ne porte pas sur le texte qui suit et qui me paraît mériter d'être examiné de plus près.

Quelle est l'origine de cette disposition placée à la fin du chiffre II?

On est surpris de constater que rien de pareil n'existait sous le chiffre III du projet du Conseil fédéral. C'est la commission du Conseil national qui a trouvé utile d'introduire là des dispositions nouvelles assez compliquées qui, visiblement, tendaient à protéger certaines entreprises. On disait notamment que «le chiffre d'affaires résultant de la vente de certaines sortes de marchandises où règnent des conditions particulières», etc., ou «des substances analogues» ne sera pas pris en considération. En outre, disait-on, «les entreprises dont la Confédération gêne la production par des mesures de politique commerciale ou de prescriptions sur les prix seront exemptes d'impôts». Il est donc clair que l'on a cherché, au Conseil national, à laisser de côté un certain nombre d'entreprises et à ne pas les soumettre à l'impôt compensatoire. On a reconnu qu'il y avait à cela des difficultés et j'ai sous les yeux, datées du 16 janvier, des observations de l'administration fédérale des contributions, conformes à l'opinion première du Conseil fédéral, qui disent en substance ceci:

«Bien que nous estimions que des exceptions doivent être accordées là où elles se justifient, nous considérons comme irrationnelle la décision du Conseil national modifiant l'alinéa 3. Avant de créer des privilèges pour certains marchands, il faut procéder à des enquêtes approfondies sur les conditions régnant dans le commerce de ces objets. L'occasion ne s'en présentera que lors de la préparation des dispositions d'exécution. On constatera probablement alors qu'il n'est pas admissible de se servir ainsi des dispositions générales, etc.»

Mais l'administration fédérale des finances ajoute:

«Il est possible qu'une faveur au profit du commerce d'œufs indigènes, de pommes de terre ou de légumes indigènes soit indiquée; mais il n'est absolument pas encore certain que les conditions d'une libération d'impôt soient remplies aussi pour le vin et l'eau-de-vie, notamment pour ceux qui proviennent de l'étranger, pour la viande, etc., bien qu'il s'agisse là de produits agricoles».

Enfin cette même administration ajoute:

«Les membres du Conseil qui ont présenté des propositions... pensaient à des catégories de marchandises très spéciales; celui d'entre eux qui proposa l'adjonction du dernier membre de phrase concernant certaines mesures de politique commerciale et les prescriptions sur les pr x, pensait à une certaine entreprise particulière, Bell A.G., dont on étudie déjà la situation eu égard à la future imposition.»

Nous constatons ainsi, d'après les observations mêmes de l'administration des contributions, qu'il s'agissait bien d'exonérer un certain nombre d'entreprises et même une entreprise que l'on nomme, contre laquelle je n'ai aucune espèce de prévention, au contraire, car elle participe, comme toutes les autres, au bien-être économique de notre pays, ce dont il convient de se féliciter. Mais enfin, je constate qu'on mentionne là un cas tout à fait particulier, qui est cité nommément, ce qui paraît surprenant si l'on songe au fait que nous étudions maintenant des dispositions d'ordre constitutionnel. C'est pour éviter des précisions trop apparentes qu'on s'est replié sur la rédaction actuelle, adoptée en dernier ressort par la majorité de la commission du Conseil des Etats.

Je dois vous avouer que cette rédaction est pour moi incompréhensible, tant dans le texte allemand que dans le texte français. Quelles sont ces «marchandises où règnent des conditions particulières»? Ne cherchons pas de chicane grammaticale... Mais que signifie cette formule: «des conditions particulières qui règnent sur des marchandises»? Bien habile celui qui résoudra cette énigme. S'il faut essayer d'interpréter, nous constatons que toutes les marchandises sont liées à des conditions particulières. C'est la nature même des entreprises commerciales ou industrielles que d'avoir trouvé des conditions particulières dans lesquelles elles s'exercent. Mais on nous dit que certaines sortes de marchandises pourront bénéficier de ces allégements. Ce mot «certaines» dans un texte constitutionnel, ... j'ose dire que rien n'est plus incertain!

Enfin, que sont des allégements pour des marchandises? Qu'on nous parle de maisons de commerce, de négociants, d'industriels; mais qu'on le dise! On ne l'a pas dit, et nous comprenons bien pourquoi; c'est qu'on se trouve dans un très grand embarras.

Ce texte est entortillé; il est obscur; on pourra en tirer tout ce que l'on voudra; il permet les mesures les plus arbitraires et, hélas! nous constatons, nous avons déjà constaté que c'est la porte ouverte à toutes les pressions, à toutes les exceptions, à tous les intérêts. Les intérêts se sont déjà manifestés; on négocie le vote de tel ou tel groupement selon qu'il sera exonéré ou non. Et, pour ma part, il me sera peut-être permis de le dire au nom de bien d'autres qui le pensent, j'estime que ces marchandages des intéressés ne font pas beaucoup d'honneur, ni à notre Conseil, ni à notre pays.

On a donc remplacé l'énumération du second projet où il y avait les fameuses «substances analogues», que personne n'a jamais pu définir. Ce remplacement a été consenti à cause des ambiguités et des exceptions choquantes qui se trouvaient dans ce texte.

Mais si l'on a remplacé le texte, on n'a pas supprimé le fait; et il subsiste dans la rédaction actuelle tant de vague que rien n'est amélioré par rapport à la première rédaction

Vous constaterez que, dans la première phrase de ce chiffre II, on dit: «L'impôt est progressif et se détermine sur le chiffre d'affaires au détail, compte tenu du genre d'établissement.» Il est vrai que dans les propositions de la minorité de M. Bally, ce «compte tenu du genre d'établissement» tombe. Si cette proposition de la minorité devait être acceptée par ce Conseil, ce que je dis là resterait naturellement sans effet. Mais à vue de nez, on peut penser que c'est le texte de la minorité qui, sur ce point, subsistera. Et alors, j'attire votre attention sur le fait que le texte de l'article offre déjà une manière de transformer les dispo-

sitions d'exécution selon la situation de certains genres d'affaires, puisqu'on dit «compte tenu du genre de l'établissement». J'estime, pour ma part, que cette mention est largement suffisante pour tenir compte des conditions particulières de certains groupes d'affaires; mais j'insiste sur le fait qu'il doit s'agir de la nature de ces affaires, de groupes entiers, et qu'il serait indigne de la Constitution fédérale d'y inscrire un texte laissé obscur uniquement pour pouvoir favoriser telles ou telles entreprises, dont les noms sont sur toutes les lèvres.

C'est en raison de ces scrupules que je vous propose la suppression de toute cette dernière phrase du paragraphe II du chiffre 3 ainsi conçu: «Les dispositions d'exécution pourront prévoir des allégements pour certaines sortes de marchandises où règnent des conditions particulières.»

La suppression de cette phrase libérera cet article d'une équivoque fâcheuse.

Bundesrat **Obrecht:** Der Antrag von Herrn Ständerat Malche wäre mir persönlich sympathisch, und zwar deshalb, weil ich auch voraussehe, dass bei der Anwendung dieser Bestimmung ein Wettlauf einsetzen wird, und zwar wird sich dieser Wettlauf primär gegen den Bundesrat und sekundär gegen das Parlament richten, denn die Ausführungsbestimmungen werden vom Parlament erlassen werden. Sie (Ständerat und Nationalrat) haben es in der Hand, zu sagen, welche Waren Sie dann in den Ausführungsbestimmungen ausnehmen wollen. Da werden natürlich Begehren nicht ausbleiben. Sie werden in grösserer Zahl eingehen, als es uns angenehm sein kann. Jedenfalls sage ich gegenüber Herrn Ständerat Malche, es ist nicht die Meinung gewesen, dass man einzelne Firmen ausnehmen wolle, sondern einzelne Waren. Aber wenn Sie z. B. die Milch grundsätzlich ausschliessen, so hat das zur Folge, dass alle Detailverkäufer von Milch eigentlich für die Steuer nicht mehr in Betracht kämen, weil sie nichts anderes verkaufen als Milch. Aber gerade die Milch stand hier im Vordergrund, mit der Begründung, es sei etwas Widersinniges, den Milchpreis mit Millionen des Bundes stützen zu müssen und auf der andern Seite den Milchverkauf wieder mit einer Steuer zu belasten. Das war eines der Hauptmotive.

Was die Bell A. G. anbetrifft, so müsste man schon Fleisch grundsätzlich als eine Warengattung bezeichnen, die nicht unter die Steuer fällt. An so etwas ist nicht gedacht. Aber der Wortlaut des Nationalrates, der viel weiter gegangen ist als der Wortlaut Ihrer Kommission, hatte offenbar im Auge, für die Bell A. G. besondere Entlastungen einzuführen, weil das eine Firma ist, deren Produktionsfreiheit durch handelspolitische Massnahmen eingeschränkt wird. Wenn wir kein Schlachtvieh über die Grenze hereinlassen, so ist der Vorteil der Bell A. G. als Grossunternehmen sehr weitgehend in Frage gestellt. Aber das machte Ihre Kommission nicht. Sie hat sich auf die einfache Möglichkeit beschränkt, dass man in den Ausführungsbestimmungen eventuell Warengattungen bezeichnen kann, die nicht unter die Ausgleichsteuer fallen. Das will man tun mit dem Worte „können". Hier möchte ich gerade auf den Antrag von Herrn Ständerat Schöpfer zu sprechen kommen. Er hat vorhin gesagt, wenn man mit Bezug auf die Einführung von Etappen von „Können" spreche, so habe die Steuerverwaltung freie Hand. Das ist ein Irrtum. Es wird Sache der Ausführungsvorschriften sein, zu bestimmen, wie weit die etappenweise Einführung Platz greifen soll. Diese Ausführungsbestimmungen werden indessen nicht von der Steuerverwaltung erlassen, sondern auf Vorschlag des Bundesrates vom Parlament. Sie haben also hier das letzte Wort, und wenn es eine Vertrauensfrage sein soll, so müssen Sie nur Vertrauen zu sich selber haben. Dann werden Sie das Wort „Können" ohne weiteres akzeptieren dürfen. Ich möchte Ihnen empfehlen, dem weitgehende Abschwächungen enthaltenden Antrag Ihrer Kommission beizupflichten. Wir haben damit Aussicht, diese Differenz dann erledigen zu können. Wenn wir aber jetzt, nach Antrag Malche, eine totale Streichung vornehmen, so bekommen wir eine sehr hartnäckige Differenz. Das erschwert uns die Sache, während wir mit dem Antrag Ihrer Kommission ja noch nichts festlegen. Wir schaffen damit die Möglichkeit für das Parlament, eventuell Waren auszunehmen, oder, nach Antrag Schöpfer, die etappenweise Einführung vorzusehen.

Da möchte ich noch gleich mein Verhältnis zum Antrag Schöpfer klarlegen. Ich habe keinen selbständigen Antrag gestellt in bezug auf die etappenweise Einführung, und ich möchte keinen stellen. Ich habe nur gesagt, wenn sich Herr Schöpfer auf das „Können" versteht und wenn er sich mit einer Einführung in zwei Etappen statt in drei einverstanden erklärt, ich dann seinem Antrag zustimmen könne. Jedenfalls werde ich keine Opposition machen. Wenn er auf drei Etappen beharrt, kann ich die Zustimmung nicht geben, weil ich unter allen Umständen eine weitere Verlängerung der Erhebungsperiode vermeiden möchte. Hierauf legt auch die nationalrätliche Kommission Gewicht. Wenn also eine Verständigung hier in bezug auf die etappenweise Einführung platzgreifen soll, so müsste Herr Schöpfer das Wort „Können" akzeptieren. Wenn er das tut, so vermag ich seinen Antrag anzunehmen, im andern Fall müsste ich ihn ablehnen.

Schöpfer: Ich muss die Anregung des Herrn Malche, den ganzen Schlusspassus von lit. II, Ziffer 3, zu streichen, ablehnen. Es wäre nicht gut, wenn man alles streichen würde. Wir würden eine grosse Differenz bekommen mit dem Nationalrat. Wir könnten einzelne Artikel, die man zwangsläufig ausnehmen muss, wie z. B. die Milch, doch nicht aufnehmen; sonst hätten wir wieder eine grosse Debatte. Lassen Sie bitte diesen Schlusssatz stehen. Wir haben es immer noch in der Hand, später über diesen Artikel noch zu sprechen.

Ich muss die Belehrung, die mir Herr Bundesrat Obrecht hat zukommen lassen, akzeptieren. Sie ist richtig. Ich habe vorhin erklärt, ich wünsche eine imperative Form bei der Uebergangsperiode und nicht eine fakultative. Eine imperative deshalb, weil ich glaubte, die Steuerverwaltung habe die Sache in der Hand. Herr Bundesrat Obrecht

belehrt mich, dass nicht die Steuerverwaltung, sondern das Parlament es in der Hand hat, weil das Parlament die Ausführungsbestimmungen macht und die Frage der sukzessiven Einführung der Ausgleichsteuer eine Sache der Ausführungsbestimmungen ist. Ich kann mich also mit der Anregung von Herrn Bundesrat Obrecht befreunden und ändere meinen Antrag dahin ab, dass es heisst:

„Die Ausführungsbestimmungen können (statt haben) während der drei ersten Steuerjahre für eine staffelweise Einführung sorgen."

Dann wünscht das Departement noch eine weitere Abänderung und droht, es wolle den Antrag stellen, die Anregung der Uebergangsjahre abzulehnen, wenn der Sprechende seinen Antrag nicht im Sinne der wohlgemeinten Anregungen von Herrn Bundesrat Obrecht abändere. Ich möchte es nach meinen Erfahrungen doch nicht auf einen Kampf mit dem Departement und nachher noch mit dem Nationalrat ankommen lassen. Ich ziehe es vor, einen Spatz in der Hand zu haben statt eine Taube auf dem Dache, und ich glaube, auch die mittelständischen Gewerbe können sich damit einverstanden erklären und auch die betroffenen Steuerzahler, die Einheitspreigeschäfte, die Warenhäuser, die Migros, die Filialgeschäfte usw. Dass dies der Fall ist, entnehme ich daraus, weil vor keinen 5 Minuten Herr Kollege Bally gesagt hat, er wäre mit 2 Jahren einverstanden. Wenn die Betroffenen selbst eine Uebergangszeit von 2 Jahren als genügend erachten, desto besser. Ich kann also auch der zweiten Anregung von Herrn Bundesrat Obrecht beipflichten und den Antrag auch bezüglich der Jahre abändern, sodass es heissen würde: „... während der ersten zwei Steuerjahre" (statt während der ersten 3 Steuerjahre). In diesem Sinne ändere ich meinen Antrag ab.

Bally, Berichterstatter der I. Minderheit: Es ist hier eine „Bernerplatte" mit lauter schmackhaften Sachen zum Vorschein gekommen, so dass es mir unmöglich sein wird, vor dem Mittagessen noch über sie alle zu sprechen. Ich müsste mich entschuldigen, wenn ich etwas lang werden würde, weil ich keine Zeit hatte, mich vorzubereiten.

Ich habe insbesondere noch über folgende Punkte zu sprechen: Einmal über die Vorwürfe, die meiner Firma und mir gemacht worden sind und die letzten Endes darauf hinausgehen, wir seien gegen den Kleinhandel und gegen das Gewerbe eingestellt. Alsdann muss ich als „Verherrlicher des Rationalismus", wie das Herr Bundesrat Obrecht gesagt hat, doch noch einige Ausführungen darüber machen, wieweit die Rationalisierung eigentlich gehen soll. Endlich muss ich noch einige Worte verlieren über die Steuerfrage, nicht über die Ausgleichsteuerfrage, sondern über die direkten Steuern, welche die Grossunternehmungen bezahlen, denn es wurden an die Adresse der Grossunternehmungen heute allerlei Vorwürfe gemacht. Ich möchte Sie bitten, mir zu gestatten, diese Ausführungen zuerst etwas zu überlegen und sie Ihnen dann heute nachmittag — wir werden sowieso eine Nachmittagssitzung haben — in möglichster Kürze dazulegen.

Ich möchte betonen, dass ich nicht die Absicht habe, neue Anträge zu stellen, auch nicht neuerdings das Thema Ausgleichsteuer anzuschneiden. Darüber ist genügend gesprochen worden. Damit aber die Verhandlungen heute morgen zu einem gewissen Abschluss gebracht werden können, möchte ich nur noch ein Wort zum Vorschlag meines verehrten Kollegen Dr. Schöpfer sagen, der die graduelle Anpassung der Steuer anregt. Ich bin davon überzeugt, dass die graduelle Anpassung im Prinzip eine Linderung des Wirtschaftskampfes brächte, auf den ich in meinem gestrigen Votum hingewiesen habe. Diese Anpassung wird sich für den Kleinhandel günstiger auswirken, als ich es gestern schilderte, und die Ausgleichsteuer wird dadurch dem Kleinhandel weniger schaden; die graduelle Anpassung wird ihm unter allen Umständen nützlich sein. Da ich klar sehe, dass ich mit meinem Vorschlag einer allgemeinen Umsatzsteuer den Erfolg kaum werde an meine Fahne heften können, möchte ich die Idee von Herrn Schöpfer als Instrument des Friedens und als Sendling des Roten Kreuzes empfehlen.

Herr Bundesrat Obrecht nimmt die Idee auf, er möchte aber die graduelle Anpassung statt auf 3 Jahre auf nur 2 Jahre ausdehnen. Er will in gewisser Beziehung sagen, dass die Solothurner nicht nur harte Köpfe, sondern auch einen versöhnlichen Geist haben. Wohlan, damit dieser unausgesprochene Gedanke von Herrn Obrecht wahr werde, werde ich, obwohl mir eine Staffelung auf drei Jahre lieber wäre, auch meinerseits als Solothurner versöhnlichen Geist zeigen und dem Vorschlag von Herrn Bundesrat Obrecht zustimmen.

Wenn Sie der Idee Schöpfer in dem Ausmass, wie es Herr Bundesrat Obrecht empfiehlt, zustimmen, wird mir die Vorlage sympathischer, als ich es gestern zum Ausdruck gebracht habe.

Ist der Herr Präsident damit einverstanden, dass ich mir für die weiteren Ausführungen etwas Zeit nehme, mich vorzubereiten, um sie Ihnen heute abend in möglichster Kürze darzulegen?

Keller, Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte Herrn Bally Gelegenheit geben, die Frage über Mittag noch einmal zu überdenken und darum zu seinem Antrage einige Ausführungen machen.

Herr Bally hat sich dem Mehrheitsantrag so genähert, dass er sich am Ende der Diskussion doch vielleicht noch über die goldene Brücke, die ihm Herr Kollege Schöpfer bauen will, der Mehrheit anschliessen kann. Möge das das Ergebnis seiner Ueberlegungen über den Mittag sein!

Herr Kollege Bally hat den steuerfreien Minimalumsatz gegenüber den ersten Vorschlägen erhöht, allerdings nicht auf 200 000, sondern nur auf 100 000 Franken. Er hat den Gedanken preisgegeben, die Steuer in Abhängigkeit vom Reingewinn zu bringen. Nachdem er früher schon den Gedanken des Einheitssteuersatzes durch Zulassung einer starken Degression nicht zu Ende geführt hat, will er nun auch eine Progression zulassen, wie es die Mehrheit der Kommission tut. Herr Bally lehnt nur eine Progression nach Geschäftsart ab, weil er das als eine ungerechte Diskriminierung empfindet. Vielleicht hat sich Herr Bally durch die heutige

lebhafte Diskussion doch darüber belehren lassen, dass sich eine gewisse Unterscheidung nach Geschäftsart im Ausmasse der gemachten Vorschläge sachlich rechtfertigen lässt.

Genau besehen, bedeutet heute der Antrag Bally mehr eine Verteidigung der Warenhäuser und der Einheitspreisgeschäfte als der Filialgeschäfte, was vielleicht nicht der innersten Absicht des Antragstellers entspricht. Denn in bezug auf die Herrn Bally nahestehenden Filialunternehmungen sind wir gar nicht mehr so weit auseinander, im Gegenteil so nahe, dass Herr Bally endlich nachgeben könnte.

Der Antrag Bally stimmt für Filialunternehmungen mit über 10 Millionen Umsatz einem Maximalsteuersatz von 1 % zu. Wir schlagen 1½ % vor. Der Unterschied beträgt also nur ½ %. Gestatten Sie, dass ich Ihnen die Belastungen an einem Beispiel illustriere, das Herrn Bally nahesteht. Bei einem Paar der mit Recht so berühmten Bally-Schuhe, das jetzt zu Fr. 19.50 verkauft wird, betrüge die Preiserhöhung bei 1 % Umsatzsteuer 20 Rappen, bei 1½ % Steuer 30 Rappen. Die Differenz zwischen unsern Anträgen beträgt noch 10 Rappen auf das Paar Schuhe in dieser Preislage berechnet. Sollten 30 Rappen nicht ebensogut abwälzbar sein wie die zugestandenen 20 Rappen? Mir scheint, sie sollten teilweise eingespart oder dann nach irgend einer Seite abgewälzt werden können. Wenn die Abwälzung ganz zu Lasten des Konsums ginge: „Lieber Schiffsmann, sag' mir's ehrlich, ist's denn so gefährlich?"

Die vorgesehene Ausgleichsteuer, gemildert nach den Vorschlägen der Kommission und eventuell weiter gemildert durch den Antrag Schöpfer, ist nach meiner Ueberzeugung für den Konsum tragbar, auch dann, wenn er sie ganz tragen müsste. Jedenfalls ist eine solche Belastung keineswegs geeignet, eine Vergrösserung des Umsatzhungers oder Lohndrückereien zu rechtfertigen, oder gar Befürchtungen wegen Beeinträchtigung der Gewinnmöglichkeiten, oder ernste Bedenken für die Reklame- oder Bautätigkeit zu begründen. Nur nicht übertreiben! Wenn die Konsumenten und daneben ausserdem die Arbeitnehmer und die Produzenten, ferner das Reklamewesen und Baugewerbe von der Umsatzsteuer wirklich betroffen werden, kann es auf den einzelnen indirekten Steuerträger nicht mehr viel ausmachen. Das Aufgebot einer so grossen Armee von angeblich Leidtragenden beweist schliesslich, dass eben die Steuer, wenn sie von so vielen Schultern getragen werden muss, tragbar ist. Es ist eine alte Erfahrungstatsache: Alle Uebertreibungen beweisen das Gegenteil.

Man sollte auch mit Drohungen nicht übertreiben. Die Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte haben heute gehört, wie es getönt hat, ihre Drohungen haben Gegendrohungen gerufen.

Ueber den Minderheitsantrag Klöti möchte ich folgendes ausführen: Die Kommissionsmehrheit hat volles Verständnis für die besondere Lage der Selbsthilfegenossenschaften. Grundsätzlich sind wir mit Herrn Klöti, dem Nationalrat und dem Bundesrat im Gegensatze zu Herrn Bally einverstanden, dass ihnen besondere Berücksichtigung gebührt, aus sachlichen, nicht aus referendumspolitischen Gründen. Es handelt sich auch hier nur um das Mass. Wenn Sie jedoch auf ein halbes Prozent Umsatzsteuer heruntergehen, wie die Mehrheit des Nationalrates es will, besteht die Gefahr, dass der ganze gewerbepolitische Zweck der Ausgleichsteuer nicht erreicht wird, da nicht die kleinen und kleinsten selbständigen Einzelhandelsgeschäfte den Hauptnutzen von der etwelchen Beschneidung der Konkurrenzkraft der ganz grossen Geschäfte davontrügen, sondern die Selbsthilfegenossenschaften. Diese Gefahr sucht der Antrag Bally dadurch zu vermeiden, dass er die Diskriminierung nach Geschäftsarten ganz vermeiden und für alle Geschäfte (Einzelgeschäfte, Filialunternehmungen, Warenhäuser, Epageschäfte und Selbsthilfegenossenschaften) den gleichen Satz zur Anwendung bringen will, ausgehend vom Grundsatz der Allgemeinheit und Gleichheit aller Steuern. Der Antrag Bally will keine andere Unterscheidung zulassen als diejenige nach Umsatz. Er behandelt die Selbsthilfegenossenschaften wie alle andern Geschäfte. Das geht der Kommissionsmehrheit zu weit. Sie will dem besondern Charakter der Selbsthilfegenossenschaft Rechnung tragen, allerdings nicht so weitgehend wie Herr Kollega Klöti. Auch hier gilt eben das Gesetz des Masses. Unser Maximalsatz von 1 %, der ja nur bei einem Umsatz von 10 Millionen und mehr zur Anwendung kommt — denn unter 200 000 Franken Jahresumsatz wird überhaupt keine Steuer bezahlt und darüber bloss eine von 2‰ aufwärts — ist angemessen und billig. Er scheint uns im richtigen Verhältnis zu sein zu den übrigen Ansätzen für Filialunternehmungen, Warenhäuser und Epageschäfte. Unser System der Steuersätze ist ein möglichst ausgeglichenes und zusammenhängendes Ganzes. Man kann nicht einfach einzelne Sätze herausgreifen, erhöhen oder vermindern und die andern unverändert stehen lassen. Wenn Sie für die Selbsthilfegenossenschaften auf ½ % heruntergehen, müssen Sie auch für alle andern Geschäfte um dieses halbe % heruntergehen. Dann aber sinkt der Ertrag der ganzen Ausgleichsteuer derart herab, dass ihr Wert für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsvorlage immer zweifelhafter wird. Wenn die von der Kommission vorgeschlagenen Steuersätze für die Filialunternehmungen, für die Warenhäuser und Epageschäfte tragbar sind, dann erscheint auch der für Selbsthilfegenossenschaften vorgeschlagene Steuersatz von einem Prozent als tragbar und billig.

Ich empfehle Ihnen also den Antrag der Mehrheit auch gegenüber dem Antrag Klöti. Wenn wegen dieses Satzes von 1 % der Vorlage Feindschaft angedroht wird, so ist auch zu befürchten, dass beim Heruntergehen auf ein halbes Prozent andere Feindschaften entstehen würden.

Damit empfehle ich Ihnen Ablehnung sowohl des Minderheitsantrages Bally als auch des Minderheitsantrages Klöti. Ich empfehle Ihnen, heute nachmittag in erster Linie zu entscheiden, ob Sie beschliessen wollen, einzutreten auf die Vorlage der Kommissionsmehrheit oder ob Sie eintreten wollen auf den Antrag Bally.

Präsident: Wir wollen das Referat von Herrn Ständerat Bally heute nachmittag um 5 Uhr anhören. Vielleicht wird es zur Versöhnung führen

Der Nationalrat beantragt, die Verhandlungen über die geistige Landesverteidigung ins Stenographische Bulletin aufzunehmen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, dass Sie dem Antrag des Nationalrates zustimmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 28. März 1939.
Séance du 28 mars 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 234 hiervor. — Voir page 234 ci-devant.

Ziffer 3, Fortsetzung. — *Chiffre 3*, suite.

Bally, Berichterstatter der Minderheit: Von den vielen Vorwürfen, die sich heute Morgen gegen meinen Standpunkt richteten, möchte ich nur drei berichtigen.

Der erste sagte, die Grossunternehmungen des Detailhandels seien schlechte Steuerzahler. Es handelt sich hierbei um kantonale und kommunale Steuern, nicht um die Ausgleichsteuer. Die Grossunternehmungen bezahlen die Steuern, die sie schuldig sind, und die Beträge scheinen für die Kantone nicht uninteressant, haben sie sich doch ihretwegen gegen die Ausgleichsteuer gewandt. Für den Verteiler der Steuer der Filialunternehmungen auf die Kantone und Gemeinden trägt die eidgenössische Steuerverwaltung die Verantwortung. Sie lässt sich durch die Steuerpflichtigen nicht beeinflussen. Wenn nicht mehr Ertrag erzielt wird, der weggesteuert werden kann, wird man das den Grossunternehmungen nicht zum Vorwurf machen wollen, übt doch eine grosse Zahl der Konsumenten gerne Kritik an grossen Einkommen und Erträgnissen.

Der zweite Vorwurf richtet sich gegen Bally als Unternehmer. Er betrifft das Mass der Rationalisierung, deren Ausmass die Ausgleichsteuer wegsteuern will. Ein Beispiel: Dem Landwirt wird empfohlen, das Uebermass von Milchproduktion durch Mehranbau von Getreide einzudämmen und dadurch seinen Ertrag zu mehren. Was würde der Landwirt dazu sagen, wenn diese Rationalisierungsvorteile weggesteuert würden? Bally ist Arm in Arm mit der Schuhindustrie und dem Schuhhandel dafür eingetreten, dass Bata in seinen übermässigen Rationalisierungsbestrebungen eingedämmt werde. Wir taten das deshalb, weil sie sich in ihrer Rücksichtslosigkeit besonders gegen den kleinen Fabrikanten und den kleinen selbständigen Händler richten. Die Bata'sche Ueberrationalisierung richtet sich hauptsächlich gegen den Arbeiter, dessen Arbeitskraft durch sie zu rasch abgenützt und ausgebeutet wird. Sie sind nach Schweizerbegriff unsozial. Bally und die Schuhindustrie sind für vernünftige Rationalisierung. Vernünftige Rationalisierung hat soziales Verständnis. Wer dieses Bally und den Schuhindustriellen absprechen will, ist nicht richtig orientiert. Es war weitgehend soziales Empfinden, was den Massnahmen gegen Bata'sche Ueberrationalisierung rief. Bally ist nicht ein Verherrlicher der Rationalisierung schlechthin, sondern ein aktiver Befürworter vernünftiger sozialer Rationalisierung.

Damit komme ich auf den dritten Vorwurf zu sprechen. Er betrifft meine persönliche Einstellung zum Gewerbe und zum selbständigen Kleinhandel. Ich habe gegen die Ausgleichsteuer gekämpft, weil sie die von ihr Betroffenen hart trifft, viele zu hart. Ich habe aber grundsätzlich so hartnäckig gegen sie gekämpft, weil ich nach wie vor daran glaube, dass sie dem mittelständischen Kleinhandel nichts nützt, sondern eher schadet. Die Zeit wird lehren. Inzwischen habe ich ein Postulat gestellt, damit andere Wege gesucht werden, dem mittelständischen Kleinhandel zu helfen. Ich glaube zuversichtlich, dass sie gefunden werden können. Ich habe wie ein Löwe, sagte Herr Keller, für meine Ueberzeugung gekämpft. Ich kann meine Ueberzeugung und meinen Glauben nicht wechseln wie mein Hemd und jetzt aus wahltaktischen Ueberlegungen meine Anträge zurückziehen und der Vorlage zustimmen. Das tut Iwan Bally nicht. Er wird sich der Stimme enthalten. Einige Freunde haben mir gesagt, ich solle doch an meine Wähler denken. Ich denke an sie. Sie sind u. a. im Gewerbe, sie sind unter den Solothurnern und unter den Bally'schen Arbeitern. Ich bin stolz, hier sagen zu dürfen, dass sie, unsere Arbeiter, meine aufrechte Haltung in dieser Stunde verstehen. Wenn die Wähler aus dem Gewerbestand sie nicht verstehen und eine andere wünschen, dann allerdings bin ich im Herbst nicht mehr ihr Mann für den Ständerat.

Präsident: Bevor wir zur Abstimmung über Ziffer 3 schreiten, werden wir noch den Antrag von Herrn Malche bereinigen. Den Antrag der Kommission finden Sie unter Ziffer II: „Die Ausführungsbestimmungen können für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen vorsehen." Diesem Antrag der Kommission gegenüber stellt Herr Dr. Schöpfer eine andere Formulierung: „Die Ausführungsbestimmungen können eine staffelweise Einführung der Ausgleichsteuer für die ersten zwei Steuerjahre, ferner Erleichterungen für Warengattungen vorsehen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen."

Ich würde nun in einer Eventualabstimmung die Formulierung der Kommission dem Antrag des Herrn Dr. Schöpfer und das Resultat aus dieser Abstimmung dem Streichungsantrag von Herrn Malche gegenüberstellen.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	10
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	28.03.1939
Seite Page Pagina	234-257
Ref. No	20 032 791

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Der Nationalrat beantragt, die Verhandlungen über die geistige Landesverteidigung ins Stenographische Bulletin aufzunehmen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, dass Sie dem Antrag des Nationalrates zustimmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 28. März 1939.
Séance du 28 mars 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 234 hiervor. — Voir page 234 ci-devant.

Ziffer 3, Fortsetzung. — *Chiffre 3*, suite.

Bally, Berichterstatter der Minderheit: Von den vielen Vorwürfen, die sich heute Morgen gegen meinen Standpunkt richteten, möchte ich nur drei berichtigen.

Der erste sagte, die Grossunternehmungen des Detailhandels seien schlechte Steuerzahler. Es handelt sich hierbei um kantonale und kommunale Steuern, nicht um die Ausgleichsteuer. Die Grossunternehmungen bezahlen die Steuern, die sie schuldig sind, und die Beträge scheinen für die Kantone nicht uninteressant, haben sie sich doch ihretwegen gegen die Ausgleichsteuer gewandt. Für den Verteiler der Steuer der Filialunternehmungen auf die Kantone und Gemeinden trägt die eidgenössische Steuerverwaltung die Verantwortung. Sie lässt sich durch die Steuerpflichtigen nicht beeinflussen. Wenn nicht mehr Ertrag erzielt wird, der weggesteuert werden kann, wird man das den Grossunternehmungen nicht zum Vorwurf machen wollen, übt doch eine grosse Zahl der Konsumenten gerne Kritik an grossen Einkommen und Erträgnissen.

Der zweite Vorwurf richtet sich gegen Bally als Unternehmer. Er betrifft das Mass der Rationalisierung, deren Ausmass die Ausgleichsteuer wegsteuern will. Ein Beispiel: Dem Landwirt wird empfohlen, das Uebermass von Milchproduktion durch Mehranbau von Getreide einzudämmen und dadurch seinen Ertrag zu mehren. Was würde der Landwirt dazu sagen, wenn diese Rationalisierungsvorteile weggesteuert würden? Bally ist Arm in Arm mit der Schuhindustrie und dem Schuhhandel dafür eingetreten, dass Bata in seinen übermässigen Rationalisierungsbestrebungen eingedämmt werde. Wir taten das deshalb, weil sie sich in ihrer Rücksichtslosigkeit besonders gegen den kleinen Fabrikanten und den kleinen selbständigen Händler richten. Die Bata'sche Ueberrationalisierung richtet sich hauptsächlich gegen den Arbeiter, dessen Arbeitskraft durch sie zu rasch abgenützt und ausgebeutet wird. Sie sind nach Schweizerbegriff unsozial. Bally und die Schuhindustrie sind für vernünftige Rationalisierung. Vernünftige Rationalisierung hat soziales Verständnis. Wer dieses Bally und den Schuhindustriellen absprechen will, ist nicht richtig orientiert. Es war weitgehend soziales Empfinden, was den Massnahmen gegen Bata'sche Ueberrationalisierung rief. Bally ist nicht ein Verherrlicher der Rationalisierung schlechthin, sondern ein aktiver Befürworter vernünftiger sozialer Rationalisierung.

Damit komme ich auf den dritten Vorwurf zu sprechen. Er betrifft meine persönliche Einstellung zum Gewerbe und zum selbständigen Kleinhandel. Ich habe gegen die Ausgleichsteuer gekämpft, weil sie die von ihr Betroffenen hart trifft, viele zu hart. Ich habe aber grundsätzlich so hartnäckig gegen sie gekämpft, weil ich nach wie vor daran glaube, dass sie dem mittelständischen Kleinhandel nichts nützt, sondern eher schadet. Die Zeit wird lehren. Inzwischen habe ich ein Postulat gestellt, damit andere Wege gesucht werden, dem mittelständischen Kleinhandel zu helfen. Ich glaube zuversichtlich, dass sie gefunden werden können. Ich habe wie ein Löwe, sagte Herr Keller, für meine Ueberzeugung gekämpft. Ich kann meine Ueberzeugung und meinen Glauben nicht wechseln wie mein Hemd und jetzt aus wahltaktischen Ueberlegungen meine Anträge zurückziehen und der Vorlage zustimmen. Das tut Iwan Bally nicht. Er wird sich der Stimme enthalten. Einige Freunde haben mir gesagt, ich solle doch an meine Wähler denken. Ich denke an sie. Sie sind u. a. im Gewerbe, sie sind unter den Solothurnern und unter den Bally'schen Arbeitern. Ich bin stolz, hier sagen zu dürfen, dass sie, unsere Arbeiter, meine aufrechte Haltung in dieser Stunde verstehen. Wenn die Wähler aus dem Gewerbestand sie nicht verstehen und eine andere wünschen, dann allerdings bin ich im Herbst nicht mehr ihr Mann für den Ständerat.

Präsident: Bevor wir zur Abstimmung über Ziffer 3 schreiten, werden wir noch den Antrag von Herrn Malche bereinigen. Den Antrag der Kommission finden Sie unter Ziffer II: „Die Ausführungsbestimmungen können für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen vorsehen." Diesem Antrag der Kommission gegenüber stellt Herr Dr. Schöpfer eine andere Formulierung: „Die Ausführungsbestimmungen können eine staffelweise Einführung der Ausgleichsteuer für die ersten zwei Steuerjahre, ferner Erleichterungen für Warengattungen vorsehen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen."

Ich würde nun in einer Eventualabstimmung die Formulierung der Kommission dem Antrag des Herrn Dr. Schöpfer und das Resultat aus dieser Abstimmung dem Streichungsantrag von Herrn Malche gegenüberstellen.

M. **Malche:** Je n'ai pas fait une proposition d'amendement, mais bien de suppression d'une partie du texte de ce numéro II: la dernière phrase. Il me paraît donc que cette suppression mérite d'être mise aux voix, séparément, pour elle-même, en opposition au texte intégral qui nous est soumis. On ne saurait opposer à la mienne la proposition de notre collègue M. Schöpfer. Ce sont là deux choses distinctes, indépendantes l'une de l'autre.

Präsident: Es wird nicht der Antrag Malche dem Antrag Schöpfer gegenübergestellt, sondern das Resultat aus der Eventualabstimmung dem Streichungsantrag Malche.

Wettstein: Es muss Klarheit herrschen. Der Antrag Malche ist ganz selbständig. Er beantragt die Streichung eines Satzes. Der Antrag Schöpfer beschlägt ein ganz anderes Gebiet. Es muss also zunächst über den Antrag Schöpfer abgestimmt werden. Dann wird der Antrag Malche, nicht als Gegenantrag zum Antrag Schöpfer, sondern als selbständiger Antrag zur Abstimmung gebracht, ganz unabhängig davon, was aus dem Antrag Schöpfer geworden ist. Das ist die richtige Abstimmung.

Schöpfer: Ich möchte Ihnen empfehlen so abzustimmen, wie es unser Herr Präsident vorgeschlagen hat. Das ist die einzig richtige Abstimmung. Zunächst muss der letzte Satz von Ziffer 3 II bereinigt werden. Wir müssen wissen, wie dieser letzte Satz lautet, ob er so lautet, wie die Kommission vorschlägt oder so, wie ich ihn vorgeschlagen habe. Das soll in einer Eventualabstimmung ergründet werden. Wenn man dann weiss, wie der letzte Satz lautet, fragt es sich: Wollen Sie diesen letzten Satz überhaupt oder wollen Sie ihn streichen nach Auffassung Malche? Die Vorschläge, die uns das Präsidium unterbreitet, sind also in allen Teilen korrekt, und entsprechen auch den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung.

Präsident: Ich schreite nun zur Abstimmung, da ich an meiner Auffassung festhalten muss, weil ich von der Auffassung ausgehe, dass Herr Malche auch den Antrag des Herrn Schöpfer ablehnen wird.

Abstimmung — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommission	12 Stimmen
Für den Antrag Schöpfer	17 Stimmen

M. **Béguin:** Je persiste à prétendre, avec M. Malche, que la proposition de M. Schöpfer n'est pas à opposer à celle de M. Malche. Celui-ci propose de supprimer une disposition tout à fait différente du texte déposé par M. Schöpfer. Ce texte est maintenant admis par le Conseil.

Alors, la question se pose de savoir si l'on veut maintenir ou supprimer la phrase combattue par M. Malche. Cette disposition-là n'a pas de relation avec le texte Schöpfer qui prévoit, pour le Conseil fédéral, la possibilité d'envisager des dispositions spéciales, soit une introduction graduelle de l'impôt compensatoire. M. Malche, lui, propose la suppression du texte relatif aux allégements éventuels qui pourraient être, demandés dès le début et durant la période d'application. Encore une fois, ce sont là deux conceptions absolument différentes. Pour ce qui me concerne, je suis partisan du texte qui vient d'être adopté et je suis aussi partisan de la proposition de M. Malche. Il ne faut donc pas nous mettre dans la situation bizarre de ne pas pouvoir exprimer notre opinion à ce sujet.

M. **Malche:** Pour la clarté de cette affaire, je tiens à dire ceci: je sais bien que, quel que soit le résultat de la votation, il y aura des dispositions d'exécution pour cet arrêté constitutionnel; là n'est pas la question.

M. Schöpfer a proposé le texte suivant: «Les dispositions d'exécution devront assurer pour les trois premiers exercices l'introduction graduelle de l'impôt compensatoire.» Je n'y vois point d'inconvénient; je ne suis pas du tout opposé à cette manière de faire; cela n'est pas davantage en question. M. Schöpfer a ajouté, dans sa proposition: «Elles pourront, en outre, prévoir des allégements. . .», avec des points de suspension. C'est ici seulement que survient ma proposition. Si le Conseil biffe la dernière phrase, comme je le demande, cela ne supprime nullement l'amendement Schöpfer que vous venez de voter. Il suffira d'une toute petite modification rédactionnelle et que notre collègue l'accepte: la suppression des mots qui suivent le point et virgule «impôt compensatoire». Ce sont donc deux notions très différentes; l'une ne détruit pas l'autre.

Wettstein: Wir müssen uns darüber klar sein, dass auch dann, wenn der Antrag Malche angenommen wird, der Antrag Schöpfer bestehen bleibt. Der Antrag Malche ist kein Gegenantrag gegen den Antrag Schöpfer; das ist es, was Herr Schöpfer nicht richtig aufgefasst hat. Der eine betrifft die Staffelung, der andere die Warengattungen; also stimmen wir einfach ab über den Antrag Malche. Wird er angenommen, so bleibt der Antrag Schöpfer auf Staffelung doch bestehen, wird er verworfen, ist das gleiche der Fall.

Präsident: Wir würden nun, dem Wunsch der Herren Béguin und Malche Rechnung tragend, darüber abstimmen, ob der Satz betreffend Erleichterung für gewisse Warengattungen gestrichen werden soll.

Abstimmung — *Vote.*

Definitiv — Définitivement:

Für den Antrag Malche	12 Stimmen
Dagegen	22 Stimmen

Keller, Berichterstatter der Mehrheit: Darf ich anregen, jetzt abzustimmen, ob Sie auf diese Ziffer 3 eintreten wollen nach der Vorlage der Kommission oder auf Grund des Antrages Bally. Dann wollen wir, wenn die Vorlage der Kommission siegreich aus der Abstimmung hervorgehen wird, Absatz für Absatz behandeln und bereinigen.

Zust: Ich möchte nur noch darauf aufmerksam machen, dass der Antrag der Kommissionsmehrheit zu Ziffer 3 I nun rektifiziert wird, soweit der Betrag von 120 Millionen in Betracht fällt. Durch die Beschlüsse, die Sie bei Beratung des Programms bereits gefasst haben, wird diese Summe um 20 Millionen erhöht, gemäss den Berechnungen, die heute vormittag Herr Bundesrat Obrecht mitgeteilt hat. Es muss also die Summe von 140 Millionen eingesetzt werden, in Konsequenz der bisherigen Beschlüsse und in Korrektur einer falschen Ausrechnung, die im nationalrätlichen Text steht, nämlich 135 Millionen.

Präsident: Ich lasse darüber nicht mehr abstimmen, weil Sie durch den Beschluss über den Bau der Kistenstrasse diese Erhöhung um 20 Millionen bereits beschlossen haben.

Keller, Berichterstatter: Gestatten Sie nur noch die Feststellung, dass unter I die Ziffer, die Herr Zust vorschlägt (140 Millionen), die richtige ist, wie sich aus den Ausführungen von Herrn Bundesrat Obrecht von heute morgen, der uns das ganze Budget vorgetragen hat, ergibt. Die Rechnung macht sich am einfachsten so: Wir hatten 120 Millionen beschlossen, wir haben die Kistenstrasse mit 20 Millionen hinzugefügt, macht 140 Millionen; das ergibt ohne weiteres automatisch die Korrektur.

Abstimmung. — *Vote.*

Ziffer 3, I.

Für den Antrag der Mehrheit	29 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	6 Stimmen

Ziffer 3, II.

Für den Antrag der Mehrheit	26 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	6 Stimmen

Ziffer 3, III, lit. a und b.

Iten: Ich habe in meinem Votum einen Abänderungsantrag zu Lit. *b* angekündigt. Ich beantrage, dort zu sagen: „Lit. *b.* anderthalb vom Hundert für Filialunternehmungen und Versandgeschäfte, die nur eine Warenkategorie führen."

Die Versandgeschäfte, die mehrere Warenkategorien führen, sind unter Lit. *a* eingestellt. Ich glaube, dass Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, den Filialunternehmungen gleichgestellt werden sollten und nicht den Selbsthilfegenossenschaften und übrigen Detailunternehmungen, sonst besteht die Gefahr, dass die Filialunternehmungen sich in Versandgeschäfte umwandeln, um der Steuer zu entgehen. Ich glaube, diesen Ergänzungsantrag dürfte man annehmen.

Bundesrat **Obrecht:** Ich vermag die Berechtigung und die Tragweite dieses Antrages im Augenblick nicht zu ermessen. Ich glaube, es wäre nicht zu viel verlangt, dass man einen solchen Abänderungsantrag zu einem Verfassungstext einem vorher auch zeigen würde, damit man Gelegenheit hätte, sich so etwas einen Augenblick zu überlegen. Blindlings kann ich Ihnen die Annahme dieses Antrages nicht empfehlen; ich empfehle Ihnen im Gegenteil Ablehnung. Ich werde die Sache nachher unvoreingenommen prüfen; weil ich es vorher nicht konnte, will ich es nachher tun.

Klöti, Berichterstatter der II. Minderheit: Ich glaube, es ist ganz gleichgültig, ob Sie den Antrag von Herrn Iten annehmen oder nicht, weil Sie bei Lit. *a* als steuerpflichtig mit 2½% erklärt haben: Versandgeschäfte, die mehrere Warengattungen führen. Auch wenn Sie den Antrag Iten ablehnen, so bedeutet das doch, dass Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, zur niedrigst besteuerten Gruppe gehören.

Ich glaube deshalb, dass man den Antrag Iten annehmen könnte, ohne noch lange darüber zu beraten.

Keller, Berichterstatter der Mehrheit: Der Antrag Iten ist durchaus logisch. Herr Iten sagt: Wenn Versandgeschäfte nur eine Warengattung führen, fallen sie nicht unter III, Lit. *a.* Aber nach der Meinung der Kommission fallen sie dann unter Lit. III *c*, unter die Detailunternehmungen aller Art, die bloss mit 1% belastet sind.

Herr Iten hat den Antrag wohl an der unrichtigen Stelle gestellt, nämlich bei Lit. *b*, Filialunternehmungen. Herr Kollege Iten sollte nicht im letzten Moment mit einem solchen Antrag bei der Abstimmung in den Rat hineinfahren, sondern sich jetzt mit der Zusicherung des Herrn Bundesrates Obrecht begnügen, dass die Sache noch einmal geprüft werde. Dazu bietet sich ja Gelegenheit. Morgen tritt die nationalrätliche Kommission zusammen, und Herr Bundesrat Obrecht hat das Wort gegeben, dass der Antrag geprüft und dass die Lösung dann an die richtige Stelle hingesetzt werde. Ich glaube, damit könne sich Herr Iten befriedigt erklären. Er hat ja im Grunde genommen Recht bekommen.

Iten: Ich bin damit einverstanden, dass man meinen Antrag beim Departement noch näher prüfe. Ich nehme an wohlwollend, möchte aber meinen Standpunkt noch einmal klarlegen, damit ich richtig verstanden werde.

Nach der heutigen Fassung fallen die Versandgeschäfte mit mehreren Warengattungen unter Lit. *a*, werden also mit 2½% besteuert. Die Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, fallen, wie das der Herr Referent der Kommission gesagt hat, gemäss Wortlaut der Vorlage unter Lit. *c.* Sie bezahlen 1% wie die Selbsthilfegenossenschaften und Detailhandelsunternehmungen anderer Art, fallen also unter den Begriff „Detailhandelsunternehmungen anderer Art."

Mein Antrag geht nun dahin, diese Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, unter den Steuersatz von 1½% zu stellen und sie den Filialunternehmungen gleichzustellen, nicht aber den Selbsthilfegenossenschaften und andern Detailhandelsunternehmungen, und zwar auch deshalb, weil in letzter Zeit diese Versandgeschäfte sehr stark überhand genommen haben und den mittelständischen Detailhandelsunternehmungen sehr scharfe Konkurrenz machen, ferner weil die Gefahr besteht, dass die Filialunternehmungen sich eventuell auf das Versandgeschäft beschränken, um die Steuer von 1½% zu umgehen.

Das ist der Grund, weshalb ich diesen Antrag gestellt habe. Ich glaube, er hat seine Berechtigung.

Präsident: Der Antrag von Herrn Iten wird jetzt nicht zur Abstimmung gelangen, sondern von Herrn Bundesrat Obrecht zur Prüfung entgegengenommen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Mehrheit	24 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	7 Stimmen

Lit. c.

Für den Antrag der Mehrheit	29 Stimmen
Für den Antrag der II. Minderheit (Klöti)	4 Stimmen

Ziffer 3, IV.

Antrag der Kommission.

Bezahlte Ausgleichsteuern sind bei der Einschätzung für eidgenössische und kantonale direkte Steuern als geschäftsmässig begründete Unkosten anzuerkennen und dürfen nicht als Bestandteil des reinen Einkommens, Erwerbs oder Ertrags belastet werden.

Proposition de la commission.

Pour le calcul des impôts directs fédéraux et cantonaux, les sommes acquittées au titre d'impôt compensatoire doivent être admises comme frais généraux justifiés et ne doivent pas être grevées comme partie du revenu net du travail ou du capital.

M. **Béguin:** En ce qui concerne le chiffre IV, je dois dire que c'est à la suite d'une omission dans le texte imprimé que vous avez sous les yeux que l'on n'y voit pas figurer la proposition de minorité. En effet, il a été proposé à la commission, comme l'avaient demandé les directeurs cantonaux des finances dans une requête dont M. le Président vous a parlé lorsqu'il a présenté son rapport introductif de l'objet, de supprimer les mots: «... et cantonaux...», c'est-à-dire de ne pas décider dans la Constitution fédérale que serait imposée aux cantons l'obligation de déduire des impôts directs cantonaux les sommes versées au titre d'impôt compensatoire. Les directeurs cantonaux des finances ont fait observer qu'ils admettent que la législation cantonale devrait tenir compte du versement de ces sommes dans le calcul des impôts directs; mais ce qu'ils ne comprennent pas — et la minorité de la commission est en cela d'accord avec eux — c'est que l'on insère dans la Constitution fédérale une disposition de cette nature-là. Toujours, jusqu'ici, on a admis que les cantons sont compétents en matière de calcul des impôts directs cantonaux; c'est un domaine qui leur est entièrement réservé; en dehors de la contribution fédérale de crise et de l'impôt de défense nationale qui a précédé, jamais, jusqu'à présent, on n'avait ainsi porté atteinte à la souveraineté fiscale des cantons en matière d'impôt direct. Les directeurs cantonaux des finances ont écrit dans ce sens à la commission. Quelques membres de celle-ci ont repris l'idée; leur proposition a été rejetée; mais ils la maintiennent. Nous vous proposons donc de supprimer, au chiffre IV, en première phrase, les deux mots: «... et cantonaux...» et de dire: «Pour le calcul des impôts directs fédéraux, les sommes acquittées au titre d'impôt compensatoire...» etc., c'est-à-dire d'émettre un vote qui respecte la souveraineté fiscale des cantons en matière d'impôt direct.

Keller, Berichterstatter: Wir stehen eigentlich nicht mehr im Diskussionsstadium. Ich habe auseinandergesetzt, warum die Vorlage der Kommission, nach den Vorschlägen der Eidg. Steuerverwaltung selber, angenommen werden muss.

Es wäre ungerecht, wenn der Betrag der Ausgleichsteuer von den Kantonen bei der Berechnung des steuerbaren Gewinnes nicht abgezogen werden müsste. Der Bund hat selbstverständlich das Recht, in einer Verfassungsbestimmung zu sagen, dass ein entsprechender Abzug stattfinden muss, denn es gibt in den kantonalen Gesetzen ungerechte Bestimmungen, die diesen Abzug nicht zulassen. Wenn Sie von einzelnen Geschäften diese Ausgleichsteuer verlangen, ist es recht und billig, dass Sie den Abzug der Steuer sowohl bei der kantonalen wie bei der eidgenössischen Steuer gestatten.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Béguin	14 Stimmen
Dagegen	18 Stimmen

Ziffer 3, V.

Antrag der Kommission.

Ueber die zur Durchführung dieser Verfassungsbestimmung erforderlichen Vorschriften beschliesst die Bundesversammlung endgültig.

Proposition de la commission.

L'Assemblée fédérale édicte définitivement les prescriptions nécessaires à l'application de la présente disposition constitutionnelle.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziffer 4:

Antrag der Kommission.

Sobald der Bundesrat es für zweckmässig erachtet, sind aus dem Abwertungsgewinne der Schweizerischen Nationalbank 75 Millionen Franken zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen des Bundes für die Arbeitsbeschaffung zu verwenden. Ein gleicher Betrag ist alsdann den Kantonen nach Massgabe ihrer Wohnbevölkerung zuzuwenden. Bis zu diesem Zeitpunkte wird die Nationalbank dem Bund und den Kantonen, diesen nach Massgabe ihrer Wohnbevölkerung, gegen Schatzscheine zu einem unter dem offiziellen Diskontsatz liegenden Zinsfuss Kredite bis zum Höchstbetrag von je ebenfalls 75 Millionen Franken zur Verfügung stellen.

Proposition de la commission.

Dès que le Conseil fédéral le jugera opportun, 75 millions de francs seront prélevés sur le bénéfice de dévaluation de la Banque nationale afin d'amortir une fraction des dépenses causées à la Confédé-

ration par la création de possibilités de travail. Simultanément, une somme égale sera versée aux cantons proportionnellement au nombre de leurs habitants. Dans l'intervalle, la Banque nationale avancera, contre remise de bons du trésor escomptables à un taux inférieur au taux d'escompte officiel, une somme de 75 millions de francs au plus à la Confédération et autant aux cantons, proportionnellement au nombre de leurs habitants.

Keller, Berichterstatter: Bei Ziff. 4 haben wir vorerst ein kleines Versehen gutzumachen. Ich hatte keine Gelegenheit mehr, die Kommission zusammenzurufen und unternehme daher den Versuch der Korrektur persönlich, was ich um so eher tun kann, als sie selbstverständlich ist und ich selbst Urheber des Kommissionsantrages zu Ziff. 4 bin.

Sie finden in Ziff. 4 des nationalrätlichen Beschlusses, in den Zeilen 4 und 5, die Worte: „vorbehältlich der endgültigen Regelung der Verteilung des Fonds." Dieser Vorbehalt ist bei der Wiedergabe dieses Teils des nationalrätlichen Beschlusses unter das Eis geraten. Ich beantrage Ihnen, ihn nach dem Beschluss des Nationalrates wieder aufzunehmen. Es wird damit für die Verteilung und die Rechtslage nichts präjudiziert, aber die von den Kantonen auch bei der ständerätlichen Kommission angemeldeten Ansprüche werden gewahrt, während eine Streichung — zwar nach meiner Auffassung unrichtigerweise — als Aberkennung der kantonalen Ansprüche ausgelegt werden könnte. Ich denke, dass die Annahme meines Antrages zugunsten der Kantone (als Korrektur eines Versehens) im Ständerat nicht auf grosse Schwierigkeiten stossen wird. Ich beantrage, das vorweg zu liquidieren. Dann werde ich Ihnen zu Ziff. 4 meinen Bericht vorlegen.

Zustimmung. — *Adhésion.*

Keller, Berichterstatter: Ziff. 4 ist vom Nationalrat im Einverständnis mit dem Bundesrat und der Nationalbank beigefügt worden. Der Nationalrat hatte durch seine Beschlüsse den vom Bundesrat auf 202 Millionen Gesamtsumme limitierten Ertrag der Ausgleichsteuer auf 135 Millionen herabgesetzt, also um 67 Millionen. Anderseits hatte der Nationalrat im Programmbeschluss einige Kredite, so besonders diejenigen für Exportförderung und Fremdenindustrie erhöht, so dass ein Loch von 75 Millionen zu decken übrig blieb. Dafür wollte der Nationalrat in der vorliegenden Form den Abwertungsgewinn der Nationalbank heranziehen. Im gesamten beträgt die vom Nationalrat beschlossene Deckung 135 Millionen aus der Ausgleichsteuer plus 75 Millionen aus dem Abwertungsgewinn, zusammen also 210 Millionen Franken. Herr Bundesrat Obrecht hat die Liste der Ausgaben, die mit diesen 210 Millionen gedeckt werden sollen, also das Budget dieser Summe, dem Ständerat heute Morgen im einzelnen bekannt gegeben.

Nun zum Inhalt der Ziff. 4. Ich habe in der Kommissionssitzung behauptet, dass der Abwertungsgewinn als Finanzquelle zur Deckung von Arbeitsbeschaffungsausgaben in der vorliegenden Form als Illusion zu betrachten, so dass in Wirklichkeit ein Loch von 75 Millionen in der Deckung vorhanden ist.

Ich bitte sehr, der Frage Ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken, weil die conditio sine qua non, dass die Ausgaben voll gedeckt sein müssen, damit zusammenhängt. Der Nationalrat hatte wörtlich beschlossen:

„Wird der Währungsausgleichsfonds der Schweizerischen Nationalbank als Reingewinn verfügbar, so sind ihm 75 Millionen zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen des Bundes für Arbeitsbeschaffung zu entnehmen."

Also wird diese Finanzquelle dem Bunde erst eröffnet, wenn eine Bedingung erfüllt ist, nämlich „wenn der Währungsausgleichsfonds als Reingewinn verfügbar wird." Ich wende mich nun wieder an die Juristen unter Ihnen und sage: Was der Nationalrat beschlossen hat, heisst: „Incertum an, incertum quando", das heisst: Unsicher ob, unsicher wann! Das Eintreten der Bedingung sollte doch sichergestellt sein und nicht der Unsicherheit preisgegeben werden. Nicht nur ist nach dem nationalrätlichen Beschluss unsicher, wann dieses Geld auf dem Tisch des Bundes kommt, sondern es ist auch unsicher, ob es überhaupt einmal dem Währungsausgleichsfonds entnommen werden kann. Und darüber will ich nunmehr noch einiges sagen:

Der berühmte oder berüchtigte Bundesratsbeschluss betr. Währungsmassnahmen vom 27. September 1936 hatte folgenden Inhalt:

„Art. 1. Für die Banknoten der Schweizerischen Nationalbank wird der gesetzliche Kurs erklärt. Infolgedessen gilt jede Zahlung, die mittels dieser Banknoten gemacht wird, im Lande als rechtsgültig erfolgt.

Art. 2. Die Schweizerische Nationalbank ist von der Verpflichtung enthoben, ihre Noten gemäss Art. 20 und 20bis des Bundesgesetzes vom 7. April 1921/20. Dezember 1929 über die Schweizerische Nationalbank in Gold oder Golddevisen einzulösen. Dagegen bleibt sie verpflichtet, die gesetzliche Deckung der Noten aufrecht zu erhalten.

Art. 3. Die Schweizerische Nationalbank ist angewiesen, den Goldwert des Frankens zwischen 190 und 215 Milligramm Feingold zu halten. Dies entspricht einer Abwertung des Frankens im Mittel von 30 %.

Art. 4. Dieser Beschluss tritt am 28. September 1936 in Kraft."

Zu diesem Beschlusse hinzu kommen zwei Weisungen des Bundesrates an die Nationalbank vom 27. September 1936, die lauten:

„Die Schweizerische Nationalbank wird angewiesen, den Goldwert des Frankens auf der Höhe zu halten, die gemessen an der gesetzlichen Münzparität, einer Entwertung von ungefähr 30 % entspricht."

„Die Schweizerische Nationalbank wird den aus der Neubewertung des Goldbestandes auf Grundlage eines Goldwertes des Frankens von 215 Milligramm Feingold sich ergebenden Buchgewinn einem besondern Goldverrechnungskonto gutzuschreiben haben."

Aus diesen Massnahmen und Weisungen ergibt sich folgendes: Der Minimalabwertung von rund 25 % entspricht ein Währungsgewinn von 538,6 Millionen Franken, oder, mit andern Worten, mit den

Worten der Nationalbank :Die Mindestaufwertung von 35,033 % ergibt bei einem Goldbestand von 1537 Millionen einen Mehrwert von 538,6 Millionen. Aber nun: Der effektiven Abwertung von ursprünglich 30 % entspricht ein Währungsgewinn von 658 Millionen. Seither ist die Abwertung effektiv noch etwas gestiegen und beläuft sich heute auf 30,69 %. Demgegenüber wäre der Abwertungsgewinn noch höher und würde sich vielleicht heute auf 675—680 Millionen belaufen. Der zulässigen Maximalabwertung von rund 35 % entspräche ein Abwertungsgewinn von erheblich über 800 Millionen Franken. Die Abwertungsgewinne reduzieren sich etwas, aber nicht sehr erheblich, weil im Laufe der Zeit noch Gold etwas teurer zugekauft worden ist.

Die Nationalbank hat die Richtlinien des Bundesrates dahin ausgelegt, dass sie berechtigt sei, den Schweizerfranken innert den Abwertungssätzen von 29¼ % und 30¾ % schwanken zu lassen. Durch den Beitritt der Schweiz zum währungspolitischen Dreimächteabkommen sind diese Fixpunkte wenigstens im Verkehr mit den Vereinigten Staaten, auch vertraglich festgelegt worden. Der Abwertungsgewinn — und das ist nun auch wieder interessant — erscheint seit seiner Schaffung jeweils nur mit seinem minimalen, aber nicht mit dem wlrklichen oder auch nur mittleren Betrag, er erscheint nur mit dem Minimalgesamtbetrag von 538,6 Millionen in der Bilanz. Die Geschäfte dieses Währungsausgleichsfonds wurden von Anfang an geheim gehalten mit der Begründung, man müsse im Interesse der Landeswährung so handeln. Ich will darüber jetzt nicht reden.

Nimmt man an, dass der Währungsausgleichsfonds ganz aus Gold besteht, so betragen die Gesamtgoldvorräte der Schweizerischen Nationalbank auf 15. März 1939 3 351 093 197 Franken oder 722 354 kg = 7223 q, berechnet zum Buchpreis von 4639 Franken 13 Rappen. Da sich der Marktpreis gegenwärtig auf ca. 4920 Franken stellt, würde der Fonds ausreichen, um eine Preissenkung um mehr als 1000 Franken pro kg oder eine Reduktion der Abwertung des Schweizerfrankens auf 11,5 % zu decken. Beim jetzigen Marktpreis des Goldes enthält der Goldbestand der Nationalbank eine stille Reserve von 6 % = rund 201 Millionen, also 51 Millionen mehr, als nach Ziff. 4 dem Bund und den Kantonen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Nun aber ist bei uns im Gegensatze zu andern Ländern über die Rechtsnatur des Goldaufwertungsgewinnes gesetzlich nichts bestimmt worden. Zwar arbeiten jetzt die Nationalbank und das Finanzdepartement an einem Statut über den Währungsausgleichsfonds, das dessen verschiedene Aufgaben festlegen und in ihrem gegenseitigen Verhältnis ordnen soll. Bis jetzt blieb der ganze Gewinn im Eigentum der Nationalbank. Als einige Kantone verlangten, dass er als Erträgnis des Noteninstitutes behandelt und gemäss dem Nationalbankgesetz verteilt werde, stellte der Bundesrat in seinem Bericht vom 13. Dezember 1937 folgendes fest:

a. Der Buchgewinn auf der Aufwertung des Goldes ist ein Vermögensbestandteil der Nationalbank.

b. Er hat den Charakter einer Reserve mit der besondern Aufgabe, die Nationalbank in der Durchführung der Währungspolitik zu unterstützen.

c. Solange der Goldwert nicht endgültig festgelegt ist, kann der in den Aktiven der Bank enthaltene Gegenwert der Reserve von den übrigen Aktiven der Bank nicht ausgeschieden werden.

d. Der Buchgewinn auf der Aufwertung des Goldes kann nicht andern Zwecken zugeführt werden, als alle übrigen Mittel der Bank. Die Aufgaben der Nationalbank sind in abschliessender Weise gesetzlich festgelegt."

Wichtig scheint mir hier besonders Lit. *c*: „Solange der Goldwert nicht endgültig festgelegt ist, kann der in den Aktiven der Bank enthaltene Gegenwert der Reserve von den übrigen Aktiven der Bank nicht ausgeschieden werden." Ganz ähnlich äussert sich die Nationalbank in ihrem Jahresbericht von 1937 zu dieser Frage. Ebenso der neue Präsident der Nationalbank, Herr Prof. Dr. Bachmann, an der Generalversammlung vom 11. März abhin. Er sagte u. a.: „Die Nationalbank hat sich, in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat, aus währungspolitischen Erwägungen auf das Nachdrücklichste gegen die geplante Anzehrung des Abwertungsgewinnes ausgesprochen. Nach längeren Beratungen ist schliesslich eine Lösung in der Weise gefunden worden, dass sich die Nationalbank bereit erklärte, dem Bund und den Kantonen einen Kredit von je 75 Millionen Fr. zu einem unter dem offiziellen Satz liegenden Zinsfuss einzuräumen. Es hat dabei die Meinung, dass diese Kredite bei der späteren Auflösung des Ausgleichsfonds mit den Anteilen von Bund und Kantonen verrechnet werden."

Weiter: „Die Behörden der Nationalbank haben sich zu diesem Entgegenkommen nicht leicht entschliessen können. Wohl führt die vorgesehene Ordnung nicht zu einer Wegnahme von Teilen des Abwertungsgewinnes. Indessen wird durch diese Kreditgewährung doch ein Betrag von 150 Millionen Franken des Währungsausgleichsfonds dauernd im mobilisiert. Da der Kredit erst im Zeitpunkt der Auflösung des Währungsausgleichsfonds zur Rückzahlung fällig wird, hat die Nationalbank nur im Falle von ausserordentlichen Währungsverlusten, nicht aber bei einer aus andern Gründen eintretenden Anspannung ihres Status die Möglichkeit, die Rückzahlung zu verlangen. Der ausgegebene Betrag wird daher der Nationalbank als freie Manövriermasse im Fonds nicht mehr zur Verfügung stehen. Auch lässt sich nicht übersehen, dass die einmalige Heranziehung von Teilen des Abwertungsgewinnes leicht den Weg für weitere Begehren bereiten kann. Aus diesem Grunde ist es für die Nationalbank von besonderer Wichtigkeit, dass die ausserordentliche Kreditgewährung an Bund und Kantone aus Mitteln des Währungsausgleichsfonds durch eine Verfassungsbestimmung und nicht nur durch ein Bundesgesetz oder einen Bundesratsbeschluss geregelt werden soll. Wenn auch die Modalitäten eines Notenbankkredites zweifellos nicht Gegenstand des Verfassungstextes bilden sollten, so wird anderseits doch gerade durch die Ordnung dieser Materie im Grundsatz unseres Staates die Einmaligkeit und Besonderheit des Vorganges unterstrichen."

Der neue Präsident des Direktoriums, Herr Weber, stellte in seinem interessanten Vortrag vor der Kommission in Davos die Rechtslage gleich dar, wie Herr Bachmann und fügte zur völligen Abklärung bei: „Sollten inzwischen auf den Währungsreserven der Notenbank zufolge Veränderungen in den valutapolitischen Verhältnissen Verluste entstehen, zu deren Deckung der Ausgleichsfonds herangezogen werden müsste, so wären die Rekriptionen zurückzubezahlen."

Meine Schlussfolgerungen aus diesen Ausführungen sind die folgenden:

1. Dass die 75 Millionen der Ziff. 4 unserer Vorlage dem Bund und den Kantonen bloss als rückzahlbarer Vorschuss zur Verfügung gestellt werden. Darüber sind die Herren Bachmann, Weber und alle Herren von der Nationalbank einig;

2. dass nach der Ansicht des Bundesrates eine Auflösung des Währungsausgleichfonds nicht in Frage kommt, solange der Goldwert nicht endgültig wieder festgelegt ist;

3. dass die Nationalbank an einem Statut über den Währungsausgleichsfonds arbeitet, um seine verschiedenen Aufgaben festzulegen, dass sie also nicht an ihre Auflösung denkt;

4. dass also auch unsicher oder sogar unwahrscheinlich ist, ob überhaupt und eventuell, wenn der Ausgleichsfonds aufgelöst und diese zweimal 75 Millionen auf den Tisch gelegt werden.

Es ist heute keineswegs sicher, dass in absehbarer Zeit überhaupt der Goldwert des Frankens endgültig wieder festgelegt und in ein festes, nicht variables Verhältnis zum Grammgewicht von Gold gebracht wird, wie es vor der Abwertung der Fall war.

Quod erat demostrandum. Die Finanzquellen in Ziff. 4 eröffnen nur einen billigen rückzahlbaren Vorschuss, aber nicht mehr. Es ist also eine Illusion, diesen Teil des Abwertungsgewinnes als Hauptquelle zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu betrachten. Es ist so, wie ich gesagt habe: Incertum an, incertum quando. Wahrscheinlich ist eher, dass nach der Formulierung der Nationalbank diese Geldhingabe immer Vorschuss bleiben wird. Dann haben wir die Vorlage nur mit der Ausgleichsteuer einigermassen finanziert, und es fragt sich, ob man deren Maximalbetrag nicht auf den ersten Vorschlag des Bundesrates von 202 Millionen Fr. wieder erhöhen soll.

Nun haben sich seit der zitierten Erklärung des Bundesrates vom 13. Dezember 1937 die Verhältnisse insofern geändert, als England eine Währungsreform vornahm und dadurch zu verstehen gab, dass es den Zeitpunkt der Neubewertung seiner Goldvorräte für gekommen hielt, weil man mit einer Senkung des Goldpreises von 148,7 Schilling pro Unze Feingold auf seinen früheren Stand nicht mehr rechnet. Ich betone: England hat seine Goldvorräte aufgewertet, weil es mit einer Senkung des Goldpreises auf seinen früheren Stand nicht mehr rechnet. Daraus ergibt sich auch, dass die Verlustgefahr auf unseren Goldvorräten glücklicherweise eine nicht sehr grosse ist und dass man sich da nicht bange machen lassen muss mit sog. „riesigen Risiken".

Es liegt mir nun ferne, den Wert und die Notwendigkeit eines Währungsausgleiches bei unserer Nationalbank zu bestreiten. Ein solcher Fonds ist im Interesse der Stabilität unserer Währung dringend wünschbar, ja notwendig, besonders auch angesichts der starken Schwankungen der Weltwährung, namentlich auch als Einsatz bei massiven Kapitalabzügen aus der Schweiz. Die Schweiz kann ja unmöglich eine eigene Währungspolitik betreiben, sie muss wegen ihrer wirtschaftlichen Verbundenheit mit dem Ausland Anschluss an grössere Währungssysteme suchen. Gerade so gut, wie England einen Währungsausgleichsfonds nötig hat, gerade so gut hat ihn auch die Schweiz nötig. Ein gewisser, und zwar grosser Bestand an Gold und Devisen muss auch im Interesse der Zahlungsbereitschaft des Landes, namentlich aber aus Gründen der kriegswirtschaftlichen Vorsorge gehalten werden und auch als Kriegsreserve, sowie schliesslich als Reserve gegen Verlustgefahren auf den Devisen und eventuell auch auf dem Goldbestand, trotzdem dieses Risiko, wie ich bereits betont habe, nicht sehr gross ist. Es ist also vollkommen begreiflich, dass die Nationalbank (wie jedes Geschäft), sich gerne mit möglichst vielen und grossen Reserven ausstattet und sich gegen eine Preisgabe zur Wehr setzt. Soweit es notwendig und möglich ist, wollen wir der Nationalbank auch gerne behilflich sein, ihre Positionen zu verteidigen. Aber auch hier stellt sich die Frage des Masses. Eine kleine, einmalige Anzapfung ist noch lange keine Verzettelung. Für eine solche wäre ich auch nicht zu haben. Aber ich sage: in einer Zeit, da die Reservenbildung bei der privaten Wirtschaft, bei den meisten Eidgenossen so sehr eingeschränkt ist, wie heute, in einer Zeit, da viele Unternehmungen und Einzelpersonen sogar von den Reserven leben müssen, ist es nicht gesagt, dass nun gerade die Nationalbank ein Optium und Maximum von Reserven soll auf die Seite legen können. Die Reserven sind schliesslich überall dazu da, gerade in solchen Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben müssen, nützlich verwendet zu werden. Die Nationalbank begründet die Notwendigkeit möglichst grosser Reserven auch mit der Wünschbarkeit einer Erweiterung ihres Aufgabenkreises, z. B. zur Kursregulierung der eidgenössischen Obligationen, zur Finanzierung des Exportes, zur Billighaltung des Zinses usw. Ich weiss nicht, was die Banken, auch die Kantonalbanken in der Schweiz, zu diesen Bestrebungen sagen werden. Wahrscheinlich sind nicht alle darüber sehr erfreut. Einer der ersten Finanzmänner der Schweiz schreibt mir zu diesem Thema folgendes:

„Aus den Ausführungen der Leiter der Nationalbank hat man den vollendeten Eindruck, dass die Herren gegenwärtig keine andere Tendenz haben, als alle irgendwie erfindlichen Vorwände und ausländischen Vorbilder zusammenzutragen, die geeignet sein sollen, den Tätigkeitsbereich der Nationalbank zu erweitern und aus dem zentralen Noteninstitut diejenige Instanz zu machen, welche das Wirtschaftsleben der Schweiz über eine obrigkeitliche Kreditpolitik an das Gängelband nehmen soll.

„So wird auch das angebliche englische Beispiel herangezogen, um die ebenso angebliche Notwendigkeit zu demonstrieren, dass die Nationalbank über eine halbe Milliarde oder mehr soll verfügen können,

um Kapital- und Geldmarktpolitik zu treiben und die Zinssätze im Lande tief und stabil zu halten.

„Die wirtschaftliche Nützlichkeit tiefer Zinssätze ist aber sehr umstritten. Gewiss sind sie ausserordentlich bequem für Regierungen, welche in einer hemmungslosen neuen Verschuldung der öffentlichen Gemeinwesen die Panacee erblicken. Welche desaströse Folgen aber zu tiefe Zinssätze haben, das zeigen die enorm gesteigerten Schwierigkeiten aller Pensionskassen und Fürsorgeeinrichtungen, die Verlegenheiten der Lebensversicherungsgesellschaften, der Notstand bei den Kleinrentnern, welche ein arbeitsames Leben hindurch gespart haben, um sich im Alter ohne Staatshilfe durchzubringen. Wie ungesund zu tiefe Zinsen auch auf die landwirtschaftliche Verschuldung und die Güterpreise wirken, ist hinreichend bekannt. Zu welchen Kapitalfehlleitungen in der Wirtschaft sie veranlassen, ist für Einsichtige auch kein Geheimnis.

„Hinter all dem steckt die Weltbeglückungsidee, dass man in der Schweiz eine halb autarkische Geld- und Kapitalmarktpolitik treiben könne, was eine Illusion ist, solange wir mit den Märkten anderer Länder verbunden sind und nicht zur Devisenzwangswirtschaft greifen.

„Schon die vom Nationalrat beschlossene „Mobilisierung" eines Teils des Währungsausgleichsfonds zu lächerlichen Zinsfüssen zugunsten der Arbeitsbeschaffung ist meines Erachtens ein Unfug. Wenn man schon staatspolitisch die Arbeitsbeschaffung für dringlich hält, dann soll man sie gleich definitiv finanzieren, aber nicht ein so durchsichtiges Scheinmanöver einleiten.

„Die Nationalbank glaubt, sie könne, wenn ihr Hunderte von Millionen zur freien Verfügung überlassen werden, wie Moses das Rote Meer beschwören, während ringsum alle andern elend ersaufen würden."

So mein Gewährsmann. Und zum Schlusse schreibt er:

„Dass die Nationalbank sich übrigens wehrt, damit der ihr vom Himmel in den Schoss gefallene Abwertungsgewinn ihr nicht wieder entzogen werde, ist menschlich begreiflich. Er ist ein so bequemes Ruhekissen erstens und eine fabelhafte Bilanzverschleierungsmaschine zweitens, um welche die an streng gesetzliche Vorschriften gebundenen Banken sie beneiden. Dass er aber auf ewige Zeiten der Nationalbank als Ausgleichsfonds erhalten bliebe, ist keine Notwendigkeit, weder vom Standpunkt der Währung, noch von dem der Finanzen aus gesehen. An eine Wiederaufwertung der Währung glauben nur Gespensterseher; bei einer weiteren Abwertung der Hauptweltwährungen, denen wir nolens volens folgen müssten, wenn wir nicht die traurigen Erfahrungen seit 1931 wiederholen wollen, würde die Nationalbank nichts verlieren, sondern weitern Gewinn auf dem Gold machen. Sollte aber eines schönen Tages das Gold demonetisiert werden, dann würden wir uns, wie die andern Länder, eben auch auf neuen Wegen helfen müssen, und dann würde uns auch der Ausgleichsfonds nichts helfen oder nicht viel. Es scheint mir völlig klar zu sein, dass kein Staat seine Notenbank je wird fallen lassen können. Das krampfhafte Festhalten an der Totalität des Abwertungsgewinnes aber ist eigentlich ein Misstrauensvotum gegenüber dem Bundesrat und der Bundesversammlung. Was die Nationalbank auf die Dauer vernünftigerweise verlangen kann, ist, dass ihr etwa 150 Millionen vom Abwertungsgewinn als Reserve, nicht Ruhekissen, verbleiben; mehr wäre vom Uebel und würde auf Abwege führen.'

Ich gebe dieses Stimmungsbild aus der privaten Bankwelt nur als Beispiel, ohne alle Ausführungen zu den meinigen zu machen, ich würde der Nationalbank einen grössern Teil des Abwertungsgewinnes als Dauerreserve zubilligen. Aber in einem wichtigen Punkte bin ich mit dem Schreiber einig: So sehr es menschlich begreiflich ist, dass die Nationalbank sich für die Totalität des Abwertungsgewinnes wehrt und sie sogar zur Erweiterung ihrer Aufgaben verwenden und jetzt schon für erweiterte Zukunftsaufgaben in Reserve halten will, so sehr bin ich davon überzeugt, dass die Nationalbank wenigstens einen kleinen Teil des Gewinnes, die 150 Millionen, die der Nationalrat beschlossen hat, der lebenden aktiven Volkswirtschaft jetzt, wo Not an Mann ist, wirklich zur Verfügung stellen sollte, nicht nur als Vorschuss, weil blosse Vorschüsse nur eine Scheinfinanzierung bedeuten. Deshalb habe ich in der Kommission den Antrag gestellt, der zum Beschluss erhoben wurde und gedruckt vor Ihnen liegt.

Ich bin dabei so weit gegangen, nicht die sofortige Bezahlung des Geldes zu verlangen — ich kenne die jetzigen unsichern Zeiten gut genug, sondern dem Bundesrat die Wahl des Zeitpunktes zu überlassen, und ich glaube, damit sollte sich auch die Nationalbank abfinden können. Auch sie sollte das nötige Vertrauen zum Bundesrat aufbringen können. Schliesslich ist die Nationalbank für das Land und für die Gegenwart da. Wenn Sie es für zweckmässig erachten. können Sie ja noch beifügen: „Sobald der Bundesrat nach Anhörung der Nationalbank es für zweckmässig erachtet..."

Wenn ich nicht die sofortige Bezahlung der 150 Millionen verlange, sondern die Festsetzung des Zeitpunktes dem Bundesrate überlassen will, so leitet mich dabei die Erwägung, dass die Währungsausgleichsfonds in erster Linie als Abwehrmassnahme gegen die Fluchtkapitalien gebildet worden sind. Diese wiederum sind eine Folge nicht nur der politischen Unsicherheit, sondern auch der allgemeinen Unsicherheit, die durch die Währungsabwertungen und Währungsmanipulationen verursacht wurde. Mit einem wiederkehrenden Vertrauen bei Konsolidierung der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Lage werden wohl die für die Erschütterung der Geld- und Devisenmärkte so weitgehend verantwortlichen Fluchtkapitalien im heutigen Ausmass wieder aus der Welt verschwinden. Dann fällt die Hauptaufgabe der Währungsausgleichsfonds dahin, dann muss der Bundesrat, ohne von der Nationalbank abhängig zu sein, die Zahlung verfügen können.

Ich möchte also den Bundesrat frei machen von der Bedingung, dass der „Währungsausgleichsfonds der Nationalbank als Reingewinn verfügbar werde", eine Bedingung, deren Formulierung sowieso diskutabel ist und die auf alle Fälle abgeändert werden müsste. Denn: wann wird der Währungsausgleichsfonds in Reingewinn verwandelt? Wer

entscheidet darüber, ob diese wunderbare Verwandlung eingetreten sei? Ich vermute, die Nationalbank hätte es in der Hand, mit ihren Fonds-Plänen und mit ihrem Fondsstatut zu verhindern, dass nach dieser Formulierung überhaupt je von ihr das Vorhandensein eines Reingewinns zugestanden werden müsste. Sie kann immer die Notwendigkeit neuer Aufgaben und neuer Reserven vorschützen. Ich wiederhole aber, auch bei der Nationalbank ist die Frage der Reserven eine zeitlich bedingte Frage des Masses.

Zum Schluss unterbreite ich Ihrer Beurteilung noch ein weiteres Argument, das mir gewichtig scheint. In einer im November/Dezember 1938 erschienenen Studie von Charles Rist über «Les fonds d'égalisation des changes et leur action sur les prix et sur l'activité économique» in der «Revue d'économie politique» werden die in verschiedenen Ländern gegründeten derartigen Fonds und ihre Aufgaben einer eingehenden Würdigung unterzogen, wobei besonders zwischen zwei Systemen, einem englischen und einem amerikanischen, unterschieden wird. Das englische System bedeutet ein interessantes Instrument für die englische Währungspolitik; in Amerika ist der Fonds in ein kompliziertes System wirtschaftspolitischer Massnahmen eingebaut. In einzelnen Ländern wurden die Fonds sogar direkt zur eigentlichen Wirtschaftslenkung eingesetzt. Obwohl sich einzelne Fonds als geeignete Instrumente zur Kontrolle der Wechselkurse erwiesen haben, kommt eine interessante Studie des Schweizerischen Bankvereins vom März 1939 doch zum Ergebnis, dass einzelne Erfolge nicht über den engen Zusammenhang zwischen Währung und Finanzlage hinwegtäuschen können. Die Fonds vermögen eben nur dann eine Währung stabil zu erhalten, wenn die Voraussetzungen für eine gesunde Währung an sich vorhanden sind: ein ausgeglichener Staatshaushalt und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz.

Wir sehen, der Währungsausgleichsfonds ist nicht die alleinige und die wichtigste Stütze für unsere Währung. Viel wichtiger ist unsere ganze Finanzpolitik. Was nützen die schlummernden Goldmillionen schliesslich, wenn der Staat Defizit auf Defizit häuft?

Ich halte den Antrag der Kommission nach eingehendem Studium immer noch für richtig und füge zum Schlusse bei, dass die kantonale Finanzdirektorenkonferenz an die Kommission eine Eingabe gerichtet hat, wonach die Kantone eine allfällige Herausgabe eines Teils des Abwertungsgewinns nur als à conto-Zahlung annehmen, und zwar auf Grund des gesetzlich geordneten Verteilers.

Mit diesen Worten empfehle ich Ihnen Annahme des Kommissionsantrages gegenüber dem Beschlusse des Nationalrates. Es schadet jedenfalls nichts, wenn auch der Nationalrat diese Frage noch einmal gründlich prüfen muss.

Bundesrat **Obrecht:** Ich bedaure es persönlich, dass ich in diesem letzten Punkte der Kommission gegenüber eine abweichende Stellung einnehmen muss.

Ich habe den Beschluss der Kommission vom 10. März mit Schreiben vom 11. März dem Eidg. Finanzdepartement und der Nationalbank zur Kenntnis gebracht. Die Nationalbank hat in einem ausführlichen Schreiben vom 16. März geantwortet. In diesem Schreiben sind die Punkte aufgeführt, in denen die Fassung der ständerätlichen Kommission von der Lösung des Nationalrates abweicht. Das brauche ich Ihnen hier nach dem einlässlichen und klaren Votum des Herrn Kommissionsreferenten nicht zu wiederholen. Ich möchte Ihnen aber davon Kenntnis geben, was die Nationalbank am Schlusse ihres Schreibens ausführt:

„In Anbetracht der sehr entschiedenen Stellungnahme des Bankrates in den vorgenannten Punkten sehen wir keine Möglichkeit, eine Lösung zu finden, welche die Standpunkte der ständerätlichen Kommission und der Nationalbank in Uebereinstimmung bringen würde." Nachdem Nationalrat, Bundesrat und Nationalbank in den langen und oft mühsamen Verhandlungen eine gemeinsame Basis gefunden haben, würden wir es bedauern, wenn die getroffene Verständigung nicht aufrecht erhalten werden könnte.

Das Finanzdepartement hat sich am 18. März vernehmen lassen. Ich lese folgende Stelle vor. Das Schreiben ist von unserem neuen Kollegen, Herrn Bundesrat Wetter unterzeichnet. Es heisst da:

„Nachdem wir uns einen Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll der ständerätlichen Kommission verschafft haben, scheint es uns, dass es die Absicht des Antragstellers war, dem Bundesrat die Möglichkeit einzuräumen, auch unter andern Voraussetzungen bei der Schaffung einer neuen Goldparität auf den Abwertungsgewinn der Nationalbank zu greifen. Wir vermögen den Grund zu einer solchen Befugnis nicht einzusehen. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass in den eidgenössischen Räten und in der Oeffentlichkeit von Zeit zu Zeit immer wieder das Verlangen gestellt wird, der Bundesrat möge nun von seiner Befugnis Gebrauch machen und die 75 Millionen Fr. dem Währungsausgleichsfonds der Nationalbank entnehmen. Man wird versuchen, den Bundesrat von aussen her unter Druck zu setzen. Unliebsame öffentliche Erörterungen können die Folge sein."

Auch das Finanzdepartement lehnt diese Kompetenzerteilung an den Bundesrat ab, von der Ihre Kommission ausgehen möchte.

Die Kantone haben ihre Kantonalbanken, der Bund hat seine Nationalbank. Bei den Kantonalbanken ist das Verhältnis in der Regel so, dass die Kantone die Garantie für die Banken übernommen haben und für deren Gedeihen haftbar sind. Eine solche Garantieverpflichtung für die Nationalbank besteht zu Lasten des Bundes nicht. Aber die Nationalbank hat, obschon sie in die Form einer Aktiengesellschaft gekleidet ist und keine Bundesgarantie besitzt, die ungemein wichtige Aufgabe, die Währungspolitik zu führen. Sie ist das Instrument, um mit unserer Währung so zu manipulieren, wie es im Interesse ihrer Gesunderhaltung und der schweizerischen Volkswirtschaft am besten erscheint. Das ist eine ungemein wichtige, weitreichende, grosse Aufgabe, die der Nationalbank übertragen ist.

Wenn wir uns nun die Erfahrungen in Erinnerung rufen, die in den Kantonen mit den Kantonalbanken gemacht worden sind, so glaube

ich, feststellen zu dürfen, dass man überall dort nicht gut gefahren ist, wo man die Herren eines unabhängigen, fachkundigen Bankrates nicht hat walten lassen, sondern glaubte, von politischen Organen aus in die Sache hineinreden zu müssen. Das hat sich in einer ganzen Reihe von Kantonen nicht nur schlecht bewährt, sondern geradezu furchtbar ausgewirkt. Es gibt einzelne Kantone, mein Heimatkanton nicht ausgenommen, die in ganz bedenkliche Situationen hineingeraten sind, weil man politisch zuviel in die Bankführung hineingeredet hat. Es kommt nicht von ungefähr, dass man im Verlaufe von 100 Jahren, seit man die Kantonalbanken zu gründen begonnen hat, immer mehr dazu übergegangen ist, den Bankrat als das verantwortliche Kollegium unabhängig von politischen Behörden zu bestellen. Diese haben lediglich den Bankrat zu ernennen, weil schliesslich irgend jemand diese Ernennung vornehmen muss. Aber man hat die Einmischung von seiten der Politik in die Geschäftsführung der Bank abgelehnt, diese Einmischung ausgeschaltet und ist zu einer Leitung übergegangen, die sich nur geschäftsmässig und sachgemäss orientieren lässt.

Ich bin der Auffassung, dass wir gut daran täten, gegenüber unserer Nationalbank grundsätzlich den gleichen Standpunkt einzunehmen. Wir können hier die besten Köpfe zu Rate ziehen; sie werden bei der Frage, ob man diesen Abwertungsgewinn verteilen solle, und, wenn ja, wieviel man der Nationalbank belassen wolle, zu sehr verschiedenen Urteilen kommen. Man möge doch der Nationalbank Gelegenheit geben, diese Frage in erster Linie von sich aus zu stellen, zu prüfen und zu beantworten.

Auf Grund dieses Gedankenganges stehen wir auf dem Boden, dass wir vom Bundesrat, aber auch von den eidgenössischen Kammern aus gegenüber der Nationalbank betreffend die Verfügung über den Abwertungsgewinn nichts unternehmen, nichts entscheiden sollten, wozu die Nationalbank nicht ihre Zustimmung geben kann. Das bietet eine sichere Garantie dafür, dass wir als politisches Kollegium — ein solches ist sowohl der Nationalrat wie der Ständerat und der Bundesrat — nicht etwas beschliessen, das sich vielleicht mit der Zeit verhängnisvoll auswirken könnte. Deshalb scheint es mir nicht empfehlenswert, nachdem es gelungen ist, zwischen Nationalrat, Bundesrat und Nationalbank schliesslich zu einer Verständigung zu gelangen, von dieser Lösung abzuweichen. Das halte ich für gefährlich. Man sollte dies grundsätzlich nicht tun und auf dem Boden der Verständigung bleiben.

Nun gebe ich Herrn Ständerat Dr. Keller ja darin recht, wenn er sagt: Man ist bisher zu viel von der Meinung ausgegangen, dass ein verfügbarer Goldgewinn erst in Betracht komme, wenn der Schweizerfranken seinem Goldgewicht nach neu bestimmt, wenn ein festes Verhältnis zwischen Goldgewicht und Wert des Frankens wieder hergestellt sei. Dann hat man einen stabilen, festen Franken und kann den Goldgewinn der Nationalbank genau berechnen. Solange das Goldgewicht des Frankens nicht gesetzlich bestimmt ist, kann keine Berechnung zutreffend sein, weil eben die Berechnungsgrundlage fehlt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Herr Dr. Keller recht hat, wenn er befürchtet, man werde überhaupt nicht mehr zu einem fixen Goldgehalt der Währungseinheit kommen. Wenn man nur im Falle der Stabilisierung an die Inanspruchnahme des Goldgewinnes der Nationalbank denken wollte, würde eine Verfügung vielleicht überhaupt nie möglich. Es sei aber eine unbefriedigende Lösung, wenn der Bund und die Kantone zur Beschaffung von Mitteln Reskriptionen ausstellen müssten, wodurch sie verpflichtet würden, anderseits aber die Verwendung des Goldgewinnes nie eintreten würde. Das gäbe eine ewige Schuld in Form von Reskriptionen, die nach dem Bankengesetz nur eine Dauer von 3 Monaten haben sollten. Das wäre also keine befriedigende Lösung.

Ich glaube nun doch, dass es in Wirklichkeit nicht so herauskommen wird, dass über den Abwertungsgewinn der Nationalbank erst verfügt wird, wenn wieder eine feste Relation zwischen der Währungseinheit und ihrem Goldgewicht hergestellt ist. Ich spreche im Namen des Bundesrates, wenn ich sage, dass die Nationalbank in nicht zu ferner Zeit dazu wird kommen müssen, von sich aus einen Vorschlag an den Bundesrat zuhanden der eidgenössischen Räte einzureichen, auf welche Art und Weise über ihren Goldgewinn verfügt werden soll. Dabei wird in erster Linie an die Nationalbank selber gedacht werden müssen. Die Nationalbank als Währungsinstitut ist bei ihrer heutigen Bilanzstruktur den Risiken unter Umständen gar nicht gewachsen. Es ist bei der Abwertung des Pfund Sterlings vorgekommen, dass Notenbanken in einer Nacht Verluste von 50 Millionen Schweizerfranken erlitten haben. Es war glücklicherweise nicht unsere, aber eine andere, nicht erheblich grössere Bank, als die schweizerische Nationalbank. Die Nationalbank hat ein Aktienkapital von nominell 50 Millionen Fr. Davon ist die Hälfte einbezahlt, also ist nur eine Aktientranche von 25 Millionen Fr. verfügbar. Was geschieht, wenn die Nationalbank einmal in einer Nacht einen Währungsverlust von 50 Millionen Fr. erleiden sollte? Dann müsste der Bund einspringen, um solche Verluste auszugleichen; denn sonst fände die Notenbank kein Vertrauen mehr, und das könnte zur Katastrophe führen.

Es wird also unerlässlich sein, dass wir bei der Verfügung über den Goldgewinn in erster Linie an die Nationalbank denken und ihr diejenige Rückendeckung geben, die sie nach den gemachten Erfahrungen nötig hat. Darüber gehen die Meinungen des Kommissionsreferenten und des Sprechenden nicht auseinander.

Was über die Risikodeckung hinaus verfügbar ist, soll nicht auf unbestimmte Zeit gehütet werden, sondern darüber soll verfügt werden können. Man kann nicht warten, bis in den letzten Details normale Verhältnisse eingetreten sind. Das werden wir alle ja nicht mehr erleben. Ich stelle mir das Vorgehen also so vor, dass die Nationalbank von sich aus dieser Frage nähertreten soll, dass sie dem Bundesrat einen Vorschlag einreicht, und dass dieser die ganze Frage auf den Weg bringt, welchen wir begehen müssen, um zu einer solchen Verfügung zu gelangen. Wir stehen ja in engem Kontakt mit unserer Nationalbank. Wir haben im Bundesrat eine Finanzdelegation, die unter dem Vorsitz des Chefs des Finanzdepartements steht;

ferner gehören der Finanzdelegation der Stellvertreter des Finanzdepartementes (heute Herr Bundesrat Pilet-Golaz) und der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes an. Wir drei Mitglieder der Finanzdelegation haben häufig Sitzungen mit dem Direktorium der Nationalbank. Es ist hier also ein enger Kontakt gewahrt. Sie dürfen sicher sein, dass ich nicht phantasiere, wenn ich von einem solchen Vorgehen für die Verfügung über den Goldgewinn der Nationalbank spreche. Wir legen damit die entscheidende Stellung in die Nationalbank und nicht in die Hand politischer Behörden. Wir wollen grundsätzlich den Fehler nicht begehen, dass wir in so wichtigen, fachtechnischen Fragen vom Parlament oder vom Bundesrat aus die Entscheidung träfen, sondern sie soll aus der Nationalbank selbst herauswachsen. Wenn man so vorgeht, dient die Lösung, wie sie der Nationalrat beschlossen, jedenfalls vollständig, und wir bleiben dem Kompromiss treu, der nach mühsamen Verhandlungen gefunden worden ist und schaffen nicht unnötigerweise eine neue Differenz. Ich möchte Ihnen aus all den Gründen empfehlen, dem Nationalrat beizupflichten und den Antrag Ihrer Kommission nicht gutzuheissen.

Keller, Berichterstatter: Die Haltung des Bundesrates gegenüber der Nationalbank war nicht immer so jungfräulich zaghaft, namentlich nicht, als der Bundesrat im September 1936 gegen den Willen der Nationalbank die Abwertung beschlossen hat. Damals war die entscheidende Behörde die politische und nicht die technische Behörde. So gut der Bundesrat von sich aus, gegen die Nationalbank, die Abwertung beschlossen hatte, so gut soll er allein das entscheidende Wort darüber sprechen, wann die 150 Millionen freigegeben werden sollen. Ich gebe nicht viel für den Wechsel auf die Zukunft, die Nationalbank werde von sich aus einen Vorschlag machen. Ich glaube nicht an diesen Vorschlag, nachdem ich die Voten der Herren Bachmann und Weber vernommen habe. Darum halte ich am Antrag der Kommission fest.

Eventuell wäre für die Beratungen in der nationalrätlichen Kommission zu erwägen, ob man nicht statt „Wenn der Währungsausgleichsfonds Reingewinn wird", sagen sollte „wenn sich die Verhältnisse wesentlich ändern", oder irgend so etwas. Die Abhängigmachung vom „Reingewinn werden", vom Wunder der Verwandlung ist etwas juristisch zu Unklares.

M. **Béguin:** On a eu tort, au Conseil national, d'introduire dans cet arrêté fédéral des dispositions relatives à l'utilisation du fonds d'égalisation des changes. Jusqu'ici on a toujours considéré qu'il s'agissait là d'un problème relevant exclusivement de la loi sur la Banque nationale. On a toujours estimé que dans ce domaine-là les pouvoirs publics doivent être extrêmement prudents et réservés, c'est-à-dire observer l'attitude dont M. le Conseiller fédéral, chef du Département de l'Economie, a parlé en termes que j'approuve pleinement.

Je pense qu'il est fâcheux qu'on ait introduit dans ce texte — c'est le Conseil national qui l'a fait, et non pas le Conseil fédéral qui, fort heureusement, n'est pas responsable de cette erreur — des dispositions de cette nature-là, pour faire discuter devant le peuple une question qu'on n'est pas obligé de lui soumettre par la voie d'une votation populaire.

Si, Messieurs, on voulait absolument tenir compte des avances qu'on propose de faire sur ce fonds d'égalisation des changes, il faudrait transporter cette question dans l'arrêté fédéral, non soumis au peuple, relatif à la défense nationale et au programme de lutte contre le chômage. Il n'est pas sain d'introduire dans un débat politique tel que celui qui aura lieu à l'occasion du vote sur ce double arrêté fédéral, un problème de cette nature-là. Et la discussion, la grosse divergence de vues qui s'est produite sur ce point entre le président de la commission, qui a pris l'initiative d'un texte voté à la majorité et non pas à l'unanimité de la commission, et le Conseil fédéral, représenté aujourd'hui dans cette question d'une façon très compétente par le chef du Département de l'Economie publique, alors que généralement c'est le chef du Département des Finances qui s'occupe des relations officielles entre le Conseil fédéral et la Banque nationale, tout cela démontre la situation extraordinaire dans laquelle nous sommes aujourd'hui et combien il est regrettable qu'on prépare maintenant, en vue d'une discussion populaire qui portera sur ce point, un débat qui ne devrait pas avoir lieu, dans l'intérêt du maintien du crédit national, du maintien de notre monnaie et de la réserve qu'on doit garder vis-à-vis d'un tel problème.

Je dis cela à titre d'introduction, pour vous demander de faire droit ici à la proposition de la minorité de la commission qui, d'accord avec le Conseil fédéral, vous propose d'adhérer au Conseil national.

C'est M. le président de la commission qui a proposé de modifier ce texte de la décision du Conseil national. Cet objet est venu en discussion au dernier moment, à la veille de la clôture des débats de la commission qui avait siégé trois jours à Lugano. J'ai l'impression qu'au moment de cette votation plusieurs d'entre nous n'ont peut-être pas attaché une importance suffisante à la décision qu'on allait prendre.

Le Conseil fédéral, avec infiniment de raison, vous a demandé de ne pas faire intervenir la politique soit du Conseil fédéral, soit de l'Assemblée fédérale, dans ce domaine délicat, spécial, au sujet duquel nous devons forcément nous en remettre à la Banque nationale. Je crois que nous ferions bien, aujourd'hui, de nous en tenir à la décision du Conseil national. Nous éviterons ainsi une divergence et le Conseil national n'aura pas à reprendre une discussion qui, je le répète, n'est pas dans l'intérêt du maintien de notre monnaie.

Je vous propose donc, au nom de la minorité de la commission — car il y en a une sur ce point — et avec le Conseil fédéral, d'adhérer au Conseil national, lequel a admis un compromis qu'il serait dangereux de remettre en question.

M. **Piller:** Je ne veux pas prolonger la discussion, puisque M. le Président tient à tout prix à liquider cet objet aujourd'hui. Mais je voudrais dire combien je crains que l'adoption du chiffre 4, que ce soit dans la texte du Conseil national ou dans le

texte de la commission du Conseil des Etats tel que nous l'a exposé M. le Président de la commission, notre éminent collègue M. Keller, n'ait des conséquences désagréables. Au point de vue psychologique, on continue à laisser croire au pays qu'il y a là un bénéfice réalisé, que l'on peut partager et dont on peut se faire dire quand et comme on veut. L'arrêté fédéral que nous discutons contient tout ce que l'on veut: il y a des dispositions d'ordre militaire, des mesures destinées à lutter contre le chômage, des dispositions d'ordre économique, et, pour faire de l'économie, on recourt à des dispositions d'ordre financier: on introduit un impôt compensatoire, on veut enfin disposer d'une partie du fonds d'égalisation des changes alors qu'il faudrait, en bonne technique législative, commencer par modifier sur ce point la loi sur la Banque nationale.

Il m'est impossible de me rallier à une technique pareille. J'estime que ce n'est pas à nous à introduire dans la vie courante la maxime que la fin justifierait les moyens. Je crois qu'il ne faut pas manipuler à la légère ce fonds d'égalisation des changes et qu'il convient de laisser à la Banque nationale la responsabilité de sa gestion. Il ne faut pas oublier non plus que la fonction la plus noble de la monnaie est de conserver la richesse; il ne faut pas que l'Etat se fasse à la légère faux monnayeur; la monnaie doit permettre précisément de ménager les transitions et les évolutions, mais elle ne peut jouer ce rôle qu'à une condition: c'est qu'elle soit stable.

Le Conseil fédéral et les Chambres ont refusé de donner suite à des projets qui, à un moment donné, étaient en l'air et qui tendaient à frapper d'un impôt la vente de l'or, le bénéfice de la dévaluation. On voudrait aujourd'hui frapper d'une contribution la Banque nationale; on veut frapper en somme ce fonds d'égalisation des changes sans avoir pris les précautions préliminaires qui eussent été indiquées. Dans ces conditions et pour simplifier tout ce débat, je dis que la question peut être reprise dans le cadre d'une revision éventuelle de la loi sur la Banque nationale, et, puisque le Conseil fédéral nous dit aujourd'hui qu'il est probable que cette question sera soulevée par la Banque nationale elle-même, je propose pour l'instant de supprimer purement et simplement le chiffre 4 du projet d'arrêté que nous discutons.

Bundesrat **Obrecht:** Zuhanden von Herrn Piller möchte ich nochmals feststellen, dass Ziffer 4, wie sie der Nationalrat beschlossen hat, mit voller Zustimmung der Nationalbank, und zwar nicht nur des Direktoriums, sondern auch des Bankausschusses und des Bankrates gefasst wurde. Die Sache ist sogar dem Bankrat unterbreitet worden. Die Redaktion stammt von Herrn Prof. Bachmann, dem Präsidenten des Direktoriums. Von irgendwelcher Entbindung der Nationalbank kann keine Rede sein. Deswegen bin ich beruhigt; aber ich bin bei keiner Lösung beruhigt, der nicht die Nationalbank tale quale ihre Genehmigung erteilt hat.

Iten: Ich möchte anfragen, ob die Aeusserung des Kommissionspräsidenten, wonach er damit einverstanden wäre, dass man sagt: „Sobald der Bundesrat nach Anhörung der Nationalbank es für zweckmässig erachtet ...", in Form eines Antrages schon gestellt worden ist. Wenn nicht, so würde ich diesen Antrag stellen. Ich glaube, dadurch würde man der Auffassung des Nationalrates eher entgegenkommen. Ich persönlich könnte dann der Fassung der Kommissionsmehrheit zustimmen.

Amstalden: Ich möchte an den Bundesrat die Anfrage richten, ob, sobald das Parlament erklärt, der Abwertungsgewinn der Nationalbank ist Reingewinn, dann die Krisenabgabe bezahlt werden muss. Das ist für uns in den Kantonen nicht gleichgültig, namentlich für diejenigen, die an der Krisenabgabe der Nationalbank von 40 % nicht partizipieren. Denn es ist mir gesagt worden, sobald diese Reserve als Reingewinn erklärt werde, werde die eidgenössische Steuerverwaltung kommen und die Krisenabgabe verlangen. Diese Frage möchte ich sehr gerne abgeklärt wissen.

Bundesrat **Obrecht:** Zuerst will ich mich zum Antrag von Ständerat Iten äussern. Dieser möchte eine Anregung Dr. Kellers aufnehmen und einfügen: „Sobald der Bundesrat nach Anhörung der Nationalbank es für zweckmässig erachtet ..." Wenn diese Bestimmung bedeutet, wir sollen die Nationalbank zuerst fragen, so brauchen Sie das nicht in den Verfassungstext aufzunehmen. Dies werden wir ohnehin von uns aus tun. Wenn es aber heissen soll: „ohne das Einverständnis der **Nationalbank" werde der Bundesrat nicht handeln, dann nützt die ganze Aenderung nichts. Dann stehen Sie wieder auf dem Boden des Nationalrates, und das, was Herr Ständerat Keller möchte, hängt dann in der Luft. Ich sehe also den Wert einer solchen Ergänzung nicht ein.**

Ueber die Frage der Unterstellung des Goldgewinnes der Nationalbank unter die Krisenabgabe kann ich keinen Aufschluss geben. Ich weiss, dass die eidgenössische Steuerverwaltung sich hier schon geregt hat, und es könnte natürlich daraus ein Konflikt zwischen dem Finanzdepartement und der Nationalbank entstehen, d. h. zwischen dem Finanzdepartement als Vertreter des Fiskus und der Nationalbank in Vertretung der Steuerpflichtigen. Aber, wenn diese Suppe eingebrockt werden sollte — ich weiss also heute nicht, ob sie schon über dem Feuer ist oder nicht —, so wird sie ja nicht ausgegessen werden können, ohne dass man in der Sache auch mit den Kantonen Fühlung nimmt. Aber eines kann ich hier mit Bestimmtheit erklären: Es würde nicht angehen, dass das Finanzdepartement einfach in Vertretung des Fiskus einen grossen Teil des Goldgewinnes via Steuer für sich beansprucht und den Rest der Verteilung zwischen Bund, Kantonen und Nationalbank überlässt. Das wird alles insgesamt Gegenstand der Verhandlungen mit den Kantonen bilden und infolgedessen darf ich Herrn Ständerat Amstalden jedenfalls dahin beruhigen, dass hier nicht im stillen Kämmerlein über etwas entschieden wird, das die Interessen der Kantone in weitestgehendem Masse berührt.

Amstalden: Sie wissen, dass 40 % der Krisenabgabe an die Kantone gehen. Die Hauptsache nehmen zwei Kantone, sowie die übrigen Kantone, die Filialen haben. Der Verteiler ist mir nicht be-

kannt. Es gibt eine ganze Reihe von Kantonen, die ungerechterweise von diesen 40 % Krisenabgabe der Nationalbank nichts bekommen. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Wir sind einverstanden, dass man hier nach Antrag des Bundesrates oder der Kommission im Prinzip vom Abwertungsgewinn etwas wegnimmt. Wir können uns aber nicht damit einverstanden erklären, dass der ganze Abwertungsgewinn als Reingewinn der Nationalbank betrachtet und der Krisenabgabe unterworfen wird. Wenn derart vorgegangen würde, so würde ich für den Antrag Piller stimmen, d. h. Streichung der Ziffer 4.

Keller, Berichterstatter: Ich glaube, Herr Amstalden hat es in der Hand, bei der kommenden Finanzreform einen Antrag im Sinne seiner Ausführungen zu stellen. Ich glaube nicht, dass die Verhältnisse sich so rasch ändern, dass dieses Geld herausgegeben wird, bevor wir die Finanzreform hier behandeln.

M. **Malche:** Je voudrais ici expliquer le point de vue de ceux qui sont opposés à l'ensemble du projet, en partie à cause de ce chiffre 4.

J'ai sous les yeux le 31e rapport de la Banque nationale suisse pour l'exercice 1938. A la page 15 de ce document, il est dit: «Cette année encore le prétendu bénéfice sur l'or de la Banque nationale n'a pas cessé d'intéresser vivement le public.» Et, à propos des débats sur la distribution de ce prétendu bénéfice de réévaluation, la Banque nationale ajoute que, bien qu'elle ait persisté, d'accord avec le Conseil fédéral à montrer les conséquences monétaires défavorables qui résulteraient de la répartition de fonds appartenant au fonds d'égalisation des changes, elle a déclaré, d'autre part, que, dans les limites d'escompte fixées dans chaque cas par les autorités de la Banque, elle était prête à mettre son crédit à la disposition de la Confédération et des cantons...» etc. Il s'agit de crédit, notons-le. La Banque déclare ceci: «La Banque nationale devrait ouvrir deux crédits de 75 millions chacun destinés, l'un à la Confédération, l'autre aux cantons... Ils seraient compensés plus tard avec les parts de la Confédération et des cantons au bénéfice de réévaluation...»

Enfin ceci: «Les autorités de la Banque ont approuvé ce projet en admettant que les crédits en question seraient remboursés dans la mesure où ils ne pourraient être compensés de la manière prévue...»

Vous voyez donc qu'il s'agit ici, en tout état de cause, de deux groupes de crédits distincts, de 75 millions chacun, qui devraient être remboursés d'une façon ou d'une autre. Par conséquent, il ne s'agit pas d'une couverture réelle, mais d'une avance; c'est une dette.

Je tenais à bien le souligner parce que, d'une part, sans vouloir revenir sur la question de l'impôt compensatoire et de la perspective de 140 millions qu'il laissait entrevoir, la couverture, ici encore, n'est que partielle, hypothétique, de sorte que ceux qui, comme moi, jugent cette couverture insuffisamment établie et qui estiment que l'on n'a pas assez respecté le principe en vertu duquel de nouvelles dépenses ne peuvent être décrétées que si des économies ou de nouvelles recettes en assurent la couverture, prendront position, en partie à cause de cet article, contre le projet. Je dois dire que devant ces difficultés je comprends un peu l'attitude de notre collègue M. Piller qui veut supprimer tout l'article. Pour ma part, si je devais manifester une préférence pour l'une des deux rédactions sorties de nos Conseils, je me rangerais quand même à celle du Conseil national, qui est plus prudente et qui dit: «... si le fonds d'égalisation des changes laisse un bénéfice net disponible...». Mais dans les deux cas vous voyez qu'il s'agit d'une avance et, je le répète, d'une dette.

Präsident: Es liegen drei Anträge vor, nämlich:

der Antrag der Kommissionsmehrheit, wie er von Herrn Dr. Keller begründet worden ist;

der Antrag der Kommissionsmehrheit (von Herrn Béguin in Uebereinstimmung mit Herrn Bundesrat Obrecht, die nationalrätliche Fassung aufzunehmen);

und schliesslich der Antrag von Herrn Ständerat Piller, überhaupt keine Ziffer 4 aufzunehmen.

Keller, Berichterstatter: Damit keine Eventualabstimmung vorgenommen werden muss, erkläre ich mich im Interesse der Vereinfachung einverstanden, meinem Antrag die Worte beizufügen: „Nach Anhörung der Nationalbank".

Präsident: Es macht sich kein Widerspruch geltend. Sie haben also die Fassung der Kommissionsmehrheit unter Zufügung der Worte „nach Anhörung der Nationalbank" angenommen.

Wir werden nun in einer Eventualabstimmung feststellen, ob Sie dem Antrag der Kommission den Vorzug geben oder den Antrag Béguin (nationalrätliche Fassung) akzeptieren.

Abstimmung. — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:

Für den Antrag der Mehrheit	20 Stimmen
Für den Antrag Béguin	17 Stimmen

Definitiv — Définitivement:

Für den Antrag Piller	12 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	23 Stimmen

Litera B, C, D.

Antrag der Kommission.

Lit. B, C. Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Lit. D, Abs. 1. Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Abs. 2. Nach Tilgung der in Lit. A, Ziffer 3, genannten Summe von 140 Millionen Franken durch den Reinertrag der Ausgleichsteuer tritt dieser Bundesbeschluss ausser Kraft.

Lettres B, C, D

Proposition de la commission.

Lettres B, C. Adhérer à la décision du Conseil national.

Lettre D, al. 1. Adhérer à la décision du Conseil national.

Al. 2. Il sera abrogé lorsque le rendement de l'impôt compensatoire aura permis d'amortir les 140 millions de francs mentionnés au chiffre 3 de la lettre A.

Keller, Berichterstatter: Wir sind nun glücklich mit den Ziffern 3 und 4 zu Ende gekommen, worüber sich besonders der Herr Präsident freuen wird. Wir kommen nun noch zur Liquidation von Litera D, da die Lit. B und C unbestritten sind. In Absatz 1 wird, wie ich im Eintretensvotum gesagt habe, die Beziehung hergestellt zwischen der Initiative und der Vorlage. Sie haben Herrn Ständerat Klöti gehört, als er sich in seinem Eintretensvotum beklagte, das Verhältnis zur Initiative sei deswegen rechtlich nicht klargestellt, weil der Nationalrat über die Initiative noch gar nicht abgestimmt habe. Diese Beschwerde ist begründet. Nach meiner Auffassung ist der Nationalrat verpflichtet, vor oder gleichzeitig mit der Schlussabstimmung über diese Vorlage auch über die Initiative abzustimmen und dann, wenn er die Initiative ablehnt, diese Vorlage, Prestige hin oder her, als Gegenvorschlag der Bundesversammlung zu erklären. Das ist das gesetzliche Verfahren nach Art. 121 der Bundesverfassung. Ich denke, ein anderes kommt überhaupt nicht in Frage. Ich möchte Ihnen empfehlen, Abs. 1 anzunehmen, so wie er hier gedruckt vor Ihnen liegt und wie ihn der Nationalrat beschlossen hat.

Was Abs. 2 betrifft, müssen wir die 135 Millionen in 140 Millionen verwandeln. Ich empfehle Ihnen also Annahme von Lit. D.

Ich will, um nicht mehr sprechen zu müssen, gleich beifügen, dass wir zu den Postulaten des Nationalrates keine Stellung zu nehmen haben. Es sind sog. unilaterale, einseitige Prüfungspostulate, die uns in keiner Weise zur Stellungnahme verpflichten. Die Kommission sieht davon ab, eines der zwei Postulate zu dem ihrigen zu machen. Es bleibt nur noch das Postulat Bally zu besprechen, wenn Sie das heute noch erledigen wollen.

Angenommen. — *Adopté.*

Präsident: Wollen Sie Rückkommensanträge stellen? Es scheint nicht der Fall zu sein.

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussentwurfs	25 Stimmen
Dagegen	11 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Präsident: Bezüglich der Postulate Bally und Iten erhält Herr Bundesrat Obrecht das Wort.

Postulat Bally.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber zu berichten:

a. ob nicht gleichzeitig mit der Betriebszählung von 1939 eine Enquete über die Verhälfnisse beim Kleinhandel und Kleingewerbe durchgeführt werden sollte;

b. wo die Ursachen der Notlage des Kleinhandels liegen und wie ihr wirksam begegnet werden kann?

Postulat Bally.

Le Conseil fédéral est invité à faire rapport sur les questions suivantes:

a. Une enquête sur la situation du petit commerce et de la petite industrie ne pourrait-elle pas être combinée avec le recensement des entreprises de 1939?

b. Quelles sont les causes de la détresse du petit commerce et comment pourrait-on mettre un terme à cette détresse?

Zusatzantrag Iten zum Postulat Bally.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber zu berichten:

a. ...

b. ...

c. ob nicht die vom Volkswirtschaftsdepartement publizierte Kleinhandelsstatistik dergestalt umgearbeitet werden könnte, dass die Umsatzverschiebungen zwischen Gross- und Kleinunternehmungen im Detailhandel ersichtlich sind;

d. ob für die existenz- und verdienstlos gewordenen und noch werdenden Handwerker und Detailhändler, sowie deren Arbeiter und Angestellte eine wirksame Sozialfürsorge, z. B. Arbeitslosenversicherung, Stellenvermittlung oder dergleichen geschaffen werden könnte.

Proposition Iten complétant le postulat Bally.

Le Conseil fédéral est invité à faire rapport sur les questions suivantes:

a. ...

b. ...

c. La statistique du petit commerce publiée par le Département de l'Economie publique ne pourrait-elle pas être remaniée de façon à montrer dans quelle mesure les grandes entreprises du commerce de détail réduisent le chiffre d'affaires des petites entreprises?

d. Ne serait-il pas possible de prendre des mesures efficaces (par exemple, sous la forme d'une assurance-chômage, d'un service de placement, etc.) en faveur des artisans et détaillants, qui sont ou seront privés de leurs moyens d'existence, ainsi qu'en faveur de leurs employés et ouvriers.

Bundesrat **Obrecht:** Ich hätte sehr gerne Hand geboten, diese beiden Postulate gleich im Anschluss an die Vorlage zu behandeln. Aber ich hatte nicht Gelegenheit, mich vom Bundesrat ermächtigen zu lassen, die Postulate entgegenzunehmen oder abzulehnen. Es sind doch Postulate von erheblicher Tragweite. Wenn wir eine Arbeit unternehmen sollen, die darüber berichtet, wo die Ursachen der Notlage des Kleinhandels liegen, wie ihnen wirksam entgegenet werden kann, so sehen Sie wohl ein, dass ich Gelegenheit haben muss, dem Bundesrat Bericht zu erstatten. Dass solche Untersuchungen Geld kosten, hat auch Herr Bally selbst eingesehen; in Lugano wollte er noch einen Kredit von 1 Million Fr. damit verbinden; ich bringe das nur in Erinnerung, um zu zeigen, dass die Sache

nicht nur ein Wunsch ist, bei dem ich mir erlauben kann, von mir aus die Meinung des Bundesrates zu supponieren. Der Bundesrat muss mich ermächtigen, in welcher Weise ich die Postulate entgegennehmen soll. Ich glaube, es hätte keinen grossen Wert, jetzt die Postulate begründen zu lassen und später auf die Stellungnahme des Bundesrates zurückzukommen. Verschieben Sie die Behandlung dieser Postulate, bis ich in der Lage bin, dazu Stellung nehmen zu können.

Präsident: Ich nehme an, dass Sie mit dem Vorschlag von Herrn Bundesrat Obrecht einverstanden sind.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 29. März 1939.
Séance du 29 mars 1939, matin.

3825. Förderung des Ackerbaus.
Extension de la culture des champs.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

Botschaft und Beschlussentwurf vom 12. Dezember 1938 (Bundesblatt II, 1055). — Message et projet d'arrêté du 12 décembre 1938 (Feuille fédérale II, 1063).

Beschluss des Nationalrats vom 2. Februar 1939.
Décision du Conseil national, du 2 février 1939.

Antrag der Kommission.

Eintreten

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Weber, Berichterstatter: Schon seit einigen Jahren haben die führenden bäuerlichen Organisationen der Schweiz, insbesondere der Schweizerische Bauernverband, die Parole ausgegeben: Zurück in den Betrieb, zurück auf die landwirtschaftseigene Futterbasis, zurück zur Selbstversorgung! Es war das besonders während jener Jahre, wo zufolge des völlig zusammengebrochenen Weltmarktes die Kraftfuttermitteleinfuhr sich in beängstigender Weise steigerte. Damals entstand für jene Produzenten, die in übermässiger Weise der künstlichen Fütterung oblagen, die Bezeichnung Bahnhofbauer. Gemeint war damit der Bezug des Viehfutters ab Bahnrampe statt von der eigenen Wiese, vom eigenen Acker, vom eigenen Garten. Es war ja begreiflich, dass es so kommen konnte, weil wir eine Zeitlang Maispreise hatten von bloss 10 Fr. je 100 kg, der Weizen auf 12—13 Fr. gesunken war, der Hafer bloss 10—12 Fr. je Doppelzentner kostete.

Diese Verhältnisse führten bekanntlich zur Milchschwemme vom Jahre 1933/34 und diese wiederum zur Initiative der Verbände und der bäuerlichen Hauptvereinigungen, die eingeführten Futtermittel mit Zollzuschlägen zu belasten. Die Massnahme hatte die Wirkung, die Futtermitteleinfuhr, die im Jahre 1933 die Rekordmenge von 80 000 Wagen überschritt, wieder auf 45—50 000 Wagen im Jahresdurchschnitt zurückzuführen. Trotz alledem ist auch dieses Quantum im Hinblick auf die fortwährenden Schwierigkeiten des Absatzes der Milchprodukte noch sehr hoch. Es lag deshalb der Gedanke nahe, einen Teil dieser Kraftfuttermittel durch die eigenen Produktionsmöglichkeiten zu ersetzen. Die Aufforderung und Ermahnung von Seite der bäuerlichen Organisationen hatten allerdings, man muss das auch heute noch zugestehen, nicht den gewünschten Erfolg, was um so begreiflicher war, als die Preise für fremdes Futtergetreide trotz der Belastungen an der Grenze stets wesentlich tiefer waren als die Produktionskosten der gleichen Provenienz, dies insbesondere für Hafer, Gerste und Mais im Inland. Der Bauer muss in der heutigen Zeit schliesslich auch rechnen und die Betriebsaufwendungen den Betriebseinnahmen tunlichst anpassen, um nach Möglichkeit ein positives Betriebsergebnis zu erzielen. Die Mahnungen konnten unter diesen Umständen keine grosse Wirkung erreichen.

Eine leichte Besserung auf dem Gebiete des inländischen Futterbaues ist erst seit Inkrafttreten der Schweinekontingentierung zu beachten, indem der Umfang der Kontingente von der Verfütterung eigener oder zum mindesten einheimischer Futtermittel abhängig gemacht wurde. Das war bekanntlich eine jener Bedingungen, die aufgestellt wurden, um die betriebseigenen Futtermittel besser verwerten zu können. Die grossen Schweinehalter der Ostschweiz mussten Futterkartoffeln inländischer Herkunft verfüttern, welche sie sonst nicht erhalten konnten. Im Jahre 1933 erreichte die Futtergetreideanbaufläche den Tiefstand von nur 14 000 ha. Sie wurde bis zum Jahre 1937 auf rund 16 000 ha gesteigert. Der Erfolg war trotzdem ein bescheidener, hauptsächlich deshalb, weil man der ausländischen Konkurrenz fast schutzlos gegenüberstand.

Zu diesen mangelhaften Voraussetzungen des Betriebserfolges gesellten sich weitere Unzukömmlichkeiten. Die natürlichen Produktionsvoraussetzungen prädestinieren unser Land zu Milch- und Viehwirtschaft, etwas, was nie wegzudiskutieren sein wird. Nach der Inkraftsetzung des neuen Getreidegesetzes, das nur das Brotgetreide preislich und absatzmässig sicherte und das Futtergetreide preisgab, wandte sich die Landwirtschaft ganz allgemein der Milchproduktion zu. Sie wurde in dieser Betriebsorientierung durch zwei Verumständungen gefördert, einmal durch die Milchregulierung und dann durch regelmässige Barentschädigung für die Milcheinlieferung. Bei der heutigen Ordnung kommt es nicht mehr vor, dass Käser vergeltstagen, wie das früher vorkam, indem bekanntlich der Schweizerische Milchproduzentenverband die Preisgarantie übernimmt. So darf mit dem regelmässigen Eingang der Milchgelder gerechnet werden. Seit dem Jahre 1932 hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten regelmässig Vorlagen betreffend Milchpreisstützungen

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	11
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	28.03.1939
Seite Page Pagina	257-271
Ref. No	20 032 792

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Präsident: Die Diskussion über Art. 16 ist offen. Sie wird nicht benützt. Art. 16 ist in der neuen Fassung unter Weglassung des Vorbehaltes angenommen. Damit ist diese Vorlage zu Ende beraten. Es bestehen keine Differenzen mehr zum Nationalrat. Ich glaube deshalb, unter Verzicht auf eine Ueberweisung an die Redaktionskommission, zur Schlussabstimmung schreiten zu dürfen.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*
Für Annahme des Gesetzentwurfes 27 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

Siehe Seite 139 hiervor. — Voir page 139 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 4. April 1939.
Décision du Conseil national, du 4 avril 1939.

Differenzen. — *Divergences.*

Art. A, Ziffer 3.

Antrag der Kommission.

I. Der Bund ist befugt, zur teilweisen Tilgung der Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung eine jährlich zu berechnende Ausgleichsteuer zu erheben von Unternehmungen des Detailhandels, deren Umsatz im Detailverkauf in dem der Veranlagung vorausgehenden Jahre den Betrag von Fr. 200 000 überstiegen hat, bis der Ertrag ohne Zins die Summe von 140 Millionen Franken erreicht haben wird.

Rest: Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Art. A, ch. 3.

Proposition de la commission.

I. Afin d'amortir partiellement les dépenses qui lui auront été causées par la création de possibilités de travail, la Confédération a le droit de percevoir un impôt compensatoire, à calculer annuellement, sur les entreprises du commerce de détail, qui, au cours de l'année précédant la taxation, ont vendu au détail pour plus de 200 000 francs, jusqu'à ce que cet impôt, sans intérêts, ait produit 140 millions de francs.

Pour le reste, adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Wie Sie aus den vorliegenden Beschlüssen des Nationalrates ersehen, ist schon eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen den beiden Räten erzielt worden. Beim Programmbeschluss liegt keine Differenz mehr vor. Insbesondere sind die Differenzen wegen der Elektrifikation der Brünigbahn und wegen des Kistenpasses durch Zustimmung zum Ständerat erledigt worden. Damit ist viel gewonnen für eine totale Verständigung. Wir sind heute noch nicht in das Stadium der Versteifung oder gar Verkrampfung der Diskussion in Prestigefragen gekommen, hoffentlich kommen wir überhaupt nicht in dieses Stadium hinein, hoffentlich auch nicht in das Stadium der Zufallsabstimmungen wegen bevorstehender Abreisen.

Damit komme ich zu den Differenzen beim Verfassungsbeschluss. Ich möchte Ihnen beantragen, diese Differenzen eine um die andere zu erledigen.

Die 1. Differenz besteht bei Ziff. 3, Abs. 1. Der Nationalrat sagt: „Unter diese Bestimmung fallen auch", statt „als steuerpflichtige Unternehmungen gelten auch". Wir stimmen dem Nationalrate hier zu und nehmen zugleich in diesem der Differenzenberatung unterstehenden Absatz 1 auf Antrag der Eidg. Steuerverwaltung und im Einverständnis mit dem Bundesrate zwei Klarstellungen vor, von denen eine bloss redaktioneller Natur ist.

In Ziff. 3, I, Zeile 3, von oben, sagen wir statt: „Grossunternehmungen des Detailhandels", bloss „Unternehmungen des Detailhandels"; denn Geschäfte mit einem Jahresumsatz von 200 000 Franken oder etwas mehr sind in Wirklichkeit keine Grossunternehmungen, sondern Mittelunternehmungen. Also genügt das Wort „Unternehmungen" Das ist eigentlich bloss redaktionell; diese Korrektur hätte eigentlich auch die Redaktionskommission vornehmen können.

In der gleichen Zeile fügen wir bei: „deren Umsatz im Detailhandel" statt bloss „deren Umsatz", weil es vorkommen kann, dass eine Unternehmung des Detailhandels nicht nur im Detail verkauft, sondern auch en gros. Darum muss festgestellt werden, dass bloss die Detailverkaufsziffer massgebend ist und nicht eine allfällige Grosshandelsverkaufsziffer.

Damit glaube ich, ist dann Ziff. 3, I, erledigt. Ich empfehle Ihnen Zustimmung zur Fassung der in dieser Frage einstimmigen Kommission.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziffer II.

Antrag der Kommission.

Lit. *a, b, d.* Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Lit. *c.* Die Ausführungsbestimmungen können für Warengattungen, für die besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen oder Steuerfreiheit vorsehen.

Ch. II.

Proposition de la commission.

Lettres *a, b, d.* Adhérer à la décision du Conseil national.

Lettres *c.* Les dispositions d'exécution pourront prévoir des allégements ou l'exemption de l'impôt pour certaines sortes de marchandises soumises à des conditions particulières.

Keller, Berichterstatter: Die zweite Differenz besteht bei Ziffer 3, II. Wir stimmen dem National-

rat bei Lit. *a*, *b*, und *d* zu, nicht aber bei Lit. *c*. Hier haben wir mit grosser Mehrheit, gegen 2 Stimmen, einem Antrag Zust-Klöti zugestimmt, den Sie gedruckt vor sich finden. Wir haben davon abgesehen, Beispiele für die zu befreienden Warengattungen oder gar ein „und dergleichen", wie es der Nationalrat beschlossen hat, hier in den Verfassungsartikel aufzunehmen. Wer das tut, begibt sich allzusehr auf das Glatteis. Welche Milchprodukte sollen ausser der Milch frei sein? Welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollen frei sein? Z. B. auch die ausländischen, die durch die Handelsverträge eine gewisse Gleichberechtigung mit den inländischen geniessen? Gehören zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen nur die eigentlichen Urprodukte oder auch ihre Derivate? Gehören dazu auch der Wein, der Schnaps, das Brot? Und wie ist es mit Mais, Gerste und Hafer? Und welche Gemüse sollen frei sein, usw., usw? Wenn man in Einzelheiten hineingeht, so häufen sich die Schwierigkeiten. Die Bundesversammlung hat es ja in der Hand, die Warengattungen in den Ausführungsbestimmungen selbst zu bezeichnen.

Im übrigen ist zu sagen, dass der Frage nicht die grosse Bedeutung zukommt, wie es nun heute im Kampf über die Differenzbereinigung der Fall zu sein scheint, weil die Geschäfte mit einem Umsatz unter 200 000 Fr. steuerfrei sind und weil die Detailgeschäfte für Milch, Butter, Käse, Kartoffeln und Gemüse in der Regel diesen Umsatz kaum erreichen. Also können wir umso ruhiger dem vorliegenden Antrag zustimmen und die endgültige Festsetzung der in die Umsatzrechnung nicht einzubeziehenden Warengattungen dem Ausführungsbeschluss überlassen. Mit diesen Worten beantrage ich Ihnen Zustimmung zum gedruckten vorliegenden Antrag, der dem früheren Beschluss des Ständerates entspricht, also die Einzelschwierigkeiten in die Ausführungsbestimmungen verweist, aber dem Nationalrat gegenüber die Konzession macht, dass er nicht nur Erleichterungen, sondern auch Steuerbefreiungen als möglich vorsieht.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziffer III.

Antrag der Kommission.

Lit. *a*. Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Ch. III.

Proposition de la commission.

Lettre *a*. Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Die dritte Differenz findet sich bei Ziffer 3, III, Steuertaxe für Einheitspreisgeschäfte. Der Ständerat hatte diese als Unterart oder Variante zu den Warenhäusern behandelt und mit 50 % Zuschlag zur Steuertaxe für Warenhäuser ausgezeichnet, also mit 3¾ % belastet. Der Nationalrat hat die Einheitspreisgeschäfte mit 4 % belastet, also mit ¼ % mehr. Die Kommission hat mit 8 Stimmen Zustimmung zum Nationalrat beschlossen, gegen 7 Stimmen, die für Festhalten an 3¾ % votiert haben. Ich bitte Sie zu entscheiden und überlasse es einem der Herren von der Minderheit, das Festhalten näher zu begründen. Das Hauptargument, das für Festhalten ins Feld geführt worden ist, war das, dass durch den Beschluss des Nationalrates die Schere der Steueransätze wieder vergrössert werde.

Es scheint, dass niemand von der Minderheit den Antrag vertreten will. Ich nehme an, weil sich niemand für die 3¾ % zugunsten der Epa-Geschäfte zum Wort meldet, dass Sie hier dem Nationalrate zustimmen und für 4 % stimmen.

Angenommen. — *Adopté.*

Lit. b.

Antrag der Kommission.

Anderthalb vom Hundert für Filialunternehmungen und Versandgeschäfte, die nur eine Warenkategorie führen;

Lettre b.

Proposition de la commission.

de un et demi pour cent pour les entreprises à succursales multiples et les maisons d'expédition ne tenant qu'une espèce de marchandises.

Keller, Berichterstatter: Und nun zur folgenden Differenz, Ziffer 3, III, Lit. *b* des Ständeratsbeschlusses. Gemäss einer Anregung unseres Herrn Kollegen Iten fügen wir bei: „1½ % für Filialunternehmungen und . . ." — das ist die Beifügung — „Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen."

Wir haben mit 7 zu 6 Stimmen beschlossen, diesen Gedanken hier aufzunehmen, in der Meinung, dass er vom Nationalrat noch überprüft werden sollte. Die Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen — es soll solche geben z. B. für Uhren und für Schuhe und wohl auch für andere Warengattungen — fallen, wenn sie nicht den Filialunternehmungen gleichgestellt werden, unter den Steuersatz, der für Selbsthilfegenossenschaften und Detailunternehmungen anderer Art gilt, also unter 1 % Maximalansatz nach Ständeratsbeschluss oder unter ¾ % Maximalansatz nach Nationalratsbeschluss, jedoch erst bei 10 Millionen oder mehr Umsatz, was aber wahrscheinlich bloss theoretisch sein dürfte, da kaum eines dieser Geschäfte 10 Millionen Umsatz erreichen wird.

Immerhin werden die Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, nach Ansicht der Mehrheit besser den Steuersätzen, die für Filialunternehmungen gelten, unterstellt, also etwas höher belastet als nach den Steuersätzen für Selbsthilfegenossenschaften. Ich empfehle Ihnen Annahme des Mehrheitsantrages, also Aufnahme des Gedankens des Herrn Ständerats Iten, in der Meinung, dass wir vielleicht auf diese Position noch zurückkommen werden, wenn der Nationalrat sie nicht annehmen sollte.

Iten: Ich möchte Ihnen ebenfalls den Antrag wie er von der Kommission formuliert worden ist, zur Annahme empfehlen. Der Herr Präsident hat Ihnen bereits die Rechtslage auseinandergesetzt,

die besteht, wenn mein Antrag nicht angenommen wird. Ohne meinen Antrag werden die Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, unter die sog. andern Detailhandelsunternehmungen eingereiht und haben daher dann den Steueransatz von 1% zu bezahlen. Die Gleichstellung der Versandgeschäfte, die eine Warenkategorie führen, mit den Filialgeschäften, erachte ich aus folgenden Gründen als angebracht:

Die Vorlage will neben dem fiskalischen auch einen soziologischen Zweck erfüllen, nämlich die Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes. Dieser Zweck ist bereits durch die Herabsetzung der Steueransätze ziemlich verwässert worden. Der Nationalrat ist für die sogenannten Selbsthilfegenossenschaften bereits auf ¾% gegangen, und unser verehrter Herr Kollege Klöti hält seinen Antrag auf ½% für die Selbsthilfegenossenschaften nach wie vor aufrecht. Wir werden über seinen Antrag noch zu diskutieren haben. In Anbetracht dieses Umstandes erachte ich meinen Antrag schon im Interesse der Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes als gegeben.

Die Versandgeschäfte bedrohen die Existenz der mittelständischen Geschäftsleute ebenso sehr, wie die Filialgeschäfte. Es war ein grosser Fehler, sie seinerzeit nicht dem Warenhausbeschluss zu unterstellen, denn in den letzten Jahren haben die Versandgeschäfte an Zahl und Umsatz zugenommen. Es gibt aber nicht nur Versandgeschäfte mit mehreren Warenkategorien, sondern auch solche, die sich auf eine einzige Warengattung beschränken. Diese Geschäfte bilden eine grosse Konkurrenz, weil sie gerade bei der Konzentration auf eine Warengattung die Reklame und den Verkauf besonders wirkungsvoll und durchschlagend gestalten können. Wenn man also der Verfassungsvorlage den gewerbepolitischen Charakter lassen will, muss man diese Art der Versandgeschäfte mindestens den Filialgeschäften gleichstellen, da beide im Konkurrenzkampf die gleiche Rolle spielen. Es würde sich sogar rechtfertigen, bei den Versandgeschäften überhaupt keinen Unterschied zu machen, ob sie eine oder mehrere Warenkategorien führen. Bei den Versandgeschäften mit einer Kategorie kommen die verschiedensten Branchen in Frage. Ich habe mir eine Liste einiger Firmen zusammengestellt, die das Versandgeschäft mit einer Warenkategorie betreiben und deren Umsatz sie offenbar steuerpflichtig macht. Ich will hier keine Namen nennen. Es handelt sich bei den mir bekannten Firmen um folgende Warengattungen: Uhren, Schuhe, Wolle, Papeteriewaren, Apothekerwaren, Heilkräuter, Velo und Velobestandteile, Kaffee. Wenn Sie die grossen schweizerischen Insertionsorgane durchblättern, finden Sie eine ganze Reihe von Versandgeschäften mit nur einer Warenkategorie. Diese Versandgeschäfte schädigen den ortsansässigen Geschäftsinhaber schwer. Sie schädigen die Steuereinnahmen derjenigen Kantone, die nicht den Sitz dieser Versandgeschäfte haben. Sie versteuern, im Gegensatz zu den Filialgeschäften, in den Kantonen ihres Geschäftsbereiches gar nichts. Also wäre sogar ein höherer Steueransatz gerechtfertigt, als derjenige der Filialgeschäfte. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen, den die Kommission, wie Sie bereits vom Herrn Präsidenten gehört haben, ebenfalls empfiehlt.

M. **Malche:** J'ai quelques observations à faire et une proposition à présenter en ce qui concerne la modalité des taux.

Vous savez que le pourcentage de l'impôt sur les magasins à prix unique a été porté de 3,75 à 4%.

Le Conseil national nous propose donc, et la majorité de notre commission accepte, de porter à 4% le taux qui atteint le chiffre d'affaires des magasins à prix unique.

J'ai déjà dit ici, lors du débat d'entrée an matière, que le Conseil d'Etat genevois, unanime, a écrit au Conseil fédéral une lettre que vous avez eue sous les yeux, pour protester contre l'élévation de cette taxe qui priverait le canton d'une importante matière imposable.

Ce n'est pas cela seulement qui m'engage à intervenir. C'est encore le fait qu'entre 4% imposé aux magasins à prix unique et 0,75% aux coopératives, l'écart est véritablement très considérable. Cet écart dépasse ce qu'une saine équité fiscale a permis jusqu'ici et il faut bien avouer que la mesure proposée est une mesure d'exception. Elle revêt ce caractère, probablement parce que les magasins à prix unique ne sont pas sympathiques à toute une partie de la population — ce qui n'est pas discutable, ce qu'il faut bien admettre comme un fait donné —. Mais ce n'est pas parce que des gens peuvent avoir une activité ou une figure qui déplaît qu'il s'ensuit qu'on soit justifié à les soumettre à des lois d'exception, ou même à les mettre presque hors la loi.

Vous constatez que la proposition qui nous est faite vise, en réalité, une seule entreprise et non pas un genre de négoce, une classe qui forme une catégorie aux termes de la Constitution. J'insiste encore sur ce point. Le sentiment que j'ai d'une certaine moralité fiscale est blessé par cette exception à l'endroit d'une seule maison de commerce.

Mais, d'autres raisons encore me font attirer votre attention sur ce taux: l'intérêt des petits y est plus en jeu qu'on ne l'a supposé jusqu'ici. Je vous abandonne, si vous voulez, les gros propriétaires, les gros actionnaires des maisons à prix unique; mais je ne puis pas vous abandonner les petits acheteurs, qui trouvent leur compte à s'approvisionner à bon marché dans ces entreprises. Et ici, Messieurs, je me réfère à une déclaration qui fut faite au Grand Conseil de Genève, lorsqu'il a décidé de limiter les magasins à prix unique. Un député, M. Rosselet, qui siège au Conseil national, est intervenu au nom des petits consommateurs en disant: «Prenez garde: ne privez pas la classe ouvrière, la catégorie la moins privilégiée, d'un moyen d'achat et surtout d'alimentation à bas prix qui, jusqu'ici, lui était largement ouvert . . .» Ce disant, il défendait très nettement la cause des petits consommateurs.

D'autre part, les membres de la commission ont reçu un mémoire et une pétition qui étaient signés de quelque 6000 noms. J'ai pris la peine de vérifier à Genève quelques-uns de ces noms. J'ai identifié ceux de petits employés, de petits

fournisseurs des magasins à prix unique ou d'entreprises analogues. Et les signataires nous disaient aussi: «Prenez garde, nous sommes inquiets! On va se payer sur nos traitements, sur nos salaires qui sont déjà fort modestes et vous allez ajouter aux difficultés de l'heure présente pour les petits salariés, pour les ménages de conditions modestes que nous sommes.»

Il y a enfin, outre les petits acheteurs et le personnel de ces maisons, tous ceux qui les fournissent, tous ceux qui fabriquent pour elles. Les chiffres nous ont été fournis par des enquêtes officielles; nous savons que les fabriques qui fournissent les grands magasins sont dans la proportion de 80 % des entreprises suisses. Ce sont généralement de petites fabriques. Quelques-unes d'entre elles ont déclaré qu'elles ne pourraient pas vivre si les magasins uniprix cessaient de leur assurer un débouché régulier et considérable. Sans doute, ces fabriques ne s'enrichissent pas; mais enfin elles vivent et quelques-unes d'entre elles ont même été fort heureuses, pour pouvoir faire face à leurs échéances, de recevoir des avances qui leur ont été fournies par ce gros capital — lequel, je le répète, peut n'être pas sympathique à chacun.

C'est en invoquant toutes ces considérations, dont plusieurs ne sont nullement dans l'intérêt des grosses entreprises, mais bien plutôt tout entières dans l'intérêt des plus petits, c'est en pensant à tout cela, dis-je, que je me demande s'il ne serait pas sage que notre Conseil en restât à ce taux de 3,75 % auquel il s'était déjà résigné difficilement et qu'il n'allât point jusqu'au taux de 4 % proposé par le Conseil fédéral. De même qu'il y eut au sein de la commission un vote qui nous a départagés par 8 voix contre 7, je souhaiterais qu'il y ait au Conseil des Etats un vote permettant de constater s'il ne se trouve pas parmi nous une majorité qui persiste dans la manière de voir que ce Conseil avait adoptée précédemment.

Präsident: Wir stehen zwar bei III Lit. *b*, aber an dieser Unklarheit bin ich selbst schuld, weshalb ich den Antrag Malche zur Diskussion setzte. Herr Malche beantragt Festhalten am früheren Beschluss, die Kommission beantragt Ihnen, 4 % zu sagen.

M. **Malche:** Je rappelle que notre texte précédent avait séparé le taux en deux. On disait: «... 2,5 % pour les grands magasins ...» et on ajoutait plus bas: «... le taux est augmenté de 50 % pour les magasins à prix unique ...».

Je propose maintenant de bloquer et au lieu de 4 %, de dire 3,75 %.

Bally: Ich möchte mir erlauben, den Antrag Malche, den Satz für die Einheitspreisgeschäfte wieder auf 3¾ % hinunterzusetzen, zu unterstützen und gleichzeitig auch für alle Sätze darauf aufmerksam machen, dass gerade in der Grösse der Spanne zwischen den Steuersätzen der Selbsthilfegenossenschaften, für die hier 1 % in Vorschlag kommt, und den andern Gruppen (1½ % für Filialgeschäfte, 2½ % für Warenhäuser, 3¾ oder 4 % für die Einheitspreisgeschäfte), das Stossende liegt. Sie beträgt beispielsweise zwischen der Belastung der Selbsthilfegenossenschaften und der der Filialgeschäfte, wenn die ersteren 1 % Steuer bezahlen müssen, 50 %. Wenn der Satz für die Selbsthilfegenossenschaften auf ¾ % hinuntergesetzt würde, betrüge die Spanne genau das Doppelte, nämlich 100 %. Für die Epa erhöht sich die Spanne (bei 4 %) auf 433 %, sie hat also über das Vierfache an Steuer dessen zu bezahlen, was die Selbsthilfegenossenschaften zu bezahlen haben.

Der Ständerat hat die Spanne gemildert, und ich glaube, er ist gut beraten, wenn er nach dem Vorschlag der Kommission, eventuell erweitert durch den Vorschlag von Herrn Malche, an der Milderung der Spanne festhält. Diese Milderung mässigt den Wirtschaftskampf zwischen Kleinunternehmungen und Grossunternehmungen, auf den ich wiederholt hingewiesen und den ja die Kleinen besonders beklagt haben.

Die gemilderte Spanne ist dazu angetan, dass die von der Steuer betroffenen grossen Unternehmungen ihren Kampf gegen die Vorlage einsteckten und dem Landesverteidigungswillen unseres Volkes würdig Ausdruck zu verleihen helfen. Ich selbst, nebenbei bemerkt, könnte mich in der Voraussetzung, dass die gemilderte Spanne bleibt, der Landesverteidigung und der Arbeitsbeschaffung wegen dann auch für die Vorlage einsetzen.

Keller, Berichterstatter: Ueber diesen Satz ist bereits entschieden, und es kann eigentlich nicht darüber diskutiert werden, wenn nicht förmlich Zurückkommen beschlossen wird. Ich will aber keine formellen Einwendungen machen und habe nichts dagegen, noch einmal darüber abzustimmen.

Die Kommissionsmehrheit hält daran fest, für die Epa-Geschäfte auf 4 % zu gehen und dem Nationalrat zuzustimmen. Wir wollen dem Nationalrat auch etwas Entgegenkommen beweisen, nachdem er uns so weitgehend in seinen Beschlüssen entgegengekommen ist. Ich glaube nicht, dass die Epa den Kampf gegen die Vorlage eröffnet wegen ¼ % mehr Umsatzsteuer. Ich empfehle Ihnen Zustimmung zum Antrag der Mehrheit und damit zum Nationalrat.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission	26 Stimmen
Für den Antrag Malche	8 Stimmen

Präsident: Wir kehren nun wieder zum Antrag unter III *b* zurück: «... anderthalb vom Hundert für Filialunternehmungen und Versandgeschäfte, die nur eine Warenkategorie führen."

Altwegg: Die Aenderung, die Ihnen hier vorgeschlagen wird, geht auf eine Anregung Iten zurück, die allerdings etwas spät in die Diskussion geworfen wurde, die aber immerhin von den Kommissionen noch berücksichtigt werden wollte. Sie kompliziert den Text der ganzen Vorlage meines Erachtens dadurch, dass man nun zwischen Versandgeschäften, die mehrere Warengattungen führen, bei Ziff. *a*, und Versandgeschäften, die nur eine Warenkategorie führen, in der Ziff. *b*, unter-

scheidet. Ich habe die Auffassung, dass es dem Gedanken von Herrn Ständerat Iten auch entsprechen würde, wenn man die Sache vereinfachte und in Ziff. *a* nur von Versandgeschäften spricht und dort die Worte „die mehrere Warengattungen führen" streicht. Das hätte zur Folge, dass wir bei der Ziffer *b* nicht noch die Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, hereinnehmen müssten. Ich sehe auch nicht ein, warum man eine Differenzierung zwischen Versandgeschäften mit mehreren Warengattungen und solchen mit einer Warengattung machen will. In der Kommission konnte uns keine genaue Begründung nach dieser Richtung gegeben werden. Es ist uns nur ein Versandgeschäft genannt worden mit nur einer Warenkategorie, ich glaube aus der Schuhbranche. Ich bin der Auffassung, es könnte sogar diese Differenzierung eine nachteilige Folge haben, die Herr Iten gar nicht gern sähe, und es würde mich daher nicht wundern, wenn Herr Iten meinem Antrag zustimmte. Stellen Sie sich vor, wir haben die Differenzierung: Ein Versandgeschäft mit drei Warengattungen würde 2½% bezahlen, ein Versandgeschäft mit nur einer Warengattung nur 1½%. Dann ist doch der Stimulus vorhanden, aus diesem Geschäft mit drei Warengattungen drei Geschäfte mit nur einer Warengattung zu machen, um nur noch 1½% bezahlen zu müssen. Dann hätte Herr Iten die Konkurrenz nur vergrössert.

Ich glaube deshalb, der Sache käme man ebenso auf den Grund, wenn wir, wie ich Ihnen vorschlagen möchte, in Ziffer *a* die Worte „die mehrere Warengattungen führen" streichen und bei Ziffer *b* es beim alten belassen und einfach „Filialunternehmungen" sagen. Ich möchte Ihnen diesen Antrag stellen.

Iten: Selbstverständlich bin ich gerne bereit, meinen Antrag zu Gunsten des Antrages des Herrn Altwegg zurückzuziehen. Der Antrag des Herrn Altwegg ist besser, als der meinige. Er hebt auch die Differenzierung auf. Ich hatte geglaubt, nicht so weit gehen zu dürfen. Ich würde es also begrüssen, wenn Sie dem Antrag Altwegg zustimmen wollten. Ich befürworte diesen Antrag sehr.

Keller, Berichterstatter: Nach den Auskünften, die uns in der Kommission von der eidgenössischen Steuerverwaltung gegeben worden sind, ist in Litera *b* von „Versandgeschäften, die mehrere Warengattungen führen", deswegen gesprochen worden, weil sich diese Versandgeschäfte den Warenhäusern sehr nähern. Darum hat die Steuerverwaltung den Unterschied gemacht gegenüber Versandgeschäften, die nur eine Warengattung führen. Bei diesen liegt der Vergleich mit den Warenhäusern nicht so nahe, und ich glaube, durch den Antrag Altweg werden diese Geschäfte, die nur eine Warengattung führen, etwas zu stark betroffen. Ich halte es für richtiger, wenn sie den Filialunternehmungen gleichgestellt werden. Ich messe aber der Frage keine sehr grosse Bedeutung bei, weil ich nicht glaube, dass es Versandgeschäfte mit nur einer Warengattung gibt, die wirklich ganz grosse Umsätze erzielen. Ich glaube immerhin, es ist besser, wenn Sie den Antrag bei Litera *c* aufnehmen und nicht eine Korrektur bei *b* vornehmen. In beiden Fällen wird die nationalrätliche Kommission die Frage noch einmal überprüfen müssen.

Ich möchte nur noch redaktionell etwas bemerken. Herr Hefti war so freundlich, mich auf einen redaktionellen Fehler im gedruckten Text aufmerksam zu machen. Es steht da „1½% für Filialunternehmungen und Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen." Nach dieser Redaktion könnte man meinen, dass der Untersatz „die nur eine Warengattung führen" auch für Filialunternehmungen gilt. Das ist nun aber nicht der Sinn, sondern der Sinn des Satzes. Es muss richtig gedruckt heissen: „1½% für Filialunternehmungen, sowie für solche Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen". Ich möchte bitten, das für alle Fälle zu korrigieren.

Präsident: Ich nehme von dieser Bereinigung Kenntnis.

Joller: Nach meiner Ansicht ist der Wortlaut, wie ihn Herr Iten eingebracht hat, darauf zurückzuführen, dass wir in der ursprünglichen Fassung des Ständerates nur Versandgeschäfte, die mehrere Warengattungen führen, aufgenommen haben. Hier sollen 2½% bezahlt werden. Man hat dort den Unterschied nicht gemacht für Versandgeschäfte, die nur eine Warenkategorie führen, und daher kam diese Differenz. Aber ich glaube auch, wenn wir nun dem Antrag Altwegg zustimmen, dass das den Ansichten im gewerblichen Mittelstand besser entspricht. Ich möchte Ihnen empfehlen, auf den Antrag Altwegg einzutreten und den Ausdruck „1½% für Filialunternehmungen und Versandgeschäfte, die nur eine Warenkategorie führen", nicht aufzunehmen, sondern lediglich zu sagen: „1½ vom Hundert für Filialunternehmungen". Ich unterstütze diesen Antrag.

Keller, Berichterstatter: Ich möchte Ihnen empfehlen, einfach so abzustimmen: „Wollen Sie Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, mit 1½ oder mit 2½% belasten?" Das andere werden wir dann redaktionell schon in Ordnung bringen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Altwegg	21 Stimmen
Dagegen	9 Stimmen

Lit. c.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

eins vom Hundert ...

Minderheit (Klöti):

fünf vom Tausend ...

Lettre c.

Proposition de la commission.

Majorité:

de un pour cent pour...

Minorité (Klöti):

de cinq pour mille pour...

Keller, Berichterstatter der Mehrheit: Wir kommen nun zur fünften Differenz, Ziff. 3, III. Der Nationalrat hat hier beschlossen, den Satz für Selbsthilfegenossenschaften und für Detailunternehmen anderer Art von 1 % auf ¾ % herabzusetzen, wobei er statt ¾ % sagte: 7½ % vom Tausend. Wir bleiben dabei, den Satz ins Verhältnis zu 100 zu setzen, wie bei allen andern Unternehmungen, weil das eine bessere Unterlage zum Vergleiche schafft, als wenn wir hier ausnahmsweise den Steuersatz in das Verhältnis zum Tausend setzen, was zu einer etwelchen Verwirrung führen könnte.

Zehn Herren unserer Kommission sprachen sich für Festhalten an unserem Beschlusse aus, also für den Steuersatz von 1 %; 4 Herren waren für Zustimmung zum Nationalrat mit ¾ % und einer, Herr Klöti, sprach sich wiederum für ½ % aus. Er wird in diesem Sinne auch hier einen Minderheitsantrag begründen, und Sie werden dann entscheiden müssen.

Aber ich erlaube mir, Ihnen noch einige Zahlen ins Gedächtnis zu rufen. Es ergibt sich aus einer Zusammenstellung der eidgenössischen Steuerverwaltung, dass von den 808 Genossenschaften, die dem Verband Schweiz. Konsumvereine, der Vereinigung Ostschweizerischer Genossenschaften (VOLG) und der Konkordia angeschlossen sind, 580 einen Jahresumsatz unter 200 000 Franken aufweisen, also gar nicht unter die Steuer fallen; das sind etwas über 71 %. Mehr als 10 Millionen Umsatz weisen nur 3 Selbsthilfegenossenschaften auf, nämlich der Allgemeine Konsumverein Basel mit 54 Millionen, also fast so viel wie die Migros, dann der Lebensmittelverein Zürich mit 21 Millionen und die Société Coopérative de Consommaton de Genève mit 11 Millionen. Nur diese 3 Selbsthilfegenossenschaften fallen unter den Maximalansatz von 1 %, alle andern stehen tiefer. Nur 17 Genossenschaften haben einen Umsatz zwischen 2 und 10 Millionen, nur 5 einen solchen zwischen 5 und 10 Millionen und nur 23 — ich wiederhole, von insgesamt 808 Genossenschaften — einen solchen von 1—2 Millionen. Alle andern Genossenschaften, 765 an der Zahl, haben einen Umsatz von 1 Million oder weniger, davon, wie schon gesagt, 580 einen solchen von sogar unter 200 000 Franken. Mit einem Umsatz von mehr als 200 000 Franken bis zu einer Million fallen 185 Genossenschaften unter die Steuerpflicht, mit progressiven Zuschlägen zum Minimalansatz von 2‰, so dass z. B. eine Genossenschaft mit einer Million Umsatz keinen unerträglichen Betrag über der Minimalsteuer wird bezahlen müssen. Bei einer Million Umsatz wird sie 2000 Franken Minimalsteuer zu entrichten haben, mit einem von der Bundesversammlung noch festzusetzenden progressiven Zuschlag, der vielleicht 50 % betragen wird, vielleicht sogar noch etwas weniges mehr. Aber die Steuer wird in jedem Falle erträglich sein, auch wenn sie statt 2000 Franken, 3000 oder 3200 Franken beträgt; sie wird so erträglich sein für eine solche Genossenschaft wie für alle andern Geschäfte. — Soviel zu dieser Differenz.

Wir wollten mit der Erhöhung des Satzes für Selbsthilfegenossenschaften die Schere kleiner machen, und dieses Motiv gilt heute noch, da ja eine Begünstigung der Selbsthilfegenossenschaften nicht das gewerbepolitische Ziel des Bundesrates ist, sondern der Schutz der kleinen und kleinsten Geschäfte, denen von den Selbsthilfegenossenschaften auch Konkurrenz gemacht wird.

Mit diesen Worten empfehle ich Zustimmung zum Antrag der Mehrheit auf Festhalten an 1 %. Wir ersuchen damit den Nationalrat, die Frage noch einmal in Wiedererwägung zu ziehen.

Klöti, Berichterstatter der Minderheit: Ich halte an dem Antrage fest, den ich in der Hauptberatung gestellt habe, den Steuersatz für Selbsthilfegenossenschaften auf 5 vom Tausend festzusetzen. Ich will mit der Begründung sehr kurz sein. Ich habe in der Hauptberatung ausgeführt, und es ist statistisch belegbar, wird aber in der Beratung immer wieder ignoriert, dass die ganz grossen Genossenschaften in den Städten mit dem teuren Filialbetrieb und mit dem gut bezahlten Personal proportional wesentlich höhere Spesen haben als die kleinern Genossenschaften. Weil die einzelnen Verkäuferinnen auf die Filialen verteilt sind, wird bei ihnen das Personal nicht fortwährend durch Kurse, Prämierungen usw., raffiniert für den Dienst am Kunden ausgebildet, wie es bei den Spezialgeschäften und den Warenhäusern der Fall ist.

Wenn der Herr Kommissionsreferent vorhin erwähnt hat, dass von den 808 Genossenschaften nur ganze drei einen Umsatz haben, für welchen der Maximalansatz der Steuer zur Anwendung kommt, so ist das kein Grund, diese drei Genossenschaften mit zu dem Satz von 10‰ zu besteuern, trotzdem bei ihnen die Begründung, dass der Vorteil des Grossbetriebes wesentlich grösser sei als bei den kleineren Genossenschaften, nicht zutrifft. Ich habe in der Hauptberatung ausgeführt, dass der Vorteil des Grossbetriebes bei den grossen Konsumgenossenschaften nicht in der Distribution liegt, sondern lediglich im etwas billigeren Einkauf, und ich habe auch damals schon gesagt, dass die Genossenschaften, die kaufmännischen Chancen nicht so rücksichtslos ausnützen, wie das bei den nach dem Grundsatz des Gewinnes einheitlich geleiteten Unternehmen der Fall ist. Ich habe inzwischen den Geschäftsbericht des Lebensmittelvereins Zürich für das Jahr 1938 erhalten, und ich möchte Ihnen einen Passus aus diesem Geschäftsbericht vorlesen, durch den die Ausführungen, die ich gemacht habe, bestätigt werden.

„Wenn wir auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken, so liegt der Erfolg auch in der Einsicht und Ueberzeugung unserer Mitglieder und Kunden, dass die im Interesse des Gesamtwohles unserer Bevölkerung durchgeführte Preispolitik richtig ist. An der im Monat Juli erfolgten Umfrage: ‚Soll der Lebensmittelverein Zürich seine bisherige, auf dem Grundsatz von Leben und Lebenlassen beruhende Preispolitik beibehalten, oder soll der Lebensmittelverein Zürich die Rationalisierung innerhalb seines Betriebes und bei seinen Lieferanten auf die Spitze treiben?' erklärten sich 97,5 % der eingegangenen zahlreichen Antworten eindeutig für die Beibehaltung der bisherigen vernünftigen Preispolitik: Leben und Lebenlassen! Diesen Weg werden wir weiterhin verfolgen und unsern Mitgliedern und Kunden zu mässigen Preisen

Nahrungsmittel und Bedarfsartikel in vorzüglicher Qualität vermitteln. Was sind die Folgen des von einem in materialistischem Geist erfüllten unheilvollen Draufgängertum und einer einseitig betriebenen technischen Rationalisierung? Ausbeutung der menschlichen Arbeit! Und was braucht heute der Mensch notwendiger als je? Arbeit, Arbeit! Wer ihm solche verschafft, der ist heute sein Retter und grösster Wohltäter."

Das sind die Prinzipien, nach denen diese grosse Genossenschaft arbeitet. Sie ist also auch beim Einkauf in der Ausnützung der Chancen gehemmt. Ich weiss das aus meiner früheren Mitwirkung im Lebensmittelverein Zürich. Beim Einkauf von Wein bei den Produzenten und überall war der Lebensmittelverein ein anständiger Käufer. Ich glaube deshalb, dass der Satz von ½ % angemessen ist, und ich halte es für ungerecht, dass man nun bei den Genossenschaften bis auf ein halb Prozent an die Filialgeschäfte heranrückt, die nur einen Satz von 1½ % im Maximum zahlen müssen.

Zum Schlusse möchte ich nochmals meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, dass man diese Ausgleichsteuer, die eigentlich eine gewerbepolitische Massnahme ist, in gekünstelter Weise als Deckungsvorlage zu der Vorlage über die Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung gestempelt und mit ihr zusammengekoppelt hat. Diesem Bedauern möchte ich nicht nur deshalb Ausdruck geben, weil man die Gegner dieser Steuer dann in der Volksabstimmung wahrscheinlich als schlechte Patrioten hinstellen wird, sondern vor allem auch deswegen, weil, wenn die Vorlage verworfen oder nur mit einem geringen Mehr angenommen würde, es den Anschein hätte, dass die Landesverteidigung, bezüglich welcher alle Eidgenossen einig sind, nur geringen Anklang gefunden habe, was nach aussen ein klägliches Bild bieten müsste. Leider kann man heute daran nichts mehr ändern. Man hat viel zu viel in schlauer Abstimmungstechnik gemacht und hat damit dem Lande und der Sache der Landesverteidigung keinen Dienst geleistet.

Hefti: Ich habe das letzte Mal dem Antrag des Vorredners zugestimmt. Aus wahltaktischen Gründen sollte ich es vielleicht auch heute tun. Ich möchte aber den Antrag des Nationalrates unterstützen, um dadurch zu einer Einigung zu kommen. Der Herr Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen, dass wir uns verständigen sollten. Ich glaube nicht, dass der Nationalrat nachdem er mit ca. 117 Stimmen gegen 32 oder 33 Stimmen ¾ % beschlossen hat, hier nachgeben wird. Wenn man die Botschaft des Bundesrates studiert, die dahin ging, die Selbsthilfegenossenschaften gar nicht zu besteuern, ist man über die Kommissionsanträge erstaunt, die weit über das Ziel und die Anträge des Bundesrates hinausgehen. Zuerst kam der Antrag auf ½ %, und heute kommt der Antrag auf 1 %. Das wird nicht durchdringen und ist nicht gerecht.

Ich bin das letzte Mal von verschiedenen Kollegen gefragt worden, warum ich für die Selbsthilfegenossenschaften eingestanden sei, die Konsumvereine meines Kantons erreichten doch den Umsatz von 200 000 Franken überhaupt nicht. Ich konnte diesen Kollegen das Gegenteil beweisen. Wir haben in kleinen Ortschaften Vereine, die 500 000 bis 1 Million Franken Umsatz haben. Ich bin Mitglied eines Vereins einer Ortschaft mit nicht einmal 1000 Einwohnern, der trotzdem einen Umsatz von 475 000 Franken hat. Die Verhältnisse sind allerdings von Kanton zu Kanton verschieden, aber in einem Industriekanton haben auch die Vereine auf dem Lande einen ziemlich hohen Umsatz. Ich habe das letzte Mal darauf hingewiesen, dass in diesen Vereinen Mitglieder aus allen Bevölkerungsschichten vorhanden sind. Es ist nicht recht, dass die Steuer statt vom Gewinn des Einzelnen, wie das bei den Warenhäusern zutrifft, von der Rückvergütung des Konsumenten abgezogen werden muss. Bei uns sind sehr viele Konsumenten in der Textilindustrie tätig, sie sind heute zum Teil oder ganz arbeitslos. Diesen Leuten Fr. 10—15 von der Rückvergütung abzuziehen, also sie mit Gebühren zu belasten, finde ich für höchst ungerecht. Gebe man diesen Konsumenten Arbeit, damit sie nicht noch von der Arbeitslosenunterstützung eine Ausgleichsteuer bezahlen müssen.

Der Herr Kommissionspräsident hat vorhin gesagt, das mache nicht viel aus, ich will aber sogleich auf krasse Unterschiede hinweisen. Die Filiale Glarus der Migros A.-G. weist einen Umsatz von einer halben Million Franken auf, und bezahlt Fr. 250 Steuern. Ein Konsumverein bezahlt mit dem gleichen Umsatz zehnmal mehr Steuern. Wenn dazu noch die Umsatzsteuer in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe kommt, werden Sie begreifen, dass bei den Mitgliedern der Konsumvereine ein grosser Unwille eintritt. Es geht nicht an, hier die Zahl von 808 Genossenschaften zu nennen, in der alle landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeschlossen sind, sondern es müssen die Genossenschaften gezählt werden, die dem Verband Schweizerischer Konsumvereine angeschlossen sind. Dann wird der Prozentsatz, d. h. die Zahl derjenigen Konsumvereine, deren Umsatz über 200 000 Franken hinausgeht, bedeutend grösser. Vergessen Sie nicht, dass bei der Volksabstimmung wahrscheinlich die Vereine, die weniger als 200 000 Franken Umsatz haben, gegenüber ihren grössern Vereinen Solidarität beweisen. Dadurch wird die Annahme der Vorlage stark gefährdet, insbesondere bei den Standesstimmen. Wenn man sich das Schlussabstimmungsresultat unseres Rates vergegenwärtigt, muss man um die Annahme der Vorlage durch die Standesstimmen besorgt sein. Daher sollte man den Verbrauchern den Entscheid nicht dadurch erschweren, dass man den Genossenschaften eine Steuer von 1 % auferlegt, die sie nie genehmigen, sondern dann die Parole auf Ablehnung der Vorlage ausgeben werden. Das wird auch auf dem Lande so sein.

Der Vermittlungsvorschlag des Nationalrates hat das Richtige getroffen. Wir sollten uns hier finden und die Differenz im Interesse einer gerechten Lösung und im Interesse am Zustandekommen der ganzen wichtigen Vorlage beseitigen.

Abstimmung. — *Vote.*

Eventuell — Eventuellement:

Für den Antrag Hefti (¾ %)	33 Stimmen
Für den Antrag Klöti (½ %)	3 Stimmen

Definitiv — Définitivement:
Für den Antrag der Mehrheit (1%) 26 Stimmen
Für den Antrag Hefti (¾%, Zustimmung zum Nationalrat) 11 Stimmen

Ziffer 4.

Antrag der Kommission.

Festhalten.

Ch. 4.

Proposition de la commission.

Maintenir.

Keller, Berichterstatter: Damit komme ich zur 6. und letzten Differenz bei Ziffer 4. Hier muss ich Sie einige Augenblicke in Anspruch nehmen. Der Nationalrat hat hier ohne jede Diskussion Festhalten beschlossen. Er soll die Beschlüsse des Ständerates nicht einmal einer Besprechung gewürdigt haben. Der Bundesrat hat sich auch nicht um eine neue Lösung bemüht. Angesichts dieser Sachlage beschloss die Kommission mit 10 gegen 5 Stimmen Festhalten am Beschlusse des Ständerates. 5 Stimmen wollten dem Nationalrate zustimmen.

Ich wiederhole zur Begründung der Haltung der Mehrheit nur kurz folgendes: Nach dem Beschluss des Nationalrates wird keine Deckung geschaffen, sondern nur eine Scheindeckung. Nach dem Beschlusse des Nationalrates sind die 150 Milionen Franken nur als rückzahlbarer Vorschuss gegeben, wobei die Nationalbank allein über die Rückzahlung beschliessen kann, sogar ohne Zustimmung des Bundesrates. Also wird nur eine Scheindeckung geschaffen.

Herr Bundesrat Obrecht hat in der Diskussion im Ständerat — ich appelliere an Ihr Gedächtnis und auch an das Stenographische Bulletin — zugegeben, dass die vom Nationalrat an die Flüssigmachung der 150 Millionen geknüpfte Bedingung, wonach „der Währungsausgleichsfonds als Reingewinn verfügbar werden" müsse, nicht zweckmässig sei und dass sie nicht spielen werde. Er hat mir zugesichert, das könnte noch geändert werden; aber ein neuer Antrag ist nicht zutage getreten. Wahrscheinlich war Herr Bundesrat Obrecht zu sehr in Anspruch genommen. Ein neuer Antrag ist nicht einmal in dem Sinne zustande gekommen, dass die Rückforderung der 150 Millionen oder wenigstens der den Kantonen vorgeschossenen 75 Millionen nur mit Zustimmung des Bundesrates möglich sein soll. Ich wiederhole unter Verweisung auf meine früheren Ausführungen, dass die Bedingung der vom Nationalrat beschlossenen Ziff. 4, wenn sie abhängig gemacht wird von der Verankerung unseres Frankens in einem festen Grammgewicht des Goldes, vielleicht überhaupt nie sich realisieren wird, weil es möglich, ja wahrscheinlich ist, dass der Franken in einem variablen Verhältnis zum Gold tatsächlich stabilisiert bleibt. Oder dann muss angenommen werden, dass die Bedingung mit Bezug auf den der Minimalabwertung entsprechenden Betrag von 538 Millionen Franken, der jetzt (allerdings zu niedrig und der tatsächlichen Abwertung nicht entsprechend) in der Bilanz der Nationalbank als Währungsausgleichsfonds erscheint, dann bereits erfüllt sei. Dann müsste aber der Betrag heute schon auf den Tisch gelegt werden. Diese 538 Millionen Franken sind, genau gesehen, als Minimalabwertungsgewinn ja bereits realisiert. Darunter kann der Abwertungsgewinn nicht mehr fallen, und darum ist es auch gerecht, dass jetzt schon die Auszahlung der 150 Millionen Franken in einem vom Bundesrat festzusetzenden Zeitpunkt, wenigstens dem Grundsatze nach, sichergestellt wird.

Ich kann den hartnäckigen Widerstand der Nationalbank wirklich nicht begreifen. Die Nationalbank riskiert mit ihrem Widerstand eine baldige Volksinitiative, die sie dann zu einer andern Haltung zwingt. Sie wird dann vielleicht ihre heutige unnachgiebige Haltung bedauern. Der sogenannte Kompromiss ist nichts Heiliges, er ist ohne unsere Mitwirkung zustande gekommen und vermag den Ständerat in keiner Weise zu binden, umso weniger als der Inhalt des Kompromisses so sehr anfechtbar ist.

Mit diesen wenigen Worten empfehle ich Ihnen hier Festhalten am Beschlusse des Ständerates.

Präsident: Die Diskussion über Ziff. 4 ist weiter offen. Sie wird nicht benützt. Sie haben unbestritten Festhalten am Beschlusse des Ständerates beschlossen.

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

3829. Export-Risikogarantie. Bundesgesetz.

Garantie contre les risques à l'exportation. Loi.

Siehe Seite 335 hiervor. — Voir page 335 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil national, du 5 avril 1939.

Differenzen. — *Divergences.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Iten, Berichterstatter: Die erste redaktionelle Aenderung, welche der Nationalrat vorgenommen hat, finden Sie im Art. 2. Hier ist eine Verbesserung vorgenommen worden, indem das Eigenschaftswort „unsicher" vor „Verhältnisse" gesetzt wurde. Es heisst also: „In Verbindung mit politisch und wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen", statt, wie wir beschlossen haben: „in Verbindung mit unsichern politischen oder wirtschaftlichen Verhältnissen".

Angenommen. — *Adopté.*

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	17
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	05.04.1939
Seite Page Pagina	344-351
Ref. No	20 032 800

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

position constitutionnelle selon laquelle le président, soit au Conseil national, soit au Conseil des Etats, ne vote que pour départager les voix égales qui ont été émises. C'est ce qui est déterminant pour moi. Il fallait modifier le système antérieur lors de la revision des articles cités tout à l'heure. Si l'on voulait créer un droit présidentiel nouveau, il fallait le dire expressément dans le texte modifiant l'art. 89 de la Constitution. Mais, en cette revision partielle, on n'a pas touché à la disposition actuelle dont a parlé M. Wenk.

Comme cette disposition subsiste, la question ne se pose pas de savoir si le président peut voter en dehors du départage des voix. La Chancellerie fédérale a eu raison de dire que le président ne devait pas voter jeudi dernier. On l'y a engagé; il n'y a pas lieu de lui en faire reproche. Mais, il aurait pu aussi répondre: Je m'abstiens.

La disposition actuelle, non modifiée sur ce point, ne prévoit pas son vote dans cette circonstance.

Je vais plus loin. Je rappelle que le président de la commission a déclaré, en rapportant, que lorsque la question de l'urgence serait soumise au vote des Etats, elle devrait avoir la majorité de 23 voix, le président ne votant pas. Cela a été déclaré expressément par M. le président de la commission du Conseil des Etats qui a rapporté. Personne alors n'a contesté ce point de vue.

Il y a là un argument de plus, et dans la votation populaire, on a tenu compte de cette opinion puisqu'on déclarait que la majorité de 23 voix ne comprenait pas celle du président du Conseil.

Je pense que l'étude à laquelle le Conseil fédéral procédera n'aboutira pas à un texte de loi différent de ce que la Constitution dit actuellement d'une façon claire, à savoir que le président ne vote pas, sauf pour départager les voix.

Wettstein: Wenn der Präsident nicht stimmt, darf man ihn auch nicht zählen. Das ist ganz logisch. Es handelt sich nicht um eine Abstimmung, sondern um eine Auszählung, um eine Feststellung der Zahl. Nun wollen Sie den Präsidenten zählen, aber ihn nicht stimmen lassen. Das ist innerlich unlogisch. Wir stehen vor einem Novum in der Verfassung, das leider nicht gründlich geregelt worden ist. Nun müssen Sie die Lücke ausfüllen. Füllen Sie sie so aus, wie es der Logik und dem Sinne der Behandlung der Präsidialstimme entspricht.

Wenk: Es wäre sicher erwünscht, dass die Logik in der Gesetzgebung immer entscheidend wäre. Das ist aber nicht der Fall. Es kommt nicht darauf an, was Logik, sondern darauf, was rechtens ist. Dass der Entscheid über die Dringlichkeit einfach eine Auszählung und keine Abstimmung sein soll, ist mir ganz unverständlich und scheint mir auch nicht logisch zu sein. Der Entscheid darüber, ob eine Sache dringlich sei oder nicht, ist meines Erachtens eine eminent wichtige Abstimmung. Gerade die Wichtigkeit dieser Abstimmung, und nicht der Auszählung, wollte dadurch unterstrichen werden, dass man ein bestimmtes, qualifiziertes Mehr geschaffen hat. Aber die ganze heutige Aufregung hätte angebracht werden sollen, als Herr Ständerat Bally als Präsident der Kommission über die Dringlichkeitsvorlage referierte. Meines Wissens hat Herr Ständerat Bally sehr interessante Beispiele über die Zahl der Stimmen, die nötig sein werden, angeführt. Ich habe mir leider das Protokoll in der kurzen Zeit nicht beschaffen können. Wenn ich mich recht erinnere, hat Herr Ständerat Bally ausdrücklich erklärt, es werden ohne den Präsidenten 23 Stimmen für die Dringlichkeit nötig sein. Dort wäre der Anlass gewesen, gegen diese Auffassung Einspruch zu erheben, und diese Lücke zu schliessen. Das ist nicht geschehen, also gilt der verfassungsmässige Grundsatz, dass der Präsident nicht stimmt. Wenn Sie das nicht als logisch betrachten, ändern Sie die Verfassung, aber behaupten Sie nicht, weil die Lösung nicht logisch sei, gelte die Verfassung nicht.

Präsident: Wenn das Wort nicht weiter verlangt wird, erkläre ich die Diskussion, für die ich Ihnen danke, geschlossen. Wenn gegen das Votum Zust vor der damaligen Abstimmung irgend ein Einwand erhoben worden wäre, hätte ich nicht gestimmt. Sie haben aber die Auffassung von Herrn Zust stillschweigend gutgeheissen. Wir werden nun die Angelegenheit so rasch wie möglich regeln.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 5. April 1939.
Séance du 5 avril 1939, après-midi.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (II. Bundesbeschluss).
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (IIe arrêté fédéral).

Siehe Seite 344 hiervor. — Voir page 344 ci-devant.

Beschluss des Nationalrats vom 5. April 1939.
Décision du Conseil national, du 5 avril 1939.

Differenzen. — *Divergences.*

Art. A, Ziff. II.

Antrag der Kommission.

Lit. *c.* Die Ausführungsbestimmungen werden für Warengattungen, für die besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen oder Steuerfreiheit vorsehen.

Art. A, ch. II.

Proposition de la commission.

Lettre *c.* Les dispositions d'exécution prévoiront des allégements ou l'exemption de l'impôt

pour certaines sortes de marchandises soumises à des conditions particulières.

Keller, Berichterstatter: Die Stunde des Opferbringens ist gekommen. Ich habe Ihnen dargelegt, dass alle noch bestehenden Differenzen sich auf die Ziffern 3 und 4 des Verfassungs-Bundesbeschlusses beziehen. Der Nationalrat hat den ständerätlichen Beschlüssen von heute morgen wiederum teilweise zugestimmt.

Er hat namentlich dadurch ein erstes Entgegenkommen bewiesen, dass er in Ziffer 3, I, unsere allerdings mehr redaktionellen Beschlüsse angenommen hat. Wir sagen nun also übereinstimmend in Zeile 3 „Unternehmungen" statt „Grossunternehmungen". Weiter sagen wir in der gleichen Zeile „Umsatz im Detailverkauf" statt bloss „Umsatz".

Damit kommen wir zu den eigentlichen materiellen Differenzen. Unter Ziffer 3, II, Lit. *c*, hatte die Kommission des Nationalrates in einem wichtigen Punkte nachgegeben. Sie verzichtete darauf, einen ganzen Katalog oder einen Spezereiladen von Waren in den Verfassungsartikel aufzunehmen. Nur sagte sie statt „können", „werden", also: „Die Ausführungsbestimmungen werden für Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, Erleichterungen oder Steuerfreiheit vorsehen". Dieses Entgegenkommen der Kommission eröffnete erfreuliche Aussichten auf eine Verständigung. Allein, meine Herren, die Kommission des Nationalrates ist mit ihrem Antrag im Nationalrat selbst unterlegen. Der Nationalrat ist zurückgekehrt zu seiner Fassung vom 20. Dezember 1938, die wie folgt lautete: „Die Ausführungsbestimmungen werden vorsehen, dass der Umsatz in einzelnen Warengattungen, für welche besondere Verhältnisse vorliegen, wie Milch und Milchprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse, feste Brennstoffe und dergleichen bei der Umsatzberechnung ausser Betracht fällt und dass Geschäfte, deren Produktionsfreiheit durch handelspolitische Massnahmen oder Preisvorschriften des Bundes eingeschränkt sind, steuerfrei bleiben."

Ich habe Ihnen schon auseinandergesetzt, dass diese Fassung nicht brauchbar und dass es besser ist, eine allgemeine Formulierung zu wählen und dadurch die Schwierigkeiten in die Ausführungsbestimmungen zu verweisen, damit unterdessen auch die Steuerverwaltung noch weitere Studien über diese Warengattungen machen kann.

Ihre Kommission beantragt Ihnen deshalb Festhalten am Beschlusse des Ständerates von heute morgen, mit der Abänderung, dass wir statt „können" sagen „werden". Wir stellen also damit den gleichen Antrag, den die Kommission des Nationalrates heute nachmittag gestellt hatte. Es hat sich kein Mitglied gefunden, das hier Zustimmung zum Nationalrat beantragen wollte, wir sind also in dieser Frage einstimmig.

Angenommen. — *Adopté.*

Ziff. IIIa bis.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Ch. IIIa bis.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Hier liegen in zwei Punkten Differenzen vor. Erstens hat der Nationalrat die Versandgeschäfte, die nur eine Warengattung führen, den Filialunternehmungen gleichgestellt mit einem Maximalabgabesatz von 1½%, also nicht wie wir es heute morgen mit Mehrheit beschlossen haben, den Warenhäusern mit einem Maximalansatz 2½%. Wir beantragen hier ebenfalls einstimmig Zustimmung zum Nationalrat.

Angenommen. — *Adopté.*

Lit. c.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

Lettre c.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Keller, Berichterstatter: Damit kommen wir zur Hauptdifferenz, die sich bezieht auf den Steuersatz für die Selbsthilfegenossenschaften. Hier hatten wir bekanntlich 1% beschlossen, der Nationalrat hält wieder an ¾% fest. Die Kommission hat soeben mit 8 zu 5 Stimmen beschlossen, auch hier dem Nationalrat nachzugeben und zuzustimmen.

Piller: Je fais la proposition de nous en tenir au premier texte, c'est-à-dire de frapper ces sociétés coopératives d'une taxe de 1%.

Klöti: Ich glaube, es wäre hier wirklich am Platze, dass der Ständerat nachgibt. Ich habe des lieben Friedens willen in der Kommission ¾% zugestimmt und werde persönlich auch in dem Sinne wirken, dass man sich bei den Genossenschaften mit diesem Satz abfindet, damit das Volk möglichst einstimmig die ganze Vorlage annehmen kann. Wenn Sie aber auf 1% gehen würden, so wäre es ganz sicher, dass die Genossenschaften gegen die Vorlage Sturm laufen würden. Ich habe im Laufe der Verhandlungen den Eindruck bekommen, dass die Anträge auf Festhalten an 1% zum Teil auch vom Gedanken diktiert sind, dass dann die Vorlage in der Volksabstimmung eher durchfalle, dass also Mitglieder der Räte für 1% stimmen, um die Vorlage, die ihnen wegen anderer Positionen nicht gefällt, eher zu Fall bringen zu können. Es ist ein grosser Schritt vom bundesrätlichen Antrag auf Steuerfreiheit bis zur Besteuerung der grossen Genossenschaften zum Satze von ¾% des Umsatzes.

Bally: Ich möchte Herrn Ständerat Klöti gegenüber wiederholen, worauf ich schon heute morgen hingewiesen hatte, dass, wenn nicht an 1% für die Selbsthilfegenossenschaften festgehalten wird, wahrscheinlich andere Kreise, insbesondere die der besteuerten Grossunternehmungen, gegen die Vorlage mobil gemacht werden.

Bundesrat **Obrecht:** Ich möchte Ihnen ebenfalls empfehlen, hier den Weg der goldenen Mitte zu gehen und den Mittelsatz anzunehmen. Ich bin sonst kein Freund des Halbierens, aber hier habe ich das Gefühl, das sei die richtige Lösung. Wählen Sie die goldene Mitte und erledigen Sie die Differenzen in diesem Sinne.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission (Zustimmung zum Nationalrat)	20 Stimmen
Für den Antrag Piller (Festhalten)	15 Stimmen

Ziff. 4.

Antrag der Kommission.

Festhalten.

Ch. 4.

Proposition de la commission.

Maintenir.

Keller, Berichterstatter: Sie haben soeben ein grosses Hindernis für die Verständigung aus dem Wege geräumt. Es gibt nun in III keine Differenz mehr.

Ich komme noch kurz auf Ziffer 4 zu sprechen. Hier hat der Nationalrat Festhalten beschlossen. Er hat sich nun endlich dazu herbeigelassen, unseren Beschluss zu besprechen. Allerdings ist die Besprechung sehr kurz ausgefallen. Die Argumentation war, soweit ich sie kenne, zur Hauptsache die, der Beschluss des Nationalrates beruhe auf einem Kompromiss. Ich erwidere dagegen: Wir haben bei diesem Kompromiss nicht mitgewirkt, sind nicht begrüsst worden; also kann der Kompromiss für uns nicht verbindlich sein. Ich will jedoch keine formelle Prestigefrage aufwerfen, entscheidend ist für mich, dass der Inhalt des Kompromisses nicht befriedigt. Das zweite Argument für Festhalten lautet ungefähr so, man brauche keine Angst zu haben, es werde schon recht kommen, die Gefahr einer Rückforderung der 150 Millionen bestehe in Wirklichkeit nicht; die Nationalbank werde selbst ein Statut über den Währungsausgleich ausarbeiten. — Es tut mir leid, dass ich auch hier wieder einwenden muss: Wenn der Kompromiss einmal in der Verfassung steht, wird sich die Nationalbank eben auf die Verfassung berufen, sogar gegenüber dem Bundesrat. Die massgebenden Leiter der Nationalbank haben alle erklärt, sicher nicht umsonst, dass sie sich die Rückforderung der 150 Millionen Franken vorbehalten. Also trifft die Argumentation zu, die ich vorgetragen habe, dass damit nur eine Schein-Deckung statt eine wirkliche Deckung erreicht sei. Man hätte zum mindesten sagen sollen, dass die Rückforderung nicht stattfinden dürfe ohne Zustimmung des Bundesrates. Aber auch das ist nicht in Erwägung gezogen worden. Darum hat hier die Kommission heute beschlossen, ohne dass ein Gegenantrag gestellt worden wäre, unserseits am Beschluss des Ständerates festzuhalten. Das beantrage ich Ihnen.

M. **Martin:** Je fais simplement la proposition d'adhérer au Conseil national. Il est inutile de recommencer une discussion sur ce point.

J'ai l'impression que le texte adopté par le Conseil national et qui a été distribué nous donne beaucoup plus de garantie que la rédaction des Etats. J'aurais aussi été partisan d'un compromis. Mais à défaut, la meilleure solution est d'adhérer au Conseil national. C'est ce que je propose.

Bundesrat **Obrecht:** Ich kann Herrn Ständerat Dr. Keller versichern, dass ich mich seither bemüht habe, den Kompromiss zu erweitern, d. h. den Kompromiss seinen Ideen anzupassen. Aber das Direktorium der Nationalbank hat sich davon nicht begeistern können. Es hat geantwortet: Wir sind mit der Kompromissvorlage bis vor den Bankrat gegangen und müssten wiederum vor den Bankrat gehen. Dazu haben wir zu wenig Zeit. (Wenn man das zwar gleich getan hätte nach unserer Luganer-Sitzung, hätte man Zeit gehabt.)

Nun hat mir Herr Ständerat Dr. Keller den Gedanken suggeriert, man sollte wenigstens dem Bundesrat das Recht eines Vetos gegen die Geltendmachung der Rückforderung der Nationalbank in bezug auf die Reskriptionen geben. Das wäre eine Lösung, von der ich sagen muss, dass sie mich persönlich nicht befriedigt. Durch die Reskriptionen wird der Bund Schuldner. Vertreter des Bundes in oberster Instanz ist der Bundesrat. Nun wollen Sie dem Bundesrat das Recht geben, gegen die Geltendmachung der Forderung aus den Reskriptionen das Veto zu erheben? Das scheint mir für den Bundesrat eine eigenartige Doppelstellung zu ergeben: Einmal soll er Generalbefugnis haben und das andere Mal vertritt er den Schuldner gegenüber der Nationalbank. — Es war unmöglich, den Kompromiss so umzugestalten, dass er auch Herrn Ständerat Keller und die Kommission hätte befriedigen können. Aber ich wiederhole, was ich schon erklärt habe: Als Mitglied der Finanzdelegation werde ich mich dafür einsetzen, dass die Nationalbank selber bald mit einem konkreten Vorschlag kommt. Ich habe schon lange die Auffassung, es gehe nicht mehr an, dass die Nationalbank einfach auf ihrem Goldgewinn sitzt und abwartet, was von rechts und links geschehen wird. Es ist die Zeit gekommen, wo man sich klare Meinungen bilden kann darüber, was mit dem Goldgewinn geschehen kann und soll. Da ist es viel besser, wenn die Nationalbank selbst die Initiative ergreift und einen Vorschlag zuhanden des Bundesrates ausarbeitet. Der wird dann Gegenstand einer Botschaft und Vorlage an das Parlament werden. So sehe ich voraus, dass sich in verhältnismässig kurzer Zeit die Sache entwickeln wird, und dann kommen wir doch zu einer Lösung, die auch die strengen Anforderungen des Herrn Ständerat Keller sollte befriedigen können. Ich will jetzt nicht einen andern Antrag stellen, aber weil ich nicht weiss, ob ich morgen noch dabei sein kann, wenn Sie zum letztenmal — ich hoffe es — zu diesen Differenzen Stellung nehmen, wollte ich doch Veranlassung genommen haben, das Gesagte hier noch einmal festzustellen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission	17 Stimmen
Für den Antrag Martin	19 Stimmen

Keller, Berichterstatter: Damit sind wir am Schluss der Beratungen angelangt. Wir haben alle

Differenzen bis auf eine erledigt. Ich hoffe, dass wir diese heute abend noch erledigen können, umso mehr als die nationalrätliche Kommission ja bereits einen übereinstimmenden Beschluss gefasst hatte. Ich glaube nicht, dass es nötig ist, dass wir heute abend zusammenkommen. Wir können eine allfällig verbleibende Differenz wohl morgen vormittag erledigen.

Präsident: Persönlich hätte ich nichts dagegen, wenn wir die Nachtsitzung vermeiden könnten. Ich glaube, dass das möglich sein wird. In diesem Falle würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir uns morgen um 8 Uhr 15 besammeln.

Wir haben noch die Differenzen im Bundesbeschluss betreffend Massnahmen zur weitern Förderung des Ackerbaues zu behandeln.

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

3825. Förderung des Ackerbaues. Bundesgesetz.
Extension de la culture des champs. Loi.

Siehe Seite 341 hiervor. — Voir page 341 ci-devant.

Beschluss des Nationalrates vom 5. April 1939.
Décision du Conseil national, du 5 avril 1939.

Differenz. — *Divergence.*

Wettstein: Die Kommission hat mir das officium nobile aber auch etwas odiosum übertragen, über die Frage dieser sogenannten Dringlichkeitsdifferenz zu referieren. Als wir die Gegenvorlage des Bundesrates zur Dringlichkeits-Volksinitiative behandelten, da waren wir uns leider nicht ganz bewusst, dass das Konsequenzen habe. Wir haben den Gegenvorschlag ziemlich leichtherzig behandelt. Auch ich gehöre zu den Schuldigen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil ich weder an der Initiative noch am Gegenvorschlag besondere Freude hatte. Ich habe bei beiden Nein gestimmt. Wir wollen also ruhig sagen: Nostra culpa, nostra maxima culpa! Aber das muss remediert werden. Wir werden die Aufnahme des Dringlichkeitsartikels in seiner neuen Fassung in die Bundesverfassung auf die Konsequenzen nochmals überprüfen müssen. Wir werden das Verfahren regeln müssen. Sie haben gesehen, was für Streitfragen auftauchen; so die Frage, ob der Präsident stimmen darf oder nicht. Das ist eine Frage, die nicht aus dem Stegreif gelöst werden kann, sie muss wohl erwogen werden.

Nun stehen wir neuerdings vor einer Konsequenz, über deren Tragweite wir nicht im Klaren sind. Wie soll nun diese „Differenz" zwischen dem Nationalrat und uns behandelt werden? Der Nationalrat hat die Dringlichkeit beschlossen, wir haben sie abgelehnt. Ist das nun eine gewöhnliche Differenz? Ist mit diesen beiden Abstimmungen die Sache erledigt? Nach dem Verfassungsartikel könnte man das ohne weiteres annehmen. Der eine Rat hat Nein gesagt, der andere Ja. Damit ist die Dringlichkeitsklausel in der Vorlage gefallen.

Aber nun kommen andere mit der Ansicht, da bestehe doch eine eigentliche Divergenz. Ich glaube nicht, dass wir diese Streitfrage noch in dieser Session lösen können; denn es bestehen auf beiden Seiten gute Gründe, das eine oder das andere zu behaupten.

Ich will aber auf die Einzelheiten hier nicht eintreten, ich mache Sie nur darauf aufmerksam, dass wir zu einem Schluss kommen müssen. Da ist es vielleicht am besten, wir überbrücken vorläufig den Gegensatz.

Wie ist es bei uns? Eine Schlussabstimmung hat noch nicht stattgefunden. Gilt nun für diese „Differenz" — ich persönlich betrachte sie nicht als eine gewöhnliche Differenz — die Vorschrift, dass Wiedererwägungsanträge noch gestellt werden können? Ist es keine eigentliche Differenz, ist einfach beschlossen, die Dringlichkeit falle dahin, weil die beiden Räte verschiedener Meinung sind, dann fiele auch die Wiedererwägung dahin. Auf der andern Seite steht die Auffassung, es sei eben doch eine Divergenz, weil die Dringlichkeitsklausel in der Vorlage selbst enthalten ist. Nebenbei bemerkt: wenn die Dringlichkeit abgelehnt wird, bleibt selbstverständlich die Vorlage als solche aufrecht, es tritt dann einfach das normale Verfahren ein, dass der Bundesbeschluss dem Referendum unterstellt wird. Es kann keine Rede davon sein, dass die Vorlage selbst dadurch gefährdet wird! Denn die Dringlichkeitserklärung ist die Ausnahme, das Referendum ist die verfassungsmässige Regel.

Nun haben wir uns gefragt, ob es in diesem Fall und namentlich angesichts der Tatsache, dass materielle Gründe für die Dringlichkeit sprechen, nicht doch angezeigt sei, aber ohne dass wir damit für die endgültige Abklärung der Sache ein Präjudiz schaffen, dem Rat die Entscheidung darüber zu überlassen, ob er auf eine Wiedererwägung eintreten will, nämlich Wiedererwägung nur über die Dringlichkeitsfrage. Ist der Rat der Ansicht, dass man auf eine Wiedererwägung eintreten soll, so kann er nachher nochmals über die Dringlichkeitsfrage abstimmen. Wird die Dringlichkeit abgelehnt, dann allerdings ist die Sache definitiv entschieden. Wird die Dringlichkeit bejaht, dann sind wir in Uebereinstimmung mit dem Nationalrat.

Wir dürfen aus praktischen Gründen so vorgehen; aber ich wiederhole: Es soll für die endgültige Entscheidung dieser Streitfrage kein Präjudiz sein. Wir wollen nur ausnahmsweise dem Rat die Möglichkeit geben, sich noch einmal auszusprechen, weil die Sache immerhin ausserordentlich wichtig ist und auch die Knappheit der ersten Entscheidung es rechtfertigt, dass man dem Rat diese Gelegenheit noch einmal gibt.

Wir verbinden aber mit diesem Antrag, dem Rat die Wiedererwägung der Dringlichkeitsfrage vorzulegen, das dringende Gesuch an den Bundesrat, die Konsequenzen des neuen Artikels 89, des Dringlichkeitsartikels, abzuklären und uns Anträge für die Regelung der Sache vorzulegen. Das ist nicht Sache der Räte; der Bundesrat hat jenen

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (II. Bundesbeschluss).

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage (IIe arrêté fédéral).

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	18
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	05.04.1939
Seite Page Pagina	354-357
Ref. No	20 032 803

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

qu'on veut nous faire croire. Il est évident que, dans certains cas — cas de guerre, par exemple — la clause d'urgence existe. Mais dans le cas particulier, je conteste absolument qu'il y ait une pareille urgence.

Je vous propose de supprimer la clause d'urgence, afin de rentrer dans le cadre de la légalité — ainsi qu'on l'a déjà dit tout à l'heure — afin que cette loi suive le cours ordinaire des choses et ne soit promulguée qu'une fois écoulés les délais référendaires.

Bundesrat **Obrecht:** In der Ackerbauvorlage muss unbedingt die Dringlichkeit beschlossen werden. Es ist mir in den letzten Tagen von den verschiedensten Seiten versichert worden, die ganze Aktion sei sehr weitgehend von gutgesinnten und gutgewillten Bauern schon in Gang gesetzt worden. Herr Quartenoud hat im Nationalrat offiziell erklärt, er sei erstaunt gewesen, wie im Kanton Freiburg schon Leben in die Sache gekommen sei. Die Leute haben sich darauf verlassen, dass man diesen Beschluss erlassen werde, haben angefangen, Hafer und Gerste anzupflanzen. Das werden sie nicht mehr ändern können. Wir werden auch Mittel und Wege finden, im Falle der Referendumsfrist den Leuten gerecht zu werden, nämlich durch rückwirkende Anwendung des Beschlusses. Praktisch von Nachteil ist aber, dass man mit der Verweigerung der Dringlichkeitsklausel die Aktion abstoppt. Morgen steht das Resultat unserer Beratungen in den Zeitungen, und wenn Sie die Dringlichkeit ablehnen, wird für die diesjährige Sommeransaat kein einziger Bauer mehr einen Quadratmeter Wiesland umpflügen, um Hafer oder Gerste anzupflanzen. Jetzt, wo man anfängt, die ganze Sache zu begreifen, wäre es schade, sie derart zu hemmen. Man geht in weiten Kreisen mit gutem Willen an die Umstellung heran, darum dürfen Sie jetzt nicht einen Frost darüber gehen lassen. Das sind sicher triftige Gründe für die Dringlichkeit. Ihre Kommission hatte von Anfang an beschlossen, wenn es möglich sei, in dieser Session die Vorlage abschliessend durchzuberaten, die Dringlichkeit zu empfehlen, andernfalls wäre die Dringlichkeit nicht mehr berechtigt. Nun fehlt nur noch Ihr Dringlichkeitsbeschluss, und das Ganze kann morgen in Kraft gesetzt werden.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission 26 Stimmen

An den Nationalrat
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 6. April 1939.
Séance du 6 avril 1939, matin.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Löpfe.*

3825. Förderung des Ackerbaues.
Extension de la culture des champs.

Siehe Seite 357 hiervor. — Voir page 357 ci-devant.

Beschluss des Nationalrates vom 5. April 1939.
Décision du Conseil national, du 5 avril 1939.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 26 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

3730. Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. II. Bundesbeschluss.
Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

Siehe Seite 354 hiervor. — Voir page 354 ci-devant.

Beschluss des Nationalrates vom 5. April 1939.
Décision du Conseil national, du 5 avril 1939.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 24 Stimmen
Dagegen 7 Stimmen

An den Nationalrat und an den Bundesrat.
(Au Conseil national et au Conseil fédéral.)

Präsident: Damit sind wir am Schluss der Beratungen angelangt. Ich möchte dem Rat verbindlichst dafür danken, dass er in dieser ausserordentlich angestrengten Session seine Pflichten so treu erfüllt hat. Ich hoffe, dass sich die Spannungen der letzten Tage in Osterfrieden auflösen werden. Ich wünsche den Ratsmitgliedern eine glückliche Heimkehr und frohe Ostertage.

Schluss des stenographischen Bulletins der Frühjahrs-Session 1939.
Fin du Bulletin sténographique de la session d'été 1939.

Errata:

S. 161, Spalte links, Zeile 23 von oben, lies: 7. Juni, statt: 17. Juni.
S. 162, Spalte links, Zeile 23 von oben, lies: beschlossen haben, statt: das beschlossen haben. —
S. 163, Spalte rechts, Zeile 16 von oben, lies: mehr, statt: sehr.
S. 164, Spalte rechts, Zeile 14 von oben, lies: doch, statt: dort.
S. 240, Spalte rechts, Zeilen 19 und 20 von oben, lies: Maximalsatz, statt: Maximalumsatz.
S. 243, Spalte links, Zeile 27 von unten, lies: gestehe, statt: stehe.
S. 243, Spalte rechts, Zeile 34 von oben, lies: ihrer gedenken, statt: ihrer noch gedenken.
S. 243, Spalte rechts, Zeile 2 von unten, lies: mit Herren, statt: mit den Herren.
S. 254, Spalte links, Zeile 5 von unten, lies: machte, statt: mochte.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. *O. Vollenweider.* — Druck und Expedition der *Verbandsdruckerei AG. Bern.*

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Verstärkung der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit II. Bundesbeschluss.

Renforcement de la défense nationale et lutte contre le chômage. IIe arrêté fédéral.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1939
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Frühjahrssession Session de printemps Sessione primaverile
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	19
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	3730
Datum Date Data	06.04.1939
Seite Page Pagina	361-362
Ref. No	20 032 806

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.